

„Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“

Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945

Bernhard Weidinger

böhlau

Bernhard Weidinger

„IM NATIONALEN ABWEHRKAMPF DER GRENZLANDDEUTSCHEN“

Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945

bv
2015
Böhlau Verlag Wien Köln Weimar



Veröffentlicht mit Unterstützung des
Austrian Science Fund (FWF): PUB 199-G21

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Lektorat: Stefan Galoppi, Korneuburg
Korrektorat: Herbert Hutz, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Druck und Bindung: BALTO print, Vilnius
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79600-8

VORBEMERKUNGEN

Unter den vielen Personen, die das Zustandekommen dieses Buches ermöglicht haben, seien hervorgehoben: meine Eltern, meine Schwester, moja ljuba, Johanna Gehmacher, Sieglinde Rosenberger, Andreas Peham, Herbert Posch, Günter Cerwinka, Harald Lönnecker und Peter Krause. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften und die Universität Wien haben die zugrunde liegende Forschung maßgeblich finanziert, das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien hat Büroraum zur Verfügung gestellt. Ursula Huber und Carolin Noack ist für vortreffliche Betreuung von Verlagsseite zu danken.

Gemischtgeschlechtliche Gruppen von Personen werden im vorliegenden Werk mit geschlechtsneutralen Bezeichnungen oder mittels Binnen-I kenntlich gemacht, außer in Fällen, wo dies eine eklatante Männerdominanz verschleiern würde. Grenzfälle wurden zum Teil uneinheitlich gehandhabt. Die Ausweisung von Personen als (nicht-)korporiert erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen und grundsätzlich auf der Basis verbindungsstudentischer Schriften oder des Abgleichs mehrerer Quellen. Fehlerhafte Angaben in Einzelfällen können dennoch nicht vollständig ausgeschlossen werden. Für Weblinks gilt, wo nicht anders angeführt, der 1. Juli 2014 als Datum des letzten Zugriffs.

Für und wegen Willi und Erika Gugig, Leo Kuhn, Anna und Rosa Redlinger, Herta Reich und Poldi Schnabl.

INHALT

I. EINLEITUNG[1]

„Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen – und in dieser Position finden sich die deutschnationalen Österreicher gerade heute wieder – wurde einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung von jeher wenig Bedeutung beigemessen.“ Diese Feststellung aus einem internen Bericht Norbert Gugerbauers für seine Burschenschaft der *Oberösterreicher Germanen in Wien* von 1975[2] enthält gleich mehrere Kernmerkmale burschenschaftlicher Weltsicht in Österreich: die Selbstwahrnehmung als Außenposten ‚deutschen Volkstums‘; die Empfindung, mit dem Rücken zur Wand zu stehen; die Auffassung vom Kampf als Dauerzustand des eigenen Daseins; das Erleben dieses Kampfes nicht als Resultat eigener Aggression, sondern als defensiv, von anderen aufgezwungen; sowie die Priorisierung (deutsch-)‚nationalen‘ Strebens auf der eigenen politischen Agenda, respektive die Zurückstellung von ‚Freiheit‘ zugunsten nationaler ‚Einheit‘ im burschenschaftlichen Wertegebäude. Der Urheber des Zitats illustriert zudem die enge Verbundenheit von Burschenschaften und *Freiheitlicher Partei Österreichs* (FPÖ), die für die politische Relevanz der Ersteren nach 1945 essenziell war.[3]

Im selben Jahr, in dem Gugerbauer seinen Bericht niederschrieb, legte Heinrich Drimmel, vormaliger österreichischer Unterrichtsminister (und Korporierter im *Österreichischen Cartellverband*/ÖCV), seine Autobiographie vor. „Man kann die Geschichte des Politischen in Österreich nicht richtig verstehen lernen, wenn man nicht einen sehr gründlichen Einblick in die Geschichte des Studententums, namentlich des Korporationswesens hat“, stand darin zu lesen.[4] Diese Einschätzung hat über den Zeitraum der Zweiten Republik sicherlich an Gültigkeit eingebüßt. Gerade das völkische Verbindungswesen, seit dem Aufkommen von Parteien in Österreich organisiertes Rückgrat einer Vielzahl völkischer und (zunächst auch) liberaler Initiativen, konnte nach 1945 nicht mehr an seine frühere politische Bedeutung anschließen. Dennoch hinterließen nicht wenige seiner Vertreter Spuren in der österreichischen Zeitgeschichte – von den Südtirolterroristen um Norbert Burger über die Verstaatlichten-Generaldirek-

---

1 Für eine ausführlichere Darstellung der auf den folgenden Seiten nur gerafft wiedergegebenen (handlungs-)theoretischen Vorannahmen, des Erkenntnisinteresses, der Gegenstandsbestimmung, des Forschungsdesigns, quellenkritischer Überlegungen und zentraler Begrifflichkeiten der dem Buch zugrunde liegenden Dissertation vgl. ebendiese: Weidinger 2013, 1–49.

2 Zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 60–71, hier: 62.

3 Gugerbauer fungierte in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren für die FPÖ u.a. als Generalsekretär, stellvertretender Bundesparteiobmann und Klubobmann im Nationalrat.

4 Drimmel 1975, 170.

toren Franz Geist und Hugo Michael Sekyra bis hin zu Jörg Haider und Martin Graf, allesamt akademische Burschenschafter.

I.1 Forschungsstand und Erkenntnisinteresse

Nichtsdestotrotz ist die bisherige Forschungslage zu Burschenschaften (und völkischen Studentenverbindungen im Allgemeinen) in der Zweiten Republik als ausgesprochen defizitär zu bezeichnen.[5] Kritische Beiträge beschränken sich auf eine geringe Zahl an Artikeln, die weitreichende Überschneidungen zueinander aufweisen und ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf rechtsextreme Verwicklungen legen[6], sowie auf eine Reihe von Diplomarbeiten zu Spezialaspekten[7]. Keine einzige Monographie, kein einziger Sammelband hat bis dato in zugleich kritischer und wissenschaftlich seriöser Weise das politische Wirken der völkischen Korporationen in den Fokus genommen. Den größten Erkenntnisgewinn liefert dank Faktenreichtum und breiter Themenpalette eine Publikation der *HochschülerInnenschaft an der Universität Wien*[8]. Der Band ist in der Selektivität der Darstellung, seinen Wertungen und Schlüssen zum Teil durch die politische Motivation der AutorInnen überdeterminiert, macht allerdings auch keine Anstalten, diese Motivation zu verschleiern. Hans Magenschabs populäres Sachbuch zu „Macht und Einfluss der Studentenverbindungen" in Österreich[9] behandelt die Zeit nach 1945 nur am Rande, liefert kaum neue Erkenntnisse und strotzt überdies vor inhaltlichen Fehlern. Reinhold Gärtners Monographie zur Korporiertenzeitschrift *Aula*[10] behandelt deren Inhaber und LeserInnen sowie die ersten drei Jahrzehnte ihres Bestehens nur am Rande.

Literatur zur parteipolitischen Repräsentation des völkischen Lagers in Österreich nach 1945 – im Wesentlichen: zu VdU und FPÖ – ist in größerem Umfang vorhanden.[11] Das zugehörige Verbindungswesen taucht darin allerdings, wenn überhaupt, nur im Hintergrund auf, als in sich monolithischer Teil eines Milieus, in das die erwähn-

5 Vergleichsweise gut erschlossen sind dagegen die Geschichte der völkischen Korporationen in Österreich vor 1945 (kritisch Gehler 1994 und 1998; Stimmer 1975; Chvojka 2009; affirmativ u.a. Witzmann 1940 und Mölzer 1980) sowie der bundesdeutschen Burschenschaften (vgl. Gehler/Heither/Kurth/Schäfer 1997, Heither 2000, Projekt ‚Konservativismus und Wissenschaft' e.V. 2000, Kurth 2004).

6 Vgl. Weinert 1981; Gärtner 1989; Perner/Zellhofer 1994; Gehler 1995a, 1997b und 1998; Schiedel/Tröger 2002; Gruppe AuA! 2009; zuletzt: Peham 2012 (noch unveröffentlicht).

7 Vgl. Radauer 1993, Haslinger 1998, Jakubowicz 2005.

8 Vgl. HochschülerInnenschaft an der Universität Wien 2009.

9 Vgl. Magenschab 2011.

10 Vgl. Gärtner 1996.

11 Vgl. an affirmativen Darstellungen etwa Piringer 1982, Höbelt 1999, Grillmayer 2006, Steininger 2007; kritisch (und mit wissenschaftlichem Anspruch) u.a. Riedlsperger 1978, Bailer-Galanda/Neugebauer

ten Parteien eingebettet waren. Obwohl diese Publikationen nicht wenige Korporierte als handelnde Personen zeigen, beziehen sie das Kriterium der Verbindungsmitgliedschaft nicht systematisch in ihre Analysen ein und können daher auch kaum relevante Aussagen über die Korporationen treffen. Für die Rechtsextremismusforschung ist v. a. auf das Fehlen von über die Artikelform hinausreichenden Arbeiten hinzuweisen – ein Umstand, der als symptomatisch für die (auch) in Österreich prekäre Lage des Forschungsstranges überhaupt zu werten ist. Wiederkehrende Wellen journalistischer Publikationen, die politischen Konjunkturen folgen[12], können kaum kompensieren, dass einschlägigen Phänomenen in Österreich inner- und außeruniversitär wenig kontinuierliche Beachtung zuteil wird, sieht man von der Arbeit des *Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes* (DÖW) ab.

Ein besonderes Manko der bisherigen kritisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem völkischen Verbindungswesen Österreichs nach 1945 stellt die meist äußerst spärliche Quellengrundlage der vorliegenden Arbeiten dar, wie der Landsmannschafter Stefan Hug zu Recht konstatiert.[13] Insbesondere eigenständige Archivrecherche wurde bislang kaum geleistet, was zu einem bedeutenden Teil auf die Schwierigkeit (zumal für Außenstehende) zurückzuführen ist, Zugang zu verbindungsstudentischen Archiven zu erhalten (vgl. Abschnitt I.4.1). Diese Schwierigkeit ist wesentlich dafür verantwortlich, dass die vorliegende Literatur zu völkischen Studentenverbindungen in Österreich von affirmativen bis apologetischen Selbstdarstellungen dominiert wird[14], die nur in den seltensten Fällen des Prädikat ‚wissenschaftlich' verdienen. Wie Lönnecker festhält, reichen die entsprechenden Arbeiten

> oftmals nicht über eine Chronik hinaus, sind an Traditionsstiftung und -pflege interessiert, bleiben einer bloßen Geschehnisaufzählung (…) verhaftet, die über den Rand der eigenen Verbindung oder des eigenen Korporationsverbandes nicht hinaussieht, Entwicklungen und Strukturen oft völlig außer acht läßt[15].

1993b, 1997, Hauch 2000, Manoschek 2002, Pelinka 2002 und 2011, Picker/Salfinger/Zeglovits 2004, Geden 2004 und 2006.

12 Vgl. für die frühen 1990er-Jahre u. a. Scharsach 1995; Purtscheller 1993, 1994 und 1995; aus der Zeit um 2010 z. B. Horaczek/Reiterer 2009, Scharsach 2012.

13 Vgl. Hug 2004. Als Ausnahmen sind die Arbeiten Gehlers sowie Peham 2012 zu nennen. Neben unzureichender Quellenfundierung attestieren korporierte Autoren der korporationskritischen Literatur häufig auch eine Tendenz zur Pauschalisierung sowie zu selektiven und Brüche ignorierenden Darstellungen (vgl. ebd.; Lönnecker 2009a, 117; Kaupp 2004, 2).

14 Vgl. beispielsweise Mölzer 1994a oder Graf 2009a. Ein umfangreiches Verzeichnis (v. a.) verbindungsstudentischer Publikationen findet sich in Krause 2007, 305–364.

15 Lönnecker 2002, 11.

Auch vor dem Hintergrund politischer Auseinandersetzungen um die Korporationen werde „vielfach zweckgerichtet gearbeitet“ und sei das Motiv der Kritikabwehr bzw. der Korrektur vorherrschender Fremdbilder „nicht zu unterschätzen“.[16] Nach innen hin bestünden Zwecke burschenschaftlicher Geschichtsschreibung in der Traditions- und Identitätsstiftung, was die Arbeiten gleichfalls „oft zur Apologie“ geraten und ihre Autoren „eine so nicht gegebene Erfolgsgeschichte (konstruieren)“ lasse.[17] Überdies äußere sich, so Christian Jansen, die „unmittelbare, biographisch begründete Betroffenheit“ der meisten Studentenhistoriker auch in einer „introvertierten Schreibweise“, durch die viele Arbeiten sich „in hohem Maße dem wissenschaftlichen Diskurs“ entzögen.[18]

Angesichts der polarisierten Forschungslandschaft mag kaum verwundern, dass Darstellungen von Geschichte und Gegenwart akademischer Burschenschaften in Österreich von einem auffälligen Kontrast geprägt sind: Selbstdarstellungen als Vorkämpfer von Demokratie und Freiheitsrechten seit jeher stehen Beiträge ‚von außen‘ gegenüber, die burschenschaftliche Geschichte weitgehend auf Bücherverbrennungen, ‚Arierparagraphen‘ und (neo-)nationalsozialistische Umtriebe reduzieren. Tatsächlich stellt die im frühen 19. Jahrhundert ihren Ausgang nehmende burschenschaftliche Geschichte höchst unterschiedliche Bezugspunkte bereit – für den heutigen Burschenschafter ebenso wie für die HistorikerIn. Kämpfe um die Erweiterung politischer Teilhaberechte und individueller Freiheiten finden sich darin ebenso wie solche um deren Abschaffung; liberale Streiter gegen den Klerikalismus ebenso wie rechtsextreme Bombenwerfer.

Vor diesem Hintergrund soll dieses Buch eine differenzierte, systematische und zeitlich umfassende Darstellung des politischen Denkens und Handelns von Burschenschafte(r)n in der Zweiten Republik liefern, dabei allerdings den Rahmen einer bloß beschreibenden Organisationsgeschichte überschreiten. Die gleichberechtigte Auseinandersetzung mit der Ideologie und der politischen Praxis von Burschenschafte(r)n sollte es vielmehr ermöglichen, ihr politisches Verhalten nicht nur zu porträtieren, sondern auch nachvollziehbar zu machen. Im Kern ging es dabei darum, mehrere Jahrzehnte burschenschaftlicher Betätigung auf deren Strukturmerkmale hin zu untersuchen. Dabei waren – unter angemessener Berücksichtigung von inneren Widersprüchen und Veränderungen des Gegenstandes über die Zeit – jene handlungsleitenden Motive und Denkfiguren sowie jene Praxen herauszuarbeiten, die für den burschenschaftlichen Mainstream in Österreich als charakteristisch gelten können. Im Sinne einer adäquaten zeithistorischen Einbettung war das burschenschaftliche Denken und Handeln darüber hinaus auf seine gesellschaftlichen Ermöglichungsbedingungen

16 Ebd., 11 f.

17 Lönnecker 2009a, 115. Vgl. auch Cerwinka 2009, 91.

18 Jansen 1998, 436.

hin zu befragen. Nicht nur die Anpassungsreaktionen auf Veränderungen des gesellschaftlichen Umfelds waren dabei von Interesse, sondern auch das Ausbleiben solcher Reaktionen trotz veränderter Umfeldbedingungen.

Ein besonderes Anliegen war es mir, eine Engführung der Analyse auf die neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Gehalte burschenschaftlicher Betätigung zu vermeiden. Dies nicht nur, weil vorliegende Literatur gerade ihnen besondere Beachtung schenkt, sondern auch im Sinne der Einschätzung Theodor W. Adornos, wonach größere Bedrohung vom „Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie" ausgehe als vom „Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie".[19] Gleichwohl wird, so viel sei vorausgeschickt, der Blick auf das Wirken von Burschenschafte(r)n innerhalb des institutionellen und normativen Rahmens bürgerlicher Demokratie nicht nur erhellen, dass burschenschaftliche Weltanschauung im völkischen Nationalismus ankert, sondern auch dass dieser völkische Nationalismus die ideologische Basis der erwähnten extremistischen Auffälligkeiten bildet und Letztere daher weniger als Anomalien denn als chronische Symptome burschenschaftlicher Weltsicht (in ihrer in Österreich typischen Ausformung) zu bestimmen sind.

I.2 Zum Gegenstand der Untersuchung

Im Fokus des vorliegenden Buches stehen jene akademischen Burschenschaften (und die Mitglieder derselben), die nach 1945 in Österreich zumindest vorübergehend einen sogenannten Aktivbetrieb unterhielten, d. h.: nicht nur als reine Altherrenschaften bestanden, sondern auch Studenten zu rekrutieren vermochten. Im Wesentlichen umfasst das Feld die (dauerhaften oder zeitweiligen) Mitgliedsbünde des Verbandes *Deutsche Burschenschaft in Österreich* (DBÖ) bzw. ihres Vorgängers (des *Allgemeinen Delegierten Convents*/ADC) und/oder der *Deutschen Burschenschaft* (DB). Es handelt sich dabei, je nach Handhabung von Fusionen, um 30 bis 37 Bünde in sechs Städten (Graz, Innsbruck, Leoben, Linz, Salzburg und Wien), wobei ich aus forschungspragmatischen Gründen schwerpunktmäßig die Wiener Burschenschaften in den Blick nehme.[20] Die

19 Adorno 2003a, 555 f. Vgl. zum burschenschaftlichen Antisemitismus Weidinger 2012 und Peham 2012, 18–22, zur Pionierrolle des (korporierten) Studententums bei der Durchsetzung des Rassenantisemitismus in Österreich auch Wladika 2005, 30–33, 42 f., 48 f., 103–109, 158–163, 225–227, 286–291; zum historischen Zusammenhang von Antisemitismus und völkischem Nationalismus vgl. Puschner 2001, 49–201 (v. a. 51–54) und Breuer 2005, speziell für Österreich: Peham 2010 und Arendt 1955, 344–368.

20 Graz: *Allemannia, Arminia, Carniola, Cheruskia* (inkl. *Rhaetogermania*), *Frankonia, Germania, Marcho Teutonia, Stiria;* Innsbruck: *Brixia, Germania, Suevia;* Leoben: *Cruxia* (inkl. *Wiking*), *Leder* (inkl. *Eisen*); Linz: *Arminia Czernowitz* (inkl. *Markomannia*); Salzburg: *Germania, Gothia;* Wien: *Alania* (inkl. *Ostmark*), *Albia, Aldania, Alemannia, Bruna Sudetia, Gothia, Libertas, Moldavia* (inkl. *Südmark*), *Nibelungia, Oberösterreicher Germanen, Olympia* (inkl. *Vandalia*), *Silesia, Silvania, Teutonia.*

Gesamtmitgliederzahl der erfassten Bünde dürfte österreichweit zu keinem Zeitpunkt nach 1945 die 4.000 erreicht haben.[21]

Vieles des über akademische Burschenschaften zu Sagenden trifft auch auf andere völkische Korporationen – Landsmannschaften, Corps, Vereine Deutscher Studenten usw. – zu. Diese werde ich, ebenso wie das katholische Verbindungswesen und Burschenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, immer wieder streifen, um die Befunde über akademische Burschenschaften zu ergänzen und gegebenenfalls zu kontrastieren. Dass ich den Fokus auf Letztere lege, verdankt sich dem Umstand, dass diese zum einen seit jeher ein besonders prononciert politisches Selbstverständnis und zum anderen ein ideologisch vergleichsweise homogenes Profil aufweisen. Zeitlich verfolgt das Buch burschenschaftliche Entwicklungen von der Restauration der völkischen Verbindungen um 1950 bis in die jüngste Vergangenheit. Parteipolitik wird, von den statistischen Erhebungen in Kapitel V.1 und vereinzelten Ad-hoc-Verweisen abgesehen, nur bis zum Anbruch der Ära Heinz-Christian Straches als FPÖ-Obmann 2005 behandelt, um ein Mindestmaß an Distanz zum tagespolitischen Geschehen zu wahren.

Was meint ‚politisches Handeln'?

Die in diesem Buch dargestellten Forschungsergebnisse wurden auf Basis des Forschungsprogramms der Grounded Theory nach Juliet Corbin und Anselm Strauss erarbeitet. Im Sinne des symbolischen Interaktionismus, der diesem Ansatz zugrunde liegt, analysiere ich Handeln als strategisches, auf die Lösung von Problemen bzw. Herausforderungen durch Umweltanforderungen gerichtetes Handeln, wobei die konkrete Gestalt der Herausforderungen in den subjektiven Interpretationen fußt, welche die AkteurInnen sich von der sozialen Wirklichkeit machen.[22] Das politische Handeln von Burschenschafte(r)n im Zeitverlauf kann somit nur verstanden werden, wenn es gelingt, die Problemstellungen zu identifizieren, denen sie sich gegenübersahen und zu deren Bewältigung ihr Handeln subjektiv Sinn ergab.[23]

---

21 Mit Ende des Sommersemesters 1960, das in die Hochphase burschenschaftlicher Rekrutierung nach 1945 fiel, verfügten die DBÖ-Bünde über insgesamt 3.656 Mitglieder, davon 3.036 Alte Herren (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zur Niederschrift des ord. DBÖ-Tages 1961, 1). Im Jahr 1958/59 betrug die gerundete durchschnittliche Bundgröße 106 Alte Herren und 21 studentische Mitglieder (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 8). Mitte der 1990er-Jahre gab die DBÖ die Stärke ihrer damals 24 Mitgliedsbünde mit durchschnittlich „rund 80" an (AVSt, DBÖ 1994, 5).

22 Vgl. Corbin/Strauss 1996, 164; grundlegend Blumer 1986. Zur handlungsmotivierenden Rolle von Ideologie vgl. die Ausführungen zur ‚relativen Autonomie des Ideologischen' in Kapitel III.7.3.

23 Vgl. dazu auch Ute Frevert (paraphrasiert in Lönnecker 2002, 13): gerade weil das Verbindungsstudententum „heute auf viele Menschen so fremd und befremdend wirke, müsse die historische Untersuchung

Als *politisches* Handeln fasse ich im Kern die Betätigung individueller Burschenschafter innerhalb von Partei- und staatlichen Strukturen sowie die Aktivitäten burschenschaftlicher Kollektivakteure (Bünde, Verbände) mit direktem Bezug auf diese Strukturen, etwa in Form von Resolutionen an MinisterInnen oder von Demonstrationen vor Botschaftsgebäuden. Wenngleich damit ihrerseits alles andere als unpolitische Aspekte wie das verbindungsstudentische Brauchtum in den Hintergrund treten, möchte ich deren erkenntnisförderndem Potenzial zumindest ansatzweise Rechnung tragen.[24] In zweiter Linie berücksichtige ich *metapolitisches* Handeln im Sinne der französischen ‚Neuen Rechten' *(‚Nouvelle Droite')*. Metapolitik bezeichnet hier ein aus der rechtsextremen Gramsci-Rezeption hergeleitetes strategisches Konzept zur Erlangung ‚kultureller Hegemonie'. Durch Aktivitäten im vorpolitischen Raum (wie etwa publizistische und künstlerische Interventionen) soll Einfluss auf die Einstellungen und Werthaltungen breiter Bevölkerungsschichten genommen und sollen bestimmte Deutungen sozialer Problemlagen durchgesetzt werden. Auf Grundlage einer erfolgreichen ‚Kulturrevolution von rechts' ließen sich, so die Hoffnung, schließlich im durchaus „politische(n) Frontalangriff die Früchte des ideologischen Stellungskrieges ernte(n)".[25] Da die sukzessive ‚Rechtsverschiebung' der Grenzen des widerspruchsfrei Artikulierbaren demnach nur dazu dient, auch die Grenzen des politisch Machbaren in diese Richtung zu erweitern, begreife ich Metapolitik nicht als Anderes der Politik, sondern als Bestandteil derselben.

Als ausformulierte Strategie ist Metapolitik in burschenschaftlichen Quellen aus Österreich nur selten anzutreffen. Dennoch meine ich nachweisen zu können, dass burschenschaftliche Akteure in Österreich nach 1945 in relevantem Umfang Aktivitäten setzten, die in ihren Zielsetzungen und Mitteln metapolitischen Konzepten entsprachen. Die Einbeziehung dieser Aktivitäten erscheint gegenüber einer staatsfixierten Perspektive insofern als angeraten, als burschenschaftliche Politik seit jeher zu einem wesentlichen Teil *nicht* in Parlamenten und über Petitionen, sondern etwa in Kommentarspalten und in Form von Flugschriften betrieben wurde. Zudem begünstigte die parteipolitische Marginalisierung des ‚Dritten Lagers' nach 1945 eine verstärkte Orientierung auf kulturelle Belange zuungunsten von politischem Engagement im engeren

---

darum bemüht sein, die erfahrungsnahen Begriffe und Beschreibungen der Mitglieder und Beteiligten zu treffen und eine angemessene Balance zwischen phänomenologischem Verstehen und sozialstruktureller Erklärung zu halten".

24 Ausgiebig realisiert wurde dieses Potenzial bislang von AutorInnen wie Heither (2000), Kurth (2002), Fichter (2009) und Schiedel/Wollner (2009).

25 Benoist 1985, 20. Vgl. aus ‚neurechter' Perspektive auch ebd., 39–52, und Benoist 1984, 379–89; zu den Wurzeln des metapolitischen Ansatzes im völkischen Denken deutscher Romantiker vgl. die *Neue Front* vom 11.2.1961, 9; zur Kritik der ‚Neuen Rechten' (einschließlich ihres Neuheitsanspruches) vgl. Kapitel IV.2.7 sowie Gessenharter/Pfeiffer 2004, Schiedel 1998 und Bailer 2004.

Sinn. In dieselbe Richtung wies der prioritäre Stellenwert des (deutschen) Volkstumsbekenntnisses innerhalb der burschenschaftlichen politischen Agenda: Anstelle des alten ‚Anschluß'-Wunsches trat angesichts der veränderten politischen und rechtlichen Realitäten das Ziel einer zumindest kulturellen ‚Deutscherhaltung' ins Zentrum burschenschaftlichen Strebens.

Zur Relevanz individuellen Handelns

Meine Berücksichtigung des Handelns einzelner Burschenschafter außerhalb burschenschaftlicher Zusammenhänge folgt der Annahme, dass seit jeher ein sehr wesentlicher Teil burschenschaftlichen politischen Einflusses just auf solchem Wege ausgeübt wurde. Nichtsdestotrotz ist offenkundig, dass Burschenschafter in ihrer Verbindungsmitgliedschaft nicht aufgehen, sondern stets auch als Männer, Angehörige einer (wie auch immer bestimmten) ‚ethnischen Mehrheitsbevölkerung', Akademiker u.a.m. handeln. Dies wirft die Frage auf, inwieweit individuelles Handeln außerhalb der Burschenschaft überhaupt als ‚burschenschaftliches Handeln' aufgefasst werden kann – d.h. als Handeln, auf dessen Grundlage sich legitimerweise Aussagen über burschenschaftliche Kollektive formulieren ließen. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass der individuellen Handlungsfreiheit des Burschenschafters Grenzen durch den Bund gesetzt werden: Wer, auch im beruflichen oder privaten Umfeld, ein Verhalten an den Tag legt, das als mit burschenschaftlichem Denken unvereinbar und/oder das Ansehen des Bundes schädigend eingestuft wird, hat mit Ausschluss zu rechnen (vgl. dazu die Kapitel III.8.4 f. und V.2). In Anbetracht dessen ist davon auszugehen, dass Handlungen einzelner Burschenschafter über darauf folgende (oder auch ausbleibende) Sanktionierung Rückschlüsse auf das Spektrum bundintern als tolerabel geltender Meinungen bzw. Handlungsweisen zulassen.

Als zweites Argument für das gewählte Vorgehen sei der Stellenwert burschenschaftlicher Sozialisation für das Individuum angeführt. Nicht nur ist es die deklarierte Absicht von Burschenschaften, das Verhalten jedes Mitglieds in allen Lebensbereichen zu prägen; einiges deutet auch darauf hin, dass sie mit ihrem umfassenden Erziehungsanspruch soziale Zusammenhänge von außerordentlich hoher sozialisatorischer Prägekraft darstellen.[26] Freilich werden die von ihnen verabreichten pädagogischen Impulse von den Individuen unterschiedlich verarbeitet. Wie stark Identität und Handeln des Burschenschafters durch seine Sozialisation in der Verbindung geformt sind, ist daher von Fall zu Fall verschieden. Haltbare Rückschlüsse von individuellem Handeln auf kollektive Merkmale bedürfen daher einer über bloße sozialisatorische Verbundenheit hinausreichenden Begründung. Eine solche kann zum Ersten im Aufzeigen *konkreter*

26 Vgl. die Kapitel III.1 bis III.3 sowie zur burschenschaftlichen bzw. allgemein verbindungsstudentischen Sozialisation auch Heither 2000, 59–78, bzw. Peters 2004.

(individueller) Kausalität bestehen – d.h. in dem Nachweis, dass das infrage stehende Verhalten in relevantem Ausmaß durch den ‚Faktor Burschenschaft' beeinflusst war.[27] Dieser Nachweis kann im simpelsten Fall über eine entsprechende Erklärung des Betreffenden selbst erbracht werden. In anderen Fällen wird ein Zusammenhang von Sozialisation und Handlung über Indizien wie sprachliche Auffälligkeiten oder individualbiografphische Details zu argumentieren sein. Ergänzend kann dabei *generische Kausalität* ins Treffen geführt werden (vgl. hierzu Kapitel III.2), wie sie von burschenschaftlicher Seite bisweilen behauptet wird: „Wir sind in erster Linie Burschenschafter und dann erst Mitglieder einer Partei oder einer sonstigen Gliederung unseres Gemeinwesens."[28] Als dritter Indikator bietet sich *Exklusivität* bzw. *relative Häufung* an. Legt eine relevante Zahl an Burschenschaftern eine bestimmte Verhaltensweise an den Tag und fördert auch gezielte Suche keine oder eine im Verhältnis verschwindend geringe Zahl an Gegenbeispielen zutage, so erhöht dies die Plausibilität eines Rückschlusses auf generische burschenschaftliche Eigenschaften. Beispielsweise liefert die nahezu vollständige Konzentration burschenschaftlicher Berufspolitiker in einer einzigen Parlamentspartei der Zweiten Republik ein deutliches Indiz für eine zumindest tendenzielle Parteibindung der Burschenschaften in Österreich. In der Analyse des Verhaltens burschenschaftlicher Parteifunktionäre wiederum kann feststellbarer *Kontrast* zum Verhalten nicht oder anderweitig korporierter FunktionsträgerInnen auf allgemein-burschenschaftliche Eigenschaften hindeuten (vgl. hierzu die Einleitung zu Kapitel V).

Der dritte Grund, weshalb ich die Berücksichtigung des Handelns von Burschenschaftern außerhalb burschenschaftlicher Zusammenhänge für zulässig, ja für wichtig erachte, besteht darin, dass nicht nur die Verbindung das einzelne Mitglied, sondern dieses umgekehrt auch die Verbindung mit formt. Nach symbolisch-interaktionistischer Auffassung entspinnt soziales Handeln sich in einem Prozess gegenseitiger Interpretation und wechselseitiger Abstimmung von Handlungsoptionen durch die Individuen. Um überhaupt handlungsfähig zu sein, pflegen diese auf eingeübte Deutungen und erprobte Handlungsstrategien zurückzugreifen und entsprechende Erwartungen aneinander zu stellen. Soziale Normen und ihnen adäquate Verhaltensmuster weisen daher eine gewisse Trägheit auf. Gleichwohl bedürfen sie, um in Geltung zu bleiben, der ständigen Bekräftigung. Ihre Veränderung vollzieht sich teils als Produkt missglückter Wiederholung, teils in Form des mehr oder weniger bewussten Zuwiderhandelns.[29] Was auch

---

27 Kausalität ist hier wie auch im folgenden Fall nicht im Sinne einer hinreichenden Bedingung zu verstehen, sondern verweist auf einen Faktor unter mehreren im Rahmen komplexer Motivations- und Ermöglichungsstrukturen.

28 So ein hochrangiger Amtsträger der Burschenschaft *Arminia auf dem Burgkeller* Jena, wiedergegeben in einem Video des Marburger *Rheinfranken* (verfügbar unter http://www.youtube.com/watch?v=WG25VIS-2moQ).

29 Vgl. anhand der Transformation von Geschlechternormen Butler 1991, 213.

immer ‚Burschenschaft' zu einem gegebenen Zeitpunkt an einem gegebenen Ort darstellt, wurde von den ihr zu diesem Zeitpunkt Angehörigen nicht lediglich vorgefunden, sondern auch mitgestaltet – und sei es nur durch die stille Zustimmung zum jeweiligen Status quo. Nicht umsonst weisen die Korporationsstudenten Jürgen Hatzenbichler und René-Lysander Scheibe darauf hin, dass der „inhaltliche Zustand" einer jedweden Verbindung stets „von den Leuten ab(hängt), die Mitglieder sind"[30], – oder bezeichnet der ehemalige FPÖ-Politiker Waldemar Steiner (*Olympia* Wien) die Verbindung als „eine unlösbare Gemeinschaft der gegenseitigen Beeinflussung. Die Burschenschaft beeinflusst den einzelnen und der einzelne beeinflusst die Burschenschaft."[31]

Individuelles Handeln außerhalb burschenschaftlicher Zusammenhänge mag somit auf mehrfache Weise Rückschlüsse auf die Verfasstheit einer Burschenschaft bzw. der Burschenschaften insgesamt zulassen. Diese Rückschlüsse werden allerdings stets an den Daten zu belegen sein, wobei es zur Vermeidung eines Bias durch das Erkenntnisinteresse sinnvoll erscheint, bei der Untersuchung individuellen Verhaltens zunächst von der Irrelevanz des Burschenschafter-Seins auszugehen.

I.3 Methodische Erläuterungen

Wie bereits erwähnt, verfolge ich in diesem Buch eine sowohl deskriptive als auch interpretative Zielsetzung und bediene mich dazu des Forschungsansatzes der Grounded Theory. Theoretisch ist mein Erkenntnisinteresse in dem Sinne, dass verstehende Aussagen über das Burschenschaftswesen in Österreich nach 1945 generiert werden sollen: ‚bereichsbezogene Theorie' (bzw. *substantive* in Abgrenzung zu *formal theory*) im Sinne Corbins und Strauss'.[32] Grundidee der Grounded Theory ist es, verstehende Aussagen über den Gegenstand direkt am Material zu entwickeln, in dem dieser fassbar wird. Dieser Maßgabe folgend, will ich dazu beitragen, ein bedeutendes Defizit bisheriger kritischer Forschung zu Burschenschaften in Österreich zu kompensieren: den weitgehenden Verzicht auf eigenständige Quellenarbeit. Zudem steht Grounded Theory durch die Kombination von „Gegenstandsverankerung (grounding)" und „notwendige(r) methodische(r) Strenge"[33] für ein exploratives Vorgehen bei gleichzeitig möglichst weitgehender Bewusstmachung und Neutralisierung von Vorurteilen und Scheingewissheiten. Dies lässt den Ansatz für die Anwendung auf unterforschtem und zugleich politisch hart umkämpftem Gebiet ideal erscheinen. Seine Eignung für

30 *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 6.

31 Steiner 1974, 15.

32 Vgl. Corbin/Strauss 1996, 146 sowie ebd., 13 f. zum Theoriebegriff.

33 Ebd., 39.

historische Untersuchungen ergibt sich wiederum aus dem zentralen Stellenwert, den er der Veränderung und Beharrung von Handlungsmustern über die Zeit beimisst.[34]

Die Maxime, für Neuentdeckungen in den Daten offen zu sein, prägt den gesamten Forschungsprozess. Nicht konkrete Hypothesen stehen am Beginn, sondern „vielmehr ein Untersuchungsbereich – was in diesem Bereich im Lichte des Erkenntnisinteresses relevant ist, wird sich erst im Forschungsprozeß herausstellen".[35] Die Handlungstheorie des symbolischen Interaktionismus und die ideologiekritisch-begrifflichen Erörterungen in Abschnitt I.5 liefern das theoretische Grundgerüst, weitere theoretische Bezüge, u.a. aus der Sozialpsychologie und der kritischen Männlichkeitsforschung, werden im weiteren Verlauf ad hoc eingeführt. Auch ergänzende methodische Hinweise erfolgen an der je relevanten Stelle des Buches. Im Folgenden werden die Grundstruktur und die grundlegenden Verfahren meines empirischen Vorgehens gerafft vorgestellt. Ich folge dabei Siegfried Jägers Empfehlung, in der Beschreibung von Forschungsdesigns „keine umfassenden Theorien und Methoden ‚nach(zu)bete(n)'", sondern „nur das (zu) explizier(en) (…), was für die betreffende Arbeit wichtig ist".[36]

In meiner Arbeit an burschenschaftlichen Quellen und sonstigem Material wurden Auffälligkeiten (im Sinne wiederkehrender Muster) im Denken und Handeln der untersuchten Akteure mit Codes belegt. Diese Codes konnten – v.a. in einem frühen Stadium – die Gestalt bloßer thematischer Markierungen aufweisen (z.B. ‚*Südtirol*', ‚*Hochschulpolitik*'). Eigentliche Absicht war es jedoch, konzeptuelle Codes (z.B. ‚*Dienen*', ‚*Individualität*', ‚*Konflikt*') zu formulieren, die geeignet wären, als Theoriebausteine zu fungieren.[37] In den Quellen unmittelbar auftauchende Bezeichnungen, die ein bestimmtes Konzept in aussagekräftiger Weise benannten (z.B. ‚*Wehrhaftigkeit*', ‚*Ehre*'), wurden als sogenannte *in vivo codes* übernommen. In der Konfrontation mit immer weiterem Material wurden manche Codes verworfen, während andere sich als tauglich erwiesen, zum Verständnis burschenschaftlichen politischen Handelns in Österreich nach 1945 beizutragen, und sukzessive zu tragfähigen theoretischen Kategorien verdichtet werden konnten. Verdichtung meint dabei im Wesentlichen Ausdifferenzie-

34 Zu Prozessaspekten in der Grounded Theory vgl. ebd., 23, 85, 100, 118–131 und 140.

35 Ebd., 8. Der Verzicht auf Hypothesenformulierung entbindet freilich nicht davon, sich vorhandene Vorannahmen bewusst zu machen: zum einen, um für die Beeinflussung von Forschungsentscheidungen durch sie sensibel zu sein, zum anderen, um das Sampling im Sinne der gezielten Suche nach Indizien anzuleiten, die den Vorannahmen widersprechen.

36 Jäger 2004, 196; vgl. auch Corbin/Strauss 1996, 211.

37 Die Benennung des Codes stellt in solchen Fällen bereits den ersten Theoretisierungsschritt dar und wird idealerweise durch das Festhalten erster konzeptueller bzw. vom konkreten Fall abstrahierender Notizen ergänzt. Das Festhalten solcher Überlegungen in Memos (Forschungsprotokollen) begleitet den gesamten Forschungsprozess. Die zeitliche Aufspaltung von Datenerhebung und -analyse sowie die Isolierung von Textpassagen aus ihrem inneren und äußeren Kontext können so weitgehend hintangehalten werden.

rung: Je umfassender historischer Wandel und Heterogenität eingefangen werden können, desto größer die Spannweite und desto höher die Präzision der aus den Kategorien gebildeten gegenstandsbezogenen Theorie. Die Kategorien sollten dementsprechend eine möglichst große Bandbreite an Fällen (Handlungsweisen), an Variation über die Zeit wie auch über die Breite des Gegenstandes in sich aufnehmen können. In diesem Sinne wurde die Arbeit an den Quellen fortgesetzt, bis ein Punkt der „theoretische(n) Sättigung" erreicht schien, also keine neuen Phänomene mehr auftauchten, die als zusätzliche Variation konzeptuell zu integrieren gewesen wären.[38] Bis dahin mussten die Kategorien stets von Neuem ihre Plausibilität an den Daten erweisen bzw. gegebenenfalls entsprechend modifiziert werden.[39]

Dieses Erfordernis erstreckte sich auch auf Aussagen über Zusammenhänge (im Sinne von Einflussfaktoren, Wechselwirkungen und Pfadabhängigkeiten). Parallel zur Verdichtung der Kategorien galt es, ihre Ursachen-, Konsequenz- und Bedingungsstrukturen zu erhellen, d.h. nicht nur die Bandbreite burschenschaftlicher Handlungsformen zu erfassen, sondern auch die ihnen zugrunde liegenden Interpretationen, Intentionen, Ermöglichungs- und Begünstigungsfaktoren sowie die Auswirkungen des beobachteten Handelns für späteres Handeln. Im Zuge dessen waren Einflüsse auf den unterschiedlichsten Ebenen zu berücksichtigen: nationale und internationale politische Kontextbedingungen, ideengeschichtliche Traditionen, Merkmale der österreichischen politischen Kultur, soziale und ökonomische Umbrüche, rechtliche Rahmenbedingungen u.a.m. Gleichzeitig waren die Beziehungen zwischen den Kategorien (als den konzeptuellen Abbildern der beobachteten Denk- und Handlungsmuster) herauszuarbeiten, wie etwa die wechselseitige Verwiesenheit von elitärer Selbstwahrnehmung, gesellschaftlichem Führungsanspruch, oppositioneller Grundhaltung und dem Hang zur Selbstviktimisierung (vgl. Kapitel III.6). Als jenes Phänomen, das wie kein anderes der identifizierten Strukturmerkmale burschenschaftlicher Politik und Ideologie in Österreich nach 1945 geeignet ist, die feststellbaren burschenschaftlichen Handlungsmuster nachvollziehbar zu machen, habe ich den deutsch-völkischen Nationalismus identifiziert. In der, im Sinne intersubjektiver Nachvollziehbarkeit materialreich untermauerten Anordnung der Forschungsergebnisse um diese Kategorie und zueinander entstand die vorliegende interpretative Erzählung.

Zentrales Verfahren des Voranschreitens im Forschungsprozess war die Fallauswahl im Wege des theoretischen Samplings.[40] Dabei wurden auf Basis von in Memos und Code-Notizen festgehaltenen Zwischenergebnissen und aus dem Erkenntnisinteresse

---

38 Corbin/Strauss 1996, 159.

39 Vgl. Strauss 1991, 172.

40 Anders als Stichprobenziehungen zielt diese zirkuläre Form des Samplings nicht auf statistische, sondern auf qualitative Repräsentativität im Sinne der zuvor erwähnten theoretischen Sättigung ab (vgl. ebd., 71).

abgeleiteten offenen Fragen nach und nach Dokumente aus dem verfügbaren Materialbestand herangezogen, die besonders geeignet erschienen, Verdichtung, Vernetzung und Kontextualisierung voranzutreiben. Im Zentrum stand dabei die gezielte Suche nach Material, das bisherige (eigene und fremde) Annahmen eher zu widerlegen als zu bestätigen oder zumindest nötige Modifizierungen anzuzeigen versprach. So wurde etwa Quellen einer als verhältnismäßig liberal geltenden (und so vermeintlich quer zur vorherrschenden Außenwahrnehmung des Burschenschaftswesens in Österreich stehenden) Verbindung besondere Beachtung zuteil oder nahm ich katholische Verbindungen in den Blick, um Spezifika burschenschaftlicher Gedenkkultur von allgemeineren Zeitphänomenen unterscheiden zu können. Auch im Studium der einzelnen Quelle galt Anzeichen von Dissens und Konflikt – als Hinweisen auf innere Differenzierungslinien – meine besondere Aufmerksamkeit. Im Sinne der Berücksichtigung von Heterogenität und historischer Veränderung war zudem eine angemessene Streuung des Materials über die Breite des Untersuchungsfeldes und über den Untersuchungszeitraum sicherzustellen. In letzterer Hinsicht griff ich bisweilen auf die Analyse ‚diskursiver Ereignisse' im Sinne Jägers[41] zurück. Damit sind Anlassfälle gemeint, von denen plausiblerweise vermutet werden konnte, dass sie etablierte burschenschaftliche Handlungsmuster wesentlich beeinflusst (oder ihnen zumindest besondere Sichtbarkeit verliehen) hatten. Tatsächlich vermochte die Heranziehung von Textproduktion aus dem Umfeld solcher Ereignisse – anhand identifizierbarer (Nicht-)Veränderung vor dem Hintergrund eines gut fassbaren Impulses – hilfreiche Aufschlüsse über burschenschaftliche Dynamik und Beharrung zu liefern.[42]

Die Codierung und die Verwaltung der codierten Textstellen, des Codesystems und der Memos erfolgten gestützt durch die qualitative Datenanalyse-Software *Atlas.ti.* Sie half mir ganz wesentlich, den Überblick über rund 8.500 Codierungen an knapp 6.000 Textpassagen, 130 vergebene (und beibehaltene) Codes, 190 Links zwischen diesen Codes, knapp 400 Links zwischen Textstellen und 68 Memos zu bewahren. In geringerem Maße erwies die Software sich, jenseits bloßer Daten-Administration, auch in inhaltlicher Hinsicht als hilfreich, indem sie durch eine Reihe von Programmfeatures die Identifikation von Beziehungen, Häufungen und Mustern erleichterte.

41 Vgl. Jäger 2004, 161, 190.

42 Als Beispiel eines solchen diskursiven Ereignisses sei der für 1961 avisierte, (vorerst) jedoch nicht zustande gekommene Beschluss über die Zusammenführung der Burschenschaften Deutschlands und Österreichs in einem gemeinsamen Dachverband genannt. Die im Umfeld des Burschentages der Deutschen Burschenschaft 1961 geführte Debatte ließ bis dahin in den Quellen eher subkutan bleibende ideologische Bekenntnisse und Konflikte an die Oberfläche treten.

I.4 Quellen und Quellenkritik

Die Absicht, den subjektiven Sinn burschenschaftlichen Handelns zu ergründen, lässt die Arbeit mit burschenschaftlichen Quellen alternativlos erscheinen, ermöglichen diese doch – gegenüber Sekundärliteratur oder Medienberichten – einen ungleich direkteren, umfassenderen und weniger dekontextualisierten Zugang zu den Motiven, Problembestimmungen, Selbst- und Weltdeutungen der untersuchten Akteure. Nicht zuletzt erlauben sie es, die Selektionseffekte zu umgehen, die sich aus medialer Aufmerksamkeitslogik und/oder den politischen Motiven von AutorInnen und JournalistInnen ergeben. Nicht wenigen Sekundärtexten zu Burschenschaften ist ein unverhältnismäßiger, teils als manipulativ zu bezeichnender Fokus auf skandalisierungsfähige Aussagen und Ereignisse zu attestieren. Umgekehrt verheißt unveröffentlichtes Material (als Teil der burschenschaftlichen Quellen) gerade insofern besonders interessante Aufschlüsse, als deren Urheber Skandalisierung weniger zu scheuen brauchten. Meine Erwartung war, dass burschenschaftliches Denken und Handeln hier in sprachlich wie inhaltlich offenerer, weniger durch propagandistische und selbstdarstellerische Bedürfnisse wie durch pragmatische Rücksichtnahmen beeinflusster Form zutage träten. Dies erwies sich in der Arbeit am Material zum Teil als zutreffend, während gleichzeitig auch spezifische Beschränkungen und Herausforderungen der Arbeit mit burschenschaftlichen Quellen – veröffentlichten wie internen – offenbar wurden.

Einer näheren Erörterung dieser Problematiken stelle ich eine grobe Übersicht des in der Arbeit verwendeten Quellenmaterials voran. Für den Bereich der veröffentlichten Quellen ist dabei zuerst die seit 1951 elfmal jährlich erscheinende *Aula* (bis September 1952: *Der freiheitliche Akademiker*) zu nennen. Wenn auch formal keine Korporiertenzeitschrift, gilt sie doch seit ihrer Gründung als zentrales Medium des völkischen Verbindungsmilieus in Österreich.[43] Als zweites wichtiges Periodikum sind die in vierteljährlicher Frequenz erscheinenden *Burschenschaftlichen Blätter* anzuführen, das Organ des größten burschenschaftlichen Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft* (DB). Sie konnten nach dem Zweiten Weltkrieg ab 1950 ihre 1887 begonnene Tradition fortsetzen. Österreichische Bünde sind in der DB seit 1971 (wieder) vertreten. Zu den veröffentlichten Quellen zählen weiters Ephemera wie Flugblätter und Broschüren sowie einzelne an ein breiteres Publikum gerichtete Publikationen burschenschaftlicher bzw. verbindungsstudentischer Verbände. Mit Abstrichen wären zudem Monographien und unselbstständige Publikationen korporierter Einzelpersonen zu nennen. Für die letzte Phase der Untersuchung wurden darüber hinaus auch verbindungsstudentische Websites berücksichtigt.

43 Vgl. zur *Aula* den entsprechenden Abschnitt in Kapitel IV.2.5 sowie Gärtner 1996.

Unveröffentlichte Quellen[44] umfassen zum Ersten die Österreich-relevanten Bestände des Archivs der DB im Deutschen Bundesarchiv Koblenz. Darunter fallen v.a. die bis Mitte der 1960er-Jahre vorliegenden Protokolle und internen Rundschreiben des österreichischen (Quasi-)Dachverbandes ADC (ab 1959: DBÖ), Protokolle der Sitzungen von DB-Organen (insbesondere des höchsten Verbandsgremiums, des jährlich zusammentretenden ‚Burschentages') und die Korrespondenz österreichischer burschenschaftlicher Funktionäre mit solchen der DB.[45] Ergänzend konnte auch im Archiv der Grazer akademischen Burschenschaft *Allemannia* auf Protokolle und Rundschreiben der DBÖ zugegriffen werden. Zweitens sind die meisten Verbindungschroniken und -festschriften den unveröffentlichten (da nur intern verbreiteten) Quellen zuzurechnen.[46] Das Gros der in der Arbeit zitierten Quellen dieser Kategorie wurde, wie auch die zuvor erwähnten Ephemera, im Archiv des *Österreichischen Vereins für Studentengeschichte* (im Weiteren: AVSt) und im DÖW vorgefunden. Denselben Archiven entstammen drittens diverse Festfolgen und Programme burschenschaftlicher Veranstaltungen sowie vereinzelte Ausgaben interner Bundzeitungen. Manche Quelle konnte ich darüber hinaus antiquarisch erwerben oder erhielt ich von Einzelpersonen innerhalb und außerhalb der Burschenschaften, die auf ihren eigenen Wunsch in der Arbeit nicht genannt werden, zur Verfügung gestellt. Im Übergangsbereich von internen zu externen Quellen sind die verwendeten Materialien aus dem Archiv der Universität Wien (AUW) anzusiedeln, wobei es sich v.a. um Korrespondenz der akademischen Behörden mit und über die Korporationen handelt. Teilweise sind dieser Manuskripte von Redebeiträgen im Rahmen verbindungsstudentischer Veranstaltungen auf Hochschulboden angeschlossen. Ein großer Teil der genannten unveröffentlichten Quellen konnte von mir erstmals für die Verbindungs-externe, nicht-apologetische Forschung erschlossen werden.

Als letzte bedeutende Quellenkategorie sind Interviews zu nennen. Solche wurden mit vierzehn – durchwegs männlichen – Personen durchgeführt, die aufgrund früherer oder fortbestehender Verbindungszugehörigkeit (in diesen elf Fällen liegt Quellencharakter im engeren Sinn vor), parteipolitischer Betätigung im freiheitlichen Umfeld und/oder eigener Forschung als Experten im Gegenstandsbereich angesehen werden konnten. Zweck der Interviews war es zunächst, eine erste Orientierung im Feld zu

44 Eine detaillierte Aufschlüsselung der nachfolgend genannten Archivbestände findet sich im Anhang.

45 Für alle im DB-Archiv eingesehenen Materialien galt eine Sperrfrist von 30 Jahren.

46 So eröffnet etwa die *Teutonen*-Festschrift von 1968 mit der Anmerkung auf der inneren Umschlagseite, dass sie „(a)ls Handschrift für Angehörige der Burschenschaft gedruckt" sei – was in diesem Fall offenbar Burschenschafter allgemein und nicht nur Mitglieder *Teutonias* meint (Teutonia 1968). Auch eine chronikhafte Abhandlung über die Innsbrucker Burschenschaft *Germania* ist mit dem Vermerk versehen, sie sei „nur für Mitglieder der Akad. Burschenschaft Germania zu Innsbruck bestimmt" und werde „nur an diese abgegeben" (Germania Innsbruck 1965).

gewinnen. In einem späteren Stadium der Untersuchung dienten die Gespräche dazu, die Plausibilität provisorischer Vermutungen mit berufenen Auskunftspersonen zu erörtern und Hinweise auf mögliche gegenläufige Indizien zu erhalten.

I.4.1 Forschungspraktische und quellenkritische Herausforderungen

So sehr burschenschaftliche Quellen wertvolle Einsichten zu vermitteln vermögen, so sehr sind doch auch ihre Beschränkungen zu beachten. Wenig überraschend werden etwa politisch brisante Inhalte in vielen öffentlich zugänglichen Texten bewusst ausgespart. Für die *Burschenschaftlichen Blätter* erklärte deren Schriftleiter Ernst Wilhelm Wreden 1961, nicht alles drucken zu können, was an ihn herangetragen werde. „(G)ewisse Interna" hätten auch intern zu bleiben, „(a)llzu große Offenheit könnte der Sache der Burschenschaft nur schaden".[47] Die von Wreden exekutierte Unterbindung von Debatten im Vorfeld des Burschentages 1977 ist bezeichnend für eine bis heute geübte Haltung: Gerechtfertigt wurde sie damit, dass durch ihre Austragung im Verbandsorgan „nur unseren Gegnern unnötig Munition geliefert werden würde".[48] Die hier zum Ausdruck gelangende Neigung zur Geheimhaltung gerade von Kontroversen ist bedeutsam, da sie die Identifizierung innerburschenschaftlicher Heterogenität wesentlich erschwert und somit monolithischen Fremddarstellungen zuarbeitet (vgl. dazu auch Kapitel III.4.2). Dieser und anderen Herausforderungen der Arbeit mit burschenschaftlichen Quellen sind die folgenden Seiten gewidmet.

Quellenzugang

Bereits der Vorgang der Materialaquise hält, zumal für ‚Außenstehende', Hindernisse bereit. Gehler weist darauf hin, dass Korporierte „ihre Geschichte (…) selbst schreiben und zumeist aus ihrer Perspektive dargestellt sehen (wollen), wodurch der Zugang für (…) nichtkorporierte Historiker zur Studentengeschichte und vor allem zu der der

47 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], Anlage zu den VaB-Mitteilungen Nr. 27/1961 (Vorort Bremen), Bericht des BBl.-Schriftleiters zum DB-Altherrentag 1961, 14. Wredens Rede von ‚der Burschenschaft' verweist auf die historische Konzeption der einzelnen Bünde als lediglich lokale Niederlassungen der ideell einen, großen Burschenschaft (im Sinne einer ‚burschenschaftlichen Bewegung'): „Die Burschenschaft ist die Gesamtheit der deutschen Burschenschaften, die aus der in Jena begründeten Burschenbewegung von 1815 hervorgegangen sind oder sich zu ihr bekennen" (AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 10).

48 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 15. Im selben Jahr brachte der Vorsitz der *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB) einen letztlich erfolglosen Antrag ein, der die Verhandlungen auf Burschentagen grundsätzlich für nicht öffentlich erklärt hätte. Begründet wurde der Vorstoß damit, dass die öffentliche Abhaltung angesichts kritischer Medien „dem Ansehen der Deutschen Burschenschaft nicht dienlich" sei (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 23 f.).

Korporationen nicht immer leicht ist".[49] Die verbindungsstudentische Abschließung nach außen ist einerseits als Reaktion auf kritische, von burschenschaftlicher Seite häufig als diffamierend empfundene Publizistik zu werten, ist selbst aber nicht unwesentlich dafür mitverantwortlich, dass es korporationskritischer Literatur oft an Nuancenreichtum und Ausgewogenheit fehlt bzw. fehlen muss. Gerade die Burschenschaften scheinen sich durch besonders restriktive Informationspolitik auszuzeichnen – selbst noch gegenüber Korporierten.[50] Im Fall meiner eigenen Forschung war die Kooperationsbereitschaft österreichischer Bünde eng begrenzt. Schon Anfragen um einzelne Detailauskünfte wurden im Regelfall ablehnend oder – häufiger – gar nicht beantwortet. In mehreren Fällen wurden gegebene Zusagen für Gespräche oder Archivbesuche nicht eingehalten, wurde schriftlicher Kontakt ohne Angabe von Gründen jäh abgebrochen, trafen versprochene Zusendungen nie ein. Auch die Deposita österreichischer Bünde im Archiv der DB blieben mir auf Geheiß der Depositeure ausnahmslos verschlossen.[51]

Zurückhaltung auch in internen Quellen

Auch dort, wo Zugang zu unveröffentlichten Quellen erlangt werden kann, entspricht deren Informationsgehalt in quantitativer und qualitativer Hinsicht oft nicht den vorgefertigten Erwartungen. Die vorsichtige bis konspirative Informationspolitik nach außen findet – jedenfalls, soweit es schriftliche Äußerungen betrifft – im Inneren ihre Fortsetzung. So enthält eine Ausgabe der *Germanenmitteilungen* (der internen Bundzeitung der Innsbrucker *Germania*) von 1966 den Hinweis, dass ein bestimmter Tagesordnungspunkt des letzten Generalkonvents „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt" sei – und daher nicht einmal in den internen Mitteilungen aufscheinen durfte.[52] Der Jahresbericht jenes Ausschusses, der um 1960 die Fusion von DB und DBÖ anbahnen sollte, durfte nicht mit dem Protokoll des DBÖ-Tages verschickt werden[53], obwohl dieses ohnehin nur an burschenschaftliche Adressaten erging. Diskussionsbeiträge zur Fusion durften nicht an Nicht-Burschenschafter weitergegeben werden und

49 Zit. n. Lönnecker 2002, 10.

50 Vgl. Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte 2004, 320; Balder 2005, 4; Oberösterreicher Germanen 1994, 16; zu inter-korporativen Restriktionen ferner auch Gladens „Erfahrungen bei der Materialsuche" 1998, 130.

51 Umso bemerkenswerter erscheinen vor diesem Hintergrund die Kooperationsbereitschaft der Grazer *Allemannen* und des DB-Archivars Harald Lönnecker. Alexandra Kurth war es nach mündlicher Auskunft mir gegenüber nicht möglich gewesen, für ihre Dissertation (vgl. Kurth 2004) im damals noch unter anderer Leitung befindlichen Archiv der DB zu recherchieren – eine Problematik, mit der auch andere KollegInnen konfrontiert gewesen seien.

52 *Germanenmitteilungen*, Dezember 1966, 6. Der Generalkonvent ist die üblicherweise einmal jährlich tagende beschlussfassende Versammlung der Vollmitglieder und höchstes Gremium einer Burschenschaft.

53 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/4 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 7.

waren strikt unter Verschluss zu halten.[54] Damals wie in der jüngsten Vergangenheit befürchteten insbesondere die am weitesten rechts stehenden Burschenschaften, moderatere Bünde könnten versuchen, ihre Anliegen durch gezielte Indiskretionen zu hintertreiben.[55]

Wenngleich Misstrauen gegenüber Bundes- und Verbandsbrüdern sowie Datenschutzerwägungen die erwähnten konspirativen Tendenzen verstärkten, waren Letztere doch in erster Linie durch den Eindruck einer äußeren Bedrohung motiviert. Dabei ging es nicht nur darum, Kritik von journalistischer oder wissenschaftlicher Seite keine Ansatzpunkte zu liefern. Zumindest bis in die 1960er-Jahre hinein war unter Burschenschaften in Österreich vielmehr auch die Befürchtung verbreitet, staatliche Stellen könnten Verbote bzw. Auflösungen völkischer Verbindungen verfügen, wie dies historisch vielfach der Fall gewesen war. Davon zeugt etwa ein Vorschlag von *Suevia* Innsbruck im Zuge einer Debatte um die Gründung einer *Vereinigung alter Burschenschafter* für Österreich 1954: Nach Vorstellung der *Sueven* sollte jene sich nicht als Einheitsverband, sondern in Form einer losen Arbeitsgemeinschaft lokaler Einzelgruppen konstituieren, da eine solche „niemals einer behördlichen Auflösung verfallen" könne.[56] Gerade in der Restaurationsphase und unter den Bedingungen der alliierten Präsenz erschienen solche Überlegungen durchaus rational begründet – und gaben zu allerhand Verschleierungsmanövern Anlass (vgl. Kapitel II.3). Wohlbegründet war auch die Geheimhaltung der sogenannten Ehrenordnung der DBÖ – jenes Regelwerks, das die rechtlich heikle Beibehaltung bzw. Wiederaufnahme des Duellwesens nach 1945 dokumentierte (vgl. hierzu die Kapitel III.4.2 und III.5.4). Vervielfältigungen derselben sollten wohlweislich „in keine unbefugten Hände geraten", wie ein führender DBÖ-Funktionär 1960 festhielt.[57] Noch 1973 lehnte *Libertas* Wien eine Offenlegung selbst gegenüber den bundesdeutschen Burschenschaften mit der Begründung ab, dass die Österreicher „in der Veröffentlichung ihrer Ehrenordnung ihre Existenz bedroht" sähen.[58]

Jenseits der Duellfrage kamen Auflösungsängste v. a. in der Diskussion um eine Fusion von DB und DBÖ zum Vorschein, die 1961 ihren vorläufigen Kulminationspunkt erreichte. Geargwöhnt wurde, dass eine solche Fusion als Staatsvertrags-widrige Manifestation großdeutschen Strebens wahrgenommen werden könnte. Am DBÖ-Tag

---

54 Dies laut dem sogenannten Verbändeabkommen zwischen DB und DBÖ; vgl. etwa BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1960 (Vorort Bremen), 4.

55 Vgl. BAK, DB 9, B. VI.15 [C2], Protokoll einer Aussprache burschenschaftlicher Amtsträger mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die der Deutschen Burschenschaft angehören, über eine Fusion DB-DBÖ in Bonn am 19.4.1961, 1 f. Zu Burschenschafts-interner Kritik an der Politik der Geheimhaltung in der Fusionsdebatte vgl. u. a. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1960, 13.

56 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 8.

57 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 5.

58 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1973, 17.

1961 erwähnte *Brixia* Innsbruck „Gerüchte( )“, wonach „in allen Sicherheitsdirektionen Auflösungsbescheide lägen“, was allerdings nicht den Tatsachen entspreche.[59] Dass zu Jahresende mit *Olympia* Wien tatsächlich eine Burschenschaft behördlich aufgelöst wurde – wenn auch nicht im Kontext der Fusionspläne, sondern des Südtirolterrors (vgl. Kapitel IV.3.3) –, trug nicht eben dazu bei, dahin gehende Befürchtungen zu zerstreuen. Auch mit Unannehmlichkeiten auf individueller Ebene wurde offenbar gerechnet. So schlug DBÖ-Funktionär Gustav Pawek (*Alania* Wien) 1963 vor, ein zu erstellendes Verzeichnis aller Alten Herren der DBÖ nur „numeriert zu versenden, um es nicht in falsche Hände geraten zu lassen“.[60] Diese Vorsicht hat sich bis heute erhalten, wenn nicht noch zugenommen. Für die als Gesamtverzeichnis aller Burschenschafter konzipierte ‚*Burschenschafter-Stammrolle*‘ der DB von 1991 lieferten nur neun österreichische Bünde Daten, und dies meist unvollständig.[61] Lindinger notiert einen drastischen Rückgang an Berichten aus dem Verbindungsleben in der *Aula* der 1990er-Jahre und vermutet als Grund, neben der abnehmenden Zahl an aktiven Verbindungen, die „beispiellose( ) Hetze gegen ‚Aula‘-Leser im Gefolge der Briefbombenattentate“.[62]

Hidden agendas

In den Ausführungen zum Forschungsstand habe ich auf die Problematik der perspektivischen Voreingenommenheit vieler AutorInnen von Sekundärliteratur über das völkische Verbindungswesen – teils aufgrund eigener Zugehörigkeit, teils aufgrund politischer GegnerInnenschaft zu diesem – hingewiesen. Was die Arbeiten von Korporierten betrifft, so sind es nicht allein emotionale Involviertheit und zuweilen fehlende wissenschaftliche Kompetenz, die häufig einen „mehr oder weniger bewußten Bruch mit wissenschaftlichen Standards“ heraufbeschwören.[63] Mindestens ebenso schwer wiegt, dass auch interne Quellen wie Verbindungschroniken nicht als ‚uninteressiert‘ angesehen werden können. Auch den Autoren dieser exklusiv an Mitglieder adressierten Texte ist es nicht allein um die sachliche Darstellung geschichtlicher Fakten zu tun, sondern auch um Zwecke wie Identitätsstiftung und Stärkung des bündischen Zusammen-

59 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ordentlichen) DBÖ-Tages 1961, 12.

60 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1963, 2.

61 Vgl. PBW, Vohl 1991.

62 Lindinger 2009, 66. 1995 war im Zuge einer behördlichen Hausdurchsuchung die Abonnentenkartei der *Aula* beschlagnahmt worden. Die Zeitschrift war in Verdacht geraten, als Inspirationsquelle für jene 1993 einsetzende rechtsextreme Anschlagsserie gedient zu haben, als deren Urheber ein Gericht 1999 Franz Fuchs identifizierte.

63 Jansen 1998, 437.

halts.[64] Dies kann sich in der Auslassung, Beschönigung oder Versuchen zur Rechtfertigung ‚dunkler Kapitel' der eigenen Geschichte ebenso äußern wie in einer Tendenz zur Entfernung von Brüchen, Inkonsistenzen, Versagen und Misserfolgen aus der Erzählung. Solche Manöver erleichtern nicht nur dem Einzelnen die Identifikation mit der Verbindung, sondern dienen auch dazu, bestimmte politisch-ideologische Positionen in der Gegenwart – etwa: die Beibehaltung des Deutschnationalismus über 1945 hinaus – zu legitimieren. Angesichts solcher Interessenlagen ortet Günter Cerwinka eine „genormte Erwartungshaltung der burschenschaftlichen Öffentlichkeit oder eines maßgeblichen Teils dieser, zu welchen Ergebnissen burschenschaftliche Geschichtsforschung gelangen soll". Der „Vorwurf der ‚Nestbeschmutzung' und des Kniefalls vor dem ‚Zeitgeist'" werde „sehr schnell" erhoben.[65]

Missrepräsentativität bzw. hegemonialer Bias

Dass jede schriftliche burschenschaftliche Quelle das hauptsächliche Werk eines Einzelnen oder zumindest einer überschaubaren Zahl an Burschenschaftern ist, zieht die inhaltliche Repräsentativität solcher Texte potenziell in Zweifel. Die bereits in Abschnitt I.2 angerissene Problematik der Aussagekraft individueller Handlungen für Kollektive stellt sich nicht allein in der Forschung an Burschenschaften, wird jedoch durch bestimmte Merkmale derselben verschärft. Zu verweisen ist insbesondere auf die Effektivität innerburschenschaftlicher Meinungsführerschaft, die sich Mechanismen der Unsichtbarmachung abweichender Meinungen ebenso verdankt wie der offenbar äußerst begrenzten Bereitschaft nicht-hegemonialer Meinungsträger, sich – ob intern oder nach außen hin – in wahrnehmbarer Weise zu äußern (vgl. u. a. die Kapitel III.2.1, III.2.3, III.4 und III.8.3. f.). Dass jene innere Vielfalt an Meinungen, die korporierte Interviewpartner durchgehend beschwören, sich in den Quellen (einschließlich der internen) nur sehr bedingt widerspiegelt, hat daher sowohl mit der zuvor angesprochenen Zweckgebundenheit mancher Quellensorten als auch mit der inneren Verfasstheit des Untersuchungsfeldes zu tun. Hinsichtlich der daraus folgenden Gefahr unzulässiger Verallgemeinerungen ist Alexandra Kurths Annahme beizupflichten, dass zwar „nicht (…) jede Veröffentlichung die Einstellung aller Mitglieder wiedergibt, wohl aber (…) die Summe der publizierten Artikel, Beschlüsse und Satzungen – bei Berücksichtigung zentraler Differenzen – das vertretene Meinungsspektrum widerspiegelt, wenn auch nicht eins zu eins".[66] Für unveröffentlichte Quellen sollte dies nicht minder gelten.

64 Zur Zweckgebundenheit burschenschaftlicher Geschichtsschreibung vgl. auch Lönnecker 2009b, 351.

65 Cerwinka 2009, 92.

66 Kurth 2004, 28.

I.4.2 Spezifische Problemlagen einzelner Quellengattungen

In Vertiefung des bislang Gesagten lassen sich für die Arbeit mit bestimmten Quellensorten besondere quellenkritische Herausforderungen benennen. So war bei der Interpretation von Aussagen aus ***Interviews*** – neben allgemeinen Aspekten wie der zeitlichen Distanz, der mündlich-spontanen Wiedergabe von Erinnertem u. dgl. – zu berücksichtigen, dass das Gros der Interviewten mit dem Burschenschaftswesen mehr oder weniger eng verbunden war (oder noch ist), dies allerdings meist in konfliktbehafteter Weise. Die Sicht dieser Interviewpartner auf den Untersuchungsgegenstand war daher mit einiger Wahrscheinlichkeit von Effekten persönlicher Kränkung bzw. Verärgerung beeinflusst, möglicherweise aber auch von Distanzierungs- oder Rechtfertigungsbedürfnissen.

Die ***Aula*** als eine der in diesem Buch meistzitierten Quellen liefert ein mustergültiges Beispiel (mutmaßlich) verengter Abbildung des burschenschaftlichen bzw. verbindungsstudentischen Meinungsspektrums. Schon in quantitativer Hinsicht war die Vielfalt ihrer Autoren stets eng begrenzt.[67] Es galt, was auch der Schriftleiter der *Burschenschaftlichen Blätter* für sein Blatt wiederholt konstatieren musste: dass es „immer wieder dieselben Verbandsbrüder sind, die sich zu Worte melden", wodurch „die Meinung eines nicht kleinen Teiles der Aktiven und der Alten Herren nicht zur Geltung" komme.[68] Dass die Bandbreite der abgedruckten Positionen in den *Blättern* dennoch größer ausfiel als in der *Aula*, spiegelt nicht nur die größere Heterogenität des bundesdeutschen Burschenschaftswesens wider, sondern war auch der jeweiligen Blattlinie geschuldet. Insoweit potenzielle Autoren nicht bereits in Antizipation der Grenzen des in der *Aula* (im diskursanalytischen Sinne) Sagbaren[69] Selbstzensur übten, kam offenbar die *gatekeeper*-Funktion der Blattmacher und anderer einflussreicher Personen im Redaktionsumfeld zum Tragen. Auf die Wahrnehmung einer „ideologische(n) Tyrannei" bestimmter Personen im *Aula*-Umfeld wird an anderer Stelle zurückzukommen sein.[70] Ergänzend ist festzuhalten, dass schon die Bereitschaft, für das Grazer Medium zu schreiben, Ausdruck eines überdurchschnittlichen Maßes an Identifikation mit dem Verbindungswesen bzw. besonderen Engagements um dieses war – Merkmale, die unter Burschenschaftern in Österreich in der Regel mit einer bestimmten (hegemonialen) Interpretation der burschenschaftlichen Idee einhergingen (vgl. Kapitel III.2.1).

---

67 Vgl. (für den Zeitraum um 1990) Gärtner 1996, 152–171 und 224–227.

68 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 15 sowie (fast wortident) zum DB-Burschentag 1978, 12.

69 Vgl. zum Konzept des Sagbaren bzw. Sagbarkeitsfeldes Jäger 2004, 127–157. Jäger bestimmt das Sagbare als Summe „alle(r) Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden (können)" (ebd., 130).

70 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 11.2.2012.

Vieles spricht somit für Friedhelm Frischenschlagers Einschätzung, wonach die *Aula* die politisch-ideologische Bandbreite des ‚nationalen' Verbindungswesens zu keinem Zeitpunkt angemessen wiedergegeben habe.[71] Vereinzelt findet Unmut über die Blattlinie sich auch in den Quellen dokumentiert. So war den *Oberösterreicher Germanen,* folgt man deren Chronikeintrag zum Sommersemester 1982, „(d)as Niveau des Blattes, das in manchem [sic] Beiträgen schon die Qualität minderwertiger ideologischer Hetze annahm, (…) schon immer ein Dorn im Auge" gewesen, „wobei man vor allem einen gewissen Intellekt vermißt( )" habe. Allerdings habe „unseres Wissens nach [sic] noch immer niemand aus dem Kreise der Verbände und Korporationen an diesem Blatt (…) Kritik geübt".[72] Dieser Kritikverzicht scheint mir die Repräsentativität der *Aula* jedenfalls im Sinne der Abbildung hegemonialer Meinungen zu unterstreichen. Von Letzteren abweichende Positionen galten dem Anschein nach als über den eigenen Bund hinaus nicht artikulierbar. Was in der Zeitschrift zu lesen war, repräsentiert in diesem Sinne durchaus einen Mainstream, wenn auch nicht notwendig eine zahlenmäßige Mehrheit. Der Mainstream wiederum wurde von den erwähnten Kontrollinstanzen zwar mitgestaltet, in vielerlei Hinsicht exekutierten Letztere aber auch schlicht (mehr oder weniger stille) kollektive Übereinkünfte darüber, wohin das völkische Verbindungswesen in der Zweiten Republik sich (nicht) entwickeln sollte. (Vgl. zur innerburschenschaftlicher Meinungshegemonie weiterführend die Kapitel III.2.1 und III.2.3.)

Verbindungschroniken berichten zwar aus einer gewissen zeitlichen Distanz über burschenschaftliches Geschehen, kompensieren dies jedoch häufig durch ausgiebigen Rückgriff auf bundeigene Archivalien (Conventsprotokolle, interne Semesterberichte u. Ä.), die Außenstehenden im Original nie zugänglich wären, sowie durch den Einbau von Zeitzeugenberichten und privater Korrespondenz. Während der oft lückenhafte oder gar fehlende wissenschaftliche Apparat als Manko anzuführen ist, spricht diese gute Quellenbasis für eine vergleichsweise hohe Zuverlässigkeit der Chroniken auf der Faktenebene. Die Zeitzeugengespräche, da unter Bundesbrüdern geführt, verheißen durch die (jedenfalls vermeintlich) höhere Mitteilsamkeit der Befragten ein Informationsplus gegenüber von außenstehenden ForscherInnen geführten Interviews. Ähnliches wäre auch für die Chroniken insgesamt zu erwarten: Im Wesentlichen richten diese sich an Mitglieder, eventuell ergänzt durch das erweiterte persönliche und verbindungsstudentische Umfeld der jeweiligen Korporation. Die politisch relativ homogene Zielgruppe reduziert die Notwendigkeit, in der Darstellung der eigenen Geschichte und Positionen die Begrenzungen des politisch-rechtlich Opportunen zu berücksich-

71 Interview vom 11.12.2009.

72 Oberösterreicher Germanen 1994, 110. Auch der Innsbrucker *Germane* Sigurd Scheichl äußerte sich 1977 in einem bundinternen Rundschreiben kritisch über die *Aula,* wollte sie aber „als Sprachrohr unserer Interessen" und als Informationsquelle erhalten wissen (PBW, Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 23.1.1977, 6).

tigen. Gleichzeitig finden gerade in den – meist zu runden Bestandsjubiläen verfassten – Chroniken die schon erwähnten identitätspolitischen Bedürfnisse Niederschlag. Selbst dort, wo vorderhand ohne jede Wertung Ereignisse referiert werden, kann deren Auswahl auch dazu dienen, im Sinne durchaus gegenwärtiger Interessen bestimmte ideengeschichtliche Traditionslinien stark zu machen und andere auszublenden. ‚Geschönte' Darstellungen der Bundgeschichte können älteren Bundesbrüdern ein Aufrechterhalten ihrer Identifikation mit dem Bund ermöglichen und den Jüngeren den Aufbau einer solchen, möglichst vorbehaltlosen Identifikation erleichtern.[73]

Die meist alleinige Autorenschaft und/oder inhaltliche Verantwortlichkeit eines einzelnen Alten Herrn verleiht den Chroniken zunächst höchst subjektiven Charakter. Verstärkt wird dieser dadurch, dass die Abfassung eines solchen Werkes mit einem Zeit- und Arbeitsaufwand einhergeht, der den Bund in ein Verhältnis der Dankbarkeit gegenüber dem Autor setzt und diesem so gewisse Freiräume in der Auswahl und Bewertung der geschilderten Ereignisse eröffnen könnte. Meine Überzeugung, dass die Chroniken dennoch große Aussagekraft für die Verbindung insgesamt aufweisen[74], hat mehrere Gründe. Zum Ersten treten die Bünde häufig als Herausgeber und/oder Verleger in Erscheinung und signalisieren auf diese Weise Übereinstimmung zumindest mit den Grundlinien der Darstellung. Zweitens ist davon auszugehen, dass Chronisten – mehr oder weniger weitreichend und bewusst – in ihren Auswahlentscheidungen, Wertungen und Interpretationen durchaus die von Cerwinka konstatierte ‚genormte Erwartungshaltung' ihrer Zielgruppe reflektieren. Drittens legt die erwähnte gemeinschaftsbildende Funktion des Mediums nahe, die Bundgeschichte in einer Weise zu erzählen, die Identifikationsangebote für möglichst viele Bundesbrüder bereitstellt und gleichzeitig das Risiko von Irritationen minimiert – also orientiert an hegemonialen Meinungen. Dementsprechend sind Zugeständnisse an Randpositionen in den Chroniken ebenso selten anzutreffen wie selbstkritische Passagen.

Die Problematik des teils individuellen, teils kollektiven Charakters von Äußerungen erstreckt sich auch auf die ***Protokolle***[75] ***von Vertretersitzungen.*** Auch hier – auf DBÖ-Tagen oder Burschentagen der DB – sind es grundsätzlich Einzelpersonen, die sprechen. Sie tun dies allerdings als designierte Vertreter ihrer Bünde, die (jedenfalls zu ordentlichen Tagesordnungspunkten) im Vorfeld kollektiv gefasste Beschlüsse der-

---

73 Die Zwecke der Identitätsstiftung, Gemeinschaftsbildung und ideologischen Formierung gelten ebenso für den Publikationstyp der Festschrift, der den Schwerpunkt weniger auf historische Rückblenden als auf programmatische Essays legt (vgl. z.B. Olympia 1989 und 1996).

74 Auf dieser Überzeugung fußt auch meine Entscheidung, die Chroniken nicht nach dem je ausgewiesenen Autor, sondern nach dem jeweiligen Bund zu zitieren, um LeserInnen die Zuordnung von Zitaten zu erleichtern.

75 Manche der Dokumente führen die synonyme Bezeichnung ‚Niederschrift'. Meine Zitation folgt stets der originalen Benennung.

selben zu exekutieren haben. Die darauf gründende Protokollierungspraxis, Aussagen nicht den Sprechern (deren Namen in den Protokollen meist gänzlich ungenannt bleiben) zuzuweisen, sondern deren Verbindungen, übernehme ich bei Wiedergaben.[76] Wenngleich Delegierte auf Sitzungen in gewissem Rahmen eigene Agenden verfolgen können, gehe ich davon aus, dass die Mandatierung einer bestimmten Person seitens der Verbindung auf der – kaum grundlosen – Annahme basiert, die Person werde die im Bund hegemoniale Linie zuverlässig repräsentieren. Auch dort, wo die Delegation weniger aus Vertrauen denn aufgrund der dominanten Position des Delegierten innerhalb seiner Verbindung erfolgt sein mochte, erscheint mir die erwähnte Zitationspraxis legitim – hier im Sinne der Abbildung innerbündischer Machtverhältnisse.

I.5 Zentrale Begrifflichkeiten

Als letzten der Vorstellung meiner Untersuchungsergebnisse vorgelagerten Schritt erläutere ich nachfolgend mein Verständnis einer Reihe von Begriffen, die wiederholt zur politisch-ideologischen Klassifizierung im Buch auftretender Akteure (bzw. deren Denkweisen und Praxen) Verwendung finden werden. Als Werkzeuge der wissenschaftlichen Analyse dienen sie weder der Verunglimpfung damit Bezeichneter, noch ist – wie v.a. mit Blick auf den Neonazismus-Begriff zu betonen ist – ihre Verwendung als Vorwurf strafbarer Handlungen zu verstehen. Die Begriffsdefinitionen sollen Missverständnissen in der Rezeption vorbeugen und gleichzeitig meinen ideologiekritischen Zugang illustrieren, den ich in der Tradition des *Projekts Ideologie-Theorie* verorte.[77]

Besondere Aufmerksamkeit gebührt dem Terminus des ***Rechtsextremismus***, ist dieser doch durch häufig unscharfe bzw. beliebige Verwendung der Gefahr ausgesetzt, als wissenschaftliches Konzept unbrauchbar zu werden. Als Ausgangspunkt wähle ich die nach dem Urteil Brigitte Bailer-Galandas „wohl differenzierteste und präziseste Bestimmung" des Begriffes[78], jene von Willibald Holzer, und beziehe deren von Schiedel vorgeschlagene Ergänzungen mit ein[79]. Mit Holzer begreife ich Rechtsextremismus

76 Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die protokollierten Aussagen nicht notwendig Originaltöne darstellen (sondern wohl häufig sich eng an den tatsächlichen Aussagen orientierende Paraphrasen), ich sie in Ermangelung einer zugleich sinnvoll und praktikabel erscheinenden Alternative aber als solche zitiere.

77 Vgl. v.a. Projekt Ideologie-Theorie 1979, ferner auch 1980a und 1980b.

78 Bailer-Galanda o.J., o. S.

79 Vgl. Holzer 1994 bzw. Schiedel 2007, 24–28, weitgehend damit kompatibel auch Jaschke 2001 (hier v.a. 30). Zur Begründung meiner Verwendung des Rechtsextremismus-Begriffes vor dem Hintergrund berechtigter Kritik (vgl. etwa Kopke/Rensmann 2000, Falter 2011) an seiner in Deutschland populären neo-totalitarismustheoretischen Bestimmung vgl. Weidinger 2014.

holistisch als Verknüpfung bestimmter Ideologeme[80], Einstellungsmuster, Zielsetzungen, Organisationsmerkmale und politischer Stilformen. Bei aller Vielgestaltigkeit, in der diese Verknüpfung sich historisch und örtlich realisieren kann, bleibt ihr Kern unverändert: die Behauptung, dass die Menschen ungleich seien – ungleich nicht als Ausdruck ihrer Individualität, sondern ganz im Gegenteil in dem Sinne, dass individuelle Eigenschaften und erwartbare Verhaltensweisen sich aus der Zugehörigkeit des Individuums zu (kulturalistisch oder offen biologistisch) bestimmten Kollektiven, insbesondere jenem der ‚Volksgemeinschaft', ableiten ließen.[81] Als zweites zentrales Bestimmungsmerkmal erachte ich die anthropologische Prämisse, wonach die Einordnung der Individuen in solch bergende Gemeinschaften und ihre Unterwerfung unter Autoritäten, mithin ein Verhältnis von Führern und Geführten, notwendige Bedingungen eines gedeihlichen menschlichen Zusammenlebens darstellten.[82] Die grundlegende soziale Funktion des Ungleichheitsdenkens besteht darin, die gesellschaftliche Herstellung realer sozialer Ungleichheit durch Naturalisierung und/oder Kulturalisierung zu verschleiern und damit zu legitimieren: Soziale Problemlagen und (Interessen-)Gegensätze werden als Ausdruck von ‚Rassen'- oder, zeitgemäßer, ‚Kulturkonflikten' interpretiert (Ethnisierung des Sozialen).[83] Dem/der Einzelnen erlaubt das Ungleichheitspostulat darüber hinaus, sich eigene Überlegenheit und daraus abgeleitete Unersetzbarkeit zu halluzinieren, um so die (nicht zuletzt psychischen) Belastungen der Konkurrenzökonomie leichter ertragen zu können. Die Naturalisierung von Autorität und Hierarchie wiederum erleichtert dem Subjekt die täglichen eigenen Anpassungs- und Unterwerfungsleistungen.

Die eben beschriebenen Kerngehalte und Funktionen des Rechtsextremismus bedingen bzw. begünstigen Antirationalismus und manichäisches Denken. Diese finden in der Beschwörung irrationaler Zentralkategorien (‚Volk', ‚Tradition' usw.) ebenso Niederschlag wie in einem – in aller Regel antisemitisch grundierten – Hang zu Verschwörungstheorien, zur Personalisierung systemischer Prozesse (‚Sündenbockdenken'), zu dichotomen Freund-Feind-Schematisierungen und zur Projektion eigener Wünsche

80 Vgl. zum Begriff des Ideologems Projekt Ideologie-Theorie 1980a, 11 und 179. Als Beispiele von besonderer Relevanz für das vorliegende Werk seien das ‚deutsche Volk' oder der (virile, soldatische) ‚Mann' genannt.

81 Schiedel (2007, 24) zählt zudem das „bis zum Sozialdarwinismus" gesteigerte Prinzip der Konkurrenz zum „historischen Kern" des Rechtsextremismus.

82 In diesem Punkt führe ich gleichsam zwei der Bestimmungselemente Holzers zusammen: „Volk und Volksgemeinschaft" sowie „Autoritarismus und Verfassung" (vgl. Holzer 1994, 34–38 bzw. 48–52).

83 Vgl. ebd., 47 f., und Schiedel 2007, 31–33. Solche Interpretationen setzen die Konstruktion entsprechender Kollektive – ‚Rassen', ‚Völker', ‚Ethnien', ‚Kulturen' – voraus. Diese erfolgt im Wege der Umdeutung „zunächst konstitutiv belanglose(r) Momente (…) in konstitutiv relevante Eigenschaften" (Wolf-Dietrich Bukow, zit. n. Schiedel 2007, 173).

auf das bekämpfte Gegenüber.[84] Gesellschaftliche Entwicklung wird kulturpessimistisch als Verfallsgeschichte gelesen, die von der menschlichen Versündigung am vermeintlich Gott- oder Naturgewollten angetrieben werde.[85] Zusammen mit einer Reihe weiterer Merkmale ideologischer, stilistischer und organisatorischer Art[86] bildet das so umrissene Denken den Idealtypus des Rechtsextremen. Dabei ist zu betonen, dass viele dieser Merkmale auch in anderen politisch-ideologischen Spektren auftreten können und erst in der Verknüpfung mit weiteren Elementen rechtsextremen Charakter annehmen. Umgekehrt muss, dem Charakter eines Idealtypus entsprechend, nicht die volle Bandbreite an Merkmalen gegeben sein, um eine konkrete Person oder Gruppierung als rechtsextrem einstufen zu können. Sehr wohl gegeben sein muss nach meinem Begriffsverständnis zum Ersten die Grundannahme einer ‚natürlichen', kollektivistisch bestimmten Ungleichheit – zumeist als Rassismus, Antisemitismus und Sexismus –, respektive die Neigung zur systematischen Umdeutung sozialer Ungleichheit in natürliche; zweitens die Unterstellung der Natürlichkeit und Naturnotwendigkeit von Autorität und Hierarchien innerhalb sozialer Verbände von Menschen; darüber hinaus müssen zumindest ein weiteres der genannten Definitionsmerkmale sowie eine „gewisse( ) Stabilität" der Anordnung der einzelnen Ideologieelemente zueinander vorliegen.[87] Tatsächlich werden diese Anforderungen in jedem Fall der Begriffsverwendung in diesem Buch übererfüllt.

Als zumindest fallweise begriffliche Alternative hat sich in der jüngeren Vergangenheit der Terminus des ***Rechtspopulismus*** zunehmend in der wissenschaftlichen Diskussion etabliert. Sinnvoll erscheint mir dies dort, wo die Beschäftigung mit politischen Stilmitteln, Propagandatechniken, Inszenierungen und dem Verhältnis zwischen politischen Führern[88] und ihren AnhängerInnen im Vordergrund stehen soll. Sinn ergibt die Rede vom Rechtspopulismus darüber hinaus zur Bezeichnung diffus rechts orientierter, sich vom historischen Faschismus und seinen aktuellen WiedergängerInnen abgrenzender Gruppierungen, die eine primär an Themenkonjunkturen und Mehrheitsmeinungen ausgerichtete Politik verfolgen und dabei relative ideologische Belie-

84 Vgl. Holzer 1994, 52–54; zu Stellenwert und Transformationen des Antisemitismus in der rechtsextremen Weltanschauung vgl. Schiedel 2007, 36–41 u. 59–61.

85 Vgl. Schiedel 2007, 25.

86 Zu diesen übrigen Definitionselementen nach Holzer und Schiedel – Antiliberalismus, Autoritarismus, Männlichkeits- und Stärkekult, Gewaltlatenz usw. – vgl. ebd., 24–28, sowie ausführlich Holzer 1994, 31–75.

87 Schiedel 2007, 27 (vgl. ähnlich Schwagerl 1993, 18).

88 Die Verwendung der männlichen Form soll hier nicht nur dem eklatanten Männerüberhang in den Führungsriegen rechtsextremer Parteien Rechnung tragen, sondern auch der Bedeutung des Faktors Männlichkeit in dem erwähnten spezifischen Verhältnis von Führung und Anhang (vgl. dazu Schiedel 2007, 62 f., sowie – grundsätzlich und ausführlich zu Rechtsextremismus und Männlichkeiten – Claus/Lehnert/Müller 2010).

bigkeit an den Tag legen, wohl aber eine Ethnisierung des Sozialen betreiben.[89] Somit kann Rechtspopulismus ein häufiges Stilmerkmal der extremen Rechten (v. a. der parteiförmig auftretenden) oder die Programmatik einer eigenen Gattung rechter Gruppierungen bezeichnen. Eine vollwertige Alternative zum Begriff des Rechtsextremismus stellt der Terminus jedoch nicht dar: Wo er verwendet wird, um AkteurInnen mit gefestigter rechtsextremer Weltanschauung zu benennen, wird nicht nur politischem Stil der Vorrang vor politischem Inhalt eingeräumt, sondern auch die Verharmlosung des in Rede stehenden Phänomens betrieben.

Unter ***Neonazismus*** fasse ich jenen Sektor des Rechtsextremismus, der nachweislich wesentliche Inhalte und Ziele des historischen Nationalsozialismus teilt und/oder sich vorwiegend positiv auf diesen bezieht. Der positive Bezug bzw. die inhaltliche Übereinstimmung kann dabei auch anderen Strömungen als dem historisch dominant gewordenen Hitler-Strang der nationalsozialistischen Bewegung gelten, etwa dem ‚nationalen Sozialismus' der Strasser-Brüder. Die juristische Bestimmung des Neonazismus-Begriffs, wie sie in Österreich in Staatsvertrag und NS-Verbotsgesetz sowie der einschlägigen Judikatur niedergelegt ist, gibt den Rahmen für die rechtlich zulässige Verwendung des Begriffes (zumal in seiner Anwendung auf konkrete Personen und Gruppierungen) vor und kann daher auch in wissenschaftlichen Arbeiten nicht ignoriert werden, ohne ein Klagsrisiko einzugehen. In rechtlich uneindeutigen Fällen wurde daher in diesem Buch dem Rechtsextremismus-Begriff der Vorrang vor jenem des Neonazismus gegeben.

Von ***Konservatismus*** wird in diesem Buch auf zwei unterschiedlichen, aber eng aufeinander verwiesenen Bedeutungsebenen die Rede sein. Zum einen taucht er als Traditionalismus auf, als Neigung zum Festhalten an bestimmten sozialen Praxen und ideologischen Überzeugungen um des Festhaltens willen. Zum anderen verwende ich den Begriff zur Bezeichnung einer politischen Ideologie mit der sozialen Funktion, aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken prekär gewordene oder bereits überholte (Herrschafts-)Verhältnisse zu sichern bzw. wiederherzustellen. Diese soziale Funktion respektive die ihr entsprechende Wendung gegen über den Status quo hinausweisende, herrschaftskritische Sinnentwürfe und Bewegungen stellt letztlich das universellste und konstanteste Merkmal des Konservatismus als Weltanschauung dar, der sich ansons-

89 Schiedel beschreibt Rechtspopulismus in diesem Sinne auch als moderatere Variante des Rechtsextremismus. Als Unterscheidungsmerkmale über das Verhältnis zum historischen Faschismus/Nazismus (distanziert im Rechtspopulismus, ambivalent im Rechtsextremismus, affirmativ im Neofaschismus/Neonazismus) hinaus nennt er „die unterschiedliche soziale Ausrichtung (je rechter, desto sozialdemagogischer), die ideologische Grundierung der Tagespolitik (je rechter, desto weltanschaulicher), die Existenz von Antisemitismus (je rechter, desto antisemitischer), das Verhältnis zu den USA (je rechter, desto antiamerikanischer) und die Einstellung zum Demokratischen (je rechter, desto antidemokratischer)." (Schiedel 2011, 9 f.)

ten weitestgehend einer abstrakten und überhistorisch gültigen Definition entzieht.[90] Grebing fasst ihn dementsprechend auch als „die dem Demokratisierungsprozeß immanente Gegenbewegung“.[91]

Ein Versuch, weitere allgemeine Charakteristika des Konservatismus herauszuarbeiten (freilich im Sinne einer idealtypischen Bestimmung, wie sie zuvor für den Rechtsextremismus vorgenommen wurde), könnte bei dessen axiomatischen Bezügen ansetzen. Konservative Kritik am Bestehenden wird nicht vor dem Hintergrund eines utopischen Gesellschaftsentwurfes – also dessen, was sein könnte – formuliert, sondern „im Namen des ‚Ewiggültigen‘ und der ‚wahren Natur‘ des Menschen“.[92] Auch gesellschaftliche Entwicklung und damit der historische Prozess wird naturalisierend, als von vorgeblichen anthropologischen Konstanten bestimmt, gedeutet.[93] Versuche, der postulierten ‚natürlichen‘ und/oder ‚göttlichen‘ Ordnung zuwiderzuhandeln, erscheinen Konservativen folglich als frevelhaft und in ihren Konsequenzen fatal. Das konservative Menschenbild ist ein pessimistisches und lässt Autorität daher als Notwendigkeit erscheinen.[94] Ein zumindest latenter Individualismus spiegelt sich in der Wertschätzung von Institutionen – Ehe/Familie, Eigentum, Kirche, Staat –, die dem Menschen für sein Wohlergehen vermeintlich unerlässliche Bindungen zur Verfügung stellten.[95] Hervorgehobene Bedeutung kommt dabei der patriarchalen Familie als „Urzelle des Staates und der Gesellschaft“ zu.[96] Was der Patriarch der Familie, sind auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die zur Führung ‚berufenen‘ und vorzugsweise männlichen Eliten. Aufgrund dieser autoritären und elitaristischen Stoßrichtung geht Konservatismus mit Demokratie stets „nur eine labile Verbindung ein“[97] – seine ideologischen Grundkonstanten treiben ihn beständig in Richtung Entdemokratisierung.

Die Überschneidungen von Konservatismus und Rechtsextremismus – in der antidemokratischen Tendenz, in zentralen Feindbildbestimmungen (Antiliberalismus, Antisozialismus, Antifeminismus) und nicht zuletzt in der sozialen Funktion der Herrschaftssicherung, in der die restlichen Gemeinsamkeiten ihre Wurzel haben – sind schwer zu übersehen. So, wie nicht wenige Definitionsmerkmale des Rechtsextremismus „aus konservativen Arsenalen“ stammen und von Rechtsextremen lediglich zuge-

90 Diese Nicht-Definierbarkeit entspricht auch dem Selbstverständnis des Konservatismus, wie Lenk unter Verweis auf die konservative Skepsis gegenüber bzw. Ablehnung von kritisch-rationalem Denken und gedanklicher Abstraktion zugunsten der Hingabe an die „Fülle des unreflektiert gebliebenen“, „wahren Lebens“ argumentiert (Lenk 1994b, 123 bzw. 143; vgl. auch ebd., 128).

91 Grebing 1973, 202.

92 Lenk 1994b, 138.

93 Vgl. Fritzsche 1998, 272 und 305.

94 Vgl. Lenk 1994b, 141.

95 Vgl. ebd., 125.

96 Ebd., 124.

97 Fritzsche 1998, 307.

spitzt werden[98], machen die erwähnten Parallelen den Konservatismus seinerseits anfällig für Allianzen mit Rechtsextremen, für die Übernahme einer Vorbereiterfunktion für diese oder gar für eigene Radikalisierung hin zur faschistischen Option.[99] Letztere scheint in Krisenzeiten am wahrscheinlichsten, zeigt Konservatismus sich doch wesenhaft unfähig zu grundlegenden Reformen und tendiert dazu, deren Verweigerung durch ideologische Ersatzhandlungen – „neubelebte(n) Wertefundamentalismus", „Bindungsideologien und Identitätsmythen" – kompensieren zu wollen.[100]

Liberalismus fasse ich als politische Ideologie, die sich auf proklamatorischer Ebene um das Postulat des Eigentums des Menschen an sich selbst und den daraus abgeleiteten zentralen Wert individueller Freiheit anordnet und bürgerliche Gesellschaften für geeignet hält, diese Freiheit zu maximaler Entfaltung zu bringen. Daraus ergibt sich ein ambivalentes Verhältnis zum bürgerlichen Staat: Einerseits muss Freiheit diesem (in Form von Grundrechten) abgerungen werden, andererseits kann im liberalen Verständnis nur er sie (über das bürgerliche Recht und insbesondere den Schutz des Privateigentums) garantieren. Ideologiekritisch bestimmt findet Liberalismus seinen Kern dementsprechend in der

> freie(n) Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjekts über das Privateigentum und (der) staatlich-rechtlich garantierte(n) Sicherheit dieser Verfügung. Alle ökonomischen und sozialen Forderungen des Liberalismus sind wandelbar um dies eine stabile Zentrum – wandelbar bis zur Selbstaufhebung.[101]

Anders als Konservative bejahen Liberale seit jeher die Gleichheit der Menschen. Sie sehen diese in der Gleichheit der Staatsbürger (inzwischen: StaatsbürgerInnen) vor dem Recht verwirklicht, die freilich historisch wie funktional lediglich eine abgeleitete Größe einer anderen Form der Vergleichung darstellt: jener durch den Zwang, am kapitalistischen Wirtschaftsprozess teilzunehmen, der rechtlich gleiche, vertragsfähige Subjekte zur Voraussetzung hat, real aber soziale Ungleichheit produziert.[102]

Historisch stand der vom Bürgertum getragene Liberalismus dem Konservatismus der Feudalaristokratie antagonistisch gegenüber. In jenem Maße aber, in dem das Bürgertum zur ökonomisch wie politisch tonangebenden Klasse aufstieg, glichen seine

98 Schiedel 2007, 25.

99 Vgl. zu letztgenanntem Aspekt historisch Lenk 1994b, 130 und 139; Grebing 1973, 201; Fritzsche 1998, 285–290. Zum Verhältnis von Rechtsextremismus und Konservatismus vgl. auch Grebing 1971, Lenk 1994a und Venner 1994.

100 Fritzsche 1998, 298 (Herv. entf.).

101 Herbert Marcuse, zit. n. Döhn 1998, 227 f.

102 Zur Kritik des liberalen Verständnisses von Freiheit und Gleichheit vgl. Gruber 1998 sowie Döhn 1998, v. a. 222–228.

sozialen Interessen – und in Folge auch seine politisch-ideologischen Positionen – sich jenen der vormals herrschenden Schichten an.[103] Grebing macht den doppelten Druck durch Adel und ArbeiterInnen sowie die Korrumpierung durch „Feudalisierung" für das Einschwenken auch liberaler Teile des Bürgertums in den konservativen Block verantwortlich.[104] Diese Entwicklung erfasste auch die Burschenschaften als wesentliche Träger des frühen Liberalismus im deutschsprachigen Raum, wobei die Integration in der Donaumonarchie aufgrund der burschenschaftlichen Frontstellung gegen das dortige Herrscherhaus weniger reibungslos verlief als im Deutschen Reich.[105] So konstatiert der Burschenschafter Scheichl eine bereits im 19. Jahrhundert vollzogene „Umwandlung der Liberalen von 1848" – einschließlich der Burschenschafter – „in eine mehr oder minder konservative Gruppe". Diese habe zwar gegen Kirche, Adel und Kaiserhaus opponiert, „aber doch eifersüchtig die Stellung des Bürgertums zu bewahren versucht( ) und Neuerungen keinen Eingang in ihr Denken gewährt( )".[106]

Mit dem Konservatismus und dessen rechtsextremer Übertreibung verbindet Liberalismus seit der Machtergreifung des Bürgertums das Streben nach Absicherung der bestehenden Klassenverhältnisse. Allerdings bewahrt er in seinen Postulaten der Gleichheit und individuellen Freiheit einen (wie auch immer widersprüchlichen) emanzipatorischen Kern, der ihn etwa in puncto Geschlechtergleichstellung wandlungsfähiger machte als die beiden anderen. Der liberale Individualismus geht mit größerer Toleranz gegenüber abweichenden Lebensentwürfen (im Rahmen des Imperativs der Selbstverwertung) und einer niedrigeren Bereitschaft zur Ethnisierung sozialer Konflikte einher. Das liberale Misstrauen gegenüber dem Staat bedingt ein stärker ausgeprägtes Grundrechtsbewusstsein und eine größere Widerstandsfähigkeit gegen autoritäre Tendenzen. Fritzsches Beurteilung nach endet die Fortschrittlichkeit des Bürgertums historisch allerdings „stets da, wo (sie) an das Klasseninteresse stieß".[107] Aufgrund seiner Ausrichtung an Eigentumsinteressen ist auch der Liberalismus – vgl. das zuvor angeführte Marcuse-Zitat – grundsätzlich zur Selbstaufhebung bereit. „Im Krisenfall ist das Pendel bisher immer von der Freiheit aller weg ausgeschlagen."[108]

103 Vgl. Fritzsche 1998, 269–271 und 282.

104 Vgl. Grebing 1973, 199 f. Erwähnte Feudalisierung konnte Bürgersöhne in den deutschsprachigen Ländern nicht nur über eine Offizierslaufbahn, sondern etwa auch über das Verbindungswesen ereilen – bzw. wurde von ihnen maßgeblich über diese beiden Wege angestrebt.

105 Motiviert war diese Frontstellung allerdings – wie etwa die gleichzeitige Bismarck-Begeisterung durch die völkischen Verbindungen Österreichs zeigt – gerade nicht liberal, sondern durch eine ideologische Vorrangstellung des (Deutsch-)Nationalismus (vgl. Cerwinka 2009, 95).

106 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 16.

107 Fritzsche 1998, 282 (vgl. auch 297). Vgl. dazu historisch für Österreich im 19. Jahrhundert Rumpler 1997, 422–425.

108 Döhn 1998, 227.

Von burschenschaftlicher Seite findet der Liberalismus-Begriff in Österreich nur zurückhaltend Verwendung. Soll er der Selbstbeschreibung dienen, wird er als ergänzungsbedürftig angesehen (‚national-liberal'). Lieber greift man spätestens seit 1945 aber ohnehin zu einer alternativen Eigenbezeichnung, jener als *‚freiheitlich'* (der allerdings meist ebenfalls ein klärendes ‚national' vorangestellt wird). Begriffsgeschichtlich ist hier auf einen erheblichen Bedeutungswandel zwischen Erster und Zweiter Republik hinzuweisen. So fand die Bezeichnung zunächst gerade unter jenen nach heutigem Verständnis liberalen (wenn auch deutschnationalen) Korporationen Verwendung, die sich vom völkischen Fanatismus ihrer verbindungsstudentischen Umgebung abgrenzten.[109] Die Diskreditierung von Bezeichnungen wie ‚völkisch' durch den Nationalsozialismus motivierte nach 1945 jedoch andere Kräfte zur Aneignung des Begriffes. In enger zeitlicher Nähe gründeten sich in den 1950er-Jahren ein *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) um den Rechtsextremen Norbert Burger, eine *Freiheitliche Sammlung Österreichs* um den Rechtsextremen Fritz Stüber und eine *Freiheitliche Partei Österreichs* um Anton Reinthaller, einen vormaligen Minister im ‚Anschlußkabinett' Arthur Seyß-Inquarts. Das Wiener Corps *Marchia* – als eine der wenigen liberalen, nicht-antisemitischen Verbindungen, die in Österreich nach 1945 wiedererrichtet worden waren – sah sich vor diesem Hintergrund 1962 veranlasst, ein Schreiben an Unterrichtsminister Drimmel zu richten. Darin kommunizierten die *Marchen* ihren Beschluss,

> von der Bezeichnung ‚freiheitlich', die durch Tradition uns eigen war, Abstand (zu) nehmen (…), weil in der zweiten Republik Gruppen, die in ihren Reihen noch immer antisemitische und nazistische Mitglieder beherbergen, das Wort ‚freiheitlich' in ihrem Namen absichtlich angenommen haben, um zu verwirren.[110]

Während ‚freiheitlich' mit liberal den emphatischen Freiheitsbezug teilt, wird Freiheit im ersteren Fall anders bestimmt: weniger als Freiheit *von* äußeren Zwängen denn als Freiheit *zu,* namentlich zum Dienst an der (Volks-)Gemeinschaft, deren Freiheit jener des Individuums tendenziell übergeordnet wird (vgl. zum ‚freiheitlichen' bzw. burschenschaftlichen Freiheitsbegriff die Kapitel III.8.5. und V.3.1.).

Angesichts dessen, der angesprochenen feindlichen Übernahme der Bezeichnung und des ihr zugrunde liegenden euphemistischen Bedürfnisses findet der Begriff ‚freiheitlich' in diesem Buch nur unter Anführungszeichen Verwendung (außer in Fällen, wo er als technischer Begriff – zur Bezeichnung der FPÖ oder des RFS – dient). Für die Vornahme politisch-ideologischer Verortungen greife ich auf ein alternatives Konzept zurück: jenes des ***‚Völkischen'***, das als kritischer Analysebegriff im Kontext

109 Vgl. Stimmer 1997 (Band I), 557.
110 AUW, S 259.5, Brief vom 2.1.1962 (Abschrift), 1f.

der Rechtsextremismusforschung wesentlich vom *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung* (DISS) ausgearbeitet wurde.[111] Ich verstehe darunter eine Weltanschauung, die in der Zentralkategorie des *Volkes* ankert, wobei Volkszugehörigkeit anhand von Abstammung, d.h. biologistisch, bestimmt wird. Eben die „Hypostasierung des holistisch verstandenen Volkes" und der Glaube an eine natürliche Ungleichheit der Menschen sind es, die nach dem Urteil Stefan Breuers „von einem spezifisch völkischen Rechtsnationalismus" sprechen lassen.[112] Von Liberalen unterscheiden sich AnhängerInnen völkischer Weltanschauung dementsprechend im Kern dadurch, dass sie beim ‚Welt-Anschauen' nicht eine Menschheit oder Individuen, sondern Völker sehen, so wie sie geschichtliche Verläufe als Ergebnis des permanenten Ringens dieser Völker miteinander wahrnehmen (vgl. zur völkischen Ideologie ausführlich Kapitel III.7). Völker erscheinen dabei „‚als überindividuelle und überhistorische Wesenheiten mit einer ererbten spezifischen Prägung (Nationalcharakter beziehungsweise -geist)', deren Erhaltung höher zu bewerten sei als die individuellen Menschenrechte".[113]

Selbst im Kontext der Zweiten Republik ist völkisch nicht mit deutschnational gleichzusetzen, da Menschen von der deutschen Nationalität der österreichischen Mehrheitsbevölkerung überzeugt sein können, ohne ihre gesamte Weltsicht und ihr politisches Streben um dieses Credo anzuordnen. Völkisches Denken ließe sich in diesem Sinne auch als Radikalisierung des deutschnationalen fassen.[114] Die über 1945 hinaus deutschnational gebliebenen Verbindungen in Österreich bezeichne ich – im Bewusstsein ihrer durchaus uneinheitlichen politischen Ausrichtung und mit Ausnahme der wenigen tatsächlich liberalen[115] – pauschal als völkisch, nicht zuletzt angesichts des fast vollständigen Fehlens wahrnehmbarer Distanzierung moderaterer deutschnationaler Verbindungen vom völkischen Aktivismus der rechtsextremen. Gleichzeitig sei betont, dass die Einstufung einer Verbindung als völkisch nicht die Einstufung jedes einzelnen ihrer Mitglieder in dieselbe Kategorie einschließt: Fraglos weisen völki-

111 Vgl. kompakt Kellershohn 1998. Verwiesen sei zur Bestimmung und Diskussion des Begriffes auch auf die Arbeiten Stefan Breuers (Breuer 2008, 7–21) und, stärker begriffsgeschichtlich, Uwe Puschners (2001, 27–48, hier v.a.: 27f.). Breuer charakterisiert völkische Gesinnung als „Verbindung von Mittelstandsideologie, Kritik der reflexiven Modernisierung und Rechtsnationalismus im Rahmen einer sozialen Bewegung" (Breuer 2008, 21). Unter zweitgenanntem Punkt wird dabei eine Haltung verstanden, die wissenschaftlich-technischem Fortschritt nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, wohl aber bestimmte gesellschaftliche Begleiterscheinungen desselben (nicht zuletzt die Massendemokratie) beklagt und mit Flucht in die organisch gedachte völkische Gemeinschaft beantwortet. Zu „Volk", „Kultur" u.a. als zentrale Ideologeme des völkischen Nationalismus vgl. Schmid 2009 (Kapitel 4).

112 Breuer 2008, 19.

113 (Christoph Jansen zit. n.) Breuer 2008, 7.

114 Vgl. Peham 2010, 467.

115 Vgl. zur Geschichte der liberalen Corps (in Wien) Hein 1978.

sche Korporationen auch Mitglieder auf, die keinem geschlossen völkischen Weltbild anhängen. In manchen Verbindungen handelt es sich dabei um Einzelfälle, in anderen – vorrangig außerhalb des burschenschaftlichen Feldes zu findenden – möglicherweise sogar um eine vorherrschende Linie. In letztgenanntem Fall erschiene mir die Bezeichnung deutschnational (statt völkisch) durchaus als legitim. Eine solche abgestufte Bezeichnungspraxis hätte es allerdings erforderlich gemacht, politisch-ideologische Einstufungen für die einzelnen Verbindungen vorzunehmen, was aus Zeitgründen nicht seriös leistbar war.

Gegenüber der gängigen Bezeichnung ***‚national‘*** bevorzuge ich den Begriff des Völkischen aus mehreren Gründen: Er verweist bereits vom Wortstamm her auf die inhaltliche Zentralkategorie, zeichnet sich (angesichts der im Nationsbegriff mitschwingenden zweiten, republikanischen Bedeutungsebene[116]) durch höhere Eindeutigkeit aus und stellt für die Zeit nach 1945 den stärker analytischen Begriff dar, wurde er doch, wie zuvor erwähnt, nach 1945 als Eigenbezeichnung zugunsten des ‚Freiheitlichen‘ weitgehend entsorgt, während ‚national‘ sowohl in den Korporationen als auch in den ihnen nahestehenden Parteien bis zum heutigen Tag in euphemistischer Absicht Verwendung findet; dies wohlweislich ohne die Vorsilbe ‚deutsch-‘, wiewohl der Ausdruck selbstverständlich in diesem Sinne zu verstehen ist. Vom Bedeutungsgehalt her lassen beide Begriffe sich für den Zeitraum der Zweiten Republik synonym verwenden: mit dem nach dem Krieg vollzogenen Rückzug aller relevanten politischen Kräfte jenseits der Völkischen vom Deutschnationalismus trat eine inhaltliche Deckungsgleichheit ein.

Aufbau

Gestützt auf die in diesem Einleitungskapitel angestellten Erörterungen behandle ich im Weiteren zunächst die Wiedererrichtung des völkischen Verbindungswesens nach dem Zweiten Weltkrieg. Kapitel III liefert ein Porträt burschenschaftlicher Ideologie in ihrer im Österreich der Zweiten Republik vorherrschenden Ausformung. Diese ideengeschichtlichen und ideologiekritischen Betrachtungen bilden die Grundlage für die in den beiden darauffolgenden Kapiteln geleistete Auseinandersetzung mit der politischen Praxis der Burschenschaften in Österreich. Hierbei erörtere ich zum einen deren Wirken als eigenständige politische Akteure (Kapitel IV), zum anderen ihr Verhältnis zu und ihre Betätigung in politischen Parteien im Allgemeinen und zur bzw. in der FPÖ im Besonderen (Kapitel V). Das abschließende Kapitel VI ist

116 In Abgrenzung gegenüber dieser Ebene ist mit Uwe Puschner darauf hinzuweisen, dass ‚völkisch‘ bereits um 1900 als eine Begriffsalternative zu ‚national‘ galt, die Rassismus und Antisemitismus als Wesensmerkmale betonte (vgl. Puschner 2001, 27).

zum einen einer zusammenfassenden Einschätzung der politischen Bedeutung der Burschenschaften in der Zweiten Republik gewidmet. Zum anderen erörtere ich, inwieweit die unter diesen hegemoniale Weltsicht und das damit verbundene Politikverständnis mit grundlegenden Imperativen von Politik unter liberal-demokratischen Verhältnissen kompatibel sind.

II. NATIONALSOZIALISMUS UND POSTNAZISTISCHE RESTAURATION

In diesem Kapitel[1] behandle ich zum einen den Prozess der Restauration des völkischen Korporationswesens in Österreich in der Nachkriegszeit (1945 bis circa 1955). Besondere Berücksichtigung finden dabei akademische Burschenschaften in Wien. Zum anderen widme ich mich der diesen Prozess prägenden und an seinem Verlauf ablesbaren Verarbeitung der nationalsozialistischen Erfahrung durch die völkischen Verbindungen. Als notwendiger Hintergrund beider Erzählungen wird zunächst in gebotener Kürze das Verhalten der Korporationen und ihrer Mitglieder gegenüber dem Nationalsozialismus (als Bewegung wie auch an der Macht) thematisiert. Da dieses nicht im engeren Sinn Gegenstand der Arbeit ist und die Zwischenkriegs- und Kriegsjahre nicht zu deren eigentlichem Untersuchungszeitraum zählen, leiste ich diesen Überblick unter Rückgriff auf die relevante Sekundärliteratur. Für die Verortung des Burschenschaftswesens im breiteren ideen- und organisationsgeschichtlichen Kontext der deutschvölkischen Bewegung verweise ich auf die einschlägigen Standardwerke.[2]

II.1 Völkische Korporierte im (und für den) Nationalsozialismus

Dass zahlreiche hochrangige österreichische Nationalsozialisten ihre politische Sozialisation (auch) in ‚nationalen' Verbindungen erfahren hatten, kann als bekannt vorausgesetzt werden.[3] Wenngleich diese Beobachtung auf den Umstand verweist, dass eine relevante Zahl völkischer Verbindungsstudenten das nationalsozialistische Pro-

1 Die Abschnitte 1 bis 4 des Kapitels stellen eine überarbeitete und erweiterte Version eines im Frühjahr 2011 in der Zeitschrift *zeitgeschichte* erschienenen Artikels dar (vgl. Weidinger 2011).

2 Vgl. für das wilhelminische Deutschland Puschner 2001 sowie – unter Einbeziehung auch der Weimarer Republik – Breuer 2008; für das völkische Vereins- und Parteienwesen in der Habsburger-Monarchie vgl. Wladika 2005 und Schmid 2009, wobei Ersterer auch den Studentenverbindungen einige Aufmerksamkeit widmet.

3 Für den Bereich der Burschenschaften seien beispielhaft genannt: der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner (*Arminia* Graz), der Treblinka-Kommandant und vielfache Euthanasie-Mörder Irmfried Eberl (*Germania* Innsbruck), der steirische *Heimwehr*-Putschist und spätere Reichstagsabgeordnete Walter Pfrimer (*Ostmark* Graz), der Finanzminister im ‚Anschlußkabinett' Rudolf Neumayer (*Vandalia* und *Albia* Wien), die Gauleiter Hugo Jury (Niederdonau, *Teutonia* Wien) und Friedrich Rainer (Salzburg und Kärnten, *Ostmark* Graz), der Bereichsstudentenführer Süd-Ost Hubert Freisleben (*Brixia* Innsbruck) oder der Rektor der Universität Wien 1943 bis 1945, Eduard Pernkopf (*Alemannia* Wien). Für detaillierte Einzelbiographien der meisten dieser sowie weiterer burschenschaftlicher NS-Funktionsträger vgl. das ‚*Biographische Lexikon der Deutschen Burschenschaft*' (Dvorak 1996–2005).

jekt nicht nur mittrug, sondern auch aktiv und in führenden Stellungen mitgestaltete, ist damit noch keine verlässliche Aussage über die Haltung der breiten Masse der Verbindungsstudenten getroffen. Empirische Forschung, die hierzu repräsentative Daten lieferte, ist dünn gesät[4], erbringt jedoch recht eindeutige Befunde. Gehler ermittelte für eine Reihe von Innsbrucker Verbindungen einen NSDAP-Mitglieder-Anteil von durchschnittlich 77,2 Prozent im Fall der Burschenschaften, 75,9 Prozent bei den Corps und rund 40 Prozent im Fall des katholischen *Österreichischen Cartellverbandes* (ÖCV).[5] Annähernd die Hälfte der burschenschaftlichen Parteigenossen war bereits vor dem Parteiverbot 1933 der NSDAP beigetreten, während dies bei katholischen Korporierten nur vereinzelt der Fall gewesen war.[6] Nicht weniger als 27,4 Prozent der NSDAP-Burschenschafter waren außerdem in der SS organisiert (Corps: 21 %, ÖCV: 7 %).[7] Generell sei „die Affinität der österreichischen Korporationsstudenten zum organisierten Nationalsozialismus, vor allem bei den ‚völkisch-schlagenden' Verbindungen, viel stärker als bei den reichsdeutschen ausgeprägt" gewesen.[8]

Frühe Hinwendung und Pioniertätigkeit

In diesen hohen Beitrittswerten bildet sich ein Umstand ab, der für die Entwicklung der Korporationen nach 1945 und ihre spezifische Form der Vergangenheitsbewältigung bedeutsamer war als die Mitgliedschaften an sich: die weitreichende ideologische Übereinstimmung, die Korporierte überhaupt erst in die Parteigliederungen und Wehrorganisationen geführt hatte. Der Beginn dieses Weges lässt sich aufgrund der autoritären und antisemitischen Stoßrichtung des völkischen Nationalismus bereits mit der Entstehung der Burschenschaften, spätestens aber um 1880 ansetzen (vgl. dazu in theoretischer und historisch-konkreter Perspektive die Kapitel III.7 und III.8.1). In der Zwischenkriegszeit erlangten die immer schon vorhandenen antidemokratischen und antisemitischen Tendenzen unumschränkte Dominanz im völkischen Verbindungswesen Österreichs, das sich zunächst der *Heimwehr*-Bewegung – insbesondere in ihrer steirischen Ausformung – und schließlich konsequenterweise dem National-

4 Im Wesentlichen zu nennen sind die Studie Michael Gehlers zu Innsbrucker (Verbindungs-)Studenten in der Zwischenkriegszeit (vgl. Gehler 1990) und Derivate dieser Arbeit (vgl. Gehler 1994, Gehler 1997a) sowie Gernot Stimmers Monumentalwerk zu österreichischen Funktionseliten in historischer Perspektive (vgl. Stimmer 1997). Stimmer wird von Cerwinka (2009, 93) als Angehöriger des deutschnational ausgerichteten *Wiener Akademischen Turnvereins* (WATV) geführt.

5 Gehler 1997a, 143. Aufgrund der gerade auch innerösterreichisch hohen studentischen Mobilität der Zwischenkriegszeit weisen die für Innsbruck ermittelten Ergebnisse Gehler zufolge eine gewisse Repräsentativität für die österreichische Gesamtsituation auf (vgl. ebd., 132 f.).

6 Vgl. ebd., 144.

7 Vgl. ebd., 147.

8 Ebd., 155.

sozialismus zuwandte.[9] Stimmer unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bedeutung der „unbedingte(n) Priorität der Anschlußidee" unter den „deutschnationalen Elitegruppen".[10] Auch Gehler, dem zufolge Burschenschaften und Corps in Österreich sich ab 1933 voll und ganz in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt hätten, argumentiert ähnlich:

> Die ‚Bewegung' war ihnen für die Realisierung ihrer traditionellen Ziele: Anschluß und Großdeutschland, alles. Für sie vernachlässigten sie auch ihren sonst so wichtigen Verbindungsbetrieb, installierten an Stelle des Convents- das Führerprinzip und gaben nach dem ‚Anschluß' sogar ihre für sie so wertvollen Bünde ‚für Volk und Führer' ganz auf.[11]

Die anfängliche, in sozialem Dünkel (vgl. Kapitel III.6.3), der hochschulpolitischen Konkurrenzsituation und teilweise auch in Unterwanderungsversuchen begründete Reserviertheit der völkischen Verbindungen gegenüber den NS-Studenten wurde durch die gemeinsame ideologische Basis schnell überwunden. Ab 1932 wurden Listengemeinschaften für Wahlen zur *Deutschen Studentenschaft* gebildet und mancherorts bereits Beitrittsverpflichtungen zu NS-Wehrformationen verhängt.[12] Ab 1936 galt – wie Stimmer moderat überpauschalisierend festhält – (selbst verhängte) „Zwangsmitgliedschaft aller Waffenstudenten" im *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund* (NSDStB).[13]

Die organisatorische Eingliederung in das nationalsozialistische Organisationengefüge ergänzte somit die Stimmer zufolge zu diesem Zeitpunkt bereits vollzogene

9 Vgl. Stimmer 1997 (Band I), 500–511, zur *Heimwehr* ferner Band II, 792. Zu den ideengeschichtlichen Traditionslinien, welche die völkischen Korporationen dem Nationalsozialismus zuführten, sowie generell zu den Gründen ihrer Hinwendung zu selbigem vgl. weiterführend Band I, 500–511 und 573–575 sowie Gehler 1997a, 151–157; kritisch zur Annahme einer seit dem 19. Jahrhundert währenden, kontinuierlichen Entwicklung hin zum Nationalsozialismus (allerdings nicht mit explizitem Bezug auf die österreichische Situation) Lönnecker 2009a, 118 f. Zur tragenden Rolle von Akademikern bei der Durchsetzung des (Rassen-)Antisemitismus in der österreichischen Monarchie und Ersten Republik vgl. Pauley 1993, 64–68, 132–146 und 167–177.

10 Stimmer 1997 (Band I), 508.

11 Gehler 1997a, 155.

12 Vgl. Witzmann 1940, 143, oder die im selben Jahr erschienene Chronik der Grazer Burschenschaft *Stiria* (referiert von Stimmer 1997, Band I, 509). Die *Stiren* beantragten 1933 „in der Vertreterbesprechung der Grazer wehrhaften Korporationen (VB), daß alle Mitglieder ihrer Bünde bis zum 7. Semester der SA, SS oder dem Heimatschutz angehören müssen" (Cerwinka 1984, 12). Ebenfalls 1933 beschloss *Moldavia* Wien einstimmig, „von ihren Mitgliedern politische Betätigung in den der Führung Hitlers unterstellten Parteien und Verbänden" zu fordern, da „(h)eute (…) einzig das Programm Hitlers" den urburschenschaftlichen Anliegen in umfassender Weise Rechnung trage (zit. n. Hein 1984, 76).

13 Vgl. Stimmer 1997 (Band I), 573–575, Zitat: 575. Von solch geschlossenen NSDStB-Beitritten berichten etwa die Chroniken der Wiener *Alben* (vgl. Albia 2005, 11) und *Teutonen* (vgl. Teutonia 1968, 93).

„völlige ideologische (…) Integrierung der deutschnationalen Korporationsgruppen in die Nationalsozialistische Partei".[14] Nach Gehlers Erkenntnissen stellten die völkisch gesinnten Studenten im Allgemeinen unter den früh (bis 1933) eingetretenen Parteimitgliedern „einen im Vergleich zu ihrer Gesamtzahl herausragenden Anteil".[15] Insbesondere die Korporationen hätten sich als „Vorhut der Ideen Adolf Hitlers" hervorgetan und seien, nicht zuletzt aufgrund des hohen Korporierungsgrades der damaligen Studentenschaft, „für die Propagierung nationalsozialistischer Ideen mitunter wichtiger als der NSDStB" geworden. Dass die nicht-katholischen Korporationen „vielfach schon (…) vor 1933/38" einer „prä- bzw. pronationalsozialistischen Ideologie" angehangen waren, habe „die Verbreitung der NS-Ideologie auf Hochschulebene wesentlich begünstigt( )".[16]

Auch und vor allem im Ständestaat bewährten sich die völkischen Korporierten aus nationalsozialistischer Perspektive, indem sie „im starken Maße den organisierten illegalen Nationalsozialismus in Österreich" trugen.[17] Stimmer attestiert den „nationalen Korporationen" eine Doppelfunktion nach dem Verbot aller NS-Organisationen im Juni 1933:

> Zum einen stellten die zu diesem Zeitpunkt bereits großteils nationalsozialistischen Korporationen zusammen mit den ebenfalls unterwanderten nationalen Massenorganisationen wie Südmark, österreichisch-deutscher Volksbund, Deutscher Klub, die Tarnorganisation für die nunmehr illegale Aktivität der verschiedenen NS-Formationen. Zum anderen bildeten die Verbindungen über ihre Organisationsstruktur sowohl auf universitärer wie innenpolitischer Ebene die Kontaktstelle zwischen der herrschenden Elite des Ständeregimes und den illegalen Nationalsozialisten bzw. den Gruppierungen der ‚Betont-Nationalen' bzw. ‚Katholisch-Nationalen', eine Funktion die vor allem nach dem Berchtesgadener Abkommen des Jahres 1936 an Bedeutung gewann.[18]

In der erstgenannten Hinsicht berichtet Stimmer von einer „starken Beteiligung an den illegalen Kampfaktionen der Partei durch die Korporationen", deren Mitglieder bisweilen „bis zu einem Drittel des Gesamtbestandes in Gefängnissen und Anhaltelagern inhaftiert" gewesen seien.[19] Für die Führungsschicht der illegalisierten

14 Stimmer 1997 (Band I), 509.

15 Gehler 1997a, 155.

16 Ebd., 157. Vgl. zur Rolle der völkischen Verbindungen als Wegbereiter des Nationalsozialismus auch Peham 2012, 22–26.

17 Gehler 1997a, 145.

18 Stimmer 1997 (Band I), 510.

19 Ebd., 510 f. Treffend notiert die Chronik der Innsbrucker *Brixen* zum Juni 1933: „Die Partei wurde illegal, der illegale Kampf begann und fand auch die Brixia hierfür gerüstet." (Brixia 2001, 28)

NSDAP in Österreich konstatiert Stimmer eine „atypische Struktur (…) gegenüber der eigenen Funktionärsbasis bzw. der reichsdeutschen Mutterpartei", die sich durch einen ausgesprochen hohen Bildungsstandard und eine „eindeutige() Dominanz der gesellschaftlichen Oberschichtberufe" ausgezeichnet habe.[20] Als eines der auffälligsten Merkmale dieser Führungsschicht ermittelte Stimmer eine Rekrutierungsquote von 40 Prozent aus den ‚deutschnationalen Korporationen'; in den beiden Kabinetten Seyß-Inquarts hätten diese neun von 13 bzw. 14 von 20 Positionsinhabern gestellt.[21] Für die SS verweist Stimmer auf die „spezielle Beziehung der korporierten SS-Gruppe" zu Heinrich Himmler (Studentenverbindung *Apollo* München, heutige Burschenschaft *Franco-Bavaria*) und ortet einen „SS-internen Korporationsnepotismus, als dessen sichtbarer Ausdruck die Aufstellung eines eigenen Waffenstudentensturms (SS-Sturm 89) gelten kann".[22]

Ambivalente Erfahrungen

Vor dem Hintergrund ihrer frühen, umfassenden und intensiven Bemühungen um die nationalsozialistische Sache verbanden die völkischen Korporierten mit der Eingliederung Österreichs in das nationalsozialistische Herrschaftsgebiet nicht nur die Verwirklichung ihres politischen Hauptanliegens[23], sondern auch die Erwartung einer Anerkennung ihrer persönlichen Verdienste um dessen Realisierung. Tatsächlich brachte der ‚Anschluß' 1938 vielen Verbindungsmitgliedern individuellen Aufstieg, häufig in Führungspositionen in Bürokratie, Partei und Militär, von denen aus sie das nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungswerk nicht bloß mit vollziehen, sondern auch maßgeblich mitgestalten konnten (ein Umstand, der – gemeinsam mit dem burschenschaftlichen Ideal der Standhaftigkeit – nach 1945 der Reklamierung einer ‚Mitläufer'-Rolle entgegenstehen sollte). Für die Verbindungen als solche ging die Hoffnung, „daß unsere geschichtliche Grundhaltung auch bei den neuen Machthabern entspre-

20 Stimmer 1997 (Band II), 737.

21 Vgl. ebd., 738 bzw. 842. Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass Stimmer aufgrund seines elitensoziologischen Ansatzes als ‚deutschnationale Korporierte' auch Angehörige verwandter Zusammenhänge (etwa des *Deutschen Klubs*) fasst, „die, wenn auch im Einzelfall nicht korporiert, dem Elitentypus des deutschnationalen Waffenstudenten voll entsprachen" (ebd., 791). Auch die Datengrundlage für die hier referierte Erhebung muss angesichts der einer illegalen Partei auferlegten organisatorischen Beschränkungen als prekär bezeichnet werden.

22 Ebd., 744.

23 Vgl. dazu die Ausführungen Oskar von Wladars, wonach er und seine Bundesbrüder der Wiener Burschenschaft *Bruna Sudetia* mit dem ‚Anschluß' und der Eroberung der Sudetengebiete durch deutsche Panzer „das politische Anliegen der Burschenschaft für zur Gänze erfüllt" gehalten hätten (Wladar 1984, 26 f., Zitat: 27).

chende Würdigung finden werde", jedoch nur teilweise in Erfüllung.[24] Expliziten Belobigungen ob ihrer Pionierleistungen[25] stand ihre Auflösung und (im Regelfall) Eingliederung als ‚Kameradschaften' in den NSDStB gegenüber, die bei vielen Betroffenen auf Unverständnis stieß.[26] Das Regime duldete keine Organisierung außerhalb seiner eigenen Strukturen – nicht einmal im Fall eines Milieus, dessen politische Zuverlässigkeit mannigfach belegt war. Auch die elitäre Selbstwahrnehmung der Verbindungen und darauf gründende Ressentiments innerhalb des Parteiapparats standen einer Ausnahmeregelung entgegen.

Anzumerken ist dabei freilich, dass katholischen, jüdischen und liberalen Verbindungen auch die Option der organisatorischen Gleichschaltung versagt blieb. Während sie ersatzlos aufgelöst und enteignet wurden, konnten viele der völkischen Studentenbünde in der Kameradschaftsform den bündischen Zusammenhang aufrechterhalten und den Krieg oder zumindest mehrere Jahre nationalsozialistischer Herrschaft überdauern. *Bruna Sudetia* bestand etwa als *Kameradschaft ‚Otto Planetta'* – benannt nach dem Mörder Engelbert Dollfuß' – weiter und konnte verdeckt weiterhin ihre Gebräuche pflegen, einschließlich des Schlagens von Mensuren und der Abhaltung eines Stiftungsfestes unter „großer Beteiligung" 1941. Erst der Krieg gegen die Sowjetunion setzte durch damit verbundene Einrückungsbefehle dem Aktivbetrieb ein Ende.[27] Die durch das Kameradschaftswesen ermöglichte relative Kontinuität war, wie Kaupp für die Bundesrepublik festhält, „für den Wiederaufbau der burschenschaftlichen Bewegung nach 1945 von erheblicher Bedeutung".[28] Selbst Bünden, welche auf die Umwandlung verzichteten oder sich aufgrund formaler Erfordernisse nicht dazu in der Lage sahen[29], gelang es, im offiziell aufgelösten Zustand informell einen zumindest notdürftigen Betrieb aufrechtzuerhalten. „Um die Veranstaltung zu schützen, ist BBr. Armi-

---

24 Wladar 1984, 27.

25 In diesem Zusammenhang häufig zitiert werden die Worte Fritz Knolls, des kommissarischen Rektors der Universität Wien, vom 22. März 1938: „Der große Verdienst der deutsch eingestellten studentischen Korporationen Österreichs besteht darin, dass sie sich in der Zeit des Kampfes restlos in den illegalen politischen Aufbau eingefügt haben. Jede Körperschaft bildete einen in sich geschlossenen Kampftruppenteil." (Rektor Fritz Knoll, zit. n. Lichtenberger-Fenz 2002, 552)

26 Zur nationalsozialistischen Politik gegenüber den völkischen Verbindungen und zur ambivalenten Wahrnehmung dieser Politik durch jene vgl. exemplarisch Aldania 1994, 143–150.

27 Vgl. Wladar 1984, 27. Unter Aktivbetrieb ist die Unterhaltung eines geregelten Verbindungslebens gemeint, zu dessen Elementen im Allgemeinen u. a. regelmäßige Fechtstunden (Pauken), beschlussfassende Versammlungen (Burschenconvente) und gesellige Veranstaltungen (Kneipen) zählen und das von den studierenden Mitgliedern einer Verbindung (Füchsen und Burschen, in Abgrenzung zu Alten Herren) getragen wird.

28 Kaupp 2004, 13. Vgl. zur Situation der Burschenschaften im ‚Altreich' auch Kurth 1997 (v. a. 128 f. zum Fort- und teilweise sogar Wiedererstehen von Verbindungen während des Krieges).

29 Vgl. etwa Aldania 1994, 146 f. Von Belang waren hierbei insbesondere vorgeschriebene Mindestzahlen an Mitgliedern, die in vielen Fällen Fusionen nötig machten.

niae Dr. Ernst Kaltenbrunner zugegen", berichtet etwa *Albia* Wien von ihrem 70. Stiftungsfest am 16.11.1940, dem weitere Auflagen 1941 und 1942 folgen sollten.[30] Auch der Schutz des damaligen ‚Höheren SS- und Polizeiführers Donau' war ein Privileg, das dem Regime unfreundlich gesinnte Korporationen nicht genossen.

Wenn auch die Hinwendung zumal der Burschenschafter zum Nationalsozialismus keine totale war, so ist doch festzustellen, dass der großen Zahl führender Funktionsträger des NS-Regimes unter ihnen kaum Beispiele zumindest individueller Widerstandstätigkeit gegenüberstehen. Der Beitrag zu Burschenschaften in einem Sammelband des *Österreichischen Vereins für Studentengeschichte* über Widerstand von Korporierten in Österreich verneint explizit die Existenz eines überindividuellen burschenschaftlichen Widerstands, macht allerdings auch unter den 13 erwähnten Einzelfällen lediglich einen ‚heimischen' Burschenschafter namhaft: Heinrich (Ritter von) Srbik.[31] Dieser muss – als Mitglied des Reichstages und Präsident der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften* zwischen 1938 und 1945 – nicht nur als zumindest ambivalente Figur bezeichnet werden, sondern vollzog einen Gutteil des ihm attestierten Widerstandshandelns auch zu einer Zeit, in der er bereits aus seiner Wiener *Gothia* ausgetreten war.[32] Ähnlich fragwürdig erscheint der Fall jenes Burschenschafters aus Österreich, dem das ‚*Biographische Lexikon der Deutschen Burschenschaft*' vorübergehende Kontakte zum organisierten Widerstand nachsagt: des früheren Sekretärs des Tiroler *Antisemitenbundes* und später in unterschiedlichen Funktionen an der Filmproduktion des NS-Regimes beteiligten Friedrich Kienzl (*Germania* Innsbruck).[33]

Diese faktische Nicht-Existenz eines burschenschaftlichen Widerstandes in Österreich ist als ebenso bezeichnend wie konsequent einzustufen: Noch 1968 führte der *Teutonen*-Chronist aus, dass „in den ostmärkischen Burschenschaften (…) ein Widerstandskämpfer völlig unmöglich gewesen" wäre, hätte man doch einen solchen „als einem Verräter am Fahneneid gleichkommend angesehen".[34] Die Verbindlichkeit dieses

---

30 Albia 2005, 13. Ernst Kaltenbrunner war Angehöriger der *Arminia* Graz. Seine Bezeichnung als Bundesbruder („BBr.") durch die *Alben* erklärt sich aus dem Umstand, dass beide Verbindungen zusammen mit der heute in Würzburg angesiedelten *Teutonia* Prag ein sogenanntes Kartell bildeten, das sich seit seiner Gründung 1887 als eine einzige Burschenschaft an drei Hochschulorten verstand (vgl. ebd.).

31 Vgl. Kaupp 1997, 103 bzw. 93.

32 Vgl. Cerwinka 2009, 105 (wonach der Austritt ca. 1942 erfolgt sein muss). Vgl. ferner zu Srbik ebd., 103–106, Heiß 1989 und 2010 und Lichtenberger-Fenz 2002, 549 (zur hymnischen Rede auf Volk, Reich und Führer, mit der Srbrik 1938 nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Universität Wien wieder eröffnete). Von Kaupp nicht genannt – möglicherweise aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Mittelschul-Burschenschaft (*Wiking* Mödling) – wird der Wehrmachtsoffizier Robert Bernardis, der sich unter großem persönlichen Risiko am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligte – demselben Jahr, in dem Srbik von Hitler die Goethe-Medaille verliehen bekam.

33 Vgl. Dvorak 1999 (Biographisches Lexikon I/3), 85–87.

34 Teutonia 1968, 95.

Eids galt offenbar ungeachtet der aus völkischer Sicht wenig ersprießlichen Ergebnisse nationalsozialistischer Politik, die von der Erledigung der großdeutschen Idee als realpolitischer Option bis hin zur Anerkennung der Brennergrenze reichten.[35]

II.2 Korporationen und ‚Entnazifizierung'

> Zahlreiche ältere Bundesbrüder sind in der Heimat während des Krieges mit maßgebenden und entscheidenden Aufgaben der Kriegs- und Rüstungswirtschaft und der Verwaltung beauftragt worden. Ihr pflichtgetreuer Einsatz für die Kriegsaufgabe und den Staat wurde nun sehr schlecht belohnt. (…) Die inzwischen erlassenen NS-Gesetze brachten für die Bundesbrüder zahlreiche Entbehrungen und Opfer.[36]

> Alle Werte und Ideale schienen [mit dem Kriegsende 1945, Anm. B.W.] vernichtet, die Menschenrechte zu Boden getreten und eine hoffnungslose Zukunft lag vor uns allen. Jede völkische Regung war verpönt und erstorben und jeder volksbewußte Deutsche war härtester Verfolgung ausgesetzt, zahllose wanderten in die Lager und Gefängnisse und ihre bürgerliche Existenz wurde vernichtet, nur deshalb, weil sie sich zu ihrem Volke bekannt und ihm die Treue gehalten hatten.[37]

Die beiden angeführten Zitate stehen stellvertretend für viele ähnlich lautende Schilderungen der burschenschaftlichen Nachkriegsrealität in Verbindungschroniken.[38] Sie widerspiegeln eine Wahrnehmung der Entnazifizierung als letztlich in seiner Gesamtheit moralisch illegitimes Projekt – und ihrer Betroffenen (einschließlich aktiver Unterstützer der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungspolitik) als schuldlos Leidtragende. Darüber hinaus unterstreichen sie, dass für das völkische Verbindungswesen in Österreich der ‚Anschluß' 1938 eine weniger bedeutende Zäsur darstellte als das Ende der NS-Herrschaft: „Der physische und seelische Zusammenbruch des Jahres 1945 traf uns schwerer als jegliche Not vergangener Zeiten."[39]

Die unmittelbaren Folgen der deutschen Kriegsniederlage bestanden auf kollektiver Ebene in der Auflösung der Kameradschaften (als Teile des NSDStB und damit einer Gliederung der NSDAP), einhergehend mit der Beschlagnahmung etwaigen Vermögens einschließlich der Verbindungshäuser; auch der *NS-Altherrenbund* (NSAHB)

35 Die in diesem Geiste nach 1945 von Burschenschaftern geübte Kritik an der politischen Praxis des NS-Staates wird u.a. in Abschnitt II.5.1 und in Kapitel IV.3.4 referiert.

36 Oberösterreicher Germanen 1967, 125.

37 Suevia 1958, 14.

38 Vgl. u.a. Aldania 1994, 155; Teutonia 1968, 101; Suevia 1958, 14 u. 101; Wladar 1984, 23–31, 27.

39 Teutonia 1968, 100.

fiel als angeschlossene Organisation unter die Auflösungsverfügung des Verbotsgesetzes. In der individuellen Betroffenheit von Korporierten durch Entnazifizierungsmaßnahmen wiederum fanden Ausmaß und Qualität ihrer vormaligen Involvierung in die NS-Strukturen ebenso ihre Abbildung wie der oft sehr frühe Zeitpunkt ihres Parteieintritts, respektive die Betätigung als ‚Illegale', die bis zur Neuordnung der Entnazifizierungs-Gesetzgebung 1947 verschärft geahndet wurde. Auch die von Gehler aufgezeigte besondere Affinität völkischer Korporierter zur SS[40] und die deutliche Überrepräsentanz akademischer Freiberufler unter den registrierten NationalsozialistInnen erhöhten die Betroffenheit korporierter Kreise.[41]

Auch in den alliierten Anhaltelagern, die primär für höherrangige Amtsträger des NS-Regimes eingerichtet worden waren und einen weit überdurchschnittlichen Akademikeranteil unter den Internierten aufwiesen[42], waren die völkischen Verbindungen stark repräsentiert. Eine Vorstellung davon liefert die Angabe von *Alemannia* Wien, wonach nach Kriegsende fast ein Drittel ihrer Mitglieder „in den alliierten Lagern in Haft gesetzt oder von den Gerichten eingezogen" worden seien.[43] So fand allein im Salzburger Camp Marcus W. Orr (‚Glasenbach') eine hinreichende Anzahl *Alemannen* zusammen, um im November 1945 dort das vermutlich erste Stiftungsfest einer Burschenschaft in Österreich nach Kriegsende begehen zu können.[44] Dass viele Verbindungschroniken die Erfahrung der Lagerhaft zum Thema machen, erscheint vor diesem Hintergrund naheliegend.[45] Die entsprechenden Einlassungen stellen zudem einen wichtigen Baustein (auch) verbindungsstudentischer Strategien der Täter-Opfer-Umkehr dar (vgl. dazu u.a. Abschnitt II.5.1).

Auch mancher Korporierte, der weder in Kriegsgefangenschaft geraten noch in Anhaltelagern oder Gefangenenhäusern unter österreichischer Verwaltung interniert worden war, hatte in den ersten Nachkriegsjahren existenzielle Probleme zu lösen, reichte doch die Palette an Sanktionen, welche die Entnazifizierungsgesetzgebung vorsah, vom Berufsverbot über Volksgerichtsverfahren bis hin zu ökonomischen ‚Sühneleistungen'. Hinsichtlich der Berufsverbote fand der Umstand, dass diese in hohem Maße AkademikerInnen – jenseits des Freiberuflertums etwa auch in Verwaltung, Bildungs-

40 Vgl. Gehler 1997a, 147.

41 Vgl. in puncto SS ebd.; zu den freien akademischen Berufen vgl. Schuster/Weber 2004, 32 sowie Stimmer 1997 (Band II), 613 f. zum hohen Stellenwert selbiger in der Berufsstruktur der völkischen Korporierten (auch) der Zwischenkriegszeit. Gleichwohl ist mit Dieter Stiefel (1981, 208) und Winfried Garscha (2002a, 876 f.) auch darauf hinzuweisen, dass die Entnazifizierungs-Maschinerie sich gerade in diesen Berufssparten als besonders zahnlos erwies.

42 Vgl. Dohle/Eigelsberger 2009, 103.

43 Alemannia 1962, 22.

44 Vgl. ebd., 2.

45 Vgl. z.B. Dvorak 1996, 45; Oberösterreicher Germanen 1967, 125; Wladar 1984, 27.

wesen und Publizistik – betrafen, gewiss in Korporiertenkreisen entsprechenden Niederschlag. Schödls Angabe, wonach „nach dem Zusammenbruche des Jahres 1945 fast alle [sic] freiheitlich-nationalen Akademiker auf Grund der Ausnahmegesetze rücksichtslos aus ihren Positionen und Stellungen im öffentlichen Dienste, aber auch in der Privatwirtschaft entfernt worden" seien[46], ist zum einen als Übertreibung, zum anderen aber auch als Beleg für den fraglos hohen Grad der Nazifizierung des völkischen Verbindungswesens zu qualifizieren. Gärtner liefert für seine *Alemannia* eine vermutlich realistischere Angabe von „(m)ehr als (der) Hälfte der Alemannen", welche nach Kriegsende ihre beruflichen Stellungen verloren hätten.[47] Manchem Korporierten, der sein Studium noch nicht vor dem oder im Krieg abgeschlossen hatte, war zudem eine Weiterführung desselben vorübergehend verwehrt, was aus verbindungsstudentischer Perspektive auch die Möglichkeiten zur Wiederaneignung universitären Raumes (etwa über die Beteiligung an Strukturen der studentischen Selbstverwaltung) und zum ‚Keilen', d.h. Anwerben von Mitgliedern, beschränkte. Es darf freilich angenommen werden, dass die in der unmittelbaren Nachkriegszeit ohnehin wenig aussichtsreiche Wiedererrichtung der Bünde für das Gros der mit Repressalien konfrontierten Korporierten vorerst nur nachgeordnete Priorität genoss.[48]

Dies sollte sich allerdings – im Gefolge der Ablösung von Antinazismus durch Antikommunismus als politischem Grundkonsens der österreichischen Großparteien wie auch der Westalliierten[49] – bald ändern. Die Entnazifizierung verschwand zusehends von der politischen Agenda und wurde in mancherlei Hinsicht sogar rückgängig gemacht.[50] Gleichzeitig stellte der Antikommunismus einen gemeinsamen Nenner zur Verfügung, der die Eingemeindung der hinsichtlich ihrer strikt ‚antibolschewistischen' Gesinnung über jeden Zweifel erhabenen völkischen Korporierten in die österreichische Nachkriegsgesellschaft wesentlich begünstigte (vgl. hierzu Kapitel III.7.3). Als weitere Begleiterscheinung des Prioritätenwandels avancierte mancher Burschenschafter nun zum gefragten Ansprechpartner des US-amerikanischen *Counter Intelligence Corps* (CIC), darunter der prominente Waffen-SS-Offizier und später von Spanien aus wieder im nationalsozialistischen Sinne tätige Otto Skorzeny (*Markomannia* Wien).[51]

46 Suevia 1958, 104.

47 Alemannia 1962, 22. Auch Hans Menzel (*Ostmark* bzw. spätere *Alania* Wien) sprach am Stiftungsfest des Salzburger *Akademikerverbandes* am 9. Mai 1953 von einer „Mehrzahl" der Alten Herren ‚nationaler' Verbindungen, die „von ihren Arbeitsplätzen entfernt" worden seien (BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Abschrift der Rede, 3).

48 Vgl. Suevia 1958, 101; BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Max Doblingers an Heinz Amberger vom 14.9.1950 (Abschrift), 2.

49 Vgl. Stiefel 2004, 56.

50 Vgl. dazu Stiefel 1981, 300–314.

51 Vgl. zu Skorzeny (journalistisch) Simpson 1988, 297–300.

Im Bereich legislatorischer Maßnahmen brachte das Nationalsozialistengesetz 1947 für manchen Korporierten Verbesserungen, indem es die besondere Berücksichtigung von ‚Illegalen' strich (dafür allerdings die Art der individuellen Tätigkeit innerhalb der NS-Strukturen stärker in den Blick nahm). Wer bislang aufgrund illegaler Parteizugehörigkeit besonderen Beschränkungen unterlegen war, ohne darüber hinaus bestimmte Funktionen eingenommen zu haben, konnte fortan wieder studieren und sich an Wahlen beteiligen, was sich nicht eben dämpfend auf das Buhlen der *Sozialistischen Partei Österreichs* (SPÖ, seit 1991 *Sozialdemokratische Partei Österreichs*) und der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) um die ‚Ehemaligen' auswirken sollte. Die 1948 einsetzende „Zeit der Amnestien"[52], deren quantitativ weitaus größtes Volumen bereits im ersten Jahr erreicht wurde und die u.a. mit Verfahrenseinstellungen, vorzeitigen Haftbeendigungen und dem Widerruf beruflicher Entlassungen auf breiter Front einherging, setzte einen Schlussstrich unter einen Gutteil der völkisch-verbindungsstudentischen Alltagsprobleme der ersten Nachkriegsjahre. Diese „Normalisierung der allgemeinen Verhältnisse"[53] ermöglichte es den betroffenen Korporierten, sich nun wieder verstärkt der Wiederbelebung ihrer Bünde zuzuwenden, die ihrerseits aufgrund des politisch-atmosphärischen Umschwungs inzwischen deutlich realistischer erschien (vgl. Folgeabschnitt). Auch umfassende parteipolitische Betätigung stand sogenannten Minderbelasteten ab 1948 durch die Rückerlangung nun auch des passiven Wahlrechts wieder offen, was nicht zuletzt dem im März 1949 gegründeten *Verband der Unabhängigen* (VdU) zugutekam.

Mit dem in burschenschaftlichen Kreisen widersprüchlich aufgenommenen Staatsvertrag[54] und dem Abzug der Alliierten 1955 wurde der Umgang mit vormaligem NS-Personal endgültig voll in österreichische Hände gelegt. Diese nahmen umgehend den Abbau der noch verbliebenen Entnazifizierungs-Instrumente in Angriff, gipfelnd in der sogenannten NS-Amnestie von März 1957. Im selben Zeitraum, zwischen Oktober 1955 (Gründungsbeschluss) und März 1956 (Gründungsparteitag), erfolgte die Gründung der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ). Seit dieser Zeit sind der politischen Betätigung deutsch-völkischer Kräfte in Österreich – mit Ausnahme des bis heute in Kraft befindlichen Teils des Verbotsgesetzes und des im Staatsvertrag (Art. 4) verankerten ‚Anschluß'-Verbotes – keine Entnazifizierungs-bedingten rechtlichen Schranken mehr auferlegt. Die Darstellungen der Entnazifizierung im verbindungsstudentischen Schrifttum wären somit durch die Feststellung zu ergänzen, dass der von ihr ausgehende Druck spätestens ab 1948 sukzessive und in äußerst raschem Tempo zurückgefahren wurde. Dieser Umbruch lieferte die entscheidende

52 Stiefel 2004, 45.

53 Oberösterreicher Germanen 1967, 125.

54 Vgl. hierzu Stüber 1974, 273–279; BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 2 f.; sowie die Staatsvertrags-Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der freiheitlichen Akademikerverbände Österreichs von 1955 (BAK, DB 9, DBs 1477).

Voraussetzung für einen Restaurationsprozess des völkischen Verbindungswesens, der schon vor der Wiederherstellung der österreichischen Souveränität 1955 im Wesentlichen abgeschlossen werden sollte. Dieser Prozess soll auf den folgenden Seiten nachgezeichnet werden.

II.3 Die Wiedererrichtung der Bünde

Der Wiederaufbau vollzog sich auf der Ebene der einzelnen Bünde in mehreren, in ihrer Abfolge weitgehend einheitlichen Schritten. Eine übergreifende Periodisierung ist angesichts der von Bund zu Bund zeitversetzten Verläufe nicht trennscharf, jedoch zumindest näherungsweise möglich.

Sammlung der Alten Herren und informelle Treffen

Wie in den Ausführungen zur Entnazifizierung bereits angedeutet, bestand das sich für die Wiedererrichtung der Korporationen nach 1945 am unmittelbarsten stellende Problem in der mangelnden Verfügbarkeit vieler Bundesbrüder. Trotz Kriegsgefangenschaft, Internierung und anderer Unannehmlichkeiten lief deren erneute Zusammenführung bei vielen Bünden bereits unmittelbar nach Kriegsende an, so bei *Suevia* Innsbruck ab September 1945, bei *Aldania, Bruna Sudetia* oder *Teutonia* Wien ab 1946[55]. Freilich erschwerten zunächst – neben dem erst nach und nach wieder in Gang kommenden Post- und Personenverkehr – „Zonengrenzen (und Zensur!) (…) eine persönliche Fühlungnahme“; bis 1946 sei man vornehmlich mit der Eruierung des Verbleibs einzelner Bundesbrüder beschäftigt gewesen, so der Historiker und Burschenschafter Max Doblinger (*Frankonia* Graz) in einer Schilderung von 1950. Seit 1948 komme man mindestens monatlich zusammen, „die Stiria in Graz wöchentlich, ähnlich bei allen Grazer B. [Burschenschaften, Anm. B.W.]“.[56] In Wien finden ab 1947 wieder regelmäßige Treffen der alten *Gothen* statt; *Aldania* trifft sich zunächst in Privatwohnungen, „(a)b Herbst 1947, als der Besuch öffentlicher Lokale möglich war“, in Gasthäusern.[57] *Oberösterreicher Germanen* verkehren erstmals 1949 in Linz wieder in größerer Runde miteinander[58], die *Olympen* versammeln sich ab spätestens dem ersten Halbjahr 1950 „in kleinen Gruppen im familiären Kreis, meist beim Heurigen in der Umgebung Wiens“[59].

55 Vgl. Suevia 1958, 101; Aldania 1994, 155; *Aula* Nr. 1/1952 [Oktober], 22; Teutonia 1968, 101.
56 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Doblingers an Heinz Amberger vom 14.9.1950 (Abschrift), 2.
57 Vgl. *Aula* Nr. 2/1952 [November], 22 bzw. Aldania 1994, 155.
58 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 126
59 Dvorak 1996, 45.

Derartige „Tischgesellschaften ohne Namen“[60] sind für die frühen Nachkriegszusammenkünfte die Regel, vereinzelt kommt es jedoch schon in dieser Zeit zu ersten erfolgreichen Vereinsgründungen. Im Februar 1947 wird die Wohnungsgenossenschaft der *Bruna Sudetia* neu errichtet, um den Wiederaufbau des im Krieg zerstörten Verbindungshauses in die Wege zu leiten.[61] In Innsbruck gelingt *Suevia* die per 26. Juli 1949 nicht untersagte Gründung eines *Vereins zur Erhaltung des Schwabendenkmals* am Innsbrucker Westfriedhof, unter dessen Deckmantel fortan die Sammlung der Bundesbrüder vonstattengeht.[62] Mit Blick auf die gesamtösterreichische Situation vermerkt das (bundesdeutsche) ‚*Burschenschafter-Handbuch*‘ von 1955 eine ab 1949 „unaufhaltsam vorwärts“ strebende Entwicklung der Burschenschaften in Österreich[63] – und verweist damit eventuell auf einen Ermöglichungszusammenhang mit der ‚Minderbelasteten-Amnestie‘ von 1948. Das anekdotische Detail des Glasenbacher *Alemannen*-Stiftungsfestes von 1945 – in der Bundchronik als „erste(r) Schritt zur Wiedergründung der Alemannia“ eingestuft[64] – kann vor dem Hintergrund all dessen als bezeichnend für die Promptheit angesehen werden, mit der die Bemühungen zur Wiederaufnahme des völkischen Verbindungslebens nach Kriegsende einsetzten.

Organisatorische Erfassung des Milieus

Aufbauend auf den offenbar vielversprechenden Ergebnissen der ersten informellen Fühlungnahmen setzten um 1950 verschiedene Bemühungen ein, die ‚freiheitliche Studenten- und Akademikerschaft‘ auch in bundübergreifender Weise organisatorisch zu sammeln. Die dabei errichteten Institutionen sollten umgekehrt letztlich die volle Wiederherstellung der Einzelbünde erleichtern. Dies gilt vor allem für den Anfang 1950 durch ein Proponentenkomitee aus „freiheitliche(n) Akademiker(n)“ errichteten *Akademikerverband Österreich* (AVÖ).[65]

Als Motive für die Gründung desselben nennt die verbindungsstudentische Publizistik u.a. die Schaffung einer Art Standesvertretung der „nicht parteipolitisch eingestellten Akademikerschaft Österreichs“[66] analog zum *Bund Sozialistischer Akademiker* (BSA) und zu den katholischen Korporationsverbänden; auch sollte ein effektives Beziehungs-

60 Suevia 1958, 101.

61 Vgl. http://www.bruna-sudetia.at/geschichte/couleurgeschichte/index.php und Wladar 1984, 27.

62 Vgl. Suevia 1958, 102.

63 Amberger 1955, 117.

64 Alemannia 1962, 22.

65 *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 3/1951 [Dezember], 8. Vgl. ferner das AVÖ-Rundschreiben „Information und Einladung an alle Freunde!“ vom April 1950 (BAK, DB 9, B. VI.15 [A]), 1. Das Zentrale Vereinsregister (Auszug vom 11.1.2010) gibt als Gründungsdatum den 25.5.1950 an.

66 Aldania 1994, 156.

netzwerk geschaffen werden, um Benachteiligungen auf beruflichem Gebiet durch den schwarz-roten Proporz zu kompensieren.[67] Dies schien nicht zuletzt insofern angezeigt, als so mancher ‚freiheitliche Akademiker' sein persönliches Fortkommen durch zumindest formale Integration in eines der beiden großen Lager zu sichern suchte.[68] Die höchste Effektivität sollte der AVÖ jedoch als vereinsrechtliche Krücke der wiederbelebten Korporationen entfalten. Durch die Registrierung als Zweigstelle des Verbandes konnte die einzelne Verbindung in den frühen 1950er-Jahren auf rechtlich abgesicherter Basis tätig werden, ohne ein individuelles Zulassungsverfahren durchlaufen zu müssen.[69] War eine Einzelzulassung bereits erfolgt, verblieb dem Verband immer noch die Rolle eines Sicherheitsnetzes. So bestand laut *Aldanen*-Chronik der „eigentliche Sinn" der AVÖ-Zweigstelle *Z I/28 ‚Robert Hamerling'* darin, „für uns als Dachorganisation zu fungieren, da in jenen Zeiten auf alles, was nur irgendwie ‚deutsch' aussah, ein scheeles Auge geworfen wurde und wir jederzeit mit einer behördlichen Auflösung unseres am 5.1.1951 bewilligten Vereins rechnen mußten".[70] „(I)n den damaligen politisch unruhigen Zeiten, in denen das stärkere Recht der Besatzungsmächte galt", habe man es „für nötig gehalten", dem völkischen Verbindungswesen „eine weitere Basis des Bestandes zu schaffen".[71]

Ein zeitgenössischer Brief eines Wiener Burschenschafters an Max Doblinger beschreibt die einzelnen AVÖ-Zweigstellen unumwunden als „A.H. [Altherren-, Anm. B.W.] Verbände der einzelnen Korporationen". Dass in diese auch Jungakademiker aufgenommen werden und somit im Rahmen des AVÖ neue Aktivitates aufgebaut werden könnten, sei anzunehmen, da „Minister Hellmer [sic] angeblich der Sache sehr freundlich gegenübersteht, um ein Gegengewicht gegen die [sic] C.V. zu haben", der Verband aber ohne Nachwuchs nicht nachhaltig Bestand haben könne.[72] Eine damit übereinstimmende Meldung findet sich in der Korrespondenz des damaligen Schriftleiters der *Burschenschaftlichen Blätter* (Organ des zu dieser Zeit noch rein bundesdeutschen Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft*/DB), Heinz Amberger: Demnach seien die „offiziellen CV Kreise (...) ganz enorm gegen das Wiederaufleben der alten Bünde, während die SPÖ sich den Anschein gibt, freiheitliche Verbindungen zu dulden".[73]

67 Vgl. *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 3/1951 [Dezember], 8 und Suevia 1958, 103 f.

68 Vgl. Alemannia 1962, 22 sowie die Kapitel V.2 und V.5 des vorliegenden Buches.

69 Vgl. Lindinger 2009, 65 und Suevia 1958, 103. Nicht zuletzt vermeldete auch die bereits zitierte AVÖ-Aussendung, dass der Verband angetreten sei, den 1938 aufgelösten Verbindungen eine Wiedererrichtung zu ermöglichen (BAK, DB 9, B. VI.15 [A], AVÖ-Rundschreiben vom April 1950, 1).

70 Aldania 1984, 39. Zum Namen der Zweigstelle vgl. Aldania 1994, 156, zu ihrer Gründung *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 2/1951 [November], 12.

71 Aldania 1994, 156.

72 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief eines anonymen Wiener Burschenschafters (vermutlich der *Teutonia*) an Max Doblinger vom 24.10.1950 (Abschrift), 1. Mit „Hellmer" ist der damalige österreichische Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) gemeint.

73 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Walter Mayers an Heinz Amberger vom 12.11.1950 (Abschrift), 1.

Gründung neuer Bünde und Reaktivierung[74]

Schon geraume Zeit vor der AVÖ-Gründung im Jahr 1948 hatten in Wien zwei Verbindungen die Vereinsform erlangt, die bald zu Burschenschaften mutieren sollten: die akademische Reform-Verbindung *Dürnstein* und die akademische Tafelrunde *Laetitia.*[75] Letztere war während des Krieges (1941) gegründet worden und hatte ihren Betrieb nach Kriegsende fast bruchlos – ab Herbst 1945 – fortsetzen können.[76] Auf längere Frist kann sie sich ebenso wenig eigenständig halten wie *Dürnstein* und andere in den ersten Nachkriegsjahren neu errichtete Korporationen: Ihnen allen fehlt eine Altherrenschaft, welche die finanziellen Kosten des Betriebes trüge, in personellen Krisenzeiten für Kontinuität sorgte und den Transfer essenziellen Wissens, vom Fechten bis hin zur verbindungsstudentischen Etikette, gewährleisten könnte. Umgekehrt verfügen sie über junge, studentische Mitglieder (‚Aktive'), die den Traditionsbünden die Reaktivierung ermöglichen und so eine Zukunft sichern könnten – eine Interessenkonstellation, die neue Bünde und Altherrenrunden bald zueinanderfinden lässt. In Wien waren Neugründungen in zumindest drei Fällen an der Reaktivierung alter Burschenschaften beteiligt: bei den *Olympen* (Verschmelzung 1950 mit *Laetitia*), *Alben* (1951 mit *Dürnstein*) und *Silesen* (1951 mit *Heimdall*).[77] Die Reaktivierung der übrigen Wiener Traditionsburschenschaften vollzieht sich schwerpunktmäßig in den Jahren 1951 und 1952. Im Wintersemester 1951/52 nehmen *Aldania*, *Libertas* und die *Oberösterreicher Germanen* den Betrieb wieder auf[78], *Moldavia* und *Vandalia* spätestens im Sommersemester 1952[79], *Teutonia* jedenfalls noch im selben Jahr[80]. Im Wintersemester 1952/53 folgten *Ostmark* sowie *Gothia* und *Germania* (im Wege der Fusion).[81] Im Herbst 1952 existierten in Wien schon wieder 14 Burschenschaften (gegenüber 19 im Jahr 1932), von denen zwölf über eine Aktivitas verfügten.[82]

---

74 Reaktivierung meint die Wiederaufnahme eines Aktivbetriebs durch eine vormals ‚sistierte' Verbindung und erfordert üblicherweise eine zumindest hinreichend große Zahl an studierenden Mitgliedern, um die verschiedenen ‚Chargen' (bundinterne Ämter) besetzen zu können.

75 Vgl. die Nichtuntersagungs-Bescheide der Sicherheitsdirektion Wien vom 29.5.1948 *(Dürnstein)* bzw. vom 10.8.1948 *(Laetitia),* AUW, S 259.72 bzw. S 259.27.

76 Vgl. Dvorak 1959, 76.

77 Vgl. Albia 2005, 13–16 und den Brief von ‚Bonzo' (Wilfried von Hornberg) an Sigurd Weyringer vom 2.12.1950 (Abschrift), 1 (BAK, DB 9, B. VI.15 [A]); *Aula* Nr. 5/1953 [Februar], 22 und http://silesia-wien.at/index.php/silesiageschichte.html; Dvorak 1959, 76 f. Mit Abstrichen ließe sich *Bruna Sudetia* (Zusammenschluss 1951 mit *Greifenstein* bzw. *Hohenheim*) als weiteres Beispiel anführen (vgl. zu dieser Balder 2005, 394 und Wladar 1984, 28).

78 Vgl. Aldania 1994, 159; *Aula* Nr. 2/1953 [November], 24; Oberösterreicher Germanen 1967, 129.

79 Vgl. *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 5/1952 [Mai], 14 bzw. Nr. 8–9/1952 [August/September], 22.

80 Vgl. *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/2008, 172.

81 Vgl. *Aula* Nr. 6/1953 [März], 21 bzw. Nr. 7/1953 [April], 22 f.

82 Vgl. den Bericht über eine Österreichreise von Walter Reich, Beilage zu BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Reichs an den Vorort der Vereinigung alter Burschenschafter vom 23.12.1952, 1.

Widersprüchliche Angaben finden sich in den Quellen hinsichtlich der Frage, weshalb es überhaupt zur Transformation von Altherrenstammtischen in aktive, sich personell reproduzierende Bünde (und damit zu einer Existenzsicherung des völkischen Verbindungswesens über das Jahr 1945 hinaus) kam. Karl Heinz Marauschek (*Allemannia* Graz) zufolge waren Nachkriegs-Studenten die treibende Kraft hinter dem Wiederaufleben des völkischen Verbindungswesens: Ein „Teil der letzten Frontgeneration" sei mit dem Begehr an Alte Herren herangetreten, an der in den Korporationen gepflegten „Männerfreundschaft" teilzuhaben; die Alten Herren hätten sich sodann ihrer „Pflicht" besonnen und ihren Bünden neues Leben eingehaucht.[83] Diese Darstellung der Nachkriegsstudentenschaft als Motor der verbindungsstudentischen Restauration, die sich ähnlich auch an anderen Stellen findet[84], wird von den Quellen in Summe jedoch nicht gedeckt.

Nachwuchsrekrutierung

Tatsächlich scheint bei der Wiedererrichtung von Bünden die Initiative der Alten Herren selbst den Regelfall dargestellt zu haben. In Burschenschafts-interner Korrespondenz wird von einem „ziemlich allgemein(en)" Streben der älteren Korporiertengeneration berichtet, „eine Verbindung zur heutigen akad. Jugend zu finden".[85] Verbindungschroniken erzählen vom hingebungsvollen Bemühen Alter Herren um die Wiedererrichtung ihrer Bünde, die sich angesichts offenbar spärlichen Interesses der Studentenschaft alles andere als einfach gestaltete – ob im Osten („Schwer war es für den Neubeginn Jugend zu finden."[86]) oder Westen („Die Hauptschwierigkeit bestand darin, die erforderlichen Aktiven zu gewinnen. Auch die übrigen, früher auf Innsbrucker Boden bestandenen freiheitlichen Bünde hatten mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen."[87]). In Innsbruck verlief die Rekrutierung studierender Mitglieder so schleppend, dass die vier lokalen Traditionsburschenschaften (bzw. deren Altherrenverbände) im April 1951 den Beschluss fassten, gemeinsam eine einzige „neue Jungburschenschaft ins Leben (zu) rufen", aus der bei Erreichen einer bestimmten Größe nach und nach weitere Aktivitates hervorgehen sollten; auch dieser Ansatz erwies sich jedoch als ungeeignet, den erhofften Nachwuchs anzuziehen, und verlief „bald wieder im Sande".[88]

83 Zit. in *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 3/1951 [Dezember], 7f.
84 Vgl. Amberger 1955, 117; Suevia 1958, 109; BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Rede Hans Menzels am Stiftungsfest des Akademikerverbandes Salzburg vom 9.5.1953, 3.
85 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Wilfried von Hornbergs an Sigurd Weyringer vom 2.12.1950 (Abschrift), 1.
86 Alemannia 1962, 23; vgl. auch Teutonia 1968, 102.
87 Suevia 1958, 105.
88 Ebd., 106 bzw. 107.

Die Innsbrucker Problematik lässt sich nur zum Teil über lokale Spezifika (wie die, verglichen mit Wien und Graz, stärkere katholisch-konservative Grundierung des universitären Einzugsgebietes) erklären. In Wien kam es in der Restaurationsphase zu einer Art Strukturbereinigung, im Zuge derer eine ganze Reihe von Bünden sich zur Zusammenlegung mit anderen veranlasst sah.[89] Manch andere Korporation konnte einen geregelten Betrieb nur aufnehmen bzw. aufrechterhalten, indem Alte Herren sich wieder ‚aktiv' erklärten und Aufgaben übernahmen, die üblicherweise studierenden Mitgliedern überantwortet sind. In den Listen burschenschaftlicher Amtsträger der Reaktivierungsphase ist daher eine regelrechte Ballung von Alten Herren feststellbar.[90] Bald darauf folgende erste Sistierungen[91] unterstreichen zusätzlich das Missverhältnis von an den Vorkriegsverhältnissen orientiertem Angebot und studentischer Nachkriegs-Nachfrage.

Trotz alledem kehrt zu Mitte der 1950er-Jahre bei den die Wirrungen der Anfangsphase überdauernden Verbindungen verbindungsstudentischer Alltag ein. Zum Ende des Sommersemesters 1955 verfügen vierzehn akademische Burschenschaften in Wien, neun in Graz, drei in Innsbruck und zwei in Leoben über Aktivitates. Die Größe derselben variiert beträchtlich: umfasst sie in Leoben im Durchschnitt 14 Personen, sind es in Innsbruck nur 5,7; Graz und Wien liegen mit acht bzw. 10,9 dazwischen.[92] Lindinger spricht rückblickend von der Phase zwischen Restauration und 1968 als den „fröhlichen Blütejahren der neuen Burschenherrlichkeit nach dem Krieg".[93] Auch Grillmayer hält fest, dass anders als für die FPÖ „(f)ür freiheitliche Vorfeldorganisationen und die traditionsgemäß dem Dritten Lager zuzuzählenden Vereinigungen (…) die Nachkriegsepoche bis in die Siebzigerjahre hinein eine vergleichsweise sehr gute Zeit" gewesen sei.[94] Vor allem an den Hochschulen habe das ‚Dritte Lager' sich schnell wieder eine „starke Präsenz" erworben, da ein beträchtlicher Teil der Nachkriegs-Studentenschaft familiär im traditionellen ‚national-freiheitlichen' Bildungsbürgertum verankert

---

89 Allein unter den Wiener Burschenschaften kam es in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre zu drei Fusionen (*Arminia* mit *Libertas* 1951, *Germania* mit *Gothia* 1952, *Ostmark* mit *Alania* 1955) und zu zwei Übernahmen von Altherrenschaften, die keine Perspektive auf eine eigene Aktivitas mehr sahen (*Marko-Germania* durch *Albia* und *Hubertus* durch *Alemannia,* beide 1952).

90 Vgl. zur Reaktivierung Alter Herren beispielhaft die *Aula* Nr. 6/1953 [März], 21 oder Oberösterreicher Germanen 1967, 129. U.a. bekleidete ein Arthur Klohs, der im Nationalsozialismus als Richter politische Strafsachen verhandelt hatte, nach dem Krieg in seiner *Bruna Sudetia* das Amt des Fuchsmajors, zu dessen Aufgaben die historische und weltanschauliche Schulung des Bundnachwuchses zählt (vgl. Wladar 1984, 28 und Schwarz 2005, 4).

91 Allein im Studienjahr 1956/57 mussten drei Wiener Burschenschaften *(Aldania, Silvania, Vandalia)* den Aktivbetrieb einstellen (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Bericht der ADC-Vorsitzenden Alania Wien über das Geschäftsjahr 1956/57, Anlage 2 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 3).

92 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], Mappe über das Vorsitzjahr von Germania Innsbruck (1954/55), Stärkeangabe der im ADC zusammengeschlossenen Burschenschaften Österreichs.

93 Lindinger 2009, 74.

94 Grillmayer 2006, 98.

gewesen sei.[95] Die Ende der 1960er-Jahre an Fahrt aufnehmenden Veränderungsprozesse an den Hochschulen – vgl. hierzu insbesondere Kapitel IV.1.3 – sorgten jedoch bald erneut für vielerorts auftretende personelle Engpässe.[96] Die Nachwuchsrekrutierung sollte für die völkischen Korporationen in Österreich bis heute ein zentrales Problemfeld bleiben. In den darüber angestellten Ursachenanalysen wird auf vermeintlich allenthalben anzutreffende ‚Geschichtsfälschung' und Diffamierung ‚nationaler' Gesinnung überhaupt verwiesen, aber auch Klage über eine zu hedonistisch orientierte, ‚pflichtvergessene' Jugend geführt.[97]

Vereinsmäßige Rekonstituierung

Die Eröffnung von Zweigstellen des AVÖ konnte schon insofern nur als Provisorium gelten, als sie den Bünden keine eigenständige Rechtspersönlichkeit verlieh. Dementsprechend ging deren Bemühen bereits unmittelbar nach Etablierung der Zweigstellen (in manchen Fällen auch schon davor) dahin, eine solche unabhängige Vereinswerdung, d.h. die behördliche Nichtuntersagung einer angezeigten Vereinserrichtung, zu erwirken. Nicht zu unterschätzen war dabei die Herausforderung, zur Errichtung der juristischen Person gegenüber der Vereinspolizei geeignete physische Personen namhaft machen zu müssen: „unbelastete [sic] sind nicht zu finden, die Belasteten und Minderbelasteten würden sofort den Gegnern zuviel Handhaben [sic] zu Gehässigkeiten bieten".[98] Dieselbe Problematik behinderte auch die Rekrutierung von Korporierten für parteipolitische Funktionen, insbesondere im Falle des VdU, der anders als die Großparteien seine Kader nicht eigenhändig zu geläuterten Demokraten erklären konnte.

Schödl verortet den Schritt der Korporationen zur Vereinswerdung ganz pauschal „im Jahre 1951".[99] Tatsächlich erfolgte ein Gutteil der Wiederzulassungen – jedenfalls in Wien – 1951/52, häufig in enger zeitlicher Nähe zur jeweiligen Reaktivierung.[100] Die Universität Wien war in den Wiederzulassungsvorgang eng eingebunden: Routinemäßig holte die zuständige Sicherheitsdirektion vor Ausstellung des Nichtuntersagungsbescheides eine Stellungnahme des Rektorates ein, ob aus dessen Sicht Einwände

95 Ebd., 99.

96 Vgl. etwa die Feststellung eines „Nachwuchsproblem(s) unserer waffenstudentischen Gemeinschaften schlechthin" in einer Verbindungschronik von 1967 (Oberösterreicher Germanen 1967, 131f.). Stimmer verortet die entscheidende Zäsur für die Entwicklung der deutschnationalen Verbindungsstudenten zur Randgruppe an den Hochschulen im Jahr 1966 (Interview in der *Jungen Freiheit* Nr. 8/1997, 7).

97 Vgl. Alemannia 1962, 23–25 u. 27 und Oberösterreicher Germanen 1967, 131.

98 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Walter Mayers an Heinz Amberger vom 12.11.1950 (Abschrift), 1.

99 Suevia 1958, 14.

100 Dies geht u.a. aus den Vereinsakten im Archiv der Universität Wien hervor, die zum Teil die Nichtuntersagungsbescheide selbst enthalten (vgl. beispielhaft AUW, S 259.49, Bescheid der Sicherheitsdirektion Wien an Vindomina [spätere Vandalia] vom 5.9.1951).

gegen die Legalisierung der jeweiligen Verbindung bestünden. Ein solcher Einwand ist, soweit er frühere oder spätere Burschenschaften beträfe, in keinem einzigen Fall aktenkundig.[101] Ohnehin stellte die Vereinsform faktisch keineswegs eine notwendige Bedingung für die Wiederaufnahme korporativer Betätigung dar. In diesem Sinne ist Balders Anmerkung in seiner Kurzchronik der Wiener *Markomannia* zu verstehen, wonach diese „den Bundesbetrieb offiziell [sic] nicht vor dem 24.3.1953", dem Zeitpunkt ihrer „behördliche(n) Genehmigung", habe aufnehmen können.[102] Bereits im März 1952 konnte AVÖ-Zentralvorstandsobmann Wilhelm Beringer (*Gothia* Wien) in einer Zwischenbilanz über die bisherige Verbandstätigkeit feststellen, dass

> (e)ntgegen der Meinung vieler Pessimisten (…) nicht nur die legale Gründung des Akademikerverbandes möglich geworden (ist), sondern (…) seither mehr als vierzig freiheitliche, akademische Verbindungen den Betrieb mit behördlicher Genehmigung aufgenommen (haben). Die uns vorgeschwebten idealen Ziele sind damit verwirklicht worden, die alte Tradition lebt wieder![103]

Tatsächlich hatte die Geschwindigkeit – bisweilen auch das schiere Faktum – der Restauration des völkischen Verbindungswesens viele seiner Angehörigen überrascht. Noch im September 1950 hatte etwa Max Doblinger „Bedenken (…) wegen Zeit und Geld" geäußert. Der Mittelstand – und somit auch viele der ‚nationalen' Akademiker – stehe wirtschaftlich schlecht da, die Studenten seien durch eine „strenge Studienordnung" und Zwang zur Lohnarbeit „viel mehr in Anspruch genommen" als einstmals.[104] Auch ein anonymer Korrespondent Doblingers in Wien hatte sich in einem Brief rund einen Monat später als „sehr skeptisch" hinsichtlich der Zukunft von Verbindungen traditioneller Art bekannt und zur Begründung neben zeitlichen, finanziellen und (vereins-) rechtlichen Herausforderungen u.a. die „geringe Alkoholfreudigkeit der Jugend" angeführt.[105] Günther Berka (*Libertas* Wien) wiederum hatte zur selben Zeit einen „Aufbau der Burschenschaften in Österreich" als „für absehbare (recte unabsehbare) Zeit (…) nicht möglich" eingestuft. „Höchstens", so Berka, kämen „Körperschaften in Betracht, die – ohne sich B. zu nennen – in irgendeiner Form Anschluß an A.H.-Verbände suchen, in steter Gefahr, aufgelöst zu werden".[106]

101 Vgl. dazu die sogenannte Senats-Sonderreihe des Universitätsarchivs (AUW, S 259), für *Libertas* etwa das Schreiben der Sicherheitsdirektion Wien vom 12.4.1951 und die Antwort des Rektors Johannes Gabriel vom 17.4.1951 (AUW, S 259.41).

102 Balder 2005, 403.

103 *Der freiheitliche Akademiker,* Nr. 3/1952 [März], 14.

104 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Max Doblingers an Heinz Amberger vom 14.9.1950 (Abschrift), 2.

105 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief eines anonymen Wiener Burschenschafters an Doblinger vom 24.10.1950 (Abschrift), 1.

106 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Günther Berkas an nicht näher genannte burschenschaftliche Amtsträger in der BRD vom 4.11.1950 (Abschrift).

Schrittweise ‚Selbstenttarnung'

Bange Erwartungen wie diese rührten zum Teil von realen Repressionserfahrungen in Monarchie und Ständestaat her, als immer wieder Verbindungen wegen Illoyalität zum Herrscherhaus bzw. von den Behörden als staatsgefährlich erachteter Tätigkeit, mitunter aber auch aufgrund ihres Antisemitismus aufgelöst worden waren. V. a. aber lag den Erwartungen eine realistische (wenn auch letztlich zu pessimistische) Einschätzung zugrunde, welche Behandlung den ehemaligen Stützen des Nationalsozialismus in einem auf antinazistischem Grundkonsens gegründeten Gemeinwesen zuteilwerden würde. Zusätzlich verstärkt wurde die Unsicherheit im völkischen Lager durch die Unberechenbarkeit des Zusammenwirkens vier alliierter Verwaltungen und zweier Regierungsparteien. Vor diesem Hintergrund vollzogen die völkischen Korporationen die ersten Schritte zu ihrer Wiedererrichtung weithin unter Vermeidung allzu expliziter Bezugnahmen auf die eigene Tradition. „(W)enigstens vorläufig (scheinen) weder die Bezeichnung Burschenschaft noch unsere ehrwürdigen Farben s. r. g. [schwarz-rot-gold, Anm. B.W.] Aussicht auf Genehmigung zu haben. (…) Wir treten als Verbindungen, Studentenverbindungen, meist mit anderen Namen (auf)", schreibt Amberger im März 1951 an einen Bundesbruder in der BRD.[107] In der Tat entsprach die Namensgebung sowohl der AVÖ-Gliederungen als auch der nach und nach entstehenden Vereine diesem Tarnansatz: So wurde etwa aus *Cruxia* Leoben die *Kreuzgesellschaft,* aus *Carniola* Graz der *Deutschkrainerbund,* aus *Teutonia* Wien eine *Kneipgesellschaft Danubia.* Die Bezeichnung ‚Burschenschaft' wurde vermieden, da gerade dieser Korporationstyp als seit je prononciert politisch und pangermanistisch orientiert galt. Nicht nur *Suevia* Innsbruck reichte ihre Satzungen zunächst als ‚Akademische Verbindung' ein, „weil befürchtet wurde, daß die Bezeichnung Burschenschaft bei der Behörde etwa auf Schwierigkeiten stoßen könnte".[108] Verwendung fanden auch alternative Bezeichnungen wie ‚Akademische Vereinigung' oder ‚Akademischer Bund'.

Die Tarnvorkehrungen wurden in jenem Maße revidiert, in dem auch die Wahrscheinlichkeit repressiver Maßnahmen von staatlicher Seite zurückging. Im ab Oktober 1951 erscheinenden, vom steirischen AVÖ-Landesverband herausgegebenen *Freiheitlichen Akademiker* (ab Oktober 1952: *Die Aula*) sah man von Beginn an wenig Anlass, den wahren Charakter der Zweigstellen zu verleugnen. Bereits ab der Nullnummer werden Zweigstellennachrichten als „Berichte aus den Corporationen" verlautbart. Bald scheinen in dieser Rubrik auch die alten Namen wieder auf – parallel zu den nach und nach auch offiziell vorgenommenen Vereinsumbenennungen. ‚Burschenschaft' kehrt als Selbstbezeichnung auf breiter Front 1953 wieder. 1954 schließ-

107 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Heinz Ambergers an „Jochen" vom 10.3.1951 (Abschrift), 1.

108 Suevia 1958, 107.

lich erwirkt *Allemannia* Graz einen Beschluss der inzwischen im *Allgemeinen Delegierten Convent* (ADC) vereinigten Burschenschaften in Österreich, wonach binnen eines Jahres sämtliche Mitgliedsbünde „die offizielle Bezeichnung ‚Burschenschaft' zu führen" hätten, da „bisher in dieser Richtung eventuell bestandene Hindernisse durch die Entwicklung der letzten Zeit weggefallen sind".[109] Als einzigem Bund wurde dabei *Alemannia* Wien eine Ausnahmeregelung gewährt, da anerkannt wurde, dass im Rückgabeverfahren um deren Haus eine Namensänderung „Komplikationen hervorrufen könnte, umsomehr [sic], wenn die Bezeichnung ‚Burschenschaft' angenommen werden würde".[110]

Generell lässt sich festhalten, dass die Sicherheitsvorkehrungen in Umfang und Dauer regional unterschiedlich gehandhabt wurden. Hatte sich in den von den Westmächten besetzten Landesteilen bereits einer burschenschaftlichen Beurteilung von 1950 zufolge „ein annehmbares Verhältnis entwickelt"[111], wurde nordöstlich der Steiermark noch länger größte Vorsicht walten gelassen. Dies unterstreicht ein Schreiben des ‚Sachbearbeiter(s) für Österreich-Fragen' der DB, Walter Reich, von Ende 1952.[112] Begleitend zur Übersendung eines Anschriftenverzeichnisses österreichischer Bünde an verschiedene burschenschaftliche Organe und Amtsträger in der BRD gab Reich darin Auskunft über die damals geltenden Richtlinien im grenzüberschreitenden burschenschaftlichen Schriftverkehr: Wiener Bünde bzw. Adressaten in der sowjetischen Zone durften nur über „Relaisstellen" in Graz, Linz, Salzburg oder Tirol angeschrieben werden, wobei zwei Umschläge zu verwenden waren, von denen der innere die Anschrift des Bundes zu tragen und tunlichst frei von Aufdrucken oder Absenderangaben zu sein hatte.[113] Auch der Bezug der *Burschenschaftlichen Blätter* erforderte in Österreich besonderen Aufwand: Das in Burschenschafterkreisen laut Reich „überall sehr ersehnt(e)" DB-Periodikum war in der Nachkriegszeit zunächst „nur (…) bei Privatbeziehungen zum Buchhandel zu bekommen", bis ein Alter Herr aus Salzburg die Rolle eines Distributors übernahm.[114]

---

109 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 20.

110 Ebd., 20 f.

111 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Walter Mayers an Heinz Amberger vom 12.11.1950 (Abschrift), 1.

112 Die Funktionsbezeichnung geht aus dem schon zitierten Reisebericht des ‚Doppelbändermannes' Reich (*Libertas* Wien und *Franconia* Münster) hervor – ebenso wie die Information, dass die Position im DB-Ausschuss für burschenschaftliche Arbeit (AfbA) angesiedelt und Reich darin Sigurd Weyringer nachgefolgt war (vgl. BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Beilage zum Brief Reichs an den Vorort der Vereinigung alter Burschenschafter vom 23.12.1952, 1 f.). 1954 taucht Reich an anderer Stelle als „Verbindungsbeauftragte(r) der DB zum ADC" auf (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 2).

113 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Walter Reichs an den Vorort der Vereinigung alter Burschenschafter vom 23.12.1952, 2.

114 Ebd. bzw. vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 6.

Bundübergreifende Organisierung

Als Verband mit inhaltlichem Fokus auf akademische Standesvertretung und Stellenvermittlung sowie einer Aufnahmepolitik, die – jedenfalls der Idee nach – auch Frauen und Nichtkorporierte einschloss, konnte der AVÖ den bundübergreifenden Organisierungsbedürfnissen der völkischen Korporierten von Anfang an nicht umfassend gerecht werden. So entstanden nach und nach, v. a. in größeren Städten, auch die traditionellen örtlichen Altherrenzusammenschlüsse wieder. Mancherorts, wie beispielsweise in Linz, ging die Gründung einer *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB) der eines AVÖ-Lokalverbandes sogar voraus bzw. ebnete dieser den Weg.[115] In den Hochschulstädten wurden auch die lokalen Korporations-Zusammenschlüsse (im Unterschied zum Individualmitgliedschaftsprinzip der VaB) wiedererrichtet. Auf Ebene der Burschenschaften konstituierten sich in Graz, Innsbruck, Leoben und Wien sogenannte ‚Delegierten-Convente'. Die erste ordentliche Sitzung des *Wiener Delegierten-Convents* (WDC) fand nach Angaben Albias am 27. Oktober 1950 statt.[116] Trotz anfänglicher Skepsis der Traditionsverbindungen gegenüber der Initiative – sie war von den Neugründungen *Heimdall, Dürnstein* und *Laetitia* ausgegangen –, versammelte der WDC im Mai 1955 bereits nicht weniger als 16 Bünde.[117] Überregional schlossen sich die Burschenschaften Österreichs 1953, wie bereits erwähnt, in einem *Allgemeinen DC* (ADC) zusammen. Der eigentlich angestrebte Eintritt in die DB und damit der Wunsch nach einem gemeinsamen Dachverband mit den bundesdeutschen Burschenschaften, wie er schon zwischen 1919 und 1933 bestanden hatte, wurde vorerst als politisch untunlich zurückgestellt.[118] Der ADC war dementsprechend weniger als Verband denn als provisorische Arbeitsgemeinschaft konzipiert. Am Anfang 1953 abgehaltenen ersten ADC-Tag – der jährlichen beschlussfassenden Versammlung der Mitgliedsbünde – nehmen 22 Burschenschaften aus den vier damaligen Hochschulstädten des Landes teil.[119] Im Jahr darauf sind es bereits 30, wobei der Wiener DC mit seinen 16 Mitgliedern mehr als die Hälfte stellt.[120] 1959 erfolgt die Umbenennung des ADC in *Deutsche Burschenschaft in Österreich* (DBÖ).

115 Vgl. *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 7/1952 [Juli], 13 f. In Salzburg rekonstituierte sich die lokale VaB selbst unter dem AVÖ-Dach und avancierte schnell zur aktivsten und tonangebenden Altherrenvereinigung der Restaurationsphase, wie sich aus den Protokollen der ADC-Tage ersehen lässt. Auch ihre Größe war, insbesondere für die damalige Nicht-Universitätsstadt Salzburg, mit 1952 bereits an die 200 Mitgliedern beachtlich, sofern der Eigenangabe (vgl. *Aula* Nr. 5/1953 [Februar], 19) zu trauen ist.

116 Vgl. Albia 2005, 15. *Olympia* berichtet von einer Gründung per 26.11.1950 (vgl. Dvorak 1959, 77).

117 Vgl. Aldania 1994, 157 bzw. 170.

118 Vgl. Suevia 1958, 113.

119 Vgl. Lindinger 2009, 68.

120 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 1.

Als verbandsübergreifender, d. h. nicht auf den Korporationstyp der Burschenschaften beschränkter lokaler Zusammenschluss völkischer Verbindungen entstand am 18. Jänner 1952 der *Wiener Korporations-Ring* (WKR). Als seine Aufgaben definierten die ursprünglich 16 beteiligten Korporationen u. a. die Abstimmung „in allen rein hochschulpolitischen Fragen“ sowie die Sicherstellung eines einheitlichen Auftretens auf Hochschulboden und bei anderweitigen universitären Ereignissen.[121] Zum hochschulpolitisch relevanten Akteur sollte der WKR, der im ersten Halbjahr seines Bestehens auf 23 Mitgliedsbünde anwuchs[122], sich jedoch niemals entwickeln. Vielmehr war es dem von Beginn an maßgeblich von Korporierten getragenen *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) vorbehalten, das völkische Lager im Rahmen der *Österreichischen Hochschülerschaft* (ÖH) zu repräsentieren. Den Startschuss dazu bildeten die ÖH-Wahlen von 1953, bei denen er sogleich rund ein Drittel der abgegebenen Stimmen bundesweit sowie absolute Mehrheiten an der Grazer Technik und an der Wiener Veterinärmedizin auf sich vereinigen konnte. Vor Gründung des RFS hatte der *Bund unabhängiger Studenten* (BUS), auf Bundesebene noch kaum vernetzt, eine ähnliche Klientel bedient.[123] In jenem Jahr, in dem der RFS sein erfolgreiches Wahldebüt feiert, hat der AVÖ seine Schuldigkeit für die Korporationen bereits getan: Nachdem die Zweigstellen als deren temporäre vereinsrechtliche Container nach und nach überflüssig geworden sind, wird 1953 auch der Zentralverband selbst stillgelegt. An seine Stelle treten die föderal strukturierten *Freiheitlichen Akademikerverbände* (FAV), die auf Bundesebene nur in einer losen Arbeitsgemeinschaft (ARGE FAV) verbunden sind.[124]

II.3.1 Restauration vs. Neubeginn

Bereits wenige Jahre nach Wiedererrichtung der ersten Korporationen war augenfällig, dass diese in Form und Inhalt kaum von ihren Vorkriegstraditionen abgewichen waren. Es schien, als hätten der opferreichste Krieg der Menschheitsgeschichte und der ‚Zivilisationsbruch Auschwitz‘ (Dan Diner) im völkischen Verbindungswesen Österreichs kaum Spuren hinterlassen – ein Umstand, der fraglos der Interpretation bedarf. Dabei scheint es mir Sinn zu machen, die Restauration im Sinne eines ‚Weiter-wie-bis-

121 Vgl. Marauschek 1960, 90.

122 Vgl. Aldania 1994, 161.

123 Vgl. zu Letzterem Forster 1984, 182 und 200 und Hirnschall 1991, 24. Der Innsbrucker BUS übernahm nach Angaben Schödls darüber hinaus als „Sammelbecken aller freiheitlich gesinnten Studenten“ und „Übergangslösung“ bis zur Wiedererrichtung der Korporationen eine ähnliche Funktion wie der AVÖ; er habe in Innsbruck die spätere Reaktivierung der Bünde „überhaupt erst möglich“ gemacht (Suevia 1958, 109; vgl. auch 107). Angesichts der Verspätung des AVÖ in Tirol (vgl. *Aula* Nr. 3/1952 [Dezember], 20) ist diese Darstellung durchaus plausibel.

124 Vgl. Aldania 1994, 159 und 161.

her‘ gerade nicht als Ausdruck von Indifferenz gegenüber dem Geschehenen, sondern als spezifische Form seiner Verarbeitung zu deuten, die breitere gesellschaftliche Phänomene teils spiegelte (etwa hinsichtlich des nicht bzw. kaum vorhandenen Schuldbewusstseins), ihnen teils aber auch widersprach (wie im Fall der Darstellung Österreichs als Opfer).[125] Die zur Auslösung von Verarbeitungsprozessen notwendige Betroffenheit war angesichts der fast geschlossenen und oft geradezu fanatischen Unterstützung des nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungsprojektes durch die völkische Bewegung im Allgemeinen und Burschenschaften im Besonderen fraglos gegeben. Dass dieses Verhalten einer moralischen Bankrotterklärung gleichkam – und zwar nicht nur nach dem Urteil Außenstehender, sondern auch unter dem Gesichtspunkt jener humanistischen Ideale, auf welche die deutsche Nationalbewegung sich stets (wenn auch häufig selektiv und inkohärent) berufen hatte –, konnte den völkischen Korporierten kaum entgangen sein.

Angesichts dieses Umstandes war nicht nur die gesellschaftliche Legitimität der Korporationen und des Deutschnationalismus an sich prekär geworden; vielmehr ist anzunehmen, dass aufgrund der von den Korporationen ausgeübten Persönlichkeitsbildungs- und Wertevermittlungsfunktion (vgl. Kapitel III.3) auch das maßgeblich in der Verbindung geformte Selbstbild vieler ihrer Angehörigen lädiert worden war. Die Wiederherstellung der alten Formen bei gleichzeitiger inhaltlicher Beharrung kann vor diesem Hintergrund als Versuch der Abwehr von Impulsen grundsätzlicher Selbsthinterfragung im Sinne der Stabilisierung brüchig gewordener Identität gedeutet werden. In der wiederhergestellten Gemeinschaft suchten – und fanden – die Alten Herren wechselseitige Versicherung der Legitimität ihrer gemeinsamen Ideale und ihrer (auch) darauf errichteten Selbstentwürfe. Die schon erwähnte Darstellung des verbindungsstudentischen Wiederaufbaus als bloße Reaktion der Alten auf ein jugendliches Begehren fügt sich in diese Bestrebungen vortrefflich ein: Die Konstruktion einer bzw. Übertreibung der Nachfrage nach einschlägiger Betätigung vonseiten einer jungen und daher nicht oder in geringerem Maße ‚schuldig‘ gewordenen Generation sollte der Restauration und damit auch ihren Trägern zusätzliche Legitimität und Selbstbestätigung verleihen. Der konkrete Wiederbelebungsvorgang dürfte letztlich als kommunizierender Prozess angemessen beschrieben sein, in dem die Initiative vorwiegend aufseiten der Alten lag, letztlich jedoch Alt und Jung einander wechselseitig der Richtigkeit einer mehr oder weniger geteilten Idee versicherten.

Zusätzlich in Richtung Beharrung gelenkt wurde die Identitätssuche österreichischer völkischer Korporierter nach 1945 durch die Wiederholung einer schmerzhaften

125 Die Frage nach der verbindungsstudentischen Verarbeitung der NS-Erfahrung und ihren Folgen für die ideologische und politische Ausrichtung der Verbindungen nach 1945 sowie die dazu hier formulierten Überlegungen werden u.a. in Abschnitt II.5 und Kapitel III.5 aufgegriffen und weitergesponnen.

Erfahrung: jener des ‚Ausschlusses aus Deutschland'. Wie schon im Gefolge der Auflösung des Deutschen Bundes 1866 und der Bismarck'schen Reichsgründung von 1871 reagierten weite Teile des völkischen Verbindungsstudententums in Österreich auf diese Kränkung mit ideologischer Verhärtung. Nicht nur weigerten sie sich, wie das Gros der politischen Eliten und der übrigen Bevölkerung mit dem Deutschtumsbekenntnis zu brechen; vielmehr zeigten sie sich erneut bemüht, ihre Abtrennung vom deutschen Kernland durch hartnäckige Inszenierung als ‚die besseren Deutschen' zu kompensieren – ein Bestreben, das bis zum heutigen Tag ganz wesentlich das Verhalten der Burschenschaften in Österreich gegenüber den bundesdeutschen Bünden prägt. Das burschenschaftliche Ideal von ‚Standhaftigkeit' und ‚Grundsatztreue' (vgl. dazu u.a. die Kapitel III.5 f.) tat ein Übriges, Ansätze grundsätzlicher Selbstreflexion bereits im Keim zu ersticken und durch ein emphatisches Ja zur eigenen Vergangenheit, zur deutschnationalen Idee und infolgedessen auch zur Daseinsberechtigung der völkischen Korporationen nach 1945 zu übertönen.

An den Quellen lässt sich diese Haltung gut illustrieren. 1945 erscheint darin wohl als Zäsur, nicht aber als Anlass grundlegender Selbstreflexion. Die Frage, ob (und wie) weiterzumachen sei, taucht – wenn überhaupt – zumeist als bloßer rhetorischer Aufhänger für Selbstbestätigungsübungen auf, an deren Ende die Behauptung nicht nur einer fortbestehenden Existenzberechtigung, sondern vielmehr einer Existenz*notwendigkeit* ‚mehr denn je' steht. Dies gilt insbesondere für öffentliche und halb öffentliche Quellen, während in privater Korrespondenz mitunter durchaus eine gewisse Ratlosigkeit sichtbar wird.[126] Im Regelfall wird ein möglichst bruchloses Anknüpfen an die ‚alte Überlieferung' verfochten, deren abgerissener Faden kaum vor 1938, frühestens aber um 1930 aufgenommen werden soll. Über solche Andockpunkte wird zwar die Phase der organisatorischen Gleichschaltung mit NS-Strukturen ausgeklammert, der sich über Jahrzehnte erstreckende irredentistische, militaristische und pro-antisemitische Weg der völkischen Korporationen Österreichs in den Nationalsozialismus jedoch als Traditionsbestand affirmativ in das eigene politische Gegenwartsprojekt eingeschrieben.

Relativiert wird dieser allgemeine Eindruck durch vereinzelte Anzeichen einer zumindest versuchten grundlegenden Bestandsaufnahme. Lindinger berichtet von „langen Diskussionen" in der Nachkriegszeit über die Frage, ob die Bünde „eins zu eins wiedererstehen" sollten oder aber man ihnen „ein moderneres Gesicht geben" möge. Diese Frage habe „zu mehr oder weniger weitreichenden Kompromissen geführt", auf

126 Vgl. in Sachen Selbstbestätigung beispielhaft *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 1/1951 [Oktober], 6 und Nr. 5/1952 [Mai], 15; *Aula* Nr. 12/1953 [September], 23 f., in Sachen Ratlosigkeit vgl. BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Max Doblingers an Heinz Amberger vom 14.9.1950 (Abschrift), 2 sowie Brief des anonymen Wiener Burschenschafters an Doblinger vom 24.10.1950 (Abschrift), 2.

die Lindinger allerdings nicht näher eingeht.[127] Im Kreise der *Oberösterreicher Germanen* wurde 1951 zumindest eine Formdiskussion geführt und erörtert, ob anstelle einer Rückkehr zum traditionellen Korporationsmodell eine Reaktivierung in anderer Gestalt, „etwa im Sinne der studentischen Gemeinschaften des Anglo-Amerikanischen [sic] Lebensbereiches", versucht werden sollte. Die Mehrheit der Alten Herren entschied letztlich jedoch zugunsten der „in Form und Inhalt bewährte(n) waffenstudentische(n) Gemeinschaft".[128] Tatsächlich entsprach die Beibehaltung des Organisationsmodells des ‚deutschen' akademischen Männerbundes dem Konservatismus im ideologischen Bereich, verlieh diesem Ausdruck und stützte ihn gleichzeitig.

Ebenfalls 1951 brachte der Wiener *Liberte* Günther Berka relativ weit reichende Überlegungen rund um die Frage von Restauration und Neubeginn zu Papier.[129] Schon eingangs warnt er dabei vor „der Auffassung (...), wir könnten dort fortsetzen, wo die österreichischen Burschenschaften im Jahre 1938 (...) aufgehört haben". Vielmehr erlege „das Erlebte und Erlittene die Pflicht auf, Einkehr bei uns selbst zu halten und zu prüfen, was in unserer Gedankenwelt sich als richtig und was als falsch erwiesen hat".[130] In weiterer Folge erteilt Berka u. a. dem „Kastendünkel" eine Absage, qualifiziert das Prinzip der ‚unbedingten Satisfaktion' (im Sinne der ‚Reinhaltung' der persönlichen Ehre mit Waffe) als unzeitgemäß, wendet sich gegen eine Überbetonung von Couleurpolitik (d. h. interkorporativen Belangen) und verwirft „(d)as Kneipenleben in seiner kommentmässigen Form" (den verbindungsstudentischen Brauch regelgeleiteter Kollektivalkoholisierung) einschließlich des „Alkoholkultes" als „völlig überholt und in seinen Formen erstarrt".[131] Während diese Kritikpunkte zum Teil durchaus an Kernbestän-

127 Lindinger 2009, 73.

128 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 126.

129 Der Text mit dem Titel „Die österreichische Burschenschaft und das Jahr 1945" entstammt dem Archiv der Deutschen Burschenschaft. Das Dokument ist undatiert, nicht namentlich gezeichnet und archivalisch nur in einen sehr vagen Herkunftskontext gestellt (isoliert in BAK, DB 9, B. VI.15 [A]; im Weiteren zitiert als Berka 1951). Seine Datierung und auktoriale Zuordnung wurde durch die eng den Originaltext paraphrasierende Wiedergabe in der *Liberten*-Chronik, die auch den Titel angibt, möglich (vgl. Libertas 1967, 19 f.). Der Chronik zufolge handelt es sich um die schriftliche Fassung einer Rede, die Berka 1950 gleich zweimal im Kreise von Bundesbrüdern hielt und die der *Liberten*-Chronist als „die erste notwendige Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit in unserem Kreise" bezeichnet (ebd., 19). Die Niederschrift des Vortrags dürfte 1951 erfolgt sein, da die sogenannten ‚Sonderbeschlüsse' des DB-Burschentages 1950 auf Seite 14 des Dokuments „im vorigen Jahre" verortet werden. Laut Berkas Werkverzeichnis, das auch eine schriftliche Fassung der Rede erwähnt, wurde diese 1951 in Salzburg ein weiteres Mal – diesmal offenbar für die VaB Linz und also im größeren Kreis – gehalten (vgl. Libertas 1967, 366). Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Rede findet sich in Abschnitt II.5.1.

130 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 2.

131 (Vgl.) ebd., 10 (Kastendünkel), 12 f. (unbedingte Satisfaktion) und 15 (Couleurpolitik und Alkohol, Herv. i. O.).

den burschenschaftlicher Ideologie und Praxis rührten, erfuhr das völkische Prinzip Bekräftigung in einer teilweise den neuen Realitäten angepassten Form[132] – einschließlich der Folgerung, dass die Aufnahme von Mitgliedern „in die künftigen Bünde (…) sich selbstverständlich nur auf Arier zu beschränken“ habe[133]. Die Skepsis des Verfassers, ob die von ihm propagierten Reformen hinreichten, „die Burschenschaften wieder zu erwecken“[134], sollte sich als unbegründet erweisen: Zum einen vollzog sich die ‚Wiedererweckung‘, wie bereits aufgezeigt, jedenfalls im organisatorischen Sinne ausgesprochen rasch; zum anderen mussten, um sie zu ermöglichen, noch nicht einmal die von Berka als unzeitgemäß punzierten Traditionen preisgegeben werden.

Bezogen auf die Gesamtheit der vor dem Zweiten Weltkrieg in völkische Verbindungen eingetretenen Alten Herren war die Bereitschaft zur völkischen Restauration nach 1945 durchaus nicht ungeteilt. „Leider haben [sic] uns in diesen Zeiten [der Wiedererrichtung, Anm. B. W.] auch eine Reihe von Bundesbrüdern verlassen, die geglaubt haben, ohne einen Freundschaftsbund auskommen zu können, oder die ihr Interesse an der Sache des eigenen Volkes verloren hatten“, vermerkt die *Aldanen*-Chronik verächtlich über jene, welche die Erzählung von der eigenen Daseinsberechtigung und -notwendigkeit durch ihr Fernbleiben in Zweifel zogen.[135] Wilfried von Hornberg (*Albia* Wien) berichtete 1950 in einem Brief an den damaligen Verbindungsmann der DB nach Österreich, Sigurd Weyringer (*Arminia* Graz), dass „so manche“ alten Burschenschafter „absolut kein Interesse für ein Wiederaufleben haben“;[136] und Hans Menzel (*Ostmark* bzw. *Alania* Wien) konstatierte 1953, „viele der ehemaligen Waffenstudenten“ würden „bis zur Stunde noch um den Rest jener Ideale kämpfen, an die sie in ihrer Hochschulzeit kompromisslos und voller Inbrunst glaubten“.[137]

II.4 Rückeroberung von Öffentlichkeit

> Es muß daher [aufgrund der Isolierung der „freiheitlich-nationalen Akademiker“ durch Entnazifizierung und schwarz-rote Patronage, Anm. B.W.] das Bestreben der freiheitlichen Akademikerschaft darauf gerichtet sein, sich im öffentlichen wie im wirtschaftlichen Bereich

132 So sollte das Deutschtumsbekenntnis nunmehr zu positiven Österreich- und Europa-Bezügen nicht notwendig in Widerspruch stehen (vgl. ebd., 6 und 8 f.).

133 Ebd., 11. Wie das „selbstverständlich“ schon andeutet, befand Berka diese Vorgabe keiner näheren Begründung wert. Selbstverständlicher als der Ausschluss von ‚Nicht-Ariern‘ war offenbar nur die Beibehaltung des Männerbundes: Sie blieb nicht nur unbegründet, sondern auch unerwähnt.

134 Ebd., 16.

135 Aldania 1994, 158.

136 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief Hornbergs an Weyringer vom 2.12.1950 (Abschrift), 1.

137 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Rede am Stiftungsfest des Akademikerverbandes Salzburg vom 9.5.1953, 3.

> einen bescheidenen Einfluß wieder zu gewinnen und diese Einflußsphäre allmählich zu erweitern und auszubauen, wenn sie die Geschicke der Heimat ihrer Zahl entsprechend mitbestimmen wollen [sic].[138]

Bereits in einem frühen Stadium ihrer Wiedererrichtung legten die völkischen Verbindungen in Österreich einen auffälligen Drang an die (nicht nur universitäre) Öffentlichkeit an den Tag. Ein erster Schritt wurde mancherorts auf gesellschaftlichem, nicht im engeren Sinn politischem Parkett gewagt. So (re-)etablierten sich die Ballveranstaltungen des verbindungsstudentischen Milieus schnell als wichtiges Medium nicht nur der Vernetzung der versprengten Alten Herren, sondern auch der öffentlichen Repräsentation. Den Anfang macht Innsbruck, wo bereits im Februar 1949 – vor der Gründung des AVÖ oder jeder anderen bundübergreifenden Organisierung – ein „Hochschülerball" abgehalten wird, dem ein von der Sängerschaft *Skalden* 1952 veranstalteter „Ball der freiheitlichen Verbindungen" folgt.[139] Der Linzer Korporiertenball findet nach Angaben seiner heutigen Veranstalter erstmals im Jänner 1950 statt.[140] In Wien besorgen die Burschenschaften, eben erst im lokalen Delegierten-Convent wiedervereint, am 8. März 1952 mit einem „Farbenball" im Palais Schwarzenberg den Auftakt, im Folgejahr – am 4. Februar 1953 – erlebt der Ball des *Wiener Korporations-Rings* seine Erstauflage.[141] Der „Ball des Leobner D. C." findet spätestens 1952 zum ersten Mal statt.[142] In Graz organisiert der *Akademikerverband* erstmals 1952 einen „Ball der freiheitlichen Korporationen", in Salzburg wird er Anfang 1953 einschlägig tätig.[143] Überhaupt geben der AVÖ bzw. seine Landes- und Lokalverbände auch in Sachen Gesellschaftsereignisse wichtige Starthilfen für das völkische Korpora-

138 Suevia 1958, 104.

139 Suevia 1958, 108 bzw. 101.

140 http://www.burschenbundball.at/ball.html. Gesichert ist ein vom lokalen *Akademikerverband* ab 1951 organisierter „Tanzabend", dessen Erstauflage bereits von rund 400 „Kommilitonen" besucht worden sein soll (*Der freiheitliche Akademiker* Nr. 1/1952 [Jänner], 13; vgl. auch Nr. 2/1952 [Februar], 14).

141 Dvorak 1959, 78 bzw. vgl. *Aula* Nr. 6/1953 [März], 21 sowie Dvorak 1959, 78. Der WKR selbst gibt dagegen eine Erstauflage am 4. Februar 1952 an, die im Wiener Konzerthaus stattgefunden haben soll, das wiederum in der „russischen Besatzungszone" gelegen sei (http://wkr-ball.at, letzter Zugriff am 11.2.2011). Für die Richtigkeit des 1953er-Termins spricht neben einer dahin weisenden Meldung in der *Aula* (vgl. Nr. 6/1953 [März], 21) auch der Umstand, dass der WKR laut dem *Freiheitlichen Akademiker* (Nr. 7/1952 [Juli], 15) mit einem „Frühlingsfest" am 7. Mai 1952 in Grinzing „erstmalig in die Öffentlichkeit" trat (und dabei sogleich rund 1.000 Festgäste und -gästinnen versammeln konnte). Die Lokalisierung des Balls in der sowjetischen Besatzungszone ist insofern verwunderlich, als sowohl das Konzerthaus als auch das Palais Schwarzenberg sich im III. Wiener Gemeindebezirk befinden, der unter britischer Verwaltung stand.

142 *Aula* Nr. 4/1953 [Jänner], Akademisches Leben, VII.

143 *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 1/1952 [Jänner], 13 und Nr. 4/1952 [April], 13; zu Graz vgl. die *Aula* Nr. 4/1953 [Jänner], Akademisches Leben, VII.

tionswesen. Vielerorts organisieren sie Kommerse – erstmalig am 2. Dezember 1950 in Wien[144] –, Sommerfeste, Jul- oder Sonnwendfeiern, die sich häufig zu dauerhaften Einrichtungen entwickeln.

Deutlich erkennbar ist ein verbreitetes Bemühen, festliche Veranstaltungen in möglichst repräsentativen Räumlichkeiten abzuhalten. In Linz übersiedelt man 1954 vom Bahnhofsrestaurant ins Kaufmännische Vereinshaus, in Salzburg werden die Repräsentationsräume des lokalen Hauptbahnhofs im selben Jahr gegen das Festspielhaus eingetauscht. Der WKR-Ball bleibt dem Konzerthaus länger verbunden, erschließt sich dafür aber letztlich mit der Wiener Hofburg die mondänste Ballkulisse des Landes. Diese Umzüge von der relativen Peripherie ins jeweilige Stadtzentrum versinnbildlichen eine Funktion der betreffenden Veranstaltungen, die über bloße Repräsentation hinauswies: die offensive Reklamierung und Besetzung jenes Platzes in der ‚Mitte der Gesellschaft', der ihren Veranstaltern nach eigener Ansicht zustand. Mit der erfolgreichen Einmietung in die exklusivsten Hallen der Republik wurde gesellschaftliche Respektabilität in einem eingefordert und zur Schau gestellt. So attestiert Schödl dem Innsbrucker Ball von 1949 „(besondere) Bedeutung" u.a. aufgrund der Tatsache, dass hier „junge und alte Akademiker in großer Zahl (…) erstmals wieder vor die Öffentlichkeit (traten), die von ihnen Kenntnis nehmen mußte".[145] Den steirischen *Akademikerverbands*-Obmann Marauschek paraphrasierte die *Aula* Ende 1952 wiederum mit der Erfolgsmeldung, dass

> sich sowohl der Verband als solcher als auch die Korporationen in gesellschaftlicher und ideeller Hinsicht nicht nur auf den steirischen Hochschulen, sondern auch in der Öffentlichkeit durch eine Reihe gesellschaftlicher, kultureller und hochschulpolitischer Veranstaltungen durchsetzen (konnten).[146]

Von strategischem Handeln im Sinne einer Politik der Reklamierung öffentlichen Raumes zeugt auch ein Aufruf der Grazer Sängerschaft *Gothia* anlässlich ihres 90. Stiftungsfestes 1953, gerichtet an die „Waffenstudenten in Graz und Umgebung": Diese mögen an einer „Feierstunde" auf Universitätsgelände samt gemeinsamem Aufmarsch teilnehmen, um öffentlich zu dokumentieren, „daß Graz noch immer eine freiheitliche Studenten-Stadt ist. (…) Farbe tragen, heißt Farbe bekennen."[147]

---

144 Vgl. Dvorak 1959, 81.

145 Suevia 1958, 108.

146 *Aula* Nr. 3/1952 [Dezember], 19. Ähnlich lautende Bestandsaufnahmen wurden auch auf der Jahreshauptversammlung des oberösterreichischen *Akademikerverbandes* 1952 und am Murecker ‚Grenzlandkommers' des AV für Kärnten und die Steiermark 1953 getätigt (vgl. *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 4/1952 [April], 14 bzw. *Aula* Nr. 2/1953 [November], 19).

147 *Aula* Nr. 9/1953 [Juni], 20.

Dem (öffentlichen) ‚Farbentragen' kam für das Verbindungsstudententum im Kontext des Ringens um Öffentlichkeit seit jeher hoher Stellenwert zu, machen doch erst Mütze und Band in den jeweiligen Verbindungsfarben ihre Träger als Repräsentanten ihrer Bünde bzw. des Korporationswesens im Allgemeinen unmittelbar identifizierbar. Erst die Farben machen öffentliche Auftritte von Korporierten überhaupt als solche wahrnehmbar, was sie zur Bedingung des Gelingens dieser Auftritte als Akte der symbolischen Raumnahme macht. Entsprechend hohe Priorität galt daher nach 1945 der Wiedererlangung des Rechtes zum Auftritt in Mütze und Band (‚Aufzugsrecht') an den Hochschulen als dem ureigenen Terrain der Verbindungen. Sie wurde vom WKR Anfang des Wintersemesters 1952 (und damit noch in seinem Gründungsjahr) als „vordringlichstes Anliegen" definiert; gleichzeitig setzte man sich das Ziel, beim Rektorat die Genehmigung zur „Abhaltung einer Heldengedenkfeier vor dem Ehrenmal der Wiener Universität" (dem in Abschnitt II.5 noch öfter erwähnten ‚Siegfriedskopf') zu erwirken.[148]

Erreichen sollten die völkischen Korporierten ihre (sichtbare) Rückkehr in den universitären Raum im Windschatten des katholischen *Österreichischen Cartellverbandes* (ÖCV). Diesem war es – unterstützt durch sein Mitglied an der Spitze des Unterrichtsministeriums (Felix Hurdes, ÖVP) – gelungen, nach emsiger bürokratischer Wühlarbeit und politischen wie teils auch physischen Scharmützeln mit sozialistischen Studierenden ab Anfang 1950 das Tragen studentischer ‚Couleur' auf universitärem Gelände zu re-etablieren.[149] Im Wintersemester 1952 trug auch das intensive Antichambrieren der völkischen Verbindungen bei den akademischen Behörden der Universität Wien Früchte in Form der Zuerkennung eines Aufzugsrechtes zu bestimmten Anlässen an zunächst einzelne Verbindungen.[150] Die angestrebte ‚Heldengedenkfeier' in der Universitätsaula konnte am 13. Dezember 1952 stattfinden und ließ sich mit kolportierten rund 400 Teilnehmern als „ein Markstein in der Wiedererstarkung der alten Traditionsbünde" verbuchen – nicht zuletzt auch dank des „in vollem Ornate erschienenen Rektors" Emmerich Czermak.[151] Am 20. März 1954 gewährte der Akademische Senat schließlich „den Couleurstudenten aller Richtungen das Farbentragen auf Hochschulboden", auch in Vorlesungen und somit im studentischen Alltag.[152]

Markierungen wurden ebenso abseits universitären Geländes gesetzt. In Innsbruck veranstalteten *Suevia* und die Sängerschaft *Skalden* am 9. Februar 1952 den ersten Nachkriegs-‚Farbenbummel' auf der Maria-Theresien-Straße[153], in Graz sah der lokale *Aka-*

148 *Aula* Nr. 6/1953 [März], 20.

149 Vgl. Forster 1984, 135–159 und Huber 2009, 228 f.

150 Vgl. *Aula* Nr. 6/1953 [März], 20.

151 Vgl. Aldania 1994, 161.

152 Forster 1984, 159 bzw. vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 132.

153 Vgl. Suevia 1958, 110.

demikerverband schon drei Wochen früher die Zeit gekommen, zum „1. Große(n) Farbenaufstieg" nach Kriegsende aufzurufen, der eine prominente Marschroute durch die Innenstadt vorsah. Der zu erwartenden Resonanz offenbar unsicher, wies der Aufruf vorsorglich darauf hin, dass die Teilnahme „für alle Grazer Corporationen laut VB.-Beschluß [vermutlich: Vertreterbesprechung, Anm. B.W.] verpflichtend" sei.[154] In Wien häuften sich 1952 die Ansuchen ‚nationaler' Verbindungen an die Bundespolizeidirektion, in der Öffentlichkeit Mütze und Band als – im formalen Sinne – Vereinsabzeichen tragen zu dürfen.[155] Zugleich begannen *Der freiheitliche Akademiker* bzw. (ab Oktober) die *Aula,* manche Veranstaltungsankündigung mit dem expliziten Hinweis zu versehen, dass Korporierte in Farben erscheinen möchten – und animierten so ihre Leser, die während der Entnazifizierungsjahre noch angeratene Deckungshaltung zugunsten eines offen zur Schau getragenen neuen Selbstbewusstseins aufzugeben.

Weitere Beispiele für Farbenpolitik als Politik symbolischer Raumaneignung lieferte der jährlich abgehaltene ADC-Tag, an dessen jeweiligem Veranstaltungsort, wann immer möglich, auch ein Umzug der Burschenschafter durch die Stadt nebst öffentlicher ‚Heldenehrung' veranstaltet wurde. Seine dritte Auflage 1955 in Gmunden war zwar als „in erster Linie Arbeitstagung" konzipiert, sollte daneben jedoch nach Ansicht der damaligen ADC-Vorsitzenden, *Germania* Innsbruck,

> auch repräsentativen Charakter tragen, da der CV im Sommer ebenfalls in Gmunden eine Tagung hält. Die uns nahe stehenden Bevölkerungskreise Gmundens erwarten daher von uns eine eindrucksvolle und disciplinierte Kundgebung unserer Existenz. (…) Aufmarsch zum Kriegerdenkmal tunlichst in Vollwichs mit Musik unter Teilnahme der völkischen Vereine Gmundens[156].

Die Zusammenkunft der ADC-Bünde 1957 erforderte wiederum aus anderen Gründen ein „besonderes Gepräge"[157]: Auf Antrag *Olympias* fand der ADC-Tag erstmals an „eine(m) Tagungsort in der ehemals russisch besetzten Zone" (nämlich in Krems) statt, was dem Auftreten dort aus burschenschaftlicher Sicht offenbar eine besondere Symbolwirkung verlieh.[158] Zusätzlich unterstrichen wird die symbolisch-politische

154 *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 1/1952 [Jänner], 13.

155 Vgl. beispielhaft AUW, S 259.55, Schreiben des Rektorats der Universität Wien an die Bundespolizei in Sachen Moldavia vom 23.2.1952.

156 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Rundschreiben der Germania Innsbruck an ihre „Herren Verbandsbrüder" vom 25.3.1955, 2 f. (Herv. i.O.). ‚Vollwichs' bezeichnet die uniformartige verbindungsstudentische Festtracht und damit eine Form der Ganzkörperkostümierung.

157 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Brief der Vereinigung alter Burschenschafter Salzburg an Rudolf Wihan (*Alania* Wien, damalige ADC-Vorsitzende) vom 24.7.1956, 2.

158 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 17.

Bedeutung des Farbentragens durch diesbezügliche Sensibilitäten des politischen Gegenübers. Nicht von ungefähr enthielten die Einladungen für die just um den ‚Tag der Arbeit' abgehaltenen ADC-Tage 1958 in Linz und 1959 in Salzburg jeweils die Aufforderung, am 1. Mai „auf den Straßen keine Farben zu tragen".[159] 1955 hatte man eine entsprechende Weisung vermeiden können, da im Vorfeld „mit den Fraktionsvorständen in Gmunden Burgfrieden vereinbart werden konnte".[160]

Die effektive Außenwirkung der verbindungsstudentischen Gesellschaftsereignisse wurde nicht zuletzt durch die von ihnen hervorgerufene mediale Resonanz bestimmt. In diesem Punkt fielen die Befunde lokal unterschiedlich aus. Während Schödl dem ersten Innsbrucker Nachkriegs-Kommers im November 1952 eine „ausführlich(e) und wohlwollend(e)" Behandlung durch die Presse attestiert, beklagt der *Aula*-Bericht über den ersten WKR-Ball knapp drei Monate später dessen „konsequente(s) Verschweigen() in der Tagespresse".[161] Auch das Bewusstsein für die Bedeutung medialer Repräsentation im Sinne der Imagepflege wie auch der politischen Handlungsfähigkeit brach sich in Korporiertenkreisen uneinheitlich Bahn: Während der *Akademikerverband* für Wien, Niederösterreich und das Burgenland schon früh ein Referat für „Presse und Propaganda" führte[162], schritt der ADC erst 1962 an die Einführung eines eigenen Pressereferats, nachdem Burschenschaften in Zusammenhang mit neonazistischen und terroristischen Umtrieben 1961 verstärkt in die öffentliche Kritik geraten waren.[163]

II.4.1 Salonfähigkeit durch konservative Elitensolidarität

Neben der medialen Berichterstattung beeinflussten auch die Beziehungen zu Vertretern anderer Milieus bzw. politischer Lager den Erfolg des Kampfes der völkischen Korporationen um ihren Platz im öffentlichen Leben Nachkriegsösterreichs. Die Unterstützung durch ‚unbelastete' (oder zeitgerecht ‚entlastete') Repräsentanten der nunmehrigen Funktions- und Meinungseliten war geeignet, Salonfähigkeit in einem Gemeinwesen zu verschaffen, dem der Antinazismus zumindest als Gründungsmythos eingeschrieben war. Gesucht und gefunden wurde sie v.a. in konservativ-bildungsbürgerlichen Milieus, was angesichts sowohl ideologischer[164] als auch habitueller Verwandtschaft nahelag.

159 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Einladung zum (ord.) ADC-Tag und Altherrentag 1958 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [B1], Einladung zum ADC-Tag 1959.

160 BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 4 (Germania Innsbruck) vom 20.4.1955, 2.

161 Vgl. Suevia 1958, 112 bzw. *Aula* Nr. 6/1953 [März], 21.

162 *Aula* Nr. 7/1953 [April], 20.

163 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 13 f. sowie die Niederschrift desselben DBÖ-Tages, 10 f. Zu den hier angesprochenen Ereignissen vgl. die Chronologie in Kapitel IV.3.3.

164 Vgl. hierzu, insbesondere zu deutschnationalen Traditionslinien im österreichischen Christkonservatismus nach 1945, exemplarisch den Exkurs zur Steiermark in Kapitel V.5.

Als Plattformen zur Realisierung dieser Solidarität unter konservativen Bildungseliten, die sich in einen umfassenden Restaurationsprozess an den österreichischen Universitäten eingebettet sah[165], dienten nicht zuletzt die erwähnten gesellschaftlichen Veranstaltungen des völkischen Verbindungswesens. Insbesondere Rektoren als höchste Repräsentanten der primären Wirkungsstätte der Korporationen waren gern gesehene Gäste, wobei auch andere konservative Honoratioren schon früh wenig Berührungsängste zeigten. So konnte der AVÖ auf seinem ersten großen Kommers in Graz 1951 die lokalen Magnifizenzen Karl Eder (Universität) und Egon Niedermayer (Technische Hochschule) ebenso begrüßen wie den ÖCVer und späteren Bundeskanzler Alfons Gorbach, damals Dritter Nationalratspräsident und Obmann der steirischen ÖVP; Gorbach erschien in Vertretung von Landeshauptmann Josef Krainer, der seinerseits den Anwesenden „die besten Wünsche" übermitteln ließ.[166] Die beiden Rektoren schritten auch zum Rednerpult, um, wie *Der freiheitliche Akademiker* protokollierte, „ihrer Freude darüber Ausdruck zu verleihen, daß sich die nationale Studentenschaft in Graz wieder etabliert habe".[167] 1953 beteiligten sich die Amtsnachfolger der genannten Rektoren, Franz Sauer und Gustav Hüttig, an einer ‚Grenzlandfahrt' des steirischen und Kärntner Akademikerverbandes nach Mureck, an der ferner der VdU-Landesrat Anton Stephan (Corps *Teutonia* Graz) und der ÖVP-Landtagsabgeordnete Franz Allitsch teilnahmen. Der *Aula* ist zu entnehmen, dass der Ausflug „in jedem Einzelnen das beglückende Gefühl wiedererstandener völkischer Einigkeit erweckt( )" habe, wie auch „die aus ehrlichen Herzen kommenden Glückwünsche beider Magnifizenzen" gezeigt hätten.[168]

Beim ‚Antritts-Kommers' der völkischen Korporationen Innsbrucks 1952 wiederum richteten sowohl der damalige Innsbrucker Rektor (und VdU-Bundespräsidentschaftskandidat 1951) Burghard Breitner als auch Bürgermeister Franz Greiter (ÖVP) das Wort an die Anwesenden, wobei Letzterer Schödl zufolge „die enge Verbundenheit Innsbrucks mit seinen Studenten zum Ausdruck (brachte)".[169] Zehn Jahre später empfing der nunmehrige Rektor der Innsbrucker Universität, Engelbert Gutwenger, anlässlich des Stiftungsfestes der örtlichen Burschenschaft *Germania* drei Vertreter derselben. Er sei nach der Schändung des Innsbrucker jüdischen Friedhofs (durch einen *Brixen* und einen ehemaligen *Sueven* im Herbst 1961) mehrfach zu Distanzierungen von den Burschenschaften gedrängt worden, habe es aber – so die Paraphrase seiner Worte in einem internen Rundschreiben der *Germanen* – abgelehnt, aufgrund

165 Zum ‚Rückbruch' an der Universität Wien vgl. Grandner/Heiß/Rathkolb 2005 (zum politischen Kontext darin den Beitrag von Rathkolb [2005b]), Huber 2009, König 2009 und Pfefferle/Pfefferle 2013; zur damit verbundenen ‚autochthonen Provinzialisierung' vgl. Fleck 1996.

166 *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 3/1951 [Dezember], 7 f.

167 Ebd., 8.

168 *Aula* Nr. 2/1953 [November], 19.

169 Suevia 1958, 112; vgl. auch *Aula* Nr. 4/1953 [Jänner], Akademisches Leben, VIf..

individueller Handlungen „eine ganze Gruppe von akademischen Bürgern mit dem Schild ‚Neonazi' zu etikettieren". Weiters habe der katholische Theologe Gutwenger seinen Besuchern erklärt, dass deren „Gegner überwiegend Juden seien (…) und daß diese nach ihren alttestamentarischen Rachegrundsätzen jede Gelegenheit nützen würden, um uns zu schaden".[170]

Ballveranstaltungen, damals wie heute Kristallisationspunkte verbindungsstudentischer Repräsentations- und Selbstvergewisserungsbedürfnisse, konnten schon bei ihren ersten Auflagen nach 1945 mit rektoralem ‚Ehrenschutz' rechnen: ob in Graz 1952 durch die schon genannten Eder und Niedermayer, in Innsbruck 1953 wiederum durch Burghard Breitner oder in Wien 1954 durch Leopold Schönbauer.[171] Schönbauer-Vorgänger Wilhelm Czermak nahm seinerseits, wie bereits erwähnt, persönlich an der ‚Heldengedenkfeier' in der Universitätsaula im Dezember 1952 teil, die gleichzeitig die „nach vierzehnjähriger Pause erste gemeinsame in Farben auf akademischem Boden veranstaltete Feier" der Wiener völkischen Korporationen darstellte. Die „feierliche( ) Einholung" Czermaks eröffnete eine Veranstaltung, in deren Rahmen „ein hochausgezeichneter Offizier des zweiten Weltkrieges" als Festredner „die selbstlose Opfer- und Einsatzbereitschaft des Soldaten dem heute vielfach dominierenden Raffertum entgegen(stellte)".[172]

Auch die Neuauflage der Gedenkfeier im Folgejahr erfuhr Aufwertung durch die Teilnahme des Rektors – nunmehr Schönbauer –, wobei dieser kurz darauf auch für einen Leitartikel in der *Aula* verantwortlich zeichnete.[173] 1959 stellte einer seiner Nachfolger, Tassilo Antoine, sich bei der Burschenschaft *Olympia* mit einem Glückwunschschreiben zu deren 100. Stiftungsfest ein: Sie möge sich „in Zukunft ebenso bewähren wie in dem vergangenen Säculum".[174] Vor dem Hintergrund solchen Zuspruches wird nachvollziehbar, dass Lindinger die Zeit zwischen der Wiedererrichtung der Bünde und der sozialen Öffnung der Hochschulen als Hochphase des völkischen Verbindungswesens in der Zweiten Republik schildert:

> Auf den Festkommersen glänzen die Rektoren und Spektabilitäten in ihrem akademischen Schmuck (…). Regierungsmitglieder lassen es sich nicht nehmen, ihre Grußbotschaften der feiernden nationalfreiheitlichen Akademikerschaft zu überbringen (…). Die nationalfreiheit-

170 PBW, Rundschreiben des Germania-Sprechers Sigurd Scheichl an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962, 4. Zur erwähnten Friedhofsschändung vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 19.12.1961, 1f.

171 Vgl. *Der freiheitliche Akademiker* Nr. 4/1952 [April], 13; *Aula* Nr. 6/1953 [März], 20; *Aula* Nr. 3/1953 [Dezember], 37.

172 *Aula* Nr. 6/1953 [März], 20. Bei dem Redner handelte es sich nach *Aula*-Angaben um Hanns Muhr (Corps *Hansea* Wien), möglicherweise ident mit dem Ritterkreuzträger Johann Muhr.

173 *Aula* Nr. 3/1953 [Dezember], 37 bzw. vgl. *Aula* Nr. 4/1954 [Jänner], 1.

174 Faksimile in Olympia 1996, 50.

> lichen Korporationen sind von der Bevölkerung allgemein akzeptiert, die meist sehr gehässigen Rufe aus der linkslinken Ecke des Sozialismus werden nicht ernstgenommen. 1968 ist noch nicht wahrzunehmen, aber es kündigte sich an[175].

In Zusammenfassung der bisherigen Ausführungen dieses Kapitels lässt sich mit Gernot Stimmer konstatieren, dass sich in Österreich nach 1945 eine „Restauration des gesamten Korporationswesens in einem nicht erwarteten Ausmaß" vollzog, was auch die mit dem Nationalsozialismus eng assoziierten deutsch-völkischen Verbindungen mit einschloss.[176] Aus der prekären Position heraus, in der diese sich aufgrund der erwähnten ideologischen wie personellen Verstrickung unmittelbar nach Kriegsende befanden, konnten sie – unter geschickter Abschätzung der politischen Rahmenbedingungen und ebensolcher Ausnutzung der dadurch je gegebenen Spielräume – in rascher Abfolge Terraingewinne bzw. Erfolgserlebnisse verzeichnen. Diese reichten von der Wiederaufnahme geregelter Aktivbetriebe über die vereinsrechtliche Legalisierung und den Wiederaufbau der alten Verbändestrukturen bis hin zur erfolgreichen Wiederaneignung von Räumen und Sichtbarkeit an den Hochschulen und darüber hinaus. Die Restauration wurde in Form und Inhalt und den Quellen zufolge unter bemerkenswert geringem Diskussionsaufkommen vollzogen. Sie setzte umgehend ein, nahm ab den Massenamnestien von 1948 Fahrt auf, erbrachte ab 1950 greifbare institutionelle Ergebnisse in rascher Abfolge und konnte bereits vor Ende der alliierten Administration als de facto abgeschlossen angesehen werden. Tempo und Umfang der Restauration erstaunten zum Teil auch die Restaurateure selbst. Getrübt wurde die Erfolgsbilanz der (Wieder-)Anfangsjahre durch relative politische Bedeutungslosigkeit (vgl. dazu Kapitel IV) und durch Schwierigkeiten in der Nachwuchsrekrutierung, die in manchen Bereichen eine Redimensionierung der wiedererrichteten Strukturen notwendig machten. Speziell im Fall der Burschenschaften blieb auch der Wunsch nach einem Zusammenschluss mit den bundesdeutschen Bünden in einem gemeinsamen Dachverband vorerst unerfüllt.

Generell sah die Wiedererrichtung des völkischen Verbindungswesens, gleich Parallelerscheinungen wie der Rückkehr des ‚Dritten Lagers' in die österreichische Politlandschaft, sich eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Restaurationsprozess, der sich auf Ebene der Hochschulen auch in der Wiedereingliederung NS-belasteter Studierender und Professoren, Provinzialisierung und prolongierter intellektueller Ödnis niederschlug. Unter den konkreten Begünstigungsfaktoren der Wiedererrichtung zu nennen sind u.a. die Solidarität konservativer Eliten, der Antiklerikalismus als einigende Klammer mit der Sozialdemokratie und der akademische Personalbedarf der Letzteren (vgl. hierzu Kapitel V.5), das Interesse beider Großparteien an der gesellschaft-

175 Lindinger 2009, 73 f.

176 Interview in *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7.

lichen und parteipolitischen Eingliederung der ‚Ehemaligen' und die Wende vom Antinazismus zum Antikommunismus im Kontext des Kalten Krieges.

Dass große Teile der völkischen Korporationen in Österreich sich früh und begeistert in den Dienst der nationalsozialistischen Sache gestellt hatten, wurde nach 1945 – jedenfalls auf korporativer (überindividueller) Ebene – den Quellen nach zu schließen kaum zum Gegenstand ernsthafter (Selbst-)Reflexion gemacht. Die Unterlassung solcher Ursachenforschung, wesentlich begünstigt durch psychische Bedürfnisse der Einzelmitglieder, stand Reformen in Form und Inhalt ebenso im Weg wie das (v.a. burschenschaftliche) Standhaftigkeitsideal und die völkische Trotzreaktion auf die (anders als 1918 vom Großteil der Bevölkerung und der politischen Eliten begrüßte) Wiederherstellung der österreichischen Eigenstaatlichkeit. Freilich wurden den Korporationen solche Einkehr und Reform im Kontext eines gesellschaftlichen Umfelds, das sie auch in ihrer alten Façon in der Nachkriegsgesellschaft willkommen hieß, sowie der weithin konsensualen Politik der Ent-Entnazifizierung[177] auch nicht abgefordert.

II.5 Burschenschaftliche Vergangenheitsbewältigung

Gefallen – vermißt – an Wunden gestorben,
vertrieben – erschlagen – in Lagern verdorben,
für Heimat und Volk, weil sie Deutsche waren!
So haben ihr Leben viel Tausend gegeben!
Den toten Burschenschaftern 1939–1945

So lautet die Inschrift einer Marmortafel in einem Stockwerk des Linzer ‚Burschenschafterturms', der zentralen burschenschaftlichen Erinnerungsstätte in Österreich, das dem Andenken der gefallenen Burschenschafter in den beiden Weltkriegen gewidmet ist. Die Tafel wurde im Zuge der 1977 abgeschlossenen Restaurierung des Turms angebracht. Die Inschrift illustriert denkbar plastisch eine in burschenschaftlichen Kreisen in Österreich bis heute vorherrschende Form des Erinnerns an die Zeit des Nationalsozialismus. Es handelt sich dabei offenkundig um eine eigenwillige Erzählung: nicht, „weil sie Deutsche waren", fielen Burschenschafter in Stalingrad, bei El-Alamein und am Pointe du Hoc, sondern weil das Regime, dem gerade in Österreich viele von ihnen ideologisch und aktivistisch den Boden bereitet hatten, zuvor den halben Erdball mit einem Aggressionskrieg beispiellosen Ausmaßes überzogen hatte. In der zitierten Dar-

177 Der Begriff entstammt einem Artikel von Albert Müller (1997). Im Zuge des Lektorats wurde die entscheidende Vorsilbe irrtümlich entfernt und ist daher in der gedruckten Version des Textes nicht enthalten.

stellung kommen Burschenschafter nicht als die Täter vor, die viele von ihnen waren, sondern als Opfer, die sich nichts zuschulden hatten kommen lassen, als für hehre Ideale eingestanden zu sein. Die Rolle von Burschenschaftern bei der Auslösung jener Kette von Ereignissen, die vielen von ihnen den Tod brachte, wird dethematisiert; auch wird jener Opfer nicht gedacht, die Burschenschafter an der Front, im Hinterland und in Lagern, eigenhändig oder vom Schreibtisch aus, verursachten.

In Ergänzung der bisherigen, eher organisationsgeschichtlich orientierten Ausführungen dieses Kapitels steht im vorliegenden Abschnitt ein stärker ideologischer Aspekt der Restauration nach 1945 im Mittelpunkt: der Umgang der Burschenschaften in Österreich mit der NS-Vergangenheit, d. h.: ihre Bewertungen dieser Zeit, des Regimes und seiner Politik, ihre Erklärungen, wie es dazu kommen konnte, und nicht zuletzt ihre Verarbeitung der Rolle von Burschenschaftern im Nationalsozialismus und bei dessen Machtergreifung. Noch stärker als bisher konzentriere ich mich dabei tatsächlich auf den burschenschaftlichen Korporationstyp. Dabei behandle ich primär die *nach innen gerichtete* Verhandlung der genannten Fragen, also Positionierungen und Debatten im burschenschaftlichen (oder generell völkisch-verbindungsstudentischen) Kreis. Die zielgerichtete, einschlägige Interaktion von Burschenschafte(r)n mit einer breiteren Öffentlichkeit wird dagegen in Kapitel IV.2.3 behandelt. Diese Trennung scheint aufgrund der unterschiedlichen Motive der Protagonisten sinnvoll: Standen im Inneren Aspekte wie Traditions- und Identitätsstiftung im Vordergrund, ging es nach außen stärker um die Rehabilitierung und Re-Legitimierung der Burschenschaften einschließlich ihrer politischen Standpunkte und Ziele. Aufgrund dieser Unterschiede im Zweck und im Charakter (privat vs. öffentlich) der jeweiligen Debatten ist davon auszugehen, dass die hier behandelten Erörterungen im kleineren Kreis in geringerem Maße von taktischen Erwägungen geprägt waren und daher unmittelbarer über die tatsächlichen Positionen und inneren Regungen der Sprecher Auskunft geben können sollten.

Dem Begriff der Vergangenheitsbewältigung wird für den vorliegenden Zweck der Vorzug vor verwandten Begriffen wie Vergangenheits- oder Geschichtspolitik gegeben. Vergangenheitspolitik bezeichnet nach Petra Bock und Edgar Wolfrum die Summe konkreter gesetzlicher, justizieller und administrativer Maßnahmen staatlicher Behörden zur (Nicht-)Abwicklung der Institutionen eines abgesetzten diktatorischen bzw. autoritären Regimes, ihres Personals und der sie tragenden Ideologie.[178] Geschichtspolitik wiederum bezieht sich – erneut im Sinne Bocks und Wolfrums – vorrangig auf öffentlich ausgetragene Auseinandersetzungen um Geschichte und ihre Deutung (und rückt dabei auch Formen symbolischer Politik stärker in den Fokus), die von mir jedoch,

178 Vgl. etwa Bock/Wolfrum 1999, 8 f.

wie schon erwähnt, an anderer Stelle behandelt werden.[179] Jenseits eines bloßen Ausschlussprinzips stützt meine terminologische Entscheidung sich aber gerade auch auf die Kritik, die am Begriff der ‚Vergangenheitsbewältigung' bereits ab den 1960er-Jahren formuliert wurde: Er propagiere eine ‚Erledigung' der nationalsozialistischen Ära im Sinne eines Schussstrichs, die jedoch weder wünschenswert noch überhaupt möglich sei; er trage ethymologisch Gewalt und Stärke in sich, als könne und wolle man mit dem Erbe des Nationalsozialismus im wahrsten Sinne des Wortes ‚fertigwerden'.[180] Tatsächlich war der burschenschaftliche Umgang mit der NS-Vergangenheit auf ein ‚Erledigen' derselben ausgerichtet und durch die Verweigerung von Trauer, Reue und ‚Durcharbeiten' gekennzeichnet. Wenn Margarete Mitscherlich die Frage stellt, wie die deutsche Gesellschaft sich entwickelt hätte, „hätte sie sich nach dem Kriege tatsächlich der schmerzlichen Mühe unterzogen, ihre blutige Vergangenheit trauernd zu bearbeiten, statt sie verdrängend zu ‚bewältigen'", berührt sie damit – sofern Verdrängung nicht mit Ausblendung gleichgesetzt wird – gerade den Kern dessen, was den burschenschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich ausmacht.[181]

Ebendieser Umgang wird auf den folgenden Seiten porträtiert. Die Darstellung orientiert sich dabei an mehreren, über den Untersuchungszeitraum verteilten Streiflichtern bzw. Einzeldebatten (oder, in der Sprache der kritischen Diskursanalyse, ‚diskursiven Schnitten'), die in vielfältiger Weise aufeinander verweisen und in denen charakteristische Positionen in besonders greifbarer, gleichsam kristallisierter Form zutage traten. Grund für die relativ ausführliche Thematisierung dieser Verhandlungen von (NS-)Vergangenheit ist die Annahme, dass darin wesentliche Schlüssel zum Verständnis der politisch-ideologischen Entwicklung (oder Nicht-Entwicklung) des Burschenschaftswesens in Österreich nach 1945 zu finden sind. Die zentrale These dieses Unterkapitels lautet, dass im Kreis der hiesigen Burschenschaften nach der Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft mehr oder weniger bewusst und explizit entschieden wurde, aus dieser jüngsten Erfahrung *keine* Notwendigkeit einer grundlegenden Überprüfung oder gar Veränderung der eigenen geistigen Grundlagen abzuleiten.[182] Vielmehr war man bestrebt, nach innen und nach außen die fortbestehende Legitimität dieser Grundlagen zu verfechten, wozu unterschiedliche, in den folgenden

179 Vgl. ebd., 9. Nichtsdestotrotz lassen sich einige der von Sandner benannten Funktionen von Geschichtspolitik vortrefflich anhand der folgenden Ausführungen nachweisen, allen voran jene der „Traditionsstiftung und Kontinuität", der (Selbst-)Legitimierung, der kollektiven Identitätsstiftung und der Ableitung von Lehren aus der Geschichte zur Begründung gegenwärtigen (politischen) Handelns (Sandner 2001, 7–9, Zitat: 7 f.).

180 Vgl. Eitz/Stötzel 2007, 601–617, v. a. 604, 613, 615 bzw. 607.

181 Mitscherlich 1987, 161.

182 Vgl. dazu auch die Ausführungen in Abschnitt II.3.1. Dass auch das Ende des Ersten Weltkriegs im burschenschaftlichen Lager (in diesem Fall nicht nur Österreichs) weniger das Bedürfnis nach tief greifender Selbstreflexion als vielmehr ideologische Verhärtung auslöste, sei an dieser Stelle nur beiläufig

Abschnitten näher erläuterte Strategien zum Einsatz kamen. Dabei handelte es sich um keine Entscheidung, die jedes Individuum bewusst zu ratifizieren hatte, wohl aber um eine (mehr oder weniger stille) Übereinkunft, mit der der Einzelne sich doch zumindest arrangieren musste, wollte er sich nicht außerhalb der burschenschaftlichen Gemeinschaft stellen. Die meisten taten dies bereitwillig, zumal es ihrem Bedürfnis entgegenkam, ihre individuelle wie auch die kollektiv-burschenschaftliche Identitätsbildung möglichst unversehrt zu lassen – Auschwitz und dem Vernichtungskrieg im Osten zum Trotz.

II.5.1 Die erste Bestandsaufnahme Günther Berkas (1950/51)

Eine frühe Stellungnahme zur Bedeutung der nationalsozialistischen Erfahrung für die Burschenschaften in Österreich stellt der in Abschnitt II.3.1 bereits eingeführte Vortragstext von Günther Berka *(Libertas)* dar. Sie erscheint aus mehreren Gründen einer näheren Betrachtung wert. Zum Ersten eben aufgrund ihrer Entstehung zu einer Zeit, als das Burschenschaftswesen sich erst wieder zu sammeln begann, weithin Orientierungslosigkeit herrschte und noch viele Formen des Umgangs mit der jüngsten Vergangenheit möglich schienen. Zum Zweiten handelte es sich bei Berka (1883–1967) um einen in burschenschaftlichen Kreisen hoch angesehenen Mann, der den Typus des burschenschaftlichen *Meinungsführers* wie kaum ein anderer personifizierte.[183] Seine Ausführungen geben daher durchaus keine Außenseiterposition wieder. Zum Dritten enthält der konkrete Text – gemessen an den in Österreich gelten-

erwähnt. Vgl. dazu für das Deutsche Reich klassisch Zorn 1965, zur entsprechenden Kontroverse Abschnitt II.5.2.

183 Vgl. zum Konzept des *Meinungsführers* wie auch zur Person Berkas Kapitel III.2.3. Aus seinen zahlreichen Werken sei die Festschrift des ADC von 1959 herausgegriffen. Dort erklärt Berka im Namen der Burschenschaften in Österreich, dass „(d)ie österreichischen Burschenschafter (…) keinen Anlaß (haben), die Einstellung zu verleugnen, die sie in den Jahren 1938 bis 1945 einnahmen". Weiters listet der Band in seiner Darstellung der „geistige(n) Leistung" der „bedeutenden Männer" unter den Burschenschaftern Österreichs auch Hugo Jury (*Ghibellinia* Prag, *Teutonia* Wien) und Friedrich Rainer (*Ostmark* Graz) auf. Sie hätten „in der Zeit der ‚Illegalität' (…) dem gemäßigten Flügel der österreichischen Nationalsozialisten" angehört (Berka 1959, 33). Auf eine Klärung der Frage, was unter ‚gemäßigt' im Falle der österreichischen NSDAP zu verstehen sei, verzichtet Berka ebenso wie auf die Erwähnung des weiteren Werdegangs der beiden, der sie immerhin zu Gauleitern und SS-Obergruppenführern avancieren ließ. Auch sonstige biographische Details stützen nicht eben ihre Einstufung als moderat – Rainers Beteiligung am Juliputsch 1934, seine Stellung als ‚Oberster Kommissar' in der ‚Operationszone Adriatisches Küstenland' ab 1943 oder der von Dvorak kolportierte Umstand, dass Jury „1943/44 von Hitler wiederholt als Kandidat für den Posten des Gauleiters von Wien (…) in Erwägung gezogen" wurde, seien pars pro toto genannt. Diese Umstände hindern Dvorak allerdings nicht daran, Berkas Einschätzung Rainers und Jurys als ‚gemäßigt' noch vier Jahrzehnte später zu reproduzieren (vgl. Dvorak 1999 [Biographisches Lexikon I/3], 45 bzw. 2002 [Band I/5], 5).

den burschenschaftlichen Standards – außergewöhnlich kritische Einschätzungen des Nationalsozialismus, was ihn geeignet macht, die bisweilen durchaus feststellbare Gespaltenheit burschenschaftlicher Positionierungen in dieser Hinsicht zu illustrieren. Viertens schließlich umreißt Berka gleichzeitig in weiten Teilen bereits die (teilweise durchaus inkonsistenten) argumentativen Grundlinien des vorherrschenden burschenschaftlichen Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Österreich, wie nachfolgend gezeigt werden soll.

Der Nationalsozialismus, so Berka in seinem Vortrag, habe „den nationalen Gedanken in (…) unheilvoller Verzerrung zu verwirklichen" getrachtet und sei „zu einem hemmungslosen Imperialismus" ausgeartet.

> Nationaldeutsche Gesinnung bedeutet ihrem Wesen nach Nicht [sic] Aufgabe der Menschlichkeit, Aufgabe des christlichen oder klassischen Humanitätsgedankens, nicht körperliche Vernichtung anderer Völker, nicht Niedertretung der Menschenwürde und Vernichtung der persönlichen Freiheit, nicht die Unterdrückung der Kritik, die Willkür und dem [sic] Unfehlbarkeitsdünkel der jeweils an der Macht stehenden Persönlichkeiten, keine ‚Ausrichtung' gedrillter Menschenmassen[184].

In Summe habe die nationalsozialistische Politik das deutsche Volk weltweit in Verruf gebracht und „den Trümmerhaufen hervorgerufen (…), vor dem wir jetzt stehen".[185] Auch die Verbundenheit der österreichischen Bevölkerung mit dem Deutschtum habe gelitten – durch Ignoranz und fehlende Sensibilität der nationalsozialistischen Führung gegenüber österreichischen Eigenheiten und Leistungen (im Rahmen der größeren deutschen ‚Stammesfamilie').[186] Die vorgeblichen „Leistungen des Nationalsozialismus" werden dagegen von Berka vergleichsweise knapp abgehandelt, indem er auf das „Gebiete der wirtschaftlichen Planung", die „Vertiefung des Gedankens der Volksgemeinschaft" und die „Organisation der Volkswohlfahrt" verweist.[187]

Diese Bilanz der nationalsozialistischen Ära sei „bitter", sich ihr zu stellen und auch ein entsprechendes „Bekenntnis" abzulegen sei aber notwendig, um sich gegen jene zur Wehr zu setzen, „die die Auswüchse eines an sich richtigen Gedankens diesem selbst zur Last legen", also den deutschnationalen Gedanken überhaupt durch den Nationalsozialismus diskreditiert sähen.[188] In der strikten Zurückweisung einer solchen Deutung formuliert Berka ein Argument, dass im Rahmen burschenschaftlicher Vergan-

184 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 7 (vgl. zu diesem Dokument Fußnote 129 auf S. 70).
185 Ebd.
186 Ebd., 8.
187 Ebd., 7. Der Nationalsozialismus habe, so eine Zusammenfassung von Berkas Standpunkt an anderer Stelle, „Höchstleistungen im Guten und im Bösen hervor(gebracht)" (Libertas 1967, 120).
188 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 7.

genheitsbewältigung nach innen wie auch ihrer Geschichtspolitik nach außen zentral werden sollte: Demnach habe der Nationalsozialismus burschenschaftliche Ideale weniger verwirklicht als ihnen zuwidergehandelt, sie daher auch nicht obsolet gemacht; die Burschenschafter hätten sich über seine wahren Absichten getäuscht bzw. seien darüber getäuscht worden. Eine Variante dieser Darstellung besteht in der Behauptung, der Nationalsozialismus selbst sei im Laufe seiner Realisierung verfremdet worden und habe somit unburschenschaftliche Ergebnisse produziert. In jedweder Variante zielt diese Argumentation darauf ab, den ‚nationalen Gedanken' in die Zweite Republik zu retten, für dessen politische Konkretisierung nunmehr die Bekämpfung der Idee einer ‚österreichischen Nation' höchste Priorität genieße.[189] Ebenso erlaubt sie, die Ereignisse zwischen 1938 und 1945 kritisch zu betrachten und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, „daß die Burschenschaften – wie bisher auch weiterhin – ihren Grundsätzen treu bleiben" mögen.[190]

Nichtsdestotrotz ist Berkas Kritik am Nationalsozialismus in mehrerlei Hinsicht als bemerkenswert einzustufen: Sie geht, wie die restlichen Ausführungen dieses Kapitels deutlich machen werden, sowohl im Umfang als auch in ihrer Deutlichkeit weit über das hinaus, was als in burschenschaftlichen Stellungnahmen zu dieser Thematik ‚üblich' angesehen werden muss; sie scheint, da sie einem unpublizierten, vor burschenschaftlichem Publikum gehaltenen Text entstammt, über den Verdacht taktisch motivierter Mimikry erhaben; und sie steht in auffälligem Kontrast zu Berkas eigener Biographie zwischen 1938 und 1945. Mit erstem Oktober 1938 war er als Vizepräsident der Reichsbahndirektion Wien – einem wichtigen Knotenpunkt der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungslogistik – eingesetzt worden und war bis Kriegsende dort verblieben.[191] Der „echten Kameradschaft der reichsdeutschen Beamten" in diesem seinem Wirkungskreis habe Berka, so *Liberten*-Chronist Hermann Peters, hernach „nur das beste Zeugnis ausstellen" können.[192]

Die Kluft zwischen Berkas Handeln bis 1945 und seinem Reden 1950/51 lässt sich freilich bei genauerer Durchsicht seines Vortrages sowie späterer Texte (vgl. Folge-

---

189 Vgl. ebd. 1951, 10.

190 So Berka, paraphrasiert in BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1959, 3.

191 Über Berka stand in der Wiener Reichsbahndirektion nur Rudolf Töpfer, ebenfalls Burschenschafter *(Teutonia)* und zugleich mit Berka installiert (vgl. Gottwaldt 2011, 264 f. und Horn 1986). Zur Rolle der Bahn im Nationalsozialismus auf dem Gebiet des angeschlossenen Österreich – einschließlich der Ausbeutung der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen – vgl. Kogoj 2012, darin die Seiten 11 und 107 zu Töpfer; die auf den Seiten 88 f. faksimilierte Mitteilung Berkas an einen zum Tode verurteilten Widerständler über dessen „Ausscheiden auf dem Dienstverhältnis" dokumentiert exemplarisch Berkas Funktionieren im Sinne der NS-Bürokratie. Vgl. ferner zur mit antisemitischen Maßnahmen einhergehenden Eingliederung der Österreichischen Bundesbahnen in die Deutsche Reichsbahn Gottwaldt 2011, 261–275

192 Libertas 1967, 122 (Paraphrase).

abschnitt) ein gutes Stück weit relativieren. So stellt er etwa mit seiner Forderung nach einem Einbekenntnis nationalsozialistischer Verfehlungen lediglich auf „ein Bekenntnis vor unserem eigenen Gewissen" ab. Ein „Schuldbekenntnis" gegenüber den Siegermächten, die Verbrechen an den ‚Vertriebenen' verübt und in ihrem Umgang mit den Besiegten rechtsstaatlichen und humanistischen Grundsätzen Hohn gesprochen hätten, komme nicht infrage.[193] Hierin bietet Berka ein zweites zentrales Element burschenschaftlicher Vergangenheitsbewältigung in Österreich dar: die Entschuldigung oder Verkleinerung eigener Verbrechen durch Verweis auf (tatsächliche oder vermeintliche) Verbrechen anderer. Zwar weist er an anderer Stelle die Legitimität eines solchen Entschuldungsmanövers zurück, ergänzt aber auch dort (paraphrasiert in der *Liberten*-Chronik): „Wenn wir die Grausamkeiten in den KZ, die Judenmorde u. a. schärfstens verurteilen, dürfen wir nicht solche auf der gegnerischen Seite vor [sic], im und nach dem 2. Weltkrieg übersehen. Brutalitäten sind aber auch in Österreich seit 1927 wiederholt vorgekommen."[194] Die Wahrnehmung einer qualitativen Einzigartigkeit bzw. ‚Erstmaligkeit' (Yehuda Bauer) der Shoa ist hier offenkundig nicht vorhanden.

Deutlich wird dies auch anhand einer weiteren, der Relativierung verwandten Technik: jener der Täter-Opfer-Umkehr. So fehle „den Juden" schlicht die „sittliche( ) Berechtigung" zu „gegen das ganze deutsche Volk gerichteten Hassorgien", wie Berka sie nach 1945 wahrgenommen zu haben glaubt. Was von jüdischen Moralurteilen zu halten sei, zeige das Vorgehen Israels in dessen Unabhängigkeitskrieg, wo unter anderem „arabische Dörfer samt der Bevölkerung, genauso wie Lidice, von den Juden ausgetilgt wurden", was allerdings keine weltweite Empörung hervorgerufen habe.[195] Welches psychische Bedürfnis diese Gleichsetzung der Überlebenden des eigenen Mordtreibens mit den angeblichen ‚Mördern von heute' (im Wege der Identifizierung ‚der Juden' mit dem Staat Israel) und des Vorgehens israelischer Streitkräfte mit einem nationalsozialistischen Massaker erfüllt haben mag, lässt sich angesichts von Berkas Biographie (und den Biographien vieler seiner Zuhörer) unschwer nachvollziehen. Die Schuldumkehr gipfelt in Berkas vermeintlicher Generosität, den Opfern seiner selbst und seiner Gesinnungsfreunde zu verzeihen: Man wolle „nicht in den gleichen Feh-

193 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 8. Ob selbst die Aufforderung zur Gewissensprüfung im kleinen Kreis auf nennenswerte Resonanz stieß, erscheint auf Grundlage der vorliegenden Quellen ausgesprochen zweifelhaft. Vielmehr hat es den Anschein, als habe man dem *Meinungsführer* Berka in diesem Punkt klar die Gefolgschaft verweigert.

194 Libertas 1967, 122 f. Weitere Beispiele der Relativierung durch Berka – etwa unter Verweis auf Kirche und Realsozialismus – finden sich bei ebd., 120 f.

195 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 10 f. Im mittelböhmischen Lidice hatten nazideutsche Polizeikräfte im Juni 1942 ein Massaker an der männlichen Dorfbevölkerung verübt; die Frauen des Ortes wurden in das KZ Ravensbrück deportiert, der Großteil der Kinder im Vernichtungslager Kulmhof vergast. Die Aktion wurde als Vergeltungsmaßnahme für das Attentat auf Reinhard Heydrich ausgewiesen.

ler [der kollektiven Schuldzuweisung, Anm. B.W.] verfallen und sämtliche Juden für diese Untaten verantwortlich machen"; die „Ritterlichkeit" eines Yehudi Menuhin, der „trotz der Entrüstung seiner Rassengenossen" in Deutschland Konzerte gebe, wolle man „gerne anerkennen".[196]

Wenn auch nicht jeder Burschenschafter eine Verwicklung in die nationalsozialistischen Verbrechen aufwies, die jener Berkas vergleichbar gewesen wäre, so war doch – vgl. Kapitel II.1 – eine zumindest geistige Mittäterschaft und Vorbereitungsleistung der Burschenschaften als Kollektiv unbestreitbar und die Bereitschaft, Thesen dieser Art als plausibel anzunehmen, dementsprechend breit vorhanden. Vor diesem Hintergrund sind auch Versuche zu sehen, Verantwortung für die eigenen Entscheidungen abzuwälzen: einerseits auf andere politische Kräfte, die den ‚Anschluß' befürwortet oder ihrerseits antisemitische Tendenzen aufgewiesen hatten (vgl. dazu den übernächsten Absatz), andererseits auf die Führungselite des NS-Staates (der freilich auch Burschenschafter angehörten). Wenn Berka von einer „von der nationalsozialistischen Führung durchgeführte(n) Massenvertilgung der Juden" berichtet, erweckt er den Anschein, als habe diese Führung sich nicht etwa auf ein Heer von Hunderttausenden MithelferInnen auf den verschiedenen Ebenen der Repressionsorgane, der Wehrmacht, der Verwaltung und der Transportlogistik ebenso stützen können wie auf die ‚zivilen' Beiträge von AriseurInnen, WissenschafterInnen, PublizistInnen und anderen (mit burschenschaftlicher Beteiligung in jeder dieser Kategorien). Nichtsdestotrotz wertet Berka das vorgebliche Elitenprojekt als „ein dunkles Blatt in der Geschichte des Volkes".[197]

Während Berka somit ein Leugnen der Faktizität der Shoa fernliegt, gilt Gleiches nicht für die (Teil-)Legitimierung des Geschehenen im Wege seiner Rationalisierung und/oder der Fortführung nationalsozialistischer Propaganda. Die Ehrabsprechung gegenüber Juden durch Burschenschafter sei falsch gewesen; legitim sei jedoch, damals wie auch heute, der Wunsch, „unsere Wirtschaft Politik [sic] und Kultur (…) nicht von Fremdvölkischen beherrschen zu lassen", zumal „deutsches und jüdisches Leben voneinander grundverschieden" seien. Dass nunmehr „das nationale Judentum den Sieg über den Assimilationsgedanken davongetragen" habe, unterstreiche diesen Umstand zusätzlich.[198] Der Zionismus als Reaktion auf die rassenantisemitisch motivierte Exklu-

---

196 Ebd., 11. Vgl. dazu auch die Aussagen des Wiener FPÖ-Gemeinderats Wolfgang Jung (Akademische Tafelrunde *Wiking* zu Wr. Neustadt) im ORF-*Club2* vom 25.1.2012: Wie die Familie des ihm gegenübersitzenden Ariel Muzicant (des damaligen Präsidenten der Wiener *Israelitischen Kultusgemeinde*/IKG) im Holocaust, so sei auch seine (Jungs) Familie zu Opfern von Verbrechen geworden – nämlich der Vertreibung der ‚Volksdeutschen'. Anders als Muzicant reagiere er, Jung, aber „nicht mit Hass".

197 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 10.

198 Ebd., 11. Sechs Jahre später erklärt Berka öffentlich, dass bei der Beurteilung des nationalsozialistischen und burschenschaftlichen Antisemitismus „(d)ie Beherrschung des deutschen Kulturlebens durch Juden" nicht außer Acht gelassen werden dürfe (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/1957, 11).

sionspolitik von Berkas geistigen Vorvätern und seine Realisierung im Staate Israel als Reaktion auf die von Berkas Generation selbst ins Werk gesetzte Vernichtung des europäischen Judentums werden so zur Legitimation herangezogen, Jüdinnen und Juden weiterhin als ‚fremdrassig', als nicht zugehörig zu punzieren.

Als ein letztes wichtiges Element burschenschaftlicher Vergangenheitsbewältigung (im Sinne der Zurückweisung gründlicher Selbsterforschung nach 1945) sei an dieser Stelle die Historisierung des Nationalsozialismus in Form der Begründung seiner Popularität genannt. Als wichtigste Gründe werden, wie folgende Ausführungen noch zeigen werden, dabei meist die Pariser Vorortverträge und ihre Folgen, die politischen Verhältnisse sowohl im österreichischen Ständestaat als auch in der Weimarer Republik [sic] sowie wirtschaftliche Not bzw. die Aussicht auf deren Linderung angeführt.[199] Anders als dem mit kritisch-aufklärerischem Erkenntnisstreben begründeten Historisierungsprojekt Martin Broszats[200] geht es hierbei primär darum, die Nachvollziehbarkeit und Legitimität der burschenschaftlichen Option für den Nationalsozialismus zu belegen. Die Auseinandersetzung mit Zustimmungsraten der Bevölkerung, ‚Anschluß'-Befürwortern aus verschiedenen politischen Lagern und dergleichen mehr mündet in der burschenschaftlichen Darstellung dementsprechend gerade nicht in das Argument einer Mitverantwortung breiter Bevölkerungsschichten an den NS-Verbrechen bzw. bleibt häufig nicht bei der bloßen Relativierung burschenschaftlicher Verantwortung durch das Teilen derselben mit anderen AkteurInnen stehen; vielmehr wird die Popularität nationalsozialistischer Maßnahmen zum Ausweis von deren Legitimität, der formaldemokratischen Setzung folgend, dass jede Entscheidung – ungeachtet ihrer Motive und Folgen – moralisch korrekt und nicht weiter hinterfragbar sei, die eine Mehrheit des ‚Volkes' hinter sich habe. Unter dieser Maßgabe in der Tradition einer Rechtsphilosophie des ‚gesunden Volksempfindens' läuft Historisierung des Nationalsozialismus unweigerlich auf dessen Rechtfertigung hinaus.[201]

Gegen die hier vorgenommene Darstellung, wonach die Vergangenheitsbewältigung der Burschenschaften in Österreich im Zuge ihrer Neugründung sich auf diverse Manöver weitgehend reueloser Selbstexkulpation und -rehabilitierung beschränkt habe, lässt sich als – freilich äußerst vages – Gegenindiz die Bemerkung Berkas ins Treffen füh-

199 Die beiden erstgenannten Punkte finden sich etwa (in Wiedergabe Berkas) bei Libertas 1967, 121.

200 Vgl. Broszat 1988. Eine Gemeinsamkeit mit Broszats Ansatz lässt sich – ungeachtet der jeweiligen Motivlage – in der tendenziellen Minderung der Bedeutung des Holocaust im Gesamtkontext nationalsozialistischer Politik erkennen. Vgl. dazu Friedländer 2007, 56–77 und (für den Briefwechsel Broszat/Friedländer) 78–124.

201 Dass mit Jakob Friedrich Fries ein Gründungsvater der burschenschaftlichen Bewegung auch an der Wiege der Idee des ‚gesunden Volksempfindens' stand, erscheint in dieser Perspektive als kaum zufällig.

ren, wonach die österreichischen Bünde „wohl durchwegs Mitglieder die den Grundsätzen der Ehrenhaftigkeit nicht voll entsprachen, aus ihren Reihen entfernt“ hätten. „Mitunter“ sei man dabei vielleicht sogar „zu weit (gegangen), indem man jugendliche Unbesonnenheit tragischer nahm, als sie es verdiente“.[202] Sofern diese Bemerkung sich auf Ausschlüsse von Mitgliedern bezieht, die an Kriegs- oder Menschheitsverbrechern beteiligt waren, überrascht sie insofern, als in keiner der eingesehenen burschenschaftlichen Quellen aus Österreich Hinweise (zumal konkretere) auf eine solche Ausschlusspraxis gefunden werden konnten. Sehr wohl belegt ist dagegen, dass burschenschaftlichen Protagonisten der ‚Endlösung‘ wie Ernst Kaltenbrunner (*Arminia* Graz), Irmfried Eberl (*Germania* Innsbruck) oder Gerhard Lausegger *(Suevia)* von ihren Bünden ein ehrendes Andenken bewahrt wurde.[203]

Über diese bekannten Beispiele hinaus lässt sich für Wien etwa der Fall Johann Stichs anführen. Dieser, seit 1930 NSDAP-Mitglied und mit Umstellung seiner *Libertas* auf Führerprinzip zu deren „Bundesführer“ ernannt[204], stieg im April 1939 zum Generalstaatsanwalt am OLG Wien auf und behielt diese Position bis Kriegsende inne. In der Endphase des Krieges wirkte er als (von Gauleiter und Waffenbruder Hugo Jury eingesetzter) Anklagevertreter in einer Reihe von Standgerichtsprozessen an der Verhängung von 17 Todesurteilen mit, die allesamt vollstreckt wurden und ohne Verteidigung zustande gekommenen waren.[205] U.a. aufgrund seiner Rolle bei der von Jury befohlenen Hinrichtung von 44 Häftlingen in Stein zwei Tage später musste Stich sich 1948 vor dem Wiener Volksgericht verantworten[206] – und avancierte zum einzigen dort nachhaltig verurteilten NS-Staatsanwalt überhaupt[207]. Stich habe nach Erkenntnis des Gerichts

> Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen, die zugleich den Gesetzen der Menschlichkeit gröblich widersprechen, indem er Amtspflichten betreffend gerichtlich

202 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 12.

203 Vgl. Gehler 1997b, 192 f.; zu Lausegger vgl. auch Suevia 1968, 54.

204 Dvorak 2014 (Biographisches Lexikon I/8), 321.

205 Vgl. Stadler 2007a, 79.

206 Vgl. zu Stichs Volksgerichtsprozess ebd., 268–270 sowie (inkl. weiterführender Links und Quellen) http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/volksg/stich_index.php sowie Stadler 2007a. Als Entlastungszeuge hatte u. a. der Corpsier (u. a. *Alemannia* Wien) Walter Rabe für Stich ausgesagt, der ebenfalls unter Jury als Anklagevertreter vor NS-Standgerichten fungiert hatte (vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 20. 5. 1948, 3). In der Zweiten Republik erlangte Rabe eine Richterposition am Handelsgericht Wien und wurde als einer jener im öffentlichen Dienst stehenden ehemaligen NS-Juristen bekannt, für die SPÖ-Justizminister Christian Broda sich nach Kritik des Publizisten Oscar Bronner in die Bresche warf (vgl. das *FORVM*-Sonderheft vom Herbst 1965; *FORVM* Nr. 143/1965, 492–494; Wirth 2010; *Der Spiegel* Nr. 44/1965, 141 f.).

207 Vgl. Stadler 2007b, 5. Zu Stich vgl. weiters Stadler 2007a (u. a. 366 f.) und Klee 2007 (Personenlexikon), 602.

zum Tode verurteilter Häftlinge aus einer Furcht vernachlässigte, die über das von ihm einsehbare Maß hinaus zu parteipolitischer Willfährigkeit überging.[208]

Hinsichtlich der Ermordung der 44 sah das Gericht als erwiesen an, „dass Stich aus Bequemlichkeit oder brutaler NS-Gesinnung (…) die Übergabe der Häftlinge an die Gestapo zwecks Liquidierung erwogen hatte"; durch Verletzung seiner Amtspflichten habe er „die Einmischung Gauleiter Jurys in Belange der Justiz geradezu heraufbeschworen und sich dieser Einmischung dann aus Charakterschwäche nicht entgegengestellt, obwohl es um 44 Menschenleben ging und er als GStA die Pflicht gehabt habe, deren Ermordung zu verhindern".[209] Demselben Johann Stich gedachte *Libertas* 1957, zwei Jahre nach seinem Ableben, als einem „Symbol für Charakterstärke und echten Glaubenssinn".[210] Sein Amt habe er „gerecht und klug" geführt, nach 1945 sei er zum Opfer eines ungerechten Urteils geworden, das ihm die Gesundheit und letztlich das Leben gekostet habe.[211] Der Fokus auf die Opfer, die Bundesbrüder gebracht, und nicht auf jene, die sie verursacht hatten, erklärt eine bemerkenswerte Feststellung Wolfgang Peitlers als Redner im Rahmen des hundertjährigen *Liberten*-Stiftungsfestes 1960: „(k)eine einzige Libertenhand" sei zwischen 1918 und 1945 mit dem in diesem Zeitraum „grauenhaft vergossenen Blut befleckt" worden.[212] Nicht nur der Fall Stichs, sondern auch die große Zahl im Zweiten Weltkrieg eingesetzter (und nach dem Krieg für längere Zeit in Gewahrsam genommener) *Liberten*[213] lassen diese Einschätzung höchstenfalls im wörtlichen Sinne haltbar erscheinen.

II.5.2 Die Auseinandersetzung um das ‚burschenschaftliche Geschichtsbild' (ab 1956)

Von außen sind bis heute kaum Debatten unter Burschenschaftern in Österreich wahrnehmbar, wenn es um die Bewertung der nationalsozialistischen Ära und ihrer unmittelbaren Vorlaufphase geht. So verwundert es auch kaum, dass die erste, sogleich breitere Kreise ziehende Auseinandersetzung dieser Art nach 1945 in der Bundesrepublik, genauer: im DB-Organ *Burschenschaftliche Blätter,* ausgetragen wurde bzw. dort ihren Anfang nahm. Den Auslöser lieferte ein im Oktober 1956 erschienener Bericht von Horst Berndt (B! der *Bubenreuther* Erlangen) über eine Tagung des ‚Roten Verbandes' (RV), eines losen Zusammenschlusses relativ liberaler, modernisierungsberei-

208 Zit. n. Stadler 2007a, 269.

209 Ebd., 269 f.

210 So Stichs ‚Leibbursch' Fritz Fuchs, zit. n. Libertas 1967, 153.

211 Vgl. Libertas 1967, 69 und 303–305, Zitat: 304. Auch die ADC-Festschrift von 1959 würdigt Stichs Amtsführung in ähnlicher Weise (vgl. Berka 1959, 111 f.).

212 Zit. n. Libertas 1967, 252.

213 Vgl. ebd., 306–329.

ter Burschenschaften aus der Bundesrepublik. Auf dieser Tagung war nicht nur über die Haltung der Burschenschaften gegenüber Weimarer Republik und Nationalsozialismus debattiert, sondern im Zuge dessen auch „die Problematik des nationalen Denkens überhaupt" adressiert worden. Berndts Bericht trug den durchaus programmatisch zu verstehenden Titel „Revision des burschenschaftlichen Geschichtsbildes".[214] An der folgenden, sich über ein halbes Jahr ziehenden Debatte in den *Blättern* beteiligten sich auch drei Burschenschafter aus Österreich.[215]

Im Jänner-Heft 1957 meldete sich Sigurd Weyringer (*Arminia* Graz, *Albia* Wien) zu Wort.[216] Für den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung und die Hinwendung vieler Burschenschafter zu ihr macht er die Situation verantwortlich, die die Pariser Vorortverträge geschaffen hätten. In der „Judenfrage" (O-Ton Berndt) wiederum sei die DB einer weite Teile des Korporationsstudententums erfassenden Entwicklung gefolgt. Ein historisches „Versagen der Burschenschaft", wie in Berndts Bericht konstatiert, könne er daher nicht erkennen.[217] Das Handeln der Protagonisten müsse aus den Nöten der Zeit heraus verstanden und ihnen zugutegehalten werden, dass sie „der ehrlichen Überzeugung waren, zum Besten Deutschlands zu handeln". Zwar ortet Weyringer nicht näher spezifizierte „Auswüchse" am Nationalsozialismus – diese seien allerdings „auch bei Kenntnis des Buches ‚Mein Kampf' kaum vorauszusehen" gewesen.[218] Einen „brutalen Vernichtungswillen" vermag er rückblickend durchaus zu erkennen, verweist damit aber nicht etwa auf die nationalsozialistischen Massaker und Todesfabriken, sondern auf den sogenannten ‚Morgenthau-Plan'.[219] Da jene „Irrtümer( )", die geschehen seien, „keineswegs im burschenschaftlichen Geschichtsbild selbst verankert, sondern gerade aus einem Abweichen von demselben in Zeiten nationalen Notstandes entstanden" seien, bestehe keine Notwendigkeit, das burschenschaftliche Geschichtsbild zu revidieren – es sei denn, man wolle „das nationale Denken der Burschenschaft überhaupt in Frage" stellen und „der burschenschaftlichen Idee eine Existenzberechtigung in der heutigen Zeit überhaupt ab(sprechen)".[220]

Sämtliche in diesen Ausführungen enthaltenen Abwehrstrategien wurden bereits zuvor anhand von Berkas Vortrag beschrieben. Besonders bemerkenswert erscheint der zuletzt zitierte Satz: Weyringer erkennt darin, dass eine konsequente Übernahme von

---

214 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 10/1956, 239–242.

215 Auf einen der drei Beiträge, jenen von Robert Zimmermann (*Silesia* Wien), wird in weiterer Folge nicht näher eingegangen, da er sich v.a. methodischen Fragen der Geschichtsschreibung widmet.

216 Vgl. *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/1957, 4–10.

217 Vgl. ebd., 5–8 (Zitat: 6, Herv. entf.).

218 Ebd., 7 (Herv. entf.) bzw. 9.

219 Dieser letztlich nie umgesetzte Entwurf einer Nachkriegsordnung aus der Feder von US-Finanzminister Henry Morgenthau hatte bekanntlich darauf abgezielt, Deutschland dauerhaft die Durchführung weiterer Aggressionskriege zu verunmöglichen.

220 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/1957, 8 (Herv. entf.).

Verantwortung für die geschehenen Verbrechen gleichbedeutend mit einer Aufkündigung zumindest jener Auffassung von Burschenschaft wäre, die die Beteiligung an diesen Verbrechen nicht nur zuließ, sondern geradezu zur völkischen Pflicht erhob.[221] Da man zu einer Abkehr von dieser Auffassung nicht bereit ist, muss zum einen die Verantwortungsübernahme verweigert und zum anderen präventiv als Häretiker und Verräter an der gemeinsamen Sache punziert werden, wer eine alternative Auffassung vertreten könnte.[222]

Der zweite Österreicher, der sich in die Diskussion in den *Blättern* einschaltet, ist Günther Berka.[223] Er eröffnet seinen Beitrag mit der Feststellung, dass es „verantwortungslos" wäre, nach 1945 nicht „mit allem Ernste an die Prüfung der Schuldfrage heran(zu)treten" (wobei vorerst unklar bleibt, ob damit Schuld an den NS-Verbrechen oder aber am ‚Zusammenbruch' des Deutschen Reiches und der daran geknüpften burschenschaftlichen Träume gemeint ist[224]); dabei sollten durchaus auch „die geistigen Grundlagen" der Burschenschaften einer Hinterfragung unterzogen werden.[225] Das Ergebnis dieser Prüfung: Die burschenschaftliche Idee, „das Streben nach Einheit und Freiheit des deutschen Volkes und nach Wahrung ritterlicher Gesinnung", sei „rein geblieben" – denn was am Nationalsozialismus zu kritisieren sei, sei nicht ihr entsprungen.[226] Kritikwürdig findet Berka am Nationalsozialismus demnach nicht allzu vieles, gesteht er doch zu, „daß das nationalsozialistische Programm in vielen Belangen mit dem burschenschaftlichen (…) übereinstimmte". Eine historische Verantwortlichkeit der Burschenschaften könne daraus aber auch deshalb nicht abgeleitet werden, weil die Korporation „als solche" praktische Politik in die Hände ihrer Mitglieder lege und selbst daher für „politisches Geschehen" grundsätzlich nicht

221 Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass Weyringer einerseits, wie zitiert, den Nationalsozialismus als Abweichung vom burschenschaftlichen Denken beschreibt, andererseits aber „Übersteigerungen" in der Verfolgung burschenschaftlicher Ideale ortet (ebd., 10) – und damit eine zumindest grundsätzliche Kompatibilität der beiden anerkennt. Nicht obwohl, sondern weil man Burschenschafter war, hatte man dem Nationalsozialismus vor- und zugearbeitet.

222 Die Delegitimierung widerstreitender Positionen als schlichtweg ‚unburschenschaftlich' tritt nicht nur hier zutage, sondern stellt eine von Burschenschaften aus Österreich untereinander wie auch insbesondere im Verkehr mit bundesdeutschen Bünden vielfach erprobte kampfrhetorische Figur dar. „Ich spreche ihnen ab, jemals eine Burschenschaft gewesen zu sein", ließ etwa ein Mitglied *Olympias* (Burschenschaft seit 1862) am DB-Burschentag 1995 ausgerechnet *Germania* Jena wissen, die sich 1846 in direkter Nachfolge der Urburschenschaft von 1815 konstituiert hatte (zit. n. Kuhn 2002, 84). Vgl. ferner BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 24/1960 (Vorort Bremen), 5

223 Vgl. *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/1957, 10 f.

224 Vgl. dazu auch Berkas Begründung seiner Kritik am „nackte(n) Imperialismus" und der „Bestialität der Massenmorde" des NS-Regimes: Diese hätten „das größte Werk zerstört, das das deutsche Volk jemals zustande gebracht hat" (ebd., 11).

225 Ebd., 10.

226 Ebd., 11.

haftbar zu machen sei.[227] Diese Argumentation erfordert es, Verantwortung an anderer Stelle zu verorten. Berka wählt dazu einerseits die „Führung" des NS-Regimes, deren „sittliche Haltung" nicht der „Größe der Leistungen des Nationalsozialismus" gerecht geworden sei und die tatsächlich Schuld trage: Schuld am Zusammenbruch ihres eigenen Werkes. Andererseits hätten die Gegenüber der Deutschen im Zweiten Weltkrieg nicht nur „keine geringeren Verbrechen auf sich geladen" als diese, sondern seien vielmehr „seit Versailles mit bösem Beispiel vorangegangen".[228]

Um die Tatsache der breiten burschenschaftlichen Unterstützung des Nationalsozialismus mit dessen behaupteter partieller ‚Unburschenschaftlichkeit' in Einklang zu bringen, erklärt Berka sie kurzerhand für aus ‚nationaler' Sicht alternativlos:

> Hätten alle Deutschen, die in der Zerreißung des deutschen Volksbodens durch die Friedensdiktate das größte Leid ihres Lebens erblickten, einer politischen Bewegung ihre Gefolgschaft verweigern sollen, die die Befreiung des Saargebietes, den (…) Anschluß an das Reich, die Erlösung des deutschen Sudetenlandes und des Memellandes, die ein soziales Hilfswerk von bisher nie gekannten Ausmaßen zuwege brachte? Hat es jemals eine politische Bewegung gegeben, die mehr vom Vertrauen des überwiegenden Teiles des ganzen deutschen Volkes getragen war?[229]

Diese Fragen sind in einer burschenschaftlichen Logik durchaus als rhetorische zu verstehen. Einmal mehr gerät dabei der Versuch burschenschaftlicher Selbstrechtfertigung zur Rechtfertigung des Nationalsozialismus (und zum Beleg des übereinstimmenden Wollens beider). Auf der argumentativen Linie der Alternativlosigkeit verbleibend, stellt Berka die Burschenschaften in Österreich als Getriebene der Verhältnisse dar und entledigt sie mit der Akteursrolle auch weitgehend jeder Verantwortung: Ihre Radikalisierung um die Jahrhundertwende charakterisiert er als „selbstverständliche Folge der Gefährdung des österreichischen Deutschtums durch das Vordringen slawischer Völker", die erneute burschenschaftliche Radikalisierung der Zwischenkriegszeit als ebenso „selbstverständliche Äußerung der Treue zum eigenen Volke". Angesichts dieser vermeintlichen Selbstverständlichkeiten bleibt auch Berkas Frage, ob „wir österreichischen Burschenschafter einen Grund (haben), wegen unserer Mitarbeit an der nationalsozialistischen Bewegung reuig an die Brust zu schlagen", wo doch auch die österreichischen Bischöfe eine entsprechende Empfehlung abgegeben hätten, ein

227 Ebd. Der skurrile Höhepunkt von Berkas Plädoyer für die Unbeflecktheit der burschenschaftlichen Überlieferung besteht schließlich in der Feststellung, dass dem Deutschen Reich zwischen 1871 und 1914 „jede imperialistische Neigung (gefehlt)" habe (ebd., 10 f.).

228 Ebd., 11.

229 Ebd.

bloßer rhetorischer Kniff.[230] Die – unter dem Gesichtspunkt des zuvor geleisteten Bekenntnisses, die eigenen geistigen Grundlagen hinterfragen zu wollen – eigentliche Kernfrage stellt Berka dagegen nicht: Ob nicht jenes Denken, das keine größere Katastrophe als die „Zerreißung des deutschen Volksbodens" kennt, erklärtermaßen das Gros der Burschenschafter geradewegs in die nationalsozialistischen Reihen trieb und viele von ihnen zu Mittätern der NS-Verbrechen werden ließ, zu revidieren wäre. Anstatt also gerade die ‚Selbstverständlichkeiten' nationaler Weltanschauung zum Gegenstand kritischer Reflexion zu machen, sollte für Berka auch weiterhin die Herstellung und Sicherung der Herrschaft von Deutschen über (alle) Deutsche(n) den höchsten Zweck burschenschaftlichen Strebens darstellen. Die zunächst rhetorisch eingeforderte Überprüfung des geistigen Bodens, auf dem man sich bewege, erklärte er für abgeschlossen, noch ehe sie überhaupt in Angriff genommen war:

> Streiten wir doch nicht darüber, inwieweit an allen diesen Ereignissen, an den Verirrungen des nationalen Denkens Burschenschafter mitbeteiligt waren. Wir waren Kinder unserer Zeit: das war unser Schicksal – wenn man will, unsere Schuld. (…) Nicht das Aufreißen kaum vernarbter Wunden, sondern der gemeinsame Aufbau für die Zukunft ist die burschenschaftliche Aufgabe von heute.[231]

Diese in Summe doch eher handstreichartige Erledigung der Selbstreflexions-Aufforderung bundesdeutscher Burschenschafter durch die Wortführer der Österreicher kam nicht von ungefähr, hatten letztere doch die Vermeidung einer Hinterfragung burschenschaftlicher Grundüberzeugungen durchaus zutreffend als Voraussetzung erkannt, die burschenschaftliche Idee in ihrer österreichischen Auslegung weiter pflegen zu können; dies umso mehr, als anhand der Frage des Bildes, das man sich von der Vergangenheit machte, auch programmatische Grundsatzfragen der Gegenwart verhandelt wurden: Ins Zentrum der Geschichtsbild-Diskussion rückte Lönnecker zufolge bald die davon abgeleitete Frage, wie ‚Deutschland' als burschenschaftliches Objekt der Anrufung nach 1945 zu definieren sei.[232] Robert Zimmermann *(Silesia)* erachtete vor diesem Hintergrund die Entscheidung für oder gegen eine Revision des burschenschaftlichen Geschichtsbildes als ausschlaggebend nicht nur für „die Einigkeit und de(n) Bestand der Burschenschaft", sondern auch für „de(n) innere(n) Friede(n) und die Zukunft unseres deutschen Volkes" schlechthin.[233]

230 Ebd.

231 Ebd.

232 Vgl. Lönnecker 2009b, 311 f. (dort auch Verweise auf weiterführende Literatur zum ‚Geschichtsbild'-Streit).

233 BAK, DB 9, DB 5637, Zimmermann 1957, 1. Zimmermann befürwortete durchaus eine Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus, sah dazu aber ausschließlich deutsche „Geschichtsforscher" berufen, die sich zudem zur Vermeidung von Verfälschungen v. a. auf „Literatur aus der Zeit vor 1933"

In den erwähnten Fahnenfragen standen die Burschenschafter Österreichs offenbar geeint: „In der österreichischen Burschenschaft konnte es hinsichtlich des Vaterlandsbegriffes keine verschiedenen Auffassungen geben. Auch bezüglich der Revision des Geschichtsbildes gab es – soweit dies schriftlich oder mündlich zum Ausdruck kam – nur eine Meinung."[234] Dem ist, jedenfalls als Bestandsaufnahme von 1967, nicht zu widersprechen. Innerhalb der DB (und zwischen dieser und den österreichischen Bünden) fanden die entsprechenden Debatten allerdings – auch außerhalb der *Burschenschaftlichen Blätter* – noch eine jahrzehntelange Fortsetzung (und trugen maßgeblich zur geistigen Entfremdung zwischen der DBÖ und einem Teil der bundesdeutschen Burschenschaften bei[235]). Nach einem erneuten Aufflammen in der sogenannten ‚Zorn-Kontroverse'[236] ab 1965 fanden diese Auseinandersetzungen 1971 in einer Niederlage der etatistischen, Deutschland mit der BRD identifizierenden Fraktion und der Annahme des ‚volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs' ihr vorläufiges Ende. Gleichzeitig wurde der Weg für den DB-Beitritt österreichischer Bünde frei gemacht.

Wie schon zuvor anhand der Burschenschafts-internen Rede Berkas lassen sich auch anhand der Stellungnahmen von Weyringer und Berka in den *Burschenschaftlichen Blättern* die wesentlichen Zutaten burschenschaftlicher Vergangenheitsbewältigung bis heute aufzeigen. Typisch ist dafür weniger die Leugnung oder das explizite Gutheißen nationalsozialistischer Verbrechen als vielmehr deren systematische Relativierung und Rationalisierung. Es wird historisiert und revidiert, bis letztlich kaum noch ein wirkliches Fehlverhalten ausgemacht werden kann, jedenfalls nicht auf burschenschaftlicher

zu stützen hätten (BAK, DB 9, DB 5627/2, Zimmermann 1959, 8, Herv. entf.). Wie Zimmermann ein „wahrheitsgetreues Geschichtsbild" über die NS-Ära anhand von Literatur entwerfen will, die älter ist als sie, erschließt sich bei Durchsicht seiner (durchaus affirmativen) Literaturempfehlungen, die sich wie ein internationaler Kanon der Rassenbiologie lesen – von Arthur de Gobineau über Houston Stewart Chamberlain bis hin zu Adolf Bartels und Hans F.K. Günther (ebd., 8 f.).

234 Libertas 1967, 103. Zur Diskussion in den *Burschenschaftlichen Blättern* vgl. ebd., 99–101. Dementsprechend war unter ihnen auch nie vom Geschichtsbild nur im Singular die Rede – Zimmermann formuliert explizit, dass es nur ein richtiges geben könne.

235 Vgl. dazu die Kalmierungsversuche eines DB-Vertreters am außerordentlichen ADC-Tag 1958: Die „in den BBl. geäußerten, revisionistischen Meinungen" würden „keineswegs der Verbandsmeinung der DB entsprechen"; gleichzeitig ermahnte der DB-Funktionär die Österreicher – allerdings ohne großen Erfolg –, nicht „(ihre) Auffassung von der burschenschaftlichen Idee als die einzig richtige (zu) betrachten" (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ao. ADC-Tages 1958, 5).

236 Auslöser der Kontroverse war ein Artikel des Burschenschafters (*Arminia Straßburg* zu Tübingen) und Historikers Wolfgang Zorn in den burschenschaftlichen ‚*Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung*', der vorderhand die Haltung der Burschenschaften zur bzw. in der Weimarer Republik erörterte (vgl. Zorn 1965; eine frühe Fassung des Textes war bereits rund elf Jahre zuvor in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 12/1954, 357–368, erschienen). Zur Debatte vgl. Brunck 2009, 85–90, Lönnecker 2009b, 314–319, Kuhn 2002, 99–101. Die BG gab ihrerseits postwendend eine Erwiderungsschrift zu Zorn in Auftrag, die unter dem Titel „‚Vergangenheitsbewältigung' in der Burschenschaft" erschien (vgl. Waiblinger AHV/Ghibellinia Stuttgart 1965).

Seite. Der Aufstieg des Nationalsozialismus und dessen Krieg erscheinen als Folge von Versailles und St. Germain, als Ausdruck des Bemühens um die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung der Staatenwelt, das letztlich etwas aus dem Ruder gelaufen sei. Auch bei der Zurückdrängung ‚jüdischen Einflusses' in den deutsch beherrschten Gebieten sei das NS-Regime lediglich übers Ziel hinausgeschossen. Bei der Bemessung deutscher Schuld seien die Unversöhnlichkeit der federführenden Mächte in den Pariser Vorortverhandlungen, die Kriegsverbrechen alliierter Armeen und die Anmaßung der jüdischen Emanzipation in Rechnung zu stellen; burschenschaftliche Verantwortlichkeit wäre analog dazu u.a. mit katholischem Antisemitismus und sozialdemokratischer ‚Anschluß'-Befürwortung in Beziehung zu setzen und verrinne inmitten der jubelnden Massen vom Heldenplatz zur Marginalie. Eine zumindest anfängliche Unterstützung des Nationalsozialismus als einer Art deutscher Emanzipationsbewegung im Inland wie im Weltmaßstab sei auch retrospektiv zumindest nachvollziehbar. An der Macht habe die Bewegung allerdings burschenschaftliche Ideale nur zum Teil verwirklicht, zum Teil sie durch Übersteigerung ad absurdum geführt. Sofern Burschenschafter Schuld auf sich geladen hätten, sei dies auf Irreführung und Missbrauch ihrer Ideale durch Dritte zurückzuführen. Von Hitler um die Erfüllung jener Träume betrogen, um derentwillen sie ihm den Weg geebnet hatten, erscheinen sie letztlich selbst als Opfer – wie sie auch um die Jahrhundertwende zu Opfern slawischer Nationalismen, 1918 zu Opfern von Siegerwillkür und 1945 zu Opfern von Siegerjustiz geworden seien.

II.5.3 Burschenschaftliche Gedenkpolitik

Während die bisher behandelten Stellungnahmen Positionierungen von Einzelpersonen darstellten, steht in diesem Abschnitt ein Textgenre im Mittelpunkt, das *per se* einen höheren Repräsentativitätsanspruch aufweist: Reden, wie sie im Zuge burschenschaftlicher bzw. korporationsstudentischer ‚Gefallenenehrungen' oder ‚Heldengedenken' gehalten wurden. Auch diese wurden von Einzelnen verfasst, die dabei aber – je nach Veranstaltung – als Vertreter ihres Bundes oder gar des WKR auftraten. Die im Folgenden zitierten Ansprachen (vgl. für eine vollständige Auflistung einschließlich der zur Zitation verwendeten Kürzel das Archivverzeichnis im Anhang) wurden allesamt an der Universität Wien gehalten, wo der WKR in der Phase des Wiederaufbaus der Verbindungen jährlich im November eine solche ‚Heldenehrung' zu veranstalten pflegte. Dazu kamen die Gedenkakte einzelner Bünde im Rahmen ihrer (zumeist runden) Stiftungsfeste.[237] Die erste Gedenkfeier des WKR fand am 29.11.1952 statt und stellte gleichzeitig

237 Das Gedenken an die gefallenen Bundesbrüder zählt – ob an der Universität begangen oder anderswo – zum festen Programm jedes Stiftungsfestes. Auch gehören entsprechende Gedenktafeln bzw. Gefallenen-Listen zur Standardausstattung von Buden, Chroniken und Festschriften.

den ersten Auftritt der völkischen Verbindungen ‚in Farben' auf universitärem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Der Akademische Senat hatte gleichzeitig mit der Veranstaltungsbewilligung eine Ausweitung des ‚Farbenrechts' (analog zur für ÖCV- und liberale Verbindungen zu diesem Zeitpunkt bereits geltenden Regelung) auf jene Bünde des WKR beschlossen, die ein ‚Bekenntnis zu Österreich' in ihren Statuten führten. Obwohl der Senatsbeschluss festhielt, dass die WKR-Feier nur „aus dem besonderen Anlaß" des erstmaligen gemeinsamen Wiederauftretens auf Hochschulboden genehmigt werde, etablierte sie sich in weiterer Folge als feste jährliche Veranstaltung.[238]

Die Zugänglichkeit korporationsstudentischer Gedenkreden über das Archiv der Universität Wien verdankt sich der hier bereits angedeuteten anfänglichen Vorsicht der akademischen Behörden. Da diese – jedenfalls in Wien – tunlichst darauf bedacht waren, studentische Auseinandersetzungen auf Universitätsgelände hintanzuhalten, musste für die Abhaltung von Veranstaltungen dortselbst nicht nur um Bewilligung angesucht, sondern auch der Text etwaiger Reden (und teils selbst etwaiger Kranzschleifen) dem Rektorat vorab vorgelegt werden. Diese Praxis – die sich auf alle studentischen Vereinigungen erstreckte[239] – wurde auch nach Abzug der Alliierten beibehalten. Sah Rektor Wilhelm Czermak sich allerdings bei der ersten WKR-Gefallenenehrung 1952 noch veranlasst, „unbedingt (zu) ersuchen, daß mich der Vorsitzende des Korporationsringes mit dem für die Feier vorgesehenen Redner" am Vortag „zu einer kurzen Aussprache aufsuchen möge"[240], griff bald ein routinemäßiges Abnicken Platz. Fälle untersagter Gedenkfeiern oder zurückgewiesener Reden sind nicht aktenkundig. Spätestens in den 1980er-Jahren scheint zudem die erwähnte Vorlagepflicht fallen gelassen worden zu sein: Es finden sich im Archiv keine weiteren Redemanuskripte.[241]

Der letzte im Universitätsarchiv vorliegende Antrag zur Abhaltung eines kollektiven WKR-Gedenkens datiert von 1963, für Einzelbundgedenken reichen die Anträge, mit einer auffälligen Lücke zwischen 1972 und 1985, bis in die 1990er-Jahre (vgl. dazu den Schlussteil dieses Abschnitts). Den Schauplatz bildete in beiden Fällen üblicherweise die Aula der Universität. Hier hatten die Wiener völkischen Verbindungen schon ab Ende des Ersten Weltkrieges alljährlich ihrer Gefallenen gedacht.[242] Die Veran-

238 AUW, S 259.67, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 22.11.1952, 2.

239 So wurden etwa auch ÖCV-Verbindungen zur Vorlage ihrer Redemanuskripte aufgefordert – vgl. beispielhaft AUW, S 259.115, Schreiben von Rektor Erich Schenk an die K.Ö.St.V. Nibelungia vom 28.1.1958.

240 AUW, S 259.67, Schreiben Czermaks an den WKR vom 25.11.1952 (Konzept); das Dokument trägt zudem einen Vermerk *pro domo:* „Freitag, 28.11.1952 [der Vortag des Gedenkens, Anm. B.W.] mit Polizei sprechen".

241 Auch enthält das Genehmigungsschreiben für eine Kranzniederlegung *Gothias* mit Rede von 1987 nicht die jedenfalls noch in den 1960er-Jahren übliche Aufforderung zur Übermittlung des vorzutragenden Textes (vgl. AUW, S 259.68, Schreiben von Rektor Wilhelm Holczabek an die Gothen vom 10.3.1987).

242 Vgl. AUW, S 259.67, WKR 1958, 1. Nicht zuletzt zu diesem Zweck war hier 1923 auf Initiative der *Deutschen Studentenschaft* (DSt) ein ‚Gefallenendenkmal', der sogenannte ‚Siegfriedskopf', errichtet wor-

staltungen nach 1945 nahmen diese Tradition wieder auf, was sich in der Tendenz der Redner ausdrückt, sich beiden Weltkriegen zu widmen und auch allgemeine Erörterungen zu Wert und Wesen des Soldatentums anzustellen. Dennoch dominierte die zeitnahe Erfahrung des Zweiten Weltkriegs in Summe klar. Dabei ist auf einer expliziten Ebene stets nur von ‚deutschen' Gefallenen und Kriegsopfern, im engeren Sinn von ‚Waffenstudenten' oder den Angehörigen des eigenen Bundes die Rede.[243] Dies war offenbar nicht nur der Fall, weil man den ‚Opfern' auf eigener Seite in besonderer Weise gedenken wollte, sondern weil die Burschenschaften in Österreich es dezidiert ablehnten, jener Opfer zu gedenken, die ‚Deutsche' (und Burschenschafter im Speziellen) nicht gebracht, sondern verursacht hatten. Diesen Schluss legt jedenfalls der Linzer DB-Burschentag 1977 nahe, auf dem ein bundesdeutscher Bund beantragt hatte, die DB möge bei der nächsten Auflage ihrer jährlichen Arbeitstagung in Berlin „einen Kranz nicht nur am Mahnmal für die Opfer der Mauer nieder(legen), sondern auch in der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Plötzensee".[244] 70 Bünde stimmten dafür, 13 enthielten sich, vier stimmten dagegen und acht verließen just im Moment der Abstimmung den Saal, um sich – so ihre Begründung – zu einer Besprechung zurückzuziehen.[245] Die neun damaligen österreichischen Mitgliedsbünde teilten sich gleichmäßig auf die Enthaltungen *(Gothia, Oberösterreicher Germanen, Olympia),* die Gegenstimmen (*Carniola, Germania* Graz, *Marcho Teutonia*) und die Fehlenden *(Albia, Libertas, Leder)* auf, kein einziger Bund aus Österreich stimmte für die vorgeschlagene Geste.[246] Am Burschentag 1986 ging *Olympia* noch einen Schritt weiter: Sie

---

den. Geehrt werden sollten dadurch die „‚gefallenen Helden unserer Universität'", wobei entsprechend der Verfasstheit der DSt „jüdische sowie weibliche aber auch sozialistische und liberale Studierende und Lehrende vom Gedenken ausgeschlossen" waren ([zit. n.] http://www.univie.ac.at/universitaet/forum-zeitgeschichte/projekte/siegfriedskopf). Zur Geschichte des Denkmals vgl. weiterführend Davy/Vašek 1991.

243 Das erste WKR-Gedenken 1952 stellt hierbei insofern eine Ausnahme dar, als dem anwesenden Rektor zufolge – der noch am Vortag den Redner zu sich vorgeladen hatte – dabei „in ritterlicher Form der Gefallenen aller Nationen gedacht" worden sei (AUW, S 259.67, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 15.12.1952).

244 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentage 1977, 50.

245 Anwesenden Burschenschaftern zufolge verließen die Vertreter der betreffenden Bünde „geradezu fluchtartig – sie rannten durch das Tagungslokal – den Raum" (*Bundesnachrichten* der Gießener B! Alemannia Nr. 74/1977, 18, zit. n. Kuhn 2002, 145). Kuhn zufolge hätten sie in diesem Auszug die einzig mögliche Variante erblickt, dem Antrag nicht zuzustimmen, ohne die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens zu riskieren (Kuhn 2002, ebd.). Ein solches kam allerdings auch gegen die negativ votierenden Burschenschaften nicht zustande (vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 29 f.) – anders als in den Jahren zuvor, als Bünde sanktioniert wurden, die gegen einen Antrag zur Südtirolfrage gestimmt hatten (1975) oder angekündigt hatten, ihr Missfallen über die Nicht-Distanzierung der DB von rechtsextremen Gruppen öffentlich zu machen (1976).

246 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 46–50.

beantragte die Abschaffung der inzwischen institutionalisierten Würdigung der Widerstandskämpfer des 20. Juli am Plötzensee im Rahmen burschenschaftlicher Tagungen in Berlin, da es sich bei den Männern um Stauffenberg um „Verräter" handle. In der namentlichen Abstimmung schlossen sich lediglich 13, „überwiegend österreichische Verbindungen", dieser Position an.[247]

Dass die Reden der Gedenkveranstaltungen an der Universität Wien einander über die Jahre und verschiedene Redner hinweg inhaltlich sehr stark ähneln, trägt nicht nur dem stets selben Anlass Rechnung, sondern deutet auch darauf hin, dass der burschenschaftliche Blick auf die Kriegsereignisse und deren Bewertung im Zeitverlauf kaum Änderung erfuhren (wie auch die Folgeabschnitte dieses Kapitel nahelegen). In Summe belegen sie auf inhaltlicher Ebene die These von der Reflexionsabwehr der Burschenschaften in Österreich nach 1945. Insbesondere machen sie, als direkt dem Andenken der gefallenen Bundes- und Waffenbrüder gewidmet, die Rolle dieses Andenkens für die burschenschaftliche Erinnerung des Nationalsozialismus überhaupt verständlich. Über eine positiv-unkritische Praxis des Gedenkens an die Gefallenen aus den eigenen Reihen wurde indirekt eine apologetische bis affirmative Lesart des Nationalsozialismus selbst verfochten – sofern diese nicht ohnehin schon unmittelbar vorgeherrscht haben mochte. Ausschlaggebend hierfür waren zwei Grundlinien burschenschaftlichen ‚Heldengedenkens': die empfundene Verpflichtung, dem Einsatz der Verstorbenen Anerkennung zu zollen, sowie der Wunsch, ihrem Sterben Sinn abzuringen.

Gedenken im Modus der Anerkennung

Dass das Gedenken ein dezidiert *ehrendes* zu sein habe, gebot nicht nur das allgemeine Prinzip der innerbündischen bzw. innerburschenschaftlichen Solidarität, sondern v. a. auch der Umstand, dass die Burschenschafter als Soldaten oder SS-Männer dem burschenschaftlichen Programm und Wertesystem (jedenfalls in deren in den 1930er-Jahren in Österreich ‚gültigen Fassung') tatsächlich nicht zuwidergehandelt, sondern ihnen vielmehr entsprochen hatten. Dies verdiente aus burschenschaftlicher Sicht Anerkennung, welche auf verschiedene Weise argumentiert und auf unterschiedliche Aspekte des Einsatzes der Toten bezogen wurde. Häufig würdigten Redner etwa die bloße Selbstverleugnungs- bzw. ‚Opferbereitschaft' der Gefallenen – ungeachtet des konkreten dahinterliegenden Motivs und der politisch-militärischen Funktion

247 (Zit. n.) Kuhn 2002, 152. Vgl. auch *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1986, 150 und Nr. 4/1987, 100. Hierzu passt, dass die *Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften* (ARGE WBL) 1990 Otto Ernst Remer zum Vortrag luden, der eine Schlüsselrolle bei der Niederschlagung der Verschwörung vom 20. Juli gespielt hatte und nach dem Krieg über Jahrzehnte weiter im nationalsozialistischen Sinne tätig geblieben war. Über seinen Vortrag und die dabei von ihm gelieferte Rechtfertigung des Zweiten Weltkriegs „aus deutscher Sicht" berichtet die Chronik der *Oberösterreicher Germanen* (1994, 162) ohne jede Distanzierung.

dieses ‚Opfers'. „(W)eil sie menschliche Ichsucht und Schwäche überwunden haben, sind sie groß und verehrungswürdig", lautete die entsprechende Losung.[248] Die Bereitschaft, das eigene Leben „einem höheren Wollen zur Verfügung" zu stellen, „aufrecht der Vernichtung entgegen( )" zu gehen und „singend in den Tod" zu stürmen, wie einst die „akademischen Freiwilligenregimenter bei Langemarck"[249], galt in burschenschaftlicher Wahrnehmung per se als bewundernswert und beispielgebend (vgl. zum Ideal der Opferbereitschaft auch die Kapitel III.6.2 und III.7.1). Die simple Formel zur Beurteilung gedenkwürdigen Sterbens formulierte Herbert Faber (*Alemannia* Wien) 1967: Man habe sich zum Gedenken versammelt in „Liebe und Dankbarkeit für jene, die unseres Blutes waren und dies vergossen auf ferner Kampfstätte".[250] Des Ehrens wert war demnach, wer Opferbereitschaft mit ‚richtiger' Volkstumszugehörigkeit zu verbinden vermochte. Mitunter wurde auch universalistisch argumentiert: Es könne „keine Gemeinschaft, keinen Staat geben (…), wenn es keine Opferwilligkeit des Einzelnen für das Ganze gibt". Deshalb müsse man die Toten ehren „um des Beispiels willen, mit dem sie die Grundlage alles [sic] menschlichen Zusammenlebens erneut erhärtet haben".[251]

Das Lob der ‚Opferbereitschaft' in den Gedenkreden war, dem burschenschaftlichen Wertekanon entsprechend, nicht nur inhaltlich mit weiteren Topoi wie ‚Pflichterfüllung' bzw. Gehorsam, ‚Wehr'- und ‚Mannhaftigkeit' eng verbunden, sondern auch formal: alle wurden sie von Sekundär- zu Kardinaltugenden aufgewertet, deren Befolgung schon an sich vom edlen Charakter der Protagonisten zeuge. Die gefallenen Waffenstudenten hätten „ihre Pflicht getan und mehr als das: sie waren Helden"[252]; „(d)er Befehl war ihnen

---

248 AUW, S 259.68, WKR 1953, 2. Vgl. auch AUW, S 259.158, Gothia 1966, 3 oder die Ausführungen (mutmaßlich) eines *Saxonen,* also Corpsiers, für den WKR 1960, der die „Größe und Heiligkeit" des „Lebensopfer(s)" für das eigene Volk würdigte, unabhängig davon, um welches Volk es sich handle, ob der Einsatz Sieg oder Niederlage brachte – und offenkundig auch unabhängig vom jeweiligen Kriegszweck: „(W)elchem Soldaten wäre es einst oder heute zugestanden, in Erfüllung seiner Pflicht nach einem ‚Warum' oder ‚Wofür' zu fragen?" (AUW, S 259.128, WKR 1960)

249 AUW, S 259.67, WKR 1957, 2 f. Der Mythos um den von der reichsdeutschen Presse propagandistisch überhöhten, erfolglosen Durchbruchsversuch deutscher Truppen am 10. November 1914 wird von Burschenschaftern bis heute weitergesponnen, hatten sich doch unter jenen Soldaten, die mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in den feindlichen Kugelhagel gelaufen sein sollen, viele Studenten befunden. So trägt das 1933 eingeweihte ‚Gefallenen-Ehrenmal' der DB beim zentralen Burschenschaftsdenkmal in Eisenach den Beinamen ‚Langemarck-Ehrenmal' (vgl. dazu aus kritisch-burschenschaftlicher Sicht Lönnecker 2005) und wurde der Linzer ‚Burschenschafterturm' mit einem entsprechenden Fresko ausgestattet.

250 AUW, S 259.70, Alemannia/Oö. Germanen 1967, 2.

251 AUW, S 259.68, WKR 1953, 2.

252 AUW, S 259.67, WKR 1958, 4. Vgl. auch AUW, S 259.68, WKR 1953, 1; AUW, S 259.63, Albia 1955, 1; AUW, S 259.67, WKR 1958, 3 f.; AUW, S 259.131, Gothia 1961, 3; AUW, S 259.144, Aldania/VDSt Sudetia 1964, 1; AUW, S 259.159, Bruna Sudetia 1966, 1; AUW, S 259.158, Gothia 1972, 2.

Gesetz, Gehorsam und treue Kameradschaft waren ihre Stärke“[253]; in ihrem „Opfergang“ hätten sie „ihr Mannestum (…) bewiesen“[254]; und glücklich schätzen könne sich ein Volk,

> dessen Söhne bereit sind, sein Leben zu verteidigen. Wehe dem Volke, das (…) nur der Ruhe, dem Wohlstand [sic] und Frieden leben möchte. Wenn es aber heißt zu den Waffen zu greifen, dann wird dieser Kampf und dieses Bemühen eine gerechte und gute Sache sein, für die es sich lohnt, einzutreten.[255]

Dieses Zitat macht die moralische Selbstgenügsamkeit des Wehrgedankens deutlich: In dieser Logik hat jeder Waffengang als gut und rechtens zu gelten, der unter Anrufung von ‚Volk‘ und ‚Vaterland‘ vonstattengeht. Eine objektive Funktion (und wohl der nicht unwesentlichste Zweck) der Würdigung erwähnter Sekundärtugenden bestand somit darin, den Tod im Rock von Wehrmacht oder SS zu entpolitisieren, indem man ihn von den Kriegs- und Vernichtungszielen entkontextualisierte, für die die NS-Führung ihre Truppen aufmarschieren ließ, und dabei unterschlug, dass nicht wenige Burschenschafter diese Absichten aus Überzeugung geteilt hatten. Auf dieser Ebene konnte burschenschaftliche Gedenkpolitik, wie noch zu zeigen sein wird, sich mit katholisch-verbindungsstudentischer Gedenkpraxis treffen und problemlos das Placet konservativer Rektoren finden.

Eine abgeschwächte Variation dieser – mithin auch durch die Vorab-Zensur der Redetexte geförderten – gedenkpolitischen Entpolitisierung bestand darin, dem Lob der Tugendhaftigkeit der gefallenen Burschenschafter nähere Angaben zu jenen ‚höheren Werten‘ beizustellen, für die sie den Tod in Kauf genommen hätten (und damit ihre Darstellung als nationalsozialistische Überzeugungstäter zurückzuweisen, ohne die Selbstzweckhaftigkeit ihres ‚Opfers‘ zu behaupten). Die Liste jener Werte und hehren Ziele, für die Burschenschafter im Zweiten oder beiden Weltkrieg(en) gekämpft haben und gefallen sein sollen, umfasst u. a. „Freiheit, Ehre, Vaterland!“[256], „Volk, Vaterland und Heimat“[257] oder „friedliche Verhältnisse in Europa“.[258] Biswei-

253 AUW, S 259.67, WKR 1957, 2.

254 AUW, S 259.131, Gothia 1961, 3.

255 AUW, S 259.158, Gothia 1972, 1. Vgl. auch AUW, S 259.67, WKR 1957, 3.

256 AUW, S 259.63, Albia 1955, 2. Nur *Vaterland:* AUW, S 259.67, WKR 1957, 2. Nur *Freiheit:* AUW, S 259.63, Albia 1955, 1 und AUW, S 259.67, WKR 1957, 1; nur *Ehre:* AUW, S 259.63, Albia 1955, 1. Vgl. dazu Peitlers Bemerkung über die Uniform, „die wir als das graue Ehrenkleid bezeichneten und (…) mit voller Überzeugung auch heute noch so nennen!“ (AUW, S 259.67, WKR 1958, 4, Herv. i. O.).

257 AUW, S 259.67, WKR 1958, 1; fast ident AUW, S 259.67, WKR 1957, 3. Nur *Heimat* und *Volk:* AUW, S 259.128, WKR 1960; AUW, S 259.143, WKR 1963, 1; AUW, S 259.70, Alemannia/Oö. Germanen 1967, 1; nur *Volk* und *Vaterland:* AUW, S 259.144, Aldania/VDSt Sudetia 1964, 1 sowie AUW, S 259.158, Gothia 1972; *Volk* und *Land:* AUW, S 259.158, Gothia 1966, 2.

258 AUW, S 259.70, Alemannia/Oö. Germanen 1967, 2.

len berufen die Redner sich auch schlicht (und diffus) auf „entscheidende ethische Werte“ oder „die hohen sittlichen Ziele unseres volklichen Daseins“.[259] Wenngleich im burschenschaftlichen Denken die Verbundenheit mit dem ‚Vaterland‘ als ‚natürlich‘ und das ‚Volk‘ als überhistorische Kategorie (und beides somit als weder hinterfragbar noch begründenswert) gilt, handelt es sich dabei freilich um höchst politische Kategorien, wie schon der DB-interne Streit um ihre Auslegung (und deren politische Konsequenzen) zeigt. Der politische Charakter eines „‚Decorum est pro patria mori‘“[260] wird spätestens offenbar, wenn damit der selbstaufopfernde Einsatz im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gerechtfertigt, ja geradezu verklärt wird. Sehr plastisch macht dies folgendes Zitat, in dem sich gleich mehrere der in diesem Kapitel erwähnten argumentativen Manöver konzentriert finden: Wie für jeden tapferen Soldaten gelte demnach auch für jenen

> im grauen Rock der deutschen Wehrmacht, dass seine über alle Kritik erhabene, hervorragende soldatische Leistung, nicht aus einem verbohrten, ideologischen Fanatismus und Hurrapatriotismus, sondern aus echter Heimatliebe, Pflichtgefühl und einer natürlichen Wehrgesinnung mit idealistischem Schwung gewachsen ist.[261]

Dieses Zitat muss in seiner entpolitisierenden (rassistische, imperialistische u.Ä. Motive der Handelnden leugnenden) Stoßrichtung als für burschenschaftliche Gedenkreden typisch, als weniger typisch dagegen in seiner eher defensiven Grundhaltung gelten. Nationalsozialistische Ideologie und Zielsetzungen werden darin nicht offen bejaht, je nach Lesart sogar kritisiert; gleichzeitig bezeugt die Aussage, dass diese sich offenbar allzu reibungslos mit burschenschaftlichen Werten in Deckung bringen ließen, ohne dass dieser Umstand in irgendeiner Weise problematisiert würde.

Die Kongruenz burschenschaftlicher und nationalsozialistischer Ideologie wird besonders deutlich dort, wo der Kriegseinsatz als nicht bloß soldatische, Männer- oder allgemein völkische Pflicht, sondern als spezifisch burschenschaftliches Gebot dargestellt wird – als gleichsam konsequente Fortsetzung burschenschaftlicher Arbeit mit anderen Mitteln. „(W)ie sie einst Mütze und Band in Ehren getragen hatten, trugen sie [die gefallenen Korporierten, Anm. B.W.] jetzt in Ehren den Stahlhelm“, hieß es in diesem Sinne beim Heldengedenken des WKR 1958.[262] Die in den Korporationen vermittelte „Erziehung zur Bundesbrüderlichkeit“ habe die Voraussetzung geschaffen, „dass sie in Kameradschaft und Treue ihren Soldateneid hielten – bis zuletzt“.[263] In

259 Ebd., 1 bzw. AUW, S 259.67, WKR 1957, 3.
260 AUW, S 259.67, WKR 1957, 3.
261 AUW, S 259.158, Gothia 1966, 2.
262 AUW, S 259.67, WKR 1958, 2.
263 Ebd., 4.

ihrem Kriegstod seien die völkischen Verbindungsstudenten „ihren Jugendidealen" – „Ehre, Freiheit, Vaterland" –, den Farben ihrer Verbindung sowie auch ihrer Hochschule „treu geblieben".[264] Hierin wird deutlich, dass das zumindest konformistische Verhalten von Burschenschaftern im Krieg in vollstem Einklang mit den in Österreich gültigen burschenschaftlichen Erwartungshaltungen an den Einzelnen stand. Auch 1963 beschrieb der WKR-Redner die Kriegsteilnahme von Korporierten – durchaus nachvollziehbar – als Verwirklichung der Inhalte des verbindungsstudentischen Liedgutes: „Wenn es gilt für's Vaterland, treu die Klinge in die Hand, dann heraus mit mut'gem Sang, wär' es auch zum letzten Gang."[265] Wollte man diese Kompatibilität nicht allzu offen zutage treten lassen (oder weigerte man sich, sie sich einzugestehen), bot sich die Behauptung einer ‚Verführung' der Burschenschafter durch den Nationalsozialismus an: Dieser habe ihnen die Erfüllung ihrer Ideale verheißen, sie darum jedoch betrogen und somit zu Opfern ihres eigenen Idealismus gemacht. Tatsächlich taucht diese Rechfertigungsfigur in den im Universitätsarchiv verfügbaren Gedenkreden – anders als in diversen Bundchroniken – kaum auf.[266]

Die Berufung auf Werte und vorgeblich unpolitische Ideale als Motive der Burschenschafter im Kriegseinsatz mag primär dem Wunsch geschuldet gewesen sein, der verstorbenen Bundes- und Waffenbrüder in ehrender Weise gedenken zu können, ohne den Nationalsozialismus offen zu verherrlichen. Die zu diesem Zweck vorgenommene Deutung ihres Dienstes in Wehrmacht und SS als bewundernswertes Engagement für hehre Ziele geriet jedoch, ungeachtet der Motivlage im Einzelfall, unweigerlich zum Rechtfertigungs- und Entlastungsmanöver für den Nationalsozialismus selbst.

Gedenken als Suche nach und Stiftung von Sinn

Über die Absicht hinaus, den gefallenen Kameraden Anerkennung zu zollen, sind die hier behandelten burschenschaftlichen Gedenkreden von dem Wunsch getragen, deren Sterben Sinn zu verleihen. Dabei handelte es sich, zumal mit zunehmender Ferne der Kriegsjahre, um mehr als eine klassische Strategie der Trauerbewältigung. In der Verarbeitung der NS-Ära stand nicht mehr und nicht weniger als das burschenschaftliche Selbstbild auf kollektiver wie auch auf individueller Ebene auf dem Spiel: War es recht gewesen, unter nazideutscher Fahne in den Tod zu gehen, entlastete dies auch – und vor allem – die meist kriegserprobten Redner selbst und viele ihrer Zuhörer von etwaigen dahin gehenden Zweifeln? Die Botschaft wiederum, dass das Sterben der Bundes-

264 Ebd., 5. Die Bemerkung, wonach die Korporierten im Soldatentod auch ihre Sponsions- und Promotionsschwüre eingelöst hätten, wurde dagegen händisch aus dem Manuskript gestrichen.

265 Zit. in AUW, S 259.143, WKR 1963, 1. Diese Verse entstammen dem (auch in katholischen Kreisen gesungenen) Studentenlied-Klassiker ‚*Burschen heraus!*'

266 Eine Ausnahme bildet AUW, S 259.134, WATV 1962.

brüder im Zeichen zeitloser Ideale geschehen sei, bekräftigte diese Ideale, somit auch die Daseinsberechtigung der Burschenschaften nach 1945 und die Sozialisationsleistungen, die sie den ihnen neu Beigetretenen angedeihen ließen. Die Gedenkreden erweisen sich in dieser Perspektive (und durchaus genretypisch) als Selbstgespräche und Anrufung der (Über-)Lebenden zum Zwecke der Identitätsstiftung – gerade auch auf dem weltanschaulich brüchigen Grund der Nachkriegsjahre. Die Anwesenden wurden auf ihrem Weg bestärkt und gleichzeitig versichert, dass auch sie Ehrungen zu erwarten hätten, sollten sie diesen einst ‚zu Ende gehen' müssen.

Den Eindruck der Sinnlosigkeit bzw. Widersinnigkeit des Einsatzes und Todes im (überdies verlorenen) Aggressionskrieg – und damit auch der Unhaltbarkeit jener Ideale, für die dabei angeblich eingestanden worden war – versuchten die Redner einerseits, wie schon gezeigt, durch die demonstrative Beschwörung eben jener Ideale zu widerlegen. Eine andere, offen politische Möglichkeit der Sinnstiftung bestand im Rückgriff auf ‚revisionistische' Argumentation. In diesem Fall verlief die Begründung der Sinnhaftigkeit des Kriegseinsatzes über historische Rechtfertigungen des nationalsozialistischen Waffengangs, indem die deutsche Verantwortung für den Kriegsausbruch zurückgewiesen oder relativiert wurde. Als gängigster Ansatzpunkt dienten dabei erneut die Pariser Vorortverträge, die dem Deutschen Reich seinen Angriffskrieg im Sinne einer Korrektur historischen ‚Unrechts' gleichsam aufgezwungen hätten.[267] Nur selten wurde dagegen der Sinn des Sterbens in einem Auftrag erblickt, „zu ringen um den Frieden der Welt". Wo doch, konnte auch der Friedenswunsch in ‚revisionistischer' Verbrämung auftreten: Nie wieder möge es einen Krieg geben, so Dieter Groiss an die *Gothen* 1972, „welcher zum Schutz unserer Heimat geführt werden muß" – so als sei dies zwischen 1939 und 1945 der Fall gewesen.[268]

Weit häufiger erkannten Redner den eigentlichen Sinn des Todes ihrer Kameraden in dem Beispiel, das diese damit gegeben hätten: Es liege demnach an den Überlebenden, „dem Opfer der Gefallenen (…) Sinn (zu) geben", indem sie sich an diesen ein Beispiel nähmen.[269] „Unser Dank kann nur in der Tat und Gesinnung liegen, der unermesslichen Opfer an Gut und Blut immerfort wertzubleiben."[270] Darunter konnte

267 Vgl. etwa AUW, S 259.67, WKR 1958, 2 oder AUW, S 259.70, Alemannia/Oö. Germanen 1967, 2.

268 AUW, S 259.131, Gothia 1961, 3 bzw. AUW, S 259.158, Gothia 1972, 2. Vgl. zur Darstellung des Krieges als Mahnung zum Frieden auch die Gedenkrede des FPÖ-Nationalrats Helmuth Josseck *(Olympia)* am Tag der Freiheitlichen Akademiker 1978 (gehalten im Linzer ‚Burschenschafterturm' und wiedergegeben in der *Aula* Nr. 11/1978, 1). Als ein zweiter Ausdruck gedenkpolitischer Modernisierung in Jossecks Rede ist eine Umschreibung der Kriegsopfer zu verzeichnen, die zwar die Opfer des Nationalsozialismus nicht explizit nennt, aber zumindest die Möglichkeit eröffnet, sie – neben gefallenen Wehrmachtssoldaten, volksdeutschen Vertriebenen oder in deutschen Städten ausgebombten Frauen und Kindern – mitzudenken.

269 AUW, S 259.68, WKR 1953, 2; vgl. auch AUW, S 259.63, Albia 1955, 1 f. und S 259.67, WKR 1958, 1.

270 AUW, S 259.67, WKR 1957, 4.

nun schlicht verstanden werden, „Haltung" und „Würde" zu zeigen.[271] Die Erhebung der Verstorbenen zu Vorbildern konnte jedoch auch deutlicher als konservativer Auftrag an nachfolgende Generationen ausgelegt werden: als Aufgabe, „in Treue zu Heimat, Volk und Vaterland zu stehen"[272], oder als Mahnung, „den Glauben zu bewahren (…) an die Idee, die unseren Bund zusammenhält".[273] Für die zum 100. Stiftungsfest 1960 versammelten *Liberten* gelobte Hans Hamscha gar, das „Erbe" der verstorbenen Bundesbrüder „rein und unverfälscht zu erhalten und es auch der Jugend zu übergeben, wenn wir abberufen werden".[274]

Reform als Abkehr von der bisherigen Überlieferung burschenschaftlicher Theorie und Praxis erschien vor diesem Hintergrund als Frevel am Andenken der verstorbenen Gesinnungsfreunde. Diese Botschaft, deren Adressatinnen wohl vor allem die jüngeren, selbst nicht im Krieg gestandenen Burschenschaftergenerationen waren, kann als ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die weltanschauliche und politische Erstarrung der Burschenschaften im Österreich der Zweiten Republik angesehen werden. Gleiches gilt für die autosuggestive, identitätsstiftende Stoßrichtung der Gedenkfeiern, die etwaige Selbstzweifel in Bezug auf die eigene (individuelle und kollektive) Biographie der Teilnehmenden beseitigen sollte. Die Feiern halfen zum einen, den nach 1945 eingeschlagenen Kurs des ‚Weiter wie bisher' zu definieren und zu verstetigen. Zum anderen verstärkte die in ihrem Rahmen betriebene Sinnsuche die ohnehin vorhandene Tendenz zur auch nachträglichen Legitimierung des Nationalsozialismus: nicht nur dem Sterben seiner Krieger, sondern auch ihm selbst wurde dadurch Sinn verliehen.

Die Tradition der Totengedenken am ‚Siegfriedskopf' endete, soweit es den WKR betrifft, 1996 mit einem Politikwechsel des Rektorats.[275] Ab dem Folgejahr – nach An-

---

271 AUW, S 259.63, WKR 1953, 2.

272 AUW, S 259.67, WKR 1957, 4.

273 AUW, S 259.159, Bruna Sudetia 1966, 1.

274 Zit. n. Libertas 1967, 239.

275 Der jüngste (zugängliche) Antrag im Universitätsarchiv datiert von 1992 und betrifft eine Kranzniederlegung durch *Gothia* Wien (genehmigt per Schreiben von Rektor Alfred Ebenbauer vom 11.5.1992, AUW, S 259.158); im selben Jahr hielten auch die *Oberösterreicher Germanen* eine solche Veranstaltung ab (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 180). Der erwähnte Politikwechsel führte in der Ära Ebenbauer nach Verhandlungen zwischen Rektorat und WKR zu einer Kompromisslösung: Der wöchentliche ‚Farbenbummel' musste auf die Rampe des Universitätshauptgebäudes ausweichen, auch Totengedenken waren fortan in selbigem nicht mehr vorgesehen. Nach dem Amtsantritt von Rektor Georg Winckler (2000/2001) fühlten sich die WKR-Bünde an dieses Ergebnis ihrer Verhandlungen mit dessen Vor-Vorgänger nicht mehr gebunden und kehrten mehrfach in Farben in die Aula zurück (mündliche Auskunft des Rektors im Ebenbauer/Winckler-Interregnum, Wolfgang Greisenegger, vom 16.2.2012). 2006 wurde der ‚Siegfriedskopf' im Zuge seiner Verlegung in den Arkadenhof durch künstlerische Umgestaltung sowie zeithistorische Kontextualisierung für Zwecke der ‚Heldenehrung' nach österreichisch-burschenschaftlicher Art tendenziell unbrauchbar gemacht (vgl. Ruttner 2009).

gabe des WKR-Vorsitzenden aber ohne kausalen Zusammenhang[276] – veranstaltete der WKR ein jährliches Totengedenken zum 8. Mai. Die Wahl dieses Datums bzw. Anlasses belegt die Kontinuität (wenn nicht gar ideologische Verschärfung) in der Betrachtung des Nationalsozialismus von völkisch-verbindungsstudentischer Seite: Der Tag der Beendigung des deutschen Aggressionskrieges wird hier nach wie vor als ‚Tag der totalen Niederlage', das symbolische Enddatum des nationalsozialistischen Terrors nach innen und des Leidens der in Lagern und Gefängnissen Internierten als ein Tag der Trauer begangen. Der Aspekt der Zerschlagung völkischer Träume von deutscher Größe und ‚Einheit' prägt aufgrund des Primats des Völkischen im burschenschaftlichen Weltbild (vgl. Kapitel III.7.1) nach wie vor den burschenschaftlichen Blick auf den Ausgang des Zweiten Weltkrieges – und dementsprechend auch die burschenschaftliche Gedenkpolitik. Dem Aspekt des Gedenkens als geschichtspolitische Intervention wird in Kapitel IV.2.3 näher nachgegangen.

Dass die Gedenkpraxis der Burschenschaften in Österreich auch abseits universitären Geländes den bislang nachgezeichneten Linien folgte, lässt sich anhand der in Abschnitt II.5.1 schon erwähnten Festrede Wolfgang Peitlers am 100. Stiftungsfest der Wiener *Liberten* 1960 illustrieren. Der Bundchronik zufolge führte Peitler aus, dass „die überwältigende Mehrheit" der eigenen Alten Herren sich „aus Überzeugung" dem Nationalsozialismus zugewandt habe. Bei Peitler gerät diese Eingliederung aus Überzeugung – und die Pionierrolle, die Burschenschafter dabei für die nationalsozialistische Sache leisteten – jedoch nicht zur Begründung historischer Verantwortlichkeit, sondern zum Ausweis besonderen Idealismus, denn beigetreten seien die Bundesbrüder der Bewegung „in einer Zeit in der dies nur Nachteile und Gefahren gebracht hat". Man habe sich vom Nationalsozialismus „die Verwirklichung der großdeutschen Ideale" versprochen und sei zudem „durch eine wesensfremde Diktatur" – den Austrofaschismus – „bedrückt" gewesen. Der Hinweis, „daß unser Tun und Handeln, ob als richtig oder falsch angesehen, stets von echtem Idealismus getragen worden" sei, soll es, ungeachtet seines Inhalts und Zwecks, als tugendhaft erscheinen lassen.[277] Die Frage, ob an den Idealen selbst zu rühren sei, die schnurstracks in die braunen Bataillone führten, spart Peitler wie schon sein Bundesbruder Berka aus. Wenn Ideale jedoch als unhinterfragbar gelten und ihre Verfolgung als notwendig ehrenwert, kann daraus resultierendes Handeln nicht verurteilt, sondern muss vielmehr gewürdigt werden. In Rechnung zu stellen ist hier, dass Peitlers Rede aufgrund ihres Anlasses – der hundertsten Geburtstagsfeier seines Bundes – von vornherein, und stärker noch als herkömmliche Gedenkreden, auf die Stiftung und Bestärkung kol-

276 Elektronische Auskunft von Diether Podgorschek (Grenzlandsmannschaft *Cimbria* Wien) vom 24.2.2012.

277 Paraphrasiert in Libertas 1967, 253 f.

lektiver Identität angelegt war; von der Möglichkeit, diesem Auftrag über kritische Selbstbeschau und darauf basierende Visionen für die Zukunft des Bundes gerecht zu werden, sah Peitler allerdings ab und setzte stattdessen auf die erprobten Manöver der Geschichtsfälschung und der Apologie.

Exkurs: Zur Spezifik burschenschaftlicher Vergangenheitsbewältigung in Österreich

Im Sinne der Vermeidung einer ahistorischen Betrachtungsweise erscheint es mir zweckmäßig, dem burschenschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich die Gedenkpraxen anderer zeitgenössischer Akteure gegenüberzustellen. Dafür ziehe ich im Rahmen dieses Exkurses zum einen die katholischen Korporationen heran und werfe zum anderen zwei Streiflichter auf nicht-verbindungsstudentisches akademisches Gedenken.

Auch katholische Verbindungen hielten Toten- bzw. Gefallenenehrungen am ‚Siegfriedskopf' der Universität Wien ab. Selbst die von Nichtkorporierten getragene *Freie Österreichische Studentenschaft* (FÖSt) – als vergleichsweise fortschrittliche, gegen die Vorherrschaft der Korporationen in der katholisch orientierten StudentInnenschaft gegründete Vereinigung – wollte 1949 eine „Heldengedenkfeier" veranstalten, die jedoch vom Rektorat „aus höheren Rücksichten" nicht genehmigt wurde.[278] Als nach eigener Darstellung erste Korporation überhaupt konnte die ÖCV-Verbindung *Nordgau* im Juni 1950 eine solche Feier in der Universitätsaula durchführen.[279]

Die Redetexte der katholischen Gedenkfeiern ähneln jenen der burschenschaftlichen zum Teil, gleichzeitig spiegeln sie aber auch die Unterschiede im Erleben des Nationalsozialismus durch völkische und katholische Korporierte wieder. Dies lässt sich anhand einer Rede *Marco-Danubias* zeigen: Auch hier wird der gefallenen Bundesbrüder gedacht, auch hier firmieren sie als „Helden", auch hier will man das Werk der Toten in deren Sinne fortführen und beschwört den Bund als Lebens-, ja als „über den Tod hinausreich(ende)" Gemeinschaft; allerdings wird auch an Bundesbrüder erinnert, die in Konzentrationslagern starben (wenn auch in einem Atemzug mit den ‚im Feld Verbliebenen').[280] Dass die katholischen Verbindungen auch solche Todes-

278 AUW, S 259.105, Flugblatt der FÖSt vom 31.10.1949. Vgl. zur FÖSt Forster 1984, 14–17 und 50–55.

279 AUW, S 259.106, K.Ö.H.V. Nordgau 1955, 1. Ein Zusammenhang mit dem Umstand, dass ihr Bundesbruder Heinrich Drimmel zu diesem Zeitpunkt als Sekretär des Unterrichtsministers (und ÖCVers) Felix Hurdes amtierte, ist nicht ausgeschlossen. Jedenfalls 1955 wohnte Drimmel – inzwischen selbst Minister – der „Heldengedenkfeier" seiner *Nordgau* persönlich bei (ebd.). Zum fraktionsübergreifenden, aber mit teils unterschiedlichen Anliegen verbundenen Brauch der Totengedenken in der Universitätsaula während der Nachkriegszeit vgl. Huber 2009, 229 f.

280 AUW, S 259.117, K.A.V. Marco-Danubia 1958, 1.

opfer zu beklagen hatten, trug wohl dazu bei, dass die Erörterung des Werts soldatischer ‚Pflichterfüllung' und ‚Opferbereitschaft' bei ihnen geringeren Raum einnahm.

Für inhaltliche Varianz auch innerhalb des katholischen Lagers spricht die Rede *Nordgaus* von 1955: Auf einer Linie mit den ‚Schlagenden' erinnert der Redner dieser Verbindung, die der Historiker Reinhold Knoll dem „katholisch-nationalen Flügel" des ÖCV zuordnet[281], dass „die ‚Sieger im Unendlichen (…) immer wieder die Verlierer im Endlichen'" seien[282]. Auch hier bekennt man sich dazu, „die Opfer, die das Vaterland von uns verlangt, freudigen Herzens auf uns zu nehmen und sie als Ehrenpflicht erfüllen zu wollen" – wobei mit ‚Vaterland' in diesem Fall Österreich gemeint ist.[283] Dennoch wird auch der Kampf unter dem Banner NS-Deutschlands vom Redner als ‚Pflichterfüllung' „bis zum letzten Atemzug" gewürdigt – nicht obwohl, sondern gerade auch weil die Protagonisten dabei teilweise gegen ihre eigene Überzeugung handelten.[284] In derselben Logik werden das NS-Regime und sein „mörderische(r) Vernichtungskrieg" zwar kritisiert[285], die in ebendiesem Krieg gefallenen Bundesbrüder aber zu Vorbildern in Sachen Unbeugsamkeit und Einsatzbereitschaft für „Recht und Wahrheit" geadelt: Sie hätten schließlich Österreich im Herzen getragen, während sie in den Reihen der NS-Truppen ihre ‚Pflicht' erfüllten.[286] In Summe überwiegen bei *Nordgau* die inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit der zuvor beschriebenen burschenschaftlichen Gedenkpraxis gegenüber den Differenzen, zumal auf der Ebene abstrakter Werthaltungen (soldatische Tugenden, Nationalismus).

Die Gedenkpraxen sowohl der völkischen wie auch der katholischen Verbindungen sind gleichwohl auch im Kontext des allgemeinen politischen Klimas an den österreichischen Hochschulen zu sehen. In diesem Zusammenhang kann darauf verwiesen werden, dass auch die Jubiläumsfeiern der Wiener Universität (600 Jahre) und Technischen Hochschule (150 Jahre) im Jahr 1965 nicht ohne ‚Totenehrungen' als Teil der offiziellen Festprogramme vonstattengingen.[287] Erstgenannte Feier fand – in der Diktion des von der Universität Wien vorgelegten Festberichts – am „Ehrenmal für die gefallenen Helden der Universität" (dem ‚Siegfriedskopf') statt und wurde gemäß korporationsstudentischem Proporz sowohl von der katholischen Sängerschaft *Waltharia* als auch von ihrem deutschnationalen Widerpart *Barden* musikalisch umrahmt.[288] Gedacht wurde dabei zwar allgemein der „Verstorbenen der Wiener Universität", Rek-

281 Interview vom 21.4.2010.
282 AUW, S 259.106, Nordgau 1955, 1.
283 Ebd., 6.
284 Ebd., 2.
285 Vgl. ebd., 1–3 (Zitat: 2).
286 Ebd., 3.
287 Vgl. dazu Universität Wien 1965, 106–108 sowie zur TH Sequenz 1966 und 1967.
288 Universität Wien 1965, 108 bzw. 106.

tor Karl Fellinger hob in seiner Rede jedoch das dankende Andenken an jene besonders hervor, die „in den letzten großen Sterbezeiten, den beiden letzten Kriegen, von uns gegangen sind".[289] Eine nähere Differenzierung – etwa zwischen dem studentischen SS-Totenkopfmann und dem christlichsozialen Professor, den dieser im KZ erschlug – wurde vom Rektor nicht für nötig befunden. Sein Hinweis, dass zur Zeit des Nationalsozialismus Menschen nicht nur „auf den Schlachtfeldern" und „unter Bombenangriffen", sondern „auch (…) in menschlicher Entwürdigung in Konzentrationslagern, in rassischen, religiösen und sonstigen Verfolgungen aller Art ihr Leben geben mußten", kann vor diesem Hintergrund als Ausdruck (konservativ-)gedenkpolitischer Sensibilität auf der Höhe der damaligen Zeit eingestuft werden.[290] Seine Ableitung für Gegenwart und Zukunft erkannte Fellinger in einer „Mahnung" zur gewaltfreien Konfliktlösung, zur „echten Humanitas" und zur Inachtnahme vor Fanatismus.[291]

Für die TH Wien hielt Professor und Burschenschafter Heinrich Sequenz (*Eisen* Wien/Leoben) die Rede im Rahmen eines Fackelzuges, der nicht etwa vom WKR, sondern von der Hochschule selbst ausgerichtet worden war.[292] Sowohl die Wahl des Redners (Sequenz war in den Kriegsjahren NS-Dozentenbundführer und Rektor der TH gewesen) als auch der Gedenkform in Kombination mit dem Datum (8.11.) ist in gedenkpolitischer Hinsicht als bemerkenswert einzustufen. Tags darauf, am Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, bestand der unfreiwillige Beitrag der TH in einer Gedenkfeier nicht etwa für die Opfer des Nationalsozialismus oder jedenfalls alle toten Universitätsangehörigen, sondern – der *Arbeiter-Zeitung* zufolge – für jene „Professoren und Studenten (…), die während der beiden Weltkriege fielen". Diese erhielten eine neue Gedenktafel gewidmet, vor der Garde-Soldaten des Bundesheeres „neben chargierten Studenten" Wache hielten.[293]

Angesichts dieses gedenkpolitischen Umfeldes vermag der in diesem Kapitel beschriebene burschenschaftliche Modus der Vergangenheitsbewältigung nicht zu verwundern. In teilweise scharfem Kontrast dazu (wie in weiten Teilen auch zur Haltung anderer völkischer Korporationstypen in Österreich[294]) gelang es vielen bundesdeutschen Bünden, den Nationalsozialismus nach 1945 unzweideutig als Irrweg einzustufen,

289 Ebd., 106 bzw. 107.

290 Ebd., 107. Inwieweit Fellingers Rede von dem „großen Opfer (…), das wie jedes Opfer zur Reinigung und zur Vollendung führt" als Versuch zu werten ist, nicht nur dem Krieg, sondern auch dem übrigen Vernichtungswerk der Nationalsozialisten Sinn abzuringen, sei an dieser Stelle offengelassen.

291 Ebd.

292 Vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 9.11.1965, 5.

293 *Arbeiter-Zeitung* vom 10.11.1965, 4.

294 Ein Vergleich der Gedenkreden solcher Verbindungen im Universitätsarchiv mit jenen von Burschenschaften ergibt weitgehende Übereinstimmungen in Inhalt und Stil. Vgl. AUW, S 259.108, Corps Hellas 1955; AUW, S 259.99, VDSt Sudetia 1959; AUW, S 259.39, Saxonia 1960. Tendenziell als Ausnahme zu bezeichnen ist die schon erwähnte Rede der Turnerschafter des WATV 1962 (AUW, S 259.134), in

Fehler der Burschenschaften auf dem Weg dorthin einzugestehen und daraus Konsequenzen für ihr politisches Denken und Handeln in der Nachkriegsgegenwart abzuleiten, etwa hinsichtlich der Bestimmung des ‚Vaterlandes' (das nun in Ablösung des imperialen Traums aus dem *‚Lied der Deutschen'* mit der BRD gleichgesetzt wurde) oder einer kategorischen Zurückweisung des Antisemitismus.[295] Als ein wichtiger Erklärungsfaktor für diesen Unterschied ist zum Ersten das unterschiedliche gesellschaftliche Umfeld in der BRD anzusehen, die auf offizieller Ebene nach 1945 gedenkpolitisch auf eine Strategie der offensiven Verantwortungsübernahme anstelle der österreichischen Selbstexkulpation setzte. Ebenso wichtig erscheint allerdings der Umstand, dass die reichsdeutschen Burschenschafter sich weniger geschlossen als die Österreicher der NS-Bewegung angeschlossen hatten und teilweise sogar im organisierten Widerstand aktiv gewesen waren.[296] Dies eröffnete den bundesdeutschen Burschenschaftern nach 1945 die Möglichkeit, sich in die Kontinuität einer burschenschaftlichen Traditionslinie zu stellen, die nicht oder jedenfalls in geringerem Maße durch den Nationalsozialismus belastet war.

II.5.4 Die Feldpost-Anthologie der *Oberösterreicher Germanen* (1967)

In diesem und dem folgenden Abschnitt steht eine häufig – und auch im Rahmen des vorliegenden Werkes – als für österreichische Verhältnisse vergleichsweise ‚liberal' vorgestellte Burschenschaft im Mittelpunkt: die *Oberösterreicher Germanen in Wien*. 1967, anlässlich ihres 100. Stiftungsfestes erschien der erste Teil ihrer (nur dem internen, d. h. bundesbrüderlichen Gebrauch zugedachten) Chronik. Der hohe Stellenwert des Krieges für die burschenschaftliche Identitätsbildung nach 1945 wird darin schon in rein quantitativer Hinsicht deutlich: Rund ein Drittel des gesamten, 100 Jahre abdeckenden chronikalischen Teils der Schrift wird sechs bestimmten Jahren gewidmet – noch dazu solchen, in denen die Burschenschaft gar nicht als solche, sondern als *Kameradschaft ‚Stefan Fadinger'* bestand: den Jahren 1939 bis 1945. Den Großteil dieser rund fünfzig Seiten füllen Auszüge aus Feldpostbriefen der eingerückten *Obergermanen*[297], die bereits im Krieg von einem Alten Herrn gesammelt und in Form eines Mitteilungsblat-

der auf eine Rechtfertigung des Krieges verzichtet, der Nationalsozialismus recht eindeutig verworfen und die korporierten Gefallenen als Verführte dargestellt werden.

295 Zu den DB-internen Kontroversen um den ‚Vaterlandsbegriff' vgl. Kuhn 2002, 83, 99–101 und 115–120. Zur Frage des Antisemitismus in der DB aus einer burschenschaftlichen Perspektive vgl. Kaupp 2004 (hier v. a.: 13 zur Nachkriegszeit).

296 Vgl. Kaupp 1997.

297 Diese Kurzform ist sowohl in burschenschaftlichen Kreisen gebräuchlich als auch als Eigenbezeichnung gängig, wie u. a. in der URL der bundeigenen Website (www.obergermanen.at) zum Ausdruck kommt.

tes zwischen 1940 und vermutlich 1944 an die Bundesbrüder im Fronteinsatz und im Hinterland verschickt worden waren.[298]

Begründet wird die so raumgreifende Wiedergabe der Soldatenbriefe zum einen damit, dass so „das Vermächtnis" der nicht Heimgekehrten erfüllt werde.[299] Zum anderen gilt der Kriegstod unter deutscher Flagge (gleich unter welcher) den Machern der Chronik als ultimative Krönung eines konsequenten Burschenschafterlebens, was die Briefe zu schriftlichen Zeugnissen „für die Bewährung unserer Germania in der schwersten Zeit im Einsatz für Volk und Heimat" macht.[300] Was dabei unter ‚Bewährung' verstanden wurde, machen Inhalt und Stil der abgedruckten Briefe deutlich: die tatkräftige, klag- und kritiklose Mitwirkung am nationalsozialistischen Vernichtungskrieg. Die Beteiligung von *Germanen* an militärischen Erfolgen von Wehrmacht und SS sowie individuelle Beförderungen und Auszeichnungen werden stolz als Leistungen rapportiert, die (offenbar auch in der Wiedergabe der Briefe anno 1967) den Lesern Respekt und Anerkennung abnötigen sollen.[301] Dahinter steht keineswegs eine Einschätzung des Kriegseinsatzes als eines ‚unpolitischen', gleichsam unter ‚handwerklichen' Gesichtspunkten zu beurteilenden Unterfangens. Nicht nur die Grußformeln („Sieg Heil 1941!", „Sieg Heil 1942", „Sieg Heil Dir und allen Bundesbrüdern")[302] zeugen von voller Identifikation mit den militärischen Unternehmungen Nazideutschlands. Nirgendwo in den Briefen klingt der leiseste Anflug von Zweifel an der Richtigkeit der ganzen Unternehmung durch.[303]

Dies muss freilich nicht in allen Fällen von ebenso bruchloser innerer Zustimmung und Begeisterung zeugen. Vielmehr dürfte auch die Einschätzung der Erwartungshal-

---

298 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 72.

299 Ebd., 73.

300 Ebd., 6.

301 Vgl. dazu auch die Festschrift *Aldanias* von 1984, die pauschal eine „Würdigung der Leistung, die sich unsere Mitglieder im Kampf um Volk, Heimat und Freiheit in den beiden Weltkriegen erworben" ausspricht und, „(s)tellvertretend für die vielen Auszeichnungen, die sich Aldanen wahrlich erkämpften", die von Hermann Göring unterzeichnete Verleihungsurkunde eines Deutschen Kreuzes in Gold an einen Bundesbruder ganzseitig faksimiliert abdruckt (Aldania 1984, 47 f.).

302 Ebd., 75, 82 f., 93.

303 Auch Kriegsverbrechen kommen in den brieflichen Darstellungen – oder jedenfalls in den abgedruckten Auszügen daraus – nicht oder höchstens andeutungsweise („schon den ganzen Tag wurden spionverdächtige [sic] Zivilisten und halbwüchsige Burschen eingefangen", ebd., 77) vor. Das gilt auch für die Frontberichte in sämtlichen anderen hier untersuchten burschenschaftlichen Quellen – höchstenfalls ist darin die Rede von nicht näher spezifizierten Verfehlungen, die von ungenannten Akteuren an unklaren Orten begangen worden seien. Eine dezidiert burschenschaftliche Beteiligung an solchen Taten wird dabei – im Einklang mit *Libertas'* Erzählung von den ‚unbefleckten Händen' – niemals eingestanden: „(D)er eine oder andere von uns (…) hatte Gelegenheit, unmenschliches [sic] in der Behandlung von Ostjuden zu sehen, was ihn als ehrlichen Kämpfer aufs höchste anwiderte, ja erschütterte" (Teutonia 1968, 99). Sowohl hierüber als auch allgemeiner von einer „erniedrigende(n) Behandlung" der Zivilbevölkerung „im Osten" weiß einzig der *Teutonen*-Chronist Mühlwerth zu berichten (ebd., 100).

tung der Bundesbrüder die Schreibhaltung der burschenschaftlichen Frontsoldaten beeinflusst haben – wie generell solche Einschätzungen auch für die Gedenkpraxis nach 1945 eine wichtige Rolle gespielt haben dürften: Die wechselseitige Vermutung, dass die jeweils anderen ein Abrücken von den Vorkriegspositionen nicht goutieren würden, mag die Realisierung etwaig vorhandener selbstkritischer Potenziale hintangehalten haben. Die Feldpost der *Obergermanen* lässt jedenfalls wenig Zweifel, dass man mit affirmativen Äußerungen zum Kriege auf allseitiges Einverständnis rechnete, während Regungen von Zweifel und Widerspruch, falls überhaupt vorhanden, zumindest als unsagbar galten.

Dieser Umstand ist unter den Bedingungen von Krieg und totalitärer Herrschaft wenig verwunderlich, wenn auch die in den Briefen zum Ausdruck kommende Überzeugung und Begeisterung weit über jenes Maß hinauszugehen scheint, das zur Vermeidung bundinterner oder anderweitiger Sanktionen erforderlich gewesen wäre. Hervorhebenswert erscheint unter dem Gesichtspunkt der Vergangenheitsbewältigung allerdings, wie ungebrochen und unkritisch die damalige Begeisterung noch 22 Jahre nach Kriegsende reproduziert wurde. Obwohl die Briefe nicht unkommentiert, sondern in zeithistorisch kontextualisierter Form wiedergegeben werden, unterbleibt jegliche distanzierende Anmerkung. Klage wird lediglich über die „unverhältnismäßig hohe(n) und schwere(n) Opfer" geführt, die der Krieg in den eigenen Reihen gefordert habe.[304] Offenbar konnte der Autor der Rahmenhandlung auch 1967 noch darauf zählen, mit einer solchen Darstellung die Zustimmung der Bundesbrüder zu finden, und war auch in der Zweiten Republik innerbündische soziale Sanktion eher für Kritik an nationalsozialistischer Politik und der burschenschaftlichen Rolle darin zu gewärtigen als für eine Kriegsberichterstattung im Stile der ‚Deutschen Wochenschau'.[305]

Exkurs: Die Sprache der Vergangenheit

Die Schwierigkeiten von Burschenschaftern aus Österreich, sich in kritische Distanz zu den Verhältnissen zwischen 1938 und 1945 zu setzen, fand mitunter auch in Äußerungen Ausdruck, die jene Zeit gar nicht zum Gegenstand hatten. So war der Gebrauch

304 Ebd., 123.

305 Die Gestaltung des Chronikteils über die Kriegsjahre trug unzweifelhaft die Handschrift des Mannes, in dessen Hände sie gelegt wurde: Franz Mayrhofer war in den Kriegsjahren „für das Schulungsamt der Gauleitung" tätig gewesen und hatte sich das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse erworben (Oberösterreicher Germanen 1967, 220). Die Chronik insgesamt war allerdings das Kollektivwerk eines mehrköpfigen Ausschusses, die inhaltliche Verantwortung trug AH Walter Khünl-Brady (vgl. ebd., 4–6 und 193). Eine gewisse zusätzliche Repräsentativität verleiht Mayrhofers Zugang der Umstand, dass er nach dem Krieg der *Vereinigung alter Burschenschafter* Oberösterreich als Obmann vorsaß, was für seine hohe Akzeptanz (und nicht etwa Marginalisiertheit) in burschenschaftlichen Kreisen spricht (ebd., 220).

der Begriffe ,reichsdeutsch', ,Reichsdeutsche' oder ,Deutsches Reich' (jeweils, wie auch in allen folgend angeführten Fällen, ohne Anführungszeichen) zur Bezeichnung der BRD [sic], ihrer Bevölkerung und/oder der dortigen Burschenschafter noch lange nach Kriegsende gängig.[306] *Aldania* benannte noch in ihrer Festschrift von 1984 ihre Dependance in der Bundesrepublik als „Reichsgruppe Aldanen"; der Leiter dieser Gruppe hatte jedenfalls noch 1957 die Funktionsbezeichnung „Reichsbeauftragte(r)" innegehabt.[307] Andere Beispiele umfassen die Rede von Internierungslagern des Ständestaates oder der Alliierten nach Kriegsende als ,KZ'[308], der Gebrauch der Bezeichnungen ,Ostmark', ,Ostmärker' oder ,ostmärkisch' im Kontext der II. österreichischen Republik[309], Bezugnahmen auf Hitler als ,Führer'[310] oder der SüdtirolerInnen als „Volksgenossen südlich vom Brenner"[311]. Besonders aussagekräftig erscheint die ständige Umschreibung des Kriegsendes als ,Zusammenbruch'[312], legt sie doch beredtes Zeugnis ab vom Grad der burschenschaftlichen Identifikation mit dem NS-Staat (oder zumindest den politischen Realitäten, die er geschaffen hatte). Nicht nur dieser Staat war im Mai 1945 zusammengebrochen, sondern mit ihm auch der „Traum (…) vom großen Reiche aller Deutschen"[313] als realistische politische Perspektive und somit das Kernprojekt der Burschenschaften Österreichs seit ihrer Gründung.

Sprechakte wie die eben angeführten können als bloßer Ausdruck von Gewohnheit verstanden werden. Vor dem Hintergrund der vielfach persönlichen Involvierung der Sprechenden bzw. Schreibenden in die damit angerufene Vergangenheit und des zumindest bei manchen von ihnen manifest vorhandenen Wunsches zur (Wieder-)Herstellung der sprachlich beschworenen Zustände lassen sie sich jedoch auch als performative Akte im Sinne Judith Butlers fassen: Das Reden in großdeutschen Begriffen soll, im Angesicht des ,Zusammenbruchs' und der prekären Lage selbst des großdeutschen Gedankens unter den Bedingungen von Staatsvertrag und staatstragender Nationsideologie, die zumindest geistige Fortexistenz des Reiches dem Sprechenden/Schreibenden selbst und seinem Publikum bekräftigen. Dies illustriert eindrücklich

---

306 Vgl. u.a.: Robert Zimmermann *(Silesia)* in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 11/1956, 269 f.; BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 12; BAK, DB 9, DB 5637, Zimmermann 1957, 2; BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Alemannia) vom November 1958, 6; BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 5; Teutonia 1968, u.a. 96, 105; Aldania 1994, 170. Letztere Quelle bezeichnet die BRD wörtlich als „Westzone des Deutschen Reiches".

307 Aldania 1984, 31 bzw. Aldania 1994, 173, Abb. 176.

308 Vgl. z.B. Alemannia 1962, 19 bzw. 55.

309 Vgl. z.B. Teutonia 1968, 105 f.

310 Vgl. ebd., 97.

311 PBW, Berka 1964, 17.

312 Vgl. z.B. Alemannia 1962, 2 und 21 f., Aldania 1994, 155, Oberösterreicher Germanen 1967, 126.

313 *Aula* Nr. 7–8/1971, 22.

ein allgemeines Merkmal des Sprechens über ‚Volk' und ‚Nation': Der Sprechakt selbst bringt erst hervor, was er als Vorgefundenes behauptet.

Die Stuttgarter *Alemannen* sahen sich vom nostalgischen Jargon mancher Verbandsbrüder zu einem Antrag am DB-Burschentag 1975 veranlasst, wonach die DB sich „zur Orientierung an den politischen Gegebenheiten" entschließen möge, d.h.: zur „Übernahme des amtlichen und rechtsgültigen Sprachgebrauchs (…) in sämtlichen offiziellen Verlautbarungen und Stellungnahmen". Eine fortgesetzte Anwendung von Begriffen wie ‚Deutsches Reich' oder ‚Reichshauptstadt Berlin' „auf die heutige Zeit" berge „die Gefahr eines Abgleitens in politische Träumerei und Schwärmerei".[314] Der Antrag blieb allerdings erfolglos – nicht zuletzt, da die österreichischen Bünde geschlossen gegen ihn stimmten.[315]

II.5.5 Generationenverhältnis zwischen Konflikt und Konformismus

Die bisherigen Ausführungen dieses Kapitels könnten den Eindruck nahelegen, dass Burschenschafts-intern keinerlei Debatten über den Umgang mit der NS-Vergangenheit stattfanden und nach dem Krieg aktiv gewordene Generationen entsprechende Positionierungen einfach von der ‚Erlebnisgeneration' übernommen hätten. Dies entspricht allerdings nicht den Tatsachen, wenngleich die vorliegenden Quellen nur zwei Beispiele für kritische Interventionen vonseiten des burschenschaftlichen Nachwuchses bereithalten. Sie belegen nicht nur die Existenz entsprechender Debatten (die aller Wahrscheinlichkeit nach auch in anderen Bünden und Zusammenhängen geführt wurden), sondern zeigen auch, wie solche Vorstöße von den Weltkriegsveteranen aufgenommen wurden. Zumindest andeutungsweise vermitteln sie überdies einen Eindruck davon, wie Corpsgeist, Lebensbundprinzip und die Autorität des Alters letztlich die Oberhand über rebellische Regungen behalten und Ansätze von Debatten in allseitigem Harmoniebedürfnis aufgelöst werden konnten.

Germania *Innsbruck (1960er-Jahre)*

Der erste Fall ist jener der Innsbrucker *Germanen*. 1964 macht ihr Alter Herr Gerstner sich im internen Mitteilungsblatt für einen Ausbau der Bundbibliothek stark, um die Jungen gegen „Geschichtsfälschung" und die „Propaganda der Sieger" zu immunisieren.[316] Als Beispiele für geeignete, „ernst zu nehmende" historische Literatur nennt er

314 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 38.
315 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1975, 30 f. und 42 f.
316 *Germanenmitteilungen*, Juli 1964, 7 f.

Peter Kleist, Erich Kern, Helmut Sündermann, David L. Hoggan, Harry Elmer Barnes und Peter H. Nicoll – und damit ein ‚Who is who' des frühen (großteils ‚altnazistischen') ‚Revisionismus'.[317] Einige Ausgaben später ist den *Germanenmitteilungen* der bisherige Bibliotheksbestand zu entnehmen – darunter Werke von Kern *(‚Opfergang eines Volkes', ‚Verbrechen am Deutschen Volk. Eine Dokumentation alliierter Grausamkeiten'),* Nicoll *(‚Englands Krieg gegen Deutschland')* und Hoggan *(‚Der erzwungene Krieg').* Die Alten Herren werden um weitere Geld- und Buchspenden gebeten.[318] Diese treffen auch ein: Die März-Ausgabe 1965 meldet als Neuzugänge u.a. Werke von Sündermann, Ilse Heß (Ehefrau von Rudolf) und Herbert Böhme.[319] *Germanen*-Sprecher Wolf-Dieter Steinbach dankt: „Wir werden diese Bücher bei unserer zukünftigen burschenschaftlichen Arbeit sicher gut verwenden können."[320]

Im Oktober vermeldet der inzwischen zum ‚Bücherwart' bestellte Aktive Sigurd Scheichl, dass die Bibliothek „Verteidigungsschriften über den Nationalsozialismus und über die Kriegsschuldfrage von 1939 (…) in reichem Ausmaß" aufweise. „Was uns nach wie vor fehlt, sind Werke über ideologische Fragen, die vom Nationalsozialismus in stärkerem Maße unabhängig sind."[321] Man möge doch, so Scheichl ein halbes Jahr später in einem erneuten Vorstoß, „um der Auseinandersetzung willen, auch einige Werke von (…) kritischerem Standpunkt einstellen". Als „wichtige Ausnahme" von den vorhandenen „Werke(n) über den Nationalsozialismus, die diesen zu rechtfertigen versuchen",

317 Vgl. ebd., 7. Kleist war SS-Obersturmbannführer und hochrangiger Beamter im ‚Ostministerium' unter Alfred Rosenberg sowie im Stab ‚Stellvertreter des Führers' gewesen, nach 1945 war er als rechtsextremer Publizist u.a. für die Zeitschrift *Nation Europa* tätig (vgl. Klee 2007, Personenlexikon, 315) und Mitbegründer der rechtsextremen *Gesellschaft für freie Publizistik* (GfP). Kern, eigentlich Kernmayer, hatte es u.a. zum SS-Sturmbannführer und zum Gaupresseamtsleiter Wien gebracht, nach 1945 engagierte auch er sich für die GfP sowie für die NPD und co-initiierte die *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS* (vgl. DÖW 1993, 456; Klee 2009, Kulturlexikon, 273). Sündermann war SS-Obersturmbannführer, stv. Reichspressechef, Hauptamtsleiter der NSDAP und nach 1945 Vorsitzender des rechtsextremen *Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes* (DKEG), Mitbegründer von *Nation Europa* sowie des *Druffel-Verlags* (vgl. Klee 2007, Personenlexikon, 615f.). Bei Hoggan, Barnes und Nicoll handelt es sich um Pioniere des rechtsextremen ‚Revisionismus' nach 1945, die – gerade aufgrund ihrer Herkunft aus Ländern der ‚Siegermächte' und ihrer scheinwissenschaftlichen Argumentationsweise – bis heute in neonazistischen Kreisen als beliebte Kronzeugen für die Leugnung oder Relativierung der deutschen Kriegsschuld und/oder der NS-Verbrechen gelten.

318 Vgl. die *Germanenmitteilungen,* Dezember 1964, 3.

319 *Germanenmitteilungen,* März 1965, 3f. Böhme war Leiter der ‚Fachschaft Lyrik' in der Reichsschrifttumskammer und ein führender poetischer Propagandist des Regimes; nach 1945 begründete er das DKEG, leitete den *Türmer-Verlag* und gehörte der GfP an (vgl. Klee 2007, Personenlexikon, 59f.). 1969 referierte Böhme im Rahmen einer burschenschaftlichen ‚Feierstunde' im großen Festsaal der Universität Wien (vgl. AUW, S 259.166, Festfolge zur „Feier des 110jährigen Bestandes der Deutschen Burschenschaft in Österreich" und des 86. Stiftungsfestes von Vandalia Wien).

320 *Germanenmitteilungen,* März 1965, 4.

321 *Germanenmitteilungen,* Oktober 1965, 6.

nennt Scheichl bemerkenswerter Weise die ‚*Erzbischofsschrift*' von Hans Grimm, die vom deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz „zu den wichtigsten frühen Schriften zur Entschuldigung und Rechtfertigung des Nationalsozialismus" gerechnet wird.[322] Beachtenswert ist diese Episode zum einen aufgrund des Einblicks, den sie in das Feld der burschenschaftlichen (Selbst-)Bildungsarbeit in zeitgeschichtlichen Belangen bietet. Insofern kein Anhaltspunkt darauf hindeutet, dass die Bibliotheken anderer österreichischer Bünde zu jener Zeit eine prononciert unterschiedliche Sortierung aufgewiesen hätten, unterstreicht der *Germanen*-Bestand das burschenschaftliche Bedürfnis, die Jahre 1938 bis 1945 mit ihrem Selbstbild der ‚reinen Hände' und historischen ‚Unbeflecktheit' in Einklang zu bringen, und sei es auch um den Preis der Realitätsverweigerung.

Da Scheichls Anregung – jedenfalls in den *Germanenmitteilungen* – kein weiteres Echo fand, ist der durch die Episode vermittelte Erkenntnisgewinn über das Generationenverhältnis im Rahmen burschenschaftlicher Vergangenheitsbewältigung enden wollend. Anders Scheichls nächster Vorstoß, der hohe Wellen im Bund und darüber hinaus schlug: seine Rede am Tag der freiheitlichen Akademiker in Linz 1966.[323] Scheichl, zu diesem Zeitpunkt 24 Jahre alt, kritisiert darin u.a., dass im ‚freiheitlichen' Lager keine Grundsatzdebatten geführt würden – „und das im Angesicht der Katastrophen, in die der Nationalismus in diesem Jahrhundert Europa zweimal gestürzt hat!"[324] Die nationalsozialistische Erfahrung habe burschenschaftliche Ideale zwar nicht obsolet gemacht, müsse aber „auch uns hellhörig machen" für die Gefahren eines Missbrauchs und „einseitige(r) Überbetonung des nationalen Gedankens".[325] Wenn auch Scheichl den Nationalismus insgesamt (und nicht spezifisch den deutschen) für beide Weltkriege verantwortlich macht und die Verurteilung nationalsozialistischer Verbrechen im selben Atemzug durch den Verweis auf das Verhalten anderer relativiert[326], ist zu bedenken, dass er vor einem Auditorium sprach, bei dem selbstkritische Reflexionen auf wenig Gegenliebe zu stoßen versprachen, was Scheichl zu taktischer Argumentation veranlasst haben könnte.

---

322 *Germanenmitteilungen,* April 1966, 11 bzw. BVT 2001, 22. Vgl. zu Grimm auch Klee 2009 (Kulturlexikon), 179. Die Einschätzung Scheichls (der später der *Grazer Autorenversammlung* angehören und als Germanist u.a. zu Antisemitismus in der Literatur forschen sollte) gründete vermutlich in dem Umstand, dass Grimm sich in diesem Werk an der Rehabilitierung der NS-Ideologie über ihre Loslösung von der Person Hitlers versucht.

323 Der Redetext findet sich abgedruckt in den *Germanenmitteilungen* vom März 1967, 6–19.

324 Ebd., 8.

325 Rede, 10f.

326 Vgl. dazu auch Scheichls Rede vor dem Innsbrucker DC 1964, in der er in ähnlicher Weise die Unmöglichkeit eines ‚Weiter wie bisher' argumentiert hatte: Der Zweite Weltkrieg habe „immerhin zu Katyn, Auschwitz, Dresden geführt" (*Germanenmitteilungen,* Juni 1964, 8–12, hier: 10). Katyn verweist auf das im russischen Dorf Katyn 1940 verübte sowjetische Massaker an polnischen Gefangenen, Dresden auf die Bombardierung der Elbmetropole durch britische und US-amerikanische Verbände im Februar 1945.

Ungeachtet solcher Erwägungen rief seine Rede starken Widerhall – „von heftigster Ablehnung bis zu begeisterter Zustimmung" – hervor.[327] Im eigenen Bund habe es, „von einigen älteren Herren abgesehen, keine besonders heftigen Reaktionen gegeben".[328] Scheichl musste seine Thesen auf einem Generalconvent näher erläutern; diese Versammlung gelangte zu dem Schluss, dass die Rede „in keinem Punkte an der traditionellen Einstellung der B! Germania und (…) den Grundsätzen der volkstreuen Bevölkerung Österreichs Kritik beinhaltet" hätte.[329] Der Antrag eines Alten Herrn, Scheichl „(w)egen öffentlicher Verunehrung [sic] wesentlicher Grundlagen unseres Lebensbundes" aus der Verbindung auszuschließen, blieb erfolglos.[330] Scheichl selbst hat die Diskussion bzw. „deren Niveau (…) in angenehmer Erinnerung"; es sei dabei „auch von Alten Herren verhaltene Zustimmung" deponiert worden, „von Aktiven und Inaktiven sowieso".[331]

Scheichls Bericht und der dokumentierte Ausgang der Diskussion vermitteln zwiespältige Eindrücke: Einerseits „verpuffte" seine kalkulierte Provokation[332], andererseits wurde sie aber auch nicht sanktioniert; einerseits zeugt die am Generalconvent erzielte Kompromissformel mehr von Harmoniebedürfnis als von tief gehender inhaltlicher Auseinandersetzung[333], andererseits konnte der Kritiker auf die Unterstützung jedenfalls weiter Teile der Jungen und selbst von Teilen der Alten Herren zählen. Dass Konfliktscheue und „(S)tolz auf einen Bundesbruder (…), der eine Diskussion [mit Wirkung über die eigene Verbindung hinaus, Anm. B.W.] ausgelöst hat"[334], den glimpflichen Ausgang der Kontroverse beeinflusst haben mögen, tut dem Umstand keinen Abbruch, dass Kritik bei den *Germanen* offenkundig geäußert werden konnte. Inwieweit sie inhaltlich angenommen wurde (und somit nachhaltige Wirkung entfaltete), bleibt fraglich. Sichtbare Konsequenzen unterblieben, soweit aufgrund der Quellenlage feststellbar, sowohl nach außen hin als auch im internen Schrifttum, sowohl auf Ebene des Einzelbundes als auch auf jener der Burschenschaften in Österreich insgesamt. Dennoch belegt der Fall, dass Letztere (auch) in Fragen der Vergangenheitsbewältigung kein Monolith waren und – zumindest auf Einzelbundebene und während

---

327 *Germanenmitteilungen,* Dezember 1966, 4 f. Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel III.5.3.

328 E-Mail von Sigurd Scheichl an den Verf. vom 10.2.2012.

329 PBW, Rundschreiben von Sprecher Helfried Fussenegger an die Mitglieder der Germania vom Juli 1967, 10; vgl. auch ebd., 7 sowie PBW, Rundschreiben von Sprecher Carl Grisson an die Germanen vom 5.6.1967, 1 f.

330 Zit. in PBW, Rundschreiben von Carl Grisson an seine Bundesbrüder vom 16.5.1967, 1.

331 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 10.2.2012.

332 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 11.2.2012.

333 Scheichl mutmaßt „ex post", die moderate Reaktion der älteren Generation könnte dadurch motiviert gewesen sein, „einen allzu scharfen Konflikt mit den jüngeren Bundesbrüdern [zu] vermeiden" (E-Mail vom 10.2.2012).

334 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 11.2.2012.

einer Phase der Öffnung zwischen etwa 1965 und 1975 – durchaus „Bereitschaft (bestand), abweichende Meinungen für diskussionswürdig zu halten".[335] In dieser Phase deutet sich auch erstmals ein Generationenkonflikt an, dessen offener Ausbruch aber (wie auch in späteren Fällen) unterblieb. Der Sängerschafter Friedhelm Frischenschlager, der zu jener Zeit studierte, erwähnt, dass die „Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit" unter deutschnationalen Korporierten seiner Generation „eine große Rolle gespielt" habe. Sie sei von einer Haltung der „Loyalität zur Kriegsgeneration" geprägt gewesen, welche die (moderaten) Verbindungsstudenten vom Nationalsozialismus als solchem abzuspalten versucht hätten.[336] Die Loyalität zog sich durch verschiedene Ebenen: In der Familie galt sie den Vätern, in der Korporation – entsprechend dem Lebensbundprinzip – den Alten Herren, in der (Freiheitlichen) Partei – auf der Basis von Corpsgeist bzw. Lagerbewusstsein – der Gründergeneration.

Nichtsdestotrotz waren unterschiedliche Standpunkte Scheichl zufolge sogar auf Funktionärsebene anzutreffen: So war jener Innsbrucker *Germane,* der ihn als Redner nach Linz eingeladen hatte und „mit der Provokation einverstanden war" – Wolfgang Lindinger – zu jener Zeit Obmann der Linzer Ortsgruppe des *Freiheitlichen Akademikerverbandes.*[337] Selbst *Aula*-Schriftleiter Adalbert Aigner (*Germania* Graz) habe Mitte der 1960er-Jahre „zu später Stunde in kleinem Kreis darüber Klage geführt, er dürfe nicht einmal eine Teilschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg erwähnen". Damit habe er sich gegen die „ideologische Tyrannei der in den *Akademikerverbänden* maßgebenden Dr. Timmel (Corps Hilaritas, dann Saxonia [beide Wien, Anm. B.W.]) und Dr. Hanss (Burschenschaft Arminia-Graz)" gewandt.[338] Folgt man dieser Darstellung, so konnte selbst der Inhaber eines für das völkische Korporationswesen in Österreich

335 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 10.2.2012. Scheichl weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt seiner Rede auch im RFS Aufbruchstimmung herrschte und auf Ebene der Korporationen erstmals über eine Reform der Ehrenordnungen diskutiert wurde (E-Mail vom 11.2.2012).

336 Interview vom 11.12.2009. Frischenschlager wirkte zwischen 1983 und 1986 als Verteidigungsminister für die FPÖ und beteiligte sich 1993 an der Abspaltung des *Liberalen Forums* (LiF) aus selbiger.

337 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 10.2.2012.

338 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 11.2.2012. Roland Timmel war langjähriger Obmann des *Freiheitlichen Akademikerverbandes* für Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Karl Hanss (in den Quellen tlw. auch als „Hanß" geführt) übte selbige Funktion für den steirischen FAV aus. Eine plastische Vorstellung von Hanss' Weltsicht vermittelt sein Beitrag zur DB-‚Geschichtsbild'-Diskussion, der an die *Burschenschaftlichen Blätter* gesandt, von diesen aber nicht veröffentlicht worden war. Der FAV-Funktionär wertet darin die bloße Existenz einer solchen Debatte als Indiz dafür, dass „sogar in burschenschaftlichen Kreisen schon jene überstaatlichen Mächte Einfluß gewinnen, deren Wirken wir, wie wir heute wissen, die Auslösung der beiden Weltkriege mit dem ausdrücklichen Ziel der Vernichtung des deutschen Volkes als gefährlichsten Wettbewerbers und noch gefährlicheren Trägers des faustischen Erkenntnisdranges zu danken haben. Dieselben Mächte sind nun an der Arbeit, unseren Geist möglichst zu verwirren, um Uneinigkeit und Zwietracht zu schaffen und uns so leichter endgültig erledigen zu können." (*Kartellnachrichten* Nr. 10/1957 [August], 7)

zentralen Amtes ein gewisses Maß an (wie auch immer artikulierter) Diskrepanz zum nach außen hin wahrnehmbaren burschenschaftlichen Geschichtsbild aufweisen und war auch innerhalb der *politischen Klasse unter Burschenschaftern* ein relevantes Machtgefälle in Belangen der Politikformulierung zu verzeichnen.[339] Dass die tonangebenden Akteure auf bundübergreifender Ebene wie auch in den (meisten) Einzelbünden den „‚Unbedingten'"[340] zuzurechnen waren, kann sowohl das von den Burschenschaften Österreichs nach außen vermittelte Bild der Erstarrung als auch den traditionstreuen Konformismus im Inneren zum Teil erklären.

Oberösterreicher Germanen in Wien *(1980er-Jahre)*

Rund 17 Jahre nach Scheichls Rede, in der zweiten Jahreshälfte 1983, wurde die bundinterne Harmonie der *Oberösterreicher Germanen* von einer Kontroverse um die Beurteilung des Nationalsozialismus erschüttert. Auslöser war ein Artikel des damals 34-jährigen ‚Alten Herrn' und Mittelschullehrers Josef Pasteiner im bundinternen Mitteilungsblatt *(‚Bundesblätter')* aus Anlass des 45. Jahrestages des ‚Anschlusses'.[341] Für (österreichisch-) burschenschaftliche Verhältnisse verkündete Pasteiner, gestützt auf Aussagen Hitlers, Himmlers und Alfred Rosenbergs, Unerhörtes: Die „materialistische Rassentheorie" sei „die einzige Säule der NS-Ideologie" gewesen; Hitler habe von Beginn an für den ‚Raum im Osten' auf die „Vernichtung aller Slawen" abgezielt; daraus resultiere „die alleinige Kriegsschuld" des Deutschen Reiches.[342] So unnachvollziehbar die dieser Darstellung eigentümliche Ausblendung des Antisemitismus als Kern nationalsozialistischer Weltanschauung ist, so bemerkenswert ist auch, dass Pasteiner dem (anti-slawischen) Rassismus einen solch zentralen Stellenwert zuerkennt. In aller Regel pflegen burschenschaftliche Quellen aus Österreich diesen Aspekt zu ignorieren, in ihm (wie auch im Antisemitismus) keinesfalls den Kern, sondern eher ein untergeordnetes Motiv nationalsozialistischer Politik zu erblicken und in der ‚Kriegsschuldfrage' wenn nicht zu einer Leugnung, so doch zu einer Relativierung der deutschen Verantwortlichkeit zu gelangen.

Ungeachtet des Rufes der *Obergermanen* als (für österreichische Verhältnisse) aufgeschlossener und moderater Bund löste Pasteiners Artikel verbindungsintern größe-

339 Als *Aula*-Schriftleiter verfügte Aigner grundsätzlich über beträchtliche Möglichkeiten, die Bandbreite des völkisch-verbindungsstudentischen Meinungsbildes im Sinne sanktionsfrei *sagbarer* Meinungen nach innen und nach außen hin zu regulieren – war dabei aber dem Anschein nach selbst Kontrolle unterworfen. Zum Konzept der *politischen Klasse unter Burschenschaftern* vgl. Kapitel III.2.2.

340 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 11.2.2012.

341 Zur Diskussion vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 116–120.

342 Ebd., 117 (wiedergegeben in Paraphrasen des *Obergermanen*-Chronisten Friedrich Tulzer; eine Anfrage des Verfassers um Erlaubnis zur Einsichtnahme in den Originaltext blieb unbeantwortet, weshalb eine verzerrte Wiedergabe von Pasteiners Thesen nicht ausgeschlossen werden kann).

res Aufsehen aus. Noch die Behandlung der Debatte in der zehn Jahre später erschienenen Verbindungschronik legt nahe, dass der Text weithin auf Ablehnung gestoßen war und wunde Punkte berührt hatte, die es nun, im Rahmen einer Jubiläumsschrift, nicht neu aufzureißen galt. Chronist Tulzer paraphrasiert Pasteiner knapp in vier Sätzen, zitiert aber im Anschluss ausführlich und wörtlich aus den kritischen Reaktionen, die in der Folgenummer der ‚*Bundesblätter*' publiziert worden waren. Darüber hinaus reiht er sich selbst unter die Kritiker ein (und erklärt u. a., dass das deutsche Volk den Rassismus seiner Führung nicht geteilt habe). Pasteiners Position sei keineswegs „repräsentativ für alle jüngeren Bundesbrüder" gewesen, was jedoch die Alten Herren so aufgefasst hätten.[343] Diese beschränkten sich in ihren Stellungnahmen nicht auf die Erörterung historischer Fakten und Fiktionen (etwa hinsichtlich der ‚Kriegsschuldfrage' und Hitlers vermeintlichen Friedenswillens[344]), sondern sahen sich verschiedentlich auch zur Offenlegung ihrer eigenen retrospektiven Bewertung des Nationalsozialismus animiert. Die distanzierenden Stellungnahmen fielen dabei verhalten aus. Besonders plastisch illustriert dies der ‚Beleg', den Tulzer für seine Behauptung anführt, wonach die Debatte gezeigt habe, dass „man dem Dritten Reich (…) keineswegs kritiklos gegenübersteht":

> Das einzig [sic] wirklich Schlechte, Fehlerhafte und auf alle Fälle Überflüssige war die Rassentheorie inklusive der Judenverfolgungen. Aber [sic] auch da kann einer nicht verstehen, wie die Verhältnisse zum Beispiel in Wien waren; ungefähr so wie mit den Türken in Berlin, gegen die man sich auch wehrt, obwohl sie nicht so wie die Juden seinerzeit an den Hebeln der Macht und des Geldes sitzen. Trotzdem, die sogenannten Vernichtungslager sind und bleiben eine Schande für uns. Von ihnen haben wir auch effektiv nichts gewußt.[345]

Nachvollziehbarer erscheint Tulzers Einschätzung, in der Haltung der Altherrenschaft zu Pasteiners Artikel habe „weniger eine eifrige politische Parteinahme" für den NS Ausdruck gefunden als vielmehr „aufrichtige Entrüstung darüber, daß die Zeitgeschichte anders tradiert werde, als sie erlebt worden und tatsächlich geschehen sei".[346] In der Tat wurden im Wege einer zeithistorischen Debatte auch die Biographien der Alten Herren verhandelt und bewertet – jedenfalls in deren eigener Wahrnehmung. Tref-

343 Ebd..

344 Vgl. ebd. sowie 119 f.

345 AH Kurt Bahn, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 118. Bahn hatte im Krieg fünf Jahre lang als Stabsarzt der Wehrmacht gewirkt (vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 222). Jedenfalls im Sommer 1942 war er an der Ostfront in der Ukraine eingesetzt gewesen (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 101). Dass das dortige Wüten der Einsatzgruppen, die Massenerschießungen durch deutsche Einheiten und die Räumung der Ghettos seiner Aufmerksamkeit gänzlich entgangen waren, kann angezweifelt werden.

346 Oberösterreicher Germanen 1994, 117.

fend führte AH Kurt Bahn in seiner schriftlichen Reaktion aus, der Text habe „unter uns Älteren, der betroffenen Erlebnisgeneration, eine gewisse Unruhe und Unsicherheit ausgelöst".[347] Offenbar befürchtete man, sich nun auch noch im Kreise der Bundesbrüder, einem bewährten weltanschaulichen Refugium, den Zumutungen der ‚Vergangenheitsbewältigung' und kritischer Hinterfragung der eigenen Rolle in Kriegs- und Vorkriegszeit stellen zu müssen.[348]

Die Alten Herren reagierten zum einen mit keineswegs hysterischen, wohl aber emotionalen Rechtfertigungsversuchen – weniger (direkt) für den Nationalsozialismus als für die Unterstützung desselben.[349] Die Palette der Argumente enthielt Bekanntes, von der Täter-Opfer-Umkehr bzw. dem Motiv des Betruges durch Hitler[350] über die Anrufung der „höhere(n) ethische(n) Werte", für die die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg gekämpft hätten[351], bis hin zur Leugnung oder Relativierung historischer Fakten. Für Mayrhofer war jedenfalls auch noch anno 1983 „die Zeit für ein abschließendes (…) Urteil über Hitler (…) noch lange nicht gekommen", zumal die Archive der ehemaligen Feindmächte noch unzugänglich seien.[352] Zum anderen mahnten sie, wenn auch unterschiedlich explizit, die Berücksichtigung jenes Prinzips ein, das bislang die ‚Erlebnisgeneration' unbehelligt gelassen, die Bundharmonie erhalten und (in abgeschwächter Form) auch gesamtgesellschaftlich die ‚Vergangenheitsbewältigung' hintangehalten hatte: das Prinzip der Achtung der Altvorderen – zumal der Toten unter ihnen – und eines daraus abgeleiteten Kritikverzichts. Wenn schon nicht die Würde des Alters der lebenden Veteranen, so sollte doch die Würde der Gefallenen aus den eigenen Reihen den kritischen Impetus der Jugend zügeln – diese Auslegung der Idee des ‚Lebensbundes' und von bundesbrüderlicher Treue über den Tod hinaus war unter völkischen Korporationen nach 1945 in Österreich äußerst gängig. Allein schon der Umstand, dass 24 *Obergermanen* „ihren Einsatz mit dem Tode bezahlt" hätten, so AH Mayrhofer in diesem Sinne, „hätte nach meiner Ansicht mehr Ehrfurcht und auch persönliche Rücksichtnahme bei der Behandlung dieses wohl für immer schwierigen Abschnittes der deutschen Geschichte erfor-

347 Zit. ebd., 116.

348 Vgl. dazu Tulzer: „Die Ideologie des Dritten Reiches schien als Thema bisher zwar nicht tabu, Meinungsverschiedenheiten darüber wurden aber nicht so ausgetragen, daß darüber etwaige Quellen existieren." (Ebd., 116)

349 Vgl. ebd., 119.

350 Vgl. AH Hagmüller, ebd., 119, AH Sander, ebd., 118, oder AH Quereder, der es dennoch für angezeigt hält, Hitler „Ehrfurcht" entgegenzubringen (zit. ebd., 120).

351 AH Hagmüller, zit. ebd., 118. Quereder verwahrt sich infolge u.a. „im Namen aller anständigen Angehörigen der Waffen-SS (und das war die weitaus überwiegende Anzahl der Männer)" gegen Insinuationen einer Schuldhaftigkeit, welche „diese tapfere und disziplinierte Truppe nicht verdient" habe (ebd., 120).

352 Zit. ebd., 118. Auch AH Hagmüller meldete nachdrücklich Zweifel an der Richtigkeit vorherrschender Darstellungen über den Nationalsozialismus an (vgl. ebd.).

dert". AH Sander hielt Pasteiners Artikel „für pietätlos gegenüber unseren gefallenen Bundesbrüdern" sowie für „taktlos den anderen Bundesbrüdern der entsprechenden Jahrgänge gegenüber, die entehrt, beschimpft, gemaßregelt usw. worden sind", getäuscht worden seien und nach 1945 mühsam „den geistigen, ideellen und reellen Boden" wieder hätten finden müssen.[353]

Letztere Aussage macht deutlich, dass die Forderung nach Kritikverzicht gegenüber den Gefallenen von den Überlebenden durchaus auch im Eigeninteresse erhoben wurde[354]: Wenn über das Verhalten Ersterer nicht der Stab gebrochen wurde, so blieben auch Letztere davon verschont. Die Rechtfertigung dessen, wofür Erstere gestorben waren, war zugleich Rechtfertigung dessen, wofür Letztere gekämpft hatten. Wie schon in den Reden der ‚Heldengedenken' wurden auch am Andenken der Toten die Vergangenheit der Lebenden und letztlich das innerbündische Generationenverhältnis in der Gegenwart verhandelt. Ebenfalls in Verhandlung stand erneut auch die Legitimität der burschenschaftlichen Idee: Wenn es recht war, für sie unter nationalsozialistischer Fahne zu kämpfen, so hatte der Nationalsozialismus sie auch nicht diskreditiert und konnte die alte Überlieferung auch nach 1945 weitergeführt werden. Erneut wird damit auch deutlich, dass eine Entlastung überzeugter, ja den Kriegsbriefen der *Obergermanen* zufolge teils geradezu fanatischer NS-Krieger ohne (Teil-)Entlastung des Nationalsozialismus selbst nicht zu haben ist – umso weniger, wenn jene gegen Kritik abgeschirmt werden, die „für dieses Reich"[355] (und nicht etwa für abstrakte Ideale wie ‚Ehre' und ‚Freiheit') fielen.

Inwieweit Pasteiners Artikel und die Diskussion um ihn tatsächlich – wie von den Alten Herren wahrgenommen, aber von Tulzer verneint – Ausdruck eines Generationenkonflikts war, lässt sich anhand der *Germanen*-Chronik nicht restlos klären. Letztere liefert allerdings keinen Hinweis darauf, dass Pasteiners Äußerung mehr als der Vorstoß eines Einzelnen gewesen sei. Wenn ein Generationenkonflikt vorlag, so fand er, verglichen mit der bundesdeutschen Situation, um drei Jahrzehnte verspätet statt und blieb in der Austragung verhalten. Diesem Stil der Austragung entsprach auch das Diskussionsergebnis des folgenden Generalkonvents, wonach – jedenfalls im Allgemeinen – „die Linie der Altherrenschaft weitgehend mit jener der Aktiven übereinstimmte".[356] In Summe habe die Debatte, so Tulzer, zwar „einige Wellen geschlagen",

353 Zit. Ebd., 117 f.

354 Daneben spielte auch persönliche Nähe, Ergebnis gemeinsamer Erfahrungen in der Aktivzeit, eine Rolle. Vgl. dazu AH Kurt Bahn, Pasteiners Kritik als kollektive Äußerung der Jüngeren deutend: „(D)ie 24 für dieses Reich gefallenen Bundesbrüder, die ich fast alle sehr gut kannte, wären mit Eurer Lesart sicher nicht einverstanden." (Zit. ebd., 117)

355 Ebd.

356 Ebd., 120. Demzufolge teilten offenbar auch die Aktiven nicht die Position Pasteiners, der ihnen altersmäßig deutlich näherstand als den Kriegsveteranen.

aber „keine schwärenden Wunden“ hinterlassen.[357] Vergleicht man die von Tulzer zitierten Stellungnahmen zum Nationalsozialismus und die Positionierungen und Darstellungsweise des Chronisten selbst mit der gänzlich kritikfreien Feldpost-Dokumentation der Vorgängerchronik von 1967, so wird doch eine gewisse Verschiebung hin zu einer differenzierteren Perspektive auf die Jahre 1938 bis 1945 erkennbar. Dafür spricht auch, dass Pasteiners Position, wenn auch kritisiert, so doch offenkundig toleriert wurde, wie auch der Umstand zeigt, dass Pasteiner im Sommersemester 1985 einen Burschenschaftlichen Abend zum Zweiten Weltkrieg abhalten konnte (an den sich eine Diskussion um die ‚Kriegsschuldfrage‘ anschloss).[358]

Gegen die Annahme einer relevanten Verschiebung spricht allerdings ein ebenfalls 1985 in den *‚Bundesblättern‘* erschienener Artikel von Hartmut Rochowanski.[359] In seiner Begründung, weshalb das 40-jährige Jubiläum des Kriegsendes „kein Grund zum Feiern“ sei, führt dieser u.a. aus, dass „ein verlorener Krieg an sich kein Grund zum Feiern sein kann“ – schon gar nicht „die größte Niederlage in der Geschichte des deutschen Volkes“. Auch habe „das Kriegsziel der Alliierten“ nicht nur in der Niederringung des Nationalsozialismus, sondern vielmehr in der „Vernichtung Deutschlands“ bestanden und würde weiterhin in nicht-militärischer Form – „Teilung, Umerziehung, Entnationalisierung, usw.“ – weiterverfolgt.[360] Nicht nur seien die Alliierten mitschuldig am Ausbruch des Krieges – sie trügen auch die Schuld an seiner unnötigen Verlängerung. Ein angemessenes Gedenken an 1945 müsse „zu einer Anklage gegen die Machthaber seit 1945 werden, die aus dieser Katastrophe nichts gelernt“ hätten.[361] Von einer Anklage gegen den Nationalsozialismus und Lerneffekten auf eigener Seite ist Rochowanski mit diesen Ausführungen denkbar weit entfernt.

Der Umstand, dass diese Ausführungen nicht einem neonazistischen Argumentarium entstammen, sondern dem internen Mitteilungsblatt einer (als ‚moderat‘ geltenden) Burschenschaft, stellt nachdrücklich infrage, ob Pasteiners kritische Intervention von 1983 das Erinnern und die Bewertungen des Nationalsozialismus zumindest im eigenen Bund beeinflussen konnte; dies umso mehr, als Rochowanskis Thesen in einer 1994 erschienenen Chronik dieses Bundes ausführlich wiedergegeben werden, ohne ih-

357 Ebd., 120.

358 Vgl. ebd., 128.

359 Vgl. ebd., 128–131.

360 Zit. ebd., 129 f. Rochowanskis Gleichsetzung der Niederlage des NS-Staats mit einer Niederlage des ‚deutschen Volkes‘ bzw. die darin enthaltene Anerkennung des Ersteren als legitimen Repräsentanten des Letzteren ist für burschenschaftliche Stellungnahmen aus Österreich nicht untypisch. Sie steht allerdings in deutlichem Kontrast zu einer unter bundesdeutschen Burschenschaftern gängigen Argumentation in Tradition der Attentäter vom 20. Juli 1944, wonach das Regime jedenfalls in der Endphase des Krieges gerade nicht die Interessen des deutschen Volkes wahrgenommen, sondern ihnen vielmehr zuwidergehandelt habe.

361 Zit. ebd., 130 f.

nen zumindest eine kritische Bemerkung beizufügen. Vielmehr hält der Chronist dem Autor zugute, er habe sich um „eine differenzierte Betrachtung mit Augenmaß" bemüht.[362] Der Umfang und die Art der Wiedergabe des Rochowanski-Texts in einer (der Bekräftigung kollektiver Bundidentität gewidmeten) Publikation legen nahe, dass es sich um Positionen handelt, die bundintern jedenfalls als Kompromissformeln akzeptabel schienen. Erwähnenswert ist zudem, dass Wissen und Werten des im August 1945 geborenen Rochowanski über den Nationalsozialismus zu einem wohl wesentlichen Teil als Ergebnis seiner burschenschaftlichen Sozialisation anzusehen sind. Ungeachtet dessen bleibt abschließend zu vermerken, dass die 1980er-Jahre den *Obergermanen* offenbar wenig (kurzfristige) Veränderung auf dem Gebiet der Vergangenheitsbewältigung bescherten, sie aber wohl ein bis dato gemiedenes Feld offener betreten ließen als bisher.[363] Ähnliche Diskussionen in anderen Bünden sind, wie eingangs erwähnt, in den verfügbaren Quellen nicht dokumentiert – was freilich ihre Existenz nicht widerlegt.

II.5.6 Vergangenheitsbewältigung um die Jahrtausendwende

(Auch) in puncto ihres Verhaltens zum historischen Nationalsozialismus ist das Beharrungsvermögen der Burschenschaften in Österreich erstaunlich ausgeprägt. Verantwortung für die unter breiter burschenschaftlicher Beteiligung verübten (und durch die Pionierleistung burschenschaftlicher ‚alter Kämpfer' erst mit ermöglichten) nationalsozialistischen Verbrechen wird, trotz eines im Sinne von Traditionsverbundenheit generell hohen burschenschaftlichen Geschichtsbewusstseins, bis heute kaum übernommen. Die Begründung dieser Haltung zeugt von einer fortbestehenden, bemerkenswerten Unbekümmertheit im Umgang mit dem ‚Zivilisationsbruch Auschwitz' und dem deutschen Vernichtungskrieg: „Nach dem schrecklichen Ende des zweiten Weltkrieges erkannte man, dass man wohl niemand für diese Katastrophe mitverantwortlich machen könne, der ehrlichen Herzens ein einiges Deutschland angestrebt hatte."[364]

Indem die Burschenschaften in Österreich sich über Jahrzehnte zu den Fortschritten der geschichtswissenschaftlichen und geschichtspolitischen Diskussion nicht anders als scharf ablehnend oder ignorant zu verhalten wussten, gerieten zumindest Teile von ihnen sukzessive in ein sektiererisches Fahrwasser, das Verrat selbst noch bei engen Gesinnungsfreunden witterte. Einzelne Verbindungen verzichteten zur Vermeidung

362 Ebd., 128.

363 Nach dem Tabubruch von 1983 wurde nicht nur 1985, sondern 1987/88 erneut „(a)n einem Altherren-Abend (…) über ‚Nationalsozialismus und Burschenschaft'" diskutiert, wobei „(e)inige Alte Herren (…) ihre Erlebnisse in jener Zeit" schilderten (ebd., 141). Unklar bleibt, ob dabei kritische Aufarbeitung der eigenen Involvierung betrieben wurde oder eher nostalgisches Erinnern dominierte.

364 So *Stiria* Graz unter http://stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=15&Itemid=17.

schädlicher (modernisierender) Einflüsse nicht nur auf einen Beitritt zur DB, sondern erachteten sogar die Zugehörigkeit zur *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG), einer besonders traditionalistischen Arbeitsgemeinschaft von Burschenschaften in DB und DBÖ, als unvereinbar mit ihrer Überlieferung: Man wäre in der BG, so Gerhard Wirl (*Silesia* Wien, *Arminia Czernowitz* zu Linz) in einem internen Rundschreiben seiner *Arminen,* unweigerlich „auf die Geschichtsbrüche einer ganzen burschenschaftlichen Generation gestoßen".[365]

Die noch ins neue Jahrtausend übernommene burschenschaftliche Weigerung, aus der eigenen Involvierung in den Nationalsozialismus irgendwelche Konsequenzen abzuleiten, lässt sich kaum eindringlicher auf den Punkt bringen, als der *Olympe* Gerhard Schlüsselberger, Jahrgang 1981, es 2009 in den *‚Burschenschaftlichen Blättern'* tat:

> Die Aufforderung ‚Niemals vergessen!' hat ihre vollste Berechtigung dort, wo es um die Errungenschaften unseres Volkes geht. (…) um die Kehrseite der Medaille (also ‚unsere' Verfehlungen) müssen wir uns nicht kümmern, denn die wird uns dankenswerter Weise (…) Tag für Tag von willfährigen Medien und deren Handlangern in Erinnerung gerufen.

Unter der Parole „‚Right or wrong – my country!'" erblickt Schlüsselberger, zum Zeitpunkt der Abfassung seines Artikels auch Sprecher der BG, in den nationalistischen Aufwallungen in Deutschland während der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2006 einen „Anfang (…), um den künstlich aufgeladenen Ballast der ‚Schuld', ‚Scham', ‚Verantwortung' etc. abzuwerfen." Noch habe ihm niemand erklären können, „was denn nun genau die Verantwortung des Deutschen [sic] Volkes gegenüber der restlichen Menschheit sein soll. Meiner Meinung nach ist dies ohnehin sekundär, denn viel entscheidender ist die Frage, was für das Deutsche [sic] Volk gut oder schlecht ist."[366]

Entgegen dieser gewohnten Linien folgenden Demonstration völkischer Ethik meldete sich in der Folgenummer der *‚Burschenschaftlichen Blätter'* Günter Cerwinka (*Allemannia* Graz) zu Wort: Er halte eine Auslagerung der „Reflexion von ‚Verfehlungen'" für falsch; „im Gegenteil: Je ehrlicher und ernsthafter wir uns selbst mit diesen Irrwegen auseinandersetzen, umso eher wird unsere heutige rechtsstaatlich-demokratische Position glaubwürdig sein." Darüber hinaus attestierte Cerwinka seinem Verbandsbruder Schlüsselberger ‚revisionistische' Bedürfnisse sowie die Absicht, „eine kritische Beurteilung der NS-Zeit im Blick auf positive Zeiträume der deutschen Geschichte zu relativieren".[367] Kritische Worte fand im selben Jahr auch Gerhard Pendl *(Oberösterrei-*

365 *Arminenbrief,* (mutmaßlich) SoSe 1995, 3.

366 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2009, 102–104, hier: 103.

367 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/2009, 190.

cher Germanen) in seinem Vorwort zu Martin Grafs Jubiläumsband über „150 Jahre Burschenschaften in Österreich". Der Band sei zu apologetisch geraten, bemängelt Pendl und hält dem gegenüber fest:

> Manche waren über Jahre die Wasserträger einer Gesinnung, die nicht burschenschaftlich war. Daher hat sie auch keinen Platz in unseren Reihen. Wir haben unsere Väter und Brüder zu Recht lange beschützt, die diese Zeit mit ihrem Leben bezahlt haben, haben aber auch andere, die es nicht verdient haben, aus falscher Pietät gedeckt. Wir Burschenschafter selbst haben es uns zuzuschreiben, dass wir in dieser Gesellschaft zu oft Verwirrung hervorrufen und hervorgerufen haben. Jeder Idealismus, der absolut gesetzt wird, droht sich in sein Gegenteil zu verkehren.[368]

Diese Worte überraschen aus dem Munde eines Mannes, der im selben Jahr einem Personenkomitee vorsaß, in dem auch führende Figuren des österreichischen Rechtsextremismus und Neonazismus vertreten waren.[369] Auch fiel die Verehrung des Wehrmachts-'Fliegerasses' Walter Nowotny, der Burschenschafter seit 2003 alljährlich und teilweise Seite an Seite mit Neonazis am Wiener Zentralfriedhof nachgehen, offenbar nicht unter Pendls Begriff von 'falscher Pietät': Er selbst hielt 2006 als Obmann des *Vereins zur Pflege des Grabes [sic] Walter Nowotny* dort die Gedenkrede.[370] Nichtsdestotrotz handelt es sich bei der zitierten Aussage Pendls um eine der wenigen schriftlich niedergelegten, relativierungsfreien Distanzierungen vom Nationalsozialismus wie auch vom in Österreich vorherrschenden burschenschaftlichen Umgang mit diesem. In ähnlicher Weise äußerten sich junge Bundesbrüder Pendls 2010 (im Rahmen der 'Feuerrede' zur Sonnwendfeier von WKR und *Österreichischer Landsmannschaft*[371]) und 2013 im Interview mit der *ZEIT* (vgl. dazu den *Obergermanen*-Exkurs in Kapitel III.4). Weitere Fälle einer ohne das übliche Lavieren zwischen Kritik und Würdigung auskommenden NS-Erinnerung in jüngerer Zeit umfassen verschiedene Stellungnahmen Cerwinkas, eine bemerkenswerte Kommersrede des Linzer *Arminen* Georg Kofler von 2007 und einen kritischen Leserbrief des *Brixen* Jörg Frey an die *Aula* von 2014.[372]

---

368 Pendl 2009, 13 f.

369 Es handelte sich um das Wahlkomitee Andreas Mölzers zur Europawahl 2009, vgl. http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/mai2009/moelzer-komitee-mit-neonazi.

370 Vgl. http://derstandard.at/2657222 (Artikel vom 18.4.2008, ohne Autor/-in).

371 Thomas Thürriedl hatte dort ausgeführt: „Sich vom Nationalsozialismus mit seinen todbringenden Auswüchsen abzugrenzen ist eine Selbstverständlichkeit, und diese Grenze ist nicht fließend. Den eigenen gefallenen Soldaten (…), die mit dem höchsten [sic] im Einsatz für ihr Vaterland bezahlt haben, ein würdiges Andenken zu bewahren, (…) ist ebenso eine Selbstverständlichkeit. Die Fehler der Generation unserer Väter und Großväter zu wiederholen würde diesem Andenken nicht gerecht werden." (AVSt, ÖLM 2011, 6)

372 Vgl. etwa Cerwinka 2009, v.a. 100 u. 110; Kofler 2007; *Aula* Nr. 1/2014, 6.

Wenn diese Beispiele auch belegen, dass es unter Burschenschaftern in Österreich keine einheitliche Form des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gibt, so ist doch unübersehbar, dass der kritisch-selbstreflexive Zugang innerburschenschaftlich nach wie vor einen prekären Stand hat. Ein Beispiel hierfür liefert der von *Arminia Czernowitz* und den oberösterreichischen Sektionen von FAV und VaB organisierte ‚Turmkommers' 2007 in Linz. Die eben erwähnte Rede Georg Koflers wurde ursprünglich auf der Website seiner Verbindung veröffentlicht, aber nach kurzer Zeit wieder von dort entfernt. Im Veranstaltungsbericht der *Aula* wurde auf eine Wiedergabe von Koflers Ausführungen verzichtet, während die gänzlich anders gestrickte, am selben Abend vom FPÖ-Landespolitiker und *Liberten* Hans Achatz gehaltene Rede („Unsere Eltern waren keine Verbrecher") ausführlich referiert wurde.[373] Auch wenn es den Anschein hat, dass kritische Stimmen in den letzten Jahren vermehrt geäußert werden, bleibt Cerwinkas Wunsch, „daß die burschenschaftliche Geschichtsdarstellung mit klaren und glaubwürdigen Aus- und Absagen einen Beitrag leisten könnte zur Entkrampfung des Verhältnisses der Burschenschaft zur übrigen Öffentlichkeit in Österreich mit deren überwiegend negativen [sic] Urteil über sie", auf breiter Basis bis dato unerfüllt.[374] Dass Georg Kofler wenige Jahre nach seiner Kommersintervention den Austritt aus seiner Verbindung erklärte, kann insofern als bezeichnend gelten.

II.5.7 Schlussbetrachtungen

Viele der in diesem Kapitel dargestellten Äußerungsformen von Vergangenheitsbewältigung waren nach 1945 auch in anderen politischen Milieus als dem burschenschaftlichen anzutreffen. Am Fall der Burschenschaften sticht in dieser Perspektive in erster Linie die Konstanz ihrer Positionen und Argumentationsweisen über den Zeitverlauf hervor. „(D)ie Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte – vor allem der Geschichte der Zwischenkriegszeit und bis 1945 – fehlt im nationalen Lager weitgehend. Hier verharrt man in einer Art Festungsposition", konstatierte der Turnerschafter Gernot Stimmer 1997.[375] Als wichtigste Ursachen dieser Haltung lassen sich die Schnittmengen von nationalsozialistischer und burschenschaftlicher Ideologie so-

373 Vgl. *Aula* Nr. 11/2007, 36. Achatz, der vor seinem Wechsel in die Politik als Richter gewirkt hatte, hatte dabei das Verbotsgesetz als „Armutszeugnis für die Demokratie" bezeichnet, welches „den Glauben [sic] an mehr als 60 Jahre zurückliegende Verbrechen" vorschreibe. Weiters hatte er sich – offenbar auf die erfolglosen Versuche von Holocaustleugnern anspielend, Gerichtsverhandlungen zu Propagandaveranstaltungen umzufunktionieren – über „Beweisverbote( )" bei bestimmten „Prozeßthemen" empört (Achatz 2007, 1).

374 Cerwinka 2009, 110.

375 *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7.

wie (intergenerationelle) bundesbrüderliche Loyalität benennen, verstärkt durch eine Beharrungshaltung nach dem neuerlichen, das burschenschaftliche Trauma von 1871 aktualisierenden ‚Ausschluss aus Deutschland'.

Was den erstgenannten Faktor anbelangt, wurde eine ergebnisoffene Auseinandersetzung mit der (nicht zuletzt: eigenen) nationalsozialistischen Vergangenheit durch den Umstand erschwert, dass die aktive und oft begeisterte Teilnahme von Burschenschaftern an den imperialistischen, rassistischen und antisemitischen Projekten Nazideutschlands burschenschaftlichen Ideen (jedenfalls in deren in Österreich ab etwa 1880 vorherrschenden Fassung) keineswegs widersprach. Vielmehr ermöglichte der Nationalsozialismus Burschenschaftern, diese Ideen – ihren unbedingten Wunsch nach ‚Großdeutschland', ihren auf Vernichtung drängenden Antisemitismus, die Einsetzung des Wohles ‚Deutschlands' als höchstes ethisches Gut[376] – in die Tat umzusetzen.[377] Sich allzu deutlich vom Nationalsozialismus und seinen Projekten zu distanzieren, hätte daher bedeutet, sich nicht nur gegenüber bestimmten verbrecherischen Handlungen Einzelner (gegebenenfalls auch eigener Handlungen im Fall der ‚Erlebnisgeneration'), sondern auch von der burschenschaftlichen Überlieferung bis 1938 abzugrenzen und – jenseits individueller Biographien – die burschenschaftliche Idee selbst auf den Prüfstein zu stellen. Dazu waren offenkundig nur die wenigsten bereit. Der Wunsch nach Reinhaltung des kollektiven und individuellen Selbstbildes erwies sich als stärker als die Bereitschaft zu schmerzhafter Selbstreflexion (und fand Rückhalt in einem gesellschaftlichen Klima des Leugnens, Verdrängens und der Selbstviktimisierung). Die weitgehend bruchlose Fortführung der – formalen wie ideellen – Vorkriegstraditionen wurde darüber hinaus durch die im Rahmen burschenschaftlicher Erziehung vollzogene Sinnstiftung und ideologische Formierung sowie aus beiden folgende (Selbst-) Kritikunfähigkeit begünstigt. Insoweit diese Erziehung den Einzelnen nicht nur im Sinne politischer Sozialisation, sondern auch im breiteren Sinne persönlicher Identitätsbildung prägt, konnte eine Infragestellung der Grundlagen dieser Erziehung in die Nähe einer grundsätzlichen Infragestellung des eigenen Selbstkonzepts rücken. Diesem Gedanken folgte Scheichl 1966 in zugespitzter Form, als er in seiner kontroversiellen Linzer Rede – mit Blick auf die ‚Alten Herren' – ausführte, es müsse „jedem billig Denkenden verständlich sein, daß jene, die voll Idealismus Hitler gefolgt sind und

376 Vgl. zur Aktualität dieser völkischen Ethik die unter Abschnitt II.5.6 zitierte Aussage Gerhard Schlüsselbergers sowie Kapitel III.7.

377 Noch deutlicher treten die Übereinstimmungen auf der Ebene allgemeiner Werte und Tugenden zutage. Wo tatsächlich Widersprüche bestanden, kamen diese sowohl historisch als auch in der retrospektiven burschenschaftlichen Betrachtung häufig nicht zum Tragen, da man sich (nicht gänzlich unbegründet) weigerte, zwischen dem ‚deutschen Volk' und seinen Herrschern zu unterscheiden. Wer für Ersteres eintrat, musste in dieser Logik zwangsläufig Letzteren Gefolgschaft leisten.

dafür oft schwer gelitten haben, sich selbst aufgäben, wollten sie sich von dieser Vergangenheit distanzieren".[378]

Vor dem Hintergrund der hier konstatierten Reflexionsabwehr im Angesicht jener gigantischen Kränkung, die der Kriegsausgang und seine Folgen den nazifizierten Burschenschaftern bereiteten, ist an Theodor W. Adornos Analyse der Folgen derart unbewältigter Vergangenheit zu erinnern. Was Adorno für die zur Volksgemeinschaft formierten Deutschen insgesamt ausführte, kann auch für die Burschenschaften in Österreich Aufschlüsse erbringen:

> Nach der subjektiven Seite, in der Psyche der Menschen, steigerte der Nationalsozialismus den kollektiven Narzißmus, schlicht gesagt: die nationale Eitelkeit ins Ungemessene. Die narzißtischen Triebregungen der Einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst so viel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzißmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die Einzelnen sie sich bewußt gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit.[379]

Nach Freuds Theorie müsse „dort (…), wo kollektive Identifikationen zerbrechen", sich „Panik" einstellen. Dass diese im gegenständlichen Fall ausgeblieben sei, verweise darauf,

> daß insgeheim, unbewußt schwelend und darum besonders mächtig, jene Identifikationen und der kollektive Narzißmus gar nicht zerstört wurden, sondern fortbestehen. Die Niederlage hat man innerlich so wenig ganz ratifiziert wie nach 1918. (…) Sozialpsychologisch wäre daran die Erwartung anzuschließen, daß der beschädigte kollektive Narzißmus darauf lauert, repariert zu werden, und nach allem greife, was zunächst im Bewußtsein die Vergangenheit in Übereinstimmung mit den narzißtischen Wünschen bringt, dann aber womöglich auch noch die Realität so modelt, daß jene Schädigung ungeschehen gemacht wird.[380]

In Erwägung des in diesem Kapitel, aber auch an anderen Stellen dieses Buches Ausgeführten ließe zumindest die Behauptung einer ‚innerlichen Nicht-Ratifizierung' des Kriegsausgangs sich mit einiger Berechtigung jedenfalls auf Teile des Burschenschafts-

378 *Germanenmitteilungen,* März 1967, 8.
379 Adorno 2003a, 563.
380 Ebd., 564.

wesens in Österreich übertragen. So zeigten moderate bundesdeutsche Burschenschafter sich 1960 beunruhigt darüber, dass ihre österreichischen Waffenbrüder die staatliche Trennung von Deutschland und Österreich „innerlich nicht nachvollzogen( )" hätten[381] – ein Eindruck, den der Oberösterreicher und spätere *Aula*-Autor Fred Duswald (*Danubia* München) umgehend bestätigte. Da die DB die „Niederlage unseres Vaterlandes" im Zweiten Weltkrieg „nicht gewollt" habe, brauche sie „auch die Gewaltmaßnahmen der Sieger nicht zu billigen, die die heutige Realität geschaffen haben".[382] Dass das von Adorno angesprochene ‚Reparaturbedürfnis' unter Burschenschaftern in Österreich weit verbreitet war bzw. ist, zeigen deren vielgestaltige Bemühungen um eine Wiederherstellung deutscher Größe (sowohl im Sinne von Bedeutung als auch im Sinne geographischer Ausdehnung).[383]

Als zweiter prägender Faktor der burschenschaftlichen Vergangenheitsbewältigung in Österreich wurde die Verbundenheit zwischen Bundes- bzw. Waffenbrüdern genannt. Das Lebensbundprinzip studentischer Korporationen wurde dabei im Sinne unbedingter Loyalität ausgelegt. Diese war jedem zu zollen, der nicht etwa aus dem Bund ausgeschlossen worden war – und für Ausschlüsse nationalsozialistischer Protagonisten aufgrund ‚unehrenhaften' oder das Bundansehen schädigenden Verhaltens liegt in den Quellen (mit Ausnahme des in Abschnitt II.5.1 zitierten, diffusen Hinweises von Berka) kein Anhaltspunkt vor; angesichts des Umfangs burschenschaftlicher NS-Involvierung und der Frage, wer den ersten Stein hätte werfen sollen, erscheint dies auch nicht weiter verwunderlich. Neben der Lebensfreundschaft als abstraktem Prinzip und dem Wissen der meisten Individuen um die je eigene Involvierung förderten konkrete persönliche Verbundenheit, wie sie aus gemeinsamen Erfahrungen während der Aktivzeit, ‚Leibverhältnissen'[384] usw. resultierte, sowie autoritäre Erziehung im Bund (vgl. die Kapitel III.3 und III.8.4) den wechselseitigen (und letztlich kollektiven) Kritikverzicht. Nicht zuletzt war man bestrebt, das Sterben der gefallenen Bundes- und Waffenbrüder als sinnhaft und richtig zu deuten – und damit gleichzeitig das eigene (individuelle und kollektive) Verhalten zu begründen.

---

381 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 24/1960 (Vorort Bremen), 6.

382 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 5. Vgl. hierzu weiterführend Kapitel III.7.2.

383 Diese Bemühungen können im Rahmen dieses Buches nur auszugsweise dokumentiert werden (vgl. dazu v.a. Kapitel IV). Als besonders ergiebig könnte sich in diesem Zusammenhang eine Auseinandersetzung mit der burschenschaftlichen Europapolitik (als Schleichweg zur Restauration deutsch-österreichischer Verbundenheit und deutscher Dominanz im kontinentalen Maßstab) erweisen, die späteren Arbeiten vorbehalten bleiben muss.

384 Das ‚Leibverhältnis' bezeichnet die, der Idee nach, besonders enge Beziehung zwischen einem Fuchsen und seinem Mentor und Fürsprecher (dem ‚Leibburschen'). Indem Füchse nach ihrem Aufstieg in den Burschenstand selbst von Füchsen zu ‚Leibburschen' erwählt werden (können), entstehen mehrere Generationen umfassende ‚Leib-' oder ‚Bierfamilien'.

So mündeten sowohl die Kontinuitätsorientierung und (Selbst-)Reflexionsabwehr als auch die Verbundenheit mit den Verstorbenen und der Wunsch, ihnen ein bruchlos ehrendes Andenken bewahren zu können, in die Rationalisierung und Rechtfertigung des Einsatzes unter dem Hakenkreuzbanner und damit zumindest in Teilen auch des Nationalsozialismus selbst. Unterschiede bestanden dabei (auch innerhalb eines Bundes) v.a. in der konkreten Argumentation: von der Entpolitisierung des Einsatzes durch Berufung auf hehre Ideale über Geschichtsfälschung bis hin zu unverhohlener Identifikation mit (Aspekten oder der Gesamtheit) nationalsozialistischer Politik. Als vorherrschend kann die Haltung angesehen werden, wonach es gute und schlechte Seiten am Nationalsozialismus gegeben habe, wobei letztere gleichzeitig mit jenen Aspekten in eins gefallen seien, die burschenschaftliches von nationalsozialistischem Denken geschieden hätten.

Die Entscheidung für Kontinuität statt Reform wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit von der burschenschaftlichen (Wieder-)Gründungsgeneration getroffen und gab den Kurs für die folgenden Jahrzehnte vor. Nicht nur fühlten die unmittelbaren Kameraden der Gefallenen sich diesen verpflichtet – sie gaben die Verpflichtung vielmehr auch an die ‚Nachgeborenen' weiter. Diesen wurde bedeutet, dass Kritik am Handeln der Verstorbenen als Versündigung am Lebensbund aufgefasst würde, standen doch dabei potenziell auch die Biographie der Überlebenden und die burschenschaftliche Kollektividentität in Verhandlung. Gegenüber jenen, die vermeintlich „ihr Leben für das unsrige" gegeben hatten bzw. „starben, damit wir leben können"[385], musste jede Kritik respektlos, ja geradezu impertinent erscheinen. Statt kritischer Distanz wurden Ehrfurcht und Idolisierung verordnet (und durch eine entsprechende Gedenkpraxis unterstützt), wovon vor allem die Veteranen selbst profitieren sollten. Eine kritische und offene Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und der eigenen Rolle darin blieb ihnen auf längere Sicht erspart, der Positionentransfer von der ‚Erlebnisgeneration' auf die Jüngeren gab Zeugnis von der Effektivität burschenschaftlicher Erziehung und Auslese. Intergenerationelle Diskussionen scheinen dementsprechend lange Zeit nicht stattgefunden zu haben. Wo sie anklangen, verliefen sie – den wenigen dokumentierten Beispielen zufolge – in relativer Unaufgeregtheit, aber auch ohne allzu erkennbare Konsequenzen nach außen hin.

Dennoch kam es im Laufe der Jahrzehnte dem Anschein nach zu Verschiebungen. Zu nennen ist zum einen die Hinwendung vom rein internen Vergangenheitsdiskurs zu öffentlichen Interventionen ab den 1980er-Jahren (vgl. Abschnitt IV.2.3). Zum an-

385 AUW, S 259.67 WKR 1957, 3 f. bzw. AUW, S 259.70 Alemannia/Oö. Germanen 1967, 2. Diese Einschätzung des Sterbens im Krieg erscheint aus der Perspektive des im Schützengraben unversehrt gebliebenen Veteranen nachvollziehbar (und mochte in diesem Fall Dankbarkeit und/oder Schuldgefühle ob des eigenen Überlebens begründet haben).

deren scheinen die Grenzen des vor burschenschaftlichen Öffentlichkeiten – wie etwa Kommersen – Sagbaren sich seit den 1990er-Jahren erweitert und/oder die Frequenz, mit der die vorhandenen Freiräume für kritische Interventionen genutzt werden, zugenommen zu haben. Besteht dieser Trend tatsächlich und setzt er sich fort, könnte dies weitreichende Konsequenzen für das Burschenschaftswesen in Österreich zeitigen – begünstigten doch das bundinterne Kritikverbot in historischen Fragen sowie die intergenerationelle Loyalität bislang eine Bunkermentalität nicht nur in puncto des Nationalsozialismus, sondern vielmehr eine allgemeine politisch-ideologische Erstarrung. Eine Lockerung des bislang weithin gültigen De-facto-Verbotes, über die Angemessenheit des Denkens der Vorväter für die Welt von heute auch nur ergebnisoffen nachzudenken, könnte das politisch-ideologische Profil der Burschenschaften in Österreich nicht unwesentlich verändern – und Vergangenheitsbewältigung sich, im Sinne Günther Sandners, als „Ausdruck der moralischen Reflexionsbereitschaft eines Kollektivs“ und „somit (…) Motor von Demokratisierung und gesellschaftlicher Erneuerung“[386] erweisen. In diese Richtung weist jedenfalls ein Vergleich der Entwicklung der Burschenschaften in Deutschland und in Österreich nach 1945: Entsprechend dem offiziellen Umgang der Bundesrepublik mit der NS-Vergangenheit (Internalisierung des nationalsozialistischen Erbes) erlaubten Erstere sich schon früh eine im Durchschnitt selbstkritischere und differenzierte Sichtweise dieser Periode[387], während umgekehrt auch der Bruch der Österreicher mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Kontext eines entsprechenden gesellschaftlichen Klimas ausblieb. Die bundesdeutschen Burschenschaften konnten – wie die entsprechenden deutsch-österreichischen Konflikte innerhalb der DB veranschaulichen – wohl nicht zuletzt dadurch Phänomene wie Rassismus und Revanchismus stärker hintanhalten. Ob damit ein grundlegender Wesenswandel einhergegangen ist, erscheint mit Blick auf die korporationskritische Literatur zu Deutschland (vgl. die Ausführungen zum Forschungsstand in Kapitel I.1) freilich fraglich.

386 Sandner 2001, 6.

387 Gleichwohl konstatiert Ludwig Elm eine auch in bundesdeutschen Burschenschafterkreisen weitverbreitete Verdrängung der „Frage nach Ursachen und Wesen der Geschehnisse zwischen 1914 und 1945“ und eine „nationalistisch motivierte und im Kult des Soldatentums legitimierte Reduktion des Gedenkens an Leiden und Opfer“ (zit. n. Heither 1997b, 175).

III. BURSCHENSCHAFTLICHE IDEOLOGIE IN ÖSTERREICH

Das vorliegende Kapitel widmet sich den Grundpfeilern burschenschaftlicher Ideologie in ihrer in Österreich nach 1945 vorherrschenden Ausprägung. Es bildet damit die Basis für die Kapitel IV und V, in denen die in dieser Ideologie ankernde und/oder mit ihr begründete politische Praxis im Mittelpunkt steht. Den Anfang bildet eine Auseinandersetzung mit dem politischen Charakter der Burschenschaften in Österreich, d.h. mit ihrem selbst gegebenen politischen Auftrag.

III.1 Die Burschenschaften in Österreich als *politische* Vereinigungen

Vor dem Hintergrund einer rund zweihundertjährigen Geschichte des politischen Aktivismus verwundert nicht, dass Burschenschaften weithin – und übereinstimmend mit ihrer Selbstwahrnehmung[1] – als ‚politischster' aller Korporationstypen gelten. Von ihren Mitgliedern erwarten sie, zeitlebens und in allen Lebensbereichen im Sinne burschenschaftlicher Werte zu handeln und dabei Unannehmlichkeiten nicht zu scheuen. Auf diesem Ethos der Opferbereitschaft gründet das burschenschaftliche Selbstverständnis als Wertelite, aus welchem wiederum ein Anspruch auf politische Führungsfunktionen abgeleitet wird (vgl. Abschnitt III.6.3). Was Burschenschaften dabei von anderen Formen der deutschnationalen, schlagenden Studentenverbindung abhebt, ist weniger das Ideal einer wertorientierten Lebensführung an sich als die verhältnismäßig konkrete Ausformulierung der Verhaltenserwartungen (gerade auch) auf politischem Gebiet bzw. der politischen Programmatik, mit welcher individuelles Verhalten im Einklang zu stehen hatte. Dies sorgte wiederholt für Konflikte mit anderen Verbindungen, wie etwa die *Oberösterreicher Germanen* in ihrer Chronik für 1972 festhielten:

> Immer wieder hatte man im WKR damit zu kämpfen, daß nur Burschenschaften ihre Mitglieder zu bestimmter politischer Aktivität anhalten können – zumindest wurde dies von Corps, Landsmannschaften und Verbindungen wiederholt als Rechtfertigung ihrer politisch passiven Haltung herangezogen.[2]

---

1 Vgl. Kaupp 1997, 91; Pendl 2009, 13.

2 Oberösterreicher Germanen 1994, 26. Vgl. auch ebd., 91. Zu Irritationen insbesondere zwischen Burschenschaften und den sich zu politischer ‚Toleranz' bekennenden Corps vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [B2], Bericht des GHA 1964, Beilage II zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 1; *ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8; Schiedel 2007, 72; sowie die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia,

Der zentrale Stellenwert des politischen Auftrages für das Selbstbild der Burschenschaften wird schon daran ersichtlich, dass praktische politische Aktivität im burschenschaftlichen Sprachgebrauch gemeinhin als ‚burschenschaftliche Arbeit' firmiert. Dass diese „Hauptzweck unserer Bundesarbeit" zu sein hätte, stand für Wortführer der Burschenschaften in Österreich schon in der Wiederaufbauphase nach 1945 außer Zweifel. „(D)er Ausbau unserer Bünde darf sich nicht nur in Hausbauten, festlichen Kommersen, Bällen und in wachsender Mensurtätigkeit auswirken", hielt Peter Wrabetz jun. (*Gothia* Wien) als DBÖ-Referent für burschenschaftliche Arbeit 1959 fest.[3] Bereits 1955 hatte *Olympia* darauf gepocht, dass der ADC-Tag „sich hauptsächlich, dem Wesen der Burschenschaft entsprechend, mit völkischen Problemen zu befassen" habe.[4] Ohne Bereitschaft zum „Dienst an der Gemeinschaft", ohne „politischen Willen, wäre Burschenschaft nicht Burschenschaft", verkündete wiederum Waldemar Steiner, damals (FPÖ-)Vizebürgermeister der Stadt Salzburg, am Stiftungsfest seiner *Olympen* 1974. Es sollte daher, so Steiner, „auch in Zukunft kein politisches Geschehen geben, in dem nicht auch Burschenschafter mitzubestimmen haben".[5]

Worin aber bestand nach 1945 der politische Auftrag, den Zitate wie diese beschworen? Was war im Untersuchungszeitraum die Stoßrichtung jener „gesellschaftspolitische(n) Arbeit", die Burschenschafter als „die Basis unseres Handelns" bestimmten?[6] Wenngleich diese Frage sich durch das gesamte Kapitel III ziehen wird, lassen sich vorab doch einige Punkte benennen, die in den verschiedenen Erläuterungen der burschenschaftlichen politischen Agenda häufig wiederkehren.[7] Ihr Zentrum findet Letztere im Einsatz für das – freilich unterschiedlich interpretierbare und auch realiter unterschiedlich interpretierte – Ziel, das Wohl des ‚deutschen Volkes' oder ‚Vaterlandes' zu mehren.[8] Dazu zählte in burschenschaftlichem Verständnis nicht zuletzt die Wahrung oder Wiederherstellung völkischer Einheit, respektive das „opferbereite Wirken für die geistige Einheit eines freien deutschen Vaterlandes über die Grenzen hinweg" (nach 1945 ergänzt durch den Einsatz „für ein einiges Europa in der Gemeinschaft der freien Völ-

Sommer 1987, 3. Auf parteipolitischer Ebene engagierten Corpsiers und Burschenschafter sich freilich dennoch zumeist in derselben Partei. Als Beispiele freiheitlicher Funktionäre aus den Corps seien Tassilo Broesigke, Andreas Mölzer oder Manfred Haimbuchner genannt.

3 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 4.

4 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955, Brief Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955.

5 Steiner 1974, 9 f.

6 Aldania 1994, 244.

7 Wie stets in diesem Buch stehen dabei die innerhalb des Burschenschaftswesens in Österreich dominanten Auffassungen im Vordergrund. Zu den allgemeinen „(p)rogrammatische(n) Grundlagen burschenschaftlicher Politik" vgl. auch Heither/Schäfer 1997, 240–247, zu den inhaltlichen „Konsequenzen des burschenschaftlichen Politikverständnisses" vgl. ebd., 247–262.

8 Vgl. z.B. Alemannia 1962, 25; AVSt, DBÖ 1994, 11; *Germanenmitteilungen,* Dezember 1967, o. S.

ker").[9] Solche Einheit sollte teils im Wege staatsrechtlicher Grenzkorrekturen gestiftet werden (Überwindung der deutschen Teilung, Südtirol/Alto Adige[10], Oder-Neiße-Linie), teils über die Kultivierung eines volksgemeinschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls, wie sie Burschenschafter insbesondere in Österreich für notwendig befanden.[11] ‚Kulturfremde' Einflüsse – ob als US-amerikanischer ‚Kulturimperialismus' oder in Form von Immigration – galt es als „Überfremdung" abzuwehren.[12] Zu einem gesunden Verhältnis des ‚deutschen Volkes' zu sich selbst gehörte in burschenschaftlicher Auffassung weiters das „Suchen nach [historischer, Anm. B.W.] Wahrheit, Ehre den großen Männern unseres Volkes, Ehrung unserer Soldaten beider Kriege".[13] Aus dem burschenschaftlichen Freiheitsideal wiederum wurde der Anspruch abgeleitet, gegen die Einschränkung von Grundrechten (und hier nicht zuletzt der Meinungsfreiheit, die man in Österreich bevorzugt durch AntifaschistInnen und das NS-Verbotsgesetz bedroht sah) anzugehen sowie jene demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu verteidigen, die man in der Weimarer und der Ersten österreichischen Republik noch hatte zerstören geholfen.[14] Elementare Gefährdungen der Freiheit erblickte man zudem in der Gestalt von Materialismus[15], „Vermassung" und „Nivellierung"[16] sowie im als deren maßgeblicher Träger ausgemachten Sozialismus/Kommunismus in Theorie und Praxis.[17]

Zwischen Bildungs- und Aktionsgemeinschaft

Jenseits der Frage, wie der politische Auftrag der Burschenschaften programmatisch zu bestimmen sei, war auch jene nach den Formen seiner Umsetzung ständiger Ge-

9 So die 1965 beschlossenen Grundsätze der DBÖ (BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 [Markomannia] von 1965/66, 1).

10 Ich verwende zur Bezeichnung des geografischen Gebietes (der seit 1948 offiziell Autonomen Provinz Bozen/Provincia Autonoma di Bolzano) die Bezeichnung ‚Südtirol/Alto Adige' und enthalte mich so der Wahl zwischen zwei gleichermaßen problematischen Benennungspraxen. Während der Name ‚Alto Adige' der Propaganda des italienischen Faschismus entspringt, kann die Rede von ‚Südtirol' (umso mehr in der Schreibweise ‚Süd-Tirol') revanchistische Begehrlichkeiten von deutsch- oder austronationalistischer Seite zum Ausdruck bringen. Ich spreche von ‚Südtirol' allerdings dort, wo die burschenschaftliche bzw. anderweitig deutsch-völkische Perspektive wiedergegeben werden soll oder wo in der wissenschaftlichen Diskussion gängige Komposita (‚Südtirolfrage', ‚Südtirol-Paket' u. Ä.) Verwendung finden.

11 Vgl. u.a. Alemannia 1962, 2 und 25; Steiner 1974, 12; *Germanenmitteilungen,* Dezember 1967, o. S.

12 Vgl. u.a. Steiner 1974, 13.

13 Alemannia 1962, 25.

14 Vgl. etwa Aldania 1994, 244; Steiner 1974, 13; AVSt, DBÖ 1994, 11; oder den dahin gehenden Beschluss der DB-DBÖ-Delegiertenversammlung von 1968, zit. in den *Germanenmitteilungen,* Juli 1968, 2.

15 Vgl. Alemannia 1962, 25 oder Steiner 1974, 13.

16 Alemannia 1962, 25 bzw. Steiner 1974, 12.

17 Vgl. etwa Alemannia 1962, 2.

genstand interner Diskussionen. Die Hauptkonfliktlinie verlief dabei im 19. Jahrhundert wie auch nach 1945 zwischen einer bildungsorientierten (‚arministischen') und einer interventionistischen (‚germanistischen') Strömung.[18] Während arministische Verbindungen ihre zentrale Aufgabe in der politischen und sittlichen Erziehung ihrer Mitglieder erkennen, pochen germanistische Bünde darüber hinaus auf eine Verpflichtung nicht nur des einzelnen Burschenschafters, sondern auch von Verbindung und Verband zu politischem Engagement. In einer Variation dieser Debatte wurde im Rahmen der *Deutschen Burschenschaft* (DB) nach 1945 auch darüber gestritten, ob eine etwaige Verpflichtung der Mitgliedsbünde zu politischem Aktivismus sich auf die Hochschulpolitik beschränken oder ein allgemein-politisches Mandat verwirklichen sollte.[19] Die Fronten verliefen dabei zumindest zeit- und näherungsweise entlang weltanschaulicher Linien. So identifizierten die *Burschenschaftlichen Blätter* 1990 die Befürworter der „Aktionsgemeinschaft" mit den „betont ‚konservativen'" Burschenschaften (organisiert in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft/*BG), ihre bildungsorientierten Widersacher dagegen mit den „‚liberalen'" Bünden.[20] Die Österreicher standen geschlossen im aktivistischen Lager: Am Burschentag 1977 stimmten alle neun vertretenen österreichischen Bünde für zwei (erfolglose) Anträge, wonach die politische Aktionsgemeinschaft als für alle Mitgliedsbünde bindendes Verbandsprinzip verankert werden sollte.[21]

Vor diesem Hintergrund mag überraschen, dass politische Aktionen in vielen (gerade auch internen) burschenschaftlichen Schriften nur geringen Raum einnehmen. Wird die Umsetzung des ‚politischen Auftrages' thematisiert, so hauptsächlich unter Verweis auf Aktivitäten der politischen Bildung, was für ein in der Praxis eher ‚arministisches' Verständnis von Burschenschaft spricht. In ihren Grundsätzen von 1965 bekennt die DBÖ sich dazu, „ihre Mitglieder zu objektivem politischem Denken" zu erziehen und ihnen „das volle Einstehen" für staatsbürgerliche Rechte und Pflichten sowie „rege Anteilnahme an allen Belangen des deutschen Volkes" abzufordern.[22] Noch in den 1990er-Jahren erwähnt eine DBÖ-Werbeschrift lediglich das Bestreben der Burschenschaften, „ihren Mitgliedern (…) eine gediegene Allgemeinbildung zukommen zu lassen" und sie „zu einem von verantwortlichem und verantwortungsbewussten [sic]

18 Vgl. zu den Begriffen Schröder 2005.

19 Vgl. etwa Schmidt 2000, 9 f.

20 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5–6/1990, 75 (zit. n. Schmidt 2000, 21). Gugerbauer hatte Mitte der 1970er-Jahre einen solche Zusammenhang verneint (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 61).

21 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 20 sowie die Niederschrift desselben Burschentages, 14 f. und 46–50. Zur Position der BG vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 16–19.

22 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 2.

politischen Handeln geprägten Leben" anzuhalten.[23] Der deutlichste Hinweis auf aktive politische Betätigung der Bünde als solche besteht dabei in der Erwähnung von Flugblatt- und Infostandaktionen.[24] *Stiria* Graz definiert ihre burschenschaftlichen Aufgaben noch heute als „(e)ine studentische und eine politisch erzieherische"[25], *Silesia* Wien präsentiert sich gar explizit als einem „arministische(n) Prinzip" verpflichtet, versteht darunter allerdings lediglich die Weigerung, sich „zum Drill für eine politische Fraktion (…) her(zu)geben"[26].

Die solch bildungsorientierter Anmutung zum Trotz unzweifelhaft interventionistische Ausrichtung der Österreicher verdeutlicht ein Beschluss, den die Delegiertenversammlung des 1965 gebildeten gemeinsamen Dachverbandes von DB und DBÖ 1968 zur Zufriedenheit der Österreicher fasste: „Aus ihrer Zielsetzung heraus ist die Burschenschaft" – über Erziehung zu politischer Handlungsfähigkeit und kritischem Denken hinaus – „zur politischen Aktion verpflichtet"; dies gelte für die Hochschulpolitik wie auch jenseits derselben und binde den Verband ebenso wie den Einzelbund.[27] Auch auf praktischer Ebene war das Verhalten jedenfalls des Gros der österreichischen Bünde in der Zweiten Republik keineswegs von politischer Enthaltsamkeit geprägt, wie ich in Kapitel IV zeigen werde. Ungeachtet dessen forderten interne Kritiker immer wieder ein Mehr an Aktivität auf allen Ebenen ein. „Mit wenigen Ausnahmen scheinen sich die österreichischen Burschenschaften weder als politische Bildungs- noch als politische Aktionsgemeinschaften zu verstehen", vermerkte etwa Sigurd Scheichl (*Germania* Innsbruck) 1978 in einem Rundschreiben an seine Bundesbrüder.[28] Auch mangelnde Sichtbarkeit wurde häufig beklagt, bestehe doch „(d)ie eigentliche politische Aufgabe der Burschenschaft (…) darin, ihr Ideengut in die Öffentlichkeit zu tragen".[29] Sowie Pläne zur Errichtung von Hochschulen in Linz und Salzburg ruchbar wurden, beschloss der DBÖ-Tag in diesem Sinne die Sondierung von Möglichkeiten, in diesen Städten Burschenschaften (wieder-)aufzumachen.[30] „Das Bestreben der Burschenschaft soll und muß es immer sein, ihr Gedankengut möglichst an alle deutschen Hochschulen

---

23 AVSt, DBÖ 1994, 16 bzw. 28.

24 Ebd., 17.

25 http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns.

26 http://www.silesia-wien.at/index.php/silesiageschichte.html (Herv. entf.).

27 Zit. nach den *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 1.

28 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

29 So Herwig Büchele (*Brixia* Innsbruck) 1960 in seiner Eigenschaft als DBÖ-Volkstumsreferent (BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 10). Zu den Bemühungen insbesondere der *Oberösterreicher Germanen* um eine höhere Wahrnehmbarkeit der Burschenschaften in Österreich vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 163, 26 und 109 sowie BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 42 f.

30 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 10 f. und die Niederschrift desselben, 8.

zu tragen und auf breiteste Basis zu stellen", argumentierte *Olympia* auch im Rahmen der DB.[31] Doch selbst dort, wo bereits seit langer Zeit Bünde bestanden, blieb deren Wahrnehmbarkeit beschränkt: In Innsbruck „existieren die Korporationen heute so gut wie unter Ausschluß der Öffentlichkeit", notierte Scheichl 1975.[32]

III.1.1 Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis

Die Diagnose einer Kluft zwischen selbst proklamiertem politischem Anspruch und realer politischer Praxis zählt zu den wiederkehrenden Motiven burschenschaftlicher Selbstreflexion nach 1945. Beständig wird dabei beklagt, dass die Burschenschaften der jeweiligen Gegenwart hinter ihr historisches Erbe zurückfielen oder gar zu reinen Geselligkeitsvereinen verkämen. Eine Variation dieser Kritik besteht in der Feststellung eines Missverhältnisses zwischen rein deklaratorischen Akten (etwa in Form der von burschenschaftlichen Verbänden habituell verabschiedeten Eingaben „an irgendein oberstes Bundesorgan"[33]) und handfestem, persönlichen Einsatz erforderndem Engagement. Als bezeichnend kann der ADC-Beschluss von 1957 gelten, die Meraner Hochschulwochen als Zeichen der Sorge um Südtirol mit einer Abordnung von 15 bis 20 Burschenschaftern aus Österreich zu beschicken; tatsächlich machten deren drei sich auf den Weg.[34] Vor diesem Hintergrund erging am ADC-Tag 1958 der Appell *Alanias*, wonach man „nicht nur Beschlüsse fassen, sondern auch Taten setzen" müsse.[35] Dennoch sah sich auch 1961 der hochschulpolitische Referent der DBÖ, Hansjörg Weinberger (*Marcho Teutonia* Graz), in seinem Tätigkeitsbericht zu der Feststellung veranlasst,

> dass eine politische Betätigung oder ein sichtbares Interesse an politischen Begebenheiten der Hochschulpolitik bei vielen Burschenschaftern fehlt. Dies zu ändern wäre eine wirklich vordringliche Arbeit der einzelnen Bünde. Die Abhaltung von Kneipen und die Austragung von Mensuren sind notwendig, jedoch vornehmlich die Charakteristika eines Corps, niemals aber einer Burschenschaft![36]

Trost konnten die Verfechter einer politischen Aktivierung der Verbindungen allenfalls in dem Umstand finden, dass politische Passivität unter bundesdeutschen Burschenschaften noch weiter verbreitet schien. Die zentrale innerburschenschaftliche

31 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 38.
32 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2.
33 Schröder 2005, 3.
34 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Albia) vom Oktober 1957, 2.
35 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1958, 10.
36 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/4 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 2. Vgl. auch das noch apodiktischere Urteil des Volkstumsreferenten Heinz Hauffe (*Brixia* Innsbruck) in Anlage 2/6, 3.

Auseinandersetzung stellte sich ihnen daher als eine zwischen „bedingungslosen Vertretern nationaler Ideale" und jenen dar, denen „das Fafnerische Ruhebedürfnis, vielleicht auch eine billigere Volksausgabe des Corps, wichtiger als alles andere erschien".[37] Ebendiesen Konflikt zugunsten der Ersteren zu entscheiden, war – neben der Aufnahme österreichischer Bünde in die DB – auch Gründungsidee der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* 1961.[38] Trotz von Letzterer erwirkter Erfolge in der Repolitisierung des Dachverbandes konstatiert der Chronist der *Oberösterreicher Germanen* auch für Ende der 1980er-Jahre „politische Apathie" in der DB: „(V)on einer konkreten politischen Willensbildung oder gar einer Aktion konnte keine Rede sein."[39] Von der „entnervenden Paralyse" des Verbandes wusste auch *Germanen*-Sprecher Gunther Pendl 1991 in der Bundzeitung zu berichten. „Manchmal hat man gar den Eindruck, daß wir in die Sauf- und Raufverbindungen der vorburschenschaftlichen Zeit zurückgefallen sind."[40]

Ursachenanalyse

Paradoxerweise, so möchte ich nachfolgend argumentieren, stellen eben die Bemühungen der Österreicher, ihre bundesdeutschen Waffenbrüder in ihrem Sinne zu politisieren, einen der zentralen inneren Faktoren dar, die ihnen selbst ein intensiveres politisches Engagement nach 1945 verunmöglichten. Die anderen Punkte umfassen die Bedeutung, die sie dem verbindungsstudentischen Brauchtum nach wie vor beimaßen, den (Wieder-)Aufbau eines ausufernden Institutionengefüges, ein gewisses politisch-programmatisches Vakuum sowie Zeitmangel und chronische Personalknappheit.[41]

37 Teutonia 1968, 107; vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 10. Fafner verweist auf den schlafenden Lindwurm aus Wagners ‚Ring des Nibelungen', der einst ein Riese war (bzw. auf die diesem zugrunde liegende Figur der nordischen Mythologie).

38 Vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 16–19 sowie den Tätigkeitsbericht der den Österreichern politisch eng verbundenen *Danubia* München von 1978: In der DB herrschten demnach „Vereinsmeierei", „Satzungsfetischismus" und eine „antipolitische( ) Grundhaltung" vor, während der „nationalpolitische( ) Auftrag der Urburschenschaft" vernachlässigt würde (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1978, 2 f.).

39 Oberösterreicher Germanen 1994, 123 bzw. 151. Zu den Politisierungserfolgen vgl. ebd., 39 f.

40 Zit. ebd., 166. Für noch rezentere Bestandsaufnahmen dieser Art vgl. etwa die Texte des rechtsextremen Publizisten Jürgen Schwab (*Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996, 19 f., Schwab 2004 und 2009). Dieser wurde 2002/03 sowohl von *Thessalia zu Prag in Bayreuth* als auch von seiner Zweitburschenschaft *Germania* Graz ausgeschlossen (vgl. Schwab 2004).

41 Hierfür lassen sich neben der burschenschaftlichen Reformverweigerung auch externe Gründe anführen, etwa das ausgeprägte WerkstudentInnentum der Nachkriegszeit (vgl. z.B. *Aula* Nr. 6/1953, 21), die jede Rekrutierung erschwerenden Lenkungseffekte des schwarz-roten Proporzwesens und steigender administrativer und ökonomischer Druck auf Studierende ab den 1970er-Jahren. In letzterer Hinsicht erscheint eine Resolution erwähnenswert, die der Burschentag 1974 verabschiedete: Sie richtete sich ge-

Die versuchte Einflussnahme der österreichischen auf die bundesdeutschen Burschenschaften vollzog sich ab 1971 im Rahmen der DB und bis dahin v.a. im Rahmen der verschiedenen Kontaktforen zwischen dieser und der DBÖ[42] und hatte verbindungsstudentische Fragen (etwa jene der Pflichtmensur oder der Aufnahmekriterien für Neumitglieder) ebenso zum Gegenstand wie politisch-ideologische im engeren Sinn. Während sich innerhalb der DBÖ in beiderlei Hinsicht kaum gröbere Differenzen in der Auslegung der burschenschaftlichen Überlieferung ergaben (vgl. Abschnitt III.4), orteten die Österreicher in der Bundesrepublik grobe Verfälschungen derselben. Der missionarische Eifer, mit dem sie zu deren Korrektur antraten, blieb nicht unbemerkt. Vom „stellenweise vorhandenen Sendungsbewußtsein", mit dem die Österreicher „die Burschenschaften in der Bundesrepublik auf die politischen Ziele der DBÖ festzulegen" versuchten, berichtet ein DB-interner Diskussionsbeitrag zweier Bonner *Alemannen* von 1960.[43] Entsprechende Absichten wurden von österreichischer Seite auch gar nicht bestritten: Die Befürchtung, „daß wir der DB eine politische Linie aufzwingen wollen", treffe in der „Zentralfrage" – ob nämlich die Burschenschaften „gesamtdeutsch" orientiert blieben und der deutsche Charakter Österreichs gewahrt werden könnte – „durchaus zu", sei diese doch für „unsere Existenz als Teil des gesamtdeutschen Volkes" und „für unsere burschenschaftliche Daseinsberechtigung" von vitaler Bedeutung.[44] Der Zusammenschluss aller Burschenschaften in *einem* Verband[45] und die politisch-ideologische Formierung desselben sollte die Burschenschaften erst zu einer politisch relevanten Kraft machen.[46] Die über Jahrzehnte in dieses Ziel investierten zeitlichen, finanziellen, personellen und intellektuellen Ressourcen standen freilich nicht zur Verfügung, um tatsächlich nach außen hin politisch wirksam zu werden.

gen die Einführung einer Regelstudienzeit in Deutschland, welche – wie in der Diskussion argumentiert wurde – „ein Tätigwerden auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet in weitem Maße aus(schließt)" (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Niederschrift des DB-Burschentages 1974, 14). Aus demselben Grund sollten sich Burschenschaften Jahrzehnte später auch reserviert bis ablehnend zur Etablierung der dreigliedrigen Bologna-Studienarchitektur äußern.

42 Zu erwähnen sind hier nicht zuletzt die sogenannte Verbändetagung von DB und DBÖ und deren geschäftsführender Ausschuß (GAVT), die eine Fusion anbahnen sollten und von 1959 bis 1961 arbeiteten. 1965 wurde als Provisorium ein gemeinsamer Dachverband der beiden Verbände gegründet, als dessen beschlussfassendes Gremium man eine jährliche Delegiertenversammlung etablierte.

43 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 24/1960, 7 bzw. 6.

44 Karl Claus in den VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961, 8 f. (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1]).

45 Dieses Ziel blieb auch nach 1971 bestehen (vgl. Aldania 1984, 42), da nach wie vor viele Burschenschaften außerhalb der DB standen. Auch österreichische Bünde zögerten angesichts der von ihnen in der DB georteten Aufweichungserscheinungen oft lange (und teils bis heute), sich dieser anzuschließen.

46 Vgl. dazu die Analyse des Bonner *Alemannen* Michael Hacker von 1991, wonach die BG-Bünde, insbesondere die österreichischen, „versuchen, ihre eigenen Möglichkeiten durch Einschaltung des bzw. Einflußnahme auf den Dachverband DB zu erweitern. Die DB stellt für sie ein Mittel ihrer Politik dar." (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1991, 95)

Ähnliches gilt für die Pflege verbindungsstudentischer Bräuche, insbesondere des Fechtwesens, das in vielen Bünden täglich gepflogen wurde. Wie eine Verbands-Umfrage über das Sommersemester 1963 und das folgende Wintersemester ergab, hatten die DBÖ-Mitgliedsbünde in diesem Zeitraum 5.250 Stunden mit Fechten zugebracht. Die Abhaltung von Kneipen (zu denen sonstige gesellige Veranstaltungen noch zu addieren wären) hatte 1.064 Stunden in Anspruch genommen, während Burschenschaftliche Abende als ein zentrales Element der bundinternen Bildungsarbeit mit vergleichsweise bescheidenen 510 Stunden zu Buche geschlagen hatten.[47] Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass Aktive der Innsbrucker *Germania* in den 1960er-Jahren die hohe zeitliche Belastung durch das Fechten als einen ihrer Hauptkritikpunkte am Status quo des Verbindungslebens anführten.[48] Ein *Germane,* Werner Riesenhuber, formulierte gar die rhetorische Frage, weshalb ein idealistisch eingestellter Student sich einer Vereinigung zuwenden solle, „deren Hauptarbeit im Fechten, Kneipenschlagen und interner Verbändearbeit besteht"?[49]

Damit ist bereits auch der nächste zentrale Hinderungsgrund für umfassenderes politisches Engagement seitens der Burschenschaften in Österreich angesprochen: der Umfang selbst geschaffener institutioneller Verpflichtungen bzw. der Stellenwert der sogenannten ‚Couleurpolitik'. Bereits 1950/51 hatte Günther Berka im burschenschaftlichen Kreis angemerkt, dass die interkorporative verbindungsstudentische Beziehungspflege in ihrer vor dem Zweiten Weltkrieg betriebenen Form „zweifellos überspitzt" gewesen sei. Für ein derartiges Aufkommen an Ehrengerichten, Repräsentationspflichten und Delegiertenversammlungen fehle „(h)eute (…) einfach (…) die Zeit".[50] Berkas Reformwünschen wurde allerdings kaum nachgekommen. Die von ihm als „durchaus unzeitgemäss [sic] und kostspielig" abgelehnten „Auffahrten in Wichs" wurden beibehalten[51]; die ‚Ehrenreinigung' mit der Waffe, die er (anders als die Mensur) als längerfristig nicht haltbar eingestuft hatte[52], beschäftigte auch nach 1945 zahlreiche Vertretersitzungen (vgl. eingehend Kapitel III.5.4); die Mensur, über deren Beibehaltung nach Berkas Dafürhalten der burschenschaftliche Nachwuchs hätte entscheiden müssen, blieb bis heute ein wichtiger Teil des burschenschaftlichen Lebens in Österreich.[53]

47 Vgl. die Auswertung der Fragebögen des Referenten für burschenschaftliche Arbeit, Beilage zu den *Germanenmitteilungen* vom Mai 1965, Blatt II der Beilage.

48 Vgl. die *Germanenmitteilungen,* Februar 1964, 3 f. und 6 sowie Dezember 1967, o. S.

49 *Germanenmitteilungen,* 15.12.1968, 5.

50 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 15 (vgl. Fußnote 129 auf S. 70 sowie Kapitel II.5.1).

51 Ebd., 15.

52 Ebd., 13.

53 Ebd., 14. Scheichl bemerkt 1975 zur Innsbrucker Situation, dass trotz geringer Aktivstände die Anzahl der Mensuren pro Kopf sich binnen zehn Jahren „fast verdoppelt" hätte. Dies sei symptomatisch und müsse „natürlich auf Kosten der politischen Präsenz gehen" (PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2).

Vor allem aber in puncto der Errichtung und Aufrechterhaltung umfangreicher Verbändestrukturen verhallte Berkas Appell zur Straffung gänzlich ungehört. Lokale Waffenringe (wie der WKR in Wien) erfassten die völkischen Verbindungen des jeweiligen Hochschulortes, *Delegierten-Convente* (D. C.) seine Burschenschaften; der ADC bzw. die DBÖ versammelte Letztere auf Bundesebene, wozu sich 1961 die BG und ab 1971 (zusätzlich) die DB als deutsch-österreichischer Zusammenschluss und fallweise *Örtliche Burschenschaften* (ÖB) als Lokalgliederungen der Letzteren gesellten. In Wien begründeten die Burschenschaften Mitte der 1980er-Jahre zudem die *Arbeitsgemeinschaft Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften* (ARGE WBL) als aktivistische Plattform jenseits des WKR. Dazu kamen Kartelle sowie auf bilateraler Ebene diverse Freundschafts- und Verkehrsverhältnisse.[54] Allein schon der Erhalt dieser Institutionen, u. a. in Form der Beschickung der regelmäßigen Delegiertentreffen und eines beträchtlichen Kommunikationsaufwandes im Sinne funktionierender Informationsflüsse und der Wahrung verbindungsstudentischer Konventionen, band weit über die Wiederaufbauphase nach dem Krieg hinaus umfangreiche burschenschaftliche Energien, noch bevor irgendeine im engeren Sinn politische Handlung gesetzt worden wäre.[55] Zu schultern hatten diese Last vornehmlich die im Fall der meisten Bünde ohnehin fortwährend unterbesetzten Aktivitates.

Als letzter innerburschenschaftlicher Grund für eingeschränkte politische Betätigung in der Zweiten Republik ist das zuvor benannte ‚politisch-programmatische Vakuum' anzuführen. Mit der Zerschlagung des ‚Dritten Reiches' wurden auch zentrale politische Aspirationen der Burschenschaften in Österreich in Trümmer gelegt und griff Orientierungslosigkeit Platz.[56] Man sah sich herausgefordert, unter den Bedingungen der neuen politischen Realitäten und Gesetzeslage die eigene Agenda zu reformulieren. Wie schon an anderer Stelle ausgeführt (vgl. die Kapitel II.3.1 und II.5), blieben Innovationen dabei weitgehend aus, Veränderungen auf taktische Anpassungen beschränkt. Der offene Antisemitismus wurde teilweise in die unauffälligeren Bahnen eines verschämten ‚Asemitismus' umgelenkt[57], der Pangermanismus und das Streben nach deutscher Kontinentalhegemonie als Bekenntnis zur europäischen Einigung neu gerahmt (vgl. Ab-

---

54 Dabei handelt es sich um über bi- bzw. im Fall der Kartelle multilatere Abkommen besiegelte, besondere Naheverhältnisse zwischen Bünden an verschiedenen Hochschulorten, die sich u. a. in wechselseitigen Besuchen (etwa anlässlich von Stiftungsfesten) oder inhaltlicher Abstimmung vor Dachverbandssitzungen äußern können. Auch können sie für die Verbindungsmitglieder mit der Verpflichtung einhergehen, im Fall eines Studienortswechsels beim jeweiligen lokalen Kartell-, Freundschafts- oder Verkehrsbund zu ‚verkehren'.

55 Vgl. zur Vielzahl an terminlichen Verpflichtungen etwa Aldania 1984, 30.

56 „Wir haben hier kein rechtes fixes Programm; das wirkt lähmend", schrieb Max Doblinger (*Frankonia* Graz) am 14.9.1950 an den BBl.-Schriftleiter Heinz Amberger (Abschrift des Briefes in BAK, DB 9, B. VI.15 [A]).

57 Vgl. Weidinger 2012.

schnitt III.5.2). Die alte Leitidee der staatlichen Einigung aller als ‚deutsch' angesehenen Lande wurde gesetzeskonform in die Aufgabe übersetzt, „den Gedanken an die deutsche Einheit wach zu halten"[58] und den ‚deutschen Charakter' Österreichs zu bewahren.

Die Diagnosen der unmittelbaren Nachkriegszeit behielten so noch länger Gültigkeit: „Oberstes Ziel der Burschenschaft sei, das für das Vaterland Vorteilhafteste zu erreichen (…). Gegenüber diesem Oberziel seien wir zur Zeit hilflos, weil wir kein Programm haben", vermerkt der Bericht über eine Arbeitstagung der Innsbrucker *Germanen* vom November 1967.[59] Andreas Mölzer konstatierte noch 1980 Inhaltslosigkeit als Hauptproblem des völkischen Verbindungswesens in Österreich. Da der „Wiederaufbau der Organisation" nach dem Krieg von „Männer(n) aus dem geistigen Biotop der Zwanziger- und Dreißigerjahre" besorgt worden sei, hätten entsprechende Vorstellungen wohl die Wiederaufbauphase dominiert, während man sich angesichts der neuen Verhältnisse „(n)ach außen (…) duldsam und liberal" habe geben müssen.[60] So habe man „nach und nach (…) die geistigen Inhalte des Korporationsstudententums auf zwar schöne, jedoch überall bei anständigen Menschen auffindbaren [sic] Werte, wie Freundschaft, Ehrlichkeit und Disziplin reduziert( )". Diese hätten ob ihrer Oberflächlichkeit und Inhaltsleere für die Verbindungsmitglieder nicht langfristig sinnstiftend wirken können, sondern viele von ihnen „mit zunehmender Distanz nach dem Ende des jugendlichen Höhenflugs" desillusioniert und apolitisch zurückgelassen.[61]

‚Radikalismus' als Kehrseite der Medaille?

In scharfem Kontrast zur eben behandelten Wahrnehmung der politischen Inaktivität wurde von Angehörigen des völkischen Verbindungswesens in Österreich seit Ende der 1970er-Jahre verschiedentlich auch das Phänomen eines gleichsam überschießenden, fanatischen politischen Engagements ausgemacht, das seinerseits ebenfalls in die politische Bedeutungslosigkeit führe bzw. diese verfestige. So vermerkte Sigurd Scheichl 1978 gegenüber seinen Bundesbrüdern, dass dort, wo Burschenschafter sich überhaupt noch ihres politischen Auftrages entsönnen, ein „verbale(r) Radikalismus" vorherrsche, „der einem jede konkrete politische Bemühung erspart". Teilweise würden „völlig unrealistisch(e)" Positionen vertreten.[62] Damit übereinstimmend identifizierte Mölzer 1980 neben dem desillusionierten, Politik-abstinenten Korporierten einen zweiten Typus, der „einer Art von politischem Rechtsradikalismus" zuneige, „die zwar vom Wollen vielleicht durchaus honorig und schön gemeint ist", letztlich aber „provokant und

58 DÖW, WKR-Folder 1991, o. S.
59 *Germanenmitteilungen,* Dezember 1967, o. S.
60 Mölzer 1980, 250 f.
61 Ebd., 251.
62 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

unreflektiert“ sei und dem gesamten ‚nationalen‘ Lager nur schade.[63] Dass das Phänomen nichtsdestotrotz auch die 1980er-Jahre überdauerte, legt eine Bestandsaufnahme Jürgen Hatzenbichlers von 1994 nahe:

> Es gibt zwei Sümpfe, in denen man versacken kann: Der eine ist ein reaktionärer Rechtsradikalismus brauner Provinienz [sic] (…). Der andere Sumpf ist der, daß die Korporation vollständig sinnentleert wird. Übrig bleibt ein Männerstammtisch mit Mütze und Band, der sich bei ein paar alten Liedern und Bräuchen hervorragend amüsiert, und wo man als Vereinsmitglied später einmal Beziehungen und Protektion hat. Beide Wege sind, wollen die Verbindungen Zukunft haben und sich auch als politisch bedeutend reformieren, nicht tragbar.[64]

Auch Stimmer beschreibt einen burschenschaftlichen Aktivismus nach 1945, der sich – angesichts der erwähnten Absenz einer zeitgemäßen, pragmatischen Programmatik nicht unplausibel – „teils mit verklärendem Rückgriff auf die kämpferische Tradition der nationalen Korporationen in den Freikorps nach 1918 bzw. in der illegalen NS-Bewegung“ vollziehe, und erkennt darin den „phasenweise wiederkehrende(n) Durchbruch eines radikal wertorientierten Elitenbewußtseins“.[65] Tatsächlich begünstigte ein eher wertelitäres Selbstbild unter Burschenschaftern im Untersuchungszeitraum politisches Engagement, das bei entsprechender Auslegung der burschenschaftlichen Wertetrias ‚Ehre, Freiheit, Vaterland‘ extremistische Ausformung annehmen konnte und dies auch häufig tat. Ein eher funktionales, auf die (Wieder-)Erringung führender Positionen im schwarz-rot regierten Österreich abzielendes Eliteverständnis ging dagegen, wie Stimmer festhält, eher mit apolitischer Einstellung und politischer Mäßigung einher.[66]

III.1.2 Konjunkturen der Politisierung

Wenngleich innerburschenschaftliche Klagen über mangelnde politische Aktivität über den gesamten Zeitraum der Zweiten Republik zu verzeichnen sind, lassen sich doch Schwankungen in der realen Basis dieses Urteils ausmachen. Wie schon erwähnt, verortet Mölzer den Beginn der Politikabstinenz als unter den völkischen Verbindungsstudenten vorherrschende Haltung bereits in der Wiederaufbauzeit der frühen 1950er-Jahre. „Irgendwelche Bestrebungen politischer oder weltanschaulicher Art liegen ihm

63 Mölzer 1980, 252.
64 Hatzenbichler 1994, 257 f. Der pennale Burschenschafter und akademische Sängerschafter galt bis zu seinem Abschied von der rechtsextremen Publizistik 1998 als Mölzers rechte Hand.
65 Stimmer 1997 (Band II), 1003.
66 Ebd. Vgl. zum burschenschaftlichen Elitarismus ausführlich den Abschnitt III.6.3.

[dem Verein, Anm. B.W.] ferne", bekundete etwa *Laetitia* Wien (die spätere *Olympia*) damals in ihren Satzungen.[67] Wenn auch die spezifischen politischen Umstände in diesen Jahren völkischen Kräften eine solche Zurückhaltung gleichsam auferlegten, scheint die Restaurationsphase doch auch jenen historischen Moment nach 1945 zu bezeichnen, in dem der politische Charakter der Burschenschaften am ehesten grundsätzlich zur Disposition zu stehen schien. So berichtet *Alemannia* Wien von einem Richtungsstreit zwischen den Fürsprechern einer Neuaufstellung als „rein studentische Gemeinschaft" und den Proponenten eines „Bund(es) völkischer Auslese", was wohl dem Gegensatz von reinem Geselligkeitsverein und politischer Kaderorganisation entspricht.[68] Durchsetzen sollte sich die politische Fraktion – wie auch im in Kapitel II.3.1 erwähnten Fall der *Oberösterreicher Germanen.*[69] Bemerkenswert erscheint dabei, dass deren Mitglied Günter Hauska zufolge die Wiedererrichtung des Bundes „in erster Linie" dem Gemeinschaftserlebnis im Lebensbund zu verdanken gewesen sei, das auch weiterhin die wichtigste Bestandsgarantie liefere. In dieser Darstellung erscheint der Männerbund auf Lebenszeit – und nicht die politische Mission – als Garant und damit auch als Kern burschenschaftlicher Existenz.[70] Über die Restaurationsphase hinaus sind explizite Bekenntnisse zu politischer Enthaltsamkeit in burschenschaftlichen Quellen gleichwohl nicht zu finden. Allenfalls bleiben politische Ausrichtung und Betätigung in auffälliger Weise unterbelichtet.[71]

Erste Politisierungsschübe nach dem Krieg gingen um 1960 von der Südtirolfrage (vgl. Kapitel IV.3) und vom vorläufigen Scheitern des Zusammenschlusses von DB und DBÖ (1961) aus. Letzteres ließ das bis dahin vordringlichste konkrete Ziel der österreichischen Bünde in den Hintergrund treten und gab so Energien frei, die lange Zeit gebunden gewesen waren. Zusätzlich begünstigt wurde die Bereitschaft, sich – wenn auch kaum ideologisch – neu aufzustellen auch durch die behördliche Auflösung der Burschenschaft *Olympia* Ende 1961 und die heftigen Attacken, denen die Burschenschaften sich nach mehreren Fällen angeblicher und teilweise tatsächlicher Involvierung in rechtsextremistische Umtriebe ausgesetzt sahen.[72] Die Auf-

67 AUW, S 259.27, Satzungen der akademischen Tafelrunde Laetitia (bestätigte Abschrift vom 29.10.1952), 1. Ähnliche Bekenntnisse leisteten *Hohenheim* (spätere *Bruna Sudetia,* AUW, S 259.56) oder *Ostara* (spätere *Ostmark,* AUW, S 259.43) ab.

68 Alemannia 1962, 26.

69 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 126.

70 Ebd., 167.

71 Vgl. etwa die umfangreiche Chronik *Aldanias* von 1994, deren Autor sich in ausufernden Schilderungen von Feiern, Ausflügen, Anekdotischem und Personalia ergeht, bevor er – etwas pflichtschuldig – im Nachwort anmerkt, dass „unsere gesellschaftspolitische Arbeit nur gelegentlich gestreift worden" sei, dennoch aber „die Basis unseres Handelns" bilde (Aldania 1994, 244).

72 Zur Bedeutung sowohl der Zerschlagung der Fusionspläne als auch des medialen, behördlichen und politischen Gegenwindes vgl. den GHA-Bericht von 1962 (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Anlage 1/2 zur Nieder-

bruchsstimmung ist an den Tagungsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962 deutlich abzulesen – sowohl an den Berichten der Amtsträger als auch an den behandelten Anträgen. *Libertas* alleine trat mit sieben Reformvorschlägen hervor. Neben dem Umbau der DBÖ vom Provisorium zum tragfähigen Verband wurde u. a. die Einführung eines regelmäßigen burschenschaftlichen Seminars zu „hochschul- und tagespolitische(n)" Themen beschlossen.[73]

Am darauf folgenden DBÖ-Tag 1963 brachten die *Oberösterreicher Germanen* einen recht umfassenden Reformantrag ein, der u.a. darauf abzielte, die Burschenschafter wieder verstärkt für hochschulpolitische Betätigung zu mobilisieren und zu schulen. Über die Hochschulpolitik sollte eine größere „Breitenwirkung der burschenschaftlichen Ideen und Ideale" erreicht werden; um Raum für sie zu schaffen, seien „reine Vereinsaufgaben, die geradezu reaktionären Charakter tragen", auf ein gebührendes Maß zurückzustutzen.[74] Dass der entsprechende Antrag auch vorsah, die burschenschaftliche Bildungsarbeit künftig „vorwiegend rein hochschulpolitischen Angelegenheiten" zu widmen[75], rief den Widerstand der Traditionalisten hervor. Diese, repräsentiert durch das *Ostmarkenkartell* (*Silesia, Stiria* Graz, *Suevia* Innsbruck), wollten umgehend per Dringlichkeitsantrag festgehalten wissen, dass die DBÖ im „Südtirolproblem" den „wichtigsten Punkt ihrer burschenschaftlichen Arbeit" erblicke.[76] Offenbar befürchteten die *Ostmarken* eine Zurückdrängung nicht nur der ‚reinen Vereinsaufgaben', sondern auch klassischer völkischer Anliegen. Ebenso erging es *Teutonia,* welche „das Hauptgewicht der Burschenschaftlichen Arbeit auf die Grenzlandarbeit" gelegt sehen wollte.[77] Tendenziell aufseiten der *Oberösterreicher* befand sich in dieser Frage dagegen die Aktivitas der Innsbrucker *Germanen,* die jedenfalls bundintern mit Nachdruck den Ausbau der politischen und generell der geistigen Betätigung bei gleichzeitiger Reduzierung aller sonstigen Verpflichtungen einforderte.[78] Die *Obergermanen* aber sollten es sein, die sich in weiterer Folge zu Wortführern jener Burschenschafter aufschwangen, die insbesondere in einem „übermäßig belebte(n) Fechtbetrieb" ein Hindernis für „rege ideelle Betätigung" und effektive politische Arbeit auf Hochschulebene erkannten. Insbesondere

---

schrift des DBÖ-Tages, 1). Dem zufolge hätten beide Umstände „auf das gesamte burschenschaftliche Leben in Österreich weitgehende Rückwirkungen" gehabt.

73 BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 2 (Germania Graz) vom 6.11.1962, 1.

74 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 4. Auch Wrabetz jun. propagierte auf diesem Burschentag die Hochschulpolitik als Mittel, um „Studenten, die nicht freiheitlich korporiert sind, in unserem Sinne zu beeinflußen [sic]" (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6).

75 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 4.

76 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 2. Im gefassten Beschluss war schließlich von „einem der wichtigsten Punkte" die Rede (ebd., 10), Hochschulpolitik sollte fortan „entsprechende Berücksichtigung" finden (ebd., 7).

77 Ebd., 6. Vgl. zur ‚Grenzlandarbeit' Kapitel IV.1.2.

78 Vgl. die *Germanenmitteilungen,* Dezember 1963, 7 und Februar 1964, 4 f.

richtete sich ihre Kritik gegen das ihrer Meinung nach ausufernde Hatz- und Contrahagewesen, das sie als „Mittel zur verschleierten Bereinigung von Ehrenhändeln" charakterisierten.[79] Die Ehrenordnung erklärten sie u.a. zur Fahnenfrage, da sie ihnen kennzeichnend für die Selbstgenügsamkeit und Reformunwilligkeit der Burschenschaften in Österreich nach 1945 erschien und „ein Wirken nach außen" verhindere.[80]

Einen wahren Politisierungsschub löste zumindest mancherorts im burschenschaftlichen Lager das Erstarken der studentischen Linken an den deutschen und österreichischen Hochschulen ab den späten 1960er-Jahren aus.[81] Der antikommunistische ‚Kampf um die Hochschule' bot sich in mehrfacher Hinsicht als neue sinnstiftende Mission an: Er eignete sich vortrefflich zur emotionalen Aufladung, war eng mit der Lebenswelt der Aktiven verknüpft und schien nichtsdestotrotz – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, des Pariser Mai von 1968 und des Verbalradikalismus manch linker Gruppierung jener Zeit – zugleich eine geradezu welthistorische Dimension aufzuweisen. Zusätzlich mit Bedeutung aufgeladen wurde die universitäre Konfliktkonstellation durch den Umstand, dass Burschenschafter selbst noch in progressiv-katholischen Gruppierungen schnell den Bolschewismus am Werke sahen.[82] In der Konfrontation mit diesem schien die nagende Frage nach der eigenen Daseinsberechtigung als politische Studentenbünde nun die ersehnte positive Antwort zu finden. Entsprechend breiten Raum nahm in den 1970er-Jahren die (teils von offenkundiger Faszination getragene) Auseinandersetzung mit dem intellektuell dynamischen und in seinen Aktionsformen innovativen linken Feindbild in den Aktivitäten vieler Einzelbünde, aber auch der DB ein.[83] In Publikationen, Seminaren und Vortragsveranstaltungen bemühte man sich um ein Kennenlernen des Gegenübers und die Erarbeitung von Konzepten und Strategien, ihm Paroli zu bieten.[84]

Forciert wurde diese Linie in der DB wie auch auf Wiener Ebene nicht zuletzt von den *Oberösterreicher Germanen,* die sich durchaus bereit zeigten, zugunsten der Feindanalyse,

---

79 Oberösterreicher Germanen 1967, 162. Hatzen (zwischen zwei Verbindungen) und Contrahagen (zwischen zwei einzelnen Korporierten) sind Formen der Mensur.

80 Ebd., 163. Vgl. zur Ehrenordnungsdebatte Abschnitt III.5.4 sowie zur Einschätzung der Hatzen und Contrahagen den Exkurs zum Duellwesen ebendort.

81 Vgl. Pawkowicz 1974, 2 f.; AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 17; Weidinger 2010, 159 f.; sowie Kapitel IV.2.6.

82 Vgl. Weidinger 2010, v.a. 165–167.

83 Angesichts Tausender „fanatische(r) kommunistischer Akademiker", die in den kommenden Jahren die deutschen Hochschulen als Professoren, Journalisten, Richter u.a. verlassen würden, müsse – so der Festredner am Kommers des DB-Burschentages 1974 – sich „selbst ein Verband politisieren (…), der nicht die großartige Geschichte der Burschenschaft hätte" (paraphrasiert von Gugerbauer, dieser zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 41).

84 Vgl. etwa die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 10 u. 12 sowie 20–24; zum DB-Burschentag 1976, 36 f.; sowie zum DB-Burschentag 1977, 6 u. 8 (alle: BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a]).

Programmarbeit und insgesamt der Hochschulpolitik klassische Aktionsfelder der österreichischen Bünde (wie etwa die ‚Grenzlandarbeit') zurückzustellen.[85] Dies freilich, ohne den gewohnten Boden burschenschaftlicher Politik in Österreich zu verlassen: Schon ihre Reformanträge von 1963 enthielten ein Plädoyer zur Konzentration „unsere(r) Arbeit" auf „die nüchterne nationale Aufgabe" der Burschenschaften.[86] Der erwähnte Schwenk zur Hochschulpolitik war denn auch primär instrumentell motiviert und beruhte auf einer realistischen Einschätzung des Wirkungsradius burschenschaftlicher Politik nach 1945. „Um für unser nationales Anliegen Gehör zu finden, müssen wir erst einmal im allgemeinpolitischen Bereich akzeptiert werden", erklärte Norbert Gugerbauer 1973.[87] Trotz jahrelanger Isolierung aufgrund ihrer Minderheitenposition in Fragen der Ehrenordnung avancierten die *Obergermanen* – jedenfalls nach eigener Darstellung – in den 1970er-Jahren zur politisch tonangebenden Burschenschaft in Österreich und zum wohl einflussreichsten österreichischen Bund innerhalb der DB. Sie dominierten Anfang der 1970er-Jahre den Wiener RFS[88], übten den DB-Vorsitz (1974/75) als erster Bund aus Österreich aus und gründeten 1970 gemeinsam mit *Alania* und *Silvania* eine Wiener *‚Örtliche Burschenschaft'* (ÖB)[89], die – anfangs maßgeblich getragen vom späteren FPÖ-Führungsduo Jörg Haider *(Silvania/Südmark)* und Norbert Gugerbauer – Konvente zu politischen Themen abhielt und Flugblätter zur öffentlichen Verteilung brachte. Dem Chronisten der *Germanen* zufolge stellte „(d)iese burschenschaftlich-politische Aktivität (…) jedenfalls ein Novum im Kreis der Wiener Korporationen dar".[90]

Diese ließen sich vom Elan der *Obergermanen* nur begrenzt mitreißen, wie etwa die fruchtlosen Bemühungen Letzterer um eine politische Aktivierung des WKR in den 1970er-Jahren zeigen.[91] 1977 beschlossen die Mitgliedsbünde zwar auf einen *Germanen*-Antrag hin, künftig beim ‚Farbenbummel' an der Universität mindestens 14-tägig ein Flugblatt politischen Inhalts zu verteilen, das von jeweils einem Bund alternierend

85 Vgl. Gugerbauers Bericht über das *Germanen*-Vorsitzjahr, wiedergegeben in Oberösterreicher Germanen 1994, 60–71, besonders 64–66; BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1974, 8–10 und des DB-Burschentag 1973, 4.

86 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 5.

87 Oberösterreicher Germanen 1994, 33. Vgl. auch Oberösterreicher Germanen 1967, 168 f. sowie ausführlicher zur „relativen Abweichung der *Oberösterreicher Germanen*" den entsprechenden Exkurs in Kapitel III.4.1.

88 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 15, 17, 22–24, 25, 29, 35–37, 45. „Der RFS war damals im wesentlichen ein Aktionsraum unseres Bundes und es war einfach beeindruckend, wie die anderen Bünde diesem geschlossenen Auftreten unseres Bundes hilflos gegenübergestanden sind." (Erwin Mayr, zit. ebd., 73)

89 *Örtliche Burschenschaften* stellen lokale Gliederungen der DB an einem bestimmten Hochschulort dar. Am DB-Burschentag 1968 (und damit schon vor dem Beitritt der ersten österreichischen Bünde) war den Österreichern die Einrichtung solcher Gliederungen empfohlen worden – vermutlich auch in Reaktion auf den Stärkezuwachs der Hochschullinken (vgl. die *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 2).

90 Oberösterreicher Germanen 1994, 21.

91 Vgl. ebd., 25.

vorbereitet werden sollte. Das von den *Germanen* selbst produzierte erste Flugblatt sollte aber – trotz einstimmigen Beschlusses – auch das letzte bleiben.[92] Anfang der 1980er-Jahre wird der WKR von seinen Mitgliedsbünden per Abkommen auf „politische Unverbindlichkeit" festgelegt, um (weiteren) Austritten vorzubeugen.[93] Auch die Innsbrucker Situation unterstreicht, dass der studentische Politisierungstrend um 1970 das burschenschaftliche Lager nicht in seiner Gesamtheit erfasste. Die Innsbrucker Verbindungen, so Sigurd Scheichls Urteil von 1975, hätten sich „ganz auf das Gesellschaftliche und Korporative im engeren Sinn zurückgezogen".[94] Drei Jahre später vermerkt Scheichl, die Tätigkeit der Burschenschaften erschöpfe sich „weitgehend in Kneipen und Mensuren".[95]

Ein gewisser Gegentrend ist ab Mitte der 1980er-Jahre in Wien zu verzeichnen. 1984 gründen die dortigen Burschenschaften die *Wiener Burschenschaft,* die als Plattform für politische Betätigung außerhalb des nun (auf Druck der Corps) offiziell entpolitisierten WKR dienen soll. 1985 schließen sich ihnen Landsmannschaften an, die Plattform wird zur ARGE WBL erweitert. Auch stellen Wiener Burschenschafter 1986 unter der Federführung *Olympias* den inzwischen vollkommen bedeutungslosen RFS neu auf: klar allgemein-politisch orientiert, ‚neu-rechts' inspiriert und eine Identifizierung mit der (im selben Jahr vom Burschenschafter Haider übernommenen) FPÖ nicht mehr scheuend.[96] Generell kann die ‚freiheitliche' Studierendenorganisation aufgrund seit jeher enger personeller Verflechtungen als Barometer für das politische Aktivitätsniveau der Burschenschaften gelten. Zeigte der RFS sich unter der Ägide der *Oberösterreicher Germanen* um 1970 hochaktiv, so fällt seine Krise um 1980 mit Klagen über nachlassende Bereitschaft von Korporierten zusammen, sich hochschulpolitisch zu engagieren.[97]

Um 1990 traten die völkischen Korporationen, im Kielwasser einer aufstrebenden FPÖ segelnd, verstärkt nach außen. Jedenfalls ortete Wolfgang Kitzmüller (*Arminia Czernowitz* zu Linz) 1995 – unter Verweis auf die freiheitlichen Wahlerfolge –, dass „sich unser Lager verstärkt seine Meinung in der Öffentlichkeit (…) zu vertreten getraut und damit auch selbstbewußter seinen von der Urburschenschaft ausgehenden politischen Auftrag erfüllt". Ebenso habe der Kommers von Innsbruck 1994 unterstrichen, „daß das Couleurstudententum aus der Enge der jeweiligen Buden hinausdrängt".[98] Dem war

92 Vgl. ebd., 83.

93 Oberösterreicher Germanen 1994, 97.

94 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2.

95 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

96 Zur Krise des RFS vgl. ebd., 87, 92, 94–96, 98; zu seiner Neuausrichtung vgl. H. Stefan 2009, 128 f. und Dvorak 1996, 69 f. Ausführlicher zum Verhältnis von RFS, Burschenschaften und ‚Neuer Rechter' vgl. die Kapitel IV.1.3 und IV.2.7.

97 Vgl. z.B. *Aula* Nr. 5/1985, 4.

98 *Arminenbrief,* (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 6.

jedoch nicht so: Der Trend – so er tatsächlich bestand – erwies sich als Strohfeuer. Es scheint plausibel, dass es die Einbeziehung von Teilen des Korporationswesens in die Briefbomben-Ermittlungen und die Distanzierung Jörg Haiders vom völkischen Lager waren, die ihm Mitte des Jahrzehnts ein Ende bereiteten (vgl. zur burschenschaftlichen Rekrutierung in den 1990er-Jahren näher Kapitel VI.1).

III.2 Der burschenschaftliche Auftrag an den Einzelnen

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt angedeutet, erstreckt der politische Auftrag der Burschenschaften sich nicht nur auf diese als Kollektivakteurinnen, sondern auch auf ihre einzelnen Mitglieder. Der *Olympe* Waldemar Steiner identifizierte deren politische Aktivität in einer Rede 1974 (damals FPÖ-Vizebürgermeister von Salzburg) sogar mit burschenschaftlicher Politik überhaupt: „Nach außen wird die politische Tätigkeit vom einzelnen Burschenschafter getragen. (…) Die Burschenschaft steht für die Idee, der einzelne verwirklicht sie."[99] Auch Berka verortete 1956 „im Philisterium", also dem Altherrenstand, „die eigentliche Aktivität einer akademischen Körperschaft", auf welche die Aktiv- bzw. Studentenzeit lediglich vorbereite.[100] Nicht zuletzt auf die hier angesprochenen Erwartungen an den Lebenswandel des einzelnen Burschenschafters gründet meine Unterstellung einer ‚generischen Kausalität' zwischen dessen politischem Handeln und seiner burschenschaftlichen Sozialisation – und damit wesentlich auch die Annahme der Möglichkeit, in gewissem Rahmen Rückschlüsse von diesem individuellen Handeln auf die Burschenschaft(en) als Kollektiv zu ziehen (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel I.2).

In ihrer allgemeinsten Fassung besteht die Erwartung an den einzelnen Burschenschafter darin, sich aktiv der politischen und sozialen Problemstellungen seines Umfeldes anzunehmen. Den bereits an anderer Stelle zitierten, ihrerseits von der DB-Verfassung inspirierten DBÖ-Grundsätzen von 1965 zufolge verlangt die Burschenschaft von ihren Mitgliedern „das volle Einstehen für die Rechte und Pflichten, die dem Staatsbürger eines Rechtsstaates erwachsen und macht es sich zur Aufgabe, in ihren Mitgliedern rege Anteilnahme an allen Belangen des deutschen Volkes zu erwecken".[101] Das Grundsatzdokument der burschenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft *Weißer Kreis in Österreich* (WKÖ), welcher *Albia, Libertas, Markomannia, Vandalia* (alle Wien), *Arminia* Graz und *Germania* Innsbruck sowie *Marcho Teutonia* Graz angehörten, verhielt

99 Steiner 1974, 11 bzw. 15.
100 Zit. n. Libertas 1967, 109 und 354.
101 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 2.

die Angehörigen der Mitgliedsbünde „zur tätigen Mitarbeit an möglichst maßgeblichen Stellen der studentischen Selbstverwaltung sowie in akademischen und nichtakademischen Organisationen im burschenschaftlichen Sinne".[102] Auch in jüngsten burschenschaftlichen Quellen finden sich Bekenntnisse ähnlichen Inhalts.[103]

Die konkrete Ausgestaltung des individuellen politischen Engagements betreffend wird, jedenfalls rhetorisch, das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit beschworen. So betonen die zuvor erwähnten DBÖ-Grundsätze die „innere Freiheit des Geistes" und den Wert vorurteilsfreien und selbstständigen Denkens, das jeder Burschenschafter ausbilden solle.[104] In „allen praktisch-politischen Fragen", so Sigurd Weyringer (*Arminia* Graz, *Albia* Wien) 1957, sei der Einzelne allein seinem Gewissen verpflichtet.[105] „Nicht die politische Meinung ist uns vorgeschrieben, sondern das Bemühen, seinen Standpunkt nach demokratischen Regeln zu vertreten", hieß es auch noch rund fünfzig Jahre später bei den Grazer *Stiren*.[106] Dennoch wurden der Autonomie des Einzelburschenschafters bei der Auslegung seiner politischen Mission Begrenzungen auferlegt – nicht nur durch Vorgaben wie jene der Anerkennung des (bürgerlich-)demokratischen Rechtsstaats als „bestmögliche Staatsform"[107], sondern v.a. in Form einer übergeordneten Zielsetzung: Das politische Engagement sei als „Dienst am deutschen Volke" aufzufassen. Wie und in welchem politischen Lager der Einzelne diesen Dienst ableiste, sei, so Berka, eigenverantwortlich zu entscheiden. Die Verbindungen hätten allerdings sicherzustellen, dass die von ihnen ausgebildeten Männer in ebendiesem Dienst nicht weniger als „den Sinn ihres Lebens" erblickten.[108]

Politisierung des Privaten

Diesem sinnstiftenden Anspruch entspricht die Vorstellung, dass die Zugehörigkeit zur Burschenschaft das Verhalten des Einzelnen in umfassender Weise zu durchwirken habe (ein Ideal, das zu Zeiten der Monarchie die völkische Bewegung insgesamt kennzeich-

102 Zit. n. Libertas 1967, 180.

103 Vgl. etwa http://www.stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=14 oder die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 3/2009, 104.

104 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 1.

105 Leserbrief in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 4–10, hier: 7 (Herv. entf.). Notierenswert erscheint, dass Weyringer diese Feststellung im Rahmen seiner Erörterung des Verhältnisses von Burschenschaft und Nationalsozialismus trifft – also einer Frage, in der die Individualisierung von Verantwortung aus gesamtburschenschaftlicher Sicht politisch höchst opportun erscheinen musste.

106 http://www.stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=14.

107 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Grundsätze der DBÖ, Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 1 f.

108 Leserbrief in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 10 f., hier: 11.

nete[109]). Nicht allein in der Sphäre politischer Öffentlichkeit sollte er für burschenschaftliche Ziele werben, sondern auch im privaten Bereich. „(J)eder ist ein geselliges Wesen und hat innerhalb seines Gesellschaftskreises reichlich Gelegenheit, für deutsche Art in ihrer österreichischen Prägung einzutreten", führte Berka 1951 aus.[110] „(W)o immer er zu wirken imstande ist", habe ein Burschenschafter „im Sinne eines volksbewußten deutschen Ehrenmannes" zu handeln, stand wiederum 1967 bei den Innsbrucker *Germanen* zu lesen.[111] Dieser Anforderung zu entsprechen, bedeutete aus Sicht der ADC-Bünde anno 1958 etwa, „Vergnügungs- und Ferienreisen" nach Italien (Südtirol/Alto Adige ausgenommen) zu unterlassen, da sie „eines Burschenschafters unwürdig" seien.[112] Dieses Beispiel veranschaulicht nicht nur die umfassende Politisierung des burschenschaftlichen Privatlebens, sondern auch ein trotz aller Bekenntnisse zur Gewissensfreiheit des Einzelnen manifestes Misstrauen in die Fähigkeit der Individuen, auch ohne derartige Vorgaben ‚volkstumspolitisch korrekte' Entscheidungen zu treffen.

Der burschenschaftliche Anspruch auf über die Studentenzeit hinausreichenden, umfassenden Zugriff auf das Individuum reicht – jedenfalls in manchen Auslegungen – bis hinein in die intimsten Sphären menschlichen Lebens und macht somit auch vor der Fortpflanzung nicht halt. Vor dem Hintergrund einer drohenden Majorisierung der ‚Deutschen' innerhalb der „momentan geltenden Grenzen" Deutschlands und Österreichs hätten die Burschenschafter, so der BG-Sprecher und *Olympe* Gerhard Schlüsselberger 2009, ihrem „elitären Anspruch mittels Führen durch Vorbild (zu) entsprechen. Gerade wir sollten dem urburschenschaftlichen Geist, der die Großfamilie immer hochgehalten hat, sprichwörtlich wieder neues Leben einhauchen." Freilich sei es mit dem Zeugen eines vielköpfigen Nachwuchses nicht getan – vielmehr müsse dieser „auch in unserem Sinne erzogen werden". Den damit verbundenen Herausforderungen gelte es sich zu stellen. „Das Burschenschaftersein ist nun mal keine Freizeitbeschäftigung, sondern eine Lebenseinstellung."[113]

III.2.1 Zwischen Geselligkeitsorientierung und Idealismus

Vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Stellenwerts der Burschenschaft in den individuellen Selbstentwürfen der einzelnen Mitglieder kann nicht verwundern, dass die

109 Nach Darstellung Julia Schmids hatte ‚Deutsch-Sein' in dieser Vorstellung sich „in jedem Bereich des Lebens" niederzuschlagen, von der Kindererziehung bis hin zum Einkaufsverhalten (vgl. Schmid 2009, 150–152, Zitat: 151).

110 BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 9 (vgl. Fußnote 129 auf S. 70 sowie Kapitel II.5.1).

111 *Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.

112 So der entsprechende Antragstext (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 1 zur Niederschrift des ord. ADC-Tages 1958, 5); zu seiner einstimmigen Annahme vgl. die Niederschrift des DBÖ-Tages, 8 f. (selber Bestand).

113 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2009, 104.

hier formulierten Erwartungen in individuell höchst unterschiedlichem Ausmaß Erfüllung fanden. Die Bandbreite reichte von Überaffirmation bis Gleichgültigkeit. Für das erstgenannte Extrem sei beispielhaft Hans Hamscha *(Libertas)* angeführt. Dieser brachte 1965 in einem Brief an den Autoren der *Liberten*-Chronik sein Gefühl der Verpflichtung zum Ausdruck, „soweit es mir möglich ist, im völkischen Kampf tätig zu sein" – ein Kampf, der „in allen Belangen unseres Lebens" auszufechten sei. In diesem Sinne entfaltete Hamscha eine nach eigener Darstellung rege Betriebsamkeit, die organisierten politischen Aktivismus ebenso einschloss wie das Verfassen von „Entgegnungen an alle Zeitungen" und die „regelmäßige Aussendung von informativen Mitteilungen". Auch die „Aufmunterung von Menschen, die sich für das deutsche Volk einsetzen", verbuchte Hamscha als einen Aspekt seines völkischen Engagements.[114]

Am anderen Ende des Kontinuums gab, neben der verschiedentlich diagnostizierten politischen Indolenz der Burschenschaften insgesamt, auch fehlendes individuelles Engagement engagierteren Mitgliedern fortwährenden Grund zur Klage. Insbesondere über die politische Passivität der ‚Philister' (was im verbindungsstudentischen Sprachgebrauch sowohl Alter Herr als auch Spießbürger, Lethargiker bedeuten kann) und/oder ihre Teilnahmslosigkeit im Verbindungsleben wurde häufig Beschwerde geführt.[115] Die Erkenntnis, „daß nicht alle Bundesbrüder abgefeimte politisch interessierte Naturen sind", ereilte so manchen politisch motivierten Burschenschafter schon bald nach Eintritt in die Verbindung.[116] Wohl vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen hatte *Germania* Köln am DB-Burschentag 1977 beantragt, alle Angehörigen von DB-Mitgliedsbünden zu verpflichten, beim Übergang in den Altherrenstand ihrer lokalen *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB) beizutreten. Begründet wurde dies damit, dass Alte Herren, die nicht an ihrem Studienort wohnhaft seien, häufig „die Bindung zur Burschenschaft" verlören.[117] Während die Initiative der Kölner erfolglos blieb, war dasselbe Ansinnen in Österreich bereits 1954 umgesetzt worden. Mit drei Enthaltungen hatten die ADC-Bünde damals beschlossen, ihre Alten Herren „nach Maßgabe ihrer satzungsmäßigen Möglichkeiten" zum VaB-Beitritt an ihrem jeweiligen Wohnort „zu veranlassen".[118] Dem Beschluss zugrunde gelegen war „die prinzipielle Einstellung der Bünde für eine möglichst intensive Erfassung und Bindung der AH.AH. [Alten Herren, Anm. B.W.] innerhalb der VaB".[119]

114 Zit. n. Libertas 1967, 126.

115 Vgl. z.B. Aldania 1994, 206; Libertas 1967, 61; Oberösterreicher Germanen 1994, 12, 17 f., 28 f., 80 f. und 123; oder die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Sommer 1987, 8.

116 Gunther Pendl im Brief an seinen Bundesbruder Friedrich Tulzer vom 22.4.1989, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 152.

117 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 42.

118 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 12.

119 Ebd., 9.

Die Unterschiede im Stellenwert, den Burschenschafter ihrem Burschenschafter-Sein im Alltagsleben zuweisen sowie im Grad an politischer Ambition, die sie mit ihrer Mitgliedschaft verbinden, lassen sich analytisch in die Gegenüberstellung *geselligkeitsorientierter* und *idealistischer* Korporierter fassen. Während der idealistische Typus seine Korporationszugehörigkeit als Auftrag versteht und individuell wie auch im Verbund mit den Bundesbrüdern gesellschaftlich prägewirksam werden will, schätzt der geselligkeitsorientierte Typ v.a. die sozialen Aspekte des Verbindungslebens.[120] Seine Mitgliedschaft, respektive die Aufrechterhaltung derselben, verdankt sich persönlichen Loyalitäten, als freudvoll erlebten geselligen Ereignissen (und der Erinnerung an diese), gemeinschaftsstiftenden Ritualen und nicht zuletzt auch simpler Gewöhnung. Während der *Idealist* die burschenschaftliche politische Agenda (bzw. die von ihm als richtig erkannte Auslegung derselben) in identitätsstiftender Weise internalisiert hat, hat der *Geselligkeitsorientierte* sie nicht oder nur vorübergehend in sein Selbstbild integriert. Wohl mag er wesentliche Bestandteile burschenschaftlicher Ideologie, wie etwa die männerbündische Grundierung derselben, verinnerlicht haben; politischen Aktivismus legt er, wenn überhaupt, allerdings nicht primär aus burschenschaftlicher Motivation an den Tag.[121] Während geselligkeitsorientierte Burschenschafter den politischen Kurs ihrer Verbindungen und Verbände passiv mitzutragen pflegen (aber auch tendenziell als Trägheitsfaktor für interventionistische Ambitionen erscheinen), wirken *Idealisten* als aktive Bewahrer und Gestalter. Dazu dienen ihnen Sprecher- und Verbandsfunktionen (vgl. den folgenden Unterabschnitt) ebenso wie die Tätigkeit als Festredner und Vortragende, für welche ihr Engagement und ihre Sattelfestigkeit in burschenschaftlicher Geschichte und Weltanschauung sie prädestinieren. Anders als *Geselligkeitsorientierte* verfügen sie sowohl über die Fähigkeit als auch über die Bereitschaft, die Korporationen und ihr gesellschaftliches Umfeld zum Gegenstand schriftlicher und mündlicher Erörterung zu machen (und deren Ergebnisse mit den Bundes- und Verbandsbrüdern zu teilen).

Wie im Falle jedweder Gegenüberstellung von Idealtypen ist darauf hinzuweisen, dass die konkreten Individuen Anteile beider Orientierungen in sich tragen und Verschiebungen über die Zeit möglich, ja wahrscheinlich sind.[122] Auch *Geselligkeits-*

120 Darauf weist auch Jürgen Schwab hin, hält aber auch fest, dass in fast jedem Bund „Verbandsbrüder anzutreffen (sind), die in irgendeiner Form national oppositionell sind" (*Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996, 19).

121 Mit der hier vorgeschlagenen Differenzierung verwandt ist die von Mölzer 1980 für das völkische Korporationswesen insgesamt vorgenommene Unterteilung der damaligen Aktivengeneration in politisch engagierte und „nichtssagenden Pseudoidealen" wie ‚Freundschaft' u. Ä. anhängende Korporierte (Mölzer 1980, 251 f.).

122 Insbesondere kann abnehmendes Interesse am Bund als politische Vereinigung im Zuge des Überganges ins Berufsleben als typisch gelten. Schwab zufolge ist auch für den Eintritt in eine Burschenschaft „Politik" in der Regel „erst einmal ein untergeordnetes Thema", während das Motiv der Integration „in einem sozial-beruflichen Umfeld" im Vordergrund stehe (*Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996, 19). Kuhn, die zu

orientierte können sich stark über das Burschenschafter-Sein definieren, ohne allerdings politische Ambitionen daraus abzuleiten. Plausibel erscheint angesichts des hochpolitischen Selbstverständnisses der Burschenschaften freilich, dass hohe Identifikation in aller Regel mit einer Bejahung ihres politischen Mandats einhergeht. Dieses Mandat wiederum kann unterschiedlich interpretiert werden: Wenn auch alle *Idealisten* der burschenschaftlichen Idee anhängen, können sie sich in der Auslegung derselben erheblich unterscheiden (sich aber in der Klage über die Passivität der geselligkeitsorientierten Bundes- und Verbandsbrüder einig sein). Für die überindividuelle Ebene ist davon auszugehen, dass sich – schon aufgrund der relativen Willkürlichkeit der Rekrutierung[123] und des Nicht-Monopols der Korporation auf die politische Prägung ihrer Mitglieder – in jedem Bund unterschiedliche Burschenschaftertypen finden. Dabei wird der Anteil von *Idealisten* in manchen Verbindungen höher und werden die Auslegungen der burschenschaftlichen Idee in manchen Bünden homogener sein als in anderen.

III.2.2 Die *politische Klasse unter Burschenschaftern*

Die politische Praxis der Verbindungen wird naheliegenderweise maßgeblich von jenen getragen und gestaltet, denen sie ein prioritäres Anliegen ist – und damit offenbar von einer überschaubaren Minderheit. Nachvollziehbar wird dies etwa anhand der Ämterbesetzungen im Rahmen des ADC bzw. der DBÖ.[124] Anders als im Rahmen der DB kam es hier kaum je zu Kampfabstimmungen: Üblicherweise standen genau so viele Kandidaten zur Verfügung, wie Positionen zu besetzen waren, und nicht selten musste noch am Burschentag selbst nach zur Kandidatur bereiten Verbandsbrüdern gesucht werden. Mit Blick auf den Kreis jener, die sich für Funktionärsposten zur Verfügung

Beginn ihrer Arbeit von der Überordnung des Gemeinschaftsaspekts über politische Überzeugungen als Beitrittsmotiv ausgeht, gelangt dagegen zu der Auffassung, dass zumindest rechts außen positionierte Bünde nicht zuletzt politisch bereits einschlägig motivierte Männer anzögen – und die bundinterne Erziehung in diesen Bünden auf die politisch-ideologische Angleichung der ‚unpolitischen' Neumitglieder abstelle (Kuhn 2002, 91).

123 Für den ‚einsprungswilligen' Studenten spielen neben der politischen Ausrichtung eines Bundes häufig Faktoren wie die Größe der Aktivitas oder die Ausstattung und Lage des Hauses eine Rolle bei der Verbindungswahl, sofern diese nicht ohnehin durch Familientradition oder sonstige persönliche Bindungen vorgegeben ist. Aus Sicht der Verbindungen wiederum erwies jene Selektivität in der Mitgliederwerbung, die ein elitäres Selbstverständnis nahelegte, sich vor dem Hintergrund der nach 1945 virulenten Nachwuchsprobleme vielfach als unleistbarer Luxus (vgl. dazu etwa die *Germanenmitteilungen* vom 15.12.1968, 5).

124 Als weiteres Beispiel ließe sich die Hochschulpolitik anführen: Laut einer DBÖ-internen Umfrage waren 1963/64 österreichweit gerade 35 von 654 studierenden Burschenschaftern, also im Schnitt rund neun pro Hochschulstadt, hochschulpolitisch aktiv (vgl. die entsprechende Beilage zu den *Germanenmitteilungen,* Mai 1965, Blatt I).

stellten, ist zudem eine ausgeprägte Tendenz zu (simultaner wie auch serieller) Ämterkumulation unübersehbar.[125]

Ich bezeichne die innerburschenschaftliche Minderheit der Amtsträger (und insbesondere der synchronen und/oder diachronen Multifunktionäre) in Anlehnung an Gaetano Moscas Begriff der politischen Klasse in weiterer Folge als die *politische Klasse unter Burschenschaftern.*[126] Es handelt sich dabei um eine burschenschaftliche Funktionselite auf Verbandsebene, deren Angehörige miteinander ideologisch und habituell weiterreichende Übereinstimmungen aufwiesen als mit vielen der eigenen Bundesbrüder. In ihren Funktionen fanden sie Möglichkeiten vor, auf die Tätigkeit und ideologische Entwicklung des Burschenschaftswesens in Österreich in besonderer Weise Einfluss zu nehmen. Die Aussage des Verbindungsbeauftragten der DB zum ADC von 1954, Walter Reich (*Libertas* Wien), wonach die Ausrichtung der ersten „wie stets in großen Verbänden (…) von den jeweiligen führenden Köpfen in den maßgeblichen Ausschüssen bestimmt" werde, lässt sich fraglos auch auf die österreichische Situation übertragen.[127] Als in meinungsbildender Hinsicht bedeutende Funktion ist über die Ausschüsse hinaus die Schriftleitung der *Aula* zu erwähnen, stellte Letztere doch den zentralen (Einweg-)Kommunikationskanal des völkischen Verbindungswesens nach innen wie nach außen dar. Über die Möglichkeit inhaltlicher Zensur hinaus konnten sich Schriftleiter durch eigene Autorentätigkeit zusätzlichen Einfluss verschaffen. So bediente der Corpsier Andreas Mölzer sich einer ganzen Reihe von Pseudonymen, um seine Omnipräsenz in der Zeitschrift zu kaschieren und seine Positionen auf eine scheinbar breite Basis zu stellen.[128]

Wesentlich begünstigt wurde die Prägekraft der *politischen Klasse* durch ihre große Homogenität in ideologischen Belangen. Diese ist nicht nur Abbild der, verglichen mit der bundesdeutschen Situation, generell geringeren weltanschaulichen Heterogenität

125 So amtierte etwa der *Gothe* Peter Gschaider 1963 gleichzeitig als Vorsitzender der DBÖ, als deren Referent für burschenschaftliche Arbeit und als Sprecher seines Bundes (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 12). Auch das Prinzip der Gewaltenteilung blieb mitunter auf der Strecke. Nur einzelne Bünde stießen sich 1960 daran, dass die damaligen Mitglieder des DBÖ-Rechtsausschusses mehrheitlich auch jenem Exekutivorgan (GHA) angehörten, dessen Amtsführung Ersteren zu kontrollieren hatte (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 7).

126 Diese dürfte sich weitgehend mit jener Minderheit von Alten Herren überschneiden, die Friedhelm Frischenschlager beschreibt: Diese würden das Korporationsleben „ernster nehmen" als andere und innerhalb des völkischen Verbindungswesens „den Ton an(geben)" (Interview vom 11.12.2009) – dies nicht zuletzt, da sie es seien, die „die Organisation aufrechterhalten". Politisch-ideologisch stuft Frischenschlager diese Gruppe als „zumindest extrem konservativ" ein (Interview vom 24.2.2010).

127 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 16. Auch auf der Ebene des deutsch-österreichischen Dachverbandes wurde besonderes Engagement mit besonderem Einfluss belohnt: Die *Burschenschaftliche Gemeinschaft* (und mit ihr die Österreicher) wurde innerhalb der DB nicht zuletzt dadurch dominant, „daß sich ihre Mitglieder häufig überproportional stark in die inhaltliche Arbeit des Dachverbands einbrachten" (*Junge Freiheit* Nr. 22/2010, 6).

128 Vgl. Gärtner 1996, 225.

des Burschenschaftswesens in Österreich, sondern auch Folge einer Rekrutierungspraxis, die sich an hegemonialen (nicht zwangsläufig aber zugleich majoritären) Meinungen orientierte. Kontinuität wurde erzielt, indem die einzelnen Bünde ihre Delegierten für Verbandstage mit inhaltlichen Mandaten auszustatten pflegten[129], welche die bisherige Verbandspolitik fortschrieben, bzw. Delegierte auswählten, die entsprechende hegemoniale Positionen verkörperten. Auf den Verbandstagen wählten diese Delegierten dann aus ihren Reihen verlässliche Repräsentanten des Status quo in Verbandsfunktionen.[130] Diese konnten sich somit auf demokratische Mehrheiten stützen, ohne notwendig Mehrheitsmeinungen zu vertreten. Ideologisch nonkonformistische Rekrutierung konnte nur in Einzelfällen aufgrund von Personalmangel oder – auf Einzelbundebene – durch das gemeinsame Auftreten einer relevanten Zahl neuer Mitglieder mit alternativen Ansichten zustande kommen, das in gewissem Maße gegen die gängigen ideologischen Formierungsmechanismen (vgl. Abschnitt III.3) immunisierte.

III.2.3 Burschenschaftliche *Meinungsführer*

Idealisten als politische aktive Burschenschafter und die *politische Klasse* als Funktionärskaste prägen zum einen die öffentliche Wahrnehmung von Burschenschaften als dezidiert politische Vereinigungen. Zum anderen dominieren sie, wie die Durchsicht burschenschaftlicher Quellen zeigt, auch ihren Binnendiskurs (jedenfalls soweit dieser in verschriftlichter Form fassbar ist), und zwar vorwiegend im Sinne der Fortschreibung des Althergebrachten (vgl. dazu auch Kapitel III.4). Bei näherer Auseinandersetzung mit burschenschaftlicher Publizistik wie auch mit unveröffentlichten Quellen sticht nicht nur der Umstand ins Auge, dass bestimmte Burschenschafter immer wieder aktiv in Erscheinung treten, während andere ausschließlich als Namen in Listen oder als passiv Beteiligte aufscheinen. Vielmehr scheinen auch innerhalb des erstgenannten Personenkreises bestimmte Individuen einen Sonderstatus einzunehmen: Sie halten die Festreden auf den größten Kommersen, verfassen *Aula*-Leitartikel und *Eckartschriften* mit Manifestcharakter, tragen das Ehrenband ihrer Verbindung und werden mit zentralen Verbandsfunktionen und der Leitung der wichtigsten Gremien betraut. Von herkömmlichen *idealistischen* Korporierten, aber auch von einfachen Angehörigen der *politischen Klasse* (der sie meist, aber nicht immer angehören) unterscheidet sie weniger

129 Delegierte sind auf Verbandstagen in ihrem Abstimmungsverhalten durch vorangegangene Beschlüsse ihrer Bundesconvente gebunden, finden allerdings über die aktive Teilnahme an den Verhandlungen sowie im Rahmen der Behandlung von Dringlichkeitsanträgen auch Handlungsspielräume vor.

130 Nicht unüblich war auch die Nominierung von Funktionären durch wiederbestellte oder abtretende Amtsträger, welche damit ihren Einfluss zu verbreitern oder über ihre eigentliche Amtszeit hinaus zu verlängern wussten (vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 5 und Niederschrift des ord. ADC-Tages 1958, 17).

der schiere Umfang ihres Werkverzeichnisses oder die Zahl der akkumulierten Ämter als der Umstand, dass ihr Wort weit über den eigenen Bund hinaus Gewicht hat.

Um diesen Typus analytisch von den Vorgenannten zu isolieren, bezeichne ich ihn daher im Weiteren als *Meinungsführer.* Er ist dies in dem Sinne, dass er die innerhalb der Burschenschaften Österreichs zu einem bestimmten Zeitpunkt hegemoniale Meinung sowohl repräsentiert als auch sie fortzuschreiben imstande ist. Eben in der Reformulierung und letztlich Konservierung hegemonialer Positionen bestand über den Untersuchungszeitraum auch die bedeutendste Wirkung burschenschaftlicher Meinungsführerschaft. Wie schon im Fall der *politischen Klasse* ist diese Wirkung nicht zufällig. Die weitgehende Identifikation mit hegemonialen Meinungen ist Voraussetzung für den Erwerb des *Meinungsführer*-Status. Der Pool, aus dem potenzielle Inhaber desselben sich rekrutieren, ist damit von vornherein auf das Spektrum der konformistischen *Idealisten* beschränkt. Zwar ist solche Elitenreproduktion auf Basis ideologischer Konformität der burschenschaftlichen Organisationsgeschichte keineswegs spezifisch. Wohl aber verleihen Mechanismen der Reflexionsabwehr (vgl. v. a. Kapitel II.5), der ideologischen Formierung (III.3 f.) und ausgeprägter Autoritarismus (III.8) diesen Prozessen im vorliegenden Fall eine besondere Rigidität, was die geringe ideologische und politische Dynamik der Burschenschaften in Österreich nach 1945 verstehen hilft.

Der Status des *Meinungsführers* konnte auf unterschiedliche Weise erworben werden. Langjährige Tätigkeit in burschenschaftlichen Funktionen, die Einnahme exponierter Positionen des öffentlichen Lebens, herausragende fechterische Fähigkeiten, intellektuelle oder charismatische Qualitäten und dokumentierte Bereitschaft zur offensiven Vertretung ‚nationaler' Anliegen unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile waren einige der möglichen Quellen, aus welchen das Meinungsführerschaft verleihende Prestige gewonnen werden konnte. Vier Beispiele seien im Sinne der Illustration nachfolgend angeführt. Günther Berka etwa, den die Chronik seiner *Libertas* von 1967 als „eine(n) wahren Praeceptor Libertatis und der Akademiker schlechthin und darüber hinaus auch anderer Volkskreise" bezeichnet[131], bezog seinen Status vor allem aus einer langjährigen Tätigkeit in der völkischen ‚Schutzarbeit' (u. a. im *Deutschen Schulverein Südmark*) sowie aus seinen „Arbeiten auf nationalpolitischem und akademischem Gebiet", die er in hoher Frequenz in den einschlägigen Periodika veröffentlichte.[132] Mit seinen Manifesten und Thesenblättern verlieh er seinem Bund, teilweise aber auch den Burschenschaften in Österreich insgesamt, Orientierung in der kritischen Phase nach dem Zusammenbruch großdeutscher Hoffnungen 1945.[133] Von sei-

131 Libertas 1967, 20.

132 Ebd., 351.

133 So etwa durch die Ausarbeitung eines Kataloges an „Grundsätze(n)", die vom Burschenconvent der *Libertas* 1952 einstimmig als „ideenmäßige Grundlage des Bundes" angenommen wurden (ebd., 32 f.). Im

nem Ansehen zeugt der Umstand, dass der ADC die Ausarbeitung seines Festbandes *‚100 Jahre Deutsche Burschenschaft in Österreich‘* in Berkas Hände legte und ihm dafür 1959 einen Ehrenschläger – ein repräsentatives Modell der studentischen Mensurwaffe – verlieh. Vom WKR nahm Berka 1963 einen Ehrenring entgegen, von seiner *Libertas* deren Ehrenband.[134]

Was Berka den *Liberten,* war den *Teutonen* – folgt man deren Chronik – Berkas einstiger Kollege Rudolf Töpfer; dieser hatte zwischen 1938 und 1945 als Präsident der Reichsbahndirektion Wien, Berka als sein Vize gewirkt.

> Wo immer er war (…) wir wussten (…), daß dort ‚d i e Burschenschaft‘ saß und sprach und dachte und handelte! (…) Die Geschichte der ‚Teutonia‘ in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ist im wesentlichen der Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit unseres Töpfers.[135]

Sein Beitrag zur Fusion von DB und *Burschenschaft der Ostmark* (BdO) nach dem Ersten Weltkrieg, sein Einsatz für den „ostmärkischen Standpunkt“ innerhalb der DB, seine Rhetorik, seine Funktionärstätigkeit im *Gauverband Donaugau* der *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB) und seine Rolle als „Verfasser der wichtigsten Aufsätze und Berichte“ im Bund machten ihn, nach Beurteilung des Chronisten, zu „eine(m) der größten und bedeutendsten Burschenschafter nach 1918“.[136] Für *Olympia* und die Zeit nach 1945 kann Helge Dvorak als vielfacher Amtsträger in ADC und DBÖ, Bundarchivar und „Nestor der burschenschaftlichen Geschichtsforschung in Österreich“ genannt werden, der – nach Beurteilung Cerwinkas – „den Wiederbeginn burschenschaftlichen Lebens in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich mitgestaltet(e)“.[137] Auch trat Dvorak, der von seiner *Olympia* als ‚Ehrenbursch‘ geführt wird, wiederholt als Redner zu besonderen Anlässen in Erscheinung, so etwa 1990 im Rahmen des Burschentags und der 175-Jahr-Feiern der DB.[138] Wolfgang Wolfram von Wolmar wiederum, Mitglied u.a. von *Alemannia* Wien und *Cheruskia* Graz, ehemaliger SS-Hauptsturmführer, nationalsozialistischer Vielfachfunktionär und Autor des Romans *‚Daisy. Ein Mädel erlebt den Führer‘*[139], etablierte sich nach dem Krieg als ständiger Beiträger

Folgejahr hielt er vor den Wiener Burschenschaften ein Grundsatzreferat über die „Aufgaben der Burschenschaft in Österreich“ (ebd., 43 f.).

134 Vgl. ebd., 354 f. Zur Person Berkas vgl. Dvorak 1996 (Biographisches Lexikon I/1), 84 f. sowie Libertas 1967, 350–365 (mit angeschlossenem umfangreichem Werkverzeichnis).

135 Teutonia 1968, 138 (Sperrung i.O.).

136 Ebd., 138 f. Ausführlicher zu Töpfer vgl. ebd., 137–143.

137 Cerwinka 2009, 107.

138 Vgl. Olympia 1996, 5 bzw. Dvorak 1996, 73 f.

139 Vgl. zu Wolmar Dvorak 2006 (Biographisches Lexikon I/6), 376–378.

der *Burschenschaftlichen Blätter,* der *Aula* (als Deutschland-Korrespondent unter dem Pseudonym Felix Haen) und anderer Periodika. Großes Ansehen in burschenschaftlichen Kreisen erwarb er sich auch durch Beteiligung an Auseinandersetzungen um das ‚burschenschaftliche Geschichtsbild' im Rahmen der DB und als Vermittler zwischen österreichischen und (moderaten) deutschen Bünden.[140]

Bei der Wahrnehmung ihrer ideologische Kontinuität und Konformität verbürgenden Funktion kamen den *Meinungsführern* der burschenschaftliche Autoritarismus[141] und Corpsgeist ebenso zugute wie das verbindungsstudentische Lebensbundprinzip und, nicht zuletzt, die konservative Grundprägung burschenschaftlichen Denkens in der Zweiten Republik: Anstelle des revolutionären Impetus der burschenschaftlichen Gründerzeit wurde spätestens 1945 das Festhalten an überbrachten Glaubenssätzen – insbesondere solchen, die in Widerspruch zum vielgeschmähten ‚Zeitgeist' zu stehen schienen – zum Wert an sich erhoben. Die Masse der geselligkeitsorientierten Burschenschafter wiederum begünstigte die Effektivität burschenschaftlicher Meinungsführerschaft durch ihre Nicht-Beteiligung an der innerburschenschaftlichen Meinungsbildung.[142] Informationshierarchien – teils gefördert durch konspirative Vorgehensweisen (vgl. Kapitel I.4.1) – und die daraus resultierenden Demokratiedefizite im Inneren (vgl. dazu ausführlich Abschnitt III.8.3 f.) taten ein Übriges. Das Bestehen solcher Hierarchien und Defizite, die daraus sich ergebende Gestaltungsmacht der internen Eliten (hier: der *Meinungsführer* und der *politischen Klasse unter Burschenschaftern*) und Begleiterscheinungen wie Elitenselbstreproduktion, Demokratieentleerung und verkümmernde Debattenkultur im Inneren sind Burschenschaften freilich nicht spezifisch, sondern in vielen formal demokratischen Organisationen anzutreffen. Jene Eigentümlichkeiten, die sehr wohl in der konkreten Ausformung und der Ursachenstruktur dieser Phänomene feststellbar sind, finden in den Folgeabschnitten, insbesondere in Abschnitt III.8, ausführliche Behandlung.

III.2.4 *Burschenschafter-Politiker*

Wie festgestellt wurde, soll der einzelne Burschenschafter seinen politischen Auftrag in allen Lebenslagen und ungeachtet seiner Profession erfüllen. Die Politik zum Beruf

140 Vgl. zu erstgenanntem Aspekt Libertas 1967, 100 f., zu Wolmars Moderatorenfunktion vgl. ebd., 197 sowie BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 4 (Albia) vom Jänner 1958, 1–4.

141 So ist einem Nachruf auf Fritz Stüber (*Vandalia* bzw. *Gothia* Wien) aus der Feder eines Nicht-Burschenschafters zu entnehmen, dass Stübers „bloßes Zugegensein" in völkischen Kreisen meist genügt habe, „um bestimmte Auffassungen durchzusetzen und Widersprüche zu beseitigen. (…) Man schloß sich wohl oder übel seinen Auffassungen an und fügte sich." (*Eckartbote* Nr. 9/1978, 14)

142 Vgl. dazu für die DB-Ebene BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 15.

zu machen, wird keineswegs als erforderlich angesehen.[143] Gleichwohl weist Steiner – wohl auch im Bemühen, seine eigene Position als FPÖ-Funktionär zu legitimieren oder aufzuwerten – der Parteipolitik eine hervorgehobene Stellung zu. Während nämlich die Burschenschaften als solche die Parteienauseinandersetzung meiden sollten, könne „(d)er einzelne Burschenschafter“ unter demokratischen Verhältnissen „im wesentlichen politisch nur im Rahmen einer Partei effizient sein“, was seine „Identifizierung“ mit einer solchen „notwendig“ mache. Zwischen jenen Burschenschaftern, die diesen Weg wählten, und solchen, die etwa im Kultur- und Wissenschaftsbetrieb, im Erziehungswesen oder ‚in der Wirtschaft‘ burschenschaftlichen Zielen zuarbeiteten, habe sich eine bewährte „Arbeitsteilung“ entwickelt. Klar sei jedoch: „Die Burschenschaft ist die geistige Quelle für den einzelnen, nicht nur dem [sic] politisch tätigen [sic]“.[144]

Folgt man Steiners Bundesbruder Friedrich Stefan, so streben Burschenschafter politische Ämter grundsätzlich mit dem Ziel an, „die Grundsätze und Forderungen der Burschenschaft auch in der Öffentlichkeit wirksam zu vertreten“.[145] Tatsächlich scheint wenig wahrscheinlich, dass jeder parteipolitisch aktive Burschenschafter den burschenschaftlichen *Idealisten* zuzurechnen ist und in der Korporation ultimative Sinnstiftung findet. Wo dies der Fall ist, spreche ich vom Typus des *Burschenschafter-Politikers*. Dieser hebt sich von anderen *Burschenschaftern-in-der-Politik* dadurch ab, dass er seine burschenschaftliche Sozialisation als wesentliche Motivationsquelle für seinen Gang ‚in die Politik‘ erkennt und den Anspruch verfolgt, seine politischen Funktionen in einer Weise auszuüben, die im Einklang mit burschenschaftlichen Idealen steht. Als ein Beispiel sei Klaus Mahnert (Burschenschaft der *Pflüger* Halle) genannt. Der ehemalige SS-Offizier und FPÖ-Nationalratsabgeordnete (1959 bis 1966) erklärte 1977 vor burschenschaftlichem Publikum, die Burschenschaft habe ihm eine Vielzahl „an inneren Werten“ sowie einen „Kompaß“ auf seinen Lebensweg mitgegeben, „mit dessen Hilfe das innere Gesetz aufgespürt werden kann“.[146] Noch konkreter gab der *Olympe* Martin Graf 2009 gegenüber *profil* an, parteipolitisch tätig geworden zu sein, um seine „Kameraden- und Wertegemeinschaft mehrheitsfähig zu machen“.[147] Mario Eustacchio (*Stiria* Graz und FPÖ-Stadtrat dortselbst) erklärte 2014, er werde „immer zuerst Burschenschafter und dann erst Politiker sein. Eine Burschenschaft ist etwas viel Größeres als die FPÖ.“[148] Umgekehrt berichtet Scheichl von einem früheren FPÖ-Vizebür-

143 Die *Liberten*-Chronik nennt, in Wiedergabe Berkas, als Alternativen etwa das Engagement „im eigenen Bund, (…) in Schutzvereinen, im Turnverein, im Alpenverein und im Sprachverein“ – oder eben auch „in der deutsch-freiheitlichen Partei“, womit wohl die FPÖ gemeint war (Libertas 1967, 110).

144 Steiner 1974, 11.

145 F. Stefan 2009, 9.

146 Wiedergegeben in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1977 [Juni], 97.

147 Zit. in *profil* Nr. 23/2012, 24.

148 *Falter* Nr. 5/2014, 43.

germeister einer Landeshauptstadt als Beispiel eines *Burschenschafters-in-der-Politik,* in dessen politisches Handeln „überhaupt nichts spezifisch Burschenschaftliches eingeflossen“ sei. Generell sieht Scheichl das Handeln burschenschaftlicher Parteipolitiker stärker durch ihre Parteizugehörigkeit als durch jene zur Burschenschaft geprägt (vgl. hierzu auch die einleitenden Bemerkungen zu Kapitel V).[149]

Ungeachtet der tatsächlichen konkreten Motivationen der einzelnen parteiaktiven Burschenschafter kann wenig Zweifel daran herrschen, dass diese sich mit gewissen Erwartungshaltungen von burschenschaftlicher Seite konfrontiert sahen. Wo dem Einzelnen, wie in den zuvor zitierten Aussagen Schlüsselbergers zur praktischen Bevölkerungspolitik, selbst im Ehegemach burschenschaftliches Verhalten abgefordert wird, sollte dies für die Sphäre des Parteienwettstreits nicht minder gelten. In der Tat mussten selbst Angehörige anderer Korporationsverbände, wie der Sängerschafter Friedhelm Frischenschlager, zur Kenntnis nehmen, dass sie in ihrem parteipolitischen Verhalten von anderen Korporierten nach besonderen Kriterien bewertet würden. Frischenschlagers fliegenden Wechsel von der FPÖ zum *Liberalen Forum* (LiF) wertete Jürgen Hatzenbichler in der *Aula* als Mandatsdiebstahl, kritisierte diesen jedoch weniger unter demokratietheoretischen als vielmehr unter verbindungsstudentischen Gesichtspunkten: Er sei „(u)nehrenhaft( )“ und verstoße „eklatant gegen die Grundsätze, die wir als Korporationsstudenten gemeinsam vertreten sollten“.[150]

Mitverantwortlich für die erwähnten Erwartungshaltungen mag sein, dass der Zusammenhang von Zugehörigkeit zur Burschenschaft und Parteiengagement bisweilen nicht allein motivationaler Natur ist. Die Burschenschaft ermutigt nicht nur zu Parteikarrieren, sondern kann diese auch (mit) ermöglichen, indem sie ihre Mitglieder mit Kenntnissen und Fähigkeiten – etwa in den Bereichen der Rhetorik, der Organisation oder der Verhandlungsführung – ausstattet, die sich im politischen Geschäft als nützlich erweisen; indem sie dem Einzelnen Kontakte zu und die Aufmerksamkeit von Personen – nicht zuletzt: von Alten Herren in Parteifunktionen – verschafft, die seinen Aufstieg fördern können; und indem sie ihm gleichzeitig gegenüber diesen Personen als Ausweis der Zuverlässigkeit dient. So bekundete etwa Martin Graf im Jahr 2000, angesprochen auf seine persönliche Rekrutierungspraxis: „Bei einem Burschenschafter weiß ich, daß er bereit war, für seine Ideale Mühe, Schweiß und Blut herzugeben. Das ist auch ein Zeichen der Belastbarkeit.“[151]

149 Interview vom 8.6.2012.

150 *Aula* Nr. 3/1993, 12.

151 *Format* Nr. 21/2000, 48. Dieser Maßgabe folgte Graf dokumentiertermaßen sowohl in der Wahl seiner parlamentarischen Mitarbeiter als auch im Bereich der staatsnahen Wirtschaft (vgl. zu Letzterem Glitter 2009). Mit Vorliebe griff er dabei auf Angehörige seiner eigenen Verbindung *Olympia* zurück.

Dieser Motivations- und Ermöglichungszusammenhang lässt sich anhand der Rekrutierung der (v.a. Wiener) FPÖ aus der Burschenschaft *Aldania* illustrieren (vgl. Kapitel V.6). Das Beispiel der *Aldanen* zeigt, wie auch Fälle aus anderen Bünden, dass zwar überdurchschnittliches Engagement in der Burschenschaft keineswegs eine Parteikarriere garantiert, dass umgekehrt jedoch parteipolitisch herausragende Burschenschafter in auffälliger Häufung während ihrer Aktivzeit durch solches Engagement in Erscheinung getreten waren.[152] Darüber hinaus bestehen Anhaltspunkte dafür, dass Führungspersönlichkeiten im Bund auch zu solchen in der Partei avancierten, während andere in beiden Bereichen eher in der zweiten Reihe verharrten – ein Umstand, zu dessen Erklärung freilich auch der Einfluss vor-burschenschaftlicher Prägungen und Dispositionen in Rechnung zu stellen ist. Dass die *Aldanen* (und einzelne ihnen verbundene Familien) überhaupt gleichsam eine Dynastie innerhalb der Wiener FPÖ ausbilden konnten, verdankt sich zum einen der von ihnen innerparteilich etablierten, v.a. eigene Bundesbrüder begünstigenden Korporiertenseilschaft, zum anderen der (wie in den meisten Bünden) stark entlang familiärer Linien erfolgenden Reproduktion der Verbindung selbst. Nicht nur im Fall der *Aldanen* fand die Rekrutierung von Söhnen durch Väter für die Verbindung ein Abbild in der Rekrutierung jüngerer durch ältere Bundesbrüder für Parteifunktionen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Burschenschaften ihre Mitglieder (auch) im Untersuchungszeitraum zu politischem Handeln auf Grundlage burschenschaftlicher Ideale anhielten und diese Erwartungshaltung von ihren Adressaten unterschiedlich verarbeitet wurde. Dies fand wiederum in unterschiedlichen Niveaus von persönlichem Einsatz Niederschlag. Die vorzufindende Bandbreite reicht vom geselligkeitsorientierten Burschenschafter, der den an ihn gestellten politischen Auftrag weitgehend ignorierte, bis hin zum *Burschenschafter-Politiker,* der seiner Verpflichtung hauptberuflich nachging, und manch burschenschaftlichem *Meinungsführer,* der sein Leben inner- und außerhalb der Verbindung der Verwirklichung burschenschaftlicher Ziele geweiht hatte. Der Frage, wie der politische Auftrag den einzelnen Burschenschaftern vermittelt wurde (und nach wie vor wird), ist der folgende Abschnitt gewidmet.

152 Die Übernahme von Ämtern (‚Chargen') innerhalb der Verbindung ist an sich – obwohl formal Ergebnis einer Wahl – weder ein zuverlässiger Indikator für individuelles Engagement noch für besonderes Ansehen. Aufgrund der Personalsituation der meisten Bünde über weite Strecken des Untersuchungszeitraums gerieten viele Burschen im Laufe ihrer Aktivzeit fast zwangsläufig in solche Funktionen. Vgl. dazu etwa die Mitgliederliste in Oberösterreicher Germanen 1967, 195–230. Um tatsächlich hervorzustechen, waren simultane oder serielle Ämterkumulation und/oder eine besonders hervorstechende Amtsführung vonnöten. Die Übernahme von Dachverbandsämtern war individuell leichter zu umgehen, weshalb sie als Ausweis besonderen Einsatzes tauglicher erscheint.

III.3 Burschenschaftliche Erziehung

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die Erwartungen behandelt, die die Burschenschaft an ihre Mitglieder richtet. Mit der burschenschaftlichen Erziehung sollen nun die mehr oder weniger systematischen Bemühungen der Verbindungen im Fokus stehen, die Internalisierung dieser Erwartungen und ihnen entsprechendes Handeln seitens der Mitglieder sicherzustellen. Dabei ist vorauszuschicken, dass die in studentischen Korporationen vollführten Erziehungsleistungen vielfältigen Charakters sind: Manche, wie die mehrmals pro Semester abgehaltenen ‚Burschenschaftlichen Abende', sind klar als Erziehungs- bzw. Bildungsveranstaltungen ausgeschildert. Andere, wie die studentischen Bräuche der Mensur oder des Sich-Betrinkens nach vorgegebenen Regeln (‚Biercomment'), erziehen auf subtilere Weise, wobei der Erziehungsaspekt im ersteren Fall häufig offen benannt wird, im zweiteren dagegen die pädagogische Dimension der Übung zumeist nur den die Regeln vermittelten Erziehern bewusst sein dürfte. Wieder andere Handlungen mit Erziehungswirkung können als subliminal, sich gänzlich außerhalb des den Akteuren Bewussten vollziehend, eingestuft werden. Ihr Schauplatz ist die alltägliche, durchaus auch private Interaktion der Verbindungsmitglieder, die – durch normkonformes Verhalten und (die Tolerierung von) Sanktionen nichtkonformen Verhaltens – einander der Gültigkeit und Wichtigkeit burschenschaftlicher Werte und Ziele versichern. Insbesondere dieser letzte Aspekt wird im vorliegenden Unterkapitel nur nachrangig behandelt werden, im Vordergrund stehen die Erziehungsleistungen im engsten, hier erstgenannten Sinn.

Im Folgenden wird zunächst erörtert, worin der verbindungstudentische Erziehungsauftrag nach burschenschaftlicher Auffassung überhaupt besteht (und weshalb ich dem Begriff der Erziehung hier Vorrang vor jenem der Bildung einräume). Der daran anschließende Abschnitt widmet sich der eben bereits angerissenen Frage, in welchem Rahmen und auf welche Weisen er umgesetzt wird. Der letzte Teil des Unterkapitels ist einigen Funktionen und (mitunter auch nicht-intentionalen) Konsequenzen burschenschaftlicher Erziehung gewidmet, die meines Erachtens für eine politische Anatomie der Burschenschaften von erheblicher Relevanz sind.

III.3.1 Der burschenschaftliche Erziehungsauftrag

Bereits in Abschnitt III.1 wurde der selbst gegebene Auftrag der DBÖ erörtert, ihren Nachwuchs zum ‚Dienst am deutschen Volk', zu politischem Denken, selbständigem Urteilen u. a. m. zu erziehen. Wie dabei bereits angedeutet, zeichnet das Erziehungsprogramm der Burschenschaften (nicht nur) in Österreich sich durch einen umfassenden bzw. ganzheitlichen Anspruch aus. Wie schon die DB 1961 bekundet hatte, sich nicht weniger als der „geistigen, körperlichen und politischen Ausbildung des jungen Bur-

schenschafters“ anzunehmen[153], wollten auch die DBÖ-Bünde ihren Nachwuchs „seelisch, geistig, körperlich“ fördern und jedes ihrer Mitglieder dabei unterstützen, „zur vollen Persönlichkeit zu reifen“.[154] Ein Grundsatzbeschluss von 1963 benannte die „sittliche, wissenschaftliche und körperliche Ausbildung ihrer Mitglieder“ als Ziel.[155] Noch heute beansprucht *Stiria,* sowohl die „humanistische Allgemeinbildung“ ihrer Mitglieder zu fördern als auch die Kultivierung von Sekundärtugenden wie Hilfsbereitschaft, Ehrenhaftigkeit und Benimm.[156]

Mit diesem holistischen Ansatz verbunden war der Anspruch, die universitäre (Aus-)Bildung der Mitglieder gleichsam abzurunden und zu vervollständigen. Die Burschenschaften wollten ihren studentischen Mitgliedern „ergänzend zur fachlichen Ausbildung des Studiums“ und „jenseits von ‚political correctness‘“ eine „gediegene Allgemeinbildung zukommen“ lassen, zumal die Universitäten über die Jahrzehnte ihren Auftrag „umfassende(r) Bildung im Sinne eines Studium generale“ zunehmend vernachlässigt hätten, führte die DBÖ in ihrer Keilbroschüre von circa 1994 aus.[157] Das Motiv der Kompensation universitärer bzw. staatlicher Versäumnisse findet sich etwa auch 1977 bei Günther Paul (*Leder* Leoben): Da das staatliche Bildungswesen es verabsäume, den Nachwuchs zur Kritik an Missständen zu befähigen und ihm ein bejahendes Verhältnis zur „Gemeinschaft seines Volkes“ und zur Institution der Familie zu vermitteln, sollte zumindest die Burschenschaft ihre Mitglieder in diesem Sinne „erziehen“.[158] Herbert Schuller *(Oberösterreicher Germanen)* wiederum argumentierte 1982 die Notwendigkeit burschenschaftlicher „Bildungsarbeit“ damit, dass eine Bildung ohne „Verfälschungen unserer Ethik (…) von Schule und Universität nicht mehr erwartet werden kann“.[159] Bereits diese Einschätzungen konnten sich jedoch auf eine lange Tradition stützen. Schon im 19. Jahrhundert verstanden die studentischen Verbindungen insgesamt sich Lönnecker zufolge

153 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 13.

154 Ebd., 14.

155 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 3, vgl. für den Beschluss die Niederschrift des DBÖ-Tages, 5. Vgl. ähnlich auch BAK, DB 9, E. 4 [B2], Grundsätze der DBÖ, Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert). Zur ‚sittlichen‘ Erziehung vgl. auch das auf das 19. Jahrhundert zurückgehende Selbstverständnis *Silesias* als „Schule der Ehre, der edlen Sitte und des Mannesmutes, (als) eine Stätte nationaler Erziehung“ (http://silesia-wien.at/index.php/silesiageschichte.html).

156 http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns.

157 AVSt, DBÖ 1994, 16. Sowohl der Verweis auf „‚political correctness‘“ als auch die Platzierung dieses Bekenntnisses unter dem Abschnitt „Politische Veranstaltungen“ unterstreichen, dass burschenschaftliche Allgemeinbildung weniger allgemein-humanistischen als vielmehr dezidiert politischen Erwägungen folgt.

158 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1977 [Juni], 96 f.

159 Paraphrasiert in Oberösterreicher Germanen 1994, 114.

> auch (als) ein Bildungsinstrument (…), das (…) eine Lücke als Korrektiv der akademischen Freiheit ausfüllte und im Rahmen einer innerkorporativen Charakterbildung die wissenschaftlich-berufliche Ausbildung der Universität abzurunden versuchte, zugleich aber auch eine Erziehung für die Zugehörigkeit zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft bezweckte. In einem Satz: ‚Die Universitäten unterrichteten, die Verbindungen erzogen.'[160]

Dieser Zusammenhang zwischen einem vorgeblichen pädagogischen ‚Mehrwert' der Korporationen und ihrer Rolle als Reproduktionsinstanzen gesellschaftlicher Eliten war nach 1945 allerdings prekär geworden. Zum einen senkte die soziale Öffnung der Hochschulen den relativen symbolischen Wert (und den realen Arbeitsmarkt-relevanten Nutzen) einer akademischen Ausbildung. Zum anderen verloren gerade die völkischen Korporationen, zunächst anders als die katholischen, den Status eines Steigbügels zur Funktionselite, da die beiden über Jahrzehnte allein oder in Kombination miteinander regierenden Parteien in ihrer Rekrutierung das völkische Korporationswesen kaum berücksichtigten. Um die sich auftuende Kluft zwischen elitärer Selbstwahrnehmung und realer gesellschaftlicher Rolle zu überbrücken, wurde nun umso stärker die Einmaligkeit des in (völkischen) Verbindungen vermittelten Ethos beschworen und, basierend darauf, ein wertelitärer Status reklamiert. Einen Universitätsabschluss, so hieß es nun, könne heute jedermann (und selbst jede Frau) erwerben, ohne aber – wie ein deutscher Corpsstudent 1985 formulierte – dabei „jene( ) Verhaltensweisen" zu erlernen, „die den werktätigen Akademiker zur Selbstbehauptung und zur Menschenführung befähigen. Die Korporationen schaffen das; sie sind die Vorschulen einer Akademiker-Existenz."[161]

Bereits die bisher angeführten Zitate offenbaren eine begriffliche Inkohärenz: Teilweise beanspruchen Burschenschaften, zu ‚erziehen', teilweise beanspruchen sie, zu ‚bilden' – und mitunter auch beides. Wenn auch in der Regel keine Definitionen dieser Begriffe geliefert werden, so tritt doch deutlich zutage, dass hierbei nicht allein unterschiedliche Etiketten verwendet, sondern vielmehr unterschiedliche Bedeutungsgehalte verhandelt werden. Die Begriffswahl taugt dabei nur bedingt als Indikator – einerseits aufgrund der oftmals recht ‚freihändigen' Verwendung der Termini, andererseits aufgrund des historischen Wandels ihrer Konnotationen.[162] Vor diesem Hintergrund er-

160 Lönnecker 2009b, 2.

161 Herbert Kessler (Corps *Suevo-Guestphalia* München), langjähriger Herausgeber der Zeitschrift *Der Convent*, zit. n. Heither 2000, 298. Vgl. auch ein weiteres Kessler-Zitat, zit. ebd.: „Zum Natur- oder zum Geistes- oder Gesellschaftswissenschaftler, zum Mediziner oder zum Techniker wird man an der Hochschule ausgebildet – zum Akademiker aber bildet man sich im Lebensbund heran."

162 Der Erziehungsbegriff geriet in Österreich erst mit den antiautoritären Strömungen, die Pädagogik und politische Auseinandersetzung ab den 1960ern nachhaltig zu beeinflussen begannen, verstärkt in die Kritik. Auch galten Personen in Österreich bis 1973 erst ab dem vollendeten 21. Lebensjahr als volljäh-

scheint es sinnvoll, für die weiteren Ausführungen eine konsistente quellen-externe Definition heranzuziehen: So verstehe ich unter ‚Erziehung' im Folgenden die (fremdbestimmte) Formung von Individuen nach einem vorab definierten Idealbild des Menschen (bzw. im vorliegenden Fall: des Mannes), unter Bildung dagegen die Herstellung von Situationen, in denen Individuen sich ergebnisoffen und selbstbestimmt Wissen aneignen, Fähigkeiten entwickeln und Individualität erwerben können.

Nimmt man dieses Begriffsverständnis zur Grundlage und folgt weiters Lönneckers Darstellung, so stellen studentische Verbindungen jedenfalls seit dem 19. Jahrhundert (die Burschenschaften somit zeit ihrer Existenz) auf *Erziehung* ab: Vor dem Hintergrund des Humboldt'schen Ideals einer Universität, welche „die selbständige geistige und sittliche Entwicklung des Studenten propagierte, bildete, aber nicht erzog", hätten die Korporationen eben Letzteres zu tun beansprucht.[163] Für Österreich nach 1945 lässt sich festhalten, dass nicht nur der Erziehungsbegriff in der burschenschaftlichen Diskussion äußerst gängig und gegenüber dem Begriff der Bildung vorherrschend war[164], sondern er in Teilen auch eine besonders prononciert autoritäre Bestimmung erfuhr. Der 1955 gegründete *Weiße Kreis in Österreich* (WKÖ) – ein Zusammenschluss von ursprünglich sieben Burschenschaften aus Wien, Graz und Innsbruck – führte als ersten Grundsatz die „(s)traffe innere Erziehung – Korporationszucht".[165] Ein ähnlicher, jedenfalls sprachlicher Rigorismus findet sich auch bei *Alemannia,* deren Chronist den ausbleibenden Nachwuchs der Burschenschaften auch damit erklärte, dass „(m)an (…) sich heute nicht gerne einer Gemeinschaftserziehung (unterwirft)".[166]

In manch anderer Quelle wird die Vorstellung burschenschaftlicher Erziehung als ‚Zucht' und ‚Unterwerfung' dagegen mehr oder weniger deutlich zurückgewiesen. Der Burschenschafter und FPÖ-Funktionär Klaus Mahnert sah die Burschenschaft dezidiert nicht als „Orden, in dem nach straffen Gesetzen ein bestimmter Menschentyp gezüchtet wird oder werden soll". Die Verbindung vermittle „(k)eine starren Normen", sondern stelle lediglich einen „Kompaß" zur Verfügung, „mit dessen Hilfe das innere

---

rig, was den Gedanken einer ‚Erziehung' von Studenten weniger speziell erscheinen ließ, als dies heute der Fall sein mag.

163 Lönnecker 2009b, 2. Nicht umsonst lässt Heinrich Mann seinen Protagonisten aus dem ‚*Untertan*', Diederich Heßling, „stolze Freude" darüber empfinden, „wie gut er nun schon erzogen war. Die Korporation, der Waffendienst und die Luft des Imperialismus hatten ihn erzogen und tauglich gemacht." (Mann 1974, 76)

164 Vgl. etwa Aldania 1984, 5 und 30; Aldania 1994, 91 und 186; Alemannia 1962, 29; Oberösterreicher Germanen 1967, 133, 144 und 150.

165 Albia 2005, 17. Vgl. auch Libertas 1967, 180, wo im Kontext des WKÖ von „strenge(r) Korporationszucht" die Rede ist. Die Zahlenangabe ist letztgenannter Quelle entnommen.

166 Alemannia 1962, 27. Noch 1993 zitierte die Bundzeitung *Olympias* unter der redaktionellen Verantwortung Martin Grafs den deutschen neonazistischen Musiker Frank Rennicke mit der Aussage, der „deutsche Weg" erfordere „Einsatz und Selbstzucht" (*Der Standard* vom 19.11.2011).

Gesetz aufgespürt werden kann".[167] Mahnert hatte seine burschenschaftliche Sozialisation allerdings auch in Deutschland (Halle) erfahren. Seine österreichischen Waffenbrüder distanzierten sich – wenn, dann eher indirekt – von Absichten zur Menschenformung, etwa indem sie eng an die Vorstellung menschlicher Individualität gekoppelte Eigenschaften und Fähigkeiten wie „Persönlichkeit" und „Kreativität" als Bildungsziele propagierten.[168] Den DBÖ-Grundsätzen von 1965 zufolge sollte jeder Burschenschafter „sich selbst die innere Freiheit des Geistes" erwerben und „frei von Vorurteilen, unabhängig und selbständig im Denken (…) sein". Das hier entwickelte pädagogische Programm weicht erst dort von klassisch liberalem Denken ab, wo dem „Recht des Einzelnen, sich frei zu entwickeln, auszubilden und zu handeln" nicht nur die Schranke der Rechte anderer, sondern auch jene der Rechte „der Gemeinschaft" auferlegt wird.[169] Ob unter der geistigen Autonomie des Einzelnen tatsächlich ein Denken und Urteilen entlang eigener Kriterien zu verstehen sei oder aber lediglich die Befähigung zur sauberen Ableitung aus extern vorgegebenen Grundsätzen, ohne dabei noch fremder Anleitung zu bedürfen, war auch unter Burschenschaftern umstritten. So wollte Bruno Burchhart den Nachwuchs nicht nur zur Vertretung burschenschaftlicher Ideen, sondern auch zu deren aktiver Mitgestaltung befähigt wissen, während der Fuchsmajor (der für die Erziehung der Füchse Hauptzuständige) von Burchharts *Vandalia* den Jungen lediglich „eine gründliche Durcharbeitung des burschenschaftlichen Gedankengutes und der Ideen, die wir vertreten", angedeihen lassen wollte.[170]

Dass Selbstbestimmtheit und Ergebnisoffenheit dezidiert *nicht* als Leitprinzipien burschenschaftlicher pädagogischer Praxis in Österreich anzusehen sind, legt nicht zuletzt der bereits eingangs angesprochene, umfassende Anspruch nahe, der dieser Praxis unterliegt und nicht selten das Ideal einer ‚ganzheitlichen' Bildung in Richtung einer totalitären Modellierung des Einzelnen zu überschreiten scheint. So erstellte ein Alter Herr der *Libertas* in der Zwischenkriegszeit eine Art Lexikon, das dem Anspruch nach „alles" enthielt, „was für einen jungen Liberten wissens- und beachtenswert ist". Neben „alle(n) positiven Charaktereigenschaften" fanden darin Aspekte wie „Haar" und „Sauberkeit" ebenso Erwähnung wie Kleidungsvorschriften, „Anstand und gute Sitte", „Anleitungen für das Benehmen im Couleurleben" oder im engeren Sinn politisch-ideologische Fragen. Bemerkenswerterweise entschieden die jungen *Liberten* noch 1957, dieses rund 20 Jahre zuvor (und somit in einer Zeit höchst autoritärer Tendenz unter den Burschenschaften, zumal jenen Österreichs) erstellte Grundlagendokument „für

167 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1977 [Juni], 97.
168 http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns.
169 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 1.
170 *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia,* Wintersemester 1962/63, 7 bzw. 9.

offiziell" zu erklären und sich von ihm den Weg durch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts weisen zu lassen.[171]

In Summe lässt sich festhalten, dass der aktiv und intentional gestaltete Teil burschenschaftlicher Sozialisation (auch) nach 1945 begrifflich als Erziehung angemessen zu fassen ist und auf ein ganzheitliches bis totalitäres Idealbild des burschenschaftlichen Mannes ausgerichtet war. Die Autonomie, die dem Individuum dabei zugestanden wurde, war unterschiedlich stark ausgeprägt. In der Regel blieben Bekenntnisse zur Selbständigkeit des Einzelnen jedoch auf die Schulung der Fähigkeit beschränkt, ein gegebenes Phänomen ideologisch korrekt entlang der Koordinaten ‚nationaler Weltanschauung' einzuordnen.

Erziehung als (lebenslanger) Zugriff auf das Individuum

Wie bereits ausgeführt wurde, beanspruchen Burschenschaften, ihre Mitglieder in umfassender Weise – körperlich, geistig und moralisch – zu formen. Dabei kommt der Aktivzeit, also den ersten Jahren der Mitgliedschaft bis zur Inaktivierung (im Sinne des Studienabschlusses), zentrale Bedeutung zu, da hier die elementare Bindung an den Bund vollzogen wird und der Zugriff auf das Individuum am umfassendsten ist. Durch tägliche Beschäftigung (in Form von Fechttraining, Fuchsenkränzchen, Burschenschaftlichen Abenden, Conventen, Arbeitsdiensten usw.) werden eine intensive Einwirkung und gleichzeitig eine tendenzielle Isolierung von anderen sozialen Umfeldern erreicht, was dem Ziel einer möglichst nachhaltigen Prägung entgegenkommt. Die entscheidende Bedeutung eines entsprechend unbeschränkten Zugriffs auf den Einzelnen bringt ein Antrag zum Ausdruck, den *Arminia* Berlin am Burschentag der DB 1976 einbrachte. Demnach sollte Burschenschaften das ‚Keilen' (d.h. Anwerben) von Aspiranten verboten werden, die nicht an ihrem Hochschulort studierten, da ein auswärts studierender Burschenschafter „in der Regel dem Zugriff seines Bundes entzogen" sei. Nur am Studienort selbst könne der Bund seine „Erziehungsaufgabe (…) wahrnehmen".[172]

Auch wo die physische Präsenz des zu Erziehenden sichergestellt ist, sehen die Erzieher sich einer zweifachen Herausforderung gegenüber. Diese besteht zum einen in der kurzen Dauer, in der das Individuum der burschenschaftlichen Prägung tagtäglich zugänglich ist, zum anderen in der unvermeidlichen Zunahme Verbindungs-externer Einflüsse auf den Erzogenen (durch Berufstätigkeit, etwaige Familiengründung, eventuellen Ortswechsel usw.) nach Beendigung des Studiums. Soll die burschenschaftliche

171 Libertas 1957, 97 f. Ein ähnliches Werk legte *Germania* Salzburg fast ein halbes Jahrhundert später vor (vgl. Germania Salzburg 2004).

172 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1976, 29 f. Der Antrag wurde letztlich von den *Arminen* zurückgezogen (vgl. die Niederschrift des Burschentages im selben Bestand, 2).

Prägung sich als nachhaltig erweisen, muss sie demnach gründlich erfolgen und so möglichst gegen Einflüsse der außerburschenschaftlichen Welt immunisieren: „Die Gefahr der Verfälschung unserer Ethik ist groß, insbesondere dann, wenn sich ihre Träger an gesellschaftliche Tendenzen und Booms gedankenlos anpassen. Dies zu vermeiden, setzt Bildungsarbeit voraus."[173] Steht nun für diese ‚Bildungsarbeit' immer weniger Zeit zur Verfügung, sind Anpassungen vonnöten. Zu diesem Schluss gelangte jedenfalls der *Olympe* Burchhart 2011 in seiner Funktion als ‚Bildungsbeauftragter' der DB: Da an den Hochschulen des 21. Jahrhunderts „nur kurze Zeit zur Verfügung" stünde, „um junge Bundesbrüder mit burschenschaftlichem Gedankengut auszurüsten", müsse der Verband seine einschlägigen Bemühungen entsprechend intensiver bzw. effektiver gestalten.[174]

Trotz der vorrangigen Bedeutung der Aktivzeit im burschenschaftlichen Erziehungsprogramm findet dieses für das Individuum mit dem Übergang in den Altherrenstand kein Ende, sondern bedarf im Sinne der ‚Ergebnissicherung' einer kontinuierlichen Fortführung. So konstatierte *Allemannia* Graz 1962 besorgt, dass öffentliche Stellen wie auch Privatfirmen in Österreich Stellenwerber nötigten, bestimmten Parteien oder sonstigen Organisationen – gemeint wohl SPÖ und ÖVP sowie deren Vorfeldorganisationen wie BSA und *Akademikerbund* – beizutreten, „die den burschenschaftlichen Gedanken bekämpfen und das Bekenntnis zum deutschen Volkstum verneinen". Deshalb werde „die jahrelange Erziehung des jungen Burschenschafters in seinem Bund (…) durch seine neue berufliche Umgebung gefährdet, wenn er sich in dieser Stellung überhaupt noch als Burschenschafter bekennen darf".[175] So sehr diese Analyse die Realität am österreichischen Arbeitsmarkt der 1960er-Jahre und weit darüber hinaus wiedergeben mag, so sehr zeugt sie doch auch von einem gewissen, wohl auf einschlägiger Erfahrung beruhenden Misstrauen in die Bindekraft des burschenschaftlichen Gedankenguts. Es erscheint mir plausibel, dieses Misstrauen als Konsequenz des vorherrschenden doktrinären Charakters burschenschaftlicher Erziehung zu verstehen: Weil diese gerade nicht darauf abstellt, in den Individuen Prozesse der Selbstaneignung, des sich die Bildungsinhalte ‚Zu-eigen-Machens' (unter Inkaufnahme des Risikos unerwünschter Ergebnisse) in Gang zu setzen, bleiben ihre Resultate den Individuen äußerlich und damit prekär. Für diese Interpretation spricht, dass man, um eine Entfremdung der Individuen von den Burschenschaften zu verhüten, auf möglichst weitgehende Isolation

173 Herbert Schuller, paraphrasiert in Oberösterreicher Germanen 1994, 114.

174 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2011, 179. Burchhart bezog sich dabei auf die europaweite Vereinheitlichung der tertiären Bildungssysteme nach dem angelsächsischen Modell (‚Bologna-Prozess'), welche die durchschnittliche Studiendauer von einigen Jahren auf – im Fall von Bachelor-Studien – wenige Semester reduziert hat. Auch steigender ökonomischer Druck auf die Studierenden durch Studiengebühren und Beihilfenkürzungen erschwert zusehends extracurriculare Aktivitäten wie verbindungsstudentisches Engagement und gemahnt an die Nachkriegsrealität eines ausgeprägten WerksstudentInnentums.

175 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 5.

von äußeren Einflüssen selbst noch im Altherrenstand setzte. Die Grazer *Allemannen* propagierten im eben zitierten Antrag etwa die Einrichtung eines Stellenvermittlungsreferates, das sicherstellen sollte, dass Burschenschafter auch im Berufsleben möglichst von anderen Burschenschaftern umgeben wären.[176]

Ein anderer Ansatz, um Verbindungs-externe Erfahrungen zu beschränken bzw. deren potenziell entfremdende Auswirkung einzuhegen, bestand in der möglichst weitreichenden Erfassung der Alten Herren in den *Vereinigungen alter Burschenschafter* (VaB). Diese erfassen alte Burschenschafter verschiedener Bünde nach dem Wohnsitzprinzip und ermöglichen es so, burschenschaftliches Leben auch in den Alltag jener zu integrieren, die als Berufstätige von ihrem Studienort abgesiedelt sind – häufig selbst an Orten ohne eigene Hochschuleinrichtungen. Bereits in Abschnitt III.2 wurde auf Diskussionen um eine Verpflichtung der Alten Herren zum VaB-Beitritt eingegangen; das „ständige( ) Kontakthalten mit Gleichgesinnten“ in der lokalen VaB sollte sicherstellen, „daß auch im Berufsleben burschenschaftliche Positionen verteidigt werden“, wie der entsprechende Antrag des DB-Burschentages 1977 ausführte.[177]

III.3.2 Ebenen und Orte burschenschaftlicher Erziehung

Zur Einleitung dieses Unterkapitels wurde bereits darauf hingewiesen, dass burschenschaftliche Erziehung in unterschiedlichen Rahmen und in unterschiedlicher Direktheit vollzogen wird. Dabei lassen sich eine Primär- und eine Sekundärebene burschenschaftlicher Erziehung unterscheiden, wobei Letztere die einleitend als ‚subtil‘ oder als ‚subliminal‘ bezeichneten pädagogischen Abläufe umfasst. Die Primärebene erstreckt sich somit auf jene Institutionen des burschenschaftlichen Lebens, bei denen der Erziehungszweck an oberster Stelle steht und dies auch allen Beteiligten unmittelbar einsichtig ist. Auf der Sekundärebene lassen sich all jene burschenschaftlichen Routinen und Vorgänge anordnen, die vordergründig einen anderen als erzieherischen Zweck (oder diesen nur als einen neben anderen) verfolgen. Ein Beispiel hierfür liefert der studentische Kommers: Durch gemeinsamen Gesang, Festvorträge und die Wortspenden von Honoratioren wird dabei Ideologie vermittelt, während ein starr reglementierter Ablauf Tugenden wie Geduld und Disziplin schult. Dennoch gelten Kommerse in Darstellungen nach außen wie wohl auch im Bewusstsein der meisten ihrer Teilnehmer in erster Linie als gesellige bzw. festliche Veranstaltungen.[178]

---

176 Vgl. ebd., 5 f.

177 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 42.

178 Das verbindungsstudentische Singen ist auch außerhalb des Kommersrahmens als sekundäre Erziehungsinstitution anzusehen. Trotz der ideologisch überfrachteten Texte gilt es vorderhand schlicht als Brauchtumspflege, gegebenenfalls noch als Ausdruck einer geselligen Stimmung bzw. als Mittel zur Herstellung einer solchen. Tatsächlich werden dabei Ideologeme wie das (deutsche) ‚Volk‘ oder solda-

Während auf der Primärebene kognitive Wissensvermittlung und die Schulung bestimmter praktischer Fähigkeiten im Vordergrund stehen, sind die Vorgänge auf der Sekundärebene entscheidend für die Internalisierung von Werten und Sekundärtugenden sowie für die emotionale Fundierung kognitiver Lerninhalte.[179] Als Beispiel für letztgenannten Aspekt sei der Ernteeinsatz auf dem Südtiroler Bergbauernhof erwähnt, der das im Fuchsenunterricht erworbene Wissen über das ‚schwere Los der Deutschen in Südtirol' durch persönlichen Kontakt mit Betroffenen ergänzen und so eine tiefere und nachhaltigere Anteilnahme hervorrufen soll.[180] Die Vermittlung von Werten und Tugenden erfolgt wiederum in erster Linie im Wege der verbindungs- und verbandsinternen sozialen Kontrolle, d.h. der positiven und negativen Sanktionen individuellen Verhaltens durch die Gruppe. In diesem Sinne ist burschenschaftliche Erziehung tatsächlich als wechselseitige zu verstehen, die intentionales Handeln ihrer Protagonisten gar nicht erfordert: Der Bursch erzieht seine Bundesbrüder durch das eigene Beispiel – durch die Befolgung (oder Nicht-Befolgung) sozialer Normen und die Exekutierung (oder Missachtung) des daran geknüpften Sanktionsregimes – und wird auf dieselbe Weise von den Bundesbrüdern erzogen.[181]

Unter den verschiedenen Aspekten burschenschaftlicher Sekundärerziehung wird in der verbindungskritischen Literatur, aber auch in burschenschaftlichen Quellen, jenem des studentischen Fechtens besondere Beachtung geschenkt. In besonderem Maße gilt dies für die Mensur als dem hoch ritualisierten und reglementierten Zweikampf von Mitgliedern verschiedener Verbindungen mit Hiebwaffen in festem Stand.[182] Anders als beim historischen Duell steht dabei nicht die ‚Reinhaltung' der persönlichen oder bündischen ‚Ehre' im Vordergrund, sondern die mit dem studentischen Zweikampf verbundene Erziehungswirkung. Die der Mensur aus burschenschaftlicher Sicht zu-

tische Männlichkeit durch Besingen erzeugt, affirmiert und so von den Sängern einander gleichsam ‚eingeredet' (vgl. dazu Fichter 2009).

179 Vgl. dazu Stimmers Verweis auf die in „informellen Gruppen" wie den studentischen Korporationen wirkenden, „(im Vergleich zu offiziellen Partei- und Verbandsorganisationen) wesentlich subtileren und wirksameren Sanktionsmechanismen", die eine besonders hohe „Kontrolldichte von Gruppenwerten" garantierten (Stimmer 1997, Band II, 1077).

180 Zum Ernteeinsatz als Erziehungsinstrument vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom 22.12.1964, 4.

181 An dieser Stelle sei auf die handlungstheoretischen Ausführungen in Kapitel I.2 verwiesen, denen zufolge soziales Handeln sich als strategisches und als Routinehandeln vollzieht, das auf der gegenseitigen Interpretation der Individuen, ihren (antizipierten) Erwartungshaltungen aneinander und ihrem Abwägen von Handlungsoptionen basiert, wobei Normen fortwährender Bekräftigung bedürfen, die von den Individuen jedoch auch verweigert werden (oder ihnen missglücken) kann.

182 Vgl. zur Erziehungsfunktion des studentischen Fechtens etwa Schiedel/Wollner 2009, 117–120 und Heither 2000, 63–71, 317–322 und 388–392. Zu den verbindungsstudentischen Trinksitten – als weiterem Aspekt sekundärer Erziehung – vgl. Schiedel/Wollner 2009, 111 f. und Heither 2000, 71–76. Allgemein zur burschenschaftlichen Erziehung vgl. aus kritischer Perspektive zudem Peters 2004.

geschriebenen Effekte sind zahlreich: So wird sie etwa als „der eigentliche Schlüssel" beschrieben, der unter Bundesbrüdern „jeden Generationenunterschied, jeden Unterschied des Standes überwindet".[183] Sie soll „Beklemmungen und Schreckempfindungen" bei körperlichem Einsatz überwinden helfen[184], „Willen und Persönlichkeit" schulen[185], „Haltung" vermitteln, die Bereitschaft zum „Opfer für die Gemeinschaft" trainieren[186] und lehren, „auch in schwierigsten Situationen ein Höchstmaß an Ritterlichkeit und Selbstdisziplin zu wahren"[187]. Die Mensur erscheint damit als zentrales Instrument zur Herstellung des soldatisch-virilen Burschenschafter-Mannes und dementsprechend als „Mittelpunkt" oder zumindest als „unverzichtbare(r) Bestandteil der burschenschaftlichen Erziehung".[188] Als zentrale Erziehungsinhalte lassen sich in der Zusammenschau dahin gehender Bekundungen letztlich Selbstdisziplin und die Bereitschaft zur Unterordnung der eigenen Person (einschließlich ihrer physischen Integrität) unter ein größeres Ganzes bestimmen: unter den Bund, ‚auf dessen Farben' die Mensur gefochten wird, und das (deutsche) Volk, für das zu bluten und nötigenfalls zu sterben der Mensurteilnehmer sich bereit und entschlossen zeigt.

Vergleichsweise banal nehmen sich die Abläufe auf der Primärebene burschenschaftlicher Erziehung aus. Ihre klassischen Orte sind zum Ersten die Fuchsenkränzchen, die der Einweisung neuer Mitglieder in burschenschaftliches Grundlagenwissen dienen; zum Zweiten die meist um Vorträge von Mitgliedern oder Externen angeordneten ‚Burschenschaftlichen Abende' (BA), veranstaltet von Einzelbünden, mitunter auch vom Delegierten-Convent (DC) der lokalen Burschenschaften oder von der örtlichen VaB; sowie drittens die Seminare von Dachverbänden wie der DB und der DBÖ. Diese Aktivitäten wurden schon sehr früh wieder aufgenommen – *Libertas* hielt beispielsweise ab dem Studienjahr 1952/53 wieder BA und Fuchsenkränzchen ab, auch der *Wiener DC* veranstaltete zu dieser Zeit bereits wieder monatliche BA.[189] Sowohl *Libertas* als auch die *Oberösterreicher Germanen* institutionalisierten schnell wöchentliche politische Diskussionen im Kreise der Bundesbrüder[190], und einer Umfrage des ADC-‚Re-

183 AVSt, DBÖ 1994, 15.

184 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 7.

185 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Grundsätze der DBÖ, Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 2.

186 Alemannia 1962, 26.

187 AVSt, DBÖ 1994, 15.

188 Günther Berka, zit. in Libertas 1967, 91 bzw. *Olympia* in einer Selbstdarstellung in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1989, 38. Letztere Quelle betont auch die Eignung der Mensur als Ausleseinstrument, das es dem Burschenschafter erlaube, „die Tiefe seines Bekenntnisses zur bundesbrüderlichen Gemeinschaft sowie zu den Idealen Ehre – Freiheit – Vaterland" zu demonstrieren.

189 Vgl. Libertas 1967, 31 f. bzw. Oberösterreicher Germanen 1967, 131.

190 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 129 bzw. Libertas 1967, 134.

ferenten für burschenschaftliche Arbeit' zufolge wurden 1958 in 16 von 18 Burschenschaften wöchentlich „Berichte über das Weltgeschehen" gegeben.[191]

Auf gesamtösterreichischer Ebene beschloss der ADC 1957 die Einführung eines jährlichen ‚Burschenschaftlichen Schulungskurses' in Verbindung mit dem ADC-Tag, 1962 umgewandelt in ein terminlich eigenständiges Seminar.[192] Es herrschte Teilnahmepflicht für alle Mitgliedsbünde.[193] Auf diesem Weg, v. a. aber durch die Einführung eines ‚Referenten für burschenschaftliche Arbeit' (RfbA) im Rahmen des ADC wurde der Einfluss des (sich selbst bis 1961 lediglich als lose Arbeitsgemeinschaft verstehenden) Verbandes auf die Erziehungsarbeit der Einzelbünde gestärkt. Damit verbunden war ein zunehmender Druck in Richtung einer Vereinheitlichung, der – wie derartige Maßnahmen stets – wesentlich von dominanten Teilen der *politischen Klasse unter Burschenschaftern* ausging, welche die Hegemonie ihrer eigenen Auslegung der burschenschaftlichen Idee auf Dauer gesichert sehen wollte. Erster RfbA wurde 1958 Peter Wrabetz jun. *(Gothia),* der auch das Amtsverständnis seiner Nachfolger wesentlich prägen sollte und als Verbands-Multifunktionär die *politische Klasse* geradezu personifizierte. Seine Amtsübernahme erfolgte nicht durch Wahl, sondern im Wege der Einsetzung durch das ADC-Steuerungsgremium, den ‚Gemeinsamen Hauptausschuß' (GHA).[194] Wrabetz war es auch, der jene jährlichen Umfragen unter den Mitgliedsbünden einführte, die zum zentralen Instrument der Einflussnahme des Verbandes auf die Erziehungs- und politischen Aktivitäten der Einzelburschenschaften wurde. Die regelmäßige Abfrage u. a. von Zahl und Themen der abgehaltenen Burschenschaftlichen Abende animierte zu vorauseilender Selbstkontrolle und diente dem Referenten als Basis zur Abgabe von ‚Empfehlungen', die von zu forcierenden Themen bis hin zur Nennung für geeignet befundener Referenten reichten.[195] Den Umfrageergebnissen zufolge lässt sich für die 1950er- und 1960er-Jahre – mit allerdings nicht unerheblichen Schwankungen – eine Zahl von etwa vier BA pro Bund und Semester als im Durchschnitt üblich angeben. Thematisch dominierten ‚Volkstums-' und ‚Grenzlandfragen' klar, auch geschichtliche

191 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 2.

192 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 12 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1962, 9.

193 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 4 (Albia) vom 14.4.1958, 1 und BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 7 (Alemannia) vom April 1959, 1.

194 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Alemannia) vom Juni 1958, 2 f.

195 Vgl. das ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Alemannia) vom November 1958, 5 f.; das DBÖ-Rundschreiben Nr. 3 (Arminia) vom 22.1.1960, 4; und das DBÖ-Rundschreiben Nr. 3 (Brixia) vom 8.2.1961, 3 (alle: BAK, DB 9, E. 4 [B1]). Vgl. ähnlich auch Wrabetz' Nachfolger Harald Wendl *(Olympia/Vandalia)* im DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Cruxia) vom 15.11.1961, 2; zurückhaltender RfbA Peter Gschaider *(Gothia)* in der Beilage V zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 4 (beide: BAK, DB 9, E. 4 [B2]).

und im engeren Sinn verbindungsstudentische Belange sowie (phasenweise) ‚linke' Theorie und Praxis standen hoch im Kurs.[196]

Die eigenständigen Erziehungsaktivitäten der DBÖ kamen über Ansätze nicht hinaus und spätestens mit dem Abstrom der österreichischen Bünde in die DB ab 1971 ganz zum Erliegen. 1985 wurde mit dem ersten Seminar einer „Burschenschaftlichen Akademie" am Semmering ein neuerlicher, offenbar aber äußerst kurzlebiger Anlauf gestartet.[197] Als nachhaltiger erwiesen sich die pädagogischen Bemühungen der DB selbst, die jährliche Großveranstaltungen (‚Berliner Arbeitstagung', ‚Burschenschaftliche Woche') ebenso einschlossen wie kleinere Seminare einzelner DB-Ausschüsse. Die *Oberösterreicher Germanen* betrieben im Umfeld ihres ersten Vorsitzjahres in der DB (1974/75) eine Reform dieser Seminartätigkeit, die von dem Bestreben getragen war, durch „verstärkte Bildungsarbeit im Verbandsrahmen die Versäumnisse der Einzelbünde auszubügeln".[198] In der Wahrnehmung der *Germanen* agierten viele Mitgliedsbünde der DB in ihrer Erziehungsarbeit zu unpolitisch.[199]

Die erwähnten burschenschaftlichen Erziehungseinrichtungen wurden und werden ergänzt durch Vortragsveranstaltungen und Seminare ideologisch nahestehender Organisationen wie dem *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) und den *Freiheitlichen Akademikerverbänden* (FAV). Besonders hervorzuheben ist dabei die Einrichtung der *Freien Akademie,* eine über Jahrzehnte mehr oder weniger konstant laufende Vortragsreihe der FAV der Steiermark einerseits sowie Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlands andererseits. Ihre Eröffnung erfolgte in Wien am 19. Jänner 1955, „Gründer und erster Leiter" war der *Olympe* und Medizinprofessor Erwin Risak.[200] Gedacht war sie zum einen als ‚studium generale' für die FAV-Klientel im Sinne der Abrundung einer

196 Vgl. zu den Auswertungen: BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 2; BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 8; Anlage 2/5 zur Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 1f. (selber Bestand); Anlage 1/6 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1962; Bericht des Referenten für burschenschaftliche Arbeit, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1 (beide: BAK, DB 9, E. 4 [A3]); und BAK, DB 9, E. 4 [B2], Bericht des Referenten für burschenschaftliche Arbeit, Beilage zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom 22.12.1964, 1f.

197 Dvorak 1996, 69. Weder sonstige schriftliche Quellen noch Interviews erbrachten zusätzliche Informationen über den weiteren Verbleib dieser Einrichtung.

198 Gugerbauer, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 64f. Zu den Bemühungen der *Germanen* vgl. ebd., 40 sowie BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 5.

199 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 66.

200 Aldania 1994, 169. Dvorak (1996, 47) spricht gar von einer Gründung „auf Antrag Olympias". Risak wurde als Arzt unter seinem Bundesbruder Franz Chvostek jun. ausgebildet, „entjudete" seinem Gauakt zufolge die Klinik für innere Krankheiten am Wiener AKH und trat zur Verbotszeit der NSDAP ebenso bei wie der SS, in deren Rahmen er bis zum Obersturmführer aufstieg. Seine Karriere als Mediziner nahm nach dem ‚Anschluß' Fahrt auf und fand in der Zweiten Republik ab 1958 ihre Fortsetzung (vgl. bzw. zit. n. http://www.meduniwien.ac.at/geschichte/Anschluss/An_risak.html, letzter Zugriff am 30.3.2012; vgl. ferner *Aula* Nr. 6/1968, Akademisches Leben, IIIf.).

akademischen Fachausbildung. Zum anderen diente sie als Podium für von der Entnazifizierung betroffene Universitätsprofessoren, die hier trotz Entzugs der Lehrbefugnis ihre jeweilige Expertise einem geneigten Publikum nahebringen konnten[201] – und kann damit als Ort institutionalisierter Obstruktion von Entnazifizierungsbestrebungen bezeichnet werden. Dass die FAV gerade jene zur Schulung ihres Nachwuchses auserkoren, die von offizieller Seite als für das Bildungswesen eines demokratischen Staates ungeeignet eingestuft worden waren, und viele Korporationen deren Vorträge fest in ihr Erziehungsprogramm integrierten[202], unterstreicht die Kontinuitätsorientierung der ‚freiheitlichen' Akademikerschaft nach 1945. Die weitgehende Rückabwicklung der Entnazifizierung überdauerte die *Freie Akademie* als akademisches Forum des völkischen Milieus, das immer wieder auch Vertreter anderer konservativer Spektren für Auftritte nutzten, darunter die als amtierende Minister dort vortragenden ÖVP-Politiker Karl Schleinzer (1962) und Erhard Busek (1990).[203] Noch in den 1980er-Jahren fanden die *Akademie*-Veranstaltungen in Wien und der Steiermark jedenfalls phasenweise regelmäßig statt, bevor sie sich in den 1990er-Jahren zusehends verliefen. Ihre Tradition wurde in gewisser Weise vom *Neuen Klub* weitergetragen, der bis heute in Wien (sowie in Salzburg) regelmäßige Vortragsveranstaltungen mit ähnlichem Referentenspektrum abhält und damit eine ähnliche integrative und pädagogische Funktion erfüllt.[204]

201 Vgl. Dvorak 1996, 47. Aufgrund dieses ihres Gründungszweckes war die *Freie Akademie* eng mit der 1953 gegründeten *Notgemeinschaft ehemaliger Hochschullehrer* verbunden, in der u.a. der Burschenschafter Heinrich Sequenz (*Eisen* Wien) an führender Stelle wirkte (vgl. AUW, S 259.81, Statutenentwurf, übermittelt mit Schreiben der Sicherheitsdirektion Wien an das Rektorat der Universität Wien vom 13.4.1953). Sequenz war letzter Rektor der Technischen Hochschule Wien im Nationalsozialismus gewesen und konnte bereits 1954 wieder auf einen Lehrstuhl an derselben Hochschule zurückkehren. Vgl. zur *Notgemeinschaft* auch die *Aula* Nr. 3/1955 [Dezember], XIII; zu ihrer Unterstützung durch den RFS und die damalige *Österreichische Hochschülerschaft* (ÖH) vgl. die *Aula* Nr. 10–11/1954 [Juli/August], Akademisches Leben, I.

202 Vgl. z. B. die *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia,* Wintersemester 1962/63, 1; Oberösterreicher Germanen 1967, 133; Aldania 1984, 30. Ein WKR-Beschluss verpflichtete in Wien ohnehin jeden Mitgliedsbund, die Vorträge „mit mindestens zwei Vertretern" zu beschicken (Oberösterreicher Germanen 1994, 82). Bei *Libertas* war die Teilnahme für die gesamte Aktivitas verpflichtend (Libertas 1967, 204).

203 Vgl. *Aula* Nr. 7/1962 [April], 35 bzw. Nr. 3/1990 [April], Akademisches Leben, 1.

204 Der *Neue Klub* wurde 1957 gegründet, wobei in Wien der ehemalige Führer der *Burschenschaft der Ostmark* (1933 bis 1938) und SS-Hauptsturmführer Erich Führer (*Bruna Sudetia* Wien, *Allemannia* Graz) federführend war, der auch an den ‚Oberweiser Gesprächen' von ÖVP und ‚Nationalen' 1948 teilgenommen hatte (vgl. zu ihm http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/september2001/erich-fuehrer und Dvorak 1999, Biographisches Lexikon I/2, 86 f.). Die Veranstaltungen des ‚Klubs' wurden in der *Aula* gleichberechtigt mit jenen der *Freien Akademie,* also der *Aula*-Besitzer selbst, angekündigt.

III.3.3 Funktionen und Konsequenzen

Aufbauend auf der bisher eher deskriptiven Darstellung burschenschaftlicher Erziehungsaktivitäten soll nun erörtert werden, welche im Kontext meines Erkenntnisinteresses relevanten Auswirkungen diese zeitigten bzw. aus Sicht ihrer Protagonisten zeitigen sollten. Diese Unterscheidung von zugeschriebenen Funktionen und tatsächlichen Konsequenzen ist insofern angezeigt, als aufgrund der unumgehbaren Verarbeitung von Lernimpulsen durch das Individuum auch nicht- oder gar contra-intentionale Lernergebnisse möglich sind.

Als erster Punkt sei die Ausbildung bzw. Verfestigung autoritärer Charakterstrukturen aufseiten der Erzogenen (und begünstigt dadurch: die Verstetigung entsprechender Eigenschaften der Organisation selbst) genannt. Disziplin und das Zurückstellen eigener (individueller) Interessen hinter jene des (völkischen oder bündischen) Kollektivs, die Achtung von bzw. Gehorsam gegenüber Autoritäten und die Herausbildung einer spezifischen soldatischen Männlichkeit stellen explizite Ziele burschenschaftlicher Erziehung dar (vgl. dazu auch Abschnitt III.8, insbesondere die Unterabschnitte III.8.4). Als solche stehen sie jedoch im Spannungsverhältnis nicht nur zum rebellischen Selbstbild der Burschenschaften, sondern auch zur emphatischen Anrufung des Individuums, wie sie burschenschaftlicher Erziehungsprogrammatik gleichfalls zu eigen ist.[205] Insoweit burschenschaftliche Erziehung die Ausbildung bzw. Verfestigung autoritärer Charakterstrukturen begünstigt, erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, dass die Erzogenen sich empfänglich für rechtsextreme Politikangebote zeigen – zumal wenn parallel zu dieser Charakterbildung einschlägige Werthaltungen und Glaubensinhalte (spezifische Auslegungen von Begriffen wie ‚Volk' und ‚Vaterland', ‚revisionistische' Narrative, Feindbestimmungen usw.) gleich hinzu verabreicht werden.

Wie in den beiden folgenden Abschnitten III.4 und III.5 näher herausgearbeitet wird, zählten Konformismus (als ‚Geschlossenheit' und Generationenharmonie nach innen sowie als Corpsgeist nach außen) und Konservatismus (als Kontinuität und ‚Grundsatztreue') im Untersuchungszeitraum zu den von burschenschaftlichen *Meinungsführern* und der *politischen Klasse unter Burschenschaftern* erwünschten Erziehungszielen – konnten aber realiter stets nur annäherungsweise erreicht werden. Autoritarismus und Dogmatismus im Allgemeinen sowie eine Erziehungsarbeit im Besonderen, die die Individuen gegen äußere Erfahrungen abzuschirmen trachtete, waren für das Burschenschaftswesen in Österreich prägend. Minoritär blieben dagegen Impulse, die Individualität und Ich-Stärke in den Vordergrund stellten und so Debatten, Konflikte und Weiterentwicklung im Inneren sowie, eine entsprechende Bereitschaft der inter-

205 Vgl. dazu Abschnitt III.6.2 bzw. die Ausführungen zum Gegensatz von ‚Bildung' als Selbstentwurf und ‚Erziehung' als Menschenformung in Unterabschnitt III.3.1.

essierten Öffentlichkeit vorausgesetzt, eine Außenwahrnehmung als heterogen beförderten.

Burschenschaften als ,Kaderschmieden'

Eine unzweifelhafte Gleichzeitigkeit von Erziehungsfunktion und -konsequenz liegt in puncto des Charakters von Burschenschaften als ,Kaderschmieden', d. h. als Hervorbringungsstätten politischer Aktivisten und Funktionäre, vor.[206] Die – oft prominente – politische Betätigung vieler Burschenschafter in Österreich ist, wie bereits gezeigt wurde, sowohl als Folge der burschenschaftlichen Erziehung (aber etwa auch des langjährigen verbindungsstudentischen Beinahe-Monopols auf organisatorische Erfassung und politische Schulung ,freiheitlicher' Akademiker) zu sehen als auch von burschenschaftlicher Seite erwünscht. Die nach außen häufig betonte parteipolitische Unabhängigkeit findet seit Gründung der FPÖ zu keinem Zeitpunkt Entsprechung im tatsächlichen Profil burschenschaftlicher Politkarrieren (vgl. Kapitel V, v. a. dessen Abschnitt V.2). Die Ausstattung der Verbindungsmitglieder mit einer Reihe – vermittelt wie auch unmittelbar – politikrelevanter Fähigkeiten ist somit nicht bloße Begleiterscheinung burschenschaftlicher Sozialisation, sondern durchaus als Ergebnis gezielten Erziehungshandelns zu sehen.

Ob das Individuum tatsächlich eine politische Laufbahn ergreift, vermag freilich nicht die Korporation zu entscheiden.[207] Grundsätzlich ist burschenschaftliche Erziehung auch keineswegs strikt auf eine parteipolitische Tätigkeit ausgerichtet. Dem Erziehungsziel, „aktiv mitreden (zu) können, wenn es darum geht, unsere Ideen zu vertreten und mitzugestalten", sowie der Erwartung, sich „in den Dienst des nationalen und freiheitlichen Gedankens" zu stellen[208], soll der Burschenschafter am Mensatisch ebenso gerecht werden können wie im Plenum des Nationalrats. Die durch burschenschaftliche Erziehung vermittelten Eigenschaften und Fertigkeiten erweisen sich nicht nur in politischen Ämtern im engeren Sinn als nützlich (vgl. zu entsprechenden Be-

206 Einblicke in die Geschichte dieser Funktion liefert Stimmer. Er weist die Herkunft aus dem Milieu der ,deutschnationalen Korporationen' als (neben Männlichkeit und universitärer Ausbildung) mit Abstand wichtigstes soziologisches Merkmal jedenfalls der höheren Funktionäre deutschnationaler Parteien in der Monarchie und der Ersten Republik aus (vgl. Stimmer 1997., Band II, 656; vgl. weiters v. a. ebd., 921 f., 1061, 1063 und 1067).

207 Vgl. hierzu die Darstellung des *Burschenschafter-Politikers* Steiner, dem zufolge Burschenschaften seit jeher Politiker nicht durch „Befehle oder Weisungen" geformt, sondern sie im wechselseitigen Einwirken von Kollektiv und Individuum aufeinander hervorgebracht hätten (Steiner 1974, 10; vgl. auch ebd., 15).

208 *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia,* Wintersemester 1962/63, 7 bzw. Günther Berkas *,Libertenspiegel',* zit. in Libertas 1967, 91.

kenntnissen von Politikern den Abschnitt III.2.4), sondern auch außerhalb davon.[209] Organisiertes Engagement um völkische Anliegen auch jenseits des Verbindungsstudententums ist ungeachtet dessen gern gesehen. So formulierte Günther Berka etwa die Aufforderung, „möglichst in allen akademischen Verbänden nationalen, sozialen, kulturellen und sportlichen Charakters mit(zu)arbeiten".[210]

Die grundlegendste Leistung von Burschenschaften im Sinne einer politischen Kaderschmiede besteht darin, in ihren Mitgliedern allgemeinpolitisches Interesse zu wecken bzw. zu verstärken. In Ergänzung dazu werden die Mitglieder mit politikrelevantem, je nach Ausrichtung des jeweiligen Bundes ideologisch gefärbtem[211] Allgemein- und Spezialwissen ausgestattet, Letzteres etwa für den Bereich der Hochschulpolitik, und zur ergänzenden Selbstaneignung solchen Wissens animiert. Die Betätigung in der Hochschulpolitik, zu der die Aktiven angeregt bis angehalten werden, übt diese ebenso in die elementaren Techniken und Instrumente eines (demokratisch-)politischen Betriebs ein wie die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung im Bund selbst (u.a. im Rahmen der Convente) und zumal jene im quasi-parlamentarischen Rahmen von Verbandstagen. Hier kann Erfahrung in Sachen Verhandlungsführung und Interessenausgleich, im Organisieren von Mehrheiten und der argumentativen Untermauerung eigener Positionen, im Umgang mit und dem Ausnützen von Geschäftsordnungen sowie in der freien Rede vor Publikum gesammelt werden. Auch die Ausübung von Ämtern im Rahmen von Verbindung oder Dachverbänden begünstigt die Entwicklung entsprechender Fähigkeiten.

Die Verbindungen sind sich der potenziellen Nützlichkeit dieser ihrer Leistungen wohl bewusst. So warb die DBÖ in den 1990er-Jahren u.a. mit dem Hinweis für den Beitritt zu einer Burschenschaft, dass „(f)ür einen jungen Studenten (…) die Ausübung einer Charge [eines bundinternen Amtes, Anm. B.W.] eine einmalige Gelegenheit und Herausforderung (ist), Verantwortung und Führungsaufgaben zu übernehmen und im

209 Ein Beispiel hierfür liefert Viktor Christian, Dekan der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien während der nationalsozialistischen Herrschaft. Dieser gab gegenüber seinen *Teutonia*-Bundesbrüdern an, dass die Burschenschaft ihn gezwungen habe, seine frühere Menschenscheue zu überwinden, um die Interessen seines Bundes angemessen vertreten zu können. „(D)iese Erziehung" habe ihm, so Christian, „ungeheuer genützt", um als Dekan die Interaktion mit Kollegen und Studierenden zu bewältigen (zit. n. Teutonia 1968, 136; vgl. zu Christian Leitner 2010). Ein anderer *Teutone,* Rudolf Töpfer (Präsident der NS-Reichsbahndirektion Wien), hielt fest: „Die Kunst der Rede und der Debatte, die mir in meinem Beruf unendlich viel geholfen hat, habe ich als Junger auf den Burschenberatungen gelernt!" (Zit. n. Teutonia 1968, 140)

210 Zit. n. Libertas 1967, 92.

211 So ist etwa davon auszugehen, dass die ideologische Prägung des Nachwuchses der Linzer *Arminen* im rechtsextremen Sinn erfolgt, solange der Bund die „politische() Weiterbildung unserer Aktiven" in die Hände profilierter Rechtsextremer wie des einstmaligen *Arminen* Helmut Golowitsch legt (*Arminenbrief,* Sommersemester 1994, 3; zu Golowitsch vgl. DÖW 1993, 298 f.).

Rahmen seiner Amtstätigkeit wichtige Erfahrungen zu gewinnen".[212] In der Verbindung, und umso mehr auf Verbandstagen, lerne der Burschenschafter, „sich eine eigenständige Meinung zu bilden, diese schlüssig vor anderen zu vertreten und gegebenenfalls Bundesbrüder von seinen Ansichten zu überzeugen", aber auch seiner Meinung widersprechende „demokratische Mehrheitsentscheide mitzutragen".[213] Norbert Gugerbauer, der selbst als Burschenschafter und RFS-Funktionär das politische Handwerk erlernte, unterstrich, dass die Hochschulpolitik „taktisches Einfühlungsvermögen" schule, Burschenschaftliche Abende wiederum Wissen zu politischen Sachfragen vermittelten. Auf Burschentagen (und wohl auch in anderen politischen Foren) helfe beides dabei, Unentschlossene für die eigenen Positionen zu gewinnen.[214]

Eine wichtige Rolle spielt burschenschaftliche Erziehung schließlich auch als Reproduktionsinstanz des burschenschaftlichen Elitenbewusstseins (nach innen) und Elitarismus (als normative Vorstellung über die Einrichtung von Gesellschaft). Entsprechend der bürgerlich-antifeudalen Tradition, der die deutsche Nationalbewegung und mit ihr die Burschenschaften entstammen, lehnen Letztere eine gesellschaftliche Auslese nach dem Vererbungsprinzip (und jedenfalls deklarativ auch eine solche nach sozioökonomischen Kriterien) ab, behaupten jedoch gleichzeitig Eliten als gesellschaftlich wünschenswert, wenn nicht gar notwendig. Als legitime Kriterien für die Zuerkennung eines Elitenstatus erachten sie überlegene Moral und ebensolche Leistung(-sfähigkeit). Da burschenschaftliche Erziehung beides zu verbürgen beansprucht, sehen Burschenschafter sich zur Einnahme gesellschaftlicher Führungspositionen berufen.[215] Eben diese Erwartung fand nach 1945 jedoch nur noch geringe Entsprechung in der realen gesellschaftlichen Positionsverteilung (und insbesondere in der Allokation staatlicher Funktionen). Der Aufstieg in die Funktionselite hörte auf, eine Konsequenz burschenschaftlicher Erziehung zu sein, blieb aber eine an diese geknüpfte Intention. (Vgl. hierzu ausführlich den Abschnitt III.6.3.)

212 AVSt, DBÖ 1994, 8.

213 Ebd., 23. Vgl. hierzu auch Schmidt: „Burschentage sind eine hervorragende Plattform, um ruhiges und überlegenes Auftreten zu lernen, eine erstklassige Übung des Selbstbewusstseins, der Selbstkontrolle und der Rhetorik. (…) Ich wüßte keine bessere Schulung für die freie Rede als das Auditorium eines Burschentages." (Schmidt 2000, 42) Zur Schulung rhetorischer Fertigkeiten als Teil burschenschaftlichen Erziehung vgl. Aldania 1994, 198; AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 12; AVSt, DBÖ 1994, 8 und 16; Gothia 1992, 6; Oberösterreicher Germanen 1994, 17 und 34; BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 21; PBW, Niederschrift des DB-Burschentages 1990, 2.

214 Zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 33. Ergänzend lässt sich an dieser Stelle auch auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner verweisen, die (u. a.) bei den *Oberösterreicher Germanen* nicht nur praktisch in der Hochschulpolitik, sondern – etwa im Rahmen Burschenschaftlicher Abende – auch in der Theorie gesucht wurde (vgl. Kapitel IV.2.6).

215 So gründete etwa der WKÖ sein elitäres Selbstverständnis nicht zuletzt auf die von den in ihm organisierten Burschenschaften vorgenommene „strenge Korporationszucht" (Libertas 1967, 180).

III.4 Politisch-ideologische Heterogenität und burschenschaftlicher Corpsgeist

Dass das Burschenschaftswesen nicht als Monolith anzusehen sei, zählt zu den grundlegenden Imperativen, denen mein Forschungsvorhaben verpflichtet war. Die Würdigung der inneren Vielfältigkeit des Gegenstandes wird daher nicht auf ein einzelnes Unterkapitel beschränkt, sondern an vielen Stellen geleistet. Im folgenden Abschnitt wird die Frage nach der ideologischen Viel- oder Einfalt der Burschenschaften in Österreich ins Zentrum gerückt, um sie systematisch zu anderen Aspekten burschenschaftlicher Ideologie und Alltagspraxis (der burschenschaftlichen Erziehung und Konfliktkultur, Generationenverhältnissen, Dogmatismus, dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv u.a.m.) in Beziehung setzen zu können. Drei Ebenen der Betrachtung – die extra-, inter- und intrabündische – sind dabei von Relevanz. Erstere bezeichnet die Außenansicht, also das Bild, das die Verbindungen externen BeobachterInnen darbieten. Diese Ebene unterliegt nur zum Teil burschenschaftlicher Kontrolle: Die Wahrnehmung bestehender Heterogenität erfordert neben ihrer Sichtbarmachung von burschenschaftlicher Seite (bzw. dem Verzicht oder Misserfolg, sie zu kaschieren) auch eine grundsätzliche Bereitschaft aufseiten der BeobachterInnen, Differenz zur Kenntnis zu nehmen. Die interbündische Ebene verweist auf die (Un-)Einheitlichkeit der Ausrichtung der verschiedenen Burschenschaften, die intrabündische schließlich auf die Situation im einzelnen Bund (Erstere steht zusammen mit der Außensicht im Vordergrund des vorliegenden Abschnitts, Letztere wird ausgiebiger in Abschnitt III.8.4 behandelt). Die Ebene, auf der jeweils analytisch operiert werden soll, diktiert die angemessenen Quellen. So lassen sich aus den Protokollen von Dachverbandssitzungen, auf denen Einzelpersonen interagieren, dies aber als Delegierte mit inhaltlich fixierten Mandaten ihrer jeweiligen Verbindung tun, kaum Aussagen über die Heterogenität innerhalb eines Bundes ablesen, aus den Mitteilungsblättern oder Chroniken einzelner Verbindungen womöglich aber sehr wohl.

III.4.1 Meinungsvielfalt und -hegemonie

Burschenschaftliche Quellen dokumentieren sowohl für den Verkehr zwischen Bünden als auch den innerbündischen Diskurs immer wieder Äußerungen selbstkritischen, undogmatischen oder von Mehrheitsmeinungen abweichenden Charakters. Es sind allerdings zu allermeist dieselben wenigen Personen (oder – vgl. den Exkurs zu den *Oberösterreicher Germanen* im weiteren Verlauf dieses Unterabschnitts – derselbe Bund), die sich in wahrnehmbarer Weise einschlägig zu Wort melden. Dabei handelt es sich in aller Regel gerade nicht um *geselligkeitsorientierte* Burschenschafter, sondern um im

ideologischen Sinn deviante *Idealisten.*[216] Gemessen am Burschenschaftswesen in Österreich in seiner Gesamtheit erscheinen sie als Ausnahmen, die Zeugnis von eben jener Meinungshegemonie ablegen, von der sie sich abzugrenzen versuchen. „Ich halte nichts von Äußerungen der Geringschätzung des demokratischen Rechtsstaates gegenüber einer Verabsolutierung des Volkstums, womit ich mich vermutlich nicht im mainstream der österreichischen Burschenschaften bewege", formulierte etwa Günter Cerwinka (*Allemannia* Graz) 2009.[217]

Gerade den liberaleren Angehörigen des Burschenschaftswesens in Österreich ist die Betonung der ebendort herrschenden Meinungsvielfalt und der positive Bezug auf diese ein Anliegen. So sah Cerwinka es im selben Jahr als „notwendig" an, „die burschenschaftliche Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß dies [die völkisch-fundamentalistischen Ausführungen des *Olympen* Schlüsselberger in Heft Nr. 3/2009 der *Burschenschaftlichen Blätter,* Anm. B.W.] nicht der unwidersprochene Standpunkt a l l e r Burschenschafter in Österreich ist".[218] Wintersberger und Frischenschlager wiesen im Interview unabhängig voneinander auf die Weite des ideologischen Spektrums hin, das die Mitglieder der völkischen Korporationen Österreichs repräsentierten.[219] Otto Bechmann *(Silesia)* bekundete 1960, unter den Alten Herren eine Bandbreite „von der äußersten Rechten bis zur Linken" zu erkennen.[220] Bisweilen liefern die Quellen auch Erklärungen für die behauptete Vielstimmigkeit. So argumentierte der *Teutone* Fritz Stagel, dass die ausschließliche Rückbindung des einzelnen Burschenschafters an sein Gewissen und die abstrakten Ideale der Burschenschaft eben zu unterschiedlichen Aus-

216 Vgl. die Reden Sigurd Scheichls zum 70. Stiftungsfest von Germania Innsbruck (PBW, Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25. 6. 1962, 3) und am Tag der freiheitlichen Akademiker 1966 (abgedruckt in den *Germanenmitteilungen,* März 1967, 6–19; vgl. hierzu auch Abschnitt III.5.3); verschiedene Interventionen Günter Cerwinkas, etwa in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 2/1991 [Mai/Juni], 40 f. und Nr. 4/2009, 102; in jüngerer Vergangenheit auch Kofler 2007 oder Pendl 2009.

217 Cerwinka 2009, 110. Die Richtigkeit dieser Einschätzung belegte zuletzt die burschenschaftliche Petition vom Frühjahr 2012 zur Ablösung Norbert Weidners als Chefredakteur der *Burschenschaftlichen Blätter* (als einer Symbolfigur der extrem rechten Strömung innerhalb der Burschenschaften). Unter den 600 Unterzeichnern fand sich, einem den österreichischen *Grünen* nahestehenden Blog zufolge, nur ein einziger Österreicher: Cerwinka (vgl. http://www.stopptdierechten.at/2012/06/28/sterreichs-burschis-auf-dem-vormarsch, Artikel vom 28.6.2012).

218 Leserbrief in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/2009, 102 (Sperrung i. O.).

219 Interviews mit Frischenschlager vom 11.12.2009 und vom 24.2.2010 sowie mit Wintersberger vom 4.1.2012. Wintersberger zufolge habe selbst in der *Olympia* von 1960/61 eine Bandbreite von NS-Nostalgie bis hin zu „echt liberale(m)" Denken geherrscht. Vgl. weiters etwa die Ausführungen Klaus Mahnerts in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1977 [Juni], 97.

220 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1960 (Vorort Bremen), 6. Die Identifikation von ‚Linken' verweist – angesichts des Veröffentlichungskontexts – vermutlich auf die Situation in der Bundesrepublik.

legungen führe, zumal Burschenschafter üblicherweise starke Charaktere mit „ausgeprägtem Eigenwillen" seien. Meinungsvielfalt sei unproblematisch, solange die Grundwerte ‚Ehre, Freiheit, Vaterland' gewahrt blieben.[221]

Das Primat des Völkischen (vgl. Abschnitt III.7) galt somit auch gegenüber Werten wie Pluralismus und Debattenkultur, wiewohl Letztere vereinzelt auch den Gegenstand positiver Bezugnahmen bilden.[222] „(J)egliche Meinungsverschiedenheit über Komment, Organisation oder Parteipolitik" sei „gegenüber dem burschenschaftlichen Ziele nationaler Einheit zurück(zu)stellen", argumentierte Mühlwerth in derselben Festschrift, der die eben zitierten Worte Stagels entstammen (und führte dabei Bundesbruder Töpfer, Präsident der Reichsbahndirektion Wien im Nationalsozialismus, als beispielgebend an).[223] Bei *Libertas* wurde die Grenze für politischen Pluralismus diesseits des Engagements für Parteien oder Bewegungen gezogen, „welche den Bestand oder die Freiheit des deutschen Volkes gefährde(n)".[224] Insofern das völkische Prinzip gerade in der in Österreich dominanten Sichtweise den Kern burschenschaftlicher politischer Programmatik bildet, kann somit nur ein sehr reduzierter Begriff von Pluralismus affirmativ aufrechterhalten werden – wenn überhaupt. „Als wertkonservative Gemeinschaft muß sich die Burschenschaft (…) dem gefährlichen Begriff ‚Pluralismus' ebenso entgegenstellen wie der Chimäre einer multikulturellen Gesellschaft", forderte Pennalburschenschafter Jürgen Hatzenbichler 1994 in der Festschrift der an der Fachhochschule Pinkafeld angesiedelten Burschenschaft *Marko-Germania.*[225]

In diesem Zitat ist angedeutet, was als Hauptargument gegen eine Überschätzung der innerburschenschaftlichen Meinungsvielfalt (respektive zu deren Relativierung) angeführt werden kann: Verschiedentlich vorzufindenden Bekenntnissen zur politisch-ideologischen Vielfalt zum Trotz war und ist ihr Gegenteil – Geschlossenheit bzw. ‚geistige Einheit' – vom burschenschaftlichen Mainstream in Österreich explizit *erwünscht.* Die Belege dafür reichen von einem Burschenschaftlichen Schulungskurs des ADC 1958, der mit dem Ziel angesetzt worden war, hinsichtlich des Vaterlandsbegriffes „eine möglichst einhellige Meinung des ADC herbeizuführen"[226], bis hin zur

221 Teutonia 1968, 122 f.; ganz ähnlich Günther Berka in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 11.

222 So warb *Gothia* 1994/95 für sich als Ort, an dem man „Toleranz lernen und praktizieren" könne: „(B)ei uns sind politische Ansichten verschiedener Richtungen vertreten. Wir respektieren andere Meinungen und setzen uns mit ihnen auseinander." (DÖW, Gothia-Flugblatt vom Wintersemester 1994/95, o. S.) Die *Obergermanen*-Chronik vermerkt ihrerseits die 1989 zutage getretene Existenz einer „große(n) Bandbreite an Auffassungen über den Begriff ‚Kunst' in unserem Bund" als „erfreulich( )" (Oberösterreicher Germanen 1994, 147).

223 Teutonia 1968, 143.

224 Libertas 1967, 96. Vgl. zu den Grenzen tolerabler politischer Betätigung auch ebd., 68 f.

225 Zit. n. Schiedel/Zellhofer 1995, 50.

226 So die damalige ADC-Vorsitzende *Albia* in der Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 3 (BAK, DB 9, E. 4 [A1]). Zu ergänzen ist, dass die angestrebte Homogenisierung nicht durch frontale Indoktrina-

auch in dieser Hinsicht aufschlussreichen burschenschaftlichen Lyrik. „Wie die Bäume in der Heimat Wald, wurzelfest und stark und märchenalt, steht getreu und fest zusamm, steht getreu und fest zusamm", heißt es im Farbenlied *Aldanias*. Die Verbindung wird als „ewig fester Bruderbund" angerufen, „trotz aller Zeiten Not und Pein treu (zu) stehn zu Deutscher Art".[227] „EINE Phalanx fest geschlossen (…) wollen wir sein!", heißt es wiederum in einem Gedicht zum 50. Stiftungsfest von *Alemannia* Wien 1913.[228]

Das hier zum Ausdruck gebrachte Geschlossenheitsideal wurde insbesondere von sehr weit rechts stehenden Bünden und Einzelpersonen hochgehalten. Die *Burschenschaftliche Gemeinschaft* (BG) als organisierendes Zentrum dieses Spektrums erkannte ihren Daseinszweck darin, „für die geistige und organisatorische Einheit aller Burschenschaften" zu streiten und „allen Kräften entgegen(zutreten), die die burschenschaftliche Einheit gefährden".[229] Dass ihr ‚geistige' dabei über organisatorische Einheit ging, ist daran zu ersehen, dass sie seit ihrer Gründung 1961 vielfach den Ausschluss von Bünden aus der DB betrieb, die ihre Auslegung der burschenschaftlichen Idee nicht teilten.[230] Durchaus zutreffend beschreibt Heither die BG daher als Verfechterin einer „rigiden innerverbandlichen Disziplin und Geschlossenheit".[231]

Die Anrufung von Einheit als Ideal zieht sich quer durch das burschenschaftliche Denken, Reden und Schreiben: von der Einheit des (deutschen) Volkes und Vaterlandes über jene der Burschenschaften bis hin zur Einheit der Generationen und der verschiedenen Charaktere innerhalb eines Bundes. Wie Uneindeutigkeit (ob von Geschlechterrollen und -identitäten oder politischen Positionierungen) beunruhigt auch das Uneinheitliche, Gebrochene, Konflikthafte den idealtypischen Burschenschafter[232] – in Form des Klassenkonfliktes ebenso wie im Fall von Zank, Hader und Debatten in den

tion, sondern durch eine Debatte unter den Aktiven zustande kommen sollte.

227 Zit. n. Aldania 1984, 50. In die Kategorie der performativen Beschwörung fällt auch die gängige Rede von ‚der' Burschenschaft als Summe aller Burschenschafter (vgl. zum historischen Ursprung derselben Fußnote 47 auf S. 26 des vorliegenden Buches). Sie soll Einheit stiften, wo diese nicht oder nicht mehr im gewünschten Maß vorhanden ist.

228 Alemannia 1962, 1 (Herv. i.O.).

229 Aus dem BG-Gründungsprotokoll, zit. n. Aldania 1994, 183 (dort kursiv).

230 Vgl. dazu etwa BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1978, 13 f.

231 Heither 2004, 125.

232 „Dass so viele Korporationen *Reinheit* schon im Leitspruch führen", verweist Schiedel und Wollner zufolge „auf Sehnsüchte der Gruppenmitglieder. Gegen die Zumutungen der Ambivalenz sucht der virile Mann Klarheit und Eindeutigkeit. Nichts ist im verhasster als die Verwischung" (Schiedel/Wollner 2009, 120, Herv. i.O.). Vgl. zum völkischen Reinheitswunsch ebd., 101, 112 und 118–120; Boehler 1999, v.a. 116–119 (zur „Phantasie des reinen Volkskörpers") und 119–121 (zum „Phantasma der organischen Einheit") sowie Springer 1999. In programmatischer Hinsicht kann auf die 1956 schriftlich niedergelegte Absicht der *Liberten* verwiesen werden, „(d)ie Grundsätze der österreichischen Burschenschaft, deutsch und frei, ehrenhaft und wahrhaft in möglichster Reinheit zu vertreten" (Libertas 1967, 91). Die Verbindung von Reinheits- und Einheitsstreben im völkischen Denken wiederum kommt in der – von

eigenen Reihen. Nicht von ungefähr bezeichnet ein Antrag *Silesias* zum außerordentlichen ADC-Tag 1958 die Uneinigkeit zwischen deutschen und österreichischen Bünden in der Einschätzung der jüngeren deutschen Geschichte als „völlig unhaltbar", da sie zur Spaltung, wenn nicht zur Auflösung der „burschenschaftlichen Bewegung" führen müsse.[233] Die „geistige( ) Einheit der burschenschaftlichen Bewegung" liege „in deren innerstem Wesen begründet".[234] Ihre Fortsetzung in der angestrebten „geistige(n) Einheit der Deutschen"[235] verweist auf die innige Verbindung von innerburschenschaftlichem Einheitsstreben und volksgemeinschaftlichem Denken. Wie das deutsche Volk ist auch die Burschenschaft als Gemeinschaft von Identischen (anstatt, wie die bürgerliche Gesellschaft, von Gleichen) konzipiert.[236] Jedenfalls relevante Teile der Burschenschaften in Österreich leiteten daraus ein Ideal uniformen Denkens ab, wie die Positionierung des *Ostmarkenkartells* (*Silesia* Wien, *Stiria* Graz, *Suevia* Innsbruck) in der Frage einer Fusion mit der DB 1960 dokumentiert: „Ein organisatorischer Zusammenschluß allein, dem eine vollkommene [sic] geistige Einheit nicht zugrunde liegt", laufe Gefahr zu scheitern. Nur bei „völliger Klarheit in allen ideologischen Fragen" sei eine Fusion möglich – wobei damit nicht die Erreichung eines tragfähigen Kompromisses, sondern die Durchsetzung der österreichischen Positionen in allen strittigen Fragen gemeint war.[237]

Zusätzliche Verstärkung erfuhr das burschenschaftliche Streben nach Einheit und Geschlossenheit durch die Wahrnehmung eigener Schwäche und (die Zunahme von) Angriffe(n) von außen (vgl. dazu die Ausführungen zum burschenschaftlichen Corpsgeist im Unterabschnitt III.4.4).

Germania Innsbruck als Waffenspruch übernommenen – Schönerer-Parole „Durch Reinheit zur Einheit" prägnant zum Ausdruck.

233 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Antrag der Wiener akad. B! Silesia betr. das Geschichtsbild, 6.

234 Ebd., 5. Der Antrag wurde unter Beibehaltung der hier zitierten Stellen einstimmig vom ADC beschlossen (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ao. ADC-Tages 1958, 8). Vgl. zur Beschwörung ‚geistiger Einheit' ferner die Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, Anlage 1, 7f. (selber Bestand), zur Wahrnehmung von Uneinigkeit als bedrohlich die Ausführungen Günther Pauls (*Leder* Leoben) in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1977 [Juni], 96. Dass mangelnde Geschlossenheit auch völkischen Kreisen jenseits des Burschenschaftswesens als Bedrohung galt, zeigt etwa das eindringliche Plädoyer von Anton Reinthaller (Landsmannschaft der *Salzburger* zu Wien) bei seinem Antritt als FPÖ-Obmann gegen „Cliquenbildung", da diese „zersetzend" wirke und „der schlimmste Feind jeder Gemeinschaft" sei (zit. n. FPÖ 1991, 22).

235 So der Titel eines Redebeitrags von Helmut Feierfeil *(Gothia)* am Burschenschaftlichen Schulungskurs des ADC 1959 (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Einladung zum ADC-Tag 1959, Rückseite).

236 Vgl. Schiedel 2007, 33.

237 BAK, DB 9, B. VI.15 [C1], Bekanntmachung der Burschenschaften des Ostmarkenkartells vom 31.3.1960.

Exkurs: Zur relativen Abweichung der Oberösterreicher Germanen

Die Wiener Burschenschaft *Oberösterreicher Germanen* weist – wie die bisherigen Ausführungen bereits deutlich gemacht haben sollten – einen Sonderstatus innerhalb des Burschenschaftswesens in Österreich auf: Kein Interviewpartner, der auf die Frage nach Abweichungen vom Mainstream des selbigen bzw. nach Gegenpolen zu den weithin als rechtsextrem eingestuften Bünden *Olympia* oder *Brixia* nicht die *Oberösterreicher* (und meist nur sie) genannt hätte. In der Tat dokumentieren sowohl ihre eigenen Chroniken als auch andere burschenschaftliche Quellen ein weit überdurchschnittliches Maß an Eigenständigkeit, Reformbereitschaft und (Selbst-)Reflexionsfähigkeit[238] jedenfalls ab den 1960er-Jahren, was an verschiedenen Stellen des vorliegenden Buches auch zum Ausdruck kommt.

Als Beleg für interkorporativen Pluralismus sind die *Oberösterreicher* dennoch nur bedingt geeignet. Zum Ersten, da ihre Abweichungen sich auf Fragen wie jene der unbedingten Satisfaktion mit Waffe oder den instrumentellen Wert hochschulpolitischer Tätigkeit beschränkten, aber auf einer manifest inhaltlichen Ebene kaum an den Grundfesten völkischen Denkens rührten, ja diese vielmehr bekräftigten. Auch sie traten für die Enthaftung eines Rudolf Heß oder eines Walter Reder ein, bejahten, dass „(f)ür alle Deutsche (…) das Recht bestehen (muß), sich in einem geschlossenen Staat, unter Rückgabe der völkerrechtswidrig besetzten Gebiete, zusammenzuschließen“[239] und stimmten im Rahmen der DB in der Regel mit den Rechtsaußenbünden der BG, der sie selbst angehörten und der sie sich verbunden fühlten.[240] Als DB-Vorsitzende bedienten sie mit Initiativen zur erleichterten Immigration Russlanddeutscher oder zur öffentlichen Problematisierung von „Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen während deren Vertreibung [gegen und nach dem Kriegsende 1945, Anm. B.W.] begangen worden sind“ auch nationale Kernanliegen.[241] In anderen Worten: Auch sie

238 Vgl. exemplarisch für verschiedene kritische Bestandsaufnahmen des Zustandes des Burschenschaftswesens in Österreich den in Abschnitt III.5 näher behandelten *Obergermanen*-Antrag zum DBÖ-Tag 1963 (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 4); als Belege der eher milieuuntypischen Fähigkeit der *Oberösterreicher,* ironische Distanz zu sich selbst einzunehmen, vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 10 und 121.

239 Oberösterreicher Germanen 1994, 40 bzw. 46. Letzteres Zitat entstammt einer Entschließung des DB-Burschentages 1975, die Norbert Gugerbauer im Rahmen einer „Feierstunde“ der DB zum 160-Jahr-Jubiläum der Burschenschaften verlas. Ein seltener Beleg für politische Differenzen im engeren Sinn zwischen österreichischen Bünden findet sich im Kontext einer weiteren DB-Feierlichkeit 15 Jahre später, für die das aus einem *Olympen,* einem *Teutonen* und einem *Obergermanen* (Gunther Pendl) bestehende Organisationskomitee sich nur schwer auf geeignete Redner einigen konnte. Es hätten sich „diverse Unterschiede in der politischen Auffassung der einzelnen Bünde“ abgezeichnet, die Vorschläge Pendls seien „als zu liberal“ abgelehnt worden (Pendl, zit. ebd. 165).

240 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 30.

241 Vgl. BAK, DB 9, B. VI., Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 28–30, Zitat: 29.

waren zu keinem Zeitpunkt als ‚liberal' im Sinne bundesdeutscher Burschenschaften einzustufen, sondern ideologisch den anderen Österreichern auch in Zeiten größter Isolation stets näher als etwa den Positionen jener bundesdeutschen Bünde, die sich 1996 als *Neue Deutsche Burschenschaft* von der DB abspalteten. Den härtesten Beleg für ihre ideologische Linientreue liefert ihre eigene Chronik, die festhält, dass – jedenfalls um 1970 – „(d)ie Ablehnung des Verbandes [der DBÖ, Anm. B.W.] uns gegenüber (…) ausschließlich in unserem Standpunkt zum Duell zu suchen" gewesen sei.[242]

Zum Zweiten fanden sich die *Oberösterreicher* trotz ihrer bleibenden Verwurzelung auf dem Boden völkischen Denkens bei ihren unorthodoxen Ausritten meist allein auf weiter Flur. Ein alternatives Lager, das den burschenschaftlichen Mainstream zumindest in Brauchtums- und Taktikfragen hätte konfrontieren können, bildete sich um sie nie heraus. Dies wohl auch, weil sie drittens trotz weitestgehender ideologischer Konformität phasenweise von den Mainstream-Bünden scharf isoliert oder gar regelrecht bekämpft wurden.[243] Dies unterstreicht, wie sehr der Mainstream auch geringe Abweichungen als Bedrohung empfand – und damit auch, welch hohen Stellenwert das Ideal der Geschlossenheit für ihn einnahm. In Summe taugen die *Obergermanen* damit eher als Beleg für den hohen Grad an (und hohen Druck zur) Konformität innerhalb der Burschenschaften in Österreich als für deren Gegenteil. Die Berücksichtigung eben des erwähnten Drucks sollte gleichwohl davor bewahren, das tatsächliche Ausmaß inhaltlicher Einigkeit zu überschätzen: Dass die Verbindung sich ideologisch nicht weiter von den anderen Bünden entfernte und ihr schon in der ansatzweisen Absetzbewegung kaum Begleitung zuteilwurde, dürfte zum Teil auf die Angst vor Sanktionen, insbesondere vor Isolierung, zurückzuführen sein. Als sie 1966 diese Isolierung in Kauf nahm und ihre Ablehnung der unbedingten Satisfaktion mit Waffe erklärte, vollzogen in den folgenden Jahren mehrere Bünde diesen Schritt nach (vgl. Unterabschnitt III.4.2). Noch weiter zu gehen war man allerdings auch bei den *Oberösterreichern* (noch) nicht bereit. 2012 erklärte der Bund schließlich – in einem für österreichische Verhältnisse bemerkenswerten Schritt – seinen Austritt aus der BG. Im Kontext einer tiefen Krise der DB (und einer Austrittswelle, die jene der 1990er-Jahre noch in den Schatten stellte)[244] taten *Cruxia* Leoben und *Marcho Teutonia* Graz es ihm gleich.

242 Oberösterreicher Germanen 1994, 21.

243 Vgl. etwa ebd., 22 und 94–96; zur Aufkündigung von Paukverhältnissen (d.h. Mensurbeziehungen) vgl. ebd., 14, 24 f., 79, 91 sowie BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1976, 10–12. Die *Obergermanen*-Chronik berichtet weiters von einer Phase der „Verachtung" durch die meisten anderen Bünde (Oberösterreicher Germanen 1994, 72). Wie die Isolation teils selbst gewählt, war auch diese Verachtung eine beidseitige: Zur Mitte der 1970er-Jahre habe man sich lieber mit kommunistischen oder sozialistischen Studentenkadern unterhalten „als mit einem Silesen oder Teutonen", erinnert sich ein damals Aktiver (zit. ebd., 73).

244 Vgl. http://www.faz.net/Aktuell/gesellschaft/studentische-verbindungen-die-krise-der-deutschen-burschenschaft12795301-p5.html (Artikel vom 14.2.2014, Matthias Stickler).

Gleichzeitig für das Burschenschaftswesen in Österreich untypische Worte zu finden (und diese sogar öffentlich zu artikulieren), blieb einmal mehr den *Obergermanen* vorbehalten. Zwei anonym bleibende Aktive erklärten im Interview mit der deutschen ZEIT vermeintlich Selbstverständliches, das so zuvor doch kaum gehört worden war: „(D)as deutsche Kulturgut" sei „kein Genpool", die Frage der Abstammung dementsprechend nicht entscheidend für die Volkszugehörigkeit; der 8. Mai sei ein Tag der Niederlage, doch gleichzeitig auch einer der Befreiung; und das Verbotsgesetz sei Ausdruck der historischen Verpflichtung Österreichs, einer Wiederholung des Geschehenen zu wehren.[245]

Pluralismus im deutsch-österreichischen Vergleich

Wie in vielerlei Hinsicht, so erweist der Vergleich der Burschenschaften in Österreich mit jenen in Deutschland sich auch in puncto (v.a. der interbündischen) Heterogenität als aufschlussreich. Die Richtung weist die Argumentation *Danubia* Münchens für die Wiedereinführung der Pflichtmensur am DB-Burschentag 1977: „(G)erade die Lage in Österreich" habe gezeigt, „daß die Mensur bei den B!B! [Burschenschaften, Anm. B.W.] mit zu einem geschlossenen, einheitlichen und unzerstrittenen Auftreten der dortigen Vbr.Vbr. [Verbandsbrüder, Anm. B.W.] beigetragen habe, das den B!B! in Westdeutschland ja fehle".[246] Das Ausmaß der Differenz bleibt selbst dann bemerkenswert, wenn man die größere Zahl und geographische Disparität der bundesdeutschen Bünde in Rechnung stellt.[247]

In besonderer Deutlichkeit trat die Differenz erstmals im Zuge der (1961 vorerst gescheiterten) Anbahnung des Zusammenschlusses von DB und DBÖ hervor. Während Für und Wider dieser Vereinigung in der Bundesrepublik anhand hochpolitischer Fragen wie jener nach der Aufarbeitung des Nationalsozialismus beiderseits der Grenze oder nach der (etatistischen oder völkischen) Bestimmung von ‚Vaterland' diskutiert wurden[248], herrschte bei den Österreichern Uneinigkeit lediglich hinsichtlich der Einschätzung, ob ein Aufgehen in der DB eher zu einer Angleichung der österreichischen

245 Zit. n. http://www.zeit.de/2013/06/Oesterreich-Burschenschaften (Artikel vom 31.1.2013, Florian Gasser).

246 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 16.

247 Ohnedies ließe sich etwa anhand einer Gegenüberstellung der konsequent auf ‚österreichischem' Kurs segelnden *Danubia* München und der vergleichsweise liberalen Münchner *Stauffia* argumentieren, dass in Deutschland auch Burschenschaften aus ein und derselben Stadt eine größere ideologische Bandbreite repräsentieren konnten als alle österreichischen Bünde zwischen Innsbruck und Wien.

248 Vgl. etwa Libertas 1967, 99–101 oder Kuhn 2002, v.a. 101–104 und 115–120. Aus Sicht der Österreicher war diese Meinungsvielfalt Indiz, dass „(l)inke Ideologie und allzu starke geistige Amerikanisierung (…) in der DB bereits Einzug gehalten" hatten (Brixia 2001, 33).

Bünde an die bundesdeutschen führen würde oder umgekehrt (vgl. Unterabschnitt III.4.2). In inhaltlichen Fragen präsentierte man sich jedoch als Einheitsfront. „In der österreichischen Burschenschaft konnte es hinsichtlich des Vaterlandsbegriffes keine verschiedenen Auffassungen geben. Auch bezüglich der Revision des Geschichtsbildes gab es – soweit dies schriftlich oder mündlich zum Ausdruck kam – nur eine Meinung“, ist der *Liberten*-Chronik zu entnehmen.[249] 1954 hatte *Allemannia* Graz gar (erfolglos) beantragt, dass die österreichischen Bünde am Burschentag der DB geschlossen an einer Tafel Platz nehmen sollten, um Geschlossenheit zu demonstrieren.[250] Mit der Einigkeit in den eigenen Reihen gaben die Österreicher sich allerdings nicht zufrieden – sie wünschten selbige auch für den Gesamtverband. Bekannte man sich mit Blick auf die österreichische Ehrenordnung, die man einem Zusammenschluss nicht zu opfern bereit war, noch zur Akzeptabilität „verschiedene(r) Meinungen bei gleicher Grundgesinnung“ innerhalb der DB[251], pochte wie erwähnt v. a. das *Ostmarkenkartell* umso stärker auf eine Angleichung von DB und DBÖ als Vorbedingung einer Fusion, je näher selbige zu rücken schien. Dass der Unterschied zwischen Österreich und Deutschland nicht nur ein faktischer, sondern auch einer der (positiven oder negativen) Bewertung von Pluralismus war, zeigt demgegenüber die Aussage eines hochrangigen DB-Vertreters am DBÖ-Tag 1961, wonach es „immer eine Auszeichnung für die DB war, so viele Strömungen unter einem größeren Nenner zu vereinigen“.[252]

Als deutliches Indiz für die ideologische Geschlossenheit der Österreicher lässt sich jenseits bloßer Bekenntnisse die Mitgliedschaft in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* heranziehen. Während die österreichischen Bünde von deren Gründung 1961 an annähernd vollzählig dort vertreten waren, waren die bundesdeutschen Burschenschaften stets nur zu einem kleineren Teil in der völkisch-fundamentalistischen Vereinigung organisiert.[253] Ein ebenso klares Bild liefert das Verhalten der Österreicher im Rah-

249 Libertas 1967, 103. Vgl. auch BAK, DB 9, DB 5627/2, Zimmermann 1959, 6 und BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 3. Auch in den *Burschenschaftlichen Blättern* konstatierte ein E.W. (vermutlich Schriftleiter Ernst Wilhelm Wreden) die ungleich höhere Meinungskonformität der Österreicher und erklärte sich diese mit der „besondere(n) Situation“, die sich in Österreich „schon aus der Abwehrstellung des österreichischen Deutschtums von jeher [sic] ergäbe“ (zit. n. Libertas 1967, 105). Vgl. ferner den Fall der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, auf der alle 24 österreichischen Bünde sich bei beiden namentlichen Voten identisch verhielten (vgl. BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Anlage 1 zum Protokoll der Verbändetagung 1960, 1–3).

250 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 22.

251 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], Anlage 1 zum ADC-Rundschreiben Nr. 7 (Alemannia) vom April 1959, 3. Die Ehrenordnung stellt jenes Regelwerk dar, nach dem der einzelne Burschenschafter die ‚Reinhaltung' seiner ‚Ehre' zu bewerkstelligen hat. Die meisten Burschenschaften in Österreich sehen zu diesem Zweck bis heute u.a. auch das Duell vor (vgl. dazu den folgenden Unterabschnitt sowie Abschnitt III.5.4).

252 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 9.

253 Zur Entwicklung der BG-Zugehörigkeit seit Gründung des Zusammenschlusses 1961 vgl. Kuhn 2002, 214–221.

men der DB. Wie die österreichischen Bünde schon ‚unter sich' im Rahmen von ADC und DBÖ bei politischen Themen im engeren Sinn kaum Differenzen erkennen ließen (ablesbar am hohen Anteil klarer Mehrheiten oder einstimmiger Entscheidungen auf ADC-/DBÖ-Tagen), so legten sie auch im gemeinsamen deutsch-österreichischen Dachverband ein weithin geschlossenes Auftreten an den Tag. Dies ist freilich nicht zuletzt dem Wirken der BG zuzuschreiben, in deren Rahmen die Rechtsaußen-Bünde ihre Positionen und somit auch ihr Abstimmungsverhalten auf DB-Burschentagen vorab zu akkordieren pflegten. Die sich unmittelbar daraus, im Kern jedoch aus tatsächlichem inhaltlichem Gleichklang (der seinerseits dem BG-Beitritt zugrunde lag) ergebende Geschlossenheit lässt sich vortrefflich anhand der namentlichen Abstimmungen auf DB-Burschentagen von 1971 bis 1980[254] illustrieren (vgl. Tabelle 1).

Tab. 1: Abstimmungsverhalten österreichischer Bünde auf DB-Burschentagen, 1971–1979

Burschentag	*(Anwesende) österreichische Mitgliedsbünde*	*Namentlich abgestimmte Anträge*	*Davon (durch die Österreicher) einheitlich abgestimmt*	*Zahl der (von der Hauptlinie) abweichenden Bünde*
1971	2	3	3	
1972	12	5	5*	
1973	12	14	12*	1 bzw. 4
1974	11	8	8**	
1975	11	11	10	1
1976	10	17	8	6×1, 2×2, 1×3
1977	9	37	35	3 bzw. unklar****
1978	9	5	4***	1
1979	10	7	5	1 bzw. 2
Gesamt		107	90	10×1, 3×2, 2×3, 1×4, 1×unklar

* Mit Ausnahme einer Enthaltung bei der Vorsitzwahl durch einen selbst zur Wahl stehenden Bund.
** Ein Bund bei einer Abstimmung abwesend.
*** Ein Bund bei einer Abstimmung abwesend, ein Bund bei vier Abstimmungen nicht stimmberechtigt.
**** Keine Hauptlinie erkennbar (drei Enthaltungen, drei Abwesenheiten, drei ungültige Stimmen).

Quellen: BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschriften der DB-Burschentage 1971, 39–42; 1972, o. S.; 1973, o. S.; 1974, 40; 1975, o. S.; 1976, 89–93; 1977, 46–50; 1978, 44–48; und 1979, 33–37.

254 1971 nahmen erstmals österreichische Bünde stimmberechtigt am Burschentag der DB teil. Das Ende der Aufstellung wurde durch die am Archiv der DB geltende Sperrfrist vorgegeben. Das Protokoll von 1980 konnte eingesehen werden, enthält aber keine verwertbaren Angaben zu namentlichen Abstimmungen.

In Summe agierten die Österreicher bei 84 Prozent der namentlichen Abstimmungen im besagten Zeitraum einheitlich. Bei den meisten (zehn) der 17 uneinheitlich abgestimmten Anträge wich lediglich ein Bund ab, nie waren es mehr als vier, im Schnitt knappe zwei (1,6). Mit Abstand am häufigsten, nämlich in zwölf von 17 Fällen (oder 71 %), waren die *Oberösterreicher Germanen* für uneinheitliches Abstimmungsverhalten (mit-)verantwortlich, dahinter folgen die *Alben* mit lediglich dreimaliger Abweichung. Der in diesen Zahlen sich abbildende Grad an Geschlossenheit gewinnt durch den Umstand zusätzlich an Aussagekraft, dass die DB in den 1970er-Jahren wie auch in den Jahrzehnten seither von scharfen Konflikten und die Burschentage folglich von Kampfabstimmungen und knappen Entscheidungen geprägt waren. Über die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen hinaus liefert nichtsdestotrotz auch die Darstellung der Debatten in den Protokollen oder einschlägige Sekundärliteratur[255] keine Hinweise, dass österreichische Bünde sich in der DB in wesentlichen politischen Fragen je auf unterschiedlichen Seiten der Auseinandersetzung befunden hätten. Jene Protokolle späterer Burschentage, die außerhalb von Archiven zusätzlich eingesehen werden konnten (1989 bis 1992, 1994, 2002, 2003 und 2005 bis 2010), enthalten nur wenige Aufstellungen über namentliche Abstimmungen[256], bestätigen in Summe aber den Eindruck der Geschlossenheit. Gleiches gilt im Übrigen für den inner-österreichischen Verkehr mit nicht-burschenschaftlichen Verbindungen. So gab ein Angehöriger des Wiener VDSt *Sudetia* 1982 gegenüber ÖCVern an, dass die Burschenschaften den WKR „lange Zeit demokratisch dominiert" hätten – einerseits als zahlenmäßig am stärksten vertretener Korporationstyp, andererseits aber auch, indem sie einen „Block" gebildet hätten, der schwer zu „durchbrechen" gewesen sei.[257]

III.4.2 Konflikt und Kontroversen

Am sichtbarsten wird Heterogenität dort, wo Konflikte offen ausgetragen werden. An solchen mangelte es dem Burschenschaftswesen in Österreich zeit seiner Existenz keineswegs. Für den Zeitraum der Zweiten Republik ist allerdings zu konstatieren, dass Auseinandersetzungen auf interbündischer Ebene in der weit überwiegenden Zahl

---

255 Kuhn (2002) zeichnet die Konfliktlinien innerhalb der DB von 1950 bis 1999 nach, Schmidt (2000) widmet sich den Burschentagen von 1975 bis 2000.

256 1990 stimmten alle Österreicher (13 Aktivitates und ebenso viele Altherrenschaften) für die Entlastung *Olympias* als abtretende Vorsitz-Burschenschaft, 2005 stimmten sie mit Ausnahme der *Oberösterreicher Germanen* geschlossen für die finanzielle Förderung des Schülerkalenders des *Österreichischen Pennäler-Ringes* (ÖPR). Bei der Abstimmung über den Erlass der Probezeit für die neu aufgenommene *Teutonia* Wien 2007 betrug die Zustimmung der Österreicher wieder hundert Prozent (vgl. die Protokolle der DB-Burschentage 1990, 21–24; 2005, 33–35; und 2007, 32–34, alle: PBW).

257 Zit. in *ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8.

der Fälle keine programmatischen bzw. (vordergründig) politischen Fragen zum Gegenstand hatten.[258] Stattdessen wurde im ADC der 1950er- bzw. der DBÖ der 1960er-Jahre, durchaus repräsentativ für die Folgejahrzehnte, über die Austarierung des Verhältnisses von Verbands- und Einzelbundbefugnissen[259], über Versäumnisse (verspätete Stimmabgaben, Verzug bei Beitragszahlungen u. Ä.)[260] oder eitle Bedürfnisse[261] einzelner Bünde oder über unvorsichtige Bemerkungen von Delegierten und andere persönliche Verstimmungen[262] debattiert. Auch intrabündisch wurden die schärfsten Konflikte mitunter über Fragen wie jene ausgefochten, ob und zu welchem Ende Conventsprotokolle in Kurrentschrift abzufassen seien.[263]

Weitere wiederkehrende Kontroversen von höherer Relevanz für das politische Profil der Burschenschaften in Österreich betrafen etwa die Wahl des angemessenen Zeitpunktes für politische Interventionen, das Niveau und den Radius burschenschaftlicher Aktivitäten und dabei auftretende taktische Detailfragen. Im Kern standen sich bei diesen Auseinandersetzungen traditionalistisch-dogmatische und stärker modernisierungswillig-pragmatisch ausgerichtete Kräfte gegenüber. Letztere äußerten beispielsweise 1955 Bedenken gegen die Verabschiedung zweier von *Olympia* eingebrachter Resolutionen zu den völkischen Reizthemen ‚Südtirol' und ‚Südkärnten'. Befürchtet wurde eine Beeinträchtigung der laufenden Verhandlungen über den Staatsvertrag.[264] Weder wurde aber gegen den Inhalt der Resolutionen argumentiert noch bei folgenden ADC- oder DBÖ-Tagen (und deren Entschließungen) entsprechende Kritik vorgebracht. Dass über die völkische Zielsetzung als Angelpunkt burschenschaftlichen Wirkens (vgl. dazu Abschnitt III.7) ein breiter Grundkonsens bestand, dokumentierte der Innsbrucker *Germane* Karl-Heinz Gidl, der bundintern 1964 als kritische Stimme des Nachwuchses festhielt: „Das Ziel der DBÖ ist alles, was dem deutschen Volk nützt. Nur der Weg ist hier die Frage."[265]

258 Der Jahresbericht des DBÖ-Rechtsausschusses von 1962 legt sogar eine generelle Konfliktarmut nahe, zumal das Gremium darin angesichts der „geringe(n) Zahl rechtlicher Streitfragen" seine eigene Existenzberechtigung infrage stellte (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Anlage 1/3 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1962, 1).

259 Vgl. z.B. die Niederschrift des ADC-Tages 1957, 23–25; des (ord.) ADC-Tages 1958, 4; der gemeinsamen Sitzung von ADC- und Altherrentag 1958, 3–6 (alle: BAK, DB 9, E. 4 [A1]); oder des DBÖ-Tages 1962, 6 f. (BAK, DB 9, E. 4 [A3]).

260 Vgl. z.B. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1959, 13 oder Aldania 1994, 188.

261 Etwa in puncto der Frage, wer als älteste Burschenschaft Österreichs anzusehen sei (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 18–20).

262 Vgl. z.B. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 11 und 17 oder Aldania 1994, 199–201.

263 Vgl. Aldania 1994, 195.

264 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 12 f. sowie für einen ähnlichen Fall die Niederschrift des ADC-Tages 1959, 6 (selber Bestand).

265 Zit. in den *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 5.

Eine Differenzierung, die sich quer zu jener von Pragmatikern und Dogmatikern aufmachen lässt, ist die des politischen Aktivitätsgrades, die in etwa einer Übertragung des Verhältnisses von Idealismus und Geselligkeitsorientierung von der intra- auf die interbündische Ebene entspricht. So wie politisches Engagement von manchen Einzelpersonen besonders vehement eingefordert und betrieben wurde, präsentierten auch einzelne Bünde sich aktiver als andere. Während etwa *Olympia* schon die ersten ADC-Tage in den 1950er-Jahren mit politischen Anträgen dominierte, trat manch anderer Bund kaum oder nie mit solchen Initiativen hervor. Diese Differenz verweist – über Unterschiede in den ‚Personalständen' und unterschiedliche Bundtraditionen hinaus – einmal mehr auf die Bedeutung von Einzelpersonen für Umfang und Inhalt der Aktivität eines Bundes.

Über die bereits erwähnten Themen hinaus waren es v. a. zwei Streitfragen, die die Burschenschaften in Österreich nach 1945 beschäftigten. Die erste und älteste betraf die bereits erwähnte Ehrenordnung. Außer Frage stand hierbei die Verpflichtung, auf Wunsch eines Beleidigten diesem Genugtuung zu verschaffen und selbst im Beleidigungsfall solche Genugtuung einzufordern, wobei ein Ehrengericht über das Vorliegen einer Beleidigung sowie gegebenenfalls über die Art der Beilegung der ‚Ehrensache' zu entscheiden hatte. Der eigentliche Konflikt entspann sich um die Bereitschaft, ‚unbedingte Satisfaktion mit Waffe' zu geben. Dies bedeutete gemäß der geltenden Ehrenordnung, sich den Sprüchen von Ehrengerichten zu unterwerfen, die (auch) das Duell als Methode der Streitbeilegung vorsahen, anstatt dem Beleidiger lediglich Widerruf, Abbitte oder eine Ehrenerklärung an den Beleidigten aufzuerlegen.[266] Der zweite Dauerkonflikt betraf die Haltung zur *Deutschen Burschenschaft* – zunächst in Hinblick auf die Frage, unter welchen Umständen ein Zusammenschluss mit dieser in einem gemeinsamen Dachverband wünschenswert wäre und ab 1971 – nachdem österreichischen Bünden der DB-Eintritt ermöglicht worden war – darüber, inwieweit die Einlassung der Österreicher mit den Deutschen die Bewahrung der burschenschaftlichen Überlieferung befördere oder aber gefährde.[267]

Dass diese beiden Kontroversen (die im folgenden Abschnitt III.5 näher behandelt werden) auf ADC-/DBÖ-Tagen und darüber hinaus so breiten Raum einnahmen wie

266 Vgl. Busson 1997.

267 Scheichl zufolge hätten die Fusionsgegner sich als „die wahren Deutschnationalen" und Wahrer des „völkischen Ideals" verstanden, während sie die DB als „durch die ‚Umerziehung' aufgeweicht" und „etatistisch" eingestuft hätten (Interview vom 8.6.2012). Für die Befürworter war zum einen auch hier die ‚Einheit' aller Burschenschaften Ziel an sich, zusätzlich erhofften sie sich durch die Realisierung eines Einheitsverbandes erhöhte politische Schlagkraft. Den Befürchtungen ihrer Widersacher gegenüber zeigten sie sich zuversichtlich, „die Deutschen schon auf Vordermann zu bringen"; manche, mutmaßt Scheichl, mochten einen mäßigenden Einfluss der Deutschen auf die eigenen Landsleute sogar still begrüßt haben (ebd.).

kein anderes Thema, könnte leicht als Beleg für die absolute Homogenität der Burschenschaften in Österreich in ideologischen Fragen missinterpretiert werden, scheinen sie doch auf den ersten Blick v.a. folkloristische bzw. organisationsgeschichtliche Relevanz aufzuweisen. Tatsächlich handelte es sich um durchaus politische Auseinandersetzungen. Scheichl spricht von „Schattenkämpfen", anhand derer in Wahrheit grundsätzliche Fragen „für die Orientierung der Burschenschaft in Österreich" verhandelt worden seien.[268] In Teilen ist diese politische Dimension der Debatten unmittelbar sichtbar: So argumentierten Duellgegner wie die *Oberösterreicher Germanen* u.a. mit den Ressourcen, die eine Abschaffung der unbedingten Satisfaktion für politische Betätigung freimachen würde[269], und brachten die Fusionsgegner ihre Befürchtung einer ideologischen ‚Aufweichung' der österreichischen Bünde durch einen DB-Beitritt bisweilen offen zum Ausdruck[270]. Auf einer tiefer liegenden Ebene wurde in beiden Fällen jedoch auch die Frage verhandelt, inwieweit die Burschenschaften Österreichs sich vom sie umgebenden Zeitgeschehen abkapseln und in der möglichst vollständigen Opposition gegen den Weltlauf ihre Erfüllung finden wollten – oder sie aber bereit wären, sich den Herausforderungen der modernen Welt in dieser angemessenen Formen zu stellen.[271] Diese Fragen konnten aufgrund des Imperativs der ‚Grundsatztreue', der Neuerungsbereitschaft schnell als Disposition zum Verrat erscheinen ließ, offenbar nicht offen diskutiert werden[272] und schlichen sich so durch die Hintertür in Sachdebatten von vordergründig nicht allzu politischem Charakter.

268 Ebd.

269 Vgl. etwa die *Germanenmitteilungen* vom Juni 1964, 18; AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger Arbeitstagung vom 30.4.1964, 1. Oberösterreicher Germanen 1967, 162.

270 Vgl. zum Streit um die Fusion u.a. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 14; BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 7–14 und 16 f. sowie der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1961, 2–4; ferner die *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia,* Wintersemester 1962/63, 3 und Teutonia 1968, 106 f.

271 Im Sinne einer Konkretisierung der Konfliktkonstellation sei auf Angaben der *Oberösterreicher Germanen* Peter Karlsreiter und Hans Christ verwiesen. Ersterer nannte 1975 die außerhalb der DB verbliebenen Bünde des *Ostmarkenkartells (Silesia, Stiria, Suevia), Arminia Czernowitz* zu Linz, *Brixia* Innsbruck und *Cheruskia* Graz als Bünde, „die einen sehr radikalen Kurs vertreten" (PBW, Rundschreiben von Sigurd Scheichl an seine Bundesbrüder vom 21.8.1975, 3). Christ unterschied für seine Aktivzeit um 1980 „gemäßigte Bünde", zu denen er neben seinem eigenen auch *Alania, Südmark* und *Gothia* (alle Wien) zählte, von *Olympia* und *Teutonia* als (Beispielen für) Anziehungspunkte für „radikale Geister" (Brief an Friedrich Tulzer vom Sommer 1989, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 127). Die Konfliktlinien verliefen allerdings uneinheitlich: Während etwa *Olympia* grundsätzlich für harte völkische Positionen stand, sprach sie sich stets für ein Engagement der Österreicher in der DB aus – und kehrte 1984 der DBÖ den Rücken, um sich gegen den ihrer Meinung nach dort vorherrschenden „etatistisch ausgerichteten" Separatismus zu stellen (Dvorak 1996, 67).

272 Eine Formulierung aus einem Antrag der *Obergermanen* zum DBÖ-Tag 1963 kann als Hinweis hierauf gelesen werden: „(A)llzuoft" würden in Österreich Diskussionen unter Burschenschaftern „aus Pres-

Dass dies nicht zuletzt auch Fragen des studentischen Fechtens betraf, war keineswegs Zufall. Betrachtet man die Diskussionen um Ehrenordnung und Fusion sowie sonstige politische Äußerungen der Burschenschaften in Österreich in der Zusammenschau, so lässt sich ein tendenzieller positiver Zusammenhang von Konservatismus und Rigorismus in Brauchtumsfragen (wie Duell und Mensur) einerseits und in einem engeren Sinn politisch-ideologischen Angelegenheiten andererseits feststellen.[273] Heither ergänzt als dritten Pol eines wechselseitigen Verstärkungs- und Indikationsverhältnisses die Rigidität und Traditionsverhaftetheit der jeweiligen Vorstellungen über Geschlechterrollen und Geschlechterverhältnis. „Männerbund, Brauchtum und Weltanschauung bilden (…) eine Einheit; Organisationsstruktur, Härte-Rituale und (nationalistische) Politik stützen sich gegenseitig und sind somit funktional aufeinander bezogen."[274] Gegen diese These lässt sich – neben der Absage Gunther Pendls an die Vorstellung, dass „die Qualität der politischen Äußerungen" eines Bundes aus dessen Haltung in der Mensurfrage abgeleitet werden könne – der Umstand ins Treffen führen, dass das historische Vereinsstudententum die Burschenschaften an politisch-ideologischer Radikalität noch zu übertreffen suchte, in Fragen des studentischen Brauchtums aber eine progressivere Linie vertrat.[275] Andererseits pflegten die weltanschaulich für österreichische Verhältnisse relativ offenen *Obergermanen* – ihrer Chronik zufolge im Unterschied zu anderen Bünden – „keine übertriebenen Äußerlichkeiten wie Biercomment und ähnliche Bräuche"[276], und versuchte *Silesia* 1964 die in Sachen der unbedingten Satisfaktion reformwilligen Burschenschafter durch den Hinweis zu diskreditieren, dass auch „die Gründer der Sozia-

tigegründen der einzelnen Korporationen verhindert" (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 5).

273 Auch Scheichl bestätigt im Interview vom 8.6.2012 diesen Zusammenhang. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Lönnecker zufolge burschenschaftliche Dachverbände schon im 19. Jahrhundert bevorzugt an „Streitigkeiten um Mensur und studentische Binnenethik, den Comment" zerbrachen, nicht zuletzt in Österreich (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/2008, 36). Inwieweit auch hier ‚Schattenkämpfe' vorlagen, wäre einer näheren Untersuchung wert.

274 Heither 2000, 392. Vgl. auch ebd., 405. In Umkehrung des erwähnten Verstärkungsverhältnisses gilt Heither zufolge: „Je kritischer sich die Studentenverbände und -Verbindungen mit den Formen des von ihnen praktizierten Brauchtums befassen und je rationalistischer ihre Analyse desselben ausfällt, desto weniger ausgeprägt ist das Denken in Geschlechterdualismen und männerbündischen Kategorien, und desto liberaler ist der politische Standort der jeweiligen Korporation." (Ebd., 407 f.)

275 Oberösterreicher Germanen 1994, 167 bzw. vgl. Stimmer 1997 (Band I), 192 f. und 503; zur tragenden Rolle der VDSt bei der ‚illiberalen Wende' in weiten Teilen des akademischen Verbindungswesens vgl. (für das deutsche Kaiserreich) Jarausch 1984, 82–93.

276 Oberösterreicher Germanen 1994, 84. Jan-Michael Müller von der inzwischen aus der DB ausgetretenen *Brunsviga* Göttingen stellte im Interview vom 19.6.2010 sogar eine Verbindung zwischen Kleidung und politischer Einstellung her: Die „‚stramm konservativen' Bünde" seien „auch entsprechend gekleidet, das ist eine Frage der Uniformierung, der Bekundung der politischen Grundeinstellung nach außen." Dasselbe gelte umgekehrt für die von liberaleren Bünden durchschnittlich an den Tag gelegte lockerere Handhabung traditioneller Kleidungsvorschriften.

listischen Partei" – und somit der weltanschauliche Feind – „Progressburschenschafter" gewesen seien, „die keine Genugtuung gegeben" hätten.[277] Nicht zuletzt macht der Umstand Heithers These logisch plausibel, dass das burschenschaftliche Reinheitsstreben und die ihm entsprechende Beschwörung von Unbedingtheit und Kompromisslosigkeit (bzw. die Abwehrhaltung gegenüber Uneindeutigkeit und ‚Verfälschungen') bei jenen, die diese Prinzipien hochhalten, allenthalben – von der Garderobe bis zum Paukboden – stramm ‚konservative' Entscheidungen begünstigen.

Zusammenfassend betrachtet belegt auch der Blick auf zentrale Konfliktlinien innerhalb des Burschenschaftswesens in Österreich über die Jahrzehnte eine weitreichende Übereinstimmung in den ideologischen Kernbeständen, gleichzeitig aber eine unterschiedlich stark ausgeprägte Modernisierungsbereitschaft (vgl. dazu Abschnitt III.5). Der Druck in Richtung ideologisch konformen Verhaltens sorgte über den Untersuchungszeitraum für die Kanalisierung von Reformbestrebungen in vorderhand ‚unpolitische' Debatten. Auch in diesen war die Bandbreite sagbarer Positionen in auffälliger Weise beschränkt, die Differenz zwischen hegemonialen und abweichenden Positionen nur für Eingeweihte einigermaßen wahrnehmbar. So wurde nicht die Wünschbarkeit eines geeinten deutschösterreichischen Dachverbandes an sich, sondern lediglich jene seiner Realisierung zu einem gegebenen Zeitpunkt diskutiert; nicht die überlieferte, männlich-soldatische Auffassung von ‚Ehre' wurde hinterfragt, sondern lediglich der Brauch, deren ‚Reinhaltung' in einem archaischen Ritual mit der Gewalt der Waffen zu vollziehen. Ungeachtet des weitgehenden ideologischen Gleichklangs und des monolithischen Auftretens nach außen (vgl. Unterabschnitt III.4.3) waren die erwähnten Differenzen ausreichend, um in Kombination mit persönlichen und interbündischen Animositäten phasenweise tiefe Zerrüttung zwischen den einzelnen Burschenschaften in Österreich anzurichten: „Man stand in Farben, aber tatenlos an den Säulen der Halle herum, nach Standpunkten, Ehrenordnungen und Paukverhältnissen gruppiert, auf daß sich niemand infiziere", beschreibt Tulzer die allwöchentlichen ‚Farbenbummel' in der Aula der Universität Wien.[278]

Generationenkonflikte und ihre Prävention

Als sozialer Ort, an dem mehrere Generationen von Männern in institutionalisierter Weise aufeinandertreffen, lassen Burschenschaften ein Ausmaß an Generationenkonflikt erwarten, dass dem gesamtgesellschaftlichen zumindest nahekommt. Tatsächlich waren, den Quellen nach zu schließen, Frequenz und Intensität solcher Konflikte über

277 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger Arbeitstagung vom 30.4.1964, 2.

278 Oberösterreicher Germanen 1994, 83. Vgl. dazu auch den Chronikeintrag für das Sommersemester 1977, in dem Tulzer „in allen Verbänden Streitigkeiten, deren Qualität und Symptome zuweilen unerträglichen Charakter annahmen" notiert (ebd., 85).

den Untersuchungszeitraum hinreichend gering, um von einer nachrangigen Bedeutung von Alter/Generation als Scheidelinie innerburschenschaftlicher Auseinandersetzungen sprechen zu können. Während in Abschnitt III.5.6 die Ausgestaltung des innerburschenschaftlichen Generationenverhältnisses für Kontinuität und Wandel der Burschenschaften in Österreich diskutiert wird, steht im vorliegenden Unterabschnitt der Aspekt der Konflikthaftigkeit dieses Verhältnisses sowie der Beilegung und vorbeugenden Vermeidung von Konflikt (und dies v.a. auf intrabündischer Ebene) im Mittelpunkt.

Intergenerationelle Konfliktarmut wurde zunächst offenkundig durch die vorwiegende Rekrutierung des Nachwuchses aus ideologisch einschlägig vorprägenden Pennalien, Turnvereinen oder auch Elternhäusern, die weitere Auslese im Zuge der Fuchsen-, d.h. Probezeit, sowie die auf ideologische Konformität abzielende eigene Erziehung begünstigt; auch banale Gründe wie die schlichte Abwesenheit bzw. Teilnahmslosigkeit der meisten Alten Herren spielten eine Rolle. Darüber hinaus ist auf die spezifische Ausgestaltung des burschenschaftlichen Generationenverhältnisses (in Österreich) hinzuweisen. Eine „Zweiteilung" zwischen Aktiven und Alten Herren existiere hierzulande nicht, so Karl Kappel *(Libertas)* am ADC-Tag 1959; Alte und Junge würden stets dieselben Positionen vertreten.[279] Auch an vielen anderen Stellen fand der „altüberlieferte Grundsatz der geistigen Einheit von Jung und Alt" Betonung.[280] Über gängige Konventionen respektvollen Umgangs miteinander hinaus wurden Generationenharmonie und ‚geistige Einheit', also generationenübergreifender Konformismus im Denken, als Werte an sich beschworen. „In der Gemeinschaft der Burschenschaft ist der Generationenkonflikt aufgehoben durch das Prinzip der Bundesbrüderlichkeit, welches das jüngste Mitglied bis zum ältesten ‚Alten Herrn' umfaßt", führte die DBÖ in den 1970er-Jahren aus.[281] „Ein Generationenkonflikt ist uns fremd", gab wiederum *Stiria* Graz 2010 an.[282] Dass es sich dabei nicht nur um bloße Bekenntnisse handelte, belegen die Quellen über die weitgehende Abwesenheit konkreter Konflikte, in denen Alter eine vorrangige Trennlinie gebildet hätte – von den Reformdiskussionen der Innsbrucker *Germanen* in den 1960er-Jahren[283] sowie sporadischen Klagen der Alten

279 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von ADC-und Altherrentag 1959, 4.

280 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 1 zur Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 7. Vgl. auch die Niederschrift des ADC-Tages 1959, 8f. (selber Bestand); BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1960 (Vorort Bremen), 8; BAK, DB 9, E. 4 [B2], Grundsätze der DBÖ, Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 1; Libertas 1967, 62.

281 AVSt, DBÖ-Flugblatt 1977.

282 http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns. Vgl. etwa auch die *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia,* Wintersemester 1962/63, 7 oder AVSt, DBÖ 1994, 11.

283 Vgl. erneut die Reden Sigurd Scheichls von 1962 (PBW, Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962) und vom Tag der freiheitlichen Akademiker 1966 (abgdruckt in den *Germanenmitteilungen* vom März 1967, 6–19). Letztere wurde – trotz oder gerade wegen ihrer umfassenden inhaltlichen Kritik – in der Wiedergabe durch die *Aula* auf eine Beschwerde reduziert, dass die ‚frei-

über die Unwissenheit der Jungen und solchen der Jungen über die Teilnahmslosigkeit der Alten abgesehen.[284] Von jener „Krise zwischen Jung und Alt", die in den bundesdeutschen Burschenschaften nach Ansicht vieler Österreicher durch „Umerziehung" und „Fälschung des Geschichtsbildes der Vergangenheit" heraufbeschworen worden sei, war in Österreich wenig zu bemerken.[285]

Formal-organisatorisch fand das Ideal des Gleichklangs der Generationen Niederschlag im häufigen Fehlen getrennter vereinsrechtlicher Strukturen (d.h. eines eigenständigen Altherrenvereines)[286], wie sie in Deutschland schon in den 1950er-Jahren durchaus üblich waren. Dies sorgte immer wieder für Irritationen zwischen Österreichern und (deutschen) DB-Vertretern.[287] Beispielsweise erblickte im Zuge der Fusionsanbahnung zwischen DB und DBÖ mancher bundesdeutsche Burschenschafter in der in Österreich herrschenden „starken Beeinflussung der aktiven Burschenschaften

---

heitliche' Jugend „zu wenig Gelegenheit (habe), ihre eigenen Auffassungen zur Geltung zu bringen". Schriftleiter Adalbert Aigner erkannte darin einen Auftrag, künftig dem Nachwuchs mehr Platz einzuräumen, um „zu besserer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Generationen beizutragen" (*Aula* Nr. 12/1966, Akademisches Leben, II).

284 Vgl. dazu beispielhaft BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des Referenten für burschenschaftliche Arbeit, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 2 bzw. Oberösterreicher Germanen 1994, 28. Dort, wo die Quellen Kontroversen abbilden, entspannen diese sich zumeist *zwischen* Alten Herren – vgl. dazu die sporadischen Klagen in den *Burschenschaftlichen Blättern* über die geringe Breite und Vielfalt sich schriftlich zu Wort meldender Burschenschafter und die daraus folgende Überrepräsentanz der älteren Generation (nachzulesen u.a. in BAK, DB 9, B. VI., Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 15). Dasselbe Phänomen war – vgl. vorangegangene Fußnote – über den Untersuchungszeitraum für die *Aula* in mindestens gleichem Maße zu konstatieren.

285 Robert Zimmermann *(Silesia)*, wiedergegeben in BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ao. ADC-Tages 1958, 4.

286 Vgl. BAK DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 10 und BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 34. Scheichl bezeichnet 1962 im Namen der Aktiven der Innsbrucker *Germanen* die Nichttrennung als „selbstverständlich" (PBW, Festrede am Kommers zum 70. Stiftungsfest, Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962, 6). Oldenhage weist allerdings darauf hin, dass die Bedeutung der jeweiligen formalen Regelung für den burschenschaftlichen Alltag und das tatsächliche Verhältnis von Aktivitas und Alten Herren häufig überschätzt werde (E-Mail an den Verf. vom 3.2.2012).

287 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1959, 8; die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von ADC- und Altherrentag 1959, 4f. (selber Bestand); BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 8, 10 und 12; BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1972, 15 bzw. die Niederschrift desselben, 4. Grundsätzlich sah sich auch der ADC als Vereinigung von Aktiven (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 9f.; im Widerspruch dazu BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1961, 5), und beschworen umgekehrt auch die DB-Grundsätze von 1971 die „lebendige Einheit" von alten und jungen Bundesbrüdern (BAK, DB 9, B. VI., Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1971, 12). Die Deutschen maßen offenkundig jedoch der Entscheidungsautonomie der Aktiven deutlich höhere Bedeutung bei.

durch die Altherrenschaften eine große Gefahr".[288] Nicht nur deshalb könnte die klarere Trennung in Deutschland nach 1945 auf eine unterschiedliche Verarbeitung der NS-Vergangenheit verweisen. Die unter bundesdeutschen Bünden durchschnittlich größere Bereitschaft zum Bruch mit dieser (vgl. Kapitel II.5.2) könnte auch die Einziehung einer klaren Trennlinie zwischen den Generationen motiviert oder zumindest begünstigt haben. Dass viele bundesdeutsche Verbindungen ihre Geschicke exklusiver in die Hände der Jungen legten als die Österreicher, lässt sich als Bekenntnis zu einem Neuanfang deuten. Ein Bruch mit der Vorkriegsüberlieferung wurde damit in Kauf genommen, eventuell sogar angestrebt. Die in Österreich stattdessen gängige Betonung der Verbundenheit der Generationen könnte demnach dem Wunsch entsprochen haben, ein ideologisches Abrücken des Nachwuchses zu verhindern und – über die Behinderung jenes Mindestmaßes an Distanzgewinn, das Voraussetzung ist, Kritik formulieren zu können – die Loyalität zur Kriegsgeneration sicherzustellen.[289]

Auch jenseits des Problemkomplexes der NS-Vergangenheit war in den österreichischen Bünden nach 1945 vielerorts ein Hang zur möglichst weitgehenden Vermeidung von Konflikten feststellbar – innerhalb der einzelnen Verbindungen stärker als zwischen ihnen und geradezu konträr zur Haltung gegenüber liberaleren Bünden in Deutschland oder gar der nicht-burschenschaftlichen Außenwelt. Diese Haltung prägte nicht zuletzt das Verhältnis zwischen den Generationen.[290] Scheichl erwähnt etwa, die jungen Innsbrucker *Germanen* seien zu seiner Aktivzeit in den 1960er-Jahren der Frage der Genugtuungsfähigkeit von Juden „stets aus dem Weg gegangen", zumal es nach 1945

288 BAK, DB 9, B. VI.15 [C2], Brief der Berliner B! Germania an den GAVT-Vorsitzenden Dieter Weber vom 28.1.1961. *Aldania* zufolge hätten auch die akademischen Behörden die Auftrennung der Burschenschaften in je zwei separate Vereine verlangt, um „den Einfluß der weiseren Älteren zu brechen" (Aldania 1994, 76). Den Akten über die Wiederzulassung der Korporationen nach dem Krieg im Archiv der Universität Wien ist eine solche Bedingung allerdings nicht zu entnehmen. Lönnecker bestätigt dagegen, dass die Universitäten „keine Verzahnung mit der Altherrenschaft" gewünscht hätten, da Nicht-Studenten nicht ihrer Jurisdiktion unterworfen waren. Dementsprechend sei eine vereinsrechtliche Trennung – so Lönneckers Wahrnehmung – auch „die Regel" (E-Mail von Lönnecker an Günter Cerwinka vom 25.7.2012).

289 Scheichl glaubt nicht an einen Zusammenhang von Generationentrennung und einer spezifischen Form der Vergangenheitsbewältigung und macht stattdessen „lokale Traditionen" für den Unterschied zwischen Deutschland und Österreich verantwortlich. Auch weist er darauf hin, dass einzelne österreichische Bünde „durchaus eine strenge Trennung von Aktivitas und Altherrenschaft" kennen würden (E-Mail vom 1.7.2012).

290 Vgl. zu den nicht zuletzt ökonomischen Ursachen dieser Haltung auch Abschnitt III.5.6. Als eine seltene Ausnahme ist der Abdruck eines Aufsatzes von Hans Pestalozzi („Aufruf zur Rebellion") durch die jungen *Oberösterreicher Germanen* 1982/83 in deren Bundeszeitung zu nennen, der explizit dazu gedacht war, „die Alten Herren (…) zu einem Meinungsaustausch zu veranlassen" (Oberösterreicher Germanen 1994, 115). Vgl. weiters die (etwa zeitgleiche) Affäre um einen Artikel zur Bewertung des Nationalsozialismus, der seitens mancher Alter Herren als gezielter Provokationsversuch gedeutet wurde (Kapitel II.5.5) und Aldania 1994, 207.

auch nie einen konkreten Anlass zur Erörterung dieser Frage gegeben habe. So habe man „einen Streit zwischen Alten Herren und Aktiven über eine Sache vermieden, die de facto bedeutungslos geworden ist".[291] Die in Beispielen wie diesem dokumentierte Zurückhaltung ist auch im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Rekrutierungspraxis der Burschenschaften in Österreich nach 1945 zu sehen. Bei den *Oberösterreicher Germanen* wurden etwa zwischen 1969 und Anfang der 1990er-Jahre gerade zwei längerfristige Mitglieder „als ‚Unbedarfte' gekeilt (…). Alle anderen standen schon vor ihrem Einsprung in einer wie auch immer gearteten Beziehung zur Burschenschaft."[292] Insbesondere der hohe Stellenwert der familiären Rekrutierung beugte Konflikten mutmaßlich nicht nur durch die Verlagerung einer Burschenschafts-adäquaten Erziehung in den voruniversitären Bereich vor, sondern auch indem er dem Verhältnis von Aktiven und Alten Herren oft im wörtlichen Sinne den Anstrich eines Vater-Sohn-Verhältnisses verlieh. Gleich, ob der Nachwuchs dem Vater nacheiferte, ihm zu gefallen hoffte oder aber seine Sanktionsmöglichkeiten fürchtete (die jene des Bundes selbst an Zahl und Reichweite übertrafen), konnte dieser Umstand die offene Austragung von Generationenkonflikten zusätzlich erschweren – im Fall des Falles aber auch mit zusätzlicher Bedeutung und Schärfe aufladen.

Neben der mehr oder weniger bewusst vollzogenen Vermeidung von Konflikten war autoritäres Durchgreifen eine Option, ihr Auftreten bereits im Keim zu ersticken. Noch die *Aldanen*-Chronik von 1994 berichtet zustimmend bzw. ohne erkennbare Distanz von einem Versuch der Aktivitas 1919, in die persönliche Autonomie der Alten Herren einzugreifen und ihnen u. a. das Stimmrecht am Burschenconvent zu entziehen. Einer der davon Betroffenen habe schließlich „der aufmüpfigen Aktivitas in einem ordentlichen Donnerwetter gehörig die Flügel (gestutzt), worauf die Einigkeit bald wieder hergestellt war".[293] Die *Liberten,* bei denen sich 1952/53 „scharfe Gegensätze zwischen Jung und Alt" über den Stellenwert des studentischen Fechtens aufgetan hatten, lösten diesen Konflikt schließlich „radikal" zugunsten der Altherrenposition, was insgesamt vier Mitglieder zum Austritt veranlasste.[294] Auch hier resümiert der Chronist, dass durch das harte Durchgreifen „die Harmonie im Bund (wieder) hergestellt" worden sei.[295] Was hier als „Harmonie" und im zuvor zitierten Beispiel als „Einigkeit" gefasst wird, stellt offensichtlich weniger das Ergebnis demokratischer Aushandlungsprozesse und Überzeugungsarbeit dar als vielmehr einen Repressionseffekt bzw. das Produkt der im Bedarfsfall per Dekret oder „Donnerwetter" vollzogenen Willensdurchsetzung der Alten Herren. Harmonie in diesem Sinne herrscht so lange, als

291 Interview vom 8.6.2012.
292 Oberösterreicher Germanen 1994, 19.
293 Aldania 1994, 80f.
294 Vgl. Libertas 1967, 34f. (Zitat: 34). Vgl. auch ebd., 68.
295 Ebd., 35.

der Nachwuchs sich keiner Anmaßungen, d.h. eigenmächtiger Abweichungen von der Bundtradition schuldig macht.

Zusammenfassend betrachtet, bediente das Ideal der Generationenharmonie Altherreninteressen, indem es die Bewahrung jener Vorstellung von Burschenschaft verbürgte, die deren Überlieferung entsprach und damit auch deren Auslegung der burschenschaftlichen Idee in der Vergangenheit nachträglich legitimierte (vgl. dazu den Abschnitt zu den *Oberösterreicher Germanen* in Kapitel II.5.5). Die reale Umsetzung des Ideals erwies sich insofern als erfolgreich, als sie mit einem dauerhaft niedrigen Konfliktniveau im intergenerationellen Verkehr einherging, das allerdings mit der Vernachlässigung offener Diskussion und demokratischer Konfliktaustragung erkauft wurde.

III.4.3 Die Außenwahrnehmung: Burschenschaften als Monolith

Das in korporationskritischen Medien vermittelte Bild von Burschenschaften in Österreich kommt weitgehend ohne Differenzierungslinien aus und darin oft der Publizistik deklariert anti-burschenschaftlicher politischer AkteurInnen nahe. Diese monolithische Außenansicht, für deren Kolportage Medien und kritische Wissenschaft von Burschenschaftern oft gescholten werden, ist allerdings nur zum Teil Ergebnis eines mangelnden Differenzierungsvermögens der KolporteurInnen. Mindestens ebenso sehr sind dafür der Corpsgeist der österreichischen Bünde und ihr Streben nach Geschlossenheit nicht nur im Inneren, sondern auch in ihrer Interaktion mit der Außenwelt verantwortlich. Stets zeigte man sich bemüht, innere Konflikte und Äußerungen von Selbstkritik gegen externe BeobachterInnen abzuschirmen.[296] Cerwinka hält für denkbar, „dass eine ganze Reihe von Burschenschaften in Österreich“ mit Positionen wie den von *Olympia* vertretenen „nicht einverstanden“ sei, aber aufgrund des burschenschaftlichen „Corpsgeist(es)“ nicht öffentlich dagegen Stellung beziehe. Dies auch in Erwägung möglicher Konsequenzen: Der Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ sei schnell zur Hand. Auf persönlicher Ebene verhielten zudem Freundschaften und Nostalgie man-

296 Ganz im Unterschied dazu wurden von liberaleren Sektoren innerhalb der DB kritische Medien immer wieder gezielt eingesetzt, um – teils durch gezielte Indiskretionen – ihre verbandsinternen Widersacher unter Druck zu setzen und die Öffentlichkeit auf die Existenz Burschenschafts-interner Kritiker derselben hinzuweisen; dies zuletzt etwa in der Debatte um rassistische Aufnahmeregelungen im Umfeld des DB-Burschentages 2011 oder um neonazistische Verstrickungen von Burschenschaftern im Jahr darauf. Zu den Unterschieden zwischen österreichischen und bundesdeutschen Bünden im Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit vgl. auch Tulzers Gegenüberstellung des Wiener und des Münchener Burschenschaftswesens: Demnach hätten die Österreicher sich jedenfalls Anfang der 1980er-Jahre „zur externen Gesellschaft wesentlich hermetischer“ verhalten „als eine B! der Bundesrepublik Deutschland“, dadurch aber auch eine besonders „festigende Geborgenheit“ geboten (Oberösterreicher Germanen 1994, 96).

chen Burschenschafter dazu, kritische Impulse zu mäßigen, um zwischenmenschliche Zerwürfnisse oder gar die persönliche Isolation zu vermeiden.[297]

Der vor diesem Hintergrund in Burschenschaften kultivierte Corpsgeist kann als Imperativ der intra- und interbündischen Solidarität, der unbedingten Loyalität des Einzelnen und der Korporation gegenüber anderen Burschenschaftern und deren Verbindungen beschrieben werden. Diese Loyalität erwies sich in Österreich bislang in aller Regel als stärker als jene zu Werten wie Demokratie, Individualität und Meinungsfreiheit. Seine Absicherung findet der Corpsgeist auf Ebene der burschenschaftlichen Binnenethik im Prinzip der Bundesbrüderlichkeit, dessen Beachtung jedes Mitglied bei der endgültigen Aufnahme in den Bund zu geloben hat.[298] Im Verkehr zwischen Bünden und in Dachverbänden erfährt es eine Erweiterung auf die Verbundenheit und Loyalität unter Verbands- oder ‚Waffenbrüdern'. Zum Verständnis der Bedeutung von Bundesbrüderlichkeit sei beispielhaft die Auffassung des *Teutonen* Fritz Stagel angeführt:

> Allen Gegensätzen zum Trotz muß die Zugehörigkeit zur selben Burschenschaft ein festes Zusammengehörigkeitsgefühl begründen, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben, den anderen Bundesbruder zu verstehen und ihm nach Möglichkeit näher zu kommen. Dabei muß der Einzelne immer das Verbindende in den Vordergrund stellen (…). Das Trennende muß der Teutone zurückdrängen und nach Möglichkeit zu überwinden trachten. (…) Über menschliche Schwächen, die jeder von uns besitzt, soll möglichst gar nicht, wenn aber, dann nur gutmütig und verstehend, ja nicht verletzend, gesprochen werden. (…) Daß (…) alle ihre [Teutonias, Anm. B.W.] Mitglieder in Eintracht und Einmütigkeit als wahre und echte Bundesbrüder ihren idealen Zielen zustreben mögen, ist mein aufrichtiger Herzenswunsch zu ihrem 100. Geburtstag.[299]

Diese Ausführungen zum Umgang mit Meinungsverschiedenheiten, (Selbst-)Kritik und (potenziellen) Konflikten unterstreichen nicht nur das (austro-)burschenschaftliche Ideal von Harmonie und Einigkeit innerhalb des Bundes, sondern erhellen auch, weshalb Abweichungen vom burschenschaftlichen Mainstream und Kritik von Burschenschaftern an Burschenschaftern nach 1945 öffentlich meist unartikuliert blieben – und eine monolithische Außenwahrnehmung ‚der Burschenschaften' nahezu zwangsläufig wurde.

Zur effektiven Durchsetzung des Corpsgeistes bedienten Burschenschaften sich zum einen Sanktionsandrohungen bis hin zu Suspension oder Ausschluss aufgrund „unbun-

297 Interview vom 1.7.2011.

298 Vgl. Teutonia 1968, 122.

299 Ebd., 124 f. (Herv. entf.). Verfehlungen und Gerüchte über solche sollten zunächst im persönlichen Gespräch geklärt und dann an „die zuständige Stelle der Burschenschaft" zur weiteren Behandlung gemäß Satzung gemeldet, jedenfalls aber nicht öffentlich gemacht werden (ebd., 125).

desbrüderlichen Verhaltens".[300] Als mindestens ebenso wirksam und somit bedeutend wie repressive Maßnahmen dürfte jedoch die Stiftung und Erhaltung von Verbundenheit durch gemeinschaftsbildende Aktivitäten und Rituale einzustufen sein.[301] Darüber hinaus wurde die Wichtigkeit des engen Zusammenstehens gegenüber der Außenwelt auch inhaltlich begründet – nach 1945 einerseits über den Verweis auf äußere Feinde, denen man nur geeint angemessen begegnen könne, sowie andererseits auf politische Ziele, zu deren Erreichung angesichts der eigenen Schwäche eine Schlagkraft-Maximierung durch geeintes Auftreten unabdingbar sei.[302] Beispielsweise argumentierte Hanns Göttl (*Allemannia* Graz) 2009 in den *Burschenschaftlichen Blättern,* dass gerade „eine enge und bekämpfte Gemeinschaft wie die unsere (…) ein hohes Maß an Grundkonsens nach innen (erfordert), um zu überleben".[303] Unter dem Verweis auf Angriffe von außen wurde so versucht, Kritiker im Inneren in Zaum zu halten – und sahen Letztere sich dem Vorwurf ausgesetzt, als ‚fünfte Kolonne' einer als feindselig wahrgenommenen Öffentlichkeit zu fungieren. Die eingeforderte Solidarität umfasste sowohl die völkischen Korporationen insgesamt als auch einzelne Angehörige derselben, wie Frischenschlager im Interview ausführt: Werde eine Person, die als „einer der Unsrigen" wahrgenommen wird, öffentlich angegriffen – wie etwa FPÖ-Politiker und *Olympe* Martin Graf –, so schare man sich reflexhaft um den Betreffenden.[304] Ebenso entschieden, wie öffentlich dokumentierte Lagertreue dem Einzelnen vergolten wird, wird vermeintlich illoyales Verhalten geahndet.[305]

Sowohl das Motiv der äußeren Bedrohung als auch jenes der politischen Effektivierung durch Bündelung der Kräfte und Zurückstellung von Uneinigkeiten standen an der Wiege des 1994 durch die österreichischen Bünde inner- und außerhalb der DB gegründeten *Burschenschaftlichen Rates* (BR). Dessen Initiatoren beklagten den Zustand

300 Aldania 1994, 199.

301 Zu nennen ist dabei einmal mehr auch die Mensur. „Die Tatsache, daß Mensuren auf die Farben (‚im Namen') der eigenen Verbindung geschlagen werden, stärkt (…) das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Bundesbrüdern", so eine Broschüre der DBÖ. Das gemeinsame Erleben und Bewältigen der Mensur als Extremsituation sei „der eigentliche Schlüssel, der jeden Generationenunterschied, jeden Unterschied des Standes überwindet" (AVSt, DBÖ 1994, 15).

302 Den historischen Hintergrund für solche Plädoyers lieferte nicht zuletzt die Geschichte des ‚Dritten Lagers' als eine Geschichte von inneren Zerwürfnissen, Spaltungen und Selbst-Atomisierung, die wohl auch die zuvor zitierten Beschwörungen Anton Reinthallers zur Gründung der FPÖ motiviert haben dürften.

303 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/2009, 189. Vgl. dazu auch die Bildunterschrift zum Artikel Gerhard Schlüsselbergers *(Olympia)* in den BBl. Nr. 3/2009, 103: „Die burschenschaftliche Bewegung verfügt über ausreichend Gegner. Eigentlich ein Grund für ein geschlossenes Vorgehen".

304 Interview vom 11.12.2009.

305 Frischenschlager berichtet, er sei im ersten Jahr nach der Abspaltung des *Liberalen Forums* von der FPÖ wiederholt auf offener Straße als „Verräter" adressiert worden. Auch von ihm als durchaus liberal eingeschätzte Personen hätten die LiF-Abspaltung als Verrat qualifiziert, wofür Frischenschlager ein ausgeprägtes „Lagerbewusstsein" verantwortlich macht (ebd.). Vgl. hierzu auch Jürgen Hatzenbichlers Abrechnung mit Frischenschlager in der *Aula* (Kapitel III.2.4).

der „in sich uneinige(n) und daher als politische Kraft immer schwächer werdende(n) Burschenschaft" in Österreich und wollten alle Bünde „wieder geeint an einem Strange ziehen" sehen – sowohl um Angriffen von außen wirksam entgegentreten zu können als auch um wieder größere politische Relevanz zu erlangen.[306] Der Analyse des Co-Initiators Gerhard Wirl (*Silesia* Wien, *Arminia Czernowitz* zu Linz) nach würden die Burschenschaften erst wieder ernst genommen werden, wenn sie wieder „die Homogenität der 50er und frühen 60er Jahre" erreichten, „die eine einheitliche Meinung suggerierte".[307] Wo eine solche als Bedingung erscheint, dem selbst auferlegten politischen Auftrag der Burschenschaften gerecht werden zu können, sehen nonkonforme Positionierungen sich freilich schnell unter Verratsverdacht gestellt.

Die eben beschriebenen Begründungslinien für geschlossenes Auftreten nach außen hin und die darauf gründende Wagenburg-Mentalität der Burschenschaften in Österreich gewannen mit der Verbreitung und Schärfe teils antifaschistisch, teils parteipolitisch-opportunistisch motivierter Kritik an diesen über den Untersuchungszeitraum an Bedeutung. Nachweisbar sind entsprechende Plädoyers dennoch bereits für die Restaurationsphase Anfang der 1950er-Jahre – hier weniger angestoßen durch direkte Kritik am völkischen Verbindungswesen als vielmehr gespeist aus dem Selbstverständnis des völkischen Korporationswesens als ideologische Opposition gegen den Austriazismus und (wenn auch inkonsequenten) Antinazismus des offiziellen Nachkriegs-Österreich und die politische Dominanz der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ (vgl. dazu Abschnitt III.6). Dieses oppositionelle Selbstverständnis, verstärkt durch die Empfindung politischer Ausgrenzung und individueller Diskriminierung etwa im öffentlichen Dienst, begünstigte eine Selbstwahrnehmung der Burschenschafter als Parias, die geeint aufzutreten hätten, um unter feindseligen Umweltbedingungen bestehen zu können.

Das Argument der durch Debatten und Spaltungen geminderten Schlagkraft tauchte – noch auf einer vorwiegend organisatorischen Ebene – etwa am ADC-Tag 1954 auf. *Olympia* Wien und *Ostmark* Graz formulierten dabei Bedenken gegen die Gründung einer *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB) in Österreich, da diese die Zusammenfassung der „gesamte(n) freiheitliche(n) Akademikerschaft" im *Akademikerverband Österreich* (AVÖ) infrage stelle und „die Gefahr einer Zersplitterung dieser Einheitsfront und damit einer Schwächung ihrer Kraft" mit sich bringe. Othmar Loibner (*Allemannia* Graz) argumentierte unter dem Aspekt ideologischer Geschlossenheit dagegen: Die VaB verspreche gerade, die im nicht nur Burschenschafter erfassenden AVÖ immer wieder auftretenden „Divergenzen" hinter sich zu lassen.[308]

306 Vgl. den *Arminenbrief* (mutmaßlich) vom Sommersemester 1995, 1 bzw. die Einladung zum ersten Vorbereitungstreffen zur Installierung des BR in Salzburg am 26.3.1994, zit. ebd., 2; vgl. ferner ebd., 4.

307 *Arminenbrief;* (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 4.

308 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 8. Innerhalb der DB geriet der Anspruch organisatorischer Einheit mit jenem der ideologischen Homogenität aufgrund tatsächlicher Auffassungs-

Moldavia Wien wollte zwei Jahre später einen neuen Burschenschafts-Verband in Österreich schaffen, zu dessen Aufgaben die „(e)inheitliche Ausrichtung aller B!B!“ gezählt hätte.[309] Begründet wurde das (erfolglose) Ansinnen damit, dass alle Burschenschaften „im Daseinskampf“ stünden und es allenthalben an Nachwuchs fehle, „sodaß die Einzelbünde die nötige Durchschlagskraft nicht erreichen können“. Ohne „eine straffe Zusammenfassung der B!B!“ seien burschenschaftliche Ziele nicht verwirklichbar.[310] Dass eine solche ‚straffe‘ Organisationsform zumindest Burschenschafts-intern tatsächlich effektiv war, stellte die BG unter Beweis. Die wechselseitige Verpflichtung ihrer Mitgliedsbünde, auf DB-Burschentagen geschlossen die zuvor intern akkordierte Mehrheitsmeinung zu vertreten und entsprechend abzustimmen, war neben dem sukzessiven DB-Beitritt der österreichischen Bünde und der Einführung des Prinzips des ‚Selbstausschlusses bei der Aufgabe von Grundsätzen‘ ein wichtiger Schlüssel zur Herstellung einer rechtsextremen Hegemonie innerhalb des Dachverbandes.[311]

Veranstaltungspolitik

Sowohl für die Außenwahrnehmung der Burschenschaften als auch für die Frage nach ihrer weltanschaulichen Breite kommt burschenschaftlichen (Vortrags-)Veranstaltungen einige Bedeutung zu. Eine quer über das ideologische Spektrum streuende Einladungspolitik ist geeignet, dass populäre Bild völkischer Verbindung als ‚ewig gestrig‘

unterschiede in Widerstreit, wie sich spätestens mit der Abspaltung der *Neuen DB* 1996 zeigen sollte. Rechtsaußen-Bünde wie *Olympia* verfochten DB-intern lange Zeit eine Linie, die die Bewahrung des Einheitsverbandes über absolute Homogenität der Gesinnung stellte. Dieser Haltung lagen politische Erwägungen (Stichwort ‚Schlagkraft‘) ebenso zugrunde wie finanzielle, bildeten doch gerade die Mitgliedsbeiträge der liberaleren Bünde aufgrund deren durchschnittlicher Größe ein wichtiges materielles Rückgrat des Verbandes.

309 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 8.

310 Ebd.; vgl. zur Diskussion über den Antrag auch ebd., 9 f. Für weitere Plädoyers zur burschenschaftlichen Geschlossenheit im Sinne effektiver Aufgabenerfüllung vgl. Teutonia 1968, 110 f. und 114 sowie die *Germanenmitteilungen* vom Juni 1964, 18. Zum Ansinnen eines geschlossenen politischen Agierens der völkischen Verbindungen und Vereine in Österreich insgesamt vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 11 und die entsprechende Niederschrift, 8 f. sowie Aldania 1994, 187. Kritisch zur Tendenz zu „immer strafferer Organisation“ und Kompetenzverlagerung von Einzelbünden an den Verband äußerte sich 1962 *Allemannia* Graz (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1962, 6 f.).

311 Vgl. zum Meinungsbildungsprozess innerhalb der BG die *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia*, Wintersemester 1962/63, 4. Die ‚Selbstausschlußklausel‘ bedeutete, dass die Aufgabe von Verfassungsgrundsätzen (wobei die Verfassung der DB, nicht die österreichische Bundesverfassung oder das deutsche Grundgesetz gemeint waren) seitens des DB-Hauptausschusses lediglich festgestellt werden musste. Geschah dies, erfolgte der Ausschluss ohne weitere Debatte oder Begründungspflicht automatisch. Vgl. dazu Schmidt 2000, 10 f.; Kuhn 2002, 129–131; und BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1971, 12; zur Dominanzerlangung der BG innerhalb der DB vgl. Heither 2000, 332–336.

und ‚stramm rechts' zu korrigieren oder zumindest begründet in diese Richtung argumentieren zu können. Tatsächlich umfassen v.a. die öffentlich angekündigten Veranstaltungen von Burschenschaften in Österreich über die Jahrzehnte eine beachtliche Bandbreite von Eingeladenen – mit quantitativ allerdings höchst ungleicher Verteilung. Dies ergibt eine Auswertung des vorliegenden Quellenmaterials – Bundchroniken und -zeitungen, Archivalien zu ADC und DBÖ[312], Semesterberichte und Veranstaltungsankündigungen in der *Aula* usw. – über den Untersuchungszeitraum. Der Schwerpunkt der Veranstaltungen lag eindeutig auf solchen mit Vertretern des ‚national-freiheitlichen' Lagers – häufig selbst Korporierte, nicht selten FPÖ-Politiker oder beides in Personalunion – und der (sonstigen) extremen Rechten Österreichs und Deutschlands. Auch Christlich-Konservative (einschließlich aktiver ÖVP-Politiker und ÖCV-Vertreter) sowie politisch nicht eindeutig verortbare Journalisten und Professoren fanden in relevanter Zahl als Vortragende den Weg auf Burschenschafterbuden und -feste. Sozialdemokraten traten dort nur sehr vereinzelt auf, noch weiter links zu verortende oder weibliche Vortragende quer durch das ideologische Spektrum nahezu nie. Manchmal wurden Vertreter mehrerer Parteien zu Konfrontationen geladen – so etwa zu den DBÖ-Tagen 1961 (bzw. dem vorgelagerten Burschenschaftlichen Schulungskurs) und 1968.[313] *Bruna Sudetia* ließ im Jänner 1993 Herbert Scheibner (FPÖ) und Harald Himmer *(Junge ÖVP)* über das FPÖ-‚Ausländervolksbegehren' und zwei Monate später ihren Bundesbruder Lutz Weinzinger (damals FPÖ-Landtagsabgeordneter in Oberösterreich) mit Heide Schmidt (damals seit Kurzem im *Liberalen Forum*) über den „Frust der Liberalen in der FPÖ" diskutieren.[314]

Die Gewährleistung oder zumindest Simulation einer gewissen Breite der Einladungspolitik entspricht nicht nur dem tatsächlichen Interesse jedenfalls mancher Burschenschafter am Meinungsaustausch mit Andersdenkenden, sondern ist, wie bereits angedeutet, auch für die burschenschaftliche Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung. Dies umso mehr, als Vortragsveranstaltungen zu den wenigen Aspekten des verbindungsstudentischen Lebens zählen, die seitens der Bünde nicht vor der Öffentlichkeit abgeschirmt, sondern bisweilen sogar mit einer Ausweisfunktion bedacht werden. Erst die sporadische Einladung dezidiert nicht-rechter Vortragender ermöglicht es, die

312 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 9, wo die „Personen des öffentlichen Lebens" aufgelistet werden, die 1958/59 auf Burschenschaftlichen Abenden in Österreich referierten. Eine allgemein zugängliche, sowohl hinsichtlich der Vortragsthemen als auch der Vortragenden einigermaßen für Burschenschaften in Österreich typische Liste ihrer Burschenschaftlichen Abende seit den 1960er-Jahren bietet *Germania* Salzburg unter http://www.germania-salzburg.at/burschenschaft/Arbeit.

313 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], DBÖ-Rundschreiben Nr. 2 (Brixia) vom 16.1.1961, 1 f. bzw. *Aula* Nr. 6/1968, Akademisches Leben, II.

314 Vgl. die Einladungsschreiben der *Brunen* vom 14.1.1993 bzw. ohne Datum (AVSt).

(meist deutlich zahlreicheren) Einladungen an Vertreter(innen) der extremen Rechten als Ausdruck von Toleranz und Meinungspluralismus darzustellen und so Vorwürfen des Extremismus zu kontern, was insbesondere moderateren Exponenten des Burschenschaftswesens ein Anliegen ist. So wollten etwa die *Oberösterreicher Germanen* ihre Veranstaltungen mit dem Neonationalsozialisten Norbert Burger (Wintersemester 1970/71) oder mit dem Botschafter des südafrikanischen Apartheidstaates (Wintersemester 1976/77) als Belege für praktizierten Meinungspluralismus verstanden wissen.[315] Eine zweite Funktion von Veranstaltungen mit moderat konservativen, liberalen oder linken Gästen und Gästinnen besteht in der Erweiterung gesellschaftlicher Salonfähigkeit. Beide Überlegungen gewannen mit der zunehmend kritischen Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Burschenschaften über die vergangenen Jahrzehnte an Bedeutung. Umso weniger nicht-rechte Vortragende gleichzeitig die ihnen zugedachte Rolle des Feigenblattes anzunehmen bereit waren, desto dankbarer wurden jene hofiert, die ihrerseits, von links kommend, den Kontakt zu Burschenschaften suchten und sich aus biographischen Gründen als Andersdenkende ausweisen ließen.[316]

Forschungspraktische Herausforderungen: Homogenität als Schein?

Das weitgehend homogene Bild, das das Burschenschaftswesen in Österreich nach außen hin abgibt, ist einerseits Ausdruck tatsächlichen (weitgehenden) inhaltlichen Gleichklangs, wird andererseits jedoch durch eine autoritäre Mischung von Repression und Selbstzensur, durch Abschottung gegenüber Außenstehenden und durch bewusste Inszenierung (Verzicht auf öffentliche Kritik und öffentliche Äußerung abweichender Meinungen) verstärkt. So, wie es meist moderate Kräfte waren, die auf Meinungsvielfalt innerhalb der Burschenschaften hinwiesen, wurde diese Inszenierung (und die Fetischisierung von ‚Einheit' überhaupt) umgekehrt v. a. von den Vertretern eines völ-

315 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 23 bzw. ebd., 80. Burger wurde auch 1981 wieder eingeladen (vgl. ebd., 98). Idealtypisch entfaltet wird die hier angesprochene Argumentation etwa in einem Leserbrief des DB-Pressereferenten Michael Schmidt an die *Junge Freiheit* (Nr. 25/2010, 19). Schmidt trat 2012 von seinem DB-Amt zurück, nachdem am Burschentag die Dominanz des rechtsextremen Verbandsflügels überdeutlich geworden war. Vgl. weiters die Hinweise auf die vermeintlich pluralistische Veranstaltungspolitik der Burschenschaften in Selbstdarstellungsschriften (AVSt, DBÖ 1994, 16 bzw. – hier mit größerer Berechtigung – AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 12).

316 Daraus erklärt sich das hohe Aufkommen an Veranstaltungen völkischer Vereinigungen mit dem Publizisten Günther Nenning, der etwa 1993 auf einem Burschenschaftlichen Abend der *Olympen* referierte (vgl. Dvorak 1996, 75), aber zuvor schon u. a. für den FAV Salzburg, die DB und den RFS (damals: *Freiheitliche Studenteninitiative/*FSI) aufgetreten war (alle 1989; vgl. die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Wintersemester 1989, 19 und Oberösterreicher Germanen 1994, 158). Auch rechtsextreme Konvertiten wie der ehemalige Kreisky-Mitarbeiter Günter Rehak oder der vormalige Aktivist des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) Bernd Rabehl wurden wiederholt zu burschenschaftlichen Veranstaltungen geladen.

kischen Fundamentalismus betrieben.[317] Die Abschottung verhielt und verhält journalistische und wissenschaftliche BeobachterInnen zur Orientierung an äußeren Eindrücken; nehmen sie dabei die erwähnte Inszenierung für bare Münze und porträtieren die Burschenschaften als eben jenen Monolithen, der sie nicht sind, aus Sicht der antiliberalen Kräfte unter ihnen aber sein sollten, sehen die Verbindungen sich in puncto der vermeintlichen (und teilweise tatsächlich unleugbaren) Voreingenommenheit und Differenzierungsunwilligkeit Außenstehender bestätigt – und damit auch in ihrer restriktiven Informationspolitik, was den eben beschriebenen Kreislauf perpetuiert. Von burschenschaftlicher Seite häufig nicht gesehen wird dabei, dass nicht wenige KritikerInnen der Korporationen ihrem Gegenstand ein höheres Maß an Heterogenität einräumen, als mancher auf ‚Geschlossenheit' und ‚geistige Einheit' bedachte Burschenschafter zu tolerieren bereit ist.[318]

Wenngleich die Schuld für eine unzureichend differenzierte Darstellung der Burschenschaften in Österreich, wie an anderer Stelle bereits festgehalten, nicht zuletzt bei den Burschenschaften selbst zu suchen ist, ist die Praxis der Abschottung und der Verdeckung von Meinungsvielfalt doch bei der Einschätzung des tatsächlichen Grades an innerburschenschaftlicher Heterogenität in Rechnung zu stellen. Dies umso mehr, als die Bemühungen um eine geschlossene Außendarstellung – anders als jene um ein pluralistisches Erscheinungsbild – vom innerhalb der österreichischen Bünde dominanten Sektor ausgingen. Frischenschlager, Cerwinka und Scheichl weisen unabhängig voneinander darauf hin, dass die politisch weit rechts stehenden Bünde das Außenbild der deutschnationalen Korporationen Österreichs prägen würden – nicht (nur) aufgrund selektiver Rezeption durch die kritische Öffentlichkeit, die bevorzugt skandalisierungsfähigen Ereignissen und Aussagen Nachrichtenwert zuerkennt, sondern vor allem weil die Rechtsaußen-Bünde sich aktiver zeigten und sich häufiger und lauter äußerten.[319] Auch die „ideologische Tyrannei", die einzelne *Meinungsführer* Scheichl zufolge jedenfalls phasenweise über das völkische Verbindungswesen (bzw. sein organisatorisches und publizistisches Rückgrat in den *Freiheitlichen Akademikerverbänden* und deren *Aula*) ausgeübt hätten, trug unzweifelhaft dazu bei, die Wahrnehmung von Meinungsheterogenität im völkischen Korporationswesen zu erschweren.[320]

---

317 Ein besonders plastisches Beispiel hierfür lieferten die *Olympen* am außerordentlichen DBÖ-Tag 1961 in Nürnberg mit einem Misstrauensantrag gegen die DBÖ-Vorsitzende *Cruxia,* der u.a. damit begründet wurde, dass diese in der Öffentlichkeit [sic] von innerburschenschaftlichen „Kontroversen" gesprochen hatte. Die *Cruxen* leisteten daraufhin Abbitte für diese Formulierung (BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des ao. DBÖ-Tages 1961, 3).

318 Vgl. beispielhaft für die burschenschaftliche ‚*Kritik der Korporationskritik*' Hug 2004.

319 Interviews mit Frischenschlager vom 11.12.2009, mit Cerwinka vom 1.7.2011 und mit Scheichl vom 8.6.2012.

320 E-Mail Sigurd Scheichls vom 11.2.2012 (vgl. Abschnitt II.5.5).

Durch die Heranziehung Burschenschafts-interner Quellen ist es möglich, die Homogenität *als Inszenierung* ein Stück weit zu durchdringen. So liefern etwa Einzelbundchroniken oder Bundzeitungen wichtige Hinweise auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb von und zwischen Bünden. Doch liegen gute Gründe vor, auch in dieser Innenansicht noch Verzerrungen – im Sinne einer Differenz zwischen Ideologiebeständen und explizit Artikuliertem einerseits sowie zwischen im engen Kreis und nach außen Kommuniziertem andererseits – zu vermuten, die sowohl in der Verfasstheit der Quellen als auch des Gegenstandes (Druck zur Konformität, Angst vor Isolation und anderen Sanktionen, ‚geistige Einheit' als Wert usw.) selbst begründet liegen. Die entsprechenden Herausforderungen wurden in den Kapiteln I.4, III.2.1 und III.2.3 ausführlich thematisiert. Im Ergebnis scheint es plausibel, dass auch an eine rein burschenschaftliche Öffentlichkeit adressierte Quellen dazu tendieren, die Standpunkte burschenschaftlicher Amtsträger und *Meinungsführer* auf Bund- und Verbandsebene überzubetonen, während die – möglicherweise deutlich diverseren – Positionen der primär geselligkeitsorientierten Mitglieder sowie generell Minderheitspositionen unterbelichtet bleiben.[321]

Ungeachtet dessen ist festzuhalten, dass auch die Kontrastierung verschiedener schriftlicher Quellentypen und deren Ergänzung durch Interviews im Rahmen meiner Forschung kaum handfeste Belege für eine größere Heterogenität erbrachten, als sie etwa in den Protokollen der ADC-/DBÖ- und DB-Burschentage zum Ausdruck kommt. Eine größere innere Vielfalt als in diesem Buch dargestellt, kann mit den Außenstehenden derzeit verfügbaren Mitteln dem Burschenschaftswesen in Österreich lediglich unterstellt (und diese Unterstellung mehr oder weniger plausibel argumentiert), nicht aber *quellenverankert (grounded)* dokumentiert werden. Eine differenzierte Darstellung seitens der kritischen Publizistik, wie sie von burschenschaftlicher Seite verschiedentlich eingefordert wird, ist letztendlich nicht allein vom ‚guten' oder ‚bösen' Willen und der journalistischen oder wissenschaftlichen Redlichkeit der PublizistInnen abhängig, sondern wesentlich auch davon, ob einzelne Burschenschafter und Bünde abweichende Positionen in wahrnehmbarer Weise zu äußern bzw. entsprechende Quellen zugänglich zu machen bereit sind. Insoweit dies nicht passiert, erscheint es nicht nur zulässig, sondern schlicht alternativlos, von Schweigen (als Abwesenheit wahrnehmbarer Distanzierung) auf Billigung bis Zustimmung zu schließen und die Meinungen der wahrnehmbaren Repräsentanten als (zumindest einigermaßen) repräsentative Meinungen zu werten.

321 Inwieweit diese letztgenannten Positionen im Kreis der Bundesbrüder auch artikuliert werden, wäre mutmaßlich aus Quellen zu ersehen, die Verbindungs-fremden Personen jedenfalls bislang grundsätzlich nicht zugänglich gemacht wurden (wie etwa Conventsprotokolle). Darüber hinaus könnten über weitere Interviews auch im informellen Rahmen sich manifestierende Meinungsunterschiede (auf die etwa Scheichl im Interview vom 8.6.2012 hinweist) beleuchtet werden, was künftigen Arbeiten vorbehalten bleiben muss.

III.4.4 Ursachen und Folgen burschenschaftlicher ‚Geschlossenheit'

Mit Blick auf die bisherigen wie auch die noch folgenden Ausführungen in Kapitel III lassen sich einige allgemeine Feststellungen zu fördernden und beschränkenden Faktoren innerburschenschaftlicher Heterogenität treffen – und somit auch zu den Ursachen von Unterschieden zwischen Bünden in Sachen Demokratiequalität. So begrenzt etwa burschenschaftliche Erziehung Vielfalt auf allen Ebenen (intra- und interbündisch sowie nach außen), insofern sie sich als Indoktrination der ihr Unterworfenen vollzieht und sich an Leitidealen wie Gehorsam und Disziplin orientiert. Umgekehrt kann sie Heterogenität aber auch begünstigen, indem sie darauf abstellt, Individualität und (nicht auf Kollektivzugehörigkeiten basierendes) Selbstbewusstsein zu kultivieren. Wie in Abschnitt III.3 dargestellt, ist burschenschaftliche Erziehung zentraler Bestandteil eines Ausleseprozesses, der – jedenfalls in Österreich – tendenziell auf Homogenisierung ausgerichtet ist. Nach Ablauf der Probezeit wird dem Aspiranten die Aufnahme verweigert (oder verzichtet er selbst auf diese), wenn trotz Unterweisung die für nötig befundene ideologische Passgenauigkeit nicht gegeben scheint. Auch das ordentliche Mitglied bleibt Objekt von Pädagogisierung und Sanktionen bis hin zum Ausschluss unterworfen, wenn es gegen Grundsätze verstößt – ein freilich übliches Merkmal politischer Organisationen.[322] Das bei *Aldania* Wien 1923 beschlossene Prinzip, wonach auch ein freiwilliger Austritt legitimerweise nur „im Falle eines ehrenvollen Gesinnungswechsels" erfolgen dürfe, ist gleichfalls darauf ausgerichtet, innerbündischer Heterogenität vorzubeugen.[323] In dieselbe Richtung wirken autoritäre und hierarchische Strukturen innerhalb des Bundes, die kritischem Denken und der Äußerung abweichender Meinungen negative Anreize bieten (vgl. Abschnitt III.8.4). Dazu zählen insbesondere auch die ideologische Dominanz einer homogenen inneren Elite (*Meinungsführer,* vgl. Abschnitt III.2.3) und die fortwährende Reproduktion einer ideologisch konformen Führungsriege (oder *politischen Klasse unter Burschenschaftern,* Kapitel III.2.2). Demokratische Strukturen und Entscheidungsprozesse begünstigen dagegen Heterogenität, sofern sie demokratisch ausgestaltet nicht bloß in formalem Sinne sind, sondern tatsächlich zur Äußerung und zum Austausch widerstreitender Meinungen ermutigen.

322 Der DBÖ zufolge „kommt es zu Ausschlüssen (…), wenn eine weitere Mitgliedschaft des Betreffenden für die B! nicht mehr tragbar erscheint. In diesem Fall steht das Wohlergehen und Ansehen der B! als Gesamtheit im Vordergrund." (AVSt, DBÖ 1994, 6) Notierenswert erscheint hieran zum einen, dass das Wohl des Kollektivs im Fall des Falles dessen Versprechen gegenüber dem Individuum (Lebensbundprinzip) aushebelt, was den unbedingten Vorrang des Kollektivs als Grundkonstante burschenschaftlicher Ideologie unterstreicht. Zum anderen wird die Tragbarkeit eines Mitgliedes hierbei offenbar nicht anhand inhaltlicher Kriterien – etwa: einer pro-demokratischen Gesinnung – bestimmt, sondern anhand der Verkraftbarkeit der Folgen individuellen Verhaltens für den Bund.

323 Aldania 1994, 89 (Herv. entf.).

Das in Burschenschaften institutionalisierte Zusammentreffen mehrerer Generationen wäre grundsätzlich dazu angetan, über altersmäßige Heterogenität hinaus auch eine Vielfalt der Meinungen zu pflegen. Das Gegenteil ist allerdings der Fall, wo die Jüngeren über ein Ideal der unbedingten Generationenharmonie zur Imitation der Älteren angehalten werden (vgl. dazu Abschnitt III.5.6). Wo ausgeprägter Corpsgeist herrscht, beschränkt dies nicht nur die Wahrnehmbarkeit von Bruchlinien durch Außenstehende, sondern letztlich auch die inner- und interbündische Heterogenität. In dieselbe Richtung wirken die Auslegung von Werten wie Solidarität und Loyalität im Sinne des Kritikverzichts und die Propagierung von ‚Geschlossenheit' und ‚geistiger Einheit' im Angesicht von Außenfeinden und eigener Schwäche. In einem solchen diskursiven Umfeld steht jede Äußerung von Dissens und Selbstkritik von vornherein unter Verratsverdacht. Als schlichter Hauptgrund für die vorzufindende ideologische Homogenität der Burschenschaften in Österreich lässt sich vor diesem Hintergrund benennen, dass sie (und nicht etwa Meinungsvielfalt) ihnen als erstrebenswert gilt.

Von der Frage nach Ursachen auf jene nach Konsequenzen überleitend lässt sich festhalten, dass das Streben nach Geschlossenheit im Inneren wie auch nach außen sowie die damit verbundenen Praxen sich in vielerlei Hinsicht prägend auf das Burschenschaftswesen in Österreich auswirkten. Die Prävention von Meinungsvielfalt und die Unterdrückung offenen und kritischen Meinungsaustausches ließen die innerburschenschaftliche Konfliktkultur verkümmern bzw. auf vormodernem Stand verbleiben. Nichts illustriert diesen Umstand plastischer als die Praxis der gewaltsamen Form der Konfliktaustragung im Allgemeinen und der Sanktion nonkonformen Verhaltens im Speziellen: So erinnert Scheichl das ‚Aufbrummen' von Hatzen – die Herausforderung eines Bundes durch einen anderen zu einer Reihe von Mensuren – als „die übliche Reaktion anderer Burschenschaften gegen einen Bund", wenn ein Mitglied desselben „unorthodoxe Ansichten vertrat".[324] Vergleichsweise subtil nehmen sich dagegen die Maßnahme der Isolierung devianter Verbindungen (vgl. den Exkurs zu den *Oberösterreicher Germanen* in Unterabschnitt III.4.1) oder eine weitere Praxis aus, die österreichische Bünde sowohl untereinander als auch im Verkehr mit bundesdeutschen anzuwenden pflegten: die Ausübung von „moralische(m) Druck" auf Gegner des eigenen Standpunktes, indem eine Positionierung im erwünschten Sinne zur „vaterländischen

324 E-Mail vom 11.2.2012. Vgl. dazu auch den Brief von *Arminia* Graz an DB-Funktionär Horst Baier vom 2.6.1960 (BAK, DB 9, B. VI.15 [C1]), in dem sie diesem mitteilt, dass sie zu einer anstehenden Tagung mit Verspätung eintreffen werde, „da als Nachspiel unseres DBÖ-Vorsitzes einige Hatzen und Kontrahagen [die individuelle Entsprechung der Hatz, Anm. B.W.] vom Ostmarken-Kartell zu erwarten bzw. schon eingetroffen sind". Zu Hatzen und Contrahagen vgl. den Exkurs zum Duellwesen in Abschnitt III.5.4.

Tat" bzw. „Verpflichtung" erklärt wurde, der kein Burschenschafter und kein Bund sich entziehen dürfe.[325]

Verkümmerung infolge von Homogenisierungsstreben ist auch der innerbündischen und (zumindest auf österreichischer Ebene) innerverbandlichen Demokratie zu attestieren, bildet doch der Idee nach gerade die Entscheidungsfindung im möglichst (herrschafts-)freien Widerstreit von Meinungen und Argumenten die Grundlage demokratischer Prozesse.[326] Nicht zuletzt beschränkten der Wunsch nach und die effektive Herstellung von Homogenität mit der Virulenz, Reichweite und schieren Existenz von Debatten auch die Wahrscheinlichkeit einer zeitgemäßen Weiterentwicklung burschenschaftlicher Ideologie und Praxis. Anders gewendet, begünstigten sie (wie im folgenden Abschnitt III.5 herausgearbeitet wird) in wesentlichem Maße die Erstarrung des Burschenschaftswesens in der Zweiten Republik in Form und Inhalt.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Burschenschaften in Österreich über den Untersuchungszeitraum große ideologische Geschlossenheit aufwiesen, wenn auch weniger umfassend, als eine oberflächliche Außenansicht es nahezulegen scheint. Relevante Differenzierungsachsen verliefen zwischen (im taktischen Vorgehen) pragmatischeren und kompromissloseren sowie zwischen (in Hinblick auf die Auslegung der burschenschaftlichen Idee) geselligkeitsorientierteren und idealistischeren Burschenschaftern. Als vergleichsweise schwach ausgeprägt erwiesen sich die Bruchlinien zwischen (inhaltlich) moderateren und fundamentalistischeren Kräften sowie zwischen den Generationen. Vor allem völkisch-fundamentalistische Burschenschafter waren es, die das Ideal ‚geistiger Einheit' und eines entsprechenden Auftretens aller Burschenschafter propagierten. Auch über den weltanschaulich harten Kern hinaus war im Burschenschaftswesen Österreichs von dessen Restauration an die Wahrnehmung weit verbreitet, an Durchsetzungskraft gewinnen und hierfür als geeinter Block auftreten zu müssen. Das ohnehin geringe Ausmaß an inhaltlichem Dissens wurde damit jedenfalls nach außen hin zusätzlich verschleiert. Bemühungen externer BeobachterInnen, vorhandener Heterogenität angemessen Rechnung zu tragen, finden ihre Grenze in der Bereitschaft von Burschenschaftern, diese Heterogenität nach außen sichtbar bzw. über Meinungsvielfalt Aufschluss gebende Quellen einer kritischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

---

325 So der niedersächsische Landtagsabgeordnete (CDU) und Burschenschafter (*Brunsviga* Göttingen) Werner Hofmeister im Zuge der Anbahnung einer Fusion von DB und DBÖ (AAG, Korrespondenzen, DB, Rundschreiben 1950–62, Hofmeister 1960, 2).

326 Diese Aussage entspricht evidenterweise einem radikalen (und mit Abstrichen einem liberalen) Verständnis von Demokratie, nicht aber ‚organischen', ‚identitären' oder ‚elitären' Auffassungen derselben, wie sie in faschistischen bzw. allgemein rechtsextremen Kreisen kursieren (vgl. Schiedel 2007, 27 f. und 33 f.).

III.5 Wandel und Beharrung[327]

„Daß das neue Heim in einer, vom Großstadtverkehr wenig berührten Sackgasse liegt, ist unter den heutigen Umständen von Vorteil. Wir können hoffen, uns so gegen die Mode der Zeit und gegen die starke Konkurrenz anders gerichteter akademischer Vereinigungen zu behaupten."[328] – So kommentierte *Teutonen*-Chronist Mühlwerth den Erwerb des ‚Rothen Hofes' im achten Wiener Gemeindebezirk durch seine Verbindung 1959. Sein Bekenntnis zur wohligen Einrichtung in der weltabgewandten Impasse kann in doppelter Hinsicht als bezeichnend angesehen werden: zum einen für die vorherrschende, trotzig-ablehnende bis defätistisch-desinteressierte Haltung der Burschenschaften Österreichs nach 1945 den Entwicklungen ihrer sozialen Umwelt gegenüber, zum anderen für ihren damit in Zusammenhang stehenden Bedeutungsverlust. In gewissem Maße hatten die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der jungen Zweiten Republik sie in diese Position gedrängt. Die eigenen Bemühungen, diesem Los zu entrinnen, anstatt gerade darauf die burschenschaftliche Nachkriegsidentität zu errichten, blieben jedoch überschaubar. Der Herausforderung, unter zu seinem Nachteil veränderten Bedingungen durch Selbstreform nach 1945 Relevanz zu bewahren, stand das deutsch-völkische Lager in Österreich insgesamt lange Zeit hilflos gegenüber. Gernot Stimmer attestiert ihm eine

> in der Gründungsphase nach 1945 noch nicht manifeste( ), langfristig jedoch wirksame( ) Innovationsunfähigkeit der deutschnationalen Elite, sich durch Umgewichtung bzw. Adaptierung ihrer nationalen Leitideen eine ideologische Legitimität zu verschaffen, die auch unter den geänderten politischen und sozialen Verhältnissen der Zweiten Republik eine dauerhafte numerisch relevante Existenz gewährleistete.[329]

In der Folge nähere ich mich zunächst der Frage an, inwieweit Burschenschaften (in Österreich) als konservative Vereinigungen eingestuft werden können. Auf Basis dessen erörtere ich anhand konkreter, in burschenschaftlichen Kreisen geführter Debatten in drei chronologischen Phasen ihr Verhältnis zu Tradition und Fortschritt sowie den tatsächlichen Wandel, der sich dabei in der Zweiten Republik ergab (oder auch

327 Wie auch die Thematik der Heterogenität des Burschenschaftswesens ist auch jene seiner Wandlungsfähigkeit und -bereitschaft Gegenstand der gesamten Arbeit, wird im Sinne vertiefender Analyse jedoch im vorliegenden Abschnitt in den Fokus gerückt.

328 Teutonia 1968, 109 f. Vgl. dazu auch die Festschrift der *Alben* von 2005: Gegen den „unerträglichen Zeitgeist", verkündet dort Altherren-Obmann Armin Weiser, helfe bisweilen nur die Flucht in den Kreis des Bundes (Albia 2005, 4).

329 Stimmer 1997 (Band II), 1000. Stimmer erkennt in der Reformunfähig- bzw. -unwilligkeit eines der „langfristig existenzgefährdenden Probleme" des deutschnationalen Verbindungswesens in Österreich (vgl. ebd., 998–1000, Zitat: 998).

nicht). In weiterer Folge stehen die Gründe im Mittelpunkt des Interesses, die für das Ausbleiben von Wandel – ihm förderlichen Bedingungen zum Trotz – verantwortlich zu machen sind.

III.5.1 Burschenschaften zwischen Avantgarde und Reaktion

Vor jeder etwaigen Einstufung von Burschenschaften als konservativ wäre zu klären, worauf das damit unterstellte konservative Bedürfnis sich bezieht, was also konserviert werden soll – zumal die burschenschaftliche Geschichte sehr unterschiedliche Anknüpfungspunkte für Bezugnahmen liefert und einst fortschrittliche Forderungen sich durch dogmatische Handhabung im Zeitverlauf zu konservativen wandeln können.[330] Eine eindrückliche Illustration der Problematik liefert die Allgegenwart von Berufungen auf die ‚Urburschenschaft' in Auseinandersetzungen unter Burschenschaften nach 1945. Sowohl jene, die im Zuge der Nachkriegsrestauration an die burschenschaftliche Tradition bis 1933/1938 anknüpfen wollten, als sei der Nationalsozialismus nie gewesen, als auch jene (v.a. Bundesdeutschen), die einen Bruch mit dieser Traditionslinie suchten, riefen als Kronzeugin für den von ihnen propagierten Weg die Jenaer Einheitsburschenschaft von 1815 auf. Es lässt sich diesbezüglich vom Gegensatz zwischen *1938ern* und *1848ern* sprechen. Erstere erkannten im Erneuerungsbedürfnis der Gegenseite – insbesondere in der Infragestellung des sogenannten ‚volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes' hin zu einer staatsbezogenen Fassung von ‚Vaterland' – ein Abrücken vom urburschenschaftlichen Erbe. Letztere argumentierten dagegen, dass die Abwendung von diesem Erbe bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfolgt sei und gerade in ‚einseitig übersteigertem' Nationalismus bestanden habe, weshalb es gelte, auch den verschütteten liberalen Traditionssträngen der frühen Burschenbewegung bis 1848 wieder Geltung zu verschaffen.[331] Möglich waren beiderlei Bezugnahmen aufgrund der

330 Diese Mechanismen beschreibt auch Jürgen Hatzenbichler, wenn er ausführt, die völkischen Korporationen hätten sich im Laufe ihrer Geschichte „von revolutionären Verbindungen in konservativ [sic] bis reaktionäre gewandelt" (Hatzenbichler 1994, 283). Stimmer weist ergänzend darauf hin, dass Erstarrung immer wieder Gegenbewegungen innerhalb des Verbindungswesens auf den Plan rief, die schließlich im Zuge ihrer Etablierung bisweilen selbst neue Herausforderer heraufbeschworen (*Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7).

331 Als Beispiele für Anrufungen der Urburschenschaft durch *1938er* seien genannt: BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 2 f.; BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des ao. DBÖ-Tages 1961, 2; sowie Aldania 1994, 183. Für Anrufungen durch die *1848er* vgl. dagegen die *Germanenmitteilungen* vom Jänner 1964, 4 oder vom 15.12.1968, 4. Bisweilen wurde Rückbesinnung auf die Urburschenschaft auch lediglich im Sinne verstärkter politischer Aktivität gefordert – vgl. hierzu z.B. BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen und die Niederschrift des DB-Burschentages 1975, 42 bzw. 35; die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1978, 2 (selber Bestand); Oberösterreicher Germanen 1994, 34.

Widersprüchlichkeit der Jenaer Vereinigung, die etwa auch in den Reden des Wartburgfestes von 1817 zum Ausdruck kam.[332]

Scheichl zufolge hätten die Burschenschaften in Österreich den Übergang von einer subversiven zu einer „mehr oder minder konservative(n)", sozialen wie auch gedanklichen Umwälzungen eher ablehnend gegenüberstehenden Gruppe schon im 19. Jahrhundert vollzogen.[333] Dieser Wandel erklärt, weshalb ausgerechnet die Berufung auf die Anfänge der burschenschaftlichen Bewegung auch als Chiffre für den Wunsch nach Reform und Veränderung wahrgenommen werden konnte. „Wenn sich eine neugegründete Burschenschaft in Mitteldeutschland [der ehemaligen DDR, Anm. B.W.] zu dem Urburschenschaftlichen [sic] Prinzip bekennt (…), so wittern wir Konservativen in der DB sofort den Leichengeruch der Prinzipienlosigkeit"[334], vermerkte Gunther Pendl 1991 im internen Mitteilungsblatt seiner *Oberösterreicher Germanen.* Im Allgemeinen werden, wie hier von Pendl, als ‚konservativ' innerburschenschaftlich jene Kräfte bezeichnet, die einer grundlegenden Neuausrichtung nach 1945 scharf ablehnend gegenüberstanden, als ‚liberal' dagegen deren Gegenüber.[335] Die 1938er, denen die meisten österreichischen Bünde eindeutig und die restlichen zumindest der Tendenz nach zuzurechnen sind, nahmen den Konservatismusbegriff affirmativ auf, entsprach er doch ihrer Selbstwahrnehmung als Bewahrer der vermeintlich authentischen burschenschaftlichen Überlieferung. Gegenüber der nicht-burschenschaftlichen Umgebung aber ergänzten sie den Konservatismus mit Bezügen auf die rebellische Tradition der burschenschaftlichen Frühphase. Man sah sich als konservativ und subversiv zugleich[336], insofern man einerseits konservativen Ideen und Idealen anhing, sich andererseits aber als Opposition zu den politischen Verhältnissen der Zweiten Republik verstand. Freilich werden im Rahmen des vorliegenden Werks politische Einordnungen weder anhand von Selbstbezeichnungen noch anhand innerburschenschaftlicher Relationen vollzogen, sondern anhand politisch-ideologischer Merkmale im Kontext spezifischer gesellschaftlicher Umweltbedingungen. Die 1938er erscheinen anhand dieser Kriterien als völkisch-fundamentalistisch bzw. (wie in weiten Teilen der korporati-

332 Vgl. Schäfer 1996, hier v.a. 23–32.

333 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 16.

334 Zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 166.

335 Vgl. etwa die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 5–6/1990, 75. Diese Gegenüberstellung entspricht der ursprünglichen und im angelsächsischen Raum noch heute gültigen Bestimmung von konservativ als Gegenbegriff zu liberal – wobei auch der ‚konservativ'-burschenschaftlichen Strömung liberale Traditionsstränge, wie auch immer verschüttet, eingeschrieben sind.

336 Vgl. die Selbstdarstellungsschrift der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 20) oder die teilweise offenen Bezugnahmen auf die ‚konservativen Revolutionäre' der Weimarer Republik und (in Anknüpfung daran) das strategische Konzept der ‚Neuen Rechten' (Kapitel IV.2.7). Als „(w)ertkonservativ (…), aber systemrevolutionär" wollte Hatzenbichler die völkischen Korporationen positioniert sehen (Hatzenbichler 1994, 284).

onskritischen Publizistik) als rechtsextrem, die vermeintlichen Liberalen als die eigentlichen Konservativen.

Diese politisch-ideologische Einordnung steht keineswegs im Widerspruch zur Benennung konservativer Aspekte burschenschaftlicher Theorie und Praxis, zumal ich Rechtsextremismus als Zuspitzung des Konservativen verstehe (vgl. Kapitel I.5). Nicht zu leugnen, wenn auch von Bund zu Bund unterschiedlich stark ausgeprägt, ist zum Ersten der burschenschaftliche Strukturkonservatismus (bund- und verbandsinterne Hierarchien, Entscheidungs- und Ämterstrukturen, Brauchtum, Soziolekt usw.), der an dieser Stelle allerdings von nachrangigem Interesse ist. Dem Strukturkonservatismus entspricht zum Zweiten auch ein Konservatismus auf der Werteebene. Auf das nicht notwendig vollständige, doch aber tendenzielle Deckungsverhältnis der beiden respektive die wechselseitige Verstärkung eines Rigorismus in Brauchtums- und ideologischen Fragen sowie im Männlichkeitsbild wurde in Abschnitt III.4.2 bereits hingewiesen. Das burschenschaftliche Wertesystem, von der Trias ‚Ehre, Freiheit, Vaterland' über ‚Wehrhaftigkeit' als ultimativer Ausweis von Männlichkeit bis hin zum burschenschaftlichen Familienbild, folgt in Österreich nach wie vor unverkennbar Vorbildern aus dem 19. Jahrhundert. So sehr der zuvor angesprochene Erbstreit um die Urburschenschaft unterstreicht, dass Begriffe wie ‚Vaterland' einer näheren Exegese bedürfen und daher fortwährender Neuverhandlung unterliegen (können), so sehr belegt er auch die grundsätzlich konservative Disposition seiner Akteure. Wo in ideologischen Debatten der Verweis auf 1815 als Königsargument dient, die Berechtigung einer Position zu untermauern (und nicht etwa, um eine Position der Gegenseite als Anachronismus auszuweisen), steht Traditionsbewusstsein auch auf einer inhaltlichen Ebene augenscheinlich hoch im Kurs. Dass jedenfalls *Olympia* Wien ihre Grundsätze per Satzung mit demselben Quorum abgesichert hat, das für eine Selbstauflösung benötigt wird, unterstreicht das Ausmaß der fundamentalistisch-burschenschaftlichen Angst vor ‚Aufweichung' oder ‚Verfälschung'.[337]

Den Wertkonservatismus als Allgemeinmerkmal des völkischen Korporationswesens in Österreich illustriert eine Erläuterung des *Österreichischen Pennäler-Rings* (ÖPR). Ihr zufolge würde „der eine Burschenschafter" die Frage, ob er sich als konservativ verstehe, „sofort bejahen, der nächste würde das vielleicht empört von sich weisen". Übereinstimmung herrsche im ÖPR jedenfalls darüber, dass man sich positiv auf „konservative Werte" wie „Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Leistung, Verantwortungsgefühl, Ritterlichkeit" beziehe. Keinen Konsens gäbe es darüber, ob man sich auch als „‚politisch konservativ'" verstehe.[338] Auf die Ebene der akademischen Burschenschaften (in Österreich) zurückkehrend lässt sich ein konservativer Grundkonsens feststellen, auf

337 Vgl. DÖW, Olympia 2006, 5.

338 http://www.oepr.at/faq (letzter Zugriff am 30.1.2013).

Basis dessen manche Debatte, die sich in der DB über Jahrzehnte hinzog, gar nicht erst zustande kam – so etwa jene über die Aufnahme von Zivildienern in Burschenschaften (welche die Österreicher unter Berufung auf das Prinzip der ‚Wehrhaftigkeit' ablehnten).[339] Auch ein Sigurd Scheichl wollte, trotz seines Plädoyers für Gegenwarts- und Zukunftsorientierung, die ‚freiheitlichen' Akademiker als „konservative Gruppe" im Sinne eines „aufgeklärte(n) Konservativismus" positionieren.[340] Ebenso sahen die *Oberösterreicher Germanen* als reformorientiertes Aushängeschild der Österreicher sich als Teil der „Konservativen" innerhalb der DB und kritisierten den „merklichen Traditionsbruch" dortselbst.[341]

Über die Beschwörung von Standhaftigkeit (bzw. auf Ideologie gemünzt: Grundsatztreue) schienen die Österreicher den Wertkonservatismus selbst zum Wert zu erheben. Nicht nur auf Mensur, sondern auch in der geistigen Auseinandersetzung in den eigenen Reihen und mit der Außenwelt sollte es kein Aus- und Abweichen geben. „Auf daß trotz schnödem Weltendrang,/Nicht wanken wir, noch weichen", heißt es bereits in dem aus den 1870er-Jahren stammenden Farbenlied der Wiener *Arminia*.[342] Die vorgebliche Erhabenheit über die Entwicklungen der eigenen Umwelt wurde dementsprechend nicht als Sturheit oder Reformunfähigkeit problematisiert, sondern als positives Attribut des Burschenschaftswesens im Sinne von Charakterfestigkeit und Erhabenheit über ‚zeitgeistige' Strömungen verbucht. Über 100 Jahre hinweg hätten die Burschenschaften „den Charakterlosigkeiten eines alle 10 Jahre wechselnden Zeitgeistes stets den Trotz ihrer burschenschaftlichen Gesinnung entgegengesetzt" und würden es „auch in Zukunft so halten", verkündete der *Liberte* Peitler 1960.[343] Bei den *Obergermanen* warnte Herbert Schuller vor der „Gefahr der Verfälschung unserer Ethik, insbesondere dann, wenn sich ihre Träger an gesellschaftliche Tendenzen und Booms gedankenlos anpassen".[344] Dass die Abwehr von Veränderung nicht bzw. nicht gänzlich selbstzweckhaft betrieben wurde, suggeriert eine Einschätzung der DBÖ aus den 1990er-Jahren: „Nur das unerschütterliche Festhalten an ihren Grundsätzen" habe den Burschenschaften „ein derart langes Bestehen wider alle [sic] Anfeindungen des Zeit-

339 Vgl. zur Behandlung dieser Frage in der DB der 1970er-Jahre Kuhn 2002, 135–138 und 140–142; zur BG-Position einschließlich argumentativer Bemühung der Urburschenschaft vgl. ebd., 62 f. Keine (über zugängliche Quellen nachweisbare) Debatte gab es auf österreichischer Ebene auch über eine etwaige Abgrenzung ‚nach rechts' (zur einschlägigen DB-Diskussion vgl. ebd., 63 f., 137, 143 f.).

340 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 18 f.

341 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 166 bzw. 30.

342 Zit. n. Libertas 1967, 375. *Arminia* hatte sich 1874 von *Libertas* abgespalten und ging 1951 wieder in ihr auf (vgl. Krause 2007, 239).

343 Zit. in Libertas 1967, 254. Vgl. für ein sehr ähnliches Beispiel BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des ADC- und Altherrentages 1959, 3.

344 Oberösterreicher Germanen 1994, 114.

geistes" ermöglicht. Standhaftigkeit erscheint in dieser Sicht als Existenzbedingung der Burschenschaften als solche.[345]

Die wertkonservative Haltung der Burschenschaften wurzelt nicht zuletzt im gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Burschenschaftswesen voll erfassenden Unbehagen an der Moderne. Zur Beschwörung bestimmter ‚ewiger' Werte (wobei ‚Vaterland' die ‚Freiheit', insbesondere in deren individualistischer Auslegung, immer stärker in den Hintergrund drängte) gesellte sich ein ausgeprägter Kulturkonservatismus, welcher wiederum mit kulturellem Pessimismus einherging. So berichtet die *Teutonen*-Chronik von 1968, dass der Burschenconvent 1920 „(g)egen gewisse, von fremdvölkischer Seite eingeführte Extravaganzen, z. B. das aufkommende sogenannte moderne Tanzen, (...) energisch Stellung genommen" habe.[346] Dass die folgenden Jahrzehnte wenig Veränderung brachten, deutet Scheichl in seiner Rede von 1966 an, indem er das Verhältnis der ‚freiheitlichen' Akademikerschaft „zu moderner Kunst und moderner Literatur" kritisiert: „(D)eren Streben nach der geistigen Bewältigung einer neuen Welt durch neue Formen" werde „von vielen immer noch pauschal als ‚Entartung' abgetan". Diese Haltung sei „in unserem Kreis geradezu die offizielle".[347] Die DBÖ-Festschrift von 1959 konnte erst nach erheblichen Schwierigkeiten realisiert werden, „eine Druckerei zu finden, die noch in alter deutscher Fraktur setzt" – und bei den *Aldanen* löste die Weigerung von Schriftwart Rainer Pawkowicz, die Protokolle der Burschenconvente (in *Aldanen*-Terminologie: Burschenthinge) „in der traditionellen Kurrentschrift" abzufassen, eine „Krise" aus, die in der Amtsenthebung des Modernisierers gipfelte.[348]

Dass Wert- und Kulturkonservatismus sowie darauf aufbauende Feindbildbestimmungen den völkischen Korporationen – verstärkt v. a. ab 1990 – den Brückenschlag zum katholisch-konservativen Spektrum erleichterten (oder Erstere dies zumindest hofften), sei an dieser Stelle nur beiläufig erwähnt.[349] Mit diesen Kreisen teilten die Burschenschaften Österreichs nach 1945 auch einen gewissen bürgerlich-konservati-

345 AVSt, DBÖ 1994, 3.

346 Teutonia 1968, 76.

347 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 7 (Herv. i. O.). Mit dieser Identifikation einer quasi-offiziellen Linie beschreibt Scheichl, was von mir als dominante bzw. hegemoniale Meinung bezeichnet wird: einen von *Meinungsführern* verfochtenen, am Zentralorgan *(Aula)* ablesbaren und von Nonkonformisten wie Scheichl als repressiv empfundenen burschenschaftlichen Mainstream (vgl. die Abschnitte III.2.1 und III.2.3).

348 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des ADC- und Altherrentages 1959, 3 bzw. Aldania 1994, 195.

349 Die Ausarbeitung dieses Verhältnisses muss künftigen Arbeiten vorbehalten bleiben. Vgl. exemplarisch Andreas Mölzers Bestimmung des „gemeinsamen Gegner(s) der Katholisch-Konservativen und der National-Liberalen", nämlich der „Homosexuellen-Ehe und d(er) multikulturellen Workshops in den Schulen" (zit. n. Gassner/Zellhofer 1994, 101), oder die Untertitelung der von Mölzer gegründeten Wochenzeitung *Zur Zeit* als „die konservative Wochenzeitung für Österreich".

ven Habitus. Provozierten die frühen Burschenschafter noch mit langem Haar und deutscher Tracht, fielen sie nicht erst in der Zweiten Republik in Umgangsformen, Stil und Auftreten eher durch „hochbürgerliche(s), (…) geradezu überkultivierte(s)“[350] Verhalten auf. Ihr ausgesprochen affirmatives Verhältnis zu den Konventionen der ‚gehobenen Gesellschaft‘ (die ihrerseits die Gebräuche eben jenes Adels imitierte, in dessen Herausforderung die frühe Burschenschaftsbewegung ihren Daseinszweck erblickt hatte) dokumentierten sie etwa mit Einladungskarten, die „Euer Hochwohlgeboren“ adressierten.[351]

Gesellschaftlicher Fortschritt und burschenschaftliche Reform

Vor dem Hintergrund ihrer konservativen Grundprägung standen die Burschenschaften in Österreich der Idee von Fortschritt im Untersuchungszeitraum stets reserviert gegenüber.[352] Positiv auf Fortschritt bezog man sich vorrangig in historischen Abhandlungen (fortschrittliche Burschenschafter gegen reaktionäre Fürsten[353], fortschrittliche Nationalsozialisten [sic] gegen reaktionäre Katholiken[354]). Selbst dort, wo eine geistige Avantgardefunktion der Burschenschaften für die Gesamtgesellschaft reklamiert wurde, blieben die eigenen ideologischen Kernbestände unangetastet.[355] Selten wurde, wie von einem AH *Gothias* zu deren 95. Stiftungsfest, in Bezug auf die Burschenschaften selbst vor „Erstarrung“ gewarnt und gefordert, „der Form neuen Inhalt (zu) geben“[356] – populärer war die umgekehrte Formel, „(i)mmer aufs Neue eine Form zu schaffen, welche der Idee nachkommt“[357]. Dieses Ansinnen blieb insofern prekär, als, wie im Laufe dieses Unterkapitals III.5 noch gezeigt werden wird, selbst Änderungen an den äußeren Formen auf großen Widerstand stießen.

Der Standpunkt, die burschenschaftlichen Werte für zeitlos zu erklären, stellte in der Zweiten Republik die Standardreaktion auf schon früh auftretende Verdächtigun-

350 So Mölzers Charakterisierung des Publikums am Ball des *Wiener Korporations-Rings* (WKR) (http://andreasmoelzer.wordpress.com/2011/01/31/rechts-walzer, Blogeintrag vom 31.1.2011).

351 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Ehrenkarte für den Festkommers des ADC-Tages 1958 bzw. Einladung zu den Festveranstaltungen des ADC-Tages 1959.

352 Für ein besonders drastisches, im Inhalt jedoch nicht untypisches Beispiel burschenschaftlicher Fortschrittsfeindlichkeit vgl. die Einlassungen von Gustav Jonak in den *Germanenmitteilungen*, Februar 1973, 1–5, hier: 4 f. Für ein seltenes Beispiel einer Selbstbezeichnung als fortschrittlich jenseits rein historischer Bezüge vgl. http://stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=15&Itemid=17.

353 Vgl. etwa Aldania 1994, 10 f., 19, 21; Wagner 2009, 41 bzw. 42.

354 Vgl. Aldania 1994, 133 und 231; Alemannia 1962, 19.

355 Vgl. Steiner 1974, 13 und Oberösterreicher Germanen 1994, 176.

356 BAK, DB 9, I. Wien, Gothia, Bericht über das Sommersemester 1956, 1.

357 Memorandum der Oberösterreicher Germanen an alle DBÖ-Bünde von 1967, wiedergegeben in Oberösterreicher Germanen 1967, 166; vgl. auch ebd., 32.

gen der Burschenschaften als fortschrittsfeindlich, ‚ewiggestrig' oder reformunfähig dar.[358] Er löste zwar nicht das Problem der Interpretationsbedürftigkeit der beschworenen Ideale, diente jedoch der Selbstvergewisserung und bot eine Möglichkeit, sich in Zeiten gesellschaftlicher Modernisierung positiv auf diese (als abstrakte Idee) beziehen zu können, ohne sie (als konkreten Vorgang) mit vollziehen zu müssen. Forderungen nach innerburschenschaftlicher Reform finden sich in den Quellen in aller Regel als bloße Plädoyers dafür, die überzeitlich gültigen Grundsätze an sich ändernde Zeiten zu adaptieren.[359] Die Realisierung auch dieses Vorhabens wurde nicht unwesentlich dadurch behindert, dass so mancher schon in der Forderung nach bloßer Reinterpretation von Grundsätzen „den Keim zum Verrat (zu) erblicken" vermochte.[360] Ohnehin ließen die Bekenntnisse, eine „Synthese aus Tradition und den Anforderungen unserer Zeit" anzustreben[361], die Sichtweise unbeschadet, dass letztlich nicht Burschenschaften der gesellschaftlichen Entwicklung zu folgen hätten, sondern vielmehr die gesellschaftliche Realität mit burschenschaftlichen Vorstellungen in Einklang zu bringen sei.

III.5.2 Die Restaurationsphase: weiter (fast) wie bisher[362]

Nach Beurteilung des *Oberösterreicher Germanen* Ernst Truckenthanner hätten die Burschenschaften in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg

> versucht, dort anzuknüpfen, wo es [1938, Anm. B.W.] geendet hatte. Man übersah, daß man inzwischen das Jahr 1952 schrieb. Tiefgreifende Veränderungen auf allen Gebieten hatten sich ergeben, denen Rechnung zu tragen Aufgabe der Burschenschaft gewesen wäre. Doch nichts dergleichen geschah. Die Burschenschaft erwies sich (…) als geistig unbeweglich. Sie zog sich immer weiter in ihre Abkapselung zurück[363].

---

358 Als Beispiel für die burschenschaftliche Wahrnehmung dieser Stigmatisierung vgl. z. B. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 6 zur Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 5; zur Reaktion mustergültig (wenn auch bundesdeutscher Urheberschaft) die Broschüre AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961 (S. 2, 7 und 14).

359 Vgl. z.B. AVSt, DBÖ-Flugblatt 1977 oder das Bekenntnis der *Oberösterreicher Germanen* zu „Erneuerungsfreudigkeit" und „Fortschrittlichkeit innerhalb unserer burschenschaftlichen Idee" (Oberösterreicher Germanen 1967, 169). Verschiedentlich wird die angesprochene Adaptierung sogar als burschenschaftliche Aufgabe ausgewiesen (vgl. ebd., 168; BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 5 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 1; Steiner 1974, 11 und 13).

360 Oberösterreicher Germanen 1967, 168.

361 http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns.

362 Vgl. zu diesem Unterabschnitt auch Kapitel II.3.1.

363 Oberösterreicher Germanen 1967, 161.

Zwar berichten die Quellen für die Phase der Wiedererrichtung der Korporationen verschiedentlich durchaus von Diskussionen über die Frage, wie weitgehend man an die Vorkriegstradition anknüpfen wolle und welche Anpassungen an die veränderten Bedingungen notwendig seien.[364] Als typisch für den Ausgang dieser Debatten ist allerdings das Beispiel von *Alemannia* Wien anzusehen: Deren Festschrift von 1962 sieht Zweifel, „ob unsere Formen des akademischen Lebens, unsere Ziele veraltert [sic] sind", als inzwischen ausgeräumt.[365] Vor diesem Hintergrund fielen auch Veränderungsvorschläge auf wenig fruchtbaren Boden. Selbst die Forderungen eines burschenschaftlichen *Meinungsführers* wie Günther Berka, der – vgl. Abschnitt III.1.1 – früh u.a. für ein Zurückfahren der verbindungsstudentischen Verbändestrukturen, Repräsentationspflichten und Comment-Regeln plädiert hatte, blieben in ihrer Mehrzahl vorerst ohne Auswirkungen. Ein 1956 von o im ADC vorgeschlagenes Bündel an Reformen wurde – obwohl ohnehin v.a. organisatorischer Natur – in Bausch und Bogen abgelehnt, v.a. die Grazer Bünde stellten sich fast geschlossen dagegen.[366]

Tatsächlich vorgenommene Reformen nennt die *Liberten*-Chronik, erwähnt dabei aber keinerlei ideologische Innovationen, sondern Maßnahmen wie die Einschränkung des Paukbetriebs (d.h. des Fechttrainings), das Vorgehen „(g)egen Alkoholmißbrauch" und die Abschaffung des ‚Biercomments' (als Regelwerk für den ritualisierten, kollektiven Alkoholmissbrauch).[367] *Teutonen*-Chronist Mühlwerth führt dagegen als Themen für Reformdiskussionen neben Biercomment und Duellwesen auch das Verhältnis zum ÖCV und die „Judenfrage" an.[368] Die am schwersten wiegenden Reformen auf programmatischer Ebene stellten zweifellos das Arrangement mit der österreichischen Eigenstaatlichkeit (nicht aber mit der österreichischen Nation)[369] und – damit zusammenhängend – die Hinwendung zu Europa dar. Scheichl fand in seiner Linzer Rede dazu treffende Worte: Die ‚freiheitlichen' Akademiker hätten sich nach 1945 zur österreichischen Eigenstaatlichkeit bekannt, wenn auch mehr als „notwendige Konzession an die Zeit" denn als Ergebnis „radikaler" Reflexion.[370]

364 Vgl. z.B. die *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 4; Oberösterreicher Germanen 1967, 125; Lindinger 2009, 73.

365 Alemannia 1962, 2.

366 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 8–11.

367 Libertas 1967, 51 bzw. 57f.

368 Teutonia 1968, 111–113. In letzterer Hinsicht fordert Mühlwerth, man müsse „vernünftiger" werden: Dass „das Judentum eine biologische, kulturelle und wirtschaftliche Gefahr für unser Volk bildet", sei „(k)eine Frage", doch die Mittel der Vergangenheit zur Abwehr dieser Gefahr hätten sich als untauglich erwiesen (ebd., 113).

369 Vgl. etwa Libertas 1967, 108f. oder die Würdigung der völkischen Verbindungen für ihre „Einsicht" in das Ende des großdeutschen Traumes durch Ex-FPÖ-Obmann Friedrich Peter (Peter 1998, 140f.).

370 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 9. Berka vermochte der „staatlichen Selbständigkeit Österreichs" sogar einen Sinn – nämlich „ihre Bedeutung für die deutsche Mitte in der Abwehr des Bolschewismus" – abzuringen (paraphrasiert in Libertas 1967, 109).

Europa wiederum lieferte völkischen Kreisen in Deutschland und Österreich nach 1945 in mehrerlei Hinsicht eine tatsächliche politische Perspektive: Zum Ersten erschien ihnen Deutschland und mit ihm der gesamte Kontinent eingekeilt zwischen „brutaler Diktatur des Ostens und westlicher Kulturverseuchung durch fremdartig beherrschten [sic] Amerikanismus" – eine doppelte Bedrohung, der man durch ein starkes, geeintes Europa begegnen wollte.[371] Zum Zweiten schien deutsche Größe und Weltgeltung nach zwei verlorenen Aggressionskriegen en suite nur über den Umweg des europäischen Einigungsprojektes – bei dem Deutschland eine Führungsrolle einnehmen sollte und, so hoffte man, auch „verlorenes neu wieder erlangen" könnte – möglich.[372] Zum Dritten erkannte man in Europa eine Möglichkeit, die nach 1945 noch höchst mögliche Integration Österreichs und Deutschlands zu realisieren. Dementsprechend ergänzte Karl Claus, ein langjähriger ADC- und DBÖ-Funktionär, sein Bekenntnis zur „volle(n) Anerkennung staatlicher Grenzen" mit dem Hinweis: „Eine Chance diese Grenzen zu lockern oder gar zu beseitigen besteht nur in einem vereinten Europa. Zu gegebener Zeit wäre daher der Vaterlandsbegriff auf ein richtig verstandenes Europa zu erweitern und nicht auf den Staat zu verengen."[373] Ein ‚richtig verstandenes' Europa im Sinne Claus' bedeutete ein ‚Europa der Vaterländer' bzw. ein Europa „auf völkischer Basis", in dem kulturelle Eigenheiten und Identitäten weniger aufgelöst als vielmehr „an den Nachbarn verifizier(t)" würden.[374] Besonderen politischen Scharfsinn in Europafragen bewiesen die Brüder Gidl der Innsbrucker *Germanen*. Während der eine, Wolfgang, 1964 über Vorteile „für die Nachwuchswerbund [sic]" räsonierte, „wenn wir das vereinte Europa an unsere Fahnen heften", mahnte der zweite, Karl-Heinz, „behutsam(es)" Vorgehen von deutscher Seite bei der europäischen Integration ein:

371 Teutonia 1968, 110. Vgl. auch Alemannia 1962, 28 zur europäischen „Notgemeinschaft", bei deren Auflösung der „völlige( ) Untergang" drohe, sowie die Worte Anton Reinthallers als FPÖ-Obmann: „Wir sind uns (…) bewußt, daß der nationale Gedanke eine Ausweitung auf das Europäische erfahren hat. Zwischen den Weltmächten vermögen die europäischen Völker nur zu bestehen, wenn sie sich zusammenschließen." (Zit. in FPÖ 1991, 22)

372 Alemannia 1962, 28. Demnach könne die europäische Gemeinschaft nur als gerechte bestehen, die „dem Deutschen das gibt, was ihm gebürht [sic]". Vgl. auch das Referat Wolfgang Lindingers (*Germania* Innsbruck) am ADC-Schulungskurs 1958 (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Beilage zum ADC-Rundschreiben Nr. 3 [Alemannia] vom November 1958, 4).

373 BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ vom 10.6.1960, 3. Noch 1992 befürchteten die *Oberösterreicher Germanen,* dass es „dem Austriazismus wieder Auftrieb geben" könnte, wenn „Österreich als einziger Teil des Deutschen Volkes nicht bei der EG wäre" (Oberösterreicher Germanen 1994, 178).

374 *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 7 bzw. Oberösterreicher Germanen 1994, 178. Zum ‚Europa der Vaterländer' vgl. etwa auch BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1973, 31 f. Die Oppositionshaltung der völkisch-fundamentalistischen Burschenschaften gegen das tatsächlich realisierte Europa dokumentiert z.B. der Aufruf der BG zum Boykott der Europawahlen 1984 (vgl. Kuhn 2002, 85).

„(D)amit es von anderen Völkern nicht heißt, das was wir durch zwei Kriege nicht erreicht hätten, erreichen wir nun auf kaltem Wege, nur unter anderer Fahne."[375]

Weder die pragmatische Ratifizierung der staatlichen Souveränität Österreichs noch die strategische Orientierung auf Europa rührten an den Kernbeständen burschenschaftlicher Ideologie. Insbesondere blieb das Primat des völkischen Gedankens unangetastet, wie auch Stimmer andeutet:

> Die kompromißlose Festhaltung [sic] an der Idee von Österreich als ‚deutschem Staat' mit einer durch die enge kulturelle Verbindung mit der deutschen Gesamtnation zu erfüllenden besonderen europäischen Vermittlerfunktion und die konsequente Negierung einer eigenen österreichischen Nation bildeten die nur um die Anschlußforderung bereinigten gemeinsamen politischen Leitideen aller sich nach 1945 wieder reaktivierenden nationalen Korporationen und Vereine.[376]

Die geringe Reichweite burschenschaftlicher Reformen in Österreich nach 1945 verwundert nicht angesichts des teils offenkundigen Simulationscharakters der ihnen zugrunde liegenden ‚Selbstreflexion'. Pars pro toto für die Vorstellung, die fundamentalistische Kreise innerhalb der Burschenschaften sich von selbstkritischer Einkehr machten, sei der Oberösterreicher Fred Duswald (*Danubia* München) zitiert:

> Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn am Neubeginn burschenschaftlichen Wirkens die vorhandene geistige Substanz unserer studentischen Bewegung gründlich überprüft wird. Das burschenschaftliche Gedankengut ist jedoch von zeitloser Gültigkeit und muß daher unangetastet bleiben.[377]

Kategorischen Bewahrern wie Duswald standen Kräfte gegenüber, die einen teils auch ideologischen Neuanfang durchaus befürworteten. Diese argwöhnten – wie die Geschichte zeigen sollte, nicht zu Unrecht – dass ein Eintritt der Österreicher in ihren Dachverband den dort begonnenen Reformprozess zunichtemachen würde. Während die DB sich nach 1945 „sehr kritisch mit ihrer und der deutschen jüngsten Vergangenheit auseinandergesetzt" habe, hätten die Burschenschaften in Österreich „im wesentlichen die Gedanken der Vorkriegszeit als dogmatische Leitsetzung übernommen", schrieben die Bonner *Alemannen* Wolfdieter Küttner und Dietmar Poetter 1960. Die „dogmati-

375 *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 6 bzw. 7.

376 Stimmer 1997 (Band II), 1000. Neben dem Deutschnationalismus hätten die völkischen Verbindungen auch einen – wenn auch „nicht mehr programmatisch artikulierten" – Antisemitismus, das Prinzip der unbedingten Satisfaktion und die Mensur beibehalten (ebd., 1001).

377 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 6. Vgl. ähnlich Günther Berka in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 10 oder PBW, Berka 1964, 3 f.

sche Haltung der österreichischen Burschenschaften gerade in den Fragen, die für uns am brennendsten sind", würde „eine kritische Überprüfung des übernommenen Gedankenguts erschwer(en), wenn nicht verhinder(n). Das geistige Leben in der Deutschen Burschenschaft und ihre fruchtbare Nachkriegsentwicklung würde [sic] einen schweren Rückschlag erleiden."[378] Umgekehrt riefen die reformatorischen Anwandlungen von BRD-Burschenschaftern bei den österreichischen Bünden immer wieder Entrüstung oder zumindest Unverständnis hervor. Anstatt den Reforminitiativen alternative Innovationen entgegenzusetzen („Wozu auch?", so der *Brixe* Hans Öhlinger 2001[379]), gefielen die Österreicher sich in ihrer seit der Bismarck'schen Reichsgründung eingeübten Selbstwahrnehmung als ‚bessere Deutsche' und Bewahrer der burschenschaftlichen Überlieferung vor jeglicher Verfälschung.[380] Auf DB-Ebene bedeutete dies etwa, den von ihnen konstatierten Links- bzw. Modernisierungstendenzen mancher Burschenschaften unter Zuhilfenahme des Verbandsprinzips des ‚Selbstausschlusses bei der Aufgabe von Grundsätzen' einen Riegel vorzuschieben. Diese „im deutschen Vereinsrecht wenn nicht einmalig(e), so doch ungewöhnlich(e)" Konstruktion erlaubte es, nicht linientreue Bünde ohne viel Federlesens aus dem Verband zu bugsieren.[381] Das

378 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 24/1960 (Vorort Bremen), 8. Ganz ähnlich äußerte sich zeitgleich Erich Vogel (*Vineta* Heidelberg) und verwies dabei insbesondere auf die österreichische „Überbetonung des volklichen Prinzips" (ebd., 9). Kurt Müller (*Arminia* Würzburg) äußerte Verständnis für die Österreicher, wollte deren Aufnahme jedoch nicht das „Zukunftsprogramm" der DB geopfert sehen, das „die Lehre einer schmerzlichen Vergangenheit" widerspiegle (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961 [Vorort Bremen], 5). Vgl. ferner Stimmers Urteil über den „geringe(n) Reflexionsgrad" der völkischen Verbindungen in Österreich im Vergleich mit den bundesdeutschen (Stimmer 1997, Band II, 1002).

379 Brixia 2001, 47.

380 Am eindrucksvollsten demonstrierten dies *Albia* Wien, die 1968 aus der BG – dem häufig als rechtsextrem, jedenfalls aber als konservativste Fraktion im Rahmen der DB angesehenen Zusammenschluss – austrat, da ihrer Meinung nach „deren Anschauungen schon ganz verwässert waren" (Albia 2005, 19) sowie *Arminia Czernowitz* zu Linz, die ihr mit ähnlicher Begründung gar nicht erst beitrat (*Arminenbrief,* [mutmaßlich] Sommersemester 1995, 3). Über den austro-burschenschaftlichen „Drang, die Österreicher als die besseren Deutschen herauszustreichen", äußerte sich Gugerbauer in seinem Bericht über den Vorsitz der *Oberösterreicher Germanen* in der DB 1974/75: Dieses Bedürfnis nehme zwar in seinem Bund „nicht so betont ‚zwanglose' Formen an wie im Ostmarkenkartell [*Silesia, Stiria, Suevia,* Anm. B.W.]. Doch zumindest unterbewußt spielte der Wunsch mit, die in Westdeutschland gängige Vorstellung vom schwerfälligen, mit einem schlecht sitzenden Salonsteirer uniformierten Alpenländer zu unterlaufen." (Oberösterreicher Germanen 1994, 66)

381 Schmidt 2000, 11. Burschenschafter Schmidt weist auch darauf hin, dass die Klausel dem eines Grundsatzverstoßes verdächtigten Bund „keine wirkliche Chance" einräume, „sich zu verteidigen" (ebd.). Ein Vorstoß liberalerer bundesdeutscher Bünde gegen die Klausel in dieser Form scheiterte 1978: Da die Einheit des Dachverbandes in „erheblichem und kaum noch reparablem Maße (…) gefährdet" sei, sei „unbedingte Verbandstreue" und eine „kompromißlose Einhaltung der Verfassung" durch alle Bünde unabdingbar, so die BG in ihrer Reaktion auf das Begehren (zit. ebd., 10, Herv. entf.).

Zutrauen der Österreicher in ihre eigene Auslegung der burschenschaftlichen Idee blieb auch in den folgenden Jahrzehnten ungebrochen.[382]

III.5.3 Die 1960er-Jahre: Weckrufe und Reformanläufe

Vor dem Hintergrund der eben beschriebenen Bunkermentalität sorgten die *Oberösterreicher Germanen* 1963 für einen Paukenschlag: Am DBÖ-Tag stellten sie einen scharf formulierten Antrag, der eine Bestandsaufnahme burschenschaftlicher Praxis in Österreich enthielt und dieser „geradezu reaktionären Charakter" unterstellte, da sie sich weitgehend in „reine(n) Vereinsaufgaben" erschöpfe.[383]

> Mit Recht beklagen sich viele verantwortungsbewußte Burschenschafter über eine Erstarrung des burschenschaftlichen Lebens. Statt Wissenschaftlichkeit und weltoffenen Denkens macht sich ein geradezu reaktionäres Denken in der Burschenschaft breit. Emotionelles Denken und damit Mystifizierung überholter Begriffe verhindern das Ausbrechen aus einem Elfenbeinturm, den zu verlassen die Burschenschaft nach Wiedergründung 1945 nicht den Weg (und den Mut) gefunden hat. Der Gehalt der burschenschaftlichen Ideale ist dringend zu aktualisieren und viele Dogmen zu erkennen und ihrer Scheinargumentation zu entkleiden. Dazu ist es notwendig, losgelöst von jeder nationalistischen Romantik, die nüchterne nationale Aufgabe der Burschenschaft wieder zu erkennen, und unsere Arbeit darauf zu konzentrieren.[384]

Basierend auf dieser Bestandsaufnahme forderten die *Obergermanen* eine Debatte darüber, „wie das erstarrte burschenschaftliche Denken und damit die Burschenschaft aus ihrem Ghetto herausgeführt werden kann".[385] Zu diesem Zweck sollten eigene Diskussionsrunden stattfinden, deren Teilnehmer von der Vertretung von Bundmeinungen zu entbinden wären, um losgelöst von interkorporativen Prestigeerwägungen „frei ihre eigenen Gedanken" zu äußern.[386] Die *Oberösterreicher* orteten also einen Missstand im üblichen Delegiertenprinzip, das nur die Artikulation zuvor im Bund abgestimmter Meinungen erlaubte und so Minderheitsmeinungen marginalisierte, sowie in der Scheu der Bünde, als Erster unorthodoxe Meinungen offen zu äußern.

Unter Berücksichtigung seiner Form als im Rahmen der DBÖ gestellter Antrag stellt dieses Dokument das schonungsloseste Beispiel burschenschaftlicher Selbstkritik aus Österreich im gesamten Quellenmaterial dar. Als solches unterstreicht es sowohl die Erstarrung des Burschenschaftswesens hierzulande als auch den Umstand,

382 Vgl. dazu etwa Kuhn 2002, 84.
383 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 4.
384 Ebd., 5.
385 Ebd., 4.
386 Ebd., 5.

dass diese von manchen – dem Antrag zufolge sogar von „viele(n) verantwortungsbewußte(n) Burschenschafter(n)" – nicht gutgeheißen wurde.[387] Darauf deutet auch der Umstand hin, dass der Antrag (dem Protokoll des DBÖ-Tages nach zu schließen) keinen inhaltlichen Widerspruch hervorrief und jedenfalls in Teilen auch Unterstützung fand.[388] Einstimmig (!) beschlossen wurde schließlich ein von den *Obergermanen* gemeinsam mit *Marcho Teutonia* und *Carniola* Graz eingebrachter Alternativantrag, wonach über das folgende Studienjahr auf lokaler Ebene erörtert werden sollte, „ob und inwieweit burschenschaftliches Gedankengut überprüft und gegebenenfalls geändert werden soll". Die Ergebnisse dieser Debatten sollten schließlich vor dem DBÖ-Tag 1964 auf Verbandsebene zusammengeführt werden.[389]

Dies geschah auch tatsächlich: Am 30. April 1964 trafen die Delegierten der DBÖ-Bünde zur Reform-Arbeitstagung im Salzburger Sternbräu zusammen. Doch schon die Gliederung der zu behandelnden Materien durch den Verhandlungsleiter machte klar, dass keine Revolution auf der Tagesordnung stand: „unbedingte Genugtuung", „Schlägerfechten", „Hochschulpolitik" und „Sonstiges" lauteten die Themenbereiche. Problemstellungen wie das Verhältnis der Burschenschaften zum Nationalsozialismus, die Aktualität bzw. Aktualisierung völkischen Denkens, die Positionierung der Burschenschaften zu politischen Parteien oder sonstige im engeren Sinn politisch-ideologische Fragen wurden somit gar nicht erst angegangen. Die ersten beiden Tagesordnungspunkte wurden praktisch ohne Debatte abgehandelt, da die Grazer, Innsbrucker und Leobner Burschenschaften gleich vorweg geschlossen jeden Änderungsbedarf in diesen Bereichen verneinten.[390] Einziges greifbares Ergebnis blieben Willenserklärungen zur Verstärkung der burschenschaftlichen Mitarbeit im RFS. Programmatische Diskussionen wurden (auch unter „Sonstiges") nicht geführt, die Frage, wie Bedeutung und Ansehen von Burschenschaften im öffentlichen Leben erhöht werden könnten, exklusiv unter dem Gesichtspunkt verbesserter Öffentlichkeitsarbeit abgehandelt.[391]

In anderen Worten: es blieb – jedenfalls auf weltanschaulicher Ebene – alles beim Alten. Auch in den Quellen hinterließ die Tagung keine großen Spuren. Selbst ihre Initiatoren erwähnen sie in ihrer Chronik nur kurz, die *Aula* sparte sie aus ihrem Bericht über den unmittelbar anschließend abgehaltenen DBÖ-Tag gänzlich aus.[392] Jenseits

387 Ebd.

388 Vgl. zur Diskussion BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6–8.

389 Ebd., 7f. (Zitat: 8).

390 AAG, Korrespondenzen DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger Arbeitstagung vom 30.4.1964, 1. Lediglich bei der Wiener Vorbereitungssitzung, auf der persönliche Meinungen vertreten werden durften, waren unterschiedliche Ansichten geäußert worden, wobei die Reformbefürworter offenbar in der Minderheit geblieben waren (vgl. ebd., 1f.).

391 Ebd., 3f.; vgl. auch AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll des DBÖ-Tages 1964, 5.

392 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 154f. bzw. *Aula* Nr. 9/1964 [Juni], 24f.

der Verbandsebene hatte der Vorstoß der *Oberösterreicher* allerdings Aktiven einen Vorwand geliefert, Reformimpulse in die eigene Verbindung zu tragen. Dies geschah jedenfalls bei den Innsbrucker *Germanen.* Hier sprachen Aktive sich etwa offen dafür aus, „dem Zeitgeist und der veränderten, neuen Lebensart Rechnung“ zu tragen. Eine Erhebung von Reformwünschen im Kreise der Aktivitas zu etwaigem Reformbedarf bildete die Grundlage für zwei interne Diskussionsabende.[393] Im Zuge dieser Debatten wurden u.a. Forderungen nach einer Reduzierung der Pflichtmensuren, einer Abschaffung der Hatzen (vgl. hierzu den Exkurs im folgenden Unterabschnitt), einer generellen Minderbewertung selbstbezüglicher Angelegenheiten inklusive des Fechtens, einer Reduzierung der Verpflichtungen für Aktive, einer Aufwertung politischer Betätigung und ansatzweise sogar nach ideeller Weiterentwicklung laut: „Es gilt das Gedankengut der Urburschenschaft in unsere Zeit zu transformieren.“[394] Nach Bekanntgabe dieser Überlegungen im internen Mitteilungsblatt sahen die jungen *Germanen* sich allerdings aufgrund von Altherren-Zuschriften veranlasst zu bekunden, dass man keineswegs „an den Grundfesten unserer Burschenschaft rütteln“ wolle.[395] Der Diskussionsprozess wurde dennoch fortgeführt, versandete aber schließlich als (wesentlich) von Aktiven getragene Initiative vor dem Hintergrund der Einstellung des Aktivbetriebes aus Nachwuchsmangel.[396]

Eine verbindungsstudentische Öffentlichkeit musste spätestens 1966 Notiz von den jungen Innsbrucker Reformern nehmen, als einer ihrer prononciertesten Exponenten, Sigurd Scheichl, den Tag der freiheitlichen Akademiker in Linz adressierte.[397] Scheichl plädierte für nichts weniger als ein „radikales Neudurchdenken unserer geistigen Grundlagen“[398], anstatt sich „einem kritiklosen Konservativismus“ hinzugeben oder gar „geschichtliche Entwicklungen rückgängig“ machen zu wollen: dies sei „reaktionäres Wunschdenken“, das Weiterentwicklung hemme. In der „Zeitferne“ des ‚nationalen‘ Akademikertums erkannte Scheichl die „Wurzel unserer gegenwärtigen Krise“.[399] Anders als in anderen politischen Lagern fänden im ‚freiheitlichen‘ keine Richtungs-

393 Vgl. die *Germanenmitteilungen*, Dezember 1963, 5–7 (Zitat: 6).

394 Vgl. die *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 3–6 (Zitat, Urheber Manfred Lesch: 3).

395 *Germanenmitteilungen*, Mai 1964, 1.

396 Vgl. die *Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S. bzw. – zu einem letzten Aufflackern – PBW, Protokoll des Generalconvents der Germania Innsbruck vom 27.6.1971, 2.

397 Bereits am *Germanen*-Stiftungsfest 1962 hatte Scheichl als Redner u.a. gegen „übergesteigerte(n) [sic] Nationalismus“ (PBW, Abschrift der Rede, versandt als Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962, 2) und Rückwärtsgewandtheit Stellung bezogen und das Projekt eines ethnisch homogenen, pangermanischen Nationalstaats für überholt erklärt (vgl. ebd., 3 bzw. 7 f.).

398 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 6–19, hier: 6.

399 Ebd., 7. Eine Mitverantwortung weist Scheichl dabei den Weltkriegs-Siegermächten zu: Diese hätten „viele aufrechte Männer“ an den Rand des Gemeinwesens und damit „in die radikalste Opposition gedrängt, wo (…) das starre Festhalten am Überkommen [sic] am besten gedeiht“ (ebd., 15).

kämpfe darüber statt, wie man den Anforderungen der Zeit gerecht werden könne. Stattdessen würden Kritik und Debatten „nicht selten unterbunden", was zu Erstarrung führe.[400] Mit einer Mischung aus Nachdruck und Entgegenkommen forderte Scheichl sein Publikum auf, seine Wagenburg zu verlassen: Die Gegenwart verstehen zu wollen bedeute schließlich nicht, sie bejahen zu müssen, sondern sei vielmehr Voraussetzung für Interventionsfähigkeit. Falsch sei es, sie allein deshalb abzulehnen, weil einem „ihr komplizierter Betrieb unsympathisch, ja unheimlich ist". Es gelte, „aus dem zeitfernen Exil in das geistige und politische Leben unserer Zeit" zurückzukehren, wofür es „nun, zwei Jahrzehnte nach der Katastrophe, endlich Zeit" sei.[401] Was Scheichls Kritik, von ihrer Klarheit und Schärfe abgesehen, besonders bemerkenswert und zu einem seltenen Einzelfall macht, ist, dass sie selbst vor dem Kern burschenschaftlicher Ideologie in Österreich – dem völkischen Gedanken – nicht haltmachte. Die „völkische Idee in ihrer bisherigen Form" sei, so Scheichl, aufgrund ihrer Verwurzelung „im Irrationalen" zur Bewältigung der Gegenwart und Gestaltung der Zukunft ungeeignet, eine Biologisierung von Kultur und quasi-religiöse Überhöhung von Nationalgefühl abzulehnen.[402] An ihrer statt propagierte Scheichl eine „zeitgemäße nationale Politik", die anerkenne, dass es auch wichtige Fragen jenseits der nationalen gäbe und sich einer Verabsolutierung des Nationalen enthalte.[403]

Auf die Wirkung von Scheichls Rede wurde bereits in Kapitel II.5.5 ausführlich eingegangen. An dieser Stelle sei lediglich festgehalten, dass ihr sowohl zustimmende als auch (teils heftig) ablehnende Reaktionen zuteilwurden, die zu einem Gutteil Scheichls Ausführungen über die Kritikabwehr in völkischen Kreisen bestätigten.[404] Als Indiz für das Ausbleiben nachhaltiger Effekte im Sinne des Redners lässt sich ein Text seines Bundesbruders Werner Riesenhuber von 1968 (kurz nach der Vertagung der Verbindung) werten. Die „althergebrachte( ) Form" habe sich seit der Gründung „nicht im geringsten geändert" und stehe in Diskrepanz zu den veränderten Umweltbedingungen.[405] Eine Wiederbelebung *Germanias* werde einerseits „ohne grundlegende Änderungen (…) kaum zu machen sein". Andererseits würden Veränderungen, die sie den Anforderungen der Zeit gewachsen machten, „von der Burschenschaft von 1815 und

---

400 Ebd., 8.

401 Ebd., 17 f.

402 Ebd., 12.

403 Ebd., 10. U.a. nennt Scheichl Umwelt, Familie und Entwicklungshilfe als relevante Themenbereiche jenseits klassisch-völkischer Anliegen im engeren Sinn (vgl. ebd., 13 f.).

404 Vgl. ebd., 13. Nach Scheichls Darstellung wurde ihm während der Rede vorübergehend das Mikrophon abgedreht und sogar erwogen, die Musikkapelle wieder einmarschieren zu lassen, um seine Ausführungen zu unterbrechen – die habe sich allerdings nicht mehr vor Ort befunden (E-Mail Scheichls vom 10.2.2012).

405 *Germanenmitteilungen*, 15.12.1968, 3–6, hier: 5. Unklar bleibt, ob „Gründung" sich hier auf die Stiftung *Germanias* 1892 oder auf ihre Wiedererrichtung 1952 bezieht.

auch von 1965 nicht mehr viel übrig" lassen und könnten daher von den Alten Herren nicht erwartet werden. Blieben diese einschneidenden Reformen aber aus, sei „der Verfall nicht mehr aufzuhalten". Anno 1968 sah Riesenhuber für die Burschenschaften somit keine Perspektive mehr – außer jener der Weiterexistenz als auf bloße Traditionspflege beschränkter „politische(r) Kaninchenzüchterverein".[406]

III.5.4 Der Streit um die Ehrenordnung

Das Thema der Ehrenordnung und hier v.a. der ‚unbedingten Satisfaktion mit Waffe' wurde schon im vorangegangenen Abschnitt III.4 als ein Hauptkonfliktfeld der Burschenschaften in Österreich nach 1945 erwähnt. Im Kontext des vorliegenden Abschnittes ist es von Interesse, da anhand seiner – wenn auch teilweise verdeckt – über burschenschaftliche Reformbereitschaft im Allgemeinen verhandelt wurde. Zudem kam es hier, wie auch in der Frage des DB-Beitritts, über bloße Debatten hinaus zu einer tatsächlichen Absetzbewegung einiger Bünde von den restlichen, den burschenschaftlichen Mainstream in Österreich verkörpernden.

Anders als in Deutschland wurde die unbedingte Satisfaktion in Österreich vom „größte(n) Teil der Korporationen" völkischer Ausrichtung nicht aufgegeben.[407] Bereits 1951 – so mancher Bund war noch gar nicht rekonstituiert – brach im Zuge der Erarbeitung einer Ehrenordnung in Wien ein erster Streit aus.[408] Ab 1956 flammten erneut Debatten auf[409], spätestens 1957 vertrat *Cruxia* Leoben hinsichtlich der Handhabung von Ehrenangelegenheiten offenbar Positionen, die Hardliner wie *Teutonia* Wien „nicht billigen konnten".[410] 1958 beschloss der ADC die Einsetzung einer alten Ehrenordnung – des ‚*Ritterlichen Ehrenschutzes*' von Felix Busson – in geringfügig adaptierter, aber etwa die Möglichkeit von Pistolenduellen beibehaltenden Form als für alle Mitgliedsbünde verbindlich.[411] Bedauern über diesen Schritt bekundeten die *Oberösterreicher Germanen.* Bis 1965, so deren Chronik, sei „auch in anderen Bünden das Unbehagen über sie [die Ehrenordnung, Anm. B.W.] gewachsen". Ein DBÖ-Seminar zur Thematik wurde beschlossen, aber nie durchgeführt.[412]

---

406 Ebd., 6. Tatsächlich haben die *Germanen* seither den Aktivbetrieb nicht wieder aufgenommen.

407 Mölzer 1980, 79 f. Zur tatsächlichen Praxis ihrer Handhabung vgl. den Exkurs zum Duellwesen in diesem Unterabschnitt.

408 Vgl. Aldania 1994, 157 sowie ferner 160.

409 Vgl. die Niederschriften der ADC-Tage 1956, 5–7 und 1957, 4–10 (BAK, DB 9, E. 4 [A1]).

410 Teutonia 1968, 104 f.

411 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 7 und 18–22. Zu den Adaptionen vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], Anlage 1 zum ADC-Rundschreiben Nr. 5 (Alemannia) vom Februar 1959. Busson, Corpsstudent in Graz und Leoben, hatte sein Werk 1907 vorgelegt (vgl. Busson 1997).

412 Oberösterreicher Germanen 1967, 163. Zum wachsenden Unbehagen vgl. etwa die kritischen Äußerungen im Zuge einer Debatte des *Innsbrucker Delegierten-Convents* (*Germanenmitteilungen*, Juni 1964, 8–18).

1966 erreichte der Ehrenordnungsstreit einen vorläufigen Höhepunkt: Am DBÖ-Tag erklärten die *Obergermanen,* die die Debatte jahrelang forciert hatten, als erster Bund offiziell ihre Ablehnung der unbedingten Satisfaktion und (nach einem postwendend folgenden, aber gescheiterten Ausschlussantrag gegen sie) ihren Austritt aus der DBÖ.[413] Auch von außerhalb drängten sie weiterhin auf eine Reform und fanden dafür bei einigen Wiener Bünden – *Alania, Gothia, Markomannia* und *Moldavia* – Diskussionsbereitschaft vor, während auch DBÖ-intern ein Ausschuss zur Überarbeitung der Ehrenordnung eingesetzt wurde.[414] 1967 wurde den *Oberösterreichern* nach deren eigener Darstellung zum 100. Stiftungsfest von Seiten mehrerer Bünde „Dank dafür zum Ausdruck (gebracht), dass die B! Oberösterreicher Germanen bahnbrechend für alle den Weg mutiger Reformen beschritten habe".[415] In den folgenden Jahren nahmen einige weitere Burschenschaften Abstand von der unbedingten Satisfaktion.[416] Wie sehr zumindest in dieser Frage die Dinge in Bewegung geraten waren, illustriert der Umstand, dass 1968 sogar ein klar rechtsextremer Chronist wie Mühlwerth die bisher geübte Satisfaktionspraxis für überdenkenswert erklärte – wenn auch gestützt auf Adolf Hitler.[417] Dessen ungeachtet erfuhren die Abtrünnigen Ausgrenzung.[418] Obwohl sie versuchten, das Thema präsent zu halten (etwa über zwei von *Cruxia* Leoben organisierte innerburschenschaftliche Diskussionsrunden 1974[419]), blieb für die deutliche Mehrheit der österreichischen Bünde „das traditionelle korporative Prinzip" – und mit ihm die ‚Ehrenreinigung' durch Waffengang – „unangefochten".[420] In den 1980er-Jahren brach ein neuerlicher, unter Korporierten als ‚Busson-Streit' geläufiger Konflikt um die Ehren-

Sigurd Scheichl bezeichnete dabei die unbedingte Satisfaktion als „mit Verstandsargumenten nicht zu verteidigen"; ihre Aufgabe sei allenfalls noch „auf einige Jahre zu bremsen", nicht aber mehr zu verhindern (ebd., 11) – eine Einschätzung, mit der Scheichl irren sollte.

413 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 164 f. und die *Germanenmitteilungen* vom Juli 1966, 5.

414 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1967, 158 f. bzw. die *Germanenmitteilungen*, März 1967, 20 f.

415 Oberösterreicher Germanen 1994, 13.

416 *Marcho Teutonia* Anfang der 1970er-Jahre, *Gothia* 1971 (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 25 f. sowie zu *Gothia* auch Krause 2007, 237). *Alania* erklärte 1972, sich fortan der Ehrenordnung der DB zu unterwerfen, die eine Austragung von Ehrenhändeln mit Waffe kategorisch ausschloss (vgl. Kuhn 2002, 136). *Cruxia* folgte spätestens 1974 (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 38). Scheichl erwähnt 1978 außerdem *Carniola* Graz (PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7).

417 Vgl. Teutonia 1968, 111 f.

418 Cerwinka erwähnt im Interview vom 1.7.2011 eine Isolation der Grazer *Marchen* infolge ihrer Abkehr vom Prinzip der unbedingten Satisfaktion. Auch die Leobner *Cruxen* hätten bei Aufgabe der DBÖ-Ehrenordnung „sofort den Kontakt zu anderen Bünden verloren, wie dies auch bei uns der Fall gewesen war" (Oberösterreicher Germanen 1994, 39).

419 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 38 f.

420 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7. Der Konservatismus in Fechtfragen galt für die Pflichtmensur umso mehr, die – einer Aussage des *Obergermanen* Peter Karlsreiter von 1975 zufolge – in Österreich von keinem einzigen Bund infrage

ordnung aus und sorgte für schwere Verwerfungen im völkischen Verbindungswesen. Nichtsdestotrotz anerkennt der Großteil der Burschenschaften in Österreich das Busson'sche Regularium nach wie vor als verbindlich – wenn auch nach Cerwinkas Einschätzung im Sinne toten Rechts.[421]

Für die Frage nach der Wandlungsfähigkeit und -bereitschaft der Burschenschaften in Österreich ist der Ehrenordnungs-Debatte zu entnehmen, dass jedenfalls in bestimmten, vorderhand wenig ideologisierten Bereichen durchaus Dynamik vorhanden war. Diese erfasste allerdings nicht den Mainstream des Burschenschaftswesens und führte jedenfalls zum Teil zur Marginalisierung ihrer Protagonisten: Gerade die Erneuerungsbereitschaft der *Obergermanen* habe zu deren Austritt aus der DBÖ geführt, merkt Hauska an.[422] Truckenthanner wiederum resümiert, sein Bund habe im Zuge der Debatten um das studentische Fechtwesen 1961 erstmals erkennen müssen, „daß die Burschenschaft offenbar nicht bereit ist, ein tiefgreifendes und die Substanz anrührendes Problem ‚offen, vorbehaltlos und fruchtbringend' zu diskutieren".[423] Durch die nach Dafürhalten der *Oberösterreicher* zu starre Haltung des Verbandes in Sachen Ehrenordnung sah Truckenthanner „einmal mehr" erwiesen, „daß einstweilen noch das Dogma als Leitmotiv der Deutschen Burschenschaft in Österreich zu gelten hat".[424] Der „Großteil der Korporationen" der DBÖ habe über das Duell „nicht reden, geschweige denn nachdenken" wollen, resümiert auch Tulzer Jahrzehnte später.[425] Die Pflichtmensur als anderer zentraler Aspekt des verbindungsstudentischen Fechtens wurde ohnehin von keinem einzigen österreichischen Bund grundsätzlich infrage gestellt.[426]

Von der tieferen Bedeutung der Satisfaktionsfrage in puncto Kontinuität oder Wandel zeugen nicht zuletzt die Argumente, welche die *Obergermanen* für ihre Position erfolglos anführten: Die unbedingte Satisfaktion entspreche „in keiner Weise den Erfordernissen unserer Zeit", widerspreche dem in der „heute bestehenden Gesellschaftsordnung" gültigen „sittlichen Denken" und stehe „einer Öffnung der Burschenschaft nach außen entgegen".[427] Wenn die Chronik der *Oberösterreicher* von 1994 die

gestellt wurde (PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 3).

421 Auskunft per E-Mail vom 21.8.2012. Cerwinka verweist dabei auf einen weitgehenden faktischen Duellverzicht über die letzten Jahrzehnte.

422 Oberösterreicher Germanen 1967, 169.

423 Ebd., 163.

424 Ebd., 165.

425 Oberösterreicher Germanen 1994, 21.

426 So Peter Karlsreiter *(Oberösterreicher Germanen)* 1975, paraphrasiert in PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 3.

427 Memorandum an alle DBÖ-Bünde, versandt vor dem DBÖ-Tag 1967, wiedergegeben in Oberösterreicher Germanen 1967, 165.

Gegnerschaft des Bundes zu „reaktionären Kreisen“ im burschenschaftlichen Feld[428] erwähnt, beschreibt sie damit einen Konflikt, in dem über in engem Sinn ideologische Fragen gar nicht gestritten wurde.

Exkurs: Das Duellwesen in Österreich nach 1945

Von Andreas Mölzer stammt der Hinweis, dass trotz grundsätzlicher Beibehaltung der unbedingten Satisfaktion mit Waffe in Österreich es inzwischen (1980) „üblich“ geworden sei, dass der ein Duell Ausfechtende zu diesem Zweck vorübergehend aus seiner Verbindung ausscheide, um diese vor strafrechtlichen Konsequenzen zu schützen (Zweikämpfe mit potenziell tödlichen Waffen gelten sowohl in Deutschland als auch in Österreich als sittenwidrig und somit illegal) und den Regelungen der „gesamtdeutschen“ Dachverbände Genüge zu tun.[429] Auch würde zwar nach wie vor „häufig und bei jeder vermeintlichen oder kleineren Beleidigung zwischen Waffenstudenten“ Satisfaktion gefordert, aufgrund der nach 1945 geltenden Regelungen zur Handhabung solcher Forderungen käme es aber nur „höchst selten und nur in wirklich ernsten Angelegenheiten“ zur tatsächlichen Austragung von Duellen.[430]

Diese Behauptung ist mit Blick auf die zeitgenössischen Tarnformen des Duells zu relativieren. Die sogenannten Verabredungsmensuren (als ‚persönliche Contrahagen‘ zwischen zwei Korporierten oder als ‚Hatzen‘ zwischen zwei Verbindungen) gemahnen insofern an die Austragung von Ehrenhändeln, als ihnen ein Konflikt (etwa aufgrund einer als beleidigend empfundenen Aussage) zugrunde zu liegen pflegt, der auf diesem Weg bereinigt werden soll. Zwar pochen Korporierte üblicherweise auf „grundsätzliche Unterschiede“ zwischen jeder Art der Mensur einerseits und Ehrenangelegenheiten andererseits[431]; doch notieren bisweilen auch verbindungsstudentische Quellen faktische Tendenzen, „Hatz und Kontrahage als (…) Mittel zur verschleier-

428 Oberösterreicher Germanen 1994, 13 (dabei verweisend auf die Vorläuferchronik von 1967, 161–166).

429 Mölzer 1980, 80 f. Vgl. generell zur Thematik ebd., 39–86 zu Mensur und Duell oder, weitgehend sich mit den dortigen Ausführungen überschneidend, Mölzer 1994b (v.a. 134 f. und 140–149).

430 Vgl. Mölzer 1980, 81 f. (Zitat: 82). Schon 1960 sprach *Arminia* Graz im Namen der DBÖ gegenüber der DB von „seltenen Ausnahmefällen“ (BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Arbeitsunterlagen zur Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 8).

431 Vgl. etwa BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Niederschrift der Verbändetagung von DB und DBÖ 1959, 3. Auch Scheichl argumentiert im Interview vom 8.6.2012 gegen eine Wahrnehmung der Verabredungsmensuren als getarnte Duelle und verweist dabei auf Unterschiede in der Form (etwa der eingesetzten Hiebwaffe) wie auch im Zweck: Zwar dienten Hatz und Contrahage der Beilegung von Konflikten, nicht aber der Wiederherstellung von ‚Ehre‘ infolge einer Beleidigung derselben.

ten Bereinigung von Ehrenhändeln“ einzusetzen.[432] Auch Sigurd Scheichl hatte 1964 als Aktiver einen solchen Zusammenhang hergestellt, indem er darauf hingewiesen hatte, dass Duelle „praktisch kaum mehr vorkomm(en)“ und stattdessen in Innsbruck und Wien Entschuldigungen oder – höchstenfalls – Contrahagen vorherrschend seien.[433] Contrahagen aus politischen Gründen erinnert Scheichl nicht, allerdings sei diese Form der Mensur an seinem Studienort (Innsbruck) generell viel seltener gewesen als in Wien, wo Burschenschafter einander „sehr häufig“ contrahiert hätten.[434]

Angesichts der jedenfalls zu konstatierenden Verwandtschaft von Duell und Verabredungsmensur verwundert es nicht, dass parallel zu den Debatten um die unbedingte Satisfaktion immer wieder auch die Bräuche der Hatz und der Contrahage thematisiert wurden.[435] Dass es sich zumindest aus burschenschaftlicher Sicht tatsächlich um voneinander abgetrennte Bereiche handelte, deutet der Umstand an, dass hierbei die Bereitschaft zu Änderungen tiefer in den burschenschaftlichen Mainstream hineinreichte. Offenkundig sah man vom Hatz- und Contrahagewesen die elementare Frage der ‚Ehre‘ nicht berührt und erblickte darin eher eine Ausprägung verbindungsstudentischen Brauchtums, die – nach Ansicht mancher – zugunsten verstärkter politischer Betätigung zurückzuschrauben war.[436]

III.5.5 Die 1970er-Jahre: Aufbruchsstimmung und Backlash

Die Entwicklung des Burschenschaftswesens stand zu jeder Zeit mit dem Wandel der Gesellschaft in Wechselwirkung, in die sie eingebettet war. Diese Beeinflussung konnte im Sinne eines Mit- oder Nachvollzuges gesellschaftlicher Veränderungen ebenso erfolgen wie in Form demonstrativer Beharrung. Beides war in den 1970er-Jahren der Fall. Die Zeit der Großen Koalitionen (und damit auch des schwarz-roten Klientelismus in seiner reinsten Ausprägung) war vorläufig vorüber. Die österreichische Gesellschaft durchlief einen – nicht unwesentlich von den sozialdemokratischen Alleinregierungen und somit ‚von oben‘ verordneten – Modernisierungsschub. Insbesondere an den Hochschulen galt es seit Ende der 1960er-Jahre zunehmend als modisch, sich

---

432 Oberösterreicher Germanen 1967, 162. Auch Mölzer (1980, 69 f. bzw. 1994b, 135) konstatiert, dass „Waffenstudenten“ seit 1945 bisweilen mit Verabredungsmensuren „auf Beleidigungen oder was sie dafür halten“ reagierten.

433 *Germanenmitteilungen*, Juni 1964, 10 f.

434 Interview vom 8.6.2012. Golücke schätzte noch 1987 (S. 269), dass die Contrahage „bei den östr. Burschenschaften (…) einen Anteil von 40 % an der Zahl der Mensuren“ habe.

435 Vgl. die Verbreitung einer Denkschrift „gegen das Hatz- und Kontrahageunwesen“ durch die *Oberösterreicher Germanen* (1967, 162 f.) oder das III.5.2 erwähnte Paket an Reformvorschlägen der *Moldaven*.

436 Vgl. z.B. Oberösterreicher Germanen 1967, 162.

'fortschrittlich' zu geben. Selbst Gruppierungen wie die monarchistische *Junge europäische Studenteninitiative* (JES) oder die neonazistische *Aktion Neue Rechte* (ANR) vollzogen diese Entwicklung in ihrer Propaganda mit. Erstere warb mit Slogans wie „Das ist konservativ. Das ist Fortschritt", Letztere verortete sich in einer „national fortschrittliche(n)" Traditionslinie.[437] Auch vor dem RFS machte diese Entwicklung nicht halt. In seinem Organ *Der Ring* wurde etwa über „uralte( ) Moralvorstellungen" und „krankhaften Traditionalismus" in der Hochschulpolitik Klage geführt und – gegen den katholisch-konservativen Gegner – eine Lanze für „echte(n) Fortschritt" gebrochen, der sich „auch von einem noch so mächtigen Konservativismus" nicht bremsen lasse.[438]

Getragen wurde diese Öffnung des RFS teils auch von Burschenschaftern. Dass „Stillstand (…) Rückschritt" bedeute und „(k)onservatives Beharren (…) schon zu oft zum autoritären Faschismus geführt (hat), als daß das noch als Lösung gelten könnte", behauptete im *Ring* niemand anders als der *Olympe* Werner Lackner.[439] Norbert Gugerbauer sieht die *Obergermanen*-Generation um 1970 rückblickend nicht zuletzt durch die Bereitschaft charakterisiert, „manche Tabus über Bord gehen zu lassen" und in gewisser Weise auch von der Linken zu lernen.[440] Stimmer, der für die 1970er-Jahre seinerseits eine verstärkte Bereitschaft der völkischen Korporationen zur Hinterfragung ihres bisherigen Kurses konstatiert, sieht diese Entwicklung als Reaktion auf den „drastische(n) Niedergang" des völkischen Verbindungswesens – „manifestiert in der Suspendierung bzw. Fusionierung von Verbindungen, der Marginalisierung des Aktivenstandes wie auch der nationalen Sympathisantengruppe", wobei der Rückgang Letzterer sich an den Wahlergebnissen des RFS ablesen lasse.[441] Auch Scheichl erinnert eine Zeit des Aufbruches, setzt deren Beginn allerdings bereits mit „Mitte der 60er Jahre" an.[442] Tatsächlich waren die gesellschaftlichen Umbrüche um 1968 geeignet, verstärkend an jene burschenschaftlichen Öffnungstendenzen anzuknüpfen, die im vorigen Abschnitt bereits Erwähnung fanden. Unter diesen Vorzeichen propagierte nun selbst der ansonsten kaum überschießender Fortschrittlichkeit verdächtige *Teutone* Mühlwerth „Mut zum Ketzertum". Konservativ sein bedeute nicht, „alles Alte in Form und Inhalt um jeden Preis festzuhalten". Vielmehr gelte es zu prüfen, „ob unsere überkommenen Anschauungen noch voll haltbar sind".[443] Auch ein Seminar unter dem Titel „Burschenschafter

437 *Jes* Nr. 1/1977, 49 (vgl. auch *Jes* Nr. 6/1977, 5) bzw. DÖW, ANR-Flugblatt vom 2.12.1974.

438 *Der Ring* 1968 (ohne Nr.), 1 bzw. 10.

439 Vgl. *Der Ring* Nr. 2/1974, 3.

440 Brief Gugerbauers an Friedrich Tulzer vom 13.6.1988, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 11. Vgl. hierzu Kapitel IV.2.6.

441 Stimmer 1997 (Band II), 1001. Als Beleg für den neuen Willen zur Selbstreflexion verweist Stimmer auf Mölzer 1980.

442 E-Mail an den Verf. vom 11.2.2012.

443 Teutonia 1968, 111. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass Mühlwerths Aufforderung zur „Einkehr" eben darauf gerichtet war, jene „Anschauungen" zu identifizieren, die „gegenüber dem Vaterlandsgedanken

in der Zeit", das die DBÖ just im Mai 1968 im Südkärntner Bleiburg/Pliberk abhielt, bezeugte – folgt man dem *Aula*-Bericht Erich Reiters (damals *Cheruskia* Graz) –, dass ‚der' Burschenschafter „durchaus bereit ist, sich mit den Problemen seiner Zeit auseinanderzusetzen".[444]

Selbst auf seinem Höhepunkt blieb der Modernisierungseifer in RFS und Burschenschaften jedoch ambivalent, wie die zur selben Zeit im *Ring* aufzufindenden Plädoyers gegen Fortschrittlichkeit als Gehen mit der Mode bzw. gegen verbreitete „Progressivitätsdudelei" bezeugen.[445] Insbesondere die „christliche fortschrittliche Jugend" wurde dafür kritisiert, „den Modernen, den Fortschrittlichen nach(zurennen)", wie es der *Alane* Gerhard Egger formulierte.[446] In burschenschaftlichen Quellen im engeren Sinn wird in milieuuntypisch nostalgiefreier Weise die ideologische Abtrünnigkeit der „fortschrittlichen bundesdeutschen Bünde" um das „berüchtigte 68er Jahr" erinnert.[447] Wie schon historisch der Widerstreit liberaler und nationaler Traditionslinien im Burschenschaftswesen in Österreich um 1880 einseitig zugunsten der Letzteren entschieden wurde, gewann ab Mitte der 1970er-Jahre die harte völkische Strömung wieder Oberwasser, wie sich an der Re-Okkupierung des RFS durch selbige (vgl. Kapitel IV.1.3) ersehen lässt. Auf rein burschenschaftlicher Ebene verkündete die BG unter dem Eindruck der bis in die DB vorgedrungenen Reformstimmung 1976 ultimativ, dass eine Infragestellung burschenschaftlicher Grundsätze (bzw. ihrer Auslegung durch die BG) nicht akzeptabel sei.[448]

Als ein vorerst letztes Aufbäumen reformorientierter Kräfte lässt sich eine Initiative deuten, die Friedhelm Frischenschlager zufolge um 1980 ergriffen wurde. Der zuvor erwähnte Erich Reiter, zwischenzeitlich Klubsekretär der FPÖ im Wiener Landtag, habe damals – noch Mitglied der *Cherusken* – versucht, moderate Exponenten „aus den verschiedensten Bünden" in einer Art „Reformzirkel" zu sammeln. Der Versuch sei, wie auch frühere Anläufe ähnlicher Stoßrichtung, gescheitert. Als maßgeblichen Grund führt Frischenschlager an, dass das Verbindungsleben gerade für den überwiegenden Teil der politisch gemäßigten Korporierten individuell so geringe Bedeutung habe, dass es ihnen an Bereitschaft fehle, sich dafür zu engagieren – sei es auch im Sinne seiner Reform. Jene, die ihre Korporationszugehörigkeit besonders ernst nähmen, sich mehr im Bund engagierten und die Strukturen aufrechterhielten, seien „die politisch Radi-

in den Hintergrund treten sollten". Anders als etwa bei Scheichl soll Reflexion hier das völkische Prinzip nicht mit einschließen, sondern vielmehr in dessen Dienst gestellt werden.

444 *Aula* Nr. 6/1968, Akademisches Leben, I.

445 *Der Ring* Nr. 1/1971, 11. Vgl. auch *Der Ring* 1968, ohne Nr., 1 oder Nr. 11/1970 [Ausgabe für die Technische Hochschule Wien], 2.

446 *Der Ring* Nr. 2/1967, 2.

447 Brixia 2001, 47.

448 Vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 6.

kaleren“ bzw. „im Regelfall extrem konservativ“, was vor allem für die Alten Herren gelte. Die moderaten Bundesbrüder würden bisweilen austreten, bisweilen dem Bund aufgrund „einer gewissen Jugendromantik“ oder mit Blick auf andere Moderate verbunden bleiben.[449] Politische Aktionsfelder suchten sie eher jenseits der Verbindung – nicht umsonst hätten unzufriedene Korporierte sich ab den 1960-Jahren außerhalb der Korporationen zu organisieren begonnen. Der RFS habe vor allem zwischen 1962 und 1969, teilweise auch noch danach, ein Refugium für jene politisch motivierten, „progressistisch eingestellten Korporierten“ dargestellt, denen „dieses übliche Korporiertendasein zu eng war“.[450]

Das Versanden sowohl der Öffnung des RFS als auch der Reiter-Initiative markierte das Ende der burschenschaftlichen Reformansätze in den 1960er- und 1970er-Jahren. Es unterstreicht das grundsätzliche Vorhandensein von Reformbereitschaft unter Burschenschaftern ebenso wie deren strukturelle Frustration an den Beharrungskräften des burschenschaftlichen Mainstreams. Entwicklungen der 1980er-Jahre wie die teilweise Öffnung für (oder zumindest das Interesse an) ökologische(n) Fragen und anderen Anliegen der neuen sozialen Bewegungen[451] belegen zum einen ein Sensorium für zeitaktuelle gesellschaftliche Problemlagen, offenbarten in der Art ihrer Bearbeitung jedoch eine der Tendenz nach stark konservative Grundierung. Auch damit widerspiegelten sie einen gesamtgesellschaftlichen Trend, der allerdings ihrem Wesen deutlich besser entsprach als die Fortschrittsstimmung der 1970er-Jahre. Dementsprechend sei ihnen – so ein *Teutone* („Klaus“) 1997 gegenüber der *Jungen Freiheit* – auch jene „konservative Wende“ bzw. jenes „neue( ) Biedermeier“ zugutegekommen, das mancher Vertreter des völkischen Verbindungswesens in den 1990er-Jahren zu bemerken glaubte.[452]

III.5.6 Gründe der Wandlungsresistenz

Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft 1945 und die politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen der folgenden Jahrzehnte veränderten die österreichische Gesellschaft in weitreichender Weise. Allein diese Veränderungen könnten hingereicht haben, das Gesicht der Burschenschaften in Österreich grundlegend zu verändern – ebenso wie der dortige unablässige Generationenwechsel und der Kontakt mit den in mancherlei Hinsicht reformierten bundesdeutschen Bünden. Das Ausblei-

449 Interviews vom 24.2.2010 (Zitate) und vom 11.12.2009.

450 Interview vom 11.12.2009.

451 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 103, 114 f., 122, 133, 135–137 und 141–143. Vgl. ferner zu ökologischen sowie zu entwicklungspolitischen Fragen Gothia 1992, 16–21 und Aldania 1994, 209.

452 Zit. n. *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7.

ben solch grundlegender Veränderung[453] bedarf somit der Interpretation. Eine nicht zu unterschätzende Rolle ist dabei langfristig wirkenden geistesgeschichtlichen Traditionslinien zuzuschreiben: dem erwähnten ‚Unbehagen an der Moderne' seit dem 19. Jahrhundert, einem allgemeinen Fortschritts- und Technikskeptizismus als Erbe der deutschen Romantik[454] und, mit beidem verbunden, der völkischen Geschichtsphilosophie, die gesellschaftliche Entwicklung weniger als von Menschen gemachten Prozess denn als von ‚natürlichen' Triebkräften bestimmt, als Evolution, begreift.[455] Wie Schiedel zur „naturalisierende(n) Weltanschauung" des Rechtsextremismus im Allgemeinen ausführt, habe man es hier

> mit einer Biologisierung des Sozialen zu tun. Im Rückgriff auf die ‚Natur' soll der Gesellschaft jede Dynamik und Veränderbarkeit genommen werden. Das biologistische Menschen- und Weltbild friert die Zeit gleichsam ein; nur ein ewiger Kreislauf des Werdens und Vergehens ist denkbar.[456]

(Legitimes) menschliches Handeln beschränkt sich in dieser Perspektive auf die bloße Exekution axiomatisch gesetzter Imperative im Sinne der vermeintlichen (Wieder-)Herstellung eines naturgewollten Zustandes. Von Menschen auf Basis alternativer ethischer Prinzipien – etwa der von Rechtsextremen geleugneten Gleichheit der Menschen – bewusst geplante Entwicklung erscheint dagegen als nicht wünschenswert, wenn nicht gar (da ‚widernatürlich') als unmöglich. Auf diese Weise werden die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und sozialen Ungleichheiten legitimiert, womit auch

---

453 Die Diagnose dieses Ausbleibens erfolgt für das Burschenschaftswesen Österreichs insgesamt. Einzelne Bünde mögen sehr wohl nicht unwesentliche Änderungen durchlaufen haben. Als ein Beispiel (allerdings im Sinne ideologischer Verhärtung statt Öffnung) lässt sich *Brixia* Innsbruck anführen. Diese war Scheichl zufolge Anfang der 1960er-Jahre, obwohl ab spätestens 1961 in relevantem Umfang in den Südtirolterror involviert, „sicher eine der liberalsten Burschenschaften" in Österreich, während sie heute zu den am weitesten rechts stehenden österreichischen Bünden zähle. Scheichl erklärt diesen Wandel über zunehmende Einflussnahme einer externen Einzelperson – des in Innsbruck wohnhaften *Olympen* Norbert Burger – und den Antritt einer neuen Aktivengeneration um 1963/64 (Interview vom 8. 6. 2012).

454 Vgl. zu Ersterem die Sonnwend-Rede von Erich Eisenmenger *(Silesia)* 1987, wiedergegeben in den *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Sommer 1987, 11, zu Letzterem Oberösterreicher Germanen 1994, 106. Die *Obergermanen*-Chronik zitiert einen Brief Günter Hauskas an seine Bundesbrüder vom 26.10.1981, in dem er sich gegen „übertriebene Technologie, (…) absolutes Fortschrittsdenken, Wissenschaftsgläubigkeit etc." ausspricht – gleichzeitig aber auch einem „Primat der Emotionen über die Vernunft" eine Absage erteilt.

455 So wenden manche Rechtsextremen sich schon gegen den Begriff des Fortschrittes und stellen ihm jenen der „lebendige(n) Entwicklung" entgegen (Scrinzi 1991, 43).

456 Schiedel 2007, 31 f.

die gesellschaftliche Kernfunktion des Konservatismus (inklusive des burschenschaftlichen) als Ideologie und politische Bewegung benannt wäre (vgl. u.a. Kapitel I.5).

Mit Blick auf die innere Ausgestaltung der Burschenschaften und ihre Rolle bei der Ermöglichung oder Verhinderung von Wandel ist auf das in Kapitel I.2 beschriebene handlungstheoretische Modell zu verweisen, demzufolge ein Kollektiv seinen spezifischen Charakter nicht in der simplen Addition der ihm zugehörigen Individuen erlangt, sondern durch deren spezifische Verkettung, durch die Prozesse und Produkte ihrer Interaktion. Schon das beständige Einströmen neuer Mitglieder in die Verbindungen bringt insofern eine gewisse Veränderungswahrscheinlichkeit mit sich, als die Neuen zunächst mit den bundintern geltenden Denk- und Verhaltensnormen vertraut gemacht werden müssen. Selbst unter Berücksichtigung chronischer Rekrutierungsprobleme und eines auf ideologische und habituelle Assimilation ausgelegten Einpassungsprozesses wäre gemäß der Ausführungen von Kapitel I.2 davon auszugehen, dass die Neumitglieder auch ihrerseits neue Impulse in die Korporation tragen, Normen nicht nur übernehmen, sondern auch (und sei es nur durch missglückte Imitation) zu ihrer Transformierung beitragen. Die Konstanz, die das Burschenschaftswesen in Österreich nichtsdestotrotz über die Jahrzehnte und Alterskohorten hinweg aufweist, belegt zu allererst die Effektivität burschenschaftlicher Erziehung und Selektion in Hinblick auf die Tradierung von Verhaltensnormen und Ideen. Sie gewährleisten – jedenfalls bislang –, dass neu hinzugekommene Individuen das burschenschaftliche Kollektiv zumindest weniger verändern, als sie nötigenfalls von diesem verändert werden.[457]

In puncto Auslese kommt dabei ein Spezifikum der österreichischen Bünde gegenüber den (im Durchschnitt größeren) bundesdeutschen Burschenschaften zum Tragen: der hohe Stellenwert von Verwandtschaftsbeziehungen und völkischen Vorfeldorganisationen für die eigene Reproduktion. Er hat zur Folge, dass das Gros der Neuankömmlinge bereits durch Elternhaus und/oder Pennalverbindung, Turnverein oder dergleichen in einer Weise vorgeprägt ist, die eine reibungslose Einpassung in den Bund maßgeblich erleichtert. Besonders hohe Kontinuität erreichen just die am weitesten rechts stehenden Bünde, die Scheichl zufolge von entsprechend vorgeprägten Individuen auch zielsicher angesteuert würden und für die eine „besonders starke Bindung der Bundesbrüder untereinander" typisch sei.[458] Mitverantwortlich dafür dürfte

457 Hierbei ist zu bedenken, dass die unter III.3.2 beschriebene *wechselseitige* Erziehungsleistung nicht als simpler Austausch und damit Angleichung der Individualitäten ihrer Akteure zu verstehen ist, sondern diese sich gerade auch dadurch in Beziehung setzen, dass sie extern vorgegebene Normen aneinander exekutieren. Auch *Meinungsführer* erwerben ihren Status nicht allein über Fähigkeiten wie Eloquenz oder Charisma. Eine feste Verankerung auf dem Boden der dominanten burschenschaftlichen Überlieferung ist notwendige Voraussetzung (vgl. Abschnitt III.2.3).

458 Interview vom 8.6.2012. Der *Oberösterreicher Germane* Hans Christ argumentierte bereits in den 1980er-Jahren, dass das öffentliche Bild von Burschenschaften „vernünftige Studenten" abschrecke,

die von diesen Bünden verfolgte, prononciert „politisch ausgerichtete Bildungsarbeit" sein, mit der Sonja Kuhn zufolge versucht werde sicherzustellen, dass „alle Bundesbrüder, inkl. derjenigen, die nicht aus Bekenntnis eingetreten sind, ihre Burschenschaft als politische Bezugsgruppe verstehen und akzeptieren".[459]

Wie im vorangegangenen Abschnitt III.4 ausgeführt, war darüber hinaus auch die gezielte Herbeiführung bzw. Bewahrung von Homogenität in den Bünden und Verbänden geeignet, Wandel vorzubeugen oder zumindest sein Tempo zu drosseln (wie umgekehrt die Abwehr von Reformimpulsen Homogenität begünstigte). Zu den darauf hinwirkenden Maßnahmen zählen u.a. die dogmatische Fassung burschenschaftlicher Grundsätze, die dadurch bewirkte Eingrenzung sanktionsfrei artikulierbarer Meinungen[460], die Entmutigung bzw. Sanktionierung von (Selbst-)Kritik und Nonkonformismus, die Belohnung konformen Verhaltens und die Ausblendung von Minderheitsmeinungen durch ein strikt gehandhabtes Delegiertenprinzip. Ebenso begünstigend für die geistige Erstarrung der Burschenschaften in Österreich wirkte sich die Erhebung von ‚Standhaftigkeit' zu einer Norm aus, an deren Befolgung die interkorporative Zuerkennung von Prestige eng geknüpft war: Am meisten Ansehen genossen Bünde, die möglichst wenig Zweifel an den tradierten Ideen und Bräuchen erkennen ließen und sich entsprechend ‚grundsatztreu' zeigten. Zweifel galten als Zeichen von (Charakter-)Schwäche, widersprachen dem burschenschaftlichen Männerbild des ehrenfesten und wehrhaften Soldaten und wurden somit bevorzugt gar nicht, zumindest aber nicht vor anderen (im räumlichen wie auch im chronologischen Sinn) geäußert. Besonders wandlungshemmende Wirkung gewann der Imperativ der Grundsatztreue dort, wo innerburschenschaftliche Autoritäten die dabei beschworenen Grundsätze nicht nur als überzeitlich gültig postulierten, sondern sie auch der fortwährenden Reinterpretation unter veränderten Umfeldbedingungen entzogen.[461] Wo dagegen Individualität nicht unter Strafe gestellt und Debatten nicht ausgewichen wurde (wie ansatz- und phasenweise bei den Innsbrucker und *Oberösterreicher Germanen*), konnten Reformimpulse auf fruchtbaren Boden fallen.

während „radikale Geister" Bünden „wie B! Teutonia oder B! Olympia" zugetrieben würden. Da diese dadurch mehr Zulauf erhielten als gemäßigte, verschiebe sich „das Spektrum tatsächlich in jenes Klischee, welches die Burschenschaft als solche im gesellschaftlichen Rahmen seit 1945 erfüllt" (Brief von Christ an Tulzer vom Sommer 1989, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 127).

459 Kuhn 2002, 91.

460 Ein plastisches Beispiel hierfür liefert eine Abstimmung vom Burschentag der DB 1975, bei der auf österreichische Initiative hin mehrere bundesdeutsche Bünde für ihr Stimmverhalten – präziser: für die diesem „zugrundeliegende Intention" – bestraft wurden (vgl. dazu Kapitel IV.3.2).

461 Dies ist etwa der Fall, wo gefordert wird, „Vaterland" noch im 21. Jahrhundert im Sinne des ‚*Liedes der Deutschen*' von 1841 zu deuten, andernfalls man Verrat an der burschenschaftlichen Überlieferung begehe.

Den Widerstand betreffend, den Burschenschaften in der Zweiten Republik auf Veränderung drängenden Einflüssen ihres gesellschaftlichen Umfeldes entgegensetzten, ist auf das fundamental-oppositionelle Selbstverständnis der völkischen Korporationen nach 1945 zu verweisen (vgl. Abschnitt III.6.2). Von tiefem Missfallen über die politisch-ideologischen Verhältnisse im Nachkriegs-Österreich und -Europa erfüllt, erschienen äußere Einflüsse schnell als Effekte oder gar Medien anti-deutscher ‚Umerziehung', der sich zu widersetzen man entschlossen war. Auch das Standhaftigkeitsideal erfuhr so zusätzliche Verstärkung. Als ehrbar galt, von den Anfechtungen der abschätzig als ‚Zeitgeist' apostrophierten gesellschaftlichen Entwicklung möglichst unbeeinflusst zu bleiben. Sich angesichts eines sich wandelnden Umfeldes gerade *nicht* zu verändern, avancierte zum Wert an sich.

Nicht zu vernachlässigen ist schlussendlich auch die Rolle burschenschaftlicher Gedenkpolitik. Wie bereits in Kapitel II.5.3 ausgeführt, wurde auch das Gedenken an die Toten aus den eigenen Reihen in den Dienst der Grundsatztreue gestellt, beispielhaft ausgedrückt im Gelöbnis eines *Liberten*-Festredners, das „Erbe" der verstorbenen Bundesbrüder „rein und unverfälscht zu erhalten und es auch der Jugend zu übergeben".[462] Dass ebendies geschehe, wurde bisweilen gar zur Bedingung der Sinnhaftigkeit des (Kriegs-)Todes der Betrauerten erklärt. Die Sinnhaftigkeit des zu Bewahrenden selbst wurde damit außer Frage gestellt, ihre Hinterfragung in die Nähe von Pietätlosigkeit und Grabschändung gerückt (vgl. auch den Abschnitt zu den *Oberösterreicher Germanen* in Kapitel II.5.5). Allerdings blieben Ermahnungen, „im Geiste der Tradition zu leben", nicht auf Gedenkreden beschränkt, sondern stellten generell eine zentrale Botschaft von Altherrenschaften an ihren Nachwuchs dar.[463] Die Bedeutung des burschenschaftlichen Generationenverhältnisses für die Frage von Kontinuität und Wandel erscheint vor diesem Hintergrund einer eingehenderen Behandlung wert.

Alte Herren – Garanten der Erstarrung?

Die eben angesprochene Erörterung kann an die Ausführungen der Kapitel II.5.5 und III.4.2 über die geringe Frequenz und Intensität innerburschenschaftlicher Generationenkonflikte anknüpfen. Letztere wurden in aller Regel in allseitigen Bekenntnissen zu Wert und Gültigkeit des ‚Lebensbundprinzips' aufgelöst, ohne gröbere Veränderungen nach sich zu ziehen. Im Folgenden soll erörtert werden, auf welche Weise die Alten Herren die Entwicklung ihrer Bünde zu beeinflussen vermochten – und in welche Richtung(en) diese Beeinflussung wirkte.

462 Hans Hamscha, zit. in Libertas 1967, 239.

463 Aldania 1984, 53.

Zunächst ist dabei festzuhalten, dass der Einfluss der Alten Herren nicht von der Bereitschaft der Aktiven abgekoppelt werden kann, ihnen Einfluss zuzugestehen. Großzügigkeit in dieser Hinsicht wird nicht nur durch eine spätestens im Bund anerzogene Grundhaltung des Respekts vor der Autorität des Alters (und der Kriegsgeneration im Speziellen) gefördert, sondern auch durch pragmatische Erwägungen. Von einiger Relevanz dürfte etwa die Tatsache sein, dass die Alten Herren den Bundbetrieb – vom Unterhalt des Hauses (so vorhanden) bis hin zu den Bierlieferungen – durch ihre finanziellen Beiträge erst ermöglichen und burschenschaftliche Tätigkeit in gewohnter Form ohne ihren Rückhalt ihrer infrastrukturellen Grundlagen verlustig ginge. Für den einzelnen Aktiven mag etwa die Verfügbarkeit eines meist weit unter Marktpreisen angebotenen Studentenzimmers in universitätsnaher Lage an das Wohlwollen der Altvorderen gebunden sein. Diese Abhängigkeit, möglicherweise in Verbindung mit einer daraus motivierten Haltung der Dankbarkeit, bietet offener Konfliktaustragung einen eindeutig negativen Anreiz.[464] Die internalisierte Selbstkontrolle der Aktiven stellt unter den Faktoren effektiver Altherren-Mitbestimmung kaum den unbedeutendsten dar.

Ihr gegenüber steht die direkte Einflussnahme, deren formalisierte Form in entsprechenden Mitwirkungsrechten an der bundinternen Willensbildung besteht. Letztere vollzieht sich satzungsgemäß auf den während des Studienjahrs mindestens monatlich abgehaltenen Burschenconventen (BC) und dem meist jährlich stattfindenden Allgemeinen oder General-Convent (GC). Während in letztgenanntem Gremium standardmäßig alle Vollmitglieder (Burschen und Alte Herren) stimmberechtigt sind[465], wird das Stimmrecht am BC in Österreich uneinheitlich gehandhabt. Dass dem Vernehmen nach die „meisten“ österreichischen Bünde ihren Alten Herren ein „Stimmrecht im aktiven Konvent“ einräumten, rief in Deutschland, wo auf eine klarere Trennung von Burschen- und Altherrenschaft Wert gelegt wird (vgl. Abschnitt III.4.2) schon in den 1960er-Jahren Missfallen hervor.[466] Jedenfalls bei den *Olympen* bestand (und besteht) diese Mit-

---

464 Umgekehrt lässt sich ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel der Aktiven gegenüber den Alten Herren darin erblicken, dass Letztere an erfolgreicher Rekrutierung, einem regen Bundbetrieb und einer präsentablen, engagierten Aktivitas interessiert sind. Zum einen mehrt all dies das Ansehen des Bundes in verbindungsstudentischen Kreisen, zum anderen garantiert es seine Zukunft und hält damit für die Alten ein Stück emotionaler Heimat lebendig.

465 Da dem GC üblicherweise als „(o)berste(m) beschließende(n) Organ“ die Entscheidungen von größter Reichweite vorbehalten sind, dem BC dagegen jene über den „laufende(n) Betrieb“ (AVSt, Südmark 1972, 8 [§ 29] bzw. 27) und jeder Bund – außer Neugründungen – über deutlich mehr Alte Herren als studentische Mitglieder verfügt, ergibt sich hieraus bereits ein deutliches Übergewicht der Ersteren. Wenn nun etwa *Olympia* Wien gemäß § 11 ihrer Satzung für Grundsatzänderungen eine Vier-Fünftel-Mehrheit erforderlich macht, kann augenscheinlich keine Aktivengeneration – und trete sie noch so geschlossen auf – entsprechende Änderungen durchsetzen, ohne zumindest den überwiegenden Teil der Altherrenschaft auf ihrer Seite zu haben (vgl. DÖW, Olympia 2006, 5).

466 BAK, DB 9, B. VI.15 [C2], Brief der Berliner B! Germania an den GAVT-Vorsitzenden Dieter Weber vom 28.1.1961.

wirkungsmöglichkeit tatsächlich.[467] Bei den Linzer *Arminen* lässt ein Dokument von 1994 zumindest darauf schließen.[468] Dem gegenüber stehen nicht nur allgemeine Bekenntnisse zur intergenerationellen Achtung der „Selbständigkeit oder Entscheidungsfreiheit" der jeweils anderen Seite, sondern auch die explizite Verneinung eines Altherren-Stimmrechts auf Aktiven-Conventen in Festschriften der Wiener *Alemannen* und *Oberösterreicher Germanen*.[469] Wintersberger erinnert – in möglicherweise auf eine Veränderung über die Zeit hinweisendem Widerspruch zu den oben zitierten Angaben –, dass Alte Herren auch auf den Burschenconventen der *Olympen* mangels Stimmrecht „nicht allzu viel zu reden gehabt" hätten.[470] Die Wiener *Südmark* – eine kurzlebige, gemeinsame Gründung der Altherrenschaften der Burschenschaften *Moldavia, Alemannia* und *Silvania* Anfang der 1970er-Jahre – verfolgte offenkundig eine Zwischenlösung.[471]

Von einiger Aussagekraft erscheint ein Vermerk in der *Obergermanen*-Chronik, wonach auf ihren Burschenconventen jedenfalls nach 1970 „ein Alter Herr (...) eine Ausnahme" gewesen sei, und zwar „wohl im Kontrast zu allen anderen Bünden, in denen die AHAH [Alten Herren, Anm. B.W.] nach wie vor den Ausgang jedes Meinungsaustausches nach Belieben bestimmen können".[472] Diese Einschätzung dürfte übertrieben, da auch dem Distinktionsbedürfnis der phasenweise innerhalb des Burschenschaftswesens in Österreich marginalisierten (und diese Außenseiterrolle auch kultivierenden) *Oberösterreicher* geschuldet sein. Nichtsdestotrotz kann sie immerhin als Indiz für die Normalität eines starken Altherren-Einflusses in Österreich gewertet werden.[473] Ohnehin konnte effektive Kontrolle über die Entwicklung eines Bundes von dessen Alten Her-

---

467 Vgl. Pawkowicz 1974, 4 sowie die Satzung des *Olympen*-Vereins (DÖW, Olympia 2006). Diese definiert den BC als „Versammlung aktiver Burschen zum Zwecke der gesamten Leitung und Verwaltung der Verbindung" (S. 6 [§ 15]), hält aber zugleich fest, dass „alle ordentlichen Mitglieder" teilnahmeberechtigt seien (ebd., 7). Dazu zählen gemäß § 4 auch Alte Herren (vgl. ebd., 2). In § 8 werden diesen schließlich „die gleichen Rechte wie (den) ordentlichen Mitglieder(n)" mit Ausnahme des passiven Wahlrechts zugewiesen, also auch das Stimm- und Antragsrecht auf Burschenconventen (ebd., 3). Eine Anfrage an die Verbindung im Sinne der Aufklärung dieser Widersprüche blieb ohne Antwort.

468 Es handelt sich dabei um ein internes Rundschreiben, in dem „Bundesobmann" Wolfgang Kitzmüller die Alten Herren auffordert, wenigstens einmal monatlich den (offensichtlich in höherer Frequenz abgehaltenen) Convent zu besuchen, um dort „die Bundlinie mitzugestalten" (*Arminenbrief*, Sommersemester 1994, 1). Auch die *Arminen* ließen eine Anfrage des Verfasser um diesbezügliche Klärung unbeantwortet.

469 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 6 (ähnlich: DÖW, WKR-Folder 1991, o. S.) bzw. Alemannia 1962, 25 und Oberösterreicher Germanen 1994, 91. Dessen ungeachtet hielten auch letztere die enge Verbundenheit von Jung und Alt hoch (vgl. etwa Oberösterreicher Germanen 1967, 137).

470 Interview vom 4.1.2012.

471 Alte Herren waren hier auf dem BC nicht stimmberechtigt, wohl aber laut § 27 der Satzung die Mitglieder des Leitungsausschusses, der sich (gemäß § 43) mehrheitlich aus solchen rekrutierte (vgl. AVSt, Südmark 1972, 8 u. 10.).

472 Oberösterreicher Germanen 1994, 22.

473 Auch Cerwinka – dem zufolge die österreichischen Bünde (auch) aktuell die Regelung von Sitz und Stimme am BC unterschiedlich handhabten – stützte im Interview vom 1.7.2011 diese Annahme.

ren auch ohne formales Stimmrecht ausgeübt werden, wie unter Verweis auf das ökonomische Abhängigkeitsverhältnis der Aktiven bereits argumentiert wurde. Ein Mittel dazu bestand in der mehr oder weniger subtilen Vermittlung von Erwartungshaltungen, nicht zuletzt im Kontext des Gedenkens an verstorbene Bundesbrüder. Im vorangegangenen Abschnitt wurde als Beispiel hierfür die Ermahnung des Nachwuchses zur Bewahrung des vermeintlichen Erbes der Toten erwähnt.[474] Bei den Wiener *Liberten* wiederum war es – ihrer Chronik von 1967 nach zu schließen – gängige Altherrenpraxis, den behauptetermaßen autonomen Burschenconvent zu bestimmten Beschlüssen zu „veranlass(en)".[475]

Auch eine überdurchschnittliche Bereitschaft zur aktiven Beteiligung am verbindungsinternen Tagesgeschehen ermöglichte die (informelle) Mitwirkung an der bundinternen Entscheidungsfindung. So resümierte ein bundesdeutscher Gast der Wiener *Gothen* am Ende seines Wien-Aufenthaltes, dass in Österreich manche Alten Herren „im Grunde als Inaktive bezeichne(t)" werden könnten, „weil sie immer bereit sind, am Bundesleben teilzunehmen".[476] Ein herausragendes Exemplar dieses Typus stellte Norbert Burger dar. Dieser verblieb Wintersberger zufolge noch Jahre nach seinem Studienabschluss und Einstieg ins Berufsleben im Inaktiven-Status – anstatt, wie üblich, in den Altherrenstand überzuwechseln –, um weiterhin dem Bundgeschehen seinen Stempel aufprägen zu können.[477] Von Aktivenseite wurde die Involvierung der Alten Herren offensichtlich mitunter nicht nur toleriert, sondern explizit eingefordert:

474 Als weiteres Beispiel kann die Chronik der *Olympia* von 1996 herangezogen werden, die eine Abbildung der Chargierten von 1959 „mit Ritterkreuzträger AH Robert Colli" enthält (Olympia 1996, 52). Der versehrte Ritterkreuzträger soll den Jungen – hier repräsentiert durch die von ihnen gewählten Amtsträger – ein Beispiel konsequenten, also das eigene Wohl hinter das vermeintliche Wohl des Vaterlandes zurückstellenden burschenschaftlichen Handelns vor Augen führen. Die Chargierten auf dem Bild stehen für die dauerhafte Würdigung dieser Konsequenz und für das Bekenntnis, zur Nachfolge Collis bereit zu sein. Unterstrichen wird die Inszenierung Collis als Vorbild durch den Umstand, dass *Olympia* ihm (wie auch ihrem anderen Ritterkreuzträger, Hans Trojer) noch Mitte der 1990er-Jahre auch eine Couleurkarte widmete, die eins zu eins und unkommentiert eine hymnische Darstellung seiner Kriegstaten aus der NS-Presse wiedergab. In gedenkpolitischer Hinsicht hatte man bei den *Olympen* offenbar auch noch nach Jahrzehnten keine Distanz zur NS-Propaganda gewonnen (vgl. Jess 2011, Olympia B [DB] 6–159 CK oJ 12 und oJ 10 zu Colli bzw. oJ 04 zu Trojer; der Couleurkarten-Sammler und ÖCVer Michael Polgar datiert die Karten auf „um 1995", zwei sogenannte ‚Biermarken' *Olympias* mit Colli und Trojer auf 1998 – vgl. die Suchfunktion auf http://couleurkarte.org/datenbank/Austria/Austria.html, letzter Zugriff: 15.8.2011; zur Verehrung der beiden Ritterkreuzträger in *Olympen*-Kreisen vgl. auch den Bericht über einen Burschenschaftlichen Abend mit dem Nazi-‚Helden' Hans-Ulrich Rudel in Anwesenheit des *Olympen* und damaligen FPÖ-Wehrsprechers Helmuth Josseck in der *Aula* Nr. 12/1980, Akademisches Leben, IV).

475 Libertas 1967, 59. Auf das autoritäre Herbeizwingen erwünschter Verhaltensweisen als weitere Altherren-Option ist bereits in Abschnitt III.4.2 hingewiesen worden.

476 Gothia 1992, 6.

477 Interview vom 4.1.2012. In der Tat scheint Burger noch 1959 – damals ein 30-jähriger, drei Jahre zuvor promovierter Universitätsbediensteter – in einer *Olympen*-Festschrift als Inaktiver auf (vgl. Olympia

Bei den *Liberten* deponierte der spätere Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes Gerhard Onder 1956 im Namen der Aktivitas den Wunsch, „daß die Altherrnschaft [sic] der Aktivitas Richtung und Ziele geben, sie führen soll". Dem entsprach der Altherrenverband per Verfügung des Obmannes, der zufolge fortan an jedem BC ein Alter Herr teilzunehmen habe. Dies wohlgemerkt nicht, um „die Entscheidungen des BC diktatorisch beeinflussen zu wollen" – vielmehr hätten die Alten Herren stets die „Eigenverantwortlichkeit des BC respektiert".[478] Der Wunsch der Aktiven nach Führung, mithin also ihre Weigerung, sich der ihnen formell zugestandenen Autonomie auch real zu bedienen, dürfte den Alten Herren derartige Bekenntnisse zur Eigenverantwortlichkeit des Nachwuchses nicht unwesentlich erleichtert haben. Generell fällt auf, dass Fälle, in denen den Jungen von Altherrenseite Entscheidungsfreiheit eingeräumt wurde, in den Quellen öfters explizite Betonung finden[479] – was darauf hindeutet, dass es sich hierbei um außergewöhnliche oder jedenfalls nicht selbstverständliche Erscheinungen handelte.

Im Sinne eines Zwischenresümees lässt sich konstatieren, dass Alte Herren in Burschenschaften in Österreich über den Untersuchungszeitraum beträchtlichen Einfluss auszuüben imstande waren. Damit ist freilich noch nichts darüber ausgesagt, ob und wie sie sich dieser Möglichkeiten bedienten. Sowohl den an anderer Stelle zitierten Klagen über mangelnde Teilnahme der älteren Generation am Bundleben als auch der übereinstimmenden Aussage Friedhelm Frischenschlagers und Günter Cerwinkas zufolge ist es nur eine Minderheit, die sich auch zwischen den jährlichen GC in bundinterne Abläufe und Entscheidungsprozesse einbringt.[480] Gerade der Umstand, dass die meisten Alten Herren sich ihrer Möglichkeiten zur Einflussnahme weitgehend enthalten, erhöhe jedoch – so Cerwinka – die relative Wirkung der Einflussnahme jener paar, die „besonders gute Kontakte zu den Jungen pflegen". Diese seien sodann „nicht unmaßgeblich an der Ausrichtung der Burschenschaft beteiligt" – ohne allerdings notwendigerweise in ein und dieselbe Richtung zu wirken. Manche Alte Herren hemmten Neuerungen, andere verstünden sich dagegen als „liberales Korrektiv". Eine Darstellung des burschenschaftlichen Generationenverhältnisses, welches die Altherrenschaften pauschal als Erstarrungsfaktoren (und umgekehrt die Aktivitates als Triebkräfte für Wan-

1959, 125). Dass Doktoren als ADC-/DBÖ-Amtsträger wirkten, war allerdings jedenfalls zu dieser Zeit keine Seltenheit.

478 Zit. in Libertas 1967, 62. Vgl. Zur Betonung der Aktiven-Autonomie auch ebd., 60 und 89.

479 Vgl. die Entscheidung über die unbedingte Satisfaktion bei den *Obergermanen* (Oberösterreicher Germanen 1967, 155) oder jene bei den Innsbrucker *Germanen* über den künftigen Kurs des Bundes in den 1960er-Jahren (*Germanenmitteilungen*, Juli 1964, 6; PBW, Schreiben von Sprecher Carl Grisson an seine Bundesbrüder vom 5.6.1967, 2). Vgl. ferner Oberösterreicher Germanen 1994, 13.

480 Vgl. die Einleitung zu Abschnitt III.2 bzw. die Interviews mit Frischenschlager vom 24.2.2010 und mit Cerwinka vom 1.7.2011.

del und Modernisierung) porträtierte, würde daher der burschenschaftlichen Realität nicht gerecht. Der Tendenz nach sei der Einfluss der Alten Herren jedoch durchaus als „eher konservativ" einzustufen.[481]

Diese Darstellung lässt sich mit den unter III.5.3 f. wiedergegebenen Reformdebatten ebenso in Deckung bringen wie mit den in III.4.2 behandelten Generationenkonflikten oder den Auseinandersetzungen um das nationalsozialistische Erbe der Burschenschaften aus Kapitel II.5.5. Als die *Liberten* 1952/53 (u.a.) um die Bestimmungs(pflicht)mensur stritten und dabei „Tradition" dem „dem Suchen neuer Wege" gegenüberstand, verliefen die Fronten weitgehend zwischen Alt und Jung – doch fanden die Aktiven auch die Unterstützung einiger Alter Herren.[482] 1960 wiederum verabschiedete die *Vereinigung alter Burschenschafter* Oberösterreich eine Resolution, die aus völkisch-traditionalistischer Perspektive scharfe Kritik an der DB und den Plänen zur Eingliederung der österreichischen Bünde in diese anmeldete. Das Papier war nach Angaben des mutmaßlichen Hauptinitiators (Robert Zimmermann, *Silesia*) als Altherreninitiative verfasst worden, da die aktiven Bünde der Beteiligten dafür nicht zu gewinnen gewesen waren.[483] Auch im Zuge der interbündischen Diskussionen der 1960er-Jahre um die unbedingte Satisfaktion notierten die reformbereiten *Oberösterreicher Germanen* Zuspruch bei den Aktiven einiger Bünde, die sich allerdings „oft im Gegensatz zu ihren Alten Herren" befunden hätten. Über seine Aktivzeit in den 1970er-Jahren berichtet der *Oberösterreicher* Erwin Mayr damit übereinstimmend von reformbereiten Aktivitates in anderen Burschenschaften, die „gegenüber ihrer Altherrenschaft Unterstützung benötigt hätten".[484]

Auch in den von Reformeifer getragenen Reden Sigurd Scheichls wird die Bedeutung des burschenschaftlichen Generationenverhältnisses in Fragen von Kontinuität und Wandel explizit thematisiert. 1962 formulierte Scheichl als Aktivensprecher seiner *Germania* Innsbruck den Anspruch der Jungen, mehr als „lebende Leichname in den überkommenen Formen und Denkweisen unserer Alten Herren" zu sein und den Bund zeitgemäß – aber im Einklang mit seiner Tradition, über welche die Alten Herren zu wachen hätten – weiterzuentwickeln.[485] Gab er dabei noch den Eindruck wieder, dass die Alten dieses Ansinnen auch goutierten[486], vertrat er vier Jahre später am Tag der

481 Interview vom 1.7.2011.

482 Libertas 1967, 33 f. Vgl. für ein ähnliches Beispiel auch die *Germanenmitteilungen* vom März 1967, 20 f.

483 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1960, 12 f.

484 Oberösterreicher Germanen 1967, 160 bzw. Brief Mayrs an Tulzer vom Frühjahr 1989, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 72. Auch an anderer Stelle wird erwähnt, dass der Reformkurs der *Obergermanen* diesen „vor allem bei jüngeren Verbandsbrüdern Sympathien gebracht" habe (Oberösterreicher Germanen 1967, 169).

485 Vgl. den Text von Scheichls Rede zum 70. Stiftungsfest (PBW, Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962, 1 [Zitat] und 11).

486 Vgl. ebd., 11.

freiheitlichen Akademiker eine nüchternere Einschätzung ihrer Rolle in Reformprozessen: Es sei ungerecht, ihnen ihr Festhalten an einer überholten Auslegung des „nationalen Gedanken(s)" vorzuwerfen. Wer „voll Idealismus Hitler gefolgt" sei und „dafür oft schwer gelitten" habe, würde sich schließlich andernfalls „selbst aufg(e)ben". „Gefährlich" sei es jedoch, wenn keine Debatten stattfänden und „daß Kritik nicht selten unterbunden wird", denn dies befördere „Erstarrung". „Die ältere Generation" sollte daher, so Scheichl, einer neuen, sachlicheren Herangehensweise an Gegenwartsprobleme keine Hindernisse in den Weg legen, „auch wenn dabei manches preisgegeben werden wird, das heute noch vielen als heiliger, ja ewiger Bestand gilt".[487] Bei den *Oberösterreichern* argwöhnte Sprecher Norbert Nagele 1973, die chronische Abwesenheit vieler Alter Herren könnte eine „geistige( ) Entfremdung zwischen Aktivitas und Altherrenschaft" und schließlich einen „Bruch" zur Folge haben, zumal die Aktivitas – und offenbar nur sie – sich „geistig fortentwick(le)".[488]

Neben solchen Stimmen aus den Burschenschaften sprechen auch Einschätzungen von außerburschenschaftlicher Seite für eine Wahrnehmung der Altherrenschaften als (meist) Reformverhinderer. Beispielsweise attackierte ein Redner der ÖCV-Verbindung *Nordgau* Wien 1955 die Alten Herren völkischer Verbindungen ob deren vermeintlich „verbohrte(r) Haltung" und stellte ihnen ihren eigenen Nachwuchs gegenüber, der – so der Redner – die Lektionen aus der Geschichte gelernt habe.[489] Auf einer allgemeineren Ebene weist Wintersberger darauf hin, dass gerade das Lebensbundprinzip, also die Nicht-Beschränkung auf studentische Mitglieder, dem Wandel der Burschenschaften von einer (in ihren Anfängen) Jugendbewegung zu zahlenmäßig von Alten Herren dominierten und in ihrer politischen Stoßrichtung eher konservativen Vereinigungen zugrunde liege.[490] Vor dem Hintergrund all dessen verwundert es nicht, dass Neuerungen in den Burschenschaften üblicherweise *gegen* die Alten Herren bzw. den Großteil derselben durchzusetzen waren und von ihnen weniger gefördert als höchstenfalls toleriert wurden.[491] Bei der Vorbringung einschlägiger Wünsche pflegten die Aktiven dementsprechend vorsichtig vorzugehen.[492] Schon aufgrund der erwähnten ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse und der für grund-

487 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 8 bzw. 16.

488 Zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 28 f.

489 AUW, S 259.106, Rede anlässlich der Kranzniederlegung der K.Ö.H.V. Nordgau in der Aula der Universität Wien vom 18.6.1955, 8 (vgl. auch 10).

490 Interview vom 4.1.2012.

491 Dies galt auch für den RFS, der sich 1970 „von der bisherigen ideologischen Dominanz des (…) Freiheitlichen Akademikerverbandes" zu lösen versuchte (Stimmer 1997, Band II, 1041). Auch hier bestand ein (wenn auch durch FPÖ und ÖH-Strukturen weniger totales) finanzielles Abhängigkeitsverhältnis der Jungen von den Alten.

492 Vgl. etwa den Text von Wolfgang Gidl in den *Germanenmitteilungen* vom Dezember 1963, 5–8. Der Autor ersucht bereits einleitend um „größtmögliche( ) Aufgeschlossenheit" (ebd., 5) für seine Ausführun-

legende Reformbeschlüsse erforderlichen Quoren waren Aktivitates gut beraten, ihre Altherrenschaften für Änderungswünsche ins Boot zu holen. Reformimpulse, die von Altherrenseite ausgingen, waren dagegen selten und weitgehend auf die Phase der Wiedererrichtung beschränkt.[493]

Wenngleich konservativ im Fall der Burschenschaften in Österreich (und im Sinne der einleitend erläuterten Begriffsverwendung) das Festhalten an gemeinhin als (weit) rechts eingestuften politisch-ideologischen Positionen bedeutet, ist festzuhalten, dass konservative und extremistische Kräfte sich im Untersuchungszeitraum zwar überschnitten, nicht aber deckungsgleich waren. So merkt Frischenschlager an, dass die jüngeren Verbindungsmitglieder in seiner Beobachtung üblicherweise „radikaler", da noch nicht dem mäßigenden Einfluss des Berufslebens ausgesetzt gewesen seien (vgl. dazu auch die Ausführungen zur ‚Philisterei' in Abschnitt III.2).[494] Stimmer erwähnt seinerseits extremistische Betätigung als möglichen Ausdruck eines „vor allem innerhalb der Aktivitas" anzutreffenden „radikal wertorientierten Elitenbewußtseins".[495] Diese Einschätzungen widersprechen nicht der Einstufung der älteren Generation als im Durchschnitt konservativer, sondern unterstreichen lediglich, dass ein auch nur tendenzielles Monopol der Alten Herren auf ideologisch ‚harte' Positionen nicht nachweisbar ist. Bei den Jungen waren diese allerdings in der ‚konservativen' Form eines klassischen Neonazismus ebenso anzutreffen wie in der modernisierten Variante ‚neurechten' Zuschnitts, für die ältere Burschenschafter sich seltener begeistern konnten.[496] Das Phänomen der ‚Neuen Rechten' bezeugt die Möglichkeit einer Gleichzeitigkeit von (strategischer) Dynamik und (inhaltlichem) Konservatismus im Sinne einer Neuorientierung an alten Werten.

Die nicht nur aufseiten der politischen Rechten feststellbare Tendenz von Jugendgruppen, eine ‚steilere' Version der Gesamtorganisation darzustellen, wird im Falle der Burschenschaften durch den engen, von anderen sozialen Umgebungen tendenziell iso-

---

gen und entschuldigt sich sowohl ein- als auch ausleitend präventiv für etwaige unglückliche Formulierungen und Irrtümer (vgl. ebd., 5 und 7 f.).

493 Vgl. etwa Günther Berkas in den Kapiteln II.3.1 und II.5.1 behandelten Vorstoß von 1951.

494 Interview vom 11.12.2009. Frischenschlager argumentiert diesen mäßigenden Einfluss einerseits unter Verweis auf notwendige (pragmatische) Rücksichtnahmen, andererseits aber auch über das (ideologisch) vielfältigere Umfeld, welches der Beruf gegenüber der Korporation üblicherweise biete.

495 Stimmer 1997 (Band II), 1003.

496 Vgl. zu ‚neurechten' Tendenzen unter Burschenschaftern in Österreich Kapitel IV.2.6 f. Zu extremistischen Neigungen junger Burschenschafter vgl. z. B. Perner/Zellhofer 1994; Stimmer 1997 (Band II), 1003; Gruppe AuA! 2009; Peham 2012, 5–7. Darstellungen wie die letztgenannte legen die Vermutung nahe, dass junge Burschenschafter – nicht zuletzt aufgrund ihrer meist geringeren Vertrautheit mit den Regeln des sanktionsfrei öffentlich Sag- und Machbaren – rechtsextreme Gesinnung häufiger bzw. ungefilterter öffentlich zur Schau tragen als erfahrenere Gesinnungsgenossen in der Altherrenschaft.

lierenden Lebensverbund post-adoleszenter Männer in der Verbindung begünstigt. Es handelt sich hierbei um ein Biotop, das hervorragende Bedingungen für die wechselseitige Verstärkung in den Individuen vorhandener extremistischer Tendenzen bildet. Die Alten Herren können solche Tendenzen über die zuvor beschriebenen Wege der Einflussnahme fördern oder auch unterbinden. In den Quellen sind Beispiele für höchst unterschiedliche Reaktionsweisen verbürgt: vom Ausschluss bei allzu offen neonazistischer Betätigung (wie im Fall des früheren *Teutonen* Franz Radl) über stille Toleranz bis hin zur demonstrativen Ermutigung (wie im Fall der Verleihung eines Preises an den *Bund freier Jugend* [BfJ] durch die Wiener *Libertas* um 2007/08).[497]

In Zusammenfassung dieses Unterkapitels ist der eingangs zitierten Einschätzung Stimmers zuzustimmen. Tatsächlich war die Fähigkeit bzw. Bereitschaft der Burschenschaften in Österreich, nach 1945 die eigenen Überzeugungen einer grundlegenden Prüfung an Realität, an Kritik von inner- und außerhalb des Burschenschaftswesens oder auch an der eigenen Vernunft auszusetzen, enden wollend: schon der Versuch galt als Häresie und Ausdruck von (Glaubens-)Schwäche. Trotz des beständigen Zustroms neuer Mitglieder, trotz eines sich wandelnden gesellschaftlichen Umfeldes und trotz des Eindringens aus diesem hervorgehender Erneuerungsimpulse bis in burschenschaftliche Kreise blieben die österreichischen Bünde in Brauchtum und politisch-ideologischem Profil so über den Zeitraum der Zweiten Republik hinweg in ihren Grundfesten unerschüttert. Widrige Ausgangsbedingungen – allen voran politische Marginalisierung – bei der Wiedererrichtung in den 1950er-Jahren wurden mit Trotzhaltung und ideologischer Einigelung quittiert. Nicht eine Neuaufstellung auf der Höhe der Zeit, sondern das möglichst bruchlose Wiederanknüpfen an die 1938 (mehr oder weniger) abgerissenen Traditionslinien wurde angestrebt. Statt als Innovatoren gefielen die Vertreter des burschenschaftlichen Mainstreams sich in der Rolle der Konservatoren althergebrachter, vermeintlich bewährter Ideale und Einrichtungen – in den Verbindungen, an den Universitäten, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Jedenfalls in diesem Sinne sind Burschenschaften in Österreich als konservative Vereinigungen einzustufen[498] – ebenso wie in Hinblick auf ihre gesellschaftliche Funktion, die in der Wahrung des Status quo durch die Naturalisierung (und somit Entpolitisierung) sozialer Verhältnisse besteht.

497 Vgl. zu Radl Schiedel/Zellhofer 1995, 48, zu *Libertas* und dem BfJ vgl. http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/februar2009/burschenschafterpreis-fuer-neonazigruppe oder Peham 2012, 7, zum BfJ darüber hinaus das Dossier von Karl Öllinger (2009), damals grüner Nationalratsabgeordneter.

498 Auch Einstufungen als reaktionär, als utopistisch oder beides zugleich ließen sich argumentieren: Gesellschaftsmodell und politische Vorstellungen der Burschenschaften in Österreich sind durch die gesellschaftliche Entwicklung in vielfacher Weise überholt; gleichzeitig erstreben sie jedenfalls in Teilen die vorgebliche Wiederherstellung eines Zustandes, der als solcher nie bestand und auch nicht bestehen kann: jenen des homogenen deutschen Nationalstaates.

Stimmen für eine Ausrichtung an den neuen Gegebenheiten waren nach 1945 immer wieder zu vernehmen, lösten jedoch eher Entrüstung als Veränderung aus und blieben marginalisiert. Ohnedies zielten sie bis auf seltene Einzelfälle ausschließlich auf pragmatisch-strategische Anpassungen ab, nicht aber auf eine Neudefinition bzw. Revision inhaltlicher Grundpfeiler. In einigen von den pragmatischen Erwägungen erfassten Bereichen wurden tatsächlich Reformen ergriffen (Akzeptanz der österreichischen Eigenstaatlichkeit, Ergänzung des politischen Deutschnationalismus um eine europäische Perspektive, Einhegung des studentischen Brauchtums im Sinne der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für völkisch-politische Betätigung). Debattiert wurde v. a. über Themen, die ihre tiefer liegende, hochpolitische Dimension erst auf den zweiten Blick offenbarten. So deutet etwa die im Zuge dieser Debatten gängige Sanktionierung unorthodoxer Stimmen – überschießend, wo es um bloße Brauchtumsfragen ginge – an, dass auf einer parallelen Bedeutungsebene über die Notwendigkeit von Reform überhaupt verhandelt wurde. Was als Nächstes folgen würde, wäre erst einmal die unbedingte Satisfaktion mit Waffe generell aufgegeben, waren die beharrenden Kräfte nicht zu erproben interessiert. Die Furcht vor einer Zersetzung jener Gewissheiten, auf deren Fundament man nach 1945 die Bünde wieder errichtet hatte, saß offensichtlich tief.

Vor diesem Hintergrund zerschellten letztlich auch beschränkte Reforminitiativen zumeist an den Werten der Grundsatztreue und Geschlossenheit, die – mehr als Imperative denn als Ideale gehandhabt – sich als sehr effektiv erwiesen, innerburschenschaftliche Meinungsvielfalt zu beschränken sowie Selbstkritik und Selbstreflexion abzuwehren. Der Tendenz nach gingen Forderungen nach Reformen von jüngeren und konservative Gegenreaktionen v. a. von älteren Burschenschaftern aus. Anstatt von einer klaren Frontstellung zwischen Jung und Alt ist aber von sich permanent rekonfigurierenden, generationenübergreifenden Bündnissen zwischen Erneuerungswilligen auf der einen und Traditionalisten auf der anderen Seite auszugehen. Dies gilt auch für das Phänomen des politischen Extremismus in Burschenschaften. Reformer wie Bewahrer, Junge wie Alte einte jedoch die selbstauferlegte Rolle als fundamental-oppositionelle Gegen-Elite – eine Wahrnehmung, der im nächsten Abschnitt näher nachgegangen wird.

III.6 Selbstbild: Gegen-Elite

Über die Selbstwahrnehmung der Burschenschaften in Österreich allgemein sowie nach 1945 im Speziellen ist im Laufe der bisherigen Ausführungen bereits vieles gesagt worden. In den folgenden Abschnitten soll nun den Kernelementen burschenschaftlicher Identität und Mentalität auf den Grund gegangen werden, die burschenschaftliches politisches Handeln in diesem Zeitraum in maßgeblicher Weise geprägt haben. Diese erblicke ich in

einer oppositionellen Grundhaltung und einem ausgeprägten Elitenbewusstsein. Beide Dispositionen haben die Burschenschaften durch ihre gesamte Geschichte begleitet.

Die burschenschaftliche Opposition gegen jeweils herrschende Kräfte und Ideen war dabei in ihrer Stoßrichtung uneinheitlich: Sie trat als Aufbegehren für politischen und sozialen Fortschritt (in der revolutionären Frühphase der Bewegung) ebenso zutage wie als Abwehrkampf gegen diesen, formierte sich gegen Willkürherrschaft, Zensur und Repression in der Donaumonarchie ebenso wie unter dem Hakenkreuzbanner, um ein noch höheres Maß an Unfreiheit zu verwirklichen als diese. Dass burschenschaftliche Geschichte in Österreich „nicht wie in Deutschland über weite Strecken harmonisch mit der staatlich-politischen Entwicklung" verlief, „sondern kontrovers", liegt wesentlich im burschenschaftlichen Pangermanismus (ob als ‚Anschluß'-Forderung bis 1938 oder in stärker kulturnationalistischer Präsentation nach 1945) begründet, der die österreichischen Bünde immer wieder mit der Staatsraison in Konflikt brachte.[499] Nicht zuletzt deshalb erzielten sie ihr historisch wohl höchstes Maß an Übereinstimmung mit einem politischen Regime zwischen 1938 und 1945 – einer Zeit, in der sie nicht nur deutsch fühlen ‚durften', sondern auch in einen großdeutschen Staat eingegliedert waren.[500] Ihre umfangreichen historischen Repressionserfahrungen verliehen ihnen eine gewisse Nonchalance im Umgang mit äußerem Widerspruch – einschließlich sachlicher Kritik – schlechthin. „In der 200-jährigen Geschichte der Burschenschaften waren die selten von der Staatsmacht geliebt, meistens sehr misstrauisch beachtet, und aus dieser Erfahrung heraus machen wir uns nicht sehr viel aus der öffentlichen Meinung über uns", gab Dieter Derntl *(Libertas)* 2012 gegenüber dem ORF zu Protokoll.[501]

Die historische Grundlage des Elitenbewusstseins der Burschenschaften lässt sich – wie im Fall ihrer Oppositionstradition – in ihrer politischen Avantgardefunktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verorten. Stimmer weist zudem darauf hin, dass schon im Vormärz ein Universitätsabschluss allein das berufliche Fortkommen nicht gesichert und sich somit die Vorstellung herausgebildet habe, „daß man über die formale Wissensqualifikation hinaus elitäre Kriterien braucht, um sich für bestimmte Po-

499 Cerwinka 2009, 91. Cerwinka unterstreicht die „Spannung zwischen Volkstumsbekenntnis und Staatsloyalität", die ausgehend vom „letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis heute aktuell" sei (ebd., 109).

500 Dass die Burschenschaften in Österreich nach 1945 angehalten wurden, ihrem Deutschtumsbekenntnis abzuschwören, um wieder Salonfähigkeit zu erlangen (während die bundesdeutschen sich lediglich vom Nationalsozialismus zu lösen hatten), sieht Klaus Oldenhage als Ursache nicht nur ihrer Oppositionshaltung, sondern auch ihrer im Durchschnitt (völkisch-)orthodoxeren Ausrichtung (Gespräch vom 31.3.2011). Tatsächlich kamen sie der erwähnten Erwartungshaltung nicht nach, sondern reagierten mit umso kompromissloser (und umso ostentativer) gepflegtem Deutschnationalismus.

501 ORF-*Report* vom 19.6.2012. Auf derselben Linie argumentierte *Gothia* bereits 1957 gegen Bedenken, eine Fusion mit der DB könnte zum damaligen Zeitpunkt staatliche Repression nach sich ziehen: Es werde „kaum jemals eine österreichische Regierung geben (…), die uns besonders gewogen sei" (BAK, DB 9, E. 4 [A1] Niederschrift des ADC-Tages 1957, 14).

sitionen in der Gesellschaft, im Staat als sondersgleichen zu betrachten".[502] Die Zugehörigkeit zur Verbindung sollte einen entsprechenden Status verbriefen.[503] Bis 1945 ließ sich diese Selbstdarstellung für viele völkische Korporierte (für katholische noch bedeutend länger) auch in tatsächliche Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Funktionselite übersetzen – ihrer antagonistischen Einstellung dem jeweiligen Regime gegenüber zum Trotz. Stimmers Erhebungen nach wiesen die „(n)ational-liberale(n) Korporationen" (ein bei ihm sehr weit gefasster Überbegriff für bundhafte Gruppierungen völkischer oder liberaler Ausrichtung) in der Auslaufphase der Monarchie (1911 bis 1918) einen Anteil von 14 Prozent an den Regierungsmitgliedern auf, in der Ersten Republik bis 1933 lag der Anteil bei rund einem Drittel; im Zeitraum 1933 bis 1938 betrug er – im Kontext des Ständestaates – 20 Prozent, in der Phase der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich (1938 f.) stieg er auf den Rekordwert von 70 Prozent an.[504] Das Jahr 1945 brachte, wie Kapitel V.1.1 zu entnehmen ist, einen radikalen Schnitt – und veranlasste gleichzeitig die Burschenschaften, sowohl die oppositionellen als auch die elitaristischen Anteile ihres Selbstverständnisses einer Aktualisierung zu unterziehen.

III.6.1 Herausforderung Zweite Republik

Die Wiederherstellung der österreichischen Republik unter der politischen und moralischen Führung der antinazistischen Parteien forderte die völkischen Verbindungen in mehrfacher Weise heraus: Zum Ersten lieferte sie ihnen eine Negativfolie zur Bestimmung ihres eigenen Standpunktes post 1945. Zum Zweiten schloss sie die Angehörigen dieser Verbindungen, sofern sie nicht den Weg zu einer der beiden Großparteien fanden, weitgehend von funktionselitären Positionen aus, in denen sich nun, zu allem Überfluss, mehr denn je die historischen Gegenspieler der ‚Schlagenden' aus

502 *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7.

503 Ihre nicht auf einzelne Positionsinhaber beschränkte, der Idee nach pauschale Aussagekraft lässt Stimmer vom „Phänomen der Elitenrepräsentation durch die Gesamtgruppe" sprechen (Stimmer 1997, Band II, 1075).

504 Stimmer 1997 (Band II), 1061, Tab. III. Weiters betrug der Anteil der „(d)eutschnationalen (liberalen)" Korporationen an den parteigebundenen Ministern der Parteien ihres Lagers in der Monarchie 57 (1897 bis 1911) bzw. 71 Prozent (1911 bis 1918) (ebd., 1062). In der Ersten Republik stellten sie sämtliche Minister der *Großdeutschen Volkspartei* (GVP) und ihrer Vorgängerparteien, für den *Landbund* betrugen die Werte 71 (1927 bis 1933) bzw. 60 Prozent (1933 bis 1938). Auch für *Heimwehr* und Nationalsozialisten weist Stimmer hohe Werte von bis zu drei Vierteln aus, selbst für die Sozialdemokratie in der republikanischen Frühphase (1918 bis1920) ermittelte er einen Anteil von 21 Prozent (ebd., 1063). Über die tragende Rolle völkischer Korporierter in der Bundespolitik hinaus ist hinsichtlich der gesellschaftlichen Breite und Reichweite ihres Einflusses auch auf ihre Eigenschaft als „zumal in der Provinz (…) dünne Firnisschicht von Wissen und Leistung kumulierenden Akademikern" hinzuweisen (Harald Lönnecker in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/2008, 36).

den katholischen Verbindungen tummelten. Zum Dritten ergab sich aus diesen beiden Herausforderungen eine dritte: Zwischen dem grundsätzlichen Nein zur Zweiten Republik in ihrer realen Ausgestaltung und der gleichzeitigen Beibehaltung eines prekär gewordenen gesellschaftlichen Führungsanspruches tat sich ein Spannungsverhältnis auf, das für das politische Wirken von Burschenschaftern insbesondere in Parteifunktionen langfristig prägend werden sollte (vgl. Kapitel VI.2.2).

Die grundsätzliche Positionsbestimmung zur real existierenden Zweiten Republik fiel aus der unter Burschenschaftern in Österreich dominanten Perspektive nicht schwer. Der neue Staat erschien in dieser Perspektive als völkerrechtliche Verkörperung der deutschen Niederlage, der dadurch verwirkten Ambitionen auf deutsche Hegemonie und einer austriazistischen, den deutsch-völkischen Gedanken verwerfenden Ideologie. Auf einer praktischeren Ebene erschien er als jene Instanz, die (zumindest anfangs) viele Burschenschafter als ehemalige Nationalsozialisten sanktionierte und sie (jedenfalls vorübergehend) von gewissen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe ausschloss. Wenn auch die leidenschaftliche Ablehnung des österreichischen Staates mit dem Abzug der Alliierten eine gewisse Mäßigung erfuhr, blieb doch der Antagonismus in der Frage des ‚Volkstumsbekenntnisses' notwendig bestehen, handelte es sich doch dabei für Burschenschafter wie auch für die ihnen gegenüberstehenden staatstragenden Eliten um eine Fahnenfrage im wahrsten Sinne des Wortes. Mit dieser Frage überdauerte aufseiten der Burschenschafter auch eine Selbstwahrnehmung als Verfolgte der kurzlebigen Entnazifizierungs-Bemühungen, da man nicht nur (Neo-)NationalsozialistInnen, sondern „alle( ) deutschbewußten Österreicher überhaupt" im Visier des Staates wähnte. Zusätzlich rückte die Aufteilung des Landes, insbesondere der politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen, unter den Großparteien in den Vordergrund burschenschaftlicher Österreich-Kritik.[505]

Aus burschenschaftlicher Sicht beruhte die Reserviertheit gegenüber dem österreichischen Staat auf Gegenseitigkeit. Waren die völkischen Akademiker Scheichl zufolge schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit „in die radikalste Opposition gedrängt" worden (vgl. Abschnitt III.5.3), notierte er auch noch anno 1966 Bestrebungen der „anderen", „uns in dieser Opposition und Isolierung (zu) lassen".[506] Unbestreitbar ist, dass die für das völkische Lager am ehesten repräsentativen Parteien, VdU und FPÖ, bis 1983 trotz durchaus vorhandener Ambitionen von der Regierungsgewalt auf Bundesebene ausge-

505 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1954, 103 f. Fritz Stüber (ursprünglich *Vandalia,* ab 1962 *Gothia* Wien) äußert sich hier kritisch sowohl über angebliche politische Verfolgung als auch über das österreichische Proporzsystem. Das ambivalente Verhältnis der Burschenschaften bzw. des völkischen Lagers überhaupt zum österreichischen Staat nach 1955 kommt beispielhaft in der Entschließung der *Arbeitsgemeinschaft der freiheitlichen Akademikerverbände* zum Staatsvertrag von 1955 zum Ausdruck (BAK, DBs 1477). Vgl. hierzu auch die Haltung des damaligen Nationalratsabgeordneten Stüber (Stüber 1974, 271–279).

506 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 15.

schlossen blieben. Das Ausmaß individueller Diskriminierung im Berufsleben (öffentlicher Dienst und staatsnahe Bereiche) oder im Zugang zu öffentlichen Leistungen wie z.B. Sozialwohnungen ist kaum präzise bestimmbar[507], die jahrzehntelange Praxis „ausgedehnte(r) Ämterpatronage und (…) bis in den Privatbereich reichende(r) Klientelversorgung" durch die Großparteien SPÖ und ÖVP jedoch wohl dokumentiert.[508] Die damit einhergehende massive Benachteiligung von Personen ohne ÖVP- oder SPÖ-Parteibuch betraf freilich nicht allein die deutsch-völkische Intelligenz (die sich weitgehend in den freien akademischen Berufen schadlos halten konnte), wiewohl diese aufgrund ihrer anti-austriazistischen Einstellung in erhöhtem Illoyalitätsverdacht stand.

Die von Scheichl gleichzeitig mit der fortbestehenden Ausgrenzung konstatierte, höhere Bereitschaft des korporierten Nachwuchses, „das Gespräch mit Andersdenkenden wieder anzuknüpfen", kam langfristig nicht recht zum Tragen.[509] Stattdessen wurde, jedenfalls aufseiten der Burschenschafter, weiterhin eine Renegatenmentalität kultiviert, begünstigt nicht zuletzt durch das Ideal der Grundsatztreue auch und gerade gegen Widerstände. Eher als das Gespräch mit Andersdenkenden knüpfte man an die eigene Geschichte von Aufstand und Subversion an, nahm – im Unterschied zur „älteren Epoche burschenschaftlicher Geschichtsdarstellung in Österreich" – wieder verstärkt Bezug auf „die ‚guten' Traditionen von 1848" und spann dabei auch den einen oder anderen Mythos (weiter).[510] Weiterhin begriff man sich als Opposition nicht nur im, sondern in gewisser Weise auch gegen das politische System der Zweiten Republik und seine tragende Ideologie. Diese Positionierung der Burschenschaften außerhalb des politischen Establishments und der Proporzstrukturen verlieh ihnen rebellischen Appeal und war für ihre relativ erfolgreiche Nachwuchsrekrutierung bis Mitte der 1960er-Jahre fraglos mitver-

507 Für einen methodisch wenig überzeugenden und auf prekärer Datengrundlage fußenden Versuch der Quantifizierung von Wandel in der Berufsstruktur der völkischen Verbindungen vgl. Stimmer 1997 (Band II), 1013 f., 1016 und 1019. Aussagekräftiger – wenn auch nur für einen Teilbereich – erscheint eine 1963 vom DBÖ-Referenten für burschenschaftliche Arbeit präsentierte interne Umfrage, wonach bundesweit nur 15 Burschenschafter als Universitätsprofessoren oder -dozenten tätig seien, was gegenüber den Lehrkörpern der Ersten Republik und des Nationalsozialismus einen groben Einschnitt bedeutete (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des Referenten über die Amtsperiode 1962/63, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 3).

508 Hanisch 1994, 443. Dieser weiter zu den Begleiterscheinungen der Proporzdemokratie in Österreich nach 1945: „Wegen der ‚Versäulung' der Politik werden alle Felder der Gesellschaft politisch überformt und in die Anziehungskraft der Lager gezogen. Es gibt so gut wie keine gesellschaftlichen Interessen, die nicht in die Magnetstrahlung der Parteien geraten; von den Sportvereinen bis zu den Wohnbaugesellschaften, von den Automobilklubs bis zu den alpinen Schutzhütten: alles ist parteipolitisch zuordenbar. (…) Immer muß gefragt werden, wohin jemand gehöre: rot oder schwarz? (…) Der politischen Opposition (…) bleibt ein geringer Spielraum, ja sie wird dezidiert aus diesem politischen Spiel ausgeschlossen." Vgl. zur Proporzdemokratie auch ebd., 442–455 sowie Lehmbruch 1967.

509 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 15.

510 Cerwinka 2009, 109. Zur „burschenschaftlichen Geschichtsumschreibung" vgl. Schiedel 2009.

antwortlich.[511] Die eher krisenhafte Entwicklung des Burschenschaftswesens ab den späten 1960er-Jahren ist somit auch in Zusammenhang mit dem vorläufigen Ende der Koalitionsregierungen auf Bundesebene (1966) und dem tendenziellen Übergang der Rebell(inn)en-Rolle an die Linke – zumal an den Universitäten – zu sehen.

Die fundamental-oppositionelle Selbstwahrnehmung vertrug sich auch mit einer Neuaufnahme der elitären. Ihre Degradierung zur „funktionslosen Bezugsgruppe" im schwarz-roten Patronagesystem[512], d. h. ihren Ausschluss von der Funktionselite, deuteten die völkischen Verbindungen geradezu als Beleg für ihren moralischen Anspruch auf Zugang zu dieser. In ihrer Perspektive bezeugten ihre Ausgrenzung und der politische und mediale Gegenwind, den sie erfuhren, ihre moralische Integrität und damit ihre Eignung für Führungsaufgaben. Teilweise reagierte man auf den massiven Bedeutungsverlust auch mit Realitätsverweigerung und entsprechender Selbstüberschätzung.[513] Die Gleichzeitigkeit der Ablehnung des politischen Systems der Zweiten Republik und des – sowohl aus elitärer Selbstwahrnehmung als auch aus ökonomischen und politischen Interessen gespeisten – Wunsches, an ebendiesem System zu partizipieren, verhielt die Burschenschafter zu einem ständigen Oszillieren zwischen Abgrenzung und Anbiederung, zwischen fundamentaler Kritik und dem Werben um Salonfähigkeit.

III.6.2 Wider die Herrschenden: Burschenschaften in Opposition

So positiv im Inneren der Burschenschaften Konformismus (im Sinne der Identifikation mit althergebrachten Idealen und der Unterwerfung unter einen vorgegebenen

511 Volker Kier und Helmut Wintersberger nennen im Interview unabhängig voneinander die Provinzialität ihrer Umgebung und versteinerte politische Verhältnisse, in denen die SPÖ als Teil des Problems (Kier) bzw. als nicht vorhanden (Wintersberger) erschien, als entscheidende Gründe für ihre Hinwendung zum ‚Dritten Lager' (Interviews vom 11.11.2009 bzw. vom 4.1.2012). Wintersberger trat in Innsbruck einer Mittelschul-Burschenschaft bei, Kier tat allem Anschein nach Gleiches in Linz (vgl. *Aula* Nr. 6/1966, 15, wobei in diesem Fall zufällige Namensgleichheit nicht vollständig ausgeschlossen werden kann). Vor jungen Burschenschaftern führte Wolfgang Lindinger (*Germania* Innsbruck) 1958 aus: „Wir sind Burschenschafter geworden aus Opposition, weil wir schon in unserer frühen Jugend sehen mußten, welch unschöne Blüten hierzulande der Opportunismus trieb." (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Referat am Burschenschaftlichen Schulungskurs 1958, Beilage zum ADC-Rundschreiben Nr. 3 [Alemannia] vom November 1958, 1)

512 Stimmer 1997 (Band II), 997.

513 Ein besonders eindrückliches Beispiel hierfür liefert die am ADC-Tag 1957 von *Olympia* und *Leder* geäußerte Absicht, den deutschen Kanzler Adenauer in seinen öffentlichen Äußerungen zu beschneiden, andernfalls er „unliebsame() (…) Komplikationen" zu gewärtigen habe (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 2 f.; vgl. hierzu ausführlicher Kapitel IV.1.1). Dass auch die „anhaltende() Überschätzung der eigenen Rolle" – als Kehrseite des „für eine Avantgardefunktion unerlässliche(n) Selbstbewusstseins" – in burschenschaftlichen (wie auch allgemein-studentischen) Kreisen ihre Geschichte hat, merkt Lönnecker in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/2008, 36 an.

völkischen Kollektivwillen) sanktioniert wurde, so sehr gefielen die Burschenschafter Österreichs sich seit jeher in rebellischen Posen nach außen. Ihre Selbstwahrnehmung im Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Umgebung bringt ein Flugblatt des *Wiener Korporations-Rings* (WKR) von 2007 zum Ausdruck:

> Wien, Oktober 2007 (…) politisch ‚korrekter' Sprachgebrauch, amtliches Geschichtsbild, gerichtlich geschützte Wahrheit, verordnete Verdummung. (…) Alle Köpfe sind besetzt. Alle? Nicht ganz (…) Ein unbeugsamer Haufen hört nicht auf Widerstand zu leisten: Vom Kaiser gehaßt (zu sozial), von der ersten Republik bekämpft (zu marktwirtschaftlich), im Ständestaat verboten (zu national), im dritten Reich aufgelöst (zu demokratisch), in der zweiten Republik ausgegrenzt (zu wenig umerzogen). Wir waren immer unbequem – Revolutionäre aus Tradition. Nein zu einem Verbot der Burschenschaften![514]

Diese Darstellung burschenschaftlicher Geschichte wäre auf der Faktenebene in mehreren Punkten zu korrigieren. Das gespannte Verhältnis der Burschenschaften zum Hause Habsburg beruhte spätestens ab den 1870er-Jahren weniger auf ihrem sozialen Engagement als vielmehr auf ihrer Ablehnung der österreichischen Monarchie, die sich wiederum weniger aus demokratischen Motiven speiste denn aus ‚nationalen'. In den Worten Günter Cerwinkas: „Seit 1866/67 bzw. 1870/71 waren die politischen Ziele des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn und die der Burschenschaft nicht mehr vereinbar."[515] „Von der ersten Republik" wiederum wurden die Burschenschaften überhaupt nicht „bekämpft", vielmehr partizipierten sie über zahlreiche Einzelmitglieder und die ihnen nahestehenden Parteien regelmäßig an deren Regierungen.[516] Bekämpft wurde umgekehrt die Republik durch die Burschenschafter, die schon zu Beginn der 1930er-Jahre zu einem Gutteil ins nationalsozialistische Lager und zuvor bereits in jenes von *Heimwehr* und *Heimatschutz* gewechselt waren. Nicht wenige unter ihnen hatten die Demokratie von Anfang an nur als Provisorium und unter Vorbehalt akzeptiert.[517] Der Hintergrund der ablehnenden Haltung des Ständestaats ist im Ansatz zutreffend wiedergegeben – freilich aber gab es unter Dollfuß und Schuschnigg kein pauschales Verbot der Burschenschaften und ist die Formulierung „zu national" eher geeignet, die Grund-

514 PBW, Flugblatt des WKR vom Oktober 2007 (Herv. entf.). *Stiria* Graz veröffentlichte 2009 einen über weite Strecken wortidenten Text, explizit gemünzt auf „(d)ie Burschenschaft", auf ihrer Website (http://www.stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=14). Auch das Ausgangsflugblatt bezieht sich, wie aus dem letzten zitierten Satz hervorgeht, auf die Geschichte der Burschenschaften.

515 Cerwinka 2009, 95. Die erwähnte Motivlage wird auch durch die gleichzeitigen Ehrerbietungen österreichischer Bünde für Bismarck unterstrichen, der kaum demokratischer herrschte, aber zumindest eine ‚kleine' deutsche Einigung zuwege gebracht hatte.

516 Vgl. über die bisherigen Ausführungen dazu hinaus Stimmer 1997 (Band II), 920–932.

517 Vgl. ebd. (Band I), 496 und 500–509 sowie Abschnitt III.8.1.

lage der vereinzelten Auflösungen von Verbindungen (ihre Enttarnung als illegale nationalsozialistische Zellen) zu verschleiern, als sie zu fassen. Die ‚Auflösung' der völkischen Verbindungen 1938 schließlich lag weniger in der zu demokratischen Verfasstheit der teilweise schon Jahre zuvor aus eigenem Antrieb auf Führerprinzip umgestellten Bünde begründet als vielmehr in der generell fehlenden Bereitschaft des Regimes, irgendeine Organisierung außerhalb seiner eigenen Strukturen zu tolerieren. Dementsprechend bot es den ihm ideologisch eng verwandten völkischen Bünden, anders als den katholischen und liberalen, die Eingliederung in das organisatorische Gefüge der Staatspartei an (vgl. auch Kapitel II.1).

Jenseits der Geschichtsklitterung ist das Flugblatt interessant, weil es die oppositionelle Mentalität der Burschenschaften in Österreich sowie die – bei aller historiographischen Waghalsigkeit – unleugbare Verankerung dieser Mentalität in der burschenschaftlichen Geschichte widerspiegelt. Schon auf einer rein lexikalisch-semantischen Ebene treten Standhaftigkeit („unbeugsam[ ]"), Widerständigkeit („Widerstand", „unbequem", „Revolutionäre"), Opfergestus („gehaßt", „bekämpft", „verboten", „ausgegrenzt") sowie die Reklamierung eines Minderheitenstatus („[a]lle Köpfe" vs. „unbeugsamer Haufen") als Grundzutaten burschenschaftlicher Selbstwahrnehmung und -darstellung zutage. Dass das Bild der chronisch oppositionellen und daher dauerverfolgten Minderheit selbst Burschenschaftern nur unter umfangreichen Auslassungen, Umdeutungen und Erfindungen[518] vermittelbar erscheint, macht es als Inszenierung kenntlich.

Bekennermut und Bekenntnisdrang

Was die Selbstdarstellungen von Burschenschaftern als Verfolgte betrifft, so haben diese über die vergangenen Jahrzehnte wohl an realer Grundlage, kaum jedoch an Larmoyanz verloren. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde etwa Fritz Stüber nicht müde zu betonen, „welche Nachteile und Einbußen, ja Gefahren, jeder oppositionell Eingestellte" im proporzdemokratischen Österreich auf sich nehme[519] – und erwarb sich im harten ideologisierten Kern des völkischen Lagers gerade ob seiner unbedingten Haltung bis heute großes Ansehen. Seine Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den Staatsvertrag 1955 im österreichischen Nationalrat (als einziger Abgeordneter votierte

518 Hier wäre etwa die dramatische abschließende Absage des WKR an ein „Verbot der Burschenschaften" zu nennen – eine Forderung, die zum Zeitpunkt ihrer Zurückweisung in Österreich von keiner Gruppierung irgendwelcher politischen Relevanz erhoben oder öffentlich diskutiert wurde und damit den burschenschaftlichen Hang zur Selbststilisierung als Opfer bzw. Verfolgte unterstreicht.

519 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1954, 104. Ähnlich beschreibt *Aldania* die Situation zur Restaurationsphase: „Die Zugehörigkeit zu einer akademischen Korporation erforderte viel persönlichen Mut und die Bereitschaft, eventuelle Schwierigkeiten aus Liebe zu unserem Volk und Land in Kauf zu nehmen." (Aldania 1994, 158 f.)

er nicht für dessen Ratifizierung) verlieh ihm endgültig den Nimbus des kompromisslosen Einzelkämpfers.[520] Vergleichsweise zurückhaltend umschrieb Wolfgang Lindinger 1958 das Wagnis Studentenverbindung: „Wir haben den Burschenschaftereid geschworen, obwohl wir wußten, daß in unserem Heimatland ein Schmiß nicht gerade die beste Empfehlung im öffentlichen Leben bedeutet."[521] In jüngeren Jahren fühlten Burschenschafter, wohl auch im Zuge ihrer wieder häufiger werdenden Bezugnahmen auf die liberalen Traditionen des Vormärz, sich zunehmend an die Repressalien der burschenschaftlichen Frühphase erinnert. Damit einher ging eine wahre Inflationierung des Vergleiches, bis hin zur Gleichsetzung der Ära Metternichs mit dem republikanischen Österreich um die Jahrtausendwende.[522]

Stets bildete die Opferpose den Hintergrund für die Herausstellung des eigenen Bekennermutes. Der Carl Rabl (Rektor der Prager Universität 1903/04) zugeschriebene Ausspruch ‚Farbe tragen heißt Farbe bekennen' zählt zu den meistzitierten Losungen im verbindungsstudentischen und insbesondere burschenschaftlichen Schrifttum.[523] Im österreichischen Burschenschaftswesen wurde diese Maxime auch nach 1945 hochgehalten. Verwiesen sei etwa auf den in Abschnitt II.3 zitierten Antrag von *Allemannia* Graz am ADC-Tag 1954, wonach binnen eines Jahres alle Bünde die Bezeichnung ‚Burschenschaft' offiziell zu führen hätten, „da bisher in diese Richtung eventuell be-

520 Faktisch nicht ganz korrekt titelte die *Aula* in einem Nachruf 1980: „Einer war dagegen. Dr. Fritz Stüber zum Staatsvertrag" (*Aula* Nr. 5/1980, 4 f.). Vgl. zum Stellenwert Stübers als völkische Identifikationsfigur die Einladung zu einer Gedenkveranstaltung der *Österreichischen Landsmannschaft* (ÖLM) zu seinem potenziellen 90. Geburtstag 1993: „Als kämpferischer Mensch scheute er sich niemals, trotz persönlich drohender Nachteile, für das einzutreten, was er für politisch richtig und wahr hielt. (…) Furchtlos hat er stets seine Stimme erhoben, wenn es galt, die geschichtliche Wahrheit zu vertreten. (…) ‚Der Zeit zum Trotz' überschrieb er einen seiner Gedichtbände" (vgl. *Eckartbote* Nr. 3e/1993, o. S.). Die Formulierung findet sich praktisch wortgleich bereits 15 Jahre zuvor in einem Nachruf auf Stüber in den *Mitteilungen der Stiftung Soziales Friedenswerk* Nr. 3/1978 [Juli – September], 9. Die Rezension in der *Aula* würdigte die „herbe( ), holzschnittartige( ) Männlichkeit" des Autors (*Aula* Nr. 2/1965, 34). Die Grundsatztreue Stübers wird auch gewürdigt im *Eckartboten* Nr. 9/1978, 14. (Sämtliche in dieser Fußnote zitierten Medienfunde entstammen dem Bestand BAK, DB 9, M. Burschenschafterlisten/Personalia, Stüber, Fritz.)

521 BAK, DB 9, E. 4 [B1], Referat am Burschenschaftlichen Schulungskurs 1958, Beilage zum ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Alemannia) vom November 1958, 1.

522 Vgl. etwa den Schwerpunkt der *Aula* Nr. 4/1998 (einschließlich des Beitrages „Metternich lebt wieder" von Jörg Haider, 14–16); Wagner 2009, 41; oder den Bericht vom 4.7.2009 über den Linzer ‚Karlsbad-Kommers' 2009 auf der Online-Präsenz der *Burschenschaftlichen Blätter* (http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/netzversion/detailansicht/browse/5/meldung/395/190-jahre-k.html).

523 Vgl. etwa Libertas 1967, 14 und Teutonia 1968, 105. Die Festschrift der Wiener *Gothen* von 1992 zitiert in inhaltlicher Variation und Zuspitzung des Leitspruches ein Gedicht ihres Bundesbruders Mirko Jelusich: „Ihr seid bereit auch, frei euch zu bekennen,/ Blieb auch das letzte Ringen nicht erspart" (Gothia 1992, 1).

standene Hindernisse durch die Entwicklung der letzten Zeit weggefallen“ seien.[524] 1959 wiederum erwirkte *Olympia* die Umbenennung des Verbandes selbst – vom unauffälligen *Allgemeiner Delegierten Convent* in das geradlinigere *Deutsche Burschenschaft in Österreich.* Bedenken *Stirias,* die aus staatsvertraglicher Sicht (§ 4, Verbot des ‚Anschlusses‘ und darauf bezogener Bestrebungen) nicht gänzlich unheikle Maßnahme könnte die Burschenschaften in Probleme stürzen und vor einer anstehenden Außenministerkonferenz „den Russen (…) Trümpfe in die Hand spielen“, wurden von *Brixia* umgehend als Ausdruck mangelnden Bekennermutes gebrandmarkt.[525] Wenig später sahen die *Brixen* sich zur Abbitte vor einer burschenschaftlichen Öffentlichkeit veranlasst: Der Vorwurf war von seinen Adressaten als ehrenrührig aufgefasst worden.[526]

Diese Auseinandersetzung steht exemplarisch für einen allgemeineren Konflikt innerhalb der Burschenschaften in Österreich: jenen zwischen den (dominanten) Befürwortern unbedingter Grundsatztreue und politischer Kraftmeierei auf der einen sowie stärker an den politischen Realitäten ausgerichteten Kräften auf der anderen Seite. Vertretern der erstgenannten Linie galt Pragmatismus stets als Synonym für Opportunismus und politische Feigheit.[527] Im Bemühen, ihrer Vorstellung eines aufrechten Burschenschafterdaseins gerecht zu werden, legten sie einen Bekenntnisdrang an den Tag, wie er ansonsten nur in religiösen Gemeinschaften anzutreffen war. In der Nachkriegszeit war man etwa stolz, die eigene Einlassung mit dem Nationalsozialismus als Überzeugungstat nicht zu verleugnen – entgegen dem Verhalten jener, die 1945 „so tat(en), als ob sie von vornherein gegen das Deutsche Reich und seinem [sic] Aufstieg gewesen wären, obwohl sie vorher fast 100 Prozent [sic] zustimmte(n)“[528]; 1959 verabschiedete der ADC ein von *Bruna Sudetia* vorgelegtes Manifest, das außer einem emphatischen

524 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 20.

525 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1959, 6. Die Umbenennung wurde mit klarer Mehrheit beschlossen.

526 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], DBÖ-Rundschreiben Nr. 2 (Arminia) vom 15.12.1959, 3. Demzufolge lautete der inkriminierte Vorwurf auf „politische Leisetreterei“.

527 So forderten die *Olympen* 1961, den Zusammenschluss mit der DB „gegen alle opportunistischen Bedenken“ zu realisieren. Thomas Bohn (*Marcho Teutonia* Graz) rief am selben DBÖ-Tag seinerseits dazu auf, sich als Burschenschafter nicht „um die Meinung des Herrn Afritsch [des damaligen SPÖ-Innenministers, Anm. B.W.] (zu) kümmern“ und von innenpolitischen Rücksichtnahmen generell abzusehen (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ord. DBÖ-Tages 1961, 11 bzw. 9). Vgl. auch Duswalds Forderung an die Burschenschaften, einen Eigenwillen an den Tag zu legen, „der sich nicht orientiert am opportunistischen Zeitgeist, sondern der dem nationalen, urburschenschaftlichen Gewissen folgt. (…) Die Berufung auf die ‚Realitäten‘ ist eine faule Ausrede und leistet nur der Bequemlichkeit, der Nachlässigkeit und dem Opportunismus Vorschub, die ganz gewiß nicht zu den burschenschaftlichen Tugenden gehören.“ (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 [Vorort Bremen], 5 f.) Weitere Aufforderungen zur unverhohlenen Meinungsäußerung trotz möglicher Nachteile bzw. Widerstände finden sich etwa bei Teutonia 1968, 115.

528 Alemannia 1962, 24. Vgl. auch Kapitel IV.2.3.

Bekenntnis zum *einen* deutschen Volk und Lebensraum, zur einen deutschen Sprache und Kultur sowie zum „freie(n) deutsche(n) Österreich" keine rechte Funktion erkennen ließ[529]; die *Oberösterreicher Germanen* loben in ihrer Chronik von 1994 ihre eigene „völlig unbekümmerte freie Meinungsäußerung" und kritisieren den Mangel an selbiger im Burschenschaftswesen insgesamt[530]; und *Silesia* führte noch 2012 auf ihrer Website an „burschenschaftlichen Wesensmerkmalen" die folgenden an: „Bekenntnis zum Deutschtum in Österreich, Bekenntnis zur Ausübung der Pflichtmensur, Bekenntnis zum Ehrenbrauch".[531]

Die geistige Dimension burschenschaftlicher Widerständigkeit[532]

Das oppositionelle Selbstverständnis der Burschenschaften nach 1945 war im Kern ideologisch begründet. Ihre Ablehnung gleich mehrerer ideeller Eckpfeiler der Zweiten Republik begünstigte jenen Ausschluss von politischen Machtpositionen und der schwarz-roten Patronage, der wiederum ihre widerständige Selbstwahrnehmung maßgeblich stärkte und – aufgrund der burschenschaftlichen Verweigerungshaltung gegenüber Impulsen zur Selbstreflexion – zu ihrer ideologischen Verhärtung beitrug. Man befand sich nicht nur in Opposition zum Proporzsystem, sondern auch zu jenem Grundkonsens, der zur Teilhabe an diesem System berechtigte: Österreich-Nationalismus (vgl. Kapitel IV.2.2), Antinazismus, Westorientierung bzw. US-freundliche Haltung. Gärtner begründet das burschenschaftliche Missbehagen an der österreichischen Nachkriegsgesellschaft darüber hinaus mit (jeweils ihm zufolge) verbreiteter Geschichtsfälschung, einseitigen Schuldzuweisungen an das Deutsche Reich, der Verunglimpfung „(a)lle(r) großen Persönlichkeiten unseres Volkes" sowie des Kriegseinsatzes zwischen 1939 und 1945 (als „Kampf dafür, unserem Volk eine Stellung zu geben, die seiner Leistung und Fähigkeit entspricht"), von Idealismus, „(w)ahre(m) Soldatentum" und burschenschaftlichen Werten wie Wehrhaftigkeit.[533]

---

529 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 1 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959 (Herv. entf.). Der weitere Umgang mit dem Dokument ließ allerdings erkennen, dass in der Kommunikation der Burschenschaften nach außen gelegentlich doch auch pragmatisch-taktische Erwägungen zum Tragen kamen (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/1 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 2 f.).

530 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 157 bzw. 166.

531 http://www.silesia-wien.at/index.php/silesiageschichte.html (Interpunktion ergänzt).

532 Vgl. zu diesem Abschnitt auch die Kapitel IV.2.1 bis IV.2.3 sowie Jürgen Schwabs Aufsatz *‚Quo vadis, Burschenschaft?'* in den *Staatsbriefen* Nr. 9–10/1996, 18–21. Schwab attestiert den Burschenschaften eine Art ganzheitlicher Oppositionshaltung, die auch in ihren Trachten, „Verhaltensformen und Riten" zum Ausdruck komme. Diese bildeten einen Kontrapunkt zur „kulturellen Nivellierung durch die herrschenden Klassen" und ließen „d(em) Volk" den oppositionellen Standpunkt sinnlich erfahrbar werden (ebd., 19).

533 Alemannia 1962, 24. Die Abwertung soldatischer Tugenden habe allerdings bereits nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzt – „aber damals schlug man zurück" (ebd.). Auch der *Aldanen*-Chronist notiert bereits für

Damit ist bereits angedeutet, dass die geistige Opposition der Burschenschaften sich nicht nur auf die konkrete Staatsraison der Republik Österreich bezog, sondern – in Fortführung einer seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert im burschenschaftlichen Lager vorhandenen kulturpessimistischen Tendenz – auch allgemeine Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklung einschloss: Materialismus, ‚Vermassung', ‚Bindungslosigkeit' und Hedonismus anstelle von Volksverbundenheit und Pflichtgefühl zählten dabei zu den häufig genannten Elementen.[534] Als hauptsächlicher Erklärungsfaktor der so bezeichneten Entwicklungen fungierte in der Restaurationsphase der völkischen Verbindungen nach 1945 die vermeintliche alliierte ‚Umerziehung'.[535] Dass diese in Österreich anders als in Deutschland weitestgehend ausgeblieben war[536] und die österreichische Nachkriegsgesellschaft in vielerlei Hinsicht bestärkende Signale an die Burschenschaften sendete – etwa durch die Besuche von Rektoren und selbst Ministern auf burschenschaftlichen Festveranstaltungen –, tat der Eigenwahrnehmung als Ausgegrenzte keinen Abbruch. Später rückte, in Reaktion auf die Studierendenbewegung der 1960er- und 1970er-Jahre, der Verweis auf eine von ‚1968ern' – gleichsam in Fortführung des Zersetzungswerkes der Alliierten – angeblich etablierte ‚linke Meinungshegemonie' in den Vordergrund (vgl. Abschnitt IV.2.6). Beide Erklärungsmodelle werden im Grunde bis in die Gegenwart tradiert und liegen auch der Realitätswahrnehmung zugrunde, die in dem zuvor zitierten Flugblatt des WKR von 2007 zum Ausdruck kommt: Burschenschafter stemmen sich als einsame Renegaten gegen „politisch ‚korrekte(n)' Sprachgebrauch", ein „amtliches Geschichtsbild", „gerichtlich geschützte Wahrheit" (vulgo Verbotsgesetz) und „verordnete Verdummung" – und werden „ausgegrenzt", weil sie „zu wenig umerzogen" seien.[537]

Im Widerstand gegen die so wahrgenommenen Entwicklungen gelangte das althergebrachte Standhaftigkeitsideal zu voller Blüte. Gärtner beschwor geistige Widerständigkeit als burschenschaftliche Tradition: „In den zurückliegenden 100 Jahren mußten

damals eine „‚Umwertung der Werte'" (Aldania 1994, 71). Eine „Umkehrung der Begriffe von Ehre und Treue" nach 1945 diagnostizierte in etwa zeitgleich der *Liberte* Peitler (zit. in Libertas 1967, 286).

534 Vgl. etwa F. Stefan 2009, 10; Alemannia 1962, 25; *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 8.

535 So führt *Teutonia* aus, dass Werte wie „Ehre, Pflichtbewußtsein, Opferbereitschaft (…) im Wege feindlicher ‚Umerziehung' (…) mit Absicht herabgesetzt" worden seien. Ziel sei die Schwächung Deutschlands gewesen, hätten doch erst diese Werte „den deutschen Soldaten zu höchstem Einsatz befähigt( )" (Teutonia 1968, 111).

536 Dies notieren auch Vertreter der extremen Rechten beidseits der deutsch-österreichischen Grenze (vgl. die Beispiele bei Schiedel 2007, 53).

537 PBW, WKR-Flugblatt vom Oktober 2007. Zum hiermit eng verbundenen Kampf gegen von „Gutmenschen und deren Vasallen" vermeintlich aufgerichtete Sprechverbote vgl. die Aussagen von BG-Sprecher Gerhard Schlüsselberger *(Olympia)* in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 3/2009, 103. Schlüsselbergers Bundesbruder Norbert Nemeth verglich das Verbotsgesetz in der *Olympia*-Festschrift von 1996 allen Ernstes mit den ‚Nürnberger Rassengesetzen'; „altes Unrecht wurde durch neues ersetzt!", so der spätere Direktor des FPÖ-Parlamentsklubs (Nemeth 1996, 150).

wir uns gegen so viele Strömungen wehren, gegen Liberalismus, Klerikalismus, Pazifismus (…), Marxismus und endlich gegen den Bolschewismus und gegen die Überfremdung (Umerziehung nach amerikanischer Art).“[538] Der burschenschaftliche *Meinungsführer* Berka erkannte nach 1945 im „Kampf gegen diesen Zeitgeist“ nicht weniger als „die Berechtigung unseres Daseins“, in den Burschenschaften umgekehrt somit „in erster Linie ein Bollwerk gegen den modernen Zeitgeist des Materialismus und der Vermassung“.[539] Diesem Anspruch wurden sie nach eigenem Bekunden (und – vgl. Abschnitt III.5 – auch meinen Ergebnissen zufolge) durchaus gerecht. „Wir sind normal geblieben unterm Schutt der Zeit, an uns sind Umerziehung, Trauerarbeit und Betroffenheit, doch auch Konsum, soziale Dünkel und Moderne fast völlig spurenlos vorbeigezogen“, bekundete *Olympia* auf einem Werbeflugblatt aus den 1990er-Jahren.[540] *Stiria* zeigte sich noch 2012 stolz, dass „(k)aum eine weltanschauliche Bewegung (…) so nachhaltig dem Zeitgeist die Stirn geboten und dennoch Jahrhunderte überdauert“ habe wie die Burschenschaften.[541] Diese reagierten – so lässt sich zusammenfassend festhalten – mit ihrer fundamental-oppositionellen Haltung zum Teil auf Ausgrenzung, begründeten und perpetuierten sie zum Teil aber auch. Die Kultivierung dieser Haltung als Identität stiftendes Element stärkte den burschenschaftlichen Corpsgeist, erschwerte Selbstkritik und förderte somit Erstarrung.

III.6.3 Für die Herrschaft: Burschenschaftlicher Elitarismus

Vom Standesdünkel…

Dem Elitarismus als gesellschaftspolitischem Standpunkt entspricht auf Ebene des burschenschaftlichen Selbstverständnisses ein Standesdünkel meist bildungsbürgerlicher, mitunter aber – entgegen dem eben angeführten *Olympia*-Zitat – durchaus auch klassistischer Ausformung. Dieser prägte in der Zwischenkriegszeit zunächst auch das Ver-

538 Alemannia 1962, 2.

539 Zit. n. Libertas 1967, 111 f. bzw. paraphrasiert ebd., 354. Vgl. zur Position Berkas auch BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von ADC- und Altherrentag 1959, 3; ähnlich Duswald in BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen (Vorort Bremen), Nr. 28/1961, 5.

540 DÖW, Olympia-Flugblatt vom Oktober 1994. Vgl. dazu auch Mühlwerths Lob der „vom Zeitgeist nicht angekränkelten Gesinnung der österreichischen Burschenschaften“, das sich bereits auf die Zwischenkriegszeit bezieht (Teutonia 1968, 139). Während *Teutonen* und *Olympen* damit der Maxime ‚unzeitgemäß, politisch inkorrekt und stolz darauf‘ folgten, stellten andere in der Mitgliederwerbung – v. a. in jüngerer Vergangenheit – den politischen Bekenntnisdrang verschiedentlich zugunsten der Betonung beruflicher Vorteile und geselliger Aspekte des Verbindungslebens zurück. Vgl. etwa DÖW, Keil-Flugblatt der Gothia Wien vom Wintersemester 1994 oder (jedenfalls der Tendenz nach) AVSt, DBÖ 1994.

541 http://stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=14.

hältnis der Verbindungen zur an den Universitäten Fuß fassenden nationalsozialistischen Bewegung. Die NS-Studenten wurde vom Delegiertenconvent der Wiener Burschenschaften 1932 nicht etwa aufgrund ihrer antidemokratischen Ausrichtung oder gar ihrer rassenantisemitischen Hetze kritisiert, sondern für die von ihr vermeintlich betriebene „Proletarisierung der Hochschulen". Dass sich die Burschenschaften im selben Atemzug „zur Erneuerung" bekannten, verweist auf ideologische Übereinstimmung.[542] Es war vor allem das Plebejische, das vermeintlich Sozialistische am Nationalsozialismus, das in burschenschaftlichen Kreisen Anstoß erregte. Auch *Aldania* kritisiert rückblickend „(d)ie Nazis" für ihr „präpotentes und rüpelhaftes Benehmen", „das mit unserem akademischen Komment immer weniger zu vereinbaren war".[543] Entgegen dem *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund* (NSDStB), der bloß den Typus des „parteinahen Einheitsstudenten" angestrebt habe, habe man als akademische Korporation „nach Ausleseprinzip, durch charakteristische [sic] und geistige Auseinandersetzung" erzogen.[544]

Eine Reaktualisierung erlebte solcher Dünkel, als die Burschenschaften sich in den 1970er-Jahren an den Hochschulen erneut von Mitstudierenden herausgefordert sahen, die nicht ihren Habitus teilten. Abschätzige Klassifizierungen politischer GegnerInnen als „Pöbel( )" oder spießbürgerlich-pikierte Ereiferung über die „wuchernden Bärte( ) und strähnig-langen Haare( )" der neuen Kommilitonen bildeten nur den Anfang.[545] Die Bildungsexpansion, im burschenschaftlichen Sprachgebrauch zumeist mit dem pejorativ gemeinten Begriff der ‚Massenuniversität' verbunden, stellte tertiäre Bildung als Privileg und die daran geknüpften ökonomischen und sozialen Vorteile zumindest ein Stück weit infrage und wurde damit von bisherigen Inhabern dieses Privilegs als Bedrohung empfunden. Zwischen den Studienjahren 1969/70 und 1979/80 erhöhte sich die Gesamtstudierendenzahl in Österreich um mehr als das Doppelte, der Frauenanteil stieg von einem Viertel auf fast 40 Prozent.[546] Die Reaktion der Burschenschaften erfolgte zweistufig. Einerseits wurde die soziale Öffnung der Hochschulen an sich kritisiert, insbesondere unter Verweis auf angeblichen Niveauverlust der akademischen (Aus-)Bildung, eine Überdehnung der bestehenden Strukturen und bisweilen auch auf eine vermeintliche „Überflutung der Hochschulen mit vielen Unfähigen und Ratlosen".[547] Andererseits wurde – mit Blick auf den durch das Proporzsystem ohne-

542 Alemannia 1962, 18.

543 Aldania 1994, 140.

544 Ebd., 128. Den Grund für die Vorbehalte des Regimes gegenüber den Korporationen ortet *Aldania* allerdings im „elitäre(n) Gehabe der Corps", von dem die „sozialistisch eingestellten Machthaber( )" (gemeint sind die Nationalsozialisten) in Unkenntnis der Verbindungsszenerie auf alle anderen Verbände geschlossen hätten (ebd., 141).

545 Teutonia 1968, 106 bzw. *Der Ring* Nr. 1/1969, 13.

546 Vgl. Österreichische HochschülerInnenschaft 2006, 33.

547 Horst Albert Glaser, nachgedruckt in *Aula* Nr. 6/1989, 22. Vgl. weiters etwa Steiner 1974, 12 („Der Feind […] heißt Nivellierung, er heißt Vermassung, […] Abbau des Leistungsdenkens"); Stefan 1989, 99;

hin prekär gewordenen eigenen Elitenstatus – argumentiert, dass ein Studium allein noch nicht zur Elite ausbilde, ein Diplom allein nicht die Befähigung zum Führen ausweise. Vielmehr erfordere ‚wahres Akademikertum' einen besonderen Ethos und Kompetenzen, die allein in der studentischen Korporation vermittelt würden (vgl. Abschnitt III.3.1 sowie die weiteren Ausführungen in diesem Abschnitt).

Burschenschaftliche Besorgnis über ‚Vermassung', ‚Elitenschwund' und ‚Negierung der Autoritäten' auf universitärem Boden gründete nicht nur auf deren Öffnung für breitere Bevölkerungsschichten, sondern auch auf ihrer Demokratisierung. Dass nun neben Ordinarien auch der akademische Mittelbau, Studierende und somit (langsam) zunehmend Frauen in akademischen Angelegenheiten mitentscheiden sollten, stieß im völkischen Akademikermilieu auf scharfe Ablehnung. „Beide Reformen zusammengenommen: die ‚soziale Öffnung' und die ‚Demokratisierung' der Universitäten haben dieser [sic] einen Stoß versetzt, der sie bis ins Innerste erschüttert und verletzt hat", resümierte die *Aula* 1989 per Nachdruck eines Textes des deutschen Literaturwissenschafters Horst Albert Glaser.[548] In etwa zeitgleich beklagte Gunther Pendl den Verlust des Elitären als Kernproblem der österreichischen Hochschulen: Dass „die heutige GEWI FAK mit der ‚Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien' genauso viel zu tun" habe, „wie ein Würstelstand mit dem Hotel Sacher", liege daran, dass „(d)er Würstelstand (…) halt wie die GEWI für alle da" sei.[549] Nichtsdestotrotz finden sich in den Quellen – wie bereits gezeigt – auch Verurteilungen dünkelhafter Haltung. Die *Liberten* verpflichteten sich beispielsweise Anfang der 1950er-Jahre dazu,

> im Verkehr mit der nichtakademischen Bevölkerung (…) wohl ein Sichgemeinmachen zu vermeiden, aber mit wertvollen Menschen aller Volksschichten (auch anderer Richtung) in Verkehr zu kommen, sich von jedem Klassendünkel und engstirnigem Klassengeist fernzuhalten, denn eine solche Einstellung würde von vornherein eine Einflussnahme in nationaler Hinsicht unmöglich machen.[550]

Vandalia führte in ihren Satzungen bei Wiedererrichtung (damals unter dem Tarnnamen *Vindomina*) als eines ihrer Ziele die „Bekämpfung von Übertreibungen und Überhebungen, die das Gemeinschafts-Volksgefühl [sic] verletzten, Kampf gegen Stan-

---

Oberösterreicher Germanen 1994, 44. Schiedel/Wollner (2009, 103) weisen auf den Zusammenhang zwischen Misogynie und dem Ressentiment gegen die ‚Masse' hin. Vgl. zur burschenschaftlichen Abwehrhaltung gegenüber dem Frauenstudium weiters Fichter 2009, 206–208.

548 *Aula* Nr. 6/1989, 22. Vgl. auch den Exkurs zur Hochschuldemokratisierung in Abschnitt III.8.2.

549 Zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 146.

550 Libertas 1967, 93. Vgl. auch ebd., 19.

desdünkel und Kastengeist“ an.[551] Steht der Verzicht auf Selbstüberhebung in diesen beiden Beispielen augenscheinlich im Dienste politischer Zwecke, wurde bisweilen auch grundsätzlicher argumentiert: So sollten Werksstudenten bei den *Liberten* „besonders achtungsvolle Rücksicht genießen“, „protzenhaftes Auftreten“ sei bei Androhung des Ausschlusses zu unterlassen. Es sei „für national Gesinnte selbstverständlich, daß das Ansehen eines Menschen nie von der Höhe seines Einkommens abhängig sein sollte“.[552] *Aldania* berichtet gar, sie habe in der Zwischenkriegszeit „das elitäre Gehabe mancher Studenten (…) zugunsten einer herzlichen Volksverbundenheit, die teilweise schon sozialistische Züge annahm, zurückgestellt“.[553] Tatsächlich beruhte das burschenschaftliche Elitenbewusstsein nicht vorrangig auf ökonomischem Kapital, sondern – wie noch zu zeigen sein wird – auf der (in eigener Wahrnehmung) überlegenen Moral und Leistungsfähigkeit des Burschenschafters. Die Ablehnung von „Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit“ im persönlichen Verkehr im Bund oder mit „anderen Studenten“ stand jedoch der Verfechtung von „Elitebildung“ als burschenschaftlicher Aufgabe nicht entgegen, wie das Beispiel der *Oberösterreicher Germanen* zeigt.[554]

… zum Führungsanspruch

Der Umschlag von Elitenbewusstsein als Standesdünkel in Elitarismus als politische Überzeugung findet dort statt, wo aus einem wie auch immer begründeten Elitenstatus eine Legitimation abgeleitet wird, gesellschaftliche (politische, ökonomische) Führungsaufgaben zu übernehmen.[555] Dies ist in Burschenschaften unzweifelhaft der Fall: In Ableitung aus ihrem selbst gegebenen, grundsätzlichen gesellschaftlichen Gestaltungsauftrag (vgl. Abschnitt III.1) beanspruchen sie Zugehörigkeit zur Funktionselite, leugnen dabei aber eigennützige Motive. Vielmehr wird der Umschlag von Elitenbewusstsein in Führungsanspruch über eine Art aristokratisches (und somit paternalistisches) Selbstverständnis argumentiert: Die Führungsaufgabe erscheint als Bürde, die der Burschenschafter, ganz Diener seines Volkes, opferbereit auf sich nimmt, um Burscheneid und Burschenehre Genüge zu tun. Für Waldemar Steiner bedeutete Burschenschaft im Kern seit jeher „Dienst an der Gemeinschaft, Dienst an dem sich selbst be-

551 Zit. im Schreiben der Bundespolizeidirektion Wien an den Rektor der Universität Wien vom 23.1.1952, 1 (AUW, S 259.49).

552 Libertas 1967, 94. Vgl. auch Teutonia 1968, 141.

553 Aldania 1994, 108.

554 Oberösterreicher Germanen 1967, 162 bzw. 166. Vgl. zu Ersterem auch Oberösterreicher Germanen 1994, 106, zu Letzterem ebd., 13. Vgl. weiters Waldemar Steiner: „Die Burschenschafter haben (…) eine Elite zu bilden, keine Elite der Bevorrechteten, keine Elite der Herrenklasse oder Bevorzugten, sondern ein Beispiel, das im Volk für das Volk wirkt“, eine Elite qua „Leistung“, „Wort“ und „Tat“ (Steiner 1974, 14).

555 Zur grundsätzlichen Notwendigkeit von Eliten aus burschenschaftlicher Sicht vgl. etwa Alemannia 1962, 9; Hatzenbichler 1994, 283 f.; Schmidt 2000, 53.

wussten deutschen Volke".[556] „Burschenschafter sein ist kein bequemes Leben, aber es ist ein Leben, das im Sinne des volksbewußten, des deutschbewußten Denkens richtig und daher notwendig ist."[557]

Von der Perspektive des einzelnen Burschenschafters auf die Gesellschaft übertragen, sah Gärtner die Aufgabe der Burschenschaften 1962 in der „Schaffung einer Auslese für unser Volk", die den „Kampf der [sic] Vermassung" zu führen habe.[558] Auch bei den Innsbrucker *Germanen* würdigte ein Nachruf auf einen Alten Herren 1967 dessen Verdienste um die „Heranbildung einer neuen Führungsschichte, die bereit ist, sich für die Erhaltung der geistigen und biologischen Substanz unseres Volkes einzusetzen".[559] In diesen Formulierungen klingt bereits das Selbstverständnis einer Avantgarde an – ein Status, den man, einmal mehr, unter Rückgriff auf die burschenschaftliche Historie reklamierte. Die frühe Burschenbewegung habe, so Wilhelm Figl (*Moldavia* Wien) am *Olympia*-Stiftungsfest 1974, „die Idee der Freiheit hineingetragen in das Volk", dann aber, „um es bildlich zu sagen – es dem Gesinde überlassen, nach dem Kampf die Wälle zu besetzen und das Erreichte zu sichern".[560] Konfrontiert mit einer lethargischen und manipulierten Masse hätten die Burschenschafter „weiter in vorderster Reihe zu stehen", um „gegen den Meinungsterror Dinge und Werte ins richtige Licht zu rücken und Mahner in unbequemen Dingen zu sein".[561]

> Der deutsche Burschenschafter in Österreich erfüllte getreu seinem Prinzip der Wehrhaftigkeit nicht nur in den Reihen des Volkes seine Pflicht, sondern so, wie es seiner Sendung entspricht, als Vorkämpfer des Volkes hier und heute, wo es gilt, für die Erhaltung des Friedens und für die Festigung der Freiheit sich zu rüsten.[562]

556 Steiner 1974, 10.

557 Ebd., 14. Insofern nicht von einer spezifisch burschenschaftlichen Bürde, sondern von einer generell „Akademikern" auferlegten „besondere(n) Verantwortung gegenüber der Gesellschaft" die Rede ist (http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns), trifft der paternalistische Elitarismus der Burschenschaften sich mit jenem ihrer katholischen Erzrivalen. Dass „(d)er Akademiker (…) nach wie vor die Verpflichtung" – und nicht etwa das Privileg – habe, „Fährer [sic] und Leiter des Volkes zu sein", entsprach auch der Sicht der ÖCV-Verbindung *Nordgau*. Diese Pflicht gedachte man zu erfüllen, ob dies den zu Führenden nun passte oder nicht: Es gelte, die eigene Berufung in Führungsfunktionen „auch gegen alle jene" durchzusetzen, „die noch immer glauben, ohne uns auskommen zu können" (AUW, S 259.106, K.Ö.H.V. Nordgau, Rede anlässlich der Kranzniederlegung der vom 18.6.1955 in der Aula der Universität Wien, 6 f.).

558 Alemannia 1962, 25. Vgl. auch Gärtners Umschreibung von Burschenschaft als „Bund völkischer Auslese" (ebd., 26).

559 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 2.

560 Figl 1974, 5 bzw. 6.

561 Ebd., 6.

562 Ebd., 8. Die militärische Rhetorik Figls hat einen professionellen Hintergrund: Er, der die Burschenschafter „als Vorkämpfer – als Offiziere des Volkes" sah (ebd.), war selbst Offizier des österreichischen Bundesheeres. 2008 und 2013 fungierte er als Redner der WKR-Trauerkundgebungen zum 8. Mai.

Der Glaube, dass ‚das Volk' burschenschaftlicher Anleitung bedürfe – und dies bis hinein in seine privatesten Entscheidungen –, hat sich bis in die heutige Zeit gehalten. Als Gerhard Schlüsselberger 2009 unter Verweis auf nach seinem Dafürhalten unerfreuliche demographische Prognosen seine Verbandsbrüder zur Zeugung völkisch einwandfreier Nachkommen aufrief, argumentierte er dies auch damit, dass „wir unserem elitären Anspruch mittels Führen durch Vorbild entsprechen" müssten.[563]

Die Begründungslinien für den burschenschaftlichen Führungsanspruch (und damit auch die Quellen, aus denen das burschenschaftliche Elitenbewusstsein sich speiste) waren vielfältig. Zum Ersten sah man sich, wie bereits erwähnt, schon als Akademiker und somit Bildungselite zum Führen berufen, wie dies auch beim ÖCV der Fall war. Zum Zweiten verwies man (vgl. hierzu Abschnitt III.3) auf den erzieherischen Mehrwert der Korporation: darauf, anders als nichtkorporierte Studierende bzw. HochschulabsolventInnen eine „auch abseits des Zeitgeistes und jenseits von ‚political correctness'" angesiedelte, „gediegene Allgemeinbildung" genossen[564] sowie die Gelegenheit erhalten zu haben, in der Verbindung „Verantwortung und Führungsaufgaben zu übernehmen" und dabei „als Persönlichkeit zu reifen".[565] Ihre radikalste Ausformung erfuhr diese Argumentation in den Bünden des *Weißen Kreises in Österreich* (WKÖ), die über „ganz besonders und streng einzuhaltende Merkmale in ihrer Auffassung und Haltung" und „strenge Korporationszucht" versuchten, „den Führungsanspruch des Akademikers zu rechtfertigen" und sich gleichzeitig als eine Art Elite in der Elite von den anderen Bünden abzuheben.[566]

In einem engeren Sinn politischer Hinsicht beanspruchten die Burschenschaften sich als standhafte Bewahrer historischer ‚Wahrheiten' und als entschiedene Fürsprecher ureigener ‚Volksinteressen' sowohl gegenüber einer vermeintlich teilnahmslosen Masse als auch gegenüber den als Volksfeinden verfemten politischen Gegnern zu distinguieren: „Wir fühlen uns nicht nur denen überlegen, die der Vermassung und Verödung unseres Lebens verfallen sind, sondern auch denen, die die Österreicher durch Lostrennung von der deutschen Geisteswelt ihres wertvollsten Besitztumes berauben wollen."[567] Viertens sollte die Unterwerfung unter eine strenge Ehrenordnung (mit der Bereitschaft als Kern, zur ‚Reinhaltung' der Ehre die eigene physische Unversehrtheit einzusetzen) die besondere moralische Integrität der Burschenschaften verbürgen – und gegenüber jenen Normalbürgern hervorheben, die ihre Ehrenhaftigkeit bereits durch

563 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2009, 104. Vgl. zu Burschenschaften als Avantgarde weiters Teutonia 1968, 110 und Oberösterreicher Germanen 1994, 176.
564 AVSt, DBÖ 1994, 16.
565 Ebd., 8. Zur Persönlichkeitsbildung im Bund vgl. auch Oberösterreicher Germanen 1967, 169.
566 Libertas 1967, 180. Der letzte Teil des Zitats ist den WKÖ-Grundsätzen im O-Ton entnommen.
567 PBW, Berka 1964, 18.

das bürgerliche Recht hinreichend geschützt sahen.[568] Zu guter Letzt wurde die Behauptung der Korporationszugehörigkeit als Elitenausweis auch mit der (zumindest behaupteten) Selektivität der Verbindungen begründet, die nicht jeden Bewerber aufnähmen und gegebenenfalls auch zum Mittel des Ausschlusses griffen. Gerade das Prinzip der Pflichtmensur sollte sicherstellen, dass dem Bund nur Männer angehören, die bereit wären, ihr eigenes Wohl im Sinne der Gemeinschaft (unmittelbar des Bundes, im übertragenen Sinn des ‚deutschen Volkes') aufs Spiel zu setzen.[569]

Sowohl die ‚unbedingte Satisfaktion mit Waffe' als auch die Mensur betonen die Opferbereitschaft des Burschenschafters als Beleg seines ihn von der Masse abhebenden Ethos und somit als Begründungsfaktor seines Führungsanspruches. Hierin widerspiegelt sich die aus dem 19. Jahrhundert tradierte Ansicht,

> nur ein seine persönliche Ehre wahrender Student sei fähig, ‚in Zeiten politischer Not genügend Aufopferungsgeist für die Nation aufzubringen'. Nur der in seiner Korporation zur Wahrung seiner ‚Waffenehre' erzogene Student verbürgte danach, im kriegerischen Ernstfall dem Vaterland wirklich und uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen. Aus dieser Haltung und Bereitschaft resultierte aber auch der Anspruch auf künftige Einnahme von sozialen und gesellschaftlichen Führungspositionen.[570]

Die hohe Wertschätzung, die der Selbstaufopferung entgegengebracht wurde, und deren Verknüpfung mit Elitendenken erklärt zu einem guten Teil die in burschenschaftlichen Quellen allgegenwärtige Tendenz zur Selbstviktimisierung: Wo Aufopferung als Ideal gilt, geht die Selbststilisierung zum Opfer mit psychischem Gewinn einher, steigert sie Ansehen und Selbstwertgefühl. Auch erlaubt sie es im Wege der Täter-Opfer-Umkehr, eigene Aggression als Notwehr darzustellen. Diese Umkehr wird häufig in subjektiv durchaus aufrichtiger Weise vollzogen: Wer im Weltgeschehen anti-deutsche Mächte am Werk glaubt, muss sich als deutsch-völkischer Aktivist zwangsläufig von diesen verfolgt fühlen. Der konkrete Inhalt der Opferleistungen musste im burschenschaftlichen Verständnis nach 1945 nicht zwangsläufig die ultimative Form des Kriegstodes annehmen, sondern konnte etwa auch in der Inkaufnahme beruflicher Nachteile und ökonomischer Härten durch offenes Bekenntnis zum Deutschtum bestehen.

---

568 Vgl. die Argumentation von *Arminia* Graz im Namen der DBÖ gegenüber der DB 1960 (BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Arbeitsunterlagen zur Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 8) sowie Mölzer 1980, 84 (entspricht Mölzer 1994b, 148) und das Nachwort zu Busson 1997 (o. S.).

569 Vgl. zur Selektionsfunktion der Mensur AVSt, DBÖ 1994, 15; allgemein zur Selektivität bei der Mitgliederauswahl vgl. Aldania 1994, 159.

570 Harald Lönnecker in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/2008, 37. Das Zitat im Zitat stammt von den Leipziger Sängerschaftern Ludwig Fuhrmann und Walther Meyer.

Für das Verständnis des burschenschaftlichen Führungsanspruches zentral ist die im obigen Zitat bereits angeklungene Sichtweise, dass die Erduldung von Härte durch den Burschenschafter und seine Unterwerfung unter äußere Autoritäten ihm das Recht verleihen, Härte auch gegen andere zu üben und diese seiner eigenen Autorität zu unterwerfen.[571] Dementsprechend weist Schiedel darauf hin, dass „in narzisstischen oder homosozialen Gruppen wie etwa den Burschenschaften der Mann nicht nur zum Untertan, sondern auch und vor allem zum Führer sozialisiert" werde – und zitiert dazu die rhetorische Frage des *Olympen* und FPÖ-Nationalratsabgeordneten Harald Stefan von 2010, ob es nicht „Teil unserer weltanschaulichen Ausrichtung" sei, „sich selbst als geborenen Anführer zu verstehen".[572] Das Verhältnis von Führung und (Selbst-)Unterwerfung bringt Stefans langjähriger Freund und Parteikollege Heinz-Christian Strache auf den Punkt, wenn er meint, die (Pennal-)Burschenschaft sei für ihn „eine Schule" gewesen,

> denn ganz generell muß man im Leben fähig sein, sich unterzuordnen und in einer Gemeinschaft seine Aufgaben zu übernehmen und dann durch deren Erfüllung letztlich zu bestätigen, daß man Führungsqualitäten hat. Zuerst muß man sich unterordnen und, wenn man so will, auch dienen, um später auch eine Führungsrolle übernehmen zu können.[573]

Die eigene Aufwertung aufgrund vermeintlicher moralischer Superiorität macht, wie der *Teutonen*-Chronist 1968 in bemerkenswerter Offenheit dokumentierte, die Abwertung anderer erforderlich: „(W)ir wollen, wie einst die Jenenser Burschen von 1815, die verachten, die nicht opfern können und wollen, die, deren Gott der Bauch ist."[574]

In elitensoziologischer Hinsicht verbinden sich in der burschenschaftlichen Begründung eines Führungsanspruches leistungs- und wertelitaristische Motive. Stimmer zufolge legten die bundhaften Eliten der verschiedenen Lager bereits in der Ersten Republik eine „ausgeprägte Fähigkeit zur flexiblen Kombination von (…) werthaft-repräsentativen (…) Rollen mit funktional-technokratischen Karriere- und Qualifika-

---

571 Vgl. dazu die berühmten Zeilen Theodor W. Adornos: „Die Vorstellung, Männlichkeit bestehe in einem Höchstmaß an Ertragenkönnen, wurde längst zum Deckbild eines Masochismus, der (…) mit dem Sadismus nur allzu leicht sich zusammenfindet. Das gepriesene Hart-Sein, zu dem da [in der „traditionellen Erziehung", Anm. B.W.] erzogen werden soll, bedeutet Gleichgültigkeit gegen den Schmerz schlechthin. Dabei wird zwischen dem eigenen und dem anderer gar nicht einmal so sehr fest unterschieden. Wer hart gegen sich ist, erkauft sich das Recht, hart auch gegen andere zu sein, und rächt sich für den Schmerz, dessen Regungen er nicht zeigen durfte" (Adorno 2003b, 682).

572 (Zit. n.) Schiedel 2011, 23.

573 Mölzer/Strache 2006, 33.

574 Teutonia 1968, 114.

tionsmustern“ an den Tag.[575] Die Wertkomponente habe dabei in der durch „institutionalisierte Charakterprägung und Gruppenmentalität“ hergestellten Verkörperung von jeweils „erwünschte(n) Nationaltugenden der herrschenden Elite“ (wie etwa der ‚Wehrhaftigkeit‘ im Falle der deutsch-völkischen Bünde, Anm. B.W.) bestanden.[576] Für die Zweite Republik attestiert Stimmer den deutschnationalen Korporationen ein „ambivalente(s) Elitenbewußtsein( )“ mit sowohl wert- als auch leistungselitärer Komponente.[577] Die Ambivalenz lässt sich dabei als Gleichzeitigkeit zielgruppenspezifisch variierter Begründungsstrategien bestimmen: Wurde im (partei-)politischen Wettstreit und nach außen hin v. a. auf das Leistungskriterium gepocht, dominierte intern nach wie vor die Beschwörung der eigenen moralischen Exzellenz.[578] Ohnehin widersprach die Wahrnehmung eigener Überlegenheit in charakterlicher Hinsicht nicht der einer gleichsam herausragenden Sachkompetenz. Wert- und leistungselitaristische Argumente ergänzten einander darin, der großkoalitionären Klientelversorgung eine Absage zu erteilen und Zugang zur Funktionselite für sich selbst einzufordern.

Elite und Volksgemeinschaft

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Burschenschafter sich trotz elitärer Selbstwahrnehmung wiederholt gegen eine Minderbewertung von Menschen nach ökonomischen Kriterien aussprachen. Dies weniger aufgrund eines universellen Gleichheitspostulats oder gar klassenkämpferischer Dispositionen, sondern – Letzteren diametral entgegengesetzt – vor dem Hintergrund ihres Volksgemeinschafts-Denkens.[579] Wie die *Aldanen*-Chronik unterstreicht, werteten schon Vordenker der Burschenschaften

575 Stimmer 1997 (Band II), 1089 f. Unter ‚bundhafter Elite‘ versteht Stimmer ein nach dem Typus der studentischen Korporation geformtes Gegenmodell zur monarchischen ‚Anstaltselite‘, wie sie von katholischen Eliteschulen und Militärakademien bereitgestellt wurde.

576 Ebd., 1083.

577 Ebd., 1003. Stimmer verweist dabei auf die Selbstdarstellung des RFS, der sich als Fürsprecher jener positionierte, „die auf ihre Leistung vertrauen können“, bei der Stellensuche nicht der „Hilfe des CV oder BSA“ bedürften und „ohne ihrer Gesinnung untreu zu werden, in ihrem Fachgebiet arbeiten und am richtigen Platz der Allgemeinheit dienen wollen“ (Marauschek 1960, 76). Dem Leistungselitarismus des RFS entsprach auch dessen Eintreten für eine Selektion im Bildungssystem, die nach Leistung bzw. ‚Begabung‘ anstatt nach sozialer Herkunft zu erfolgen habe (vgl. etwa *Der Ring* Nr. 1/1969, 6).

578 So spricht Stimmer in Bezug auf „die deutschnationalen Eliten“ auch von einem „unter der karrierebedingt betonten ‚Funktionalität‘ ihres Selbstverständnisses“ fortbestehenden „latent ausgeprägte(n) Wert- und Gesinnungsbewußtsein“, das allerdings – worin ihm zuzustimmen ist – nicht notwendig in extremistischer Ausprägung auftrete (Stimmer 1997, Band II, 1009).

579 Explizite Bekenntnisse hierzu finden sich quer über den Untersuchungszeitraum (in jüngerer Vergangenheit etwa bei Schlüsselberger in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 3/2009, 103), häufig in leichter Variation als „Gemeinschaft des Volkes“ (AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 14) oder als „Deut-

wie (Carl) Theodor Körner, Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn „Volksgemeinschaft höher als Landesherrschaft und Standesunterschiede".[580] Das Volksgemeinschafts-Ideologem entwirft Volk als formierte Masse von Identischen und in diesem Sinne auch Gleichen. Klassengegensätze werden „in bloße Unterschiede (verwandelt), die schließlich (…) in Äquivalenz gebracht werden".[581] Die volksgemeinschaftliche Version der Gleichheit schließt elitaristische Anwandlungen jedoch nicht aus, sondern hat diese als fixe Begleiter: Auch das sich seiner selbst bewusste Volk wollte in burschenschaftlicher Sicht (die in diesem Punkt von der nationalsozialistischen nicht zu unterscheiden ist) geführt werden. Während Klassengegensätze geleugnet und Standesdünkel (jedenfalls rhetorisch) zurückgewiesen wurden, blieb das Prinzip der Herrschaft weniger über viele unangetastet. Die ‚Innovation' bestand lediglich darin, diese Herrschaft als Ausdruck eines vermeintlichen allgemeinen Volkswillens zu camouflieren, der von den zur Führung Berufenen allein zu erkennen und zu exekutieren sei. „Ist das Volk zum (…) Kollektivsubjekt erklärt, braucht es jemanden, der seinen einheitlichen Willen erkennt und artikuliert – die männliche(n) Elite(n)."[582] Die Verknüpfung von (Funktions-)Elite und Männlichkeit erfolgt dabei nicht willkürlich, sondern wird als notwendige gedacht, wie in Abschnitt III.8.4 noch näher ausgeführt werden soll.

Anspruch und Wirklichkeit

So sehr die Burschenschaften in Österreich nach 1945 ihr Elitenbewusstsein zu kultivieren suchten, so wenig konnte nüchternen Geistern auf Dauer entgehen, wie fragwürdig der elitäre Anspruch auf mehreren Ebenen geworden war.[583] Seine Herausforderung bzw. Kränkung durch die tatsächliche politische Bedeutungslosigkeit der Bünde und durch die relative Entwertung akademischer Bildung als Elitenausweis infolge ihrer Ausweitung konnte, wie dargestellt, unter Betonung von Kompetenz und Tugendhaftigkeit in Kombination mit einer identitätspolitischen Übernahme der Paria-Rolle

sche Volks- und Kulturgemeinschaft" / „Kultur- und Volksgemeinschaft" (Aldania 1994, 5 bzw. 176). Vgl. hierzu auch den folgenden Abschnitt III.7.

580 Aldania 1994, 9.

581 Haug 1980, 73. Vgl. Bosch 1980, v. a. 115–119. Zur Zerstörung der Volksgemeinschaft durch Klassenkampf vgl. Alemannia 1962, 7 oder Günther Paul (*Leder* Leoben) in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1977 [Juni], 96 f. Der RFS transponierte dieses Denken von der Gesamtgesellschaft auf die Hochschulebene, indem er sich gegen einen „Klassenkampf zwischen Studenten und Professoren" und für die „Gemeinschaft zwischen allen Hochschulangehörigen" aussprach (*Der Ring* Nr. 1/1976, 3).

582 Schiedel 2007, 33. Zur Gleichzeitigkeit von anti-elitärer Rhetorik und der Maximierung von Herrschaft im Volksgemeinschafts-Denken vgl. Bosch 1980, (v. a.) 127 f.

583 Die Infragestellung der reklamierten moralischen Führerschaft des Burschenschafters durch dessen Einlassung mit dem Nationalsozialismus sei hierbei gar nicht angesprochen – und wurde, jedenfalls in expliziter Weise, von Burschenschaftern auch kaum thematisiert.

verarbeitet werden. Dass man, obwohl dazu berufen, nicht führte, wurde dem charakterlosen Wirken opportunistischer Kleingeister angelastet. Umso schwerer wog es, wenn die burschenschaftliche Wirklichkeit Zweifel auch an diesem Hilfsnarrativ aufgab und die real existierenden Burschen dem ihnen vorgegebenen Idealbild nicht genügten. In der Chronik der *Oberösterreicher Germanen* von 1967 registrierte Ernst Truckenthanner, dass die „Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit" mancher Burschenschafter gegenüber Mitstudierenden sich „auf nichts anderes als Ehrenordnung und Mensur gründet, denn Spitzenleistungen in Studium oder hochschulpolitischer Arbeit sind unter solchen Burschenschaftern kaum zu finden".[584] Weit schärfer (und pauschaler) ging im Jahr darauf der Innsbrucker *Germane* Werner Riesenhuber mit dem burschenschaftlichen Nachwuchs ins Gericht:

> Hat es jemals eine Elite in unseren Reihen gegeben, (…) gemessen an der gesamten akademischen Jugend, so muß man sich heute schon sehr bemühen, nur Spuren davon zu finden. (…) Was wir brauchen, sind Burschen von Format, nicht Neurotiker, keine geistigen und körperlichen Versager, die hoffen, bei uns aufgemöbelt zu werden und Image zu gewinnen. (…) Warum steht vor allem die geistige Potenz nicht mehr bei uns?[585]

Aussagen wie diese zeigen an, dass die österreichischen Bünde sich die ihrem Selbstbild gemäße Selektivität aufgrund von Rekrutierungsproblemen immer weniger erlauben konnten.[586] Die Vorstellung, bei Burschenschaftern handle es sich „generell um eine ‚intellektuelle rechte Avantgarde'", sei „bei weitem überzogen", konstatierte dementsprechend auch Jürgen Schwab 1996 (damals noch Burschenschafter) und ortete eine „große Diskrepanz" zwischen dem Anspruch auf „Bildung einer nationalen Gegenelite" – so dieser überhaupt noch gestellt werde – und der burschenschaftlichen Realität.[587]

III.6.4 Zusammenführung

Gegen alle Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1945 – den Ausschluss von der Funktionselite, die Ausweitung des Hochschulzugangs und des Frauenstudiums, die Stärkung der universitären Linken (und damit der Kritik an den Korporationen) und, wie sich ergänzen ließe, das Aufkommen des Phänomens der AkademikerInnenarbeitslosigkeit – hielten die Burschenschaften in Österreich an ih-

584 Oberösterreicher Germanen 1967, 162.

585 *Germanenmitteilungen*, 15.12.1968, 5.

586 Nichtsdestotrotz gab etwa *Aldania* selbst zu einem Zeitpunkt Bewerber „als für uns unbrauchbar ab( )", als der Bundbetrieb sistiert war und die Ablehnung von Füchsen die ersehnte Wiedereröffnung desselben hintertrieb (Aldania 1994, 205).

587 *Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996,19 bzw. 20.

rer elitären Selbstwahrnehmung fest. Ausschluss und Marginalisierung beantworteten sie mit der Abwertung jener Institutionen, zu denen sie nun keinen (privilegierten) Zugang mehr hatten – zuerst der politischen und administrativen, dann der universitären. In der Zusammenschau über die Unterabschnitte III.6.2 und III.6.3 erschließt sich dabei eine Wechselwirkung zwischen Oppositionshaltung und Elitenbewusstsein: Einerseits fungierte die Selbststilisierung zu standhaft-opferbereiten, isolierten Kämpfern gegen die politisch-ideologische Anordnung der Zweiten Republik als Ausweis von Charakterfestigkeit und somit als argumentative Stütze von Führungsansprüchen; auch ermöglichte sie es, die eigene Bedeutungslosigkeit exklusiv auf Ausgrenzung zurückzuführen und sie somit anderen anzulasten. Andererseits untermauerte die Selbstwahrnehmung als Speerspitze des Deutschtums in Österreich die Oppositionshaltung sowohl realpolitisch als auch ideell.

In Summe ergaben sich aus der Verquickung von oppositionellen und elitären Motiven die Identität und Mentalität einer mannhaften, fundamentalen Gegen-Elite, die die Führung in einem Gemeinwesen beanspruchte, dessen konkrete ideologische und politische Ausgestaltung sie ablehnte (und damit in gewisser Weise an ihre Haltung aus der Zwischenkriegszeit andockte[588]). Dieses scheinbare Paradoxon unterstreicht bereits, dass die Opposition ‚fundamental' tatsächlich nur dem Anspruch nach war. Unter der rhetorischen Fassade der unversöhnlichen Gegnerschaft trat immer wieder offen der Wunsch nach Salonfähigkeit und Anerkennung durch die nach 1945 Herrschenden hervor, um die vom Ausschluss hervorgerufene Kränkung (und möglicherweise auch subkutan lauernde Selbstzweifel) zu heilen. Sichtbar wurde dieser Wunsch immer dann, wenn er Befriedigung erfuhr. Als etwa ÖVP-Unterrichtsminister Drimmel den *Gothen* zu ihrem 100. Stiftungsfest 1961 schriftlich seine Aufwartung machte und dabei Worte der Bewunderung für seinen Amtsvorgänger (und *Gothen*) Heinrich von Srbik fand, berichteten sowohl die *Aula* als auch die *Burschenschaftlichen Blätter* unter ausgiebiger Zitation aus dem Schreiben darüber.[589] Ebenso wurde mit den sporadisch einlangenden Antworten von Regierungsmitgliedern auf Eingaben des ADC bzw. der DBÖ verfahren (vgl. Kapitel IV.1.1).

Gegen die vorgebliche Radikalität der burschenschaftlichen Oppositionshaltung lässt sich zweitens auf die Resolutionspolitik der Bünde (siehe ebendort) und die Betätigung vieler Einzelmitglieder in der studentischen Selbstverwaltung (über den RFS und nahe-

588 Stimmer spricht von den „deutschnationalen Korporationen" als „radikale()" bzw. „revolutionäre Gegenelite" in der Ersten Republik bzw. im Rahmen der illegalen NS-Bewegung (Stimmer 1997, Band I, 509 bzw. Band II, 1085). Anders als damals befindet die überwiegende Mehrheit der heutigen Burschenschafter sich freilich nicht in grundsätzlicher Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie. Nicht von ungefähr verdienten im ausgehenden 20. Jahrhundert nach Jürgen Schwabs Urteil nur einzelne Burschenschafter die Bezeichnung „national oppositionell" bzw. „nationalelitär()" (*Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996,19 bzw. 20).

589 Vgl. die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 8–9/1961, 232, die den Brief nach der Juli-*Aula* 1961 zitieren.

stehende Listen) und kommunal-, landes- und bundespolitischen Parlamenten (v.a. über die FPÖ) verweisen: Dem eben erwähnten Zugehörigkeitswunsch entsprechend vollzog burschenschaftliche Beteiligung an politischen Kämpfen sich zu einem Gutteil in den dafür vorgesehenen Foren und nach deren Regeln, womit die burschenschaftlichen Akteure sich als Mitglieder des politischen Systems der Zweiten Republik konstituierten.[590] V. a. aber ruhte der burschenschaftliche Antagonismus zu politischen und gesellschaftlichen Realitäten in Österreich nach 1945 nur in seltenen Ansätzen auf einem gesellschaftskritischen Fundament. Weit üblicher waren emotional gestimmte Einlassungen über vermeintliche kulturelle Dekadenzerscheinungen, was angesichts der für Burschenschaften typischen Ablehnung materialistischer Gesellschaftsanalyse nur folgerichtig ist.[591]

Im Allgemeinen fand die burschenschaftliche Bereitschaft, auch unpopuläre Überzeugungen zu verteidigen, an den Grenzen des eigenen ‚Volkstums' augenscheinlich ein jähes Ende. So wird der Ausschluss der jüdischen Alten Herren der *Olympia* 1889 in der Verbindungschronik von 1996 als „Gebot der Zeit" dargestellt: „Mit dem Aufblühen des nationalen Lebens zu Beginn der Achtziger Jahre [des 19. Jahrhunderts, Anm. B.W.] unter dem Einfluß des Reichtsratsabgeordneten (…) Schönerer waren diese Maßnahmen notwendig geworden, wollte man nicht Gefahr laufen, die Anerkennung als Burschenschaft zu verlieren."[592] Folgt man der Darstellung des Chronisten, wonach der erwähnte Schritt nicht aus antisemitischer Überzeugung erfolgt sei (tatsächlich betätigten sich die *Olympen* anders als etwa *Liberten* und *Silesen* wohl als Protagonisten, nicht aber als Vorreiter antisemitischer Politik in Österreich), bleibt nur zu schließen, dass die Ächtung einer opportunistischen Orientierung an Mehrheitsmeinungen im burschenschaftlichen Lager jedenfalls vor 1945 keine grundsätzliche war.

III.7 Völkischer Nationalismus[593] als weltanschaulicher Angelpunkt

Von Günther Cerwinka stammt die Diagnose eines „Primat(s) des ‚Nationalen'" als Merkmal burschenschaftlicher Politik in Österreich. Dieses Primat habe sich „ab 1867" durchgesetzt, die „bisherigen großdeutsch-liberalen Positionen" abgelöst.[594] „Der Groß-

590 Vgl. dazu noch grundsätzlicher Sandner 2001, 13, der Marcel Gauchet zitiert: „Der Kampf zwischen den Menschen erzeugt Zugehörigkeit und stellt die Dimension der Gemeinschaft wieder her."

591 An der Schnittstelle zwischen beidem lässt sich etwa die diffuse Reflexion über Vor- und Nachteile der „westlichen Gesellschaftsform" gegenüber jener des Realsozialismus in den *Semesternachrichten* der Wiener *Silesen* vom Wintersemester 1989 (S. 11) verorten.

592 Dvorak 1996, 26.

593 Zum Begriff des ‚Völkischen' vgl. die Ausführungen in Kapitel I.5, zur Diskussion der Spezifika des völkischen Nationalismus vgl. Kellershohn 1998 und Breuer 2008, 7–21 (kompakt: Breuer 2005, 499–501).

594 Cerwinka 2009, 94. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass – sofern nicht anders angegeben – ‚national' in diesem Buch (und somit auch im vorliegenden Abschnitt) stets deutsch-national meint.

teil der Burschenschaften", so Gernot Stimmer, habe damals „eine nationalistisch-antisemitische Radikalposition" angenommen, die von den Idealen des 1848er-Aufstandes „nur mehr die politische Vereinigung mit Deutschland gelten ließ".[595] Berka weist seinerseits darauf hin, dass der Begriff ‚national' in der österreichischen Politik Ende der 1870er-Jahre aufgekommen sei und jenes politische Lager bezeichnet habe, das „in Anbetracht des wachsenden Nationalismus der nichtdeutschen Völker der Monarchie und des Verhaltens österreichischer Regierungen zur Überzeugung gelangte, sich ausschließlich auf eine entschiedene Vertretung der deutschen Volksinteressen beschränken zu müssen", während Sozialdemokratie, politischer Katholizismus und Liberalismus andere Themen in den Vordergrund gerückt hätten.[596] Dieses Primat des ‚Nationalen' schlug sich auch in der bis heute gebräuchlichen Benennung des entsprechenden politischen Spektrums als ‚nationales' oder ‚national-freiheitliches' nieder. Historisch erscheint notierenswert, dass die Burschenschaften einerseits die peripheren National- und Emanzipationsbewegungen im ‚Vielvölkerstaat' bekämpften, andererseits aber – v. a. nach 1945 und dort, wo es (wie etwa in Südtirol/Alto Adige) um ‚deutsche' Ansprüche ging, – das Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Völker bemühten.[597] Während ‚fremdvölkische' Herrschaft über Deutsche stets schärfstens (und oft gewaltsam) zurückgewiesen wurde, behauptete man das umgekehrte Prinzip als für die Beherrschten sogar vorteilhaft. Berka zufolge gereichte etwa die deutsche „Besiedelung des europäischen Südostens (…) den anderen Völkern des Südostens zum – leider nicht verstandenen – Segen".[598]

Im vorliegenden Abschnitt soll dem Primat des Völkischen nach 1945 nachgegangen werden. Ich verstehe darunter die Erhebung des Wohls des ‚deutschen Volkes' zur höchsten Priorität und obersten Leitlinie allen Handelns, wobei die Bestimmung von Volk im Kern über biologische Abstammung und die Bestimmung von ‚Wohl' auf der Basis subjektiver (hier: burschenschaftlicher) Werthaltungen erfolgt. Das Primat ist dem Anspruch nach total, insofern es sowohl kollektiv-öffentliches als auch individuell-privates Handeln prägt, und absolut, insofern es weder aus taktischen Erwägungen

595 Zit. ebd. Vgl. zur durchaus prozesshaft und nicht friktionsfrei verlaufenen ‚illiberalen Wende' neben dem Standardwerk von Jarausch 1984 (Kapitel II) auch Stimmer 1997 (Band I), 123–127, 181 und 500, Wladika 2005, 48 f. sowie Lönnecker 2009b, 340. Letzterer ortet einen nach der Bismarck'schen Reichsgründung anzusetzenden Wandel vom „integrativ(en) und liberal(en)" Nationsbegriff der „bürgerlich-demokratische(n) Nationalbewegung" hin zu einem Begriff der Nation als „elitäre, ethnisch fundierte Gemeinschaft", deren „innere Einheit durch den Ausschluß anderer erzw(u)ngen" werden sollte.

596 PBW, Berka 1964, 4.

597 Vgl. beispielsweise ebd., 6 oder das Eintreten *Stirias* für „das Selbstbestimmungsrecht der Völker, insbesondere das der Deutschen" (http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns). Ein sehr allgemeines Bekenntnis zu kollektiven Rechten auch nicht-deutscher Ethnien findet sich im Flugblatt ‚*Die Burschenschaft: Idee und Geschichte einer Freiheitsbewegung*' der DBÖ von 1977 (AVSt).

598 PBW, Berka 1964, 8.

noch zugunsten anderer politischer Zwecke Relativierung erfährt. In seiner Verbreitung weder auf Burschenschafter beschränkt noch auf den deutschsprachigen Raum[599], prägt es die burschenschaftliche Weltsicht in Österreich seit dem von Cerwinka, Stimmer und Berka konstatierten Umschwung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Letztlich ist jeder konkrete Ausdruck burschenschaftlichen Denkens und Handelns an die Idee des deutschen Volkswohls rückgebunden, weshalb auch sämtliche Abschnitte des vorliegenden Buches sich in der einen oder anderen Weise auf das Primat des Völkischen beziehen. Seine Erörterung beschränkt sich daher nicht auf den vorliegenden Abschnitt, findet aber wohl in ihm ihr Zentrum.[600]

III.7.1 Das Primat des Völkischen nach 1945

Die absolute Vorrangstellung völkischer Belange in der burschenschaftlichen Theorie und Praxis blieb auch nach 1945 weitgehend unangetastet, wie bereits in den Kapiteln II.5 und III.5 gezeigt wurde. Dies trotz der Erfahrung einer eben aus dieser Haltung resultierten Einlassung mit dem Nationalsozialismus, beispielloser Menschheitsverbrechen an aus der völkischen Gemeinschaft Ausgegrenzten und zweier von völkischem Eifer getragener Aggressionskriege – und obwohl der Zusammenhang von völkischem Denken und Nationalsozialismus verschiedentlich durchaus erkannt wurde.[601] Begründet wurde das Festhalten am völkischen Nationalismus klassischerweise damit, dass dieser in den erwähnten Ereignissen nicht etwa eine konsequente Vollendung erfahren hätte, sondern vielmehr über ein vermeintlich gesundes Maß hinaus zugespitzt und letztlich missbraucht worden sei. Das burschenschaftliche „Streben nach Einheit und Freiheit des Deutschen Volkes“ an sich sei allerdings „rein geblieben“, etwaige Übertreibungen des „völkische(n) Gedanke(ns)“ dürften „nicht der Idee selbst angelastet werden“.[602] Zur Untermauerung dieser Sichtweise wurde auch auf andere Manifestationen nationalistischen Denkens hingewiesen und dieses zu ontologisieren versucht: Die Nationalbewegungen im Trikont würden zeigen, dass „der na-

---

599 Vgl. etwa die Beurteilung Heribert Schiedels, wonach eine „um das Primat des (deutschen) ‚Volkes‘ gruppierte( ) Weltanschauung“ für den traditionellen österreichischen Rechtsextremismus insgesamt kennzeichnend sei (Schiedel 2007, 29). Zum völkischen Denken außerhalb des deutschen Sprachraums vgl. etwa die Analysen Magdalena Marszovskys zu Ungarn (Marszovsky 2006 und 2010). Für den burschenschaftlichen völkischen Nationalismus vgl. Heither/Schäfer 1997, 247–262.

600 Zu den konkreten politischen Implikationen des Primats vgl. v. a. die Kapitel IV.2.2, IV.2.4, V.6 und VI.2.

601 Vgl. z. B. Teutonia 1968, 92 und 95.

602 Berka in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 11 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [B1], Dringlichkeitsantrag D (Silesia, Stiria, Suevia, Libertas) zum (ord.) ADC-Tag 1958, Beilage zu ADC-Rundschreiben Nr. 8 (Albia) vom 14. 4. 1958, 1. Vgl. auch die *Germanenmitteilungen*, März 1967, 11. Allerdings erkannte Berka in der Verbindung von nationalem Fühlen und der „Humanitätsidee des 18. Jahrhunderts“ eine noch zu verwirklichende Aufgabe (Libertas 1967, 243).

tionale Gedanke als der Ausdruck eines Naturrechtes auch heute in ungeschwächter Kraft" weiterlebe, „er marschiert und triumphiert in aller Welt". Gegner des Nationalismus – und nicht etwa seine Propagandisten – versündigten sich in dieser Logik schlichtweg an der Natur.[603]

Kaum ein Zitat macht das Primat des Völkischen in der burschenschaftlichen Weltsicht deutlicher als folgende Feststellung aus der *Teutonen*-Chronik von 1968: „Als Soldaten sind wir fest und unerschrocken gegen jeden Feind gestanden, tausende Burschenschafter haben, gleich den Helden von Langemark, ihr Leben hingegeben, ohne zu fragen, ob die Monarchie, die Republik oder der nationalsoziale Absolutismus hinter ihnen stehe."[604] ‚Für das (deutsche) Vaterland' galt es demnach, das Letzte hinzugeben, versinnbildlicht auch im Verweis auf die ‚Schlacht von Langemark' (alte Schreibweise: Langemarc, vgl. dazu Fußnote 249 auf S. 100) als ultimatives Beispiel deutscher Selbstaufopferung um des Opfers willen. Gerade in Kriegszeiten galt es, dem jeweils real existierenden Staat Gefolgschaft zu leisten. Anstatt basierend auf allgemeinen ethischen Prinzipien die Möglichkeit einer Differenz zwischen dem Wollen der Herrschenden und dem Wohl der Beherrschten aufzumachen, wurde beides miteinander identifiziert, gleichgültig, für welches politische Projekt und welche Werte es jeweils zu streiten galt und wie die Herrschaft, die man stützte, sich jeweils legitimierte. Wurde gerade nicht zur Front gerufen, gelangte die Überordnung von Volk über Staat im burschenschaftlichen Denken zu vollster Entfaltung. So erhoben Burschenschafter sich historisch nicht zuletzt dann in relevanter Zahl gegen ihre jeweilige Regierung, wenn diese stärker demokratischen als völkischen Maßgaben folgte. Während die Weimarer und die Erste österreichische Republik ihren Untergang gerade auch dem politischen Wirken von Burschenschaftern verdankten, konnten Wilhelm II. oder Hitler (der historisch erstmals den real existierenden deutschen Staat einigermaßen mit burschenschaftlichen Vorstellungen von Vaterland in Deckung gebracht hatte) auf breite burschenschaftliche Unterstützung zählen.[605]

Hinterfragung des Primats

Offene Kritik am Primat des Völkischen in den eigenen Reihen ist in burschenschaftlichen Quellen aus Österreich nur selten zu finden. Als herausragendes Beispiel ist ein-

603 BAK, DB 9, E. 4 [B1], Dringlichkeitsantrag D (Silesia, Stiria, Suevia, Libertas) zum (ord.) ADC-Tag 1958, Beilage zu ADC-Rundschreiben Nr. 8 (Albia) vom 14.4.1958, 2. Vgl. dazu auch den Hinweis, dass UN-Charta und Allgemeine Erklärung der Menschenrechte es verbieten würden, „eine Nation, und so auch unsere deutsche Nation, von dieser nie versiegenden Kraftquelle [des Nationalismus, Anm. B.W.] auszuschließen" (ebd.).

604 Teutonia 1968, 110.

605 Vgl. für Deutschland Heither 1997a und Zorn 1965, für Österreich den Abschnitt III.6.2.

mal mehr die schon mehrfach zitierte Rede von Sigurd Scheichl vor dem Linzer Tag der freiheitlichen Akademiker 1966 zu nennen. Noch vier Jahre zuvor hatte Scheichl „das unentwegte Bekenntnis zum deutschen Vaterland und deutschen Volk“ als „Grundlage (…) für alle unsere politische, kulturelle und persönliche Tätigkeit“ bekräftigt, allerdings gleichzeitig auf die Gefahr der Übertreibung hingewiesen.[606] In Linz legte er nun zwar ein Bekenntnis zu einer „zeitgemäße(n) nationale(n) Politik“ ab, griff jedoch gleichzeitig die Vorrangstellung des völkischen Gedankens frontal an: Die ‚nationale Frage‘ sei nicht das einzige, langfristig „vielleicht nicht einmal das wichtigste Problem“ in Österreich. „Nichts entspräche der Tradition von 1848 (…) weniger“, als sich nur auf „diesen Fragenkreis“ zu beschränken. Die Geschichte zeige, dass immer, wenn „der nationale Gedanke zur alleinigen Grundlage einer Ideologie erhoben wurde“, dies „Mißerfolge und Katastrophen“ gebracht habe.[607] Die Erfahrung dessen, „was im Dritten Reich geschehen ist“, müsse „auch uns hellhörig machen“ für die Gefahren von Missbrauch und „einseitige(r) Überbetonung des nationalen Gedankens“. Mit den Schlagwörtern der „völkischen Träumer, Schönerer, Wilhelm II., Hitler“ sei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kein Staat mehr zu machen.[608] Die Flucht in nationale Bekenntnisse und der „Rückzug in die Vergangenheit“ seien freilich bequemere Optionen als die Konfrontation mit komplexen Problemen der modernen Gesellschaft – die Scheichl, darin an den kosmopolitischen Strang der frühen Burschenbewegung anknüpfend, als Weltgesellschaft entwarf, in welcher der Einzelne Verantwortung nicht nur dem eigenen Volk, sondern „der gesamten Menschheit gegenüber“ trage.[609] Ein klareres oder früheres Plädoyer für eine Revision der ideologischen Grundlagen burschenschaftlicher Politik und damit gegen einen Kurs des ‚Weiter wie bisher‘ war (in puncto Klarheit mit Ausnahme einschlägiger Aussagen Günter Cerwinkas) für mich in den Quellen nicht zu finden. Entsprechend unerhört erschienen Scheichls Überlegungen vielen Zuhörern – und entsprechend folgenlos verhallten sie.[610]

Wo ansonsten Kritik geübt wurde, beschränkte diese sich auf die schon erwähnte Problematisierung einer ‚einseitigen Überbetonung‘ bzw. ‚Verabsolutierung‘ des Nati-

606 Rede zum 70. Stiftungsfest von Germania Innsbruck, Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962, 7. Niemals, so Scheichl, dürfe „der Dienst an Volk und Vaterland (…) das ewige Sittengesetz, (…) die Ordnung von Recht und Freiheit“ außer Kraft setzen. Mit der Überordnung von Vaterland über Recht ende „das echte Volksgefühl“ und „beginnt der Nationalismus. Wir wissen, daß wir dieses Extrem in uns tragen wie jede Idee die Möglichkeit ihrer Überspitzung in sich enthält; doch kennen wir die Gefahr und müssen daher den Feind in uns ebenso scharf bekämpfen wie unsere Gegner von außen.“ (Ebd., 10)

607 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 10.

608 Ebd., 11.

609 Ebd., 14.

610 Vgl. zu den Publikumsreaktionen die Kapitel II.5.5 und III.5.3.

onalen, bei der Scheichl gerade nicht stehen geblieben war.[611] Eine bemerkenswerte Ausformung hiervon brachte von bundesdeutscher Seite Horst Baier (*Germania* Erlangen) 1960 vor, indem er den „nationalen Gedanken( ) (…) gegen seine Verabsolutierung und Vergötzung als Pseudo-Religion oder als nationalistischer Totalitarismus" verteidigte.[612] Auch Scheichl ortete in seiner Linzer Rede eine „Tendenz, aus dem Nationalgefühl eine Ersatzreligion, aus dem Volk einen Ersatzgott zu machen"; die „völkische Idee in ihrer bisherigen Form" sei aufgrund ihrer Verwurzelung „im Irrationalen" zur Bewältigung der Gegenwart und Planung der Zukunft ungeeignet, zumal in einer von Verstand, Technik und Wissenschaft dominierten Welt.[613] Tatsächlich weist, wie schon am Ende von Abschnitt III.5 angemerkt, burschenschaftliche Ideologie gerade in ihrer österreichischen Ausformung eine enge Verwandtschaft mit religiösem (dogmatischem, irrationalistischem) Denken auf. Das ‚deutsche Volk' als vermeintlich naturwüchsige, homogene Entität stellt ein metaphysisches Konstrukt dar, dessen Existenz schlicht geglaubt werden muss.[614] Ähnlich der soldatischen Männlichkeit wird das Volk performativ hergestellt, indem die Gläubigen seine Existenz einander und anderen beständig einreden und jene Verhaltensweisen und Tugenden imitieren, die den vermeintlichen Volkscharakter kennzeichnen sollen.[615] Eine wichtige Hilfsfunktion kommt dabei dem

611 Vgl. zur burschenschaftlichen Nationalismus-Kritik als Pochen auf das ‚richtige Maß' etwa auch Sigurd Weyringer (*Arminia* Graz) in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 10; Karl Lisch *(Brixia)* in den BBl. Nr. 7/1961, 201; Aldania 1994, 111.

612 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1960 (Vorort Bremen), 10. Baier saß zu dieser Zeit dem Geschäftsführenden Ausschuss der Verbändetagung (GAVT) vor. Seine akademische Karriere als Soziologe begann Baier unter dem ehemals überzeugten Nationalsozialisten Helmut Schelsky, später bekleidete er den vormaligen Lehrstuhl Theodor W. Adornos in Frankfurt/Main.

613 *Germanenmitteilungen*, März 1967, 11 bzw. 12.

614 Nicht von ungefähr forderte *Marcho Teutonia,* man möge „die Liebe zum Volk wie ein Glaubensbekenntnis im Herzen tragen" (BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 4), und beinhaltete ein Vorschlag des DBÖ-Referenten für burschenschaftliche Arbeit für eine Veranstaltungsreihe 1961 den Programmpunkt „Metaphysische Grundlagen des Volkstums" (BAK, DB 9, E. 4 [B1], DBÖ-Rundschreiben Nr. 3 [Brixia] vom 8.2.1961, 3). Vgl. auch die Anmerkung des *Ostmarkenkartells* (gemeinsam mit *Libertas*), wonach man das deutsche Volkstumsbekenntnis aufrechterhalte, „ohne dem Staate, in dem wir leben vorzuenthalten, was des Staates ist" (BAK, DB 9, E. 1 [B1], Anlage 1 zum ADC-Rundschreiben Nr. 8 [Albia] vom 14.4.1958, 1). Die Anspielung auf die entsprechende Bibelpassage (Mt 22, 21) weist die Staatsbürgerschaft als der Sphäre weltlicher Herrschaft, des Profanen zugehörig aus. Das Volkstumsbekenntnis entspricht in dieser Analogie der Sphäre des Glaubens, des Transzendenten und Geheiligten. Vgl. zum religiösen Gehalt völkischen Denkens auch Arendt 1955, 353 und 367 sowie Magdalena Marsovszkys Überlegungen zur „Sakralisierung der Nation" am Beispiel des heutigen Ungarns (Marsovszky 2013, 57–67).

615 Vgl. dazu Wolfgang Fritz Haugs Bemerkungen zur „Performativität der Volksgemeinschaft" (Haug 1980, 73 f.), Abschnitt III.3.2 sowie den Hinweis, dass die Burschenschaften das „nationale Bewußtsein der Deutschen (…) vielfach (…) erst geschaffen" hätten (Lönnecker 2009b, 4). In Erwägung der Tatsache, dass das Volk erst in jenem Moment gesellschaftliche Relevanz erlangte, in dem es Gläubige

Kontakt mit dem vermeintlichen Gegenüber, dem Anderen des Volkes zu, an dem die Spezifika des Eigenen deutlich werden soll und das doch im Zuge der negativen Spiegelung selbst erst (re-)produziert wird. Diesen Vorgang illustriert Norbert Burger mit seinem Hinweis, man könne ‚Volkstum' nicht definieren, sondern es lediglich „an der Grenze des Volkes bei der Berührung mit anderen Völkern empfinden".[616] Burger unterstreicht damit sowohl die von völkischem Denken erbrachte Konstruktionsleistung als auch dessen irrationale, ja antirationale Basis.

Dementsprechend unzugänglich zeigte sich das in Österreich vorherrschende burschenschaftliche Bewusstsein für historische Evidenz, wonach die Idee der deutschen Nation sich in der Frontstellung gegen den französischen ‚Erzfeind' und nachhaltig v.a. im Zuge der sogenannten Befreiungskriege gegen das bonapartistische Frankreich herausgebildet hatte. Vielmehr sei, so Günther Berka, „(n)ationaldeutsche Gesinnung (…) das Ergebnis einer natürlichen (…) Verbundenheit mit dem eigenen Volke" und nicht „durch geschichtliche Ereignisse entstanden"; den deutschen Nationalgedanken gäbe es schon, „seitdem germanische Stämme sich zum deutschen Volke vereinigt haben".[617] Burschenschaftliche *Meinungsführer* wie Berka gaben sich nach 1945 alle Mühe, ihre völkischen Setzungen quasi-wissenschaftlich zu untermauern – freilich unter Berücksichtigung (oder teilweise auch Produktion) nur jener historischen ‚Fakten', an die zu glauben man bereit war. Ideologischer Betrachtungsweise entsprechend wurde im Gegenstand der deutschen Geschichte nur erkannt, was der Betrachter selbst hineingelegt hatte. Im Unterschied dazu benannte ein Redner der Erlanger Burschenschaft der *Bubenreuther* in einem Referat auf der Burschenschaftlichen Sommertagung der DB 1956 das ‚Vaterland' sowie ‚Gott' offen als die „beiden Axiome" des burschenschaftlichen Denkens: als jene beiden keiner Begründung bedürfenden oder einer solchen überhaupt zugänglichen Behauptungen, in Ableitung von welchen die restlichen Elemente des ursprünglichen burschenschaftlichen Wahlspruches (‚Freiheit' und ‚Ehre') sich bestimmen ließen.[618]

Die Bestimmung von Volk und völkischem Empfinden als wenn nicht immer schon da gewesen, so doch natürlich und dauerhaft[619], macht eine biologistische Bestimmung

fand, lässt sich daraus schließen, dass gerade jene, die seine Naturwüchsigkeit behaupten, es als soziales Phänomen erst erschufen.

616 BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 4. Zur Kritik der Nation als „vorgestellte politische Gemeinschaft" *(imagined community)* vgl. das Standardwerk von Anderson (2005, hier: 15) und das dort (kritisch) kommentierte Zitat von Ernest Gellner: „Nationalismus ist keineswegs das Erwachen von Nationen zu Selbstbewußtsein: man *erfindet* Nationen, wo es sie vorher nicht gab." (Zit. ebd., 16, Herv. i.O.)

617 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/1957, 10.

618 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 6/1956, 155.

619 So wird das Volk etwa beschrieben als das „(i)m Auf und Ab des politischen Geschehens (…) einzig Bleibende" (BAK, DB 9, I. Wien, Gothia, Bericht über das Sommersemester 1956, 1) oder als „aus sich

der Volks*zugehörigkeit* unabdingbar. Ein bloßes subjektives Bekenntnis qualifiziert in dieser Sichtweise nicht zum Volksgenossen bzw. zur Volksgenossin. Seit jeher, erläutert eine Broschüre der DBÖ, hätten Burschenschaften den „westliche(n) d.h. französische(n) und später auch angloamerikanische(n) Entwurf einer Willensnation" abgelehnt, „in die der Einzelne nach Belieben ein- bzw. wieder austreten kann".[620] Die „deutsche( ) Volksgemeinschaft" gründet der Idee nach stattdessen auf der „Gemeinsamkeit des Blutes, der Sprache, der tausendjährigen Geschichte und der Sitte".[621] Wer „blutsmäßig" nicht zum Volk gehöre, sei als Staatsbürger zu achten, nicht aber als „Volksangehöriger" anzuerkennen, erläuterte DBÖ-Vertreter Karl Claus *(Alania)* 1960 auf der DB-DBÖ-Verbändetagung.[622] Diese Position, innerhalb der DB durchaus umstritten, wird vom fundamentalistischen Flügel der DB (unter zumindest weitestgehendem Einschluss der österreichischen Bünde) bis heute aufrechterhalten, wie die DB-internen Streitigkeiten um rassistische Zugangskriterien zur Burschenschaft am und um den Burschentag 2011 zeigten.[623]

---

selbst heraus gewachsene Schicksalsgemeinschaft, ein überdimensionales Individuum, dem man nicht willkürlich Glieder amputieren kann, ohne daß es darunter leidet oder schließlich gar zugrunde geht" (Ansprache von Dieter Weber anlässlich der BG-Gründung, wiedergegeben in BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 30/1961 [Vorort Bremen], 7). Das Volk erscheint hier geradezu anthropomorph, als mit Eigenschaften eines Lebewesens wie Entwicklungs-, Leide- und Sterbefähigkeit ausgestattet.

620 AVSt, DBÖ 1994, 28. Die Volkszugehörigkeit ist in dieser Sichtweise eine zwanghafte, individueller Entscheidung enthobene – und bringt Aufgaben mit sich. So spricht Berka von der „Pflicht (…) eines jeden Menschen, dem Volke, dem er zugehört, treu zu bleiben und die aus dieser Zugehörigkeit sich ergebende Eigenheit zu erhalten" (PBW, Berka 1964, 16). Entschlagung von den vermeintlichen Imperativen der Natur gilt dieser Position als illegitim.

621 BAK, DB 9, E. 4 [B1], Dringlichkeitsantrag D (Silesia, Stiria, Suevia, Libertas) zum (ord.) ADC-Tag 1958, Beilage zu ADC-Rundschreiben Nr. 8 (Albia) vom 14.4.1958, 2.

622 BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung 1960, 4. Vgl. auch das Gründungsprotokoll der BG, Artikel 1 (wiedergegeben in AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 35). Für eine Wählbarkeit der Volkszugehörigkeit sprach sich dagegen – bemerkenswerterweise auf der Gründungsveranstaltung der BG und ungeachtet seines zuvor zitierten, organischen Volksbegriffes – der Münchner *Cimber* und spätere FDP-Politiker Dieter Weber aus (vgl. BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 30/1961 [Vorort Bremen], 8). Auch Scheichl wandte sich 1966 gegen eine biologistische Fundierung deutscher Kultur, die ignoriere, dass „Kultur (…) mehr eine sozial und geistige als biologisch bestimmte Tatsache" sei (*Germanenmitteilungen,* März 1967, 11).

623 Die Debatte kreiste um einen einschlägigen Antrag der rechtsextremen B! der *Raczeks* zu Bonn, der in Duktus und Inhalt einer geringfügig modernisierten Form völkischer Rassentheorie entsprach (vgl. Peham 2012, 41f. oder http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/rechtsruck-im-dachverband-burschenschafter-streiten-ueber-ariernachweis-a767788.html, Artikel vom 15.6.2011, Florian Diekmann). Den letztlich gefundenen Kompromiss sahen laut Verbandsorgan „(i)nsbesondere Verbandsbrüder aus Österreich (…) als rückständig an, denn nach dem nun müßte beispielsweise ein Südtiroler (…) gutachterlich geprüft werden, ein Türkischstämmiger mit deutschem und vielleicht sogar türkischem Paß nicht" (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2011, 108). In einer Erklärung hatten sich zuvor völkisch-fundamen-

In einigermaßen wahrnehmbarer Weise wurde die absolute Geltung des Primats des Völkischen nach Scheichl v. a. von den *Oberösterreicher Germanen* der 1970er-Jahre hinterfragt, wobei diese vorrangig auf eine taktische Zurücknahme klassisch völkischer Politik zugunsten von Konzeptarbeit und Hochschulpolitik abzielten, um überhaupt wieder politische Bedeutung zu erlangen (vgl. die Kapitel III.1.2, IV.1.3 und IV.2.6). In dem Bestreben, den politischen Auftrag der Burschenschaften breiter als bisher zu interpretieren, wandten sie sich sowohl gegen jene bundesdeutschen Bünde, die politischer Betätigung gegenüber grundsätzlich reserviert eingestellt waren, als auch gegen „jene Verbandsbrüder, und teilweise auch ganze Burschenschaften, die Politik auf die nationale Frage verkürzen. Dieser Standpunkt wird den Grundsätzen der Burschenschaft ebenso wenig gerecht, wie eine vom Nationalen vollkommen losgelöste Haltung.“[624] In ihrem an anderer Stelle schon zitierten Reformantrag von 1963 propagierten sie eine Konzentration auf „die nüchterne nationale Aufgabe der Burschenschaft“ anstelle jeder „nationalistischen Romantik“ und fernab der „Mystifizierung überholter Begriffe“.[625] Die tragenden Säulen völkischer Weltanschauung blieben dabei freilich unangetastet. Gugerbauer rationalisierte die nationalistische Verengung burschenschaftlicher Politik nicht nur, wie zu Beginn der Arbeit schon erwähnt, unter Verweis auf einen historischen „nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“, sondern bekräftigte zudem, dass man diesen Kampf auch weiterhin zu führen habe. Dabei sollte allerdings ‚Freiheit‘ nicht auf der Strecke bleiben: Ihre Zurückstellung hinter das Streben nach nationaler ‚Einheit‘ habe über die Geschichte der Burschenschaften in Österreich hinweg einen „konsequenten Verstoß gegen die Zielsetzung der Urburschenschaft dar(ge)stellt“.[626]

Da auch diese vergleichsweise moderate Position minoritär blieb, wurde das Primat des Völkischen von den Burschenschaften in Österreich nach 1945 fortgeschrieben und vielfach bekräftigt. Der aus burschenschaftlicher Perspektive zu Recht als Niederlage empfundene Kriegsausgang brachte in Summe keine Aufweichung des völkischen Nationalismus mit sich, mancherorts war sogar eine weitere Verhärtung feststellbar. Noch 2009 konstatierte Günter Cerwinka, dass er sich in seiner Gegnerschaft zur „Verabsolu-

talistische Bünde, darunter 14 aus Österreich, gegen „jede Bestrebung“ gewandt, „die Abstammung als notwendige Voraussetzung deutscher Volkszugehörigkeit (…) für entbehrlich zu erklären“, da die Burschenschaften sich damit „ihrem innersten Wesen nach“ selbst aufgeben und „Verrat an der burschenschaftlichen Geschichte und Überlieferung“ begehen würden (BBl. Nr. 2/2011, 84).

624 So Norbert Gugerbauer in seinem Bericht über den Vorsitz der *Obergermanen* in der DB 1974/75, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 62.

625 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 5.

626 Zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 62. Zur festen Verankerung Gugerbauers (als Zentralgestalt seines Bundes in der erwähnten Phase) auf dem Boden burschenschaftlicher Weltanschauung in Österreich vgl. auch ebd., 97. Zum Verhältnis von Freiheits- und Einheitswunsch im burschenschaftlichen Wertesystem vgl. Lönnecker 2009b, 351 und AVSt, DBÖ 1994, 28.

tierung des Volkstums" und einer damit verbundenen „Geringschätzung des demokratischen Rechtsstaates (…) vermutlich nicht im mainstream der österreichischen Burschenschaften" verorte.[627] Auch in den *Burschenschaftlichen Blättern* bezog Cerwinka in diesem Jahr Stellung gegen „(d)ie Verabsolutierung, ja Vergötzung von ‚Volk'", die „wie jede Form von Fundamentalismus von Übel" sei. Den Anlass hatte der Artikel eines *Olympen* geliefert, für den nach Lesart des Grazer *Allemannen* „ethische Postulate" jenseits des Wohls des deutschen Volkes „offenbar keine oder nur eine sekundäre Rolle" spielten.[628] Mit seiner Kritik verdeutlichte Cerwinka sowohl das Beharrungsvermögen der völkischen Ideologie im Burschenschaftswesen in Österreich als auch – einmal mehr – das Vorkommen (und gleichzeitig die Marginalität) abweichender Meinungen ebendort.

Wiederaufnahme und Adaptionen

Die burschenschaftlichen Bekenntnisse zur Gültigkeit des Primats nach 1945 sind Legion.[629] Ein besonders leidenschaftlich vorgetragenes Beispiel stellt jener Resolutionsentwurf des um *Libertas* ergänzten *Ostmarkenkartells* zum ADC-Tag 1959 dar, dem zufolge

> wir Burschenschafter in Österreich als unseren obersten Grundsatz und als Grundlage der burschenschaftlichen Bewegung überhaupt (…) das treue Festhalten an dem leidenschaftlichen Bekenntnis zu dem nationalen Gedanken und der überstaatlichen geistigen und kulturellen deutschen Volksgemeinschaft (erklären), (…) der wir dienen wollen mit allen unseren Kräften für und für![630]

Mühlwerth erkannte in der „nationale(n) Sendung" der Burschenschaften nicht weniger als ihre „Daseinsberechtigung" in der Zweiten Republik, der *Liberte* Karl Eichmeyer erblickte im „Bekenntnis zum deutschen Volkstum" gar den „Urstrom unseres Seins".[631] „Das Ziel der DBÖ ist alles, was dem deutschen Volk nützt. Nur der Weg ist hier die

627 Cerwinka 2009, 110.

628 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/2009, 190, Bezug nehmend auf Nr. 3/2009, 103.

629 Vgl. über die nachfolgend zitierten Beispiele hinaus u. a. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 13; den Brief Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955, wiedergegeben in den Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955 (selber Bestand); die Ausführungen Herwig Bücheles in BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1960 (Vorort Bremen), 12 sowie Claus' in Nr. 25/1961, 10; Libertas 1967, 143 und 354.

630 BAK, DB 9, E. 4 [B1], Dringlichkeitsantrag zum (ord.) ADC-Tag 1958, Anlage 1 zum ADC-Rundschreiben 8 (Albia) vom 14.4.1958, 2.

631 Teutonia 1968, 116 (Herv. entf.) bzw. zit. n. Libertas 1967, 205.

Frage", gab wiederum Manfred Lesch 1964 zu Protokoll.[632] Leschs Innsbrucker *Germanen* bekundeten drei Jahre später, dass es das „(o)berste Ziel der Burschenschaft sei, das für das Vaterland Vorteilhafteste zu erreichen, alles andere seien somit nur Mittel".[633]

Dies galt, folgt man Claus, selbst für das hohe Ziel der Vereinigung aller Burschenschaften Österreichs und Deutschlands in einem einzigen Dachverband, das v. a. bis 1961 große Teile der Energien der österreichischen Bünde in Anspruch nahm. Nur weil in der DB die „gesamtdeutsche Geisteshaltung der Burschenschaft in Zweifel gezogen" worden sei, hätten die Österreicher es überhaupt für notwendig erachtet, einen gemeinsamen Verband anzustreben.[634] Dies bestätigte Befürchtungen manch deutscher Kritiker eines Zusammenschlusses von DB und DBÖ, die Österreicher würden sich „(w)ie in der Zeit von 1919 bis 1939 (…) als Avantgardisten des völkischen Gedankens aufführen (…). Der Freiheitsbegriff im Sinne des urburschenschaftlichen Gedankengutes würde erneut wie nach 1932 ausgehöhlt und dem Gedanken des Völkischen in jeder Beziehung untergeordnet."[635] Tatsächlich setzten die österreichischen Bünde, nachdem die ersten von ihnen 1971 in die DB aufgenommen worden waren, umgehend einschlägige Markierungen.[636] Günther Paul (*Leder* Leoben) propagierte 1977 „die Erhaltung des Volkstums in physischem und geistigem Sinne" nach österreichischem Vorbild als oberste Aufgabe der DB und Helge Dvorak *(Olympia)* pochte in einer Feuerrede 20 Jahre darauf am Burschentag in Jena unvermindert auf ein offenes Bekenntnis „zum deutschen Vaterland (…), das – entgegen destruktiver Meinung von Renegaten auch aus unseren eigenen Reihen – alle Teile unseres Volkes umfasst,

632 Zit. in den *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 5.

633 *Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.

634 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961 (Vorort Bremen), 9. In der „Zentralfrage" nach der weiterhin „gesamtdeutsch(en)" Ausrichtung der Burschenschaften wären die Österreicher, so Claus, entschlossen, ihre Linie gegenüber den Deutschen durchzusetzen, da es hier „um unsere Existenz als Teil des gesamtdeutschen Volkes und um unsere burschenschaftliche Daseinsberechtigung" gehe (ebd., 8 f.).

635 AAG, Korrespondenzen, DB, Rundschreiben 1950–62, Hofmeister 1960, 3. Vgl. zur bundesdeutschen Kritik am „Sendungsbewusstsein" der Österreicher auch BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 24/1960 (Vorort Bremen), 7.

636 Vgl. den Vorstoß der *Liberten* zu verstärkter „Vaterlandsarbeit" 1972 (BAK, DB 9, B. VI., Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1972, 17, Herv. entf.), die gleichzeitig vorgebrachte österreichische Initiative für „Grenzlandarbeit" im Allgemeinen und Ernteeinsätze im Besonderen (Niederschrift des DB-Burschentages 1972, 28–31, selber Bestand) oder das Verhalten *Cruxias* und *Albias* am Burschentag 1977 in Reaktion auf einen Antrag von *Germania* Halle (vgl. die Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 14 bzw. für den Antrag die Arbeitsunterlagen zum selben Burschentag, 20, selber Bestand). Zu österreichischen Forderungen nach unzweideutigen großdeutschen Bekenntnissen von DB-Seite vgl. Libertas 1967, 187; BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 13; oder BAK, DB 9, E. 4 [B1], Anlage 1 zum ADC-Rundschreiben Nr. 6 (Alemannia) vom März 1959, 4.

unabhängig von staatlichen Grenzen."[637] Noch 2009 bestimmte Gerhard Schlüsselberger *(Olympia)* die aus burschenschaftlicher Sicht zentrale Frage darin, „was für das Deutsche Volk gut oder schlecht" sei – wozu sich wiederum, wie zuvor erwähnt, Cerwinka zu Wort meldete.[638]

Bei aller Entschlossenheit, auch in der Zweiten Republik den selbstauferlegten völkischen Auftrag zu verfolgen, erzwangen die veränderten Umstände Anpassungen. Nicht nur war ein erneuter ‚Anschluß' an Deutschland realpolitisch undenkbar geworden, auch wurde (gemäß Art. 4 Abs. 2 des Staatsvertrags von Wien) darauf gerichtete Propaganda rechtlich verfolgt. Dementsprechend erklärte Loibner 1954, der ADC lege „jederzeit" ein „auch Österreich umfassende(s) völkische(s) Bekenntnis" ab, wenn auch „den gegebenen politischen und staatsrechtlichen Verhältnissen angepaßt".[639] Programmatisch verfocht man nun beispielsweise die pragmatische Leitlinie, dass „Österreich an keiner gegen Deutschland gerichteten politischen Kombination teilnehme, aber jede Gelegenheit ergreife, an mit Deutschland gemeinsamen Konzepten mitzuwirken"[640] – wie etwa im Rahmen der europäischen Einigung. Den Hintergrund und die Reichweite solcher Neujustierungen brachte der Berliner *Germane* Arno Krüger 1960 in seinem Plädoyer für den Zusammenschluss von DB und DBÖ auf den Punkt: Die „nationale( ) Einheit unseres Volkes" und die „Sicherung des deutschen Volkstums in den gefährdeten Grenzgebieten" stehe nach wie vor im Zentrum burschenschaftlichen Strebens. Von einer „neuen Zielsetzung" zu reden, sei verfehlt: „Unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an einer gerechten Weltordnung und einem befriedeten Europa ist lediglich aus der Erkenntnis erwachsen, dass dies die geeigneten Mittel sind, das Wohl unseres Volkes zu fördern."[641]

Ins Zentrum des burschenschaftlichen Strebens in Österreich war nun, noch vor jeder konkreten politischen Forderung, die Absicht gerückt, die Idee der Zugehörigkeit Österreichs zu einem größeren deutschen Ganzen zu bewahren und aktiv zu bewerben. Diese Zugehörigkeit, die nun bevorzugt als ‚kulturelle' und/oder ‚geistige' ausgewiesen wurde, war Berka zufolge aufgrund gemeinsamer „Sprache, Kultur und Geschichte" objektiv gegeben, als Bewusstseinsinhalt der meisten Menschen in Österreich aber erst herzustellen. Demnach galt es, wie Berka 1964 in vertraulichem Rahmen ausführte, die „bestehende( ) Sprach- und Kulturgemeinschaft" zwischen Deutschen und Öster-

637 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1977 [Juni], 96 bzw. zit. n. Schmidt 2000, 54.

638 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2009, 103 bzw. Nr. 4/2009, 190.

639 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 13.

640 So Heinz Amberger (*Germania* Jena), Schriftleiter der *Burschenschaftlichen Blätter*, in Wiedergabe seiner Eindrücke aus dem ADC (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 18).

641 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 7. Der hier beschriebene instrumentelle Zugang zur europäischen Einigung wurde in seiner Absolutheit sicherlich nicht von allen Burschenschaftern geteilt. Gerade mit Blick auf das Burschenschaftswesen in Österreich scheint allerdings plausibel, dass Krüger zumindest eine tendenzielle Stoßrichtung treffend beschrieb (vgl. zur burschenschaftlichen Europapolitik den Abschnitt III.5.2.)

reicherInnen „zu einer bewussten Volksgemeinschaft" zu transformieren[642], gleichsam vom ‚Volk an sich' zur ‚Volksgemeinschaft für sich'.[643]

Bei der Beschreibung dieses Projekts befleißigte man sich in Erwägung der rechtlichen Beschränkungen einer bisweilen sehr kryptischen Ausdrucksweise. So war etwa die Rede von einer burschenschaftlichen Pflicht, „für die freie Entfaltung deutschen Volkstums in enger Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes über staatliche Grenzen (…) hinweg zu wirken".[644] Waldemar Steiner propagierte „die Erhaltung und die Vertiefung der Volkssubstanz, die Bewusstseinsbildung vom Wert des Volkes im Volk" als burschenschaftliche Aufgabe, die man nun „ebenso brennend und begeisternd" zu betreiben hätte wie einst die ‚Anschluß'-Bestrebungen oder den ‚Nationalitätenkampf' zu Zeiten der Monarchie.[645] Weitere Beispiele umfassen die Absicht zur „Erhaltung der kulturellen Gemeinschaft aller Deutschen" und Erlangung „wahre(r) Freiheit für alle Glieder des deutschen Volkes"[646] die Beschwörung einer „seelischen Verbundenheit mit dem Gesamtvolke"[647] oder die selbstauferlegte Aufgabe, „den Gedanken an die deutsche Einheit wach zu halten"[648]. Über neue Sprachregelungen hinaus erschien es zudem manchem Burschenschafter politisch (und wohl auch psychohygienisch) opportun, nicht nur Nationalsozialismus und Deutschnationalismus auseinanderzudividieren, sondern Letzteren generell einer Entpolitisierung zu unterziehen, um seine Legitimität nach Auschwitz argumentieren zu können. Dieses Ansinnen schlug sich bei Mühlwerth in der Rede von der „unpolitischen Einheit des Deutschen Volkes"[649] nieder – einer Behauptung, die nur unter völliger

642 PBW, Berka 1964, 12 bzw. 13. Das Heftchen, dem das Zitat entstammt, wurde von Berka gezielt nur an Personen versandt, „die auf Grund ihrer Stellung in der Lage sind, die Entwicklung der nationalen Verbände zu beeinflussen"; für eine „breite Öffentlichkeit" seien die Ausführungen nicht bestimmt (ebd., 2).

643 Die Analogiebildung zur marxistischen Idee des Klassenbewusstseins hinkt freilich insofern, als Klasse bzw. Klassenzugehörigkeit als Ergebnis der ökonomischen Verhältnisse verstanden wird, wohingegen völkisches Denken gerade auf die Naturhaftigkeit der Volkszugehörigkeit pocht.

644 Diese Formel wurde im GAVT erarbeitet und 1961 auf Antrag *Brixias* von der DBÖ abgesegnet (für den Antragstext siehe BAK, DB 9, E. 4 [A2], Arbeitsunterlagen zum ord. DBÖ-Tag 1961, 4; zum Beschluss vgl. die Niederschrift desselben DBÖ-Tages, 13 bzw. 15). Sie tauchte später wortgleich in einem Antrag *Alanias* von 1963 zur Ergänzung des DBÖ-Abkommens auf (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 3) und fand 1971, ergänzt um die Festlegung, dass die erwähnte „Entfaltung" auf rechtsstaatlichem Wege vor sich gehen solle, sowie um das Bekenntnis zu einem „einigen Europa in der Gemeinschaft freier Völker", Eingang in die DB-Verfassung (zit. n. Lönnecker 2009b, 312).

645 Steiner 1974, 12.

646 Alemannia 1962, 25.

647 Libertas 1967, 19.

648 DÖW, WKR-Folder 1991, o. S.

649 Teutonia 1968, 103. Karl Claus stellte demgegenüber 1960 fest, es sei „unmöglich", den burschenschaftlichen Vaterlandsbegriff „zu entideologisieren" (BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 2).

Absehung nicht nur von den Ein- und Ausschlusswirkungen jeglichen Nationalismus und den historischen Implikationen völkischen Denkens (gerade auch im Laufe der burschenschaftlichen Geschichte) getätigt werden konnte, sondern auch von den sehr realen Konsequenzen des Primats des Völkischen für burschenschaftliche Politik in der Zweiten Republik.

III.7.2 ‚Volkstumsbezogener Vaterlandsbegriff' und österreichische Eigenstaatlichkeit

Eine notwendige Entsprechung fand die Propagierung des ‚deutschen Österreich' in der Zurückweisung der von Seite der staatstragenden Parteien SPÖ, ÖVP und (zunächst) KPÖ nach 1945 postulierten Idee einer österreichischen Nation bzw. eines österreichischen Volkes, das nicht als Teil des deutschen anzusehen wäre. Lediglich in der Restaurationsphase Anfang der 1950er-Jahre war man aus taktischen Gründen (um eine vereinspolizeiliche Wiederzulassung zu erreichen und die Akzeptanz der Universitätsbehörden zu gewinnen) zu – aus der Sicht späterer Jahre unerhörten – Konzessionen bereit. So gab *Vandalia* (als *Vindomina*) ihren Vereinszweck u. a. mit der „Förderung österreichischer Kultur und Heimatgeschichte" an und *Markomannia* verschrieb sich laut Satzung der „Pflege österreichischer Tradition und Volkstums [sic]".[650] *Gothia* wollte ihre Mitglieder vorgeblich „zu charakterfesten, freiheitsliebenden und aufrechten Österreichern" erziehen, die *Obergermanen* die „Liebe zum Heimatlande Österreich" pflegen.[651] Während freilich die Bezeichnung Österreichs als ‚Heimat' im burschenschaftlichen Denken mit jener Deutschlands als ‚Vaterland' durchaus kompatibel ist, verstieg *Silvania* sich zu der aus burschenschaftlicher Sicht tatsächlich unerhörten Angabe, ihr Verein bestehe aus „ordentlichen und Ehrenmitgliedern österr. Nationalität".[652] Trotz vereinzelter opportunistischer Konzessionen wie dieser waren die Fronten klar gezogen: „Vor allem soll unser Kampf (…) dem Verrat an unserer Geschichte, kurz der ‚Österreichischen Nation' gelten. Dies ist vor allem die Aufgabe des Burschenschafters", bekannte Berka.[653] Der *Gothe* Nosko erblickte im Kampf gegen den Österreichnationalismus 1956 überhaupt die letzte verbliebene Aufgabe der Burschenschaften.[654] Wie Cerwinka festhält, bestimmte die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Nationalgedanken neben der Südtirolfrage die nach außen gerichtete Tätigkeit der Burschenschaften in Öster-

650 Zit. n. AUW, S 259.49, Schreiben der Bundespolizeidirektion Wien an den Rektor der Universität Wien vom 23.1.1952, 1 bzw. S 259.76, Schreiben der BPD an den Rektor vom 18.5.1953.

651 Zit. n. AUW, S 259.68, Schreiben der BPD an den Rektor vom 8.4.1953 bzw. S 259.61, Schreiben der BPD an den Rektor vom 16.5.1952.

652 Zit. n. AUW, S 259.71, Schreiben der BPD an den Rektor vom 10.12.1952.

653 Paraphrasiert in Libertas 1967, 126; vgl. auch ebd., 108.

654 BAK, DB 9, I. Wien, Gothia, Bericht über das Sommersemester 1956, 1 f.

reich bis in die 1960er-Jahre.[655] Im Konkreten empörte man sich dabei über Aspekte des staatstragenden Nationalismus wie die von Unterrichtsminister Hurdes (ÖVP) zwischenzeitig veranlasste Ersetzung des Schulfaches ‚Deutsch' durch ‚Unterrichtssprache', die Einführung eines *‚Österreich-Wörterbuchs'*, die Gründung eines *Österreichischen Nationalinstituts* 1965 oder die Umbenennung des ‚Tages der Fahne' in ‚Nationalfeiertag' im selben Jahr.[656]

Sowohl zur Untermauerung ihrer Ablehnung der ‚österreichischen Nation' als auch zur Entkräftung darauf gründender Zweifel an ihrer Loyalität zum Staat Österreich verwiesen die Burschenschaften darauf, dass ihr Begriff von ‚Vaterland' „auf dem mitteleuropäischen Konzept der volkstumsbezogenen Kulturnation" beruhe und somit von Staatsgrenzen unabhängig sei.[657] Nach außen hin weniger betont wurde dagegen die über die bloße Unterscheidung hinausgehende burschenschaftliche „Erkenntnis, daß das Volk über dem Staate steht".[658] Innerhalb des Burschenschaftswesens war dieser ‚volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff' durchaus umstritten – allerdings nur in Deutschland. Während die BG als Zusammenschluss der völkisch-fundamentalistisch dominierten Bünde ihn gleich im ersten Satz ihres Gründungsprotokolls verankerte[659], wollte manch bundesdeutscher Bund nach 1945 Deutschland lieber mit der Bundesrepublik identifiziert sehen. Diese von ihren Kritikern als ‚etatistisch' bezeichnete Position konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Im Zuge des sogenannten historischen Kompromisses von 1971 stellte die DB sich auf den völkischen Standpunkt und ergänzte ihre Verfassung um ein Bekenntnis „zum deutschen Vaterland als der geistig-kulturellen Heimat des deutschen Volkes. Unter dem Volk versteht sie [die DB, Anm. B.W.] die Gemeinschaft, die durch gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur, verwandtes Brauchtum und gleiche Sprache verbunden ist."[660] Lönnecker zufolge stand der Streit um die Definition des ‚deutschen Vaterlandes' auch im Kern der innerburschenschaftlichen Kontroverse um das Geschichtsbild der DB (vgl. Kapitel II.5.2).[661] Folgt man

655 Cerwinka 2009, 101. Vgl. auch Stimmers Einstufung der „Idee von Österreich als ‚deutschem Staat'" und in der „konsequente(n) Negierung einer eigenen österreichischen Nation" als die „gemeinsamen politischen Leitideen aller sich nach 1945 wieder reaktivierenden nationalen Korporationen und Vereine" (Stimmer 1997, Band II, 1000).

656 Vgl. etwa Libertas 1967, 5, 19 und 112 f. Zu den praktischen Ausdrucksformen des burschenschaftlichen Kampfes gegen die ‚österreichische Nation' vgl. Kapitel IV.2.2.

657 AVSt, DBÖ 1994, 28.

658 Suevia 1958, 12.

659 Vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 35.

660 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1971, 11. Dieser Formel wurde 1971 der zuvor erwähnte Zusatz über die „freie Entfaltung deutschen Volkstums" in Europa angefügt (zit. n. Lönnecker 2009b, 312).

661 Lönnecker 2009b, 312. Auch die Frage der Aufnahme von Männern deutscher Staatsbürgerschaft bei ‚nicht-deutscher' Abstammung war damit verbunden.

dieser Sichtweise, ist das einheitliche Auftreten der Österreicher in der letztgenannten Frage nur folgerichtig, habe es doch – so die *Liberten*-Chronik – im ADC bzw. der DBÖ „keinen Zweifel" gegeben, dass „Vaterland (…) immer das deutsche Volkstum ohne Rücksicht auf die staatlichen Grenzen" meine.[662] „In der österreichischen Burschenschaft [sic] konnte es hinsichtlich des Vaterlandsbegriffes keine verschiedenen Auffassungen geben."[663] Selbst Scheichl räumte den vermeintlichen „Ewigkeitswerte(n)" Volk und Vaterland im Zweifelsfall Vorrang vor dem Staate ein.[664]

Dessen ungeachtet bekannten sich die Burschenschafter in Österreich nach 1945 in ihrer großen Mehrzahl durchaus zur österreichischen Eigenstaatlichkeit. „Die staatliche Einheit des deutschen Volkes ist unmöglich geworden. Der Einheitsgedanke in dem Sinne, daß Volk und Staat in ihren Grenzen überein stimmen, hat seine Realität verloren. An seine Stelle tritt die kulturelle und geistige Gemeinschaft aller Deutschen, wo immer sie leben", postulierte etwa ein ansonsten prononciert fundamentalistisch auftretender Chronist wie Gärtner.[665] Das Ziel eines deutschen Nationalstaats sei „gefallen, kann und darf somit heute nicht mehr Inhalt des burschenschaftlichen ‚Vaterlandes' sein", vermerkte Claus, als Verbands-Multifunktionär ein Repräsentant des austro-burschenschaftlichen Mainstreams der 1950er- und 1960er-Jahre, auf der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960.[666] Der *Brixe* Büchele äußerte auf einer GAVT-Sitzung im selben Jahr, die DBÖ strebe eine „(n)ur geistige und kulturelle Überbrückung der Staatsgrenzen" an. Dass ein solches Streben österreichischem Recht nicht widerspreche, habe der frühere Innenminister Helmer (SPÖ, hier fälschlich als Staatssekretär angeführt) selbst Burschenschaftern gegenüber bestätigt, man wolle aber auch „Prof. Ermacora um ein entsprechendes Rechtsgutachten bitten".[667]

662 Libertas 1967, 102.

663 Ebd., 103. Zur „volksbewussten Haltung" als burschenschaftlicher Grundkonsens bei allen Meinungsverschiedenheiten siehe Steiner 1974, 11.

664 PBW, Beilage zum Schreiben Scheichls an seine Bundesbrüder vom 25.6.1962, 8 f.

665 Alemannia 1962, 28.

666 BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung 1960, 2. Zu weiteren ähnlichen Aussagen – v. a. aus jüngerer Zeit – vgl. Christian Neschwara *(Gothia)* in *JUS-offensiv,* Sommersemester 2005, 5; http://stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=15&Itemid=17; Scheichl im Interview vom 8.6.2012; in abgeschwächter Form auch AVSt, DBÖ 1994, 5 oder BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 19.

667 BAK, DB 9, B. VI.15 [C2], Protokoll der GAVT-Sitzung vom 3./4.12.1960, 5; vgl. zum Engagement Felix Ermacoras in dieser Sache auch den Brief Dieter Webers an Büchele vom 27.3.1961 (selber Bestand). Der damalige Innsbrucker Ordinarius erschien für die Ausstellung der gewünschten Unbedenklichkeitsbescheinigung wohl nicht nur als Koryphäe im Bereich des Völkerrechts interessant, sondern auch aufgrund seiner bekannten Nähe zur damaligen Kanzlerpartei ÖVP. 1963 stand Ermacora auch den behördlich aufgelösten *Olympen* mit einem – allerdings erfolglosen – Entlastungsgutachten zur Seite (vgl. Dvorak 1996, 57 und 59).

Diese Haltung der „ausdrückliche(n) Anerkennung staatspolitischer Gegebenheiten“[668] bedeutete freilich nicht notwendig, dass man diese Gegebenheiten innerlich ratifiziert hatte. Dass der ‚Anschluß‘-Wunsch realpolitisch zur Illusion geworden war, wurde weithin anerkannt – für moralisch diskreditiert hielt man die großdeutsche Nationalstaats-Option jedoch keineswegs. Norbert Burger äußerte offen die Ansicht, Österreich sei seine Eigenstaatlichkeit nach 1945 „aufgezwungen“ worden. Die Grenze zur BRD sollte „eine rein formell anerkannte Grenze sein, die möglichst durchsichtig gehalten werden muß“.[669] Für Duswald war „die Realität der Eigenstaatlichkeit Österreichs zur Kenntnis (zu) nehmen“, man sei „aber nicht dazu verpflichtet, die Trennung zu bejahen oder ‚innerlich nachzuvollziehen‘“, wie Vertreter des ‚etatistischen‘ DB-Flügels gefordert hatten.[670] Wie zur Illustration dieser Sichtweise legte die BG 1984 eine Broschüre vor, auf deren Umschlagseite eine Karte Deutschlands in seinen nach BG-Ansicht völkerrechtlich geltenden Grenzen abgebildet war: den Grenzen vom 1. September 1939.[671] Für ein problematisches Verhältnis zur Nachkriegsrealität in Europa spricht auf einer allgemeineren Ebene auch das eingangs erwähnte, oftmalige Pochen auf das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ – eine Forderung, die angesichts der Nicht-Identität von Volk und Staat im burschenschaftlichen Denken jedenfalls der Stoßrichtung nach auf Grenzrevision drängt.

Dass viele Burschenschafter in Österreich gerade auch die deutsch-österreichische Grenze nicht als Dauerzustand zu akzeptieren bereit waren, belegen zahlreiche Zitate – nicht nur aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Claus entgegnete diesbezüglichen Vorhaltungen aus der DB zwar 1961, dass die real existierende BRD „uns heute praktisch nichts bieten“ könne und jenseits ökonomischer Faktoren dort „weit und breit nichts zu erblicken“ sei, „was auch wir unbedingt haben müßten – ganz im Gegenteil!“.[672]

---

668 So ein Antrag *Teutonias,* zitiert nach BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 12 f.

669 BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960, 4. Seinem damaligen Bundesbruder Wintersberger zufolge „verachtete“ Burger „die Republik Österreich insgesamt zutiefst. (…) Sein Ziel hieß Großdeutschland“ (zit. n. Peterlini 2011).

670 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 5.

671 Vgl. Kuhn 2002, 88. Schiedel erwähnt die Verteilung von Flugblättern mit einer solchen Abbildung durch *Olympen* in den 1980er-Jahren, auch hingen derartige Karten ihm zufolge „bis heute (…) auf den Buden zahlreicher deutschnationaler Korporationen“, u. a. im Haus *Aldanias* (Schiedel 2007, 77). Zu revanchistischen Absichten ohne Einschluss Österreichs vgl. z. B. die Forderung nach einer „Wiedervereinigung von West-, Mittel- und Ostdeutschland“ vom ADC-Tag 1958 (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Dringlichkeitsantrag D [Silesia, Stiria, Suevia, Libertas] zum ADC-Tag 1958, Beilage zu ADC-Rundschreiben Nr. 8 [Albia] vom 14.4.1958, 2). Stimmer verweist auf ein zum Tag der deutschen Einheit 1985 verbreitetes Flugblatt der *Aldanen,* auf dem der Friede in Europa von einer Abtrennung russischer, französischer, polnischer, slowenischer, italienischer, ungarischer und tschechoslowakischer Gebiete von ihrer jeweiligen vermeintlichen Fremdverwaltung abhängig gemacht wurde (vgl. Stimmer 1997, Band II, 1003).

672 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961 (Vorort Bremen), 7 f.

Allerdings könne weder er noch sonst jemand „prophezeien, daß der Traum des deutschen Nationalstaates endgültig ausgeträumt ist".[673] Auf derselben Linie argumentierte Mühlwerth, dass „(i)n ihrer heutigen Führung (...) weder Westdeutschland noch Ostdeutschland besondere Anziehung auf uns aus(üben), wir ‚schielen' nicht hinüber (...) Sollte man uns aber die Gretchenfrage nach unserer Stellung zum (...) Anschlusse stellen", könne man nur in Anlehnung an Knut Hamsun antworten: „‚Daß der politische Anschluß in heutiger Zeit nicht in Frage kommt, ist uns klar; was aber in 100 Jahren sein wird, das wissen wir nicht und sie (die Fragenden) auch nicht.'"[674] Der Innsbrucker *Germane* Deisenhamer III vermerkte zur Frage eines staatlichen ‚Anschlusses', dass ihn „derzeit [sic] niemand will"[675] und die BG bekundete 1976 ihre Überzeugung, „daß die derzeitigen freien deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland und Republik Österreich nur eine vorläufige staatliche Form darstellen".[676]

Als explizite politische Forderung taucht der ‚Anschluß'-Wunsch unter Burschenschaftern in Österreich aufgrund der Rechtslage nach 1945 nicht auf. Manche Äußerungen sprechen dennoch eine klare Sprache – etwa wenn die *Oberösterreicher Germanen* als DB-Vorsitzende 1975 eine Entschließung vorlegen, die „(f)ür alle Deutschen" (was im Sinne des ‚volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes' die österreichische Mehrheitsbevölkerung einschließt) das „Recht" reklamieren, „sich in einem geschlossenen Staat, unter Rückgabe der völkerrechtswidrig besetzten Gebiete, zusammenzuschließen" und die dafür nötige „friedliche Grenzkorrektur" vorzunehmen.[677] Derselbe, für österreichische Verhältnisse als moderat einzustufende Bund ereiferte sich 1990 darüber, dass ein Redner bei der 175-Jahr-Feier der DB in Berlin „die deutsche Wiedervereinigung mit dem Zusammenschluß von BRD und ‚DDR' als abgeschlossen" betrachtet habe und „auf Österreich (...) nicht einmal zu sprechen" gekommen sei.[678] Noch 2009 konstatierte der *Olympe* Schlüsselberger, dass „das Deutsche [sic] Volk nach wie

673 Ebd., 9.

674 Teutonia 1968, 116 f.

675 *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 8.

676 AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 9. Schon in ihrem Gründungsdokument hatte die BG sich „zu den demokratischen Verfassungen der derzeit [sic] bestehenden freien deutschen Rechtsstaaten [gemeint: nicht der DDR, Anm. B.W.]" bekannt (ebd., 35).

677 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 31. Die Entschließung wurde vom Burschentag verabschiedet (vgl. die Niederschrift des Burschentages, 18 f., selber Bestand).

678 Oberösterreicher Germanen 1994, 170. Mutmaßlich im selben Jahr forderte ein Flugblatt der *Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften* eine „(f)riedliche Wiedervereinigung" Deutschlands, bezog sich dabei auf Textebene auf BRD und DDR, illustrierte aber die Forderung mit einer Grafik von 1928, die die „Verstümmelung" Deutschlands durch die Pariser Vorortverträge zeigt und auch Österreich (ergänzt um die in St. Germain verlorenen Gebiete) als deutsches Territorium ausweist. Auch die Losung von 1928 wurde übernommen: „Immer daran denken! Immer davon sprechen! Niemals verzichten!" (DÖW, Flugblatt der ARGE WBL, vermutlich aufgelegt zum 17. Juni 1990)

vor in verschiedenen Staaten leben muß" – nicht ohne auf eine Tendenz zur „Gerechtigkeit in der Geschichte" hinzuweisen, aufgrund derer Völker mitunter „noch nach vielen Jahrhunderten ihre Heimat wieder in Besitz nehmen".[679] Das Urteil des langjährigen FPÖ-Obmannes Friedrich Peter, wonach die völkischen Verbindungen nach 1945 in einem zwar „langen", doch „stetig fortschreitenden Entwicklungsprozess" zu der Einsicht gelangt wären, „daß der Zusammenschluß aller Deutschen im Dritten Reich durch Adolf Hitler von diesem selbst ein für allemal zerstört (…) wurde"[680], ist in Erwägung solcher Aussagen zumindest zu relativieren.

III.7.3 Kritik der völkischen Ideologie

Der überragende Stellenwert des (biologistisch bestimmten) Volkes im burschenschaftlichen Denken zieht sich wie ein roter Faden durch das Quellenmaterial. Die Frage aber, *weshalb* es nach Einschätzung des burschenschaftlichen Mainstreams in Österreich kein höheres Ziel gab und geben konnte, als „7 Millionen Menschen dem deutschen Volkstume zu erhalten"[681], wird in den Quellen zumeist gar nicht erörtert. Die Antwort wird als selbstverständlich vorausgesetzt, beschränkt sich auf wenig erschöpfende Setzungen wie ein vermeintliches „Gesetz des Blutes"[682] oder verläuft zirkelhaft: Österreich deutsch zu erhalten sei wichtig, weil es andernfalls aufhöre, deutsch zu sein. Grundlage solcher Äußerungen ist eine Weltsicht, die ‚Völker' zum einen als Akteure und entscheidende Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung im Weltmaßstab wahrnimmt; im beständigen Ringen der Völker miteinander, so die Vorstellung, wird Menschheitsgeschichte gemacht. Zum anderen fungiert das Volk in der völkischen Ideologie auch als bestimmender Faktor menschlicher Identitätsbildung und als Bedingung individuellen wie kollektiven Glücks: „(O)hne Zugehörigkeit zu einer Volksgemeinschaft", so Schlüsselberger, sei „ein ausgeglichenes, glückliches und zufriedenes Leben (…) auf Dauer nicht denkbar, geschweige denn lebenswert".[683] Die Loslösung mehrerer Millionen Menschen aus einem Volksverbund, wie sie aus völkischer Sicht in Österreich, in Südtirol/Alto Adige und an anderen Orten drohte, erscheint vor diesem Hintergrund als empfindliche Schwächung

679 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2009, 104. Cerwinka attestierte dem *Olympen* in der Folgeausgabe der *Burschenschaftlichen Blätter* eine „Geringschätzung von ‚Staat'" bei gleichzeitiger „Überhöhung von ‚Volk'" und wies darauf hin, dass es ihm „im Gegensatz zu Verbandsbruder Schlüsselberger" durchaus erträglich sei, das deutsche Volk in verschiedenen Staaten leben zu sehen (BBl. Nr. 4/2009, 190).

680 Peter 1998, 140 f. Als für diese Entwicklung mitverantwortlich stuft Peter bezeichnenderweise die Anbindung vieler Individuen des ‚Dritten Lagers' an die Großparteien (anstatt an seine eigene Partei) ein (vgl. ebd., 141).

681 PBW, Berka 1964, 18.

682 Robert Zimmermann *(Silesia)* in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 11/1957, 269.

683 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/2009, 103.

des eigenen Kollektivs in der Völkerkonkurrenz, die sich auch auf individueller Ebene nur verheerend auswirken könne.

Die Beibehaltung, wenn nicht Verhärtung völkischen Denkens aufseiten der Burschenschaften in Österreich nach 1945 wurde durch die – jedem Deutschnationalismus an sich höchst ungünstige – Nachkriegssituation paradoxerweise begünstigt. Unter dem Eindruck des Geschehenen und im Angesicht der veränderten politischen Situation mochte sich kaum jemand außerhalb des zunächst marginalisierten nationalen Lagers noch zu einem ‚deutschen Österreich' bekennen. Viele Burschenschafter vermochten sich diesen Schwenk mangels Bereitschaft und/oder Fähigkeit zur Selbstreflexion nur als Opportunismus zu erklären (was freilich in vielen Fällen zutraf), anstatt ihn als Impuls für eine Überprüfung der eigenen Position aufzunehmen. Mit der Wiederherstellung der österreichischen Eigenstaatlichkeit, nunmehr begleitet von aufkommendem Austro-Nationalismus, wiederholte sich das burschenschaftliche Trauma des ‚Ausschlusses aus Deutschland' von 1866/1871 in verschärfter Form – und wie damals sah man sich veranlasst, die durch die veränderten Verhältnisse prekär gewordene eigene deutsche Identität den bundesdeutschen Burschenschaftern fortwährend zu beweisen. Hinzu kam nun die Herausforderung, auch im Inland und unter widrigen Bedingungen entsprechende Bewusstseinsbildung zu betreiben. Die angesprochene Reflexionsabwehr und der burschenschaftliche Imperativ der Standhaftigkeit gerade gegen Widerstände erschwerten es, die Frustration und Kränkung über den Kriegsausgang anders als trotzig beharrend zu verarbeiten. Was Adorno für die zur Volksgemeinschaft formierten Deutschen allgemein konstatierte – ihren im Nationalsozialismus florierenden kollektiven Narzissmus, dessen Beschädigung durch den Zusammenbruch des Regimes, die ausbleibende Verarbeitung dieses Umstandes und das daher fortbestehende Sehnen nach ‚Reparatur' – gilt für die Burschenschafter Österreichs als zum großen Teil hoch ideologisierte Vorkämpfer und Stützen des NS-Regimes in besonderer Weise. Wie eine Bestätigung der Zeilen Adornos[684] lesen sich Mühlwerths Ausführungen zur Ursache der völkischen Regungen nach dem „physische(n) und seelische(n) Zusammenbruch(es) des Jahres 1945":

> Der Krieg, der die gesamtdeutsche Einheit hätte herbeiführen sollen, nach unerhörten Opfern verloren, das Reich zertrümmert, alle Deutschen der Rechtlosigkeit und Geschichtslüge preisgegeben – wehrlos: rechtlos! Die heutige Jugend hat diesen furchtbaren Sturz nicht erlebt und erfühlt (…). Nur dann, wenn sie dieses Erleben auch selbst voll erfasst, wird sie unsere, über alles gehende Sehnsucht nach gesamtdeutscher Freiheit verstehen.[685]

684 Vgl. das ausführliche Adorno-Zitat in Kapitel II.5.7. Zum Umgang der österreichischen Bevölkerung mit dem „kollektiven Trauma des Scheiterns des narzisstischen Heilungsversuches im Größenselbst des ‚Deutschen'" vgl. Schiedel 2007, 53–55 (Zitat: 53) sowie Grigat 2003.

685 Teutonia 1968, 100.

Der Wunsch nach Heilung der psychischen Wunden von 1945, der vom burschenschaftlichen Wertesystem ausgehende, zugleich konservative und rebellische Impetus und der als Affront empfundene Österreichnationalismus der maßgeblichen politischen Akteure der Zweiten Republik erhoben aus burschenschaftlicher Sicht die eigene Unerschütterlichkeit in Sachen des deutschen Bekenntnisses im wahrsten Sinne des Wortes zur Fahnenfrage (bzw. konservierten sie in dieser Funktion). Gerade weil die Burschenschaften in der Zweiten Republik „eine der wenigen Kräfte" bildeten, die noch den Deutschnationalismus hochhielten (respektive „das Anliegen unseres Volkes vertr[a]ten"), erachteten sie sich als „wichtiger denn je".[686] Klärungsbedürftig erschien daher so manchem weniger, inwieweit der völkische Gedanke nach Auschwitz noch haltbar sei, sondern ganz im Gegenteil, ob bzw. welche burschenschaftliche(n) Anschauungen „in der heutigen Weltlage (…) gegenüber dem Vaterlandsgedanken in den Hintergrund treten sollten".[687]

Die trotz allem unleugbare, akute Legitimationsnot des völkischen Bekenntnisses nach 1945 (zumindest) nach außen sowie wohl auch das Bedürfnis, die quasi-religiöse Hinwendung an die Figur des Deutschtums zu rationalisieren, ließen Burschenschafter darüber hinaus nach Begründungen für die Notwendigkeit einer ‚Deutscherhaltung' Österreichs suchen, die geeignet wären, sowohl Zweifler im Inneren als auch die Außenwelt zu überzeugen. Die ideologischen Arsenale der völkischen Bewegung hielten dazu Material bereit, das im Kontext des Kalten Krieges nur geringfügig modernisiert werden musste. Ein ‚entdeutschtes' Österreich, hieß es nun, würde zum Einfallstor des Bolschewismus nach Mittel- und Westeuropa. Damit konnte man nicht nur an eine weitverbreitete antikommunistische Stimmung (und unmittelbar an die NS-Propaganda) anknüpfen[688], sondern auch an das schon im 19. Jahrhundert gepflegte Ideologem der „deutsche(n) Aufgabe Österreichs"[689]: Einmal mehr erschien das Alpen-Donau-Land als Vorposten der westlichen Zivilisation im Allgemeinen und des Deutschtums im Besonderen. So verwies etwa der *Liberte* Karl Otto Rieß 1958 in einer Festansprache auf die „Zeit der Türkenkriege, als Österreich für das Abendland asiatische Wellen aufhalten konnte; wir hoffen, daß auch dieser neuerliche Eroberungswille wiederum nun hier anbranden kann".[690] Berka zufolge würde eine Loslösung Öster-

686 Aldania 1994, 39.

687 Teutonia 1968, 111.

688 So erklärten 63 Prozent der im Zuge einer zwischen 1976 und 1978 vom IFES-Institut und dem Linzer Universitätsinstitut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte durchgeführten Studie Befragten, lieber unter dem nationalsozialistischen als unter einem kommunistischen Regime leben zu wollen (vgl. Kaindl-Widhalm 1990, 120).

689 Peter Wrabetz jun. *(Gothia)* im DBÖ-Rundschreiben Nr. 3 (Brixia) vom 8.2.1961, 3 (BAK, DB 9, E. 4 [B1]).

690 Zit. n. Libertas 1967, 173. Vgl. zu den historischen Vorläufern der Wahrnehmung Österreichs als Außenposten und Schutzwall des Deutschtums Puschner 2001, 104; Wredens Bemerkung über die „Abwehrstellung des österreichischen Deutschtums von jeher" (zit. in Libertas 1967, 105); oder die Schil-

reichs von Deutschland im Sinne eines kulturellen Separatismus die Annäherung Österreichs an „nichtdeutsche( ), hauptsächlich slawische( ) Völker" befördern.[691] Entlang dieser Linie argumentierte auch Berkas Zeitgenosse Gärtner:

> Wenn wir uns zu der sogenannten österr. Nation bekennen würden, würde eine Unterwanderung aus dem Osten nicht aufzuhalten sein. Davor schützt uns heute nur der Stacheldraht an den Grenzen. Ein slavisiertes Österreich würde reif für den Satelittenstaat [sic] werden; Die Westmächte hatten fast ganz Europa den [sic] Bolschewismus ausgeliefert und eine gefahrvolle Leere geschaffen.[692]

Der *Silese* Zimmermann sah wiederum im Falle einer Entfremdung Österreichs von der BRD beide dem Verderben ausgeliefert: „Für das Deutsche Reich [gemeint ist die BRD, Anm. B.W.] ist es eine Lebensfrage, daß in Österreich Menschen leben, die nicht nur deutsch sprechen, sondern auch deutsch fühlen und denken; das Reich wäre sonst an seiner 400 Kilometer langen Südostflanke tödlich bedroht." Österreich wiederum wäre „– als Siebenmillionenstaat gegenüber dem mit dreißigfacher Übermacht andringenden Osten – rettungslos verloren". Die Propagierung einer österreichischen Nation sei vor diesem Hintergrund „nicht nur als heller Wahnsinn, sondern als Verleitung zum politischen Selbstmord" zu verstehen.[693]

Die Vorstellung, dass allein der deutsche Nationalismus (und nicht etwa der österreichische) Österreich gegen ‚Slavisierung' und/oder eine bolschewistische Machtübernahme immunisieren könne, liegt mutmaßlich in der Pionierrolle der *Kommunistischen Partei Österreichs* (KPÖ) bei der Propagierung des österreichischen Nationalgedankens begründet. Eine elaborierte Darlegung, wie die prophezeite Angliederung Österreichs an den östlichen Machtblock vonstattengehen und wie das Deutschtumsbekenntnis sie effektiv obstruieren könnte, wird in den Quellen nicht gegeben, was auf die eigentliche Funktion der Prophezeiung – die zusätzliche Untermauerung und Rationalisierung der ohnehin verfochtenen völkischen Programmatik – verweist. Die Bestimmung nationalistischer Formierung als Gegenmittel zur drohenden ‚Gefahr aus dem Osten',

derungen eines *Aldanen* von 1927: „In zähem Kampfe mit Hunnen und Magyaren, mit Tschechen und Slowenen ward der blauen Donau Strand für deutsche Art gewonnen und erhalten. Dem Volksfremden zum Trutz entstand an unseres Volksbodens Grenze das stolze Wien." (Zit. in Aldania 1994, 118) Vgl. ferner Otto Scrinzi: „Durch mehr als 1000 Jahre hat Deutsch-Österreich einen gesamtdeutschen und europäischen Auftrag in Abwehr von Awaren, Ungarn, Mongolen, Türken und zuletzt des Bolschewismus erfüllt und ungeheure Opfer gebracht." (*Aula* Nr. 3/1978, 17)

691 PBW, Berka 1964, 8.

692 Alemannia 1962, 22. Vgl. auch Fred Duswalds Diagnose, wonach „Feinde des deutschen Volkes (…), den Österreichern ihr deutsches Bewußtsein zu rauben" versuchten, um „sie ihren Zwecken dienstbar machen zu können" (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen [Vorort Bremen] Nr. 28/1961, 5).

693 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 11/1957, 269 f. (Herv. entf.).

wie auch die Bestimmung der Bedrohung selbst als wesentlich ‚fremdvölkische' signalisieren, dass – wie schon im 19. Jahrhundert – dem Bollwerkdenken weniger der Freiheitsgedanke zugrunde lag als der völkisch-rassistische.[694] Das Verhältnis insbesondere zu ‚den Slaven' wurde dabei nicht nur als eines von Eigenem und Fremdem, sondern auch als eines von Höher- und Minderwertigkeit gedacht – wie etwa Berkas einleitende Bemerkung über die für die autochthone Bevölkerung angeblich segensreiche Kolonisierung Südosteuropas[695] oder ein Antrag Heinz-Christian Straches im Wiener Gemeinderat zeigen, wonach „die Deutschstämmigen in den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie (…) zu schade" seien, „um als Kulturdünger für andere Völker zu dienen".[696]

Der weitgehend bruchlos aus der völkischen Propaganda früherer Jahrzehnte (einschließlich jener des Nationalsozialismus) übernommene Antislawismus und Antikommunismus erleichterten den Burschenschaften in zweierlei Hinsicht die Integration in die Zweite Republik: Zum einen vermittelten sie ihnen eine gewisse Anschlussfähigkeit an in der österreichischen Bevölkerung weitverbreitete Ideologeme, wenn auch die erhoffte Repopularisierung des Deutschnationalismus ausblieb; zum anderen stellten sie einen Ansatzpunkt dar, auf den eine zumindest notdürftige Loyalität gegenüber dem österreichischen Staat sich gründen ließ. Im Angesichte akuter Gefährdung, so hieß es nun, und der gleichzeitig offenkundigen Nicht-Realisierbarkeit der großdeutschen Option hätten die völkischen Kräfte das österreichische Staatsprojekt zu unterstützen und die österreichische Souveränität zu verteidigen, auf dass das Land sich gegen die „bolschewistischen Nachbarstaaten" behaupte.[697] Ebendiese Behauptung sei aber, so die nicht näher begründete Wahrnehmung der *Liberten,* nur unter deutschen Vorzeichen möglich: Die Aufgabe, „Brücke zu sein für die großen Kulturkreise, aber auch Bollwerk des Abendlandes", könne Österreich nur unter Beibehaltung seiner „kulturelle(n) Verbindung zur gesamten deutschen Nation" erfül-

694 Besonders deutlich wird dies in der *Sueven*-Chronik Hans Schödls, der sich anerkennend über Schönerers Einsatz für die „Reinerhaltung des Deutschtums in der Ostmark von fremdvölkischen und fremdrassigen Einflüssen" bezieht und vom „ständigen Abwehrkampf" der deutsch-völkischen Kreise „gegen das Vordringen der Fremdvölker" berichtet (Suevia 1958, 8 bzw. 9). Die Gleichzeitigkeit rassistischer und antisemitischer Motive des ‚Abwehrkampfes' bezeugt eine Entschließung des Kreises VIII (Österreich) der *Deutschen Studentenschaft* von 1927: „Es ist die historische Sendung und völkische Pflicht des Ostmärkers (…), dieses deutsche Land gegen alle Völker aus dem Osten zu verteidigen und zu schützen, also auch gegen das letzte in die deutsche Kultur eingebrochene Fremdvolk, gegen die Juden." (Zit. n. Peham 2012, 19 f.)

695 Im selben Sinne äußerte sich auch ein Michael Müller am Burschenschaftlichen Schulungskurs der DBÖ 1960 (vgl. die Abschrift in BAK, DB 9, E. 4 [A2], Abschrift des Referats, [v.a.] 1).

696 Zit. n. Horaczek/Reiterer 2009, 92. Strache erklärte später, den Antrag nicht selbst formuliert, ja ihn vor dem Einbringen nicht einmal gelesen zu haben.

697 PBW, Berka 1964, 13. Auch die *Liberten*-Chronik verweist auf Berkas Beharren auf der „Notwendigkeit der staatlichen Selbständigkeit Österreichs und ihre(r) Bedeutung für die deutsche Mitte in der Abwehr des Bolschewismus" (Libertas 1967, 109; vgl. auch ebd., 353).

len.[698] Diese Sichtweise prägte nicht nur die unmittelbare Nachkriegszeit. Noch Mölzers Zukunftsprogramm für die völkischen Verbindungen von 1980 ist nach Stimmers Beurteilung „deutlich von Klischees und Ideen des Deutschnationalismus der Zwischenkriegszeit geprägt, so etwa in der Rezeption der besonderen Mission des österreichischen Grenzlanddeutschtums".[699]

Abseits der Bollwerk-Funktion gegen den real existierenden Sozialismus offenbaren die Quellen vereinzelt weitere Begründungen, weshalb Österreich ‚deutsch' zu bleiben habe. Büchele wollte es als Brückenkopf zwischen deutschem Kern- und Grenzland erhalten wissen. Falle dieses Verbindungsglied im Wege kultureller Entfremdung vom „Deutschtum" weg, gingen die „wenigen noch verbliebenen deutschen Minderheiten im Südosten und die Südtiroler (…) einem traurigen Schicksal entgegen".[700] Mühlwerth mutmaßte, dass Österreich gegenüber einem „fremde(n) Einflüsse(n)" ausgesetzten Deutschland „wieder zum Mahner großdeutschen Gewissens werden könnte".[701] Duswald wiederum hielt nur ein deutsches Österreich für imstande, „einen positiven Beitrag zur Wiedervereinigung [von „West- und Mitteldeutschland", Anm. B.W.] zu leisten", und für Claus war ein souveränes Österreich der „derzeit (…) einzige deutsche Staat, der unbeeinflußt von Besatzungsmächten oder militärischen Verbündeten gewisse Belange des Gesamtvolkes vertreten kann (UNO, Südtirol) und der sein Leben selbst einrichten kann".[702] Vereinzelt wurde eine kulturelle Anbindung an Deutschland auch für notwendig gehalten, um zu „verhindern, daß dieses Land endgültig Provinz wird".[703]

Ideal, Interesse und relative Autonomie des Ideologischen

Über die zuvor angesprochene historisch-sozialpsychologische Dimension deutschnationalen Strebens nach 1945 hinaus erscheint es lohnenswert, auch die Frage nach

698 Libertas 1967, 202. Der erste Teil des Zitats übernimmt eine RFS-Formulierung, allerdings ohne nähere Quellenangabe. Vgl. auch Stimmers Verweis auf die Beschwörung einer „durch die enge kulturelle Verbindung mit der deutschen Gesamtnation zu erfüllenden besonderen europäischen Vermittlerfunktion" durch die nationalen Korporationen nach 1945 (Stimmer 1997, Band II, 1000). Von einer „europäischen Aufgabe", deren Bedingung die österreichische Eigenstaatlichkeit sei, schreibt auch Klaus Mahnert im Brief an die vorsitzende Burschenschaft der DB vom 17.4.1961 (BAK, DB 9, B. VI.15 [C2]).

699 Stimmer 1997 (Band II), 1002. Weiters meint Stimmer bei Mölzer ein fortbestehendes „Ideal einer, wenn auch im gesamteuropäischen Kontext anzustrebenden staatlichen Wiedervereinigung ‚der deutschen Teilstaaten'" zu erkennen (und verweist dazu auf Mölzer 1980, 252–259).

700 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1960 (Vorort Bremen), 11.

701 Teutonia 1968, 116.

702 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 5 bzw. Nr. 25/1961, 8.

703 So ein Werbeflugblatt der Wiener Burschenschaften aus den 1960er-Jahren (AVSt, Schröder 1967). Vgl. auch Scheichls Warnung vor einer „völlige(n) Verprovinzialisierung und geistige(n) Verödung, wenn (Österreich) sich vom gesamtdeutschen geistigen Raum lösen und sich auf sich selbst beschränken sollte" (*Germanenmitteilungen*, März 1967, 10).

einer etwaigen sozioökonomischen Funktionalität des völkischen Nationalismus der Burschenschaften zu beleuchten. Bereits in Abschnitt III.2.1 wurde darauf verwiesen, dass der Burschenschafter (verstanden als Idealtypus) trotz seines Gestus fortwährender Selbstverleugnung bzw. Selbstaufopferung kein interessenfreier Akteur ist, sondern seine Klassen-, Geschlechter- und ethnische Position sich vielmehr in den Idealen niederschlägt, die er beschwört. Die Interessengebundenheit (auch) burschenschaftlicher Ideologie offenbart sich allem voran anhand des Ideologems der Volksgemeinschaft, das seit jeher die Existenz widersprüchlicher Interessenlagen in kapitalistischen Gesellschaften leugnet und gerade dadurch spezifische Interessen (an der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung bestimmter Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse) wahren soll. Die Vorstellung und Behauptung, ‚im Interesse des Volkes' (im Sinne von Volksgemeinschaft) zu handeln, ist per se ideologisch, da es ein solches einheitliches Interesse nicht gibt und aufgrund des Charakters von Volksgemeinschaft als bloße ideologische Figur auch nicht geben kann. Sehr wohl existent sind dagegen Interessen von Klassen, Gruppen und Individuen, die im Wege der Konstruktion eines vermeintlichen allgemeinen Volksinteresses hinter eben jenem Konstrukt verschwinden. Ethnisierung des Sozialen – die Umdeutung sozialer in ethnische Widersprüche – ist der zentrale Mechanismus völkischen Denkens, Wahrung der angesprochenen Interessen seine reale gesellschaftliche Konsequenz.

Damit sei allerdings nicht einer Vorstellung das Wort geredet, die völkische Politik als bewusste Irreführung, als Verschleierungstaktik bestimmter Akteure begreift. Nationalismus ist zunächst insofern als Strukturprinzip kapitalistischer Gesellschaften zu bestimmen, als die soziale Exklusion bestimmter Gruppen die systemnotwendige Bereitschaft derselben herstellt, unter Lohnniveau zu arbeiten (so, wie geschlechtsspezifische Rollenerwartungen die ebenfalls systemnotwendige unbezahlte Arbeit von Frauen sicherstellen). Davon zu unterscheiden sind die erwähnten spezifischen ökonomischen Interessen bestimmter Klassen, Gruppen und Individuen, auch wenn solche Interessen sich mit allgemeinen Systemnotwendigkeiten treffen können. Mit Blick auf die frühe Burschenbewegung ist etwa das Klasseninteresse des aufstrebenden Bürgertums zu nennen, mit dem bürgerlichen Recht (wie etwa auch mit der ‚Bauernbefreiung' von 1848) elementare Voraussetzungen einer geregelten Kapitalakkumulation durchzusetzen. Nationalismus diente dabei dem bürgerlichen Emanzipationsprojekt als Einigungsideologie.[704] Um die Jahrhundertwende wiederum bestanden die ökonomischen Interessen

704 Gerne wird in der burschenschaftlichen Geschichtsschreibung von der führenden Rolle von Burschenschaftern in der 1848er-Erhebung gegen die spätabsolutistische Herrschaft und von dem dabei geschlossenen Bündnis von Studenten und Arbeitern berichtet. Diese Bundesgenossenschaft wurde allerdings dort einseitig aufgekündigt, wo sie an die Grenzen des Klasseninteresses stieß. So verharrte die Akademische Legion, in der erste Ansätze burschenschaftlicher Organisierung in Österreich 1848 aufgegangen waren, in einer Position der Neutralität, als die ‚revolutionäre' Nationalgarde

österreichischer Studenten und Akademiker nicht zuletzt in der Verteidigung bereits erworbener Privilegien: Zum einen gegen die aufkommende ArbeiterInnenbewegung, zum anderen – vor dem Hintergrund einsetzender Akademikerarbeitslosigkeit – gegen die Konkurrenz aus anderen Teilen der Monarchie zugezogener Standesgenossen. In beiderlei Hinsicht erwiesen sich Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als dienlich: als Gegenentwurf zum Klassenkampf ebenso wie als argumentativer Fundus zur Reklamierung bzw. Legitimierung der eigenen Vormachtstellung.

Dieses letztgenannte Beispiel verweist auf eine weitere Ursachendimension des Nationalismus: individuelle psychische Bedürfnisse, die selbst das Produkt sozialer Verhältnisse sind und die bereits angesprochenen sozialpsychologischen Aspekte ergänzen. Kapitalistische Konkurrenz bringt (rationale) Angst vor Ersetzbarkeit und sozialem Abstieg mit sich, die dem Individuum abgeforderte Unterwerfung unter staatliche Macht und ökonomische Zwänge begründet (ebenso rationale) Ohnmachtsgefühle. Nationalismus erscheint vor diesem Hintergrund als Bewältigungsstrategie: Er verheißt dem Individuum Aufwertung durch Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen und erleichtert ihm erwähnte Unterwerfung bzw. lässt sie über die Identifikation mit dem nationalen Kollektiv sogar als Machtzuwachs erleben.[705] Diese Wirkung setzt allerdings die Verinnerlichung der Identifikation voraus. Dementsprechend ist der idealtypische Burschenschafter, ungeachtet aller Funktionalität nationalistischen Denkens, von der Existenz des Volkes und spezifischer Volksinteressen aufrichtig überzeugt und insofern mehr als Ideologisierter denn als Ideologe zu begreifen. Sowohl psychische Momente als auch ökonomische Interessen können somit die Anfälligkeit von Individuen und Gruppen für Nationalismus erhöhen. Sie tun dies unabhängig voneinander oder wirken bei der Plausibilisierung nationalistischer Erzählungen bzw. Rahmungen sozialer Wirklichkeit zusammen. So kann materielles Interesse eine zusätzliche Rationalisierung für nationalistische Aufwertungsversuche

im August 1848 im Wiener Prater ein Massaker an protestierenden ArbeiterInnen veranstaltete (vgl. Bach 1898, 653–656). Vgl. zum Verhältnis von Studenten- und ArbeiterInnenschaft in und nach der Revolte von 1848 auch Stimmer 1975, v. a. 260 f. und 263; Frey 1983, 78–80, 135, 139, 203 und 258; Konrad 1998; sowie Medinger 1986. Vielsagenderweise bemängelt der *Aldanen*-Chronist an der vorherrschenden (nicht-burschenschaftlichen) Darstellung von 1848, dass „die erst später dazugestoßenen Arbeiter in den Vordergrund" gedrängt würden. „Die nationale Revolution wird zur sozialen Revolution umgedeutet." (Aldania 1994, 14)

705 Vgl. Gruber 1998, (v. a.) 6–8; Schiedel 2007, 35; hierzu wie generell zu den unbewussten Funktionen des Männerbundes vgl. Schiedel/Wollner 2009 und die dortigen Literaturhinweise. Mit Blick auf die Burschenschaften als akademische Eliten ist auch auf das spezifische Phänomen der (rassistischen oder anderweitigen) Abwertung von Menschengruppen durch Privilegierte hinzuweisen, dass sich als Ausdruck nicht nur einer vergleichsweise hohen sozialen Fallhöhe, sondern auch bestimmter Werthaltungen wie Leistungs- und Karriereorientierung deuten lässt (vgl. Rommelspacher 1995, 86 und IKG 2010, 5).

liefern oder das Aufwertungsbedürfnis umgekehrt die Übersetzung eines vorhandenen Interesses in Nationalismus begünstigen.

Neben solch wechselseitiger Begünstigung können jedoch auch Widersprüche auftreten, da die Hingabe des Individuums an das völkische Kollektiv es (wie im weiteren Verlauf noch ausgeführt wird) in seinem Handeln ein Stück weit autonom von materiellen Interessen macht. Nicht nur deshalb kann deren Übersetzung in ideologisch angeleitete Politik nicht mechanistisch verstanden werden. Auch können die Interessenlagen in sich selbst widersprüchlich sein, da der Burschenschafter – wie jedes Individuum – verschiedenen Interessenkollektiven (etwa einem männlichen, einem staatsbürgerlichen, einem besitzbürgerlichen) angehört. Ebenfalls kann individuelles mit Klasseninteresse in Konflikt treten. Verschiedenste Einflussfaktoren – psychische Bedürfnisse, individuelle und kollektive Interessen – wirken daher auf burschenschaftliches Handeln. Was dem Burschenschafter als idealistischer Akt unter Missachtung seines persönlichen Vorteils erscheint, kann daher tatsächlich ein solcher sein (oder den persönlichen Vorteil als narzisstische Aufwertung durch die eigene Uneigennützigkeit realisieren), aber auch den dem Akteur zur zweiten Natur gewordenen kollektiven Interessen seiner Klasse oder seines sozialen Geschlechts dienen. Dass die Durchsetzung des vermeintlichen Volksinteresses nicht nur bestimmten Partikularanliegen zuarbeitet, sondern häufig auch den einzelnen Burschenschafter materiell begünstigt, macht das Ideologem des ‚Wohles des deutschen Volkes' für den Betroffenen nur umso plausibler.

Sowohl die sozialen Funktionen als auch die idealistischen Begründungen burschenschaftlichen politischen Handelns blieben nach 1945 im Wesentlichen unverändert. Zum Teil gilt dies auch für die konkreten Positionen und Forderungen. So propagierten Burschenschaften und Burschenschafter in (partei-)politischen Positionen etwa weiterhin einen privilegierten Zugang bildungsbürgerlicher Milieus zu höherer Bildung und somit auch zu kulturellen, symbolischen und ökonomischen Ressourcen. Diese Haltung diente der Reproduktion der bestehenden sozialen Schichtung, wie familien- und bevölkerungspolitische Äußerungen von burschenschaftlicher Seite auf die Aufrechterhaltung der patriarchalen Dividende (Raewyn Connell) zielten. Im Kontext einer ethnisch vielfältiger werdenden Gesellschaft verfolgten die Burschenschaften in Österreich des Weiteren einen Kurs der Sicherung mehrheitsösterreichischer – im burschenschaftlichen Verständnis: deutscher – Privilegien in allen Politikfeldern: Arbeit, Wohnen, Bildung, politische Partizipation usw.[706]

Dass die Anliegen der von diesen Beispielen berührten Interessenkollektive miteinander in Konflikt treten können – und damit auch die je konkreten Motivlagen des einzelnen Burschenschafters bei gleichzeitiger Zugehörigkeit zu mehreren dieser Kollektive –, wurde bereits erwähnt. So mag etwa das Klasseninteresse wirtschaftstreibender

706 Vgl. zur politischen Praxis der Burschenschaften nach 1945 die Kapitel IV und V.

Burschenschafter an Billigstarbeitskräften dem völkischen Anliegen entgegenstehen, die Einwanderung gerade in Niedriglohnsektoren zu begrenzen. Behält in diesem Fall das völkische Motiv die Oberhand, unterstreicht dies das Primat des Völkischen und somit die relative Autonomie des Ideologischen gegenüber materiellen Interessen. Die Rede von der relativen Autonomie verweist darauf, dass ideologisches Denken und darauf basierendes Handeln nicht grundsätzlich der Ebene dieser Interessen enthoben ist, aber auch nicht vollständig durch sie determiniert wird. Dies gilt im Fall der Burschenschaften und ihrer Erziehung zur Zurückstellung des Individuums hinter das Kollektiv und des Lustprinzips hinter den Imperativ der Pflichterfüllung – bei gleichzeitiger Realisierung des zuvor erwähnten psychischen Gewinns – in besonderem Maße (vgl. die Abschnitte III.3 und III.8.5). Seinen plastischsten Ausdruck erlangt deren ideologische Autonomie in der Inkaufnahme körperlicher Versehrung in der Mensur sowie in der Idealisierung der (durch die Mensur versinnbildlichten) Bereitschaft zum Tod für ‚Volk und Vaterland'.

Die Bereitschaft zur Verneinung vermeintlich niederer Motive und zur „fortgesetzten Aufopferung" zugunsten jenseits des Individuums liegender, „höhere(r) und höchste(r) Zwecke" findet sich unter Burschenschaftern – und hier besonders unter jenen in Österreich – besonders ausgeprägt.[707] Der Landsmannschafter (*Teutonia* Würzburg, *Tyrol* Innsbruck) Klaus-Walter Frey beschreibt „Opfermut" und „Zurückstellung eigener persönlicher Bedürfnisse hinter das erstrebte politische Ideal" als „typisch" gerade für Burschenschafter in Österreich.[708] Dennoch ist die entsprechende Disposition im größeren Kontext der deutsch-völkischen Ideologie zu verorten. „Deutsch" sei, schrieb bekanntlich Richard Wagner in Abgrenzung gegenüber bürgerlich-liberalem Denken, „die Sache, die man treibt, um ihrer selbst und der Freude an ihr willen treiben; wogegen das Nützlichkeitswesen, d.h. das Princip, nach welchem eine Sache des außerhalb liegenden persönlichen Zwecks wegen betrieben wird, sich als undeutsch herausstellte".[709] In der burschenschaftlichen Bewegung hatte diese Maxime einen besonderen Dreh an-

707 Wagner 1868, 97.

708 Frey 1983, 66. „Diese Bereitschaft, ja sogar die existentielle Hingabe für die erstrebte deutsche Einheit zeigte sich auch besonders im März 1938, nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Die, wenn auch in der Form des militärischen Einmarsches beklagte, aber nun doch erzielte Einheit des Reiches nahm einen so hervorragenden Stellenwert ein, dass die von den Nationalsozialisten im Juli 1938 befohlene Auflösung sämtlicher Korporationen Österreichs, damit auch die der gesamtdeutsch empfindenden Burschenschaften, akzeptiert wurde." (Ebd.)

709 Wagner 1868, 82 (Herv. entf.). Vgl. auch die modernere Fassung dieser Definition durch den rechtsextremen Publizisten Rolf Kosiek: Deutsch ist diesem zufolge die Annahme, „dass der Sinn des Lebens vor allem im Erfüllen einer Aufgabe, einem Werk, in einer Pflicht beruht, und nicht im platten Glücksstreben" (zit. n. Schiedel/Wollner 2009, 121). *Teutonia* erklärte wiederum 2010 öffentlich ihre Ablehnung des „Umgang(s) mit Burschenschafter(n), die aus persönlichem Vorteilsdenken handeln" (zit. n. http://www.stopptdierechten.at/2010/10/23/burschis-im-stellungskampf, Artikel vom 23.10.2010).

genommen, noch bevor Wagner seine Zeilen zu Papier bringen konnte: Entgegen der bei ihm immerhin zugestandenen Freude an der Sache beschwor Ernst Moritz Arndt, geistiger Wegbereiter der Urburschenschaft, in deren Gründungsjahr 1815 den Opfertod selbst als eigentliche Quelle „deutsche(r) Lust".[710] Jener Lustgewinn, den die Bereitschaft zum totalen Aufgehen in Ideal und Kollektiv verschafft, besteht in der damit einhergehenden narzisstischen Befriedigung und der gleichzeitigen Entbindung von der als belastend empfundenen moralischen Autonomie (vgl. dazu auch Abschnitt III.8.5).

Als Resümee über das vorliegende Unterkapitel lässt sich festhalten, dass die Burschenschaften in Österreich in der Zweiten Republik nicht nur an ihrem Deutschtumsbekenntnis fest-, sondern auch den völkischen Nationalismus als Angelpunkt ihrer Weltsicht und politischen Praxis beibehielten. Gekränkter kollektiver Narzissmus und Reflexionsabwehr, die spezifisch burschenschaftlichen Vorstellungen von Tugendhaftigkeit und der Opportunismus vieler vormaliger Anhänger der deutschnationalen Idee begünstigten diese Beharrungsreaktion. Während die Burschenschaften sich einerseits pragmatisch mit der Faktizität der österreichischen Eigenstaatlichkeit arrangierten (und teilweise sogar deren Notwendigkeit zu begründen suchten), erblickten sie andererseits in der Bewahrung und (Re-)Popularisierung der Idee vom ‚deutschen Österreich' ihre maßgebliche Bestimmung nach 1945 – und legten bei der Wahl rechtskonformer Umschreibungen ihres großdeutschen Strebens einige Kreativität an den Tag. Wenngleich im 21. Jahrhundert die staatliche Souveränität Österreichs im burschenschaftlichen Feld kaum mehr ernsthaft infrage gestellt (sondern eher gegen den historischen Großtrend der Europäisierung verteidigt) wird, ist das deutsch-völkische Bekenntnis dortselbst ungebrochen. Die Bezeichnung Österreichs als „(u)nser Nationalstaat", die dem Burschenschafter (*Allemannia* Graz) und RFS-Spitzenkandidaten bei der ÖH-Wahl 2011, Oskar Polak, über die Lippen ging, widerspiegelt wohl weniger eine tatsächliche Positionsveränderung als vielmehr ein Abbröckeln der Kenntnisse über die eigenen ideologischen Grundlagen aufseiten des burschenschaftlichen Nachwuchses.[711] Sollte dieser Erosionsprozess sich als nachhaltig erweisen, ist auch die Zukunft des burschenschaftlichen Ethos der Selbstverleugnung zugunsten höherer Ideale ungewiss, der tatsächliche materielle Interessenlagen des individuellen Burschenschafters ebenso zu neutralisieren wie auch zu verdecken imstande ist.

---

710 Für „Freiheit (…) zu leben und zu sterben, das flammt durch jede deutsche Brust;/für sie um hohen Tod zu werben, ist deutsche Ehre, deutsche Lust", heißt es in der vierten Strophe von Arndts *‚Bundeslied'*, das – geläufiger unter dem Titel *‚Sind wir vereint zur guten Stunde'* – noch heute zu den auf burschenschaftlichen Veranstaltungen am häufigsten gesungenen Titeln zählt. Über die Anhänger eines weiteren Vordenkers der Burschenbewegung, Johann Gottlieb Fichte, schrieb Heine in satirischer Absicht, sie wären „in ihrem Willens-Fanatismus weder durch Furcht noch durch Eigennutz zu bändigen (…); denn sie leben im Geist, sie trotzen der Materie" (Heine 1861, 265).

711 http://mokant.at/1105-rfs-julis-oeh-wahl-html (Interview vom 24.5.2011, Sofia Khomenko).

III.8 Burschenschaften und Demokratie

In der Selbstdarstellung der Burschenschaften in Österreich nach 1945 kommt den historischen Verdiensten des Burschenschaftswesens um die Durchsetzung von Demokratie und Bürgerrechten eine zentrale Stellung zu. Das war nicht immer so gewesen, hatte doch lange Zeit das Streben nach nationaler Einheit die burschenschaftliche Geschichtsschreibung und Außendarstellung dominiert.[712] Die Burschenschaften hätten einst verfassungsmäßige Zustände und bürgerliche Freiheiten erkämpft und würden „immer ein Feind totalitärer Unterdrückung" sein, erklärte die DBÖ 1977.[713] Eine Presseaussendung des WKR im Vorfeld des 8. Mai 2002 bekundete gleichfalls, dass „(d)ie waffenstudentischen Korporationen" sich stets für Demokratie und bürgerliche Freiheiten eingesetzt hätten, deshalb „von jedem autoritären Regime verboten" worden seien und aus dieser Erfahrung den Anspruch ableiteten, auch in der Gegenwart als Vorkämpfer für „Freiheit und Demokratie" zu wirken.[714] Auch Udo Guggenbichler *(Albia)* pochte 2010 auf eine kraft historischer Verdienste erworbene Berufenheit der völkischen Korporationen, sich in demokratiepolitischen Fragen zu äußern, hätten sie sich doch „in ihrer Geschichte immer für die Demokratie ausgesprochen".[715]

Aussagen wie diese lassen nicht nur auf verblüffende Unkenntnis der eigenen Geschichte – oder, wahrscheinlicher, einen Hang zu ausgesprochen selektiver Erinnerung derselben – schließen, sondern verweisen auch auf die Legitimationsnot des völkischen Verbindungswesens in der Zweiten Republik: Nicht nur dessen geschichtliche Assoziierung mit Antisemitismus und Nationalsozialismus untergrub seine Salonfähigkeit, sondern auch die zahlreichen Manifestationen antidemokratischer Gesinnung (v. a.) durch Burschenschaften und einzelne ihrer Angehörigen nach 1945. Angesichts dessen kam dem Verweis auf Verdienste vor der illiberalen Wende im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und eine daraus abgeleitete Berufung und Bereitschaft zur Verteidigung der damaligen Errungenschaften im Hier und Jetzt große Bedeutung zu.[716] Im vorliegenden Abschnitt soll vor diesem Hintergrund das Verhältnis der Burschenschaften zur

712 Vgl. Lönnecker 2009b, 253, speziell für Österreich vgl. Cerwinka 2009, 110 f.

713 AVSt, DBÖ-Flugblatt 1977.

714 APA-OTS0114 vom 3.5.2002.

715 *Junges Leben* Nr. 4/2010, 6.

716 Als Hauptleidtragende von Demokratiedefiziten und Grundrechtseinschränkungen wurden dabei meist die völkischen Verbindungen und ihnen ideologisch nahestehende Kreise selbst identifiziert – vgl. etwa die Presseaussendung von *SOS Grundrechte und Demokratie*, einer „Plattform freiheitlicher Korporationsstudenten", vom 2.5.2002 (APA-OTS0136); den Bericht zum Symposium und Kommers ‚190. Jahre Karlsbader Beschlüsse' der Linzer *Arminia Czernowitz* 2009 (http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/netzversion/detailansicht/browse/5/meldung/395/190-jahre-k.html); oder die Aussage Martin Grafs, wonach bürgerliche Freiheiten durch „(h)inter Phrasen wie ‚Zivilgesellschaft' oder ‚antifaschistischer Grundkonsens'" verborgene Initiativen bedroht seien (Graf 2009b, 7). Dass die aktive politische Parti-

Demokratie – nicht nur als Herrschaftsform, sondern auch als Prinzip der Einrichtung sozialer Verhältnisse im weiteren Sinn – in der Zweiten Republik erörtert werden. Die politische Praxis der Burschenschaften nach außen und auf Verbandsebene wird dabei ebenso beleuchtet werden wie die Ausgestaltung der Beziehungen der Bundmitglieder zueinander.

III.8.1 Zwischen Barrikaden, Bismarck und Führerprinzip

Nach eigener Darstellung stellen Burschenschaften die „älteste demokratische Bewegung im deutschen Sprachraum" bzw. „die älteste demokratische Organisation in Österreich" dar.[717] Als solche seien sie für die Erringung von Grundrechten und bürgerlichen Freiheiten dortselbst wesentlich mit-, wenn nicht hauptverantwortlich gewesen.[718] Darstellungen wie diese lassen die sukzessive Entliberalisierung des völkischen Verbindungswesens in Österreich unberücksichtigt, deren Beginn meist mit der Deutschen Reichsgründung – und damit nur gut ein Jahrzehnt nach den ersten nachhaltigen Burschenschaftsgründungen auf österreichischem Boden – angesetzt wird. *Silesia* hatte gar bereits 1863 stolz verkündet, dass ihr „von ‚republikanischen und demokratischen' Beimischungen freies Ideal nun endlich in alle akademischen Kreise Deutschösterreichs gedrungen" sei.[719] Dieses „Umschwenken der deutschnationalen Korporationsgruppen von den Leitideen des Liberalismus auf einen (phasenweise extremen) Irredenta-Nationalismus [sic] und das autoritäre Modell des preußischen Staates" wird heutzutage jedenfalls nach außen hin nur ungern erinnert.[720]

Mit dem erwähnten Umbruch rückten die Burschenschafter in Österreich nun eine ‚gesamtdeutsche Einigung' als Fern- sowie deutsche Vorherrschaft in der Donaumonarchie als Nahziel ins Zentrum ihres politischen Engagements. Demokratisierung stand weniger denn je auf der burschenschaftlichen Agenda. Im Gegenteil ist mit

zipation mündiger BürgerInnen und die Ablehnung des Faschismus im Widerspruch zu ‚Freiheit' stehen sollen, lässt Rückschlüsse auch über den Gehalt des Begriffes ‚freiheitlich' zu.

717 Graf 2009b, 7 bzw. DÖW, Keil-Flugblatt der Gothia Wien vom Wintersemester 1994.

718 Vgl. etwa Aldania 1994, 14 und 16 sowie Wagner 2009, 43. 1848 wird in dieser Sichtweise schon einmal zur „burschenschaftliche(n) Revolution" (Aldania 1994, 14), obwohl im Vormärz nur zarte Ansätze burschenschaftlicher Organisierung in Österreich existieren konnten und diese mit Anbruch der Revolte in der Gesamtstudentenschaft aufgingen (vgl. Frey 1983, 4–10, 66 und 101). Dem Landsmannschafter Klaus-Walter Frey zufolge habe während der Revolte nur eine Burschenschaft bestanden, während sich „keine bekannten Quellen finden", welche „Aktivitäten der Einzelkorporierten selbst belegen" (ebd., 66).

719 Zit. n. Peham 2012, 13 f.

720 Stimmer 1997 (Band I), 500. Auch Lönnecker äußert sich über die „Borussophilie und (…) grenzenlose Bismarckverehrung" vieler österreichischer Bünde, die „stets nur den Reichseiniger sahen, den preußischen Royalismus und Konservatismus des Kanzlers aber ignorierten" (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/2008, 37).

Stefan Breuer auf die dem völkischen Nationalismus eignende „Orientierung an der bürgerlich geprägten, ‚synthetisch-harmonisierenden' Ordnung der ‚ersten Moderne'" hinzuweisen – und das damit verbundene „Bemühen" der völkischen Bewegung, diese „vor ihrer Transformation in die ‚zweite', massendemokratische Moderne zu schützen".[721] Die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts 1906 wurde von „weite(n) nationale(n) Kreisen" bekämpft, war doch aus burschenschaftlicher Sicht nicht einzusehen, dass „ein deutscher Universitätsprofessor politisch dasselbe Gewicht haben sollte, wie ein in einem Erdloch hausender Bewohner des östlichen Galiziens".[722] Der Universitätsprofessor hob sich dabei nach burschenschaftlicher Vorstellung nicht nur qua Bildungsstand, sondern auch qua völkischer Zugehörigkeit vom Galizier ab. Aus der relativen deutschen Mehrheit im Vielvölkerstaat habe sich, so *Aldania* noch 1994, „wohl ein Führungsanspruch ableiten" lassen.[723] Weshalb überhaupt eine Ethnie die anderen dominieren sollte und Burschenschafter sich in ihrem politischen Streben ausgerechnet diesem Prinzip der Dominanz eines Kollektivs über andere verschrieben, wird hierbei nicht erklärt, ergibt sich jedoch aus der Einteilung der Menschheit in ewig konkurrierende völkische Kollektive, welche die burschenschaftliche Weltsicht strukturiert. Dass „Teile( ) der nationalen Bundelite" im Zuge dieses Einsatzes für deutsche Hegemonie schon früh eine Tendenz zum Führerprinzip an den Tag legten, konstatiert Stimmer unter Verweis auf deren „charistmatische(s) Führer-Gefolgschaftsverhältnis (…) zu Schönerer oder K.H. Wolf".[724]

Wie sehr demokratische Errungenschaften im Ausklang der Monarchie aus dem Fokus burschenschaftlicher Politik verschwunden waren, dokumentiert Gärtner mit seinem Kommentar von 1962 zum Ende des Ersten Weltkriegs: Als „einzig hoffnungsvolle(s) Ergebnis" dieser Entwicklung nennt er nicht etwa die Ersetzung autokratischer Herrschaft durch republikanische Demokratie, sondern den Umstand, „daß nun der Weg für den Zusammenschluß aller Deutschen frei" geworden schien.[725] Stimmer erwähnt, dass unmittelbar nach Kriegsende zwar „auch innerhalb der deutschnationalen Verbindungen republikanisch-demokratische Zielvorstellungen" dominiert hätten, diese aber mit der tatsächlichen Etablierung entsprechender Staatswesen in Deutschland und Österreich „sehr rasch" wieder entsorgt worden seien[726]; dies wohl nicht zuletzt, weil

721 Breuer 2005, 500 f.

722 Germania Innsbruck 1965, 45.

723 Aldania 1994, 26.

724 Stimmer 1997 (Band II), 1084. Karl Hermann Wolf (1862–1941, *Ghibellinia* Prag) konnte wie sein zeitweiliger politischer Weggefährte Schönerer eine treue burschenschaftliche Anhängerschaft um sich scharen. Vgl. zu ihm Dvorak 2005 (Biographisches Lexikon I/6), 366–368.

725 Alemannia 1962, 11.

726 Stimmer 1997 (Band I), 501 bzw. 502. Zum längeren demokratischen Atem der in der Ersten Republik endgültig marginalisierten liberalen Korporationen vgl. ebd., 511.

weder der erhoffte staatliche Zusammenschluss noch die erwartete ,nationale' Mehrheit im Reichstag zustande kam.[727] Bereits 1919 seien am Verbandstag des (sich noch im selben Jahr mit der DB vereinigenden) Dachverbandes *Burschenschaft der Ostmark* (BdO) „gegen das bestehende parlamentarisch-demokratische System gerichtete Maximen postuliert" worden.[728] Für die 1920er-Jahre attestiert Stimmer der „österreichische(n) Burschenschaft" – etwas zu pauschal – ein „radikal gegen die parlamentarische Demokratie" gerichtetes Selbstverständnis.[729] In einem „fortlaufenden Anpassungsprozeß der gemäßigteren Korporationen an die jeweilig extremeren Positionen" sei „eine politisch-ideologisch homogene Gegenelite der verschiedensten nationalen Korporationsgruppen" entstanden, zu deren gemeinsamen Leitideen die „grundsätzliche Ablehnung des Liberalismus" und eine „grundsätzliche Distanz zum parlamentarischen Parteiensystem" gezählt hätten.[730] Der Hinwendung zu den *Heimwehr*-Verbänden in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts folgte um 1930 jene zum Nationalsozialismus.[731] Die der tatsächlichen organisatorischen Gleichschaltung 1938 teilweise vorauseilende Übernahme des Führerprinzips durch die völkischen Verbindungen wird in den Bundchroniken unterschiedlich dargestellt: Während dieser Schritt *Aldania* zufolge „(p)raktisch" keine Auswirkungen gehabt habe, berichtet die *Teutonen*-Chronik von großen daran geknüpften Hoffnungen. „Der demokratische Gedanke der Urburschenschaft hatte sich überlebt."[732]

III.8.2 Demokratie als Form und Demokratie als Inhalt

Die burschenschaftliche Bejahung von Demokratie nach 1945 kommt rhetorisch in Bekenntnissen zur liberalen Parteiendemokratie und in der politischen Praxis in der Beachtung der gesetzlichen Regelungen (nicht zwangsläufig auch der informelleren Standards westlich-liberaler politischer Kultur) zum Ausdruck, die das Funktionieren des demokratischen Systems gewährleisten sollen. Die einschlägigen Erklärungen sind zahlreich: Die DBÖ bekannte sich etwa ausdrücklich zum „sich auf Freiheit und Selbstbestimmung gründenden demokratischen Rechtsstaat" als „bestmögliche Staatsform"[733], *Stiria* zur „wehrhaften Demokratie" bei entschiedener Ablehnung von „(p)olitische(m)

727 Stimmer erklärt das tatsächliche Absinken des ,nationalen' Lagers „zu einem politischen Faktor dritter Größe" mit dem Verlust von dessen „Hauptrekrutierungsgebiete(n)" durch den Vertrag von St. Germain (ebd., 505).

728 Ebd., 502.

729 Ebd., 503. Vgl. auch ebd., 502.

730 Ebd., 496.

731 Vgl. ebd., 504–509 sowie Band II, 731 f.

732 Aldania 1994, 134 bzw. Teutonia 1968, 92.

733 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Grundsätze der DBÖ, Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (undatiert), 2.

Extremismus in jedweder Form“[734], Walter Lisch für die *Teutonen* zum „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“.[735] Eine gewisse Skepsis spricht allenfalls aus Äußerungen wie jener Wilhelm Figls am *Olympia*-Stiftungsfest 1974, wonach „die Demokratie kein Paradies ist, sondern bestenfalls ein Weg aus dem Chaos zu besserer Ordnung“.[736] Figl gemahnt damit an Adornos Anmerkung über die zu spät gekommene und in Folge von Kriegsniederlagen eingeführte Demokratie in Deutschland, die analog auch für Österreich Geltung beanspruchen kann:

> Soviel wird man sagen können, daß das System politischer Demokratie zwar in Deutschland als das akzeptiert wird, was in Amerika a working proposition heißt, als ein Funktionierendes, das bis jetzt Prosperität gestattete oder gar förderte. Aber Demokratie hat nicht derart sich eingebürgert, daß sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen. Sie wird als ein System unter anderen empfunden, (…) nicht aber als identisch mit dem Volk selber, als Ausdruck seiner Mündigkeit.[737]

Nichtsdestotrotz leistet Figl – ebenso wie Steiner auf derselben Veranstaltung – ein Bekenntnis zur Demokratie ab.[738] Der burschenschaftliche Mainstream in Österreich hat diese nach 1945 als (Staats-)Form, als parlamentarische Geschäftsordnung, als bürokratisches Prozedere fraglos akzeptiert. Stimmen, die in eine andere Richtung weisen, beschränken sich in der Zweiten Republik auf die neonazistischen Ränder des Verbindungswesens, die hier allerdings von nachrangigem Interesse sind.[739]

Legt man der Erörterung des burschenschaftlichen Verhältnisses zur Demokratie eine stärker inhaltliche Bestimmung derselben zugrunde, ergibt sich ein weniger eindeutiges Bild. Wie Schiedel anmerkt, ist „die offene Agitation gegen die parlamentarische Demokratie (heute) weitgehend auf den Neonazismus beschränkt“, während der

734 http://www.stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=14. Entgegen der hier demonstrierten Äquidistanz wurde in burschenschaftlichen Kreisen historisch das Hauptgefährdungspotenzial für das demokratische System auf der Linken geortet, wie die Debatten um Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit rechts- und linksextremen Gruppen im Rahmen der DB zeigen (vgl. Kuhn 2002, 63 f., 137., 143 f. sowie Kapitel IV.2.6; vgl. ferner zur Linken als Gefahr exemplarisch *Der Ring* Nr. 12/1979, 12 f.).

735 Rede zum 100. Stiftungsfest 1968, wiedergegeben in der *Schlesischen Rundschau* Nr. 24/1968, 9 (BAK, DB 9, DBs 1542).

736 Figl 1974, 7 f.

737 Adorno 2003a, 559.

738 Vgl. Figl 1974, 8 bzw. Steiner 1974, 13.

739 Vgl. dazu neben der einschlägigen kritischen Literatur die Aussage Arno Krügers, eines den Österreichern durchaus wohlgesinnten Berliner Burschenschafters, wonach auch anno 1961 – wenn auch „nur noch vereinzelt“ – „Burschenschafter in Österreich“ glaubten, „das Wohl unseres Volkes durch totalitäre Staatsformen fördern zu können“ (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 [Vorort Bremen], 8).

„parteiförmige Rechtsextremismus und noch mehr der Rechtspopulismus" sich mit der Demokratie als Form arrangiert hätten.[740] Aufgrund dieser Adaption ist offene Demokratiefeindlichkeit als Kriterium zur Bestimmung des politischen Standorts auch der Burschenschaften (die freilich nicht in toto der extremen Rechten zuzurechnen sind) nur mehr beschränkt geeignet. Zu fragen wäre vielmehr nach dem Verhältnis von Burschenschaften zu Demokratie als Inhalt respektive zur Demokratisierung als „emanzipatorische(m) Projekt"[741]. Letztere fasse ich dabei als Prozess der Erweiterung der Möglichkeiten von Individuen, die Bedingungen ihres Lebens aktiv zu gestalten, als Prozess der Erweiterung von Teilhabechancen.

Auch in dieser Hinsicht liefert das Quellenmaterial Anknüpfungspunkte – und reflektiert damit jene (in Österreich eher marginale) ‚national-liberale' Traditionslinie burschenschaftlicher Ideengeschichte, die anstelle eines klaren Primats des Völkischen ‚nationale' Anliegen mit liberalem Anspruch auszubalancieren beanspruchte. Ausdruck fand sie nach 1945 etwa im Eintreten von (RFS-)Burschenschaftern für eine „freiheitliche Rechtsordnung" und gegen „jeden Versuch zur Schaffung eines kollektivistischen Systems".[742] Jörg Haider räsonierte 1978 – damals bereits promoviert und Kärntner Landesparteisekretär der FPÖ – im *Ring* über das vermeintliche SPÖ-Ziel einer „sozialistischen Gesellschaft, wo die Norm des staatlichen Kollektivs die Handlungs- und Lebensziele des einzelnen absteckt".[743] Wenn zudem der RFS in jener Zeit auf die von einer Haltung der politischen Lethargie ausgehende Demokratiegefährdung aufmerksam macht[744], *Aldania* 1994 die Wahrung von Grundrechten zum Teil der „Basis unseres Handelns" erklärt[745] oder Oliver Dick (*Arminia Czernowitz* zu Linz, *Gothia* Salzburg) 2009 Österreich und Deutschland als „Postdemokratien" bezeichnet[746], so zeugt all dies fraglos von einem Demokratieverständnis, das bei bloßen institutionellen Formen nicht haltmacht, sondern auch inhaltliche Ansprüche stellt – trotz des expliziten Plädoyers eines *Ring*-Chefredakteurs (und *Olympen*) für „Demokratie nicht als Inhalt, sondern als Form".[747] Eine

740 Schiedel 2007, 27 f.

741 Ebd., 28.

742 Rainer Pawkowicz auf der Titelseite von *Der Ring* Nr. 11/1970 [Ausgabe für die TH Wien].

743 *Der Ring* Nr. 5/1978, 11. Vgl. zu anti-kollektivistischen, pro-individualistischen Stellungnahmen des RFS etwa auch *Der Ring* Nr. 1/1975, 5 f.; Nr. 1/1976, 3; oder jenes Flugblatt von 1977, dem zufolge die *Freiheitlichen Studenten* „nicht für kollektive Beglückung, sondern für die Freiheit des einzelnen" einträten (PBW).

744 *Der Ring* Nr. 4/1979, 6.

745 Aldania 1994, 244.

746 http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/netzversion/detailansicht/browse/5/meldung/395/190-jahre-k.html.

747 Werner Lackner in *Der Ring* Nr. 2/1974, 3. Um welche Ansprüche es sich dabei handelt, bleibt freilich noch zu bestimmen. So fällt beispielsweise auf, dass Grundrechte von burschenschaftlicher Seite v. a. dort eingemahnt werden, wo es um die Sagbarkeit ‚unorthodoxer' historischer ‚Meinungen' geht, kaum jedoch dort, wo etwa die vitalen Interessen von AsylwerberInnen auf dem Spiel stehen.

unter dem Vorsitz der *Oberösterreicher Germanen* 1975 verabschiedete Entschließung der DB sprach sich sogar – freilich wie auch der burschenschaftliche Antikollektivismus v.a. auf die politische Linke gemünzt – dezidiert gegen „alle jene Gruppen“ aus, die „unter Benutzung demokratischer Formen an die Macht streben, um dann, wenn sie im Besitz der Macht sind, die Demokratie inhaltlich zu zerstören“.[748]

Ungeachtet dieser Beispiele ist festzustellen, dass dem burschenschaftlichen Mainstream in Österreich nach wie vor ein ausgeprägter Antiliberalismus, Antiindividualismus und Autoritarismus eignet, wie in weiterer Folge noch zu zeigen sein wird. Auch Antipluralismus kennzeichnet das (austro-)burschenschaftliche Politikverständnis, sofern die Haltung zu Vielfalt in den eigenen Reihen als Indikator gewertet werden kann (vgl. Abschnitt III.4). All dies sowie insbesondere die Skepsis gegenüber, wenn nicht Verneinung der Idee universeller menschlicher Gleichheit steht einem Verständnis von Demokratie entgegen, das auf die Maximierung individueller Autonomie abzielt. Solche Autonomie würde entgegen der burschenschaftlichen Programmatik gerade nicht die Eingliederung der Einzelnen in eine ‚Volksgemeinschaft‘, sondern im Gegenteil die Emanzipation von solchen (Zwangs-)Kollektiven befördern. In Erwägung dessen ist zu konstatieren, dass die Burschenschaften in Österreich ihre schon im 19. Jahrhundert eingenommene „Distanz zum (liberal-westeuropäische[n]) parlamentarischen Parteiensystem“[749] auf inhaltlicher Ebene bis heute nicht grundlegend überwunden haben.

Entsprechende Vorbehalte wurden immer wieder auch offen artikuliert – etwa am zuvor schon erwähnten BdO-Verbandstag 1919. Während Adorno die von ihm Ende der 1950er-Jahre konstatierte Demokratiedistanz der Deutschen gerade nicht als Ausdruck eines Nationalcharakters verstanden wissen wollte, sondern darauf pochte, „daß in der Fremdheit des Volkes zur Demokratie die Selbstentfremdung der Gesellschaft sich widerspiegelt“[750], formulierte man hier den Wunsch nach

> Staatseinrichtungen (…), die der deutschen Volksseele entsprechen. Sie [die Burschenschaft, Anm. B. W.] fordert daher, daß mit der bisherigen Gepflogenheit gebrochen werde, einerseits undeutschen, westeuropäischen Vorbildern blind zu folgen, andererseits lediglich aus Gewohnheit starr an den überlieferten, längst veralteten Staatseinrichtungen festzuhalten.[751]

Gerhard Onder *(Libertas)* argwöhnte in einem Reisebericht aus Berlin von 1958, dass die „westliche Demokratisierung (…) Materialismus“ anstelle „staatsbewußte(n) Han-

748 Zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 47.
749 Stimmer 1997 (Band I), 500.
750 Adorno 2003a, 560.
751 Zit. n. Stimmer 1997 (Band I), 502.

deln(s)" befördere, während der realsozialistische Staat seiner Jugend „Ideale gäbe".[752] Diese Position mag angesichts der unüblichen Parteinahme eines Burschenschafters für den real existierenden Sozialismus verblüffen, gibt allerdings ein durchaus charakteristisches Unbehagen am westlichen Gesellschaftsmodell wieder; ein Unbehagen, das – wie im vorliegenden Fall – auch in einer gewissen Wertschätzung gegenüber autoritären, doch immerhin Ideale hochhaltenden Regimen Ausdruck finden konnte. Im Jahr zuvor hatte ein anderer *Liberte,* Kurt Gallé, DDR und BRD gleichermaßen in die Kritik genommen: Was Ersterer der „Kommunismus", seien Letzterer „Amerikanismus" und „Materialismus". Gärtner wiederum beginnt seine Aufzählung jener „Strömungen", gegen welche sich die Burschenschaften im Laufe ihrer Geschichte hätten „wehren" müssen, mit dem Liberalismus und beendet sie mit der „Umerziehung nach amerikanischer Art".[753] Mühlwerth schließlich konstatiert auf derselben Linie, dass „die Demokratie, wie man sie uns vorexerziert, (…) nicht dazu angetan (war), uns geistig frei zu machen, im Gegenteile, wir sind heute von allen möglichen Einflüssen, nicht zuletzt von der Wohlstandssucht, abhängiger denn je".[754]

Die in diesen Aussagen zum Ausdruck gelangende Reserviertheit gegenüber der liberalen Parteiendemokratie wirft die Frage auf, welches Modell diesem gegenübergestellt werden soll. Hierauf lässt sich mangels entsprechender Aussagen repräsentativen Charakters keine klare Antwort geben. Bei Otto Scrinzi – nicht Burschenschafter, sondern Vereinsstudent – mündet die Verneinung des Gleichheitspostulats in ein Plädoyer für eine „elitäre Demokratie", in der einerseits für „besondere (…) Leistungen" Stimmzuschläge gewährt werden, andererseits „sozial schädliche(n)" BürgerInnen das Stimmrecht überhaupt entzogen werden soll.[755] Noch 2011 machte Scrinzi sich in der *Aula* für die Ersetzung der „egalitäre(n) Parteiendemokratie, die so viele Antieliten nach oben geschwemmt hat, durch eine verantwortungsbewußte, elitäre Demokratie" stark.[756] Wenngleich aus solchen Beispielen nicht umstandslos auf burschenschaftliche Mehrheitsmeinungen geschlossen werden kann, stehen sie doch exemplarisch für ein spezifisches (völkisches) Verständnis von Volksherrschaft: ‚Demokratische' Willensbildung erfolgt dabei nicht, wie in der liberalen Vorstellung, „als individueller Akt (von Gleichen), sondern als kollektiver (von Identischen). (…) Ist das Volk zum ‚Organis-

752 Paraphrasiert in Libertas 1967, 142. Im selben Jahr legte das *Ostmarkenkartell* gemeinsam mit den *Liberten* per Antrag im ADC Einspruch dagegen ein, dass der von England und den USA „vertretene demokratische Gedanke (von weiten Kreisen) als der einzig richtige und zulässige betrachtet" werde (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Dringlichkeitsantrag D zum ord. ADC-Tag 1958, Beilage zu ADC-Rundschreiben Nr. 8 [Albia] vom 14.4.1958, 2).

753 Alemannia 1962, 2.

754 Teutonia 1968, 115.

755 Zit. n. Schiedel 2007, 33.

756 *Aula* Nr. 3/2011, 6.

mus' oder Kollektivsubjekt erklärt, braucht es jemanden, der seinen einheitlichen Willen erkennt und artikuliert – die männliche(n) Elite(n)".[757] Wie in Abschnitt III.6.3 aufgezeigt wurde, wäre aus burschenschaftlicher Sicht hierfür niemand eher prädestiniert als die Burschenschafter selbst. Wo dagegen eine unzulängliche Führung agiert, kann bzw. muss deren Fehlverhalten im völkischen Demokratieverständnis durch ‚volkstreues' Sentiment und ihm entspringendes Handeln von unten korrigiert werden. Die Überordnung von ‚gesundem Volksempfinden' über demokratisch zustande gekommenes, positives Recht erscheint in diesen Fällen legitim. So kommentierte *Teutonia* die in offenem Widerspruch zur geltenden Rechtslage erfolgten Freisprüche in den Südtirolprozessen der 1960er-Jahre zufrieden damit, dass die Geschworenen sich „an ihr natürliches Rechtsgefühl" gehalten hätten.[758] Beim Kärntner ‚Ortstafelsturm' wiederum wurde nach Scrinzis Überzeugung „die Demokratie" nicht etwa mit Füßen getreten, sondern habe sich vielmehr „ihren Weg (ge)bahnt".[759]

Dass im Angesicht völkischer Erfolge der Art ihres Zustandekommens nachrangige Bedeutung beigemessen wird, ist angesichts des burschenschaftlichen Primats des Völkischen nur konsequent. Ein Nationsbegriff, der auf der Idee des Volkes als „vorpolitische(r) Einheit" aufbaut,

> muss nicht – anders als beim klassisch-liberalen Denken – durch Bürger- und demokratische Teilhaberechte legitimiert werden. Im Gegenteil: Die prinzipielle Vorrangigkeit des Volkes gegenüber dem Individuum rechtfertigt noch die Einschränkung individueller Freiheitsrechte und demokratischer Verfahren im Namen des ‚Volks-Interesses'.[760]

Die Option auf autoritäre Herrschaft oder – in einer Situation (partei-)politischer Schwäche – auf die Diktatur des Mobs ist völkischen Gruppierungen aufgrund dieser Prioritätensetzung stets immanent. Dies gilt, wie Cerwinkas Vermerk über die verbreitete „Geringschätzung des demokratischen Rechtsstaates gegenüber einer Verabsolutierung des Volkstums" unterstreicht[761], auch für das Burschenschaftswesen in Österreich. Solche Geringschätzung kann sich in Form offener Ablehnung manifestieren, aber auch als bloße Gleichgültigkeit – wie im Fall der von Mühlwerth behaupteten Haltung „tausende(r) Burschenschafter", die den Kriegstod in Kauf genommen hätten, „ohne zu fragen, ob die Monarchie, die Republik oder der nationalsoziale Absolutismus hinter ihnen stehe".[762] Erneut zur Tendenz wurde die autoritäre Option nach 1945

757 Schiedel 2007, 33.
758 Teutonia 1968, 109. Vgl. auch Kapitel IV.3.3 bzw. die *Arbeiter-Zeitung* vom 15.10.1965, 1.
759 *Aula* Nr. 10/1972, 8.
760 Heither 2000, 88.
761 Cerwinka 2009, 110.
762 Teutonia 1968, 110 (bereits zitiert in Abschnitt III.7).

zum einen durch die historische Erfahrung, dass es gerade denkbar undemokratische Regime (das Preußen Bismarcks, das Deutschland Hitlers) waren, die völkische Anliegen am ehesten zu wahren wussten; sowie zum anderen durch die Marginalisierung des völkischen Projekts und seiner Akteure, die eine Durchsetzung zentraler burschenschaftlicher Ziele auf demokratischem Weg bis auf Weiteres unwahrscheinlich erscheinen ließ. So stellte Jürgen Hatzenbichler in einer Art Abschiedstext von der extremen Rechten 1998 resignativ fest, dass „rundherum überall nur mehr ‚Gesellschaft' existiert. Was an Nation zustande kommen soll, müßte erzwungen werden. Deswegen auch die autoritären Wunschträume, die da anschwellen." Den in der politischen Rechten kursierenden Nationsentwürfen entspreche eine „Heilsbotschaft", die „entweder haarscharf am Totalitarismus vorbeischrammt oder direkt darauf zuläuft".[763]

Die ‚autoritären Wunschträume', die Hatzenbichler anspricht, sind im Fall der Burschenschaften allerdings kein bloßes Begleitprodukt der Zeitumstände, sondern festes weltanschauliches Inventar. Die grundsätzlich positive Besetzung von Autorität findet Niederschlag sowohl in der bundinternen Erziehung und im Ideal der Einordnung des Einzelnen in das bündische und völkische Kollektiv (vgl. hierzu Abschnitt III.8.5) als auch in burschenschaftlichen Gesellschaftsdiagnosen und -entwürfen. So konstatierte Walter Lisch als Aktiver der *Teutonia* 1968, dass die „Umerziehung des deutschen Volkes" darauf hinauslaufe, „die Autorität des Vaters und Lehrers zu beseitigen und Zügellosigkeit zu fördern".[764] Übereinstimmend damit berichtete ein Stuttgarter Burschenschafter als Referent auf einem DBÖ-Seminar 1968, der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS) exekutiere einen „Umerziehungsauftrag der alliierten Weltkriegssieger von 1945", dessen Ziel es sei, u.a. durch die „Zerstörung der Familie als Erziehungs- und Beeinflussungsfaktor (...) den ‚kriegerischen' Charakter des Deutschen in das ‚Nichtautoritäre' zu wandeln".[765] Adalbert Aigner (*Germania* Graz) wiederum beklagte 1972, dass die Schulpolitik der SPÖ-Alleinregierung „(d)ie Schulen (...) der Verwilderung (Antiautorität)" preisgebe.[766]

Der in Aussagen wie diesen zum Ausdruck kommende Autoritarismus ist allerdings – wie manche Eigenschaft der Burschenschaften in Österreich – nicht zuletzt auch als Produkt der österreichischen Gesellschaft(-sgeschichte), insbesondere der „spezifische(n) Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft von oben"[767] und der paternalistisch-autoritären Fortsetzung dieser Tradition in Konkordanzdemokratie und Sozialpartnerschaft nach 1945 anzusehen. Noch die Liberalisierungsmaßnah-

---

763 *Junge Freiheit* Nr. 44/1998, 16.

764 Wiedergegeben in der *Schlesischen Rundschau* Nr. 24/1968, 9 (BAK, DB 9, DBs 1542).

765 Paraphrasiert wiedergegeben durch Erich Reiter (*Cheruskia* Graz) in der *Aula* Nr. 6/1968, Akademisches Leben, II.

766 *Aula* Nr. 10/1972, 5.

767 Schiedel 2007, 55.

men der 1970er-Jahre wurden von einer – gleichwohl mit absoluter Mehrheit ausgestatteten – SPÖ häufig gegen die Einstellung von Bevölkerungsmehrheiten durchgesetzt.[768] Österreich weise, hielt Ernst Hanisch noch 1994 unter Berufung auf eine Arbeit Anton Pelinkas von 1990 fest, im Vergleich mit den Nachbarstaaten Deutschland und Schweiz

> den höchsten Prozentsatz an politisch Inaktiven und Konformisten, den geringsten an Reformisten, Aktivisten und Protestierenden auf; die österreichische Politische [sic] Kultur räumt Widersetzlichkeit, Dissidententum, Anderssein nur einen geringen Raum ein; kurz: von allen untersuchten Ländern zeigt Österreich die deutlichsten Züge einer ‚Untertanenkultur'.[769]

Die an anderer Stelle bereits zitierte, 1978 von IFES und dem Zeitgeschichte-Institut der Universität Linz vorgelegte Studie erbrachte eine Zustimmung von 74 Prozent der befragten ÖsterreicherInnen zu der Aussage, „Gehorsam und Respekt gegenüber Autoritäten" seien „wichtige Tugenden, die die Kinder lernen sollen"; 80 Prozent befanden, dass „Verbrecher (…) heute viel zu milde behandelt" würden[770], und 60 Prozent erachteten die Wiedereinführung der (erst 1968 vollständig abgeschafften) Todesstrafe als notwendig, um „dem Terrorismus Einhalt" zu gebieten[771]. Eine bereits 1976 publizierte Umfrage der *Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft* (SWS) hatte ergeben, dass 40 Prozent der Befragten Versuche zur Beseitigung des Parlaments zwar ablehnen, sich im Fall des Falles „aber aus dem Streit heraushalten" würden. Weiteren 11 Prozent wären solche Entwicklungen gleichgültig, 3 Prozent wären bereit, sich an

768 Vgl. Rathkolb 2005a, 71. Dabei sei, so Rathkolb, das noch zu dieser Zeit vorhandene „extrem hohe() autoritäre() Potential (…) durch die Sicherheitspackung des Wohlfartsstaats mit einer aktiven Arbeitsplatzsicherungspolitik zurückgedrängt" worden. „Vor allem das autoritäre Wählerpotential der SPÖ blieb Kreisky treu, da sein Wohlfahrtsstaatsmodell wichtiger erschien als die liberale Reform des Justizbereichs durch Justizminister Christian Broda oder die Demokratisierung anderer Lebensbereiche, bis hin zur Freiheit der Kunst." (Ebd., 72)

769 Hanisch 1994, 23 f. (zit. auch bei Schiedel 2007, 54 f.). Vgl. zur Frage autoritärer Einstellungen in Österreich nach 1945 über das hier Gesagte hinaus v. a. Kaindl-Widhalm 1990; ferner Weidenholzer 1979; Rathkolb 2005a, 64–74 und 411–413; sowie (unter dem Gesichtspunkt von UntertanInnenmentalität und politischer Kultur) Schiedel 2007, 53–55.

770 Zit. n. Kaindl-Widhalm 1990, 114 bzw. 118.

771 Zit. n. Rathkolb 2005a, 72. Wenn einige Jahre später – im Wintersemester 1982/83 – eine „knappe() Mehrheit der Anwesenden" auf einem Burschenschaftlichen Abend der *Oberösterreicher Germanen* die Todesstrafe befürwortete, befand dieses Sample sich somit im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt (Oberösterreicher Germanen 1994, 114). Die Todesstrafe war in den vorangegangenen Jahren von der NDP des Burschenschafters Norbert Burger, u. a. im Zuge von dessen Präsidentschaftswahlkampf 1980, wieder als explizite Forderung in die innenpolitische Diskussion eingebracht worden (vgl. Junge Generation 1981, 28–31 sowie das Burger-Interview in *profil* Nr. 37/1979).

der Parlamentsausschaltung aktiv zu beteiligen.[772] Für die gesellschaftliche Entwicklung seither konstatiert Rathkolb ein Abnehmen des Autoritarismus in jüngerer Zeit und verweist u. a. auf Daten von 1997, wonach „8 Prozent der Bevölkerung als eindeutig autoritär, 51 Prozent hingegen als eindeutig nichtautoritär klassifiziert wurden“[773], sowie auf eine in seinem Auftrag 2004 durchgeführte Neuauflage der Linzer Studie von 1978. Die Frage zum Gehorsam als wünschenswerte kindliche Tugend wurde noch immer von 68 Prozent der Befragten bejaht, bei anderen Items war jedoch ein starker Rückgang – etwa der Zustimmung zur Todesstrafe auf 12 Prozent – feststellbar.[774]

Exkurs: Zur Demokratisierung der österreichischen Hochschulen

Das schwierige Verhältnis des völkischen Lagers zur Demokratie als Inhalt respektive zur Demokratisierung als Erweiterung der Möglichkeiten von Individuen, an der Ausgestaltung all ihrer Lebensbereiche aktiv mitzuwirken, kam auch in der Hochschulreformdiskussion der 1970er-Jahre zum Tragen. Die studentische Linke, aber etwa auch die ÖVP-nahe *Österreichische Studentenunion* (ÖSU) hatten sich den Kampf um mehr ‚Mitbestimmung' auf die Fahnen geschrieben. Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) von 1975 und, in geringerem Maße, das Hochschülerschaftsgesetz von 1973 reflektierten einen Paradigmenwechsel von der Ordinarien- zur Gruppenuniversität und brachten mit der Einführung von Kollegialorganen unter Einbindung der Studierenden auf allen Ebenen wesentliche Veränderungen mit sich.[775] Burschenschaften und RFS befanden sich im Zuge dieser Reformdebatten verlässlich auf der Linie jener Professoren, die Einschränkungen ihrer Allmacht nicht hinnehmen wollten. Als zentrales Argument für den Erhalt der Professorenherrschaft fungierte dabei die Verneinung der Qualifikation anderer Gruppen, über akademische Angelegenheiten zu befinden, die über ihre unmittelbare Alltagsexpertise hinausgingen. Gemäß dem Grundsatz der „funktionsorientierte(n) Mitbestimmung“ wollte man beispielsweise die Studierenden zwar mit studienrechtlichen Belangen befassen, nicht aber etwa mit Berufungen.[776]

772 Zit. n. Kaindl-Widhalm 1990, 158.

773 Rathkolb 2005a, 70.

774 Vgl. ebd., 411 f.

775 Vgl. Österreichische HochschülerInnenschaft 2006, 32 f. Gleichzeitig markierte das UOG 1975 den legistischen Höhepunkt universitärer Demokratisierung, da die folgenden großen Universitätsreformen (in Form des UOG 1993 und v.a. des UG 2002) in die Gegenrichtung wirkten; statt einem Leitgedanken der Demokratisierung rückte nun jener der wirtschaftlichen ‚Effizienz' in den Vordergrund (vgl. ebd., 40 bzw. 45).

776 *Der Ring* Nr. 5/1970, 4. In der praktischen Umsetzung blieb allerdings auch das Bekenntnis zu studentischer Mitbestimmung auf den unteren Ebenen der Universitätshierarchie und in Studienangelegenheiten zum Teil auf der Strecke. Die Sprengung einer Vollversammlung der Wiener *Institutsvertreter-*

Wohl auf Initiative der Österreicher (und unter dem Vorsitz der *Oberösterreicher Germanen*) „verurteilt(e)" die DB auf ihrem Burschentag 1975 dementsprechend das kurz zuvor vom Nationalrat beschlossene UOG 1975 „auf das Schärfste" – u.a. eben deshalb, weil es Mitentscheidung durch Studierende in Bereichen vorsehe, für welche diese nicht qualifiziert und nicht haftbar seien. Auch stelle „die überhohe Anzahl der Vertreterposten eine unzumutbare Belastung der Studierenden" dar und begünstige eine „Auslese zugunsten der politisch radikalen Gruppen".[777]

Am selben Burschentag verabschiedete die DB auch eine von den *Obergermanen* vorgelegte, grundsätzlichere Entschließung, die ein Bekenntnis zur „evolutionäre(n) Weiterentwicklung der freiheitlichen und sozialen Demokratie" enthielt. Die DB unterstütze und bejahe „eine verstärkte Teilhabe und Mitsprache der Bürger in allen Lebensbereichen, soferne dadurch der Freiheits- und Gestaltungsraum der Menschen gestärkt und verbessert werden [sic]." Es müsse jedoch „gewährleistet sein, daß nicht neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen und gesamtgesellschaftliche Ansprüche oder die Funktionalität gesellschaftlicher Teilbereiche gefährdet werden".[778] Man bekannte sich also einerseits zu mehr Demokratie, versah dieses Bekenntnis aber gleichzeitig mit einer Einschränkung, die geeignet war, unter dem Verweis etwa auf sinkende Effizienz von Abläufen (die mit der Ersetzung autoritären Entscheidens durch demokratische Aushandlungsprozesse nahezu zwangsläufig einhergeht) jeden konkreten Demokratisierungsversuch zu hintertreiben.

Mitunter ging der RFS noch einen Schritt weiter und hielt den gängigen Slogans jener Zeit von der ‚Demokratisierung aller Lebensbereiche' und der ‚Durchflutung der Gesellschaft mit Demokratie' entgegen, dass manche Bereiche bzw. Institutionen – darunter auch die Universitäten – per se nicht demokratisierbar seien. Demokratie gäbe es nur als Staatsform, einzelne gesellschaftliche Teilbereiche dagegen ließen sich „nicht als demokratisch legitimieren, sondern nur etikettieren".[779] Eine quasi-liberale Ausformung dieser Behauptung bestand darin, dass die Ausweitung des Mitbestimmungsprinzips auf verschiedenste Bereiche dem Individuum überall ein geringes Mit-

---

konferenz (IVK) im Sommersemester 1970 durch „eine große Abordnung des RFS" besiegelte das Ende dieses außerhalb der ÖH-Strukturen angesiedelten, basisdemokratischen Gremiums (Fischer-Kowalski 1977, 606): Es hatte den *Freiheitlichen Studenten* als zu links gegolten (vgl. auch Keller 1983, 107).

777 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1975, 12. Vgl. auch Oberösterreicher Germanen 1994, 51.

778 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 31. Schon 1973 hatten die *Oberösterreicher* die Ergänzung eines Antrages der *Hilaritas* Stuttgart zur Mitbestimmungsdebatte mit der Einschränkung erwirkt, dass Mitbestimmungserweiterung nicht „einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch oder die Funktionalität gesellschaftlicher Teilbereiche (…) gefährden" oder „Funktionärsmacht etablieren" dürfe (BAK, DB 9, B. VI., Burschentage [a], Niederschrift des DB-Burschentages 1973, 43).

779 *Der Ring* Nr. 3/1973, 6. Eine Begründung dieser Sichtweise liefert der Artikel nicht.

spracherecht einräume, ihm gänzlich eigenverantwortliches Handeln aber allenthalben verwehre. Letztlich führe die erweiterte Mit- daher zu einem Mehr an Fremdbestimmung. Demokratisierung wurde in diesem Sinne als „Kollektivisierung [sic] des einzelnen“ interpretiert oder als „totale Demokratisierung“ bzw. „totale( ) Bestimmung aller über alle“ mit einem Zustand der „völligen Unfreiheit“ in Zusammenhang gebracht.[780] Noch 1989 kritisierte ein nachgedruckter Artikel Horst Albert Glasers in der *Aula* (vgl. Abschnitt III.6.3) das Modell der Gruppenuniversität, in dem nicht „allein die Zuständigen und wissenschaftlichen Kompetenten (d.h. die Professoren und die Habilitierten) entscheiden, sondern in gleicher Weise allerlei namenloses Hilfspersonal“.[781] Die Maßnahmen der ÖVP-FPÖ-Regierung ab 2000 zur Wiederherstellung der professoralen Autorität (und zur Beschränkung des Hochschulstudiums) ernteten dementsprechend Lob im verbindungsstudentischen Spektrum – etwa durch den Studienabbrecher Andreas Mölzer, der den schwarz-blauen Kurs als „Abkehr von der Nivellierung der Massenuniversität“ wertete.[782]

III.8.3 Demokratie im Verband und interbündischen Verkehr

„Die Arbeit der Burschenschaft vollzieht sich nach demokratischen Grundsätzen“, lautet der zwölfte Absatz der Grundsätze der DB.[783] Die realen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse zwischen Burschenschaften bzw. im Rahmen ihrer Verbände erfüllen diesen Anspruch allerdings nur mit Abstrichen (und reflektieren dabei, wie im Folgeabschnitt III.8.4 aufgezeigt werden soll, zu einem guten Teil die Demokratiedefizite der Einzelbundebene auf höherem Niveau).[784] Auf einer grundsätzlichen Ebene lässt sich etwa auf das Prinzip verweisen, nach dem auf Verbandstagen des ADC bzw. der DBÖ nur bevollmächtigte Delegierte ermächtigt waren, sich überhaupt zu Wort

780 Der Ring, Nr. 1/1975, 5 bzw. Nr. 5/1970, 4. Vgl. zur Kritik der Hochschuldemokratisierung weiters *Der Ring* Nr. 4/1970, 7; Nr. 5/1970, 14; Nr. 1/1971, 3 und 14 f.; Nr. 7/1973, 14; sowie Nr. 2/1975, 6. Vgl. dazu ferner das elitaristische Demokratieverständnis Otto Scrinzis, der erklärte, er halte „nichts“ von einem Prinzip der „universalen und dauernden ‚Mitbestimmung‘ in der hochentwickelten, arbeitsteiligen und global vernetzten Welt“. Diese müsste nämlich „in der Diktatur der, weil sich für alles zuständig Fühlenden, nirgends wirklich Befugten enden! Mitbestimmung muß mit vollziehbarer Mitverantwortung gekoppelt sein, diese wieder setzt Mit-Wissen voraus.“ (Scrinzi 1991, 42)

781 *Aula* Nr. 6/1989, 22.

782 *Zur Zeit* Nr. 5/2002, 9.

783 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1971, 11.

784 Eine solche Behauptung lässt sich freilich für jedwede soziale Organisation – für hierarchisch gegliederte politische Parteien als der Idee nach tragende Säulen repräsentativer Demokratie ebenso wie für basisdemokratisch verfasste Gruppierungen – mit einiger Berechtigung formulieren. Ob die Häufung entsprechender Auffälligkeiten im Fall der Burschenschaften in besonders schiefem Verhältnis zu den selbst formulierten Ansprüchen steht, ließe sich vor diesem Hintergrund durchaus diskutieren.

zu melden.[785] Lässt schon das Delegiertenprinzip an sich Minderheitsmeinungen unartikuliert, da die Delegierten zur Vertretung der in ihrem Bund majoritären Linie verpflichtet sind[786], und begünstigt überdies die Entstehung von Informationshierarchien, trägt das Redeverbot für Nicht-Delegierte zusätzlich dazu bei, abweichende Meinungen unsichtbar zu machen.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung burschenschaftlicher Verbände in Österreich lässt sich zudem auf die schon mehrfach erwähnte, ausgeprägte Tendenz zur Ämterkumulation verweisen. Diese hatte ihrerseits die Ausbildung einer Art Funktionärskaste oder *politischen Klasse unter Burschenschaftern* (vgl. Abschnitt III.2.2) zur Folge und trug so weiter zur ungleichen Verteilung von Information und Möglichkeiten der Teilhabe an Entscheidungsprozessen bei. Schwer in ihrer Bedeutung zu überschätzen sind zudem die ideologische Dominanz burschenschaftlicher *Meinungsführer* im Konkreten und des durch sie repräsentierten burschenschaftlichen Mainstreams im Allgemeinen sowie die Auswirkungen dieser Dominanz auf die Artikulierbarkeit abweichender Meinungen (vgl. Abschnitt III.2.3).

Wissenshierarchien wurden immer wieder auch durch konspiratives Vorgehen und restriktive Informationspolitik gefördert – nicht zuletzt im Zuge der Anbahnung des Zusammenschlusses der österreichischen mit den bundesdeutschen Bünden in einem gemeinsamen Dachverband.[787] So bemängelte der Göttinger *Brunsvige* Werner Hofmeister, dass Auseinandersetzungen über die einschlägigen Pläne, „so sie überhaupt

785 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 7 (Alemannia) vom April 1959, 2; vgl. ferner BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Cruxia) vom 1.4.1962, 2 und BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1959, 9.

786 Als der Vertreter der *Oberösterreicher Germanen* am DB-Burschentag 1976 gegen die Bundlinie stimmte – d. h., sich der Stimme enthielt, anstatt für die Möglichkeit der Mitgliedschaft von Burschenschaftern in rechtsextremen Organisation zu votieren – erklärten *Gothia, Libertas* und *Olympia,* fortan nicht mehr mit den *Germanen* fechten zu wollen. Letztere reagierten, indem sie einen jährlichen Generalkonvent vor Burschentagen einführten, der den Delegierten „Entscheidungshilfen und -vorgaben liefern“ und so Alleingänge vermeiden sollte (Oberösterreicher Germanen 1994, 77). Zu den Folgen der Kombination von Mehrheitsprinzip und imperativem Mandat vgl. etwa das Beispiel der Salzburger Reform-Arbeitstagung der DBÖ von 1964: Allein im Rahmen der Wiener Vorbereitungssitzung (nicht aber jener der Grazer, Innsbrucker und Leobner Bünde) war es den Teilnehmern ermöglicht worden, ihre persönliche Meinung zu artikulieren, wodurch die bestehende Meinungspalette der Wiener Burschenschafter transparent geworden und eine Debatte zustande gekommen war. Auf der zusammenführenden Tagung in Salzburg selbst wurde dieses Prinzip nicht angewandt – und die Hälfte der Punkte angesichts übereinstimmender Mehrheitsmeinungen in allen vier Hochschulstädten gar nicht erst andiskutiert (vgl. Abschnitt III.5.3).

787 Vgl. dazu etwa § 10 des Abkommens zur Verbändetagung von DB und DBÖ (wiedergegeben in BAK, DB 9, E. 4 [B1], Anlage 1 zum ADC-Rundschreiben Nr. 7 [Alemannia] vom April 1959, 2). Der Jahresbericht des Geschäftsführenden Ausschusses der Verbändetagung (GAVT) durfte 1960 nicht einmal verbandsintern zirkuliert werden (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 7).

geführt werden, hinter verschlossenen Türen“ stattfänden und die Fusionsbefürworter bereit seien, ihren Willen auch mit fragwürdigen Methoden gegen alle Widerstände durchzusetzen.[788] Tatsächlich bekundete der GAVT-Vorsitzende Dieter Weber als Repräsentant der Fusionsbefürworter 1961, kurz vor dem anvisierten Fusionsburschentag, dass „weder eine Verzögerung, noch eine Ablehnung“ des Zusammenschlusses „gerechtfertigt“ sei. Dieser Ansicht war Weber bemerkenswerterweise nicht obwohl, sondern gerade weil – wie er selbst festhielt – „einer Verschmelzung von DB und DBÖ ernsthafte Bedenken entgegen(standen)“.[789]

Auch innerhalb der DBÖ sahen sich Fusionsskeptiker als „Minderheit um eine gerechte Vertretung ihres Standpunktes gebracht“. Man unterstellte ihnen „unredliche( ) Motive“ und praktiziere eine „Ausnützung der Geschäftsordnung gegen die Andersdenkenden“, was „sehr undemokratisch“ sei. „Wir sollten auch den ehren, der anderer Meinung ist als wir“, forderte der *Stire* Herbert Kier.[790] Ob eine Mehrheit von Bünden die restlichen zwingen könnte, gegen deren Willen der DB beizutreten, wurde immerhin diskutiert.[791] Auch in anderen Fällen rief der verbandsinterne Umgang mit Minderheitenpositionen Kritik hervor: „(W)iederholt“, so die *Gothen* 1964 in einer Antragsbegründung, seien in der Vergangenheit „missliebige Anträge“ ohne inhaltliche Behandlung von der Tagesordnung abgesetzt worden, womit das (nach außen von burschenschaftlicher Seite stets eingeforderte) „Recht der freien Meinungsäußerung zumindest stark eingeschränkt“ worden sei.[792] Der Antrag, dass solche Streichungen fortan nicht mit einfacher, sondern nur noch mit Dreiviertelmehrheit möglich sein sollten, wurde allerdings klar (mit 21 zu 9 Stimmen) abgelehnt.[793] Für eine wenig liberale Debattenkultur spricht auch die von Scheichl erwähnte Usance, „unorthodoxe

---

788 AAG, Korrespondenzen, DB, Rundschreiben 1950–62, Hofmeister 1960, 1 f.

789 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Arbeitsbericht des geschäftsführenden Ausschusses der Verbändetagung, Anlage 2/3 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 2.

790 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1961, 3. Klagen über ausufernde Versuche widerstreitender Fraktionen, einander über Geschäftsordnungsdebatten auszustechen – womit, so der Kritiker im vorliegenden Fall, „im Ergebnis jede demokratische Einrichtung zu Tode geritten werden kann“ – fanden sich auch in der DB (AAG, Korrespondenzen, DB, Rundschreiben 1950–62, Hofmeister 1960, 1).

791 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 16 f. *Libertas* erwartete etwa, dass die Minderheit sich dem Mehrheitsbeschluss füge (vgl. ebd., 16) und fand darin Unterstützung durch *Alania, Brixia* und *Olympia. Arminia* ortete gar eine „Tyrannisierung durch eine Minderheit, wenn sich eine Minderheit einem Beschluss nicht beugt“, worin *Gothia, Eisen* Leoben und *Teutonia* ihr beistimmten (vgl. ebd., 17). Letztlich wurde die Frage des Beitritts den Bünden freigestellt. In einem anderen Fall zwei Jahre darauf konnte dagegen eine Mehrheit die unwillige Minderheit zum korporativen Beitritt zur *Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung* (GfbG) verhalten (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des DBÖ-Rechtsausschusses, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1).

792 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1964, 3.

793 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll des DBÖ-Tages 1964, 6.

Ansichten" mit einer Herausforderung des in solcher Weise auffällig gewordenen Bundes zur Hatz, also zur Serienmensur, zu quittieren (vgl. Abschnitt III.4.4).[794] Dem Anschein nach wurden abweichende Meinungen in diesen Fällen als Beleidigung der eigenen Überzeugungen empfunden. Auf einer rationaleren Ebene pochte man etwa mit der Begründung auf „ideologische Übereinstimmung" im Dachverband (in diesem Fall: der DB), dass die ansonsten aufkeimenden Debatten untragbare Reibungsverluste verursachen und „schon kleine Minderheiten eine Krise des Gesamtsystems auslösen" könnten.[795]

Bei Verfehlungen herrschte in ADC und DBÖ ein strenges Sanktionsregime vor. Wer mit Beitragszahlungen im Verzug war, Fragebögen des Referenten für burschenschaftliche Arbeit nicht retournierte oder sich zu Pflichtabstimmungen nicht äußerte, musste mit ‚Beireitungen' (Geldstrafen) rechnen[796]; unter Umständen konnte die Nichtbezahlung eines Tagungsbeitrages aber auch mit dem Entzug des Stimmrechts für die Folgetagung geahndet werden.[797] Eine subtilere Form, um einzelne Bünde zu vom Verbandskollektiv erwünschtem Verhalten zu bewegen, bestand im ‚Outing' von Versäumnissen und Minderleistungen (wie etwa 1963 im Fall der ‚Grenzlandarbeit'[798]). In der DB sorgte größere ideologische Heterogenität für häufigere und schärfere Konflikte, im Zuge derer auch zu härteren Strafen gegriffen wurde. Dabei wurden mitunter nicht nur bürokratische Versäumnisse, sondern auch Überzeugungen sanktioniert. Insbesondere die völkisch-fundamentalistischen Bünde der BG gingen mit Repressalien vom Verweis bis hin zum Ausschluss gegen Burschenschaften vor, die es ihrer Meinung nach an ‚Grundsatzfestigkeit' hatten fehlen lassen, d.h. die BG-Interpretation der burschenschaftlichen Idee nicht teilten.[799] Der Höhepunkt wurde am Burschentag 1975 erreicht, als unter maßgeblicher Mitwirkung österreichischer Verbindungen eine ganze Reihe moderater bundesdeutscher Bünde für die ihrem Abstimmungsverhalten zugrunde liegende Intention [sic] abgestraft wurden (vgl. Kapitel IV.3.2). Begünstigt wurde das harte Vorgehen der BG durch die 1971 eingeführte ‚Selbstausschlussklausel', die es ermöglichte, Ausschlüsse unter Umgehung des Burschentages als dem burschenschaftlichen Quasi-Parlament durchzusetzen. Ein Antrag, der sich u.a. gegen diesen Umstand richtete und den Burschentag

794 E-Mail von Sigurd Scheichl vom 11.2.2012.

795 Günther Paul (*Leder* Leoben) in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1977 [Juni], 96.

796 *Allemannia* Graz forderte eine solche Sanktion 1958 etwa auch für Bünde, die in einer schon länger bekannten Causa noch keine Position formuliert hatten (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ord. ADC-Tages 1958, 7). In puncto Fragebögen vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 3.

797 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 3.

798 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 10 f. Zur ‚Grenzlandarbeit' vgl. Kapitel IV.1.2.

799 Vgl. dazu die Nachzeichnung DB-interner Konflikte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei Kuhn 2002, insbesondere Kapitel 4.4.

als höchstes demokratisches Verbandsgremium aufwerten wollte, wurde 1978 von der BG abgeblockt.[800] 1996 zeichnete *Olympia* im Zuge einer modifizierten Neuauflage dieser Diskussion maßgeblich dafür verantwortlich, dass die unter demokratischen Gesichtspunkten problematische Regelung erneut Bestätigung fand.[801]

III.8.4 Der Einzelbund: ein ‚Parlament im Kleinen'?

Neben dem Verweis auf historische Verdienste diente Burschenschaften nach 1945 v.a. jener auf ihre inneren Strukturen als Hauptbeleg ihres demokratischen Charakters.

> Wir haben in den wehrhaften Korporationen wohl allein die wahre Demokratie geschaffen. Die übrige Welt war es bisher nicht imstande, sie schuf nur Interessentengruppen. Bei uns gibt es nur Gleiche, nur Akademiker mit gleichen Rechten und Pflichten. (…) (D)a kann wohl niemand leugnen, daß dies wahre Demokratie sei.[802]

Die Behauptung, dass ausgerechnet ein per Definition ausschließlich aus akademisch gebildeten ‚deutschen' Männern eines bestimmen ideologischen Spektrums bestehender Verein „wahre Demokratie" verwirkliche, lässt auf ein eigenwilliges Demokratieverständnis schließen. Schiedels zuvor zitierte Charakterisierung der im völkischen Sinne demokratischen Willensbildung als ‚kollektiver Akt von Identischen' findet darin ihren Widerschein (vgl. Abschnitt III.8.2). Waghalsig erscheint jedoch nicht nur Gärtners Wertung der bundinternen Demokratie, sondern auch seine inhaltliche Darstellung derselben. Schon aufgrund der Trennung der Verbindungsmitglieder in einen vollberechtigten inneren (Burschen, Alte Herren) und einen minderberechtigten äußeren Kreis oder Verband (Füchse und Conkneipanten, d.h. regelmäßige Gäste mit außerordentlichem Mitgliedsstatus) kann von einer Gemeinschaft von im demokratischen Sinne Gleichen in Burschenschaften nicht die Rede sein. Erst nach erfolgreich absolvierter Probezeit, Einstandsmensur und Burschenprüfung – und somit erst nach Erbringung des Beweises hinreichender Kompatibilität – erhalten Füchse „Sitz und Stimme am Convent" und dürfen den Kurs der Verbindung mitbestimmen.[803] Diese Praxis sichert offenkundig die erwünschte Homogenität, wird von der DBÖ jedoch anders begründet: Der Ausschluss liefere den Neulingen die Gelegenheit, sich „(v)on jeder Verantwortung entlastet" auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten und ihre „Ausbil-

800 Vgl. Schmidt 2000, 10 f.

801 Vgl. ebd., 46.

802 Alemannia 1962, 25.

803 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 5.

dung“ im Bund zu absolvieren.[804] Die Figur des Mitbestimmungsrechts als Belastung ist bereits aus der zuvor erörterten Hochschulreformdebatte geläufig.

Trotz der Selektivität der Mitgliedschaft und der Abstufung von Mitwirkungsrechten präsentieren burschenschaftliche Werbematerialien den Bund im Allgemeinen und die Institution des Convents im Besonderen gerne als „Demokratie im kleinen“ bzw. „Parlament im kleinen“[805] – eine Darstellung, die Michael Gehler als „apologetisch“ einstuft. Gehler argumentiert sein Verdikt unter Verweis auf die bereits angesprochene „Mitgliederabstufung“, die wenig repräsentative Zusammensetzung und den geringen weltanschaulichen Pluralismus des Convents sowie darauf, dass dieser anders als herkömmliche Parlamente nicht durch Wahlen zustande komme. „Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus gerechtfertigt, den Convent unter ‚Integration‘ bzw. ‚Hierarchisierung‘ einzuordnen, in seiner pseudodemokratisch-parlamentarischen Eigenschaft zu entlarven und als Kind spätabsolutistischer Entwicklung zu begreifen.“[806] In der eigenen Außendarstellung erscheinen Burschenschaften nichtsdestotrotz als Schulen aktiv gelebter Demokratie. Am Convent oder auch auf Dachverbands-Tagungen lerne der Einzelne, „sich eine eigenständige Meinung zu bilden“, diese gegenüber anderen zu vertreten und Argumente auszutauschen, aber auch die fallweise Nichtdurchsetzbarkeit der eigenen Meinung zu akzeptieren und „demokratische Mehrheitsentscheide mitzutragen“.[807] Insofern wirken die Prozeduren der kollektiven Willensbildung im Bund – die freilich zum Teil (etwa hinsichtlich der Wahl und Absetzbarkeit der Funktionäre) schon durch das österreichische Vereinsrecht vorgegeben sind – als Gegengewicht zum auf der Wertebene vermittelten Ideal der Standhaftigkeit, das (im Sinne von Kompromissunfähigkeit) sich in einem Spannungsverhältnis zu demokratischen Aushandlungsprozessen befindet (vgl. Kapitel VI.2.3).

Gleichzeitig ist der inneren Struktur von Burschenschaften ein hierarchisches Gepräge nicht abzusprechen; dies nicht nur mit Blick auf die erwähnte Zwei-Klassen-Demokratie (innerer und äußerer Verband), sondern etwa auch auf das burschenschaftliche Generationenverhältnis (vgl. die Abschnitte III.4.2 und III.5.6). Wintersberger führt die hohe ideologische Kontinuität der österreichischen Bünde trotz der relativen Autonomie der Aktiven gegenüber der Altherrenschaft wesentlich auf „das autoritäre

804 AVSt, DBÖ 1994, 7. Vgl. zum Wunsch nach Homogenität auch die Begründung der Probezeit über deren Effekt, die Wahrscheinlichkeit später notwendig werdender Ausschlüsse gering zu halten (ebd., 6).

805 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 6. Die Formulierung vom „Parlament im kleinen“ (das „nach demokratischen Spielregeln“ und unter „Gleichberechtigung aller Mitglieder“ Entscheidungen treffe) findet sich u.a. auch bei Pawkowicz 1974, 2. Zum demokratischen Charakter des Bundeslebens vgl. auch DÖW, WKR-Folder 1991 und AVSt, DBÖ 1994, 23.

806 Gehler 1997b, 367.

807 AVSt, DBÖ 1994, 23.

Prinzip" zurück, das die innerbündischen Interaktionen präge.[808] Dass ein Begriff wie „‚Kneipdisziplin'" (für die Befolgung der Trink- und sonstigen Regeln auf verbindungsstudentischen Geselligkeitsveranstaltungen) überhaupt existiert und außerhalb selbstironischer Kontexte Verwendung findet, lässt in dieser Hinsicht tief blicken.[809] ‚Straffe' (vulgo autoritäre) Strukturen und Stile der Amtsführung tauchen in den Quellen, fast durchwegs positiv konnotiert, als Stärke eines Bundes oder Verbandes auf, ihre Abwesenheit dagegen als potenzieller Gefahrenherd, der Konflikte und mangelnde Geschlossenheit heraufbeschwöre.[810] In der Tat war der Wunsch nach Geschlossenheit im gewünschten Ausmaß nur repressiv – über die Unterdrückung bzw. Entmutigung von Debatten und Selbstkritik und nötigenfalls den Ausschluss von Abweichlern – durchsetzbar (vgl. die Abschnitte III.4 und III.5). „Besser sei eine Handvoll Leute, die einer Meinung sind, als viele, die nicht zu beherrschen sind", paraphrasierte 1964 ein Bericht über eine interne Tagung der Innsbrucker *Germanen* die Position eines Alten Herren.[811] Ein anderer forderte wenig später – in Reaktion auf Sigurd Scheichls kritische Linzer Rede – „strengste Auslese nach strengster Ausmerze", um den Bund wieder auf den gewünschten Kurs zu bringen.[812] Wer sich durch unerwünschtes Verhalten als „für die B! nicht mehr tragbar" erwies, wurde schnell als „unbrauchbar" abgegeben – eine Formulierung, in der einmal mehr das instrumentelle Verhältnis von Kollektiv und Individuum Niederschlag findet.[813]

Erziehung als Beschränkung persönlicher Autonomie

Über die völkische Korporation als Schule weniger der Demokratie als vielmehr des autoritären Charakters (Erich Fromm) bzw. eines ‚Habitus ohne Mitleid' (Norbert Elias) ist viel geschrieben worden.[814] In der Tat vollzog burschenschaftliche Erziehung in Österreich (auch) nach 1945 sich stärker als Indoktrination denn als Förderung eigen-

808 Interview vom 4.1.2012.

809 Aldania 1994, 87.

810 Vgl. die Niederschrift des ADC-Tages 1956, 8 f.; Anlage 2 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 3; die Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 4 und 16 (alle: BAK, DB 9, E. 4 [A1]); Alemannia 1962, 30; BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6; Libertas 1967, 180; Oberösterreicher Germanen 1967, 18 und 1994, 152; Aldania 1994, 86; Albia 2005, 17. Im Widerspruch dazu erregte der „sehr diktatorisch(e) und schulmeisterlich(e)" Führungsstil eines Alten Herren 1967 den Unmut der Regensburger *Aldanen*-Filiale (Aldania 1994, 200). Historisch beschreibt Erich Witzmann, wie die „straffe organisatorische Gliederung der Burschenschaft" (inklusive der Gründung von „‚Ortsgruppen auswärtiger Burschenschafter' an jedem Hochschulort") sich in der pro-nationalsozialistischen Aufbauarbeit der 1930er-Jahre bewährte (Witzmann 1940, 160; vgl. auch Stimmer 1997, Band I, 509).

811 *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 4.

812 Zit. in PBW, Schreiben des Sprechers Carl Grisson an seine Bundesbrüder vom 16.5.1967, 2.

813 AVSt, DBÖ 1994, 6 bzw. (u.a.) Aldania 1994, 206.

814 Vgl. etwa Peters 2004 oder Schiedel/Wollner 2009, 116–120.

ständigen, undogmatischen Denkens (vgl. Abschnitt III.3, v.a. Unterabschnitt III.3.1). Ihr zentraler Inhalt bestand in der Verpflichtung auf die „Verantwortung jedes einzelnen gegenüber dem Volksganzen".[815] Dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedeutete wiederum zu *dienen*. Nach Berkas Auffassung konstituieren „das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und die Erziehung zum Dienste an diesem" geradezu das „Wesen einer Burschenschaft".[816] Der Dienst wiederum erfordert die Zurückstellung des eigenen Ich bzw. dessen Aufgehen im völkischen Kollektiv, wie Berka an anderer Stelle ausführt: Die „Aufgabe der Burschenschaft" bestehe in der Heranbildung von Männern, „die (…) den Sinn ihres Lebens im Dienste am deutschen Volke erblicken".[817] Burschenschaftliche Erziehung als „harte( ) Erziehung junger Männer" habe diesen die Bereitschaft zu vermitteln, „für ihre Ideale auch opferbereit einzustehen".[818]

Um diesen Erziehungszielen gerecht zu werden, beansprucht der Bund umfassenden und – wie in Abschnitt III.3.1 aufgezeigt wurde – letztlich lebenslangen Zugriff auf den Einzelnen. Am offensten formulierte diesen Anspruch *Vandalia* (als *Vindomina*) in ihren Satzungen zur Wiederbegründung nach dem Zweiten Weltkrieg, indem sie die „Einflussnahme auf alle Angelegenheiten, welche die Lebensführung der Mitglieder berühren", als Teil des Vereinszweckes anführte.[819] Das *Ostdeutsche Kartell* erörterte in diesem Sinne 1964 unter Beteiligung *Teutonias* Vorgaben an die einzelnen Mitglieder bezüglich zulässiger Parteimitgliedschaften. Man gelangte zu dem Ergebnis, dass „die parteipolitische Tätigkeit so lange grundsätzlich als zulässig angesehen werde, als sie mit den burschenschaftlichen Grundsätzen vereinbar sei".[820] Auf DB-Burschentagen war wiederum die Bekleidung der Burschenschafter in den 1970er-Jahren Dauerthema. Als der Ausschuss für burschenschaftliche Arbeit der DB schließlich 1977 eine Regelung vorschlug, wonach künftig jeder Teilnehmer von „offiziellen" Verbandsveranstaltungen verpflichtend eine Anzug-Kombination zu tragen habe, legte der Rechtsausschuss (RA) dagegen Einspruch ein: nicht etwa weil dadurch in die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Burschenschafters bei der Wahl seiner Garderobe eingegriffen werde, sondern aufgrund eines „elementaren Eingriff(es) in die Autonomie des Ein-

815 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 11.

816 Paraphrasiert in Libertas 1967, 109. Vgl. hierzu auch das entsprechende Bekenntnis der DB: Die Burschenschaft wolle „ihre Mitglieder zu Personen (…) erziehen, die später im Dienst am deutschen Volk wirken sollen" (AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 11; vgl. auch ebd., 14).

817 Berka in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 1/1957, 11.

818 Berka, paraphrasiert in einem Nachruf aus dem *Eckartboten,* dieser zit. n. Libertas 1967, 361.

819 Zit. n. AUW, S 259.49, Schreiben der Bundespolizeidirektion Wien an den Rektor der Universität Wien vom 23.1.1952, 1.

820 Teutonia 1968, 108. Derartige Bestimmungen waren auch in der Zwischenkriegszeit in Kraft gewesen. Sie hatten die meisten Parteien, darunter die Christlichsozialen, ausgeschlossen (vgl. Stimmer 1997, Band I, 502) und somit „eine weitgehende Einschränkung der politischen Wahl- und Aktionsfreiheit der Einzelmitglieder" bedeutet (ebd., 507).

zelbundes“, dem allein es offenbar nach Rechtsmeinung des RA zustand, seinen Mitgliedern entsprechende Vorschriften zu machen.[821]

Besonders umfassend ist die Kontrolle, die im Bund über Aktive ausgeübt wird. Der ‚*Libertenspiegel*‘ Berkas, Grundsatzdokument der Wiener *Libertas,* erlegte gerade den Füchsen als den jüngsten Mitgliedern „strengste Pflichterfüllung als wesentliche(n) Bestandteil burschenschaftlicher Erziehung“ auf. Zur Pflichterfüllung zählte auch die Sicherstellung eines entsprechenden Studienfortgangs. Der Sprecher der Verbindung habe in dieser Hinsicht als „freundschaftliche(r) Mahner( )“ aufzutreten. „Aktive, die nicht die Kraft aufbringen, ihre Studien zu beenden, hätten auszuscheiden.“[822] Jedes studierende Mitglied hatte „zu Semesterbeginn sein Studienziel und am Ende einen Erfolgsnachweis vorzulegen“, andernfalls Suspension auf ein Semester drohte.[823] *Libertas* war dabei kein Einzelfall, eine Kontrolle der Studienleistungen gang und gäbe. Die *Oberösterreicher Germanen* etwa verschärften ihre diesbezüglichen Regelungen 1987/88 weiter.[824]

Angesichts der harten Hand, mit welcher der burschenschaftliche Nachwuchs regiert wurde (vgl. auch die Formulierung des *Weißen Kreises in Österreich* von der notwendigen „Korporationszucht“[825]), erscheint Gärtners an anderer Stelle schon zitierte Analyse für den mangelnden Zustrom von Neumitgliedern nach 1945 nicht unplausibel: U.a. sei dieser Mangel darauf zurückzuführen, dass „(m)an (…) sich heute nicht gerne einer Gemeinschaftserziehung (unterwirft)“.[826] Genau das wurde aber, nicht nur nach Gärtners Verständnis, von Beitrittsaspiranten erwartet. Wo burschenschaftliche Erziehungsleistungen nicht den gewünschten Erfolg zeitigten, war über kurz oder lang eine Trennung von dem Betreffenden die Folge.

Demokratie und Männerbund

Kaum eine Eigenschaft der Burschenschaften stellt deren demokratischen Anspruch nachdrücklicher infrage als ihr Charakter als Männerbund in Form und Inhalt. Dies nicht nur, weil ihre geschlechterspezifische Mitgliederselektion die „Utopie der reinen Männergesellschaft“, eines universitären und generell öffentlichen Lebens ohne Frauen, ins 21. Jahrhundert fortschreibt[827], sondern vor allem aufgrund einer tiefer reichenden,

821 BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 28.

822 ‚*Libertenspiegel*‘, paraphrasiert in Libertas 1967, 94.

823 Libertas 1967, 59; vgl. auch 88, wonach diese Regelung 1958 eingeführt wurde.

824 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 141.

825 Albia 2005, 17. Vgl. auch Libertas 1967, 180, wo im Kontext des WKÖ von „strenge(r) Korporationszucht“ die Rede ist. Die Zahlenangabe ist letztgenannter Quelle entnommen.

826 Alemannia 1962, 27.

827 Kurth 2004, 110. Diese Utopie – die völkische Verbindungen historisch über die Ablehnung des Frauenstudiums auch auf gesamtuniversitärer Ebene verfochten – findet in der in Kapitel II schon erwähnten

„strukturelle(n) Unvereinbarkeit von Männerbündelei und Demokratie“[828]. Schiedel/Wollner verorten diese Unvereinbarkeit in der Funktion der Kultivierung einer „martialisch-heroische(n) Männlichkeit, die demokratisch-zivilisatorische Einflüsse als *weiblich* oder *jüdisch* und dem *deutschen* Wesen entgegengesetzt denunziert“.[829] Einen ausführlichen Nachweis liefert Heither in seiner Auseinandersetzung mit Männerbundtheorien des frühen 20. Jahrhunderts.[830] Heither referiert u. a. das Denken Hans Blühers, das nach seiner Analyse „zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten (…) für die aus nazistischer Perspektive betriebene männlich-martiale Aufladung eines antidemokratisch-antiweiblichen Staatsverständnisses“ bot[831], und die daran anknüpfenden Überlegungen Alfred Baeumlers, in deren Zentrum Heither den „Gegensatz von deutsch-völkisch-männlich und demokratisch-weiblich“ sowie von (männlichem) Heroismus und (weiblichem) Hedonismus verortet.[832]

> Auf der einen Seite steht das martialische, kriegerisch-asketische, von Führer-Gefolgschafts-Prinzip, Befehl und Unterordnung, Opfer- und Untergangsbereitschaft, Alles-oder-Nichts-Denken gekennzeichnete ‚männliche Prinzip‘ (…); auf der anderen Seite die als ‚weiblich‘ denunzierten Vorstellungen von Demokratie, Wahl, Gleichheit, Anpassung, Toleranz, Verhandlung und Kompromiss. Demokratie und Demokratisierung sind aus Sicht Baeumlers daher gleichzusetzen mit der Durchsetzung des weibischen Prinzips[833].

Theoretikern wie Baeumler oder dem NS-Ideologen Alfred Rosenberg galt dementsprechend der Männerbund nicht nur als Ort homosozialer Geselligkeit, sondern als „zentrales Strukturprinzip von Gesellschaft und Staat; er garantierte die geforderte martialisch-militärische (Opfer-)Haltung, die Gesellschaftlichkeit und soziale Interessenartikulierung und -Wahrnehmung genauso wie demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse ablehnte und als weiblich bzw. ‚unmännlich‘ denunzierte“.[834] Heithers Gegenüberstellung macht sichtbar, dass Burschenschaften als Männerbünde nicht nur mit Blick auf ihre Mitgliedschaftsbedingungen, sondern auch auf ihr um die Ideale der Opfer- und Wehrbereitschaft, der Standhaftigkeit und

---

Bildung sogenannter ‚Leib-‘ oder ‚Bierfamilien‘ besonders plastischen Ausdruck (vgl. Schiedel/Wollner 2009, 112).

828 Schiedel/Wollner 2009, 122.

829 Ebd.

830 Vgl. Heither 2000, Kapitel V.

831 Ebd., 158.

832 Ebd., 168.

833 Ebd., 168 f. Vgl. zur Verbindung von Demokratie- und Frauenfeindlichkeit auch Schiedels und Wollners Hinweis auf die weibliche Konnotation der Masse, respektive des Volkes im liberal-demokratischen Sinn (Schiedel/Wollner 2009, 103).

834 Heither 2000, 171.

der Disziplin angeordnetes Wertesystem anzusehen sind: Männerbünde nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach. In der Studentenverbindung wurde das männerbündische Programm eines Baeumler, Blüher oder Rosenberg zur sozialen Praxis. Heither beschreibt Studentenverbindungen in diesem Sinne als ein Modell der „soziale(n) Materialisierung dieser [von ihm zuvor referierten, Anm. B.W.] Ideen", ausgestattet mit der

> Zielsetzung (…), alle dem traditionellen Männlichkeitsverständnis und dem damit einhergehenden Stereotyp widersprechenden Einflüsse von ‚Weiblichkeit' aus der Sphäre der eigenen Sozialisation (und letztlich aus der bürgerlichen Öffentlichkeit schlechthin) fernzuhalten. Weiblich-demokratisch-zivile Einflüsse bildeten nach dieser Auffassung den Kontrapunkt zur Ausbildung martialisch-heroischer Männlichkeit im Männerbund.[835]

Das hier angesprochene Ideologem der martialisch-soldatischen Männlichkeit (Heither spricht darüber hinaus vom ‚Virilismus' als um dieses Ideologem angeordnete Ideologie und ihr entsprechendes politisches Programm) steht mit dem Angelpunkt burschenschaftlicher Weltanschauung, dem völkischen Nationalismus, in engem Zusammenhang. Wie im ‚Volk', so geht auch im (Männer-)Bund das Individuum in einem ‚größeren Ganzen' auf. Beide fungieren als „kollektive(s) Größenselbst", das „dem Einzelnen Macht und Stärke verleiht" und als jene Instanzen, denen „das Leben des Einzelnen zu opfern ist"[836] – im Fall des Falles auch im wörtlichen Sinne. Eine spezifisch deutsche Note erhält die Verbindung von Nationalismus und Virilismus bei Baeumler: „Die bündische Freundschaft sei (…) dem Deutschen wesenseigen; deshalb könne (und dürfe) die Demokratie, die in letzter Konsequenz dazu führe, dass Weiber über Männer richten dürfen, niemals in Deutschland gedeihen."[837] Die Parallelen zu der in Abschnitt III.8.2 zitierten Ablehnung der liberalen westeuropäischen Demokratie als ‚undeutsch' durch die *Burschenschaft der Ostmark* 1919 sind offenkundig.[838]

Derart explizit anti-demokratische Bekenntnisse finden sich freilich unter Burschenschaften nach 1945 in etwa ebenso selten wie (allzu) explizite Lobreden auf den Männerbund als ‚Strukturprinzip von Gesellschaft und Staat'. Dennoch muss auch unter dem Gesichtspunkt des Männerbundes von einem zumindest latenten Spannungsverhältnis zu demokratischen Vorstellungen gesprochen werden. Nicht nur hat

835 Ebd.

836 Schiedel/Wollner 2009, 111 bzw. 117.

837 Paraphrasiert in Heither 2000, 170.

838 Hingewiesen sei an dieser Stelle auch darauf, dass selbst zu jener Zeit, als Burschenschafter Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatten, anstatt sie zu bekämpfen, diese – freilich zeittypisch und im historischen Kontext durchaus fortschrittlich – als Herrschaft nicht ‚des Volkes', sondern allein der Männer konzipiert war.

dieser als unhinterfragtes burschenschaftliches Organisationsprinzip gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse bis heute überdauert – auch auf der Werteebene ist eine entsprechende Kontinuität evident. Nach wie vor werden soldatisch-männliche Tugenden wie Opferbereitschaft, Stand- und Wehrhaftigkeit beschworen und stehen diese in Konflikt mit den demokratischen Imperativen der Kompromissfähigkeit, des Nachgeben-Könnens und der friedlichen Konfliktaustragung. Der vordemokratisch legitimierte Führungsanspruch der männlichen Eliten ist und bleibt, zumal in Verknüpfung mit dem ebenfalls aufrechten Primat des Völkischen, nur prekär mit den elementaren Prämissen liberaler Demokratien in Einklang zu bringen; dies ungeachtet der Tatsache, dass, wie Carole Pateman nachgewiesen hat, auch Letztere ereignis- und ideengeschichtlich auf der Ausgrenzung von Frauen aus der öffentlichen Sphäre und ihrer Unterordnung unter Männer als eigentliche Subjekte des ‚Gesellschaftsvertrages' basieren.[839]

Folgt man Heithers Hypothese von der wechselseitigen Bedingung und Verstärkung von völkischem Nationalismus, Konservatismus in Fragen des studentischen Brauchtums und männerbündischer Verfasstheit (vgl. Abschnitt III.4.2), so ist der eben beschriebene Konflikt im Fall der Burschenschaften in Österreich besonders virulent.

> Je ausgeprägter die traditionellen Formen des Brauchtums praktiziert und propagiert werden, desto ‚härter' erscheint der Virilitätshabitus, der sich in Vorstellungen von Männlichkeit und männerbündischer Besonderung am deutlichsten zeigt, und desto enger sind Verknüpfungen mit politischen Auffassungen, die als rechts oder gar rechtsextrem zu bezeichnen sind.[840]

Vor diesem Hintergrund gilt unvermindert, dass „(e)ine Kritik am Korporationsunwesen, die sich nur an der dort kultivierten Weltanschauung abarbeitet", nicht aber auch Aspekte wie das studentische Fechten und den Männerbund als „Strukturprinzip zur Herstellung einer bestimmten (virilen oder *heroischen*) *Männlichkeit*" in die Analyse aufnimmt, unweigerlich „zu kurz (greift)".[841]

III.8.5 Individuum und Kollektiv

Dass burschenschaftliche Weltsicht in Österreich im Unterschied zu liberalem Denken das Individuum der (bündisch und völkisch bestimmten) Gemeinschaft tendenziell unterordnet, wurde bereits an mehreren Stellen (v.a. in den Abschnitten III.3 bis III.5) argu-

839 Vgl. Pateman 1988.

840 Heither 2000, 407.

841 Schiedel/Wollner 2009, 104 (Herv. i.O.).

mentiert und soll nun systematisch ausgearbeitet werden. Vorausgeschickt sei dabei zum einen der Hinweis, dass vieles des zum Verhältnis von Bund und Verband bereits Gesagten analog für das Verhältnis von Individuum und Bund gilt. So wirken etwa in beiden Fällen Homogenisierungstendenzen, die mit Sanktionen und verschiedenen Formen sozialen Drucks durchgesetzt wurden. Zum anderen ist erneut zu betonen, dass die illiberale Fassung des Stellenwerts des Einzelnen in der Burschenschaft (auch) als Reflex einer spezifischen gesellschaftlichen Umgebung – eben der österreichischen – zu sehen ist. „‚Freie Entfaltung der Persönlichkeit' auf Kosten der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit existiert hier nicht (…). Den absoluten Vorrang der Einzelrechte gegenüber den Gemeinschaftsrechten – wie in Deutschland – gibt es hier nicht", konstatierte der deutsche Konservative Peter Maier-Bergfeld 1995 anerkennend.[842]

Die Forderung nach Unterordnung widerspricht nur scheinbar dem rebellischen Gestus, mit dem Burschenschafter vermeintlichen Feinden des Volkes zu begegnen pflegen. Tatsächlich soll der Einzelne sich einerseits in den Bund und in die Volksgemeinschaft eingliedern, sich andererseits aber im Sinne der vermeintlichen Interessen beider widerständig gegen das jeweilige Äußere zeigen. Ein tatsächlicher Widerspruch ergibt sich dagegen zu jenen (v.a.) im RFS um 1970 vertretenen, pro-individualistischen Positionen, auf die in Abschnitt III.8.2 verwiesen wurde. Auf die Burschenschaften in Österreich bezogen blieben derartige Positionen (auch) nach 1945 minoritär. Zwar wandten auch sie sich verschiedentlich gegen ‚Kollektivismus', erblickten diesen jedoch offenbar nur im realsozialistischen Gesellschaftsmodell, nicht etwa im eigenen volksgemeinschaftlichen Denken.[843] Wohl pochten sie auf das „Recht des Einzelnen, sich frei zu entwickeln, auszubilden und zu handeln" – allerdings nur, „solange dadurch nicht die Rechte anderer oder" – und hier geht die Einschränkung individueller Freiheit über den klassischen Liberalismus hinaus – „der Gemeinschaft beeinträchtigt werden".[844] In der Beschwörung der „Würde des menschlichen Lebens in der Gemeinschaft" erscheint Letztere als Bedingung der Ersteren.[845] Bisweilen wurde auch explizit anti-individualistisch argumentiert: Gegen „die übersteigerten individualistischen und weltbürgerlichen Tendenzen der Aufklärung" und den „westliche(n) Liberalismus (…), dessen Ideal die bloße individuelle Freiheit ist", bezog 1989 der *Olympe* Thomas Wagner Stellung.[846]

842 Zit. n. Schiedel 2007, 55.

843 Vgl. Alemannia 1962, 28 f.; Libertas 1967, 110 und 140 f.

844 So die am DBÖ-Tag 1965 beschlossenen Grundsätze der DBÖ (BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 [Markomannia] von 1965/66, 1).

845 AVSt, DBÖ-Flugblatt 1977. Vgl. auch Schlüsselbergers Bemerkung zur „Volksgemeinschaft(s)"-Zugehörigkeit als Bedingung eines lebenswerten Lebens (zit. in Abschnitt III.7.3).

846 Wagner 1989, 56 f.

> (D)as klare Bewußtsein eines Erbes und einer Zugehörigkeit kann nur kollektiv angeeignet werden und erfordert daher die grundsätzliche Abkehr vom Individualismus der westlich-liberalen Gesellschaftsform. Somit ist der zentrale Wert der Burschenschaft nicht das Individuum, sondern die Völker und Kulturen.[847]

Einen „übersteigerte(n) Individualismus“ diagnostizierte 2005 auch der *Albe* Stefan Lakonig. Sein Vermerk, dass dieser Individualismus „die Wurzeln einer gesunden Staatsverfassung, die Gemeinschaft, aufgelöst“ habe[848], bezeugt die rechter Gesellschaftstheorie eigentümliche Wahrnehmung der Gemeinschaft (Bund, Volk und/oder Familie), nicht des/der Einzelnen, als ausschlaggebende Einheit jedes Gemeinwesens.

Nicht nur war das Individuum angehalten, „(d)as Einzelinteresse (…) nie über das Volksinteresse“ zu stellen[849] – es hatte vielmehr Ersteres den Gemeinschaftsinteressen unterzuordnen, Opferbereitschaft und Selbstdisziplin zu üben.[850] „Nicht fürs eigene Sein/Kämpfen wir unentwegt./Nur für den Namen allein,/Der unsre Liebe trägt:/Deutschland!“, reimte etwa der Burschenschafter Fritz Stüber unter dem bezeichnenden Titel ‚*Wir*‘.[851] Wenn Burschenschafter wie Friedrich Stefan *(Olympia)* die „Selbstdisziplin, die sich der Waffenstudent selbst auferlegt“, als „hohen ethischen Wert“ betonen[852], so ist daran nicht zuletzt die Doppelung des ‚selbst‘ beachtenswert: Der Waffenstudent wird nicht diszipliniert, sondern unterwirft sich aus freien Stücken[853] den Vorgaben der Korporation, in dem Bewusstsein, damit einem Ziel zu dienen, das größer ist als all seine persönlichen Aspirationen, bzw. einer Einheit, die bedeutsamer und wertvoller ist als er selbst: „der überstaatlichen geistigen und kulturellen deutschen Volksgemeinschaft“.[854]

Die Behauptung des freiwilligen Denkens und Handelns über das eigene Ich hinaus liegt, wie in Abschnitt III.6.3 ausgeführt wurde, als quasi-aristokratische Moral dem burschenschaftlichen Führungsanspruch zugrunde. Der angehende Akademiker sollte dereinst in verantwortungsbewusster Position „nicht als abgekapselter Individualist“

---

847 Ebd., 78.

848 Albia 2005, 25.

849 So ein Grazer *Marcho Teutone* im Rahmen der Verbändetagung von DB und DBÖ 1960 (BAK, DB 9, B. VI.15 [B], Protokoll der Verbändetagung 1960, 4).

850 Zur Frage der vermeintlichen Uneigennützigkeit bzw. ökonomischen Interesselosigkeit burschenschaftlichen Handelns vgl. die Überlegungen zur ‚relativen Autonomie des Ideologischen‘ in Abschnitt III.7.3.

851 *Aula* Nr. 1/1967, Akademisches Leben, X (Herv. entf.). Vgl. zur Opferbereitschaft deren Beschwörung im Rahmen burschenschaftlicher Gedenkpolitik (Abschnitt II.5.3) sowie die DBÖ-Grundsätze von 1965 (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 [Markomannia] von 1965/66, 1).

852 F. Stefan 2009, 11.

853 Vgl. auch die von Waldemar Steiner am *Olympia*-Stiftungsfest 1974 propagierte „freiwillige Unterordnung in [sic]“ ein der burschenschaftlichen Weltanschauung „entsprechendes Tun“ (Steiner 1974, 14).

854 So der Dringlichkeitsantrag von *Ostmarkenkartell* und *Libertas* zum ADC-Tag 1958 (BAK, DB 9, E. 4 [B1], Beilage zu ADC-Rundschreiben Nr. 8 [Albia] vom 14.4.1958, 2). Vgl. auch Steiner 1974, 9 f.

agieren, „sondern mit der Verpflichtung zur Arbeit für das Wohl des Ganzen“, bzw. habe „eine besondere Verpflichtung (…), der Gemeinschaft zu dienen“.[855] Ein Zitat des Innsbrucker *Germanen* Wolfram Bruckner bringt den Unterschied von völkischem respektive ‚freiheitlichem‘ Denken zu Liberalismus und linkem Libertarismus auf den Punkt, indem es deutlich macht, dass völkische Ideologie weder auf negative Freiheit als Zurückdrängung äußerer Zwänge noch auf positive Freiheit im Sinne der Ermöglichung individueller Selbstbestimmung auf politischem, sozialem und ökonomischem Gebiet (einschließlich der vom Liberalismus definierten Sphäre des ‚Privaten‘) abstellt: „Nach alter österreichischer Tradition hat der Begriff ‚freiheitlich‘ nichts mit Libertinage zu tun, bedeutet nicht frei von, sondern frei zu: zum Dienste an unserem deutschen Volke, an unserer Heimat Österreich.“[856] Zwar betonen auch Liberale, dass Freiheit ständig neu errungen bzw. verteidigt werden müsse und insofern auch Auftrag – sich ihrer zu bedienen und sie zu verteidigen – sei; dieser Auftrag dient allerdings der Idee nach dem Erhalt von Freiheit selbst und nicht einem ihr äußerlichen (und anti-individualistischen) Zweck wie dem Wohl einer imaginierten ‚Volksgemeinschaft‘.[857]

Konkret äußert die Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv sich in Burschenschaften etwa darin, dass der Bund sich vom einzelnen Burschenschafter lossagen (ihn ausschließen), den vermeintlichen Lebensbund also einseitig aufkündigen kann. Umgekehrt wird ein Austritt nur „im Falle eines ehrenvollen Gesinnungswechsels“ als legitim angesehen und andernfalls als Treuebruch bzw. als Zeichen von Charakterschwäche gewertet.[858] Auch wird, wie schon erwähnt, vom einzelnen Burschenschafter erwartet, eigene Überzeugungen hinter die innerbündische Mehrheitsmeinung zurückzustellen. Ein Delegierter *Silesias* zur DBÖ-Arbeitstagung in Salzburg 1964 gab dort etwa zu Protokoll, „daß ein Burschenschafter nicht seine persönliche Meinung sondern nur die des Bundes zu vertreten habe“.[859] Weiters konnte der Bund einem Mitglied die Übernahme eines Verbandsamtes verwehren oder umgekehrt Mitglieder für die Mitarbeit im RFS „zur Verfügung stellen“.[860]

---

855 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 3 bzw. *Der Ring* Nr. 4/1971, 1. Letzteres Zitat stellt ein Plagiat eines früheren *Ring*-Leitartikels von Helmut Krünes (VDSt *Sudetia* Wien) dar.

856 Rede am Tag der freiheitlichen Akademiker 1962, zit. n. *Aula* Nr. 11/1962, 10. Die DBÖ-Broschüre von 1994 beschreibt die Pflicht dagegen als Zusatz der negativen Freiheit (vgl. AVSt, DBÖ 1994, 27 f.).

857 Vgl. auch hierzu die Ausführungen zum burschenschaftlichen Freiheitsbegriff in AVSt, DBÖ 1994, 28. Die schiere Möglichkeit von Freiheit wird hier an „d(a)s politische( ) Organisationsmodell( ) der Nation“ gebunden, das wiederum als Volksgemeinschaft und nicht als Willensnation gefasst wird. Der „enge Bezug von Freiheitsideal und Vaterlandsbegriff“ sei „grundlegend für das burschenschaftliche Denken“.

858 Vgl. Aldania 1994, 158 bzw. 89.

859 Paraphrasiert in AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger Arbeitstagung vom 30.4.1964, 2.

860 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Germania Graz) vom 6.7.1962, 3 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6.

Um dem Einzelnen die ständige Bereitschaft zur Eingliederung und Unterordnung plausibel zu machen, wurde ihm fortwährend seine Bedeutungslosigkeit und Angewiesenheit auf die Gemeinschaft vor Augen geführt. „Es liegt doch unsere Kraft/nur in der Burschenschaft", heißt es im inoffiziellen Lied des schwarz-rot-goldenen Kartells, dem *Albia* Wien und *Arminia* Graz angehören.[861] Botschaften wie diese und die autoritäre Sozialisation in der Verbindung generell knüpfen an eine psychische Disposition der Ich-Schwäche[862] und das in Abschnitt III.7.3 erwähnte Bedürfnis nach Aufwertung ebenso an, wie sie sie fördern – und verheißen gleichzeitig Abhilfe: Erst auf der Grundlage eines geschwächten Ichs kann das Aufgehen im Kollektiv, in dem allein all ‚unsere Kraft' liege und in dem das Individuum zu sich selbst finden soll, als Machtzuwachs erlebt werden. An die Stelle des Ichs tritt ein Wir.

> Über die Identifikation mit der Autorität oder einer mächtigen Idee (etwa von nationaler Größe) soll von deren Kraft profitiert werden. Zur Unterwürfigkeit (Passivität/Masochismus) kommt beim Autoritären die Herrschlust (Sadismus). Im Männerbund wie im *deutschen* ‚Herrenvolk aus Untertanen' (Heinrich Mann) macht man ‚sich klein, um – als Teil des Großen – groß zu sein'.[863]

Vor diesem Hintergrund erscheint es nur folgerichtig, dass der Selbstentwurf jedenfalls einzelner Burschenschafter untrennbar an den Bund gekoppelt ist, was entsprechende Abhängigkeiten befördert (vgl. dazu auch Abschnitt III.2, insbesondere die Anmerkungen zum Phänomen der Überaffirmation des burschenschaftlichen Auftrags durch manche Mitglieder). So zitiert die *Liberten*-Chronik einen Alten Herrn mit den Worten, allein die Verbindung bewahre ihn „vor Versumpfung und Verkümmerung". Kurz vor seinem Tod habe er erklärt: „Daß ich der Burschenschaft angehört habe, ist meine größte Freude und ihrer würdig zu sein, war immer mein Bestreben."[864] Die Rolle der Burschenschaft als eine Art Ersatz-Ich, das dem Einzelnen Aufwertung qua Zugehörigkeit verschaffte und für das Selbstbild des Betreffenden entsprechend unentbehrlich wurde, ist in diesem Fall offenkundig.[865] Ein anderer *Liberte* wurde – seiner Gattin zu-

---

861 Albia 2005, 20. Vgl. auch den gerade bei burschenschaftlichen Feiern in Österreich gängigen Brauch des ‚Landesvaters', den Paschke als Ausdruck der „Hingabe der individuellen Selbst-‚Behauptung' an die Gemeinschaft" sowie des „Wiederempfangen(s) der in der Gemeinschaft gereiften Individualität im Sinne von Goethes ‚Stirb und Werde'" deutet (Paschke 1999, 165). Vgl. zu diesem Brauch auch Golücke 1987, 277 f. Zu Beispielen seiner Ausübung vgl. Aldania 1994, 167; 179; 189; 192; 202 und 208.

862 So bestimmen Schiedel/Wollner (2009, 117) den Antiindividualismus als „rationalisierte Furcht vor der Freiheit".

863 Schiedel/Wollner 2009, 106 (Herv. i. O., Zitat im Zitat: Erich Fromm).

864 Zit. n. Libertas 1967, 287.

865 Dabei könnte von Belang sein, dass jener Alte Herr kein Akademiker und beruflich in nicht-führender Funktion bei den *Österreichischen Bundesbahnen* tätig war (vgl. ebd.). Sein offenbar prekärer, da auf einer

folge – „ein ganz neuer Mensch", als er nach 1945 wieder Anschluss an den Bund fand. „(A)lles freue ihn, er fühle sich selig, die Farben tragen zu können." Nach seinem Tod überwies die Ehefrau weiterhin seinen Mitgliedsbeitrag an den Bund: Ihrem Mann sei „die Burschenschaft alles" gewesen und die Fortzahlung daher „gewiß in seinem Sinne".[866] Der Zusammenhang von Unterwerfung und Aufwertung ist allerdings kein rein psychodynamischer, sondern tritt als Funktionalbeziehung zwischen Dienen und Herrschen auch als (politisch) realer zutage – im Sinne der schon zitierten Aussage Heinz-Christian Straches, wonach „man sich unterordnen und (…) dienen" müsse, „um später auch eine Führungsrolle übernehmen zu können".[867] So steht auch die hier ohnehin nur als idealtypisch behauptete Ich-Schwäche von Burschenschaftern nicht im Widerspruch zur Existenz „starke(r) Persönlichkeiten" in den Verbindungen, die von Geführten zu Anführern aufgestiegen sind.[868]

Ein Schlüsselmedium zur Einübung wie auch zur Demonstration und Überprüfung der Bereitschaft zur Selbstentäußerung ist die Mensur. Sie „vergemeinschaftet durch das Abverlangen von Standhalten und Beherrschung (Überwindung des Ich) und erzieht zu Opferbereitschaft und Unterordnung".[869] Den österreichischen Bünden gilt sie bis heute als unverzichtbar, weshalb sie die Abschaffung der Pflichtmensur als DB-Verbandsprinzip 1971 – ein Zugeständnis an die moderateren Mitgliedsbünde im Gegenzug zur Aufnahme der Österreicher und der Annahme des ‚volkstumsbezogenen Va-

---

Ausnahmeregelung basierender Mitgliedsstatus – möglicherweise ergänzt durch eine defizitäre Selbstwahrnehmung gegenüber der bildungsbürgerlichen Umgebung – könnte ein besonders ausgeprägtes Bedürfnis begründet haben, sich der Zugehörigkeit zum Bund würdig zu erweisen (ähnlich dem austro-burschenschaftlichen Drang, in staatsrechtlicher Abtrennung vom deutschen ‚Kernland' die eigene völkische Identität fortwährend ostentativ zu bekräftigen).

866 Paraphrasiert in Libertas 1967, 313 bzw. (letzter Teil) zit. ebd., 313 f. Als drittes Beispiel sei die Anmerkung eines *Silesen* aus dem 19. Jahrhundert angeführt, er verdanke „doch alles, was ich an Mannhaftigkeit, Biederkeit und Ehre besitze, unserer Burschenschaft. Ein in Bezug auf Charakter unfertiger Jüngling betrat ich Wien, gleich fähig, gute und schlechte Eindrücke aufzunehmen. Unter Schurken wäre ich ein Schurke geworden, und unter meinen Landsleuten unfertig und schwankend geblieben bis auf den heutigen Tag." In der Burschenschaft aber sei ihm „das Herz zunächst in der gegenseitigen Liebe auf(gegangen) und ward (ich) dann im Kreise für alles Gute und Schöne begeisterter Jünglinge für alle Mannestugenden empfänglich." (Zit. n. den *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Sommer 1987, 15)

867 Zitiert in Abschnitt III.6.3. Vgl. auch die ebendort angeführte Bemerkung Schiedels über die burschenschaftliche Sozialisation „nicht nur zum Untertan, sondern (…) vor allem zum Führer".

868 Eben solche Persönlichkeiten hätten bei seinem Eintritt in den Bund „keine Abweichungen von ihrem Standpunkt geduldet (…) und die damalige Fuxengeneration ziemlich rasch auf die damalige ‚Obergermanenlinie' gebracht", führt der *Oberösterreicher Germane* Erwin Mayr aus – und kommentiert damit gleichzeitig das Maß an geistiger Autonomie des Einzelnen innerhalb des Bundes (Brief vom Frühjahr 1989 an Friedrich Tulzer, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 72).

869 Peters 2004, 229. Vgl. auch Schiedel/Wollner 2009, 102 und 116–119.

terlandsbegriffes‘ – bis heute nicht akzeptieren können.[870] Immer wieder kam es zu Vorstößen für eine Wiedereinführung, u.a. am DB-Burschentag 1977.[871] Auch 2003 versuchte *Albia,* die Mensurverpflichtung für alle Mitgliedsbünde gleichsam durch die Hintertür wieder einzuführen. Sie begründete ihre Initiative u.a. damit, dass die Mensur das „bedingungslose( ) Einstehen für die Gemeinschaft im Bund“ und „die Gewöhnung eines jungen aktiven Mitglieds an die unbedingte Wehrhaftigkeit“ fördere.[872] Gärtner beschrieb die Mensur schon Jahrzehnte zuvor als Mittel der Erziehung „nicht (…) zum Mut, sondern zur Haltung und als Opfer für die Gemeinschaft“.[873] Auf dem Mensurboden beweise der Einzelne, so eine in etwa zeitgleich erschienene DB-Broschüre, seine „Verbundenheit und Treue zur selbstgewählten Gemeinschaft“.[874] Vor diesem Hintergrund musste die Weigerung zu fechten (vulgo „Mensurflucht“) als zwingender Ausschlussgrund gelten.[875] Positiv gewendet, erscheint die bewusste Gefährdung der eigenen physischen Integrität als Voraussetzung, um als zugehörig akzeptiert zu werden. Die Mensur versinnbildlicht dadurch, dass die dem Individuum abverlangte Hingabe eine jedenfalls potenziell totale ist und im Extremfall auch das ‚letzte Opfer‘ einschließt. „Wird in einem Ritual absichtlich Blut vergossen, so bedeutet das in der Regel, daß der Wert, zu dessen Ehren das Blut fließt, höher geachtet wird als das Leben des Blutenden.“[876] Das bezeugt auch Mühlwerth, der sich in der Burschenschafts-intern kontroversiell diskutierten Duellfrage positiv auf Hitler bezieht: Dieser habe den Zweikampf zwischen Offizieren mit der Begründung verboten, „daß deren Leben nicht ihnen selbst, sondern dem Vaterland gehöre“[877] – eine Sichtweise, die Mühlwerth auch noch nach 1945 einen tauglichen Anknüpfungspunkt zur Klärung innerburschenschaftlicher Streitfragen zu liefern schien.

Das Verhältnis von Burschenschaften in Österreich und Demokratie kann in Summe – unter Berücksichtigung interner Hierarchien, autoritärer Umgangsformen, männerbündischer Verfasstheit, elitaristischer Tendenzen, antiliberaler und antiindividualistischer Positionen und der Infragestellung bis Verneinung des Gleichheitspostulats in der völkischen Weltsicht – als prekär gelten und war dies über die gesamte burschenschaftliche Geschichte hinweg. Auch wenn der burschenschaftliche Mainstream in Österreich in der Zweiten Republik die Demokratie als Form der Verfasstheit staatlicher

870 Vgl. zur Abschaffung und den vorangegangenen Debatten Kuhn 2002, 120–129.

871 Vgl. ebd., 145.

872 Antragstext wiedergegeben in PBW, DB-*Nachrichtenblatt* Nr. 284/2003, 4.

873 Alemannia 1962, 26.

874 AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 8.

875 Aldania 1994, 206; vgl. auch ebd., 204.

876 Lackner 1989, 113.

877 Teutonia 1968, 112. Vgl. dazu auch die Inschrift auf dem Grab des Burschenschafters (und von Burschenschaftern als Held des Ersten Weltkriegs verehrten) Walter Flex in Eisenach: „Wer auf die preußische Fahne schwört hat nichts mehr, was ihm selber gehört.“ (Zit. n. Schmidt 2000, 28, Fehler i.O.)

Gemeinwesen bejahte, verharrte er weiterhin in Distanz zur Demokratisierung als Projekt der Erweiterung individueller Autonomie. Die Darstellung der studentischen Korporationen im Allgemeinen und der Burschenschaften im Speziellen als Schule von Demokratie und Individualität scheint vor dem Hintergrund des Gesagten eine vorrangig propagandistische Funktion zu erfüllen, auch wenn sie ihren Proponenten subjektiv plausibel erscheinen mag.

Mit der Erörterung des burschenschaftlichen Demokratieverständnisses schließt das Kapitel zu den Grundlinien burschenschaftlicher Ideologie in Österreich (auch) nach 1945. In den folgenden beiden Kapiteln IV und V gehe ich näher auf die politische Praxis ein, die sich aus dem hier dargestellten Denken ergab und umgekehrt darauf zurückwirkte.

IV. PRAXIS BURSCHENSCHAFTLICHER POLITIK

In diesem Kapitel steht die politische Betätigung burschenschaftlicher Akteure in Österreich im Fokus, insoweit sie von diesen ohne Vermittlung über intermediäre Instanzen (insbesondere politische Parteien) ausgeübt wurde.[1] Die Darstellung folgt dabei der in Kapitel I.2 getroffenen Untergliederung in politisches und metapolitisches Handeln. Dabei wird deutlich, dass auf der Ebene des Handelns von burschenschaftlichen Akteuren *als solche* Metapolitik – als kontinuierliche diskursive Kleinarbeit zur Beeinflussung gesellschaftlich verbreiteter Einstellungen – in der Zweiten Republik gegenüber unmittelbar staatsbezogenem Engagement vorherrschend war. Weiters vermitteln die folgenden Darstellungen den Eindruck von burschenschaftlicher (meta-)politischer Arbeit als wesentlich defensive, gegen bestimmte Zustände und Tendenzen (anstatt auf die Erreichung eigener Ziele) gerichtete Tätigkeit. Dass dieser Eindruck nicht täuscht, ist weniger im Fehlen eines positiven Programmes begründet als in der politischen Marginalisierung der Burschenschaften nach 1945, welche dieses Programm in vielen Punkten schlicht der politischen Durchsetzbarkeit entrückte. Aus ihrer Position der Schwäche heraus konzentrierten die Burschenschaften sich – nicht anders als viele ihrer radikal linken ZeitgenossInnen – auf Abwehr- und Rückzugsgefechte, was auch in den folgenden Ausführungen Niederschlag findet.

IV.1 Burschenschaftliche Betätigung im politischen Sinn

Politikerkarrieren von Burschenschaftern stellen die nach außen hin wahrnehmbarste und wohl auch effektivste Form burschenschaftlicher politischer Betätigung dar. Wenngleich die Zugehörigkeit zu und die Sozialisation in einer Burschenschaft in vielen Fällen die Parteikarriere (oder sonstige polit-aktivistische Laufbahn) begünstigt haben mag, handeln die Protagonisten in Ausübung ihrer Ämter zumindest formal als Vertreter der jeweiligen Partei oder politischen Organisation und nicht als Burschenschafter; ihr Handeln bezieht seine Legitimität nicht aus burschenschaftlichem Elitebewusstsein, sondern aus der Funktion des Handelnden und ihrer im Regelfall demokratischen Fundierung durch Gremien und/oder Wahlvolk. Aus diesem Grund wird parteipolitisches und sonstiges direkt auf das Handeln staatlicher Institutionen bezogenes Engagement von Burschenschaften in eigenen Kapiteln (V und VI) abgehandelt.

1 Eine trennscharfe Unterscheidung ist hierbei freilich bisweilen unmöglich – so etwa im Falle der Kandidatur des Burschenschafters und NDP-Bundessprechers Norbert Burger für die Bundespräsidentschaft 1980, die sich auf eine wesentlich von Burschenschaftern getragene Wahlbewegung stützen konnte.

Zur Relevanz der Verbindungszugehörigkeit für das politische Verhalten des Einzelnen außerhalb des Bundes sei auf die Kapitel I.2 und III.2 verwiesen.

An dieser Stelle steht dagegen kollektiv-burschenschaftliches politisches Verhalten im Mittelpunkt, d. h. solches, bei dem Bünde, Verbände oder sonstige Gruppen von Burschenschaftern *als solche* handelnd in Erscheinung traten. In den Kapiteln III.1.1 f. wurde bereits ausgeführt, dass nach 1945 verschiedene, zu einem wesentlichen Teil ‚hausgemachte' Faktoren die Burschenschaften in der Umsetzung ihres ureigenen Anspruches behinderten, politisch aktiv und effektiv zu sein. Kollektive politische Praxis blieb über die Jahrzehnte stets – etwa gegenüber der Pflege von burschenschaftlichem Brauchtum und Geselligkeit – von nachrangiger Bedeutung[2], sieht man von Ausnahmen wie den in Sachen Südtirolterror umtriebigen *Olympen* und *Brixen* um 1960 oder den stark hochschulpolitisch engagierten *Oberösterreicher Germanen* um 1970 ab.

In den 1950er-Jahren war ein Gutteil der völkisch-verbindungsstudentischen Ressourcen durch den Wiederaufbau der Korporationen gebunden. Als dieser weitgehend abgeschlossen war – Lindinger zufolge „(e)twa um 1960"[3] –, nahmen allerdings couleurpolitische Themen (die Vorbereitung der Fusion von DB und DBÖ, das Scheitern derselben und die Gründung der BG) die Burschenschaften Österreichs stark in Beschlag. Energien für politische Aktivitäten wurden in dieser Phase v. a. von der Südtirolfrage konsumiert (vgl. Abschnitt IV.3). Nachdem österreichischen Bünden 1971 die Möglichkeit eröffnet wurde, der DB beizutreten, verlagerten diese den Fokus ihrer Tätigkeit sukzessive dorthin, während die DBÖ an Mitgliedern schrumpfte, rasant an Bedeutung verlor und ihre Tätigkeit schließlich de facto einstellte.[4] Schon 1968 hatte *Germania* Innsbruck allerdings vermerkt, dass am DBÖ-Tag in Graz in diesem Jahr „jene Anträge, die auf eine Aktivierung der DBÖ abzielten", nicht angenommen worden waren; die DBÖ würde daher „wie bisher weiter,arbeiten' [sic]".[5] 1972 war der *Wiener Korporations-Ring* (WKR) nicht für die Vorschläge der *Oberösterreicher Ger-*

2 Dies lieferte *idealistischen* Burschenschaftern steten Anlass zu Sorge und Kritik. Der Umstand, dass die ADC-/DBÖ-Mitgliedsbünde jedenfalls in den 1950er- und 1960er-Jahren wiederholt vom Referenten für burschenschaftliche Arbeit angehalten wurden, über Fragebögen Auskunft zu ihrer politischen Praxis (Zahl und Themen der Burschenschaftlichen Abende, Aktivitäten in der ‚Grenzlandarbeit', Angaben zu den im RFS und anderen Organisationen engagierten Bundesbrüdern u. dgl.) zu geben, spricht für ein starkes Kontrollbedürfnis vonseiten der (sich ja v. a. aus *Idealisten* rekrutierenden) *politischen Klasse unter Burschenschaftern* (vgl. Kapitel III.2.1 f.). Nicht zuletzt zielten diese Ermittlungen wohl auch darauf ab, Druck im Sinne eines verstärkten Engagements auszuüben, wussten die Bünde doch um ihre anstehende ‚Evaluierung' durch das Verbandsorgan.

3 Lindinger 2009, 73.

4 Im Rahmen dieses Buches steht die Tätigkeit von Burschenschafte(r)n aus Österreich und im österreichischen Kontext im Vordergrund. Die Aktivitäten innerhalb der DB und in anderen ‚gesamtdeutschen' Kontexten finden v. a. insoweit Berücksichtigung, als sie einen direkten Österreichbezug aufweisen.

5 *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 2.

manen für eine verstärkte Wahrnehmbarkeit in Studierendenkreisen zu gewinnen, 1975 erwähnt Sigurd Scheichl (*Germania* Innsbruck) von *Brixia* gelegentlich verteilte Flugblätter als einzige öffentlich wahrnehmbare Aktivität der völkischen Korporationen in Innsbruck.[6] Drei Jahre später berichtet Scheichl von „dilettantisch gemachte(n) Flugblattaktionen" als einzige über Kneipen und Mensuren hinausgehende Aktivität der Burschenschaften in Österreich überhaupt.[7]

Nachhaltige Veränderungen blieben in der DBÖ den *Oberösterreicher Germanen* zufolge auch in den 1980er-Jahren aus.[8] Auf Wiener Ebene hätte die Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften* (ARGE WBL) 1984/85 den traditionellen Gegensatz im WKR von (v. a.) Burschenschaften auf der einen sowie prononciert politischen Aktionen reserviert bis ablehnend gegenüberstehenden Verbindungen (insbesondere den Corps) auf der anderen Seite auflösen und gleichzeitig die damalige Paralyse des RFS kompensieren sollen.[9] Der von burschenschaftlicher Seite erhoffte Aufschwung der verbindungsstudentischen politischen Betätigung erwies sich allerdings als eher kurzlebig[10], weshalb die *Obergermanen* sich mit ihrer Vorsitzübernahme im WKR 1989 erneut an einer Politisierung desselben versuchten. Im selben Jahr kommentierte ihr früherer Sprecher Gunther Pendl den politischen Zustand der Burschenschaften in Österreich wie folgt:

> Es hat sich im Aktivenleben im Vergleiche zu früheren Zeiten viel verändert, und das nicht zu unserem Vorteil. Politische Aktionen werden heute gefeiert wie das Toleranzpatent und sind auch ähnlich selten. Das ist allerdings nicht nur auf unseren Bund beschränkt, sondern eine allgemeine Verfallserscheinung in der Burschenschaft. Plakataktionen, Podiumsdiskussionen und Kundgebungen haben Seltenheitswert.[11]

6 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 26 bzw. PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2. Die Flugblätter hätten allerdings, so Scheichl dort, lediglich für „unfreiwillige Lacherfolge" gesorgt.

7 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

8 Vgl. die Erinnerungen des ehemaligen *Obergermanen*-Sprechers Hans Christ von 1989, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 127.

9 Vgl. *Cimbern-Zeitung* Nr. 108/1989 (Heumond/Juli), 16. Die ARGE WBL übernahm vom WKR etwa die jährlichen Aktionen zum Tag der deutschen Einheit, der *Korporations-Ring* selbst beschränkte sich fortan auf die Abhaltung seiner traditionellen, im engeren Sinne couleurstudentischen Veranstaltungen (Ball im Jänner, Kommers im November, wöchentlicher ‚Bummel'), trug jedoch die Kosten der WBL-Veranstaltungen (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 124 und 132 f.).

10 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 145.

11 Brief von Pendl an Friedrich Tulzer vom 22.4.1989, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 152. Pendl bekleidete zwischen 1989 und 1991 verschiedene Ämter bei den *Germanen* und avancierte 1992 zum Generalsekretär der FSI. Zumindest indirekt erklärt er in seinem Brief die von ihm konstatierte Entpolitisierung auch über den Nachwuchsmangel: Die klamme Personalsituation belaste, in Verbindung mit umfangreichen bürokratischen Aufgaben, die Aktiven über Gebühr und lasse „die wichtigen Dinge auf

Wenngleich Pendls Bestandsaufnahme aus der Sicht des *idealistischen* Korporierten (vgl. Kapitel III.2.1) nachvollziehbar ist, sollte sie nicht verdecken, dass auch in den Jahrzehnten nach 1945 immer wieder politische Impulse aus dem Burschenschaftswesen heraus gesetzt wurden. Drei in Summe charakteristische Ausschnitte dieser Praxis nehme ich im Folgenden näher in den Blick: appellative Politik (als Form des Politik-Machens mit variabler Themensetzung) sowie ‚Grenzlandarbeit' und Hochschulpolitik (als zentrale Betätigungsfelder). In Summe decken diese drei Ausschnitte die Bandbreite der Themen und Aktionsformen burschenschaftlicher Politik in Österreich nach 1945 weitestgehend ab.

IV.1.1 Politik des Appells

Juristisch handelt es sich bei Burschenschaften um Vereine, deren direkte Mitwirkung an der Gestaltung staatlichen Handelns auf kollektiver (korporativer) Ebene im System repräsentativ-demokratischer Entscheidungsfindung nicht vorgesehen ist. Insoweit sie auf dieses Handeln Einfluss nehmen wollten, mussten sie daher auf Lobbying und appellative Handlungen wie Petitionen, Resolutionen und Vorsprachen in Ministerien zurückgreifen. Dies umso mehr, solange eine Einflussnahme über die FPÖ oder Burschenschafter innerhalb derselben mangels Stärke der Partei kaum effektiv möglich war. Dementsprechend bildete die Beratung über einschlägige Initiativen jedenfalls in den 1950er- und 1960er-Jahren einen festen Bestandteil auf ADC- bzw. DBÖ-Tagen wie in weiterer Folge auch auf Burschentagen der DB, in die ab 1971 die meisten Burschenschaften Österreichs überwechselten. Die klassische Form (und zentrales Instrument politischer Aktion auf Verbandsebene) stellte dabei jene der Resolution mit Handlungsaufforderung an die Bundesregierung oder einzelne Minister dar, öfters verbunden mit einer entsprechenden Presseinformation. Der überwiegende Teil dieser Entschließungen (wie der politischen Anträge überhaupt) betraf ‚volkstumspolitische' Anliegen – und hier vor allem die Südtirolfrage. Als weitere wiederkehrende Themen sind das Verhältnis der Volksgruppen in Kärnten/Koroška, die Frage des deutschen Charakters Österreichs und Hochschulpolitik zu nennen. Deutlich seltener – soweit die vorliegenden Quellen diesen Schluss zulassen – wurde das Mittel der direkten Vorsprachen bei Entscheidungsträgern gewählt: Hier fehlte offenbar aufgrund des jahrzehntelangen Monopols von SPÖ und ÖVP auf Regierungs- und hohe Verwaltungsämter der direkte Draht, wie er etwa zu Abgeordneten der FPÖ (und erst ab 1983 bzw. ab 2000 auch zu deren MinisterInnen) bestand. 1970/71 wurde allerdings ein Versuch unternommen, auf verfassungsrechtlich vorgesehenem Weg eine Gesetzesänderung zu erwirken: Die vom WKR initiierte ‚Aktion Landesverteidigung' wollte Unterschriften

der Strecke" bleiben; zudem schreckten die Belastungen potenzielle Interessenten ab, was wiederum den Personalmangel prolongiere (ebd., 152 f.).

zur Einleitung eines Volksbegehrens sammeln, welches jedoch nie zustande kommen sollte. Bemerkenswert war an der Initiative, dass katholische und völkische Verbindungen, darunter ÖCV und WKR, sich zu einer „Plattform studentischer Jugend'" zusammenfanden, um einen eigenen Entwurf für ein Bundesverfassungsgesetz über umfassende Landesverteidigung durchzusetzen und dafür zu lobbyieren. Dieser Initiative schlossen sich u.a. auch der RFS, die *Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände* (ARGE FAV), der ÖTB und der *Österreichische Kameradschaftsbund* (ÖKB) an.[12]

Auffällig ist mit Blick auf die verschiedenen ADC-/DBÖ-Initiativen zum einen, dass sie zumeist einstimmig oder mit großer Mehrheit beschlossen wurden; zum anderen fällt auf, dass einige Bünde besonders häufig mit politischen Anträgen hervortraten, andere dagegen so gut wie nie. In der erstgenannten Gruppe sticht auf ADC-/DBÖ-Ebene insbesondere *Olympia* Wien (oft im Tandem mit ihrem Verkehrsbund *Leder* Leoben) hervor, zumal die *Obergermanen* sich ab ihrem DBÖ-Austritt 1966 auf anderen Feldern (DB, ÖB, RFS, ARGE WBL) engagierten. Aus dieser Ungleichmäßigkeit lässt sich schließen, dass das für die Binnenperspektive des Einzelbundes konstatierte Schisma zwischen (politisch) engagierten Burschenschaftern und weitgehend passiven Mitläufern auf der Ebene der zwischenburschenschaftlichen Beziehungen seine Fortsetzung fand. Der Erfolg der Initiativen blieb, soweit die Quellen darüber Auskunft geben, durch die Bank bescheiden und ging über Antwortschreiben, die den Erhalt einer Eingabe bestätigten, und vereinzelte Pressemeldungen selten hinaus.[13] Nicht nur deshalb nahm die Zahl und Frequenz der Resolutionen über die Jahrzehnte ab; als weitere wesentliche Einflussfaktoren sind der Bedeutungsverlust (bis hin zur Paralysierung) der DBÖ durch Austritte, die damit einhergehende zunehmende Verlagerung politischer Energien auf die DB sowie möglicherweise auch die ab den 1980er-Jahren an Bedeutung gewinnende Option zu nennen, politische Forderungen über die FPÖ zu forcieren.[14]

---

12 Vgl. die Ausführungen in *Der Ring* Nr. 4/1971 (S. 3), bemerkenswerterweise dargebracht durch den ÖCVer Martin Schiller (K.Ö.St.V. *Rudolfina* Wien). In einer Ergänzung zu Schillers Artikel war zu erfahren, dass bereits 140.000 Unterschriften zur Einleitung des Volksbegehrens gesammelt worden wären (und somit ein Vielfaches der benötigten Anzahl). Als einer von zwei Hauptinitiatoren der Aktion wurde Kurt Mörz (VDSt *Sudetia,* RFS-Mandatar im ÖH-Hauptausschuss – der heutigen Universitätsvertretung – der TH Wien, später langjähriger Funktionär der FPÖ Wien) angeführt (ebd., 4), Tulzer zufolge ging die Initiative vom WKR aus (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 24). Jedenfalls für die *Oberösterreicher Germanen* und vorläufig blieb ‚Verteidigungspolitik' auch 1972 ein vorrangiges Betätigungsfeld (vgl. ebd., 26 f.).

13 Vgl. als Meldungen über vergleichsweise erfolgreiche Initiativen BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 2 oder BAK, DB 9, E. 4 [B1], DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Brixia) vom Oktober 1960, 3.

14 Für meine Forschung konnten über die 1960er-Jahre hinaus keine DBÖ-Protokolle eingesehen werden. Die hier getroffene Beobachtung und Interpretation fußt daher auf dem durch andere burschenschaftliche Quellen vermittelten Eindruck und wurde vom Burschenschaftshistoriker Günter Cerwinka (*Allemannia* Graz) auf persönliche Rückfrage vom 3.4.2012 für zutreffend und schlüssig befunden.

Nicht nur gegenüber offiziellen Stellen der Republik Österreich, sondern auch gegenüber solchen anderer Länder fühlten sich Burschenschafter in Österreich wiederholt zu Eingaben bemüßigt. 1957 beantragten *Olympia* und *Leder*, anlässlich des anstehenden Adenauer-Besuches in Österreich eine Delegation zum Gesandten der Bundesrepublik in Wien zu schicken. Diesem gegenüber sollte sowohl Freude über den hohen Besuch bekundet als auch darauf hingewiesen werden,

> daß die Burschenschaft irgendwelche Äußerungen des Herrn Dr. Konrad Adenauer, die die Zugehörigkeit des deutschsprechenden Österreichers zum deutschen Volke in Frage stellen, nicht unwidersprochen hinnehmen würde. Da dies zu unliebsamen und vielfach mißverstandenen Komplikationen führen würde, soll der Deutsche [sic] Gesandte ersucht werden, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer im vorhinein darauf aufmerksam zu machen, diesbezügliche Äußerungen zu unterlassen.[15]

Das aus dieser Drohung an einen auswärtigen Staatschef sprechende Selbstvertrauen wurde offenbar von zahlreichen Bünden nicht geteilt – der Antrag verfehlte, wenn auch knapp, das notwendige Quorum, um dringlich am ADC-Tag behandelt zu werden.[16] Im Jahr zuvor hatten *Olympia* und *Leder* noch ihren Wunsch durchgesetzt, Adenauer per Brief für seine Rede von Deutschland und Österreich als ‚zwei Völkern' (in einem Telegramm zum Jahreswechsel 1955/56 an Bundeskanzler Raab) zu tadeln.[17] Allerdings blieb dem Schreiben „jeder merkbare Widerhall versagt, da nicht einmal sein Eingang bestätigt wurde".[18] 1989, als *Olympia* sich als DB-Vorsitzende (und in zustimmender statt kritischer Weise) an deutsche Spitzenpolitiker wenden konnte, war ihr größerer Erfolg beschieden: Sowohl Theo Waigel als auch Helmut Kohl antworteten dankend auf Schreiben der *Olympen*.[19]

Gegenüber Staatsführungen, denen die Burschenschaften in Österreich feindlich gesinnt waren, griff man auch zu anderen Mitteln als jenem der mehr oder weniger höflichen schriftlichen Eingabe. *Liberten*-Chronist Peters erwähnt die Beteiligung „von Akademikern" an „antikommunistischen Demonstrationen" zur Ungarnkrise 1956 als möglichen Grund für die Proteste (auch) linker Gruppen gegen die völkischen ‚Schil-

15 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 3.

16 Vgl. ebd., 7.

17 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 11 f. und 14 f. sowie für den nach Kritik am ursprünglichen Entwurf als „nicht den Gepflogenheiten entspreche(nd)" (ebd., 12) abgeänderten Text des Briefes die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 6/1956, 153.

18 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Bericht der Vorsitzenden, Anlage 2 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 1.

19 Vgl. Dvorak 1996, 72. Waigel hatte auf einem ‚Vertriebenen'-Treffen in Hannover eine Rede gehalten, Kohl am ÖVP-Parteitag Ausführungen zum deutsch-österreichischen Verhältnis gemacht, welche die Anerkennung der *Olympen* fanden.

ler-Feiern' 1959 in Wien.[20] Mutmaßlich an das SED-Regime richtete sich 1978 eine Unterschriftenaktion des WKR „zur Einhaltung der Menschenrechte" in der DDR.[21] Im selben Jahr machte ein von der ARGE WBL organisierter Demonstrationszug zur Südtirolfrage nicht nur am Ballhausplatz halt, sondern auch bei der italienischen Botschaft – während 1990 der WKR zum Marsch auf die Botschaft Jugoslawiens in Wien aufrief, um „,Freiheit für Slowenien und Kroatien'" sowie deren völkerrechtliche Anerkennung durch Österreich zu fordern.[22]

Mit dem Eintritt in die DB konnten die österreichischen Bünde auch über Vorstöße dieses Verbandes gegenüber der bundesdeutschen Regierung mitbestimmen. Nicht selten wurden sie auch mit eigenen politischen Initiativen in der DB aktiv – einmal mehr sind hierbei *Olympia* und die *Oberösterreicher Germanen* als besonders engagiert zu erwähnen, wobei Erstere, wie schon in der DBÖ, ,volkstumspolitische' Fragen forcierte und dabei, den Dachverband im Rücken, das Spektrum ihrer appellativen Politik geographisch erweiterte. So erwirkte sie etwa am Burschentag 1991 u.a. einen Beschluss „zu den Rechten der deutschen Volksgruppen in Polen"[23], 1995 beschloss die DB auf *Olympen*-Initiative u.a. eine Resolution zur Aufhebung der sogenannten ,Beneš-Dekrete' und gegen den EU-Beitritt von „Staaten (...), die nicht dem rechtlichen und zivilisatorischen Standard der EU entsprechen".[24] Weiters sollte nach Vorstellungen der *Olympen* eine Aufforderung an die österreichische Bundesregierung ergehen, „mit Ausnahme einiger weniger Einzelfälle keine weiteren Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer auszustellen und eine sanfte Rückführung der Ausländer in die Wege zu leiten".[25] In jenem Maße, in dem die österreichischen Bünde ihre verbandspolitischen Energien in die DB verlagerten, kam auch die Resolutionspolitik der DBÖ zum Stillstand.

IV.1.2 ,Grenzlandarbeit'[26]

Grenzlandarbeit bezeichnet im burschenschaftlichen Sprachgebrauch den Einsatz für deutsche Volksgruppen in gemischtsprachigen Gebieten im In- und Ausland. Biswei-

---

20 Libertas 1967, 138. Den Höhepunkt der Feiern zum 200. Geburtstag des Dichters stellte ein Umzug in der Wiener Innenstadt dar, der als „erste(s) große(s) und gemeinsame(s) Auftreten der rechtsextremen Vereinigungen" Österreichs nach 1945 beschrieben wurde (Dworczak 1979, 122; vgl. ebd., 122 f.).

21 ÖGZ, OR/ARGE WKR (Mappe 24), Flugblatt vom Juni 1978 zur Ausstellung „Volksaufstand in der ,DDR'" im Neuen Institutsgebäude Wien.

22 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 140 bzw. 175. Am Tag nach der Wiener Jugoslawien-Demonstration fand eine „ähnliche Veranstaltung" in Graz statt – die *Oberösterreicher Germanen* waren auch dort vertreten.

23 Dvorak 1996, 75.

24 Ebd., 77.

25 Zit. n. Kuhn 2002, 84.

26 Gemessen am Umfang dieses Tätigkeitsbereiches (bzw. der von burschenschaftlicher Seite darin investierten finanziellen und zeitlichen Ressourcen) ist das ihm gewidmete Unterkapitel verhältnismäßig kurz gera-

len – so etwa im für das vorliegende Buch titelgebenden Zitat Norbert Gugerbauers – wird Österreich aufgrund seiner NachbarInnenschaft zu majoritär romanischen, slawischen bzw. ugrischen Sprachräumen insgesamt als ‚Grenzland' verstanden. Oberstes Ziel von Grenzlandarbeit ist es, „Deutsche vor dem Verlust ihres Volkstums zu schützen"[27] bzw. die von als ‚deutsch' eingestuften Menschen bewohnten Gebiete ‚deutsch' zu erhalten. Dass dieses Ziel mit dem Hauptinteresse der betroffenen Menschen in eins falle, dieses Hauptinteresse also darin bestehe, ‚deutsch' zu bleiben, wird von burschenschaftlicher Seite schlicht vorausgesetzt, weshalb Grenzlandarbeit grundsätzlich einen paternalistischen Zugang aufweist. In der gängigen synonymen Rede von der ‚Schutzarbeit' kommt dies ebenso zum Ausdruck wie der Umstand, dass selbst aggressiver deutsch-völkischer Aktivismus und Irredentismus von deren Protagonisten stets als Abwehrkampf gedeutet wurden. Als bedroht galt, ungeachtet der Mehrheitsverhältnisse (und der subjektiven Wahrnehmung der Menschen vor Ort) grundsätzlich deutsches Volkstum, als bedrohend das ihm jeweils gegenübergestellte ‚Volk' (von ‚Slawen' wie in Kärnten/Koroška bis hin zu ‚Welschen' in Südtirol/Alto Adige). Wo aufseiten der Bevölkerung im Grenzland keine Bedrohungswahrnehmung herrschte, versuchten völkische Kreise diese seit jeher zu kreieren, wobei aus den (Universitäts-)Städten im Zentralraum zugezogene Bildungseliten eine Schlüsselrolle spielten.[28]

Die Tradition der burschenschaftlichen Grenzlandarbeit führt ins 19. Jahrhundert zurück, wo Burschenschafter zentrale Funktionen in völkischen ‚Schutzvereinen' wie dem *Deutschen Schulverein* und dem Verein *Südmark* einnahmen. Im Rahmen derselben entfalteten sie ein breites Spektrum an Aktivitäten gegen ‚Überfremdung' und ‚Slavisierung' bzw. für die Schaffung und Förderung von ‚Volkstumsbewusstsein' – von Schulstiftungen bis hin zur völkischen Tourismusförderung.[29] Nach 1945 wurden die engen

---

ten. Grund dafür ist einerseits, dass die entsprechenden Tätigkeiten vielfach vorrangig karitativen Charakter trugen; andererseits werden Grenzland- und ‚Volkstumsarbeit' eben aufgrund des hohen darauf verwendeten Einsatzes und ihrer direkten Herleitung aus völkischen Grundprämissen in der Arbeit gleichsam querschnitthaft behandelt. Insbesondere ist dabei auf das Südtirol-Kapitel (IV.3) zu verweisen: Viel des dort Gesagten steht pars pro toto für burschenschaftliche Grenzlandarbeit überhaupt. Die Auslagerung der Südtirol-Thematik aus diesem Kapitel trägt dem Umstand Rechnung, dass diesem Fragenkomplex nach 1945 aus Sicht der Burschenschaften in Österreich unter allen ‚Grenzland-Fragen' die höchste Priorität zukam.

27 Mölzer 1994c, 216.

28 Vgl. Schmid 2009, 86–93, die auch den erfolgreichen Transfer der im Habsburg-Österreich gewobenen Bedrohungsszenarien und Volkstumskampf-Atmosphäre ins Deutsche Reich nachzeichnet. Eingehender zu den Fragen des Paternalismus und der (Selbst-)Viktimisierung (anhand von Südtirol/Alto Adige) vgl. Abschnitt IV.3.4.

29 Vgl. Berka 1959, 21–28 und 34–54; Mölzer 1994c, 216–221; zu Einzelbiographien von Aktivisten Dvorak 1996–2005 (Biographisches Lexikon); allgemein zu den völkischen Schutzvereinen in der Monarchie Schmid 2009 (v.a. Kapitel 3.1), Judson 2006 und Puschner 2001, 106–115. Der Beginn burschenschaftlicher Grenzlandarbeit kann mit der (Mölzer 1994c, 216 zufolge ausschließlich von Burschenschaftern durchgeführten) Gründung des *Deutschen Schulvereins* in Wien 1880 angesetzt werden und ist seinerseits

Beziehungen zwischen den Bünden und den Nachfolgeorganisationen der Schutzvereine (*Österreichische Landsmannschaft*/ÖLM, *Alpenländischer Kulturverband Südmark*, etc.) erneuert, wie zahlreiche personelle Überschneidungen und gemeinsame Veranstaltungen belegen.[30] Auch die unter dem Banner der Grenzlandarbeit zur Anwendung gebrachten Aktionsformen sind bis heute weitgehend unverändert geblieben und wurden schon bald nach Wiedergründung der Korporationen wieder aufgenommen. Wie schon in früheren Jahrzehnten übernahmen Burschenschaften Patenschaften für Orte im ‚Grenzland' (die sich etwa in Form von Geld- und Bücherspenden an lokale Schulen niederschlugen) oder beteiligten sich an Ernteeinsätzen ebendort.[31] Lindinger hebt insbesondere die Tätigkeiten der Grazer und Leobner Verbindungen „auf dem sozialen Sektor" hervor[32], wobei diese sich aus naheliegenden (geographischen) Gründen überdurchschnittlich stark in Kärnten/Koroška und der (ebenfalls zweisprachigen) Untersteiermark/Spodnja Štajerska engagierten, während die Innsbrucker Bünde vorrangig dem angrenzenden Südtirol/Alto Adige zugetan waren.

Startpunkt der burschenschaftlichen Grenzlandarbeit nach 1945 war der ADC-Tag 1954. *Allemannia* Graz berichtete hier über ein Ersuchen des AKV, die Burschenschaften mögen sich wieder zur Übernahme von Patenschaften im oben erwähnten Sinne entschließen. Wenngleich in der Diskussion die finanzielle und zeitliche Belastung durch einschlägige Aktivitäten (vor dem Hintergrund des noch in vollem Gang befindlichen eigenen Wiederaufbaus) thematisiert wurde, stellte dem Protokoll zufolge kein einziger Bund deren grundsätzliche Sinnhaftigkeit, ja Notwendigkeit infrage.[33] Ohne Ge-

---

Ausdruck der zu diesem Zeitpunkt sich etablierenden Dominanz der radikal-völkischen Strömung innerhalb des Burschenschaftswesens in Österreich. Dieser Entwicklung entsprechend, spalteten sich die das Burschenschaftswesen des ausgehenden 19. Jahrhunderts in Österreich prägenden Schönerianer nach wenigen Jahren vom *Schulverein* (dem zunächst Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, politischer Lager und auch Religion angehörten – vgl. Judson 1991, 89–93) ab und gründeten den antisemitischen *Schulverein für Deutsche*.

30 Vgl. zur ÖLM Bailer/Neugebauer 1993a, 176–183. Eine regelmäßige Kooperation von ÖLM und WKR stellt die jährliche ‚Sonnwendfeier' am oder um den 21. Juni dar.

31 Auch der Südtirolterror (als eine militante Sonderform der Grenzlandarbeit) lässt sich in einer entsprechenden Tradition verorten, die eng mit dem waffenstudentischen Topos der ‚Wehrhaftigkeit' verknüpft ist. Im österreichischen Kontext wäre v.a. der ‚Kärntner Abwehrkampf' von 1919 zu erwähnen, bei dem Burschenschafter ebenfalls zu den Waffen griffen, um ein ihrer Überzeugung nach ‚deutsches' Gebiet unter ‚deutscher' Herrschaft zu halten. So führte der Südtirolterrorist Norbert Burger (*Olympia* Wien) bei seinem Münchner Prozess 1970 aus, das Kärntner Beispiel habe ihn zu der Überzeugung geführt, dass auch die Südtirolfrage nur unter Einsatz von Waffengewalt befriedigend gelöst werden könne (vgl. die *Süddeutsche Zeitung* vom 24.4.1970, 13). Auch Schweinberger (2009, 107) suggeriert, dass eine solche Lösung durch einen ‚Abwehrkampf' nach Kärntner Vorbild schon im Jahre 1918 gefunden hätte werden können. Zum burschenschaftlichen Einsatz an der österreichischen Südgrenze um 1919 vgl. etwa Rosenkranz 2009, 53–55.

32 Lindinger 2009, 77.

33 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 10. Bereits einleitend hatte der im ADC für *Allemannia* den Vorsitz führende Othmar Loibner angemerkt, dass „(ü)ber Sinn und Zweck, Notwen-

genstimme beschlossen die ADC-Mitglieder, dass die burschenschaftlichen Delegierten-Convente in den einzelnen Hochschulstädten bis zum Folgejahr sich „mit den für ihren Standort zuständigen Kulturvereinigungen in Verbindung zu setzen und ein Programm ihrer Grenzlandarbeit aufzustellen“ hätten. „Nach Möglichkeit“ sollte weiters „sofort (…) mit praktischer Grenzlandarbeit in welcher Form immer begonnen werden“.[34]

Trotz der anfänglichen Bedenken vermochten die völkischen Korporationen Österreichs in weiterer Folge immer wieder beachtliche Geldsummen für Zwecke der Grenzlandarbeit zu mobilisieren. Den ‚größten Wurf‘ nach 1945 stellte dabei das ‚Grenzlandheim‘ in der Südkärntner Gemeinde Bleiburg/Pliberk dar, das zu einem wesentlichen Teil aus Spenden von Korporierten finanziert wurde. Das Haus sollte als Stätte zur Pflege ‚deutscher (Volks-)Kultur‘ die kulturelle Identität der lokalen Bevölkerung deutscher Muttersprache im Sinne der Spender festigen und gleichsam als Bollwerk gegen die befürchtete ‚Slavisierung‘ des umliegenden Gebietes wirken.[35] Ein Vordringen in breitere Öffentlichkeiten jenseits der unmittelbar betroffenen Gebiete gelang den Burschenschaften jedoch in ‚Grenzlandfragen‘ kaum. Südtirolfrage und Kärntner Sprachenpolitik beschäftigten die Bundespolitik auch ohne ihr Zutun wiederholt, während ‚Beneš-Dekrete‘ oder die Lage deutscher Minderheiten in Südosteuropa innenpolitische und gesellschaftliche Nischenthemen blieben.

Dass die alten Praxen der Grenzlandarbeit nach 1945 wieder aufgenommen wurden – und dies offenbar ohne breitere Diskussion ihrer Zeitadäquanz –, lässt sich über verschiedene Faktoren erklären. Nicht unterschätzt werden sollte dabei die Bedeutung des für Burschenschafter in Österreich historisch ungewohnten, weitreichenden Ausschlusses aus der ‚großen‘ Politik in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik sowie der generellen burschenschaftlichen Erfolgs- und Einflusslosigkeit in den ‚großen‘ weltpolitischen Angelegenheiten (deutsche Teilung, Kalter Krieg usw.). Ganz im Gegensatz dazu konnten in der Grenzlandarbeit kleine, aber dafür umso greifbarere Erfolge erzielt werden. Da zudem eine grundlegende Bestandsaufnahme über die Angemessenheit der althergebrachten ideologischen Grundpfeiler nach 1945 weitgehend unterblieben war (vgl. Kapitel II.3.1), wäre eher die Nicht-Wiederaufnahme der Grenzlandarbeit unter Rechtfertigungszwang gestanden als ihre Fortsetzung. Nicht zuletzt sei auch die erzieherische Funktion einschlägiger Aktivitäten erwähnt: Grenzlandarbeit sollte und soll nicht nur vor Ort (also im ‚Grenzland‘) Wirkung entfalten sowie in einer breiteren Öffentlichkeit bewusstseinsbildend wirken, sondern auch im Inne-

digkeit und Obliegen dieser Arbeit für die Burschenschaft in ihrer völkischen Aufgabe (…) im Kreise des ADC nichts weiter auszuführen (ist)“ (ebd.).

34 Ebd., 11.

35 Vgl. Lindinger 2009, 78. Bei der Eröffnung sprach ÖVP-Minister a.D. Ferdinand Graf originellerweise von einem „Haus der Versöhnung für jene, die guten Willens sind“ und einem „Haus des Glaubens an Österreich“ (zit. ebd.).

ren des burschenschaftlichen Kollektivs Effekte erzielen: Durch Ernteeinsätze, Grenzlandfahrten, Patenschaftsbeziehungen und andere Formen der Kontaktpflege mit den ‚deutschen Brüdern und Schwestern' in Grenzregionen soll v.a. bei den jungen Burschenschaftern nationale Gesinnung – über die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der bund- und verbandsinternen Bildungsarbeit hinaus – sozusagen am lebenden Objekt gefestigt und durch persönliche Erfahrungen emotional fundiert werden.

IV.1.3 Hochschulpolitik

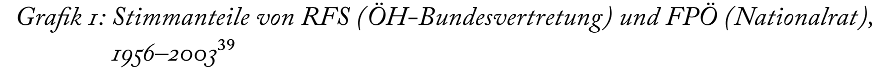
Hochschulpolitische Fragen waren für Burschenschaften seit jeher von besonderer Bedeutung, da die hohen Schulen als ureigenstes Territorium studentischer Vereinigungen das naheliegendste Aktionsfeld boten, um den eigenen politischen Anspruch in die Tat umzusetzen.[36] Nach 1945 räumten die Burschenschaften in Österreich der Hochschulpolitik von Bund zu Bund und über die Zeit unterschiedliche Wichtigkeit ein. Förderlich wirkte sich auf ihren Stellenwert der Umstand aus, dass man über den *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS)[37] mehr oder weniger unmittelbar in eine Körperschaft öffentlichen Rechts (die *Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft*/ÖH, bis 2005: *Österreichische Hochschülerschaft*) integriert war – und dies in, im Vergleich zur gesamtgesellschaftlichen Relevanz des ‚Dritten Lagers', lange Zeit weit überdurchschnittlicher Stärke, wie eine Gegenüberstellung der Wahlergebnisse von RFS und FPÖ (bis zur Abschaffung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung im Jahr 2004) näherungsweise anzeigt (vgl. Grafik 1). Der schon an anderer Stelle erwähnte Abstieg des RFS in die Bedeutungslosigkeit begann in den 1970ern als Begleiterscheinung der sozialen Öffnung der Universitäten bzw. der mit dieser einhergehenden Diversifizierung der Studierendenschaft sowie der politischen Klimaveränderungen des Jahrzehnts an den

36 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6; AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 17. Was dabei unter (hochschul-)politischer Tätigkeit zu fassen sei, war dem historischen Wandel unterworfen. So berichtete Rudolf Geißler, Alter Herr der Wiener *Silesia,* 1989/90 (und ohne jede kritische Distanzierung) wie folgt aus seiner Aktivzeit (1908–1911): „Die politische Tätigkeit beschränkte sich auf die damals selbstverständliche Mitarbeit für die [sic] nationalen Schutzvereine und auf den Kampf gegen die damals beginnende Überfremdung unserer Hochschulen. Diese Kämpfe, besonders auf der Rampe der Universität, mit den damals getragenen Spazierstöcken besten Kalibers ausgetragen, gehörten zu den Höhepunkten ‚äußerer' Tätigkeiten." (*Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Wintersemester 1989/90, 9) Allerdings wurde auch noch 1976 in der *Aula* der „gute alte Holzkommang" (auch: ‚Holzcomment', ein couleurstudentischer Begriff zur Umschreibung von mit den angesprochenen Stöcken oder bloßen Fäusten ausgetragenen Schlägereien) als Mittel der Wahl zur Austragung politischer Differenzen „mit den linken Knechten" auf Hochschulgelände beschworen (*Aula* Nr. 9/1976, 25).

37 Auf den Sonderfall Leobens, wo die Weigerung der Corps, sich unter das Dach des RFS und damit in den Nahbereich einer politischen Partei zu begeben (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/7 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 11 f.), eine *Liste Leobner Studenten* (LLSt) als ÖH-Fraktion der völkischen Verbindungen hervorbrachte, wird in weiterer Folge nicht gesondert hingewiesen.

Hochschulen und darüber hinaus.[38] Während der RFS auf diese Veränderungen trotz Ansätzen der Öffnung in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren letztlich mit ideologischer Einbunkerung statt mit Selbsttransformation reagierte, verstand es die FPÖ unter Haider ab 1986, eine ihrer Zeit angepasste Politik zu betreiben, die sie bis zur Drittelpartei aufsteigen ließ.

Die Bedeutung, die der RFS bis zum Eintritt in seine strukturelle Krise an den Hochschulen aufwies, eröffnete Burschenschaften als einem seiner primären Rekrutierungsfelder die Möglichkeit, jedenfalls in diesem gesellschaftlichen Teilbereich politisch prägewirksam zu werden. Dementsprechend wurde hier, wie in kaum einem anderen Politikfeld, konzeptuelle Arbeit von Burschenschaftern geleistet, zumal sie als Hochschulangehörige auf unmittelbar verfügbare Expertise zurückgreifen konnten.



Grafik 1: Stimmanteile von RFS (ÖH-Bundesvertretung) und FPÖ (Nationalrat), 1956–2003[39]



38 Vgl. Weidinger 2010. In Ergänzung der Grafik sei darauf hingewiesen, dass der Niedergang des RFS an der Universität Wien noch rasanter verlief als auf Ebene der Bundes-ÖH: Binnen eines Jahres wurde sein Stimmanteil halbiert (1974: 18,6 %, 1975: 9,1 %), nur um sich bei den Folgewahlen zwei Jahre später erneut zu dritteln (1977: 3,3 %) – vgl. Griesebner 1990, 150.

39 ÖH-Wahl-Ergebnisse lt. Österreichische HochschülerInnenschaft 2006, 52. Bis zur Annahme der heutigen Bezeichnung 1999 firmierte die Bundesvertretung als ‚Zentralausschuß'.

Gegen die Berücksichtigung der Tätigkeit des RFS an dieser Stelle ließe sich einwenden, dass das dortige Engagement von Burschenschaftern zum einen kein Ausdruck ‚burschenschaftlicher' Politik (sondern Aktivismus im Rahmen einer intermediären Instanz) und zum anderen kein Fall kollektiver, sondern individueller politischer Betätigung sei. Für die Einbeziehung des RFS spricht jedoch, dass dieser im Lauf seiner Geschichte zu allermeist derart stark von Korporierten im Allgemeinen und Burschenschaftern im Besonderen dominiert (und nicht unwesentlich von den in den *Freiheitlichen Akademikerverbänden* organisierten Alten Herren finanziert) wurde, dass er mit einiger Berechtigung als quasi-verbindungsstudentischer Kollektivakteur eingestuft werden kann.[40] Umgekehrt wurde burschenschaftliche Hochschulpolitik fast ausschließlich im Rahmen des bzw. in engstem inhaltlichen und personellen Austausch mit dem RFS vollzogen[41] und wäre unter Ausklammerung desselben schlicht nicht sinnvoll darstellbar. Auch wenn der WKR von Beginn an das gemeinsame Vorgehen der Mitgliedsbünde „in allen rein hochschulpolitischen Fragen" als seine Kernaufgabe definierte, beschränkte er sich weithin auf couleur- und symbolpolitische Belange wie das ‚Aufzugsrecht' auf akademischem Boden in den 1950er-Jahren oder den Streit um den ‚Siegfriedskopf' in der Aula der Universität Wien in den 1990ern.[42] Als kollektiv ist

40 Diese Dominanz ergab sich gleichsam logisch aus der seit jeher weitreichenden Überschneidung zwischen ‚freiheitlichem' Akademikertum überhaupt und dem liberalen und völkischen Korporationsstudentenwesen. Während die FPÖ seit der Ära Haider ihr WählerInnen- und Mitgliederprofil insgesamt wesentlich diversifizieren konnte, erwies sich im Bereich ihrer akademischen Eliten die Vormachtstellung des Korporationswesens als vergleichsweise resistent. Gleichzeitig verweigerte sich der RFS, wie noch ausgeführt werden wird, bis in die 1980er-Jahre dem direkten Zugriff der Partei und (jedenfalls nach außen hin) dem Status einer Vorfeldorganisation derselben. Zur (Teil-)Finanzierung des RFS aus verbindungsstudentischen Quellen vgl. etwa die *Aula* Nr. 6/1953 [März], 20 oder Oberösterreicher Germanen 1967, 116 f.

41 Die hochschulpolitischen Initiativen burschenschaftlicher Dachverbände – Resolutionen, offene Briefe in einschlägigen Belangen – waren, wie die Zusammensetzung der Hochschulpolitischen Ausschüsse von ADC/DBÖ und DB über die Jahrzehnte zeigt, Angelegenheit weniger, die in aller Regel ohnehin auch im RFS aktiv waren. Zur Alternativlosigkeit des RFS aus burschenschaftlicher Sicht vgl. u.a. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 5 und BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Germania Graz) vom 18.3.1963, 1. Erst im Wintersemester 1980/81 wurde – wohl auf Drängen der Corps bzw. der politisch unverbindlicheren Verbindungen – per WKR-Beschluss „(t)heoretisch (…) den Mitgliedern freigestellt, sich eventuell auch bei anderen Fraktionen als dem RFS zu engagieren"; dies traf allerdings auf „heftige Kritik" wohl nicht nur der *Oberösterreicher Germanen* und wurde von Burschenschaftern offenbar auch kaum ausgenutzt (Oberösterreicher Germanen 1994, 97). Einzelne hatten sich Ende der 1970er-Jahre in der *Aktion Neue Rechte* (ANR), auf die noch näher einzugehen sein wird, oder während der RFS-Krise in Graz um 1980 in der *Kritischen Studenteninitiative* (KRISTIN) engagiert. Zur Beteiligung an Letzterer vgl. Cerwinka 1994, 26.

42 Zit. n. http://www.wkr.at/info.php (letzter Zugriff am 30.11.2012), ebenso bereits in Marauschek 1960, 90. Der burschenschaftliche Widerstand gegen die ab 1990 im Raum stehende Verlegung des ‚Siegfriedskopfes' vollzog sich – teilweise unterstützt durch Professoren (Lothar Höbelt, Adam Wandruszka) – in Form von Kundgebungen, Flugblattaktionen und einer Petition, durchgeführt im Rahmen des WKR, der

das burschenschaftliche Engagement im RFS wiederum insofern einzustufen, als die Burschenschafter jedenfalls von Verbandsorganen (des ADC bzw. der DBÖ) regelmäßig zu diesem Engagement angehalten wurden und manche Bünde sich in ÖH-Wahlkämpfen mitunter mehr oder weniger geschlossen in den Dienst des RFS stellten.[43] Dieser wies daher seit seiner Gründung Anfang der 1950er-Jahre einen Doppelcharakter auf: als ÖH-Fraktion sowie als StudentInnenorganisation des ‚Dritten Lagers' mit (mehr oder weniger engem) Naheverhältnis zu VdU und FPÖ.

Über weite Teile seiner Geschichte ist der RFS ohne Übertreibung als Vehikel burschenschaftlicher Hochschulpolitik einzustufen (analog zum *Wahlblock* als Instrument der katholischen Korporationsverbände bis jedenfalls in die 1970er-Jahre). Schon in seiner Anfangszeit wurde er „zum größten Teil von Burschenschaftern getragen"[44] – und formulierte *Olympia* den Anspruch, „dem RFS (…) den Stempel burschenschaftlicher Ideologie aufzuprägen".[45] Der instrumentelle Zugang der Korporationen wird in Aussagen wie jener des Vorsitzenden des Hochschulpolitischen Ausschusses der DBÖ von 1963 deutlich, wonach es bei den kommenden ÖH-Wahlen 1965 darum gehe, zum 150-jährigen Jubiläum der Burschenschaft „ein burschenschaftliches Programm mit Erfolg in die Studentenschaft zu tragen".[46]

Tendenziell betonten v.a. jene innerhalb des Burschenschaftswesens die Bedeutung der Hochschulpolitik bzw. engagierten sich entsprechend, die den Anspruch verfolgten, über verbindungsstudentische Kreise hinaus wirksam zu werden (in welche Richtung auch immer) und dabei über völkische Kernanliegen hinauszugehen (ob in rein taktischer Absicht oder auch nicht).[47] So prägten die *Oberösterreicher Germanen* Anfang der 1970er-Jahre einen relativ liberalen RFS, während die *Olympen* ihn im fol-

ARGE WBL sowie einer eigens gegründeten Plattform (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 163 f., 171 und 177).

43 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Alemannia) vom November 1958, 5 bzw. Oberösterreicher Germanen 1994, 17.

44 Oberösterreicher Germanen 1967, 161. Sepp Wejwar (VDSt *Sudetia* Wien) behauptete 1982 vor ÖC-Vern gar, der RFS sei vom WKR gegründet worden (vgl. *ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8). Zum (hohen) burschenschaftlichen Anteil am RFS-Personal vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des DBÖ-Referenten für burschenschaftliche Arbeit zum DBÖ-Tag 1963, 2.

45 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 8. Erwin Hirnschall, RFS-Funktionär der Anfangszeit und späterer Wiener FPÖ-Obmann, spricht demgegenüber von einer „breite(n) Öffnung" als Erfolgsgeheimnis des frühen RFS. Erst „durch die spätere Entwicklung" habe der Verband das Image einer „bloße(n) Vertretung der National-Freiheitlichen [sic] Korporationen" erworben und sich dabei „ideologisch zunehmend verengt()" (Hirnschall 1991, 24).

46 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des HPA, Beilage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1. Ähnlich äußerte sich 1982 der damalige WKR-Vorsitzende Wejwar: Beim RFS gehe es darum, „einfach die Grundsätze der Bünde ein bißchen in den hochschulpolitischen Alltag (…) umzusetzen" (*ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8).

47 Vgl. z.B. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6.

genden Jahrzehnt rechts außen positionierten. Bereits 1955 hatten letztere sich für die Schaffung des Hochschulpolitischen Ausschusses (HPA) im ADC starkgemacht, der die hochschulpolitische Arbeit auf Verbandsebene bündeln sollte; erster Vorsitzender wurde der RFS-Mitbegründer und *Olympe* Norbert Burger.[48] Der Bericht, den dieser 1957 über die Tätigkeit des HPA ablieferte, veranschaulicht den Zugang der *Olympen* zur Hochschulpolitik, räumt er doch der Südtirolfrage und dem Einflussgewinn als Selbstzweck weit mehr Raum ein als hochschulpolitischen Zielen und Inhalten.[49] Auch in der Tätigkeit der einzelnen Bünde traten die Politikfelder miteinander in Konflikt. Regelmäßig förderten die ADC- bzw. DBÖ-internen Umfragen des Verbandsreferenten für burschenschaftliche Arbeit (RfbA) den nachgeordneten Rang der Hochschulpolitik in der Themensetzung von Burschenschaftlichen Abenden zutage – insbesondere im Vergleich zu „Volkstumsfragen"[50]; und als die *Oberösterreicher Germanen* 1963 Hochschulpolitik zum Kerninhalt der DBÖ-Bildungsarbeit erklären wollten, konterten andere mit der Südtirolfrage oder Grenzlandarbeit als Hauptanliegen (vgl. Kapitel III.1.2).

Nichtsdestotrotz wurde – wenn auch von einer kleinen Minderheit einschlägig engagierter Burschenschafter[51] – in den 1960er-Jahren im Rahmen der DBÖ auch hochschulpolitische Konzeptarbeit zu Fragen von Studienrecht, Hochschulreform, Stipendienwesen bzw. generell studentischen Problemen im engeren Sinn geleistet, nicht zuletzt, um die in der ÖH (d.h. im RFS) tätigen Burschenschafter zu unterstützten.[52] Jedenfalls in dieser Phase fungierte die DBÖ tatsächlich als ein *think tank* und trug wohl nicht unwesentlich zum damals hohen Output des RFS an hochschulpolitischen Konzepten bei. Diese Phase intensiver hochschulpolitischer Aktivität der DBÖ war allerdings von kurzer Dauer. 1964 vermerkt das Protokoll der Salzburger DBÖ-

48 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 8 f.

49 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 4 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957.

50 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959; BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 8; sowie BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des RfbA, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, wo auf Seite 1 von einer „absolute(n) Letztrangigkeit der hochschulpolitischen Themen" in der Bildungsarbeit der Einzelbünde die Rede ist.

51 Vgl. etwa die Bestandsaufnahme der *Oberösterreicher Germanen* von 1963: Das burschenschaftliche Interesse an Hochschulpolitik sei „beschämend" gering – bisweilen sei es „kaum möglich sämtliche Mandate zu besetzen" (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6). Diese Aussage unterstreicht erneut auch den burschenschaftlichen Anspruch, auf den die angesprochenen Mandate bei ÖH-Wahlen erringenden RFS nach Belieben zugreifen zu können.

52 Vgl. dazu: BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 8; HPA-Bericht, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1 (selber Bestand); HPA-Bericht, Beilage zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 2 (Gothia) vom 27.6.1963, 1; HPA-Bericht, Beilage IV zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 1 (beide: BAK, DB 9, E. 4 [B2]). Zu erwähnen wäre etwa ein unter Beteiligung der *Obergermanen* Norbert Gugerbauer und Peter Karlsreiter ausgearbeiteter, im Wintersemester 1973/74 vorgelegter Alternativentwurf zum UOG 1975, der Tulzer zufolge die politische Debatte über dieses Gesetz „wesentlich" beeinflusste (Oberösterreicher Germanen 1994, 35).

Arbeitstagung einen „erschreckenden Mitarbeitermangel" im RFS.[53] Dringlichkeitsanträge, die diesen Mangel beheben sollten, wurden auf dem folgenden DBÖ-Tag einstimmig verabschiedet, blieben jedoch (vorerst) wirkungslos.[54] 1965 wurde der HPA, in dem man nun eine unnötige Parallelstruktur zum RFS erkannte, aufgelöst.[55] Infolge dieser Entwicklungen gelang es dem RFS, sich – wenn auch nur kurzzeitig – von burschenschaftlichem Einfluss zu emanzipieren. Personen wie Jörg Schmidbauer *(Wiener Akademischer Turnverein),* der mutmaßliche[56] Pennalburschenschafter Volker Kier, die Sängerschafter Norbert Steger und Friedhelm Frischenschlager sowie auch Nicht-Korporierte verliehen dem RFS in dieser Phase ein liberales Gepräge. Der Abgang dieser Generation, die untereinander im ‚Atterseekreis' verbunden bleiben und die Entwicklung der FPÖ bis 1986 wesentlich prägen sollte, läutete um 1969 die Ära der *Obergermanen*-Dominanz im RFS ein.[57]

Auch losgelöst von RFS-internen Entwicklungen wurde Mitte der 1960er-Jahre bereits offenbar, dass der hochschulpolitische Einfluss der Burschenschaften in der BRD wie auch in Österreich im Sinken begriffen war – im ersteren Fall parallel zur erstarkenden Hochschullinken, im letzteren parallel zur Diversifizierung der StudentInnenschaft und dem diese begleitenden Abstieg des RFS.[58] Eben der Aufstieg der Linken weckte jedoch in Teilen des Burschenschaftswesens auch neue Motivation bzw. den Wunsch, diesem Phänomen etwas entgegenzusetzen (vgl. Abschnitt IV.2.6).[59] Paradigmatisch dafür steht die Aussage des späteren Wiener FPÖ-Obmannes Rainer Pawkowicz (*Aldania* und *Vandalia,* 1969 bis 1971 Vorsitzender des RFS Wien) von 1974, wonach das Betätigungsfeld einer Burschenschaft „heute mehr denn je" die Hochschule zu sein habe, da hier „unsere(n) Gegnern" Paroli geboten werden müsse, welche die hohen Schulen als Hebel zur Gesellschaftsveränderung erkannt hätten und deren Freiheit bedrohten.[60] Die 1971 – zugleich mit der Öffnung für österreichische Bünde –

---

53 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger Arbeitstagung vom 30.4.1964, 4.

54 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll des DBÖ-Tages 1964, 12 bzw. Oberösterreicher Germanen 1967, 161.

55 Vgl. AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll des DBÖ-Tages 1966, 13.

56 Vgl. Fußnote 511 auf S. 254.

57 Vgl. Weidinger 2010, 156–165 und 168 f. sowie Kapitel V.3.1 zur Rolle der ‚Atterseer' innerhalb der FPÖ.

58 Vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 6. Für Österreich vgl. auch Pawkowicz 1974, 2; für die BRD vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1976 (Antrag des Hochschulpolitischen Ausschusses), 36 f., hier: 37. In letztgenannter Quelle wird auch vermeldet, dass die nach österreichischem Vorbild Anfang der 1970er-Jahre erfolgte Gründung eines bundesdeutschen RFS „bisher nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt" habe (vgl. dazu auch Kuhn 2002, 85).

59 Stimmer (1997, Band II, 988) betont die Bedeutung von 1968 für die Aufwertung ‚der Linken' als burschenschaftliches Feindbild.

60 Pawkowicz 1974, 2 f. Für ähnliche Bekenntnisse zur Bedeutung der Hochschulpolitik (gerade auch im Kampf gegen die Linke) vgl., jeweils mit Österreich-Bezug, die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1972, I;

beschlossenen Grundsätze der DB verpflichteten jeden Burschenschafter, „an der allgemeinen studentischen Arbeit und der Selbstverwaltung nach Kräften mitzuwirken".[61]

Die *Oberösterreicher Germanen* hatten bereits 1967 Hochschulpolitik u.a. mit der Begründung als eines ihrer beiden zentralen Handlungsfelder definiert, dass „nirgends (…) unsere Aktionen greifbareren Erfolg erzielen" könnten.[62] In der Folge dominierten sie um 1970 den RFS jedenfalls in Wien und setzten auch als vorsitzende Burschenschaft der DB (1974/75) hochschulpolitische Akzente. Wenngleich zur Erörterung der ‚freiheitlichen' Positionierungen in konkreten hochschulpolitischen Fragen an dieser Stelle der Platz fehlt, lassen sich einige allgemeine Aussagen zum inhaltlichen Profil des RFS in dieser Phase (in weiten Teilen aber auch bereits um 1960[63]) treffen, basierend v.a. auf den entsprechenden Jahrgängen seines Periodikums *Der Ring:* Hier gab der Verband sich betont sachorientiert, kritisierte die ‚Verpolitisierung' studentischer Anliegen durch die anderen Fraktionen und nahm für sich selbst die Leitprinzipien von Wissenschaftlichkeit und Wahrhaftigkeit in Anspruch. Er beschwor liberale Tugenden wie Mündigkeit und Eigenverantwortung, propagierte die Reduzierung von Parteieneinfluss sowie bürokratischen und korporatistischen Strukturen und räumte ‚nationalpolitischen' Anliegen vergleichsweise geringen Raum ein. Für die Hochschulen vertrat er ein leistungselitaristisches Programm – gegen Zugangshürden für ‚Begabte', für frühere Selektion in der Bildungslaufbahn, gegen Hochschulzugang ohne Matura usw. Der Ausweitung studentischer Mitbestimmung, wie sie von linken Studierenden gefordert und im Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 von Ministerin Hertha Firnberg verwirklicht wurde, stand man mehr als skeptisch gegenüber (vgl. den Exkurs zur Hochschuldemokratisierung in Abschnitt III.8.2), lege sie doch Entscheidungen in die Hände von Inkompetenten, überlaste die Studierenden (mangels entsprechender Qualifikation) mit Verantwortung und die Institutionen mit Gremienarbeit. Ihre Ablehnung des UOG begründeten die Burschenschaften darüber hinaus unter (für sie sehr typischer) Berufung auf die Ideen der Hochschulautonomie, der Freiheit von Wissenschaft, Lehre und Lernen sowie auf ein humanistisches Ideal umfassender Bildung.[64]

---

die Niederschrift desselben DB-Burschentages, 16; die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 10–12 (hier v.a. 10); zum Burschentag 1976, 37f.; sowie zum Burschentag 1977, 6 und 8 (alle: BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a]). In den beiden letztgenannten Quellen wird, allerdings für die DB, nicht zuletzt die Notwendigkeit inhaltlicher Auseinandersetzung mit dem Gegenüber sowie der Arbeit an den eigenen politischen Theorien und Konzepten betont, für die in Österreich v.a. die *Oberösterreicher Germanen* standen.

61 Zit. n. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1971, 11.

62 Oberösterreicher Germanen 1967, 169.

63 Vgl. die Selbstdarstellung des Wiener RFS (unter dem *Liberten* und DBÖ-Multifunktionär Gerhard Onder) in Marauschek 1960, 75–59.

64 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1975, 12f. und Oberösterreicher Germanen 1994, 50f. Zum humanistischen Bildungsideal vgl. auch BAK, DB 9, B. VI. Bur-

Die erwähnte Vorsitzübernahme in der DB verhielt die *Oberösterreicher Germanen* dazu, 1974 Energien aus dem RFS abzuziehen – was dort die Vertreter eines traditionelleren, dogmatisch-völkischen Kurses stärkte. Dazu trug auch das Auftreten zweier Gruppierungen bei, die ab demselben Jahr die *Freiheitlichen Studenten* von rechts unter Druck setzten: die rechtskonservative *Junge Europäische Studenteninitiative* (JES) sowie die neonazistische *Aktion Neue Rechte* (ANR), mit der der RFS unter Vermittlung der damaligen WKR-Vorsitzenden *Albia* ein politisches De-facto-Bündnis zur ÖH-Wahl 1975 einging.[65] In weiterer Folge sollte er auch verstärkt (und entgegen dem metaideologisch-technokratischen *Obergermanen*-Kurs) selbst ein allgemeinpolitisches Mandat wahrnehmen und dies in einschlägiger Weise ausfüllen, was die ANR – die ihr Auftreten wesentlich mit der zu liberalen Ausrichtung des *Obergermanen*-RFS begründete – mit Wohlwollen zur Kenntnis nahm.[66] Gegen das allgemeinpolitische Mandat der ÖH agitierte der RFS weiterhin, zumal Exekutivbeteiligungen für ihn seit den 1980er-Jahren unwahrscheinlicher schienen denn je. Die allgemeinpolitische Enthaltsamkeit sollte allerdings nur für die Tätigkeit von bzw. in ÖH-Organen gelten, nicht für die Studierendenorganisationen an sich.

Nach einem gescheiterten Versuch Anfang der 1980er-Jahre, den RFS wieder selbst in die Hand zu nehmen, zogen die *Germanen* sich aus der Hochschulpolitik zurück; nach ihren Angaben hatten andere WKR-Bünde die neue Verbandsführung schlichtweg boykottiert.[67] Ein damaliger Aktiver führt den Rückzug allerdings auch auf „mangeln-

---

schentage (a), Arbeitsunterlagen zum und Niederschrift des DB-Burschentages 1974, 31 bzw. 15; zur Lehr- und Lernfreiheit etwa auch BAK, DB 9, E. 4 [A2], HPA-Bericht, Anlage zur Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 2.

65 Vgl. Weidinger 2010, v. a. 161–165. In Ergänzung der Dominanz der *Oberösterreicher Germanen* sei auch die tragende Rolle der *Aldanen* (bzw. von deren Generation um die späteren Wiener FPÖ-Granden Rainer Pawkowicz, Johann Herzog und Helmut Kowarik) in der ‚freiheitlichen' Studentenpolitik um 1970 erwähnt (vgl. Aldania 1994, 189).

66 Zum allgemeinpolitischen Mandat vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 76, zu Vorzeichen dieser Entwicklung auch *Der Ring* Nr. 3/1974, 3. Die ANR registrierte 1975 im RFS „zahlreiche positiv gesinnte Studenten" und „erfreuliche Ansätze" wie ein Flugblatt unter dem Titel „‚Sudetenland bleibt deutsches Land'", welches „durchaus den Vorstellungen der neuen Rechten über Arbeit an den Hochschulen" entspreche (*Richtung* Nr. 21/1975). Dass der Rechtskurs auch in der Hochschulpolitik Niederschlag fand, belegt exemplarisch die RFS-Positionierung gegen „alle Modelle, die einen Klassenkampf zwischen Studenten und Professoren behaupten und auf diese Weise den Gruppenegoismus schüren", bei gleichzeitiger Behauptung der „Existenz einer Gemeinschaft zwischen allen Hochschulangehörigen", welche notwendige Grundlage für die Universitäten sei, ihren Aufgaben nachkommen zu können (*Der Ring* Nr. 1/1976, 3). Diese Leugnung von Interessengegensätzen zugunsten einer behaupteten Schicksalsgemeinschaft gemahnt frappierend an das konservative bis nationalsozialistische Ideologem der Volksgemeinschaft.

67 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 97, 100 und 109. Dieser ‚Boykott' hatte seine Vorgeschichte in den Konflikten zwischen den *Oberösterreichern* und dem Gros der DBÖ-Bünde in der Frage der Ehrenordnung (vgl. Kapitel III.5.4).

des Interesse“ zurück. Ihm zufolge lag inzwischen auch für die *Obergermanen*-Aktivitas „das Schwergewicht auf Veranstaltungen bezüglich Bundesheer, Südtirol, Siebenbürgen, 17. Juni“[68] – und damit auf Linie des burschenschaftlichen Mainstreams in Österreich. Ein anderer damals aktiver *Obergermane,* Kurt Eichhorn, diagnostizierte 1989, dass der RFS nach dem Ausstieg seines Bundes „zu einer rechtsradikalen Splittergruppe“ verkommen sei.[69] Der sukzessive Rückzug auch der anderen Verbindungen (bedingt nicht zuletzt durch deren eigene Nachwuchsprobleme, aber auch durch die inzwischen manifeste Bedeutungslosigkeit des Verbandes) brachte personelle Ausdünnung und fortgesetzte Wahldebakel mit sich.[70] 1986 waren es jedoch erneut Burschenschafter, die ihn reaktivierten. Der gesamte Vorstand wurde ausgewechselt und „in fast alle Vorstandsposten Olympen gewählt“, womit deren „ganze Aktivitas (…) in irgendeiner Form für den RFS eingesetzt“ war.[71] Ihre Energien investierte die neue Mannschaft nach eigenem Bekunden weniger in die Erarbeitung hochschulpolitischer Konzepte als in die Veranstaltung „durchaus auch brisanter (…) Vorträge an der Universität und die Herausgabe der Studentenzeitung ‚*Der Ring*‘“.[72] In einer Situation, in der der RFS innerhalb der ÖH jegliche Relevanz eingebüßt hatte (und das studentische Interesse an Politik im Allgemeinen eher nachzulassen schien[73]), wurde offenbar ein metapolitisches Projekt der ideologischen Diffusion verfolgt. Nicht nur faktisch, sondern gezielt und explizit nahm der RFS (als *Freiheitliche Studenteninitiative*/FSI) um 1990 Anleihen bei ‚neurechten‘ Politikkonzepten (vgl. Abschnitt IV.2.7).

Eine weitere Neuheit bestand in der engen Anlehnung an die – nunmehr von einem Burschenschafter und vormaligen ÖB-Mitbegründer geführte – FPÖ, zu der die *Frei-*

68 Hans Christ in einem Brief an Friedrich Tulzer vom Sommer 1989, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 127 f.

69 Brief an Tulzer vom Frühjahr 1989, zit. ebd., 135 f. Bemerkenswert an dieser augenscheinlich eher individuellen Distanzierung ist, dass die Chronik im weiteren Verlauf von den Veranstaltungen dieser „rechtsradikalen Splittergruppe“ mit den ‚Neurechten‘ Pierre Krebs und Reinhold Oberlercher 1986 bzw. 1987 berichtet und dabei die Beteiligung der *Germanen* selbst an der Organisation beider Vorträge – im ersteren Fall über die ARGE WBL – erwähnt (vgl. ebd., 137 und 141). Im Wintersemester 1986/87 wohnten die *Germanen* auch einem FAV-Vortrag des britischen Holocaustleugners David Irving bei, auf dem dieser „auf interessante Weise (veranschaulicht)“ habe, „wie Geschichtsfälschung betrieben wird“ (ebd., 139) – womit allerdings nicht Irvings eigene Arbeiten gemeint gewesen sein dürften.

70 Vgl. den Beitrag des RFS-Bundesvorsitzenden Michael Steinwender von 1985 in ‚*Der RFS – die Studentenvertretung des Dritten Lagers*‘, (Wahlwerbe-)Beilage zu *Aula* Nr. 5/1985, 4 (der Beilage) bzw. Oberösterreicher Germanen 1994, 100 und 121.

71 Dvorak 1996, 69. Vgl. zur Geschichte des RFS von 1985 bis 1995 aus der Innenperspektive H. Stefan 2009, kritisch Schiedel/Zellhofer 1995.

72 Dvorak 1996, 69; die Einstufung als Metapolitik wird in diesem Fall auch dadurch unterstrichen, dass der RFS sich sowohl in seiner Veranstaltungspolitik als auch in seiner publizistischen Tätigkeit eng am Vorbild der ‚Neuen Rechten‘ orientierte (ebd., 70).

73 Vgl. Weidinger 2010, 155 f.

heitlichen Studenten traditionell in ostentativer Distanz verharrt hatten (vgl. hierzu auch Kapitel V.2). Schon wahltaktisch war es der langjährigen zweitstärksten ÖH-Fraktion stets erstrebenswerter erschienen, sich als einzige parteiungebundene Wahloption auf Hochschulebene zu präsentieren, anstatt mit einer Fünf-Prozent-Partei assoziiert zu werden. Nun hatten die Verhältnisse sich umgekehrt – der RFS war vom Elektorat auf das politische Existenzminimum reduziert worden, während die FPÖ sich in steilem Aufstieg befand. Neben (verstärkter) finanzieller Unterstützung und der Abkehr der Partei vom Liberalisierungskurs Peters und Stegers war demzufolge auch die Hoffnung auf politischen Rückenwind ein Grund, sich von der Haider-FPÖ als deren quasi-offizielle Studierendenorganisation anerkennen zu lassen.[74] Allerdings war diese FPÖ auf Wachstum eingestellt und daher auch auf Hochschulboden nicht für das Minderheitenprogramm eines intellektualisierten Rechtsextremismus zu begeistern. 1988/89 erfolgten auf Druck der Partei (v.a. in Person der damaligen Generalsekretärin Heide Schmidt) die Auflösung des RFS und seine Neugründung als FSI. Da in Letzterer erneut bald Burschenschafter das Ruder übernahmen, änderte sich wenig an der Ausrichtung der Organisation. Im November 1991 hielt die FSI etwa eine Südtirol-Veranstaltung ab, bei der auch die gesamte Aktivitas der inzwischen zurückgekehrten *Oberösterreicher Germanen* sich als „Saalschutz" betätigte.[75] Zwei Jahre nach dem Auszug der Liberalen aus der FPÖ 1993 wurde die FSI wieder in den RFS überführt, der sich in der Folge verstärkt auch von Haider entfremdete.[76]

In Summe lässt sich konstatieren, dass der RFS Burschenschaften über einen gewissen Zeitraum die Möglichkeit eröffnete, in einem gesellschaftlichen Teilbereich politischen Einfluss auszuüben. Sein Niedergang war wohl teils durch nachlassendes Engagement der Bünde (ob aus mangelndem Interesse oder aufgrund des sich ab den 1960er-Jahren verschärfenden Personalmangels) bedingt, stärker aber durch Veränderungen in Gesellschaft und Hochschule, die außerhalb des burschenschaftlichen Einflussbereiches lagen. Mit dem Abstieg des RFS ging den Burschenschaften nicht nur ein wesentlicher Einflussbereich verloren, sondern Scheichl zufolge auch eine zunehmende Entpolitisierung einher: Das RFS-Engagement (bzw. die in seinem Rahmen von Burschenschaftern ausgeübten ÖH-Funktionen) hätte einst gleichsam dazu gezwungen, Positionen zu hochschul- und allgemeinpolitischen Fragen zu erarbeiten und diesen Positionen gleichzeitig eine gewisse Öffentlichkeit verschafft.[77]

---

74 Von dieser Anerkennung berichtet H. Stefan (2009, 130). Der *Aula*-Jugendausgabe *Identität* war 1992 zu entnehmen, dass die FSI seit 1989 „auf dem Boden der freiheitlichen Weltanschauung (steht), wie sie auch durch das Parteiprogramm der FPÖ beschrieben wird" (zit. n. Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 63).

75 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 176.

76 Vgl. H. Stefan 2009, v.a. 130f., sowie Schiedel/Zellhofer 1995, v.a. 59.

77 Interview vom 8.6.2012.

IV.2 Burschenschaftliche Betätigung im metapolitischen Sinn[78]

Ein gewisser Hang zu metapolitischer Betätigung – freilich nicht unter diesem Label, doch aber im Sinne eines ‚Kampfes um die Köpfe', um Deutungshoheit über bestimmte Fragen von öffentlichem Interesse – war dem völkischen Spektrum in Österreich seit seinen Anfängen zu eigen.[79] Stimmer spricht den Deutschliberalen in Monarchie und Erster Republik, trotz ihrer Formierung in Parteien, den Charakter einer „antiparteilich-ideologischen Bewegung" zu und Waldemar Steiner führte 1974 auf dem Stiftungsfest seiner *Olympia* aus, „die Burschenschaft" sei „selbst nie politische Partei" gewesen, sondern vielmehr „Träger des grundsätzlichen – des weltanschaulichen Gedankens".[80] Poetisch formulierte der Schriftsteller Robert Hohlbaum (1885–1955, *Stiria* Graz) den entsprechenden Auftrag in seinem Liedtext ‚Freiheit, Ehre, Vaterland!': „Nicht nur als des Hiebers Meister/für die Farben, warm und nah,/Auch auf der Mensur der Geister/fechtet ihr pro patria."[81] In dieser Perspektive scheinen Burschenschaften für metapolitische Aktivität geradezu prädestiniert. Entsprechend umfangreich gestaltete sich ihre einschlägige Tätigkeit über den Verlauf der Zweiten Republik.

IV.2.1 Gegen ‚Zeitgeist' und ‚Umerziehung': Frühe burschenschaftliche Metapolitik

In der ersten Phase der Wiedererrichtung nach 1945 schien es aus burschenschaftlicher Sicht zunächst – mit der gewichtigen Ausnahme des zur Staatsraison erhobenen Austro-Nationalismus – wenig Anlass für metapolitische Betätigung zu geben. An den Universitäten hatten die Burschenschaften nach Abzug der Alliierten wenig Unbill zu gewärtigen. Unter der Ägide konservativer ÖCVer als Unterrichtsminister herrschte an den hohen Schulen ein restaurativer Geist vor[82] und anstelle der vertriebenen Wis-

78 Während individuell-außerburschenschaftliches Engagement von Burschenschaftern in Parteipolitik und ‚klassischem' politischem Aktivismus auf die Kapitel V und VI ausgelagert wurde, wird es im Fall der Metapolitik – gemeinsam mit kollektiv-burschenschaftlichem Handeln – im vorliegenden Unterkapitel abgehandelt.

79 Vgl. hierzu und zum Begriff der Metapolitik auch Kapitel I.2 sowie die Einleitung zu Abschnitt IV.2.3.

80 Stimmer 1997 (Band II), 648 bzw. Steiner 1974, 10. Steiners Aussage ist in ihrem ersten Teil nicht zuletzt unter Verweis auf das weitgehend geschlossene Engagement der Burschenschaften in Österreich für den Nationalsozialismus zu relativieren – und gerade aus dem Mund Steiners (damals FPÖ-Vizebürgermeister von Salzburg) nicht gänzlich frei von unbeabsichtigter Ironie.

81 Marauschek 1960, 212. Auch ADC-/DBÖ-Funktionär Peter Wrabetz jun. bediente sich dieses Zitats – vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 4. Der Mensur-Metaphorik folgt auch die posthume Würdigung des umtriebigen burschenschaftlichen Publizisten Günther Berka *(Libertas)* durch einen Bundesbruder als „Kämpfer (…), der mit des Wortes schneidender Schäfe [sic] den Gegner bezwang", wie er es in seiner Jugend „mit dem scharf geschliffenen Speer und Schläger" getan habe (zit. in Libertas 1967, 357).

82 Vgl. Fleck 1996 sowie Knoll 1986, 275.

senschafterInnen wurden Protegés der Nationalsozialisten oder ihres autoritären Vorgängerregimes (wieder-)eingesetzt[83]. Auch über den Lehrkörper und die akademische Verwaltung hinaus sprechen ZeitzeugInnen noch für die 1960er-Jahre von einer unangefochtenen rechten bis „rechtsradikal(en)" Hegemonie.[84] Dieser Eindruck scheint angesichts etwa der konservativen Solidarisierungsfront mit dem antisemitischen Professor Taras Borodajkewycz 1965 subjektiv durchaus nachvollziehbar. Zu relativieren ist er unter Verweis darauf, dass die studentische Rechte zu keinem Zeitpunkt einen einheitlichen (schon gar nicht einen einheitlich ‚rechtsradikalen') Block darstellte, sondern von der Rivalität zwischen dem katholisch-konservativen und dem deutsch-völkischen Lager geprägt war. Was von außen als rechte bis ‚rechtsradikale' Hegemonie erschien, entsprach aus burschenschaftlicher Sicht der Wiederaufnahme eines innerrechten Hegemoniekampfes mit dem hochschulpolitischen Katholizismus (unter allerdings gegenüber der Monarchie und Ersten Republik umgekehrten Kräfteverhältnissen).[85]

Als nunmehr zweitstärkste verbindungsstudentische Kraft saßen die völkischen Korporationen an den österreichischen Hochschulen zunächst noch fest im Sattel. Auch die österreichische Nachkriegsgesellschaft war ihnen insgesamt nicht allzu feindlich gesinnt. Trotz häufiger Klagen über unfaire Behandlung insbesondere durch die sozialdemokratische und kommunistische Parteipresse war man sich bewusst, verglichen mit den bundesdeutschen Burschenschaften eine privilegierte Situation vorzufinden. Nicht nur standen die Hochschulbehörden den österreichischen Bünden wesentlich konzilianter gegenüber als den bundesdeutschen[86], auch die allgemeinen politischen Verhältnisse begünstigten Erstere, wie ein Berliner *Armine* 1961 ausführte: Aufgrund der relativen Bedeutungslosigkeit Österreichs und dessen erfolgreicher Externalisierung des Nationalsozialismus sowie harmonischerer innenpolitischer Verhältnisse könne die DBÖ „ihre Grundsätze offen darlegen" und in Sachen etwa des Antisemitismus in einer Weise „öffentlich unangefochten (…) Stellung beziehen", die der DB fraglos „ernste Konflikte mit der Öffentlichkeit" eintrüge.[87] Angehörige österreichischer Bünde sahen die deutschen einer „Umerziehung durch die Besatzungsmächte" und „bewußte(r) Fälschung

83 Für die Universität Wien vgl. Pfefferle/Pfefferle 2013 sowie Weinert 1986, 269.

84 Zit. n. Stoffl/Urbas 1980, 293. Die Verhältnisse in Graz und Innsbruck seien denen in Wien ähnlich gewesen, allerdings noch „viel krasser" (ebd., 294).

85 Vgl. dazu Weidinger 2010, v.a. 165–167. Der Burschenschafter Fritz Gärtner berichtet zudem von einem schweren Stand der „völkischen Gruppe an den Hochschulen" aufgrund materieller Benachteiligung und chronischen ‚Missverstanden-Werdens' (Alemannia 1962, 26).

86 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 15. Auch die im Archiv der Universität Wien einzusehende Korrespondenz zwischen Rektorat(-skanzlei) und Korporationen bezeugt eine neutrale bis entgegenkommende Haltung der akademischen Behörden jedenfalls dieser Universität. Für die Situation in Deutschland vgl. die *Aula* Nr. 1/1955 [Oktober], 1.

87 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 28/1961 (Vorort Bremen), 18.

des Geschichtsbildes der Vergangenheit“ ausgesetzt.[88] Unter diesem Eindruck und „unter dem Drucke der Amerikanisierung“ hätten die „reichsdeutschen Auffassungen“ sich merklich gewandelt; selbst „sowjetfreundliche( )“ Burschenschafter könne man in der BRD inzwischen antreffen.[89] Vor diesem Hintergrund ist die Reaktion Karl Claus’ *(Alania),* einer Zentralgestalt des ADC bzw. der DBÖ in den 1950er- und 1960er-Jahren, auf bundesdeutsche Vorwürfe zu verstehen, wonach die DBÖ einen neuerlichen staatlichen ‚Anschluß‘ an Deutschland erstrebe:

> Wenn uns in absehbarer Zeit etwas reizen könnte, so wären dies ausschließlich wirtschaftliche Aspekte. Soweit sich die Bundesrepublik politisch, geistig und gesellschaftlich von Österreich unterscheidet, ist weit und breit nichts zu erblicken, was auch wir unbedingt haben müßten – ganz im Gegenteil![90]

Noch Ende 1968 – in Deutschland hatte die Studierendenbewegung als solche den Höhepunkt ihrer Dynamik bereits überschritten – war dem internen Mitteilungsblatt der Innsbrucker *Germanen* zu entnehmen, dass in Österreich, verglichen mit der von alliierter „Umerziehung“ geprägten BRD, „(d)ie politischen und geistigen Verhältnisse (…) viel stabiler geblieben“ seien. „Obwohl auch wir uns dem westlichen Einfluß nicht ganz entziehen konnten, sind wird doch weitgehend verschont geblieben“.[91]

---

88 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des (ao.) ADC-Tages 1958, 4. Vgl. auch BAK, DB 9, DB 5627/2, Zimmermann 1959, 3 und 10. Anstelle dieses Erklärungsansatzes der geistigen Manipulation interpretierte Othmar Loibner *(Allemannia)* 1954 die Uneinigkeiten zwischen Burschenschaften in der BRD und in Österreich (geistes-)geschichtlich: Sie seien wohl auf das „verschiedene( ) Erleben der politischen Ereignisse der letzten Dezennien durch Österreicher und Deutsche“ zurückzuführen (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1954, 12).

89 Teutonia 1968, 105 bzw. 107.

90 BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961 (Vorort Bremen), 8.

91 *Germanenmitteilungen*, 15.12.1968, 6, vgl. ähnlich und noch rezenter den *Arminenbrief* von (mutmaßlich) Sommersemester 1995 (S. 3), der von der „Umerziehungsmaschinerie“ in der BRD zu berichten weiß. Die Selbstwahrnehmung der Österreicher als ‚weniger umerzogen‘ diente ihnen nach 1945 gegenüber den bundesdeutschen Bünden immer wieder zur Untermauerung der Authentizität allein *ihrer* Interpretation des burschenschaftlichen Auftrages. Tatsächlich war eine systematische *reeducation* jedenfalls auf schulischer Ebene in Österreich unterblieben (vgl. Heinemann 1981), was auch das weitgehend nahtlose Anknüpfen der dortigen Burschenschaften an ihre Vorkriegsüberlieferung und damit das Ausbleiben einer grundlegenden geistigen Reorientierung begünstigt haben dürfte. Damit verschärfte sich auch die Kluft zwischen den österreichischen und (vielen) bundesdeutschen Bünden im Sinne eines ausgeprägteren Extremismus der Ersteren, welche schon vor den beiden Weltkriegen bestanden hatte. Als plausible Erklärungsfaktoren ihrer historischen Ursachen bieten sich Bedrohungsangst und Überkompensation an: Erstere als Reaktion des völkischen Lagers auf die geographische ‚Grenzlandlage‘ Österreichs und die ethnische Diversität der k.u.k. Monarchie, Letztere als identitätspolitische Antwort desselben Lagers auf den 1866/1871 erlittenen ‚Ausschluss aus Deutschland‘, der völkischen Kreisen in Österreich in deren eigener Wahrnehmung eine fortwährende Beweislast über ihr eigenes ‚Deutsch-Sein‘ auferlegte

Obwohl also der ‚Zeitgeist' den österreichischen Bünden günstiger wehte als den bundesdeutschen, sahen sie schon früh – und lange bevor französische und bundesdeutsche Rechtsextremisten die programmatischen Grundlinien einer ‚Neuen Rechten' formulierten – Anlass zu metapolitischem Engagement. Vom zunächst weitgehenden Ausschluss von direkter politischer Gestaltungstätigkeit nach 1945 abgesehen, war dafür gerade die Sorge ursächlich, die an der Gesellschaft der BRD und den dortigen Burschenschaften konstatierten Aufweichungserscheinungen (klare Verurteilung des Nationalsozialismus, unzweideutige Abkehr vom Antisemitismus, teilweise Gebietsverzichte) könnten auch auf Österreich übergreifen, zumal erste dahin gehende Indizien bald gefunden waren.[92] ‚Umerziehung' und ‚Amerikanisierung' wurden daher zum Dauerthema (nicht nur) der *Aula* und blieben es bis heute.[93] Selbst in für österreichische Verhältnisse liberalen burschenschaftlichen Kreisen wurden noch 40 Jahre nach Kriegsende Meinungen wie jene vertreten, das Kriegsziel der Alliierten im Zweiten Weltkrieg habe sich nicht in der Niederringung des Nationalsozialismus erschöpft, sondern „vielmehr die Vernichtung Deutschlands" eingeschlossen – welche nach dem militärischen Sieg eben „in anderer Form weiterverfolgt wird (Teilung, Umerziehung, Entnationalisierung usw.)".[94]

Eine frühe Formulierung eines metapolitischen Programms findet sich 1964 bei den Innsbrucker *Germanen.* Deren Altem Herren Tschörner zufolge erstrebe die DBÖ „ein völkisches Denken u. eine völkische Erneuerung unter Zurückstellung des Parteipolitischen". Dazu müsse sie „eine Entwicklung erreichen", als deren Ergebnis es gesellschaftlich als schlichtweg „unehrenhaft" gelte, sich selbst als „Ostdeutsche(n)" statt als Deutschen zu bezeichnen.[95] Im Rahmen einer bundinternen Diskussion 1967 stellte ein Bundesbruder Tschörners, AH Bruckner, fest, man könne für ein Parteiprojekt als Burschenschaft lediglich „den Boden (…) vorbereiten".[96] Diese Sichtweise wurde zwar offenkundig nicht von allen Burschenschaftern geteilt, wie etwa die Gründung der

---

und sie unbedingte Traditionstreue zum Wert um seiner selbst willen erheben ließ. Beides begünstigte die Durchsetzung und Bewahrung einer besonders harten Form des völkischen Denkens und Handelns unter den Burschenschaftern Österreichs.

92 So hatten sich, in der Wahrnehmung mancher völkischer Traditionalisten, die ‚Umerzieher' bereits angeschickt, die parteipolitische Vertretung des ‚Dritten Lagers' in ihrem Sinne zu manipulieren – vgl. dazu Otto Scrinzis Artikel über seinen VdU-Parteikollegen Herbert Kraus als „gescheiterte(n) Umerzieher" (*Aula* Nr. 6/1988, 24). 1964 kommentierte ein Alter Herr von *Germania* Innsbruck den Wunsch seiner Aktivitas, eine Bestandsaufnahme burschenschaftlicher Theorie und Praxis durchzuführen, mit der Bemerkung, die Betreffenden seien „ganz offensichtlich dem Zeitgeist verfallen" (*Germanenmitteilungen*, Juli 1964, 6). Wenige Jahre später sah ein anderer AH sich veranlasst zu betonen, dass die *Germanen* „keine Knechte des Zeitgeistes werden" dürften (*Germanenmitteilungen*, März 1967, 20).

93 Vgl. Gärtner 1996, 332 f.

94 Hartmut Rochowanski, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 130.

95 *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 5.

96 *Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.

Nationaldemokratischen Partei zeigt (vgl. dazu Kapitel V.2, insbesondere den dortigen Exkurs zu NDP und NFA). Dennoch stehen diese beiden Zitate exemplarisch für eine in burschenschaftlichen Kreisen in Österreich nach 1945 weitverbreitete Haltung, wonach die politische Aufgabe der Burschenschaften auf überindividueller Ebene vorrangig darin bestehe, politischen Veränderungen gleichsam diskursiv den Weg zu bahnen.

Dieser ‚Kampf um die Köpfe' wurde auf unterschiedlichen Ebenen und mit einer breiten Palette an Mitteln geführt, gemäß der Aufforderung *Aldanias* von 1961, „mit unseren Gedanken in die Öffentlichkeit [zu] treten, damit wir mit ihnen durchdringen können".[97] Von hervorragender Bedeutung war dabei publizistische Tätigkeit auf individueller und kollektiver Ebene, Letzteres in Österreich v.a. im Rahmen der *Aula* (vgl. Abschnitt IV.2.5). Auch als Politiker, Mittel- und Hochschullehrer oder als Bildungsreferent beim Österreichischen Bundesheer[98] nahmen Burschenschafter Multiplikatorenpositionen ein. Auf institutioneller Ebene richtete die DBÖ 1962 ein Pressereferat ein, dem der entsprechende *Brixia*-Antrag nicht nur die Aufgabe zugedachte, „Presseattacken gegen die Burschenschaft" abzuwehren, sondern auch „die Presse bei allen sich bietenden Gelegenheiten über die burschenschaftliche Idee aufzuklären".[99] Die Burschenschaften müssten bemüht sein, „mit allen (…) zur Verfügung stehenden Mitteln in dei [sic] Öffentlichkeit zu wirken".[100] Dazu zählte – durchaus im Sinne der später (auch) von rechten Gramscianern erhobenen Forderung nach Einmengung in das künstlerische Geschehen, zumal auch dort Meinungen und Werthaltungen gebildet würden, – auch literarische Tätigkeit.[101] Eine solche entfalteten etwa der schon genannte Robert Hohlbaum *(Stiria),* Mirko Jelusich *(Gothia)* oder Fritz Stüber *(Gothia/Vandalia).* Alle drei scheinen mit ihrem Gesamtwerk auf der im Jänner 1946 vom Unterrichtsministerium herausgegebenen ‚Liste der gesperrten Autoren und Bücher' für Buchhandel und Büchereien auf, die Schriften mit „eindeutig nationalsozialistische bzw. faschistische Ideologien" repräsentierenden Inhalten auflistete.[102] Alle drei konnten ihre Literaten-Laufbahn in der Zweiten Republik fortsetzen.

Die Bandbreite früher metapolitischer Aktivitäten von burschenschaftlicher Seite, die u.a. auch Vorträge, Flugblattaktionen, Ausstellungen und Kundgebungen einschlossen, wird nachfolgend anhand dreier zentraler Aktions- und Themenfelder der

97 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift der gemeinsamen Tagung des DBÖ- und Altherrentages 1961, 4.

98 So der *Aldane* Heinz Zorn (1908–1990) – vgl. Aldania 1994, 224.

99 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 13 f.

100 Ebd., 14.

101 Nicht umsonst würdigte der *Liberten*-Chronist 1967 den Einsatz seines Bundesbruders Günther Berka „im literarischen Kampfe" (Libertas 1967, 364).

102 Zit. n. Renner 1986, 209; vgl. auch ebd., 210 sowie zu Stüber ebd., 224. Hohlbaum und Jelusich hatten zudem, wie auch der *Alane* Hans Giebisch, 1938 im *‚Bekenntnisbuch'* des *Bundes deutscher Schriftsteller Österreichs* ihre Unterstützung des NS-Regimes dokumentiert.

Nachkriegszeit und darüber hinaus dargestellt: der ‚Deutscherhaltung' Österreichs, der Geschichtspolitik und des Einsatzes für das ‚deutsche Volkstum' auch jenseits der österreichischen Grenzen.

IV.2.2 Wider die ‚österreichische Nation'

Wie bereits in Kapitel III.7 ausgeführt, war der völkische Nationalismus seit jeher Angelpunkt burschenschaftlicher Weltanschauung gewesen. Mit Kriegsende 1945 mutierte das ‚Deutschtumsbekenntnis' vom innenpolitischen Gemeinplatz zu jenem Politikum, das burschenschaftliche Weltanschauung von der tragenden Ideologie der Zweiten Republik schied und an dessen Popularisierung die Zukunftsfähigkeit burschenschaftlicher Politik überhaupt geknüpft schien. Insoweit Burschenschafter darin das Ordnungsprinzip menschlichen Zusammenlebens schlechthin erkannten, ergab sich daraus für sie im Kontext einer Welt von Nationalstaaten seit den Tagen der Urburschenschaft die Befürwortung einer staatlichen Einigung ‚aller Deutschen'. Der Staatsvertrag von Wien verankerte jedoch das Verbot von ‚Anschluß'-Propaganda als völkerrechtliche Verpflichtung im Verfassungsrang und erlegte den Burschenschaften damit eine schmerzhafte Begrenzung in der Verfolgung ihrer selbst gegebenen, zentralen politischen Mission auf.[103] Trotz oder gerade aufgrund dieses Umstandes bestimmte die Frage der Nationalität der österreichischen Mehrheitsbevölkerung jedenfalls in den 1950er- und 1960er-Jahren neben der Südtirolthematik die „politische Arbeit" der Burschenschaften in Österreich.[104]

Angesichts der veränderten rechtlichen und realpolitischen Bedingungen formulierten diese ihre Hauptaufgabe um: Es galt nun, die Sichtweise am Leben zu erhalten bzw. möglichst breit zu popularisieren, wonach ‚das deutsche Volk' mehr und anderes sei als die Summe der StaatsbürgerInnen der BRD und allenfalls der DDR. Dieses Ansinnen fand einerseits in konkreten politischen Forderungen Ausdruck, wie in Abschnitt IV.1.1 gezeigt[105]; andererseits versuchte man auch direkt – ohne den Umweg über politische Institutionen – in bewusstseinsbildender Weise auf die Gesamtgesellschaft ein-

---

103 Zur Frage, inwiefern ein ‚Anschluß'-Wunsch unter den Burschenschaften Österreichs nach 1945 tatsächlich noch Bestand hatte, vgl. Kapitel III.7.2.

104 Cerwinka 2009, 101.

105 Ein frühes Beispiel lieferten *Olympia* und *Leder* 1956 mit einem vom ADC einhellig angenommenen Antrag, die Burschenschaften mögen sich für die Wiedereinsetzung der österreichischen Bundeshymne von 1929 bis 1938 (der sogenannten ‚*Kernstock-Hymne*') engagieren. Deren Reiz bestand aus burschenschaftlicher Sicht v.a. in der darin enthaltenen Beschwörung von ‚deutscher Arbeit' und ‚deutscher Liebe', die einem zumindest indirekten Bekenntnis zum ‚deutschen Charakter' Österreichs gleichkam, sowie in dem Umstand, dass sie nach der alten Haydn-Melodie und somit nach derselben Melodie wie das ‚*Deutschlandlied*' gesungen wurde. Überdies vermeinte man möglicherweise, mit der Propagierung des stark religiös geprägten Liedes das christlichsoziale Lager unter Erklärungsnotstand versetzen zu können. (Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 12 f.)

zuwirken. Hierbei fällt auf, dass dieses Vorhaben in den 1950er- und 1960er-Jahren v.a. publizistisch (vorrangig in Medien des eigenen Lagers wie der *Aula* sowie in Leserbriefen) umgesetzt wurde, während man ab den 1970er-Jahren stärker aktionistisch und auch stärker nach außen gewandt auftrat.[106] Der Grund für diesen Umschwung dürfte in der Durchsetzung des Austronationalismus auf breiter gesellschaftlicher Basis zu finden sein.[107] Diese Entwicklung entspannte zum einen das Verhältnis von Behörden und politischen Autoritäten zu einem zunehmend irrelevant erscheinenden deutschnationalen Lager (und linderte so auch den tatsächlichen oder antizipierten Repressionsdruck gegen völkische Bestrebungen); zum anderen schien der Umstand, dass die ‚nationale Frage' außerhalb dieses Lagers zunehmend gar nicht mehr gestellt wurde, die Virulenz derselben aus burschenschaftlicher Sicht erst recht zu unterstreichen. Eine WKR-Kundgebung vom November 1976 unter dem Motto „1000 Jahre Deutsch/Österreich" ist auch als Intervention in diesem Sinne zu verstehen.[108]

Den größten Teil der aktionistisch-burschenschaftlichen Bewusstseinsarbeit für das ‚deutsche Österreich' bildeten Aktionen zum Tag der deutschen Einheit, der in der Bundesrepublik bis 1990 am 17. Juni (seither als Nationalfeiertag am 3. Oktober) begangen wurde. Bemerkenswerterweise war es eine Burschenschaft aus Österreich – *Olympia* Wien –, die am DB-Burschentag 1975 den Antrag stellte, alle Mitgliedsbünde zu einer Veranstaltung an diesem Tag zu verpflichten, da er „immer mehr in Vergessenheit" gerate.[109] Für die österreichischen Bünde bot der bundesdeutsche Feiertag nicht nur eine Möglichkeit, die deutsche Teilung auf völkischer Folie zu thematisieren, sondern auch einen willkommenen Anlass, mit ihrer Kernbotschaft der Nicht-Identität von staatlichen und ethnischen Grenzen nach außen zu treten. Nach Darstellung der *Oberösterreicher Germanen* habe „dieser Gedenktag immer mehr Gewicht im Rahmen der korporativen politischen Aktionen in Wien eingenommen", nachdem linke Studierende eine Ausstellung des WKR zur menschenrechtlichen Situation in der DDR

106 Als eine Ausnahme lässt sich beispielsweise die 1958 von *Arminia* Graz propagierte Initiative anführen, den damals anstehenden ersten Tag der freiheitlichen Akademiker mit einer ‚Erzherzog-Johann-Feier' zu kombinieren, um einer befürchteten „Verfälschung der historischen Persönlichkeit" des Erzherzogs durch andere Akteure im Zuge des folgenden Gedenkjahres proaktiv entgegenzuwirken (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des ADC- und des Altherrentages 1958, 10 sowie BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 1 [Alemannia] vom Juni 1958, 5). Mutmaßlich antizipierte man eine nicht der Staatsraison der Zweiten Republik entsprechende Unterschlagung der Rolle Johanns als von der Frankfurter Nationalversammlung 1848 eingesetzter Reichsverweser und damit provisorisches Staatsoberhaupt eines nie entstehenden ‚gesamtdeutschen' Reiches.

107 Vgl. dazu Spann 1997, 153 f., der schon in den öffentlichen Reaktionen auf neonazistische Vorfälle und die Borodajkewycz-Affäre in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre „eine sich festigende österreichische Nationalidentität" sichtbar werden und diese Entwicklung in weiterer Folge durch staatliche Maßnahmen (u.a. die Einführung des Nationalfeiertages 1965) weiter gefestigt sieht.

108 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 12.

109 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 26.

zerstört hätten.[110] Solche Schautafel-Präsentationen sowie Infotische im universitären bzw. öffentlichen Raum erwiesen sich in den 1970er- und 1980er-Jahren als bei Burschenschaften besonders beliebte Aktionsform zum bzw. rund um den 17. Juni. Organisiert wurden die Ausstellungen von unterschiedlichen Akteuren: der Wiener *Örtlichen Burschenschaft* (ÖB, u.a. 1974 in der Aula der Universität Wien und 1980 f. ebendort sowie an der TU Wien)[111], der AG DBÖ (1976, Linz)[112], den *Oberösterreicher Germanen* (u.a. 1978, Neues Institutsgebäude der Universität Wien)[113] und der ARGE WBL (u.a. 1984, noch als WB, am Stephansplatz, 1985 am Stock-im-Eisen-Platz und 1987 vor der Universität)[114]. Ergänzend wurden meist Flugblattverteilaktionen, Kundgebungen und/oder Vortragsveranstaltungen durchgeführt.[115] In den 1980er-Jahren stellten die Aktionen zum 17. Juni die einzige regelmäßige Unternehmung der WBL dar. Die erhoffte Resonanz der damit adressierten Öffentlichkeit blieb jedoch weitgehend aus, wie der Wiener Landsmannschafter Bernhard Eigner *(Cimbria)* 1989 in einer selbstreflexiven Bestandsaufnahme festhielt. Die ‚gesamtdeutsche' Herangehensweise, so Eigners Analyse, verheiße in Österreich anno 1989 keinen Erfolg mehr, da den Menschen der persönliche Bezug zur DDR oder dem Memelland (lit. Klaipėdos kraštas) fehle; auch stoße der Umstand, dass Österreich „auf der gezeigten Deutschlandkarte (…) nur als kleiner Flecken" aufscheine, „die Leute ab". Man möge sich daher in Hinkunft in der Vermittlung der völkischen Agenda stärker auf Gebiets-„Ansprüche" der „Republik Deutsch-Österreich" verlegen.[116]

---

110 Oberösterreicher Germanen 1994, 88. Schon 1976 hatte die Ausstellung an der Universität Wien für Konflikt gesorgt: Rektor Seitelberger hatte sie unter Verweis auf Krawalle bei einem Vortrag Otto Scrinzis einige Jahre zuvor untersagt (vgl. ebd., 76).

111 Vgl. ebd., 45 f. bzw. 95 und 101.

112 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1976, 2 und 56 f. Die DBÖ hatte bereits 1969, noch vor der Aufnahme österreichischer Bünde in die DB, gemeinsam mit dieser eine Wanderausstellung zum Thema „Geteiltes Deutschland" organisiert. Deklariertes Ziel war es dabei, einem Brief des *Liberten* Peter Weiss an Rektor Kraus von der Universität Wien zufolge, „der Studentenschaft den widernatürlichen friedlosen Zustand" der deutschen Lande näherzubringen und somit „der Gewöhnung an die ‚Normalität' des status quo vorzubeugen" (AUW, S 259.165, Brief vom 8.11.1968).

113 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 88.

114 Vgl. ebd., 124 und 132 sowie die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Sommer 1987, 4.

115 Ad Vortragsveranstaltungen vgl. etwa ÖGZ, OR/ARGE WKR (Mappe 24), Flugblatt zum Vortrag „Menschenrechte in der ‚DDR'" mit Dieter Borkowski am 15.6.1978. Beispiele für Kundgebungen umfassen einen DBÖ-„Gedenkumzug" in Linz 1976, einen WKR-„Farbenbummel durch die Wiener Innenstadt" inklusive Flugblattverteilung 1979 oder eine „Demonstration" der ARGE WBL 1987 vor der Universität Wien (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Niederschrift des DB-Burschentages 1976, 2 bzw. Dvorak 1996, 66 bzw. *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Sommer 1987, 4).

116 Vgl. *Cimbern-Zeitung* Nr. 108/1989 (Heumond/Juli), 17. Eigner nennt in diesem Zusammenhang Teile Sloweniens, Italiens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei. Sein Ansatz eines deutschnational grun-

Während also der deutsche (Quasi-)Nationalfeiertag von den Burschenschaften Österreichs begangen wurde, lieferte ihnen der österreichische – von burschenschaftlicher Seite auch nach seiner Erhebung in diesen Status 1965 ‚Staatsfeiertag' genannt – lediglich Anlass zu Missfallenskundgebungen, wie etwa einer Flugblattaktion 1980 im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von BG und DBÖ in Graz.[117] Hatten sich die Burschenschaften nach 1945 mit der österreichischen Eigenstaatlichkeit zumindest als Provisorium arrangiert, so war die Rede von einer ‚österreichischen Nation' für sie nach wie vor unannehmbar. Besonders nachdrücklich dokumentierte dies *Olympia* 1988, als sie – im Beisein zweier Fernsehteams – einen Kranz „mit schwarz-rot-goldener Schleife" am Denkmal des Erzherzogs Karl am Wiener Heldenplatz niederlegte. Die Aktion sollte – der Kranzschleifen-Aufschrift „Der historischen Wahrheit – Burschenschaft Olympia" nach zu schließen – offenkundig einmal mehr den deutschen Charakter Österreichs untermauern.[118] Die Statue des Erzherzogs, den die Inschrift als „beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre" würdigt, erscheint zu diesem Zweck durchaus passend (wenngleich sie einst mit anti-preußischer, auf Habsburger Hegemonie im deutschsprachigen Raum pochender und somit denkbar unburschenschaftlicher Intention angebracht worden war[119]). Auch das Datum wurde mutmaßlich bewusst gewählt: Es handelte sich um den 13. März und somit um den 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich, d.h. der Verwirklichung „des Traumes der Deutschen Burschenschaft vom großen Reiche aller Deutschen"[120], soweit dieser Traum Österreich betraf.

Der hohe Stellenwert historischer Bezüge und sorgfältiger symbolischer Inszenierung im öffentlichen Auftreten von Burschenschaften (zumal angesichts der medialen Begleitung, die von einer gezielten Kundgebung nach außen ausgehen lässt) schließt einen Zufall nahezu aus. Der Heldenplatz als mit dem ‚Anschluß' symbolisch eng verknüpfte Bühne der Aktion sowie der Umstand, dass rund um jenes Datum eben das erwähnte Jubiläum Thema Nummer eins im öffentlichen Leben Österreichs war[121], lassen alternative Jahrestage mit gleichfalls großdeutschem Bezug (am prominentesten

dierten, großösterreichischen Irredentismus fand allerdings, soweit feststellbar, im völkischen Korporationswesen kaum Anhänger.

117 Vgl. Dvorak 1996, 67.

118 Ebd., 71.

119 Vgl. Hanisch 2003, 112.

120 *Aula* Nr. 7–8/1971, 22 (ohne Autor).

121 Es fanden in diesen Tagen quer durch Österreich Hunderte Gedenkveranstaltungen statt, darunter eine Kundgebung mit kolportierten rund 30.000 TeilnehmerInnen am Wiener Rathausplatz am 10.3. und eine weitere mit fünfstelliger TeilnehmerInnenzahl am 12.3. am Ballhausplatz (vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 11.3.1988, 1–5; vom 12.3.1988, 1–5; vom 14.3.1988, 2 f.; sowie, zu neonazistischen Interventionen, vom 15.3.1988, 3).

darunter der Beginn der Märzrevolution 1848) als historische Referenzen weniger plausibel erscheinen.[122]

Einen auch aktionistischen Höhepunkt erreichte die öffentliche Propagierung großdeutschen Denkens durch Burschenschafter nach 1945 im Gefolge des Berliner Mauerfalls 1989. Drei Tage später, am 12. November, trafen einander „150 Farbenstudenten – teilweise mit ihren Familien", um adjustiert mit Couleur, schwarz-rot-goldenen Fahnen und Fackeln durch die Wiener Innenstadt zu ziehen.[123] Laut einer WKR-Presseaussendung des Folgetages wurde dabei am Michaelerplatz das ‚Deutschlandlied' abgesungen – in „alle(n) drei strophen", wie man nicht zu betonen vergaß. Die Aktion habe darauf abgezielt, „die bevoelkerung wachzuruetteln um auf die problematik des gewaltsam geteilten deutschlands hinzuweisen"[124] – und ist damit, wie auch aufgrund der angestrebten Multiplikation ihres Effekts durch mediale Verbreitung, als metapolitische einzustufen. Der 18.11. brachte eine Neuauflage der Aktion mit leicht veränderter Route.[125] In etwa zur selben Zeit erkundeten Wiener *Silesen* und *Liberten* den eigentlichen Ort des Geschehens, bezogen mit einem Transparent („DEUTSCHLANDS HERZ SCHLÄGT BIS WIEN") Stellung am Brandenburger Tor und verteilten ebendort Flugblätter.[126] Anlässlich des Beitritts der DDR zur BRD mit 3. Oktober 1990 veranstaltete die ARGE WBL schließlich einen weiteren Fackelzug, den sie – stimmigerweise einmal mehr am Heldenplatz – wiederum mit dem ‚Deutschlandlied' ausklingen ließ.[127]

Trotz aller Bemühungen blieb der ostentative Deutschnationalismus der Burschenschaften in der Zweiten Republik zumeist unterhalb der Wahrnehmungsschwelle einer breiteren österreichischen Öffentlichkeit. Wo die einschlägigen Kundgebungen wahrgenommen wurden, stießen sie zum Teil auf Ablehnung, vor allem aber – und dies schien den Protagonisten ungleich mehr Sorgen zu bereiten – auf Verständnislosigkeit, wie

122 Eine definitive Klärung ist weder der *Olympen*-Chronik zu entnehmen, noch konnte sie durch explizite Rückfrage beim Chronisten herbeigeführt werden. Damit war auch nicht abschließend zu klären, ob die Forderung nach „historische(r) Wahrheit" sich auf den deutschen Charakter Österreichs, auf die breite Unterstützung der österreichischen Bevölkerung für die Annexion, auf die NS-Politik insgesamt oder aber auf Sonstiges bezog. Jedenfalls die beiden erstgenannten Punkte bildeten im Allgemeinen feste Bestandteile des burschenschaftlichen bzw. völkisch-verbindungsstudentischen Argumentariums rund um Jubiläen des 1938er-Jahres (vgl. etwa die Märzhefte der *Aula* von 1968, 1978 und 1988).

123 Oberösterreicher Germanen 1994, 154. Vgl. auch die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Wintersemester 1989/90, 3 sowie *Die Welt* vom 15.11.1989 („Als wär's für sie Innenpolitik").

124 Oberösterreicher Germanen 1994, 155 (Kleinschreibung und Umlaute i.O.).

125 Vgl. ebd., 157. In Leoben führten die örtlichen Burschenschaften *Cruxia* und *Leder* am 16.12. einen „Aktionstag" durch und verteilten Flugblätter, denen zufolge die Geschichte den Burschenschaften – die „jahrzehntelang" als einzige auf Unrecht in der DDR hingewiesen und dafür „schwere Diskriminierungen" erlitten hätten – recht gegeben habe (zit. n. den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 2/1990, 16).

126 *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia, Wintersemester 1989/90, 11.

127 Vgl. Dvorak 1996, 74.

ein Zitat von Gerhard Wirl (*Silesia* Wien und *Arminia Czernowitz* zu Linz, langjähriger Obmann der *Vereinigung alter Burschenschafter* [VaB] Salzburg sowie des Salzburger FAV) von 1995 zum Ausdruck bringt:

> In der ersten [sic] Republik, vielleicht auch noch in den 50er und 60er Jahren wurden die Anliegen der Burschenschaft in Akademikerkreisen verstanden und je nach Standpunkt abgelehnt oder akzeptiert. Heute versteht man uns nicht mehr, allenfalls werden wir interpretiert.[128]

Auch der *Cimber* Eigner ortete in Sachen der großdeutschen Position der völkischen Verbindungen „Unverständnis, auf das wir fast allerorts stoßen", und vermutete einen Grund dafür in „unsere(r) bisherige(n) doch eher ungeschickte(n) Argumentationsweise".[129] Wo Burschenschaften nicht Unverständnis, sondern Entrüstung von austriazistischer und/oder antifaschistischer Seite ernteten, konnten sie sich zwar in ihrer Selbstwahrnehmung als Stachel im Fleisch der „ideologische(n) Missgeburt" (Jörg Haider) bestätigt fühlen, die die ‚österreichische Nation' aus ihrer Sicht darstellte; Propagandaerfolg im Sinne einer nachhaltigen gesellschaftlichen Verbreitung großdeutscher Regungen war ihnen jedoch auch damit kaum beschieden. Die Existenz einer ‚österreichischen Nation' wurde über den Zeitraum der Zweiten Republik von immer weiteren Bevölkerungsteilen bejaht – zum Zeitpunkt des Mauerfalls bereits auch von einer Mehrheit der FPÖ-WählerInnen.[130]

IV.2.3 Gegen ‚Geschichtslügen': Burschenschaftliche Geschichtspolitik

Geschichtspolitik wurde in Kapitel II.5 als Begriff zur Erfassung vornehmlich öffentlich ausgetragener Deutungskämpfe um geschichtliche Tatbestände eingeführt.[131] Eigentlicher Gegenstand dieser Auseinandersetzungen um Definitions- und Deutungsmacht (als Fähigkeit, eigene Konstruktionen von Vergangenheit möglichst allgemein anerkannt zu machen) ist Legitimität: „Im Kampf um die kollektive [also gruppen- und klassenübergreifende, Anm. B.W.] Geltung ihrer Interpretationsangebote verhandeln die politischen Akteure um die Legitimität ihrer vergangenen, gegenwärti-

128 *Arminenbrief,* (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 4.

129 *Cimbern-Zeitung* Nr. 108/1989 (Heumond/Juli), 17. Vgl. die zuvor zitierten Ausführungen Eigners zu deutschen und ‚deutsch-österreichischen' Gebietsansprüchen.

130 Vgl. Breuss/Liebhart/Pribersky 1993, v.a. 556–558 bzw. zur FPÖ: 558.

131 Vgl. Bock/Wolfrum 1999, 9: „Das Erkenntnisinteresse von Geschichtspolitik richtet sich auf die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich beispielsweise über Rituale und Diskurse vollziehen, wohingegen gesetzgeberische und justizielle Handlungsoptionen weniger Beachtung finden." Hinsichtlich der historischen Begründung und Verfechtung von ‚Identitätsbildern' durch Burschenschafter vgl. Abschnitt IV.2.2. Die Identitätsbildung nach innen ist vorrangige Funktion der burschenschaftlichen Vergangenheitsbewältigung (vgl. zu dieser Kapitel II.5).

gen und zukünftigen politischen Handlungen."[132] Im Kampf um den Erhalt bzw. die Herausforderung von ,(Meinungs-)Hegemonie' treten unterschiedliche, aus gegenwärtigen Interessen abgeleitete Vergangenheitskonstruktionen in Widerstreit und machen aktuelle Macht- und Interessenkonstellationen sichtbar.[133] Auf diese Weise gewinnt die Behandlung von Ereignissen vor 1945 Relevanz für die (Nachkriegs-)Gegenwart – und damit auch für deren Beforschung.

Sandner zufolge verfolgt Geschichtspolitik, von politischen Parteien betrieben, stets „Abgrenzungs- und Integrationsinteressen", solche der „Identitätsstiftung im Inneren" und der „Profilierung und Konturierung gegenüber dem Anderen". Die Geschichtspolitik zivilgesellschaftlicher Gruppen (etwa von Veteranen- und Opferverbänden) tendiere dagegen dazu, eine bestimmte Klientel zu bedienen, indem sie deren „historische Legitimität", ihre Deutungsansprüche und ihren „historischen Erfahrungshorizont" durchzusetzen versucht.[134] Burschenschaften nahmen hier in der Zweiten Republik eine Zwitterstellung ein: Zum einen wiesen sie ein relativ klar umrissenes politisches Profil auf und dienten ihre öffentlich vermittelten Geschichtsdeutungen fraglos der inneren Integration und äußeren Profilierung. Zum anderen verstanden sie sich auch als Stimme der ,Kriegsgeneration', die sie gegen als verunglimpfend empfundene Darstellungen in Schutz zu nehmen und deren Handeln sie historisch plausibel zu machen suchten. Im Zuge dessen agierten sie nicht zuletzt als Anwälte ihrer selbst: Spezifische Narrative über die Zwischenkriegs- und Kriegsereignisse sollten dazu dienen, Salonfähigkeit in der (Nachkriegs-)Gegenwart zu gewinnen.

Neben der eigenen Legitimierung war es den Burschenschaften Österreichs in geschichtspolitischer Hinsicht auch um die Delegitimierung[135] anderer zu tun: So wurde etwa – bei gleichzeitiger Betonung der eigenen Standhaftigkeit – der Opportunismus anderer ehemaliger UnterstützerInnen des NS-Regimes kritisiert, die nach dem Krieg dem Deutschnationalismus abgeschworen hatten und/oder in andere politische Lager gewechselt waren; auch betrieb man die Diskreditierung dieser Lager selbst, ja der Nachkriegsordnung insgesamt, indem sie als Instrumente bzw. als Produkt der Siegermächte dargestellt wurden, die ein De-facto-Besatzungsregime über 1955 hinaus etablieren sollten. In diesem Sinne war burschenschaftliche Erinnerung eine „kontrapräsentische", gegen den Status quo politischer Herrschaft (freilich aber nicht gegen Herrschaft an sich) gerichtete.[136] Die von Sandner gleichfalls erwähnte Funktionalisierung von Geschichte zur kollektiven Identitätsstiftung wurde von burschenschaft-

132 Thomas Herz/Michael Schwab-Trapp, zit. n. Sandner 2001, 13. Vgl. zu geschichtspolitischen Konflikten und ,kultureller Hegemonie' Sandner 2001, 12–15.

133 Vgl. ebd., 13–15.

134 Ebd., 12.

135 Vgl. ebd., 8.

136 Ebd.

licher Seite etwa in Kundgebungen und Kommersen zu runden Jahrestagen, der Einsatz von Geschichte als „Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Masseneinfluß und Macht" u.a. im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes Norbert Burgers 1980 oder permanent in Form publizistischer Tätigkeit vorgenommen.[137] Die folgenden Absätze sollen dazu dienen, diese allgemeinen Feststellungen zu präzisieren und anhand konkreter Beispiele zu illustrieren.

Im Kapitel zur Vergangenheitsbewältigung wurde festgestellt, dass die burschenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem nach innen gerichtet war. Die Idee, in solchen Belangen öffentlich, gleichsam metapolitisch zu intervenieren, in Kämpfe um das hegemoniale Geschichtsbild der Zweiten Republik aktiv einzusteigen, setzte sich erst später durch. An einschlägigen Absichtserklärungen mangelte es aber bereits zuvor nicht. Robert Zimmermann *(Silesia)* sah es schon 1957 als burschenschaftliche Aufgabe an, „Verirrungen" wie die Annahme einer Mitschuld der „Leser oder auch Nichtleser" von ‚Mein Kampf' „nicht in weite Kreise unseres Volkes dringen" zu lassen.[138] Fünf Jahre später postulierte der Wiener *Alemanne* Gärtner den Kampf gegen einen „Ungeist", zu dem u.a. Geschichtsfälschung, Diffamierung von „(w)ahre(m) Soldatentum" und die Verdammung „(a)lle(r) großen Persönlichkeiten unseres Volkes" zählten.[139] Der Innsbrucker *Germane* Gerstner wiederum wollte 1964 dem burschenschaftlichen Nachwuchs durch einschlägige historische Schulung das nötige „Rüstzeug für den geistigen Kampf [sic] für unser Volk in die Hand (...) geben".[140]

Dennoch wurde die öffentliche Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus von burschenschaftlicher Seite lange nicht besonders intensiv gesucht, möglicherweise aufgrund der Annahme, auf diesem Feld eher weitere negative als positive Imageeffekte erzielen zu können. Der stille Konsens der Zweiten Republik, über die NS-Vergangenheit nicht viele Worte zu verlieren und den Blick nach vorne zu richten, kam den völki-

137 Vgl. ebd., 8 f.

138 BAK, DB 9, DB 5637, Zimmermann 1957, 5 f. Vgl. auch den Rest des Zimmermann'schen ‚Gutachtens', das im Ganzen von der Absicht getragen ist, angeblichen Geschichtsfälschungen (v.a. über den Nationalsozialismus) entgegenzuwirken, etwa durch eine burschenschaftliche Beteiligung an der Erstellung und Überprüfung von Schulbüchern für den Geschichteunterricht (vgl. ebd., 7 f.). Die Essenz der Schrift findet sich in einem Antrag des *Ostmarkenkartells* wieder, der 1958 vom ADC verabschiedet wurde (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ao. ADC-Tages 1958, 7 f. sowie Anlage 2/1 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 1 im selben Bestand).

139 Alemannia 1962, 24 f.

140 *Germanenmitteilungen*, Juli 1964, 7 f. Vgl. auch die *Germanenmitteilungen* vom Juni 1965, 5 f. sowie zu Gerstners zeitgeschichtlichen Literaturempfehlungen Abschnitt II.5.5. Eine Arbeitstagung der Innsbrucker *Germanen* im November 1967 erbrachte u.a. die Absichtserklärung, in Fragen der „sog. Vergangenheitsbewältigung (...) konkretes Wissen zu sammeln, um andere zu überzeugen, damit (...) man nicht immer Prügelknabe ist". (*Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.)

schen Korporationen insofern sehr zupass. Nach einem ersten Aufflackern im Zuge der Borodajkewycz-Affäre 1965 machte eine Reihe von Ereignissen die Rolle von ÖsterreicherInnen im Nationalsozialismus und den bisherigen Umgang mit dieser zum Thema: die ‚Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre' 1975, die Ausstrahlung der TV-Serie ‚Holocaust' 1979, der Reder-Frischenschlager-Handschlag 1985 und schließlich die Causa Waldheim ab 1986. Jede dieser Kontroversen bildete einen Markstein zunehmender gesellschaftlicher Auseinandersetzung um geschichtspolitische Fragen und trug zu einer teilweisen Revision vorherrschender Narrative jedenfalls auf staatsoffizieller Ebene bei.[141] In Wechselwirkung mit diesen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen (und sie teilweise vorwegnehmend) waren die studentischen Korporationen seit den 1970er-Jahren in den Fokus einer gewisse Relevanz erlangenden Hochschul-Linken geraten. Diese Entwicklungen ließen in burschenschaftlichen Kreisen die Erkenntnis reifen, dass eine positive Fremdwahrnehmung (als Bedingung für Rekrutierungserfolge, Salonfähigkeit und somit politische Relevanz) nicht erreicht werden könne, solange man allzu stark mit der NS-Ära assoziiert wurde. In Reaktion auf diese Einsicht etablierte Geschichtspolitik sich als zweites zentrales Feld des burschenschaftlichen ‚Kampfes um die Köpfe' neben der Verfechtung des ‚deutschen' Österreichs.

Zwei (miteinander kompatible und daher teilweise auch im Verbund auftretende) Reaktionsweisen können dabei unterschieden werden: Zum einen suchte man das Stigma abzustreifen, Bannerträger des Nationalsozialismus gewesen zu sein, indem man, „(z)um Unterschied von der älteren Epoche burschenschaftlicher Geschichtsdarstellung in Österreich", wieder verstärkt die Anknüpfung „an die ‚guten' Traditionen von 1848" suchte.[142] Dabei spielte – neben taktischen Erwägungen – sicherlich auch die Absicht eine Rolle, die demokratiekompatiblen Stränge burschenschaftlicher Geschichte auch inhaltlich verstärkt wieder aufzugreifen. Diese Bezugnahmen – in Form einer Selbstdarstellung als ‚Erben der 1848er-Revolution', ‚Vorkämpfer für bürgerliche Freiheitsrechte', ‚Demokraten der ersten Stunde' usw. – scheinen im Zeitverlauf mit der Frequenz und Schärfe kritischer Medienberichte und politischer Attacken auf Burschenschaften zugenommen zu haben; in jedem Fall etablierten die erwähnten Topoi sich schnell als Standardformeln zur Abwehr jeglicher Kritik. In Kombination mit grob irreführenden Darstellungen der eigenen Rolle vor und während der

141 Es handelt sich somit um ‚diskursive Ereignisse' im Sinne Margarete und Siegfried Jägers. Vgl. zu den ‚Transformationen des österreichischen Gedächtnisses' in der Zweiten Republik Uhl 2011. Zur Relativierung der gängigen Annahme, insbesondere die Waldheim-Affäre habe einen nachhaltigen geschichtspolitischen Bewusstseinswandel unter breiten Bevölkerungsschichten herbeigeführt vgl. dies. 1992, 15–18 sowie Gehler 1995b, 658 f.

142 Cerwinka 2009, 110. So widmete die *Aula* 1998 ihr Märzheft, anders als 1978 und 1988, nicht dem runden Jahrestag des ‚Anschlusses', sondern dem (freilich noch ‚runderen') 150. Anniversar der ‚Märzrevolution'.

NS-Zeit (u.a. durch Reklamation eines Opferstatus'[143]) bildet dieser Argumentationsstrang die defensive Variante burschenschaftlicher Geschichtspolitik in Bezug auf den Nationalsozialismus.

Die andere Reaktionsweise rückte dagegen die Wahrnehmung in den Mittelpunkt, dass die Burschenschafter als Kollektiv sich im Hinblick auf ihre Rolle in den 1930er-Jahren und in der NS-Zeit nichts bzw. jedenfalls nicht mehr als andere vorzuwerfen und somit keinen Grund hätten, eine offene Austragung geschichtspolitischer Debatten zu scheuen. Da diese Debatten nun einmal schon im Gange waren, wollte man dieses Feld (und damit die Deutungshoheit über die Zwischenkriegs- und Kriegsjahre) nicht dem politischen Gegenüber überlassen, sondern es offensiv bespielen – und zwar umso vehementer, je stärker kritische Stimmen die bis dahin gültigen Narrative infrage stellten. Diese Form burschenschaftlicher Geschichtspolitik lässt sich besonders eindrücklich am Hauptsprachrohr der völkischen Verbindungen zur ‚Außenwelt' aufzeigen.[144]

1938 im Spiegel der Aula

Herangezogen werden dabei Hefte aus drei Jubiläumsjahren des ‚Anschlusses'.[145] Angesichts der Funktion von ‚1938' als gängige Chiffre für die nationalsozialistische Ära in Österreich wurde anhand dieser Jubiläen der Nationalsozialismus insgesamt verhandelt – auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wie auch vonseiten der völkischen Korporationen. Zentrale Botschaft der *Aula* war dabei die Zurückweisung der populären (und lange Zeit staatstragenden) ‚Opferthese': Österreich sei vom Deutschen Reich keineswegs überwältigt und unterjocht worden, vielmehr hätten breiteste Teile der Bevölkerung den ‚Anschluß' frenetisch begrüßt; das Österreich der Zweiten Republik habe diesen Umstand verleugnet und verdrängt, hätte aber die Pflicht, sich ihm zu stellen. Zur Untermalung dieser Darstellung titelte die *Aula* 1978 wie auch 1988 mit demselben Foto

143 Zum einschlägigen Standardargument vgl. kritisch Cerwinka (2009, 100): „Es ist formal zwar zutreffend aber m.E. dennoch irreführend, die Burschenschaften wegen ihrer Auflösung als Verfolgte des NS-Regimes darzustellen."

144 Diese Einstufung der *Aula* ließe sich unter Verweis auf die FPÖ verneinen, zumal Letztere ein deutlich breiteres Publikum erreichte. Allerdings hatte sie als politische Partei stets breitere gesellschaftliche Schichten zu repräsentieren als das Organ der *Freiheitlichen Akademikerverbände* (oder strebte dies zumindest an) und vertrat in Phasen – gerade auch in jener geschichtspolitischen ‚Umbruchzeit' um 1980 – auch Positionen, die sich von innerhalb der Burschenschaften hegemonialen Standpunkten unterschieden.

145 Es handelt sich um die Ausgaben von März und April 1978, erschienen unter der Schriftleitung Adalbert Aigners (*Germania* Graz); die Hefte von Jänner bis März 1988 unter der redaktionellen Verantwortung Werner Widmanns *(Suevia)* und Andreas Mölzers; sowie die März- und die April-Nummer 1998 aus der Schriftleiter-Ära Otto Scrinzis.

einer jubelnden Menge mit Hakenkreuzfähnchen, das 1978er-Märzheft ist zudem mit nationalsozialistischen Propagandafotos vom Heldenplatz illustriert.[146] Unklarheiten über die Botschaft dieser Bildauswahl werden per Bildunterschrift beseitigt: „Adolf Hitler begeisterte Millionen Deutsche und Angehörige vieler anderer europäischer Völker."[147] Fritz Stüber berichtet im selben Heft, am 11. März 1938 auf den Straßen Wiens kein einziges „bekümmertes Gesicht" gesehen zu haben, sondern ausschließlich „Freude, Genugtuung, Hoffnung".[148] 1988 proklamierte die *Aula* per Titelschlagzeile: „Die Opfertheorie am Ende". Mölzer argumentiert im Leitartikel (unter dem Pseudonym ‚Nestor Noricus' und unter Missachtung der Ergebnisse seriöser Zeitgeschichtsforschung), dass der Umfang der ‚Anschluß'-Begeisterung schon durch die ‚Volksabstimmung' vom 10. April 1938 dokumentiert sei: Aussagen, wonach diese manipuliert worden sei, ließen sich „von den Zeitzeugen leicht widerlegen".[149]

Über die Feststellung einer breiten nationalsozialistischen Affinität der österreichischen Bevölkerung hinaus war es ein zentrales Anliegen der *Aula*-Jubiläumshefte, diese Affinität zu erklären: Die triste soziale Lage habe das Deutsche Reich als gelobtes Land erscheinen lassen, auch Sozialdemokraten wie Karl Renner und die österreichischen Bischöfe hätten sich für den ‚Anschluß' ausgesprochen, man habe sich mit Österreich als Kleinstaat nicht identifizieren können usw.[150] Die Grenze zwischen Aufklärung und NS-Apologie wird dabei nicht allzu klar gezogen – etwa wenn Otto Scrinzi 1978 den ‚Anschluß' als Schritt zur „Überwindung der österreichischen Ständediktatur" wie auch zur „Abwehr des marxistischen Kollektivismus" sowie als „einzige mögliche Lösung der sozialen Frage" bezeichnet.[151]

Dass völkische Korporierte in puncto der ‚Opferthese' zu ähnlichen Ergebnissen gelangen wie Linke und nicht-nationalistische GeschichtswissenschafterInnen, verwundert nur auf den ersten Blick – lag es doch Ersteren fern, eine inhaltliche Aufarbeitung der österreichischen Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen und politische Konsequenzen daraus (wie etwa ‚Entschädigungen' oder politische Einbekenntnisse von Mitschuldigkeit) einzufordern. Vielmehr sollte – zum Ersten – durch den Verweis auf

146 Vgl. *Aula* Nr. 3/1978, Titelblatt und 12 f. bzw. Nr. 1/1988, Titelblatt.

147 *Aula* Nr. 3/1978, 12.

148 Ebd., 18.

149 *Aula* Nr. 1/1988, 22.

150 Vgl. dazu idealtypisch den Abdruck einer Rede Jörg Haiders in der *Aula* Nr. 3/1988, 21–23. Für 1978 vgl. v.a. den umfangreichen Artikel von Taras Borodajkewycz (Nr. 3/1978, 1–15), für 1988 u.a. den Reprint eines Textes von Roland Girtler zur „Attraktivität des Nationalsozialismus" (Nr. 2/1988, 20–24). Zum Aufruhr, den die NS-kritischen Schlussworte Borodajkewyczs bei den *Aula*-LeserInnen auslösten, vgl. Nr. 4/1978, 14.

151 *Aula* Nr. 3/1978, 17; ähnlich in Ausgabe 4/1998, 7 f. Dass die deutschen Truppen mit ihrem Einmarsch in Österreich einer bolschewistischen Machtübernahme zuvorgekommen seien, glaubte [auch] *Alemannen*-Chronist Gärtner (vgl. Alemannia 1962, 20).

historische ‚Anschluß'-Begeisterung und ihre Gründe ein Bewusstsein völkischer ‚Zusammengehörigkeit' über die deutsch-österreichische Grenze hinweg wachgerufen, die nach 1945 in Österreich kultivierte emotionale Distanz zu ‚den Deutschen' überbrückt und somit der Deutschnationalismus als politisch-kulturelles Programm rehabilitiert werden. Zum Zweiten versuchte man, anhand der Behauptung, dass doch die allermeisten irgendwie ‚dabei gewesen' seien, die eigene Stigmatisierung abzustreifen. Dass Burschenschaftern verschiedentlich ihre NS-Involvierung vorgehalten wurde, ‚nur' weil sie die Konsequenz besaßen, auch nach 1945 zu dieser Vergangenheit zu stehen, sich ‚opportunistischen' Lagerwechseln zu verweigern und an ihrem ‚deutschen Bekenntnis' festzuhalten, wurde von ihnen als ungerecht bzw. heuchlerisch empfunden.[152] Bezeichnenderweise hinderte die Ablehnung eines Opferstatus für Österreich Burschenschafter nicht daran, die ‚Deutschen' in Österreich und anderswo sehr wohl zu Opfern zu erklären – freilich weniger des Nationalsozialismus als der alliierten Armeen; für das Andenken der Opfer der deutschen Rassenideologie und Vernichtungswünsche blieb dabei in aller Regel kein Platz (vgl. Kapitel II.5.3).

In Zusammenfassung des bisher Gesagten lässt sich festhalten, dass die burschenschaftliche Einmengung in geschichtspolitische Debatten nicht zuletzt durch die Wahrnehmung motiviert war, dass vorherrschende Darstellungen und Beurteilungen der nationalsozialistischen Ära in Österreich sowohl der eigenen Salonfähigkeit im Wege standen als auch der Restauration jener innigen deutsch-österreichischen Verbundenheit, welche die Burschenschaften auch für die Zweite Republik erstrebten. Beschäftigte man sich in diesem Sinne zunächst vorrangig mit den historischen Ereignissen selbst, trat spätestens 1988 die Frage des ‚heutigen' Umgangs mit diesen Ereignissen in den Vordergrund – nicht zuletzt wohl unter dem Eindruck der erwähnten diskursiven Ereignisse, namentlich v. a. der damals noch ‚heißen' Waldheim-Debatte sowie des zur 50. Wiederkehr des ‚Anschluß'-Datums ausgerufenen Gedenkjahres. In seinem Rede-Abdruck zum „Gedenkjahr 1988 aus freiheitlicher Sicht" propagierte Haider (wie Lothar Höbelt in derselben *Aula*-Ausgabe) eine kühle, ‚ausgewogene' Geschichtsbetrachtung: Vergangenheitsbewältigung solle der Geschichte keine „Gewalt antun" und nicht in „eine Schuldzuweisung an das eine oder andere politische Lager ausarten". Anstatt ein „Feme-Gericht( )" abzuhalten und zu moralisieren, sei die „historische Wahrheit" zu ermitteln.[153] Diese Forderungen entsprachen offenkundig nicht nur Geboten wissen-

152 Wenn nicht als Intention, so doch als Begleiterscheinung der erwähnten Narrative ist drittens eine Tendenz zur Legitimierung nationalsozialistischer Herrschaft auszumachen, gleichsam im Sinne der rhetorischen Frage: ‚Können Millionen Deutsche irren?'

153 *Aula* Nr. 3/1988, 21; für den Artikel Höbelts – der den Nationalsozialismus kurzerhand zum linken Projekt erklärt und so den Rechtfertigungszwang in geschichtspolitischen Debatten umzukehren sucht – vgl. ebd., 23 f. Ähnlich wie Haider positionierte sich Andreas Mölzer zwei Jahre zuvor unter dem programmatischen Titel „Vergangenheits-Vergewaltigung" (*Aula* Nr. 3/1986, 9).

schaftlicher Redlichkeit, sondern (mit tendenzieller Ausnahme der Forderung nach ‚historischer Wahrheit') auch manifesten Eigeninteressen des ‚freiheitlichen Lagers' in Hinblick auf dessen politische Salonfähigkeit. Auch 1998 wählte die *Aula* einen aktualitätsorientierten Zugang zur Bearbeitung des ‚Anschluß'-Jahres und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der angeblichen Unterdrückung abweichender Meinungen in der österreichischen Gegenwartsgesellschaft.[154]

Den Schwenk von einer defensiven Vermeidungshaltung in Bezug auf geschichtspolitische Debatten hin zur aktiven Intervention in diese als metapolitisches Projekt vervollständigte – neben der erwähnten Ergänzung historischer Darstellungen durch vermehrte Gegenwartsbezüge – die offensive Wendung nach außen. Als Markstein ist dabei die Veröffentlichung zweier Broschüren (eine zur vermeintlichen Dekonstruktion von Mythen in Bezug auf das Jahr 1938, die andere zu 1848) „in Massenauflage" durch den *Aula-Verlag* 1988 anzusehen, deren deklariertes Ziel es war, über die eigene Stammklientel hinauszuwirken. Es gelte, so die entsprechende Ankündigung Mölzers in der *Aula,* „gegen den Strom des Zeitgeistes anzukämpfen" und „der historischen Wahrheit eine mediale Gasse zu bahnen".[155] Der Untertitel der 1938er-Broschüre bringt dabei die innerhalb des völkischen Korporationswesens hegemoniale Position zum Jahr 1938 und seinen Folgen auf den Punkt: „Weder Opfer noch Schuld". Ja, die (meisten) ÖsterreicherInnen hätten den Nationalsozialismus gewollt – und sich dennoch nichts vorzuwerfen.[156]

Der Wille zur Einmischung in den ‚Kampf um die Köpfe' spricht auch aus der Linie, die ein/-e „H. Lorraine" in der April-*Aula* 1988 für das Verhalten völkischer Kreise in der Causa Waldheim vorgab: Dass Waldheim öffentlich einen Eindruck vermittelt habe, als ob man sich für den Dienst in der Deutschen Wehrmacht „schämen oder doch zumindest entschuldigen müsse", sei „politisch wie moralisch" falsch gewesen. Doch „(w)enn wir nicht wollen, daß die Sprachregelungen der ‚Vergangenheitsbewältiger' zu den allein gültigen und maßgebenden werden, müssen wir Waldheim in dieser Situation die Mauer machen".[157] Das damit angesprochene Thema *‚political correctness'* bildete den Schwerpunkt dieser *Aula*-Ausgabe: Unter dem Titel „Meinungsdiktatur in der Demo-

154 Unter diesem Aspekt fand neben dem 1938er-Jubiläum (im Aprilheft) auch jenes von 1848 (in der März-Ausgabe) Behandlung.

155 *Aula* Nr. 1/1988, 3. Die Broschüren erschienen als *(Aula-)Sonderblatt* Nr. 34/1988 und Nr. 36/1989.

156 Diese Position hinderte völkische Korporierte jedoch nicht daran, für sich selbst immer wieder einen Opferstatus zu reklamieren: von Hitler betrogen, von dessen Regime verboten, im Feld an Vaterlandsliebe verendet, hernach der ‚Siegerjustiz' unterworfen usw. (vgl. u.a. Kapitel II.5.1). Vgl. kritisch zur 1938er-Broschüre Gehler 2002.

157 *Aula* Nr. 4/1988, 13. Ebendies hatte Haider in der März-*Aula* (Nr. 3/1988, 22) auch getan. In der Frage, welcher Kandidat die Stimmen völkischer Kreise verdient habe, bezog die *Aula* allerdings klar Position zugunsten des völkisch-korporierten Kandidaten Otto Scrinzi (vgl. *Aula* Nr. 5/1986, 3 f., 16, 25).

kratie?“ analysierte sie das nach Ansicht der Redaktion widrige Umfeld für völkische Metapolitik.

Politik des Gedenkens im öffentlichen Raum

Der Kurs der Einmischung in geschichtspolitische Debatten fand nicht nur publizistischen Ausdruck, sondern schlug sich auch in an öffentlichen Orten abgehaltenen Gedenkveranstaltungen nieder. Während die ‚Gefallenenehrungen‘ am ‚Siegfriedskopf‘ auf die Zwischenkriegszeit zurückgehen und mit der Aula der Universität gleichsam den langjährigen ‚verlängerten Kneipsaal‘ der Verbindungen zum Schauplatz hatten (vgl. Kapitel II.5.3), suchten die Burschenschaften ab den 1980er-Jahren breitere Wahrnehmbarkeit. So veranstaltete die DBÖ am 25. Juni 1983 eine ‚Heldenehrung‘ am Heldenplatz, *Olympia* legte dort – wie im vorigen Abschnitt erwähnt – 1988, am 50. Jahrestag des ‚Anschlusses‘, in TV-Begleitung einen Kranz nieder. Im Jahr darauf ehrte sie ihre ‚Helden‘ öffentlich am Asperner Siegesplatz.[158] Nachdem die Bünde des WKR 1996 die Aula als Veranstaltungsort eingebüßt hatten, organisierte der WKR am 7. Mai 1997 seine erste Gedenkkundgebung zum Kriegsende 1945, die seither jährlich an einem zentralen Wiener Platz stattfindet.[159] Ein kausaler Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen wird vom WKR verneint. Ungeachtet dessen fügt die Veranstaltung sich trefflich in die jüngere historische Tendenz des völkischen Korporationswesens ein, allgemein wahrnehmbare geschichtspolitische Interventionen zu setzen. Im angesprochenen Fall wird dabei die Botschaft transportiert, dass der 8. Mai als Jahrestag des Endes von Krieg und nationalsozialistischer Herrschaft in Europa kein Grund zu feiern, sondern vielmehr Anlass zur Trauer sei (vgl. dazu die Argumentation von Hartmut Rochowanski in Kapitel II.5.5). In der Rede vom „Tag der totalen Niederlage“ scheint die Identifikation mit dem Regime bzw. des Regimes mit ‚Deutschland‘ nach wie vor ungebrochen.[160] Eine gedenkpolitisch modernisierte

158 Vgl. Dvorak 1996, 67 (zu 1983) bzw. 71 f. (1988/89). Die DB hielt ihrerseits im Rahmen ihres 175-Jahr-Jubiläums 1990 ein „Totengedenken“ am Berliner Reichstagsgebäude ab, wobei der *Olympe* Helge Dvorak die Gedenkrede hielt. Tags darauf klang das Festprogramm stimmigerweise mit einer „Wannseefahrt“ aus (http://www.aldania.at/nt-chron6.htm, vgl. auch Dvorak 1996, 74).

159 Auskunft per E-Mail des WKR-Vorsitzenden Diether Podgorschek (Grenzlandsmannschaft *Cimbria* Wien) vom 24.2.2012.

160 Olympia 1989, 2. Als gegenläufiges Indiz lässt sich die neutrale bis positive Bezugnahme der verbindungsstudentischen Plattform *SOS Grundrechte und Demokratie* auf die „Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944“ in einer Presseaussendung von 2002 anführen. Diese seien „freiheitliche Verbindungsstudenten gewesen“ und hätten „ihren Widerstand (...) mit dem Leben bezahlt“ (APA-OTS0136 vom 2.5.2002). Die, der Aussendung nach zu schließen, ausschließlich von FPÖ-aktiven Burschenschaftern getragene „Plattform“ um Martin Graf *(Olympia)* bediente sich damit einer in Österreich bislang wenig gebräuchlichen Argumentation zur Dekompromittierung der Burschenschaften. Noch 1973 hatte Peter Wrabetz

Darstellung der Feier als dem Andenken „des Endes des 2. Weltkrieges und aller Toten der beiden Weltkriege" gewidmet konnte sich WKR-intern offenbar vorerst nicht durchsetzen: Noch 2011 (unter dem Vorsitz *Olympias*) gedachte man laut Einladung einmal mehr „unseren [sic] toten Helden".[161]

Auch der burschenschaftliche „Widerstand" gegen historische Fakten und Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft (die weiterhin als „amtliches Geschichtsbild", „gerichtlich geschützte Wahrheit" und „verordnete Verdummung" denunziert werden) ist ungebrochen.[162] Er äußert sich u.a. in wiederholten Versuchen, rechtsextreme Geschichtsfälscher und Holocaustleugner zu Veranstaltungen einzuladen. Der britische Star der Zunft, David Irving, referierte 1989 auf Vermittlung der *Freiheitlichen Akademikerverbände* in Wien und Leoben „vor Burschenschaftern und Neonazis", ein weiterer geplanter Auftritt bei den *Brixen* am 9. November [sic] musste kurzfristig nach Bayern verlegt werden; einer erneuten Einladung der *Olympen* von 2005 konnte Irving aufgrund eines aufrechten Haftbefehls nicht nachkommen.[163] Auch noch in jüngster Zeit verteidigen Burschenschafter das Wirken der ‚Revisionisten'.[164] Allerdings tritt man in der Zurückweisung historischer Fakten, anders als am Feld der Bewertungen (‚Tag der Befreiung' oder ‚Tag der totalen Niederlage'?), aufgrund der rechtlichen Lage weniger interventionistisch auf: Veranstaltungen bleiben im privaten Rahmen, publizistische Aktivitäten weitgehend auf die *Aula* und damit auf die Bestärkung der eigenen Stammklientel in ihrem nonkonformistischen Selbstbild beschränkt.

IV.2.4 Einsatz für ‚das Deutschtum': die ‚Volkstumspolitik' der Burschenschaften

Die praktische ‚Grenzlandarbeit', die Burschenschafter aus Österreich nach 1945 entfalteten, wurde bereits in Abschnitt IV.1.2 behandelt, ihrem praktischen Engagement in Südtirol/Alto Adige ist Abschnitt IV.3 gewidmet. An dieser Stelle steht demgegenüber

---

jun. *(Gothia)* es – historisch für das völkische Verbindungswesen in Österreich weit zutreffender – abgelehnt, „einen nationalen Widerstand zu konstruieren" (*Aula* Nr. 5/1973, 6; vgl. zur Frage des Widerstandes auch Kapitel II.2).

161 Vgl. http://www.aldania.at/nt-chron7.htm bzw. PBW, Einladung zum Totengedenken des WKR am 8.5.2011 (durchgehende Kapitalisierung entf.). 2012 bekannte sich der Sprecher des WKR, ein Landsmannschafter, zum Gedenken „aller Toten der beiden Weltkriege", der Festredner und Burschenschafter Alfred Oberwandling *(Gothia)* widmete seine Ausführungen dann aber „vor allem (den) Ungerechtigkeiten, die den Sudetendeutschen und Vertriebenen widerfahren sind"; zum Abschluss erklang, wie üblich, das *‚Lied vom guten Kameraden'* (http://www.dieburschenschaften.de/Aktuelle-berichte/bericht/meldung/779/totengedenk1.html). Zum Wandel des WKR-Gedenkens unter dem Gesichtspunkt freiheitlicher Partei-Interessen vgl. http://www.stopptdierechten.at/2012/05/10/8-mai-schieflage-der-geschichte (Artikel vom 10.8.2012).

162 PBW, WKR-Flugblatt vom Oktober 2007.

163 Schiedel 2007, 79 f.

164 Vgl. etwa Wagner 2009, 42.

ihr Metapolitik-förmiger Einsatz für den Erhalt und Gedeih von ‚deutschem Volkstum' im Vordergrund. Thema sind burschenschaftliche Aktivitäten, die darauf abzielten, Bewusstsein für vermeintliche ‚Entgermanisierungs'-Tendenzen in verschiedenen Gegenden Mittel-, Ost- und Südosteuropas zu schaffen und so konkreten (politischen, finanziellen u.a.) Gegenmaßnahmen den Weg zu bahnen. Auch die schon behandelten einschlägigen Resolutionen können unter diesem Aspekt betrachtet werden, wurden sie in der Regel doch nicht nur an politische EntscheidungsträgerInnen gerichtet, sondern auch Zeitungsredaktionen zur Verbreitung zugeleitet.

Das Ansinnen des ‚Agenda Setting' und die diesbezügliche Hinwendung zu den Medien der Massenkommunikation trat nicht zuletzt in der Südtirolfrage klar zutage: Um „dieses heisse [sic] Eisen an das Licht der Weltöffentlichkeit zu rücken", wollte DBÖ-Volkstumsreferent Heinz Hauffe 1961 ein Pressereferat des Verbandes einrichten. Dieses sollte die heimische und die Weltpresse sowie (ausländische) offizielle Stellen systematisch „mit Aufklärungsmaterial über die Vorgänge in Südtirol" versorgen, zumal die österreichische Diplomatie sich in dieser Hinsicht unfähig zeige.[165] 1964 – ein solches Referat gab es inzwischen – erwog der nunmehrige Volkstumsreferent, Wolfdieter Stühlinger, eine konzertierte Medienaktion, um „das Südtirolproblem eindrucksvoll weiten Kreisen der Bevölkerung" näherzubringen. Auf Stühlingers Liste möglicher Hilfsleistungen „für das Deutschtum in Südtirol" standen u. a. auch die Beschickung von LehrerInnen mit Informationsmaterial, die Verteilung von Flugblättern gegen Italienurlaube und Kulturaustausch zwischen volkstümlichen Vereinigungen von beiden Seiten des Brenners.[166]

Öffentliche Aufmerksamkeit wurde immer wieder auch über einschlägige Kundgebungen gesucht. Eine solche zu Südtirol/Alto Adige vom 13. Oktober 1956 vor dem Wiener Rathaus stellte den *Liberten* zufolge „die erste völkische, von der freiheitlichen Bevölkerung ausgehende Kundgebung" überhaupt nach Kriegsende dar[167], viele weitere sollten folgen. Ein „als große Demonstration um das Los Südtirols"[168] im selben Wintersemester konzipierter ‚Volkstumstag Südtirol' der Innsbrucker Burschenschaften kam allerdings über das Planungsstadium nicht hinaus. Auf Hochschulboden versuchten die Burschenschaften mehr oder weniger regelmäßig, durch entsprechende

165 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 2.

166 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Bericht des Volkstumsreferenten für Südtirol an den DBÖ-Tag 1964, Beilage VI zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 2 f. Zumindest die Flugblattverteilung war bereits gängige Praxis – allerdings waren die bislang am Brenner verteilten Exemplare nach Stühlingers Ansicht „propagandistisch unwirksam". Über den Propagandaerfolg hinaus spekulierte man auf burschenschaftlicher Seite aber auch mit materiellen Konsequenzen eines Urlaubsboykotts (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von ADC- und Altherrentag 1958, 10).

167 So ein zeitgenössischer Bericht in der (bundinternen) *Libertenzeitung*, zit. n. Libertas 1967, 135.

168 BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Alania) vom November 1956.

Veranstaltungen auf ‚Volkstumsproblematiken' aufmerksam zu machen. Die Bandbreite reichte von einem in zwei Anläufen jeweils wegen Störaktionen linker Studierender abgebrochenen Vortrag Otto Scrinzis für die *Örtliche Burschenschaft* (ÖB) zum ‚Kärntner Ortstafelstreit' (Wintersemester 1972/73)[169] über eine Wanderausstellung des WKR zur „Dorfzerstörung in Siebenbürgen" an mehreren Wiener Hochschulen[170] und einen Infostand der Wiener Burschen- und Landsmannschaften zum selben ‚volkstumspolitischen' Brennpunkt im Zentrum Wiens[171] (beide 1989 bis hin zu einer Flugblattaktion der *ARGE Grazer Burschenschaften* 1994 gegen die Idee der ‚multikulturellen Gesellschaft' (bzw. für die Bewahrung des ‚Deutschtums' im Inland).[172]

Im Sinne einer Erhöhung der eigenen Schlagkraft suchten die völkischen Verbindungen (und unter ihnen v.a. die Burschenschaften) immer wieder auch das Bündnis mit anderen Vereinigungen, die sich für Belange des ‚deutschen Volkstums' im In- und Ausland engagierten. Schon 1954/55 waren die ‚freiheitlichen' Akademiker in Form des *Akademikerverbandes* für Wien, Niederösterreich und das Burgenland maßgeblich am Aufbau der Vernetzungsplattform *Ring Volkstreuer Verbände* (RVV) – unter Einschluss des *Österreichischen Turnerbundes,* der völkischen ‚Schutzvereine' usw. – beteiligt.[173] Unabhängig davon zählte die Kontaktpflege mit Organisationen vom Schlage des *Kärntner Abwehrkämpferbundes* (KAB) zum Aufgabenprofil des jeweiligen ADC- bzw. DBÖ-Volkstumsreferenten.[174] Darüber hinaus waren zahlreiche Burschenschafter auf individueller Ebene in derartigen Organisationen engagiert. Beispielhaft sei auf den Bericht der ADC-Vorsitzenden *Alania* Wien von 1957 über die burschenschaftliche ‚Volkstumsarbeit' verwiesen: Demnach wurde „(d)er Kampf gegen das Slowenentum" zu diesem Zeitpunkt von drei Organisationen getragen, nämlich dem wiedergegründeten „Kärntner Schulverein ‚Südmark'", der *Kärntner Landsmannschaft* und dem KAB. Alle drei wurden von Burschenschaftern geführt: der KAB von Hubert Brabeck *(Alania),* die KL von Alois Lausegger *(Suevia)*, die *Südmark* von Walter Lakomy, der 1957 auch zum Gründungsobmann des *Kärntner Heimatdienstes* avancierte (KHD).[175]

169 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 28.

170 Ebd., 150; die Exponate stellte der vormalige Südtirol-‚Aktivist' und NDP-Funktionär Helmut Golowitsch (jedenfalls damals *Arminia Czernowitz* zu Linz) – vgl. zu diesem DÖW 1993, 298 f.

171 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 157.

172 *Arminenbrief,* (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 6.

173 Vgl. die *Aula* Nr. 4/1956 [Jänner], Akademisches Leben, VII; zum RVV auch Neugebauer 1981a, 207.

174 Vgl. etwa Libertas 1967, 187. Besonders umtriebig zeigte sich Hans Sutter (*Suevia* Innsbruck), der 1958 als Volkstumsreferent gleich sieben Studienreisen zur Kärntner Volksgruppenfrage unternahm. Dabei suchte und fand er den Kontakt nicht nur zu diversen ‚Schutzvereins'- und FPÖ-Funktionären, sondern auch zu „einer Reihe von Privatpersonen, die in den Jahren 1938–1945 leitende Stellungen im Südostraum innegehabt haben" (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/5 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 1).

175 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 4 f. Vgl. zu Lakomy (der in der Zwischenkriegszeit Kärntner Landtagsabgeordneter des *Heimatblocks* und Verbindungsmann zwischen

Eugen Buchta *(Libertas)* initiierte die *Notgemeinschaft der Vertriebenen in der Bundesrepublik,* auch seine Bundesbrüder Willy Thanel (ebenfalls in Deutschland) und Karl Kappel (in Salzburg) betätigten sich im Bereich sudetendeutscher Lobbyarbeit.[176] In Wien bot insbesondere die *Österreichische Landsmannschaft* (ÖLM) seit ihrer Gründung als Nachfolgerin des *Deutschen Schulvereins* 1952 ein reges Betätigungsfeld für Burschenschafter. U.a. fungierten Karl Katary *(Bruna Sudetia)* als Obmann und Helmut Kowarik *(Aldania)* als Geschäftsführer. Viele weitere Beispiele ließen sich aufzählen.

IV.2.5 ‚Nach außen wirken': burschenschaftliche Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlich präsent zu sein und ihre Ansichten zu popularisieren, wurde von den Burschenschaften in der Zweiten Republik durchaus angestrebt. Da sie sowohl im politischen als auch im universitären Leben nicht mehr jene Sichtbarkeit aufwiesen, die ihnen zeit ihrer Existenz zu eigen gewesen war, waren zur Erlangung dieser Präsenz und Meinungsmultiplikation besondere Maßnahmen vonnöten. Die Weiterleitung von Resolutionen an Medien und die Einrichtung eines DBÖ-Pressereferats Anfang der 1960er-Jahre wurden bereits erwähnt. Die Bereitschaft österreichischer Medien, burschenschaftlichen Positionen jenseits einzelner skandalisierungsfähiger Aussagen Raum zu geben, war allerdings bereits damals (jedenfalls aus Sicht der Betroffenen) wenig ausgeprägt[177] – und die FPÖ als Sprachrohr angesichts der Zweiparteiendominanz noch wenig dienlich.

Vor diesem Hintergrund kam kleinteiliger Überzeugungs- und Gegeninformationsarbeit einige Bedeutung zu. Auf der Arbeitstagung der DBÖ 1964, die der Erörterung einer etwaigen Reformbedürftigkeit des Burschenschaftswesens gewidmet war, wurden zwar keinerlei programmatische Veränderungen diskutiert, wohl aber verstärkte Bemühungen für notwendig befunden, eine „regere Beteiligung an öffentlichen Diskussionen" an den Tag zu legen und etwa durch Pressearbeit „die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen".[178] „Mittels Flugblättern und Informationsständen wollen wir auf aktuelle Probleme aufmerksam machen. Weiters werden dadurch burschenschaftli-

diesem und der NSDAP gewesen war) auch Elste/Koschat 1998, 298, 304 und 310 f.; zu Lausegger vgl. Dvorak 1999 (Biographisches Lexikon I/3), 253.

176 Vgl. Libertas 1967, 129 f.

177 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des DBÖ-Pressereferenten, Anhang zum Bericht des GHA, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tags 1963, 1. Diese Wahrnehmung wird einerseits von der geringen medialen Resonanz auf burschenschaftliche Resolutionen gestützt, ist andererseits jedoch zumindest für jene Bereiche unzutreffend, in denen burschenschaftliches Denken sich mit gesellschaftlich hegemonialen Meinungen überschnitt – wie etwa in der Südtirolfrage um 1960.

178 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll des DBÖ-Tages 1964, 5. Auch Leserbriefe dienten diesem Zweck (vgl. ebd.; Libertas 1967, 126; *Arminenbrief,* [mutmaßlich] Sommersemester 1995, 6), während Selbstdarstellungsschriften des Verbandes v.a. auf die Korrektur vorherrschender Ansichten über die Burschenschaften in Österreich abzielten (vgl. AVSt, DBÖ 1994, das

che Standpunkte einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht", heißt es in einer DBÖ-Broschüre von um 1994.[179] Die Gängigkeit der hier angesprochenen Vermittlungsformen wird durch die bisherigen Ausführungen bestätigt. Insbesondere das Medium des Flugblattes fand vielfache Verwendung – vor allem ab den 1970er-Jahren, der Zeit, in der die studentische Linke ihrerseits ihre Wahrnehmbarkeit stark erhöhen konnte. Nach Darstellung der *Obergermanen* stellte jedenfalls der politische Aktivismus (einschließlich reger Flugblattverteilung) der von ihnen 1970 initiierten ÖB „ein Novum im Kreis der Wiener Korporationen" dar.[180] Treibende Kraft waren dabei die *Germanen* selbst, die zu Beginn des Studienjahres 1974/75 gar zwei Wochen lang einen Stand mit burschenschaftlichen Publikationen und Werbematerial in der Universitätsaula betreuten, „um einerseits burschenschaftliches Gedankengut an die studentische Öffentlichkeit heranzutragen und andererseits mit jungen Kollegen in Kontakt treten zu können".[181] Auch auf Dachverbandsebene zeigten die *Oberösterreicher* sich initiativ und veranlassten (nach eigenem Bekunden) 1975 die DB zu einer Empfehlung an alle *Örtlichen Burschenschaften,* auf Burschentagen gefasste politische Beschlüsse hinkünftig an ihren Universitäten in Flugschriften kundzumachen.[182] Über erhöhte Sichtbarkeit an den Hochschulen sollte so eine darüber hinausgehende mediale Wahrnehmbarkeit erzielt werden.[183]

Die von den *Germanen* vertretene aktivistische Linie konnte sich in Österreich allerdings auf breiter Front nicht recht durchsetzen, wie das Scheitern der Initiative von 1977 zeigt, den WKR zur regelmäßigen Verbreitung politischer Flugschriften im Rahmen seines ‚Farbenbummels' zu veranlassen.[184] Auch mit der Idee, die gesammelten Referate der Burschenschaftlichen Abende eines Semesters in Broschürenform vorzulegen, um damit „an die Öffentlichkeit, vor allem aber an junge Studenten heranzutreten", erlitten die *Obergermanen* Schiffbruch – diesmal aus eigenem Verschulden. Allerdings war bei ihnen die Absicht, mit der sie umgebenden Welt in Dialog zu treten, „den Bezug zum politisch Andersdenkenden" zu suchen, durchaus vorhanden – im Kontrast zur im burschenschaftlichen Lager vorherrschenden Abschließung nach außen.[185] Diese Dialogbereitschaft fand auch Ausdruck in einer Veranstaltungspolitik, die sich (inner-

DBÖ-Werbeflugblatt von 1977 oder die auch von österreichischen Bünden verwendete DB-Broschüre Deutsche Burschenschaft 1961 [alle: AVSt]).

179 AVSt, DBÖ 1994, 17.

180 Oberösterreicher Germanen 1994, 21. Zu konkreten Aktionen in den 1970er-Jahren vgl. ebd., 30, 43 und 45.

181 Ebd., 42. Nichtsdestotrotz „blieb der erwünschte Keilerfolg aus".

182 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 42 f. und die Niederschrift desselben, 35 f.

183 So die Argumentation Norbert Gugerbauers in einem zeitgenössischen Bericht – vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 65.

184 Vgl. ebd., 83 bzw. Kapitel III.1.2.

185 Ebd., 82 (Zitat: Fritz Eichhorn).

halb einer gewissen Bandbreite) für äußere Einflüsse offen zeigte.[186] Öffentliche Vorträge (typischerweise als Hörsaalveranstaltungen) wurden jedoch nicht nur von ihnen als eine Möglichkeit geschätzt, politisch interessierte, nichtkorporierte Studierende anzuziehen, für burschenschaftliche Positionen zu gewinnen und möglicherweise gar zu einem Eintritt zu motivieren.

Die Aula *und der* Aula-Verlag

Von hervorragender Bedeutung für die Kommunikation der völkischen Verbindungen mit der österreichischen Öffentlichkeit war und ist die Zeitschrift *Aula.*[187] Deren verbindungsstudentischer Charakter, dem der 1954 bis 1956 geführte Untertitel „Monatsschrift Österreichischer Akademikerverbände und Korporationen" Rechnung trug[188], ergibt sich schon aus ihrer Eigentümerstruktur: Medieninhaber sind die nach Bundesländern organisierten *Freiheitlichen Akademikerverbände* (FAV), die sich traditionell vornehmlich aus dem völkischen Korporationswesen rekrutieren. Dies schlug sich seit jeher auch in der Auswahl des *Aula*-Personals nieder. Alle bisherigen Schriftleiter und Verlags-Geschäftsführer waren korporiert.[189] Auch die Autorenschaft war stets stark von Korporierten geprägt, wobei diese unter jenen Autoren, die Gärtner zum harten „rechte(n) Kern" zählt, die Mehrheit stellten und innerhalb dieser Mehrheit Burschen-

186 So stellen etwa die Einladung des Bundesheer-Obersten Wilhelm Kuntner und des Journalisten Thomas Chorherr (Vortragsthema des Letzteren: „Meinungsmanipulation in den Massenmedien") durch die ÖB 1972 oder jene des früheren DDR-Publizisten Dieter Borkowski durch den WKR 1978 (unter *Obergermanen*-Vorsitz) Beispiele einer nicht-rechtsextremen Einladungspolitik dar (vgl. ebd., 27, bzw. das entsprechende Ankündigungsflugblatt in ÖGZ, OR/ARGE WKR [Mappe 24]).

187 Das erste Jahr ihres Bestehens (1951/52) firmierte diese als *Der freiheitliche Akademiker,* Mitteilungsblatt des steirischen *Akademikerverbandes.* Seither wechselte sie mehrmals Bezeichnung, Schreibweise (aktuell: *Die Aula*) und Untertitel. Vgl. zur *Aula* und zum gleichnamigen Verlag Neugebauer 1981a, 178 f.; Bailer/Neugebauer 1993a, 119–126; Gärtner 1993 und 1996; http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/die-aula.

188 Libertas 1967, 295.

189 Im Einzelnen: Josef Papesch (VDSt Graz, 1952 bis 1962), Adalbert Aigner (aB! *Germania* Graz, 1962 bis 1979), Werner Widmann (aB! *Suevia* Innsbruck, 1980 bis 1991) – teilweise gemeinsam mit Andreas Mölzer (Corps *Vandalia* Graz, 1983 bis 1990), Herwig Nachtmann (aB! *Brixia* Innsbruck, 1991 bis 1995), Otto Scrinzi (VDSt Innsbruck, 1995 bis 2003), Martin Pfeiffer (Fachstudentenschaft *Rugia Eisgrub* zu Wien, seit 2004, gleichzeitig auch Verlagsgeschäftsführer). Für *Der freiheitliche Akademiker* hatten Max Kortschak und Josef Dorn als (Kurzzeit-)Schriftleiter fungiert. Karl Heinz Marauschek (aB! *Allemannia* Graz) verwaltete ab 1952 das Anzeigengeschäft und wurde 1966 Geschäftsführer des Verlages; ihm folgte in letztgenannter Funktion 1976 Nachtmann, damals auch NDP-Funktionär. Auch in weiteren Funktionen wirkten Korporierte, wie Gustav Axmann (aB! *Frankonia* Graz) als Verantwortlicher für die Pennäler-Beilage *Junges Leben,* Nikolaus Höfler (aB! *Germania* Graz) als Betreuer der Jugendausgabe *Sonderblatt* und Pennalburschenschafter Jürgen Hatzenbichler als Gestalter des *Sonderblatt*-Nachfolgers *Identität.*

schafter dominierten.[190] Darüber hinaus fand die enge Verbundenheit von *Aula* und völkischem Verbindungswesen Ausdruck in regelmäßigen Beilagen zu Angelegenheiten des Verbindungslebens *(Akademisches Leben, Junges Leben, Der Fachstudent)* sowie in einer Themensetzung, die die Schwerpunkte burschenschaftlicher bzw. völkisch-verbindungsstudentischer Politik widerspiegelte: Südtirol/Alto Adige, Zurückweisung der ‚österreichischen Nation', Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs und dergleichen mehr. Auch das überschaubare Gesamtverzeichnis des *Aula-Verlages* trägt personell (wie inhaltlich) stark verbindungsstudentische Züge: Alle fünf zwischen 1985 und 2000 dort erschienenen Bücher wurden von Korporierten verfasst oder herausgegeben.[191]

Nicht zuletzt lassen die Einschätzungen von burschenschaftlicher Seite selbst keinen Zweifel an der Enge ihres Naheverhältnisses zu Zeitschrift und Verlag offen: *Libertas* vermerkt zum ADC-Tag 1955, die *Aula* sei dort als „offizielles Organ der im ADC vereinigten Burschenschaften" anerkannt worden.[192] *Alemannia* Wien stufte den *Aula-Verlag* 1959 als den „einzige(n) waffenstudentische(n) Verlag in Österreich" ein.[193] *Allemannia* Graz wiederum berichtete 1962, dass die *Aula* von allen DBÖ-Bünden im Abonnement empfangen und darüber hinaus „von rund 2000 Burschenschaftern" bezogen werde, was zur damaligen Zeit dem überwiegenden Teil aller Burschenschafter Österreichs entsprach.[194] Neben den Eigentümerbeiträgen und den Abonnement-Erlösen stammte zudem auch ein Gutteil der Einnahmen aus Inseraten aus Korporiertensäckeln.[195] Die zwischenzeitliche Jugendausgabe der *Aula,* das *Sonderblatt,* wurde Neugebauer zufolge gar direkt von der DBÖ co-finanziert.[196]

Die eingangs angesprochene Bedeutung der Aula für das völkische Korporationswesen ist vielfältig: Nach innen fungiert sie seit ihrer Gründung zum einen als Austauschplattform, die aus der Perspektive der sie tragenden bzw. ihr nahestehenden

190 Gärtner 1996, 152. Unter den von Gärtner genannten neun Korporierten finden sich sieben akademische Burschenschafter.

191 Vgl. Drack 2008, 49. Die über die Herausgabe der Zeitschrift (einschließlich ihrer Ableger) hinausgehende Tätigkeit des *Aula-Verlages* beschränkt sich weitgehend auf sporadische Buch- und Broschürenpublikationen, die sich zumeist verbindungsstudentischen Themen widmen (vgl. Mölzer 1980 und 1994a, Schwab/Scrinzi 1998). Über den *Aula-Buchdienst* werden zudem auch Bücher und sonstige Medien anderer Verlage vertrieben, darunter rechtsextreme und/oder ‚revisionistische' Werke von Autoren wie David Irving, Peter Dehoust oder Armin Mohler.

192 Vgl. Libertas 1967, 184. Dem damaligen Protokoll ist dies allerdings nicht zu entnehmen, wohl aber eine Diskussion über das ‚burschenschaftliche Schrifttum' (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 9 f.).

193 BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 7 (Alemannia) vom April 1959, 4.

194 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 5 f. Im Geschäftsjahr 1958/59 erhob die DBÖ einen Mitgliederstand von 3.541 Männern in 28 Bünden (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 8).

195 Vgl. zu den Inseraten Gärtner 1996, 262 f.

196 Vgl. Neugebauer 1981a, 179.

Organisationen (Korporationen, RFS, *Freiheitliche Akademikerverbände* usw.) über Veranstaltungen, Personalia und Lokalereignisse in den Hochschulstädten unterrichtet[197]; zum anderen dient sie der fortwährenden Bekräftigung (je nach Bedarf der tonangebenden Personen in den *Freiheitlichen Akademikerverbänden* als Medieninhaber auch der Verschärfung oder Abschwächung) hegemonialer Positionen und der Themensetzung im völkischen Milieu. Eine wesentliche Funktion der *Aula* besteht somit darin, ideologische Konformität innerhalb ihrer Leserschaft her- bzw. sicherzustellen oder deren ideologische Geschlossenheit zumindest nach außen zu suggerieren.[198] Damit ist bereits ein Aspekt der Rolle angesprochen, die die *Aula* in der Außenkommunikation der ‚freiheitlichen' Akademiker erfüllt: Trotz eines geringen Verbreitungsgrades über das völkische Kernmilieu hinaus gilt sie nicht nur äußeren und inneren Kritikern als „Zentralorgan der Szene", als „Aushängeschild" des völkischen Korporationswesens oder als „Sprachrohr unserer Interessen"[199], sondern weist auch ein entsprechendes Selbstverständnis auf.[200]

In puncto Außenwirkung ist neben der ‚Visitenkarten'-Funktion der *Aula* für das völkische Verbindungswesen die metapolitische Aufgabe der Popularisierung diesem eignender Positionen zu nennen. Diese Funktion erfüllt das Periodikum zeit seiner Existenz allerdings eher dem Anspruch nach als realiter. *Allemannia* Graz (vermutlich in Person Karl Heinz Marauscheks, damals kaufmännischer Leiter und Geschäftsführer des *Aula-Verlag*es) unterstrich am außerordentlichen ADC-Tag 1958, dass die *Aula* „nicht nur eine Zeitschrift für Burschenschafter sei, sondern auch für breite Volksschichten, und auch in der DBR [sic] sowie in Übersee gelesen werde".[201] Demgegenüber hielt der DBÖ-Pressereferent 1963 fest, dass durch das Magazin „hauptsächlich nur Korporationskreise angesprochen werden".[202] Im Folgejahr berichteten Schrift-

197 Vgl. Lindinger 2009, 65. Als nahestehende Organisation wäre auch die FPÖ zu bezeichnen, aus deren Sicht die FAV als Parteivorfeldorganisationen erschienen (vgl. etwa die Parlamentarische Anfrage 5110/J der XX. Legislaturperiode des Österreichischen Nationalrats, Abgeordneter Maximilian Hofmann).

198 Zu dieser Funktion sowie zur Frage der Repräsentativität der *Aula* für das Burschenschaftswesen in Österreich vgl. die Ausführungen in Kapitel I.4.2. Vgl. weiters Neugebauer (1981a, 168), dem zufolge die von ihm in der Masse als „eher (…) gemäßigt deutschnational als rechtsextrem" eingeschätzten Mitglieder der FAV durch die Zeitschrift „ständig rechtsextremen Einflüssen ausgesetzt" seien. Um den Verlag gruppiere sich das „ausgesprochen rechtsextreme( ) Zentrum" der FAV.

199 Schiedel 2007, 75 bzw. Interview mit Friedhelm Frischenschlager vom 11.12.2009 bzw. Sigurd Scheichl in PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes von Germania Innsbruck vom 23.1.1977, 6.

200 Vgl. dazu die diversen Stellungnahmen von *Aula*-Verantwortlichen (wie auch von ‚freiheitlichen' Honoratioren) in Jubiläumsausgaben wie jenen zu 40 und zu 60 Jahren *Aula* (Nr. 9/1991 bzw. Nr. 12/2011).

201 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des (ao.) ADC-Tages 1958, 3. ‚DBR' steht aller Wahrscheinlichkeit nach nicht für den zwischen 1957 und 1964 bestehenden *Deutschen Burschen-Ring*, sondern für ‚Deutsche Bundesrepublik'.

202 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des Pressereferenten, Anhang zum Bericht des GHA, Anlage zur Niederschrift über den DBÖ-Tag 1963, 1.

leiter Aigner und Verlagsgeschäftsführer Marauschek von Plänen zur Herausgabe einer „‚Volksausgabe'" der *Aula* zusätzlich zum normalen Heft, „um damit weitere Bevölkerungskreise ansprechen zu können".[203] Diese Pläne fanden zunächst jedoch keine Realisierung. Reinhold Gärtner zufolge blieb die *Aula* „(b)is Anfang der 80er Jahre (…) im wesentlichen ein internes Mitteilungsblatt". Erst Andreas Mölzer habe sie als Schriftleiter (1983–1990) als „politisches Magazin der Neuen Rechten" mit meinungsbildender Wirkung über das völkische Korporationswesen hinaus zu repositionieren versucht.[204] Zwischen 1978 und 1994 sollten eigene Jugendausgaben ein jüngeres Publikum gezielt ansprechen.[205] Anlassbezogen erschienen zudem einzelne Hefte (wie etwa jenes zum Innsbrucker Kommers von 1994[206]) oder Broschüren des Verlags (vgl. die unter IV.2.3 erwähnten) in größeren Auflagen. Doch selbst am Höhepunkt ihrer neurechten Anwandlungen dürfte die Außenwirkung der *Aula* und einschließlich ihrer Nebenprodukte überschaubar geblieben sein und in keinem Verhältnis zu dem Einfluss gestanden haben, der zur selben Zeit über die FPÖ auf die ‚öffentliche Meinung' ausgeübt werden konnte. Umso bedeutsamer war es aus burschenschaftlicher Sicht, dass auch dort Burschenschafter zu Wort kamen und sich als Multiplikatoren von *Aula*-Positionen betätigten.

Sonstige Periodika und Verlage

Ungeachtet ihres zentralen Stellenwerts war die *Aula* nicht das einzige publizistische Forum, das Burschenschaftern und anderen völkischen Korporierten aus Österreich nach 1945 zur Verfügung stand und auch von ihnen mitgetragen wurde. 1968 plante die *Burschenschaftliche Gemeinschaft* (BG) ein – freilich v.a. auf den bundesdeutschen Meinungsmarkt abzielendes – Periodikum, das unter dem Namen *Studentenspiegel* für eine größere Verbreitung burschenschaftlichen Gedankenguts auf Hochschulboden sorgen sollte.[207] Tatsächlich wurde noch im selben Jahr von BG-Bünden die Zeitschrift *Student* aus der Taufe gehoben. Ihr erklärtes Ziel bestand darin, „den Linken die publizistische Alleinherrschaft an den Hochschulen streitig zu machen" und so dem „Vor-

203 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der gemeinsamen Sitzung von DBÖ- und Altherrentag 1964, 2.

204 Gärtner 1996, 10 (vgl. auch 12 und 17).

205 Das *Sonderblatt* (Untertitel: „Jugend-, Schüler- und Studentenzeitung für Österreich") erschien von 1978 bis 1983, abgelöst von der *Aula Jugend* (bis 1990) und schließlich der *Identität.* Als Vorläufer kann die ab 1958 erschienene *Aula*-Beilage für korporierte Mittelschüler, *Junges Leben* (nicht zu verwechseln, wenn auch inhaltlich eng verwandt, mit dem heute bestehenden gleichnamigen Organ des *Österreichischen Pennäler-Rings*/ÖPR).

206 Vgl. *Aula* Nr. 2a/1995.

207 Vgl. die *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 5.

dringen() des Neomarxismus an den deutschen Hochschulen" entgegenzuwirken.[208] Damit nicht genug, berichtete das Altherren-Rundschreiben der Innsbrucker *Germanen* 1978, dass die *Vereinigung alter Burschenschafter* die Gründung eines „unabhängigen Nachrichtenmagazins" namens *Der Beobachter* fördere, das „in der Art, aber nicht mit der politischen Ausrichtung des SPIEGEL Bewegung in die deutsche Presselandschaft bringen soll"; auch die *Germanen* wurden zur Unterstützung dieses Projekts aufgerufen.[209] Das Magazin erschien tatsächlich, kam allerdings über die Nullnummer von 1977/78 nicht hinaus.[210] 1987 stellte auch der *Student* sein Erscheinen ein und gab damit die Rolle des Leitmediums im rechtskonservativen bis rechtsextremen Studierendenmilieu der Bundesrepublik an die im Jahr zuvor gegründete *Junge Freiheit* ab.[211] Diese erschien zwischen 1995 und 1997 in einer eigenen, wesentlich von Mölzer und Hatzenbichler getragenen Österreich-Ausgabe.

Die im unmittelbaren Anschluss von Mölzer begründete *Zur Zeit* verweist darauf, dass neben Periodika (quasi-)verbindungsstudentischen Charakters auch Zeitschriftenprojekte einzelner Korporierter eine Meinungsbildungsfunktion im burschenschaftlichen Sinn aufwiesen oder dies zumindest anstrebten. Als ein frühes Beispiel sind die einschlägigen Aktivitäten Fritz Stübers zu nennen. Dieser schlug, über seine Dichtung hinaus, auch eine Brücke zwischen völkischer Kunst und ebensolcher Publizistik, indem er als Schriftleiter nicht nur des *Eckartboten,* sondern auch der Zeitschrift *Kunst ins Volk* fungierte. Die *Aula* empfahl diese 1970 als „mutige Kämpferin gegen den heute amtlich geförderten modernistischen Kulturbolschewismus" und als einziges deutschsprachiges Blatt, das „wertbewahrende(r) Kunst" und „volkstreuen Künstler(n)" Raum biete, die ansonsten „um ihrer Gesinnung willen totgeschwiegen werden".[212] Mit diesem Anspruch, völkisches Kunstschaffen zu popularisieren, um damit dem ‚Bolschewismus' auf der Ebene der Wertevermittlung zu begegnen, erfüllte Stübers Zeitschrift jedenfalls ihrer Ausrichtung nach geradezu mustergültig den metapolitischen Auftrag der zu dieser Zeit in Frankreich gerade entstehenden *‚Nouvelle Droite'*.[213]

---

208 AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 23. Demnach habe die Zeitschrift sich in weiterer Folge zur „größte(n) überregionale(n) deutschen Studentenzeitschrift" entwickelt. Vgl. auch Heither/Schäfer 1997, 239 (welche die Fusion des *Studenten* mit dem rechtsextremen *Deutschen Studentenanzeiger* 1978 erwähnen) sowie die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 3/1983, 77.

209 PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes von Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7. Mit dem *SPIEGEL* ist hier das deutsche Nachrichtenmagazin selben Namens gemeint.

210 Vgl. dazu die Bestandsübersicht des *Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung* (DISS), http://www.diss-duisburg.de/Arbeitsbereiche/Archiv/Archiv_liste.htm.

211 Zur *Jungen Freiheit* vgl. ausführlich Kellershohn 1994, Dietzsch u.a. 2004 und Braun/Vogt 2007.

212 *Aula* Nr. 4/1970, 11.

213 Dass dies keineswegs bei allen publizistischen Initiativen von Burschenschaftern der Fall war, zeigt das 1991 zunächst von Franz Radl (damals noch *Teutonia* Wien) verantwortete *Gäck.* Dieses wies – angesichts seiner gezielten Ausrichtung auf Jugendliche – zwar eine ‚volkspädagogische' Zielsetzung auf,

Zur Zeit selbst wollte wiederum „(k)onservative(n) Querdenker(n)“ ermöglichen, „(a)m Diskurs teil(zu)haben“: „‚Alles, was klug und nicht links ist‘, sollte in der ZZ Platz haben“, wobei Mölzer als Grundkonsens die Gegnerschaft zu „political correctness, gegen das Prinzip Heuchelei und gegen den linken Tugendterror“ vorgab.[214] Die Zusammenführung von Katholisch- und Völkisch-Konservativen sollte zum einen zwischen den konkreten Protagonisten, zum anderen zwischen den durch sie repräsentierten Lagern und schließlich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Stimmung für ‚bürgerliche Mehrheiten‘ vorbereiten, die sodann auch (partei-)politisch einlösbar sein würden. Auch wenn diese strategische Ausrichtung auf den Corpsier Mölzer zurückgeht, waren es vor allem Burschenschafter, die bei der Gründung der Wochenzeitung Pate standen. Vier der fünf neben Mölzer maßgeblichen Personen (bzw. Anteilseigner der die Zeitung herausgebenden *W3-Verlagsgesellschaft*) waren Burschenschafter: der *Teutone* Walter Tributsch, die *Sueven* Joachim Kappel und Herbert Fleissner sowie Wolfgang Dvorak-Stocker, *Germania* Salzburg. Zahlreiche Burschenschafter finden sich seit Beginn auch unter den Autoren.

Jenseits von Zeitschriftenprojekten nutzten Burschenschafter in bzw. aus Österreich das rechte bis rechtsextreme Verlagswesen im deutschsprachigen Raum – und spielten darin selbst eine nicht unwesentliche Rolle. Zu nennen sind insbesondere die *Zur Zeit*-Finanziers Fleissner und Dvorak-Stocker. Ersterer baute ab den 1950er-Jahren eine der größten Verlagsgruppen Deutschlands auf. Zu ihr gehört u.a. der *Langen*-Müller-*Verlag,* in dem ab Ende der 1970er-Jahre auch auf DB-Seminaren basierende Bände erschienen, darunter u.a. ein Werk von Henning Eichberg, eines maßgeblichen ‚Neurechten‘ der nationalrevolutionären Richtung.[215] Der seit 1995 von Dvorak-Stocker geleitete *Leopold Stocker Verlag* erfüllt – gemeinsam mit dem ebenfalls in Graz angesiedelten *Aula-Verlag* – seit den 1950er-Jahren eine integrative Funktion für den Rechtsextremismus in Österreich.[216] Seit 2004 ist der in dieser Hinsicht bedeutsame Teil des Verlagsprogramms in einen eigenen *Ares-Verlag* ausgelagert, darunter auch die von Dvorak-Stocker selbst herausgegebene Quartalszeitschrift *Neue Ordnung,* die vom DÖW ursprüng-

war in Inhalt und Stil allerdings eindeutig als neonazistisch einzustufen (vgl. Bailer/Neugebauer 1993a, 136 f. und Lasek 1993, 438 f.).

214 Die Zitate entstammen der ZZ-Selbstdarstellung auf http://www.zurzeit.at/index.php?id=7. Vgl. zur ZZ kritisch Schiedel 2001 sowie Kogler 2005 und Fischer 2009. Der Name *Zur Zeit* verweist auf Mölzers Tätigkeit bei der *Aula* zurück, die in seiner Schriftleiter-Ära den Untertitel „Stimmen zur Zeit“ trug.

215 Vgl. PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes von Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7 f. und BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1978, 13. Zu Fleissner allgemein vgl. Sarkowicz 1994.

216 Vgl. zum *Stocker-Verlag* Drack 2008, 81–146 und http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/August2004/neue-ordnung-feiert-antisemiten/stellungnahme-des-doew-zum-leopold-stocker-verlag.

lich als Brückenbauorgan „vom Rechtskonservativismus hin zum Rechtsextremismus“, seit der *Ares*-Gründung jedoch als zunehmend selbst rechtsextrem eingestuft wurde.[217]

Auch der 1980 gegründete *Karolinger-Verlag* wird von einem Burschenschafter geführt, dem *Liberten* Peter Weiß.[218] Von den hier behandelten österreichischen Verlagen weist er am deutlichsten ein ‚neurechtes‘ Profil auf, wie schon seine Einstufung von „Geschichte, Politik und Metapolitik“ als „Schwerpunkte des Verlagsprogramms“ bezeugt.[219] „Metapolitisches“ bildet im Programm eine eigene Rubrik. Auch außerhalb derselben finden sich Werke von ‚neurechten‘ Autoren wie Günter Maschke und Armin Mohler, ebenso wie solche historischer Referenzpunkte derselben (Ernst Jünger, Carl Schmitt). Auch bei *Ares* bzw. *Stocker* erschienen einschlägige Publikationen u.a. von Mohler, Alain de Benoist, Caspar (von) Schrenck-Notzing und Karlheinz Weißmann. Zu ‚neurechten‘ Einflüssen in der *Aula* vgl. die entsprechenden Ausführungen in Abschnitt IV.2.7.

Als zusammenfassende Betrachtung über burschenschaftliche publizistische Aktivitäten (ohne Berücksichtigung der Publikationstätigkeit einzelner Burschenschafter in Periodika und Verlagen ohne burschenschaftlichen Hintergrund) lässt sich festhalten, dass über den Zeitraum der Zweiten Republik ein beträchtlicher Anteil des rechtsextremen Verlags- und Zeitschriftenwesens in Österreich unter unmittelbarem Einfluss von Burschenschaftern bzw. völkisch-verbindungsstudentischen Vereinigungen stand.[220] Ins Auge sticht dabei die enge Verflechtung der verschiedenen behandelten Akteure, die auch über die Landesgrenzen hinaus reicht. So würdige Dvorak-Stockers Mutter Ilse 1991 die „stets gute Zusammenarbeit“ mit dem *Aula-Verlag*, der *Stocker*-Bücher ebenso bespricht und über seinen Buchdienst vertreibt wie Werke des zur Fleissner-Gruppe gehörenden Verlags *Amalthea* (seit 2002: *Amalthea Signum*) und des *Karolinger Verlags,* der wiederum in der *Aula* und in *Zur Zeit* inseriert.[221] Die *Aula* dankt ihrerseits Fleissner zu dessen 65. Geburtstag „für die langjährige Zusammenarbeit und Unterstützung durch Inseratenaufträge“.[222] *Zur Zeit*-Gründer Mölzer publiziert als

217 DÖW 2005.

218 Weiß wurde 2003 von ÖVP-Bildungsministerin Elisabeth Gehrer zum Universitätsrat der Kunstuniversität Linz ernannt. Im selben Jahr attackierte er einen Studenten tätlich, der die burschenschaftliche Trauerfeier am 8. Mai fotografisch dokumentierte (vgl. *Falter* Nr. 38/2006). Zum Verlag vgl. Drack 2008, 71–73.

219 http://www.karolinger.at/portrait.html.

220 (Auch) zu dem übrigen Teil vgl. die maßgebliche Arbeit von Drack 2008.

221 Ilse Dvorak-Stocker zit. n. Gärtner 1993, 257; vgl. Drack 2008, 51 bzw. 73. Gärtner zufolge waren *Stocker* und die Fleissner-Verlage neben der *Druffel-Türmer-Vorwinckel*-Gruppe (heute *Verlagsgesellschaft Berg*) jedenfalls um 1990 besonders häufig unter den in der *Aula* rezensierten Werken vertreten (vgl. Gärtner 1996, 276–278).

222 Zit. n. Gärtner 1996, 277.

Privatperson sowohl bei *Amalthea* als auch bei *Stocker*[223], während Wolfgang Dvorak-Stocker in der *Aula* schreibt und sich, ebenso wie Fleissner und Peter Weiß, in Mölzers *W3-Verlagsgesellschaft* einkauft.[224] Diese – hier nur unvollständig referierten – Verbindungen sind schon aufgrund der überschaubaren Größe Österreichs und seiner rechtsextremen Szene nicht weiter überraschend. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass die gemeinsame verbindungsstudentische Sozialisation der handelnden Personen und über diese Sozialisation gestiftete Kontakte den Aufbau derart enger Beziehungen zusätzlich begünstigten.

IV.2.6 ‚Neue Rechte' gegen ‚Neue Linke'?[225]

Wie schon an verschiedenen Stellen ausgeführt, motivierten das Aufkommen der ‚Neuen Linken' und damit (sowie mit Veränderungen der politischen Großwetterlage und der sozialen Zusammensetzung der StudentInnenschaft) einhergehende Verschiebungen der studentischen Meinungshegemonie Burschenschafter zu verstärktem (meta-)politischen Aktivismus: Das universitäre Feld, konkret: die Masse der politisch wenig festgelegten Studierenden, sollte nicht dem Einfluss der NeomarxistInnen überlassen werden. Nicht von ungefähr wurden die ideellen und strategischen Grundlagen einer ‚Neuen Rechten' – d.h. die entsprechenden Adaptionen traditionell-rechtsextremen Denkens – in Frankreich und Deutschland ab Ende der 1960er-Jahre ersonnen, also in zwei Ländern, die zu dieser Zeit unter dem Eindruck starker linker Studierendenbewegungen standen. Innerhalb der österreichischen extremen Rechten erlangten solche Konzepte zunächst keine und auch später nur beschränkte Relevanz, was zunächst auf die relative Schwäche der Herausforderung durch die ‚Neue Linke' hierzulande, in späteren Jahren v.a. auf die (auch parteiförmige) Stärke des traditionellen Rechtsextremismus zurückzuführen war.[226]

---

223 Vgl. Drack 2008, 50.

224 Vgl. http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/August2004/neue-ordnung-feiert-antisemiten bzw. http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/november2001/zur-zeit-feierte-geburtstag.

225 Aus darstellungs- bzw. leseökonomischen Gründen werden in diesem Abschnitt verschiedene Aspekte des burschenschaftlichen Einsatzes ‚gegen links' zusammengefasst, was – mehr noch als anderswo – die Sphären von ‚Politik' und ‚Metapolitik' verschwimmen lässt. Streckenweise drehen die Darstellungen sich daher mehr um physische als um ideelle Bodengewinne, bisweilen um einen Kampf der Fäuste anstatt der Köpfe. Zur ideologischen Grundlegung des Feindbildes ‚Linke' im Antiegalitarismus vgl. die Kapitel I.5 und III.8.2. Zur Konfrontation von Studentenverbindungen und ‚68ern' in Deutschland vgl. Stickler 2013.

226 Vgl. Schiedel 1998, 233 und Bailer 2004, 167f. Metapolitik als ‚Mensur der Geister', als Pflege gesamtgesellschaftlicher wie auch kleinräumiger Meinungsklimata im Sinne der späteren Erringung politischer Herrschaft, wurde nichtsdestotrotz betrieben. So äußerte ein Alter Herr der Innsbrucker *Germa-*

Das ‚Feindbild Linke' wies in der Geschichte der Burschenschaften (auch) in Österreich eine gewisse Tradition auf.[227] Während die Sozialdemokratie in ihren Anfängen teils noch Führungspersonen aus dem Korporationsstudententum rekrutiert hatte, zählte sie – trotz inhaltlichen Überschneidungen im Deutschnationalismus – neben allen anderen marxistisch grundierten Bewegungen spätestens seit der Zwischenkriegszeit zu den primären burschenschaftlichen Feindbildern.[228] Ausschlaggebend dafür waren nicht zuletzt die vorrevolutionären Konstellationen, die sich mit Ende des Ersten Weltkriegs rings um Österreich ergaben (siehe etwa die Proklamation von Räterepubliken in Bayern und Ungarn). Die Kontinuität des Antisemitismus über wechselnde Feindbestimmungen hinweg illustriert ein Zitat des *Alemannen* Fritz Gärtner: „Zu Schönerers Zeit war die Kampfstellung gegen die Juden auf den Hochschulen ein Teil des österreichischen Nationalitätenkampfes. Nun [um 1921, Anm. B.W.] war es Abwehr gegen die drohende bolschewistische Gefahr."[229]

Nach 1945 war die Linke an den österreichischen Hochschulen zunächst so unbedeutend, dass für die Burschenschaften deren (noch traditionsreichere) Feindschaft mit den katholischen Korporationen im Vordergrund stand. Während man allerdings zumindest eine der Großparteien als potenzielle Koalitionspartnerin von VdU bzw. FPÖ erachtete (welche von beiden, war allerdings umstritten) und nicht wenige Burschenschafter der SPÖ oder ÖVP sogar beitraten, wurde gegenüber KommunistInnen auf schärfste Abgrenzung Wert gelegt. Als ein Ernest Steinfellner (*Libertas* Wien) im Rahmen einer Diskussion auf Ebene des *Wiener Delegierten-Convents* (WDC) Ende 1955 laut über die Möglichkeit nachdachte, bei der anstehenden Nationalratswahl mit einer taktischen Stimme für die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ) den Regierungsparteien zu schaden, sorgte dies „im DC (für) große Erregung". Weder Steinfellners Verdienste um den Wiederaufbau des Burschenschaftswesens noch sein Einwurf, dass seine Motive aufgrund seiner „langjährigen burschenschaftlichen Arbeit" wohl kaum missverstanden werden könnten, bewahrten ihn vor vehementen Angriffen und letztlich dem Ausschluss aus seinem Bund.[230] Steinfellners (durchaus nicht taktisch motivierte)

---

nen 1967 die Ansicht, dass man als Burschenschaft selbst kein Parteiprojekt verfolgen, wohl aber „den Boden dazu vorbereiten" könne (*Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.).

227 Wenn im Folgenden von ‚der' Linken die Rede ist, soll damit nicht einer Einebnung innerlinker Differenzen das Wort geredet, sondern vielmehr dem Umstand Rechnung getragen werden, dass burschenschaftliche Feinderklärungen aus Österreich sich in aller Regel unterschiedslos auf ‚alles, was links ist' erstrecken.

228 *Bruna Sudetia* berichtet beispielsweise von der Mitgliedschaft eines „Großteil(s) der Aktivitas" im Freikorps *Deutsche Wehr,* das „in der Abwehr kommunistischer deutschfeindlicher Aktionen auf Wiener Boden erfolgreich tätig" gewesen sei (Wladar 1984, 26).

229 Alemannia 1962, 14.

230 Libertas 1967, 68 f. Demzufolge hätten beim Ausschluss auch „ältere Unstimmigkeiten" eine Rolle gespielt. Aus Steinfellners Sicht vgl. AVSt, Steinfellner 1977, 49–52. In der Zwischenkriegszeit war Stein-

einstige Betätigung als Funktionär des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes*, NSDAP-Beauftragter für die Burschenschaften in Österreich und SA-Obersturmbannführer war dagegen augenscheinlich nicht als Ausschlussgrund erachtet worden.[231]

Bereits Ende der 1950er-Jahre war eine rege inhaltliche Auseinandersetzung mit marxistischer Theorie und sich darauf berufender Politik im burschenschaftlichen Rahmen zu verzeichnen. Hatte eine 1958 erstmals durchgeführte Umfrage unter den Bünden des ADC noch ergeben, dass österreichweit nur ein einziger Burschenschaftlicher Abend sich „mit dem Problem des Marxismus" befasst hatte, waren für das Studienjahr 1958/59 immerhin deren neun zu verzeichnen.[232] Im Jahr darauf wies der Bericht des zuständigen Referenten nicht weniger als 17 einschlägige Veranstaltungen aus – inzwischen (in marxistisch-leninistischem Jargon) unter „Diamat" kategorisiert.[233] Nach einer einjährigen Pause scheint dieser Posten 1964 wieder als eines der Hauptthemen Burschenschaftlicher Abende in Österreich auf.[234] Auf Einzelbundebene berichtet etwa *Germania* Innsbruck von zwei internen Marxismus-Veranstaltungen im Wintersemester 1964/65; im Mai des folgenden Semesters besuchten einige junge *Germanen* gar einen KPÖ-Diskussionsabend zur ‚österreichischen Nation': „(E)in interessanter Beitrag zu unserer politischen Bildung, zu der ja auch die Kenntnis des Gegners gehört!"[235]

Einen Anstoß zu dieser regen Beschäftigung mit einem in der unmittelbaren burschenschaftlichen Lebenswelt der 1950er-Jahre wenig präsenten Gegner könnte ein „Diamat-Seminar" der DB von 1958 gegeben haben, das im ADC-Rundschreiben als „wesentliche(r) Schritt hin zu einer geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" gewürdigt wurde; ebendiese Auseinandersetzung, so der Bericht, müsse „jeder Burschenschaft heute ein ernstes Anliegen sein".[236] Das hier zum Ausdruck gebrachte

---

fellner bereits im Dachverband *Burschenschaft der Ostmark* (BdO) als Funktionär tätig gewesen. An Meriten nach 1945 sind u. a. seine Tätigkeit als Mitbegründer und Geschäftsführer des *Akademikerverbandes Österreich* (AVÖ), als Mitglied des DC-Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit und Erziehung sowie als Fechtlehrer mehrerer Bünde zu nennen (vgl. ebd. sowie S. 145 und 170 des Auszugs einer mutmaßlichen Chronik der *Bruna Sudetia* in BAK, DB 9, M. Burschenschafterlisten/Personalia, Führer, Erich).

231 Vgl. Dvorak (Biographisches Lexikon I/8) 2014, 312 f.

232 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 2 bzw. vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 8. Im ersten Jahr dominierten „Volkstumsfragen" (21), im engeren Sinn verbindungsstudentische Belange (15) und schöngeistige Themen („Kunst", 10).

233 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/5 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 2. Der Bericht des Vorjahres hatte noch das Label „dialektischer Materialismus" verwendet.

234 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des Referenten für burschenschaftliche Arbeit, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage V zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom 22.12.1964, 1 f.

235 Vgl. *Germanenmitteilungen*, Juli 1964, 4 bzw. Mai 1965, 4 (Zitat).

236 BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Alemannia) vom November 1958, 3. Vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/1 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 3.

Gefühl der Dringlichkeit dürfte Ende der 1950er-Jahre weniger von der ohnehin marginalen Hochschullinken ausgelöst worden sein als von der weltpolitischen Konstellation des Kalten Krieges (und des wenige Kilometer östlich von Wien verlaufenden Eisernen Vorhangs). Allerdings erfuhren die völkischen Kreise Österreichs zum Ausklang des Jahrzehnts – anlässlich ihrer Wiener Schiller-Kundgebung von 1959 – erstmals heftigen Gegenwind vonseiten einer sich als antinazistisch (wenn auch nicht durchwegs als links) definierenden Öffentlichkeit. „Der Ansturm in der Presse, im Rundfunk, des Mobs auf der Straße zeigte uns, daß wir weit mehr bedeuten [als von manchem Burschenschafter nach Kriegsende angenommen, Anm. B.W.] und für den Bolschewismus eine wesentliche Abwehr darstellen."[237] Auch sechs Jahre später standen Burschenschafter und AntifaschistInnen einander auf den Straßen der Wiener Innenstadt gegenüber – in der Auseinandersetzung um Taras Borodajkewycz. Wie die Schillerfeiern trug auch dieses Ereignis im politischen Bewusstsein der beiden Konfliktparteien wesentlich zur Etablierung des jeweiligen Gegenübers als ein vorrangiges Feindbild und (somit) zur eigenen Identitätsbildung bei.[238]

Zwischen diesen beiden Anlässen lagen u. a. handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen linken und völkischen Studierenden im unmittelbaren Vorfeld der ÖH-Wahlen 1961[239] und das behördliche Auflösungsverfahren gegen *Olympia* ab Ende desselben Jahres, das in burschenschaftlichen Kreisen – angesichts eines sozialdemokratischen Innenministers und des medialen Sperrfeuers von *Arbeiter-Zeitung* und *Volksstimme* gegen die Wiener Verbindung – als ‚roter Rufmord' gedeutet wurde. Ziel des Verbots sei gewesen, so eine zeitgenössische Broschüre unter diesem Titel, „die älteste und im Laufe eines Jahrhunderts bestens bewährte Burschenschaft Olympia ‚aus dem Weg zu räumen'", weil sie „mit an der Spitze der antimarxistischen, volksbewußten Kräfte in Österreich" stehe.[240] Der Hinweis, dass die Zielrichtung – nämlich der „Machtanspruch auf Weltherrschaft" – bei „Kreml oder Pittermann, Afritsch,

237 Alemannia 1962, 2.

238 Vgl. zur Bedeutung der beiden Ereignisse für die Linke Stimmer 1997 (Band II), 988. Zur Borodajkewycz-Affäre vgl. Kasemir 1994 und 2007 sowie Fischer 1966.

239 Der Darstellung der – freilich alles andere als unparteiischen – *Arbeiter-Zeitung* zufolge gingen dabei am 23.1.1961 völkische und katholische Korporationsstudenten ebenso gewalt- wie gemeinsam gegen sozialistische Studierende vor, die vor der Universität Wien verbindungsstudentische Bräuche parodiert hatten (vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 24.1.1961, 4). Tags darauf hätten „CV.-Prügelgarden" vor der Universität und „etwa 80 RFS.-Studenten" vor der Technischen Hochschule „die Sozialisten am Zettelverteilen" gehindert (*Arbeiter-Zeitung* vom 25.1.1961, 3).

240 Nassler 1962, 7. Die Urheberschaft der ‚Rufmord'-Broschüre liegt im Unklaren: Bei dem als Herausgeber angeführten Rolf Nassler handelt es sich vermutlich um ein Pseudonym. Allerdings wurde die Broschüre dem *Olympen* Schweinberger zufolge „von uns [womit entweder *Olympen* oder völkische Korporierte im Allgemeinen gemeint sind, Anm. B.W.] in Umlauf gebracht( )" (Schweinberger 2009, 119). Zudem erschien in enger zeitlicher Nähe ein Artikel des späteren Grazer Universitätsprofessors Reinhart Leitinger (*Arminia* Graz) in den *Burschenschaftlichen Blättern*, der unter dem Titel „Der dunkel-

Kreisky, Broda (…) unverkennbar dieselbe" sei, war geeignet, auch jenen globale Bedeutsamkeit zu verleihen, die sich realistischerweise höchstenfalls von Letzteren verfolgt wähnen konnten.[241]

Auf Hochschulebene hefteten Burschenschafter sich die auch ab 1968 im internationalen Vergleich bescheiden bleibenden Terraingewinne des Gegenübers auf die eigenen Fahnen: Dass in Österreich die Hochschullinke hinter dem deutschen Vorbild zurückhinke, sei „nicht zuletzt das Verdienst der Burschenschaft und ihrer Freunde"; allerdings dürfe dies nicht überdecken, „daß sich das Klima an unseren Hohen Schulen in den letzten Jahren merklich verändert hat", konstatierte Rainer Pawkowicz 1974.[242] Tatsächlich hatte insbesondere die ‚Borodajkewycz-Affäre' eine gewisse Sensibilisierung der (nicht nur universitären) Öffentlichkeit in geschichtspolitischen Belangen angestoßen.[243] Wenngleich die Aussage übertrieben scheint, wonach „die Linke" in den Jahren nach 1968 an den Hochschulen, „wenngleich zahlenmäßig immer noch eine kleine Minderheit, völlig das Bild" beherrscht habe, war es Robert Foltin zufolge doch auch in Österreich nunmehr „modisch, links zu sein".[244] Für ÖH-Wahlen notiert Weinert eine Verdoppelung des Stimmanteils von Gruppen links der zentristischen *Österreichischen Studentenunion* (ÖSU) zwischen 1965 und 1981 (von 13 auf 26 %) bei gleichzeitigem Rückgang der Stimmen für rechts von deren Positionen angesiedelte Fraktionen von 87 auf 46 Prozent.[245] Nicht zuletzt begann die – unter wechselnden Bezeichnungen die ÖH seit deren Gründung dominierende – ÖVP-Studierendenfraktion, dem ‚Geist der Zeit' entsprechend, sich selbst nach links zu bewegen, womit für Burschenschafter und RFS-Aktivisten der letzte Beweis erbracht schien, dass eine linke Meinungshegemonie im Entstehen begriffen, wenn nicht gar schon etabliert war.[246] Zudem wurde das bundesdeutsche Beispiel als Menetekel ständig präsent gehalten.[247] Spätestens Mitte der 1970er-Jahre war für die Rechtsaußen-Fraktion der

---

rote Rufmord" dieselbe Thematik mit ähnlicher Stoßrichtung behandelte (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des DBÖ-Pressereferenten, Beilage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1 f.).

241 Nassler 1962, 1.

242 Pawkowicz 1974, 3. Für eine ähnliche Erfolgsmeldung des RFS vgl. *Der Ring* Nr. 1/1971, 11; zu den erwähnten Veränderungen vgl. auch Oberösterreicher Germanen 1994, 36.

243 Vgl. Garscha 2002b, 43 bzw. Adunka 2002, 55.

244 Foltin 2004, 88, vgl. auch Fischer-Kowalski 1977, 602. Auch der RFS erkannte 1970, „daß ‚links sein' heute vielfach Appeal verleiht" (vgl. *Der Ring* Nr. 5/1970, 3).

245 Vgl. Weinert 1981, 304. Die ÖSU ging 1968 aus dem *Wahlblock* hervor, den Weinert für seine Berechnung zutreffenderweise rechts von Ersterer verortet.

246 Vgl. etwa *Der Ring* Nr. 2/1967, 2; Nr. 5/1970, 3; Nr. 1/71, 2 und 11 sowie sekundär Weidinger 2010, 152–154 und 166.

247 Vgl. *Der Ring* Nr. 1/1971, 10 f.; Nr. 3/1972, 3; Nr. 12/1979, 12 f. Schon auf einem DBÖ-Seminar 1968 hatte ein Stuttgarter Burschenschafter die bundesdeutsche Hochschullinke als Agentin eines „implizierten [sic] Umerziehungsauftrag(es) der alliierten Weltkriegssieger von 1945" beschrieben. Der spätere Wiener FPÖ-Klubsekretär und hochrangige Verwaltungsbeamte Erich Reiter (damals *Cheruskia* Graz) fol-

Burschenschaften in Deutschland und Österreich, organisiert in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG), klar:

> Jede Gruppe, die politisch wirksam sein will, bedarf (…) eines konkreten Feindbildes. Ist kein Feindbild vorhanden, so ist dies stets ein Zeichen dafür, daß die Grundsätze nicht ernstgenommen werden. (…) Nach 1950 hat ein konkretes Feindbild der Burschenschaft gefehlt. (…) Heute beginnt sich der Dunst zu klären. Unser Feindbild für die absehbare Zukunft ist eindeutig: Es ist der Sozialismus aller Spielarten im Innern und im Äußeren einschließlich des sog. demokratischen Sozialismus[248].

Nicht nur führten die erwähnten Verschiebungen (neben ‚hausgemachten' Problemen) zum Niedergang des RFS; eine vergleichbare Entwicklung erfasste etwa ab Mitte der 1960er-Jahre auch das völkische Verbindungswesen in Form einer zunehmenden „Verpönung der Korporationen".[249] Der Kampf um kulturellen Einfluss auf die StudentInnenschaft geriet zunehmend zum Rückzugsgefecht, die in völkischen Kreisen schon länger konstatierte ‚Umerziehung' schien erst jetzt ihre volle Wirkung unter den Studierenden zu entfalten.[250] Das Engagement zur Abwehr dieser Umbrüche versorgte die Burschenschaften jedoch gleichzeitig mit einer neuen, identitätsstiftenden Mission.[251] Seit dem Zusammenbruch des NS-Staates hatte sich unter ihnen eine gewisse politische Antriebs-, wenn nicht Orientierungslosigkeit breitgemacht (vgl. Kapitel III.1.1). Die Südtirolthematik hatte dieses Vakuum eine Zeitlang füllen können, jedoch mit der Paketlösung Ende der 1960er-Jahre an Virulenz verloren; das Engagement um die ‚Deutscherhaltung' Österreichs wiederum entpuppte sich zunehmend als aussichtslos. So riefen die Burschenschafter Rainer Pawkowicz *(Aldania)* und Norbert Gugerbauer *(Oberösterreicher Germanen),* beide später in hohen FPÖ-Funktionen tätig, 1970 den „Kampf gegen die neuerstarkte Ideologie der Neomarxisten" als „(u)nsere( ) vordringlichste Aufgabe" aus (wobei ‚uns' sich auf den RFS bezog).[252]

---

gerte, dass die Burschenschaften „dieser Linken" entgegenzutreten und ihren „Agitatoren (…) den Rang abzulaufen" hätten (*Aula* Nr. 6/1968, Akademisches Leben, II).

248 AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 11 f.

249 Oberösterreicher Germanen 1994, 45.

250 Vgl. dazu das von der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) 1966 veranstaltete Seminar „Umerziehung durch Charakterwäsche" mit dem ‚neurechten' Vordenker Caspar (von) Schrenck-Notzing und die auf diesem Seminar basierende BG-Broschüre *‚Umerziehung – heute'* (Schrenck-Notzing 1967, vgl. auch Heither/Schäfer 1997, 233 und 389).

251 Vgl. dazu ein RFS-Flugblatt von 1977, in dem dieser seine Geschichte u.a. als „25 Jahre antimarxistischer Widerstand" beschreibt (PBW). Dies unterstreicht auch, dass die Mission zwar in Dringlichkeit für die Zeit nach 1945 neu, allerdings (in ihrer antiegalitaristischen Stoßrichtung) keineswegs unvertraut war. Die entsprechende Tradition wies im Falle der Burschenschaften auch weit mehr als 25 Jahre zurück.

252 Wortgleich in *Der Ring* Nr. 11/1970 (Ausgabe für die TH Wien), 3 bzw. Nr. 5/1970, 4.

Die BG formulierte 1976 die metapolitische Fassung dieses Auftrags: Demnach ziele burschenschaftliche politische Aktivität darauf ab, „die Studentenschaft im Sinne der national-freiheitlichen Grundsätze der Burschenschaft zu beeinflussen und (…) den Einfluß der Marxisten und Kommunisten an den Hochschulen zu brechen".[253] Metapolitik war in burschenschaftlicher Wahrnehmung eine Strategie des politischen Gegners: In der Hochschulpolitik habe die Linke ein taugliches Vehikel ihrer totalitären Machtansprüche, einen Hebel zur Umwälzung der Gesellschaftsordnung im Wege einer „Politisierung der Wissenschaft" und der Indoktrinierung zukünftiger Eliten erkannt.[254] Die in völkischen Akademikerkreisen gängige Darstellung, wonach die Hochschullinke dabei als Agentin eines Weltherrschaft anstrebenden globalen Bolschewismus agiere, wertete nicht nur die eigene, selbst zugeschriebene Rolle als entschlossene Verhinderer einer solchen Entwicklung auf; vor allem sollte sie auch die Notwendigkeit unterstreichen, den modischen inhaltlichen Offerten und strategischen Innovationen der Linken Vergleichbares entgegenzusetzen.[255] Damit wies der ‚Kampf gegen links' trotz einer grundsätzlich defensiven Ausgangsposition auch eine offensive, nach vorne weisende Komponente auf, was die nach 1945 grundsätzlich auf Bewahrung ausgelegten Burschenschaften mit ungewohnter Zusatzmotivation versorgte.

Im Sinne des eben Ausgeführten zeigten Burschenschafter sich bestrebt, den Gegner näher kennenzulernen und die Arbeit an eigenen Sinngebungsangeboten voranzutreiben – so jedenfalls auf Ebene der DB, wo in den 1970er-Jahren in Form von Seminaren und Broschüren viel Auseinandersetzung mit den geistigen Grundlagen des Gegenübers wie auch der Burschenschaften selbst betrieben wurde. Man strebte nach der „Aktualisierung, Konkretisierung und schließlich der Artikulierung eines eigenen politischen und theoretischen Konzeptes, eigener Normen und eigener Wertvorstellungen, kurz: einer eigenen Ideologie", welche praktische Politik erst sinnvoll möglich machen sollte, um „de(n) Marxismus (…) schließlich zu verdrängen".[256] Nicht unwesentlich mitbestimmt wurde dieser Kurs von den *Oberösterreicher Germanen,* DB-Vorsitzende 1974/75, die in Österreich allerdings wenig Widerhall unter Burschenschafterkollegen fanden. Wohl aber gelang es ihnen, dem RFS einige Jahre lang ein intellektuell dynamisches Profil aufzuprägen. Dieses fand nicht nur in der Erarbeitung umfassen-

253 AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 17. Vgl. hierzu auch Kapitel III.1.2.

254 *Der Ring* Nr. 5/1970, 3. Vgl. auch Pawkowicz 1974, 3 und Norbert Gugerbauer in *Der Ring* Nr. 1/1971, 2 und Nr. 3/1972, 2; vgl. ferner *Der Ring* Nr. 3/1972, 6 f. und Nr. 1/1975, 3.

255 Vgl. *Der Ring* Nr. 1/1971, 11.

256 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Bericht des HPA, Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 10. Allein auf diesem Burschentag brachte der HPA nicht weniger als zehn Anträge ein (vgl. ebd., 20–24). Zu seinen Aktivitäten, einschließlich einer entsprechenden Broschürenproduktion („Der Kommunismus in Theorie und Praxis", „Marxismuskritik"), vgl. die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 6 bzw. 8 sowie zum DB-Burschentag 1978, 6 (selber Bestand).

der (v.a. hochschul-)politischer Konzepte, sondern auch im RFS-Organ *Der Ring* Niederschlag, das bisweilen durchaus fundierte und unpolemische Kritiken linker Theorie und Praxis veröffentlichte.[257] Die *Obergermanen* stellten im Sommersemester 1973 ihre Burschenschaftlichen Abende unter das Leitthema „Marxismuskritik", jene des Folgesemesters widmeten sich den „geistigen Wurzeln des Marxismus".[258] Auch noch nach Abebben der linken Studierendenbewegung blieben sie zunächst dieser Thematik treu.[259]

Zukunftsorientierte Kräfte innerhalb der Burschenschaften gaben strategischen Erwägungen Vorrang vor unbedingter Traditionstreue. Dass im Zuge dessen einzelne Aspekte der althergebrachten Interpretation der burschenschaftlichen Idee zur Disposition gestellt wurden, verleitete Gugerbauer rückblickend zu einem gewagten Vergleich: „Vielleicht trifft der Begriff ‚die anderen 68er' nicht ganz daneben: Wir [gemeint ist seine eigene Aktivengeneration, Anm. B.W.] verachteten zwar die verschiedenen Grüppchen und stellten uns mancher Vietnamdemonstration in den Weg, dennoch waren auch wir geneigt, manche Tabus über Bord gehen zu lassen."[260] Auch im Auftreten bestand verschiedentlich Bereitschaft, von der Hochschullinken zu lernen. Ebenso, wie diese sich durch Aktionismus bemerkbar gemacht hatte, müssten auch die Burschenschaften „an den Universitäten wieder Farbe zeig(en)" und etwa mit politischen Entschließungen der Burschentage in die universitäre Öffentlichkeit treten.[261]

Nichtsdestotrotz dominierten, wie stets in der Zweiten Republik, die traditionalistischen Kräfte innerhalb der Burschenschaften Österreichs auch in der Frage der Haltung gegenüber ‚1968'. Stellvertretend für diese Linie sei auf die Aktivenrede zum just in diesem Jahr begangenen hundertsten Stiftungsfest von *Teutonia* Wien verwiesen. Redner Walter Lisch zufolge agiere die Hochschullinke im Geiste des ‚Morgenthau-Plans' als Agentin der Umerziehung. Sie ziele darauf ab, „die Autorität des Vaters und Lehrers zu beseitigen sowie die Zügellosigkeit zu fördern" und „jahrhundertealte Institutionen deutscher Hochschulen lächerlich" zu machen. Anstelle von Demonstrationen und Randale seien einzig „sachliche Gespräche zwischen Professoren und Studenten" geeignet, nötige Reformen in Angriff zu nehmen – wobei „(g)erade die traditionsrei-

257 Vgl. *Der Ring* Nr. 1/1969, 14; Nr. 17/1969, 14; Nr. 4/1970, 5 f.; Nr. 3/1973, 5 f.; Nr. 4/1973, 3; Nr. 1/1974, 7 f.; Nr. 7/1973, 14; Nr. 2/1974, 12–14; Nr. 2/1976, 3; Nr. 4/1976, 9–11. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die *Ring*-Autoren und Burschenschafter Gugerbauer und Werner Lackner *(Olympia)*.

258 Oberösterreicher Germanen 1994, 29 bzw. 34.

259 Im Sommersemester 1982 stand die interne Bildungsarbeit der Verbindung unter dem Generalthema „Die Einschränkung des Individuums durch die moderne sozialistische Wohlfahrtsgesellschaft – die Entwicklung des Sozialismus im Vergleich zu den heutigen sozialistischen Regierungen" (ebd., 109). Im vorangegangenen Studienjahr waren Vorträge zur – inzwischen bereits historisierten – ‚Neuen Linken' der 60er-Jahre und zum Jahr 1968 auf dem Programm gestanden (vgl. ebd., 96 bzw. 99).

260 Brief Gugerbauers an Friedrich Tulzer vom 13.6.1988, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 11.

261 So Gugerbauer im Bericht über das Vorsitzjahr der *Obergermanen* in der DB, verfasst 1975, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 60–71, hier: 65.

chen Korporationen (…) als Gesprächspartner besonders geeignet (erscheinen), um zur Versachlichung und Beruhigung der Situation bzw. Abwehr destruktiver Elemente beizutragen". Schließlich stattete Lisch für seine Korporation „unserer ehrwürdigen Alma mater Rudolfina" Dank ab und artikulierte den „aufrichtigen Wunsch festen Zusammenhaltens, damit die erforderlichen Hochschulreformen in akademisch-demokratischer Weise zwischen Professoren und ihren Studenten erfolgreich durchgeführt werden".[262]

Die anwesenden „hohen akademischen Würdenträger( )" registrierten diese „mit großen [sic] Beifall" aufgenommene Eloge universitärer Tradition und professoraler Identität inmitten der antiautoritären Revolte sicherlich mit Wohlwollen.[263] In ihrer grundsätzlichen Bejahung von Reformen, v.a. aber in ihrer gleichzeitigen Distanzierung von den Methoden und Absichten der Linken bei gleichzeitiger Andienung an die akademischen Autoritäten als Bollwerk gegen den gemeinsamen Gegner bringt Lischs Rede die vorherrschende austro-burschenschaftliche Position zur studentischen Protestbewegung um 1968 prägnant auf den Punkt. Die akademischen Würdenträger wussten die ihnen dargebrachte Loyalität zu schätzen. So bekundete Günther Winkler, Prorektor der Universität Wien, 1974 die „stete Verbundenheit der Hohen Schulen mit den Korporationen als Gegengewicht gegen den linken Terror".[264] Er tat dies just am Stiftungsfest jener Burschenschaft *Olympia*, die erst seit dem Vorjahr wieder als solche auftreten konnte, seitdem sie aufgrund einer ‚Überschreitung ihres statutenmäßigen Wirkungskreises' zugunsten terroristischer Aktivitäten in Südtirol/Alto Adige 1961 behördlich aufgelöst worden war.

Über die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linken hinaus traten die Burschenschaften bereits seit der Rückerlangung der Souveränität Österreichs auch aktionistisch einschlägig in Erscheinung. *Libertas* berichtet etwa von ihrer Teilnahme an anti-sowjetischen Demonstrationen anlässlich der Ungarnkrise im November 1956 oder an einer

262 Alle Zitate nach *Schlesische Rundschau* Nr. 24/1968, 9 (BAK, DB 9, DBs 1542). Notierenswert ist ferner Lischs Feindbildbestimmung: „marxistisch-kommunistische Kreise und Intellektuelle ohne Bindung an ein Volkstum", die burschenschaftliche Ideale verunglimpften, sowie „gewisse( ) Kreise( )", die in aller Welt „antideutsche Propaganda" betrieben. Mit dem Ressentiment gegen das vermeintlich ‚Vaterlandslose' und Abstrakte (Intellektuelle) sowie mit der Rede von den anonymen weltumspannenden Zirkeln findet sich hierin eine Reihe klassischer antisemitischer Motive.

263 Ebd. In ähnlicher Weise versicherte der WKR (unter *Olympia*-Vorsitz) 1979 dem Rektor der Wiener Universität für Bodenkultur nach einer von Neonazis gegen Linke verteidigten RFS-Vortragsveranstaltung 1979, es werde „auch für die Zukunft wichtig sein, sich nicht dem roten Terror an den Universitäten zu beugen. Die national-freiheitlichen Korporationen haben sich jederzeit aktiv schützend vor die Universität gestellt, wenn die Freiheit auf dem Spiel stand und werden immer verhindern, daß die Universität zu einem Hort der Unfreiheit wird." (Faksimile des offenen Briefes des WKR an Rektor Manfred Welan [mutmaßlich] vom November 1979 in Jungbauer 1979, 38)

264 Zit. n. *Aula* Nr. 2/1975, 14. Winkler stand zu dieser Zeit am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht ein gewisser Jörg Haider als Assistent zur Seite, der im Jahr zuvor bei ihm promoviert hatte.

Protestkundgebung der konservativ dominierten ÖH gegen die Wiener ‚Weltfestspiele der Jugend und Studenten' im Februar 1959.[265] Diese Konfrontationen erfolgten jedoch – wie etwa auch im Fall Borodajkewycz – strikt anlassbezogen. Erst mit dem Aufkommen der Studierendenbewegung erwuchs dem Antikommunismus hohe Priorität im burschenschaftlichen Alltagsgeschäft. Damit erhöhte sich auch die Frequenz der offenen, teilweise physisch ausgetragenen Auseinandersetzungen. „Der Aufbruch der Linken manifestierte sich an der Wiener Universität mit Hörsaalschlachten, worauf die Wiener Bünde mit der Bildung eines Selbstschutzes reagierten: Ab nun betreute Hartmut Rochowanski die ‚Sportriege' des WKR", hält die Chronik der *Oberösterreicher Germanen* für das Sommersemester 1968 fest.[266] Im Zuge der Rektors-Inauguration an der Universität Wien 1968 beförderten Korporierte linke Protestierende aus dem Großen Festsaal. Am 30. Mai 1968 stürmten RFS-Aktivisten unter dem Schlachtruf „Kommunisten raus!" einen von Linken besetzten Hörsaal. Die Demonstration gegen Schah Reza Pahlavi am 22. Jänner 1969 wiederum nutzten RFS-Sympathisanten und Korporierte, um demonstrativ ihre Unterstützung für die Polizei in deren Vorgehen gegen Linke kundzutun.[267] Im Sommersemester 1970 sprengten RFS-Leute eine Vollversammlung der *Wiener Institutsvertreterkonferenz* und besiegelten damit das Ende dieses basisdemokratischen Experiments.[268] Wohl nicht zuletzt diese Taten veranlassten den RFS 1971 zu der Wahrnehmung, den „revolutionären Durchbruchsversuch" der Linken „in zweijährigen aufreibenden Auseinandersetzungen" gestoppt zu haben.[269]

Die Hochschullinke ging ihrerseits gegen Veranstaltungen der Rechten vor, wie im Fall eines Vortrags von Otto Habsburg für den RFS (als gleichsam dessen Beitrag zum Mai '68)[270] oder der gleich zweimal mit Abbruch endenden ÖB-Veranstaltung mit Otto Scrinzi 1972. Ab März 1968 waren auch Einheiten der neu gegründeten NDP an den Auseinandersetzungen beteiligt bzw. lösten den RFS darin teilweise ab.[271] Jenseits wechselseitiger Veranstaltungssprengungen bzw. entsprechender Versuche führ-

265 Vgl. Libertas 1967, 140 f.

266 Oberösterreicher Germanen 1994, 15. Vgl. zu solchen ‚Zusammenstößen' auch ebd., 17.

267 Vgl. Keller 1983, 81 f. bzw. 77 bzw. 84 f. Im Zuge der Proteste gegen den Schah wurde auch der ‚Siegfriedskopf' in der Universitätsaula von Linken mit Kot beschmiert (vgl. ebd., 84) – eine Aktion, die am 20.6.1969 eine Wiederholung fand (vgl. ebd., 150). Vgl. generell zu Konfrontationen zwischen RFS und Linken ebd., 76–79.

268 Vgl. Fischer-Kowalski 1977, 606; Foltin 2004, 73 f.; Keller 1983, 107. Notierenswert ist dabei, dass der RFS selbst für mehr Mitbestimmung auf den unteren Ebenen der studentischen Selbstverwaltung eintrat, also für eben jenes Ziel, das die IVK zu verwirklichen suchte. Diese wurde offenbar als zu linksorientiert wahrgenommen. Zur Gründung eines eigenen *Aktionskomitees Institutsvertretung* durch den RFS vgl. Keller 1983, 76.

269 *Der Ring* Nr. 1/1971, 11.

270 Vgl. Keller 1983, 76.

271 Vgl. ebd., 65, 113 und 151. Ab 1977 schließlich führte die *Aktion Neue Rechte* (ANR), die unter der Parole ‚Tod den Kommunisten' auftrat, zahlreiche militante Aktionen gegen Linke durch (vgl. DÖW 1981, 49).

ten die Burschenschaften, wie bereits ausgeführt, Flugblattaktionen, Infostände und Ausstellungen durch. Letztgenannte Aktionsform wurde – über die schon genannten Anlässe hinaus – etwa von der ÖB gewählt, um im Jänner 1973 die Scrinzi-Auseinandersetzungen zu dokumentieren; im Sommersemester 1981 widmete sie der ‚Neue Linken' selbst „einige Bild- und Textwände" an der Universität und der Wirtschaftsuniversität Wien.[272]

In der Bundesrepublik führte der universitäre Linkstrend, in Verbindung mit der im Durchschnitt größeren Offenheit der dortigen Korporationen, zu einem Einsickern entsprechender Tendenzen sogar in die Burschenschaften selbst (oder begründete jedenfalls dahin gehende Befürchtungen). Nach Darstellung der BG hätte das burschenschaftliche Meinungsspektrum sich bis in die 1970er-Jahre so erweitert, „daß Burschenschafter (…) mit Marx-Plaketten am Revers auftraten".[273] So wurde auf mehreren DB-Burschentagen eine scharfe Abgrenzung nach links gesucht und gefunden. 1973 beschloss man die „Unvereinbarkeit marxistischer Zielvorstellungen mit der Verfassung der DB".[274] Ebenso wurde die Mitgliedschaft in einem DB-Bund mit der Zugehörigkeit zu linken Organisationen für unvereinbar erklärt.[275] In Österreich waren derlei Vorkehrungen kaum notwendig. 1977 wurde allerdings der Grazer RFS, der sich unter der Führung des Burschenschafters Flucher *(Carniola)* befand, wegen übermäßiger Liberalität aus dem Bundesverband ausgeschlossen. Im Ring fand dieser Vorgang retrospektive Beschreibung als die „Ausmerzung der Linksabweichler".[276]

Jenseits der Auseinandersetzungen mit den (vermeintlichen) Linken in den eigenen Reihen und vor Ort wurde – gerade auch mit zurückgehender Virulenz Letzterer – gegen den real existierenden Sozialismus auf globaler Ebene agitiert, insbesondere unter

272 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 28 bzw. 101.

273 AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 7. Dass innere Richtungsstreitigkeiten tatsächlich auch über eine ‚Politik des Kragenaufschlags' ausgetragen wurden, bestätigt Jan-Michael Müller (*Brunsviga* Göttingen) im Interview vom 19.6.2010: Liberale Burschenschafter hätten sich etwa „eine rote Nelke ins Knopfloch gesteckt", um dem unter Rechtsaußen-Burschenschaftern beliebten Großdeutschland-Anstecker am Revers *(‚Das ganze Deutschland soll es sein!')* zu kontern.

274 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1973, 44.

275 Vgl. ebd., 45. Der entsprechende Antrag hatte nicht weniger als 41 Gruppen – neben kommunistischen auch antifaschistische oder pazifistische – namentlich angeführt, gleichzeitig aber klargestellt, dass die Unvereinbarkeit sich auch auf „alle anderen Gruppen ähnlicher Zielsetzung" erstrecke (vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1973, 28–30, Zitat: 29). Nach Beurteilung Heithers löste die Studierendenbewegung in der DB eine Repolitisierung und Standortbestimmungsdebatten aus, die den Verband letztlich weiter nach rechts führten (vgl. Heither 1997b, 183–186). In der Verbandskrise und Austrittswelle der 2010er-Jahre erblickten manche dagegen den späten Konter der „68er-Alten Herren" bzw. der „Aktivitates der 1970er und 1980er", die inzwischen in ihren Bünden tonangebend geworden seien (zit. n. http://www.dereckart.at/?p=1345, Artikel vom 26.6.2014, Hinrich Hofmann).

276 *Der Ring* Nr. 8/1979, 5; vgl. auch Nr. 8/1979, 2 sowie Oberösterreicher Germanen 1994, 80.

dem Gesichtspunkt des Menschenrechtsschutzes. Dabei ließ Antikommunismus sich mit ‚volkstumspolitischen' Anliegen verbinden, etwa in puncto der Lebensumstände deutscher Minderheiten in realsozialistisch beherrschten Ländern. 1976 widmete der RFS eine Ausgabe seines *Rings* schwerpunktmäßig der Religionsverfolgung im Ostblock und veranstaltete eine Wanderausstellung „Christenverfolgung durch den Kommunismus".[277] 1983 wurde im Rahmen des DBÖ-Tages in Wien eine Ausstellung zum Thema „Menschenrechtsverletzungen in Europa" gezeigt.[278] Bei aller Gegnerschaft gegen die repressiven Regimes des Ostblocks waren Bündnisse mit undogmatischen Linken hierbei offensichtlich keine Option: Ein studentischer Schweigemarsch für Jan Palach im Zuge der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings' im Jänner 1969 wurde Keller zufolge nur von RFS und ÖSU boykottiert.[279]

Die Linke im eigenen sozialen Nahraum blieb gleichwohl über die 1970er-Jahre hinaus im burschenschaftlichen Bewusstsein präsent. Im Zuge der Studierendenproteste von 1987 verteilte die ÖB im besetzten Audimax der Universität Wien Flugblätter, in denen „gutgläubige Hochschüler vor der Ausnutzung durch kommunistische Studenten und Gewerkschafter für deren freche Ziele gewarnt" wurden.[280] Ähnliche Aktionen führten 2009 (zu Zeiten der studentischen ‚*#unibrennt*'-Protestaktivitäten) die *Oberösterreicher Germanen* und *Teutonia* in Wien sowie *Arminia Czernowitz* in Linz durch.[281] Jenseits solcher Höhepunkte linksstudentischen Aktivismus hielten weniger die gesamtgesellschaftliche Relevanz der Linken als vielmehr die langfristige Stärkung linker Fraktionen innerhalb der ÖH und periodisch wiederkehrende Proteste gegen

---

277 Vgl. *Der Ring* Nr. 2/1976 bzw. Nr. 3/1976, 6 f. Für diese Schwerpunktsetzung mochte der Bundesvorsitzende seit Herbst 1974, Wolfgang Thienen, verantwortlich gezeichnet haben: Dieser hatte sich – durchaus RFS-untypisch – offensiv als Katholik eingeführt (vgl. *Der Ring* Nr. 1/1975, 3). Vgl. zu menschenrechtlichen Argumentationen gegen den Realsozialismus ferner *Der Ring* Nr. 4/1973, 10 („KZ-GREUEL IN DER UdSSR"); Nr. 2/1974, 16 f.; Nr. 3/1975, 10 f.; Nr. 2/1976, 3 und 5–10. Letztgenannte Nummer enthält die programmatische Anmerkung, der RFS habe nun „wieder begonnen, die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Marxisten an der Frage der Menschenrechte deutlich zu machen" (S. 5).

278 Dvorak 1996, 67.

279 Vgl. Keller 1983, 86.

280 *Cimbern-Zeitung* Nr. 108/1989 (Heumond/Juli), 17.

281 Die *Teutonen* verteilten am 19.10.2010 am Rande einer HörerInnenversammlung am Juridicum Handzettel ‚revisionistischen' Inhalts („91 Jahre Schandverträge", „Gebietsabtretungen revidieren!"), die *Germanen* forderten während der Audimax-Besetzung im Wintersemester 2009/2010 auf einem Flugblatt „eine vernünftige Diskussion und Lösungen" anstelle von „(z)erstörerische(m) Aktivismus" (beide: PBW). *Arminia Czernowitz* wiederum stattete dem besetzten Hörsaal in Linz einen Blitzbesuch ab, um dort Flugblätter mit ihrem Impressum zu verteilen. Ein Video der Aktion wurde auf der 2011 vom Netz genommenen Neonazi-Website *alpen-donau.info* veröffentlicht, untermalt von einem Lied der deutschen Rechtsrock-Band *Sleipnir.*

das völkische Korporationswesen die Hochschullinke als ein Hauptfeindbild der Burschenschaften aktuell.[282]

Vor diesem Hintergrund wurde die Auseinandersetzung mit dem Gegenüber erneut auch auf inhaltlicher und strategischer Ebene gepflegt. Am Kommers des DB-Burschentages 1997 – eingeladen hatte *Olympia* als DB-Vorsitzende – referierte der Bonner ‚Extremismusforscher' Hans-Helmuth Knütter, der sich durch sein Buch *‚Die Faschismuskeule'* für diese Aufgabe empfohlen hatte. „(G)ehen Sie offensiv, nicht defensiv, gegen die Feinde der Burschenschaften, des deutschen Volkes, der Freiheit, also den linksextremen Feind vor", rief er den Burschenschaftern zu. „Haben Sie keine Scheu, von den Methoden des Feindes zu lernen."[283] In Ermangelung einer Linken, die an gesellschaftlicher Prägewirksamkeit mit jener von 1968 vergleichbar gewesen wäre, wandte man sich nun gegen das vermeintliche Fortleben der Ideen von ‚68'. Nach Ansicht vieler Burschenschafter hätte die einst von den revoltierenden Studierenden ausgegebene Parole vom ‚Marsch durch die Institutionen' Erfolg gezeitigt und eine linke Meinungshegemonie etabliert. Als Wurzel des Übels wurde dabei verschiedentlich die neomarxistische Kritische Theorie identifiziert (deren Hauptprotagonisten – mit Ausnahme Herbert Marcuses – freilich schon von der historischen Studierendenbewegung nur sehr selektiv rezipiert worden waren). 2004 co-organisierten *Olympia* und *Silesia* in Verbindung mit dem alljährlichen WKR-Kommers ein Symposion unter dem von Konrad Lorenz inspirierten Titel „Frankfurter Schule – Die 9. Todsünde".[284] Moderator Eike Lindinger machte sich, gemeinsam mit Vater Bernd (beide *Olympia,* Letzterer vormals FPÖ-Bundesrat), infolge auch um eine Fortsetzung dieses Symposions im Jahrestakt verdient, wobei die *Freiheitliche Akademie* (bzw. ab 2007 das *FPÖ-Bildungsinstitut* als deren Nachfolger) der FPÖ als tragende Körperschaft in Erscheinung trat.[285] In ihrer Themensetzung – das Menschen- und Gesellschaftsbild der Linken, Deutungshoheit über Begriffe, ‚Umerziehung' und ‚Kulturrevolution' – offenbarte die Reihe ein klar metapolitisches Anliegen, das einerseits der Linken nachgesagt, andererseits selbst verfolgt wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Burschenschaften in Österreich sich über den Zeitraum der Zweiten Republik kontinuierlich mit der politischen Linken als Feindbild auseinandersetzten. Dies geschah in unterschiedlichster Form – von Ideologiekritik

282 1995 bis 1997 übernahm erstmals eine linke Koalition die Exekutive des ÖH-Zentralausschusses. Als Höhepunkte symbolischer Kämpfe zwischen Linken und Verbindungsstudenten lassen sich für Wien die Auseinandersetzungen um die Verlegung des ‚Siegfriedskopfes' in den 1990er-Jahren (vgl. dazu die Dokumentation in Davy/Vašek 1990) und die Proteste gegen den WKR-Ball ab 2008 anführen.

283 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 3/1997, 129–131, hier: 131.

284 DÖW, ARGE Konrad Lorenz 2004, o. S.

285 Von 2004 bis 2008 fanden insgesamt fünf Symposien statt. Das Podium der Erstauflage, gebildet von den Rechtsextremen Rolf Kosiek, Bernd Rabehl, Friedrich Romig und Otto Scrinzi, gab den Kurs für die Einladungspolitik der Folgejahre vor. Zu den Referaten und Debatten im Einzelnen vgl. Lindinger 2010.

im weitesten Sinne bis hin zu Handgreiflichkeiten. Ihre Höhepunkte fand die Auseinandersetzung meist in Zeiten überdurchschnittlich hoher Aktivität und Wahrnehmbarkeit der Linken im Allgemeinen und ihrer studentischen Anteile im Besonderen. Seit der Studierendenbewegung von 1968 dienten linke Aktionsformen und Strategien (oder was man dafür hielt) Burschenschaftern wiederholt als Inspiration. Teilweise gab sie auch den Anstoß zur Überprüfung der eigenen Verortung im politischen Spektrum und/oder zu verstärkter geistiger und politischer Regsamkeit, die wiederum bisweilen (vorübergehende) Modernisierungserscheinungen hervorrief. Stärker noch war allerdings eine Reaktionsweise festzustellen, die vielmehr gerade die Nicht-Korrumpierbarkeit durch den Zeitgeist, die Unabhängigkeit von Moden und den Mut zur Bewahrung auch unpopulärer Positionen als burschenschaftliche Tugenden hervorkehrte.[286] Ungeachtet der jeweiligen Reaktionsweise läutete das Erstarken der Linken um 1968 zum einen den seither andauernden Prozess der Marginalisierung des völkischen Korporationswesens ein, stattete Letzteres bzw. seine politisch bewussten Teile aber auch mit einer neuen (bzw. neu-entdeckten) Aufgabe aus, die freilich auch den historischen Wandel der Burschenschaften von progressiv-gestalterischen zu konservativ-abwehrenden Kräften widerspiegelte.

IV.2.7 Rezeption der ‚Neuen Rechten'[287]

Nur geringe Anteile der in diesem Kapitel als metapolitisch eingestuften Betätigung von Burschenschaften vollzogen sich in expliziter Anknüpfung an die *‚Nouvelle Droite'* und ihre deutschen Epigonen, zumal deren Postulate – wie schon erwähnt – bei den völkischen Korporationen (aber auch bei anderen rechten bis rechtsextremen Gruppierungen) in Österreich nur sehr begrenzten Anklang fanden. Die folgende Aufzählung arbeitet dies anhand zentraler Unterschiede von ‚alter' und ‚neuer' Rechter heraus, wobei beide im Sinne des Vergleichs zu Idealtypen vereinheitlicht wurden.[288]

286 Vgl. dazu Kapitel III.6.2.

287 Den folgenden Erörterungen sei eine grundsätzliche Anmerkung zu der – vielfach auch in der kritischen Forschung anzutreffenden – Rede von der ‚Neuen Rechten' vorausgeschickt. Wie in diesem Abschnitt u.a. deutlich gemacht werden soll, handelt es sich dabei zu allererst um ein Manöver des politischen Marketings. Belegt wird dies schon allein durch die Tatsache, dass das grundlegende Postulat des Rechtsextremismus – die Ungleichheit der Menschen – unangetastet bleibt. Die Rede von der ‚Neuen Rechten' trägt daher weniger dem Bedürfnis nach kritischer (also unterscheidender) Analyse Rechnung, als vielmehr dem Bedürfnis der sich so Bezeichnenden, die „blutbesudelten Jacken älterer Generationen" gegen eine „aprilfrische( ) Weste" einzutauschen (Dieter Stein, Chefredakteur der *Jungen Freiheit,* zit. n. Bailer 2004, 166). Die Benennung wird daher von mir nur unter Anführungszeichen verwendet und soll allein dazu dienen, einen bestimmten strategischen Ansatz (weniger aber programmatische Innovation) sichtbar zu machen. Vgl. zur Frage der Neuartigkeit der ‚Neuen Rechten' Schiedel 1998, 227–229.

288 So verweist etwa der erste Punkt der Aufzählung v.a. auf die ‚jungkonservative', der zweite dagegen v.a. auf die ‚(neo-)nationalrevolutionäre' Spielart der ‚Neuen Rechten'. Pfeiffer verortet die Ursprünge beider Strömungen bereits in der ‚Konservativen Revolution' der Zwischenkriegszeit (bei Arthur Moel-

- Die ‚Neue Rechte' vollzog einen (zumindest taktisch motivierten und oberflächlichen) Bruch mit den historischen Faschismen und suchte zur Begründung ihrer Positionen nach weniger belasteten Anknüpfungspunkten, die sie in der griechischen Antike, in mitteleuropäischen vorchristlichen Kulten (Neuheidentum) oder bei den ‚konservativen Revolutionären' der Weimarer Republik um Ernst Jünger, Othmar Spann und anderen fanden, die freilich ihrerseits als Wegbereiter des Nationalsozialismus einzustufen wären. Dementsprechend standen insbesondere solche Vertreter des völkischen Korporationswesens in Österreich ‚neurechten' Ideen aufgeschlossen gegenüber, die sich in der Betrachtung verbindungsstudentischer Historie (selbst-)kritischer zeigten als die Mehrheit ihrer Waffenbrüder und bestrebt waren, ihre Korporationen aus der nationalsozialistischen Traditionslinie zu lösen. Beispielsweise präsentierte Sigurd Scheichl 1966 im Mitteilungsblatt seiner Innsbrucker *Germanen* für Armin Mohlers ‚*Die konservative Revolution*' als ein „ideologisch bedeutsames Buch".[289] Zeitlich mit der Entstehung der ‚Neuen Rechten' in Frankreich und Deutschland zusammenfallend, wurden also auch von Burschenschaftern in Österreich einschlägige Vordenker rezipiert, ohne freilich – wie Kapitel II.5 und Abschnitt IV.2.3 belegen – eine Aufkündigung des nationalsozialistischen Erbes auf breiter Basis auszulösen.[290]
- Die ‚Neue Rechte' verwarf das Christentum wegen dessen im Ursprung egalitärer Weltsicht und außereuropäischer Herkunft, während die Burschenschaften in Österreich historisch zwar in Opposition zum Katholizismus standen, gleichzeitig jedoch enge Beziehungen zum Protestantismus unterhielten. Während diese Bindungen, gemessen an der ‚Kulturkampf'-Ära des *Fin de Siècle,* nach 1945 zunächst an Kraft verloren, ist in jüngerer Vergangenheit wieder eine verstärkte Hinwendung zum Christentum (ohne genauere konfessionelle Bestimmung) feststellbar. Dafür aus-

ler van den Bruck oder Oswald Spengler einerseits und Ernst Jünger oder Ernst Niekisch andererseits), weist aber auch darauf hin, dass die Zuordnung der ‚Nationalrevolutionäre' zur ‚Neuen Rechten' umstritten sei (wohingegen Schiedel 1998, 227 ausschließlich sie als ‚Neue Rechte' bezeichnet wissen will). Diese wahrten stärkere Kontinuitäten mit dem Nationalsozialismus und suchten Querfrontbildungen zur Linken, während die ‚Jungkonservativen' v.a. auf andere konservative bzw. bürgerliche Spektren wirken wollten (vgl. Pfeiffer 2004, 58–61, hier v.a.: 58 f.) – eine Spaltung, die entfernt an jene zwischen ÖVP- und SPÖ-affinen Kreisen innerhalb der Burschenschaften in Österreich und der FPÖ gemahnt (vgl. hierzu Kapitel V.5).

289 *Germanenmitteilungen*, April 1966, 12. Scheichl bewarb Mohler – letzterer freilich mehr Neo- als Postfaschist – im Kontext seiner Bilanz über den Büchereibestand *Germanias,* die ihn zu der Anregung veranlasste, doch auch das eine oder andere NS-kritischere Werk anzuschaffen (vgl. ebd., 11).

290 Während Scheichl sich allerdings auch in weiterer Folge als selbstkritischer Exponent seiner Burschenschaft profilierte, entwickelte Hartmut Rochowanski – der im Wintersemester 1967/68 vor seinen *Oberösterreicher Germanen* über Spenglers Philosophie referiert hatte (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 13) – kaum Distanz zur burschenschaftlichen Vergangenheitsbewältigung der Nachkriegszeit (vgl. Kapitel II.5.5).

schlaggebend war zum einen das Streben nach einer ‚konservativen Allianz', von der manche Strategen des ‚Dritten Lagers' sich eine Stärkung desselben sowohl auf diskursiver (metapolitischer) als auch auf (partei-)politischer Ebene versprachen; zum anderen gewannen Anrufungen des ‚christlichen Erbes' Europas bzw. des ‚christlichen Abendlandes' im Zeichen der Abwehr einer vermeintlichen ‚Islamisierung' auch für so manchen Burschenschafter an Bedeutung.[291]

- Die ‚Neue Rechte' stellte den Liberalismus – wiederum aufgrund seines Postulates der Gleichheit der Menschen und daraus abgeleiteter Menschenrechte sowie aufgrund des ihm zugeschriebenen Materialismus – ins Zentrum ihrer Feindbestimmung und setzte ihm „das Primat des Symbolischen und Heiligen vor jenem der Ökonomie" im Rahmen einer „‚organischen' Gemeinschaft" entgegen.[292] Burschenschaftliches Gedankengut wies dagegen – wenn auch mit zeitlich und örtlich unterschiedlichem Gewicht – stets auch liberale Anteile auf (vgl. dazu u.a. die Kapitel III.8.1 und III.8.5) und führt bis heute 1848 als positiven historischen Bezugspunkt. Wenngleich der Liberalismus unter Burschenschaftern in Österreich (auch) nach 1945 einen schweren Stand hatte, wurde er doch kaum auf breiter Basis als Hauptfeind bestimmt, sofern er im engeren Sinn als politische Ideologie und nicht – wie gerade im Zuge des Brückenbaus zum politischen Katholizismus der Fall – im Sinne einer allgemeinen Haltung der Beliebigkeit, der Libertinage und des Multikulturalismus verstanden wurde. Ein Anknüpfungspunkt zwischen burschenschaftlichem und ‚neurechtem' Denken ergibt sich in der antiliberalen Fassung des Verhältnisses von Individuum und ‚Gemeinschaft', die nach Schiedel die Kontinuität zwischen ‚Neuer' und ‚alter Rechter' belegt.[293]
- Die ‚Neue Rechte' erklärte den Marxismus und sich auf ihn stützende Bewegungen zu bloßen Derivaten des Liberalismus, zumal er wie dieser materialistisch und egalitaristisch ausgerichtet sei; Nationalrevolutionäre suchten mitunter sogar Bündnisse mit Linken. Die Burschenschaften in Österreich positionierten sich dagegen stets in scharfem Gegensatz zu linker Theorie und Praxis (mit der historischen Ausnahme der Sozialdemokratie in ihrer Gründungsphase). Die Bekämpfung derselben erkannten sie zur Zeit des Kalten Krieges geradezu als ihre historische Mission – in Ergänzung des Einsatzes um die ‚Deutscherhaltung' Österreichs.

291 Gerade dieser europäische Horizont eröffnete allerdings gleichzeitig auch Anschlussflächen zum Europa-Nationalismus der ‚Nationalrevolutionäre' (vgl. Bailer 2004, 166).

292 Schmid 2009, 37.

293 Schiedel verweist dazu u.a. auf die Absage des (einst ‚neurechts' orientierten) Pennalburschenschafters Jürgen Hatzenbichler an einen „individualistischen Freiheitsbegriff" zugunsten einer „dem Volk, dem Staat verantwortlichen Freiheit"; diese ende nicht, wie im liberalen Denken, an der „Freiheit des anderen", sondern an der „Freiheit der Gemeinschaft" (zit. n. Schiedel 1998, 228).

- Anstelle des klassischen Rassismus, der Menschen nach biologischen Kriterien zu Kollektiven gruppiert und diesen unterschiedliche Wertigkeit zuweist, verfechten ‚Neurechte' einen Ethnopluralismus, der sich rhetorisch zur Gleichwertigkeit der nun ‚kulturell' bestimmten Kollektive bekennt, gleichzeitig aber auf ihrer vermeintlich unhintergehbaren Unterschiedlichkeit beharrt und ihre ‚Vermischung' als schädlich ansieht. Diese Modernisierung des Rassismus ist – im Einklang mit großen Teilen der auf Salonfähigkeit bedachten extremen Rechten nach 1945 – auch von den Burschenschaften in Österreich nach 1945, jedenfalls nach außen hin, ansatzweise vollzogen worden.[294] Die Inkonsistenz dieser Anpassungsleistung lässt sich gleichwohl anhand einer Vielzahl von Beispielen aufzeigen.[295]

Diese Aufzählung macht zum einen deutlich, weshalb die ‚Neue Rechte' in burschenschaftlichen Kreisen in Österreich bis heute nicht Fuß fassen konnte, zum anderen aber auch, dass ihre Postulate durchaus zu einem gewissen Grad in diese Kreise einsickern konnten. Ablesen lässt sich dies auch anhand einer Reihe mehr oder weniger impliziter Anknüpfungen an ‚neurechte' Vorgaben, wie etwa bei Waldemar Steiner *(Olympia)*. Dieser propagierte 1974 – damals Vizebürgermeister von Salzburg – im Kreise seiner Bundesbrüder, man möge in Europa einen „neue(n) Geist" erwecken, der sich nicht „im materialistischen Streben" erschöpfe, sondern „auch immaterielle Werte" anerkenne. „Der Feind" sitze schließlich „heute im inneren" und könne „nicht in offener Schlacht", sondern nur in einem „sehr stillen Kampf" konfrontiert werden.[296] Dass damit ausgerechnet ein Parteipolitiker ein metapolitisches Programm vorgab, mag als Ironie erscheinen, stellt jedoch keinen Einzelfall dar, wie sich etwa anhand Andreas Mölzers oder Gustav Jonaks zeigen lässt. Letzterer hatte ein Jahr vor Steiner im Kreise seiner Innsbrucker *Germanen* und u.a. unter Berufung auf Spengler einen „moderne(n) Konservativismus" propagiert, der sich – ganz im ‚neurechten' Sinne – in seinem Geschichtsbild von jüdischen, christlichen und cartesianischen Einflüssen lösen müsse. Ebenfalls im Einklang mit ‚neurechter' Dogmatik hatte Jonak den „Fortschrittsliberalismus" als Hauptfeind identifiziert und ihm sowohl „Konfessionalismus" als auch „Marxismus" als „Spielarten" zugeordnet. Aufgabe der Burschenschaften sei es, im Sinne der „Er-

294 Zu ethnopluralistischen Anwandlungen in der *Deutschen Burschenschaft* vgl. Heither 2004, 128 f.

295 Vgl. etwa Peham 2012 oder Gruppe AuA! 2009, 87 f.

296 Vgl. Steiner 1974, 13 bzw. 12. Auf demselben Stiftungsfest wurde vom Wiener *Moldaven* Wilhelm Figl auch bereits gegen „Meinungsterror" Stellung bezogen und selbiger zum Ansatzpunkt burschenschaftlicher Betätigung erklärt: Angesichts „ruchlose(r) Manipulation" der Massen hätten die Burschenschafter „in vorderster Reihe zu stehen", wo immer es gelte, „gegen den Meinungsterror Dinge und Werte ins richtige Licht zu rücken und Mahner in unbequemen Dingen zu sein" (Figl 1974, 6). Neben verwandten Kampfbegriffen wie ‚Gesinnungsterror', ‚*political correctness*' oder ‚Gutmenschentum' konnte sich der ‚Meinungsterror' in den folgenden Jahrzehnten als ein zentrales Motiv burschenschaftlicher Metapolitik etablieren.

haltung der europäischen Kultur" an einer „großen geistigen Wende mitzuwirken". Bei all dieser Erneuerungsrhetorik hatte Jonak mit seinem Ziel der Bewahrung der „Substanz der Völker" und seinem Standpunkt, dass „(k)ulturelle Entwicklung" stets „nur auf völkischer Grundlage erfolgen" könne, gleichzeitig auch Anschluss an die austro-burschenschaftliche Überlieferung gewahrt.[297]

Auf überindividueller Ebene zeichnete die BG in den 1970er-Jahren ein Bild des Konservativen als „Revolutionär", da „Antithese zum Sozialismus". Somit sei auch ‚die Burschenschaft' an sich „auf Grund ihrer dargelegten Grundsätze und Zielsetzungen konservativ und revolutionär" zugleich.[298] Im RFS der 1970er-Jahre konnten solche Ansätze allerdings kein großes Gewicht erlangen. Auf Hochschulboden waren es vielmehr die (monarchistische) *Junge Europäische Studenteninitiative* (JES) und die neonazistische *Aktion Neue Rechte* (ANR), die ab Mitte des Jahrzehnts in unterschiedlicher Weise offene Anklänge an die ‚Neue Rechte' zeigten. Wenngleich die Namensgebung der ANR aufgrund ihrer kaum vorhandenen Distanz zum historischen Nationalsozialismus als Etikettenschwindel zu bezeichnen ist, spiegelte ihre Publizistik eine Rezeption der einschlägigen Vordenker wieder. Die Linie des ANR-Magazins *Richtung* war geprägt von einem differenzialistischen Rassismus im Sinne der Positivbesetzung von Verschiedenartigkeit, solange diese nur separiert zur Entfaltung, d.h., es zu keiner ‚Vermischung' komme. In strategischer Hinsicht wurde der Aufbau einer „Gegenmachtposition" gegen „Umerziehung", „Begriffsterror" und „Linksmentalität" propagiert.[299] Auch gab man vor, sich an Visionen anstatt an historischen Beispielen zu orientieren.[300] Nichtsdestotrotz wies die ANR umfangreiche inhaltliche wie auch rhetorische Parallelen zur traditionellen extremen bzw. neonazistischen Rechten auf und machte v.a. durch gewalttätige Übergriffe auf Linke von sich reden.[301] Die JES brachte ihrerseits Nachdrucke aus Periodika wie der ‚neurechten' *EPOCHE* und ließ sowohl klassische ‚konservative Revolutionäre' wie Arthur Möller van den Bruck als auch deren zeitgenössische Epigonen wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner zu Wort kommen.[302]

---

297 *Germanenmitteilungen*, Februar 1973, 1–5, hier: 4 f. Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Jonak war nach dem Krieg u.a. als Autor von *Nation Europa* und seit 1968 für die (sich in ihren Anfängen ab 1964 als ‚neurechts' präsentierende) *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) tätig. Noch 1960 wurde er von *Albia* Wien als Ehrenmitglied aufgenommen (vgl. zu Jonaks Biographie Dvorak 1999, Biographisches Lexikon I/3, 26 f.).

298 Vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 19 f. (Zitat: 20). Vgl. zu ‚neurechten' Einflüssen in der BG und/oder DB auch Kuhn 2002, 87 f. und Heither/Schäfer 1997, 234 f., 243 f., 252 f. sowie 392 (Endnote 93).

299 *Richtung* Nr. 33–34/1976, o. S.

300 Vgl. *Richtung* Nr. 40–41/1977 und Nr. 58/1979, jeweils o. S.

301 Vgl. hierzu (sowie generell zur ANR) DÖW 1981, v.a. 49–53.

302 Vgl. z.B. jes Nr. 5/1977, 15 f. *(EPOCHE);* Nr. 1/1977, 3 (Möller); Nr. 1/1976, 4–7 und Nr. 5/1977, 41 f. (Kaltenbrunner).

Es sollte rund ein Jahrzehnt dauern, bis solche Tendenzen auch im RFS bzw. (zwischen 1989 und 1995) in der FSI Fuß fassen konnten.[303] Den Weg dazu ebnete die Übernahme des Verbandes durch *Olympen* 1986 (vgl. Abschnitt IV.1.3). Während die *Freiheitlichen Studenten* hochschulpolitische Belange im eigentlichen Sinn zunehmend vernachlässigten, umfasste ihre Einladungspolitik nun ‚neurechte' Denker wie Pierre Krebs (Leiter des *Thule-Seminars*, 1986 und 1990), Caspar (von) Schrenck-Notzing (1990 und 1993) oder den ‚Nationalrevolutionär' Reinhold Oberlercher (1987).[304] Auch jenseits des RFS engagierte *Olympia* einschlägige Intellektuelle wie Bernard Willms oder Hans-Dietrich Sander für Rednerdienste.[305] Ein ‚konservativer Lesekreis' der *Jungen Freiheit*, des Leitorgans der bundesdeutschen ‚Neuen Rechten', traf sich jedenfalls 1994 auf dem *Olympen*-Haus in Wien-Mariahilf.[306] So, wie die *Oberösterreicher Germanen* um 1970 den RFS auf einen neuen Kurs geführt und sich als burschenschaftliche Avantgarde profiliert hatten, taten dies nun (vorübergehend) die *Olympen*. Die *Germanen* standen dabei allerdings nicht abseits, sondern traten – ihrem Chronisten Tulzer zufolge – als Co-Veranstalter jedenfalls des Oberlercher-Vortrages in Erscheinung.[307] Um 1990 schwenkte auch die *Aula* auf den ‚neurechten' Kurs ein, wie ich in Kürze noch darlegen werde.

---

303 Für die 1980er- und frühen 1990er-Jahre ist als ein weiteres studentisch-‚neurechtes' Projekt die *Liste Kritischer Studenten* (LKS) zu erwähnen. Gegründet 1984 als ANR-Nachfolgeprojekt um Peter Franke, trat sie mit einer *Kritischen Studentenzeitung* (KSZ) und Broschüren an die (v.a. studentische) Öffentlichkeit. Kritische Sekundärliteratur berichtet von Kontakten der LKS zum *Thule-Seminar* von Pierre Krebs (vgl. Bailer/Neugebauer 1993a, 157 und Purtscheller 1993, 168). Inwieweit Burschenschafter an den LKS-Aktivitäten beteiligt waren, ließ sich angesichts der konspirativen Arbeitsweise der Gruppe (und der damit einhergehenden exzessiven Verwendung von Pseudonymen) nicht abschließend klären. Jedenfalls inserierte die KSZ in der *Aula*, deren Verlag wiederum eine KSZ-Publikation vertrieb (vgl. Gärtner 1996, 263 und 266; Bailer/Neugebauer 1993a, 121; Drack 2008, 62). Vgl. weiterführend zur LKS und ihrer publizistischen Tätigkeit Drack 2008, 62 f.; Bailer/Neugebauer 1993a, 157 f.; Purtscheller 1993, 164–176.

304 Gleichzeitig enthielten freiheitliche Propagandamaterialien nun explizite Bezüge auf Benoist und Konsorten. So verwendeten etwa sowohl ein RFS-Aufkleber von 1986 als auch das Plakat zur Krebs-Veranstaltung im selben Jahr („Die Strategie der kulturellen Revolution") als Motiv das Titelbild von Benoists *‚Kulturrevolution von rechts'*. Krebs wandte sich in diesem Vortrag gegen das „Judeo-Christentum" und plädierte für Ethnopluralismus „(a)nstatt des Egalitarismus" (Oberösterreicher Germanen 1994, 137). Zu den genannten Veranstaltungen vgl. Dvorak 1996, 70 f.; H. Stefan 2009, 129; Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 55 und 64. Die zweite Veranstaltung mit Schrenck-Notzing kam letztlich nicht zustande.

305 Willms sprach im Rahmen des 125. Stiftungsfests *Olympias* 1984 an der BOKU (vgl. Dvorak 1996, 68; Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 68). Sander trat Ende März 1990 – die DB beging unter *Olympen*-Vorsitz ihre Rückkehr an ihren angestammten Tagungsort Eisenach – auf der Thüringer Wartburg ans Rednerpult. Sander beschwor dabei den Tag, an dem „das Deutsche Reich wiederhergestellt" werde (zit. n. Heither/Schäfer 1997, 259). Pierre Krebs wurde von den *Olympen* 2006 erneut zum Vortrag nach Wien geladen (vgl. PBW, Einladung zum Vortrag im *Olympen*-Haus am 24.5.2006).

306 Vgl. *Junge Freiheit* Nr. 4/1994, 10.

307 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 141. Auch der Krebs-Vortrag von 1986 sei demnach nicht vom (*Olympen*-)RFS alleine, sondern gemeinsam mit den *Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften*

Dass just um diese Zeit ‚neurechte' Konzepte verstärkt Resonanz in burschenschaftlichen Kreisen in Österreich fanden[308], lässt sich über mehrere Faktoren erklären. Zum Ersten ebbte der studentische Politisierungstrend der 1970er-Jahre im Folgejahrzehnt ab, was Schwung aus den unmittelbaren politischen Auseinandersetzungen nahm und Raum für nicht im engeren Sinn politische Betätigung auf der Ebene von Einstellungen und Werten bot. Gleichzeitig erwies sich die Marginalisierung der universitären Rechtsaußen-Kräfte als nachhaltig[309], was ebendiesen Kräften Bemühungen anempfahl, ihr äußeres Erscheinungsbild zu modernisieren und konkrete politische Anliegen zurückzustellen, bis das universitäre Meinungsklima wieder zu ihren Gunsten verschoben wäre. Drittens ließen die unter IV.2.3 behandelten geschichtspolitischen Debatten weitere diskursive Terrainverluste für das ‚nationale' Lager in Österreich möglich erscheinen. So dieses Lager Zukunft gestalten wollte, glaubte es sich dem Kampf um Deutungsmacht über Vergangenes nicht länger verweigern zu können. Unabhängig von den konkreten Zeitumständen verlieh – vor dem Hintergrund des elitären Selbstverständnisses der Burschenschaften – auch der ‚neurechte' Anspruch der Intellektualisierung rechter Politik und der dabei gepflegte Habitus des nonkonformistischen Kämpfers mit den Waffen des Geistes der ‚Neuen Rechten' einigen Appeal.[310]

Die Zeichen der Zeit standen für metapolitische Offensiven von rechts durchaus nicht ungünstig. Was als ‚Entpolitisierung' an den Hochschulen interpretiert werden kann, nahm nicht nur der Linken ihr Momentum, sondern entsprach nach Einschätzung mancher ZeitzeugInnen tatsächlich einer Rechtsentwicklung im Sinne einer

(ARGE WBL) organisiert worden (vgl. ebd., 137). Wenn zudem Perner/Schiedel/Zellhofer (1994, 49) u.a. die „Betonung von Wissenschaftlichkeit" und die „Diskussionsbereitschaft sogar gegenüber ‚Linken'" als Merkmale ‚neurechter' Strategie bezeichnen, ist festzuhalten, dass der RFS solchen Maximen schon unter *Obergermanen*-Führung in den 1970er-Jahren folgte.

308 Als zur selben Zeit entstehendes metapolitisches, nicht aber ‚neurechtes' Projekt ist der *Academische Corporationsclub* (ACC) zu nennen. Jenseits der traditionellen Verbändestrukturen, aber dennoch als „Zusammenschluß ‚Alter Herren' national-freiheitlicher Korporationen", konstituierte sich dieser 1987. Ein Vereinsregisterauszug vom 18.1.2011 weist als Funktionäre u.a. die Burschenschafter Peter Kapral (*Gothia* Wien, FPÖ-Bundesrat 1961–1966) und Rainer Mauritz (*Alania* Wien, Beteiligter am Südtirolterror, später FPÖ-Bezirkschef in Korneuburg und Korrespondent diverser rechtsextremer Zeitschriften) aus. Der Vereinszweck besteht u.a. in der Unterstützung von „Hochschulgruppen" im Sinne der „Verbreitung freiheitlichen Gedankengutes im Bereich der Hochschulen und insbesondere unter der Studentenschaft und der ständischen (…) Organisationen" (Kapral im Vorwort zu Novak/Haidinger 1999, 6f.).

309 Eine Zeitzeugin spricht – wohl auf Basis eines umgangssprachlichen Faschismusbegriffes – vom Abstieg des Studententypus der „Faschisten" vom Normalfall der 1960er-Jahre zu einer überschaubaren Gruppe von „Außenseiter(n)" (zit. bei Stoffl/Urbas 1980, 300).

310 Vgl. zu diesem Anspruch Jürgen Hatzenbichlers Zielformulierung, die Linke auf deren „scheinbar ureigenste(m) Gebiet (zu) schlagen, in der Theorie" (*Aula* Nr. 9/1991, zit. in Gärtner 1996, 42).

Renaissance bürgerlicher Werte und ständisch-elitärer Abschließung[311]; der Aufwärtstrend der FPÖ unter dem Burschenschafter Haider ab 1986 versprach Rückenwind und eine Erweiterung des Sagbaren nach rechts; und während das Ende der Systemkonfrontation um 1990 in weiten Teilen der Linken für Orientierungslosigkeit sorgte, verliehen der Berliner Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung den Burschenschaften – und deutschnationalen Kräften generell – ungeahnten Auftrieb. Die damit einhergehende Ent-Stigmatisierung ‚nationaler' Kernbegriffe und die vermeintliche Bestätigung burschenschaftlichen Strebens durch den historischen Prozess schienen eine rosige Zukunft einzuläuten, wie ein bundesdeutscher Burschenschafter für die BRD formuliert: „Man konnte es kaum glauben, mit einem Male waren Worte wie Einheit, Freiheit, Volk und Vaterland in aller Munde. Plötzlich erinnerten sich auch Politiker (…), daß es Burschenschafter gewesen waren, die (…) unbeirrt und trotz aller Rückschläge an die Wiedervereinigung geglaubt hatten."[312]

Allerdings wurde, gleichzeitig mit dem Aufkommen ‚neurechts'-metapolitischer Ansätze in Österreich, auch der Grund für ihr Scheitern gelegt: Während das Hindernis einer hartnäckigen Traditionsverbundenheit der hiesigen (extremen) Rechten Mitte der 1980er-Jahre überwunden zu werden schien, beraubte eben der ab 1986 einsetzende Erfolg der Haider-FPÖ ‚neurechte' Projekte ihrer Geschäftsgrundlage, war der Ansatz doch in Frankreich gerade aus einer Situation der politischen Schwäche der extremen Rechten heraus entwickelt worden.[313] Die bundesdeutsche Situation stets nur kurzfristig erfolgreicher rechtsextremer Parteigründungen und einer nicht dauerhaft auf völkischen Kurs zu bringenden FDP erzeugte strukturell eine kritische Masse an parteipolitisch heimatlosen Rechtskonservativen und Rechtsextremen – Personen, denen die etablierten Parteien zu zentristisch, das neonazistische Spektrum zu ungustiös und die Initiativen dazwischen zu perspektivlos waren; der Ansatz, durch Interventionen auf diskursivem Terrain die Nachfrage für reale (partei-)politische Machtverschiebungen aufzubereiten, fand hier einen günstigen Boden. In Österreich erschien ein solcher Zwischenschnitt schon bald nach Haiders Amtsantritt schlicht überflüssig. Ein

311 Vgl. Stoffl/Urbas 1980, 302 sowie *offensiv links* (Organ der kommunistischen *Freien Österreichischen Jugend*/FÖJ) Nr. 30/1976–77, 29.

312 Schmidt 2000, 20.

313 So erklärt sich zu einem Gutteil auch die „starke *metapolitische* Umtriebigkeit" von RFS bzw. FSI, die bei Hochschulwahlen auch nach 1986 nur knapp über der Wahrnehmungsgrenze zu liegen kamen (Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 64, Herv. i. O.). Die FSI, die sowohl thematisch als auch personell stark in der ‚neurechten' *Identität* (vgl. zu dieser den Folgeabschnitt) vertreten war, verkörperte in dieser Hinsicht einen doppelten Versuch, den RFS in seiner althergebrachten Form zu überwinden: seitens modernisierungswilliger AkteurInnen an der FPÖ-Spitze in Richtung Liberalismus, seitens mancher AktivisttInnen in Richtung der ‚Neuen Rechten'. Beide Versuche scheiterten letztlich am Beharrungsvermögen des verbindungsstudentischen Mainstreams, zumal die Verbindungen weiterhin den wichtigsten Rekrutierungspool der ‚freiheitlichen' Studentenorganisation bildeten (vgl. Schiedel/Zellhofer 1995).

‚neurechts' inspiriertes Ideenvertriebsnetz, wie es in Deutschland mit Zeitschriften wie *Criticón*, *Junge Freiheit* oder *Sezession*, Verlagen wie Grabert oder *Edition Antaios* und *think tanks* wie dem *Thule-Seminar* oder dem *Institut für Staatspolitik* etabliert wurde, konnte sich daher in Österreich nicht ausbilden.

Mit den FPÖ-Erfolgen wurde jedoch keineswegs der Wunsch obsolet, auf gesellschaftlich verbreitete Meinungen und Werthaltungen einzuwirken. Vielmehr ermöglichte die Partei einschlägig motivierten Korporierten, ebendies nun in weit höherer Effektivität als bislang zu tun (vgl. Kapitel V.6). Daneben übernahmen weiterhin auch die (formal) unparteilichen Periodika des ‚nationalen' Lagers eine Multiplikatorfunktion. Besonders hervorzuheben ist dabei das Organ des völkischen Korporationswesens in Österreich, das in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre eine ‚neurechte' Phase durchlebte und zum anderen in dieser Zeit auch verstärkt die Wendung über seine korporierte Stammklientel hinaus suchte.

Aula, Identität und ‚Neue Rechte'

Der Beginn eines leidlich konsequent ‚neurechten' Kurses der *Aula* – tatsächlich wurden die inhaltlichen und personellen Verbindungen zum traditionellen Rechtsextremismus auch in dieser Zeit nicht gekappt – lässt sich in der Endphase der Schriftleiter-Ära von Andreas Mölzer (Corps *Vandalia* Graz) und Werner Widmann *(Suevia)* verorten.[314] Heft 4/1990 machte mit dem Titel „Metapolitik und geistige Befreiung" auf.[315] Mölzer trat Ende 1990 als Schriftleiter ab, Widmann ein knappes Jahr später. Ihr Nachfolger, der *Brixe* Herwig Nachtmann, führte den Erneuerungskurs in seiner Doppelfunktion als Schriftleiter und Verlagsgeschäftsführer zunächst weiter. Im selben Jahr erfuhr die *Aula*-Jugendausgabe einen Relaunch mit neuem Namen *(Identität)*, einem neuen Verantwortlichen (Jürgen Hatzenbichler, pB! *Hans Steinacher* Völkermarkt) und neuer – nämlich ‚neurechter' – Ausrichtung.

Parallel zur inhaltlichen Modernisierung wurde auch das äußere Erscheinungsbild der *Aula* aufgefrischt: Über einen verstärkten Magazincharakter wollte man auch bislang fernstehende Zielgruppen erreichen. Beide Anpassungsleistungen sind in Zusammenhang mit der Entwicklung der FPÖ zu sehen. Die dortige Machtübernahme eines Vertrauensmannes der Völkischen hatte für Aufbruchsstimmung gesorgt. Dass diese Stimmung den ansatzweisen inhaltlichen Schwenk auf eine ‚neurechte' Linie mit sich brachte, ist allerdings dem Einfluss einiger weniger Personen (allen voran Mölzer und Hatzenbichler) zuzurechnen.[316] Diese zeichneten – neben Gastautoren wie Alain de Benoist und Pierre Krebs so-

314 Vgl. Gärtner 1996, 328 (ferner 50 f. und 55–91) sowie Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 57.

315 Vgl. darin u.a. Jürgen Hatzenbichlers Beitrag „Gramsci und die Methode der Metapolitik" (S. 19–21).

316 Vgl. ebd., 48 und Gärtner 1993, 407.

wie Nachdrucken aus Zeitschriften wie *Criticón* und *Elemente*[317] – höchstpersönlich für einen Gutteil der einschlägigen Artikel verantwortlich. Hatzenbichler propagierte den ‚neurechten' Kurs am explizitesten: 1991 forderte er in der *Aula*, „(d)ie Rechte" möge sich „die Metapolitik zur Methode machen", um die Linke zu konfrontieren.[318] Auch speziell für die völkischen Korporationen ortete er einschlägigen Handlungsbedarf: Sie hätten, so Hatzenbichler 1994, jede gesellschaftliche Relevanz verloren.

> Wenn sie wieder mehr Gewicht bekommen wollen, müssen sie zu ihrer revolutionären Tradition zurück. Die Korporationen müssen sich zu konservativen Revolutionären wandeln. Aus dem Stillstand muß wieder Bewegung werden, aus der Verteidigung wieder Angriff. Die Ideen der Neuen Rechten können die Korporationen wieder aufmunitionieren, sie können sie so modernisieren, daß die Korporationen unbeschadet ins nächste Jahrhundert gehen können, als intellektuelle und politische Elite[319].

Realisiert werden sollte dieser Auftrag über die Schaffung „eine(r) neue(n) Kultur" im Wege von „Metapolitik", verstanden als Beteiligung „am intellektuellen Diskurs und an der künstlerischen Auseinandersetzung mit der Welt".[320] Gelänge es den Korporationen, „wieder die Themenführerschaft zu erlangen", würden sie „nicht zu spießbürgerlichen Traditionsvereinen verkommen, sondern die ihnen entsprechende politische Bedeutung genießen".[321] Dass der *Aula* im Rahmen dieses Projektes eine zentrale Rolle zukommen sollte, lag auf der Hand, fungierte sie doch seit jeher (auch) als Sprachrohr der völkischen Verbindungen zur Außenwelt. Auch hatte schon bislang „(d)as Hauptaugenmerk des *Aula-Verlages* (…) auf ideologisch-kulturelle(r) Arbeit" gelegen, wie Neugebauer 1981 festhielt.[322] Diese Arbeit sollte nun allerdings inhaltlich erneuert werden und sich vermehrt auch ‚nach außen' richten.

Mustergültig umgesetzt wurde dieser Erneuerungsanspruch, wie bereits angedeutet, in Hatzenbichlers *Identität.* Zur Erschließung neuer LeserInnenkreise für selbige wurden Gratisexemplare in (nach Angaben der Blattmacher) „großer Zahl" an „Jugendliche, Schüler und Studenten" verteilt.[323] Inhaltliche Modernisierung verhießen schon

317 Vgl. zu den Nachdrucken Gärtner 1996, 293–296.

318 *Aula* Nr. 9/1991, zit. in Gärtner 1996, 42. Für Hatzenbichlers auch internationale Geltung in der damaligen ‚neurechten' Denkerszene spricht seine 1994 getroffene Einstufung durch Pierre Krebs, den Leiter des *Thule-Seminars,* als Österreich-Repräsentant von dessen „Zellen geistigen Widerstands" (zit. n. Heller/Maegerle 1998, 129 f.).

319 Hatzenbichler 1994, 283 f.

320 Ebd., 282.

321 Ebd., 284.

322 Neugebauer 1981a, 179.

323 Das Zitat entstammt einem mehreren Ausgaben beiliegenden Aufruf, diese Verteilaktionen durch Spenden zu finanzieren.

Gastautoren wie Benoist und Guillaume Faye als Vertreter des Archetyps aller ‚neurechten' Denkfabriken, des französischen GRECE; ethnopluralistische Argumentation bildete den roten Faden der Zeitschrift.[324] Unter dem Gesichtspunkt burschenschaftlicher Affinität zu Ansätzen der ‚Neuen Rechten' ist der Hinweis notierenswert, dass „die ‚Identität'-Macher (…) größtenteils dem akademischen bzw. burschenschaftlichen Milieu entstamm(t)en".[325] Wenn auch diese Einschätzung unter Verweis auf mehrere nichtkorporierte Stammautoren (Erich Danneberg, Martin Hobek, Helwig Leibinger) zu relativieren ist, waren völkische Korporierte unter den AutorInnen in der Tat stark vertreten, darunter auch solche der älteren Generation (wie Roland Girtler, Corps *Symposion* Wien, Andreas Mölzer und Hans-Ulrich Kopp, aB! *Danubia* München). Unter den jüngeren ist zuvorderst Hatzenbichler selbst zu erwähnen, dessen Feder mutmaßlich auch ein Gutteil der zahlreichen nicht namentlich gezeichneten Texte entstammt. Als weitere korporierte AutorInnen lassen sich Helena Pleinert (Wiener akademische Mädelschaft *Freya*), Helmut Stubner (VDSt *Philadelphia* Wien) sowie die Burschenschafter Thomas Reiter (*Germania* Graz), Roland Zingerle (aB! *Eisen* Klagenfurt), Ulrich Pawlowsky und Franz Watschinger (beide *Brixia*) anführen. Vereinzelt traten Burschenschafter auch als Interviewpartner in Erscheinung (Matthias Bleckmann, *Bruna Sudetia*, und Alex Kassegger, *Germania* Graz). Nicht zuletzt stellten die völkischen Korporationen ein häufiges Thema in der *Identität* da, was angesichts des Charakters der Zeitschrift als *Aula*-Jugendausgabe nicht weiter verwundert.

Unter Hatzenbichlers Federführung avancierte *Identität* schnell zum „wichtigste(n) originär neurechte(n) Medium Österreichs"[326] – und entschlief dennoch nach rund vier Jahren kommentarlos, mutmaßlich aufgrund fehlender Resonanz. Den eben erwähnten Status verdankte sie nicht zuletzt der Inkonsequenz ihres Mutterorgans, in dem die Kräfte der Beharrung sich als hartnäckig und letztlich unüberwindbar erwiesen. In seiner Analyse von 1996 kommt Gärtner zu dem Schluss, dass die *Aula* dem Anspruch eines „intellektuellen Organ(s) der Neuen Rechten"[327] bis dato nicht gerecht werden konnte. Wohl hätte sie um 1990 in der inhaltlichen wie auch äußeren Gestaltung einen Wandel „vom internen Mitteilungsblatt (…) zum politischen Magazin" vollzogen. Eine Abkehr von traditionellen Positionen sei damit allerdings nur sehr beschränkt einhergegangen. „So gelingt es der Aula nach wie vor nicht, zum Thema Nationalsozialismus eine andere als verteidigende Position einzunehmen."[328] Die „Grenzziehung zur extremen Rechten oder zu dezidierten Auschwitz-Leugnern" sei nicht bloß misslungen, sondern werde schlicht „nicht

324 Vgl. Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 60.
325 Ebd., 63.
326 Ebd., 59.
327 Gärtner 1996, 17 f.
328 Ebd., 328.

gewollt".[329] Ansatzweise gelungen sei hingegen die Einspeisung von Themen in die innenpolitische Debatte, teilweise verbunden mit einer Legitimierung entsprechender Diktion und/oder Positionen (wie etwa in puncto Mölzers Rede von der ‚Umvolkung').[330] Auch habe die *Aula* sich in ‚neurechtem' Geiste in Fragen von Migration und ihren Folgen einer ethnopluralistischen Betrachtungsweise zugewandt; schon Mitte der 1990er-Jahre hätte dabei allerdings der Biologismus (in ethnopluralistischer Argumentation ohnehin nur dürftig camoufliert, Anm. B.W.) wieder unverkennbar durchgeschlagen.[331]

Tatsächlich sistierte die *Aula* ihre ‚neurechte' Mimikry 1995. Im August dieses Jahres wurde ihr Schriftleiter aufgrund seiner medienrechtlichen Verantwortung für einen den Holocaust in wesentlichen Teilen leugnenden Artikel nach § 3h Verbotsgesetz verurteilt.[332] Nachdem schon Mutmaßungen über die *Aula* als mögliche Inspirationsquelle des seit 1993 andauernden Briefbombenterrors zu polizeilichen Ermittlungen und einer Distanzierung des FPÖ-Obmanns von der Zeitschrift geführt hatten[333], gingen nach diesem Urteil auch mehrere Autoren auf Distanz. Mit Mölzer und Hatzenbichler befanden sich darunter die beiden wesentlichen Proponenten und Akteure der ‚neurechten' Redaktionslinie. Die Folge war eine erneute Verengung im Sinne eines Rückgangs rechtskonservativer Einflüsse und einer Beschränkung „in Themen- und Autorenauswahl (…) auf die engere rechtsextreme Szene" bis hin zur deutschen NPD[334], wobei nach Einschätzung des DÖW ein (inzwischen ehemaliges) Mitglied der Grazer *Germania,* der in der extrem rechten Publizistik wie auch Parteienlandschaft vielerorts präsente Jürgen Schwab, eine zentrale Rolle spielte.[335] Das grundlegende Ansinnen, ‚nationalem' Gedankengut größere Verbreitung zu verschaffen, behielt die *Aula* weiterhin

329 Ebd., 332.

330 Vgl. ebd., 327.

331 Vgl. ebd., 324 bzw. 331. Vgl. zum ‚Ausländerthema' in der *Aula* ferner ebd., 122–150 sowie zur weiterführenden Erörterung der Passung zwischen *Aula* und (nach Gärtners Verständnis) ‚neurechten' Positionen ebd., 329–333.

332 Der inkriminierte Artikel war, gezeichnet mit ‚Hans Moser', in der *Aula* Nr. 7–8/1994, 15 erschienen.

333 Vgl. dazu die „Dokumentation" der *Aula* (Beilage zu Nr. 3/1995) sowie kritisch Grieß/Schiedel 1998, 94–112.

334 http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/die-aula.

335 Vgl. http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/oktober1998/deutscher-kader-export. Schwab verlieh der *Aula* in gewisser Weise einen neuerlichen ‚neurechten' Impuls, diesmal allerdings in Richtung der ‚nationalrevolutionären' Strömung. So tauchten auch in dieser Phase vereinzelt einschlägige Texte in der Zeitschrift auf (vgl. etwa jenen von Winfried Knörzer in *Aula* Nr. 5/1998, 29 f.). Auch diese Linie konnte sich in der *Aula* jedoch nicht durchsetzen. Ebenso ungehört blieben bislang Schwabs Appelle zur Wiederentdeckung ‚revolutionärer' Traditionen vor burschenschaftlichen Publika (vgl. Schwab 2004 und 2009 sowie die *Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996, 18–21). Dem nicht zuletzt von ihm propagierten gezielten Einsickern rechtsextremer Kader in Burschenschaften war jedoch einiger Erfolg beschieden (vgl. für Deutschland den Artikel Jörg Kronauers in der antifaschistischen Zeitschrift *Lotta* Nr. 48/2012, 24–26, hier: 24 f.).

bei, wenn es auch nun nicht mehr unter ‚neurechten' Vorzeichen verfolgt wurde. Beispielsweise sammelten Herwig Nachtmann, Otto Scrinzi und Reinhart Leitinger (*Arminia* Graz) für eine vereinsrechtlich 1999 gegründete *Gesellschaft zur Förderung der Publizistik* Spenden im *Aula*-BezieherInnenkreis. Schon ein Jahr zuvor war im Umfeld des Verlages eine *Arbeitsgemeinschaft Dr. Hans Kudlich* eingerichtet worden, die „jüngeren Bewerbern Fördermittel für ‚deutschnationale Tätigkeit' zur Verfügung" stellen sollte.[336]

Mölzer und Hatzenbichler verfolgten ihre Linie zunächst mit einer Österreich-Ausgabe der *Jungen Freiheit* und ab 1997 mit der aus dieser hervorgegangenen Wochenzeitung *Zur Zeit* weiter. Schon kurz darauf erklärte Hatzenbichler allerdings seinen „Abschied von rechts" – und das ‚neurechte' Experiment (jedenfalls in seiner „bürgerlichen", d.h. nicht-‚nationalrevolutionären' Variante) für gescheitert.[337] In seinem aufschlussreichen Abschiedsartikel in der *Jungen Freiheit* konstatierte er – an der österreichischen Erfahrung (und nicht zuletzt seinem verbindungsstudentischen Umfeld) geschult – eine Erneuerungsresistenz der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum:

> Was nutzen neurechte-konservativrevolutionäre Theorieseminare, wenn abends, nach dem dritten Bier, im Keller erst recht ‚Die Fahne hoch' erklingt, wieder der ‚Bomben auf Engeland' gedacht und in heißem Streit zum hunderttausendsten Mal der Rußlandfeldzug gewonnen wird? (…) Und wenn es hart auf hart geht, schlägt schon mal die klammheimliche Freude über die wieder marschierenden ‚NPD-Kameraden' durch, die aber ständig mit dem Vorurteil bedacht werden, daß sie ‚zu dumm' seien, während die, die so urteilen, höchstens zu feige für solche Eindeutigkeiten sind und wissen, was sich gehört.[338]

Schon 1994 hatte Hatzenbichler bedauert, dass „Positionen der Alten Rechten (…) leider auch im Bereich der Korporationen vielfach noch heruntergeleiert" würden.[339] Vier Jahr später war er nun offenbar zu dem Schluss gelangt, dass dies bis auf Weiteres auch so bleiben würde. Weite Teile (auch) der akademischen Rechten in Österreich – dem Schicksal der *Identität* nach zu urteilen: einschließlich ihrer jüngeren Teile – war nicht bereit, den Postulaten der ‚Neuen Rechten' in einer nicht-eklektizistischen Weise zu folgen. Diese Haltung scheint erklärungsbedürftig, zumal die evidente Unabhängig-

336 http://www.doew.at/projekte/rechts/organisation/Aula1.html (letzter Zugriff: 30.1.2013). Als Funktionäre der *Gesellschaft zur Förderung der Publizistik* schienen noch für die Amtsperiode 2011 bis 2013 Nachtmann, der ebenfalls Südtirolerterror-erprobte Peter Kienesberger sowie der Grazer *Allemanne* Martin Artner auf (gemäß Vereinsregisterauszug vom 12.2.2012).

337 Bailer zufolge war es Mölzers Allianzbildung zum Rechtskatholizismus, die Hatzenbichler der *Zur Zeit* entfremdete (vgl. Bailer 2004, 164).

338 *Junge Freiheit* Nr. 44/1998, 16. Zur Aktualität dieses Befundes vgl. http://forschungsgruppefipu.wordpress.com/2014/06/14/burschennacht.

339 Hatzenbichler 1994, 262f.

keit des FPÖ-Erfolgslaufes vom jeweiligen Kurs einer *Aula* (d.h. die offenkundige Unnotwendigkeit einer Reorientierung im Sinne parteipolitischer Fortune) keine erschöpfende Begründung liefert; immerhin hätte eine Modernisierung in Argumentation und Auftreten das ab Mitte des Jahrzehnts angegriffene Verhältnis zu Haider entspannen können, für dessen Stimmenmaximierungskurs ein solcherart generalüberholtes Parteivorfeld eine weniger schwere Hypothek dargestellt hätte. Dass die Eliten der *Freiheitlichen Akademikerverbände* als *Aula*-Herausgeber und die burschenschaftlichen *Meinungsführer* sich dennoch einer solchen, von Einzelpersonen oktroyierten Anpassung verweigerten, illustriert die in diesen Kreisen noch zu jener Zeit vorherrschende Prioritätenreihung: Lieber als eine unzweideutige Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus und den einen oder anderen politisch-ideologischen Traditionsbruch nahm man Spannungen mit der freiheitlichen Parteispitze bis hin zum offenen Bruch in Kauf. Als ein weiterer Erklärungsfaktor bietet sich jene Kritik der ‚Neuen' bzw. generell einer ‚intellektuellen Rechten' an, die häufig aus neonazistischer Perspektive, bisweilen jedoch (wie beim ‚Nationalrevolutionär' Schwab oder im folgenden Beispiel aus der *Jungen Freiheit*) auch von (ehemaligen) ‚Neurechten' selbst geübt wird. Demnach verlaufe ein schmaler Grat zwischen meta- und apolitischer Haltung, zwischen Intellektualisierung und politischer Kapitulation. Oft würden Burschenschafter weniger aufgrund strategischer Überlegungen denn „aus Bequemlichkeit" politisches Engagement verweigern und lieber „ideologische Luftschlösser" konstruieren, „um die eigene Faulheit als verdienstvolle Boykotthaltung gegen ein verrottetes Parteisystem, einen die Volksinteressen verratenden Staat oder eine dekadente Gesellschaft zu adeln".[340] Dass eine solche Kritik im mit Parteipolitikern und anderweitig (außerparlamentarisch) engagierten Politaktivisten durchsetzten Burschenschaftswesen Österreichs Anhänger findet, weist eine gewisse Logik auf.

IV.2.8 Burschenschaftliche Metapolitik um die Jahrtausendwende

Auch jenseits von *Aula* und *Identität* lassen sich für die 1990er-Jahre metapolitische (wenn auch nicht originär ‚neurechte') Absichten im burschenschaftlichen Spektrum nachweisen. Der im März 1994 auf Übereinkunft fast aller österreichischen Bünde konstituierte *Burschenschaftliche Rat* (vgl. Kapitel III.4.3) verstand sich nach Darstellung von Gerhard Wirl (*Arminia Czernowitz* zu Linz, *Silesia* Wien) als „Kampfmittel und intellektuelles Sprachrohr auf Vertrauensbasis" der Burschenschaften in Österreich. Er sollte demnach sowohl „(o)ffensiv mit eigenen Ideen" in die Öffentlichkeit gehen als auch eine „(r)asche Reaktion auf Angriffe" durch Medien und „politische( ) Institutionen"

340 Vgl. *Junge Freiheit* Nr. 22/2010, 6.

gewährleisten.[341] Zeitgleich konstatierte mit Wolfgang Kitzmüller ein weiterer Linzer *Armine* – nicht zuletzt unter Verweis auf den Aufstieg der FPÖ –, dass „unser Lager" sich nun „verstärkt seine Meinung in der Öffentlichkeit (…) zu vertreten" getraue, wie die „steigende Anzahl abgedruckter Leserbriefe und Artikel" zeige. Tatsächlich sei es an der Zeit, so Kitzmüller, „gegen den linken Gesinnungsterror und das unerträglich verlogene Kulturgesülze endlich ein(en) selbstbewusste(n) Gegenpol zu formulieren".[342]

Wie diese Aussage schon andeutet, führten die Burschenschaften in Österreich trotz des Scheiterns ‚neurechter' Anklänge zur Mitte des Jahrzehnts ihren schon länger gepflogenen, metapolitischen Kampf gegen ‚Zeitgeist' und ‚Umerziehung' fort. Eine Selbstdarstellungsschrift der DBÖ aus den 1990er-Jahren definiert die Burschenschaften als „abseits kurzlebiger Zeitströmungen" stehende Vereinigungen, welche ihrem Bildungsauftrag „auch abseits des Zeitgeistes und jenseits von ‚political correctness'" nachkämen.[343] Der WKR wandte sich 2007 auf einem Flugblatt gegen „politisch ‚korrekte(n)' Sprachgebrauch, amtliches Geschichtsbild, gerichtlich geschützte Wahrheit, verordnete Verdummung". „Alle Köpfe" seien „besetzt", mit Ausnahme jener der Burschenschafter. Letztere würden „(i)n der zweiten Republik ausgegrenzt", da sie „zu wenig umerzogen" seien.[344] Und Martin Graf bekannte sich 2009 unmissverständlich zum ‚Kampf um die Köpfe':

> Wir Burschenschafter sind gefordert, unseren Werten wieder einen größeren Stellenwert in der Gesellschaft zu erkämpfen – durch politisches Engagement, vor allem aber auch in jenen Berufen, die für die Bildung der Menschen mitverantwortlich sind: Pädagogen, Philosophen, Historiker, Journalisten, Künstler.[345]

Im Sinne der Verbreitung burschenschaftlicher Werte zeigte Graf selbst sich seit seiner Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten 2008 hochaktiv. Ein von seinen damaligen Mitarbeitern Walter Asperl *(Olympia)* und Alexander Höferl *(Gothia)* getragener *Verein zur Förderung der Medienvielfalt* betreibt seit 2009 das Online-Informationsportal *Unzensuriert* und seit 2011 ein gedrucktes Magazin gleichen Namens. Im Besitz

341 *Arminenbrief,* (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 3.

342 Ebd., 6.

343 AVSt, DBÖ 1994, 19 bzw. 16. Die Rede von der *‚political correctness'* hat innerhalb der österreichischen (extremen) Rechten in jüngerer Zeit jene von der ‚Umerziehung' ergänzt und teilweise abgelöst. Unverändert blieb dabei die Selbstwahrnehmung der Rechtsextremen als mannhafte (Befreiungs-)Kämpfer gegen eine vermeintliche ‚Meinungsdiktatur' und sogenannten ‚Gesinnungsterror'.

344 PBW, WKR-Flugblatt vom Oktober 2007 (Kapitalisierung entf.). Rund ein Jahr später richteten die *Olympen* sich ebenfalls mit einer Flugschrift an die studentische Öffentlichkeit, in der vermeintliche Meinungsmanipulation durch Medien und das DÖW gegeißelt wurden (vgl. PBW, Flugblatt der aB! Olympia Wien vom November 2008).

345 Graf 2009b, 7f.

des Vereins und seiner Funktionäre befindet sich zudem die *1848 Medienvielfalt Verlags GmbH,* die erwähntes Magazin sowie weitere einschlägige Publikationen verlegt.[346]

Auch auf Veranstaltungsebene wurden in jüngerer Vergangenheit metapolitische Akzente gesetzt – sei es im Rahmen der von Burschenschaftern initiierten Symposienreihe gegen die Frankfurter Schule von 2004 bis 2008 (vgl. Abschnitt IV.2.6) oder im Wege eines weiteren burschenschaftlichen Symposions 2009, das unter dem Motto „Nie wieder Karlsbader Beschlüsse – Methoden der selbsternannten Tugendwächter gegen National-Liberale, Konservative und Nationalisten" stand.[347] *Arminia Czernowitz* hatte dazu den damaligen österreichischen Verfassungsrichter Herbert Haller, den FPÖ-Politiker und Korporierten Wolfgang Jung (akad. Tafelrunde *Wiking* Wr. Neustadt) und den deutschen ‚neurechten' Publizisten Götz Kubitschek nach Linz geladen. Letzterer setzte in seiner Festrede am anschließenden Kommers seine Ausführung vom Symposion über eine linke „Deutungshoheit" fort, die zur Stigmatisierung ‚konservativer' Begriffe geführt habe und über „die letzten 30 Jahre" noch ausgebaut worden sei.[348] Nach wie vor lebe man in einer „nationsvergessenen, von linkem Ungeist dominierten Zeit", wogegen es gelte, „Widerstand (…) zu leisten". Deutungskämpfe mit den Linken sollten gesucht und dabei „Provokation als Methode" (so der Titel des Vortrags) eingesetzt werden.[349]

Eben in diesem Sinne agierte eine kurzlebige *Gruppe Siegfriedskopf* als offenbar Wiener Ableger des ‚neurechten' Blogs *Der Funke,* die ihre Aktivisten auch aus dem burschenschaftlichen Spektrum rekrutierte.[350] Sie trat vornehmlich im ÖH-Wahlkampf 2011 mit Plakataktionen und Veranstaltungsstörungen in Erscheinung, bevor sie nach nur wenigen Monaten ihre Auflösung erklärte. Notierenswert ist das Auftreten dieser Gruppe, weil es zweierlei illustriert: zum einen die periodische Wie-

---

346 Vgl. http://www.stopptdierechten.at/2012/05/25/wo-wohnt-„unzensuriert-at" (Artikel vom 25.5.2012).

347 http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/netzversion/detailansicht/browse/5/meldung/395/190-jahre-k.html. Die von Klemens Wenzel Metternich orchestrierten Karlsbader Beschlüsse von 1819 zielten auf die Unterdrückung liberaler und nationaler Regungen auf dem Gebiet des deutschen Bundes ab und beinhalteten u.a. die Illegalisierung der Burschenschaften. Unmittelbarer Auslöser war ein politischer Mord durch den Jenaer Burschenschafter Karl Ludwig Sand gewesen.

348 Ebd. Kubitschek avancierte als Verleger *(Edition Antaios),* Herausgeber (Zeitschrift *Sezession*), Aktivist *(Konservativ-Subversive Aktion)* und Mitbegründer des *Instituts für Staatspolitik* (IfS, initiiert 2000) zu einer Zentralfigur der deutschen ‚Neuen Rechten'. In seiner Studentenzeit war er der Deutschen Hochschulgilde *Trutzburg Jena* zu Göttingen beigetreten, die er inzwischen jedoch wieder verlassen hat. *Junge Freiheit*-Chefredakteur Dieter Stein und der ‚wissenschaftliche Leiter' des IfS, Karlheinz Weißmann, sind dagegen aufrechte Gildenschafter.

349 Kubitschek 2009, 1.

350 Vgl. dazu sowie allgemein zu den Verbindungen von Burschenschaftern und österreichischer Neonazi-Szene in jüngster Vergangenheit die antifaschistischen Blogs http://kuesselskameraden.blogsport.eu und http://www.stopptdierechten.at/2012/01/04/die-neonazi-szene-nach-kussel-%E2%80%93-teil-iii-stolz-und-blod (Artikel vom 4.1.2012).

derkehr der Faszination ‚neurechter' bzw. ‚rechtsintellektueller' Ansätze von (Korporierten-)Generation zu Generation, zum anderen deren chronische Erfolglosigkeit auf längere oder auch nur mittelfristige Sicht. Noch nie vermochten sie unter österreichischen Verbindungsstudenten Breite zu erlangen und diese über mehrere Jahre zu halten. Der Erfolg der parteiförmigen (extremen) Rechten, die tiefe Verankerung von Burschenschaftern im ‚eigentlichen' politischen Geschehen sowie die Traditionsverbundenheit des völkischen Verbindungswesens stehen entsprechenden Versuchen hierzulande nach wie vor entgegen. Inwieweit dem jüngsten ‚neurechten' Anlauf unter dem Label der ‚Identitären' *(Wiens identitäre Richtung, Identitäre Bewegung Österreich)* mehr Erfolg beschieden war als seinen Vorläufern, war bei Drucklegung noch nicht abschließend beurteilbar. Fest stand dagegen, dass auch dieses Mal Burschenschafter maßgeblich beteiligt waren.[351]

Als zentrale Erkenntnis über die eigenständige politische Praxis der Burschenschaften in Österreich lässt sich abschließend festhalten: Trotz eines vielfach hohen Maßes an Idealismus (vgl. zum Typus des *idealistischen Korporierten* Kapitel III.2.1, zum Verhältnis von Ideal und sozioökonomischem Interesse Kapitel III.7.3), trotz eines vielfältigen und zumindest phasenweise äußerst regen Aktivismus konnten Burschenschaften als solche in der Zweiten Republik weder auf politisch-institutioneller Ebene noch auf der Ebene kultureller Werte und der ‚öffentlichen Meinung' jene Randständigkeit überwinden, die ihnen der Kriegsausgang beschert hatte. Sie blieben vielmehr weitestgehend auf politisch-ideologische Rückzugsgefechte festgelegt, trugen diese vor allem auf metapolitischem Boden aus und konnten, wenn überhaupt, so hier ihre Marginalisierung für Momente überwinden, ohne dass derartige Erfolgserlebnisse nachhaltige Positionsverbesserungen im diskursiven Koordinatensystem österreichischer Politik bewirken konnten. Entwicklungen wie der Niedergang des RFS oder der in etwa zeitgleich einsetzende Abfluss von zeitlichen, personellen und materiellen Ressourcen aus dem österreichischen Dachverband DBÖ in die DB begünstigten die Verlagerung der – ohnehin durch Mitgliederschwund dezimierten – burschenschaftlichen Energien auf interne Angelegenheiten und somit auch einen Prozess tendenzieller Entpolitisierung.

Auf einer allgemeinen Ebene schuf eine weitgehende Unfähigkeit und/oder Unwilligkeit zur Anpassung der eigenen Inhalte, Formen und Strategien an veränderte Umfeldbedingungen die Grundlage für einen aus burschenschaftlicher Sicht düsteren Befund: Die bloße öffentliche *Wahrnehmbarkeit* von Burschenschaften in Öster-

351 Vgl. hierzu u. a. http://www.stopptdierechten.at/2013/02/12/die-braunen-rander-der-identitaren-iii (Artikel vom 12.2.2013); http://www.stopptdierechten.at/2013/03/06/die-braunen-rander-der-identitaren-vi-ii-kontakte-in-die-neonazi-szene (Artikel vom 6.3.2013); http://www.stopptdierechten.at/2013/03/11/identitare-arminia-czernowitz (Artikel vom 11.3.2013).

reich sei, so Scheichl, im 21. Jahrhundert in aller Regel politischen Protesten gegen burschenschaftliche Veranstaltungen oder dem parteipolitischen (und mithin rechtsextremen) Engagement einzelner Burschenschafter geschuldet.[352] Insofern Burschenschaften bzw. einzelne ihrer Mitglieder nach 1945 jemals über den gesellschaftlichen Teilbereich der Hochschule hinaus *politische Relevanz* erlangen konnten, verdankten sie diese nahezu exklusiv intermediären Instanzen, in allererster Linie: der *Freiheitlichen Partei Österreichs*.[353]

Dem eben angesprochenen Zusammenhang widmet sich Kapitel V, während der folgende Abschnitt IV.3 sich zuvor eines Falles annimmt, in dem Burschenschafter auch unabhängig von der Partei Wahrnehmbarkeit und politische Relevanz erlangen konnten: der sogenannten Südtirolfrage.

IV.3 Burschenschaftliche Südtirol-Politik

Das burschenschaftliche Engagement um bzw. in Südtirol/Alto Adige[354] stellt grundsätzlich einen Teilaspekt des Themenkomplexes ‚Volkstums- und Grenzlandarbeit' dar, verdient jedoch aus mehreren Gründen eine gesonderte Behandlung: Zum Ersten aufgrund seines zentralen Stellenwerts für die Burschenschaften in Österreich, anhand dessen die burschenschaftliche Weltsicht fokussiert zutage tritt; zum Zweiten, weil die Thematik besonders geeignet ist, die Verschränkung von individueller und kollektiver Betätigung, von Aktivitäten unmittelbar politischen und solchen stärker metapolitischen Charakters zu illustrieren, die burschenschaftliche Politik charakterisiert; zum Dritten übten Burschenschaften in Österreich nach 1945 wohl in keiner anderen Frage stärkeren direkten (also nicht bzw. nicht vorrangig über eine Partei vermittelten) Einfluss auf die österreichische Innen- und Außenpolitik aus. Auch erreichten sie in der Südtirolfrage ein Maß an Übereinstimmung mit der politischen Elite und einer breiteren Öffentlichkeit (sowie im Fall der Ersteren auch an Kooperationsbereitschaft), das ihnen für andere Kernanliegen versagt bleiben sollte. Dieser Umstand legt auch eigennützige Motive für das völkische Südtirol-Engagement nahe. Wie Purtscheller für die *Österreichische Landsmannschaft* (ÖLM) festhält, versprach das Thema „Geld, Publizität und politische Unterstützung"[355]; nicht zuletzt, so ließe sich ergänzen, verhieß es damit auch Erfolgserlebnisse, eine gewisse Rekrutierungswirkung und somit einen allgemeinen Aufwärtstrend.

352 Interview vom 8.6.2012.

353 Scheichls Einschätzung nach wird eine eigenständige politische Relevanz von den Burschenschaften in Österreich (mit Ausnahme der „sehr weit rechts" stehenden Bünde *Brixia* und *Olympia*) heute gar nicht mehr aktiv angestrebt.

354 Vgl. zur Begriffsproblematik Fußnote 10 auf S. 135.

355 Purtscheller 1993, 50.

Weder der Südtirolkonflikt selbst noch die burschenschaftlichen Interventionen in diesen können an dieser Stelle umfassend erörtert werden.[356] Bekanntlich wurde das umstrittene Gebiet nach dem Ersten Weltkrieg Italien zugeschlagen und diese Zuordnung auch durch das Pariser Abkommen von 1946 zwischen Italien und Österreich bekräftigt. Die in diesem Abkommen ebenfalls enthaltenen Zusicherungen über Autonomie- und Minderheitenrechte für die deutschsprachige Bevölkerung wurden von italienischer Seite allerdings zunächst nur zögerlich und teilweise umgesetzt. Zwischen 1956 und 1969 verübten separatistische Kreise zahlreiche Terroranschläge inner- und außerhalb von Südtirol/Alto Adige, die 17 Todesopfer und zahlreiche Verletzte forderten. 1969 approbierten die nationalen Parlamente Österreichs und Italiens das von der sogenannten Neunzehner-Kommission vorbereitete ‚Südtirol-Paket' zur Erweiterung bzw. faktischen Umsetzung der Autonomierechte. Das Paket bildete die Grundlage für das Zweite Autonomiestatut, das 1972 in Kraft trat und seit der Streitbeilegungserklärung von 1992 (im Nationalrat gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen) als umgesetzt gilt. In den folgenden Erörterungen konzentriere ich mich auf die 1950er- und 1960er-Jahre als den Zeitraum der regsten und vielfältigsten burschenschaftlichen Südtirol-Aktivität.

IV.3.1 Der Konflikt in völkischer Perspektive

Cerwinka bezeichnet die Südtirolfrage – neben der Zurückweisung der Idee einer österreichischen Nation – als bestimmendes Thema der politischen Arbeit der Burschenschaften in Österreich in den 1950er- und 1960er-Jahren.[357] In der Tat richteten ADC und DBÖ jedenfalls bis zur Paketlösung 1969 in keiner Angelegenheit häufiger Entschließungen an staatliche Stellen. 1963 beschwor eine DBÖ-Resolution die „Erhaltung des Deutschtums in Südtirol" als „mehr denn je eine der brennendsten nationalen (…) (Aufgaben)".[358] So vordringlich erschien dieses Anliegen, dass Burschenschafter im RFS es sogar in die Gremien der studentischen Selbstverwaltung trugen[359] – entgegen der ansonsten von den *Freiheitlichen Studenten* stets verfochtenen Linie, wonach die ÖH sich allgemeinpolitischer Betätigung zu enthalten habe. Wenngleich die suk-

356 Vgl. allgemein Steininger 2004; zum Bombenterror Franceschini 1993 sowie Peterlini 2011; zur burschenschaftlichen Beteiligung vgl. Gehler 1997b, 200–205 sowie – etwas ausführlicher als hier – Weidinger 2013, 374–406.

357 Cerwinka 2009, 101.

358 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 2.

359 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 5 und – im selben Bestand – Anlage 3 zur Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958. Burger (1959, 137) zufolge hätten *Olympen* mit ÖH-Mandaten „nie eine Gelegenheit vorbeigehen (lassen), in den verschiedenen Ausschüssen die Südtirol-Frage zur Diskussion zu bringen, um so die ganze österreichische Studentenschaft für einen Einsatz zur Durchsetzung unserer gerechten Forderungen in Südtirol zu gewinnen".

zessive rechtliche und faktische Besserstellung der deutschsprachigen SüdtirolerInnen sowie der Stopp jener Entwicklung, die in völkischen Kreisen als „Italianisierung" wahrgenommen wurde[360], das burschenschaftliche Südtirol-Engagement dämpften, behielt die Thematik ihren Sonderstatus bis heute bei. Noch 2009 bekundete Friedrich Stefan *(Olympia),* dass Südtirol „den Burschenschaftern ganz besonders am Herzen" liege, während Gerhard Pendl *(Oberösterreicher Germanen)* im Gesamtkontext burschenschaftlicher Betätigung in Österreich „(d)as Kapitel Südtirol" aufgrund seiner Bedeutung „besonders hervorgehoben" betrachtet sehen wollte.[361] Dass die Bünde dieser beiden Herren – jedenfalls ihrem Rufe nach – zwei Pole des burschenschaftlichen politischen Spektrums in Österreich verkörpern, unterstreicht den Charakter der Südtirolfrage als verbindendes, konsensual geteiltes Anliegen.

Relativierend lässt sich zur Bedeutung der Thematik für die Burschenschaften in Österreich allenfalls der auch in anderen Fällen feststellbare, mitunter schreiende Kontrast zwischen rhetorischen Bekenntnissen und (noch darzustellender) realer Praxis anführen. Auch deuten die Quellen darauf hin, dass in Südtirol-Belangen innerbündisch und v.a. innerverbandlich ein hohes Maß an Bekenntniszwang herrschte. So wollte *Silvania* eine Abstimmung im ADC über eine Südtirol-Resolution 1955 namentlich durchführen lassen, nachdem ein Bund taktische Bedenken geäußert hatte[362]; Bünde, die themeneinschlägige Beschlüsse nicht oder nur teilweise exekutierten, wurden dafür auf Verbandsebene an den Pranger gestellt[363]; *Olympia* versah 1961 eine Spendenaufforderung an ihre Alten Herren für einen in Italien inhaftierten Bundesbruder mit einer Ausschlussdrohung bei Zuwiderhandeln (vgl. Abschnitt IV.3.3). All dies legt Zweifel nahe, inwieweit der offenkundige Südtirol-Enthusiasmus der *politischen Klasse unter Burschenschaftern* (vgl. Kapitel III.2.2) von der breiten Masse der Mitglieder geteilt wurde. Dass abweichende Positionierungen existierten, kann mangels feststellbarer Artikulation derselben einmal mehr nur vermutet werden.

Die vorherrschende Herangehensweise der Burschenschaften in Österreich an den Südtirolkonflikt widerspiegelt das Primat des völkischen Prinzips in der burschenschaftlichen Weltsicht: Die heutige italienische Provinz Bozen/Bolzano gilt in dieser Perspektive als überhistorisch „Teil unseres Vaterlandes"[364] (‚Deutschlands'). Um

360 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage VI zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 2.

361 F. Stefan 2009, 11 bzw. Pendl 2009, 13. Für ähnliche Aussagen zum Stellenwert der Südtirolfrage für die Burschenschaften in Österreich vgl. etwa Libertas 1967, 134 f. und BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 5.

362 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 13.

363 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Alemannia) vom November 1958, 3 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/1 zur Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 1 f.

364 Schweinberger 2009, 120.

sicherzustellen, „daß deutscher Boden deutsch bleibt“[365], sollen die auf diesem Boden lebenden Menschen – wahrgenommen mehr als Behälter von ‚Volkstum‘ denn als Individuen – ‚deutsch‘ erhalten, d. h. weitestmöglich vor ‚volks-‘ bzw. ‚kulturfremden‘ Einflüssen bewahrt werden. Die so verstandene ‚Deutscherhaltung‘ der Region glaubt man bis heute nur durch deren Abtrennung vom italienischen Staat gewährleisten zu können. Gefordert wurde daher von burschenschaftlicher Seite stets ‚Selbstbestimmung‘ statt bloß erweiterter Autonomie (wie sie von der österreichischen Bundesregierung und den langfristig dominanten Sektoren der *Südtiroler Volkspartei*/SVP angestrebt wurde).[366] Da das Resultat eines hypothetischen Referendums aus völkischer Sicht nur in der Korrektur des vermeintlichen historischen Irrtums von 1919 bestehen konnte, meint Selbstbestimmung in diesem Kontext nicht tatsächlich die autonome, ergebnisoffene Entscheidung der lokalen Bevölkerung über ihre staatliche Zugehörigkeit, sondern dient schlicht als Code für die Loslösung des Landesteils aus dem italienischen Staatsverband. „Das anzustrebende Endziel muß die Rückkehr Südtirols zu Österreich sein“, hatte der ADC schon 1956 erklärt – obwohl in der vorangegangenen Diskussion festgestellt worden war, dass „(d)ie Südtiroler selbst (…) für Autonomie (sind)“.[367] Trotz Implementierung einer heute international als modellhaft geltenden Autonomieregelung halten die Burschenschafter Österreichs nach wie vor (und ungeachtet der Stimmungslage vor Ort) an der Selbstbestimmungsforderung fest.[368] Zur Versöhnung mit dem „italienischen Volk“ [sic] sei man „gerne bereit“ – allerdings erst nach Revision des „Diebstahls (…) durch den Vertrag von St. Germain“.[369]

IV.3.2 Legaler Aktivismus

Sowohl apologetische Darstellungen als auch kritische Literatur zu den Burschenschaften in Österreich tendieren dazu, deren Südtirol-Engagement auf – hier heroisierte, dort skandalisierte – Terrorakte zu reduzieren. Tatsächlich war das Spektrum themeneinschlägiger Aktivitäten von burschenschaftlicher Seite deutlich breiter gefächert.

365 Alemannia 1962, 26.

366 Vgl. Schweinberger 2009, 112 und 119; BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 7; Anlage 2/6 zur Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 1 (selber Bestand); Nachtmann 1985, 330; Sucher 2009, 15. Mit Autonomie vermochte man sich höchstens als Provisorium bzw. als „das Minimum einer akzeptablen Lösung“ zu arrangieren (BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage VI zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 [Libertas] vom Dezember 1964, 1; vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 1 zur Niederschrift des ord. ADC-Tages 1958, 5).

367 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Südtirol-Entschließung des ADC von 1956, Beilage zur Niederschrift des ADC-Tages 1956 bzw. eben jene Niederschrift, 13 f.

368 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1977, 24; Pendl 2009, 13.

369 Schweinberger 2009, 120.

Bereits erwähnt wurden die auf ADC- bzw. DBÖ-Tagen verabschiedeten Entschließungen, die in der Regel Handlungsanweisungen an die österreichische Bundesregierung oder an einzelne ihrer Mitglieder enthielten.[370] Nicht nur auf diplomatische Initiativen wurde dabei gedrängt, auch im Bereich der Bewusstseinsbildung wollte man wirken – etwa über einen Aufruf von 1957 an den Städte- und Gemeindebund, Straßen und Plätze nach Südtiroler Persönlichkeiten, Flur- und Ortsnamen zu benennen.[371] Manche Beschlüsse adressierten anstelle politischer Entscheidungsträger direkt die allgemeine Öffentlichkeit, die etwa zum Boykott Italiens (bzw. seines südlich der Salurner Klause gelegenen Teils) als Reiseziel aufgerufen wurde.[372] Ebenso brachten Burschenschafter, wie bereits erwähnt, im Rahmen der ÖH wiederholt einschlägige „Anfragen, Resolutionen und Anträge" ein.[373]

Ab dem Eintritt österreichischer Bünde in die DB 1971 forcierten diese auch dort ihr außenpolitisches Kernanliegen – etwa 1975 mit gleich vier einschlägigen Anträgen.[374] Schnell zeigte sich dabei, dass jedenfalls Teile der bundesdeutschen Bünde den für die Österreicher zentralen Stellenwert der Südtirolfrage (bzw. von ‚Grenzlandarbeit' überhaupt) nur schwer nachvollziehen konnten. Die Aussage eines Braunschweiger Burschenschafters, wonach das Südtirolproblem „künstlich hochgespielt" werde und es keine Rolle spiele, ob Südtirol/Alto Adige nun zu Italien oder aber zu Österreich gehöre, sorgte am erwähnten DB-Burschentag 1975 auf österreichischer Seite für helle Empörung.[375] Im Zuge einer hitzigen Debatte beantragten die Wiener *Liberten* ein DB-internes Untersuchungsverfahren gegen die Braunschweiger, *Albia* erweiterte diese Forderung auf alle Bünde, die gegen den in Rede stehenden Südtirol-Antrag *Olympias* gestimmt hatten.[376] Zehn der elf betroffenen Verbindungen erhielten einen Verweis, eine wurde gar aus dem Verband ausgeschlossen. Der DB-Rechtsausschuss hatte diese Interpretation innerburschenschaftlicher Demokratie und Meinungsfreiheit zuvor durch ein Gutachten ermöglicht, wonach ein Bund zwar nicht für sein Abstimmungsverhalten bestraft werden könnte, wohl aber „wegen der im Abstimmungsverhalten enthaltenen Intention".[377]

---

370 Vgl. u. a. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Südtirol-Entschließung des ADC von 1956, Beilage zur Niederschrift des ADC-Tages 1956; Anlage 1 zur Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 5 f. (selber Bestand); BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 7 und Anlage 1.

371 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 17.

372 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 8. Entsprechende Flugblätter wurden jahrelang am Brenner verteilt (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage VI zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 [Libertas] vom Dezember 1964, 2 f.).

373 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958.

374 Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 26–28.

375 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1975, 17.

376 Vgl. ebd., 16 f.

377 Vgl. ebd., 20–27 (Zitat: 20).

Jenseits von Appellen an staatliche Institutionen betrieben die Burschenschaften auch Öffentlichkeitsarbeit im Sinne ihrer Südtirol-Agenda. Bestand diese zunächst v. a. darin, Tageszeitungen die Resolutionstexte zur Kenntnis zu bringen, regte DBÖ-Volkstumsreferent Heinz Hauffe *(Brixia)* 1961 die Aufnahme systematischer Pressearbeit an. Ein Pressereferat sollte eingerichtet werden und internationale Medien, aber auch außenpolitische Stellen aller UN-Staaten mit Informationsmaterial zur Südtirolfrage versorgen, da die österreichische Diplomatie in dieser Hinsicht versagt habe.[378] Einer von Hauffes Nachfolgern, Wolfdieter Stühlinger *(Suevia)*, schlug dem Verband drei Jahre später vor, bei den „größten Zeitungen" für einen konzertierten Südtirolbericht an einem festgelegten Tag zu lobbyieren, um „das Südtirolproblem eindrucksvoll weiten Kreisen der Bevölkerung" näherzubringen.[379] Während diese Ideen zur Pressearbeit unrealisiert blieben, waren im Rahmen eigenständiger Propaganda größere Erfolge zu verzeichnen. Schweinberger berichtet von groß angelegten Flugblatt-, Klebe- und Plakatieraktionen, darunter eine von *Olympia* und *Teutonia* Anfang Juni 1961 initiierte, bei der „Burschenschafter( ), Corps, Landsmannschaften und Mitglieder( ) diverser nationaler Vereine" in nur einer Nacht rund 15.000 Aufkleber in Wien affichiert hätten.[380]

Auch als Vortragsthema war Südtirol/Alto Adige in burschenschaftlichen Kreisen stets präsent. Sofern dabei nicht Burschenschafter selbst referierten, griff man mit Vorliebe auf Südtiroler PolitikerInnen zurück, die burschenschaftlichen Positionen nahestanden – etwa auf den SVP-Landtagsabgeordneten Franz Pahl, der 1986 einen von *Olympia* co-organisierten Vortrag an der Universität Wien hielt.[381] Ebendort diskutierte 1991 auf einem von der FSI zusammengestellten Podium unter dem Titel „Ein Tirol – warum nicht?" die Landtagsabgeordnete Eva Klotz mit Parteienvertretern von FPÖ (Walter Meischberger), ÖVP und SPÖ.[382] Immer wieder wurden die Südtirol-bezogenen Anliegen der Burschenschafter von diesen auch auf die Straße getragen. Schon im Studienjahr 1955/56 erwirkte der RFS – ausgestattet mit dem „Profil, das ihm Burschenschafter gegeben haben" – im ÖH-Zentralausschuss einen Beschluss zur „Durchführung von Südtirol-Kundgebungen an allen österreichischen Hochschulen".[383] Eine weitere solche Veranstaltung fand am 13. Oktober 1956 vor dem Wiener Rathaus statt und stellte laut *Libertenzeitung* „die erste völkische, von der freiheitli-

378 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zur Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 2.

379 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage VI zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 1.

380 Schweinberger 2009, 119.

381 Vgl. Aldania 1994, 177 bzw. Dvorak 1996, 69.

382 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 176. Klotz, Tochter des Terroristenführers Georg Klotz, war aufgrund ihrer dogmatischen Linie in puncto Selbstbestimmung in Widerspruch zur SVP geraten und hatte dieser 1983 den Rücken gekehrt.

383 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 5.

chen Bevölkerung ausgehende Kundgebung“ nach dem Krieg dar – noch vor den Schiller-Feiern von 1959.[384] Unbeeindruckt von den grundlegend veränderten Verhältnissen in Südtirol/Alto Adige richtete die ARGE WBL noch am 7. April 1987 eine Kundgebung aus, bei der zunächst dem Kabinettschef des österreichischen Außenministers eine Petition überbracht wurde, bevor man den Protest zur italienischen Botschaft verlagerte.[385] Hauptschauplatz groß angelegter burschenschaftlicher Manifestationen gegen die Brennergrenze war in jüngerer Zeit allerdings Innsbruck, wo 1984, 1994, 2000 und 2009 völkische Verbindungen und Vereine zu einschlägig ausgerichteten Kommersen bzw. Festveranstaltungen zusammentrafen.[386]

Als weitere Form der burschenschaftlichen Mitwirkung am ‚Südtiroler Freiheitskampf' sind finanzielle Unterstützungsleistungen zu erwähnen. Wiederholt beschlossen ADC-/DBÖ-Tage, teils beträchtliche Summen für einschlägige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Vor dem Hintergrund der im Allgemeinen eher mäßigen Zahlungsmoral vieler Bünde (und diesbezüglicher Streitigkeiten auf nahezu jedem Verbandstreffen) war die Bereitschaft, ‚für Südtirol' die bundeigenen Geldsäckel zu belasten, bemerkenswert stark ausgeprägt.[387] Auch gelang es einzelnen Burschenschaftern, Finanzierungsquellen jenseits des Korporationswesens anzuzapfen. Im Rahmen der 1977/78 errichteten *Hermann-Niermann-Stiftung* (HNS) vermochte der *Olympe* Norbert Burger als Berater des greisen Stifters und im Verbund mit von ihm im Stiftungskuratorium installierten Südtirolkämpfern – darunter die *Brixen* Herwig Nachtmann, Erhard Hartung und Rudolf Watschinger – über den Tod Niermanns 1985 hinaus, Geldmittel für eigene politische Zwecke abzuzweigen. Dazu zählten u. a. die Finanzierung der Terrorveteranen-Gründung *Heimatbund Südtirol,* die Subventionierung des rechtsextremen *Türmer-Verlages* durch massenhafte Belieferung des *Südtiroler Kulturinstituts* mit dessen Publikationen sowie mutmaßlich auch Zahlungen an Burgers NDP und für die Bundespräsidentschafts-Wahlkampagne Otto Scrinzis 1986.[388] Deutsche Verfassungs-

---

384 Zit. n. Libertas 1967, 135. Weinert (1981, 297) nennt als Organisator dieser zweiten Veranstaltung den *Ring Volkstreuer Verbände* (RVV). Die *Arbeiter-Zeitung* (Ausgabe vom 14.10.1956, 1) notierte ein „von Studenten in Wichs und einigen Trachtenvereinen“ geprägtes TeilnehmerInnenfeld. Bürgermeister Franz Jonas (SPÖ) sei „beinahe niedergeschrien“ worden, „weil er für das Recht Südtirols, aber für die Verständigung mit dem italienischen Volk“ eingetreten sei.

385 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 140.

386 Vgl. zu den Kommersen von 1984 und 1994 aus völkischer Sicht die *Aula* Nr. 2a/1995 (Sonderheft), kritisch: Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus 1994.

387 Vgl. etwa die Niederschriften des ADC-Tages 1957, 16 f.; des (ord.) ADC-Tages 1958, 9–11 (beide: BAK, DB 9, E. 4 [A1]); sowie des DBÖ-Tages 1963, 2 u. 10 (BAK, DB 9, E. 4 [A3]). 1967/68 wollte die DBÖ die enorme Summe von ÖS 80.000 (bzw. ÖS 3.000 pro Bund) aufbringen, wie einem Schreiben des Innsbrucker *Germanen* Carl Grisson an seine Bundesbrüder vom 10. 2. 1968 zu entnehmen ist (PBW).

388 Vgl. zur HNS den *Falter* Nr. 7/1998, 13; das *Antifaschistische INFO-Blatt* Nr. 33/1996, 28–30; den *Spiegel* Nr. 45/1994, 68–72; sowie http://www.zeit.de/1994/48/mit-vollen-haenden (Artikel vom 25.11.1994,

schützer vermuteten zudem, dass Stiftungsgelder „zur Unterstützung terroristischer Aktivitäten in Südtirol" – konkret: für die letzte Terrorwelle in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre – veruntreut worden sein könnten.[389]

Abgerundet wurde das burschenschaftliche Südtirol-Engagement u. a. durch Ernteeinsätze in als bedürftig eingestuften landwirtschaftlichen Betrieben vor Ort[390] sowie durch Netzwerkbildung und -pflege im Rahmen der Meraner Hochschulwochen.[391] In Summe ist über die Jahrzehnte in der Südtirolfrage nicht nur eine starke Kontinuität burschenschaftlicher Positionierungen, sondern auch eine Verstetigung bestimmter Aktionsformen zu Routinen festzustellen. Vereinzelte Aufforderungen zur kritischen Reflexion über bisherige Praxen und deren Wirksamkeit verhallten ohne nachhaltige Wirkung. 1962 vermerkte DBÖ-Volkstumsreferent Günter Zeindl *(Suevia)* in seinem Bericht, dass die „Südtirolpolitik der DBÖ (…) einmal gründlich überprüft werden und neue gangbare Wege gesucht werden (müssten), wie man unseren Brüdern tatsächlich helfen kann".[392] Aus dem Bericht des Südtirolreferenten Karl Alber (*Germania* Innsbruck) vom Folgejahr spricht dagegen Resignation: Es sei für die Burschenschaften nahezu unmöglich, „erfolgversprechende Volkstumsarbeit" zu leisten.[393] Wie dieses Beispiel zeigt, war unter Burschenschaftern in Österreich zum Teil durchaus ein Bewusstsein für die geringe politische Relevanz ihrer Südtirol-Aktivitäten vorhanden. Dass etwa die jährlichen Resolutionen vonseiten politischer Organe und nicht-völkischer Medien weitgehend ignoriert wurden, blieb in ADC- bzw. DBÖ-Kreisen keineswegs unbemerkt.[394] Motivation zum Weitermachen in den gewohnten Bahnen wurde aus burschenschaftlichem Pflichtgefühl[395] ebenso bezogen wie aus der Hoffnung, durch

Klaus-Peter Schmid). Zur *Laurin-Stiftung*, in deren Kuratorium Hartung und Scrinzi eintraten, während die deutschen Behörden die HNS-Geldströme zum Versiegen brachten, vgl. *profil* Nr. 26/2012, 32 f. und *LOTTA* Nr. 47/2012, 47 f. Italienische Ermittlungen u. a. wegen gesetzwidriger Finanzierung völkisch-separatistischer Zwecke verliefen 2013 – nicht zuletzt aufgrund fehlender Amtshilfe von österreichischer Seite – im Sand.

389 Zit. n. *Der Spiegel* Nr. 45/1994, 72.

390 Diese Praxis wurde 1977 auch im Rahmen der DB eingeführt. Vgl. dazu BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 38 und die Niederschrift desselben, 24.

391 Vgl. u. a. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 2; BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1964, 4 f.

392 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Anlage 1/4 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1962, 1.

393 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des Volkstumsreferenten für Südtirol, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1 f.

394 Vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [B1], DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Brixia) vom Oktober 1960, 3 oder BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des DBÖ-Tages 1956, 2. Burger schrieb demgegenüber 1960 den Resolutionen „ein nicht zu unterschätzendes Gewicht bei der Österreichischen Bundesregierung" zu (BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 7).

395 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des DBÖ-Tages 1955, 13.

ostentative Solidarisierungsakte den „Widerstandswillen( ) des gefährdeten Grenzlanddeutschtums“ zu stärken[396].

IV.3.3 Beteiligung am Bombenterror[397]

Jenseits ihrer „legalen bzw. halblegalen Aktivitäten“[398] waren Burschenschafter aus Österreich auch an gewalttätigen Aktionen gegen Menschen und Sachen in Südtirol/Alto Adige und anderen Teilen Italiens beteiligt – und dies, anders als im Fall der bundesdeutschen Burschenschafter, in über Einzelfälle deutlich hinausreichendem Ausmaß. Nicht nur der *Brixe* Nachtmann erwähnt den „besonderen Anteil“ von völkischen Korporationen (und „besonders der Burschenschaft“) an der Unterstützung des bewaffneten „Freiheitskampfes“ von Österreich aus.[399] Auch sein Bundesbruder Hartung konstatiert einen „unverhältnismäßig große(n) Prozentsatz von Waffenstudenten“ unter den militanten Volkstumskämpfern und ihren UnterstützerInnen.[400]

1962 standen Hartung zufolge beim Südtirolprozess in Rom ausschließlich aktive Burschenschafter (sieben an der Zahl, darunter vier Österreicher) vor Gericht. Bei den großen Südtirolprozessen in Graz 1965 und Linz 1967 hätten sich unter den 26 Angeklagten zehn akademische Burschenschafter aus Österreich befunden. Beim letzten in den 1960er-Jahre in Italien abgehaltenen Prozess seien nicht weniger als 14 aktive *Brixen* angeklagt gewesen, zwei Burschenschafter aus Österreich wurden 1970 in München zu Haftstrafen verurteilt.[401] Tauchen bereits in Hartungs Ausführungen Angehörige zehn verschiedener österreichischer Bünde auf, so lässt sich in Zusammenschau mit weiteren Quellen festhalten, dass zumindest rund die Hälfte der Burschenschaften in

396 So Heinz Amberger (*Germania* Jena), damals Schriftleiter der *Burschenschaftlichen Blätter*, in deren Ausgabe Nr. 6/1956, 153.

397 Ich wähle die Bezeichnung ‚Terror‘ (als auf der politischen Strategie des Terrorismus basierende Methode) für die in diesem Abschnitt behandelten Vorgänge in bewusster Zurückweisung gängiger verharmlosender und/oder glorifizierender Alternativbegriffe wie Südtirol-‚Aktivismus‘ oder ‚Freiheitskampf‘. Insofern Terrorismus die Verfolgung politischer Ziele über die Generierung von Aufmerksamkeit und Angst durch Gewaltanwendung gegen Sachen und/oder Personen bezeichnet, scheint diese Begriffswahl dem hier in Rede stehenden Phänomen angemessen. Inhaltliche Passgenauigkeit ist auch dann gegeben, wenn im Sinne einer engeren Definition von Terror zusätzliche Bestimmungsmerkmale (wie systematisches Vorgehen, ausgefeilte Logistik, mehrjährige Dauer und die Inkaufnahme von Todesopfern) herangezogen werden.

398 Schweinberger 2009, 119, in Anspielung auf rechtlich als Sachbeschädigung zu wertende Klebe- und „Beschriftungsaktionen“.

399 Nachtmann 1985, 326.

400 *Aula* Nr. 7–8/1977, 4. Der Gebrauch exklusiv männlicher Formen zur Bezeichnung der Protagonisten des Südtirolterrors soll die Männerdominanz in dessen Strukturen widerspiegeln. Zur Beteiligung von Frauen vgl. Peterlini 2011, 76 f., 126 und 372.

401 Vgl. *Aula* Nr. 7–8/1977, 5; ergänzend Schweinberger 2009, 119 f.

Österreich aktive Teilnehmer am Südtirolterror stellte, in massierter Form jedoch v.a. *Brixia* Innsbruck und *Olympia* Wien diesen betrieben.[402] Dabei ist zu berücksichtigen, dass Hartung bewusst die Namen „vieler Waffenstudenten" unterschlug, die strafrechtlich relevante Handlungen gesetzt hatten, dafür aber nicht polizei- bzw. gerichtsnotorisch geworden waren. „Gott sei Dank" sei den Behörden „bei weitem nicht alles" zur Kenntnis gelangt.[403] Nicht nur aufgrund dessen, sondern auch aus Platzgründen kann die burschenschaftliche Beteiligung am Südtirolterror auf den folgenden Seiten nur in groben Zügen nachgezeichnet werden.

Chronologie der Ereignisse[404]

Nach ersten kleineren Aktionen in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre setzt 1961 koordinierter Terror in Südtirol/Alto Adige ein, getragen von der zu diesem Zeitpunkt von Südtirolern dominierten Untergrundorganisation *Befreiungsausschuß Südtirol* (BAS). Den frühen Höhepunkt bildet die konzertierte Sprengung von 41 Hochspannungsmasten in der Provinz Bozen/Bolzano in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 (im deutschsprachigen Raum bis heute oft zur ‚Feuernacht' romantisiert), an der zahlreiche Burschenschafter beteiligt sind.[405] Zumindest Burger war auch maßgeblich in die Planung und Vorbereitung involviert.[406] Einer der Sprengsätze tötet bei Salurn/Salorno einen Straßenarbeiter. Der damals junge *Olympe* Helmut Wintersberger erinnert sich an seinen Einsatz an der Seite Burgers: „Nach Anbringung der Ladung nahm Burger Aufstellung vor dem Mast und hob die Hand zum Hitlergruß."[407] Den Anschlägen folgen Massenverhaftungen durch die italienischen Repressionsorgane. Die Festnahme oder Flucht vieler der Südtiroler Beteiligten lässt den Einfluss österreichischer und bundesdeutscher Kräfte innerhalb der gewaltbereiten ‚Freiheitskämpfer' steigen – nicht zuletzt jenen der primär großdeutsch motivierten Kreise um Burger und „seine( ) Studenten".[408] Als auch gemäßigte Nordtiroler Akteure sich zurückziehen, bleibt neben

402 Das gemeinsame Vorgehen von Angehörigen dieser beiden Bünde – sowohl bei terroristischen Handlungen als auch in ADC und DBÖ – dürfte nicht zuletzt auf die Person Norbert Burgers zurückzuführen sein, der einerseits Angehöriger *Olympias* war und andererseits als Universitätsdozent in Innsbruck bei den dortigen *Brixen* verkehrte. Vgl. dazu deren Bundchronik, die Burger als „Verkehrsgast" führt (Brixia 2001, 47).

403 *Aula* Nr. 7–8/1977, 5.

404 Die folgende Darstellung orientiert sich an dem im besten Sinne journalistischen, durch Detailreichtum, Aktualität und Erkenntnisse aus ZeitzeugInnengesprächen bestechenden Werk von Hans Karl Peterlini (2011).

405 Vgl. ebd., 126.

406 Vgl. ebd., 123–125.

407 Wintersberger im Interview mit Peterlini, ebd., 242.

408 Peterlini 2011, 228.

„einige(n) versprengte(n) Südtirolern" Wintersberger zufolge „nur mehr der harte Kern aus den Burschenschaften und der extremen Rechten übrig".[409] Parallel dazu verändert sich das Gesicht des Terrors: Wurde Giovanni Postal, das Bombenopfer der ‚Feuernacht', ohne Vorsatz getötet, sahen die Folgejahre gezielte Anschläge auf belebte Orte und Züge, Sprengfallen und mitunter regelrechte Exekutionen. Peterlini verwahrt sich gegen eine allzu schematische „Grenzziehung zwischen den ‚guten' Südtirolern und den ‚bösen' Burger-Leuten", gibt jedoch an, dass namentlich Burger in der Tat „die Eskalationsphase mit(geprägt)" habe und für eine „Verschärfung des Kampfes" eingetreten sei.[410] Bereits vor seiner Verhaftung im Sommer 1961 hatte er nach Angaben seines Bundesbruders Wintersberger die Ansicht vertreten, dass man sich die Schonung von Menschenleben in Hinkunft nicht mehr leisten könne.[411]

Dieser Maßgabe folgt offenbar die wesentlich von Burschenschaftern geplante und exekutierte Aktion vom 9. September 1961[412]: In sechs italienischen Städten sollen Molotow-Cocktails auf öffentlichen Plätzen und somit unter Inkaufnahme ziviler Todesopfer gezündet werden. Die Anschläge in Rom und Trento schlagen fehl, mehrere Burschenschafter aus Deutschland und Österreich werden verhaftet, darunter Wintersberger und der *Alane* Rainer Mauritz.[413] Nach Darstellung der (in der Bestimmung von Korporationszugehörigkeiten nicht immer sattelfesten) *Arbeiter-Zeitung* verüben in weiterer Folge fünf *Olympen* unter dem Kommando des nicht korporierten Georg Klotz diverse Terroraktionen, darunter ein Überfall mit Maschinengewehren auf einen italienischen Militärstützpunkt.[414] Als drei *Olympen* – darunter zwei Terrorinvolvierte – im November 1961 auch neonazistisch auffällig werden[415], setzt die staatliche Repression ein. Es kommt zu Hausdurchsuchungen, sämtliche Aktiven der Verbindung wer-

409 Wintersberger im Interview mit Peterlini, ebd., 242.

410 Peterlini 2011, 109 bzw. 228. Ähnlich auch Wintersberger im Interview mit mir selbst vom 4.1.2012.

411 Vgl. Peterlini 2011, 242.

412 Vgl. ebd., 231.

413 Vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 1.12.1961, 1 und vom 3.1.1962, 3. Mauritz war zu diesem Zeitpunkt Chefredakteur der RFS-Zeitung, Wintersberger RFS-Generalsekretär. Im Zuge des seinem missglückten Anschlag folgenden Krankenhaus- und Gefängnisaufenthaltes in Italien entfremdet Wintersberger sich politisch der Burschenschaft. Da *Olympia* in seiner Abwesenheit behördlich aufgelöst wird, scheidet er de facto aus, ohne je seinen Austritt erklärt zu haben (Interview mit Wintersberger vom 4.1.2012; vgl. auch Peterlini 2001, 241 und 248).

414 Vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 3.12.1961, 1 und vom 5.12.1961, 2.

415 Die drei hatten nach dem jährlichen WKR-Totengedenken und einer internen Veranstaltung auf der Ringstraße das Lied ‚*Es zittern die morschen Knochen*' aus der Feder des HJ-Dichters Hans Baumann, vormals offizielles Lied der *Deutschen Arbeitsfront,* intoniert (vgl. den VfGH-Entscheid B 266/62 vom 28.6.1963, 4). Einer der drei hatte den einschreitenden Exekutivbeamten nach Darstellung des Innenministeriums u.a. gedroht: „Wartet nur, bis der Hitler wieder kommt, dann lasse ich Euch alle aufhängen, ihr roten, demokratischen Schweine." (Zit. ebd., 28) Nach amtsärztlichem Befund befanden die drei sich in lediglich leicht alkoholisiertem Zustand (vgl. ebd., 28 f.).

den perlustriert.[416] Im Zuge der Erhebungen stellt die Polizei fest, dass nicht weniger als zwölf Mitglieder des *Olympia*-Vereins sich „außerhalb der Statuten und in Verletzung der österreichischen Gesetze betätigt" hätten. Aus dieser großen Zahl müsse, so die Bundespolizeidirektion Wien, „der Schluß gezogen werden, daß der Verein selbst die organisatorische Grundlage für diese Tätigkeit geboten" habe.[417] Durch seine politische Betätigung habe der Verein seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten. Mit dieser Begründung, aber auch unter Verweis (u. a.) auf die als „staatsgefährliche Betätigung" eingestuften Aktivitäten von Vereinsmitgliedern in Südtirol/Alto Adige und eine von den *Olympen* beschlossene Verpflichtung aller Vereinsmitglieder zur finanziellen Unterstützung der inhaftierten Bundesbrüder, wird *Olympia* per 1. Dezember 1961 behördlich aufgelöst.[418] Der Verfassungsgerichtshof bestätigt die Auflösung 1963 in letzter Instanz und stützt sich dabei v. a. auf die erwähnte Zahlungsverpflichtung.[419]

Zu diesem Zeitpunkt haben die *Olympen* bereits unter dem Mantel der zu diesem Zweck reaktivierten *Vandalia* Wien ihren Fortbestand gesichert.[420] Auch die militante „Burger-Gruppe" ist indessen weiterhin aktiv und „schlägt zu, wo es gerade geht".[421] Burger selbst wird von österreichischen Gerichten, Strafverfolgungsbehörden und politischen Organen – exemplarisch für den Umgang des offiziellen Österreich mit dem Südtirolterror – lange Zeit pfleglich bis wohlwollend behandelt. Er kann – nach Peterlinis Darstellung – sein Büro an der Universität Innsbruck unbehelligt „zur BAS-Basis umfunktionier(en)", als Lehrender „kräftig die Werbetrommel für den BAS" rühren und „viele Tiroler Studierende für die Feuernacht" anwerben.[422] Seine Inhaftierung im dieser folgenden Sommer 1961 ist von kurzer Dauer: Noch vor Jahresende kommt er gegen eine (dem mit ihm enthafteten Günther Schweinberger zufolge von der Nordtiroler Landesregierung erlegte) Kaution auf freien Fuß.[423] Trotz dringlichster Verdachts-

---

416 Vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 2.12.1961, 2.

417 Wiedergegeben aus dem VfgH-Entscheid B 266/62 vom 28.6.1963, 5.

418 Ebd., 6. Vgl. zur Rechtssache weiters Dvorak 1996, 55 f. u. 59; die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 1–2/1964, 8; sowie die Parlamentarische Anfrage 4831/J und Anfragebeantwortung 4450/AB der XX. Legislaturperiode des Österreichisches Nationalrats.

419 Vgl. VfgH-Entscheid B 266/62, 32. Zur Zahlungsverpflichtung vgl. ebd., 11 und Dvorak 1996, 54 f. Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang ein DBÖ-Beschluss von 1963, der die „Bereitschaft jedes einzelnen Burschenschafters auch ein finanzielles Opfer (…) zu bringen" einmahnte und jedem Bund einen „(seinen) finanziellen Möglichkeiten angemessenen Beitrag" auferlegte (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 2 u. 10). Die interne Sammlung der *Olympen* wurde ihrem eigentlichen Verwendungszweck übrigens nie zugeführt: Das Land Tirol übernahm die anfallenden Gerichtskosten für alle damals laufenden Terrorprozesse in Italien – „im Konsens aller politischen Kräfte des Landes", wie Wintersberger im Interview erinnert (Peterlini 2011, 241).

420 Vgl. die *Nachrichten der Burschenschaft Vandalia* vom Wintersemester 1962/63, 1 f.

421 Peterlini 2011, 277.

422 Ebd., 181 bzw. 126 bzw. 228.

423 Vgl. Schweinberger 2009, 119 und die *Arbeiter-Zeitung* vom 19.12.1961, 2.

momente und wiederholter Selbstbezichtigung kann er seiner terroristischen Tätigkeit unbehelligt nachgehen – „unter den Augen der Staatspolizei, von dieser mehr beschützt als beschattet", wie die *Furche* 1966 konstatiert.[424] Auch materielle Förderung wird Burger von staatlicher Seite zuteil: Bis Ende 1966 wird er u.a. mittels zweimaliger Vertragsverlängerung als Universitätsassistent in Lohn und Brot gehalten – auch während er sich durch Flucht der Strafverfolgung entzieht. Eine parlamentarische Anfrage des SPÖ-Abgeordneten Otto Skritek beziffert die Burger von der Republik zwischen 1962 und 1966 überwiesene Summe mit rund ÖS 300.000.[425] Österreichische Gerichte sprechen Burger, nach eigenen Angaben Teilnehmer an allen maßgeblichen Terroraktionen bis 1963[426], dreimal frei.

1967 werden vom Innsbrucker *Brixen* Hans-Jörg Humer mindestens zwei Anschläge verübt.[427] Im selben Jahr sterben an der Grenze zwischen Osttirol und dem Veneto vier italienische Soldaten, die dem Anschein nach auf der Porzescharte in eine Minenfalle gelockt worden waren.[428] Vier Österreicher werden dafür in Italien als Attentäter angeklagt und (in Abwesenheit) schuldig gesprochen werden, darunter die Burschenschafter Hartung und Burger – ein Fehlurteil, wie jüngste Forschung nahelegt.[429] Vor dem Hintergrund laufender Verhandlungen mit Italien über die Südtirolfrage (und Österreichs angestrebter EWG-Assoziierung) wird Burger 1968 nun doch auch in Österreich zu einer achtmonatigen Haftstrafe wegen öffentlicher Billigung von Verbrechen verurteilt.[430] Im selben Jahr erfolgt eine Verurteilung Hartungs im zweiten Anlauf in der Porzescharte-Causa, er wird aber (nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen über die Paketlösung) 1971 in der Berufung freigesprochen; Bundespräsident Kirchschläger schlägt den Wiederaufnahmeantrag der Staatsanwaltschaft nieder.[431] Zwischen 1978 und 1982 sowie zwischen 1986 und 1988 kommt es zu neuerlichen Anschlagsserien. Viele Indizien deuten auf eine tiefe Verstrickung italienischer Geheimdienste in die

---

424 *Die Furche* Nr. 46/1966; da die entsprechende Ausgabe behördlich beschlagnahmt wurde, wird der Artikel hier nach der *Arbeiter-Zeitung* vom 25.11.1966 (S. 3) zitiert.

425 Vgl. den Bericht des *Kurier* („Bombenwerfer auf Staatskosten") vom 10.2.1967 sowie das stenographische Protokoll der 117. Sitzung des Österreichischen Nationalrates vom 28.11.1968 (Anfrage 1003/J), 9490–9494.

426 Vgl. *Wochenpresse* Nr. 10/1963, 4. Ausführlicher zu Burgers zentraler Rolle im Südtirolterror und seiner behördlichen Behandlung vgl. Weidinger 2013, 389 f.

427 Vgl. Peterlini 2011, 385. Humer entfernt sich wie Wintersberger später vom völkischen Aktivismus und wird Universitätsprofessor in Innsbruck.

428 Vgl. ebd., 400–402.

429 Vgl. Speckner 2013, der eine italienische Geheimdienstinszenierung vermutet, durch die gleichzeitig ein Unfall bei einer militärischen Verminungsübung vertuscht werden sollte.

430 Burger hatte zuvor u.a. in einem ARD-Interview für den Terror geworben. Vgl. zur Verurteilung Peterlini 2011, 403; *DIE ZEIT* Nr. 26/1968; *Arbeiter-Zeitung* vom 16.5.1970, 4.

431 Vgl. Peterlini 2011, 404 bzw. 425.

letzte Terrorwelle hin[432], eine burschenschaftliche Involvierung scheint – wie bereits erwähnt – über die *Niermann-Stiftung* möglich.

Die Haltung der DBÖ

Dass einzelne Zentralgestalten wie Burger sich auf ein Netz an Mittätern in einer großen Zahl von Verbindungen stützen konnten, wurde bereits erwähnt. Um die Haltung der Burschenschafter Österreichs zum Südtirolterror jenseits der Ebene derer einschätzen zu können, die ihn aktiv vollzogen, erweist sich ein Blick auf Vorgänge innerhalb von ADC und DBÖ während der ‚heißen Phase' des Konflikts als hilfreich. Von einiger Aussagekraft ist etwa die verbandsinterne Position Burgers. Zwischen 1955 und 1961 wird er in nahezu sämtliche bedeutenden Ämter gewählt oder nominiert, die der Zusammenschluss zu vergeben hat.[433] Im selben Zeitraum plant er Peterlini zufolge seinen ersten Sprengstoffanschlag, der jedoch nicht umgesetzt wird (1956)[434], will „freiheitliche Studenten mit Maschinengewehren bewaffnet zu Manövern auf die Seiser Alm" beordern (Juni 1960) und muss von BAS-Kameraden „zurückgepfiffen werden", um ein Losschlagen noch 1960 zu verhindern[435]. Seine Verbandsfunktionen stellt Burger ganz in den Dienst des ‚Freiheitskampfes': Selbst als hochschulpolitischer Referent besorgt er im Geschäftsjahr 1956/57 die Südtirol-Arbeit des ADC.[436] Von diesem als Südtirol-Experte ausgewiesen, entfaltete er eine rege Vortragstätigkeit bei bundesdeutschen Bünden, die ihm auch zur Rekrutierung von Gleichgesinnten gedient haben dürfte.[437] Eine wiederholte Nominierung in das höchste operative Organ der Burschenschaften in Österreich, den Gemeinsamen Hauptausschuss von DBÖ- und Altherren-Tag (GHA), scheitert 1961 nur an seinem eigenen Verzicht.[438] Rainer Mauritz zieht dagegen als Ersatzmitglied in denselben Ausschuss ein, um wenige Monate später – nach

432 Vgl. Peterlini 1993 und 2011, 427–445.

433 Vgl. Dvorak 1996 (Biographisches Lexikon I/1), 158; das Protokoll des ADC-Tages 1955, 3 und 9; die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von ADC- und Altherrentag 1958, 6 (beide: BAK, DB 9, E. 4 [A1]); BAK, DB 9, E. 4 [B1], DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Arminia Graz) vom November 1959, 3; BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll der gemeinsamen Sitzung von DBÖ-Tag und Altherrentag 1960, 16.

434 Vgl. Peterlini 2011, 42.

435 Ebd., 181.

436 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 1.

437 Laut Anklage im Münchener Südtirolprozess von 1970 soll Burger auch in der BRD Attentäter angeworben haben. Die 110 Vorträge, die er seit seinem Eintritt in die *Olympia* 1953 zur Südtirolfrage international gehalten haben soll, hätten ihm dazu auch ausreichend Gelegenheit geliefert (vgl. die *Süddeutsche Zeitung* vom 24.4.1970, 13 sowie ferner BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 4 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 1).

438 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 21 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 2 (Cruxia) vom 15.12.1961, 1.

seiner Verhaftung in Italien und der Auflösung *Olympias* – wieder auszuscheiden.[439] Eventuell will Burger der DBÖ eine solche Kompromittierung von vornherein ersparen.[440] Knapp eineinhalb Monate nach seinem Amtsverzicht am DBÖ-Tag 1961 detoniert in der ‚Feuernacht' Burgers erster Sprengsatz.

Inwieweit die illegalen Aktivitäten einzelner Funktionäre innerhalb der DBÖ bekannt waren, lässt sich auf Basis der vorliegenden Quellen nicht mit Sicherheit bestimmen. Der Fall Mauritz' legt nahe, dass die Bereitschaft zur Gewaltanwendung (bis hin zur Inkaufnahme ziviler Todesopfer) für völkische Ziele verbandsintern zumindest toleriert, wenn nicht gar als Ausweis von aufrechter Gesinnung und Führungsqualitäten wahrgenommen wurde. Keine drei Jahre nach seiner Mitwirkung an den Molotowcocktail-Anschlägen vom September 1961 wird der *Alane* am DBÖ-Tag 1964 in gleich zwei hohe Verbandsämter gewählt. Bei der Wahl zum Referenten für burschenschaftliche Arbeit geben die DBÖ-Bünde ihm den Vorzug vor dem Reformer Sigurd Scheichl (*Germania* Innsbruck).[441] Der gleichfalls Südtirol-erprobte Herwig Nachtmann wird am selben Verbandstag mit zwei Ämtern ausgestattet – darunter jenes des DBÖ-Südtirolreferenten.[442] Doch nicht nur Personalia sind es, die auf breite verbandsinterne Toleranz gegenüber terroristischen Methoden schließen lassen. 1957 geben *Olympia* und *Leder* Leoben auf dem ADC-Tag zu Protokoll, dass „mit einer friedlichen Lösung" der Südtirolfrage „nicht (mehr) zu rechnen" sei.[443] 1958 bringt der Vertreter *Olympias* „ernstliche Bedenken" gegen das Ansinnen vor, dem *Bergisel-Bund* eine Spende zukommen zu lassen, zeige dieser doch „in praktischen Dingen eine gewisse Zurückhaltung". Auf Vorschlag *Brixias* richtet der ADC seine finanzielle Zuwendung letztlich an *Brixia* selbst, die offenbar für eine nicht-zurückhaltende Verwendung der Mittel bürgt.[444] Ein ähnlicher Paarlauf von *Brixen* und *Olympen* in Südtirol-Angelegenheiten ist auch auf folgenden Verbandstagen zu beobachten. Just jene beiden Bünde, die personell letztlich am stärksten in den Bombenterror involviert sein werden, geben in Südtirol-Fragen die Verbandslinie vor. Kaum je stoßen ihre Anträge auf ernsten Widerspruch.

Dieser Umstand animiert offenbar zu immer dreisteren Vorstößen. 1960 will *Brixia* am Kommers des Grazer DBÖ-Tages eine „Sammelaktion für Südtirol" veranstalten und zusätzlich jedem Bund eine Spende von zehn Schilling pro Mitglied aufer-

439 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 21.

440 Vgl. dazu seine Überlegungen zum Rückzug aus dem 1954 als parteiübergreifende Lobbyingorganisation gegründeten *Bergisel-Bund* (in Peterlini 2011, 55).

441 Vgl. AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll des DBÖ-Tages 1964, 14 bzw. 16.

442 Vgl. ebd., 13 bzw. 15.

443 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 16.

444 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des (ord.) ADC-Tages 1958, 23; vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [B1], ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Alemannia) vom Juni 1958, 6.

legen.[445] Der Ertrag soll einem *Bund aufrechter Südtirolfreunde* zugutekommen, der erst kurz zuvor vom *Brixen* Herwig Büchele zusammen mit „anderen Burschenschaftern" gegründet worden sei, um das Südtiroler Selbstbestimmungsstreben „mit allen Mitteln" zu unterstützen.[446] Die Zahlungen sollen an die kommende DBÖ-Vorsitzende (*Brixia* selbst) geleistet und vom Volkstumsreferenten der DBÖ (Büchele höchstpersönlich bzw. ein ihm auf Vorschlag *Olympias*[447] nachfolgender Bundesbruder) verwaltet werden. Zur Antragsbegründung wird lediglich – ohne jede weitere Ausführung – auf „(d)ie Lage in Südtirol" verwiesen, als Verwendungszweck führen die Innsbrucker kryptisch die „Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes für Südtirol" an.[448] Vergangene Erfahrungen lassen Einsprüche offenbar unvorstellbar erscheinen. Entsprechend gereizt reagieren die *Brixen,* als doch Fragen gestellt werden: Es sei „eine Ungeheuerlichkeit, wenn ein Burschenschafter auch nur die geringsten Bedenken hätte, den Volkstumskampf der deutschen Volksgruppe in Südtirol mit S 10.-- zu unterstützen".[449] Nichtsdestotrotz pocht der Vertreter *Suevias* auf „eine detailierte [sic] Auskunft über die Verwendung der Mittel", zumal ansonsten „diesen Herren vom BAS … mit diesem Geld eine Blankovollmacht in die Hände geben [sic] werde". Explizite Nennung erfährt dabei neben Büchele auch Burger, dessen *Olympia,* mutmaßlich repräsentiert durch Burger selbst, den *Brixen* in der Debatte sekundiert.[450] Auch der Delegierte *Gothias* befürchtet vielsagend, dass „den Spendern eventuell eine Fehlleistung zur Last gelegt werden könnte".[451]

445 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 1 (Dringlichkeitsanträge) zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, o. S.

446 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 10. Anders als der *Befreiungsausschuß Südtirol* tauchen die dasselbe Akronym führenden *Südtirolfreunde* in der einschlägigen Sekundärliteratur nicht auf. Plausibel erscheint, dass es sich dabei um eine Tarnbezeichnung für den ‚richtigen' BAS handelte, der eigentlicher Nutznießer der Geldbeschaffungsaktion sein sollte. Wintersberger vermutet im Interview vom 4.1.2012, dass die Namensschöpfung bei Bedarf (etwa: bei Öffentlichwerden des DBÖ-Protokolls) eine Distanzierung ermöglichen sollte. In jedem Fall scheint ein Zusammenhang der Initiative mit der wenige Wochen zuvor abgehaltenen Landesversammlung der SVP naheliegend (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 10 und das Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 2 im selben Bestand). Eine knappe Mehrheit der Delegierten hatte dort die programmatische Ersetzung der Autonomie- durch die Selbstbestimmungsforderung verhindert.

447 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 8.

448 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 1 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, o. S.

449 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 6.

450 Ebd. Tags darauf leistet der *Sueven*-Delegierte Abbitte bei Burger und Büchele und spricht ihnen sein Vertrauen aus (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll der gemeinsamen Sitzung des DBÖ- und Altherrentages 1960, 15). Mit dem BAS sind im vorliegenden Zitat offenbar die *Südtirolfreunde* gemeint. Ansonsten findet das Kürzel in diesem Buch ausschließlich für den historisch verbürgten *Befreiungsausschuß* Verwendung.

451 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Protokoll der gemeinsamen Sitzung des DBÖ- und Altherrentages 1960, 15.

Letztlich wird anstelle der Sammelaktion und Spendeverpflichtung beschlossen, die Alten Herren der DBÖ-Bünde zu freiwilligen Zuwendungen an die *Südtirolfreunde* aufzurufen. Ob der ungewohnten Reserviertheit jedenfalls mancher Bünde gegenüber dem Vorstoß der *Brixen* und *Olympen* eine Befürchtung oder gar Gewissheit zugrundelag, sich durch eine Beteiligung in der vorgesehenen Weise der Terrorfinanzierung schuldig zu machen, konnte nicht abschließend geklärt werden. Wintersberger zeigt sich freilich überzeugt, dass „im Rahmen der DBÖ … jeder gewusst hat, wofür der Burger steht". Dass der Spendenaufruf der *aufrechten Südtirolfreunde* der Finanzierung gewaltsamer Aktionen dienen sollte, hält Wintersberger „selbstverständlich (…) für wahrscheinlich" und vermutet, dass dies den DBÖ-Bünden auch bewusst gewesen sei. Die Burger-Linie sei „nicht in Frage gestellt" worden, wobei nicht jeder „im gleichen Ausmaß damit sympathisiert" und „schon gar nicht … sich jeder daran beteiligt" habe.[452] Die freiwillige Spendenaktion verläuft in jedem Fall „erfolgreich", wie Volkstumsreferent Heinz Hauffe im Folgejahr festhält. „(D)ie Namen von den Herrn Bbr. Bbr. Dr. Burger und Dr. Büchele" würden „die richtige Verwendung der eingegangenen Geldmittel gewährleisten".[453] Eineinhalb Monate später kommt es zur ‚Feuernacht'.[454]

In burschenschaftlichen Kreisen herrscht zu diesem Zeitpunkt wenig Scheu, die eigenen Verbindungen zum militanten Südtirol-‚Aktivismus' zu offenbaren: Nach Darstellung Schweinbergers verteilen Burschenschaften in allen damaligen Hochschulstädten Österreichs bereits am Morgen danach „Flugblätter (…), worin die Freiheitskämpfer ihre Taten begründeten".[455] Die behördliche Auflösung *Olympias* mahnt schließlich zu größerer Vorsicht. Anfang 1962 erklärt der Gemeinsame Hauptausschuss von DBÖ- und Altherrentag gegenüber dem ob der Vorfälle beunruhigten bundesdeutschen Dachverband, „die Mitarbeit von einzelnen Burschenschaftern bei, im Zusammenhang mit Südtirol durchgeführten Sprengstoffanschlägen" sei „ohne Kenntnis und nicht im Rahmen der einzelnen Burschenschaften erfolgt( )"[456] – eine Darstellung, die zumindest für *Olympia* und

452 Interview mit Helmut Wintersberger vom 4.1.2012.

453 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zur Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 1. Auffällig ist, dass der *Brixe* Hauffe nicht nur Büchele, sondern auch den *Olympen* Burger als „Bbr." (Bundesbruder) markiert – eine Bezeichnung, die im Allgemeinen Mitgliedern der eigenen Verbindung vorbehalten ist und möglicherweise auf Burgers Status als Verkehrsgast bei den *Brixen* verweist, eventuell aber auch auf die gemeinsame Vergangenheit Hauffes, Bücheles und Burgers in der Pennalverbindung *Grenzmark* – spätere *Alemannia* – Innsbruck (Auskunft Helmut Wintersbergers per E-Mail vom 3.4.2013).

454 Zu betonen ist an dieser Stelle, dass – sehr im Gegensatz zum Fall Burgers – die Literatur keinen Hinweis auf eine direkte Involvierung Bücheles in terroristische Aktivitäten liefert. Vielmehr tritt dieser noch 1961 aus seiner Burschenschaft aus und rund zwei Jahre später in den Jesuitenorden ein. 1969 empfängt er die Priesterweihe, 1972 übernimmt er die Leitung der *Katholischen Sozialakademie Österreichs.* Von 1978 bis 2001 wirkt er als Theologieprofessor an der Universität Innsbruck.

455 Schweinberger 2009, 119.

456 Zit. in BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 3 (Cruxia) vom 25.2.1962, 2.

Brixia kaum plausibel erscheint. Auch der ADC-/DBÖ-Multifunktionär Peter Wrabetz jun. (*Gothia* Wien) weist im DB-Organ 1962 eine pauschale Verantwortlichkeit der Burschenschaften für die „radikalen Ansichten einiger Einzelgänger" zurück[457]: nie habe „die Burschenschaft in ihrer Gesamtheit (…) Gewaltakte befürwortet, geschweige denn geplant oder den Rahmen für deren Organisierung geboten".[458] Selbst DBÖ-intern apostrophiert der Innsbrucker *Germane* Karl Alber – immerhin in seiner Funktion als Südtirolreferent des Verbandes – die Terrorakte 1963 als „bedauerliche Vorfälle der letzten Zeit, die niemandem genützt, vielen aber unermeßlichen Schaden zugefügt" hätten und die „von offensichtlich isolierten Einzelpersonen inszeniert" worden seien.[459]

Positionierungen wie diese bleiben allerdings nicht unwidersprochen. Während Alber heftige Kritik an seiner Referententätigkeit hinnehmen muss[460], ruft Wrabetz mit seiner Einstufung der Anschläge als „Fehlleistungen einer Handvoll junger Leute"[461] Widerspruch hervor. Im Namen der „im Zusammenhang mit dem Südtiroler Freiheitskampf verfolgten" *Olympen* verwahrt sich deren Bundesbruder Josef Zinkl gegen die Verharmlosung ihrer Taten als Ausdruck adoleszenten Überschwangs, zumal „das Durchschnittsalter der zur Debatte stehenden Olympen (…) bei 34 Jahren" liege. Auch der Hinweis, dass „mehrere Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg, darunter zwei Offiziere" sich unter den Terrorverdächtigen der Verbindung befänden, soll die Ernsthaftigkeit ihrer Motive unterstreichen.[462] Wrabetz reagiert mit einer Klarstellung: Freilich werde man dem „Idealismus" von Gesetzesbrechern aus „nationalen oder ethischen Motiven (…) den gebührenden Respekt nicht versagen". Allerdings sollte der „aktive Widerstandskampf" in Südtirol/Alto Adige nicht von einer „vereinsrechtlich zugelassenen" Körperschaft getragen werden, da dies den „Bestand eines Bundes oder gar unseres ganzen Verbindungswesens" gefährden könne.[463]

Einig zeigten Wrabetz und Zinkl sich somit in der über bloße Relativierung hinausgehenden Adelung des Terrors zum Widerstands- bzw. Freiheitskampf. Diese prägt bis

---

457 Wrabetz, seinen Artikel von 1962 zitierend, in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 5/1964, 104.

458 Ebd., 103.

459 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Bericht des Volkstumsreferenten für Südtirol, Anlage zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 1.

460 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 10.

461 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1–2/1964, 8.

462 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1964, 102. ‚Aktivisten' fortgeschrittenen Alters fanden sich auch außerhalb der *Olympia,* so etwa Helmut Riedl (*Silvania* Wien). Im Zweiten Weltkrieg u.a. im ‚Sonderstab' von Otto Skorzeny (selbst Burschenschafter der *Markomannia* Wien) tätig, hatte er als „Sprengmeister des BAS und Organisator der Sprengkurse für Südtiroler und Österreicher" fungiert. Wie die restlichen Angeklagten im dritten Grazer Südtirolprozess 1965 und bei dessen Wiederaufnahme in Linz 1967 blieb er unbehelligt; 1970 bis 1972 amtierte er als FPÖ-Stadtparteiobmann in Innsbruck (Dvorak 2002, Biographisches Lexikon I/5, 72; vgl. auch die *Aula* Nr. 3/1999, Akademisches Leben, 3).

463 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1964, 103.

heute die in burschenschaftlichen Kreisen in Österreich dominante Sichtweise auf die in Südtirol/Alto Adige von deutsch-völkischer Seite ausgeübte politische Gewalt. Die handelnden Personen werden dementsprechend weiterhin als „tollkühne( ) Burschen“[464] erinnert und als Vorbilder propagiert[465], wobei auch den fanatischsten Protagonisten des völkischen Eskalationskurses derlei Anerkennung nicht versagt bleibt[466]. Die positive Bewertung der Gewaltakte hat ihre Rechtfertigung zur Voraussetzung, wobei die einschlägigen Argumentationslinien so alt sind wie der Terror selbst. So wird etwa die Verantwortung für eigene Taten über die Reklamierung eines „Notwehrrecht(s)“ an die Gegenseite abgeschoben:

> Schuld an dem Blut und den Tränen, die heute im Zusammenhang mit Südtirol fließen – gleichgültig auf welcher Seite –, haben ausschließlich jene, die das Unrecht der Brennergrenze geschaffen haben und dulden. Nicht der Beraubte und Unterdrückte, der sich wehrt, ist schuld, sondern der Räuber und all jene, die den Räuber direkt oder indirekt unterstützen.[467]

Diese Sichtweise wurde von Burschenschaftern auch vor österreichischen Gerichten erfolgreich vertreten. Hartung reklamiert als burschenschaftliches bzw. waffenstudentisches Verdienst, von der Angeklagtenbank aus (so v.a. im Grazer Südtirolprozess 1965) erfolgreich einen „schuld- und strafausschließenden Notstand“ in Südtirol/Alto Adige geltend gemacht und damit „den ganzen Freiheitskampf vom Odium des kriminellen Verbrechens befreit( )“ zu haben.[468]

Die zweite zentrale Legitimationsvariante stützt sich auf die vermeintlichen Erfolge des Terrors: Nur „(u)nter dem Druck der Anschläge“ habe Italien die Neunzehner-Kommission eingesetzt. Unter Ausblendung der geschichtswissenschaftlichen Diskussionen der letzten Jahrzehnte sieht Schweinberger es gar als „unwidersprochen“ an, dass es ohne die ‚Feuernacht‘ „auch diese unzureichende Autonomieregelung (…) wohl nicht gegeben“ hätte.[469] In der wissenschaftlichen Debatte dominiert dagegen die Einschätzung, dass die Verhandlungserfolge eher dem Terror zum Trotz als seinetwegen erzielt werden konnten.[470] Ein drittes gängiges Rechtfertigungsmanöver besteht

---

464 Schweinberger 2009, 112.

465 Vgl. z.B. *Aula* Nr. 7–8/1977, 6; Dvorak 1996, 53; Albia 2005, 18; F. Stefan 2009, 11.

466 Vgl. etwa Martin Grafs Respektsbezeugung für Norbert Burger in *Format* Nr. 21/2000 (S. 50).

467 Burger in der *Deutschen Wochen-Zeitung* vom 21.7.1968. Vgl. ähnlich Aldania 1994, 184.

468 *Aula* Nr. 7–8/1977, 5.

469 Schweinberger 2009, 114 bzw. 118, ähnlich Nachtmann 1985, 325, prägnant Burger: „Ohne unsere Bomben wäre Magnagos Autonomie ein Furz im Wind“ (zit. n. Gehler 1997b, 374; Silvius Magnago war von 1961 bis 1989 Südtiroler Landeshauptmann).

470 Vgl. etwa Rathkolb 1998, v.a. 41–44; Steininger 2004, 491f. Michael Gehler zufolge hätten die Bomben es „Italien vielfach (erleichtert), auf die österreichischen und Südtiroler Forderungen nicht einzugehen

im Verweis auf die tolerante bis unterstützende Haltung Dritter. In der Tat waren die terroristischen Aktivitäten in Südtirol/Alto Adige jedenfalls anfänglich in einen erstaunlich umfassenden Konsens sowohl innerhalb der politischen und medialen Elite Österreichs als auch einer breiteren Öffentlichkeit eingebettet.[471] Dies belegen nicht zuletzt Ablauf und Ergebnisse der Südtirolprozesse in Österreich, die teilweise zu Manifestationen völkischer Verbundenheit zwischen Anklage-, Richter- und Geschworenenbank mutierten.[472] Entsprechend selbstbewusst konnte Zinkl bereits 1964 festhalten, dass, „wie die Erfahrung zeigt, sich in Österreich keine Geschworenen finden, die die Beteiligung am Südtiroler Freiheitskampf als Verbrechen werten".[473] Auch die Signale, welche die politische Elite an die Terroristen aussendete[474], waren oft eher dazu angetan, deren Motivation zu stärken als ihr Unrechtsbewusstsein.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine erhebliche, d. h. über Einzelfälle hinausreichende Zahl an Burschenschaftern aktiv und teilweise in führender Funktion in den Südtirolterror involviert war. Im Falle *Olympias* und *Brixias* nahm die Beteiligung Ausmaße an, die mit einiger Berechtigung von einer korporativen Involvierung sprechen lassen. Auf Verbandsebene konnten Angehörige der genannten Burschenschaften über Jahre die Südtirolpolitik der DBÖ prägen. Auch wenn die Quellenlage es nicht zulässt, den Burschenschaftern im Österreich der 1960er-Jahre pauschal Sympathien für einen ‚Volkstumskampf' mit allen Mitteln zu attestieren[475], so legt sie doch nahe, dass eine sympathisierende Haltung unter ihnen vorherrschend war und bis heute geblieben ist. Der Griff zu terroristischen Methoden wird in der burschenschaftlichen Publizistik, jedenfalls im Fall des Südtirolkonflikts, nach wie vor

---

und die Verhandlungen in die Länge zu ziehen", hätten sie italienisches Fehlverhalten in den Hintergrund der internationalen Wahrnehmung gedrängt, Rom den Übergang „von der Anklagebank (…) zum Ankläger" ermöglicht und die italienische Regierung in ihrer restriktiven Haltung bestärkt, um gegenüber Terroristen „nicht allzu nachgiebig" zu erscheinen (Gehler 1997b, 202 f.). Mit Klaus Mahnert stellte selbst ein FPÖ-Nationalrat und (bundesdeutscher) Burschenschafter die Sinnhaftigkeit der Anschläge in Abrede (vgl. ebd., 375).

471 Für den Bereich der Presse sind als maßgebliche Ausnahmen die linken Parteimedien *Arbeiter-Zeitung* (SPÖ) und *Volksstimme* (KPÖ) zu nennen. Insbesondere Erstere zeigte sich in ihrer Berichterstattung zum Südtirol- und sonstigem rechtsextremen Terror um 1960 allerdings wiederholt vorschnell in der Feststellung burschenschaftlicher Verwicklungen (vgl. u. a. die Ausgaben vom 23.11.1961, 2; vom 24.11.1961, 1; vom 1.12.1961, 1).

472 Vgl. die *Arbeiter-Zeitung* vom 15.10.1965, 1; Schweinberger 2009, 117; Peterlini 2011, 386.

473 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1964, 102.

474 Vgl. dazu die Ausführungen von Wrabetz ebd., 104 sowie in Ausgabe Nr. 1–2/1964, 8 der *Blätter.*

475 Selbst unter den *Olympen* scheint eine gewisse Bandbreite an Haltungen existiert zu haben. Darauf lässt der Umstand schließen, dass jene bundinterne Spendensammlung, die von den Behörden als Argument zur Auflösung der Verbindung herangezogen wurde, mit einer Ausschlussdrohung für sich der Spende enthaltende Bundesbrüder verknüpft worden war. Dies könnte bedeuten, dass tätige Solidarität mit den Südtirol-‚Aktivisten' nicht allen im Bund als selbstverständlich erschien.

eher als konsequente Verwirklichung denn als Pervertierung burschenschaftlicher Ideale dargestellt.

IV.3.4 Allgemeine Ableitungen zu ‚Volkstumspolitik' und völkischer Ideologie

Südtirol/Alto Adige stellt nur eines von mehreren Zielgebieten der ‚volkstums-' bzw. ‚grenzlandpolitischen' Betätigung der Burschenschaften in Österreich dar, wenn auch jenes, dem nach 1945 die höchste Priorität eingeräumt wurde. Burschenschaftlicher Darstellung zufolge gründet dieses Engagement in der Bejahung des Selbstbestimmungsrechts aller ‚Völker'.[476] Nicht nur in ‚deutschen' Siedlungsgebieten, sondern weltweit trete man für Autodetermination und für den Erhalt volkstümlicher Eigenheiten ein. Letzterer setze freilich eine möglichst klare Abgrenzung von Siedlungsgebieten, respektive die Hintanhaltung ethnischer ‚Vermischung' voraus.

Trotz dieses vermeintlich universalistischen Ausgangspunktes erweist sich burschenschaftliche Ethnopolitik auf konkreter Ebene als ausgesprochen inkonsistent. Was die Burschenschaften Österreichs an einem Ort schärfstens kritisierten, forderten sie an einem anderen vehement ein. Stemmten sie sich in Südtirol/Alto Adige gegen die „systematische Italienisierungspolitik" der Zentralregierung[477] und die von dieser forcierte, „den völkischen Charakter Südtirols ändernde Unterwanderung"[478], machten sie sich gleichzeitig für eine weitere Verschärfung der Germanisierungspolitik in Kärnten/Koroška stark und forderten u.a., „deutsche Heimatvertriebene aus der Krain und aus der Südsteiermark" dorthin umzusiedeln[479]. In sprachenpolitischer Hinsicht monierten sie im Südtiroler Fall, dass die offiziell geltende Zweisprachigkeit faktisch nur auf Straßenschildern, nicht jedoch im Amtsverkehr existiere. Dass gleichzeitig im südlichsten österreichischen Bundesland (gerade auch) die Ortstafeln einer staatsvertragskonformen Beschriftung harrten, wurde von Burschenschaftern über Jahrzehnte vielmehr verteidigt als problematisiert.[480] Der zweisprachige Schulunterricht galt ihnen gar als

476 Vgl. etwa die Südtirol-Entschließung des ADC von 1956, Beilage zur Niederschrift des ADC-Tages 1956 (BAK, DB 9, E. 4 [A1]).

477 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Entwurf einer Resolution betreffend Südtirol, Anlage zum Schreiben Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955 (Teil der Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955), 2.

478 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Südtirol-Entschließung des ADC von 1956, Beilage zur Niederschrift des ADC-Tages 1956.

479 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Entwurf einer Resolution betreffend Südkärnten, Anlage zum Schreiben Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955 (Teil der Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955), 1. Beide Resolutionen wurden vom ADC-Tag mit großer Mehrheit verabschiedet (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 13).

480 Vgl. zu Südtirol/Alto Adige BAK, DB 9, E. 4 [A1], Entwurf einer Resolution betreffend Südtirol, Anlage zum Schreiben Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955 (Teil der Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955), 3; für den Kärntner Fall vgl. die Ausführungen von *Arminia* Graz als DBÖ-Vorsitzende am

ein „staatsgefährliche(r)“ Missstand und als Instrument, „mit de(ss)en Hilfe deutsche und windische Kinder gegen ihren Willen von Amts wegen slavisiert und in den (…) slavischen Kulturkreis gepresst werden“ sollten.[481]

Diese Gegenüberstellung soll nicht einer Ausblendung der zahlreichen Unterschiede in den historischen Hintergründen und konkreten Konfigurationen der beiden ‚Volksgruppenkonflikte‘ das Wort reden. Vielmehr geht sie von der Feststellung aus, dass eine demokratisch-grundrechtliche Perspektive auf solche Konflikte sich gerade dadurch auszeichnete, ungeachtet aller lokalen Spezifika – eben universell – Geltung zu haben. Dass dieser Maßgabe von burschenschaftlicher Seite in den genannten Fällen nicht entsprochen wurde, erklärt sich aus dem Primat des *Deutsch*-Völkischen (und eben nicht eines universalistischen Prinzips) in der burschenschaftlichen Weltsicht. In der völkisch grundierten Wahrnehmung sozialer Realität erscheint das Recht grundsätzlich auf deutscher Seite und wird die Idee von Minderheitenrechten nur insoweit nachvollzogen, als sie sich für die ‚eigene‘ Volksgruppe ins Treffen führen lässt. Diesen instrumentellen Zugang attestiert auch Michael Gehler der burschenschaftlichen Südtirolpolitik:

> Man kämpfte gegen die staatliche Unterdrückung Italiens primär, weil sie ‚antideutsch‘, nicht aber weil sie antidemokratisch war, eine Parallele zum hilflosen ‚Antifaschismus‘ aus der Zwischenkriegszeit. Minderheitenrechte setzen aber Demokratie voraus bzw. sind von diesen [sic] kaum getrennt durchsetzbar.[482]

Die Einnahme einer völkischen statt universalistisch-demokratischen Perspektive schlug sich notwendig in doppelten Standards und einer manichäischen bis invertierten Realitätswahrnehmung nieder, in der etwa – wie schon erwähnt – die ‚deutsche‘

DB-Burschentag 1972 (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Niederschrift, 29–31) oder Widmann 1985, hier v. a. 337 f. Das als ‚Ortstafelsturm‘ bekannt gewordene völkische Pogrom vom Herbst 1972 fand in burschenschaftlichen Kreisen Reaktionen zwischen Verständnis und expliziter Zustimmung (vgl. etwa die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1973, 31, selber Bestand; *Aula* Nr. 10/1972, 8). Die *Aula* verfolgte diesbezüglich eine konsequente Linie der Rechtfertigung durch Schuldumkehr und stellte die völkischen Ausschreitungen – ganz in der Tradition antisemitischer Pogrome – als Notwehrhandlungen dar (vgl. *Aula* Nr. 10/1972, 5–9; Nr. 11/1972, 8–10; Nr. 12/1972, 10 f.). Den Höhepunkt bildete dabei der Abdruck eines Leserbriefes eines anonym bleibenden „katholischen Priesters aus Südkärnten“, dem zufolge die Staatsgrenze durch zweisprachige Ortstafeln „in höchstem Maße gefährdet“ würde. Sei die „Besetzung durch Jugoslawien“ erst einmal vollzogen, würde dies nicht weniger als den „Tod für alle deutschen Südkärntner“ bedeuten (*Aula* Nr. 11/1982, 9). Als Beleg für die Existenz moderaterer Positionen auch unter Burschenschaftern aus Österreich vgl. Müller 2005.

481 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Resolutionsentwürfe, Anlage zum Schreiben Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955, 2 bzw. 1.

482 Gehler 1997b, 202 f.

Mehrheitsbevölkerung von Kärnten/Koroška als bedrohtes Kollektiv und die deutschnationale Aggression als Notwehr erschien.[483]

Dem instrumentellen Zugang völkischer Kreise zu Minderheitenrechten entspricht ein ebenso instrumentelles Verhältnis zur als schutzbedürftig ausgemachten Volksgruppe. Die deutschsprachigen SüdtirolerInnen interessierten aus burschenschaftlicher Sicht weniger als konkrete Personen mit konkreten Interessen, etwa an Nichtdiskriminierung im Bildungswesen, im Amtsverkehr, im Zugang zu Wohnraum oder zum öffentlichen Dienst, denn als „unsere Volksgenossen südlich vom Brenner", als Träger von ‚Volkstum'.[484] Als ihre Aufgabe wurde nicht angesehen, ein nach eigenen Kriterien erfülltes Leben zu gestalten, sondern ihre kollektiven kulturellen Praktiken, ihr Denken und Fühlen und die von ihnen bewohnte Scholle möglichst unverfälscht ‚deutsch' zu erhalten. Der Kampf, den Burschenschafter in Südtirol/Alto Adige auszufechten trachteten, galt dem Ziel, dem ‚deutschen Volk' einige Tausend Quadratkilometer Boden und einige Hunderttausend Angehörige zu erhalten. Die Forderung nach erweiterten Teilhabechancen für jene wurde erhoben, weil sie als diesem Ziel zuträglich bestimmt wurde. Als bezeichnend kann die Feststellung der ADC-Vorsitzenden *Alania* von 1957 gelten, wonach für die Burschenschaften weniger die SVP als langjährige Quasi-Einheitspartei der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols als vielmehr das *Südtiroler Kulturinstitut* „als Arbeitspartner (…) von Interesse" sei. Erstere sei „eine reine Kampfpartei" (womit wohl gemeint war, dass sie rein politisch-rechtliche Ziele verfolge), während Letzteres zunehmend „für das deutsche Volkstum zu arbeiten" beginne.[485]

Dass die sozialen und ökonomischen Interessenlagen der SüdtirolerInnen für die Burschenschaften in Österreich nur insoweit von Belang waren, als sie mit deren völkischer Mission in Deckung zu bringen waren, wurde etwa am DB-Burschentag 1975 deutlich. In Reaktion auf italienische Pläne zur Errichtung einer Universität in Bozen/Bolzano und zur Einführung deutschsprachiger Vorlesungen an der Universität von Trento setzten die *Oberösterreicher Germanen* eine Entschließung durch, welche die Chance tertiärer Bildung vor Ort und in der eigenen Muttersprache für die deutschsprachige Südtiroler Bevölkerung zurückwies. Begründet wurde dies mit der Gefährdung der Rolle insbesondere der „Landsuniversität Innsbruck für die kulturelle und geistige Einheit Tirols"; auch sähen die Pläne lediglich eine Universität fragwürdiger wissenschaftlicher Güte vor, was, so die Befürchtung der *Obergermanen,* eine „geistig-kulturelle Abhängigkeit (…) von Trient" befördern könnte.[486] Ein weiterer Antrag *Olym-*

483 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A1], Entwurf einer Resolution betreffend Südkärnten, Anlage zum Schreiben Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955 (Teil der Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955), 1 bzw. Scrinzi 2003, 227.

484 PBW, Berka 1964, 17.

485 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 2.

486 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 26 f.

pias erteilte einer Hochschulgründung in der Südtiroler Hauptstadt eine „striktest(e)“ Absage, weil die Pläne keine „deutsche( ) Universität“, sondern eine zweisprachige vorsahen. Diese aber würde die Südtiroler Jugend im Land halten, anstatt durch ein Studium in Österreich oder der Bundesrepublik den Kontakt „mit dem Deutschtum“ zu pflegen, und sie durch renommierte Lehrende unter Umständen sogar zum Besuch italienischsprachiger Vorlesungen verleiten.[487]

Nach derselben Logik wurde auch auf anderen Schauplätzen burschenschaftlicher ‚Volkstumsarbeit‘ verfahren. So begründete 1962 der damalige Beauftragte des Volkstumsreferenten der DBÖ für Kärnten und die Steiermark (Gernot Pippan, *Carniola* Graz) die Sinnhaftigkeit materieller Zuwendungen an Schulen im ‚Grenzland‘ nicht etwa mit dem Ziel der Verbesserung von Bildungs- und Lebenschancen der begünstigten Schulkinder, sondern damit, dass diese sich dereinst „der alljährlichen Unterstützung erinnern und diese auch zu würdigen wissen“ würden. „Die Wahrscheinlichkeit, dass z.B. Kinder slowenisch-freundliche [sic] Eltern sich dann zum deutschen Volkstum bekennen, ist meiner Meinung nach verhältnismäßig groß.“[488] Als wiederum ein bundesdeutscher Burschenschafter in einer Rede im Rahmen eines DB-Kommerses 1990 argumentierte, dass es für „die Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Grenze“ wichtiger sei, unter einer „freiheitliche(n) Ordnung und in wirtschaftlich guten Verhältnissen“ zu leben als irgendwelche Grenzrevisionen zu erwirken, handelte er sich scharfe Kritik von österreichischer Seite ein: Die „Absicht der Abtretung deutschen Staatsgebietes“ bedeute „Verrat an der (…) burschenschaftlichen Revolution der Beharrlichkeit“, so Hanns Göttl von den Grazer *Allemannen*.[489]

Neben der Indifferenz völkischer Kreise gegenüber den realen Interessenlagen der Menschen in den betroffenen Gebieten und ihrem Desinteresse an einer friedlichen Koexistenz der Volksgruppen dortselbst verdeutlichen diese Beispiele auch, in welch paternalistischer Weise die Burschenschaften Österreichs den „unter italienischem Joch schmachtenden Volksgenossen“[490] und sonstigen Objekten ihrer Solidarisierung gegenübertraten. Die burschenschaftliche Selbstwahrnehmung als geistige und Wertelite des ‚deutschen Volkes‘ ging offenbar mit der Überzeugung einher, besser als die tatsächlich Betroffenen vor Ort zu wissen, unter welchen Missständen diese litten und wie diesen Missständen beizukommen sei. So erachtete der Südtirolreferent der DBÖ 1963/1964, Wolfdieter Stühlinger *(Suevia)*, es als vordringlich, „den Südtirolern selbst ihr Problem augenscheinlich näherzubringen“, da „ein Teil der deutschen Bevölkerung über die Auswirkungen der Italianisierung gar nicht Bescheid weiß“. Um die SüdtirolerInnen über

487 Ebd., 27.

488 BAK, DB 9, E. 4 [A3], Anlage 1/4 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1962, 4.

489 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1991, 93.

490 Die Formulierung entstammt einem Antrag von *Brixia, Teutonia* Wien und *Frankonia* Graz von 1958 (BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 1 zur Niederschrift des ord. ADC-Tages 1958, 5).

ihre eigenen Probleme in Kenntnis zu setzen, sollte die DBÖ nach Stühlingers Vorstellung zweimal jährlich ein Informationsblatt an Südtiroler Haushalte übermitteln.[491]

Wie dieses Ansinnen unterstreicht, war jedenfalls manchen Burschenschaftern durchaus bewusst, dass ihre eigene Wahrnehmung der Situation in Südtirol/Alto Adige sich nur bedingt mit jener der lokalen deutschsprachigen Bevölkerung deckte, unter der katholisch-großtirolische gegenüber großdeutschen Vorstellungen vorherrschend und ‚binationale' Ehen bereits in den 1960er-Jahren nicht selten waren. Die burschenschaftliche, ethnisierende Lesart des Südtirolkonflikts bedurfte vor diesem Hintergrund besonderer Bewerbung.[492] Schon im 19. Jahrhundert waren das geringe ‚Volkstumsbewusstsein' und Interesse am ‚Volkstumskampf' seitens der Bevölkerung in vermeintlich bedrohten Gebieten ein steter Quell von Frust für völkische Aktivisten gewesen.[493] Allerdings schien die südlich des Brenners in den 1950er-Jahren herrschende strukturelle Diskriminierung völkischer Agitation einen fruchtbaren Boden zu bereiten, wie der *Alane* Karl Claus 1957 ausführte: „Die ganze Südtiroler Atmosphäre ist in volkstumsmäßiger Hinsicht (…) derart aufgeschlossen und bietet gerade für uns derartige Arbeitsmöglichkeiten, daß es mit einigem Geschick und Diplomatie und mit entsprechendem Auftreten leicht gelingen müßte, große Erfolge und Sympathie zu erringen." Mehr noch: das erwähnte geschickte Agieren vor Ort vorausgesetzt, seien burschenschaftliche „Erfolge" hier so sicher „wie nirgend anderswo".[494] Der Gefahr, dass die Burschenschaften von Südtiroler Seite der Verfolgung eigennütziger Motive verdächtigt werden könnten, war jedenfalls Claus sich durchaus bewusst: „Wir müssen vor allem zeigen, daß unser Interesse an Südtirol kein zweckbedingtes ist, sondern daß es uns ein Herzensbedürfnis ist", lautete seine Losung für die Meraner Hochschulwochen 1957.[495] In der Tat nahmen die Burschenschafter selbst ihren Zugang zur Südtirolfrage wohl weder als instrumentell noch als paternalistisch wahr: Dass ihre eigenen Interessen, die man als Gesamtinteressen des ‚deutschen Volkes' verstand, sich von jenen der

491 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage VI zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 2 f.

492 Bisweilen mischte der Paternalismus sich dabei mit Exotismus, Folge der idealisierenden Verklärung der SüdtirolerInnen als Märtyrerinnen und Frontkämpfer des Deutschtums in feindseliger Umgebung. Als Beispiel hierfür sei eine Formulierung aus einem Antrag *Alanias* von 1964 angeführt, wonach Burschenschafter im Rahmen der Meraner Hochschulwochen die „Aufgabe" hätten, „mit der eingeborenen Bevölkerung Beziehungen anzuknüpfen". Bei entsprechendem Bemühen werde man feststellen, „wie gerne es die Südtiroler haben, Kontakte mit den Südtiroler Studenten [als welche camoufliert man offenbar aufzutreten gedachte, Anm. B.W.] aufzunehmen, mit ihnen die verschiedenen Probleme ihrer Heimat zu diskutieren" (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1964, 4 f.).

493 Anschaulich dokumentiert wird dies durch Schmid 2009.

494 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 2 bzw. 3. Jenseits von gepflegten Umgangsformen setzte man auch auf die Überzeugungskraft handfesterer Argumente: Eine finanzielle Unterstützung der *Südtiroler Hochschülerschaft* würde, so die Alanen, „gerade in den maßgeblichen Südtiroler Kreisen ungemein wirken und beste Propaganda machen" (ebd., 3).

495 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 3 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 2.

deutschsprachigen Südtiroler Bevölkerung unterscheiden und dass eigene missionarische Erfolge nicht notwendig zugleich als Erfolge ‚für Südtirol' zu werten sein könnten, stand in völkischer Perspektive außerhalb jeder Logik. Auf individueller Ebene war ‚Südtirol' durch persönliche Erfahrungen vor Ort – ob bei Ernteeinsätzen, ‚Grenzlandfahrten' oder Terroranschlägen – ohnehin für viele zu weit mehr als einer Front unter anderen im ‚Volkstumskampf' geworden.

Wie stark das Primat des Völkischen das politische Denken und Handeln der Burschenschaften in Österreich nach 1945 prägte, zeigt sich auch daran, dass es, wo nötig, selbst ansonsten starke Identifikationen mit dem Hitler-Regime partiell auszuhebeln imstande war. Der Einsatz für die ‚Deutscherhaltung' von Südtirol/Alto Adige – zum Teil Seite an Seite mit ehemaligen Widerstandskämpfern[496] – war mit einer Verehrung jenes Regimes, das 1939 per Hitler-Mussolini-Abkommen die italienischen Ansprüche auf das Gebiet anerkannt hatte, nur prekär in Einklang zu bringen. Burger versuchte für sich den Widerspruch zu versöhnen, indem er Mutmaßungen über nationalsozialistische Pläne zur Rückangliederung der Region nach Kriegsende anstellte und angab, Hitler habe im Februar 1945 „seinen Pakt mit Italien und die Anerkennung der Brennergrenze als den größten politischen Fehler seiner ganzen Regierungszeit" erkannt.[497] Das Engagement von Burschenschaftern bzw. von (korporierten wie nichtkorporierten) Rechtsextremen in der Südtirolfrage lässt sich vor diesem Hintergrund nur bedingt unter dem Gesichtspunkt des (Neo-)Nazismus erfassen. Die ideologische Basis der von ihnen ausgeübten Terrorakte bestand in völkischem Nationalismus plus Gewaltakzeptanz bei der Durchsetzung der von diesem diktierten politischen Ziele.

496 Vgl. Peterlini 2011, 70.

497 Vgl. Burger 1959, 133 f. bzw. die *Deutsche Wochen-Zeitung* vom 21.7.1968.

V. BURSCHENSCHAFTEN UND POLITISCHE PARTEIEN

„Die Milchmädchenrechnung, daß eine Politisierung der Burschenschaft zwangsläufig zu deren Abgleiten in parteipolitische Dimensionen führen müsse, ging erwiesenermaßen nicht auf." So lautete 1973 das Zwischenresümee Norbert Gugerbauers über den unter seiner Ägide eingeschlagenen Kurs der *Oberösterreicher Germanen.*[1] Tatsächlich hat sich weder seine Burschenschaft noch ein anderer Bund seit Auflösung der NSDAP korporativ, d.h. geschlossen in den Dienst einer Partei gestellt. Dass aber zentrale Akteure der im Zitat angesprochenen, nicht nur auf die *Oberösterreicher* beschränkten burschenschaftlichen Politisierung um 1970 keine zwanzig Jahre später in ein und derselben Partei u.a. als Bundesobmann (Jörg Haider, *Silvania/Südmark* Wien), Wiener Landesobmann (Rainer Pawkowicz, *Aldania*) oder Generalsekretär (Gugerbauer) amtierten, ist schwerlich als Zufall abzutun.[2] Wenn Burschenschafter nach 1956 ihre politischen Ambitionen in parteiförmiger Weise zu verwirklichen suchten, so führte dieser Weg sie zu annähernd 100 Prozent in die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) oder in den außerparlamentarischen Rechtsextremismus (und in nicht wenigen Fällen auch in beide). Umgekehrt wies die FPÖ gerade in gehobenen Positionen zeit ihrer Existenz einen beträchtlichen Anteil an völkischen Korporierten auf. Anfang 2014 war etwa mehr als die Hälfte der Mitglieder des Bundesparteivorstandes (20 von 38) korporiert.[3]

Im vorliegenden Kapitel V soll das Verhältnis der Burschenschaften in Österreich zu politischen Parteien in der Zweiten Republik behandelt werden. Im Zentrum steht dabei aufgrund ihres noch näher auszuführenden, herausragenden Stellenwerts die FPÖ (einschließlich ihres Vorläufers, des *Verbands der Unabhängigen*/VdU). Liberale Parteien wie das *Liberale Forum* (LiF) finden dagegen kaum Behandlung. Obwohl sie nach Adam Wandruszka ebenso dem ‚Dritten Lager' zuzuordnen wären wie die FPÖ[4], waren Burschenschafter in ihnen nach 1945 nur vereinzelt engagiert und konnten dabei kaum politische Relevanz erlangen. Dass, wie u.a. in Kapitel III.8 argumentiert wurde,

---

1 Zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 34.

2 Vgl. ebd., 21 zur zentralen Rolle Haiders und Gugerbauers bei der Gründung der Wiener *Örtlichen Burschenschaft* 1970, welche dem Chronisten der *Oberösterreicher Germanen* zufolge eine zuvor nicht gekannte „burschenschaftlich-politische Aktivität" entfaltete.

3 Eigene Zählung auf Basis der Mitgliederliste in APA-OTS 0121 vom 7.1.2014.

4 Vgl. zu Wandruszkas Lagertheorie dessen grundlegenden Text von 1954. Das Exemplar in der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien trägt – mit Blick auf die Ausführungen in der folgenden Fußnote bezeichnenderweise – eine handschriftliche Widmung Wandruszkas an Walter Riehl „in aufrichtiger Verehrung". Riehl war zwischen 1919 und 1923 Obmann der *Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei* (DNSAP) in Österreich gewesen.

der ideologisch dominante Strang des Burschenschaftswesens der Zweiten Republik geradezu als antiliberal zu charakterisieren ist, unterstreicht die analytische Fragwürdigkeit und politische Überdeterminiertheit von Wandruszkas Ansatz und begründet meine Reserviertheit gegenüber dem Begriff des ‚Dritten Lagers'.[5]

Stärker als in den bisherigen Kapiteln nehme ich das völkische Verbindungswesen in diesem in seiner Gesamtheit, d.h. über den Korporationstyp der akademischen Burschenschaft hinaus in den Blick, weil dadurch ein datengesättigteres und nuancenreicheres Bild gezeichnet werden kann.[6] In einem ersten Teil gehe ich der populären These von den völkischen Korporationen als ‚Kaderschmieden' anhand einer statistischen Auswertung zur Präsenz von Verbindungsstudenten in gehobenen Funktionen in der (bzw. für die) FPÖ und ihrem Vorläufer *Verband der Unabhängigen* (VdU) nach. Damit sollen erste Aufschlüsse sowohl über die Bedeutung des Verbindungswesens für diese Parteien (und vice versa) als auch über die Entwicklung seiner Beziehungen zu diesen über die Zeit gewonnen werden. Im Anschluss an eine kurze Erörterung der den hierbei sich ergebenden Befunden widersprechenden Selbstdarstellung des völkischen Korporationswesens als überparteilich soll die Parteigeschichte der FPÖ unter dem Aspekt verbindungsstudentischer Beteiligung und Einflussnahme gerafft nachgezeichnet werden. Besonderes Augenmerk wird dabei der Rolle der völkischen Verbindungen und ihrer Exponenten in innerparteilichen Flügelkämpfen (‚national vs. liberal') und damit verbundenen Personalfragen, in der Programmentwicklung der FPÖ und in ausgewählten Politikbereichen zuteil, ebenso wie der Frage nach dem verbindungsstudentischen Einfluss auf die Orientierung der FPÖ gegenüber den beiden ‚Großparteien' SPÖ und ÖVP.

---

5 KritikerInnen wie Fritzl/Uitz (1975, 325–330) oder Lehnert (1995, v.a. 435–441) haben u.a. hinterfragt, dass der Autor KommunistInnen und SozialdemokratInnen in einem Block zusammenfasst, ihnen aber trotz realer historischer Allianzbildungen keinen ebenso einheitlichen bürgerlichen Block gegenüberstellt, sondern Christlich-Konservative von ‚Nationalen' trennt. Auch die auf bloß negativer Grundlage (der gemeinsamen GegnerInnenschaft zu Sozialismus und Klerikalismus) aufruhende Zusammenfassung von Liberalen und ‚Nationalen' bis hin zum äußersten (und klar antiliberalen) rechten Rand ist zu Recht kritisiert worden. Plausiblerweise wurden dahinter – vor dem Hintergrund von Wandruszkas Vergangenheit als illegaler Nationalsozialist – spezifische politische Interessen geortet: Die Lagertheorie diene der Legitimierung der ‚Nationalen' über 1945 hinaus durch Kooptierung des von ihnen historisch teilweise bekämpften Liberalismus und durch ihre Darstellung als Teil einer gottgewollten Ordnung, die vom Nationalsozialismus unterbrochen und somit in der Zweiten Republik legitimerweise wiederhergestellt worden sei. Die ideengeschichtlichen (und oft auch personellen) Kontinuitäten zwischen Vorkriegs-‚Völkischen', NationalsozialistInnen und Nachkriegs-‚Nationalen' müssen in dieser Argumentation weitgehend ausgeblendet bleiben.

6 Zudem entspricht diese Herangehensweise der Wahrnehmung jedenfalls nichtkorporierter Freiheitlicher vom völkischen Verbindungswesen *insgesamt* als politischer Faktor in der und für die (jeweilige) Partei. Dies ergaben etwa das Interview mit Christian Allesch vom 13.11.2009 und in besonders eindrücklicher Weise der Text des langjährigen FPÖ-Bundesobmannes Friedrich Peter 1998. Für den VdU vgl. etwa die Autobiographie des Parteigründers Herbert Kraus, der zwar von „Burschenschaften" spricht, damit aber offenkundig das gesamte deutschnationale Korporationswesen meint (Kraus 1988, 274; vgl. auch ebd., 205, 269 und 278).

Eine Auseinandersetzung mit solchen Aspekten scheint nötig, um über die Feststellung bloßer Präsenz von Korporierten in der *Freiheitlichen Partei* hinaus auch ihren realen innerparteilichen Einfluss in quantitativer und qualitativer Hinsicht beurteilen zu können. Sie sollte nicht nur das ideologische Profil der völkischen Korporationen in seiner ganzen Bandbreite zutage treten lassen, sondern auch deutlich machen, dass die parteipolitische bzw. auf Parteipolitik bezogene Aktivität der Verbindungsmitglieder (und der Burschenschafter im Besonderen) Relevanz für die österreichische Innenpolitik und die Entwicklung des politischen Systems der Zweiten Republik insgesamt aufwies und -weist. Aufbauend auf diesen eher deskriptiven Abschnitten erörtere ich abschließend die Wahrnehmung der FPÖ im völkischen Verbindungswesen und umgekehrt, wobei im Mittelpunkt die Funktionen stehen sollen, welche die beide Seiten füreinander erfüll(t)en. Dabei wird auch auf die Verschiebungen eingegangen, die sich in der Bedeutung und in der (Fähigkeit zur) Wahrnehmung dieser Funktionen im Lauf der Jahrzehnte ergaben. Aufgrund der äußerst zurückhaltenden Thematisierung parteiinterner Abläufe bzw. der FPÖ überhaupt in verbindungsstudentischen Quellen (mit Ausnahme der *Aula*) stützt das vorliegende Kapitel sich in Sachen Material v.a. auf Interviews, autobiographische Literatur und Darstellungen der Parteigeschichte durch Protagonisten derselben.[7] In Summe soll eine fundierte Einschätzung der Bedeutung möglich werden, die Parteien – und insbesondere der FPÖ – für die politische Relevanz der Burschenschaften in Österreich beizumessen ist. Zudem sollte die Auseinandersetzung mit burschenschaftlichen Impulsen für die Parteientwicklung auch weitere Aufschlüsse über das politisch-ideologische Profil der Burschenschaften ermöglichen, wie es in den beiden vorangegangenen Kapiteln III und IV gezeichnet wurde.

Vorausschickend erscheint mir wichtig zu betonen, dass die Trennung von Burschenschaften und FPÖ, wie sie der Rede vom Verhältnis der beiden und ihren Funktionen füreinander zugrunde liegt, aufgrund der engen Verflechtung beider als v.a. in analytischer Hinsicht getroffene anzusehen ist. Burschenschaften verhalten sich nicht bloß zur FPÖ, sondern sind über eine Vielzahl personeller und programmatischer Überschneidungen[8]

7 Weder Autobiographien noch organisationsgeschichtliche Darstellungen messen dem Aspekt der Korporationszugehörigkeit darin auftretender Akteure querschnitthaft Bedeutung bei. Bereits eine simple Re-Lektüre dieser Darstellungen unter dem Gesichtspunkt der Rolle von Korporierten kann sich daher als durchaus fruchtbar erweisen.

8 Als ebenso spektakuläres wie rezentes Beispiel sei die Linzer *Arminia Czernowitz* angeführt. Ein antifaschistischer Blog identifizierte 2013 auf dem zu diesem Zeitpunkt auf der Startseite der Bund-Website abgebildeten Gruppenfoto unter 24 *Arminen* neun aktuelle Parteifunktionäre, drei weitere auf freiheitlichen Wahllisten aufscheinende Personen und ein weiteres Parteimitglied. Die Ämter der erstgenannten Gruppe waren großteils auf kommunaler und/oder Bezirksebene angesiedelt, was unterstreicht, dass die dieses Kapitel prägende Auseinandersetzung mit Burschenschaftern in bundespolitischen Spitzenpositionen nur einen Teil der burschenschaftlichen Durchdringung der Partei widerspiegelt (vgl. http://bawekoll.wordpress.com/2013/04/10/die-fpo-czernowitz, Artikel vom 10.4.2013).

in gewissem Sinne Teil von ihr (ohne freilich in dieser Zugehörigkeit aufzugehen); *Burschenschafter-in-der-Politik* (vgl. Kapitel III.2.4) agieren als völkische Korporierte und als Repräsentanten der Partei in einem. Zudem weisen Burschenschaften und sämtliche aktuellen wie historischen Rechtsparteien in Österreich gemeinsame ideengeschichtliche Wurzeln auf, sind – noch vor jeder personellen Überschneidung – auf dem gemeinsamen Boden rechtskonservativer bis rechtsextremer Ideologie verankert. Wo die Positionen von FPÖ und burschenschaftlichem Mainstream sich decken, muss dies somit nicht zwangsläufig auf burschenschaftlichen Einfluss in der bzw. auf die Partei verweisen. Auf die individuelle Ebene heruntergebrochen, vertreten nichtkorporierte MandatarInnen und ParteifunktionärInnen in vielen Bereichen dieselben Positionen wie ihre burschenschaftlichen Kollegen, da kein verbindungsstudentisches Monopol auf die Vermittlung der entsprechenden Inhalte und Einstellungen besteht. Zwei Fragen ergeben sich aus diesem Problemaufriss: Zum Ersten, wie der Einfluss der Zugehörigkeit zur (und Sozialisation in der) Burschenschaft auf das Handeln von *Burschenschaftern-in-der-Politik* bestimmt werden kann; zum Zweiten, wie burschenschaftlicher Einfluss auf die FPÖ sich als solcher identifizieren lässt.

Im Hinblick auf erstgenannte Frage ist zunächst einmal mehr zu betonen, dass die burschenschaftliche Sozialisation in individuell unterschiedlichem Ausmaß als Einflussfaktor zu veranschlagen sein wird (vgl. Kapitel III.2). Dennoch scheint es sinnvoll davon auszugehen, dass die politisch-ideologische wie auch habituelle und wertbezogene Prägung durch die Burschenschaft und der Einfluss der über die Verbindung gestifteten persönlichen Kontakte und Loyalitäten das Handeln parteipolitisch aktiver Burschenschafter in mehr oder weniger starkem Ausmaß prägen (vgl. Kapitel III.2.4 zum Typus des *Burschenschafter-Politikers*). Über den Vergleich des (partei-)politischen Verhaltens verschiedener Burschenschafter wird sich das Spektrum dessen kartieren lassen, was diese für mit ihrer Korporationszugehörigkeit ideologisch vereinbar hielten. Die Breite dieses Spektrums unterstreicht sowohl die Bedeutung der individuellen Verarbeitung burschenschaftlicher Erziehungsimpulse als auch die Relevanz sonstiger Sozialisationsinstanzen. Familiäre, schulische und mediale Einflüsse werden die burschenschaftliche Prägung teils konterkarieren, teils verstärken. In vielen Fällen besorgen im engeren Sinn politische Sozialisierungsmilieus (Turnverein, Mittelschulverbindung) eine ideologische Grundierung, die bereits in Richtung sowohl eines späteren Eintritts in eine akademische Burschenschaft als auch in die dieser am nächsten stehende Partei weist. Manche der so vorgeprägten Individuen werden mehr oder weniger bewusst entscheiden, diesen Weg nicht zu beschreiten. Für die Übrigen wird die Burschenschaft die bereits vorhandene völkische Grundierung zumeist verstärken. In wieder anderen Fällen wird der Eintritt in die Verbindung einer anderweitigen (z.B. familiären) Vorprägung zum Trotz erfolgen oder wird überhaupt erst in der Verbindung eine einigermaßen konsistente Weltanschauung erworben.

Neben dem Vergleich der Positionierungen verschiedener *Burschenschafter-in-der-Politik* lassen sich zur Erhellung der Relevanz burschenschaftlicher Sozialisation jene Indikatoren heranziehen, die in Kapitel I.2 zur Klärung der Frage formuliert wurden, wie vom Handeln einzelner Burschenschafter auf Eigenschaften der Burschenschaften insgesamt geschlossen werden kann. Über die Einzelfallanalyse von Motivstrukturen hinaus wurden dabei generische Kausalität, Exklusivität und relative Häufung genannt. Auch die Feststellung absoluter Häufungen bestimmter Verhaltensweisen durch Burschenschafter in politischen Funktionen kann wertvolle Aufschlüsse liefern.

Von zentraler Bedeutung für die Beantwortung beider zuvor formulierter Fragen ist weiters der Abgleich des Verhaltens von Politikern mit burschenschaftlichem bzw. völkisch-verbindungsstudentischem Hintergrund mit jenem nichtkorporierter ParteikollegInnen.[9] Insbesondere was die Einschätzung des burschenschaftlichen Einflusses auf den Charakter, die Programmatik und die Gesamtentwicklung der FPÖ betrifft, kann letztlich nur die Analyse konkreter Auseinandersetzungen, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse – wie sie in den Abschnitten V.3 bis V.5 vorgenommen wird – verlässliche Aufschlüsse liefern. Über Unterschiede in individuellen Verhaltensweisen hinaus können dabei eventuell auch Rollenverteilungen zwischen bestimmten maßgeblichen Rekrutierungsbecken bzw. Einflussgruppen innerhalb der Partei[10] festgestellt werden. Die Austarierungsprozesse zwischen diesen Gruppen, in denen die Parteilinie geformt und in Teilen beständig neu verhandelt wird, vollziehen sich aufgrund des gemeinsamen ideologischen Kerns freilich in vielerlei Hinsicht als solche wechselseitiger Bekräftigung. Der Umstand, dass Burschenschafter und nicht-burschenschaftliche FPÖ-PolitikerInnen über den Untersuchungszeitraum in völkischen Kernfragen oft idente Positionen vertraten, belegt freilich keineswegs die Irrelevanz burschenschaftlicher Sozialisation für die Positionierung von *Burschenschaftern-in-der-Politik*. Vielmehr unterstreicht er, dass die Burschenschaften in der Heranbildung des völkischen Nachwuchses und der Bewahrung völkischer Ideologie niemals eine Monopolstellung innehatten. Der Beantwortbarkeit der Frage, inwieweit bestimmte programmatische Entwicklungen der FPÖ gerade auf burschenschaftlichen Einfluss zurückzuführen sind, sind auch angesichts dessen gewisse unhintergehbare Begrenzungen auferlegt. Analoges

9 Als Anregung zur methodischen Umsetzung dieses Abgleichs in zukünftigen Arbeiten sei auf die Arbeiten Hanna Bäck und Marc Debus verwiesen, die Parlamentsreden aus Deutschland und Österreich einer computerbasierten Inhaltsanalyse unterzogen und mit multivariaten Analyseverfahren Einflussfaktoren auf die innerparteiliche Bandbreite an Positionen in ausgewählten Politikbereichen zu identifizieren suchten (vgl. Bäck/Debus 2009 und 2010).

10 Für die FPÖ wären hier neben Partei(vorfeld)organisationen wie dem *Ring Freiheitlicher Jugend* (RFJ) oder dem *Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender* (RFW) eben die völkischen Verbindungen und sonstige Teile des deutschnationalen Vereinswesens (*Österreichischer Turnerbund*/ÖTB, *Kärntner Abwehrkämpferbund*/KAB usw.) zu nennen.

gilt mit Blick auf den Umstand, dass Burschenschafter nicht nur völkisch-verbindungsstudentische Einflüsse in die Partei tragen, sondern umgekehrt auch ein Transfer von inhaltlichen und politstrategischen Impulsen aus der Partei in die Verbindungen stattfindet. Die Richtung solcher Transfers ist umso schwieriger zu bestimmen, je stärker Partei und Korporationen einander in Inhalt und politischem Stil gleichen.

V.1 Völkische Korporationen als freiheitliche Kaderschmieden: eine statistische Annäherung

Dass das völkische Verbindungswesen als ein wichtiges, wenn nicht als zentrales Nachwuchsreservoir für gehobene Positionen in den Parteien des ‚Dritten Lagers' (auch) in der Zweiten Republik anzusehen sei, kann in Österreich als Teil des politischen Alltagswissens gelten. Nichtsdestotrotz ist eine einigermaßen umfassende statistische Untermauerung dieser Behauptung bislang ausständig.[11] Eine dahin gehende Klärung scheint wünschenswert, um der Erörterung des Stellenwerts von Burschenschaftern und anderen völkischen Korporierten innerhalb der FPÖ ein solides Fundament zu verschaffen. Dabei sei gleich eingangs betont, dass verbindungsstudentische Präsenz alleine noch keine spezifisch verbindungsstudentische Prägung verbürgt, sondern eine solche – wie schon erwähnt – in weiterer Folge über die komplementäre Analyse konkreter innerparteilicher Abläufe ermittelt werden soll. Die folgende Auswertung bezieht öffentliche Ämter ebenso wie Parteifunktionen und bundes- ebenso wie landespolitische Positionen ein und erstreckt sich von 1949 (dem Jahr der Gründung des FPÖ-Vorläufers VdU) bis in die jüngste Vergangenheit. Als Stichtag wurde der 1. Juli 2014 herangezogen. Berücksichtigt werden auf Bundesebene die Nationalratsklubs, Bundesregierungen mit freiheitlicher Beteiligung sowie Bundesparteiobleute, -geschäftsführer und GeneralsekretärInnen. Auf Landesebene werden Landesparteiobleute sowie (gemäß der regionalen Schwerpunktsetzung der Arbeit) für Wien auch die Landtags- bzw. Gemeinderatsfraktionen in den Blick genommen.

11 Stimmer macht inhaltlich nur teilweise nachvollziehbare und methodisch untererläuterte Angaben zu den FPÖ-Nationalratsklubs (Fraktionen) einzelner Legislaturperioden (vgl. Stimmer 1997, Band II, 1068 und 1039). Lunznig (2009, 42) liefert vollständige und zumindest annähernd akkurate Daten für die Klubs von 1970 bis 2008 in Diagrammform, ohne allerdings genaue Werte auszuweisen oder seine Erhebungskriterien zu explizieren. Ecker-Erler gibt Zahlen zur Rekrutierung der Nationalrats- und Bundesratsklubs sowie der Bundesparteivorstände von 1956 bis 1990 an, kann aber aufgrund ihrer Methode (Fragebögen) keine Gesamterhebung vorlegen und verzichtet gleichzeitig auf die Angabe von Signifikanzwerten. Weiters nimmt sie keine isolierte Auswertung für den Nationalrat und für einzelne Legislaturperioden vor. 42 Prozent der erfolgreich befragten Bundes-, Nationalrats- und Bundesparteivorstandsmitglieder gaben an, Mitglieder in einer Studentenverbindung (gewesen) zu sein; einen höheren Anteil wies nur die *Hitler-Jugend* mit 54 Prozent auf (Ecker-Erler 1991, 99; vgl. ebd., 97–99 sowie 37–39 zur Erhebungsmethode).

Hinsichtlich der Datenbasis kann aufgrund des Fehlens öffentlich zugänglicher Mitgliederlisten sowie aufgrund mangelnder Deklarationsbereitschaft mancher Korporierter kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Wie schon einleitend angemerkt, entstammen die Angaben zur Korporationszugehörigkeit zum weit überwiegenden Teil verbindungsstudentischen Quellen. In den übrigen Fällen wurden die Angaben sorgfältig auf ihre Plausibilität überprüft, mit weiteren Sekundärquellen abgeglichen und in Einzelfällen auch durch direkte Nachfrage bei der entsprechenden Person verifiziert. Dass einzelne Verbindungsaustritte oder -ausschlüsse unberücksichtigt blieben, kann, wie schon erwähnt, nicht ausgeschlossen werden – dürfte aber durch die ebenso mögliche Nicht-Berücksichtigung manch diskret gehandhabter Mitgliedschaft zumindest ausgeglichen werden. Weiters ist darauf hinzuweisen, dass die Berechnungen oft auf Grundlage sehr überschaubarer Referenzgruppen (wie etwa im Fall der freiheitlichen Regierungsmitglieder) bzw. Kohorten (wie im Fall der freiheitlichen Parlamentsklubs bis in die 1980er-Jahre) erfolgen mussten. Vor diesem Hintergrund können Zufall, persönliche Faktoren wie Freundschaften und Krankheitsfälle sowie sonstige vorpolitische Kontextbedingungen – also genau jene Momente, die durch statistische Aggregierung weitestmöglich neutralisiert werden sollen – beträchtliche Wirksamkeit entfalten und sind die entsprechenden Ergebnisse hinsichtlich ihrer Aussagekraft mit einiger Vorsicht zu bewerten. Die Zusammenschau der Ergebnisse für die einzelnen untersuchten Teilbereiche sollte gleichwohl solide fundierte Aussagen über strukturelle Eigenheiten freiheitlicher Rekrutierung ermöglichen.

V.1.1 Die Bundesebene

Freiheitliche Nationalratsabgeordnete (gesamt)[12]

Die beiden Nationalratsklubs des VdU umfassten insgesamt 23 Personen – ausschließlich Männer, davon rund die Hälfte (12 Personen) Akademiker. Vier gehörten einer

12 Sämtliche Auswertungen zu den freiheitlichen Nationalratsklubs haben die Angaben der offiziellen Parlamentswebsite www.parlament.gv.at zur Grundlage. Unklarheiten wurden unter Rückgriff auf Sekundärliteratur (zu nennen sind hier v.a. die vielbändige Partei-Chronologie von Kurt Piringer 1993 ff. und Grillmayer 2006) beseitigt. Berücksichtigung fanden alle MandatarInnen, die über eine Liste der VdU-Wahlpartei WdU *(Wahlverband der Unabhängigen)* oder der FPÖ in den Nationalrat eingezogen oder auf ein bestehendes Mandat nachgerückt waren. Dies schließt jene Abgeordneten ein, die 1993 den freiheitlichen Klub in Richtung *Liberales Forum* (LiF) oder 2005 in Richtung *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) verließen. Ausgeklammert blieben dagegen die drei 2008 über BZÖ-Listen gewählten und 2010 in die FPÖ übergewechselten Kärntner Mandatare, während Reinhard Firlinger (wechselte während der XX. Legislaturperiode vom liberalen in den freiheitlichen Klub) nur für seine zweite, über einen FPÖ-Listenplatz erlangte Amtszeit in die Berechnungen Eingang fand. Für die einzelnen MandatarInnen wurden nur jene Legislaturperioden berücksichtigt, während derer die Betreffenden zumindest zeitweise

völkischen Verbindung an, darunter ein einziger akademischer Burschenschafter (Fritz Stüber, *Vandalia* bzw. später *Gothia* Wien). Demgegenüber basieren die Berechnungen für die FPÖ dank der längeren Parteigeschichte und zumindest phasenweise größeren Wahlerfolge auf einer deutlich umfangreicheren Referenzgruppe von 204 Nationalratsabgeordneten, die aufgrund der Erfolgskurve der Partei allerdings zum deutlich überwiegenden Teil in der zweiten Hälfte der bisherigen Parteigeschichte amtierten.[13] Von diesen 204 waren 83,8 Prozent männlich und 44,1 Prozent AkademikerInnen, wobei akademische Abschlüsse unter den weiblichen Abgeordneten weiter verbreitet waren (51,5 % gegenüber 42,7 % bei den Männern). Die – wie noch gezeigt werden wird: überdurchschnittliche – Männerdominiertheit und akademische Prägung der freiheitlichen Nationalratsfraktion tritt noch deutlicher hervor, wenn nur MandatarInnen erfasst werden, die zum Stichtag zumindest eine bzw. zumindest zwei volle Legislaturperiode(n) absolviert hatten, wobei auch durch vorgezogene Wahlen verkürzte Perioden gewertet wurden. So lassen sich Verzerrungseffekte durch kurzzeitig, bisweilen nur für wenige Tage oder Wochen als PlatzhalterInnen oder in einer Übergangsphase von oder zu ‚höheren' Aufgaben amtierende Abgeordnete reduzieren.[14] Die so ermittelten Vergleichsgruppen umfassen nur noch 147 (mindestens eine Legislaturperiode) bzw. 68

dem freiheitlichen Klub angehörten. Wo Angaben explizit nur auf die FPÖ bezogen werden, blieben etwaige parlamentarische Aktivitäten für den VdU unberücksichtigt. Die Eingabe der Daten wurde – für den Nationalrat wie auch für alle folgenden statistischen Erhebungen – nach folgenden Richtlinien vorgenommen: Als AkademikerInnen wurden ausschließlich Personen mit abgeschlossenem Diplom- und/oder Doktoratsstudium gewertet, womit etwa AbsolventInnen Höherer Lehranstalten (‚Ing.') oder unvollständiger Universitätsstudien (‚cand. iur.') aus der Wertung fielen. Ausnahmen bilden Anton Zeillinger (der aufgrund einer Übergangsregelung für eingerückte Jus-Absolventen während des Krieges nach 1945 als Rechtsanwalt wirkte, ohne einen Titel zu führen) und WdU-Mandatar Thomas Neuwirth (der die Universität als ‚abs. iur.' verließ, d. h. die Staatsprüfungen, nicht aber die Rigorosen absolviert hatte – vgl. dazu Grandner 2005, 290). Beide wurden als Akademiker gewertet, da sie trotz formaler Titellosigkeit ein vollwertiges Universitätsstudium absolviert hatten. ‚Mehrbänderleute', also Angehörige mehr als einer studentischen Korporation, wurden grundsätzlich nur für einen Bund gewertet. Dabei wurde akademischen Verbindungen gegenüber Pennalien und bei Korporationen gleicher Eintrittsaltersstufe jenem Bund der Vorrang eingeräumt, dem zuerst beigetreten wurde.

13 Berücksichtigt wurden dabei (sowie grundsätzlich für die vorliegenden Berechnungen, wo nicht explizit anders ausgewiesen) alle im Untersuchungszeitraum angelobten Abgeordneten ungeachtet der Dauer ihrer Amtszeit – also vom mehrere Legislaturperioden überspannenden Langzeitmandatar bis hin zu jenen, die nur wenige Tage dem Nationalrat angehörten. Die Bezugsgröße für die Berechnung von Anteilen bildete daher die Zahl der MandatarInnen, nicht jene der Mandate.

14 Als Beispiele erwähnt seien Karl Leutgöb, der im Zuge der krisenhaften Ereignisse in der niederösterreichischen FPÖ (‚Rosenstingl-Affäre') 1998 für sechs Tage vom Gemeinderat Waidhofens an der Ybbs in den Nationalrat wechselte, und Wilhelm Niederhuemer, der 2000 auf das Mandat des zum Justizminister berufenen Michael Krüger nachrückte, aufgrund dessen Rücktritt nach einem Monat jedoch den Platz wieder räumen musste. Franz Linsers Nationalratsära beschränkt sich gar auf den 26.4.1996, jenen Tag, an dem er kurzzeitig das Mandat von Brigitte Povysil übernahm, um sich vom Nationalrat in das Europäische Parlament nominieren zu lassen.

Personen (zwei Perioden oder mehr). Bleibt der Männeranteil im erstgenannten Fall fast ident, steigt er bei den MehrfachmandatarInnen um drei Prozentpunkte auf 86,8 Prozent an, der AkademikerInnenanteil von 44,1 auf 47,6 und schließlich 51,5 Prozent.

Der Korporiertenanteil liegt schon im Fall der 204-köpfigen Ausgangsgruppe mit 27,9 Prozent deutlich höher als zu VdU-Zeiten: Unter allen Personen, die bis März 2014 für die FPÖ im Nationalrat saßen, gehörte mehr als jede vierte einer völkischen Verbindung an.[15] Unter den männlichen Abgeordneten beträgt der Anteil 32,2 Prozent, unter den AkademikerInnen 42,2 Prozent. Statistisch gesehen war es demnach wahrscheinlicher, als nicht korporierter Mann in den FPÖ-Nationalratsklub einzuziehen denn als nicht korporierte/-r Akademiker/-in. Unter den Akademi*kern* bildeten die Verbindungsstudenten eine (wenn auch knappe) Mehrheit: Nicht weniger als 52,1 Prozent aller Hochschulabsolventen, die im Untersuchungszeitraum ein Nationalratsmandat für die FPÖ bekleideten, waren korporiert. Wie schon der Männer- und der AkademikerInnenanteil, so steigen auch die Korporierungsquoten, je stärker das Sample nach Amtszeit eingegrenzt wird.[16] Der allgemeine Korporiertenanteil erhöht sich unter den ParlamentarierInnen mit mindestens einer vollen Amtszeit auf 29,3 und bei den Langzeit- bzw. MehrfachmandatarInnen gar auf 38,2 Prozent. Die Anteile von Korporierten an den männlichen Abgeordneten und an den AkademikerInnen weisen eine ähnliche Entwicklung auf (32,2 % – 35,2 % – 44,1 % bzw. 42,2 % – 44,3 % – 54,3 %). Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende längere Verweildauer korporierter Abgeordneter (die üblicherweise auch mit größerem Einfluss im Klub einhergeht) unterstreicht die populäre Wahrnehmung der ‚Alten Herren' als personeller Kernbestand der FPÖ.[17] Gleichzeitig ist zu betonen, dass dieser Status nicht mit einer Monopolstellung zu verwechseln ist, auch nicht in Bezug auf den engen Kreis akademisierter Langzeitmandatare: Eine Reihe nichtkorporierter (männlicher) Abgeordneter mit hoher Verweildauer –

15 Lediglich zwei Abgeordnete gehörten dem katholischen Verbindungswesen (einmal ÖCV, einmal *Mittelschüler-Kartell-Verband*/MKV) an. Diese Fälle wurden in dieser und den folgenden Berechnungen von Korporiertenanteilen (mit Ausnahme jener, die sich explizit auf akademische Burschenschaften beziehen) aufgrund der Parallelen zwischen katholischen und völkischen Verbindungen v.a. im Männerbündischen mit einbezogen. Im Weiteren wird darauf nicht mehr gesondert hingewiesen.

16 Dies gilt interessanterweise nur für Korporierte im Allgemeinen, nicht aber für Burschenschafter, deren Anteile an den freiheitlichen MandatarInnen insgesamt und an den längerfristig Amtierenden unter ihnen keine auffälligen Unterschiede aufweisen.

17 Die Annahme, dass die Ausklammerung von KurzzeitmandatarInnen eine Population mit besonders hohem innerparteilichen ‚Standing' abbilden helfe, ist allerdings nicht zuletzt unter Verweis auf den Umstand zu relativieren, dass sie neben bloßen ‚PlatzhalterInnen' auch Personen aus der Untersuchung entfernt, die den Nationalrat in Richtung eines gewichtigeren Amtes (wie etwa Minister oder Rechnungshofpräsident) verließen. Ein weiterer zu berücksichtigender statistischer Effekt der Ausklammerung besteht in der für manche Legislaturperioden beträchtlich sinkenden Größe der Kohorte (für die von hoher Abgeordnetenfluktuation gekennzeichnete Periode 1990 bis 1994 etwa um die Hälfte von 42 auf 21) und entsprechend sinkender Aussagekraft.

wie Emil van Tongel, Anton Zeillinger, Harald Ofner oder Helmuth Haigermoser – lässt den Korporiertenanteil an den Akademikern nach einem steilen Anstieg von 52,1 auf 62,5 Prozent auf der letzten Stufe wieder leicht zurückgehen.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Korporationstypen ergibt sich eine klare Vormachtstellung der Burschenschaften: Von den 57 korporierten Nationalratsabgeordneten der FPÖ zwischen 1956 und 2014 gehörten 19 einer akademischen Burschenschaft an. Dahinter folgen Angehörige von Mittelschul-Burschenschaften (neun[18]), akademischen Corps (sieben) und Vereinen Deutscher Studenten (vier).[19] Bis Juli 2014 war somit genau jeder dritte korporierte FPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat akademischer Burschenschafter, rund jeder zweite (28 Personen) war Burschenschafter pennaler und/oder akademischer Façon. Dieser besondere Stellenwert eines bestimmten Typs der Studentenverbindung dürfte sich in dem aufgezeigten Ausmaß nicht allein über dessen größere Verbreitung und Mitgliederzahl in Österreich erklären lassen; vielmehr bildet sich darin auch das besonders prononciert politische Selbstverständnis der Burschenschaften ab (vgl. Kapitel III.1). Unter den bis dato zwölf Klubobmännern der FPÖ-Nationalratsfraktion – bislang hatte keine Frau diese Position inne – finden sich fünf Korporierte, darunter mit Jörg Haider und Norbert Gugerbauer zwei akademische sowie mit Jörg Kandutsch und Heinz-Christian Strache zwei pennale Burschenschafter.[20]

Die Nationalratsklubs im Zeitverlauf

Um etwaige Veränderungen über die Parteigeschichte hinweg sichtbar zu machen, wurden die Nationalratsfraktionen der FPÖ nicht nur in aggregierter Form, sondern auch nach einzelnen Legislaturperioden getrennt untersucht.[21] So wird etwa sichtbar, dass der Männeranteil während der ersten acht Legislaturperioden ab Parteigründung (von 1956

18 Mitglieder von Pennalien, die gleichzeitig einer akademischen Burschenschaft angehörten, sind hierbei nicht berücksichtigt.

19 Einzelne Bünde stechen nicht in auffälliger Weise hervor: Drei Wiener Burschenschaften (*Olympia, Aldania* und *Silvania/Südmark*) stellten im Untersuchungszeitraum je drei Abgeordnete, weitere sieben Bünde (darunter eine akademische Burschenschaft) jeweils zwei.

20 Die fünf werden durch den Sängerschafter Friedhelm Frischenschlager komplettiert. Ein weiterer Sängerschafter, Ewald Stadler, amtierte zwischen 1994 und 1999 in Vertretung Haiders als geschäftsführender Klubobmann. Stadler ist inzwischen nach Auskunft seines parlamentarischen Assistenten (E-Mail vom 23.7.2012) aus seinem Bund, den *Skalden* Innsbruck, ausgeschieden. Da er aber als Sängerschafter in den Nationalrat einzog, wurde er – anders als der nach eigenen Angaben bereits lange vor seinem Parlamentseintritt aus seiner Burschenschaft ausgetretene Werner Königshofer – statistisch als Korporierter berücksichtigt.

21 Dabei wurden zunächst erneut alle MandatarInnen der entsprechenden Legislaturperiode unabhängig von ihrer Verweildauer berücksichtigt und in einem weiteren Schritt jene ausgeschlossen, die nicht die volle Amtszeit abdienten. Dieser Ausschluss erbringt allerdings keinerlei über die Zeit einheitliche Effekte, mit Ausnahme des Umstandes, dass die Werte aufgrund der verkleinerten Kohorten im Zeitverlauf stärker schwanken. Für den VdU lässt sich schon aufgrund seiner nur zwei Perioden währenden Existenz

bis 1983) konstant 100 Prozent betrug. Als erste Frau auf freiheitlichem Ticket zog Helene Partik-Pablé 1983 in den Nationalrat ein. Während der 1986 einsetzenden Phase konsekutiver Mandatszuwächse unter Haider oszillierte der Männeranteil stets um 80 Prozent, unter Strache stieg er zunächst rasant (2006 bis 2008) an, um sich mit den folgenden Mandatsgewinnen wieder den Werten der Haider-Ära anzunähern. Klammert man die innerhalb einer Gesetzgebungsperiode nur zeitweilig im Amt befindlichen MandatarInnen aus, so erreichte die FPÖ ihren mit Abstand höchsten Frauenanteil von exakt einem Drittel (vier von zwölf Abgeordneten) allerdings nicht in Zeiten von Rekordgewinnen, sondern just in Gefolge der absolut wie relativ größten Stimmverluste ihrer Geschichte (2002) – als auf Seriosität und konstruktive Politik bedachte Regierungspartei. Umso drastischer fällt in dieser Berechnung der Rückbruch unter Strache aus: Von einer Legislaturperiode auf die andere stieg der Männeranteil – wohlgemerkt: bei Mandatszuwächsen – von 66,7 auf 94,7 Prozent (acht von zwölf bzw. 18 von 19 MandatarInnen).

Wie ein Abgleich mit den Werten für den Nationalrat insgesamt (alle Parteien) zeigt[22], waren die VdU-/FPÖ-Klubs über einen Großteil des Untersuchungszeitraums überdurchschnittlich stark männlich und akademisch geprägt. Der Frauenanteil lag jahrzehntelang unter dem Nationalratsschnitt und übertraf diesen im Gefolge der ersten Wahl unter Haider (1986) erst- wie auch bislang letztmals. In den beiden folgenden Legislaturperioden bewegte der FPÖ-Klub sich in etwa im parlamentarischen Mittel, seither hat sich der Abstand wieder vergrößert. 2006 – in der ersten Legislaturperiode unter Strache – erreichte er ein Rekordniveau: Einem Frauenanteil von 9,5 Prozent in der FPÖ-Fraktion (zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung) stand ein bisheriger Höchststand für den Nationalrat von 33,9 Prozent gegenüber.

Bei den AkademikerInnen ergibt sich ein umgekehrtes Bild: Hier wies die FPÖ (wie zuvor der VdU in zwei Perioden) jahrzehntelang überdurchschnittliche Werte auf, bevor der Anteil in den 1990er-Jahren zunächst zweimal fast exakt im Nationalratsschnitt zu liegen kam und schließlich nach dem bislang größten freiheitlichen Wahlerfolg 1999 erstmals erkennbar darunter sank. Seither ist eine uneinheitliche Entwicklung feststellbar, zumal der AkademikerInnenanteil in den freiheitlichen Klubs mit Werten zwischen 35 Prozent (2013) und 83,3 Prozent (1956) vergleichsweise großen Schwankungen über die Zeit unterworfen war. Augenfällig ist die negative Korrelation mit der Fraktionsgröße: Immer wenn der blaue Mandatsanteil die Zehn-Prozent-Marke unterschritt, lag der AkademikerInnenanteil bei mindestens 50 Prozent. Umgekehrt wies der FPÖ-

keine aussagekräftige Zeitreihe erstellen. Im Vergleich der beiden WdU-Klubs entlang der bereits vorgestellten Merkmale stechen keine besonderen Auffälligkeiten ins Auge.

22 Die entsprechenden Angaben sind der Parlamentswebsite (http://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT) entnommen. Ungeachtet der fehlenden Angaben zu den verwendeten Definitionen und Auswahlkriterien ist eine zumindest näherungsweise Vergleichbarkeit mit den von mir erhobenen Zahlen fraglos gegeben.

Klub erstmals 1996 eine Mehrheit an Nicht-AkademikerInnen auf, was seither (mit Ausnahme von 2002: genau 50 %) stets der Fall war. Geht man vor dem Hintergrund des parteiinternen Ringens um Listenplatzierungen davon aus, dass numerisch schwache Parlamentsklubs den elitären Kern des FunktionärInnenapparates einer Partei abbilden, so deuten diese Entwicklung des AkademikerInnen- und die zuvor erwähnte Entwicklung des Männeranteils im Fall der FPÖ auf eine starke männliche und akademische Prägung auch dieses Kerns hin; stark nicht nur absolut oder im Vergleich mit anderen Parteien, sondern – wie die ein vielfältigeres Profil widerspiegelnde Entwicklung in Stärkephasen suggeriert – auch im Verhältnis zur Gesamtpartei.

Der Korporiertenanteil verzeichnete seinen niedrigsten Stand mit dem ersten FPÖ-Klub 1956 bis 1959 (16,7 %) bzw. – unter den über die gesamte Periode amtierenden MandatarInnen – zwischen 1990 und 1994 (14,3 %). Seine höchsten Werte von 60 und mehr Prozent erreichte er in den 1970er-Jahren, mit dem Höchststand von 63,6 Prozent (oder sieben von elf Abgeordneten) zwischen 1975 und 1979.[23] Die Wahl 1983 (unter Norbert Steger) markierte einen Einbruch, der sich, wie schon jener des AkademikerInnenanteils, aus den Personalrochaden im Zuge der ersten freiheitlichen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ergab, sich in weiterer Folge aber bestätigen sollte. Während der Obmannschaft Haiders wurden vier der sechs niedrigsten Korporierungswerte der Parteigeschichte (jeweils um die 20 %) verzeichnet. Unter Strache kehrte der Korporiertenanteil zunächst wieder auf ein Niveau zurück, das zuletzt unter Friedrich Peter üblich gewesen war. Bemerkenswert ist daran insbesondere der spektakuläre Anstieg im ersten Klub der Strache-Ära: von 18,2 Prozent Korporierten in der ‚Regierungsfraktion' von 2002 bis 2006 (bzw. aufgrund der Parteispaltung de facto bis 2005) auf 50 Prozent nach den Wahlen 2006. Unter den Abgeordneten mit voller Amtsperiode fiel der Anstieg noch drastischer aus (von 16,7 auf 57,9 %).

Gleichzeitig fand auch unter Strache – jedenfalls zunächst – ein Phänomen Bestätigung, das sich über den gesamten Zeitraum der Zweiten Republik zieht: die negative Korrelation von Fraktionsgröße und Korporierungsgrad, wie sie ähnlich schon für den AkademikerInnen- und den Männeranteil zu beobachten war. Während Korporierte historisch zu jeder Zeit eine fixe Größe in den freiheitlichen Nationalratsklubs bildeten, wuchs ihr Anteil bei überdurchschnittlich erfolgreichen Wahlgängen nicht proportional zu den Mandatsgewinnen an, sondern nahm – wie schon Lunznig in der Gegenüberstellung von Korporierungsquote und Mandatsentwicklung für die Zeit ab 1970 zeigen

23 Hingewiesen sei an dieser Stelle auf die bei Stimmer angegebenen Korporierungswerte, die – wohl aufgrund Stimmers weiterer Fassung des Kriteriums ‚Verbindungszugehörigkeit' – teilweise stark von den meinigen abweichen. Für die FPÖ-Nationalratsfraktion 1956 ff. bzw. 1966 ff. nennt er einen Anteil von jeweils 67 Prozent (bei mir: 16,7 % bzw. 33,3 %), für 1979 ff. einen Anteil von 55 Prozent (gegenüber 61,5 %). Lediglich für 1979 treffen sich Stimmers und meine Werte bei (gerundeten) 39 Prozent (vgl. Stimmer 1997, Band II, 1068).

konnte – tendenziell sogar ab.[24] Dieser Befund trifft auf die Haider-Ära und die Strache-FPÖ zwischen 2006 und 2008 zu. Die Nationalratswahlen 2013 dagegen brachten einen Anstieg des Korporiertenanteils (von 38,5 auf 45 %) trotz Mandatszuwächsen und weisen insofern auf eine stärkere Verankerung von Korporierten in der Strache- gegenüber der Haider-FPÖ hin. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass sich unter den korporierten Neuzugängen dieser Legislaturperiode ein katholischer Verbindungsstudent sowie drei Abgeordnete befinden, die erst im fortgeschrittenen Erwachsenenalter und als freiheitliche MandatarInnen einer Verbindung beigetreten waren (unter Letzteren die einzigen beiden Mitglieder deutschnationaler Damenverbindungen im Nationalrat nach 1945). Würden diese vier atypischen Vertreter des Verbindungswesens – atypisch in dem Sinne, dass die Partei hier nicht aus den Verbindungen rekrutierte, sondern umgekehrt die Verbindungen aus der Partei – nicht als Korporierte berücksichtigt, sänke der Anteil Letzterer auf 35 Prozent und die Beobachtung des Abwärtstrends bei Fraktionswachstum fände Bestätigung.[25] Umgekehrt ließe sich argumentieren, dass gerade Späteintritte das Naheverhältnis von Partei und völkischem Verbindungswesen unterstreichen: Den rekrutierenden Korporationen verschaffen sie erhöhtes Ansehen in Korporiertenkreisen und Bekanntheit darüber hinaus, den rekrutierten PolitikerInnen dienen sie als Nachweis von Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit gegenüber dem völkischen Vereinswesen, was dem innerparteilichen Standing und damit verbundenen Karrierechancen tendenziell zuträglich ist.

Der Burschenschafteranteil an den FPÖ-MandatarInnen weist – schon aufgrund der niedrigen absoluten Zahl der Merkmalsträger (19 Abgeordnete über einen Zeitraum von knapp 60 Jahren) – eine ausgesprochen unstete Entwicklung auf. In mehreren Gesetzgebungsperioden (1956 ff., 1966 ff., 1970 f.) vertrat kein einziger Burschenschafter die FPÖ im Nationalrat – allerdings wies die Partei auch just in diesen Jahren ihre historisch geringste Klubgröße von jeweils lediglich sechs Mandataren auf. Auch den höchsten erreichten Werten von 22,2 (1959 ff.) bzw. 20 Prozent (1962 ff.) liegen kleine Populationen zugrunde. Niedrige Burschenschafteranteile sind darüber hinaus ausgerechnet für die Obmannschaft des Burschenschafters Jörg Haider zu verzeichnen – präziser: für deren zweiten Teil. Der Bruch ist mit der Wahl 1994 zu verorten, also in etwa

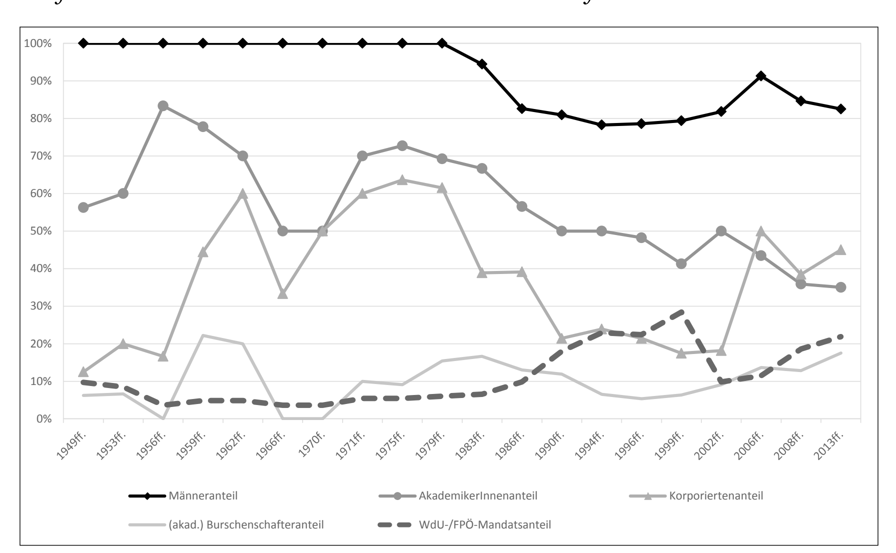
24 Vgl. Lunznig 2009, 42.

25 Bei den spät Eingetretenen handelt es sich um Norbert Hofer (Ehrenmitglied der technischen Burschenschaft *Marko-Germania* Pinkafeld seit 2012), Anneliese Kitzmüller (pennale Mädelschaft *Sigrid* zu Wien, gegründet 2011) und Barbara Rosenkranz (Sudetendeutsche akademische Damengilde *Edda*). Alle drei zogen 2013 nicht zum ersten Mal in den Nationalrat ein, wurden jedoch für diese Periode erstmals als Korporierte erfasst, da sie vorangegangene Mandate noch als Nichtkorporierte erworben hatten. In der zuvor dargestellten Gesamtübersicht über die freiheitlichen MandatarInnen seit 1956 wurden sie als Korporierte gewertet, nicht aber für die reduzierte Gruppe der Abgeordneten mit mindestens einer vollen Amtsperiode (der alle drei angehören) bzw. mit mindestens zweien (Hofer), da die entsprechenden Legislaturperioden von ihnen nicht als Korporierte angetreten worden waren.

zu jener Zeit, in der Haider auch rhetorisch etwas auf Distanz zum völkischen Verbindungswesen und zentralen Glaubenssätzen desselben ging (vgl. Abschnitt V.3.2).[26] Mindestens ebenso sehr wie Haiders Kurswechsel dürfte freilich der Stärkezuwachs der Partei in dieser Zeit als Erklärungsfaktor zu veranschlagen sein.

Das folgende Diagramm stellt die bislang referierten Kennzahlen im Zeitverlauf dar und stellt sie dem Anteil des WdU bzw. der FPÖ an den insgesamt zu vergebenden Nationalratsmandaten (als Maßzahl für die parlamentarische Stärke der Parteien[27]) gegenüber. Während die Zeit bis 1983 aufgrund der geringen Fraktionsgrößen verminderte Aussagekraft besitzt, veranschaulicht v.a. der Verlauf der Graphen ab 1986 die tendenzielle Korrelation von wachsenden Klubs einerseits und sinkendem Männer-, AkademikerInnen- und Korporiertenanteil andererseits.

Grafik 2: WdU-/FPÖ-Nationalratsklubs im Zeitverlauf, alle MandatarInnen



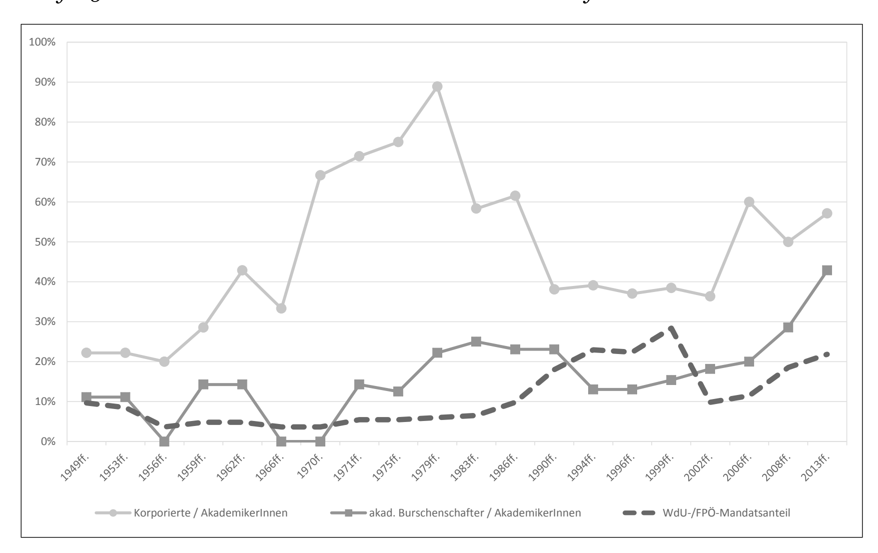
Was den Anteil von Korporierten an den FPÖ-Kadern mit Hochschulabschluss betrifft, tendiert die FPÖ-kritische Publizistik zur Überschätzung. Dies legt zumindest der Befund für die Nationalratsklubs nahe: In der Hälfte der Legislaturperioden seit

26 Hatte der Burschenschafteranteil nach den ersten beiden Nationalratswahlen unter Haider 13 bzw. 11,9 Prozent betragen, sank er nach den Wahlen 1994 auf 6,5 Prozent und verblieb nach den beiden letzten Urnengängen unter Haider auf ähnlichem Niveau (1996 ff.: 5,4 %, 1999 ff.: 6,3 %).

27 Zu berücksichtigen ist dabei die erstmals bei den Wahlen 1971 wirksam werdende Kreisky'sche Wahlrechtsreform. Diese erhöhte u.a. die Zahl der zu vergebenden Mandate von 165 auf 183, veränderte die Wahlkreiseinteilung und vereinheitlichte die nötigen Stimmen für ein Grundmandat, was mancherorts Kleinparteien (und zunächst v.a. die FPÖ) potenziell begünstigte.

FPÖ-Gründung war die Mehrheit nicht nur der freiheitlichen MandatarInnen insgesamt, sondern auch die Mehrheit der AkademikerInnen unter ihnen *nicht* korporiert. Sehr wohl statistisch nachweisen lässt sich eine (zumindest quantitativ) starke Korporiertendominanz in den akademischen Rängen der freiheitlichen Fraktion allerdings für zwei Phasen: zwischen den Nationalratswahlen 1970 und 1990 sowie während der Obmannschaft Straches. In diesen Zeiträumen wies stets mindestens die Hälfte der freiheitlichen AkademikerInnen einen verbindungsstudentischen Hintergrund auf – mit einem Rekordanteil im Gefolge der Wahlen 1979 (acht von neun Parlamentariern). Außerhalb der beiden genannten Zeitspannen war dies jedoch kein einziges Mal der Fall. Umgekehrt lässt sich konstatieren, dass die FPÖ-Fraktion insbesondere bis exklusive 1970 sowie unter Haider einen relevanten Anteil von AkademikerInnen – im letzteren Falle auch: Akademikerinnen – aufwies, die sich aus anderen Spektren als dem verbindungsstudentischen rekrutierten. Dies hatte zur Folge, dass der Klub unter Haider in stärkerem Maße ‚entkorporiert' als ‚entakademisiert' wurde. Was den burschenschaftlichen Korporationstyp betrifft, so war unter Strache eine gegenläufige Tendenz zu verzeichnen: Während der AkademikerInnenanteil 2008 und 2013 auf historische Tiefstwerte (35,9 bzw. 35 %) sank, sprang der Anteil von akademischen Burschenschaftern an den AkademikerInnen im Klub in beiden Legislaturperioden in bislang ungekannte Höhen (28,6 bzw. 42,9 % – vgl. Grafik 3). In Verbindung mit dem sprunghaften Anstieg des Gesamt-Korporiertenanteils bei den Wahlen 2006 (von 18,2 auf 50 %) und dessen Verstetigung (2013: 45 %) bildet dieser Umstand die reale Basis des medial vielfach reproduzierten Bildes der Strache-FPÖ als ‚Burschenschafterpartei'.

Grafik 3: WdU-/FPÖ-Nationalratsklubs im Zeitverlauf, weitere Kennzahlen



Die Bundesparteiorganisation

Der VdU[28] wurde während seiner siebenjährigen Existenz zunächst von Herbert Kraus und schließlich von Max Stendebach angeführt. Keiner der beiden war korporiert. Mit Jörg Kandutsch (pennal-conservative Burschenschaft *Gothia* Leoben) amtierte ein Mittelschulburschenschafter in vier von fünf Amtsperioden als ein Stellvertreter des jeweiligen Bundesparteichefs, in zwei Perioden zugleich mit dem akademischen Burschenschafter Fritz Stüber. In der sogenannten Verbandsleitung waren zumeist Korporierte vertreten: Kandutsch (für die Steiermark, 1950/51), Max Rabl (für Oberösterreich, 1951/52, aB! *Alemannia* Wien), Josef Lauritsch (für die Steiermark, 1951 bis 1954, aB! *Cheruskia* Graz) sowie Fritz Ursin (für Wien, 1952/53, akademische Gilde *Greif* Wien).[29] Lediglich die letzte (1954 gewählte) Verbandsleitung wies keine korporierten Mitglieder auf. Über die Jahre gehörten dem Gremium 33 verschiedene Personen (ausschließlich Männer) an, woraus sich ein Korporiertenanteil von 12,1 Prozent errechnen lässt.

Die FPÖ zählte in ihrer bisherigen Geschichte zehn reguläre Bundesparteiobleute.[30] Die parteiinternen Turbulenzen während der Regierungsbeteiligung nach der Jahrtausendwende begründen den bemerkenswerten Umstand, dass zwischen 2000 und 2005 ebenso viele verschiedene Obleute (nämlich fünf) amtierten wie in den 45 Jahren zuvor. Unter den zehn Parteivorsitzenden finden sich acht Männer, sechs AkademikerInnen und ebenso viele Korporierte, wobei die beiden letztgenannten Gruppen in fünf Fällen personalident sind: Bis auf Strache waren alle Korporierten in dieser Funktion Akademiker, bis auf Susanne Riess-Passer alle AkademikerInnen korporiert. Die korporierten Parteiobmänner entstammen fünf verschiedenen Korporationsgattungen: Neben einem akademischen Turnerschafter (Alexander Götz, ATV Graz), einem ebensolchen Sängerschafter (Steger, *Barden* Wien[31]) sowie einem akademischen (Haider, *Silvania/Südmark* Wien) und einem pennalen Burschenschafter (Strache, *Vandalia* Wien) sind einzig die akademischen Landsmannschaften doppelt vertreten – mit Anton Reinthaller (L! der *Salzburger* zu Wien) und Herbert Haupt (L! *Kärnten* zu Wien). Allerdings konnte der Burschenschafter Haider sich deutlich länger im Amt halten (dreizehneinhalb Jahre) als diese beiden (jeweils knapp zwei Jahre). Über die gesamte Parteige-

28 Die folgenden Angaben basieren auf den Funktionärslisten in Höbelt 1999, 279 f.

29 Karl Wicha, Verbandsleitungsmitglied für Wien von 1950 bis 1952, wurde erst 1955 von den Wiener *Moldaven* als Ehrenmitglied aufgenommen und fand daher hier keine Berücksichtigung.

30 Diese Zahl berücksichtigt all jene, die auf Bundesparteitagen in diese Funktion gewählt wurden und das Amt nicht – wie Horst Schender nach dem Rücktritt von Alexander Götz 1979, Herbert Scheibner nach dem Rücktritt Susanne Riess-Passers 2002 oder Hilmar Kabas nach der Abspaltung des BZÖ 2005 – bloß interimistisch ausübten.

31 Grillmayer (2006, 36) zufolge kehrte Steger den *Barden* 1993 den Rücken – eine glaubwürdige Angabe, zumal Grillmayer selbst dieser Verbindung angehört. Dennoch führe ich Steger als Sängerschafter, da er dies zu politischen Aktivzeiten auch war.

schichte bis 2014 gerechnet, befand die FPÖ sich zu rund zwei Dritteln der Zeit unter der Führung eines völkischen Korporierten. Die 20 Jahre, in denen dies nicht der Fall war, entfallen mit Ausnahme des Jahres 2001 (unter Riess-Passer) zur Gänze auf die Langzeitobmannschaft Friedrich Peters. Dazu wirkte eine erkleckliche Zahl an Korporierten als Bundesparteiobmannstellvertreter, darunter u.a. die akademischen Burschenschafter Mario Ferrari-Brunnenfeld (*Stiria* Graz, Stellvertreter unter Götz, Steger und Haider), Waldemar Steiner (*Olympia,* unter Götz und Steger), Norbert Gugerbauer (*Oberösterreicher Germanen,* unter Haider), Lutz Weinzinger (*Bruna Sudetia,* unter Strache) und Harald Stefan (*Olympia,* ebenfalls unter Strache).[32]

Als Bundesgeneralsekretäre waren für die FPÖ bislang lediglich zwei Korporierte (unter insgesamt 20 Personen, davon 18 Männer) tätig – der Vereinsstudent Helmut Krünes (1978 bis 1980) und der Burschenschafter Gugerbauer (1986 bis 1988). Allerdings führen die Freiheitlichen erst seit 1982 durchgehend ein Generalsekretariat. Zuvor hatte eine solche Einrichtung nur 1957 bis 1960 (unter Karl Kowarik, Vater des FPÖ-Gemeinderats und *Aldanen* Helmut Kowarik, selbst aber nicht korporiert[33]) und zwischen 1978 und 1980 (eben unter Krünes) bestanden. Seit Gugerbauer amtierte kein Korporierter in dieser für die Kommunikation einer Partei nach innen und außen zentralen Position, auch nicht unter Heinz-Christian Strache. Über einen Bundesgeschäftsführer verfügte die FPÖ seit ihrer Gründung ohne Unterbrechung. Die ‚prä-Haider-Ära' entfällt dabei fast vollständig auf die Amtszeit Hans Richard Bogners (1956 bis 1984) – ebenso wenig korporiert wie die anderen zwölf in dieser Position tätigen Personen (allesamt Männer).[34]

Die Mitglieder der Bundesregierung[35]

In der Geschichte der Zweiten Republik gingen bislang aus drei Nationalratswahlen Bundesregierungen mit (direkter) freiheitlicher Beteiligung hervor: die Regierun-

32 Vgl. zu den Angaben über die Bundesobmann-Stellvertreter bis 1990 FPÖ 1991, 139.

33 Kowarik, vormals hochrangiger illegaler Amtsträger der *Hitler-Jugend,* kann als Repräsentant eines Funktionärstypus in der Frühphase der Partei angesehen werden, der politisch weit rechts angesiedelt, aber nicht korporiert war, oder auch: nicht korporiert war, gerade weil er schon nationalsozialistisch sozialisiert worden war, bevor die Korporation ihn hätte sozialisieren können. Wie schon in Kapitel II.1 erwähnt, stand die NSDAP – bei aller politisch-ideologischen Verwandtschaft – den völkischen Verbindungen u.a. aufgrund der elitären Selbstwahrnehmung Letzterer skeptisch gegenüber. Auf Ablehnung stießen die studentischen Korporationen insbesondere bei der plebejisch geprägten SA und der ihren eigenen Erziehungsauftrag erfüllenden HJ.

34 Vgl. zur Datengrundlage für diesen Absatz ebd., 140. Die dortige Aufstellung wurde unter Rückgriff auf Grillmayer 2006 und die Angaben in den Piringer-Chronologien ergänzt.

35 Im Sinne sprachlicher Vereinfachung werden in weiterer Folge auch Staatssekretäre als Regierungsmitglieder gefasst, obwohl sie dies formal nicht sind.

gen Sinowatz/Steger (1983 bis 1986) bzw. Vranitzky/Steger (1986 bis 1987), Schüssel/Riess-Passer (2000 bis 2002) und Schüssel/Haupt bzw. Schüssel/Gorbach (2002 bis 2007, wobei die FPÖ de facto mit der Gründung des *Bündnisses Zukunft Österreich* [BZÖ] im April 2005 aus dieser Regierung ausschied bzw. ausgeschieden wurde). Insgesamt wurden von der FPÖ im Zuge dessen 25 verschiedene Personen in MinisterInnen- oder StaatssekretärInnenpositionen nominiert.[36] Von diesen waren jeweils rund drei Viertel männlich (19 Personen) und akademisch gebildet (18 Personen). Etwa jeder Dritte gehörte einer völkischen Verbindung an (acht Personen). Zwei der 25 waren akademische Burschenschafter: Mario Ferrari-Brunnenfeld unter Sinowatz und Vranitzky sowie Dieter Böhmdorfer in beiden Schüssel-Kabinetten. Dazu kommen die Sängerschafter Steger und Frischenschlager, ein Mittelschul-Burschenschafter (Holger Bauer, *Scardonia* Schärding), ein Vereinsstudent (Krünes), ein Landsmannschafter (Haupt) und Reinhart Waneck von der Wiener akademischen Verbindung *Wartburg*. Zwei weitere völkische Korporierte – Reinhard Kamitz (VDSt *Asciburgia* zu Wien, Finanzminister von 1952 bis 1960) und Martin Bartenstein (ATV Graz, Minister in verschiedenen Ressorts zwischen 1994 und 2008) – gelangten über die ÖVP zu Ministerwürden, ein dritter – Oskar Weihs (Sängerschaft *Ghibellinen*, heutige *Barden* zu Wien, Landwirtschaftsminister von 1970 bis 1976) über die SPÖ.[37] Acht der elf in völkischen Verbindungen korporierten Mitglieder von Bundesregierungen der Zweiten Republik verdankten ihre Berufung dorthin somit der FPÖ.

Fragt man umgekehrt nach dem Stellenwert der Verbindungsangehörigen für die Partei, so ist zu konstatieren, dass mehr als die Hälfte der Akademiker (acht von vierzehn) und fast die Hälfte aller HochschulabsolventInnen (acht von 18) auf freiheitlichem Regierungsticket korporiert waren. Eine Einschätzung der völkischen Verbindungen (oder gar der Burschenschaften im Speziellen) als einziges Rekrutierungsbecken der FPÖ für Spitzenfunktionen ist gleichwohl auch vor diesem Hintergrund nicht haltbar. Im Vergleich der Analysefelder fällt allerdings auf, dass sämtliche Korporierungsquoten auf Regierungsebene über den für die Nationalratsklubs ermittelten Werten liegen. Dieses Verhältnis kehrt sich jedoch um, wenn nur die längstdienenden Nationalratsabgeordneten (mit mindestens zwei vollen Gesetzgebungsperioden in dieser

36 Ob es sich dabei auch um Parteimitglieder handelte, war für die Erhebung nicht von Relevanz, da sie auf Aussagen über die Rekrutierungspraxis der FPÖ für Spitzenämter (und nicht über ihre Mitgliederstruktur) abzielte. Die formal parteilosen JustizministerInnen Dieter Böhmdorfer (2000 bis 2004) und Karin Miklautsch (als seine direkte Nachfolgerin, ab 2005 verheiratete Gastinger) fanden daher Berücksichtigung. Analog zur auch für den Nationalrat gewählten Vorgangsweise wurde als Referenzgruppe die Gesamtheit der von der FPÖ in eine Bundesregierung entsandten Personen angenommen, ungeachtet der Dauer ihres dortigen Verbleibs. Anteile an der Referenzgruppe beziehen sich daher, wo nicht anders angegeben, auf die Zahl der Personen, nicht auf die Zahl der von der FPÖ zu besetzenden Regierungsämter.

37 Vgl. zu Weihs Neugebauer/Schwarz 2005, 161–164 und Sottopietra/Wirth 2005b, 330–333.

Funktion) herangezogen werden. Dazu passt, dass bislang ausschließlich Korporierte (Haupt, Böhmdorfer und Wanek) für die FPÖ in mehr als einer Regierung saßen. In Summe lässt sich hieraus einmal mehr eine Bestätigung der Rolle völkischer Korporierter als personeller Kernbestand der Partei ersehen.

Im Vergleich der Regierungen mit FPÖ-Beteiligung miteinander lassen die diversen freiheitlichen Regierungsteams unterschiedliche Profile erkennen. Die Mannschaft Stegers (sechs Positionen, insgesamt sieben Personen) stellt sich mit einem Männeranteil von 100 Prozent, einem Akademikeranteil von 85,7 Prozent (sechs der sieben) und einem Korporiertenanteil von 71,4 Prozent (fünf der sieben, darunter der akademische Burschenschafter Ferrari-Brunnenfeld) sehr homogen dar. Es dominiert der Typus ‚korporierter Akademiker mit Hintergrund im Atterseekreis' (vgl. zu Letzterem Abschnitt V.3.1). Auch das Team Riess-Passers (acht Positionen, zwölf Personen) war stark, nämlich zu 75 Prozent akademisch geprägt, unterschied sich aber in zwei der erhobenen Kennzahlen erheblich von Stegers Zirkel: Zum einen bestand es zu einem Drittel aus Frauen, zum anderen ging der Korporiertenanteil auf ein Viertel (drei von zwölf; mit Dieter Böhmdorfer war wiederum auch ein akademischer Burschenschafter vertreten) zurück. Bei getrennter Betrachtung des Anfangs und des Endes der Legislaturperiode fällt auf, dass ursprünglich nur eine Position mit einem Verbindungsmitglied (Reinhart Waneck) besetzt worden war. Mit nichtkorporierten AkademikerInnen wie Michael Krüger, Michael Schmid und Elisabeth Sickl sollten offenbar populäre Annahmen über die Verfasstheit der freiheitlichen Personaldecke widerlegt und eine Vielfalt der Rekrutierungswege signalisiert werden. Nach mehreren Umbesetzungen (drei davon schon im ersten Amtsjahr) fand sich die FPÖ erneut auf ihr akademisches Stammpersonal zurückgeworfen. Aus zunächst einem Alten Herren unter sechs Regierungsmitgliedern waren drei unter deren fünf geworden. In die Nachfolgeregierung, gebildet als Ergebnis der von Kanzler Schüssel mit der freiheitlichen Parteikrise von 2002 legitimierten Neuwahlen desselben Jahres, übernahm die FPÖ ausschließlich ihre drei Korporierten. Diese Episode macht sichtbar, dass eine nicht-korporierte AkademikerInnenschicht im personellen Einzugsbereich der FPÖ sehr wohl existiert, allerdings als vergleichsweise dünn beschrieben werden muss. Das Verbindungsstudententum stellt vor diesem Hintergrund eine Art Sicherheitsnetz zur Verfügung, das zumindest in fachlicher Hinsicht eine gewisse Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit verbürgt.

Die Regierungsriege der Vizekanzler Haupt und Gorbach (sechs Positionen, neun Personen) war in der Gesamtsicht jener Riess-Passers nicht unähnlich. Der Männeranteil stieg wieder an (von 66,7 % auf 77,8 %), der AkademikerInnenanteil sank (von drei Vierteln auf zwei Drittel), erneut repräsentierte Böhmdorfer die Burschenschaften. Hinsichtlich des Korporiertenanteils ist ein gegenüber Schüssel I umgekehrter Trend feststellbar: Diesmal wurden die Alten Herren im Laufe der Amtsperiode nicht ein-,

sondern ausgetauscht. War das FPÖ-Team 2003 mit einer Korporierungsquote von 50 Prozent (sowie 75 % der AkademikerInnen) angetreten, wurden schon im Vorfeld der BZÖ-Gründung (April 2005) sämtliche drei Korporierten aus dem Team entfernt – zunächst Waneck und Böhmdorfer im Juni 2004 und schließlich Herbert Haupt im Jänner 2005. Wenngleich Haupt danach noch Funktionen für das BZÖ übernehmen sollte, lassen diese Personalrochaden sich mit einiger Plausibilität als Vorbereitungshandlung für die in völkischen Kreisen weithin als Veruntreuung rezipierte Übernahme des freiheitlichen Regierungsteams und des Nationalratsklubs durch Haiders Neugründung deuten. Offenbar war Haider nicht überzeugt, die Alten Herren für seinen Bruch mit dem Konzept der Lagerpartei gewinnen zu können. Wie zur Bestätigung dieser Annahme wurde Haupt wenige Monate nach der BZÖ-Gründung von Gästen des burschenschaftlichen ‚Schiller-Kommerses' 2005 ausgebuht und als Verräter beschimpft.[38]

V.1.2 Die Landesebene

2010 wies der Rechtsextremismusforscher Andreas Peham gegenüber der Tageszeitung *Die Presse,* darauf hin, dass die Präsenz von Burschenschaftern in der FPÖ von Landesorganisation zu Landesorganisation variiere. In Wien etwa sei der Anteil nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Sozialstruktur einer Universitätsstadt besonders hoch.[39] An anderer Stelle nennt Peham „insbesondere Wien, Oberösterreich und Steiermark" als Bundesländer mit einer hohen Zahl an korporierten „Führungskader(n) in den Landesparteien".[40] Demgegenüber konstatiert Sigurd Scheichl im Interview von 2012, dass Alte Herren in den westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg für die FPÖ „keine Rolle" spielten.[41] Tatsächlich verzeichnen die Annalen etwa der Tiroler Landes-FP zwar einzelne Burschenschafter wie Klaus Mahnert (der außer im Nationalrat u. a. auch als Landesparteiobmann-Stellvertreter wirkte), den vorma-

38 Dies berichtet Peham (2012, 7) unter Berufung auf den *Standard* vom 13.6.2005 sowie in Übereinstimmung mit http://www.news.at/Articles/0548/10/127366/blaues-schmisse-straches-burschenschafter (Artikel vom 1.12.2005, ohne Autor/-in). Der erwähnte ‚Bruch' war, wie in Abschnitt V.3.1 noch auszuführen sein wird, von Haider schon in der FPÖ selbst begonnen worden und bestand in einem Schwenk zum Rechtspopulismus im in Kapitel I.5 ausgeführten Doppelsinn: Populismus als Stil und Inszenierung sowie als relative ideologische Beliebigkeit. Der Stilwandel war in der FPÖ schon von Alexander Götz erprobt worden und hatte spätestens 1986 mit Haider nachhaltig Einzug gehalten. Den Beliebigkeitskurs schlug Haider ab etwa Mitte der 1990er-Jahre ein und blieb dabei zwar einem rechten Wertesystem, weniger aber althergebrachten völkischen Dogmen verhaftet.

39 http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/607829/Wiener-FPOe_Burschenschafter-dominieren-Rathausklub?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do (Artikel vom 5.11.2010, ohne Autor/-in).

40 Peham 2012, 8.

41 Interview vom 8.6.2012.

ligen NSDAP-Gauhauptamts- und Gauschulungsleiter Friedrich Mang (*Germania* Innsbruck, FPÖ-Gemeinderat in Innsbruck von 1962 bis 1965)[42] oder Michael Passer (*Suevia* Innsbruck, um 1990 kurzzeitig Vizebürgermeister von Innsbruck); eine Dominanz und offenkundige Seilschaftenbildung wie etwa in Wien ist jedoch nicht zu erkennen. Regionale Unterschiede wie diese kommen auch in den folgenden Detailerhebungen immer wieder zum Vorschein.

Die Landesparteiobleute

Im VdU[43] hatten über die Jahre insgesamt 21 (durchwegs männliche) Personen eine Landesparteivorsitzenden-Funktion inne. Darunter befanden sich mit Wilhelm Kindl (Niederösterreich, pennal-conservative Burschenschaft *Teutonia* Wien), Otto Scrinzi (Kärnten/Koroška, VDSt Innsbruck) und dem akademischen Burschenschafter Fritz Stüber (Wien) drei Korporierte, wobei Kindl mit rund drei Jahren Amtszeit der längstdienende Alte Herr in dieser Funktion blieb. Für die FPÖ[44] ergeben sich, wie bereits angedeutet, von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedliche Befunde. Ein einheitliches Profil liefert einzig die Kategorie Geschlecht: Von 78 Landesparteiobleuten zwischen der Parteigründung 1956 und Juli 2014 war mit Barbara Rosenkranz (Niederösterreich, 2003 bis 2013) eine einzige weiblich, was einem Frauenanteil von 1,3 Prozent entspricht.[45] Die AkademikerInnenquote befindet sich mit 52,6 Prozent leicht über dem Niveau des Nationalrats. Deutlich höher als dort fällt hingegen der Korporiertenanteil von gut einem Drittel (34,6 %) aus. Unter den Landesparteiobleuten mit akademischem Titel (ausschließlich Männer) beträgt er sogar 56,1 Prozent. Der Anteil akademischer Burschenschafter an den Landeschefs insgesamt ist beträchtlich höher als jener an den Nationalratsabgeordneten (16,7% gegenüber 9,3 %). Fast jeder zweite korporierte Landesobmann (13 von 27), aber nur jeder dritte korporierte Nationalratsabgeordnete gehörte einer solchen Burschenschaft an. Es lässt sich somit festhalten, dass völkische Korporierte im Allgemeinen wie auch aka-

42 Vgl. zu Mangs politischer Biographie Dvorak 2000 (Biographisches Lexikon I/4), 21 f.

43 Vgl. hierzu erneut Höbelt 1999, 279.

44 Die Angaben zu den freiheitlichen Landesobleuten basieren wesentlich auf Piringer 1982, 329 f. und FPÖ 1991, 141 (ergänzt und korrigiert u.a. durch die Piringer-Chronologien und Grillmayer 2006). Mehrfach-Amtsinhaber wurden für die Berechnung nur einfach gezählt, auch wenn ihre Funktionsperioden nicht direkt aneinander anschlossen. Amtierte neben dem formellen Obmann ein zweiter in geschäftsführender Funktion, wurde ersterer als Amtsinhaber gewertet. Phasen interimistischer Leitung durch einen geschäftsführenden Obmann nach Abtritt eines früheren, regulären wurden dagegen für den Interimsobmann verbucht.

45 Rosenkranz ist inzwischen selbst Mitglied einer Damenverbindung, wurde aber – analog zur Vorgehensweise für den Nationalrat – hier nicht in dieser Eigenschaft berücksichtigt, da sie die Position der Obfrau als Nichtkorporierte antrat.

demische Burschenschafter im Besonderen an der Spitze von Landesparteien stärker repräsentiert waren als im Nationalrat, wobei freilich die potenziellen Verzerrungseffekte durch die kleinere Referenzgruppe (78 gegenüber 204 MerkmalsträgerInnen) zu berücksichtigen sind.

Im Vergleich der einzelnen Länder miteinander legt schon die AkademikerInnenquote beträchtliche Differenzen offen – am niedrigsten ist sie, wenig überraschend, in den bis heute oder bis vor Kurzem Universitäts-losen Bundesländern Vorarlberg (0 %), Niederösterreich (33,3 %) und Burgenland (44,4 %), am höchsten in den drei Ländern mit traditionsreichen Universitäten: Wien (83,3 %), Steiermark (75 %) und Tirol (66,7 %). Die Wiener Landespartei, die über das flächenmäßig kleinste Einzugsgebiet, aber auch jenes mit der mit Abstand höchsten AkademikerInnendichte verfügt[46], weist den höchsten Korporiertenanteil auf: Fünf von sechs (oder 83,3 %) ihrer bisherigen Obmänner gehörten einer völkischen Verbindung an. Es folgen Oberösterreich (fünf von sieben) und die Steiermark (vier von acht), am unteren Ende auch hier Vorarlberg (keiner) und das Burgenland (einer von neun). Die Tiroler FPÖ hatte – trotz der Universitätsstadt Innsbruck – lediglich in drei von zwölf Fällen einen Korporierten zum Obmann, was auf Scheichls Aussage über die westlichen Landesparteien verweist. Generell scheint die unterschiedliche Verfasstheit der Landesorganisationen die Unterschiede im jeweiligen Stellenwert von Korporierten plausibler zu erklären, als soziostrukturelle Eigenheiten des jeweiligen Bundeslandes es vermögen. Dafür spricht auch die Wiener Situation: Obwohl hier eine liberale AkademikerInnenschicht abseits der Korporationen als Rekrutierungsfeld zur Verfügung stand, rekrutierten die freiheitlichen Landesparteiobmänner mit Hochschulabschluss sich in vier von fünf Fällen aus dem völkischen Verbindungsstudententum.[47] Ähnlich hoch fiel dieser Anteil in Kärnten/Koroška (fünf von sieben) und in Oberösterreich (vier von vier) aus, was auf das Fehlen alternativer akademischer Rekrutierungsfelder in diesen Landesorganisationen verweist. In Tirol (drei von acht) oder dem Burgenland (einer von vier) waren Akademiker an der Parteispitze dagegen meist nicht korporiert.

Rekordwerte können die Kärntner und die oberösterreichischen Freiheitlichen auch hinsichtlich des Anteils akademischer Burschenschafter an den Obmannpositionen verbuchen: Dieser belief sich in Österreichs südlichstem Bundesland auf 33,3 Prozent (bzw. auf 80 % der korporierten Obmänner), im Land ob der Enns gar auf 43 Prozent

46 Vgl. für einen rezenten Überblick die Zahlen der *Statistik Austria* unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/bildungsstand_der_bevoelkerung/067324.html.

47 Umgemünzt auf zeitliche Dauer saßen der Wiener Landespartei in 52 von 58 Jahren Parteigeschichte (bis inklusive 2014) Korporierte vor. Die Hälfte oder mehr der Zeit unter Altherrenführung befanden sich auch die Kärntner (36 Jahre) und die steirische FPÖ (29 Jahre). Zur Ermittlung dieser Werte wurden die einzelnen Amtsperioden der Obleute auf Jahre gerundet. Am unteren Ende der Wertung liegen Vorarlberg (kein einziges Jahr) und Salzburg (neun Jahre).

(bzw. 60 % der Korporierten). Die Kärntner Freiheitlichen befanden sich allerdings länger – nämlich über 30 Jahre – unter burschenschaftlicher Führung. Noch vor Oberösterreich (17 Jahre) liegt in dieser Wertung das Burgenland mit 20 Jahren, die allerdings ausschließlich auf das Konto von Langzeitobmann Richard Rezar gehen.[48] Durch die Amtsübernahme von Walter Rosenkranz (*Libertas* Wien) in Niederösterreich 2013 wurde die Vorarlberger Landesorganisation zur einzigen, die noch nie von einem Burschenschafter angeführt wurde.

Um über das bisher Gesagte hinaus auch Unterschiede im Zeitverlauf sichtbar machen zu können, wurde zu guter Letzt auch eine Erhebung über die Landesparteiobleute in stichprobenartigen Fünf-Jahres-Schritten durchgeführt. Den Ausgangspunkt bildete dabei der Parteigründungstag, der 7. April 1956. Im Vergleich der so ermittelten Stichprobenwerte ergeben sich Spitzen in den Jahren 1966 und 1976, wo gleichzeitig in sechs von neun Bundesländern Korporierte als Obleute wirkten, Tiefpunkte dagegen am Anfang und gegen Ende des Untersuchungszeitraums (1956 und 2006) mit je zwei korporierten Amtsinhabern. Burschenschaften stellten nie mehr als drei der neun Landesobleute gleichzeitig, dies allerdings gleich in vier der zwölf erhobenen Jahre (1966, 1971, 1976 und 1996).

Die Nationalratsabgeordneten

Der Umstand, dass ein Großteil der österreichischen NationalrätInnen über Landes- oder Regionalwahlkreise gewählt wird, ermöglicht es, auch aus der Zusammensetzung der freiheitlichen Nationalratsklubs Aufschlüsse über regional unterschiedliche Rekrutierungsprofile zu gewinnen.[49] Wenn im Folgenden von ‚steirischen Abgeordneten' oder solchen ‚aus Wien' die Rede ist, so wird damit auf den Wahlkreis Bezug genommen.[50] Wie schon bei der Betrachtung der Landesparteiobleute tritt auch hier eine auffallend starke verbindungsstudentische Prägung bestimmter FPÖ-Landesgruppen zutage. Gut ein Viertel der korporierten Mandatare (26,3 %) und mehr als ein Drittel der akademischen Burschenschafter (36,8 %) stammen aus Oberösterreich, danach folgen in beiden Wertungen mit jeweils deutlichem Abstand Wien und Niederöster-

48 Rezar war 1940 der damaligen *Kameradschaft ‚Johann Gottlieb Fichte'* beigetreten, unter deren Dach *Olympia* Wien die NS-Zeit überdauerte (vgl. Dvorak 2002, Biographisches Lexikon I/5, 60).

49 Über den VdU lassen sich aufgrund seiner geringen Zahl an korporierten Nationalräten in dieser Hinsicht keine brauchbaren Aussagen treffen. Zwei der vier Merkmalsträger kamen aus der Steiermark, je einer aus Niederösterreich und aus Wien.

50 Für MandatarInnen, die über mehrere Bundesländer umfassende Wahlkreisverbände oder über die Bundeswahlliste in den Nationalrat einzogen, wurde auf Grundlage früherer Partei- und öffentlicher Ämter auf Landesebene oder im Bundesrat sowie im Bedarfsfall unter Rückgriff auf Sekundärliteratur (v. a. Grillmayer 2006) eine Zuordnung getroffen.

reich. Diese Rangfolge spiegelt zum Teil wohl die Größenverhältnisse der Bundesländer sowie die Kräfteverhältnisse der Landesgruppen wieder – ein Effekt, der sich durch eine Gegenüberstellung der Zahlen mit den Anteilen der jeweiligen Landesgruppen an den freiheitlichen Nationalratsmandaten insgesamt[51] neutralisieren lässt. Diese Gegenüberstellung ergibt, dass etwa der niederösterreichische Anteil an allen FPÖ-Abgeordneten in etwa jenem an den Korporierten unter ihnen entspricht, während Oberösterreich unter den korporierten Mandataren deutlich stärker vertreten ist als in der Gesamtheit der Abgeordneten (15,2 %). In Tirol stehen dagegen 9,8 Prozent der MandatarInnen nur 3,5 Prozent der Korporierten gegenüber, in Kärnten/Koroška beträgt das Verhältnis 13,6 zu 8,8 Prozent.

Der Verweis auf demographische Eigenheiten von Bundesländern mit Hochschulstädten scheint auch hier nur begrenzt erklärungskräftig, sind Korporierte doch sowohl in Tirol als auch in der Steiermark[52], gemessen am Abgeordneten-Anteil der jeweiligen Landesgruppe, *unter*repräsentiert und fand in Oberösterreich Hochschulleben erst ab 1966 statt. Neben der unterschiedlich starken Durchdringung der Bundesländer mit Mittelschulverbindungen wäre demnach erneut die spezifische Verfasstheit der jeweiligen Landespartei als Erklärungsfaktor zu veranschlagen. Die besondere Bedeutung des Wiener Verbindungswesens (und Wiens als Studien- und Politisierungsort) findet in der Wiener Landespartei allerdings nur unzureichend Ausdruck: Ungeachtet des Geburts- bzw. Herkunftsortes gehörte fast die Hälfte aller korporierten FPÖ-Nationalräte (49,1 %) einer Wiener Verbindung an. Dahinter folgen die Steiermark (15,8 %) und Oberösterreich (12,3 %). Es erscheint daher naheliegend anzunehmen, dass auch etwaige Korporiertennetzwerke in den Länderparteien zum Teil in Wien – und dort etwa im *Wiener Korporations-Ring* (WKR) und im *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) – gewoben bzw. grundgelegt wurden. So sind etwa die Bünde von sechs jener sieben akademischen Burschenschafter, die bislang über einen oberösterreichischen Wahlkreis in den Nationalrat einzogen, in Wien angesiedelt.

In welchen Landesparteien Korporierte besonders wirksame Netzwerke entfalten, ist zur Beurteilung ihres Einflusses auf die Gesamtpartei nicht belanglos, weisen die Landesgruppen doch unterschiedlich hohes innerparteiliches Gewicht (ausgedrückt etwa in den nach Mitgliedern berechneten Delegiertenzahlen für Bundesparteitage) auf. Gerade Oberösterreich mit seinem – wie eben nachgewiesen – vergleichsweise hohen Anteil

51 Hierbei wurden jene MandatarInnen, die ausschließlich über Bundeswahllisten gewählt wurden, nicht berücksichtigt, um Verzerrungseffekte durch in keiner Landespartei verankerte ‚QuereinsteigerInnen' zu vermeiden.

52 Für die Steiermark fällt zudem auf, dass bis zu den Nationalratswahlen 2013 kein einziger politisch dort verankerter Nationalrat akademischer Burschenschafter war; stattdessen kamen die korporierten steirischen Nationalräte aus Corps, pennalen Burschenschaften, dem Akademischen Turnverein (jeweils 2) und aus einem Verein Deutscher Studenten (1).

von Korporierten und insbesondere Burschenschaftern an hochrangigen freiheitlichen FunktiontsträgerInnen gilt Grillmayer zufolge spätestens seit den 1970er-Jahren als „freiheitliches Musterland", das bei der Übergabe von Peter auf Götz rund ein Drittel der Parteimitglieder beheimatet habe.[53] Luther weist für die oberösterreichische Landesgruppe für 1986 und 2000 zwar jeweils nur rund ein Viertel der FPÖ-Gesamtmitgliederzahl aus, in beiden Fällen reicht dies jedoch klar für Rang eins in der Liste der mitgliederstärksten Landesparteien.[54]

Der Wiener Landtag und Gemeinderat (gesamt)[55]

Im personalidenten Wiener Landtag und Gemeinderat (fortan schlicht Landtag) war der VdU nur in einer Legislaturperiode – von 1949 bis 1954 – vertreten. Die sechs Mandate wurden von sieben verschiedenen Personen eingenommen, von denen sechs Männer und zwei Akademiker waren. Kein einziger Korporierter befand sich darunter, sieht man von dem erst im Jahr nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag der Wiener *Moldavia* beigetretenen Karl Wicha ab. Für die FPÖ ergeben sich in der Gesamtsicht (N = 87)[56] bemerkenswerte Abweichungen von den Werten des Nationalrats. Der Männeranteil liegt mit 80,5 Prozent zwar in einem ähnlichen Bereich, der Korporiertenanteil mit 33,3 gegenüber 27,9 Prozent jedoch signifikant höher; dies, obwohl gleichzeitig der allgemeine AkademikerInnenanteil deutlich niedriger ausfällt (33,3 % zu 44,1 %). Dementsprechend hohe Werte erreichen die freiheitlichen Landtagsklubs auch für die weiteren Korporierungsquotienten: 41,4 Prozent ihrer männlichen Mitglieder im Untersuchungszeitraum, 55,2 Prozent der AkademikerInnen und 61,5 Prozent der Akademiker waren korporiert.

Verantwortlich für diese Zahlen sind nicht zuletzt die im Vergleich mit allen anderen untersuchten Betätigungsfeldern (Nationalrat, Bundesregierung, Landesparteien)

53 Grillmayer 2006, 151.

54 Vgl. Luther 2001, 18 f.

55 Die Datengrundlage für die folgenden Berechnungen bildeten die Auflistungen in Rauchenberger 1994, 298–528 (bzw. präziser: 313–315, 330–332, 352–354, 381–383, 408–410, 425–427, 459–461, 479–481 und 526–528), im Bedarfsfall ergänzt durch Landtagsprotokolle (http://www.wien.gv.at/mdb/ltg) und diverse Ausgaben des Österreichischen Amtskalenders.

56 Erfasst wurden hierbei (analog zu den Vergleichswerten für den Nationalrat) alle je von der FPÖ in den Wiener Landtag entsandten Personen ungeachtet der Dauer ihres Verbleibs ebendort. Dies gilt auch für Angaben zu einzelnen Legislaturperioden und schließt jene Personen, die ihr Mandat bereits in der konstituierenden Sitzung aufgrund ihrer Bestellung zu StadträtInnen zurücklegten, ebenso mit ein wie jene, die für diese in den Landtag nachrückten. Diese Vorgehensweise erscheint insofern angemessen, als für die Mitglieder der Stadtregierung schon aufgrund ihrer geringen Zahl keine gesonderten Berechnungen angestellt wurden. Auch ist festzuhalten, dass die Personalfluktuation im freiheitlichen Wiener Landtagsklub in Summe deutlich geringer ausfiel als jene unter freiheitlichen Nationalratsabgeordneten.

besonders hohen Burschenschafteranteile in Wien. Nicht weniger als 17,2 Prozent aller bisherigen Wiener FPÖ-Landtagsabgeordneten (ungeachtet des Geschlechts) waren akademische Burschenschafter. Unter den Akademikern stellten sie knapp ein Drittel (30,8 %), unter den Korporierten mehr als die Hälfte (51,7 %). In absoluten Zahlen waren 15 von 29 korporierten Landtagsmandataren akademische Burschenschafter, an zweiter Stelle rangierten abgeschlagen die VDSt *Vereine Deutscher Studenten* mit fünf Abgeordneten. Insgesamt hat die FPÖ bis zum Stichtag 1. Juli 2014 mehr Burschenschafter (akademische und pennale) in den Wiener Landtag entsandt als Frauen (18 zu 17). Korporierte absolvierten dort zudem durchschnittlich 2,3 Amtsperioden, Nichtkorporierte dagegen lediglich 1,5.[57]

Eine besondere Auffälligkeit in der Zusammensetzung der freiheitlichen Landtagsfraktionen besteht in der Rolle einer bestimmten Korporation: der akademischen Burschenschaft *Aldania:* Zwei Drittel aller freiheitlichen Burschenschafter im Landtag kamen aus ihren Reihen. In den beiden Legislaturperioden von 1991 bis 2001 waren jeweils ebenso viele *Aldanen* (sieben) in Landtag und Stadtregierung vertreten wie *Grüne* (als Partei mit damals 9,1 bzw. 7,9 Prozent der Stimmen). Das *Liberale Forum* fiel in der zweitgenannten Periode mit sechs Mandaten sogar hinter *Aldania* zurück. Mehr als einen Abgeordneten stellten im Lauf der Zeit auch der VDSt *Sudetia* (fünf), die aB! *Olympia* (drei) und die Pennalburschenschaft *Vandalia* Wien (zwei). Das Beispiel der *Vandalen,* für welche Heinz-Christian Strache seinen ‚Leibfuchs' Johann Gudenus erst in das Bundgeschehen einführte, bevor er ihn 2010 als seinen Statthalter in den Landtag holte, verweist auf die jedenfalls fallweise gegebene Bedeutsamkeit verbindungsstudentischer Beziehungen für die parteiinterne Rekrutierung (vgl. die Ausführungen zu den *Aldanen* in Abschnitt V.6).

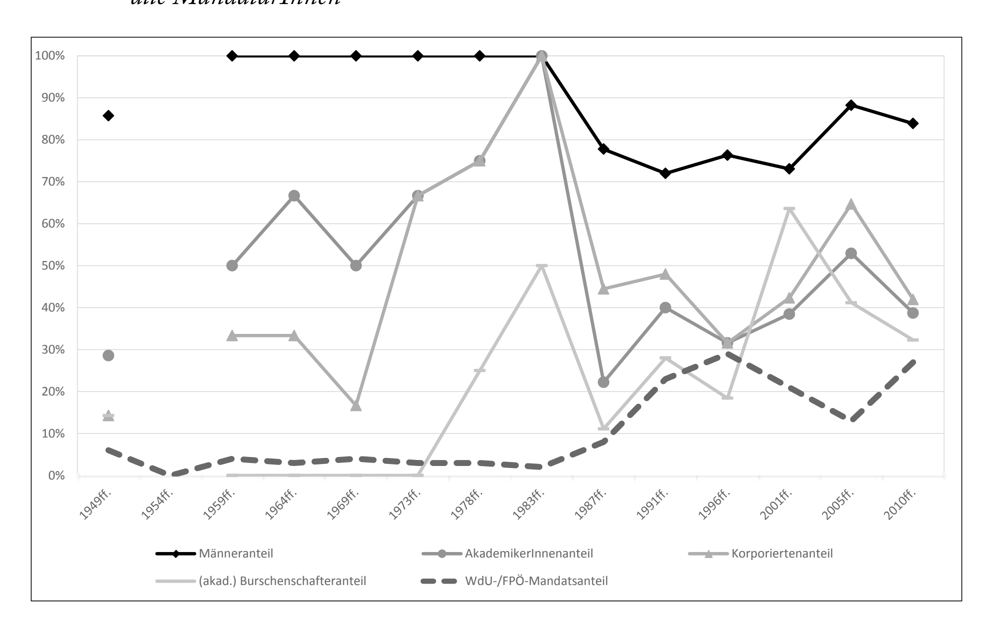
Landtag und Gemeinderat im Zeitverlauf

Wie bereits in der aggregierten Form weisen die freiheitlichen Landtagsklubs auch in dynamischer Perspektive markante Unterschiede zu den Nationalratsfraktionen auf. Die größte Übereinstimmung besteht einmal mehr im Männeranteil: Erst 1987 ziehen mit Ingrid Kariotis und Karin Landauer die ersten Frauen für die FPÖ in den Wiener Landtag ein (für den VdU wirkte Martha Burian bereits 1949 als Pionierin). Seither ist ein Frauenanteil von rund einem Fünftel üblich, wobei die Landesparteiobmannschaft Straches (ab 2004) einen Rückschlag brachte. Der AkademikerInnenanteil verzeichnete mit dem Auftakt zum Erfolgslauf während der Ära Haider (die Kommunalwahlen 1987

57 Für diese Berechnung wurde die Zahl der Perioden für jede/-n Abgeordnete/-n in ganzen Zahlen erhoben. Eine Periode wurde nur dann gezählt, wenn der/die Betreffende das Landtagsmandat mindestens ein Jahr lang tatsächlich ausübte.

vergrößerten den Mandatsstand der Wiener FPÖ von zwei auf acht) einen deutlichen Einbruch. War bis dahin stets zumindest jeder zweite FPÖ-Abgeordnete Akademiker gewesen, war es nun nur noch gut jede/-r Fünfte. Seither wurde nur 2005 – unter den Bedingungen der BZÖ-Abspaltung und der Rückbesinnung auf frühere Tugenden (und Rekrutierungspraxen) – die 50-Prozent-Marke überschritten. Die darauffolgende Wahl 2010 bestätigte mit einem neuerlichen Rückgang den schon für den Nationalrat erhobenen Befund: Hohe AkademikerInnenanteile werden in Schwächephasen verzeichnet, sinkende bei wachsender Größe (und damit tendenziell auch Breite) der Partei.[58]

Grafik 4: WdU-/FPÖ-Fraktionen im Wiener Landtag im Zeitverlauf, alle MandatarInnen



In puncto Korporiertenanteil schloss der freiheitliche Wiener Landtagsklub erst 1973 zu den im Nationalrat gängigen Werten auf. Allerdings erfolgte die Etablierung von

58 Als Anomalie ist anzuführen, dass der Männeranteil nicht bereits 2001 – als die FPÖ von 29 auf 21 Mandate einbrach – sank, sondern erst mit der Fortsetzung des Abwärtstrends 2005 (von 21 auf 13). Als Gründe lassen sich das breitere Profil der 2001er-FPÖ sowie der Umstand angeben, dass die FPÖ damals auf hohem Niveau verlor und immer noch 20,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Es hat den Anschein, als würde die Beschränkung auf das männlich-akademische Kernpersonal nicht bei jedwedem Stärkeverlust, sondern erst bei Unterschreiten einer gewissen kritischen Größe vollzogen, die – vergleicht man die Ergebnisse für den Nationalrat und den Wiener Landtag – zwischen 15 und 20 Prozent der Stimmen anzusiedeln wäre.

Korporierten hier besonders nachhaltig: Der Absturz während der Haider-Ära blieb in Wien aus, nur einmal seit 1973 wurde hier die 40-Prozent-Marke unterschritten. In beiden Fällen brachte die Obmannschaft Straches einen zunächst rapiden Anstieg, gefolgt von einem moderaten Rückgang. Das Muster von Verspätung und langfristiger Etablierung lässt sich in Wien auch für den burschenschaftlichen Korporationstyp konstatieren: Wenngleich erst 1978 mit Rainer Pawkowicz der erste akademische Burschenschafter für die FPÖ in den Landtag einzog, weist diese Verbindungsform seither eine dauerhafte Präsenz ebendort auf. Seit der Jahrtausendwende lag der Burschenschafteranteil in drei aufeinanderfolgenden Wahlen über allen je im Nationalrat erreichten Werten (2001: 63,6 %; 2005: 41,2 %; 2010: 32,3 %). Wie nachhaltig sich die völkischen Korporierten in der Wiener FPÖ (und dadurch auch im Wiener Landtag) etablieren konnten, lässt sich auch an den Nachbesetzungen im freiheitlichen Landtagsklub ablesen: In immerhin fünf von dreizehn Fällen der Mandatsniederlegung von Alten Herren seit 1991 folgte dem Zurückgetretenen ein anderer Korporierter nach. Bei näherer Betrachtung der Nachbesetzungen fällt auf, dass Korporierte den Wiener Landtag in aller Regel aufgrund von Berufungen in höhere Ämter verließen, was sich als Indiz für eine (jedenfalls im Durchschnitt) hervorgehobene innerparteiliche Stellung von Korporierten deuten lässt: Von insgesamt fünfzehn Mandatsniederlegungen durch Alte Herren hatten sieben eine Berufung in die Landesregierung zur Ursache[59], in vier Fällen wechselte der jeweilige Korporierte in den Nationalrat, ein weiterer (Herbert Rudolph, VDSt *Sudetia*) stieg 1991 zum ersten freiheitlichen Vizepräsidenten des Wiener Stadtschulrates auf.[60]

Der Anteil von Korporierten an den AkademikerInnen im freiheitlichen Landtagsklub weist einen ähnlichen Verlauf wie jener der Nationalratsfraktion auf, lag anders als dieser jedoch in der gesamten Parteigeschichte der FPÖ lediglich einmal unter 40 Prozent. Erneut feststellbar sind ein steigender Anteil nichtkorporierter AkademikerInnen während der Haider-Ära sowie ein neuerlicher Rückgang dieses Anteils unter Strache. Dieser Rückgang ereignete sich in Wien auf höherem Niveau als im Nationalrat, weshalb Korporierte die Reihen der freiheitlichen HochschulabsolventInnen im Wiener Landtag stärker dominierten als in diesem – mit einem Anteil um die 80 Prozent (gegenüber rund 60 %) seit Beginn der Obmannschaft Straches. Dies unterstreicht die fortbestehende Wichtigkeit der völkischen Verbindungen als akademisches Personalreservoir der FPÖ, lässt ihre über den akademischen Bereich hinausgehende Bedeutung als Rekrutierungsfeld jedoch unbeleuchtet: So gehörten dem

59 Im Fall der Ersetzung von Eduard Schock durch Henriette Frank 2005 wurde die Zurücklegung des Mandats gleichsam mit vierjähriger Verspätung vollzogen, da Schock seit Beginn der Legislaturperiode parallel als Stadtrat und Landtagsabgeordneter amtierte.

60 Die drei restlichen Fälle betreffen *Aldanen:* Erich Engl stolperte über einen Gesetzesverstoß (1995), Rainer Pawkowicz verstarb im Amt (1998), Kurth-Bodo Blind ging in Pension (2008).

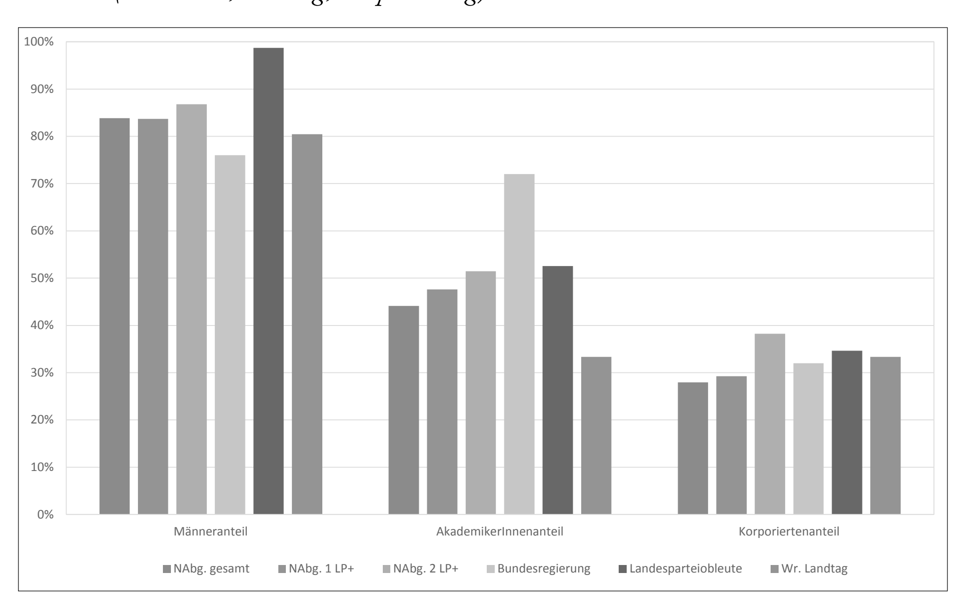
Landtagsklub der 2010 begonnenen Amtsperiode immerhin auch sechs Korporierte ohne akademischen Abschluss an. Bemerkenswert daran ist, dass alle sechs akademischen Burschenschaften entstammten, die der Idee nach eigentlich nur Akademiker und zielstrebig auf einen akademischen Abschluss zuarbeitende Studenten als Mitglieder führen. Die Vermutung liegt nahe, dass das FPÖ-Engagement in diesen Fällen für die Gewährung einer Ausnahmeregelung qualifizierte. Besonders großzügig wurde das Akademikerprinzip von den *Aldanen* gehandhabt, die vier der sechs Betroffenen zu ihren Mitgliedern zählt.

V.1.3 Zusammenschau

Stellt man die für die verschiedenen Funktionsebenen erhobenen Gesamtbefunde über den Untersuchungszeitraum einander gegenüber, treten sowohl querschnitthaft gültige Tendenzen als auch notierenswerte Differenzen zutage. Als geteiltes Merkmal sämtlicher untersuchten Bereiche kann die klare innerparteiliche Männerdominanz gelten. Mit Ausnahme der Regierungsebene (76 %) bewegt sie sich überall jenseits der Vier-Fünftel-Grenze, mit einer Spitze von 98,7 Prozent im Fall der Landesobleute. Die AkademikerInnenanteile streuen relativ stark: von exakt einem Drittel im Wiener Landtag über rund die Hälfte (44,1 bzw. 52,6 %) im Nationalrat und unter den Landesparteichefs bis an die Drei-Viertel-Marke im Fall der freiheitlichen Regierungsriegen (72 %). Die Korporiertenanteile bewegen sich durchgehend rund um ein Drittel (Regierung: 32 %, Wiener Landtag: 33,3 %, Landesparteiobleute: 34,6 %, Nationalrat: je nach Eingrenzung zwischen 27,9 und 38,2 %). Bemerkenswert ist dies zum einen aufgrund der schieren Höhe dieser Anteile bzw. des eklatanten Missverhältnisses zum Anteil völkischer Korporationsmitglieder an der österreichischen Gesamtbevölkerung.[61] Zum anderen ist auf die auffällige Gleichmäßigkeit hinzuweisen, in der Korporierte über alle untersuchten Ebenen hinweg (wenn auch mit gewissen Schwankungen über die Zeit) in den Rängen der FPÖ vertreten waren – ohne dass dem ein Schlüssel zur angemessenen Berücksichtigung verschiedener Parteiteil- oder Vorfeldorganisationen zugrunde gelegen wäre. Anders als im Fall der bündisch strukturierten Rekrutierungspraxis der ÖVP ist im Fall der FPÖ über einen solchen (informellen) Schlüssel jedenfalls nichts bekannt.

61 Der aggregierte Mitgliederhöchststand der völkischen Verbindungen in Österreich (alle Typen) nach 1945 dürfte in den 1960er-Jahren mit großzügig geschätzten 7.000 erreicht worden sein. Aufgerechnet auf die Ergebnisse der Volkszählungen von 1961 und 1971 entspräche selbst diese angenommene Höchstmarke einem Anteil von nicht einmal 0,1 Prozent. Hierzu ist freilich anzumerken, dass die Zusammensetzung von Nationalratsfraktionen (sämtlicher Parteien) in vielerlei Hinsicht die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung nur höchst verzerrt abbildet, etwa in puncto des JuristInnenanteils, des Geschlechterverhältnisses oder der Altersstruktur.

Grafik 5: Statistische Synopse zur FPÖ-Rekrutierung I (Geschlecht, Bildung, Korporierung)

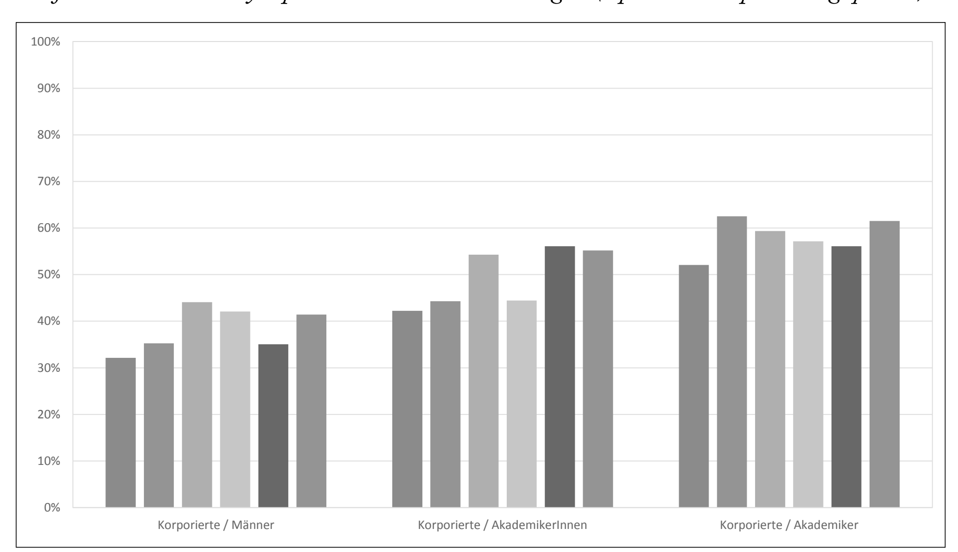


Abkürzungen: NAbg. = FPÖ-Nationalratsabgeordnete; NAbg. 1 (2) LP+ = FPÖ-Nationalratsabgeordnete mit mindestens einer (zwei) vollen Legislaturperiode(n) Amtszeit

Der Korporierungsgrad für Positionsinhab*er* beträgt zwischen 32,2 (Nationalratsmandatare ungeachtet der Amtsdauer) und 44,1 Prozent (Nationalratsmandatare mit zwei oder mehr Amtsperioden).[62] Durchwegs noch höher sind allerdings die Anteile von Korporierten an den AkademikerInnen, womit die Rekrutierung von HochschulabsolventInnen außerhalb des Korporationswesens als untypischer anzusehen ist als die Rekrutierung nichtkorporierter Männer. Unter den Männern mit Hochschulabschluss stellen Korporierte auf allen Ebenen die Mehrheit.

62 Das Generalsekretariat mit 11,1 Prozent und die Position des Bundesgeschäftsführers mit null Prozent fallen dabei aus der Reihe. Wenngleich die Aussagekraft dieses Umstandes angesichts der kleinen Vergleichsgruppen (20 bzw. 13 Personen, davon 18 bzw. 13 Männer) beschränkt ist, sei an dieser Stelle die Vermutung formuliert, dass diese Unter- bzw. Nichtrepräsentanz mit dem Tätigkeitsprofil dieser Posten in Zusammenhang steht. Während das Generalsekretariat in erster Linie die Botschaften der Partei nach außen zu ‚vermarkten' hat, ist die Geschäftsführung primär mit der parteiinternen Kommunikation betraut. In beiden Fällen spielt inhaltlich-politische Arbeit eine den kommunikativen Aufgaben stark nachgeordnete Rolle.

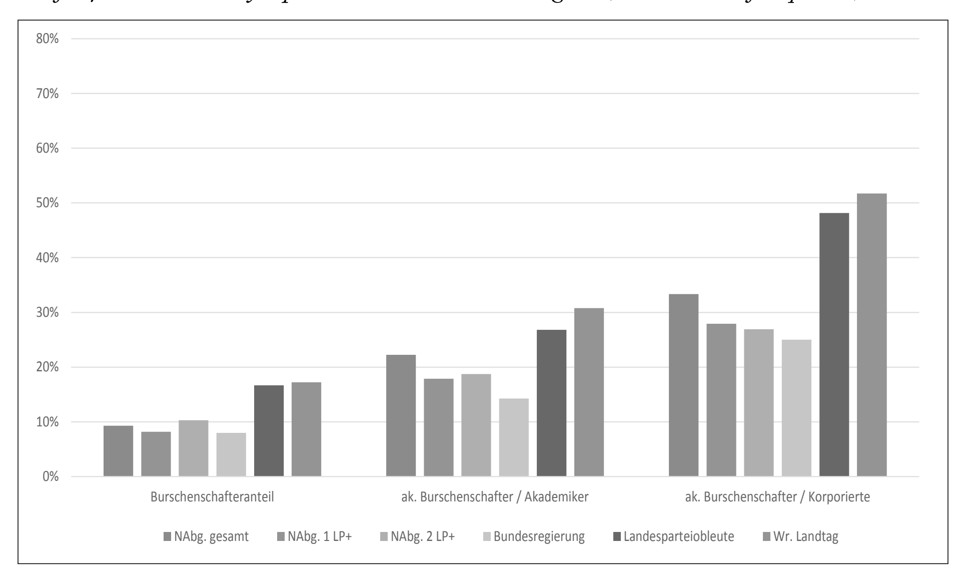
Grafik 6: Statistische Synopse zur FPÖ-Rekrutierung II (Spezielle Korporierungsquoten)



Die Korporationsform der Burschenschaften ist auf den verschiedenen Ebenen in deutlich unterschiedlichem Ausmaß repräsentiert. Am niedrigsten sind die Anteile in den freiheitlichen Regierungsriegen, am höchsten im Wiener Landtag (wo fast jedes sechste von der FPÖ nominierte Mitglied im Untersuchungszeitraum akademischer Burschenschafter war). Berücksichtigt man nur Hochschulabsolvent*en*, war etwa jedes siebte diese Bedingung erfüllende freiheitliche Mitglied der Bundesregierung, jeder fünfte Nationalratsmandatar, jeder vierte Landesobmann und annähernd jeder dritte Wiener Landtagsabgeordnete Mitglied einer akademischen Burschenschaft. Im Vergleich der verschiedenen Verbindungstypen nehmen die Hochschulburschenschaften eine führende Stellung ein: Über sämtliche Untersuchungsebenen hinweg sind sie unter den Korporierten am stärksten vertreten. Ihr Anteil beträgt dabei mindestens ein Viertel, unter den korporierten Landesparteiobmännern beinahe die Hälfte, im Wiener Landtag sogar 51,7 Prozent. Diese Führungsposition im interkorporativen Vergleich ist zum Teil sicherlich auf die verhältnismäßig große Zahl an Bünden zurückzuführen[63], unterstreicht ungeachtet dessen jedoch auch den Ruf und das Selbstverständnis der Burschenschaften als ‚politischste' unter den Verbindungsgattungen.

63 So listet Krause 2007 für Wien, Graz und Innsbruck auf Hochschulebene insgesamt 28 Burschenschaften, 17 Corps, je vier Landsmannschaften und Vereine Deutscher Studenten sowie drei Sängerschaften auf.

Grafik 7: Statistische Synopse zur FPÖ-Rekrutierung III (Burschenschafterquoten)



In Zusammenfassung der Ergebnisse der statistischen Erhebung zur Rekrutierungspraxis der FPÖ lässt sich festhalten, dass Korporierte über den Untersuchungszeitraum und die Ebenen hinweg grob einen Drittelanteil an den untersuchten Positionen in Partei und öffentlichen Ämtern aufwiesen (und damit eine deutlich stärkere Präsenz erlangten als noch im VdU). Die Zugehörigkeit zu völkischen Korporationen im Allgemeinen und zu Burschenschaften im Besonderen war somit im Untersuchungszeitraum ein häufiges Merkmal der PositionsinhaberInnen, wenn auch weniger typisch als akademische Bildung und männliches Geschlecht. Funktionen, die mit besonderer Verantwortung verbunden sind und daher nach allgemeinem Verständnis besondere Qualifikationen sowie realpolitisch ein gewisses innerparteiliches Standing zur Voraussetzung haben (und diese Assets zugleich auch vermitteln), wurden somit von der FPÖ in einem Ausmaß mit Korporierten besetzt, das – gemessen an der Gesamtbevölkerung – einer Überrepräsentanz um mindestens das Dreihundertfache entspricht. Inwieweit die freiheitlichen Kader zumindest die Mitgliederstruktur der Partei abbilden (bzw. in welchem Ausmaß sie dies nicht tun), ist mangels entsprechender Vergleichsdaten nicht zu klären. Es scheint allerdings naheliegend anzunehmen, dass gerade hinsichtlich des Korporiertenanteils zu Zeiten der ‚Honoratiorenpartei' FPÖ (bis Haider) eine höhere Passung von Kadern, Mitgliedern und WählerInnen gegeben war als heute.

Für eine zentrale Stellung der Alten Herren innerhalb der FPÖ sprechen neben ihrer bloßen Präsenz auch ihre tendenziell längere Verweildauer in den untersuch-

ten Funktionen und der damit zusammenhängende Umstand, dass Schrumpfungsprozesse ab einem gewissem Ausmaß mit einem zunehmenden Aufkommen an Korporierten einherzugehen pflegen. Da umgekehrt deren Anteil in Wachstumsphasen eher sank (eindeutig zu Haiders Zeiten, weniger klar unter Strache), ist festzustellen, dass ein ‚Rechtsruck' der Partei historisch zwar von Korporierten wesentlich mitgetragen bzw. mitinitiiert zu werden pflegte, den parteiinternen Stellenwert Letzterer – längerfristig – aber eher senkte, als ihn zu erhöhen. Der Grund hierfür ist im Charakter der von Haider und Strache getragenen Wachstumsprogramme zu finden: Während der Amtsantritt beider mit verbindungsstudentischen Hoffnungen auf eine völkische Renaissance nach quasi-liberalen Intermezzi verbunden war, verfolgten beide Parteichefs in weiterer Folge durchaus anti-liberale und ethnisierende Politiken, artikulierten diese aber in moderneren, mehr an Massenwirksamkeit denn an völkischer Dogmatik orientierten Formen. Eine Schwächung der Korporierten war damit freilich nur im relativen Sinne verbunden – gemessen an ihrer Bedeutung für die Einsetzung der erwähnten Obmänner und an ihrer langfristigen Stellung gegenüber anderen Einflussgruppen innerhalb der FPÖ. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nahm der durch die Partei vermittelte Einfluss von Korporierten in beiden Wachstumsphasen zweifellos zu.

Auf der Bundesländerebene ergeben sich in puncto Korporiertendurchdringung wesentliche Unterschiede, wenngleich zur Absicherung dieser Feststellung detailliertere Analysen für die einzelnen Landesgruppen durchzuführen wären. Die erhobenen Daten legen zumindest die Einstufung Wiens als Bundesland mit einem besonders hohen Stellenwert von Korporierten (und gerade auch Burschenschaftern) in der freiheitlichen Rekrutierungspraxis nahe. Dass dieser Stellenwert erst ab den 1970er-Jahren etabliert wurde und ein einzelner Bund (*Aldania* Wien) dabei eine zentrale Rolle spielte, verweist auf die Bedeutung des Aufbaus und Unterhalts von innerparteilichen Netzwerken. Diese wirken nicht nur lokal, sondern können – bereits zur Studienzeit im Parteivorfeld begründet – auch auf andere Länder und auf die Bundesebene ausstrahlen. Ein Beispiel für den erstgenannten Transfer liefert die Präsenz von Angehörigen Wiener Verbindungen in der oberösterreichischen FPÖ. Die Ausstrahlung von Korporiertennetzwerken auf die Bundespartei wiederum lässt sich etwa anhand der Übernahme zunächst des RFS, dann der Wiener Landespartei und schließlich der Bundesparteiführung durch eine Gruppe eher liberal eingestellter Korporierter um Steger und Friedhelm Frischenschlager in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren zeigen (vgl. Abschnitt V.3.1).

V.2 Zur Überparteilichkeit des Burschenschaftswesens in Österreich

Den zahlreichen Beispielen für politisches Engagement von Burschenschaftern und anderen Korporierten in den Rängen der *Freiheitlichen Partei* zum Trotz wird von burschenschaftlicher Seite seit jeher die Überparteilichkeit des völkischen Verbindungswesens behauptet: Man bekenne sich zu politischer Erziehung und/oder Betätigung ohne jede parteipolitische Bindung.[64] Bereits seit 1888 fühlen die Wiener *Silesen* sich einem entsprechenden Grundsatz verpflichtet: Infolge einer Kontroverse eines Mitglieds der Verbindung mit Georg von Schönerer hatte der Reichsratsabgeordnete Otto Steinwender seiner *Silesia* dekretiert, der Bund dürfe sich „nicht zum Drill für eine politische Fraktion, heiße sie auch wie immer, hergeben" – wohlgemerkt nicht im Geiste des politischen Pluralismus, sondern weil die Überparteilichkeit „Dauerhaftigkeit und Stetigkeit" verbürge.[65] Auch die *Liberten* hielten, jedenfalls bekenntnishaft, den Grundsatz hoch, sich als Bund nicht „in den Dienst einer politischen Partei zu stellen"[66]; „fern dem Streit der Tagespolitik" wollte man vielmehr als „Vertreter des gesamtvölkischen Gewissens" in Erscheinung treten.[67] Die Frage der (deutschen) Volkszugehörigkeit der österreichischen Mehrheitsbevölkerung sei, so Günther Berka, zu bedeutend, um sie dem Wettstreit der Parteien zu überantworten. Zudem könne eine mehrheitsorientierte Partei Volkstumsfragen allein nicht hinreichend Beachtung schenken und sei den Unwägbarkeiten des politischen Tagesgeschäftes unterworfen, weshalb man „den nationalen Gedanken nicht auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal einer politischen Partei verbinden" könne.[68] Vielmehr sei

---

64 Vgl. AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 11; die Grundsätze des burschenschaftlichen *Weißen Kreises in Österreich,* wiedergegeben in Libertas 1967, 181; *ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8; DBÖ 1994, 25; F. Stefan 2009, 9; http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns.

65 http://silesia-wien.at/index.php/silesiageschichte.html. Steinwenders Überlegung sollte noch im 21. Jahrhundert Bestätigung finden: Dass *Silesen* (durchaus untypischerweise) sowohl in der FPÖ als im von dieser abgespaltenen BZÖ aktiv waren, sorgte im Verbund mit persönlichen Konflikten um 2010 für schwere innerbündische Verwerfungen (vgl. dazu den von den österreichischen *Grünen* unterhaltenen Blog http://www.stopptdierechten.at/2010/11/11/die-burschis-von-der-silesia, Artikel vom 11.11.2010).

66 So das von Günther Berka verfasste Grundsatzdokument ‚*Libertenspiegel*', paraphrasiert in Libertas 1967, 96. Dass diese Absichtserklärung gerade nicht der Anerkennung und Förderung eines gelebten inneren Pluralismus dienen sollte, sondern als Vorkehrung zur Vermeidung von Streit und zur Wahrung von Geschlossenheit, zeigt die von Berka an anderer Stelle artikulierte Forderung, parteipolitische Debatten grundsätzlich aus den Bünden fernzuhalten (vgl. die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 5/1954, 154; zur burschenschaftlichen Wahrnehmung innerer Vielfalt vgl. Kapitel III.4 bzw. III.4.2 zur innerburschenschaftlichen Konfliktkultur).

67 Kurt Gallé am Stiftungsfest 1957, zit. in Libertas 1967, 128. Auch bei einer Debatte im *Wiener Delegierten-Convent* (WDC) vom April 1957 habe laut dem *Liberten*-Chronisten die Meinung vorgeherrscht, die Burschenschaften mögen sich „jede(r) Parteipolitik" enthalten (Libertas 1967, 140).

68 PBW, Berka 1964, 9 f. (Zitat: 10).

> im Ringen um die deutsche Volkszugehörigkeit der Österreicher jeder willkommen, der sich zu ihr bekennt, einerlei welcher politischen Richtung er angehört. Es hieße die Partei über die Idee des Volkes stellen, wollte man ein deutsches Volksbewußtsein nur innerhalb einer bestimmten Partei anerkennen.[69]

Allerdings unterschied Berka in seinem Modell einer „klare(n) Arbeitsteilung" der „sich als national bezeichnenden Verbände" in Österreich wohlweislich zwischen den studentischen Korporationen und (in seinem Verständnis) stärker kulturell als politisch orientierten *single-issue*-Organisationen wie den Vertriebenenverbänden oder den völkischen ‚Schutzvereinen' (*Österreichische Landsmannschaft*, *Alpenländischer Kulturverband* usw.). Während Letztere sich tunlichst jeder über ihren engen Aufgabenbereich hinausgehenden Äußerung und tagespolitischen Einmischung enthalten und Personen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit offenstehen sollten, um ihre Aufgabe der „Pflege der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" wahrnehmen zu können, galt selbiges für die Korporationen offenbar nur in abgeschwächter Form: Als stärker politisch als kulturell ausgerichtete Akteure dürften sie sich fallweise auch tagespolitisch äußern und sollten sich in parteipolitischer Hinsicht lediglich einer offenen Deklarierung enthalten (es „vermeiden [...], sich als Bestandteil einer politischen Partei zu erklären").[70]

Die Überlegung, jedenfalls in prioritären (völkischen) Belangen nicht alle Karten auf die chronische Oppositionspartei FPÖ zu setzen, entsprach nicht nur einer kühlen politischen Rationalität, sondern – folgt man der Darstellung des Salzburger FPÖ-Vizebürgermeisters Walter Waldemar Steiner – auch dem historischen Erbe der Burschenschaften. Diese seien, so Steiner am *Olympia*-Stiftungsfest 1974, „selbst nie politische Partei" gewesen, sondern vielmehr „Träger [sic] des grundsätzlichen – des weltanschaulichen Gedankens".[71] Diese an die Aussagen Gallés und Berkas anknüpfende Behauptung ist zwar angesichts der phasenweise totalen Ausrichtung mancher Bünde auf Schönerer und der schließlich umfassenden Einschwörung des völkischen Verbindungswesens auf Hitler in dieser Form nicht haltbar, birgt jedoch einen wahren Kern. Tatsächlich waren Burschenschaften in der Regel nicht *als solche* für Parteien aktiv, sondern über Einzelpersonen – gemäß der Maßgabe, dass die Verbindungen das „Gleis einer Parteipolitik" meiden sollten, „(d)er einzelne Burschenschafter" aber „nur im Rahmen einer Partei effizient" wirken könne und sich daher einer solchen anschließen sollte.[72]

---

69 Ebd., 15.

70 Ebd., 14 f. (Zitate: 15 bzw. 14).

71 Steiner 1974, 10.

72 Ebd. 11. Vgl. zum Verhältnis der Burschenschaften zu Schönerer Stimmer 1997 (Band I), 191 und 194 f., zu ihrer „Unterordnung des Korporationsprinzips" unter die Ziele der NSDAP (die freilich zu einem Gutteil ohnehin die eigenen waren) ebd., 575 sowie ferner 496.

Von einer zufälligen bzw. den Kräfteverhältnissen der Parteien annähernd entsprechenden Verteilung dieser Einzelpersonen über das politische Spektrum kann freilich nicht die Rede sein. Wenngleich die Präsenz von Burschenschaftern in Parteien jenseits von VdU und FPÖ nicht systematisch erhoben wurde, kann doch am grundlegenden Muster kein Zweifel herrschen. Wie Cerwinka festhält, finden sich „(i)m Gegensatz zu Deutschland mit einer größeren Bandbreite (…) in Österreich Burschenschafter politisch ausschließlich oder nahezu ausschließlich in der FPÖ".[73] So stehen etwa den 47 Mitgliedern völkischer Korporationen, die im Untersuchungszeitraum der freiheitlichen Nationalratsfraktion angehörten, ganze drei aufseiten der ÖVP und einer in den Reihen der SPÖ gegenüber.[74] Von den (mindestens) drei Alten Herren völkischer Bünde im Nationalratsklub des *Liberalen Forums* waren zwei aus der FPÖ übergewechselt, ebenso wie die beiden Nationalratsmandatare des BZÖ mit völkischem Verbindungshintergrund. Die SPÖ verzeichnete zudem mit Alfred Schachner-Blazizek einen – typischerweise nach 1945 über den *Bund Sozialistischer Akademiker* (BSA) zur Partei gestoßenen – ehemaligen Wiener Burschenschafter und NS-Gaurichter als steirischen Landesvorsitzenden sowie mit Michael Häupl einen Wiener Landesobmann und Bürgermeister, der einst mehr oder weniger fließend von einer Kremser Pennalverbindung zum *Verband Sozialistischer Studenten* (VSStÖ) gewechselt war. Auch den Bürgermeisterposten der zweitgrößten Stadt Österreichs (Graz) besetzte die SPÖ zeitweilig – nämlich 1945 bis 1960 – mit einem einstigen Korporierten, Schachner-Blazizeks vormaligem Bundesbruder Eduard Speck.[75]

73 Cerwinka 2009, 101. Lönnecker notiert schon für die Monarchie eine „starke Verzahnung von (Partei-) Politik und Korporation" als einen „grundsätzliche(n) Unterschied gegenüber dem Reich" (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 1/2008, 36). Vgl. zur größeren Vielfalt in der Parteienwahl politisch aktiver Korporierter in Deutschland Stimmer 1997 (Band II), 1065 und 1067 f.

74 Es handelt sich dabei im Fall der ÖVP um den Sängerschafter Gerhart Bruckmann (1986 bis 1994, 1999 bis 2002), den Turnerschafter Martin Bartenstein (seit 1991, unterbrochen durch Ministerämter) sowie um Rudolf Fischer (1971 bis 1975), Mitglied einer Grazer Pennalburschenschaft und einer akademischen Ferialverbindung, der als Bürgermeister des steirischen Gleisdorf von der FPÖ zur ÖVP übergewechselt war (vgl. hierzu Grillmayer 2006, 124). Der Korporierte aufseiten der SPÖ war der schon als Minister erwähnte Oskar Weihs (1959 bis 1975).

75 Das ‚*Biographische Lexikon der Deutschen Burschenschaft*' führt Schachner-Blazizek und Speck als Mitglieder der *Arminia* Wien, die 1951 nicht als eigenständiger Bund, sondern im Rahmen ihrer einstigen Mutterverbindung *Libertas* wiedererrichtet wurde (vgl. Dvorak 2002, Biographisches Lexikon I/5, 178 f. zu Schachner-Blazizek bzw. 462 f. zu Speck). Beide waren offenbar aber nach 1945 nicht mehr burschenschaftlich organisiert. Speck sei, so Cerwinka, möglicherweise noch in der Zwischenkriegszeit ausgetreten und habe jedenfalls nach dem Krieg keinen Kontakt mehr zum Bund gepflegt (E-Mails vom 1.12.2012 bzw. vom 27.11.2012). Dennoch war er Ziel zahlreicher Interventionsbegehren – mutmaßlich nicht zuletzt aus Korporiertenkreisen. Wirth erwähnt Specks eifrigen Einsatz für die Entregistrierung von Nationalsozialisten, darunter auch hohe Funktionsträger. Einschlägige Wünsche wurden offenbar in so großer Zahl an ihn herangetragen, dass er sich bereits im Jänner 1946 veranlasst sah, beim Landesparteivorstand um eine Klärung der Parteiposition in dieser Frage anzufragen; er müsse Bitten um Interventionen in

Wenn nun Lindinger angibt, dass „Waffenstudenten (…) durchaus auch in den anderen österreichischen Parteien anzutreffen“ seien, seine Aufzählung völkisch-korporierter Politiker aber ausschließlich solche in der FPÖ verzeichnet[76], so hat dies einen simplen Hintergrund: Parteien außerhalb des ‚Dritten Lagers‘ vermochten die Alten Herren weniger als politische Kader denn als Mitglieder und Vertrauensleute (etwa in der verstaatlichten Industrie) und weniger aufgrund ideologischer Übereinstimmung denn auf der Basis beidseitiger pragmatischer Interessenabwägung zu rekrutieren. „Nun mußten manche mit den [sic] weltanschaulichen Gegner zur Rettung ihrer Familien Bindungen eingehen, die sich bis heute noch ungünstig auswirken“, vermerkt der Wiener *Alemanne* Gärtner 1962 mit Blick auf die Nachkriegszeit (und ohne weitere Erläuterung).[77] Friedrich Peter berichtet – ohne konkrete Beispiele zu nennen – von vielen Fällen beruflich motivierter Einlassung von Angehörigen des völkischen Vereinswesens (dem neben den Verbindungen u. a. Turnvereine und ‚Volksdeutschen‘-Organisationen zuzurechnen sind) mit den Großparteien und ihren Vorfeld- bzw. Teilorganisationen, etwa dem ÖVP-Wirtschaftsbund.[78] Auch Scheichl bekundet im Interview, es habe immer Burschenschafter gegeben, die sich aus verschiedenen Gründen etwa dem BSA angeschlossen hätten oder in ihrem jeweiligen Berufsfeld „in ÖVP-Nähe geraten“ seien.[79]

Zukunft ablehnen, „da es sonst so aussähe, als wäre er persönlich ein Verteidiger der Nationalsozialisten“ (Sottopietra/Wirth 2005a, 109). Schachner-Blazizek war seinen *Arminen* nach Auskunft Wolfgang Ebners (dessen *Marcho Teutonia* Graz der SPÖ-Politiker vor dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls angehört hatte) nach 1945 durchaus aufgeschlossen, sei letztlich aber „wegen verschiedener Anfeindungen hinsichtlich seiner neuen Parteizugehörigkeit“ auf Abstand gegangen (E-Mail vom 3.12.2012). Für die Grazer *Marchen* hatte er dem Vernehmen nach noch als Landeshauptmann-Stellvertreter „‚ein offenes Ohr‘“ (E-Mail von Günter Cerwinka vom 27.11.2012).

76 Lindinger 2009, 71 bzw. 72 f.

77 Alemannia 1962, 22. Grillmayer (2006, 98 f.) weist seinerseits darauf hin, dass in den wiederbelebten völkischen Vereinen zunächst „Parteipolitik“ generell eine „eher geringe Rolle“ gespielt habe – und begründet dies auch damit, dass „nicht wenige Turngeschwister oder Bundesbrüder inzwischen verdeckt oder auch offen Parteigänger von ÖVP oder SPÖ“ geworden seien.

78 Vgl. Peter 1998, 141 und 143.

79 Interview vom 8.6.2012; ähnlich Frischenschlager im Interview vom 11.12.2009. Dem VdU-Gründer Herbert Kraus zufolge hätten die „‚Altnationalen‘“ sich wie folgt aufgeteilt: „Unternehmer und andere Besitzende zur ÖVP, Manager (vor allem aus den Reihen der Burschenschaften) zur SPÖ, die dringend Akademiker für die ihr zustehenden ‚Proporz-Posten‘ brauchte“ (Kraus 1988, 205 f.; vgl. auch ebd., 269). Das Phänomen von Eintritten in den BSA nahm offenbar hinreichende Ausmaße an, um dessen Bundesausschuss 1950 die Frage des Umgangs mit den Alten Herren erörtern zu lassen. Als Ergebnis einer „lebhafte(n) und scharfe(n) Diskussion“ vermerkt das Protokoll, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft in einer völkischen Verbindung und im BSA ausgeschlossen sei, ehemaligen Verbindungsmitgliedern aber, die sich „ehrlich zu uns bekennen“, sowohl eine „freundliche Aufnahme“ als auch „scharfe und wache Aufmerksamkeit“ zuteilwerden solle (Protokoll der Bundesausschusssitzung des BSA vom 5.3.1950, 2; im BSA-Archiv gesichtet und zur Verfügung gestellt von Peter Schwarz). Vgl. zur Thematik der Integration von NationalsozialistInnen durch den BSA das Standardwerk von Neugebauer/Schwarz 2005.

Während dieses Phänomen vor allem als für die 1950er- und 1960er-Jahre charakteristisch angesehen werden kann, wurde die parteipolitische Fixierung des Burschenschaftswesens auf die FPÖ in weiterer Folge nicht zuletzt durch noch weiter rechts angesiedelte Gruppierungen aufgebrochen. Sowie die freiheitliche Parteispitze sich in Richtung politischer Mitte bewegte, hatte sie Ausfransungen am völkisch-fundamentalistischen Rand der Partei zu gewärtigen. Zu nennen sind insbesondere die 1966 in Reaktion auf den Liberalisierungskurs der Ära Peter gegründete *Nationaldemokratische Partei* (NDP) sowie die 1984 gegen die Fortführung und Zuspitzung dieses Kurses unter Steger ins Leben gerufene *National-Freiheitliche Aktion* (NFA); für die Ära des VdU ließe sich weiters die *Freiheitliche Sammlung Österreichs* (FSÖ) erwähnen.[80] Während der Mäßigung der FPÖ im Vorfeld und während ihrer zweiten Regierungsbeteiligung ab 2000 blieb eine parteiförmige Gegenreaktion aus; diesmal waren es – in grober Gegenüberstellung – die pragmatischen Kreise, die sich abspalteten und den völkischen FundamentalistInnen die Mutterpartei überließen. Alle drei genannten Alternativprojekte entstanden aus der FPÖ bzw. dem VdU heraus und als Initiative von Korporierten: des Burschenschafters Norbert Burger *(Olympia)* im Fall der NDP, des Vereinsstudenten Otto Scrinzi (VDSt Innsbruck) im Fall der NFA sowie des Burschenschafters Fritz Stüber (erst *Vandalia,* dann *Gothia* Wien) und des Gildenschafters Fritz Ursin (Gilde *Greif* zu Wien) im Fall der FSÖ. Gemeinsam ist allen dreien auch, dass die Organisationen zwar über das eigene politische Lager hinaus selbst keine Bedeutung erlangen konnten, aber erst von der Bildfläche verschwanden, nachdem die von ihnen kritisierte Hauptrepräsentantin dieses Lagers sich in ihre Richtung bewegt hatte. Die FSÖ (1956, näher am historischen Vorbild, in *Demokratisch-Nationale Arbeiterpartei*/DNAP umbenannt) wurde durch die Gründung der FPÖ obsolet, NDP und NFA stellten ihre Tätigkeit (im Fall der ersteren formal durch behördliche Auflösung) ein, nachdem Haider die Freiheitlichen übernommen und sie zu völkischen Grundsätzen zurückgeführt hatte. „Ein Großteil" der NDP-Mitglieder und -Kader hatte, so Schiedel, zum Zeitpunkt der Auflösung „den Weg zurück zur wieder entliberalisierten FPÖ be-

80 Diese war 1953 nach Fritz Stübers Ausschluss aus dem VdU gegründet worden, konnte den in ihrem Namen angelegten Anspruch jedoch nicht ansatzweise einlösen, obwohl ihr „der größere Teil des Wiener VdU geschlossen" beigetreten sein soll (Bihl 2006, 630). Dass sie zumindest im burschenschaftlichen Lager vorübergehend Wirkung entfalten konnte, belegt ein Leserbrief des *Liberten* Berka von 1954. Darin wirft Berka Stüber vor, er habe mit einem VdU-kritischen Artikel Kämpfe, in denen „nationalgesinnte Menschen in beiden Lagern stehen", in die *Burschenschaftlichen Blätter* getragen und damit die burschenschaftliche Einheit gefährdet (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1954, 154; zum Anlassfall vgl. die BBl. Nr. 4/1954, 103–105 sowie ferner Stübers Reaktion auf Berka in den BBl. Nr. 5/1954, 154 f.). Auch Erwin Hirnschalls Schilderung, wonach „(v)iele RFSler" den VdU nach dem Ausschluss des „bei uns Jungen durchaus beliebten" Stüber verlassen hätten (Hirnschall 1991, 24) belegt die Kontroverse, bei der es sich bezeichnenderweise nicht um einen lagerübergreifenden Konflikt, sondern um einen innerhalb des völkischen Spektrums handelte.

reits gefunden".[81] Auch „Scrinzi und die meisten seiner Anhänger" wurden „(i)m Zuge der Rechtsentwicklung der FPÖ seit 1986 (…) wieder in die Mutterpartei integriert".[82]

Exkurs: NDP und NFA als verbindungsstudentische Projekte

Wenngleich, wie Peham festhält, „die NDP nicht gänzlich als Partei der Korporierten bezeichnet werden kann"[83], kann ihr doch sowohl in programmatischer als auch in personeller Hinsicht ein burschenschaftlicher Charakter attestiert werden. Neben Bundessprecher Burger waren u. a. Rudolf Watschinger (zeitweilig Parteiobmann), Hans-Jörg Humer (Schriftführer und Vorstandsmitglied 1976, beide *Brixia* Innsbruck), Fred Duswald (Kassier und Vorstandsmitglied 1974, *Danubia* München), Herbert Fritz (Wiener Landessprecher, *Olympia*), Hermann Woger und Erlung Kohl (Organisationsleiter bzw. Kassier des steirischen Landesverbandes, beide *Stiria*) in wichtigen Positionen für die Partei tätig.[84] Dass die NDP burschenschaftlichen Rückhalt nicht nur bei Einzelpersonen, sondern in einer gewissen Breite fand, zeigen auch die Aufstellung eines *Komitees ‚Waffenstudenten für Dr. Burger'*, das Peham zufolge „maßgeblich" Burgers Wahlkampf für die Bundespräsidentschaft 1980 trug[85], oder der Umstand, dass der RFS sich im Vorfeld dieser Wahl zwischen moderaten und rechtsextremen, FPÖ- und Burger-nahen Kräften aufrieb.[86] Der Chronik der *Oberösterreicher Germanen* ist sowohl zu entnehmen, dass Burger für seine Partei intensive Werbung vor burschenschaftlichem Pu-

81 Schiedel 2007, 85. Das von Scrinzi arrangierte Treffen von Burger mit Haider und Kriemhild Trattnig im Sommer 1987 versinnbildlicht die Aussöhnung der völkischen Hardliner mit der FPÖ an dieser Zäsur der Parteigeschichte (vgl. Bailer-Galanda/Neugebauer 1997, 38 und 160). Zuvor hatten nicht zuletzt die völkischen Korporationen, die *Freiheitlichen Akademikerverbände,* die *Aula* und der RFS als Räume der Begegnung zwischen der FPÖ und ihren Abtrünnigen fungiert (vgl. Neugebauer 1981b, 319 und Peham 2012, 35).

82 Bailer/Neugebauer 1993a, 166; vgl. auch ebd., 107.

83 Peham 2012, 35.

84 Vgl. Neugebauer 1981a, 195 f. Sämtliche genannten Kader aus Wien und Innsbruck – Burger, Watschinger, Humer, Fritz – waren zuvor im Südtiroler ‚Freiheitskampf' aktiv gewesen. Dasselbe gilt für Helmut Golowitsch (ehemals *Arminia Czernowitz* zu Linz), 1979 zugleich Funktionär der NDP und der DBÖ (ebd., 181), sowie für Erhard Hartung *(Brixia),* der eine Vergangenheit als NDP-Kader heute bestreitet.

85 Peham 2012, 35. Dem Komitee gehörten u. a. Harald Eisenmenger *(Aldania),* Günther Grassner *(Arminia Czernowitz),* Alfred Wansch *(Olympia),* Ludwig Hiedler *(Silesia),* Wolfgang Mayer *(Gothia)* und Gerhard Watschinger *(Brixia)* an (ebd.). Vgl. auch Neugebauer 1981a, 192. Auch Scrinzi konnte sich sechs Jahre später auf ein mit Korporierten gespicktes Wahlkomitee stützen. Unter den 41 ausschließlich männlichen Personen (vgl. Bailer/Neugebauer 1993a, 164 f.) waren mindestens neun akademische Burschenschafter vertreten. *Aula*-Geschäftsführer und *Brixe* Herwig Nachtmann verwaltete die Wahlkampfspenden (vgl. Scrinzi 2003, 300).

86 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 92.

blikum betrieb als auch, dass diese Avancen dort auf geteilte Reaktionen stießen.[87] Als bezeichnend kann die Einladungspolitik der *Oberösterreicher* gelten: 1981 gastierten bei ihnen Haider und Burger unmittelbar hintereinander als Vortragende auf Burschenschaftlichen Abenden.[88] Für die Innsbrucker *Brixen* erwähnt Hans Öhlinger, dass ihr „Verkehrsgast und Freund Dr. Norbert Burger (...) von vielen Mitgliedern (...) gedrängt" worden sei, die NDP zu etablieren. Öhlinger stellt eine direkte Verbindung zwischen dem Kurs der damaligen FPÖ-Spitze und der NDP-Gründung her, merkt aber auch an, dass die Abtrünnigen „im Nachhinein gescheiter" geworden seien und die Idee einer „eigenen Partei" als „Holzweg" erkannt hätten.[89]

Auch die NFA wies verbindungsstudentische Verstrickungen auf, die über die Korporationszugehörigkeit ihres Gründers hinausreichten. Zu verweisen ist insbesondere auf die intensive Werbetätigkeit der *Aula* für das Anti-Steger-Projekt, die auf offenkundiger inhaltlicher Übereinstimmung beruhte. So verkündete das Korporierten-Blatt im Mai 1984, dass die statutengemäße Zielsetzung der NFA u.a. darin bestehe, „die geistige, kulturelle und sprachliche Einheit der deutschen Nation zu erhalten und seine [sic] biologische Substanz vor den Gefahren der Zerstörung zu schützen und den deutschen Charakter Österreichs zu bewahren".[90] Bereits im Sommerheft ortete Andreas Mölzer (unter dem Pseudonym F.X. Seltsam) Anzeichen eines „Umdenken(s)" in der FPÖ, wobei Scrinzis Initiative „als Rute im Fenster (...) eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen (dürfte)"; an der Parteispitze beginne sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass „(o)hne das nationale Wählerpotential (...) eben nichts (geht)".[91] Möglicherweise aufgrund dieser Entwicklung sah Scrinzi letztlich – anders als Burger 18 Jahre zuvor – davon ab, sein Ultimatum an die freiheitliche Führungsriege in die Tat umzusetzen.[92]

87 Vgl. ebd., 87 und 98.

88 Vgl. ebd., 98.

89 Brixia 2001, 47 bzw. 82 f.

90 Zit. n. *Aula* Nr. 5/1984, 6. Vgl. auch das Interview mit Scrinzi in der *Aula* Nr. 9/1984 (Seite 8), in dem er den „neoliberalen" Steger-Kurs kritisiert und statt „mehr Liberalismus (...) mehr gemeinschaftsbezogenes Denken, weniger freischwebender [sic] Selbstverwirklichung, mehr Ordnung und Einordnung" sowie „mehr Dienst am Ganzen" fordert. Auch in der Folgeausgabe warb die *Aula* für die NFA bzw. deren geplante „Großkundgebung" in Salzburg, mit der – so das entsprechende Inserat – die „Fortsetzung des Stegerkurses" verhindert und dem vermeintlichen Missbrauch einer „jahrzehntelange(n) Aufbauarbeit des nationalen Lagers für pseudoliberale Experimente" Einhalt geboten werden sollte (*Aula* Nr. 10/1984, 6).

91 *Aula* Nr. 7–8/1984, 6.

92 Burger hatte die FPÖ-Führung am Rande des Parteitags 1966 per Flugblatt ultimativ zur Kurskorrektur aufgefordert (vgl. Grillmayer 2006, 116 und 146). Noch 1987, kurz vor ihrer behördlichen Auflösung, erklärte die NDP-Bundesparteileitung, man werde „(e)iner wirklich nationalen FPÖ (...) sicher keine Konkurrenz machen" (zit. n. Bailer/Neugebauer 1993a, 163). In ähnlicher Weise verwies die *Aula* im Mai 1984 unter Berufung auf Scrinzi ihrerseits auf den anstehenden Parteitag: Bis zu diesem sollte die FPÖ „auf die nationalen Positionen zurückkehren", für deren Vertretung sie gegründet worden sei (*Aula* Nr. 5/1984, 6). Im September berichtete Scrinzi von „vorsorglich" beim Innenministerium hinterlegten Parteistatuten

Die NFA sollte nie eigene Parteistrukturen ausbilden und den Wandel von der Drohgebärde zum tatsächlichen Alternativangebot vollziehen.

Waren schon Wechsel von der FPÖ zur NDP geeignet gewesen, in burschenschaftlichen Kreisen Unruhe zu stiften, so waren Eintritte von Burschenschaftern in eine der ‚lagerfremden' Großparteien SPÖ und ÖVP umso weiter davon entfernt, als selbstverständlicher Ausdruck innerer Meinungsvielfalt wahrgenommen zu werden. So sahen die *Silvanen* sich 1956 veranlasst, das „brennende( ) Problem" der „Parteitätigkeit von Burschenschaftern" am ADC-Tag zu thematisieren. Eine Lösung sei nötig, da „immer häufiger die Meinung zu hören ist, daß ein Burschenschafter in den Koalitionsparteien, vor allem in führender Stellung nichts zu suchen habe". Der ADC möge daher „Richtlinien" beschließen, die für alle Bünde zu gelten hätten.[93] Tatsächlich wurde also – in Anknüpfung an in der Monarchie und der Ersten Republik durchaus gängige Unvereinbarkeitsbeschlüsse[94] – zum Teil noch nach 1945 die individuelle Entscheidungsfreiheit von Burschenschaftern in parteipolitischen Belangen zu beschränken versucht. Der Antrag der *Silvanen* blieb aber ebenso erfolglos wie ein Vorstoß *Moldavias* im selben Jahr, wonach Burschenschafter nur mit Zustimmung ihrer Verbindung überhaupt parteipolitisch tätig werden dürften.[95] *Liberten* war dagegen gemäß dem ebenfalls 1956 bundintern in Geltung gesetzten ‚*Libertenspiegel*' die „politische Betätigung" nur freigestellt, „sofern diese nicht einer Partei oder Bewegung dient, welche den Bestand oder die Freiheit des deutschen Volkes gefährdet".[96] Auch die Teutonen stellten sich 1964, im Einklang mit einem Beschluss ihres *Ostdeutschen Kartells,* auf den Standpunkt, dass „ohne der Frage bloßer Mitgliedszugehörigkeit zu einer politischen Partei vorzugreifen, die parteipolitische Tätigkeit so lange grundsätzlich als zulässig angesehen werde, als sie mit den burschenschaftlichen Grundsätzen vereinbar sei".[97] Im Rahmen der *Deutschen Burschenschaft* (DB) wurden, wie schon an anderer Stelle erwähnt, 1973 Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber allerlei kommunistischen, sozialistischen, internationalistischen oder pazi-

und räsonierte über die Möglichkeit, den „nationale(n) Gesinnungswähler(n)" der FPÖ eine neue politische Heimat zu geben (*Aula* Nr. 9/1984, 8). In seiner Autobiographie von 2003 gibt er dagegen an, ein eigenständiges Parteiprojekt „nie ernsthaft ins Auge gefaßt" zu haben; die NFA sei vielmehr als „Ideenwerkstatt" und „nationales Gewissen" der FPÖ konzipiert gewesen (Scrinzi 2003, 298).

93 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 10.

94 Vgl. etwa die *Burschenschaftlichen Blätter* Nr. 1/2008, 38 oder Cerwinka 1984, 15. Zu Wahlempfehlungen bzw. -vorschriften vgl. beispielsweise den Wahlaufruf des *Gauverbands Donaugau* der *Vereinigung alter Burschenschafter* vom April 1927 (faksimiliert in Hein 1984, XV).

95 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 8.

96 Paraphrasiert in Libertas 1967, 96.

97 Teutonia 1968, 108.

fistischen Organisationen getroffen, während Anträge auf entsprechende Abgrenzung nach rechts in mehreren Anläufen scheiterten.[98] Die *Liberten*-Chronik berichtet darüber hinaus von gelegentlichen Wahlempfehlungen sowohl ihres Altherrenconvents als auch der (mutmaßlich: Wiener) *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB). Für die Nationalratswahl 1959 habe sich der AHC etwa der VaB-Empfehlung an alle Burschenschafter angeschlossen, „bei Betonung der parteipolitischen Unabhängigkeit" für die FPÖ zu stimmen.[99]

Nichtsdestotrotz war es just den *Liberten* vorbehalten, sich zwei Jahre später am DBÖ-Tag 1961 in Bregenz gegen „in einem Nachrichtenblatt der FPÖ" geäußerte Kritik an der Mitgliedschaft von Burschenschaftern im BSA zu wenden. Solche Kritik sei „unzulässig, weil wir der FPÖ wohl sympathisch gegenüberstehen, jedoch keineswegs verpflichtet sind".[100] Wie klar auch immer die Burschenschaften Österreichs parteipolitisch auf die FPÖ festgelegt sein mochten, so wichtig erschien es ihnen offenbar, monopolistische Ansprüche der Partei zurückzuweisen. Dies bezeugt auch Friedrich Peter: „Wo und wann immer man mit dem national-freiheitlichen Vereinsgefüge zu tun hatte, stieß man auf seine Unabhängigkeit." In dem Bestreben, der „fast lückenlosen Aufteilung [wohl gemeint: ganz Österreichs, Anm. B.W.] zwischen Schwarz und Rot zu entgehen", habe das völkische Vereinswesen das Unabhängigkeitsideal als „(e)ine Art Schutzwall" installiert, was im Effekt auch die FPÖ getroffen habe. Mit Blick auf die völkisch gesinnten Akademiker merkt Peter durchaus kritisch an, dass mancher von ihnen sich unabhängig gewähnt habe, „auch wenn (er) über den Österreichischen Akademikerbund der ÖVP oder den Bund Sozialistischer Akademiker Zugang zu einer beachtenswerten beruflichen Position in der verstaatlichten Industrie, in den Handelskammern, an den Universitäten oder im Staatsdienst gefunden hatte". Eben die Ahnung, dass diese Wahrnehmung „Illusion" sei, habe – suggeriert Peter – das Pochen auf Unabhängigkeit noch verstärkt.[101]

Dass, allen Überparteilichkeits-Bekundungen zum Trotz, jedenfalls parteipolitisch aktive Burschenschafter sich nahezu exklusiv in einer einzigen Partei konzentrierten, kann als zwangsläufig bezeichnet werden. Mehr als die erwähnten antipluralistischen Regeln und Beschlüsse war es jedoch das enge ideologische Naheverhältnis zwischen FPÖ und völkischem Verbindungswesen, das Letzteres an Erstere band.[102] Burschen-

98 Vgl. Kapitel IV.2.6 sowie Kuhn 2002, 63 f., 137 und 143. Erst auf dem Sonderburschentag 2012 fand auch eine Abgrenzung nach der Rechten hin statt – allerdings in der vielsagenden Minimalversion eines Unvereinbarkeitsbeschlusses mit „nationalsozialistischen" Vereinigungen (vgl. http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/sonder-burschentag-in-stuttgart-die-rechtsextremen-triumphieren-a869149.html, Artikel vom 24.11.2012, Sebastian Christ).

99 Libertas 1967.

100 BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 5.

101 Peter 1998, 143 (vgl. auch 141).

102 Dieter Derntl, Altherrenobmann der *Liberten,* beschrieb diesen Zusammenhang 2012 schlüssig, ohne dabei auf konkrete politisch-ideologische Anliegen einzugehen. Demnach bildeten Burschenschafter

schaftliche Kernanliegen – allen voran das Festhalten am Deutschnationalismus – fielen nach 1945 mit Alleinstellungsmerkmalen der FPÖ (unter den Parlamentsparteien) in eins. Dementsprechend begründete der *Liberten*-Chronist die zuvor erwähnte Wahlempfehlung für die FPÖ 1959 mit deren programmatischem Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft".[103] Diese Erklärung stützt auch das Protokoll einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der zwischen DB und DBÖ eingerichteten Verbändetagung (GAVT) im Jahr darauf. Demnach waren die Burschenschafter in Österreich jedenfalls damals „in ihrer pol. Arbeit auf die einzige deutschnationale Partei, die FPÖ, festgelegt", während der Eintritt in andere Parteien für „nur aus Opportunitätsgründen möglich" erachtet wurde.[104] Anhand der handschriftlichen Rohversion des Protokolls kann diese Aussage Norbert Burger (als einem von zwei österreichischen Sitzungsteilnehmern) zugeordnet werden. Diesem zufolge beruhte die behauptete exklusive Parteibindung einzig auf dem Deutschtumsbekenntnis: Gäbe es neben der FPÖ eine weitere „deutschbekennende Partei" in Österreich, würden sich Burschenschafter „auch dieser anschließen".[105]

Zweifel an dieser Darstellung sind angebracht, lassen sich doch neben der ‚nationalen Frage' weitere Punkte identifizieren, welche die FPÖ zum logischen parteipolitischen Bezugspunkt respektive Betätigungsfeld für völkische Korporierte machten. Zu nennen wären etwa ihre offene Gegnerschaft zu antinazistischen Politiken und ihre Ablehnung sowohl des schwarzen Klerikalismus als auch des roten Egalitarismus und Internationalismus, wie sehr auch immer Letztere nach 1945 ihres revolutionären Impetus beraubt sein mochten. Die enge Streuung von *Burschenschaftern-in-der-Politik* über die Parteienlandschaft erscheint somit aus burschenschaftlicher Sicht schlicht als Ausdruck von Alternativlosigkeit. In der Außenperspektive reflektiert sie auch die beschränkte ideologische Vielfalt (bzw. die darauf gerichteten Selektions- und Erziehungsmaßnahmen im weitesten Sinn) des Burschenschaftswesens in Österreich und – in ihrer Konstanz – die in diesem jahrzehntelang gepflogene Reformabwehr.[106] Für eine

---

nicht a priori eine „Fraktion in dem Sinn", teilten jedoch aufgrund ihrer gemeinsamen Sozialisation in den Bünden „bestimmte Werte wie Freiheit, Ehre, Vaterland" (ORF-*Report* vom 19.6.2012). Daraus resultierten, so lässt sich schließen, auch ähnliche Vorstellungen darüber, wie eine unterstützenswerte Partei auszusehen habe.

103 Libertas 1967, 140.

104 BAK, DB 9, B. VI.15 [C2], Protokoll der GAVT-Sitzung vom 3./4.12.1960, 5.

105 BAK, DB 9, B. VI.15 [C2], Handschriftliches Rohprotokoll der GAVT-Sitzung vom 3./4.12.1960, 16. Burger trat sechs Jahre später selbst den Beweis für diese Aussage an, indem er eine eigene Partei gründete und dabei in burschenschaftlichen Kreisen Unterstützung fand.

106 Vgl. hierzu die Kapitel III.4 und III.5. Wie dort schon ausgeführt, beziehen die Diagnosen der Homogenität und der Wandlungsunwilligkeit sich nicht zwangsläufig auf die Überzeugungen der einzelnen Burschenschafter, sondern auf die Grenzen des in burschenschaftlichen Kreisen sanktionsfrei Artikulierbaren.

vertiefende Erörterung der Gründe für die FPÖ-Neigung der völkischen Korporationen sei auf Abschnitt V.6 verwiesen.

Im Allgemeinen wird die weitgehende Alternativlosigkeit der FPÖ aus völkischer Sicht – wohl auch mit Blick auf die eigenen, fortwährenden Unabhängigkeitsbekundungen – im verbindungsstudentischen Schrifttum selten offen angesprochen. Viel deutlicher kommt das Naheverhältnis von völkischem Verbindungswesen und Partei auf der Ebene der (zumal burschenschaftlichen) Veranstaltungspolitik zum Ausdruck – so etwa, wenn der Bericht über ein DBÖ-Seminar 1964 die dort anwesenden Freiheitlichen Alexander Götz (damals Grazer Stadtrat) und Klaus Mahnert (Nationalratsabgeordneter) als „Vertreter der politischen Parteien [sic]" erwähnt.[107] Während bei geschlossenen Veranstaltungen wie diesen und halböffentlichen (wie Burschenschaftlichen Abenden) der – wohl von beiden Seiten gesuchte – inhaltliche Austausch im Vordergrund stand[108], wurde FPÖ-Funktionären von burschenschaftlicher Seite bisweilen auch die Gelegenheit zu öffentlicher Selbstdarstellung geboten. So luden zwei Organe des ADC (zusammen mit dem RFS) den amtierenden FPÖ-Obmann Peter just rund zwei Monate vor der Nationalratswahl 1959 zum „Informationsabend" über „Tagesfragen" ins ‚nationale' Wiener Studentenheim ‚Auge Gottes'.[109] Auch von solchen Einladungen profitierten beide Seiten: Den betreffenden Politikern verschafften sie ein Publikum, den einladenden Organisationen den Anstrich politischer bzw. gesellschaftlicher Relevanz. Letzteres gilt auch für Auftritte von Freiheitlichen als Redner (oder schlicht als Gäste) festlicher Veranstaltungen des völkischen Verbindungswesens, die aus der Perspektive der Parteienvertreter nicht zuletzt der Pflege einer Kernklientel dienen. „Schon zu Zeiten des VdU werden freiheitliche Abgeordnete gerne als Redner zu Kommersen und Vortragsabenden eingeladen; ein Brauch, der sich bis heute erhalten hat und eher noch mehr gepflogen wird als früher", schreibt Lindinger – selbst *Olympe* und früherer freiheitlicher Bundesrat – 2009.[110]

---

107 BAK, DB 9, E. 4 [B2], Beilage IV zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 1.

108 Vgl. etwa auch das Referat des Nationalratsabgeordneten Tassilo Broesigke am DBÖ-Seminar 1968 in Bleiberg/Pliberk (*Aula* Nr. 6/1968, Akademisches Leben, I). Als Beispiele für die zahlreichen Auftritte aktiver FPÖ-Politiker auf Burschenschaftlichen Abenden seien die Besuche Friedhelm Frischenschlagers (Wintersemester 1979/80) und Rainer Pawkowicz' (Wintersemester 1981/82) bei den *Oberösterreicher Germanen* oder jener Wilhelm Brauneders 1994 bei den *Gothen* erwähnt (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 92 und 102 bzw. DÖW, Schreiben des Gothia-Altherrenverbands-Schriftführers Walter Helperstorfer an seine Bundesbrüder vom Sommersemester 1994).

109 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/6 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 1 f. Im *‚Österreichischen Hochschulführer'* des *Aula-Verlags* wird das ‚Auge Gottes' in der Tat als (d)as nationale Studentenheim in Wien bezeichnet (Marauschek 1960, 163). Es war 1959 in Anwesenheit von ÖVP-Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (vgl. ebd.) vom *Deutschen Studentenhilfsverein* eröffnet worden (vgl. ebd., 75).

110 Lindinger 2009, 71.

Die von Lindinger hier konstatierte verstärkte Einladung von Freiheitlichen kann als Ausdruck einer allgemein größeren Offenheit des völkischen Verbindungswesens in seiner Hinwendung zur FPÖ ab der Haider-Ära gedeutet werden. Eine solche Entwicklung erscheint zumindest plausibel: Zum einen bereinigte die Kurskorrektur unter Haider (wie später erneut unter Strache) jedenfalls zunächst inhaltliche Differenzen zwischen der Parteiführung und den Völkischen, zum anderen hatte die FPÖ unter Haider oder Strache ihren AnhängerInnen deutlich mehr (etwa an Mandaten und Posten, Öffentlichkeit und multiplikatorischen Möglichkeiten) anzubieten als die im einstelligen Prozentbereich verharrende FPÖ eines Peter oder Götz. Der Rechtsruck stellte zwischenzeitig prekär gewordene Identifikation wieder her, der bislang nie da gewesene Erfolg wiederum begründete die Bereitschaft, diese nun auch offen nach außen zu tragen. Das Beispiel des ‚Ostarrichi-Kommerses' von 1996, bei dem die DB und der WKR unverhohlen gemeinsam mit der FPÖ als Co-Veranstalter auftraten, illustriert den Umschwung sehr anschaulich.[111] Nur eineinhalb Monate zuvor hatte die Wiener Landtagswahl den Freiheitlichen mit 27,9 Prozent ihr bis heute bestes Ergebnis bei Wahlen auf Landes- oder Bundesebene verschafft. In dieser Verfassung war die FPÖ nicht nur in der Lage, nicht weniger als elf Angehörige völkischer Verbindungen mit Landtags- oder Stadtratsposten auszustatten, sondern erschien auch durchaus geeignet, ein Image von Zukunftsfähigkeit, Jugendlichkeit und Erfolg auf ihre Kooperationspartner abfärben zu lassen. Umgekehrt hatten die potenziellen Nachteile einer offenen Identifikation mit den Freiheitlichen angesichts eines in Umfang und Effektivität reduzierten großkoalitionären Patronagewesens und der erweiterten Allokationsmöglichkeiten der eigenen Partei an Schrecken verloren. Dass die FPÖ aufgrund ihrer Erfolge politisch und medial auch vermehrt Angriffen ausgesetzt war, könnte diesen Aspekt aufgewogen, gleichzeitig aber auch verstärkte Solidarisierungseffekte (und folglich eine erhöhte Deklarationsbereitschaft) in ihrem Vor- und Umfeld hervorgerufen haben.

Die Annahme, dass die parteipolitische Bekenntnisfreude unter völkischen Korporierten mit den Wahlerfolgen (und dem Rechtsruck) der FPÖ zunahm, wird auch durch entsprechende Entwicklungen in RFS und *Aula* gestärkt. Dass Letztere 1991 den Untertitel ‚Das freiheitliche Magazin' annahm, ist kaum als Zufall zu werten: Assoziationen mit der FPÖ wurden zu dieser Zeit nicht mehr vermieden, sondern bewusst gesucht.[112] Das Naheverhältnis der Zeitschrift zur Partei fand unter den Schriftleitern Widmann und Mölzer so umfassend wie nie zuvor Ausdruck in Interviews mit freiheitlichen FunktionärInnen und umfangreicher Berichterstattung über

111 Vgl. DÖW, Einladung und Programmheft zum Kommers ‚1000 Jahre Ostarrichi. Österreichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart' am 30.11.1996 in Wien.

112 Vgl. Gärtner 1996, 9.

die und aus der Partei (bis hin zu eindeutigen Wahlaufrufen).[113] Noch augenfälliger ist der Wandel im Fall des RFS, der – trotz seit jeher offenkundiger FPÖ-Nähe in personeller wie ideologischer Hinsicht – bis in die 1970er-Jahre jede Parteibindung vehement abgestritten hatte.[114] Diese Haltung entsprach einem durchaus rationalen Kalkül, verhieß doch die Assoziierung mit einer 5-Prozent-Partei für den 30-Prozent-RFS der 1950er- und 1960er-Jahre lediglich politische Schwächung (und seinen Mitgliedern Erschwernisse im individuellen beruflichen Fortkommen).[115] Beides änderte sich mit dem eigenen Abstieg und den Erfolgen der Haider-FPÖ grundlegend. Im ÖH-Wahlkampf 1987 nahm der RFS Holter und Suppan zufolge als einzige wahlwerbende Gruppierung massive Unterstützung durch einen aktiven Politiker (eben Haider) in Anspruch.[116] Der erhoffte Effekt blieb an den Wahlurnen allerdings aus.[117] Nichtsdestotrotz versuchte man auch unter Strache, im Windschatten der FPÖ-Erfolge zu reüssieren und brachte dabei den Kurswechsel gegenüber der Partei zum Abschluss. So erklärten etwa korporierte RFS-Funktionäre und der Parteiobmann in einer gemeinsamen Pressekonferenz 2011 unisono, „mit vereinter Kraft" die Bundesregierung unter Druck setzen zu wollen; Strache bestimmte auf derselben Veranstaltung nicht wie einst die Parteiunabhängigkeit als Alleinstellungsmerkmal des RFS, sondern gerade dessen „starken Draht zur Realpolitik".[118] Lindinger beschrieb den Wandel 2009 prägnant: „Der RFS ist (…) bis vor wenigen Jahren politisch eine eigenständige Studentenpartei geblieben und war mit der FPÖ eher personell verbun-

113 Vgl. zur FPÖ als Gegenstand der *Aula* ebd., 92–118, zur Rolle der Partei als *Aula*-Inserentin ebd., 118–121 sowie zu FPÖ-FunktionärInnen als AutorInnen ebd., 171–181.

114 Vgl. als ein Beispiel von vielen die Titelseite von *Der Ring* Nr. 2/1970, der zufolge der RFS im zurückliegenden Nationalratswahlkampf „als einzige hochschulpolitische Gruppe" keine Wahlwerbung betrieben und somit „als einzige hochschulpolitische Gruppe seine Unabhängigkeit [sic] bewahrt" habe. Er sei „kein Anhängsel irgendeiner Partei" und vertrete Konzepte, die „nicht in Parteizentralen oder Ministerien entstanden" seien. 1967 protestierten RFS-Vertreter in der FPÖ-Zentrale gegen ein Plakat, das den Ausgang der jüngsten ÖH-Wahl als „große(n) freiheitliche(n) Erfolg" einstufte (*Kurier* vom 7.2.1967). 1973 wiederum sahen die *Freiheitlichen Studenten* sich veranlasst, gleichfalls als vereinnahmend wahrgenommene Aussagen Otto Scrinzis mit einer scharfen Distanzierung zu kontern (vgl. *Der Ring* Nr. 7/1973, 4).

115 Vgl. Peters Hinweis auf die im Vergleich mit der FPÖ jahrzehntelang deutlich effizienteren Hilfestellungen, die SPÖ und ÖVP JungakademikerInnen in beruflicher Hinsicht angedeihen zu lassen imstande waren (Peter 1998, 143).

116 Vgl. Holter/Suppan 1988, 635. Zur Unterstützung durch Parteigranden bei den darauf folgenden ÖH-Wahlen 1989 (als FSI) vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 149.

117 Auf personeller Ebene fanden mit der wachsenden Popularität der FPÖ dagegen zunehmend auch Studierende zum RFS, die nicht dessen klassischen Rekrutierungsfeldern entstammten und ihn gerade wegen seiner Parteinähe attraktiv fanden. Dies legte jedenfalls RFS-Bundesgeschäftsführer Andreas Trammer (*Germania* Graz) im Frühjahr 2000 nahe: Seit der Nationalratswahl 1999 sei „der Zustrom um 10 bis 15 Prozent gestiegen" (zit. n. *trend* Nr. 4/2000, 63).

118 In Paraphrase wiedergegeben unter http://www.unzensuriert.at/content/004357-RFS-bringt-politischen-Rueckhalt-die-OeH (Artikel vom 20.5.2011, ohne Autor/-in).

den, wurde aber finanziell unterstützt. Heute ist der RFS eine der sogenannten Vorfeldorganisationen der FPÖ."[119]

In Summe erscheint es sinnvoll anzunehmen, dass das ostentative Pochen gerade der Burschenschaften auf Unabhängigkeit bei gleichzeitiger ideologisch bedingter Alternativlosigkeit ihrer Parteibindung nicht über einen einzigen Faktor erklärbar ist, sondern je nach Gegenüber unterschiedliche Funktionen erfüllen konnte: Gegenüber der FPÖ diente es als Signal, dass die burschenschaftliche Unterstützung nicht bedingungslos zu haben, sondern von der Partei stets aufs Neue zu verdienen sei. An burschenschaftliche Kreise selbst gerichtet konnten die Distanzbekundungen als Mahnung dienen, sich nicht (erneut) ganz in den Dienst einer bestimmten politischen Kraft zu stellen, zumal man damit schlechte Erfahrungen gemacht hatte.[120] Gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit schließlich war die Leugnung des engen Naheverhältnisses zur FPÖ zweckmäßig, um Repressalien vom Einzelmitglied wie auch vom völkischen Verbindungswesen insgesamt abzuwenden. Dies galt historisch umso mehr, je umfassender SPÖ und ÖVP alle Sphären des öffentlichen Lebens dominierten und je weniger die FPÖ ihrer eigenen Klientel demgegenüber anzubieten vermochte. Als ideologisches Motiv ist schließlich der strategische Rückzug auf eine metapolitische Ebene im Sinne des höchsten aller burschenschaftlichen Ziele zu berücksichtigen: Da, so die entsprechende Überlegung, die ‚nationale Frage' nur durch völkische Einigkeit befriedigend gelöst werden könne, sei sie aus der Parteienauseinandersetzung herauszuhalten – und mit ihr (jedenfalls weitgehend) auch die Burschenschaften als Hüter des deutschen Volkstumsbekenntnisses. Diese Überlegung geht gut mit der vorgenannten zusammen: Die Metaebene der Werte und großen Grundsatzfragen zu bespielen bot sich besonders an, solange die Identifikation mit der FPÖ durch Außenstehende eher Marginalisierung als Aufwertung versprach.

V.3 Flügelkämpfe und Personaldebatten

In der Geschichtsschreibung zur FPÖ nehmen Verweise auf andauernde Richtungsstreitigkeiten zwischen einem ‚nationalen' und einem ‚liberalen' Flügel einen festen Platz ein.

119 Lindinger 2009, 71. 2000, am vorläufigen Höhepunkt des FPÖ-Aufstieges, hatte der Burschenschafter und damalige RFS-Bundesgeschäftsführer Trammer bereits verkündet, der RFS halte „engen Kontakt zur Partei" und bekenne sich dazu, „freiheitliches Vorfeld zu sein" (zit. n. *trend* Nr. 4/2000, 62). In puncto finanzielle Hilfestellungen berichtet die *Obergermanen*-Chronik, dass die FPÖ die Arbeit des (kriselnden) RFS 1981 für „nicht mehr [sic] unterstützungswürdig" gehalten und am Vorabend der ÖH-Wahlen in jenem Jahr „alle Beziehungen zu ihm (auch finanzielle) abgebrochen" habe (Oberösterreicher Germanen 1994, 100).

120 Vgl. dazu PBW, Berka 1964, 14; dieser bezieht sich dabei allerdings weniger auf den Nationalsozialismus als auf das drohende Ausstrahlen parteipolitischer Streitigkeiten auf die Korporationen.

Auch Höbelt erwähnt entsprechende Auseinandersetzungen als „allgegenwärtig", weist aber gleichzeitig darauf hin, dass es sich dabei bisweilen um Stellvertreterkonflikte handeln konnte.[121] Auch Grillmayer konstatiert, dass immer wieder „alte Vorurteile" zwischen konkurrierenden ideologischen Gruppen für innerparteiliche Machtkämpfe instrumentalisiert worden seien.[122] Die folgenden Ausführungen sind auch im Licht dieser Einschätzungen zu sehen, wie auch davor zu warnen ist, die gesamte Partei als Summe zweier sich bekämpfender Flügel zu denken. Christian Allesch zufolge war ein Übergangsbereich von Personen mit einer gewissen Offenheit gegenüber beiden hoch ideologisierten Parteisektoren stets nicht nur vorhanden, sondern auch quantitativ dominant.[123]

V.3.1 Von der Parteigründung bis zum Innsbrucker Parteitag 1986

Die Frage, ob man sich „(m)ehr, weniger oder gar nicht national, dafür liberal und sozial" positionieren sollte, beschäftigte bereits den VdU, v.a. im Zuge seiner 1953 einsetzenden finalen Krise.[124] Als Ausgangspunkt seiner Abwicklung und der Gründung der FPÖ benennt die Sekundärliteratur übereinstimmend eine ab diesem Jahr in einem Linzer Gasthaus verkehrende Männerrunde, die den „nationale(n) Kern des nationalen Kernlandes Oberösterreich" repräsentiert habe – darunter auch völkische Korporierte.[125] Auf kollektiver Ebene gefielen die Burschenschaften und anderen „Traditionsverbände des Dritten Lagers" sich – Friedrich Peter zufolge – in der Rolle des „außenstehenden unabhängigen Ratgebers".[126] Willfried Gredler erinnert, dass das Projekt einer parteipolitischen Neuaufstellung des bürgerlichen Spektrums jenseits der ÖVP diverse „Komitees und Grüppchen (…) wie Pilze aus der Erde" schießen ließ. Unter jenen, die sich – „jeweils mit Anspruch auf die Führungsrolle" – dabei als Personalreserven in Stellung brachten, habe sich auch der damalige Obmann des *Freiheitlichen Akademikerverbandes* (FAV) für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, Roland Timmel, befunden.[127]

121 Im Vorwort zu Grillmayer 2006, 9.

122 Grillmayer 2006, 90.

123 Interview vom 13.11.2009.

124 Peter 1998, 140. Eine stärker ‚nationale' Ausrichtung wurde allerdings nicht nur von Korporiertenseite propagiert, wie etwa der Wunsch Emil van Tongels – einer nicht korporierten Zentralfigur des Linzer Kreises – nach einer „‚nationalen Wiedergeburt' des Dritten Lagers" deutlich macht (Grillmayer 2006, 85).

125 Steininger 2007, 32, der sich wie auch Grillmayer (2006, 84) hier eng an Piringer (1982, 25 f.) orientiert. Letzterer nennt den Grazer *Stiren* Herbert Kier und den Sängerschafter Alfred Jelinek (*Skalden* Innsbruck, *Nibelungen* Linz) als Repräsentanten der „freiheitlichen Akademiker" am Linzer Stammtisch (ebd., 25).

126 Peter 1998, 139 f. Piringer (1982, 25) notiert „ehrliche(s) Bemühen", aber auch „billige( ) Besserwisserei".

127 Gredler 1991, 19. Auch Piringer (1982, 31) berichtet von einer „Arbeitsgemeinschaft Dr. Timmel", die er „dem rechten Flügel" der Neuformierungsdebatte zurechnet. Frischenschlager zufolge verfolgte Timmel auch noch in der FPÖ politische Ambitionen, die frühen Größen der Partei seien dem „Hardliner"

Die Gründung der FPÖ erfolgt am 3. November 1955, der Gründungsparteitag findet Ende März 1956 statt.[128] Unter den anfangs 13 Mitgliedern des Parteivorstandes befinden sich vier Korporierte, darunter kein einziger akademischer Burschenschafter.[129] Dem Parteinamen ist der innere Konflikt, der die folgenden Jahrzehnte prägen sollte, bereits eingeschrieben. Allesch berichtet, wie er und Gleichgesinnte innerparteilich immer wieder aufgefordert worden seien, statt ‚liberal' doch die Bezeichnung ‚freiheitlich' zu verwenden – sie bedeute „eh dasselbe", habe aber den Vorteil, dass „bei freiheitlich (...) die Nationalen (sich) nicht ausgeschlossen" fühlten.[130] Als Konsensformel bildete sie die begriffliche Entsprechung zu einem mit Schwankungen bis heute aufrechterhaltenen Leitsatz, den Allesch als „Lebenslüge" der FPÖ bezeichnet[131]: die Sichtweise, wonach nationale und liberale Grundsätze miteinander vereinbar, wenn nicht gar zwei Seiten derselben Medaille seien. Ein entschiedener Vertreter dieser Auffassung war der Burschenschafter Klaus Mahnert, nach eigenem Bekunden ein Mann des Ausgleichs. Wenngleich ihn hauptsächlich seine „nationale( ) Grundhaltung" zur politischen Betätigung motiviert habe, seien ihm ‚liberal' und ‚national' nie als Gegensätze, sondern als „zwei Pole" erschienen, „die sich gegenseitig bedingen und ergänzen", gleichsam „die Anwendung des Freiheitsbegriffes auf zwei verschiedenen Ebenen".[132]

---

und dem politisch von ihm geprägten *Akademikerverband* allerdings reserviert begegnet, darunter auch der Wiener FPÖ-Gründungsobmann Tassilo Broesigke (Interview vom 24.2.2010). Bemerkenswerterweise war Letzterer wie Timmel selbst Alter Herr eines Wiener akademischen Corps. Broesigke gehörte der *Danubo-Markomannia* (seit 1994 Turnerschaft) an, Timmel der *Hilaritas,* die 1961 im noch heute bestehenden Corps *Saxonia* aufging (vgl. zu den Korporationen Krause 2007, 252–254 bzw. 247 f.).

128 Vgl. Piringer 1993a, 27 f.

129 Vgl. zur Zusammensetzung des Vorstandes Piringer 1982, 38. Nichtsdestotrotz waren Burschenschafter an weniger exponierter Stelle an der Parteigründung beteiligt, etwa Karl Heinz Marauschek (*Allemannia* Graz), der zuvor schon als maßgeblicher Initiator des FAV-Vorgängers *Akademikerverband Österreich* (AVÖ) und der *Aula* in Erscheinung getreten war (vgl. *Junges Leben* Nr. 3/2012, 13).

130 Interview vom 13.11.2009. Neben der Diskreditierung ‚nationaler' Terminologie unmittelbar nach Ende der NS-Herrschaft war es wohl nicht zuletzt diese Konflikt vermeidende Eigenschaft, welche das Label im völkischen Lager der Nachkriegszeit breite Verwendung finden ließ. Den Ausgangspunkt bildeten die Universitäten: 1951 trat in Innsbruck eine *Freiheitliche Wahlgemeinschaft* zu den ÖH-Wahlen an, die wiederum die Namensgebung des im Jahr darauf gegründeten RFS inspirierte (vgl. Hirnschall 1991, 24). 1953 benannte der AVÖ sich in *Freiheitliche Akademikerverbände* um und hob Fritz Stüber seine *Freiheitliche Sammlung Österreichs* aus der Taufe. 1955 schließlich kandidierten VdU und *Freiheitspartei* wie zuvor die Innsbrucker Studenten als *Freiheitliche Wahlgemeinschaft* zu den oberösterreichischen Landtagswahlen (vgl. Piringer 1982, 32).

131 Interview vom 13.11.2009.

132 Mahnert 1991, 31. Vgl. auch Mahnerts Artikel in den *Burschenschaftlichen Blättern* Nr. 4/1977 [Juni], 97. Schon Gründungsparteichef Reinthaller hatte den „freie(n) Mensch(en) in der freien Gemeinschaft" als das „höchste Ziel menschlicher Entwicklung" bezeichnet (FPÖ 1991, 23). Pennalburschenschafter Jörg Kandutsch, Klubkollege Mahnerts im Nationalrat, bekräftigte das Einstehen für beide Dimensionen von Freiheit als Aufgabe und Charakteristikum der FPÖ (vgl. FPÖ 1991, 27). Gerulf Stix unternahm denselben Versuch einer Synthese in der Debatte um das spätere Parteiprogramm von 1985: Während die Frei-

Diese Darstellung wurde nicht nur von der *Freiheitlichen Partei* als Organisation, sondern offenbar auch von vielen Einzelmitgliedern zur Befriedung ihrer inneren Richtungskämpfe hochgehalten, wie das paradoxe deutsch-österreichische Phänomen des ‚National-Liberalismus' nahelegt.[133] Sie ermöglichte es, die innerparteilichen Richtungskämpfe letztlich auf ein bloßes Missverständnis zu reduzieren. Eben diese Deutung vollzieht etwa Grillmayer in seiner ganz vom Geiste der Vermittlung zwischen den Flügeln getragenen Parteigeschichte. Den Antiliberalismus „bekennende(r) ‚Nationale(r)'" wie Otto Scrinzi führt er darauf zurück, dass diese Liberalismus „nur in seinen möglichen Auswüchsen" hätten wahrnehmen können.[134] Diese Sichtweise wird dem damit angesprochenen Personenkreis allerdings nicht gerecht. Tatsächlich wussten völkische Ideologen wie Scrinzi genau, wogegen sie sich richteten, wenn sie gegen Liberalismus inner- und außerhalb der FPÖ ins Feld zogen. Diesseits bloßer Vorurteile waren es v. a. der liberale Individualismus, Universalismus und Kosmopolitismus, die ihre Ablehnung provozierten[135], verwarfen diese doch mit dem Volkstum als weltanschaulichem Angelpunkt und der Zwangsbindung des Individuums an ein (bio-)nationales Kollektiv Kernbestände völkischen Denkens. Vor diesem Hintergrund verwundert nicht, dass der Antiliberalismus für die ‚Nationalen' geradezu konstitutiv wurde, sie sich „vornehmlich durch ihre Gegnerschaft zum Liberalismus definier(t)en".[136]

Der Freiheitsbegriff, den Mahnert und andere als gemeinsame Klammer bemühten, unterstreicht bei näherer Betrachtung gerade die Unterschiede liberaler und nationalistischer Weltsicht; nicht von ungefähr drückt die Formel, wonach Freiheit des Ein-

heit des Einzelnen den „höchsten Rang in der Gesellschaftsordnung" einnehme, komme der „Freiheit der Völker und ihrer Selbstachtung" der „höchste( ) Rang in der Weltordnung" zu (*Aula* Nr. 11/1984, 5).

133 Der Typus des ‚National-Liberalen' kann als für die widersprüchliche politische und Ideengeschichte der Burschenschaften bezeichnend angesehen werden. Nicht überraschend ist es daher, dass unter den sieben von Martina Salomon exemplarisch erwähnten Exponenten dieses Typus aus der freiheitlichen Parteigeschichte drei Burschenschafter und drei weitere Korporierte zu finden sind (vgl. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/534244/Wo-wird-das-liberale-Pflaenzchen-gehegt, Artikel vom 20.1.2010).

134 Grillmayer 2006, 145 f.

135 So Allesch im Interview vom 13.11.2009. Wie noch argumentiert werden wird, vertraten viele FPÖ-‚Liberale' diese Positionen freilich nicht in Reinform, oft gerade aufgrund ihrer verbindungsstudentischen Sozialisation. Tendenziell recht zu geben ist Grillmayer daher in seiner Einschätzung, dass die für Scrinzi zentrale Mission, „das Abdriften der FPÖ in ein ‚linksliberales' Fahrwasser zu verhindern", eine Gefahr zum Gegenstand hatte, „die de facto niemals bestanden hat" (Grillmayer 2006, 146).

136 Grillmayer 2006, 146. Das Deutschtumsbekenntnis allein (im Sinne eines kulturellen Zugehörigkeitsgefühls) taugte als Distinktionsmerkmal nicht, weil sie es mit vielen der ‚Liberalen' teilten. Gemeinsamkeit stifteten darüber hinaus geteilte Traditionsbezüge etwa auf 1848 (Interview mit Allesch vom 13.11.2009) – eine Referenz, mit der freilich recht Unterschiedliches verbunden werden konnte und wohl auch wurde.

zelnen und Freiheit der Völker zusammengehörten, sich um eine Thematisierung des Verhältnisses der beiden Ebenen bzw. des darin enthaltenen Konflikts. Während Liberale individuelle Freiheit in den Vordergrund stellen, halten Burschenschafter und Gleichgesinnte in Österreich typischerweise das Primat vermeintlicher Gemeinschaftsinteressen vor jenen des Individuums hoch (vgl. Kapitel III.7.1). Statt „Egoismus" und „Materialismus"[137] – propagieren Letztere (Volks-)Gemeinschaftsgefühl, (deutschen) Idealismus und völkische Metaphysik. Dem *freiheitlichen* Begriff von Freiheit ist diese illiberale bis antiliberale Stoßrichtung, Ergebnis nicht zuletzt des ideologischen Einflusses der Burschenschafter, bis heute anzumerken. So zeigte sich etwa Jörg Haider als Parteiobmann überzeugt, dass der Mensch „(w)irkliche Freiheit" nur erleben könne, wenn er über „feste Wurzeln in seiner Heimat" verfüge. Anders als Liberale können ‚Freiheitliche' den „freie(n) Bürger" nur „in sein Volkstum eingebettet" denken.[138] Die Darstellung von liberal und ‚freiheitlich' als Synonyme ist somit irreführend; Letzteres war – jedenfalls im Rahmen der FPÖ – „nie eindeutig im Sinne von liberal gemeint".[139]

Mit Blick auf die Rolle von Korporierten in den parteiinternen Flügelkämpfen ist festzuhalten, dass Alte Herren von Beginn an auf beiden Seiten zu finden waren. Dies mag im Lichte populärer Annahmen über das völkische Korporationswesen überraschen, ist aber sowohl aufgrund der widersprüchlichen Ideengeschichte desselben als auch angesichts des Sozialprofils des politischen Liberalismus in Österreich nur folgerichtig. Wie auch der Deutschnationalismus wurde liberale Politik hierzulande historisch v.a. von Bildungseliten getragen.[140] Für eine Partei, die ihre akademischen Kader seit jeher aus den Korporationen rekrutiert, ist daher naheliegend, dass auch die Vertreter liberalerer Ansichten zu einem guten Teil dem Korporationsstudententum entstammen. Dennoch wurde der Konflikt in der FPÖ nicht exklusiv unter Korporierten ausgetragen. Bihl erwähnt etwa für die Anfangszeit die nicht korporierten Emil van Tongel und Helfried Pfeifer als „führende deutschnationale Repräsentanten" der Wiener Landespartei im Bund sowie als liberales Aushängeschild der Partei den ebenfalls keiner Verbindung angehörenden Willfried Gredler.[141] Der Gründungs-Bundesparteiobmann und Landsmannschafter Reinthaller war Peter zufolge einem „Kurs der Mitte verschrieben", wobei er auch „von der überwiegenden Mehrheit der maßgeblichen Nationalen unterstützt" worden sei.[142] Unter jenen, die Peter zufolge eine Positionierung der FPÖ in der Mitte des politischen Spektrums aufgrund ihrer extremistischen Aus-

137 Grillmayer (2006, 76) zufolge handelt es sich hierbei um von ‚nationaler' Seite häufig gehegte Liberalismus-Assoziationen.

138 Haider 1991, 73.

139 Interview mit Allesch vom 13.11.2009.

140 Vgl. Lindinger 2009, 71; weiterführend Mölzer 1994c.

141 Bihl 2006, 630.

142 Peter 1998, 147. Vgl. zu Reinthallers Bekenntnis zu einer „Politik der Mitte" auch FPÖ 1991, 22.

richtung sabotiert hätten, finden sich korporationsferne Personen wie Herbert Schweiger und Raimund Wimmer ebenso wie der Burschenschafter Norbert Burger.[143] Zudem habe er, Peter, sich als Parteiobmann immer wieder veranlasst gesehen, sich von „extremen Erklärungen" in der Korporiertenzeitschrift *Aula* zu distanzieren.[144] Mit Burgers Parteiaustritt und der NDP-Gründung sei es „(r)uhiger am rechten Rand der FPÖ" geworden.[145] Just am Parteitag 1966, der den Absprung Burgers markiert, wird Vereinsstudent Otto Scrinzi zu einem der Stellvertreter Peters gewählt und „gilt fortan als Vertreter des ‚nationalen' Flügels innerhalb der FPÖ".[146]

Peter richtete als Parteiobmann (1958 bis 1978) nach eigenem Bekunden sein Streben „auf das Ziel einer Regierungsbeteiligung aus()".[147] Dazu habe die „Festigung demokratischer Glaubwürdigkeit" ebenso gehört wie „sachbezogene Arbeit" und die Demonstration von Paktfähigkeit und Kooperationsbereitschaft anstelle eines chronischen „Nein der Ablehnung"[148] – also eine Absage an jene kompromisslose Oppositionshaltung, die in burschenschaftlichen Kreisen populär war (vgl. Kapitel III.6.2). Vor dem Hintergrund dieses Programms war es nur naheliegend, dass Peter zum Förderer des Atterseekreises wurde. Dieser war Anfang der 1970er-Jahre von RFS-Veteranen gegründet worden, um die in der Hochschulpolitik begonnene Arbeit an liberal inspirierten politischen Reformideen auf anderer Ebene fortzusetzen.[149] Friedhelm Frischenschlager, einer Zentralfigur des Kreises, zufolge, bestand der Zusammenschluss zu „sicherlich ein(em) Drittel" aus Korporierten; Stimmer ermittelte einen Anteil von „etwa 53 %".[150] Ange-

143 Vgl. Peter 1998, 147 (Schweiger, Burger) bzw. 156 (Wimmer).

144 Ebd., 144.

145 Ebd., 147. Manche Gegner des Liberalisierungskurses übten ihre Opposition allerdings auch in den 1970er-Jahren parteiintern aus – etwa im sogenannten ‚Reinthaller-Kreis' der niederösterreichischen FPÖ um den Kremser Parteiobmann Helmuth Weiss (vgl. die *Neue Freie Zeitung* Nr. 47/1977 bzw. Neugebauer 1981b, 318). Vorbehaltlich zufälliger Namensgleichheit handelt es sich bei Weiss um einen Burschenschafter (*Gothia* Wien). Liberale Impulse gingen demgegenüber in den 1970er-Jahren u.a. vom *Ring Freiheitlicher Jugend* (RFJ) aus, der zwischen 1971 und 1975 unter Jörg Haiders Führung stand (vgl. Grillmayer 2006, 126 und 147).

146 Grillmayer 2006, 116 f. Zu Scrinzis eigener Sicht auf den Flügelkampf vgl. seine Autobiographie, insbesondere den Abschnitt „Auf leisen Sohlen nach linksliberal" (Scrinzi 2003, 260–265).

147 Peter 1998, 152. Kraus gibt zudem an, Peter habe ihm gegenüber seine Absicht bekundet, „die Nationalen wieder ins liberale Lager zu führen" (Kraus 1988, 297).

148 Peter 1998, 148. Den Kurs der FPÖ zur Zeit der SPÖ-Alleinregierungen ab 1970 beschreibt Peter als einen der „differenzierte(n) Opposition" (ebd., 152).

149 Grillmayer (2006, 125), selbst ‚Atterseer', nennt 1971 als Gründungsjahr, Frischenschlager gibt im Telefon-Interview vom 27.3.2012 den Herbst 1970 als Startpunkt an. Die nicht nur politische, sondern auch materielle Unterstützung des Kreises durch Peter war Frischenschlager zufolge von Beginn an gegeben. Der Name des Zusammenschlusses geht auf das FPÖ-Heim am Attersee (‚Anton-Reinthaller-Haus') zurück, das Peter dem Kreis für seine Treffen zur Verfügung stellte (vgl. Grillmayer 2006, 114). Zum Wirken der ‚Attersee-Generation' im RFS bzw. in der ÖH vgl. Kapitel IV.1.3.

150 Interview mit Frischenschlager vom 11.12.2009 bzw. Stimmer 1997 (Band II), 1044.

sichts dessen, der RFS-Vergangenheit vieler Protagonisten und der Unterstützung Peters verwundert nicht, dass die Atterseer auf parteipolitischer Ebene mit großer Mehrheit der FPÖ nahestanden (oder gar dort tätig wurden). Erich Reiter, laut Grillmayer eine Führungspersönlichkeit des Kreises nach Frischenschlagers Abgang[151], stuft 60 bis 70 Prozent der dem Zusammenhang zwischen 1972 und 1981 zurechenbaren Personen als freiheitliche Parteigänger ein[152]. Mit ihren antiliberalen Waffenbrüdern, die sie dort antrafen, einte sie die Ablehnung der Großparteien und des von ihnen errichteten Proporz- und Patronagesystems (respektive die Erfahrung des daran Nicht-Teilhabens bzw. Nicht-Teilhaben-Wollens).[153] Stimmers Mutmaßung, die „deutliche ideologische Lösung" der Attersee-Generation des RFS von den FAV gefährde „langfristig auch das Rekrutierungspotenzial der Freiheitlichen Partei" erwies sich somit als unbegründet; Korporierte strömten nach wie vor der FPÖ zu, stärkten allerdings mehr denn je auch deren erneuerungswilligen Flügel.[154]

Die „kräftige(n) liberale(n) Impulse" aus dem Atterseekreis beschleunigten die Liberalisierung der Partei und brachten sie nach Angaben Peters „ein gutes Stück auf ihrem Weg vom rechten Rand der politischen Landschaft in die Mitte der Politik" voran.[155] Als Ausgangspunkt diente dabei Wien, wo ab Beginn der 1970er-Jahre

> (e)ine Gruppe ambitionierter, junger und weltanschaulich weitgehend liberaler Politiker, die bundespolitisch teilweise im ‚Atterseekreis' engagiert waren, (…) zur Eroberung der Wiener Landesgruppe an(trat). Sie bildeten den ‚Wiener Kreis', dem Norbert Steger, Holger Bauer, Hilmar Kabas oder Rainer Pawkowicz angehörten. Nach der Übernahme der Bezirksorganisationen wurden 1975 Pawkowicz und Steger zu Obmann-Stellvertretern. 1977 löste Steger Broesigke als Landesparteiobmann ab. Die Wiener FPÖ, vor allem vertreten durch ihren Obmann Steger, war in der Folge maßgeblich an den zentralen innerparteilichen Personalentscheidungen (…) beteiligt.[156]

151 Grillmayer 2006, 125.

152 Wiedergegeben in Stimmer 1997 (Band II), 1044.

153 Diesen Schluss legt Volker Kier im Interview vom 11.11.2009 ebenso nahe wie Helmut Wintersberger im Interview vom 4.1.2012.

154 Stimmer 1997 (Band II), 1041. Die erwähnte Gefährdung trat auch deshalb nicht ein, weil der RFS (v.a.) von den Burschenschaften spätestens Anfang der 1980er-Jahre wieder auf verlässlich-völkischen Kurs gebracht werden konnte (vgl. erneut Kapitel IV.1.3). Der damit einhergehende Abstieg des RFS ließ weniger diesen als (völkisches) Personalreservoir der FPÖ verkümmern als vielmehr – nach Beurteilung Erwin Hirnschalls – den Atterseekreis als (liberale) „Quelle von Talenten" versiegen (Hirnschall 1991, 25).

155 Peter 1998, 150.

156 Bihl 2006, 630 f. Vgl. auch Grillmayer 2006, 138.

Die hier beschriebene Entwicklung, als deren Kulminationspunkte die Wahl Stegers zum Bundesparteiobmann 1980 und der Eintritt der von ihm geführten FPÖ in die Bundesregierung 1983 angesehen werden können, wurde wesentlich von Korporierten wie den im Zitat genannten Bauer und Pawkowicz (pennaler bzw. akademischer Burschenschafter) oder Steger selbst (Sängerschafter) getragen.[157] Diese gerieten dabei allerdings auch mit anderen Korporierten in Konfrontation. So berichtet Grillmayer von „Spannungen" zwischen den jungen Vertretern einer „fortschrittlich-liberale(n) Linie" und den „überwiegend streng konservativ-traditionalistischen Freiheitlichen Akademikerverbänden (…), die damals in einzelnen Bundesländern noch durchaus stark und einflussreich waren".[158] In personeller Hinsicht trugen die Atterseer zum Sturz ihres nicht korporierten Förderers Peter 1978 ebenso bei wie zur Absetzung seines Nachfolgers, des Turnerschafters Alexander Götz 1980. Dass sie Letzteren gegen Ersteren zunächst unterstützt hatten, war laut Frischenschlager „eher eine Generationen- als eine politisch-ideologische Frage".[159] Auch Peter fand jedoch korporierte Unterstützer gegen seine Kritiker (u. a.) aus Atterseekreis und RFJ, wie etwa die Burschenschafter Waldemar Steiner und Mario Ferrari-Brunnenfeld.[160] Generell lässt sich die Debatte um ihn und Götz weder auf die Formel ‚liberal vs. national' noch auf eine Frontstellung zwischen korporierten und nichtkorporierten Funktionären herunterbrechen.

Götz ließ während seiner kurzen Obmannschaft in ideologischer Hinsicht keine klare Tendenz erkennen.[161] Allesch erinnert, dass dem Grazer „diese Flügelkämpfe und dieses Geschwätz national gegen liberal schlichtweg auf den Geist gegangen" seien, er habe sich damit „nicht auseinandersetzen wollen". Gleichzeitig habe er sich dem (vergleichsweise starken) steirischen und Grazer FAV sehr verbunden gefühlt, wenn auch nicht primär aus weltanschaulichen Gründen. Diese Angabe ist insofern plausibel, als

157 Pawkowicz firmiert auch bei Steininger (2007, 75) als Atterseer. Allesch beschreibt ihn im Interview vom 13.11.2009 als „zwischen liberal und national immer (S)chwankend(en)", der „im Grunde mit beiden Interpretationen des 3. Lagers leben" habe können.

158 Grillmayer 2006, 125. Zur Illustration dieses Konflikts verweist Grillmayer auf seine Rede am Tag der freiheitlichen Akademiker 1972 in Linz. Er habe diese ursprünglich „ganz im Geist des Atterseekreises" anlegen wollen, dann aber „auf Wunsch des damaligen Obmanns des FAV-OÖ Dr. Jelinek ein Bekenntnis zur deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft" eingebaut. Dieses sei letztlich auch die einzige Passage gewesen, welche das Publikum zu spontanem Applaus animiert habe (ebd., 147). Jelinek war, wie Grillmayer selbst, akademischer Sängerschafter.

159 Telefoninterview mit Frischenschlager vom 27. 3. 2012. Peter sei zum einen durch die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre (vgl. dazu Böhler 1995) politisch geschwächt gewesen, zum anderen sei Götz gegenüber dem Langzeitobmann als unverbrauchte Alternative erschienen, die durch kommunale Erfolge in Graz mit Sieger-Image ausgestattet war und inhaltlich ebenfalls fortschrittliche Ansätze gezeigt habe. Vgl. zur Beteiligung der Atterseer an der Absetzung Peters auch Grillmayer 2006, 126, 132 und 136.

160 Vgl. Grillmayer 2006, 136.

161 Neugebauer (1981b, 382 f.) kommt zeitnah zu einem anderen Schluss und attestiert der Götz-FPÖ einen „deutlich sichtbare(n) Ruck nach rechts".

Götz aufgrund seiner Korporationszugehörigkeit wie auch seines Engagements im Grazer RFS-Vorläufer *Bund unabhängiger Studenten* (BUS) auch langjährige persönliche Verstrickungen mit dem lokalen völkischen Verbindungswesen aufwies. Zudem sei er sich, so Allesch, seiner Abhängigkeit von den durch den FAV repräsentierten ‚nationalen' WählerInnenschichten bewusst gewesen und hätte sich schon aus diesem Grund „sicher nicht gegen die Nationalen engagiert".[162] Nichtsdestotrotz blockierte Götz den weiteren Aufstieg der Atterseer zumindest nicht. Einen von ihnen, Helmut Krünes, machte er zu seinem „engsten Mitarbeiter"; unter seinen im September 1978 ernannten 24 „persönliche(n) Berater(n)" fanden sich ebenso mehrere Angehörige des Attersee-Zusammenhangs wie im Ausschuss zur Erarbeitung des freiheitlichen Programms zur Nationalratswahl 1979.[163] Auch die Beitrittsverhandlungen der FPÖ mit der *Liberalen Internationale* wurden unter Götz' Amtszeit 1978 aufgenommen und rund zwei Monate vor seiner Abdankung zum Abschluss gebracht.[164] Dennoch enttäuschte er nach Angaben Frischenschlagers seine jungen Unterstützer: Er habe ihnen nach innen zu autoritär, nach außen zu angriffig und auf inhaltlicher Ebene weniger progressiv als erhofft agiert.[165]

Stärker als die Wahl Götz' kam jene Stegers einer politisch-ideologischen Richtungsentscheidung gleich. Dennoch standen auch hier Korporierte auf beiden Seiten. Die Bestellung Stegers zum Kandidaten des Bundesparteivorstandes erfolgte Ende 1979, wobei ihm der Vorzug vor dem Burschenschafter und Salzburger Vizebürgermeister Waldemar Steiner (*Olympia* Wien) gegeben wurde.[166] Nach Stegers eigener Darstellung wurde seine Nominierung von einer Reihe älterer Parteigranden durchgesetzt, die in Abkehr von der unter Götz vollzogenen Festlegung auf die ÖVP als Wunschpartner die Gesprächsbasis zur SPÖ restaurieren wollten. Unter ihnen hätten sich auch die Korporierten Broesigke und Mahnert befunden.[167] Kurz vor der eigentlichen Obmannwahl sprachen sich zahlreiche freiheitliche Spitzenfunktionäre in einer gemeinsamen Erklärung für Steger aus, darunter neben den beiden eben Genannten auch die Pennalburschenschafter Jörg Kandutsch und Wilhelm Kindl oder Emil van Tongel als nicht korporierter Vertreter des völkischen Parteiflügels. Gleichzeitig wurde Steger in einem separaten Aufruf junger Funktionäre von den Atterseern, aber etwa auch von Jörg

162 Interview mit Christian Allesch vom 13.11.2009.

163 Grillmayer 2006, 153 bzw. 154; vgl. Piringer 1993b, 112 (zu Krünes) und 115 (zum Programmausschuss) sowie Grillmayer (2006, 125) und Steininger (2007, 75) zur Zuordnung der Berater zum Atterseekreis.

164 Vgl. Piringer 1993b, 116 und 123.

165 Telefoninterview mit Frischenschlager vom 27.3.2012. Auch Steger (1991, 62) wertet die Atterseer Unterstützung für Götz im Nachhinein als Fehler.

166 Vgl. Schender 1991, 60.

167 Vgl. Steger 1991, 62.

Haider unterstützt.[168] Für seinen Gegenkandidaten Harald Ofner setzten sich u. a. die Burschenschafter Steiner, Norbert Gugerbauer *(Oberösterreicher Germanen)* und Klaus Turek (*Cheruskia* Graz) ein.[169] Die Obmannkür am außerordentlichen Bundesparteitag 1980 sah Steger als Sieger; entgegen gängiger Zuschreibungen hatte der korporierte Liberale sich mit Unterstützung zahlreicher Korporierter gegen den nichtkorporierten Vertreter eines konservativeren Kurses durchgesetzt.

Der Eintritt der FPÖ in die Bundesregierung 1983 brachte zahlreiche Korporierte in hohe öffentliche Ämter oder zumindest für solche ins Gespräch. Über die tatsächlichen Regierungsmitglieder hinaus (vgl. Abschnitt V.1.1) waren Steger zufolge die Burschenschafter Haider, Gugerbauer und Kapral für Staatssekretariatsposten vorgesehen.[170] Der Landsmannschafter Helmut Günther amtierte ab 1984 als stellvertretender Kabinettschef Stegers, Büroleiter von Verteidigungsminister Frischenschlager wurde dessen Attersee-Kollege Erich Reiter[171]. Allerdings waren es nicht zuletzt auch Korporierte, die der sozial-liberalen Regierung Probleme bereiteten. Frischenschlager nennt insbesondere Andreas Mölzer (damals *Aula*-Schriftleiter) als hartnäckigen Kritiker des freiheitlichen Regierungsteams.[172] Peter streicht die Rolle Haiders hervor, dem er eine „ständige( ) Zersetzungstaktik" unterstellt, die Peter allerdings weniger auf ideologische Vorbehalte als auf persönliche Karriereinteressen zurückführt.[173] Mölzer selbst identifizierte im Jahr nach dem freiheitlichen Regierungsantritt Haider, Ofner, Gerulf Stix und Gugerbauer als verlässliche Repräsentanten des „nationale(n) Flügel(s)" der FPÖ – zwei davon Burschenschafter, drei korporiert.[174]

---

168 Vgl. Piringer 1993c, 2.

169 Vgl. Schender 1991, 62. Die Unterstützung Gugerbauers für Ofner überrascht insofern, als Peter ihn dem Atterseekreis zurechnet, während er anmerkt, dass Steger-Unterstützer Haider dort „kaum" anzutreffen gewesen sei und im Kreis auch „keine Rolle gespielt" habe (Peter 1998, 144). Auf die persönlichen Differenzen zwischen Gugerbauer und Steger wird noch zurückzukommen sein.

170 Vgl. Steger 1991, 66 f. Steger erwähnt lediglich einen „Dr. Kaprall [sic]", von einer Übereinstimmung mit dem Wiener *Gothen* und dem späteren freiheitlichen Bundesrat Peter Kapral ist jedoch auszugehen.

171 Dieser hatte Frischenschlager zufolge kurz zuvor eine Initiative zur inneren Reform des deutschnationalen Verbindungswesens gestartet, die erfolglos verlaufen war (vgl. Kapitel III.5.5). Der spätere Austritt Reiters aus seiner Grazer Burschenschaft *Cheruskia* stand damit nicht in direktem Zusammenhang.

172 Interview vom 11.12.2009.

173 Vgl. Peter 1998, 153 f. (Zitat: 154). U. a. habe Haider die (vorgeblichen) Abspaltungsbestrebungen Scrinzis öffentlich gutgeheißen (vgl. ebd., 153, unter Verweis auf den *Kurier* vom 29.4.1984).

174 *Aula* Nr. 7–8/1984, 6. Noch in Heft Nr. 5/1984 (S. 6) hatte Mölzer allerdings auch an Ofner, dem Nichtkorporierten in der Runde, Kritik geübt – konkret an dessen Meinung, die FPÖ sollte sich um „österreichische Patrioten" bemühen, da der Deutschnationalismus in der breiten Masse der Bevölkerung keine Attraktivität mehr besäße. Gugerbauers Einstufung als klassischer ‚Nationaler' nach Mölzers Geschmack widerspricht nicht nur der Einschätzung Frischenschlagers (Interview vom 11.12.2009), sondern tendenziell auch seiner Vergangenheit im Atterseekreis, seinen an verschiedenen Stellen dieses Buches erwähnten Positionierungen in burschenschaftlichen Debatten sowie seiner allgemein eher mo-

Wie diese Gegenüberstellung bereits andeutet, verschärfte sich während der Regierungsbeteiligung der FPÖ „die bereits manifeste Polarisierung des nationalkorporierten Lagers“ – jedenfalls nach Stimmers Darstellung.[175] Als schärfste Gegner des liberal inspirierten, sachorientierten Regierungskurses erscheinen bei ihm die (Wiener) Burschenschaften und Landsmannschaften. Allerdings habe sich „(s)elbst innerhalb der konservativen Kerngruppe der Burschenschaften“ die „ideologische Auseinandersetzung zwischen liberaler vs [sic] nationaler Richtung in teils sehr extremer Form nieder(geschlagen)“. Schlussendlich seien die liberaleren Positionen in den Burschenschaftern nicht nur auf einen „radikal nationalistischen Gegentrend“ getroffen, sondern durch diesen „auch zeitlich abgelöst“ worden.[176] Daraus kann mit einiger Vorsicht (zu der die von Stimmer gelieferten, unzureichenden Belege seiner Darstellung verhalten) geschlossen werden, dass im burschenschaftlichen Lager die Steger-Gegner tonangebend waren. Dass dort in den 1980er-Jahren oder zu einem anderen Zeitpunkt nach 1945 offene und harte Auseinandersetzungen entlang der erwähnten Konfliktlinie geführt worden wären, ja überhaupt eine nicht-nationale ‚Richtung‘ identifizierbar geworden wäre, bildet sich in den (mir) verfügbaren Quellen allerdings nicht ab.

Unter allen Obmannwechseln, die die FPÖ in ihrer bisherigen Geschichte vollzogen hat, werden jenem von Steger auf Haider in einer Kampfabstimmung am Innsbrucker Parteitag 1986 gemeinhin die schwerwiegendsten politischen Implikationen zugeschrieben. Zusätzlich lässt Stegers viel zitiertes Diktum vom ‚Putsch der Burschenschafter‘ vermuten, dass Korporationszugehörigkeit anders als bei den bislang behandelten Führungswechseln ein aussagekräftiger Indikator für die Zuordnung zu den gegnerischen Lagern darstellen könnte. Dies ist allerdings nur teilweise zutreffend. Die Relativierung muss bereits bei Stegers Einschätzung der zentralen Rolle von Burschenschaftern ansetzen, die von verschiedenen Beteiligten – Unterstützern wie auch Gegner Stegers – übereinstimmend zurückgewiesen wird. Mölzer ortet eine – gleichwohl unter damaligen BeobachterInnen populäre – „Überinterpretation“.[177] Frischenschlager hält Stegers Aussage für „nicht ganz gerecht“, wenngleich Mölzer und andere Kritiker des freiheitlichen Vizekanzlers „begeisterte Haiderianer“ gewesen seien und der Burschenschafter Gugerbauer maßgeblich an der Ermöglichung des Führungswechsels beteiligt gewesen sei. Er glaube nicht, dass für Gugerbauers Motivlage „das Burschenschaftliche eine Rolle gespielt“ habe.[178] Auch Allesch gibt an, dass die Machtübernahme Haiders nicht „von den Korporationen her gesteuert“ worden sei

derierenden Rolle innerhalb der Partei (vgl. etwa seine Abschiedsbotschaft von 1992, wiedergegeben in Piringer 1994, 24).

175 Stimmer 1997 (Band II), 1004.

176 Ebd., 1005.

177 Mölzer 2001, 123.

178 Interview vom 11.12.2009.

und weist darüber hinaus darauf hin, dass es auch unter den Befürwortern des Regierungskurses Personen gegeben habe, die „in ihren jungen Jahren (…) in den Korporationen sozialisiert worden sind". Ungeachtet dessen seien die Burschenschafter mehrheitlich hinter Haider gestanden.[179]

Neben ‚den Burschenschaftern' nennt die einschlägige Literatur als Verantwortliche für den Obmannwechsel v.a. die Kärntner sowie „Teile der steirischen und (…) der oberösterreichischen FPÖ" (in letzterem Fall besonders Norbert Gugerbauer) und den sogenannten Lorenzener Kreis um den oberösterreichischen Bezirksparteifunktionär Raimund Wimmer, den Bailer und Neugebauer als „eine informelle, abseits der Öffentlichkeit operierende Plattform deutschnationaler und rechtsextremer Kräfte in der FPÖ" charakterisieren.[180] Wimmer reklamierte die Installierung Haiders als Verdienst seines Kreises und wurde der *Aula* zufolge am Parteitag 1988 vom neuen Obmann auch explizit für seine Rolle bei der freiheitlichen Kurskorrektur belobigt.[181] Mölzer erwähnt darüber hinaus Gernot Rumpold als wichtigen Akteur – wie Wimmer kein Verbindungsangehöriger.[182] Generell griff Haider nach Falkenbergs Beurteilung zur „Instrumentalisierung führender Mitglieder, die mit der Politik Stegers unzufrieden waren, aber nicht zur deutschnationalen Strömung zählten".[183] In Summe muss der Wechsel zu ihm somit als Ergebnis einer Koalition unterschiedlicher Gruppen, Motive und Interessen begriffen werden. Neben politisch-ideologischen Beweggründen waren dabei unerfüllte persönliche Ambitionen und/oder persönliche Vorbehalte gegen den Obmann (beides keine Spezifika dieser speziellen Personalentscheidung) ebenso im Spiel wie Sorgen über die schlechten Umfragewerte der FPÖ als Juniorpartnerin der SPÖ, der Wunsch nach einem kantigeren Auftreten gegenüber dem Koalitionspartner und grundsätzliches Unbehagen an der Rolle der Regierungspartei.[184]

---

179 Interview vom 13.11.2009.

180 Bailer/Neugebauer 1993b, 339 (vgl. auch 340) bzw. 403. Vgl. weiters Falkenberg (1997, 107) und Peter (1998, 156) zum Lorenzener Kreis, Erstere auch zur Kärntner FPÖ, sowie Oberösterreicher Germanen 1994, 138 zur Beteiligung Gugerbauers. Zur programmatischen ‚Lorenzener Erklärung' des Kreises von 1989 und deren Parallelen zum Programm der im Jahr zuvor aufgelösten NDP vgl. Lasek 1990 sowie ferner Fischer u.a. 1990. Gugerbauer als vermeintlicher Architekt der Ablösung Stegers war möglicherweise selbst in den Wimmer-Zusammenhang involviert. Wimmers dahin gehende Behauptung wurde von ihm zumindest nicht dementiert (vgl. Lasek 1990, 134 f.). Auch schien sein Name auf einer im ORF-*Inlandsreport* vom 9.11.1989 gezeigten Liste angeblicher Mitglieder auf.

181 Vgl. *Aula* Nr. 10/1989, 21.

182 Mölzer 1990, 93. Vgl. umgekehrt zur Rolle der ab 1983 von Mölzer mit verantworteten *Aula* Gärtner 1993, 262–264.

183 Falkenberg 1997, 108.

184 Persönliche Konflikte dürften etwa im Falle Gugerbauers ausschlaggebend gewesen sein, dessen Zerwürfnis mit Steger Grillmayer zufolge bis in seine RFS-Tage zurückverweist (vgl. Grillmayer 2006, 163; ferner ebd., 194 und 201). Bailer/Neugebauer (1993b, 339 f.) zufolge blieben diese Spannungen nicht ohne Auswirkungen auf Gugerbauers Karriereverlauf in der FPÖ unter Stegers Führung.

V.3.2 Haider-Ära, zweite Regierungsbeteiligung und Parteispaltung

Mit Haider übernahm erstmals in der Parteigeschichte ein Burschenschafter die Führung der FPÖ. Zumindest anfänglich brachte seine Amtsübernahme eine merkliche Verbesserung des Verhältnisses von völkischen Korporationen und Partei, gemessen jedenfalls an der angespannten Situation der Steger-Ära. Frischenschlager erwähnt, dass die Betätigung in der FPÖ für Burschenschafter mit burschenschaftlichem Anspruch an die Politik „mit Haider wieder en vogue geworden“ sei. Auch jene „paar“ Burschenschafter, die zuvor auf der Seite der Regierungsriege gestanden wären, hätten sich nach dem Obmannwechsel „völlig (…) dem Haiderismus (untergeordnet)“.[185] Parteipolitisch stünden die völkischen Verbindungen, so der Landsmannschafter Harald Kohlweiß (*Cimbria* Wien) im Oktober 1986 als Sprecher des WKR, der FPÖ „seit einigen Wochen noch näher als vorher“.[186]

Diese Hinwendung wurde von Haider nicht in vollem Ausmaß erwidert. Nach Frischenschlagers Einschätzung hatte dieser, obwohl selbst Burschenschafter, „nie viel mit den Korporationen am Hut gehabt“, als RFJ-Obmann seinem Eindruck nach sogar ihren Einfluss in Grenzen zu halten versucht.[187] Auch Allesch nahm Haider nie als „eindeutige(n) Vertreter dieses nationalkonservativen Flügels“ war; vielmehr sei er „zeitlebens ein ideologischer Opportunist“ gewesen. Sowohl im RFJ als auch im Atterseekreis habe er sich als Liberaler geriert, mit seinem Wechsel in die Kärntner Landespartei 1976 jedoch sei er abrupt auf die „Kärntner Linie“ aufgesprungen und habe sich u. a. mit „anti-slowenischen Aussagen“ zu profilieren begonnen.[188] Seine Übernahme des Parteivorsitzes markierte nach Alleschs Überzeugung weniger einen ideologischen Schwenk als eine „Wende von der Ideologie zur Rhetorik“ – wenngleich das Primat der Rhetorik und der neue, populistische Stil einen inhaltlichen Rechtsruck begünstigt hätten.[189] Diese

185 Interview vom 11.12.2009.

186 Zit. n. dem *ibf-spektrum (Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung)* Nr. 507/1986, 4.

187 Interview vom 11.12.2009. Auch Günther Barnet (VDSt *Sudetia* Wien) konstatiert, dass Haider „entgegen vieler Behauptungen gar nicht so sehr die Burschenschaften in den Vordergrund gestellt, sondern (…) sich teilweise ihrer bedient“ habe (ORF-*Report* vom 19.6.2012).

188 Interview vom 13.11.2009. Zum Liberalismus des jungen Haider vgl. sein „Grußwort der Jugend“ anlässlich der 25-Jahr-Feier der FPÖ 1974 (abgedruckt in FPÖ 1991, 53–55), das inhaltlich stark an Positionen des damaligen RFS um Haiders Waffenbruder Gugerbauer erinnert und bereits Haiders spätere Absage an das Links-Rechts-Schema – auch konkret in Bezug auf die FPÖ – enthält (vgl. ebd., 54). Schon im Jahr zuvor, berichtet Grillmayer (2006, 147), habe Haider am Wiener Landesparteitag den Gemeinderat Otto Krenn „scharf kritisiert, als dieser zum Thema ‚Gastarbeiter‘ von einer ‚Gefährdung des Volkstums‘ sprach“.

189 Allesch 1988, 15 f. bzw. Interview vom 13.11.2009. Allesch erinnert auch die Innsbrucker Debatte als weniger ideologisch denn von einem weitverbreiteten Wunsch nach einem anderen Politikstil geprägt. Gleichwohl wertet Allesch die Kür Haiders als Indiz, dass die von Steger und den Seinen vorübergehend etablierte liberale Hegemonie in der Partei „eher oberflächlich“ geblieben war und als Reaktion

Darstellung kontrastiert mit Peters Erinnerung an die „‚Sieg-Heil-Stimmung'", die am Innsbrucker Parteitag geherrscht habe, wie auch mit Mölzers Angabe, dass der Wechsel in der Partei selbst durchaus als Rechtsruck wahrgenommen worden sei.[190] Auch die Chronik der *Oberösterreicher Germanen* vermerkt „ideologische( ) Veränderungen" durch das Revirement an der Parteispitze, welche von den Bundesbrüdern „(i)m wesentlichen" begrüßt worden seien.[191] Kaum bestreitbar ist aber, dass der von Haider als Obmann eingeschlagene Kurs mit einer Flexibilität auf inhaltlicher Ebene einherging, die innerparteilich Ideologen jedweder Richtung vor den Kopf stieß.[192] Dieser Kurs adressierte im Sinne der Stimmenmaximierung andere WählerInnen als die bisherigen Kernschichten und erforderte in der Umsetzung auch anderes Personal. So brachte Haiders Obmannschaft jedenfalls mittelfristig eine relative Schwächung aller Kräfte innerhalb der Partei mit sich, die politisches Handeln auf ein klar umrissenes, philosophisch fundiertes Weltbild gegründet sehen wollten.

Während Haiders Verhältnis zum liberalen Parteiflügel durch die Art seiner Einsetzung – den durch ausgiebige Querschüsse vorbereiteten Sieg über Steger in einer Kampfabstimmung – von Beginn an angespannt war, traten Friktionen zwischen ihm und dem völkischen Flügel erst mit der Zeit auf. Frischenschlager erinnert die „Frühphase" der Haider-Ära als Zeit, in der „die Korporierten wieder die FPÖ übernehmen". „(G)anz massiv" seien Alte Herren an Verschiebungen in den Landesorganisationen beteiligt gewesen, insbesondere in Wien und der Steiermark.[193] Bald jedoch begann Haider sich von seinen „engsten Kohorten"[194] zu emanzipieren. In Niederösterreich etwa waren nach Darstellung Lindingers „Korporierte wohl in der Aufbauphase bei der von

eine Sammlung und Stärkung des nationalen Flügels ausgelöst hatte (Interview vom 13.11.2009). Die „ideologischen Veränderungen" unter Steger seien „von der vielzitierten ‚Parteibasis' allenfalls toleriert, aber nicht inhaltlich nachvollzogen" worden; ein „spürbarer Wandel der ideologischen Kräfteverhältnisse" sei ausgeblieben (Allesch 1988, 14). Steger hatte nicht nur – nach eigenem Bekunden – eine „im Kern immer noch deutschnationale Partei" übernommen (Steger 1991, 62), sondern übergab eine ebensolche auch an Haider.

190 Peter 1998, 157 bzw. vgl. Mölzer 2001, 123. Zur Einschätzung der Parteitagsereignisse vgl. auch Bailer/Neugebauer (1993b, 340 f.) sowie die dort angegebenen Quellen.

191 Oberösterreicher Germanen 1994, 138.

192 Zur Kritik der „Entideologisierung" der FPÖ unter Haider aus völkischer Sicht vgl. Mölzer 2001; aus liberaler Sicht Allesch 1988, 15–17.

193 Interview vom 11.12.2009. Vgl. zu Wien Bihl 2006, 631 (wonach die Wiener Landespartei, obwohl unter Steger liberales Aushängeschild, sich „voll der Linie des neuen Bundesparteiobmannes" angeschlossen habe). Auch Allesch verweist auf die Korporiertendominanz in der Wiener FPÖ als rezenteres Phänomen: Hier sei der Aderlass an liberalen Kräften nach 1986 „ganz besonders stark" gewesen (Interview vom 13.11.2009). Lindinger ortet ein traditionell „unverkrampftes Verhältnis" der Wiener FPÖ zu den Korporationen, „besonders" unter der 1991 beginnenden Obmannschaft des Burschenschafters Pawkowicz (Lindinger 2009, 71).

194 Frischenschlager im Interview vom 11.12.2009.

Jörg Haider eingeleiteten Wende an führender Stelle" beteiligt; während der 1992 beginnenden Obmannschaft Bernhard Gratzers seien „Burschenschafter" jedoch „von der niederösterreichischen Parteiführung ferngehalten" worden.[195] Immer stärker griff Haider bei Personalentscheidungen auf nicht den üblichen freiheitlichen Rekrutierungsfeldern entstammende junge Männer zurück, in der Regel ohne Hochschulabschluss, häufig auch ohne Matura und, nicht zuletzt, ohne klares ideologisches Profil: die sogenannte ‚Buberl-Partie'.[196] Zum einen versprachen diese neuen Aktivisten, Haiders politische Flexibilität kaum durch eigene politische Agenden einzuschränken und ihm treue Gefolgschaft zu leisten.[197] Zum anderen musste während des rasanten Wachstums der Partei – und des parallelen Austritts eines nicht geringen Teils der sich als liberal verstehenden Kader – notgedrungen eine gewisse Beliebigkeit bei der Rekrutierung für neu zu besetzende Mandate und Ämter walten gelassen werden.[198] Um das Kompetenzdefizit der Neuen auszugleichen, aber wohl auch um nachhaltig alternative Kaderschmieden zu etablieren, forcierte Haider den Ausbau der parteiinternen Fortbildungsarbeit (vgl. Unterkapitel V.7).

Die offenkundige Konkurrenzsituation, politische und kulturelle Differenzen erlegten der innerparteilichen Annäherung zwischen Neofunktionären und korporiertem Stammpersonal enge Grenzen auf. Den Graben zwischen beiden illustriert etwa ein Interview mit dem späteren Finanzminister Karl-Heinz Grasser in der *Aula* 1993. Grasser, damals 24, war von Haider eben zum Geschäftsführer des *Freiheitlichen Bildungswerks* (FBW) ernannt worden, womit er eine zentrale Position im parteieigenen Ideologisierungs- und Bildungsapparat übernommen (und den Wirkungsbereich der korporierten Zentralgestalt Andreas Mölzer beschnitten) hatte. Umso mehr war Grassers Outing als „kein großer Ideologe" und seine Ablehnung eines „übersteigerte(n) Volksbewußtsein(s)" gegenüber *Aula*-Redakteur Jürgen Hatzenbichler geeignet, in völkischen Kreisen für Irritation zu sorgen. Seine Antwort auf die völkische Gretchenfrage nach der „nationalen Identität in Österreich, die ja" – so Hatzenbichler – „mehrheitlich eine

195 Lindinger 2009, 71 f.

196 Die Verschiebungen in der freiheitlichen Personalstruktur unter Haider sollten gleichwohl nicht überschätzt werden: Während die WählerInnenschaft der FPÖ in dieser Zeit wesentliche Änderungen durchlief, blieb die Partei Höbelt zufolge „(v)on ihren Mitgliedern und Funktionären her (…), die alte'"; in Oberösterreich, der größten Landesorganisation, hätten sich die Proportionen der Berufs- und Altersgruppen in den 1980er- und 1990er-Jahren „allenfalls um einige Promille verschoben" (Höbelt 2001, 106). Die hohe Medienpräsenz der ‚Buberln' könnte BeobachterInnen dazu verleitet haben, ihre Bedeutung zumindest in quantitativer Hinsicht zu überschätzen.

197 Frischenschlager bezeichnet dementsprechend „Hörigkeit" als Haiders Hauptauswahlkriterium in Personalfragen (Interview vom 11.12.2009).

198 Allesch unterstreicht die Bedeutung der Austritte und gibt an, die Partei habe schließlich bisweilen einfach „den Nächstbesten genommen oder irgendeinen, der halbwegs reden kann" (Interview vom 13.11.2009).

deutsche ist“, wurde prompt zur Titelzeile erhoben: „Da hab' ich Probleme …“. Auch mit dem Abdruck des Deutschtumsbekenntnisses aus dem damals gültigen FPÖ-Parteiprogramm direkt neben Grassers Interview setzte die Redaktion ein wenig subtiles Statement.[199]

Haider sah sich unterdessen durch anhaltende Wahlerfolge offenkundig in seinem Kurs bestätigt und verzichtete zunehmend auf Rücksichtnahmen auf den völkischen Parteikern und dessen Empfindsamkeiten. Sein Streben, die FPÖ zur Massenpartei zu machen, sein „gewaltiger österreichischer Patriotismus“ und das „Zurückschrauben des alten liberalen Antiklerikalismus“ hätten ihn – so Sigurd Scheichl – in den 1990er-Jahren vielen Burschenschaftern „geradezu als Gegenpol zur burschenschaftlichen Politik“ erscheinen lassen.[200] Dennoch wollte vorerst keine der beiden Seiten einen offenen Bruch riskieren. Haider zeigte sich vielmehr bestrebt, das Milieu, aus dem er kam und das ihn groß gemacht hatte, mit sporadisch eingestreuten Positivgesten bei der Stange zu halten. Vor diesem Hintergrund diente die Bestellung Mölzers zum freiheitlichen Grundsatzreferenten und FBW-Gesamtverantwortlichen 1991 nach Falkenbergs Beurteilung nicht zuletzt dazu, die zu diesem Zeitpunkt bereits „durch Haiders Personalpolitik frustrierten Deutschnationalen zu befrieden“[201] – nur, um Mölzer 1993 wieder zu demontieren. 1995 erklärte Haider – im zeitlichen Umfeld rechtsextremer (Brief-) Bombenattentate und der Verurteilung des *Aula*-Schriftleiters wegen Holocaustleugnung – öffentlich „jedes Element der Deutschtümelei in der FPÖ“ für überholt.[202] Im Jahr darauf hielt er die Festrede am Stiftungsfest seiner Burschenschaft *Silvania,* nahm deren Ehrenband entgegen und bekräftigte laut Bericht der *Jungen Freiheit* „im traditionellen Schwur erneut (…), für die Erhaltung des deutschen Volkstums zu stehen“.[203] Diese Taktik alternierender Abstoßung und Annäherung erwies sich als erfolgreich – jedenfalls blieb ein Aufstand des völkischen Flügels trotz Haiders offener Suche nach einer ‚befreiten Zukunft jenseits von links und rechts‘[204] aus, solange der charismatische Führer (im Weber'schen Sinne) selbst an der Parteispitze stand und sich regelmäßige Wahlerfolge einstellten. Neben diesen Erfolgen und dem damit einhergehenden politischen Relevanzgewinn ‚freiheitlicher‘ Kreise insgesamt waren Scheichl zufolge fortbestehende inhaltliche Überschneidungen (Scheichl nennt die „Ausländerthematik“ und die „erstarrten Strukturen der Großen Koalition“) sowie die Wahrnehmung Haiders

199 *Aula* Nr. 9/1993, 10. Ein höheres Maß an Übereinstimmung mit der *Aula*-Linie stellte Grasser dagegen – auch darin durchaus repräsentativ für die ‚Buberlpartie‘ – in migrationspolitischen Fragen unter Beweis.
200 Interview mit Scheichl vom 8.6.2012.
201 Falkenberg 1997, 109.
202 Haider im Interview mit der *Wirtschaftswoche* vom 17.8.1995. Vgl. zur Kontextualisierung Peham 2012, 8 f.
203 *Junge Freiheit* Nr. 47/1996, zit. n. *trend* Nr. 4/2000, 61 (dort tlw. fett).
204 So der Untertitel von Haiders zweiter Monographie – vgl. Haider 1997.

als qua *Silvanen*-Band „einer von uns" dafür verantwortlich, dass ernsthafter Widerstand von völkisch-dogmatischer Seite zunächst weitgehend ausblieb.[205] Ein nicht zu vernachlässigender Begleitaspekt des erwähnten Relevanzgewinns bestand auf individueller Ebene in erweiterten Karriereperspektiven. Der insgesamt wachsende Kuchen kompensierte, dass Ämter und Einfluss nun mit nicht korporierten Jungmännern und ‚Quereinsteigern' geteilt werden mussten.

Zahlreiche Möglichkeiten in dieser Hinsicht eröffnete auch die 2000 zwischen FPÖ und ÖVP eingegangene Regierungskoalition. Während Korporierte, wie in Abschnitt V.1.1 ausgeführt, unter den Regierungsmitgliedern zunächst wenig präsent waren, zeigte sich, dass die Partei in der zweiten Reihe auf ihre Fachkompetenz und Erfahrung nicht verzichten konnte. In den MinisterInnenkabinetten und der hohen Ministerialbürokratie wurde umfangreich auf sie zurückgegriffen, wobei auch Veteranen der rot-blauen Regierungsperiode zum Zuge kamen.[206] Auf politischer Ebene war der parteiinterne Bedeutungsverlust der ‚Nationalen' zu diesem Zeitpunkt allerdings weit fortgeschritten. Dies begründete einen Unmut, der durch weitere Entwicklungen der Partei ab Regierungseintritt – in deutlichen Parallelen zur ersten Regierungsbeteiligung zwischen 1983 und 1987 – noch verstärkt wurde: Erstmals seit der Ablöse Stegers zeigten Umfragedaten und bald auch Wahlergebnisse eine klare Tendenz nach unten; die strukturellen Zwänge der Exekutivfunktion und die notwendigen Konzessionen an den erfahrenen Koalitionspartner machten die Umsetzung langjähriger Anliegen und eine Profilierung wie zu Oppositionszeiten schwierig bis unmöglich; und zusätzlich zeigte das gemessen an der Gesamtpartei politisch moderat aufgestellte Regierungsteam sich wenig geneigt, seine Politik umfassend nach dem Vorstellungen völkischer Kreise zu gestalten. Ein erster Aufstand in Knittelfeld 2002 zog Neuwahlen nach sich, ein zweiter – klarer auf die verbindungsstudentisch geprägten alten Kernschichten eingrenzbarer – folgte 2004 mit Andreas Mölzers Vorzugsstimmenwahlkampf zur Europawahl. Die weniger an eine allgemeine Öffentlichkeit als an die freiheitliche FunktionärInnen- und KernwählerInnenschaft gerichtete Kampagne veranschaulichte zum einen – anhand ihrer tragenden Personen – den erwähnten innerparteilichen Bedeutungsverlust der völkischen Fundamentalisten[207]; zum anderen – über ihren erfolgreichen Ausgang – aber auch des-

205 Interview mit Scheichl vom 8.6.2012. Frischenschlager vermutet, dass Haiders Distanzierungen und Kurskorrekturen (jedenfalls zunächst) toleriert wurden, weil man in völkischen Kreisen dahinter rein taktisches Kalkül vermutet habe (Interview vom 11.12.2009).

206 So feierte etwa der schon als stellvertretender Kabinettschef Stegers erwähnte Helmut Günther ein Comeback als Sektionschef im Sozialministerium (vgl. http://www.falter.at/falter/2006/09/19/von-achammer-bis-zimmermann, Artikel vom 19. 9. 2006, Nina Horaczek). Für zahlreiche Beispiele von Postenvergaben an Korporierte unter ‚Blau-Schwarz' bzw. ‚Schwarz-Orange' vgl. Glitter 2009.

207 Als bezeichnend hierfür kann die Zusammensetzung von Mölzers Personenkomitee gelten. Dessen erster Teil wurde von ParteifunktionärInnen gebildet, von denen rund 40 Prozent als bereits außer Dienst ausgewiesen wurden. Der überwiegende Teil der gelisteten Personen war zudem in der Kommunalpolitik

sen trügerischen Charakter. Mit Mölzers Sieg über die Kandidaten der Parteiführung wurde dieser die Bedeutung ‚nationaler' WählerInnenkreise für eine FPÖ vor Augen geführt, die weite Teile ihrer in den 1990er-Jahren neu gewonnenen Klientel zumindest vorerst wieder verloren hatte. Haider dürfte durch Mölzers Erfolg in seinem Wunsch, diese Schichten ohne den völkischen Klotz am Bein zurückzuholen, zumindest bestärkt worden sein. Zehn Monate nach der Wahl wurde die Gründung des BZÖ verkündet.[208]

Die Regierungsriege wechselte geschlossen in die neue Partei, nachdem – wie an anderer Stelle bereits festgehalten – schon vor der Spaltung alle drei Korporierten (Herbert Haupt, Reinhart Waneck, Dieter Böhmdorfer) aus ihr entfernt worden waren. Der Nationalratsklub vollzog den Wechsel als solcher geschlossen mit, darunter auch zwei Korporierte. Während allerdings Maximilian Hofmann (VDSt Berlin und Charlottenburg) sich auch tatsächlich für das BZÖ engagierte, blieb Reinhard Bösch (aB! *Teutonia* Wien) neben Barbara Rosenkranz als einziger Abgeordneter formal und inhaltlich der FPÖ verhaftet und dem freiheitlichen Klub lediglich aus finanziellen Gründen erhalten.[209] Diese Gegenüberstellung ist insofern bezeichnend, als es sich beim VDSt generell um den einzigen Korporationsverband handelt, dessen auf landes- und bundespolitischer Ebene tätige Mitglieder eine gewisse Tendenz zum BZÖ unter Beweis stellten, während umgekehrt kein einziger Burschenschafter dort eine auch nur leidlich bedeutsame Funktion bekleidete.[210] Dasselbe Bild liefert ein Blick auf Wien: Der einzige Korporierte unter den acht 2005 zum BZÖ übergetretenen MandatarInnen war der VDSt-Angehörige Günther Barnet. Alle sieben akademischen Burschenschafter, die zum Zeitpunkt der Spaltung in Landtag und Stadtregierung vertreten waren, blieben der FPÖ erhalten, deren verkleinerter Klub nun einen Korporiertenanteil von 61,5 Prozent aufwies. Dass der Abgang ihres politisch pragmatischeren Sektors in der FPÖ eine Renaissance der Korporiertendominanz früherer Jahre einleitete (wie bereits im statistischen Teil gezeigt werden konnte), illustriert auch das Personenkomitee für Andreas Mölzers Europa-Wahlkampf von 2004.

---

engagiert – fernab der großen innenpolitischen Bühnen. Der Korporiertenanteil betrug kaum ein Fünftel, was einmal mehr jedenfalls die quantitative Bedeutung der Korporationen für den völkischen Parteiflügel relativiert. Den zweiten Teil des Komitees, der v. a. Repräsentanten des völkischen Vereinswesens umfasste, dominierten sie jedoch klar.

208 Frischenschlager führt die BZÖ-Gründung auf eine Wahrnehmung Haiders zurück, wonach gewisse Kräfte innerhalb der Partei „auf eine Verengung abgezielt" hätten (Interview vom 11.12.2009).

209 Konkret ging es dabei um die Sicherung einer höheren Klubförderung im gemeinsamen Interesse beider Parteien. Vgl. zu diesem und ähnlichen Arrangements zwischen BZÖ und FPÖ im Sinne der beidseitigen Akquirierung öffentlicher Mittel http://derstandard.at/2372321 (Artikel vom 10.3.2006, Barbara Tóth).

210 Als Ausnahme ließe sich am ehesten der ehemalige Grazer Vizebürgermeister und steirische Landtagsabgeordnete Paul Tremmel (aB! *Frankonia* Graz) anführen, der 2006 als Gründungsobmann der *Seniorenplattform Zukunft Österreich* fungierte.

Mehrere der dort noch als ehemalige Parteifunktionäre aufgeschienenen Alten Herren wurden nun reaktiviert und – sobald die FPÖ wieder Ämter zu verteilen hatte – teilweise zu höheren Aufgaben denn je berufen. Werner Königshofer (*Brixia*[211]) avancierte etwa vom Bundesrat a. D. zum Nationalrat, Franz Obermayr (Corps *Alemannia Wien* zu Linz und *Frankonia Brünn* zu Salzburg) vom Linzer Vizebürgermeister a. D. zum Europaparlamentarier.

Jüngste Entwicklungen

Die Obmannschaft Heinz-Christian Straches fällt, im Sinne der Wahrung eines Mindestmaßes an Distanz zum politischen Tagesgeschehen, nicht mehr in den Zeitraum der Untersuchung. In aller Kürze seien lediglich drei für das vorliegende Thema zentrale journalistische Diagnosen referiert. Zum Ersten wird auf den hier bereits angedeuteten neuerlichen Bedeutungsgewinn von Korporierten im Allgemeinen und der Burschenschafter im Speziellen hingewiesen.[212] Zum Zweiten wird eine erneute Entliberalisierung konstatiert, wobei Korporierte in diesem Zusammenhang sowohl als Verursacher dieser Entwicklung als auch als aus der Partei Ausgetretene oder als letzte dort verbliebene Liberale Erwähnung finden.[213] „Die FPÖ ist der nationale Flügel, es gibt keinen anderen, keinen liberalen Flügel, und es gibt auch niemanden, der dies bezweifelt oder infrage stellt", resümierte Andreas Mölzer 2013 – 20 Jahre nach Abspaltung des LiF und acht Jahre nach Abspaltung des BZÖ.[214] Als dritter Trend wird schließlich ein Flügelkampf anderer Art, nämlich das (erneute) Auftreten von Verwerfungen zwischen einem auf weltanschauliche ‚Grundsatztreue' pochenden, völkisch-fundamentalistischen Sektor der Partei einerseits und der um Stimmenmaximierung und Regierungsfähigkeit bemühten Parteispitze andererseits vermerkt, wobei Burschenschafter hier v. a. aufseiten der FundamentalistInnen geortet werden.[215] Wie Haider scheint Stra-

211 Nach eigenen Angaben war Königshofer nur kurz Mitglied der Verbindung und verließ sie bereits 1977, noch vor Beendigung seines Studiums. Dennoch wurde er noch 2008 in verbindungsstudentischen Quellen als Burschenschafter geführt (vgl. http://www.stopptdierechten.at/2011/08/12/konigshofer-kein-brixe, Artikel vom 12. 8. 2011).

212 Vgl. u. a. Lunznig 2009, 43–46; http://www.profil.at/Articles/1039/560/278767/Alte-herren-radikale (Artikel vom 30. 9. 2010, Christa Zöchling); http://www.wienerzeitung.at/dossiers/wahlen/oesterreich/35889_FPOe-setzt-auf-verlaessliche-Familien.html (Artikel vom 11. 10. 2010, Katharina Schmidt); http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/607829/Wiener-FPOe_Burschenschafter-dominieren-Rathausklub (Artikel vom 5. 11. 2010, ohne Autor/-in).

213 Vgl. z. B. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/371524/Heimatlose-Liberale-von-den-Parteien-vergessen (Artikel vom 21. 3. 2009, Erich Witzmann) oder http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/534244/Wo-wird-das-liberale-Pflaenzchen-gehegt (Artikel vom 20. 1. 2010, Martina Salomon).

214 Zit. in *profil* Nr. 12/2003, 30.

215 Vgl. etwa http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/Archiv/59130_Eine-Kandidatur-als-Sargnagel.html (Artikel vom 27. 4. 2010, Walter Hämmerle); http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitarti-

che zwischen der Brüskierung seiner ursprünglichen UnterstützerInnen (wie durch seinen Israel-Besuch 2011) und Besänftigungssignalen an sie (wie dem Tragen einer verbindungsstudentischen Kopfbedeckung in Yad Vashem) zu schwanken.[216] Am selben Parteitag 2011, auf dem die FPÖ programmatisch offiziell zur deutschen Kulturgemeinschaft zurückkehrte (vgl. Abschnitt V.4.1), zierte der Slogan „Unser Herz schlägt rot-weiß-rot" das Bühnentransparent und die Tischkärtchen der Delegierten.[217] Nach Einschätzung Pehams von 2012 entspannen die parteiinternen Differenzen sich allerdings lediglich um taktische Fragen. „Inhaltlich passt nichts zwischen Strache und Graf."[218]

Seit dieser Bestandsaufnahme wurden vonseiten der Parteispitze freilich Trennstriche gegenüber einer Reihe exponierter Repräsentanten des taktischen Kompromissen eher abgeneigten, ‚grundsatztreuen' Parteisektors gezogen. Nachdem Werner Königshofer nach einer Reihe rassistischer und sexistischer Ausfälle bereits 2011 aus dem freiheitlichen Nationalratsklub ausgeschlossen worden war, wurde Barbara Rosenkranz (akademische Damengilde *Edda*) infolge einer enttäuschenden Landtagswahl 2013 als niederösterreichische Landesparteiobfrau abgesetzt. Martin Graf wiederum erhielt für die Nationalratswahl im selben Jahr keinen aussichtsreichen Listenplatz mehr zuerkannt und ging damit auch seiner prestigereichen Position des Dritten Nationalratspräsidenten verlustig. 2014 schließlich wurde Andreas Mölzer im laufenden Europawahlkampf von der Spitze der freiheitlichen Liste gestrichen. Diese Entwicklungen sollten freilich nicht als Zurückdrängung ‚der Burschenschafter' missverstanden werden: Trotz des Ausscheidens von Königshofer und Graf lag der Korporiertenanteil in der 2013 konstituierten freiheitlichen Nationalratsfraktion über jenem der Legislaturperiode zuvor; Grafs Position im Nationalratspräsidium wurde vom Burschenschafter Norbert Hofer (*Marko-Germania* Pinkafeld) übernommen; und Mölzers ‚freiwilliger' Rückzug von der Europakandidatur verhalf einem seiner Bundesbrüder des Corps *Vandalia* Graz, Georg Mayer, zu einem sicheren Listenplatz. Das gleichzeitige Ausbleiben grundlegender programmatischer Korrekturen lässt einmal mehr auf taktische Motive hinter den erwähnten Personalentscheidungen schließen: Wie schon in der späten Haider-Ära soll die erste Reihe Personen vorbehalten bleiben, die möglichst breite WählerInnenschichten anzusprechen ver-

kel/561553/Straches-Dilemma_Dejan-oder-Wotan (Artikel vom 28.4.2010, Oliver Pink); http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/561582/FPOe_Strache-will-das-Braune-im-Blau-loswerden (Artikel vom 28.4.2010, Martina Salomon); http://www.profil.at/Articles/1132/560/304094/strache-ballastrevolution (Artikel vom 13.8.2011, Gernot Bauer); http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/1354327/Leitartikel_Die-Krise-der-FPOe-ist-selbst-verschuldet (Artikel vom 11.3.2013, Martin Fritzl).

216 Vgl. dazu u.a. http://oe1.orf.at/Artikel/276610 (Artikel vom 10.5.2011, Stefan Kappacher) und http://kurier.at/politik/straches-blaue-burschen/756.208 (Artikel vom 27.1.2012, Dominik Sinnreich); (http://derstandard.at/1295571016860/Rechtes-Fest-Fuenf-Fragen-und-Antworten-zum-WKR-Ball, Artikel vom 28.1.2011, Anita Zielina).

217 Vgl. http://www.fpoe.at/typo3temp/pics/9c638f35e4.jpg.

218 Zit. n. *Kurier* vom 9.6.2012, 3.

mögen. Eine etwaige Korporationszugehörigkeit gilt dabei weder als Ausschlussgrund noch als hinreichender Nachweis der Eignung.

Im Sinne eines Zwischenresümees über den verbindungsstudentischen Einfluss innerhalb der FPÖ lässt sich festhalten, dass Korporierte als Einzelpersonen zu jedem Zeitpunkt in maßgeblichen Parteifunktionen wirkten, wobei Phasen des starken Wachstums die Stellung der Korporierten sowohl personell als auch inhaltlich eher bedrohten als förderten. Dieses Phänomen scheint einen strukturellen Konflikt zum Ausdruck zu bringen, der sich zwischen dem Wunsch nach Massenappeal, dem Wunsch nach Salonfähigkeit und dem Anspruch der Prinzipientreue ergibt. Ungeachtet dessen ist festzuhalten, dass Korporierte und selbst Burschenschafter im die Parteigeschichte prägenden Konflikt zwischen ‚liberal' und ‚national' durchaus nicht einheitlich positioniert waren (und unter den ‚Nationalen' sich stets auch zahlreiche Nichtkorporierte fanden). Dass selbst prononciert liberale Freiheitliche stets zu einem Gutteil den Korporationen entstammten, liegt schon aufgrund der engen Bindung des (österreichischen) Liberalismus an akademische Kreise und der freiheitlichen Praxis der Rekrutierung akademisierter Kader aus dem Verbindungswesen nahe. So wirkten Alte Herren im Atterseekreis als treibende Kraft der vorübergehenden Liberalisierung der FPÖ unter Peter, Steger und (mit Abstrichen) Götz ebenso wie in den Kreisen seiner Gegner, wenn auch Burschenschafter in größerer Zahl unter letzteren vertreten gewesen sein dürften. Auf individueller Ebene war auch eine zumindest subjektiv konsistente Verankerung in beiden ideengeschichtlichen Traditionen möglich, feststellbar etwa bei Klaus Mahnert oder Rainer Pawkowicz.

Der Einfluss von Korporierten auf die FPÖ kann vor diesem Hintergrund nicht als generell konservativer und/oder im völkischen Sinn radikalisierender Art eingestuft werden. Ein Umkehrschluss, wonach die Zugehörigkeit zu einer völkischen Verbindung keinerlei Indikatorfunktion für die politisch-ideologische Positionierung innerhalb der Partei aufweise, wäre dennoch unzutreffend. Als Kollektivakteure und in der Masse ihrer politisch aktiven Mitglieder scheinen v.a. die Burschenschaften in deutlich höherem Maß den ‚nationalen' Parteiflügel und dessen Anliegen gestärkt zu haben als den liberalen. Erstgenannter Flügel wurde durchaus nicht nur von Korporierten gebildet, aber stets maßgeblich von ihnen getragen und meist auch angeführt. Die Verteilung der Korporierten auf verschiedene Lager in Personaldebatten ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in diesen stets auch Motive jenseits des im engeren Sinne Ideologischen eine Rolle spielten. Als gemeinsamer Nenner jedenfalls der meisten Korporierten lassen sich neben der teilweise leidenschaftlichen Gegnerschaft zum schwarz-roten Korporatismus und Patronagewesen ein ausgeprägtes akademisches Standesbewusstsein und das Vorhandensein eines relativ klar umrissenen weltanschaulichen Standpunktes (welcher Ausrichtung auch immer) anführen. Haiders paraideologischer Populismus und die dazu passende Personalpolitik schwächten die Parteiintellektuellen insgesamt

und damit auch die beiden verfeindeten ideologischen Lager unter den Korporierten. Während Liberale allerdings nicht davor zurückschreckten, in Zeiten großer Erfolge mit der FPÖ zu brechen, tolerierten die Völkischen Verletzungen ihrer Prinzipien, solange die Wahlerfolge bzw. Umfragedaten stimmten.[219]

Hinsichtlich des liberalen Korporiertenspektrums sollte nicht unterschlagen werden, dass dessen Vertreter nicht unbedingt eine klassisch-kosmopolitische Ausformung von Liberalismus vertraten. Dass Steger 1980 „nicht als ‚liberal', sondern als ‚national-liberal' deklarierter Kandidat" zur Obmannwahl antrat, diente zum Teil sicherlich dazu, seine Vermittelbarkeit gegenüber völkischen Kreisen inner- und außerhalb der Partei zu erhöhen; auch die bewusste „Einbeziehung der national-liberalen Tradition" in die Politik des Atterseekreises war partiell wohl taktisch motiviert.[220] Allerdings konnte die Sozialisierung vieler Akteure des Kreises in völkischen Vereinen und Familien nicht gänzlich folgenlos bleiben: Deutschtumsbekenntnis und Solidaritätsbekundungen für die Kriegs- bzw. ‚Vätergeneration' waren vielen von ihnen kaum bloßer Lippendienst, wohl aber von einer gewissen Ambivalenz gekennzeichnet.[221] Die Konflikte, welche die Atterseer mit den *Freiheitlichen Akademikerverbänden* ausfochten, lassen sich vor diesem Hintergrund als zu einem Gutteil inner-verbindungsstudentische Generationenkonflikte interpretieren. Diese konnten innerhalb der Parteistrukturen (wie zuvor bereits über den RFS) möglicherweise schärfer ausgetragen werden als in den Bünden selbst, wo das Lebensbundprinzip ebenso effektiv wie repressiv Scheinharmonie stiftete (vgl. Kapitel III.4.2).

Gleichwohl herrschte selbst innerhalb des Atterseekreises keine (nachhaltig) einheitliche Auffassung darüber vor, was unter Liberalismus zu verstehen sei. So schreibt Grillmayer über Allesch, der nach Haiders Machtübernahme aus der FPÖ austrat und sich später dem *Liberalen Forum* anschloss, er sei „zunehmend in ein linkes Fahrwasser geraten, wohin ihm später auch seine Freunde vom Atterseekreis nicht mehr folgen

219 (U.a.) völkisch-nationalistisch motivierte Aufstände in Schwächephasen ereigneten sich etwa 1966 (NDP), 1984 (NFA), 1986 (Innsbruck), 2002 (Knittelfeld) und 2004 (Europawahlen). Demgegenüber lassen sich nicht weniger als vier sich liberal verstehende FPÖ-Abspaltungen in den 1990er-Jahren nennen: die *Freie Demokratische Partei* um Mario Ferrari-Brunnenfeld (1992), das *Liberale Forum* um Heide Schmidt (1993), die *Freien Demokraten* um Ingrid Kariotis und Ewald König (1996) und die *Freie Demokratische Union* um Rüdiger Stix (1998).

220 Bihl 2006, 631 bzw. Grillmayer 2006, 125. Stegers nicht allzu konfrontatives Verhalten gegenüber den ‚Nationalen' auch nach seiner Amtseinsetzung mochte auch dadurch motiviert gewesen sein, in einer Schwächephase der Partei die verbliebenen Funktionäre eben auch dieser Richtung bei der Stange zu halten (vgl. Allesch 1988, 15).

221 Grillmayer zufolge sei die Nachkriegsstudierendengeneration aus nationalen Familien ihren Eltern „durchaus kritisch gegenüber(gestanden)" und habe ihnen auch „unbequeme Fragen" gestellt, sich aber „in hohem Maß mit ihren Vätern und Müttern solidarisiert( ), sobald diese pauschal kriminalisiert wurden" (Grillmayer 2006, 99). Vgl. dazu auch Frischenschlagers Aussage über die „Loyalität zur Kriegsgeneration" in Kapitel II.5.5 sowie Kapitel IV.2.3.

mochten".[222] Zutreffender erscheint es, davon auszugehen, dass die Tradition des Kreises von dessen Mitgliedern in unterschiedlicher Form fortgeführt wurde. Manche interpretierten sie in einer ‚freiheitlichen' Weise, die einen Verbleib in der Haider-FPÖ zuließ; andere vertraten einen Liberalismus, der auch außerhalb Österreichs als solcher erkennbar war und sich mit völkischem Nationalismus langfristig nicht unter einen Hut bringen ließ. Während etwa die Wiener Sängerschaft *Barden* mit Grillmayer und Frischenschlager auf beiden Seiten vertreten war, scheinen Burschenschafter der letztgenannten Gruppe nicht angehört zu haben. Vergleichsweise verlässlich und prominent vertreten waren sie dagegen immer dann, wenn es galt, einer Liberalisierung und Modernisierung der Partei vorzubeugen – sei es durch die Heimholung des RFS in stramm völkische Gefilde um 1980 (die dem liberalen FPÖ-Flügel den personellen Nachschub abschnitt), durch den maßgeblichen Beitrag zur Ablösung Norbert Stegers 1986 oder durch die Mitwirkung an der Sabotage aller drei freiheitlichen Regierungsbeteiligungen bis dato. Dass innerparteiliche Liberalisierungstendenzen wiederholt umgekehrt werden konnten, obwohl – wie Peter wenig respektvoll anmerkt – schon zu seiner Obmannzeit „das nationale Potential dem biologischen Abbau unterlag"[223], ist wesentlich dem langen Atem und der Generationen übergreifenden Erneuerungsresistenz der völkischen Einflussgruppen im Parteivorfeld zuzuschreiben, unter denen die Korporationen eine herausragende Stellung einnehmen.

V.4 Programmatik und Policy-Ebene

Die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene Zerrissenheit der FPÖ zwischen Liberalismus und völkischem Nationalismus trat selbstverständlich nicht nur in den parteiinternen Rekrutierungspraxen und Obmanndebatten zutage. Am wohl unmittelbarsten wurde der Konflikt in der Erarbeitung und Verabschiedung programmatischer Grundlagendokumente ausgetragen. In diesem Abschnitt sollen die Beteiligung von Korporierten an diesen Prozessen sowie – zumindest schlaglichtartig – der Niederschlag verbindungsstudentischer Ideologie auf der inhaltlichen Ebene des politischen Tagesgeschäfts in den Blick genommen werden.

V.4.1 Freiheitliche Parteiprogramme

In Parteiprogrammen pflegen überdurchschnittlich Ideologie-affine Funktionäre (im Fall der FPÖ kaum Funktionärinnen) in erster Linie eine ihrerseits überdurchschnitt-

222 Grillmayer 2006, 149.
223 Peter 1998, 150.

lich Ideologie-beflissene Kernklientel zu adressieren, aus welcher Erstere sich zu rekrutieren pflegen. Insofern lassen die Programme zwar Rückschlüsse auf die innerparteiliche Rollenverteilung, das weltanschauliche Profil der Ideologen und die ideologischen Bedürfnisse der Kernklientel zu, sagen aber unter Umständen wenig über die realen innerparteilichen Kräfteverhältnisse und die tatsächlich betriebene Politik einer Partei aus.[224] Dementsprechend hält Lindinger fest, dass „(d)er Einfluß der studentischen Korporationen auf das politische Geschehen (…) weniger durch theoretische Ausformung der Parteiziele gegeben" sei als vielmehr durch die konkrete „Mitarbeit in den Parteigremien und Vertretungskörpern".[225] Auch tendieren Parteiprogramme dazu, zum Zeitpunkt ihrer Abfassung hegemoniale Tendenzen an der Parteispitze überzubetonen. So vermerkt Grillmayer, dass eine „liberale Ausrichtung" wohl seit 1973 in den programmatischen Schriften der FPÖ „durchgängig erkennbar" gewesen sei, nicht aber bei den „freiheitliche(n) Politiker(n)".[226] Im folgenden Schnelldurchlauf durch die freiheitliche Programmgeschichte verzichte ich auf eine lückenlose Aufzählung und Kommentierung der einzelnen Dokumente[227], da die Entwicklung im Wesentlichen den im vorigen Abschnitt bereits nachgezeichneten Grundlinien folgt. Im Zentrum steht stattdessen die verbindungsstudentische und v.a. burschenschaftliche Beteiligung an der freiheitlichen Programmarbeit.

Von einer solchen lässt sich, Grillmayer zufolge, im engeren Sinn erst seit den 1970er-Jahren sprechen. Bis dahin habe man sich mehr „am ‚gesunden Hausverstand'" und „der aktuellen politischen Konstellation" orientiert, seien FPÖ-Politiker „vornehmlich Praktiker und Pragmatiker" gewesen.[228] Als einzige „Programmdenker" der Partei bis 1970 nennt Grillmayer Mahnert, Broesigke und Götz: allesamt Korporierte, Ersterer Burschenschafter.[229] Dieser Aufzählung wäre Hubert Knaus anzufügen, immerhin ab dem Gründungsjahr FPÖ-„Referent für weltanschauliche und Grundsatzfragen", Beteiligter an der Erstellung des ersten Partei(kurz)programmes – und ebenfalls Burschenschafter (*Suevia* Innsbruck).[230] Mahnert war bei der Ausarbeitung des Parteipro-

224 Dies schon gar nicht in einer FPÖ unter Jörg Haider, in der einem häufig zitierten Bonmot zufolge (vgl. z.B. Luther 2005, 8) stets ‚das zuletzt gesprochene Wort des Parteiobmannes' programmatisch maßgebend gewesen sein soll. Übereinstimmend damit hält Mölzer (2001, 136) fest, dass sich schon kurz nach Beschluss des Parteiprogrammes von 1997 gezeigt habe, „daß jene, die da meinen, Parteiprogramme seien auch nur Papier, die mit der Realität wenig zu tun hätten, recht haben".

225 Lindinger 2009, 71.

226 Grillmayer 2006, 148. 2005 sei diese Ausrichtung mit der Abspaltung des BZÖ „völlig verloren gegangen" (ebd.).

227 Vgl. hierzu aus kritisch-sympathisierender Sicht (bis Anfang der 1980er-Jahre) Reiter 1982.

228 Grillmayer 2006, 124.

229 Ebd., 125.

230 Dvorak 1999 (Biographisches Lexikon I/3), 113.

grammes von Bad Ischl 1968 federführend[231] und kann, auch auf Grundlage bereits in diesem Kapitel zitierter Aussagen, als ein Brückenbauer zwischen den Parteiflügeln angesehen werden. Er entsprach damit dem Anforderungsprofil des Parteipräsidiums bei der Zusammenstellung von Programm-Redaktionskomitees: Die maßgeblichen ideologischen Spektren sollten repräsentiert sein, allerdings im Sinne der Ergebnisorientierung durch konsensorientierte bzw. kompromissbereite Exponenten.[232] So bekennt sich das maßgeblich vom Burschenschafter Mahnert verantwortete Programm auch zum Ziel einer „Gesellschaftsordnung (…), deren höchster Wert die Freiheit des einzelnen Menschen" ist – eines Menschen, der „verantwortlich die Gemeinschaft trägt".[233]

Ab 1970 wird nach Grillmayers Darstellung der Vereinsstudent Gerulf Stix zur treibenden Kraft der Programmentwicklung.[234] Corpsier Broesigke aber ist es, der 1972 den Entwurf zum ‚Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik' vorlegt.[235] Wenngleich das Dokument allgemein als Ausweis der Liberalisierung der FPÖ in jenen Jahren angesehen wird, verneint Broesigke dezidiert, dass es eine Entwicklung der Partei in Richtung eines Liberalismus angelsächsischer Prägung markiere.[236] Maßgeblichen Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Manifestes hatte der Atterseekreis genommen.[237] Seiner einstimmigen Verabschiedung durch eine erweiterte Bundesparteileitung 1973 – u.a. trug auch der *Olympe* Waldemar Steiner den Entschluss mit – ging nach Darstellung Frischenschlagers vehementer Widerstand der Kärntner FPÖ voraus, da die ‚nationale Frage' im Manifest „grundrechtlich und minderheitenrechtlich angegangen wurde".[238] Die liberale Wegmarke wurde demnach unter breiter Beteiligung von Korporierten (darunter auch Burschenschafter) gesetzt, während die (völkische) Opposition dagegen – wie stets – nicht auf verbindungsstudentische Kreise eingegrenzt werden kann.

1974 beschließt der Parteivorstand die Einrichtung eines ‚Ausschusses für Grundsatzfragen' unter dem Vorsitz Mahnerts. Dessen sechs Mitglieder repräsentieren nicht weniger als fünf verschiedene Korporationsgattungen, ein einziges Mitglied (Horst Schender) ist nicht korporiert.[239] Die programmatische Entwicklung der Partei in

231 Vgl. ebd., 118. Das Bad Ischler Programm ging, obwohl recht knapp gehalten (vgl. Reiter 1982, 84–88), im Umfang über das 1956/57 beschlossene Salzburger Kurzprogramm (‚14 Punkte') bereits deutlich hinaus.

232 Interview mit Christian Allesch vom 13.11.2009.

233 Zit. n. Reiter 1982, 84.

234 Vgl. Grillmayer 2006, 125.

235 Vgl. ebd., 127.

236 Vgl. ebd., 128 bzw. Piringer 1993b, 82.

237 Vgl. Piringer 1993b, 65 und Peter 1998, 149.

238 Telefoninterview mit Frischenschlager vom 27.3.2012. Zur einstimmigen Beschlussfassung vgl. Grillmayer 2006, 127f.

239 Vgl. Piringer 1993b, 89.

Richtung Liberalismus wird dadurch nicht umgekehrt[240], eher nimmt sie ab 1980 unter Obmann Steger noch an Fahrt auf. Entsprechend skeptisch werden in völkischen Kreisen die Vorarbeiten zu einem neuen Parteiprogramm verfolgt, bei dem erneut ein Korporierter federführend wirkt: Gerulf Stix. Auch Frischenschlager war, wie generell an der Programmarbeit der Steger-Ära, prominent beteiligt.[241] „(K)ein Wort (…) von der deutschen Nation", vermerkt die *Aula* lapidar, als dieser 1984 einen Bericht aus der Programmkommission vorlegt, und stellt den Ausführungen Stix' demonstrativ die „zwölf Salzburger Thesen" von Scrinzis *National-Freiheitlicher Aktion* gegenüber.[242] Das fertige Programm fiel, nach übereinstimmender Beurteilung so unterschiedlicher Kommentatoren wie Mölzer und Allesch, weniger liberal aus als von seinen Urhebern geplant.[243] Namentlich macht Allesch dafür keinen Burschenschafter, sondern die damalige Kärntner Landtagsabgeordnete Kriemhild Trattnig verantwortlich, die – so Frischenschlager – „Haider uns in den Programmausschuss geschickt" habe.[244]

Auch in der Ära Haider wurde – Mitte der 1990er-Jahre – die Erarbeitung eines neuen Programmes in Angriff genommen. Nach der Ablösung des Kreises um Steger und der Abspaltung des LiF schien die Hoffnung der *Aula* auf eine „schärfere ideologische Akzentuierung" in ihrem Sinne nicht unbegründet. Auch Vorarbeiten Mölzers und Ewald Stadlers sowie eines vom Obmann unter der Leitung Trattnigs eingesetzten Arbeitskreises nährten diese Erwartung, wenngleich die *Aula* auch eine mit „eher realpolitische(n)" Überlegungen betraute Arbeitsgruppe um Erich Reiter und Walter Howadt erwähnt.[245] Drei der vier genannten Männer waren (zum damaligen Zeitpunkt) korporiert, Reiter als der Burschenschafter unter ihnen eher für die liberalen Impulse zuständig.[246] Als „Vater" des Endproduktes wird gemeinhin Stadler angesehen, damals freiheitlicher Klubobmann im Nationalrat; als weitere Beteiligte nennt Mölzer Wilhelm Brauneder, Jörg Freunschlag, Lothar Höbelt und Herbert Scheibner – mit Ausnahme des Zweitgenannten durch die Bank Nichtkorporierte.[247] Trotz eines 1997 am Linzer Bundesparteitag mit überwältigender Mehrheit gefassten Beschlusses über

240 Dies konstatiert etwa auch ein parteiexterner Beobachter wie Riedlsperger (1991, 88).

241 Vgl. Mölzer 2001, 135; Interviews mit Allesch vom 13.11.2009 und mit Frischenschlager vom 11.12.2009.

242 *Aula* Nr. 11/1984, 5. Anders als der „mühsam zur Harmonie" drängende Programmentwurf würden die Thesen des NFA „an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig" lassen (ebd.).

243 Vgl. Mölzer 2001, 135 bzw. Interview mit Allesch vom 13.11.2009.

244 Interviews mit Allesch vom 13.11.2009 bzw. mit Frischenschlager vom 11.12.2009.

245 *Aula* Nr. 9/1993, 11 (Autor unter dem Pseudonym „Vinzenz Eschlauer" ist Andreas Mölzer).

246 Sowohl Reiter (laut Frischenschlager im Interview vom 24.2.2010) als auch Stadler (nach Auskunft seines parlamentarischen Mitarbeiters vom 23.7.2012) traten später aus ihren Verbindungen – der Grazer Burschenschaft *Cheruskia* bzw. der Innsbrucker Universitätssängerschaft *Skalden* – aus, Letzterer allerdings mutmaßlich nicht aus ideologischen Gründen, sondern im Zusammenhang mit der FPÖ-internen Affäre um die Veröffentlichung kompromittierender Fotos des Parteiobmannes 2006/2007.

247 Mölzer 2001, 135. Piringer (1998, 68) bezeichnet Stadler als Leiter der Redaktionsgruppe.

das Programm war im Erarbeitungsprozess viel Porzellan zerschlagen worden. Ideologisch durchaus heterogene AkteurInnen stießen sich – bezeichnend für den Modernisierungs- und (vermeintlichen) Entideologisierungskurs unter Haider – zum Teil an denselben Traditionsbrüchen. Als zwei zentrale Punkte seien die Absage an den traditionellen Antiklerikalismus des ‚Dritten Lagers' sowie die Positionierung der FPÖ als „die Österreich-Partei"[248] genannt. Thomas Hofer nennt als wichtigste Opposition die Wiener Landespartei, die durch das neue Programm offenkundig sowohl liberale als auch nationale Überlieferungsstränge gekappt sah.[249]

Unter Heinz-Christian Strache kehrte die FPÖ wie schon in ihren Rekrutierungsgewohnheiten auch programmatisch in gewisser Weise zu ihren Wurzeln zurück. Das 2008 erstaufgelegte *‚Handbuch freiheitlicher Politik'* enthält ein eigenes Unterkapitel zur „deutsche(n) Sprach- und Kulturgemeinschaft".[250] Auch in das 2011 beschlossene, aktuell gültige Parteiprogramm fand jenes Bekenntnis zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft" Eingang, das völkische Kreise im Vorgängerprogramm (in dieser Diktion) vermisst hatten.[251] Die Federführung oblag diesmal dem Strache-Vertrauten Norbert Hofer, der bereits das *‚Handbuch'* verantwortet hatte. Anders als seine Vorgänger hatte Hofer nicht studiert und war auch keiner Verbindung beigetreten. Seine späte Berufung zum Burschenschafter (2012, vgl. Abschnitt V.1.1) und sein Bekenntnis zur „Wichtigkeit der burschenschaftlichen Bewegung gerade in der heutigen Zeit" im völkischen Szene-Blatt *Der Eckart*[252] waren vor diesem Hintergrund vermutlich geeignet, seine Akzeptanz als Programmautor in völkischen Kreisen zu erhöhen. Angesichts der offenkundigen Zugeständnisse an diese Kreise sah der Wiener FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus sich schon vor Beschlussfassung über das Programm veranlasst klarzustellen, dass die FPÖ sich „von keinen Vereinen unser Programm diktieren" lasse.[253] Diese Aussage ist insofern zutreffend, als zum einen etwa das Deutschtumsbekenntnis für die FPÖ durchaus keiner fremden Tradition entspringt und es zum anderen tat-

248 So Stadler im Vorfeld des Parteitages (zit. n. Piringer 1998, 88).

249 Vgl. Hofer 1998, 236 sowie Mölzer 2001, 135. Nicht weniger als 27 von insgesamt 66 Abänderungsanträgen zum Programmparteitag waren von den Wienern eingebracht worden (vgl. Piringer 1998, 88). Mit am stärksten hatte sich Mölzer zufolge Rüdiger Stix (der Sohn Gerulfs) als Kritiker exponiert – ein damaliger Bundesbruder des zentralen Programmverantwortlichen Stadler, was einmal mehr unterstreicht, dass ideologische Kontroversen bisweilen quer durch einzelne Bünde verlaufen konnten.

250 FPÖ 2008, 165–167.

251 FPÖ 2011, o. S. Peham sieht vor diesem Hintergrund die Annahme, Deutschnationalismus sei innerhalb der FPÖ zum ideologischen Steckenpferd einer „parteiinternen Subkultur" (Susanne Frölich-Steffen) verkommen, als „spätestens seit 2005" nicht mehr haltbar an; vielmehr seien mit der damaligen Parteispaltung „völkische Positionen wieder hegemonial" geworden (Peham 2010, 478 bzw. Frölich-Steffen, zit. ebd.).

252 Paraphrasiert in *Der Eckart* vom Mai 2012, 12.

253 http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/34326_Wiener-FPOe-Klub-besteht-zur-Haelfte-aus-Burschenschaftern.html (Artikel vom 5.11.2010, ohne Autor/-in).

sächlich irrig wäre anzunehmen, dass die Korporationen im Kollektiv programmatische Wünsche an die Partei herantragen. Wohl aber tragen einzelne ihrer Angehörigen Sorge, dass traditionelle Anliegen des völkischen Vereinswesens innerhalb der FPÖ gewahrt bleiben[254] – während und gerade weil undogmatischere, stärker erfolgsorientierte Sektoren der Partei durchaus vortrefflich ohne Bezüge auf die deutsche Kulturgemeinschaft auskämen. Dass die programmatischen Dokumente der FPÖ über die Parteigeschichte hinweg stets (vermutlich aber am wenigsten 1997 unter Haider) die Bedürfnisse der völkischen Vereine und ihrer Angehörigen als Kernklientel berücksichtigten, so sie nicht überhaupt von dessen Vertretern verfasst wurden, lässt sich als Kernaussage dieses Abschnittes verbuchen.

V.4.2 Agenda-Setting und Politikfeldbewirtschaftung

In diesem Abschnitt soll erörtert werden, inwiefern Burschenschafter und andere Angehörige völkischer Korporationen in ihrer parteipolitischen Tätigkeit im Rahmen der FPÖ bestimmte Politikfelder fokussierten, inwiefern sie dabei eine einheitliche Ausrichtung an den Tag legten und inwieweit sich daraus ein spezifisches Profil burschenschaftlicher bzw. verbindungsstudentischer Politik ersehen lässt, das der Partei eine bestimmte inhaltliche Prägung verlieh. Aufgrund des langen Untersuchungszeitraums und der großen Bandbreite an Themen beschränke ich mich darauf, thesenhaft eine Reihe von Auffälligkeiten bzw. Strukturmerkmalen der verbindungsstudentischen Betätigung als FPÖ-Politiker zu benennen.[255]

Zunächst lässt sich festhalten, dass viele Alte Herren auch auf Parteiebene in jenen Politikbereichen und Themenfeldern prominent engagiert waren, in denen sie aufgrund der Prioritätensetzung eigenständiger burschenschaftlicher Politarbeit (vgl. Kapitel IV) auch zu erwarten wären. So benennt Klaus Mahnert noch 1991 just die beiden Fahnenfragen burschenschaftlicher Politik in Österreich nach 1945 – „die Erhaltung der geistigen und kulturellen Einheit mit dem deutschen Gesamtvolk und die Südtirolfrage" – als zwei „auf der Hand" liegende „Aufgaben nationaler Politik", derer sich

254 So ist etwa die vom freiheitlichen Europamandatar Mölzer noch 2011 – einmal mehr – artikulierte Erwartung, das neue Programm möge „ganz zentral" auf die „deutsche Identität (…) der österreichischen Mehrheitsbevölkerung" Bezug nehmen, kaum als Einmischung von außen einzustufen (vgl. http://oe1.orf.at/Artikel/276610, Artikel vom 10.5.2011, Stefan Kappacher). Vgl. zu dieser Problematik die Bemerkungen über die Un-/Trennbarkeit von Partei und Korporationen in der Einleitung des aktuellen Kapitels).

255 In Hinblick auf methodische Ansätze zur systematischen Untersuchung der eben umrissenen Fragestellung sei erneut auf Bäck/Debus 2009 f. hingewiesen. Die dort vorgeschlagene Vorgehensweise könnte, angewandt etwa auf das Feld der Geschichtspolitik, durchaus interessante Aufschlüsse über die innerparteiliche Positionierung von Burschenschaftern erbringen.

die FPÖ anzunehmen habe.[256] Daraus ist freilich nicht notwendig auf einen spezifisch burschenschaftlichen Einfluss zu schließen, wurden doch beide Anliegen jedenfalls über die ersten Jahrzehnte der Parteigeschichte von weiten Teilen der Partei geteilt. Immer wieder traten in den angesprochenen Bereichen auch Nichtkorporierte mit denselben Forderungen wie Burschenschafter und mit ebensolchem Einsatz wie diese hervor. Als verdienstvollen Streiter gegen die österreichische Nation würdigt Klaus Mahnert etwa den nichtkorporierten Helfried Pfeifer, in puncto Südtirol/Alto Adige neben diesem und Otto Scrinzi die ebenfalls nicht korporierten Gustav Zeillinger und Siegfried Dillersberger.[257] Sechs und damit die Mehrheit der bislang zehn Südtirolsprecher der FPÖ waren nicht korporiert, darunter mit Walter Meischberger ein Exponent der ‚Buberl-Partie'; nur einer der zehn – Mahnert – war akademischer Burschenschafter. Von einer auffällig hohen Repräsentanz kann vor dem Hintergrund der in Abschnitt V.1 dargestellten Korporierungsquoten nicht die Rede sein. Auch jenseits der Sprecherfunktion ist keine auffällige Beschränkung der einschlägigen Parteiaktivitäten auf Korporierte feststellbar. Hinsichtlich der in der Südtirolfrage vertretenen Positionen war sowohl unter den korporierten FPÖ-Politikern[258] als auch im Vergleich derselben mit ihren nicht korporierten KollegInnen die Vielfalt gering. Als Ende 1969 im Nationalrat die sogenannte Paketlösung zur Debatte steht, folgt die freiheitliche Fraktion der Position der völkischen Hardliner dies- und jenseits des Brenners und versagt der Kompromisslösung ihre Zustimmung.[259] Die der Ablehnung zugrunde gelegte Selbstbestimmungsforderung wird von der FPÖ bis heute aufrechterhalten, parteiinterne Differenzen sind in der Frage – jedenfalls entlang des Korporierungsmerkmals – nicht feststellbar.[260] Gleichzeitig wurden gerade von Alten Herren, insbesondere vom führenden korporierten Parteiideologen Andreas Mölzer, auf europäischer Ebene Kooperationen mit italienischen Post- und NeofaschistInnen gesucht – freilich flankiert von umso leidenschaftlicheren Bekenntnissen zur Unrevidierbarkeit der traditionellen freiheitlichen Südtirol-Forderungen.[261]

Zweitens wäre darauf hinzuweisen, dass Korporierte in den Reihen der FPÖ üblicherweise durchaus keine Beschränkung auf völkische Kernthemen an den Tag legten –

256 Mahnert 1991, 31.

257 Vgl. ebd.

258 Selbst ein eher liberaler Vertreter des Milieus wie Grillmayer (2006, 143 f.) notiert, die „aktive Teilnahme am Freiheitskampf des BAS" habe „bester burschenschaftlicher Tradition [entsprochen]". Gleichwohl ist Grillmayers Hinweis zutreffend, dass eine Haltung der Toleranz (bis hin zur aktiven Unterstützung) für den von völkischem Fanatismus getragenen Terror in Österreich durchaus nicht auf burschenschaftliche Kreise beschränkt, sondern auch in beträchtlichen Teilen der konservativen und selbst sozialdemokratischen Eliten anzutreffen war (vgl. ebd., 144).

259 Vgl. Grillmayer 2006, 120.

260 Vgl. zur Dokumentation Neubauer 2009, darin auch die Liste der Südtirolsprecher (306 f.).

261 Vgl. Schiedel 2007, 147 f.

zumal nicht die *Burschenschafter-in-der-Politik*.[262] Tatsächlich pflegte die Bearbeitung dieser Themen nur einen kleineren Teil ihrer gesamten politischen Praxis auszumachen. So mag es angesichts des verbindungsstudentischen Elitarismus (vgl. Kapitel III.6.3) überraschen, dass mehrere FPÖ-aktive Burschenschafter besondere Aktivität auf sozialpolitischem Gebiet entfalteten. Für die erste Hälfte der bisherigen Parteigeschichte wären dabei v.a. die Pennalburschenschafter Wilhelm Kindl und Jörg Kandutsch zu erwähnen. Letzterer nahm u.a. die später unter Haider und Strache forcierte Positionierung der FPÖ als ‚sozial statt sozialistisch' vorweg und war wesentlich an der inhaltlichen Profilierung der Partei im Bereich der Sozialpolitik beteiligt.[263] Auch Jörg Haider wirkte in der Frühphase seiner bundespolitischen Karriere als freiheitlicher Sozialreferent und als Sozialsprecher ihrer Nationalratsfraktion.[264] Für die rot-blaue Koalitionsregierung war er, deren Vizekanzler Steger zufolge, als Sozial-Staatssekretär im Gespräch.[265] Zu den Vorkämpfern ökologischer Inhalte innerhalb der FPÖ zählten wiederum die Vereinsstudenten Scrinzi und (Gerulf) Stix. Ersterer legte 1972 das erste freiheitliche Umweltschutzkonzept vor[266], Letzterer präsentierte im Jahr darauf ein Papier zur Energiepolitik und profilierte sich als Atomenergie-Kritiker und Fürsprecher alternativer Energien.[267]

Die Feststellung einer Nicht-Beschränkung korporierter FPÖ-Funktionäre auf völkische Themen im engeren Sinn ist drittens um die Beobachtung zu ergänzen, dass die Betreffenden sehr wohl dazu tendierten, auch andere Themen aus völkischem Blickwinkel wahrzunehmen und zu bearbeiten – ein Phänomen, das naheliegenderweise insbesondere für *Burschenschafter-Politiker* zu konstatieren ist. So begann das erste, maßgeblich von Kandutsch geprägte Sozialprogramm der FPÖ mit einem Bekenntnis „zur Gemeinschaft des Volkes als nationale und soziale Einheit".[268] Scrinzis umweltpolitisches Engagement wiederum ging nach eigenem Bekunden von der Überzeugung aus, dass der Mensch „sich nur in der Gebundenheit von Familie, Volk und Heimat zu echter ‚Humanitas' entwickeln" könne. Im Bereich der Gesundheitspolitik zählten „Erbgesundheit und Geburtenpolitik" zu den zentralen Anliegen des

262 Vgl. zur Terminologie Kapitel III.2.4. Zu den politischen Errungenschaften von Verbindungsstudenten in der Partei sowie der Partei im Allgemeinen auf diesem und anderen Gebieten vgl. die wohlwollende Darstellung in Piringer 1982 und 1993 ff. sowie (in Kurzform) in FPÖ 1996, 60 f.

263 Vgl. den in FPÖ 1991, 27 f. wiedergegebenen Artikel Kandutschs von 1956; zu Kindls Verdiensten vgl. Grillmayer 2006, 130 und FPÖ 1996, 60. Beide korporierten Mandatare werden in der Festschrift zum 35-jährigen Parteijubiläum als „Vorkämpfer neuer Sozialideen" vorgestellt (FPÖ 1991, 34).

264 Vgl. Steger 1991, 72 bzw. FPÖ 1991, 53.

265 Vgl. Steger 1991, 66.

266 Vgl. FPÖ 1996, 60 und Scrinzi 1991, 41.

267 Vgl. FPÖ 1996, 60; Grillmayer 2006, 120; Stix 1991, 49.

268 Zit. in FPÖ 1991, 27.

einstmaligen Bediensteten am ‚Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene' der Universität Innsbruck.[269]

Auch in der Europapolitik ließen Korporierte in der FPÖ (wie außerhalb von ihr – vgl. Kapitel III.7.1) sich nicht zuletzt von völkischen Erwägungen leiten. Bereits Gründungsparteiobmann und Landsmannschafter Reinthaller gab die Richtung vor, indem er eine „Ausweitung" des „nationale(n) Gedanke(ns) (…) auf das Europäische" propagierte. „Zwischen den Weltmächten vermögen die europäischen Völker nur zu bestehen, wenn sie sich zusammenschließen."[270] Über diese Perspektive eines europäischen Befreiungsnationalismus hinaus wurde eine europäische Orientierung von völkischen Ideologen als Möglichkeit gesehen, die Bedeutung staatlicher Grenzen ab-, jene völkischer Trennlinien aber aufzuwerten und so verlorene deutsche Größe wiederherzustellen. In den pro-europäischen Aussagen diverser freiheitlicher Spitzenpolitiker sieht Grillmayer die Erkenntnis reflektiert, dass „das ursprüngliche Ziel nationaler Politik", nämlich die Herstellung einer Deckung von Staats- und Kulturnation, „zumindest in und für Österreich bedeutungslos geworden ist und nur durch die Erweiterung auf die europäische Ebene wieder Aktualität gewinnen kann".[271] Die europäische Vision sollte nationale Zielsetzungen also nicht ablösen, sondern sie vielmehr in eine salonfähigere Form und so trotz ungünstiger Bedingungen doch noch zur Realisierung bringen. So wird auch verständlich, weshalb für den Burschenschafter und freiheitlichen Europapionier Mahnert die europäische Einigung „unlösbar mit nationaler Politik verbunden" war.[272] In einem vom Bundesvorstand einstimmig angenommenen und am Parteitag 1962 präsentierten Positionspapier geißelte Mahnert die Idee der österreichischen Nation als „Missachtung der europäischen Aufgabe", da sie mit dem Deutschnationalismus auch den Gedanken eines vereinten Europas der Völker verwerfe, und propagierte eine „national-europäische Synthese" als Alternative zur räumlichen Deckungsgleichheit von Volk und Staat. Konnte Letztere nicht realisiert werden, sollten die Staatsgrenzen zumindest an Bedeutung verlieren: „Die Sicherung des Bestandes des Volkes kann nur noch im großen Raum erfolgen", wobei eine möglichst umfassende Entfaltung der „Eigenart des einzelnen Bausteines" anzustreben sei.[273]

---

269 Scrinzi 1991, 42 bzw. Scrinzi 2003, 72 f.

270 Wiedergegeben in FPÖ 1991, 22.

271 Grillmayer 2006, 155. Vgl. dazu explizit Mahnert (1991, 32): „Das Ziel nationaler Politik kann (…) nur erreicht werden in einem Vereinigten Europa!"

272 Mahnert 1991, 31. Bereits in den US-Internierungslagern hätten er und andere Nationalsozialisten darüber räsoniert, ob bzw. wie es für das deutsche Volk „nach dem tiefen Sturz wieder einen Weg nach oben geben könne". Die Lösung wurde darin erkannt, das deutsche Volk von einer Bedrohung zu einem Partner der anderen europäischen Völker zu machen. Hierin liege die Wurzel der „Europa-Euphorie" in der Gründungsphase der FPÖ (ebd., 31 f.).

273 Ebd., 32. Die von Mahnert angedachte Synthese fand als „Zusammenwirken von nationalem und europäischem Denken" auch Eingang in das ‚Salzburger Bekenntnis' der FPÖ von 1964 (zit. n. Reiter 1982,

Diese völkische Motivation erklärt, gemeinsam mit der freiheitlichen Hoffnung, im Wege der Europäisierung den rot-schwarzen Proporz aufweichen zu können, die Vorreiterrolle der FPÖ in Europabelangen gegenüber SPÖ und ÖVP.[274] Schon in ihrem Kurzprogramm von 1956/57 hatte sie sich für einen „engen Zusammenschluß der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung" ausgesprochen; 1968 erklärte sie in ihrem Bad Ischler Programm, was für die FPÖ wie auch für weite Teile der beiden langjährigen Großparteien in dieser Diktion heute undenkbar wäre: „Ziel unserer Europapolitik ist die Schaffung eines europäischen Bundesstaates" – freilich „unter Wahrung der Eigenart seiner Völker".[275] Unverändert geblieben ist seither, dass im freiheitlichen Verständnis Europa nicht aus Menschen oder Staaten, sondern aus Völkern bzw. Volksgruppen und Regionen aufgebaut sein soll.[276] Gänzlich verschwunden, seit Haider „die Europafahne einholte"[277], ist die positive Einstellung zur real existierenden Europäischen Gemeinschaft bzw. Union. Diese war zuvor am umfassendsten bei prononciert liberalen FPÖ-PolitikerInnen anzutreffen gewesen, während die vermeintliche kulturelle Homogenisierungswirkung der europäischen Integration auf völkischer Seite seit jeher Skepsis bis Ablehnung hervorruft.

Inzwischen ist das völkische EU-Verhältnis weitgehend frei von früheren Ambivalenzen. Auch parteiintern hat, beginnend mit Haider und vollendet unter Strache, eine Angleichung stattgefunden: EU-feindliche Haltung umfasst heute – ungeachtet der Motive – alle Parteisektoren und zeigt keinerlei Beschränkung auf deutschnationale oder gar auf verbindungsstudentische Kernschichten. Auf allgemeinerer Ebene lässt sich konstatieren, dass die Korporationszugehörigkeit spätestens vor dem Hintergrund der unter Strache erreichten politisch-ideologischen Homogenität jegliche Tauglichkeit als Distinktionsmerkmal in Sachfragen verloren hat, eine solche Tauglichkeit angesichts der zwischen Korporierten bestehenden Meinungsverschiedenheiten aber vermutlich auch nie besaß. Was die Frage der Themensetzung und der Intensität der Bearbeitung von Themen betrifft, hat es allerdings den Anschein, dass die alten völkischen Kernanliegen an innerparteilicher Basis verloren haben. Dass und wie diese Felder weiterhin beackert werden, ist sehr wohl wesentlich auf das Wirken der alten Kernschichten zurückzuführen. So wird das Deutschtumsbekenntnis heute fast ausschließlich noch von korporierten bzw. dem völkischen Vereinswesen entstammenden FunktionärInnen

---

279). Vgl. dazu weiters das Plädoyer Alexander Götz' von 1978, „den Begriff nationale Politik mit dem Inhalt europäischer Zusammenschluß [zu] erfüllen" (Piringer 1993b, 116).

274 Vgl. zu dieser Rolle Grillmayer 2006, 100; Peter 1998, 149; Fliszar 1991 (dort auch S. 83 zu Europäisierung und Proporz).

275 Zit. n. Reiter 1982, 255 bzw. 84.

276 Vgl. dazu etwa auch die von Fliszar (1991, 85) zitierten Haider-Aussagen.

277 Peter 1998, 149. Vgl. zur Europapolitik der Haider-FPÖ Bailer-Galanda/Neugebauer 1997, 192–195.

(und auch von diesen meist nur auf journalistische Nachfrage hin) geleistet; auch auf dem Gebiet des freiheitlichen Südtirol-Aktivismus hat sich ein kaum herausgefordertes Korporierten-Monopol etabliert.[278]

V.5 Parteienkooperation und Koalitionsoptionen

Für eine Partei mit Gestaltungsanspruch, die zeit ihres Bestehens nie auch nur annähernd in die Nähe einer absoluten Mehrheit gelangte, war die Frage nach möglichen und wünschenswerten KooperationspartnerInnen stets präsent. Die potenziellen Antworten waren über Jahrzehnte auf die beiden anderen Lager- bzw. historischen Großparteien der Zweiten Republik, ÖVP und SPÖ, beschränkt. Wenn auch im Rahmen dieses Buches das Verhältnis der völkischen Korporationen zu diesen Parteien nicht umfassend behandelt werden kann[279], soll in diesem Abschnitt doch zumindest ein Aspekt dieses Verhältnisses erörtert werden: die Frage, welchen Einfluss Korporierte auf die Koalitionspräferenzen und das Verhalten der FPÖ gegenüber den genannten Parteien nahmen.

Welcher Großpartei der Vorzug zu geben sei, war aus völkischer Sicht durchaus nicht zweifelsfrei zu entscheiden. Schon in historischer Sicht ließen sich für und gegen jede der beiden gewichtige Argumente ins Treffen führen. Im Fall der ÖVP wirkten die Erfahrungen des akademischen Kulturkampfes der Jahrhundertwende (und in einem weiteren Sinn die traditionelle Frontstellung des ‚national-freiheitlichen' Lagers gegen den Klerikalismus) ebenso trennend wie die Verfolgungserlebnisse aus der Zeit des Ständestaats. Der Kulturkampf lag zwar weiter zurück als Letzterer, erfuhr aus Sicht vieler Korporierter nach 1945 jedoch eine Reaktualisierung durch den großen Einfluss, den der ÖCV in der ÖVP von deren Gründung an erlangte. Auf studierendenpolitischer Ebene entsprach dem die beherrschende Stellung des seinerseits von katholischen Korporierten dominierten *Wahlblocks* in der ÖH bis in die späten 1960er-Jahre hinein, dem der RFS sich als wichtigste Oppositionsgruppierung gegenüber sah. Gerade die „tiefe Abneigung gegen den CV" habe, so Sigurd Scheichl, zu jenen Einstellungen gehört, die auch noch in der Nachkriegszeit „alle Burschenschafter gemeinsam" gehabt hätten und denen somit identitätsstiftende Wirkung zugekommen sei.[280] Als verbin-

278 Vgl. etwa das ‚FPÖ-Kommuniqé zum Tiroler Gedenkjahr 1809–2009', gezeichnet von den Korporierten Mölzer, Strache, Neubauer und Graf (APA-OTS0079 vom 11.3.2009).

279 Vgl. umgekehrt zum Verhalten von SPÖ und ÖVP gegenüber dem Rechtsextremismus in Österreich Pelinka 1993 (bzw. gegenüber der FPÖ: ebd., 471 f.).

280 Interview vom 8.6.2012. Auch Frischenschlager nennt die Gegnerschaft zum ÖCV und zum Wahlblock als wichtigen Einflussfaktor auf die Haltung völkischer Korporierter zur ÖVP. Mit dem ebenfalls oppositionellen *Verband Sozialistischer Studenten Österreichs* (VSStÖ) habe der RFS zu seiner Zeit ein

dende historische Erfahrungen lassen sich demgegenüber die ‚Waffenbrüderschaft' von katholischen und völkischen Korporierten im Ersten Weltkrieg, gemeinsame Organisierung in *Heimwehr*-Verbänden (insbesondere im *Steirischen Heimatschutz*) oder die Brückenbauversuche der Zwischenkriegs- und der ‚Anschluß'-Zeit zwischen Kirche und Nationalsozialismus nennen, die nicht zuletzt im deutsch-völkischen Flügel des ÖCV ihre Basis hatten.

Im Fall der SPÖ reichten die historischen Verbindungslinien weiter zurück. So werden in burschenschaftlichen Quellen etwa das Revolutionsjahr 1848 oder die sogenannten Badeni-Krawalle 1897 herangezogen, um eine Tradition gemeinsamer Kämpfe von Arbeitern und Studenten zu beschwören.[281] Unbestreitbar sind die gleichfalls oft referierten gemeinsamen Wurzeln der organisierten Sozialdemokratie und der Parteienlandschaft des ‚Dritten Lagers', personifiziert in Persönlichkeiten wie den Burschenschaftern und Sozialdemokraten Engelbert Pernerstorfer und Victor Adler.[282] Einen frischeren Anknüpfungspunkt lieferte die Verfolgung durch das Dollfuß- und Schuschnigg-Regime: So wie diese völkische Korporierte auf Distanz zur ÖVP brachte, stiftete sie Verbundenheit mit den ehemaligen Lager- und Zellengenossen, die nun in der SPÖ organisiert waren.[283] Es lässt sich in diesem Zusammenhang von einer Art ‚Geist der Lagerstraße von Wöllersdorf' sprechen. In inhaltlicher Hinsicht treten in burschenschaftlicher Darstellung neben dem Antiklerikalismus der großdeutsche Gedanke und die soziale Frage als gemeinsame Basis hervor, wobei letztlich eine klare Trennlinie zum sozialistischen Internationalismus und zu proletarischen Klassenstandpunkten (denen das Ideal der Volksgemeinschaft gegenübergestellt wird) gezogen wird.[284] Entlang dieser Abgrenzung erachteten manche völkische Korporierte wiederum die ÖVP als gleich-

---

vergleichsweise gutes Verhältnis gepflogen (Interview vom 24. 2. 2010). Vgl. zur Bedeutung des Antiklerikalismus auch die von Kraus (1988, 278) kolportierte Einsicht Julius Raabs Ende der 1940er-Jahre, „dass die ÖVP zahllose antiklerikale Bürgerliche, wie die Burschenschafter und viele ehemalige Nazi, doch nie gewinnen könne". Grillmayer (2006, 124 und 147) ortet ein solches Umdenken in der ÖVP erst unter Karl Schleinzer im Nachklang der Nationalratswahl von 1971.

281 Vgl. etwa Alemannia 1962, 6 und Aldania 1994, 38. Die Badeni-Krawalle ereigneten sich in Reaktion auf die vom damaligen österreichischen Ministerpräsidenten Kasimir Felix Badeni erlassene Sprachenverordnung, die auch für die vorwiegend deutschsprachigen Teile Böhmens und Mährens (Čechy bzw. Morava) eine zweisprachige Amtsführung vorsah. Die von deutschsprachiger Seite (und nicht zuletzt, aber nicht ausschließlich von deutsch-völkischen Kreisen) inszenierten Proteste blieben nicht auf die betroffenen Gebiete beschränkt, sondern erfassten u.a. auch Wien und führten letztlich zum Sturz des Ministerpräsidenten.

282 Vgl. u.a. F. Stefan 2009, 10.

283 Interview mit Frischenschlager vom 11.12.2009. *Alemannen*-Chronist Gärtner sah „Arbeiter und Studenten" im Angesicht der ständestaatlichen Repression gar „vereint wie 1848" (Alemannia 1962, 100).

284 Vgl. Alemannia 1962, 7. Generell findet die Verwandtschaft von Burschenschaften und Sozialdemokratie in Gärtners *Alemannen*-Chronik starke Betonung (vgl. ebd., 6 f., 13, 15, 100). Für ein rezenteres Beispiel vgl. die Ausführungen des FPÖ-Politikers und Pennalburschenschafters Werner Neubauer in der

sam natürlichen, da „bürgerlichen" Bündnispartner.[285] Auch Antisemitismus konnte ein Motiv sein, es eher mit den Christlichsozialen zu halten.[286]

Jenseits historischer und ideologischer Momente spielten freilich auch sehr konkrete materielle Interessen eine Rolle bei der Entscheidung des individuellen Korporierten für die eine oder andere Tendenz (vgl. zu beruflich motivierten Lagerwechseln auch Abschnitt V.2). Wenn Stüber als Bestandsaufnahme für 1954 festhält, dass Burschenschafter auch in der SPÖ (hier „vor allem" im BSA) und „vereinzelt sogar" in der ÖVP zu finden wären, oder Wintersberger „die BSAler" als zweitstärkste Gruppe unter *Olympen* nach den FPÖ-Parteigängern erinnert, während die ÖVP „eher schwach vertreten" gewesen sei[287], so spricht aus diesen Befunden neben historisch gewachsenen Affinitäten und politisch-ideologischen Vorlieben der Betreffenden nicht zuletzt auch der Umstand, dass der Anschluss an die Sozialdemokratie deutlich größere Chancen bot, binnen kürzester Zeit in der gewünschten Weise versorgt zu werden.[288] Während die Christlichsozialen auf ihre alten Eliten aus dem Ständestaat und die schon bald wieder auf Hochtouren operierenden Kaderschmieden des ÖCV zurückgreifen konnten, war ein größerer Teil der sozialdemokratischen Eliten der Zwischenkriegszeit ermordet oder vertrieben (und nicht zurückgeholt) worden;

Aula Nr. 10–11/1995, 24. Die Deutschtumsbekenntnisse historischer Sozialdemokraten werden u.a. in der 100-Jahres-Festschrift der *Aldania* (1994, 68, 75, 105 und 112 f.) ausführlich zitiert.

285 Vgl. dazu die Gegenüberstellung eines „marxistischen" und eines „bürgerlichen Block(s)" in BAK, DB 9, E. 4 [B2], Vorsitzbericht an den DBÖ-Tag 1964, Beilage I zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom 22.12.1964, 3; ferner AVSt, Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung der *Bruna Sudetia* über das FPÖ-‚Ausländervolksbegehren' 1993 vom 25.1.1993, bei der Vertreter von FPÖ und ÖVP „die Argumente der bürgerlichen Parteien" vorstellen sollten.

286 So berichtet Allesch im Interview vom 13.11.2009 von der Reserviertheit häufig noch nationalsozialistisch sozialisierter Exponenten des völkischen FPÖ-Flügels gegenüber Bruno Kreisky aufgrund von dessen jüdischer Abstammung und Vergangenheit als politischer Exilant.

287 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1954, 1955 bzw. Interview mit Wintersberger vom 4.1.2012. Letzterem zufolge waren die BSA-Mitglieder unter seinen (ehemaligen) Bundesbrüdern „meist (in) der verstaatlichten Industrie" tätig. Die Rekrutierung von Burschenschaftern für solche Funktionen verlor parallel zum Aufbau eigenständiger sozialdemokratischer Personalreservoirs zweifellos an Bedeutung. Dennoch konnte noch 1986 ein Burschenschafter (Hugo Michael Sekyra, *Alania* Wien) einem anderen (Franz Geist, *Cruxia* Leoben) als Generaldirektor der Verstaatlichten-Holding ÖIAG nachfolgen. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Ernennung Geists zur Zeit der von der FPÖ geduldeten Minderheitsregierung Kreisky I erfolgt und jene Sekyras noch von der rot-blauen Regierung der 1980er-Jahre vorgenommen worden sein dürfte. Beide waren engagierte Burschenschafter: Geist wirkte zeitweilig als Altherrenobmann seiner Verbindung, Sekyra war Funktionsträger auf Verbandsebene gewesen und u.a. 1963 erstmals in den Gemeinsamen Hauptausschuss, das geschäftsführende DBÖ-Organ, eingezogen (vgl. *Aula* Nr. 5/1981, 18 bzw. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 12).

288 Vgl. dazu auch die Einschätzung Cerwinkas im Interview vom 1. Juli 2007, dass im Rahmen der berufsbedingten Eintritte von Burschenschaftern in eine der Großparteien „eine Tendenz zur SPÖ" bestanden habe, wobei allerdings historische Beweggründe eine durchaus nicht unbedeutende Rolle gespielt hätten.

auch hatte die SPÖ aufgrund ihrer stärker proletarischen Rekrutierungsbasis schon vor dem Krieg ein schmaleres Reservoir an akademisch gebildeten Kadern aufgewiesen.[289] Auch vor diesem Hintergrund wechselten völkische Korporierte in größerer Zahl zu sozialdemokratischen Organisationen, was – wie opportunistisch auch immer motiviert – im Ergebnis doch entsprechende Bindungen auf zumindest persönlicher Ebene erzeugt bzw. verstärkt haben dürfte.

In Summe erscheint es plausibel davon auszugehen, dass eine Mischung politisch-ideologischer, historischer und opportunistischer Motive eine gewisse Tendenz der völkischen Korporierten zur SPÖ begründete. Diese Tendenz ortet für die Burschenschaften auch Scheichl. Dass sie über Jahrzehnte hinweg vorgeherrscht habe, obwohl die meisten eine größere programmatische Nähe zur ÖVP (u.a. in Wirtschaftsbelangen) geortet hätten, führt er auf die zugleich auch größeren „emotionalen Vorbehalte" gegen diese zurück. Neben dem antiklerikalen Erbe der Freiheitlichen verweist er auch auf mangelnde Pakttreue, die die ÖVP nach 1945 gegenüber der FPÖ wiederholt an den Tag gelegt habe, während die SPÖ sich als vergleichsweise verlässlich erwiesen habe.[290]

Die vermutete Tendenz völkischer Korporierter zur SPÖ lässt sich jedenfalls an Einzelfällen schon für die Ära des VdU nachweisen. Die von dessen Parteispitze mehrheitlich getragene Orientierung auf die ÖVP im Sinne einer „‚nichtmarxistische(n) Mehrheit'"[291] wurde Grillmayer zufolge parteiintern vom Burschenschafter Stüber sabotiert, „der als begeisterter Oppositioneller von Anfang an ‚dagegen' war" und während der Verhandlungen um eine Dreier-Koalition 1953 „auffällig gute Kontakte zur SPÖ" gepflegt habe[292]. Stüber selbst ortet in seiner Autobiographie ein Naheverhältnis von SPÖ und VdU in puncto sozialer Anliegen sowie aufgrund der einstigen „‚Häfen'-Kameradschaft" von Mitgliedern beider Parteien im Ständestaat.[293] Zu einer spürbaren Annäherung der

289 Vgl. Mesner 2005a, 338–340 und 2005b, 74. Generell zur Haltung der SPÖ zur Entnazifizierung und ihrer Praxis der Aufnahme von Nationalsozialisten (einschließlich der Rekrutierung selbiger als Funktionsträger) vgl. Mesner 2005a; speziell zum BSA vgl. erneut Neugebauer/Schwarz 2005; ferner Grillmayer 2006, 66.

290 Interview mit Scheichl vom 8.6.2012. Auch Frischenschlager weist auf die Bedeutung mehrmaliger Wortbrüche von ÖVP-Seite hin. V. a. die Nicht-Einhaltung einer von den steirischen Landesparteien eingefädelten Koalitionsabsprache für den Bund 1962 durch Alfons Gorbach habe lange nachgewirkt (Interview vom 24.2.2010). Als Beispiel für die Haltbarkeit von Zusagen der SPÖ ist etwa auf die Umsetzung der FPÖ-freundlichen Wahlrechtsreform durch Bruno Kreisky zu verweisen (vgl. Grillmayer 2006, 122). Diese war laut Grillmayer zwar schon von Franz Olah angedacht und bereits 1964 paktiert worden (vgl. ebd., 107f.), doch hatte die ÖVP Zeillinger (1991, 29) zufolge eine entsprechende Zusage bereits im Rahmen der gemeinsamen Bundespräsidentschaftskandidatur 1957 gegeben, letztlich aber nicht eingehalten.

291 Kraus 1988, 199.

292 Grillmayer 2006, 82f. (Zitat: 83). Zur ÖVP-Nähe der VdU-Führung um Herbert Kraus vgl. dessen Autobiographie: Kraus 1988, 196 sowie ferner 299.

293 Stüber 1974, 96 (Zitat) und 176. Der Vorwurf, Stüber habe eigenmächtig und ohne Einbindung der zuständigen Gremien Verhandlungen mit der SPÖ geführt, trug 1953 zu seinem Parteiausschluss bei. In

FPÖ an die parteiförmige Sozialdemokratie kam es erst im Zuge der sogenannten Habsburg-Krise; diese führte 1963 zur Einrichtung eines „offizielle(n) Kontaktkommitee(s) [sic]" zwischen den beiden Parteien, das fortan regelmäßig tagte.[294] Unter den fünf von Grillmayer benannten Teilnehmern auf FPÖ-Seite findet sich mit Kandutsch nur ein Korporierter. Der zentrale Verbindungsmann aufseiten der SPÖ war Franz Olah, der auch nach seinem (bekanntlich nicht zuletzt aufgrund der Finanzierung der FPÖ mit Gewerkschaftsgeldern erfolgten) Parteiausschluss in völkischen Kreisen Anklang fand. Seine 1965 gegründete *Demokratische Fortschrittliche Partei* (DFP) verwirklichte eine autoritär-populistische Auslegung der Sozialdemokratie mit deutlichen antisemitischen Untertönen.[295] Frischenschlager zufolge engagierten sich in ihr im Nationalratswahlkampf 1966 auch einige mit der FPÖ unter Peter unzufriedene frühere Südtirolterroristen, bevor ihnen die NDP eine neue politische Heimat bot.[296] Tatsächlich stellte Burger nur ein halbes Jahr nach Olahs Wahlmisserfolg auf Bundesebene sein Ultimatum an die FPÖ-Führung, das der NDP-Gründung unmittelbar vorausging.

Laut Frischenschlager war Peter seit 1966 eher auf eine Koalition mit der SPÖ hin orientiert; diese Tendenz habe sich in den folgenden vier gemeinsamen Jahren auf den Oppositionsbänken und durch die Absage Josef Klaus' an eine (rechnerisch mögliche) schwarz-blaue Koalition 1970 noch verstärkt.[297] Steger nennt als Beweggründe Peters neben der den SozialdemokratInnen zugeschriebenen größeren Pakttreue zum einen programmatische Überschneidungen u. a. im kultur- und gesellschaftspolitischen Bereich, zum anderen den Wunsch nach Salonfähigkeit. Peter habe erkannt, dass „nur eine gewisse Kooperation mit der SPÖ das Herausführen der FPÖ aus dem ‚Nazieck' ermöglichen würde", in das sie vor jeder Wahl „hineingeredet" worden sei. Die erste freiheitliche Regierungsbeteiligung könnte, so Peter laut Steger, nur mit der SPÖ gelingen, weil „der historische Freispruch von der NS-Vergangenheit von Links kommen mußte". Insgesamt habe ihm eine rot-blaue Koalition günstigere Perspektiven für die Konsolidierung des freiheitlichen Liberalisierungskurses verheißen.[298]

der Autobiographie gesteht Stüber Gespräche mit SPÖ-Funktionären zu, darunter auch eines mit dem damaligen Parteivorsitzenden Bruno Pittermann, bei dem u.a. die Koalitionsfrage erörtert worden sei (vgl. ebd., 248 f.).

294 Grillmayer 2006, 106. Vgl. zur Habsburg-Krise ebd., 105 f. sowie Peter 1998, 150 f.

295 Vgl. zur DFP Konvička 1992, zu Olah – auch unter dem Gesichtspunkt des Populismus – Karlhofer/Lichtenberger 1987 sowie zu seiner Rolle gegenüber der FPÖ Grillmayer 2006 (S. 103, 108 und 116).

296 Telefoninterview vom 27.3.2012. Auch die kommunistische *Volksstimme* sagte Olah Verbindungen zu „deutschnationalen, alt- und neofaschistischen Kreisen" nach (Ausgabe vom 12.2.1966, zit. n. Konvička 1992, 37, dort kursiv). Vgl. ebendort auch die Ausführungen zur populistischen Wahlkampflinie der DFP (S. 107) sowie zum Wechsel von DFP-Funktionären zur FPÖ in der Niedergangsphase der Partei (112 und 115 f.).

297 Interview vom 24.2.2010.

298 Steger 1991, 61 f. Zu den Warnungen der SPÖ vor einem schwarz-blauen ‚Bürgerblock' vgl. ebd., 61 und Grillmayer 2006, 156. Frischenschlager zufolge hätten beide Großparteien die FPÖ über die Jahrzehnte

Auch Frischenschlager erwähnt das Motiv, die Angreifbarkeit der FPÖ aus linker bzw. antifaschistischer Perspektive durch eine Koalition mit der SPÖ zu reduzieren und unterstreicht, dass angesichts einer Kreisky-Regierung mit sechs ehemaligen NSDAP-Mitgliedern die „emotionale Kluft“ zwischen SPÖ und FPÖ damals geringer gewesen sei als heute. In den 1970er-Jahren – die Duldung der Minderheitsregierung Kreisky I durch die FPÖ im Abtausch gegen die lange in Aussicht gestellte Wahlrechtsreform hatte für eine weitere Annäherung gesorgt – sei „selbst ein Scrinzi (…) nicht gegen Rot-Blau“ gewesen, „Broesigke schon gar nicht“, verweist Frischenschlager auf entsprechende Offenheit zweier Korporierter.[299] Scrinzi selbst berichtet von einem Gespräch mit Kreisky Anfang der 1970er-Jahre, in dem er, Scrinzi, sich als einer „Mitte-Links-Regierung“ (gemeint: einer FPÖ-SPÖ-Koalition) aufgeschlossen gezeigt habe.[300] Steger erwähnt, dass korporierte Funktionäre wie Broesigke, Kindl und Mahnert zumindest Peters Linie unterstützt hätten, zu beiden Großparteien „gute Gesprächskontakte“ zu unterhalten.[301]

Die Ära Götz brachte einen vorübergehenden Schwenk von der rot-blauen zur schwarz-blauen Option mit sich, wofür Grillmayer nicht zuletzt den „bürgerlichen Hintergrund“ des Peter-Nachfolgers verantwortlich macht.[302] Allerdings reflektierte dessen gutes persönliches Verhältnis zu maßgeblichen ÖVP-Funktionären wie dem steirischen Landeshauptmann Josef Krainer senior auf individueller Ebene bloß die generelle Nähe der steirischen Landes-FPÖ zu ihrer Entsprechung im christlich-sozialen Lager nach 1945 (vgl. den Exkurs im vorliegenden Abschnitt).[303] Steger deutete seine Erwählung zum Obmannkandidaten des Vorstandes, wie bereits erwähnt, vor diesem Hintergrund als Manöver grauer Parteieminenzen (unter ihnen auch Korporierte), um die Kontakte zur SPÖ zu reaktivieren und so doch noch jene sozialdemokratisch-freiheitliche Koalition zu verwirklichen, die in den 1970er-Jahren nicht zustande gekommen war.[304] Dieses Ziel wurde nach dem Verlust der absoluten SPÖ-Mehrheit 1983

---

stets nach dem je aktuellen eigenen Kalkül wahlweise für respektabel oder für unberührbar erklärt (Interview vom 24.2.2010).

299 Interview vom 24.2.2010.

300 Scrinzi 2003, 262 f. (Zitat: 263). Die Aufgeschlossenheit war demnach bilateraler Art: Weiters berichtet Scrinzi, dass Kreisky ihm 1971 noch vor der Wahl für den Fall einer Koalition das Gesundheitsministerium angeboten habe (vgl. ebd., 263 bzw. übereinstimmend Steininger 2007, 68). Der ehemalige Rassenbiologe wäre der fünfte ehemalige NSDAP-Angehörige in der Startformation der Regierung Kreisky II gewesen.

301 Steger 1991, 61.

302 Vgl. Grillmayer 2006, 141 f. (Zitat: 142). Zu Götz' Ablehnung einer Orientierung auf die SPÖ hin vgl. Götz 1991, 57 und Piringer 1993b, 124.

303 Interview mit Frischenschlager vom 24.2.2010. Demnach hätten die Steirer schon vor der Übernahme der Bundespartei durch Götz gegen die SPÖ-Orientierung Peters opponiert. Zum „(g)ute(n) Einvernehmen“ zwischen Götz und Krainer vgl. auch FPÖ 1991, 120 (Herv. entf.).

304 Vgl. Steger 1991, 62.

erreicht. Der Regierungseintritt wurde im Parteivorstand einstimmig beschlossen und fand Scheichl zufolge auch in burschenschaftlichen Kreisen die emotionale Akzeptanz von „relativ viele(n) Leute(n)“, obwohl Steger den meisten Burschenschaftern als „viel zu liberal“ erschienen sei. Die SPÖ-Option sei jedenfalls „vielen weit sympathischer“ gewesen als das ÖVP-Ticket.[305]

Wie im vorangegangenen Abschnitt erörtert, sollte diese positive Einstellung der freiheitlichen Regierungsbeteiligung gegenüber sich als brüchig erweisen und einem Unmut Platz machen, der die Ablösung Stegers als Parteiobmann herbeiführte. Infolge des Obmannwechsels zu Haider und des von diesem alsbald eingeschlagenen Rechts- und Oppositionskurses rückte die Frage von Koalitionspräferenzen in den Folgejahren in den Hintergrund. Wenngleich beide Großparteien sich unter dem Druck der Wahlergebnisse inhaltlich freiheitlichen Forderungen öffneten, ließen die verhältnismäßig eindeutigen Festlegungen der SPÖ gegen eine Koalition mit der ‚Haider-FPÖ‘ die ÖVP nunmehr als logischeren Partner erscheinen. Diese Erkenntnis ließ manche Korporierte in der Haider-Ära eine Annäherung an rechtskatholische Kreise versuchen, die für eine konservative Zweckallianz gewonnen werden sollten. Die Avancen, als deren zentrale Akteure Andreas Mölzer und die *Aula* unter Herwig Nachtmann benannt werden können[306], riefen allerdings weder bei ihren Adressaten noch im eigenen Lager positive Resonanz in nennenswertem Ausmaß hervor. Auch der in Abschnitt V.4.1 erwähnte Vorstoß Ewald Stadlers, die FPÖ mit dem neuen Parteiprogramm von 1997 als Bundesgenossin eines ‚wehrhaften‘ Christentums zu repositionieren, stieß in den eigenen Reihen – und gerade unter Korporierten – auf teilweise heftigen Widerstand, lieferte aber Ansatzpunkte, an welche die FPÖ unter Strache im Zuge ihrer antimuslimischen Offensive andocken sollte. Trotz solcher Vorarbeiten und relativer Alternativlosigkeit war die schließlich 2000 von den Freiheitlichen eingegangene Koalition mit der ÖVP nach Einschätzung Scheichls im burschenschaftlichen Parteivorfeld nur vermittelbar, weil im Umfeld des ÖVP-Obmannes und nunmehrigen Bundeskanzlers Schüssel „der CV keine große Rolle gespielt hat“.[307] War der Gegenwind, auf den die Regierung im In- und Ausland traf, noch dazu angetan, Freiheitliche und Christkonservative zusammenzuschweißen, so erschütterten die Ereignisse von 2002 die Vertrauensbasis zwischen beiden erneut schwer: Erst nährten die Turbulenzen in der FPÖ rund um den

305 Interview vom 8.6.2012. Zur anfänglichen Breite der innerparteilichen Unterstützung für die Steger-Sinowatz-Koalition vgl. Steger 1991, 64 (zum Parteivorstandsbeschluss ebd., 67).

306 Vgl. insbesondere die gezielt u.a. an ÖCV-Bünde versandte *Aula* Nr. 10/1992 („Das Kreuz mit der Kirche. Drittes Lager und Katholizismus“).

307 Interview vom 8.6.2012. Vgl. zur ÖCV-internen Stimmung gegenüber einer Koalition mit der FPÖ und zur blau-schwarz-orangen Koalitionszeit als (bis zur Übernahme der ÖVP-Obmannschaft durch Michael Spindelegger fortwirkenden) Schwächephase der katholischen Korporierten innerhalb der ÖVP auch Magenschab 2011, 286 f.

Knittelfelder Parteiaufstand in der ÖVP Zweifel an der Regierungsfähigkeit ihres Koalitionspartners; dann machte Schüssel durch Neuwahlen im für die Freiheitlichen ungünstigsten Moment diesen rund die Hälfte ihrer WählerInnen von 1999 abspenstig und reaktualisierte damit das freiheitliche Misstrauen in die Pakttreue der ÖVP.[308]

Exkurs: Sonderfall Steiermark?

Das traditionelle Naheverhältnis zwischen FPÖ und ÖVP in der Steiermark kann insofern als bemerkenswert gelten, als gerade in der steirischen Landeshauptstadt Graz die Auseinandersetzungen zwischen katholischen und völkischen Verbindungen – aus denen die beiden Parteien nach 1945 einen Gutteil ihrer Eliten rekrutierten sollten – um die Jahrhundertwende und in der Zwischenkriegszeit mit besonderer Schärfe ausgetragen worden waren.[309] Für die Erklärung dieses Umstandes sind Entwicklungen in den 1930er-Jahren ebenso von Relevanz wie solche nach Kriegsende. In ersterer Hinsicht wäre die gemeinsame Organisationserfahrung von Vertretern beider Lager etwa im *Landbund* und im *Steirischen Heimatschutz* zu nennen. Dass die steirische ÖVP nach 1945 überdurchschnittlich stark mit (deutsch-),nationalen‘ Einsprengseln versehen war, lag an dieser Vergangenheit ebenso wie an ihrem Frischenschlager zufolge überdurchschnittlichen Erfolg bei der Rekrutierung von ‚Ehemaligen‘ nach dem Krieg.[310] Kraus behauptet – aus der freilich nicht uninteressierten Perspektive des VdU-Gründers –, dass in der Steiermark „meist die weiter rechts Stehenden“ unter den früheren NSDAP-Mitgliedern der ÖVP den Vorzug vor dem VdU gegeben hätten.[311] Für die Alten Herren völkischer Verbindungen gibt Frischenschlager an, dass diese trotz einer auch opportunistisch motivierten generellen Tendenz zum BSA in der Steiermark häufiger der ÖVP beigetreten seien.[312]

Über die Geschichte der Zweiten Republik legten steirische ÖVP-Politiker auf persönlicher wie auf politischer Ebene wiederholt besondere Offenheit gegenüber dem ‚Dritten Lager‘ – einschließlich der Korporationen – an den Tag.[313] So unterhielt Josef Krainer senior, Landeshauptmann von 1948 bis 1971, nicht nur gute Kontakte zu Alexander

308 Vgl. zu den Verschiebungen von 2002 die WählerInnenstromanalyse in SORA o.J., 5.

309 Vgl. Mölzer 1981, Hartmann 1985, Winkler 2011.

310 Interview vom 11.12.2009. Zum heftigen Buhlen gerade der steirischen ÖVP um diesen Personenkreis vgl. Sottopietra/Wirth 2005a, 112.

311 Kraus 1988, 205.

312 Interview vom 11.12.2009.

313 Im Widerspruch dazu berichtet Wolfgang Ebner in der E-Mail vom 3.12.2012 von einer „sehr ablehnend(en)“ Haltung der ÖVP und v.a. der dort organisierten katholischen Korporierten gegenüber Burschenschaftern, die gerade in Graz historisch verständlich sei.

Götz, sondern nahm etwa im Zuge der Verhaftung mutmaßlicher Südtirolterroristen und Wiederbetätiger 1961 die Betroffenen – darunter zahlreiche *Olympen* – öffentlich in Schutz: Die vermeintlichen Extremisten auf der Rechten würden erfunden, um solche auf der Linken zu verdecken.[314] Schon 1957 hatte Krainer sich nach Angaben von *Leder* Leoben und *Allemannia* Graz in einem „vertrauliche(n) Schreiben" bei den Grazer und Leobner Burschenschaften erkundigt, auf welche Weise er die Meraner Hochschulwochen unterstützen könne.[315] Auch auf der Ebene konkreter politischer Kooperation zwischen ÖVP und FPÖ waren (in beiden Parteien) die steirischen Landesorganisationen tonangebend. Als Teilnehmer der „Kontaktgespräche" im Vorfeld der Nationalratswahl 1962, die jedenfalls nach Darstellung von FPÖ-Politikern in eine Koalitionszusage der damaligen Kanzlerpartei mündeten, nennt Grillmayer neben Friedrich Peter ausschließlich Steirer: Krainer und Kanzler Gorbach auf ÖVP-Seite, Alexander Götz senior (Vater des späteren Parteiobmannes) aufseiten der Freiheitlichen.[316] 1970 war es die steirische FPÖ, die parteiintern darauf drängte, im Wahlkampf eine Koalitionspräferenz in Richtung ÖVP zu artikulieren.[317] Drei Jahre später sowie 1978 erneut wurde Götz junior mit den Stimmen der Christkonservativen zum Grazer Bürgermeister gewählt, obwohl beide Male die SPÖ stimmenstärkste Partei geworden und die FPÖ nur auf dem dritten Platz gelandet war. 1978 blieb die ÖVP Götz verbunden, obwohl die SPÖ ihr selbst den Bürgermeistersessel angeboten hatte – eine Entscheidung, der der damalige Landeshauptmann Friedrich Niederl überregionale Bedeutung zuwies.[318] Niederls Nachfolger Josef Krainer junior führte als Landeshauptmann (ab 1981) das gute Verhältnis seines Vaters zum völkischen Korporationsstudententum fort – auch ideologisch. So richtete er 1986 eine Grußbotschaft an den Tag der freiheitlichen Akademiker, in welcher er die Steiermark ganz im burschenschaftlichen Sinne als „Grenzland" und „Bollwerk( ) gegen die Bedrohung aus dem Südwesten" bezeichnete.[319]

Überraschend erscheint vor dem Hintergrund all dessen, dass Alois Mock nach Angaben Stegers diesem 1983 mitteilte, die östlichen Landesgruppen seiner Partei –

314 Vgl. zu den Ereignissen die chronologische Darstellung in Abschnitt IV.3.3, zu Krainers Aussagen die *Arbeiter-Zeitung* vom 3.12.1961, 1.

315 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1957, 3. Bemerkenswert daran ist, dass Krainer sich mit dieser Frage just an Burschenschaften wandte, wo sich doch auch das veranstaltende *Südtiroler Kulturinstitut,* die *Südtiroler Hochschülerschaft* vor Ort in Graz oder auch der ÖCV als Ansprechstellen angeboten hätten. Letzterer, dem Krainer immerhin selbst angehörte, zeigte wie die Burschenschaften alljährlich in Meran Präsenz.

316 Grillmayer 2006, 144. Vgl. auch die *Arbeiter-Zeitung* vom 5.12.1961 (S. 1), wo Krainer als führender Vertreter des gegen die Große Koalition (mit der SPÖ) eingestellten Lagers innerhalb der ÖVP bezeichnet wird.

317 Vgl. Schmidt 1991, 45.

318 Vgl. Grillmayer 2006, 141.

319 Zit. n. Gärtner 1996, 315 f.

einschließlich der steirischen – nicht für Schwarz-Blau gewinnen zu können.[320] Dass es siebzehn Jahre später doch dazu kam, war einmal mehr nicht zuletzt steirischem Einfluss zu verdanken. 1991 ortete Jürgen Hatzenbichler in der *Aula* ein verstärktes „Werben( ) der Christlichsozialen um die österreichischen Deutschnationalen", das vom Steirer Gerhard Hirschmann ausgegangen sei. Als Vertreter eines „stark deutschnationalen und wertkonservativen Flügel(s)" in der ÖVP nennt Hatzenbichler mit Krainer senior, Gorbach, Hanns Koren (u. a. Landeshauptmann-Stellvertreter und Landtagspräsident) und Otto Hofmann-Wellenhof (Bundesrat) ausschließlich Steirer.[321] Die zeitlich mit der von Hatzenbichler ausgemachten Werbeoffensive zusammenfallende Einbindung des Turnerschafters Martin Bartenstein in die ÖVP durch Krainer junior Anfang der 1990er-Jahre wurde gleichfalls „(v)on Insidern (…) als Signal ans nationale Lager interpretiert". Bartenstein galt seither als wichtiger „Verbindungsmann der ÖVP zu den Freiheitlichen" und diente als Minister (u. a.) in beiden Schüssel-Regierungen.[322]

So eindeutig das völkische Verbindungswesen sich in seiner Parteienpräferenz nach 1945 auf die FPÖ festgelegt zeigte, so uneinheitlich stellt sich seine Positionierung gegenüber den Großparteien bzw. in der Frage nach dem bevorzugten (Koalitions-)Partner der Freiheitlichen dar. Klare Tendenzen lassen sich – über die Einschätzungen von Zeitzeugen hinaus – kaum identifizieren, nicht einmal für Untergruppen. Dies nicht nur aufgrund der ideologischen Heterogenität des Untersuchungsgegenstandes, sondern auch aufgrund innerer Widersprüche besonders der burschenschaftlichen Ideologie. Im Einzelfall konnten liberalere Burschenschafter sowohl aus gesellschaftspolitischen Gründen zur SPÖ als auch aus wirtschaftspolitischen Erwägungen zur ÖVP tendieren; jene mit besonders hart ausgeprägter völkisch-nationalistischer Gesinnung konnten den Feindbildern Kirche und Austriazismus oder aber jenen des Marxismus und Internationalismus den Vorzug geben. Die konservativen, klassistischen und elitaristischen Anteile burschenschaftlicher Ideologie begünstigten eine Inklination zur ÖVP, die rebellischen, sozialen und freisinnigen eine solche zur Sozialdemokratie. Die daraus sich ergebende Unmöglichkeit, ‚rechtere' und ‚linkere' Korporierte pauschal einer Koalitionspräferenz zuzuordnen[323], widerspiegelt letztlich nichts anderes als die erwähnte widersprüchliche Ausgestaltung burschenschaftlicher Ideologie an sich.

320 Vgl. Steger 1991, 65.
321 *Aula* Nr. 10/1991, 13.
322 *trend* Nr. 4/2000, 66 bzw. 67.
323 Siehe etwa Stübers und Scrinzis SPÖ-Kontakte oder das Eintreten just der Kärntner Landespartei gegen eine explizite Absage an Rot-Blau 1970 (vgl. Schmidt 1991, 45) sowie umgekehrt Schmidts Behauptung, die ÖVP habe 1970 mit der Warnung vor einem roten Kanzler „(v)or allem in besonders national eingestellten Kreisen, Verbindungen und Diskussionsrunden (…) Wirkung" erzielt (ebd., 44 f.).

Es mag angesichts solcher Uneindeutigkeit nicht überraschen, dass auch die Haltung einer Absage an beide Koalitionsformen in freiheitlichen Kreisen nicht unüblich war. Grillmayer berichtet, dass Peter zufolge die ParteifunktionärInnen der FPÖ „zu je einem Drittel vehement ÖVP-feindlich bzw. SPÖ-feindlich eingestellt" gewesen seien oder „überhaupt jede Art von Regierungsbeteiligung" abgelehnt hätten.[324] Wenngleich diese Aussage nicht eins zu eins vom FunktionärInnenkader auf das völkische Verbindungswesen übertragen werden kann, ist doch davon auszugehen, dass auch so mancher Korporierte sich eine Zusammenarbeit der FPÖ mit keiner der beiden Großparteien vorstellen konnte. Bisweilen mochte dafür, neben den eigentlichen Ablehnungsmotiven gegen Rot und Schwarz, auch eine generelle Oppositionsorientierung verantwortlich zeichnen.[325] Grillmayer legt nahe, dass Peters Drittel-Befund ein die Parteigeschichte durchziehendes Strukturmerkmal darstellt, schließt er doch, dass die FPÖ in Exekutivverantwortung immer „besonders krisenanfällig" sei, weil die Beteiligung an einer (Koalitions-)Regierung stets von zwei Dritteln und ergo der „Mehrheit des Parteivolkes" abgelehnt werde. Dies aber setze die jeweilige Parteiführung einer ständigen latenten Putschandrohung aus[326] – wie die Ereignisse von 1986 (Innsbruck), 2002 (Knittelfeld) und der ‚Putsch von oben' unterstreichen, den Haider 2005 unternahm. Auch im Lichte von Peters Einschätzung, wonach die „‚Weder-noch-Stimmung'" in der Partei mit der Stärkung liberaler Kräfte und dem Rückgang des „nationale(n) Potentials" abgenommen habe[327], erscheint es plausibel, den hart völkisch-nationalistisch orientierten Teil der Korporierten als wesentlichen Faktor im die Oppositionsrolle hochhaltenden Sektor der Partei und ihres Vorfeldes einzustufen. Diese Haltung entspräche letztlich auch der in Österreich vorherrschenden Auslegung burschenschaftlicher Ideologie (vgl. Kapitel III.6.2).

324 Grillmayer 2006, 101. Dieselbe Drittel-Aufteilung erwähnt Stüber (1974, 176). Kritisch zur FPÖ als „Neinsager-Partei" und „Berufsopposition" äußert sich Zeillinger (1991, 29).

325 Als schärfste Ausformung einer solchen lässt sich in manchen Fällen ein grundsätzlicher Unwille konstatieren, eine Regierungsbeteiligung in einem Staat einzugehen, dessen Existenz man als zu korrigierenden Irrtum der Geschichte wahrnahm und dessen tragende Ideologie man in mehrerlei Hinsicht (Austriazismus, Antinazismus) ablehnte. Eine abgeschwächte, nicht prinzipielle Form der Koalitionsverweigerung wurde vom frühen Obmann Haider vertreten: Die FPÖ dürfe nur als prägende Kraft regieren, „(f)ür ein Schattendasein als Kleinausgabe von Rot und Schwarz sind wir Freiheitlichen einfach nicht geschaffen" (Haider 1991, 72). Bereits Reinthaller hatte erklärt, dass die FPÖ bereit sei zu regieren – allerdings nur unter Bedingungen wie der „Abschaffung des Proporzes" und der „Abstandnahme von Geschichtsfälschungen" in puncto der nationalen Identität Österreichs (FPÖ 1991, 22).

326 Grillmayer 2006, 143.

327 Peter 1998, 150.

V.6 Funktionen der FPÖ für die völkischen Korporationen

Die Liaison von völkischen Verbindungen und FPÖ wurde in Abschnitt V.2 bereits als aus ideologischen Gründen (Deutschtumsbekenntnis, Anti-Antinazismus, Gegnerschaft zu Schwarz und Rot) zwangsläufig bezeichnet. Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten erscheint es nicht übertrieben, die *Freiheitliche Partei* als – aus Korporiertensicht – parlamentarischen Arm des völkischen Verbindungswesens zu bezeichnen. Diese Wahrnehmung hatte bezüglich des VdU noch nicht geherrscht: Nicht zuletzt aufgrund der nicht- bis antinazistischen Vergangenheit seiner Gründer Herbert Kraus und Viktor Reimann und der liberalen Agenda des Ersteren war man diesem mit gehöriger Skepsis begegnet. Auch parteipolitisches Engagement von Burschenschaftern setzte damit erst nach Gründung der FPÖ auf breiterer Basis ein, während man sich auf kollektiver Ebene (als Bund oder Dachverband) noch länger auf eine gewisse Mindestdistanz bedacht zeigte.

Ebenfalls bereits erwähnt wurde, dass verbindungsstudentische Quellen dem Verhältnis von Korporationen und FPÖ (bzw. politischen Parteien insgesamt) nur wenig Raum widmen. So taucht in der umfangreichen Chronik der *Aldanen* – just jener Verbindung, die ab den 1970er-Jahren mehr hochrangige freiheitliche Kader hervorbrachte als jede andere – die FPÖ nur an zwei Stellen und höchst beiläufig auf.[328] Diese Auslassung verwundert nicht nur angesichts der elementaren Bedeutung der FPÖ für die öffentliche Wahrnehmbarkeit und Wirkmacht der Verbindungen, sondern auch aus grundsätzlicheren Gründen: Für sich explizit als politisch definierende Organisationen, wie es die Burschenschaften sind, erschiene im Kontext einer repräsentativen Mehrparteiendemokratie das eigene Verhältnis zu bestehenden Parteien als naheliegender Diskussionsgegenstand. Der Unabhängigkeitsgedanke, sowohl entsprechend dem eigenen Selbstbild als auch dem Bild, das man nach außen lange Zeit zu vermitteln wünschte, verhinderte wohl kaum die Thematisierung dieser Frage, stand aber offenbar zumindest der schriftlichen Dokumentation entsprechender Debatten entgegen. Wird im burschenschaftlichen Schrifttum die Frage der Parteilichkeit erörtert, so zuallermeist im Modus der Verneinung.[329] In den seltenen Ausnahmefällen – und bevorzugt in internen Quellen – wurde dagegen wenig Mühe darauf verwendet, den Eindruck einer Äquidistanz zu den politischen Parteien zu wahren. So vermerkt etwa die

328 Vgl. Aldania 1994, 98 und 221. Selbst in nicht öffentlich zugänglichen Dokumenten wird bisweilen nur verklausuliert von der FPÖ gesprochen – in Berkas konspirativ verbreiteter Denkschrift von 1964 firmiert sie etwa lediglich als „(d)ie politische Partei" bzw. als „die politische Partei, die sich zum deutschen Volkstum bekennt" (PBW, Berka 1964, 15 bzw. 13; vgl. ähnlich auch Libertas 1967, 110).

329 Vgl. zum Unabhängigkeits-Motiv erneut Abschnitt V.2 sowie exemplarisch für die Leugnung jeglicher Parteibindung AVSt, Deutsche Burschenschaft 1961, 11; *ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8; DBÖ 1994, 25; F. Stefan 2009, 9.

Chronik der *Oberösterreicher Germanen* Erörterungen ihres Festredners zum Stiftungsfest 1986 über die Frage, „welchen wirtschaftlichen und kulturellen Problemen sich die FPÖ in der zukünftigen Politik widmen sollte" – und referiert ergänzend einen programmatischen Gugerbauer-Text zu den Aufgaben der Partei.[330]

Wenngleich die Verwahrungshaltung gegen jede Vereinnahmung durch die Partei mit deren Erfolgslauf unter Haider an Bestimmtheit einbüßte (und die Partei sich schließlich ihrerseits wiederholt zu vorsichtigen Distanzierungen veranlasst sah), existiert der Gedanke der Überparteilichkeit im völkischen Verbindungswesen Österreichs bis heute fort und ist der Zugang der völkischen Korporationen (nicht notwendig ihrer einzelnen Mitglieder) zur Partei nach wie vor instrumentell bestimmt. Nachfolgend werden die Funktionen erörtert, welche die FPÖ nach Vorstellung ihres verbindungsstudentischen Vorfelds – nicht jedes einzelnen Korporierten, wohl aber einer dieses Vorfeld ideologisch dominierenden *politischen Klasse* (vgl. Kapitel III.2.2) – über den Untersuchungszeitraum für die Korporationen wahrzunehmen hatte.

Umsetzung politischer Anliegen, Agenda-Setting und Meinungsbildung

Die erste und offenkundigste Erwartung an die FPÖ bestand darin, in der politischen Arena im Einklang mit völkischen Grundsätzen zu agieren und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine diesen entsprechende Allokation staatlicher Ressourcen, Gesetzgebung und symbolische Politikgestaltung einzusetzen. Dabei waren jene Grundsätze wohl zumindest bis in die 1970er-Jahre in der Partei breit genug verankert, um auf ihre Umsetzung abstellendes Lobbying durch völkische Vorfeldorganisationen – darunter prominent, nicht aber allein die Burschenschaften – zu erübrigen.[331] Teil der genannten Funktion war es auch, völkische Anliegen als Themen zu setzen bzw. präsent zu halten, zumal solche, die ohne dieses Zutun im tagespolitischen Diskurs kaum mehr Platz gefunden hätten. Als wichtigste Beispiele sind einmal mehr das Deutschtumsbekenntnis und die seit der Autonomielösung außerhalb deutschnationaler Kreise in Österreich kaum mehr als virulent angesehene Südtirolfrage zu nennen. Im Fall von Themen, die ohnehin auf der politischen Agenda standen, erschien die Partei als Instrument zur Beeinflussung der laufenden Debatten im völkischen Sinne.[332] Die Mög-

330 Oberösterreicher Germanen 1994, 138.

331 Als ein Beispiel sei die geschlossen ablehnende Haltung der FPÖ zur Erhebung des 1965 eingeführten österreichischen Nationalfeiertages zum gesetzlichen Feiertag 1967 erwähnt (vgl. dazu Spann 1997, 158 f.).

332 So berichtet Otto Scrinzi über das 1987 von ihm vermittelte Treffen der Burschenschafter und Parteichefs Haider (FPÖ) und Burger (NDP), dass dort u. a. „eine Zusammenarbeit für die Auseinandersetzung mit dem 13. März 1938" erörtert worden sei, „da das Gedenkjahr 1988 sicher zu einem Generalangriff auf die historische Wahrheit genutzt" werde (zit. in der *Arbeiter-Zeitung* vom 15.3.1988, 4).

lichkeiten der FPÖ, solchen Erwartungen gerecht zu werden, schwankten über den Zeitraum der Zweiten Republik freilich mit der Stärkeentwicklung der Partei. Angesichts der gesamtgesellschaftlich (und seit den 1980er-Jahren auch an den Hochschulen) marginalen Bedeutung des völkischen Verbindungswesens als solchem bzw. der Aufmerksamkeit, die dieses aus eigener Kraft zu generieren vermochte, kam und kommt einer erfolgreichen FPÖ daher entscheidende Bedeutung als *missing link* zu den einschlägigen Schalthebeln zu.[333]

Ort der (partei-)politischen Betätigung

Die Umsetzung bzw. Vertretung völkischer Anliegen durch die FPÖ konnte auf Zuruf aus Korporiertenkreisen oder auch durch Korporierte in der FPÖ selbst erfolgen. Für letztere Variante steht der in Kapitel III.2.4 erwähnte Typus des *Burschenschafter-Politikers,* der in seiner parteipolitischen Tätigkeit burschenschaftlichen Idealen (in seiner jeweiligen Auslegung derselben) Breite und Geltung zu verschaffen sucht. Die Motive, die Partei als Plattform politischer Betätigung zu wählen, konnten durchaus unterschiedlich sein. Wollte der eine bloß die im Bund vermittelten Dogmen gesamtgesellschaftlich zur Geltung bringen[334], erkannte der andere in der FPÖ (analog zum RFS um 1970) einen Ort, der gerade ein weniger durch fixe Glaubenssätze determiniertes politisches Agieren ermöglichte als die Korporation selbst. In beiden Fällen konnte auch die konkrete materielle Lebenssituation des Betreffenden eine Rolle spielen: Die jahrzehntelange Abschließung von Karrierewegen für keiner der beiden Großparteien zugetane AkademikerInnen im öffentlichen Dienst, in der verstaatlichten Industrie und teilweise auch an den Hochschulen dürfte unter völkisch gesinnten Hochschulabsolventen eine wichtige Triebfeder für persönliches politisches Engagement dargestellt (und dieses – vgl. Abschnitt V.7 – gleichzeitig materiell erleichtert) haben.

Ungeachtet der jeweils für einen FPÖ-Eintritt ausschlaggebenden Intentionen waren die durch die Partei angebotenen Opportunitätsstrukturen für ihre Umsetzung dem historischen Wandel unterworfen. Noch 1964 wurde auf der Reform-Arbeitstagung der

333 Selbst eine schwache FPÖ war jedoch in der Lage, die politische Relevanz des ihr vorgelagerten Korporationswesens zu vervielfachen. Dies legt zumindest Andreas Mölzer nahe, wenn er darauf hinweist, dass die „Verbands- und Vereinsstrukturen des herkömmlichen nationalliberalen Lagers" bei letalem Ausgang der Parteikrise vor dem Antritt Haiders jegliche politische Prägewirksamkeit eingebüßt hätten und lediglich „im vorpolitischen Raum, folkloristisch gewissermaßen" weiterbestanden hätten (Mölzer 2001, 122).

334 Als Beispiel für die mehr oder weniger unmittelbare Umsetzung burschenschaftlicher Dogmatik in parteipolitisches Handeln lässt sich der an anderer Stelle schon erwähnte *Sueve* Hubert Knaus anführen, der um 1960 die Politik sowohl der FPÖ als auch der Burschenschaften Österreichs gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten/Koroška maßgeblich prägte (vgl. Dvorak 1999, Biographisches Lexikon I/3, 112 f. und BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 [Cruxia] vom 1.4.1962, 1).

DBÖ beklagt, dass immer weniger Burschenschafter „leitende Stellungen im öffentlichen Leben oder in Industrie und Wirtschaft" innehätten. Die Sichtweise, dass „bei der politischen Zusammensetzung unseres Staates ein Eindringen in die Führungsschichte unmöglich sei", sorgte damals dem Sitzungsprotokoll zufolge für „große Resignation".[335] Ganz anders stellte die Situation sich zur Jahrtausendwende dar. Unter den Bedingungen der freiheitlichen Regierungsbeteiligung ließen sich burschenschaftliche Wünsche nun direkt an den Waffenbruder im Ministerium kommunizieren, sofern dieser sie nicht ohnehin aus eigenem Antrieb wahrnahm. „Wir erwarten, daß sich Minister mit burschenschaftlichem Hintergrund für den Freiheitsgedanken einsetzen – besonders in der Justiz, wo endlich etwas gegen menschenrechtswidrige Bestimmungen wie das Verbotsgesetz getan werden muß", erklärte der *Olympe* Walter Asperl 2000 öffentlich.[336]

Die nachhaltige Etablierung von Korporierten (im Folgenden konkret: Burschenschaftern) in der FPÖ erfolgte zum Teil über die Ausbildung verbindungsstudentischer Seilschaften innerhalb der Parteistrukturen. Ein besonders deutliches Beispiel dafür liefert, wie in Abschnitt V.1.2 schon angedeutet, *Aldania* Wien. Deren Aufstieg zu einer zentralen Kaderschmiede des freiheitlichen Wiener Landtagsklubs begann mit der Generation um die Mitte der 1960er-Jahre aktiv gewordener Burschen. Die Kommilitonen Erich Engl, Johann Herzog, Helmut Kowarik und Rainer Pawkowicz sollten allesamt mindestens zu Landtagsabgeordneten in Wien avancieren, ebenso wie die in etwa gleich alten, aber erst später zum Bund gestoßenen Rudolf Stark und Kurth-Bodo Blind. Als erster der Genannten zog Pawkowicz 1978 in das Stadtparlament ein. Als Engl 1992 als Letzter hinzustieß, war er einer von sieben Bundesbrüdern unter insgesamt 23 freiheitlichen Abgeordneten. Dazu gehörte mit Eduard Schock auch ein Vertreter einer jüngeren *Aldanen*-Generation – jener, die den Bund nach mehrjähriger Vertagung 1979 reaktiviert und inzwischen ebenso den Weg in die Stadtpolitik angetreten hatte. Neben Schock fand aus dieser Generation auch Gerald Ebinger den Weg in den Landtag, Andreas Guggenberger wurde FPÖ-Landesgeschäftsführer. Die Rolle *Aldanias* als herausragender Rekrutierungspool der Wiener Landespartei war damit definitiv etabliert und wurde nach der Jahrtausendwende von einer dritten Generation weiter verstetigt. Die Stimmenzuwächse 2010 verhalfen mit Dominik Nepp und Armin Blind zwei neuen *Aldanen* zu Landtagsmandaten.

335 AAG, Korrespondenzen, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger Arbeitstagung vom 30.4.1964, 3.

336 Zitiert in *Format* Nr. 21/2000, 50. Die Pluralform in der Adressierung war insofern unangebracht, als der Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt nur ein einziger Burschenschafter angehörte – dieser, Dieter Böhmdorfer, allerdings passenderweise als Justizminister. Asperls Forderung in Sachen Verbotsgesetz blieb – ob aus Unwillen oder Unvermögen der bzw. des Adressaten – unerledigt.

Zahlreiche weitere Angehörige des Bundes sind darüber hinaus seit den 1950er-Jahren auf Bezirksebene anzutreffen. Ein Streiflicht auf die Bezirksparteien und -parlamente (Stichtag 1. Juli 2014) unterstreicht nicht nur die Verankerung bestimmter Bünde in bestimmten Stadtregionen, sondern v. a. auch die Bedeutung einzelner Dynastien innerhalb der Wiener FPÖ, zumal unter Strache.[337] Für die Kowariks hatte der offenbar nicht korporierte Karl Kowarik als erster FPÖ-Generalsekretär 1957 bis 1960 den Anfang gemacht.[338] Nicht nur sein Sohn Helmut, sondern auch Enkel Dietbert *(Olympia)* zog in den Landtag ein, Letzterer als Nachfolger des *Aldanen* (und Conaktiven seines Vaters) Johann Herzog. Dietbert Kowarik war zum Stichtag auch Bezirksparteiobmann in Wien-Rudolfsheim, wo sein Bruder Dietmar *(Aldania)* als Bezirksrat wirkte. Der FPÖ im XII. Bezirk stand Alexander Pawkowicz vor, der Sohn Rainers und Bruder der Rudolfsheimer Bezirksrätin Katharina Pawkowicz-Herbert. Mit Penzing hatte eine dritte Bezirkspartei den korporierten Sohn eines früheren korporierten Parteigranden zum Vorsitzenden, was die Tendenz von Korporierten zu Führungsrollen in den Bezirken unterstreicht: den schon erwähnten Landtagsabgeordneten Armin Blind, Sohn Kurth-Bodos. Armins Schwester Sigrid und seine Mutter Elfriede sowie der *Olympe* Harald Stark, Sohn von Rudolf, bekleideten zum Stichtag freiheitliche Mandate im Penzinger Bezirksrat. Festhalten lässt sich vor diesem Hintergrund, dass Parteipositionen in der Wiener FPÖ sowohl entlang verbindungsstudentischer als auch biologischer Generationenfolgen verteilt werden.

Nimmt man die Landtagsabgeordneten der *Aldanen* im Einzelnen in den Blick, so fällt auf, dass die späteren Politiker typischerweise bereits als Aktive durch überdurchschnittliches Engagement (ausgedrückt v. a. in der Übernahme von Ämtern) im Bund und häufig auch im RFS hervortraten.[339] Wenngleich diese Beobachtung aufgrund gesunkener Aktivenstände (und der deshalb kaum mehr vermeidbaren Ämterakkumulation) für die jüngere Zeit eher trivialer Natur ist, stützen Beispiele aus unterschiedlichen Bünden und Jahrzehnten die schon in Kapitel II.2.1 aufgestellte These über den Zusammenhang von Parteikarriere und Aktivismus während der Studienzeit sowie die Feststellung aus Kapitel III.3.3 über die Vermittlung politikrelevanter

337 Vgl. hierzu auch http://www.wienerzeitung.at/dossiers/wahlen/oesterreich/35889_FPOe-setzt-auf-verlaessliche-Familien.html (Artikel vom 11.10.2010). Katharina Schmidt zitiert dort Peter Fichtenbauer mit der Aussage, dass in der FPÖ nach den Quereinsteiger-„Flop(s)“ der Haider-Ära nun die „verlässlichen Familien“ den Ton angäben.

338 Vgl. FPÖ 1991, 140 und Piringer 1993b, 6.

339 Umfangreiche Aufschlüsse dazu liefert für die 1960er-Generation Aldania 1994, für die Jüngeren eine Reihe von Einladungsschreiben zu Stiftungsfesten u. a. Veranstaltungen aus den 1990er-Jahren (DÖW). Auch hat es den Anschein, dass Führungspersönlichkeiten in Bund, WKR und RFS (wie Pawkowicz) eher zu eben solchen in der Partei avancierten als jene, die schon während der Studienzeit meist Stellvertreter-Positionen bekleideten (wie Herzog und Kowarik, die auch in der Partei nicht an die vorderste Front gelangen sollten).

Fähigkeiten im Rahmen der burschenschaftlichen bzw. allgemein verbindungsstudentischen Erziehung. So waren etwa alle drei Burschenschafter, die bislang an der Spitze der oberösterreichischen FPÖ standen (Norbert Gugerbauer, Hans Achatz, Lutz Weinzinger) einst Sprecher ihrer Bünde gewesen, Gugerbauer und Weinzinger zudem dem RFS vorgesessen.[340] Norbert Steger brachte es vom Sprecher seiner *Barden* zum FPÖ-Obmann.[341] Norbert Burger hatte, bevor er Terroranschläge in Südtirol/Alto Adige orchestrierte und schließlich zum Parteigründer (NDP) avancierte, bis in die frühen 1960er-Jahre als Multifunktionär von ADC und DBÖ gewirkt und einige Semester lang den RFS angeführt.[342] Sein Bundesbruder Martin Graf moderierte 1990 für die *Olympen* den Burschentag der DB in Berlin[343], später Sitzungen des österreichischen Nationalrats.

Symbolische Unterstützung: Aufwertung, Imagetransfer und Inschutznahme

Eine zweite Funktion der FPÖ für die völkischen Korporationen bestand darin, ihnen angesichts ihrer marginalen gesellschaftlichen Bedeutung Geltung und angesichts ihres gerade in jüngerer Zeit verbesserungswürdigen Images erhöhte Salonfähigkeit zu verschaffen. Dazu war die Partei allerdings kaum in der Lage, solange sie selbst um das politische Überleben kämpfte und einer Massenbasis außerhalb der deutschnationalen Kernschichten entbehrte. Ihr historischer Höhenflug hat die Bedingungen für einen positiven Imagetransfer deutlich verbessert, wie die folgende Feststellung eines anonymen bundesdeutschen Alten Herren von 2012 zum Ausdruck bringt:

> Die Österreicher haben ihr Drittes Lager, die FPÖ, die sind im gesellschaftlichen Leben durchaus integriert. Für Akademiker in der Bundesrepublik sieht das anders aus. Da kann man es sich nicht leisten, daß irgendwann sich nur noch die NPD als politischer Gesprächspartner für Burschenschafter anbietet[344].

Trotz ihrer durchschnittlich extremeren Ausrichtung weisen die österreichischen Bünde demnach ein zumindest vergleichbar hohes Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz auf wie die bundesdeutschen.

Aufwertung geschah im Untersuchungszeitraum etwa durch die Teilnahme von FPÖ-PolitikerInnen – bevorzugt solchen in hohen, mit besonderem Prestige ausge-

340 Vgl. zu Gugerbauer Oberösterreicher Germanen 1994, 22 und 24; zu Achatz Libertas 1967, 389; zu Weinzinger als Sprecher der Wiener *Bruna Sudetia* vgl. Wladar 1984, 29.

341 Vgl. Grillmayer 2006, 146.

342 Vgl. Dvorak 1959, 78.

343 Vgl. PBW, Protokoll des DB-Burschentages 1990, 1.

344 Zit. in *Junge Freiheit* Nr. 23/2012, 7.

statteten öffentlichen Ämtern – an verbindungsstudentischen Veranstaltungen, ihre Mitwirkung daran (etwa als Redner) oder durch die Übernahme des Ehrenschutzes für solche Veranstaltungen.[345] Wo die völkischen Korporationen auf Kritik stießen, rückten ParteifunktionärInnen (meist, aber nicht immer selbst korporiert) verlässlich zur Verteidigung und/oder zur Einleitung von Gegenangriffen auf KritikerInnen aus.[346] Die in Andreas Mölzers *Zur Zeit* 2000 geäußerte Forderung an korporierte freiheitliche Regierungsmitglieder, die „Gesinnungsschnüffelei" der Sicherheitsbehörden „in korporierten Kreisen" abzustellen[347], fand 2002 Erfüllung. Der Jahreslagebericht *‚Rechtsextremismus in Österreich'* des Innenministeriums, in dem Burschenschaften wiederholt Erwähnung gefunden hatten, wurde eingestellt (und bis dato nicht wieder aufgenommen). Auch im jährlichen Verfassungsschutzbericht schienen studentische Verbindungen seither nicht mehr auf[348], was sich erst 2014 wieder ändern sollte. 2002 war zudem das Jahr, in welchem die schon traditionellen Solidarisierungsakte freiheitlicher Alter Herren mit dem völkischen Korporationswesen im Vorfeld des 8. Mai ihren bisherigen Höhepunkt erreichten. Zunächst formierten die *Olympen* Martin Graf, Bernd Lindinger und Harald Stefan (damals als Mandatare im Nationalrat respektive Bundesrat und Wiener Landtag tätig) gemeinsam mit dem Nationalratsabgeordneten Wolfgang Jung „unter dem Titel ‚SOS Grundrechte und Demokratie' eine Plattform freiheitlicher Ver-

345 So konnte etwa der Burschenschafterball im Rahmen des DB-Burschentages 1982 in Salzburg laut Schmidt (2000, 15) unter der Schirmherrschaft des amtierenden Vizebürgermeisters Waldemar Steiner (FPÖ, *Olympia*) stattfinden. Laut Programmheft des Burschentages wurde der Ehrenschutz im vorliegenden Fall allerdings sogar von ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer sen. übernommen, darüber hinaus stand ein Empfang bei Haslauer und Bürgermeister Josef Reschen (SPÖ) auf dem Tagungsprogramm (vgl. AVSt, Cruxia 1982, 8 f.). Hochrangige korporierte FPÖ-Politiker wie Jörg Haider, Heinz-Christian Strache oder Martin Graf traten bzw. treten regelmäßig als Festredner auf völkischen Kommersen, am WKR-Ball oder bei den jährlichen Trauerfeiern des WKR zur nazideutschen Niederlage am 8. Mai auf.

346 Vgl. dazu etwa den völkischen Kommers in Innsbruck 2009: während eine ähnliche Veranstaltung 1984 noch unter dem Ehrenschutz von Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (ÖVP) und mit einer Grußbotschaft des parteilosen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger ausgestattet über die Bühne ging und bei späteren Auflagen 1994 und 2000 immerhin noch Bürgermeister Herwig van Staa (ÖVP) die Anwesenden solidarisch adressierte, fand die Veranstaltung von 2009 nur noch in der FPÖ politische Unterstützung. Vgl. zu 1984 und 1994 aus verbindungsstudentischer Sicht die *Aula* Nr. 2a/1995 (Sonderheft), 27 f., 66 und 84 sowie kritisch die Broschüre des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus 1994; zu 2000 vgl. *Aula* Nr. 6/2000, 27 f.; zu 2009 vgl. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/488883/BurschenschafterKommers-legt-Innsbruck-lahm (Artikel vom 20.6.2009, Stefan Arora) bzw. *Aula* Nr. 7–8/2008, 8 f.

347 *Zur Zeit* Nr. 19/2000, 1.

348 Vgl. dazu Lunznig 2009, 50 f. und http://www.stopptdierechten.at/2013/04/14/warum-gibt-es-keinen-rechtsextremismusbericht (Artikel vom 14.4.2013). Wolfgang Jung (akademische Tafelrunde *Wiking* Wr. Neustadt) erklärte im ORF-*Club 2* vom 25.1.2012, als Nationalratsabgeordneter selbst die Einstellung des Jahreslageberichts mit Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) verhandelt zu haben.

bindungsstudenten".[349] Tags darauf veröffentlichten 22 großteils prominente freiheitliche Funktionäre, darunter die vier Genannten, eine gemeinsame Resolution zur Verteidigung der völkischen Verbindungen.[350] Dass Graf, Lindinger und Stefan überhaupt als *Olympen* tätig werden konnten, ist an sich bereits bemerkenswert. Zwar hatte die FPÖ die behördliche Auflösung dieses Bundes 1961 (die letztinstanzliche Bestätigung erging 1963) nicht verhindern können; dass die trotz eines aufrechten Auflösungsbescheides von den Behörden tolerierte Wiedergründung just 1971 erfolgte, als die SPÖ der FPÖ aufgrund der Stützung ihrer Minderheitsregierung zu Dank verpflichtet war, sei jedoch zumindest als Auffälligkeit vermerkt.

In jüngster Vergangenheit untermauerte die FPÖ ihr Eintreten für eine feste Verankerung der völkischen Verbindungen in der Mitte des österreichischen Gesellschaftslebens mit der Ausrichtung eines ‚Wiener Akademikerballs' ab 2013. Dieser sollte den ihr nahestehenden Korporationen Genugtuung verschaffen, nachdem der WKR-Ball im Jahr zuvor aufgrund antifaschistischer Proteste aus der Wiener Hofburg ausgeladen worden war. Die faktische Identität der beiden Ballveranstaltungen belegt eine Erklärung des Burschenschafters und Wiener FPÖ-Bezirksrats Herwig Götschober *(Bruna Sudetia)* im sozialen Netzwerk *facebook* vom 13. März 2012.[351] Darin referiert Götschober das Spektrum der von Parteiseite in der Ball-Causa für die Korporationen erbrachten Leistungen: „Parlamentarische Anfragen rund um sämtliche Vorgänge, kritische Betrachtung der Polizeiarbeit, Hinterfragung der Vereine, die für die Gewalt [gegen BesucherInnen des WKR-Balls 2012, Anm. B.W.] verantwortlich waren – all das war nur über einen parteipolitischen Weg möglich." Dieses Beispiel unterstreicht zum einen die Bedeutung der FPÖ für das völkische Verbindungswesen, zum anderen aber auch die eben dort nach wie vor bestehenden Befürchtungen, von Ersterer vereinnahmt zu werden. So weiß Götschober sowohl von Bekundungen der Freude über die freiheitliche Unterstützung zu berichten als auch von kritischen Stimmen, wonach das neue Ball-Arrangement die Trennung von Partei und Korporation ausheble. Diese Stimmen waren offenbar laut genug, Parteiobmann Strache zu einer expliziten Klarstellung zu veranlassen, dass der Partei jede Vereinnahmungsabsicht fernliege.[352]

Aufwertung konnte die FPÖ darüber hinaus nicht nur gegenüber der allgemeinen, sondern auch gegenüber einer verbindungsstudentischen Teil-Öffentlichkeit vermitteln. So berichtete Günther Barnet (VDSt *Sudetia,* erst FPÖ, ab 2005 BZÖ) 2012 von einer „insbesondere in Wien" herrschenden interbündischen Rivalität, wobei ein Parameter zur Bestimmung des Prestiges eines Bundes in dessen „Stellenwert in der Wiener

349 APA-OTS0136 vom 2.5.2002.
350 Vgl. APA-OTS0114 vom 3.5.2002.
351 Dokumentiert unter http://www.dieburschenschaften.de/Aktuelle-berichte/bericht/browse/3/meldung/779/wkr-ball-fp.html.
352 Vgl. *Junges Leben* Nr. 3/2012, 4.

FPÖ" bestünde.[353] Als ein konkreter Fall, in dem die Partei (respektive das von einzelnen Korporierten über sie erlangte Prestige) für korporative Zwecke eingesetzt wurde, kann die Debatte um die Fusion von DB und DBÖ 1961 angeführt werden. Die österreichischen Befürworter des Zusammenschlusses reagierten dabei auf besorgte Äußerungen deutscher Bundestagsabgeordneter und Burschenschafter mit der Vorlage eines Briefes des damaligen Nationalratsabgeordneten und Burschenschafters Klaus Mahnert, in dem dieser seine Zustimmung zu den Fusionsplänen bekundete.[354]

Materielle Unterstützung

Wie das Beispiel des Akademikerballs bereits andeutet, blieben die Hilfeleistungen der FPÖ nicht immer bloß symbolischer Art. An handfesteren Diensten wäre zunächst auf individueller Ebene die Ausstattung einer nicht geringen Zahl an Korporierten (und Familienmitgliedern derselben) mit mehr oder weniger gut remunerierten Ämtern im Wirkungs- und Einflussbereich der Partei zu nennen. Für die kollektive Ebene gibt der langjährige Parteiobmann Peter einen wertvollen Hinweis, wenn er ausführt, dass das Unabhängigkeitsstreben des völkischen Vereinswesens der Partei vor allem dann sauer aufgestoßen sei, „wenn Subventionen aus öffentlichen Mitteln zu beschaffen gewesen waren" – ein Service, der offenbar von der Partei erwartet wurde und den sie demnach auch erbrachte. Peter macht hierzu keine näheren Ausführungen, spricht aber von einem „reiche(n) Betätigungsfeld" während seiner Jahrzehnte als Parteiobmann.[355] Wie stark der Eintritt der FPÖ in die Bundesregierung 2000 die Möglichkeiten zur auch materiellen Förderung ihres Vorfeldes aus öffentlichen Mitteln erweiterte, zeigen die Beispiele des *Österreichischen Pennäler-Rings* (ÖPR) und der Wochenzeitung *Zur Zeit*. Ersterer wurde nunmehr in die Bundesjugendförderung aufgenommen, Letztere des Bezugs von Presseförderung für würdig befunden.[356] Die *Aula* wiederum erhielt 1993 und 1994 Subventionen aus Mitteln des Landes Steiermark, bis ihre freiheitlichen Fürsprecher (und deren christlich-konservative Verteidiger) sich im Zuge des Briefbombenterrors zum Einlenken gezwungen sahen; ohnehin bezieht sie einen Teil ihres Budgets traditionell aus diversen freiheitlichen Inseratenkassen.[357] Auch bei der Vergabe eigener (privater) Mittel zeigten FPÖ-Politiker sich großzügig. Dies belegen nicht nur *Aula*-Inserate von Privatunternehmen im Besitz solcher Personen[358], sondern etwa auch die aufwendig gemachte 100-Jahres-Chronik der Wiener *Aldania*.

353 O-Ton aus dem ORF-*Report* vom 19.6.2012.
354 Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Niederschrift des (ord.) DBÖ-Tages 1961, 17.
355 Peter 1998, 141.
356 Vgl. Lunznig 2009, 50 f.
357 Vgl. Gärtner 1996, 106 bzw. 263.
358 Vgl. ebd.

Diese konnte, so eine Nachbemerkung, „nur durch die finanzielle Unterstützung unserer Freunde, Gönner und nicht zuletzt unserer Bundesbrüder“ verwirklicht werden. Unter jenen zehn Personen, denen dabei „(b)esondere(r) Dank“ gebühre, nennt die Chronik mindestens sechs FPÖ-Funktionäre, offenbar nur teilweise selbst *Aldanen.*[359] Die Verbundenheit des Parteipersonals mit den völkischen Verbindungen ist demnach nicht notwendig an persönliche Mitgliedschaften geknüpft.

V.7 Funktionen des völkischen Korporationswesens für die FPÖ

Obwohl selbst nicht korporiert, räumt Friedrich Peter in der Rückschau auf sein 20-jähriges Wirken als FPÖ-Obmann (1958 bis 1978) sowie die Entwicklung der Partei seither dem völkischen Vereinswesen im Allgemeinen und den akademischen Korporationen im Besonderen breiten Raum ein. Unterstreicht bereits dieser Umstand die Bedeutung des genannten Spektrums für die Partei, so sind Peters Einschätzungen aufgrund der darin Niederschlag findenden Innenansichten über nahezu den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg von großem Aufschlussreichtum. Bei der Einordnung von Peters Aussagen ist freilich zu berücksichtigen, dass das Verhältnis des Langzeitobmannes zu den völkischen Vereinen von Konflikten geprägt war, was seiner Perspektive einen gewissen Bias verleihen mag.[360]

Der jedenfalls zu Beginn der Parteigeschichte zentrale Stellenwert des völkischen Vereinswesens, ja die Abhängigkeit der Partei von diesem wird von Peter sehr offen benannt. „(D)ie Nationalen“ seien „in den Anfangs- und Aufbaujahren das unverrückbare Fundament“ der FPÖ gewesen.[361] Es sei „(a)ußer Zweifel“ gestanden, „daß die Freiheitliche Partei die Nationalen damals suchte, wollte und brauchte“. Bemühungen um „die bestmöglichen Gesprächsgrundlagen zu den Repräsentanten der Vereine und Verbände“ hätten daher schlichtweg zum Aufgabenbereich der FPÖ-Bundesführung gezählt.[362] Erschwert worden seien diese Bemühungen nicht zuletzt dadurch, dass manche

359 Vgl. Aldania 1994, 244.

360 Als Höhepunkte der hier angesprochenen Konflikte lassen sich die Grillmayer zufolge von „‚Nationalen‘“ orchestrierte Abwahl Peters aus dem oberösterreichischen Landesparteivorstand 1984 sowie der vom Burschenschafter und Turnerbündler Karl Katary *(Bruna Sudetia)* gegen ihn angestrengte Antrag auf Parteiausschluss 1991 anführen (vgl. Grillmayer 2006, 182 f. bzw. Peter 1998, 158). Allerdings zeigt sich Peter durchaus um eine nuancenreiche Einschätzung der Rolle der innerparteilichen ‚Nationalen‘ bemüht und würdigt ausdrücklich ihre Verdienste um Partei und Staat (vgl. Peter 1998, 141 f.).

361 Peter 1998, 142.

362 Ebd., 141. Zeugnis davon legt etwa ein aufwendig gestaltetes Glückwunschschreiben Peters (als FPÖ-Obmann) zum 100-Jährigen-Bestandsjubiläum *Olympias* 1959 ab, das kaum das einzige seiner Art gewesen sein dürfte. Eine Wiedergabe des Schreibens findet sich in Dvorak 1996, 49. Weiters zählte offenbar der Besuch einschlägiger Veranstaltungen zu den Pflichten des Parteiobmannes.

Funktionäre „im Gestern verfangen war(en) und (...) den Blick in die Zukunft weder suchen noch finden wollten".[363] Sofern es „dem FPÖ-Politiker" gelang, ein Vertrauensverhältnis zu den „nicht immer einfachen Gesprächspartnern" zu etablieren, habe er daraus dringend benötigte Unterstützung beziehen können.[364] Damit verweist Peter vermutlich nicht zuletzt auf die Funktion der völkischen Vereinsrepräsentanten als *opinion leaders* innerhalb eines für die FPÖ essenziellen WählerInnensegments und Rekrutierungsfeldes. Nicht zuletzt den Machern der verschiedenen Verbandsperiodika kam eine solche Meinungsbildungs- und Multiplikatorenrolle zu. Als Organ der *Freiheitlichen Akademikerverbände* fungierte die *Aula* seit jeher als Verbindungsglied zwischen der Partei und dem akademischen Sektor des völkischen Spektrums.[365] FPÖ-Vertreter traten in ihr von Beginn an als Autoren und seit der Umgestaltung der Zeitschrift in Richtung eines Magazins in den 1980er-Jahren auch als Interviewpartner auf. Verbundenheit wird darüber hinaus traditionell mit Glückwunsch-Einschaltungen in Jubiläumsausgaben bekundet (und dies durchaus nicht nur von korporierten FPÖ-Kadern).[366] Parteichefs hatten die *Aula* als Sprachrohr der Völkischen inner- und außerhalb der Partei im Blick zu behalten und – so sie geneigt waren, Glaubenssätze des durch sie repräsentierten Spektrums infrage zu stellen oder zentrale ‚nationale' Anliegen zu vernachlässigen – publizistische Querschüsse zu gewärtigen. Den Gegenspielern solcher Parteichefs, wie etwa Haider und Scrinzi unter Steger, räumte das FAV-Periodikum ausgiebig Raum ein, um öffentlich ihre Kritik zu artikulieren.[367] Schon aufgrund dieses Störpotenzials erschien es FPÖ-Politikern angeraten, eine gedeihliche Gesprächsbasis mit der *Aula* und ihrem Umfeld zu etablieren und zu wahren. Welche Gründe darüber hinaus dafür sprachen, d.h., worin der Wert der Korporationen für die Freiheitlichen im Untersuchungszeitraum bestand, erörtere ich in weiterer Folge.

Den Tag der freiheitlichen Akademiker 1966 beehrte Peter nicht nur mit seiner Anwesenheit, sondern nutzte auch die Kontroverse um Sigurd Scheichls dort gehaltene selbstkritische Rede (vgl. Kapitel III.5.3) als Gelegenheit, bei den traditionalistischen Alten Herren zu punkten. Er ergriff das Wort und „verteidigte die Auffassung der älteren Generationen, dass der Einzelne dem Vaterlande zu dienen habe, äußerstenfalls mit Hingabe seines Lebens" (*Aula* Nr. 12/1966, Akademisches Leben, II). Neben taktischen Erwägungen dürfte dabei freilich auch Peters Vergangenheit in der Waffen-SS eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben.

363 Peter 1998, 142 bzw. 141.

364 Ebd., 142.

365 Vgl. hierzu auch Gärtner 1996, 17.

366 Vgl. etwa *Aula* Nr. 12/2011 (zum 60-Jahr-Jubiläum) oder Bailer/Neugebauer 1993a, 120 f. (zu den GratulantInnen zum 40-Jahr-Jubiläum 1991). Zum Auftreten nichtkorporierter ParteivertreterInnen in der *Aula* vgl. Gärtner 1996, 171 f.

367 Vgl. zum Verhältnis von *Aula* und FPÖ in den 1980er-Jahren und zur Rolle der Zeitschrift bei Haiders Machtübernahme Gärtner 1993, 262–264. Bailer/Neugebauer (1993a, 122) konstatieren eine Annäherung nach dem Obmannwechsel 1986 und weisen dabei dem damaligen Co-Schriftleiter Mölzer eine „Schlüsselrolle" zu.

Korporierte als (Kern-)Wähler

„Die Berichte der Korporationen lassen vermuten, daß einige Abgeordnete, wie zum Beispiel der ehemalige Bundesparteiobmann Friedrich Peter, seine Korporationsbesuche durchaus auch als Wahlwerbung verstanden hat [sic]", meint Lindinger.[368] Tatsächlich war das völkische Verbindungswesen zurzeit von Peters Obmannschaft schon als Elektorat ein nicht zu vernachlässigender, freilich aber auch nicht zu überschätzender Faktor für die FPÖ. Während Peters Amtszeit erreichte die Partei bei Nationalratswahlen zwischen 242.570 (1966) und 336.110 (1959) Stimmen.[369] Selbst unter Einbeziehung der Ausstrahlung des Wahlverhaltens korporierter Patriarchen auf deren familiäres Umfeld dürften die völkischen Verbindungen für kaum mehr als fünfzehn Prozent davon verantwortlich gezeichnet haben. Das völkische Vereinswesen insgesamt jedoch, gruppiert um die Massenorganisationen *Österreichischer Turnerbund* (ÖTB) und *Kärntner Heimatdienst* (KHD) und geeint in denselben Kernforderungen an die Partei, war für Letztere von vitaler Bedeutung. Die Bedeutung der Korporationen wurde zudem durch den *opinion leader*-Status vieler ihrer Angehörigen – Ärzte, Anwälte, Unternehmer usw. – sowie durch ihre (freilich keineswegs bedingungslose) Verlässlichkeit und hohe Mobilisierbarkeit aufgewertet. Das Monopol der FPÖ unter den Parlamentsparteien in Sachen des Deutschtumsbekenntnisses band große Teile der im völkischen Sinne ideologisierten Korporierten an die Partei, so sie bei Wahlen überhaupt zur Urne schritten. Scheichl schätzt, dass in den 1960er-Jahren 90 Prozent der Burschenschafter die FPÖ wählten.[370] Der in weiterer Folge sich vollziehende Mitgliederschwund der Verbindungen, die zumindest tendenzielle Entideologisierung und/oder ideologische Mäßigung der völkischen Massenorganisationen und die unter Haider einsetzende Erschließung neuer WählerInnenreservoirs für die FPÖ ließ die elektorale Bedeutung der Korporationen über den Untersuchungszeitraum stark zurückgehen. Nur der vorübergehende Absturz der Partei Anfang der 2000er-Jahre restaurierte ihren Einfluss kurzfristig – und verschaffte Andreas Mölzer prompt einen Sitz im Europaparlament.

Korporationen als Kaderschmieden

Die Kaderschmiede-Funktion der Verbindungen, konkret v.a. der Burschenschaften, wurde bereits in den Kapiteln III.3.3 (unter dem Gesichtspunkt burschenschaftlicher

368 Lindinger 2009, 71.

369 Vgl. zu den Wahlergebnissen http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/wahlergebnisse.pdf.

370 Interview vom 8.6.2012. Auch Wintersberger ortet eine klare FPÖ-Dominanz jedenfalls im damaligen burschenschaftlichen Wahlverhalten. Zwar hätten gerade die am weitesten rechts stehenden Burschenschafter eine „kritische Distanz" zur FPÖ unter Peter eingenommen, sie letztlich mangels Alternativen aber wohl dennoch gewählt (Interview vom 4.1.2012).

Erziehung) und III.6.3 (unter dem Gesichtspunkt des verbindungsstudentischen Elitarismus) thematisiert, ihr konkreter Niederschlag in der freiheitlichen Rekrutierung über die Zeit fand in Abschnitt V.1 des vorliegenden Kapitels Behandlung. Weiters wurde im vorangegangenen Abschnitt V.6 die FPÖ als Ort der Wahl für Korporierte mit parteipolitischen Ambitionen präsentiert. Ihrem Blick auf die Partei als politisches Betätigungsfeld entspricht aus Sicht der Letzteren die Funktion der Verbindungen, qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen. Das Gleichgewicht dieses auf den ersten Blick symbiotischen Verhältnisses wird – jedenfalls aus der Perspektive der FPÖ – allerdings dadurch gestört, dass die Partei zwar die individuellen Kader will und braucht, deren Rekrutierung ihr aber die Seilschaften und das zuvor erwähnte Störpotenzial des gesamten Korporationswesens einträgt.

Nicht mehr näher ausgeführt werden muss angesichts der erwähnten Vorarbeiten, dass Korporationsstudenten ihren Anspruch auf gesellschaftliche Führungsfunktionen wesentlich auf eine Selbstwahrnehmung als zugleich sachkompetent (qua akademischer Ausbildung) und moralisch exzellent (qua Erziehung im Männerbund) gründen. Ohne über den Realitätsgehalt dieser Selbsteinschätzung urteilen zu wollen, sei festgehalten, dass sie zumindest im Kontext der Freiheitlichen Partei eine gewisse Plausibilität aufweist. Zum einen veranschaulichen die bisherigen Regierungsbeteiligungen der FPÖ auf Bundesebene deren Probleme, kompetente Personen für gehobene Positionen außerhalb des Verbindungsstudententums zu rekrutieren. Zum anderen stützen die Erfahrungen der Regierungen Schüssel I und II die Vermutung, dass der über rein karrieristische Motivation hinausreichende, prinzipienorientierte Gestaltungswille von *Burschenschafter-Politikern*, deren quasi-aristokratischer Ethos des Führens als Dienst an einem höheren Ideal und das in den Verbindungen kultivierte rigide Verständnis von ‚Ehrenhaftigkeit' in der Tat eine gewisse Berechenbarkeit und Zurückhaltung in puncto persönlicher Vorteilnahme verbürgen.[371] Zusätzlich verfügen viele Verbindungsmitglieder schon in jungen Jahren über im Bund, im Dachverband und/oder in der Hochschulpolitik erworbene politische Erfahrung. Vor allem in den ersten Jahrzehnten der FPÖ-Geschichte begünstigte schließlich auch die berufliche Situation vieler Alter Herren deren aktiven Einstieg in die FPÖ. Die schwarz-rote Patronage

371 Jedenfalls weisen die (Anfang 2013 zum Gutteil rechtlich noch nicht geklärten und daher präsumtiven) Korruptions- und sonstigen Politaffären im unmittelbaren Einflussbereich dieser Regierungen eine überaus starke Involvierung von einst der Haiderschen ‚Buberlpartie' zugerechneten Personen auf, während Korporierte eine vergleichsweise randständige Rolle spielen (zur nachdrücklichen Relativierung dieser Aussage vgl. Glitter 2009). In diesem Zusammenhang sei auch an Stimmers Vermerk über die „höhere Kontrolldichte von Gruppenwerten" und die „wesentlich subtileren und wirksameren Sanktionsmechanismen" in Studentenverbindungen (gegenüber Parteiorganisationen) erinnert. Die Kontrolldichte gewinne gerade angesichts „zunehmender ideologischer Erosion der Parteien" – also eines Prozesses, der für die Haider-Ära der FPÖ als geradezu prägend angesehen werden kann – an Bedeutung (Stimmer 1997, Band II, 1077).

wirkte dahingehend nicht nur motivierend, sondern in gewisser Weise auch ermöglichend, lenkte sie doch die durch sie von gewissen Berufssparten faktisch Ausgeschlossenen in die freien akademischen Berufe. Das Freiberuflertum verlieh den Betroffenen just jene relative ökonomische Unabhängigkeit und Sicherheit, aus der heraus politische Karrieren in einer dritten Partei in Angriff genommen werden konnten.[372] Hierin (und in der stark akademisch geprägten Tradition des Liberalismus und Deutschnationalismus in Österreich) liegt der über Jahrzehnte währende, erst unter Haider aufgebrochene Charakter der FPÖ als ‚Honoratiorenpartei' begründet.

Die eben umrissene, spezifische Kombination von Eigenschaften der Korporierten machte diese bereits (und v.a.) zu Beginn der Parteigeschichte für die FPÖ unverzichtbar – und brachte die Partei damit in Abhängigkeit von den Korporationen. Anläufe freiheitlicher Parteichefs, sich von ihnen zu emanzipieren, stellten daher nicht zuletzt darauf ab, alternative Rekrutierungswege zu etablieren.[373] Peter förderte den RFS und den Atterseekreis nicht zuletzt, um der Partei Nachwuchs mit neuen Ideen zuzuführen, auch wenn dieser Nachwuchs selbst zu einem Gutteil den Korporationen entstammte.[374] Die auf diesem Weg angestoßene Erneuerung blieb jedoch ohne nachhaltige Wirkung. Nicht nur wurde die Liberalisierung der Partei in mehreren Etappen (Haider-Wahl 1986, LiF-Abspaltung 1993, mit Abstrichen: BZÖ-Abspaltung 2005) rückgängig gemacht bzw. umgekehrt, sondern auch der RFS bereits um 1980 wieder unter völkisch-fundamentalistische Kontrolle gebracht, was den Liberalisierern den personellen Nachschub abschnitt. Auch Haiders Versuche, im Schoße der Partei selbst das passende Personal für seinen ideologisch flexiblen Stimmenmaximierungs-Kurs heranzubilden, blieben im Ansatz stecken. Haider stärkte als Obmann die Arbeit der Parteiakademie (1972 gegründet als *Freiheitliches Bildungswerk,* 1994 umbenannt in *Freiheitliche Akademie,* heute *FPÖ-Bildungsinstitut*) als alternative Ausbildungsstätte. 1989 wurde in ihrem Rahmen eine ‚Junge Akademie' eingerichtet, mit dem Ziel, „junge

---

372 Vgl. hierzu Peters positiven Vermerk über die Resistenz der Partei-‚Nationalen' gegenüber dem von Großparteien-Seite „wegen ihres freiheitlichen Engagements" auf sie ausgeübten „Druck" (Peter 1998, 142).

373 Ähnliche Vorgänge schildert Stimmer für die Erste Republik: Auch damals hätten die deutschnationalen Parteien versucht, eigene Jugendorganisationen als Kaderschmieden aufzubauen. Nichtsdestotrotz seien sie in ihrer Personalrekrutierung auf „Elitengruppen mit hoher ideologischer (…) Geschlossenheit, bei gleichzeitig ausgeprägter parteipolitischer Distanz" – wie eben die völkischen Verbindungen – angewiesen geblieben (Stimmer 1997, Band II, 654). Stimmer erklärt diesen Umstand mit dem Erfordernis, zur Legitimation des eigenen Vertretungsanspruchs für das gesamte deutsch-völkische Lager Repräsentanten verschiedener *stakeholder* zu integrieren (vgl. ebd.). Analog dazu lässt sich vermuten – und die Erfahrung der Haider-Ära legt es nahe –, dass auch die traditionellen Kernschichten der FPÖ sich von dieser nicht mehr repräsentiert fühlten, würde sie auf korporierte Kader verzichten. Allerdings scheint der (elektorale) Rückhalt dieser Kernschichten für die Partei heute verzichtbarer als die Kader selbst.

374 Vgl. Peter 1998, 143f.

Funktionäre gezielt auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten".[375] 1995 folgte die Einrichtung eines ‚Collegium Scala' betitelten Programmes, das dem Parteichronisten zufolge als „freiheitliche ‚Elitenschmiede'" gedacht war.[376] Die Verantwortung für diese Schulungsaktivitäten legte Haider – v.a. nach der Ablösung Mölzers als Leiter des *Bildungswerks* – überwiegend in die Hände von Nichtkorporierten.[377] Ein solcher, Harald Fischl, konnte 2000 als *Akademie*-Präsident vermelden, man habe soeben „die Ministerien mit Basismitarbeitern" versorgt; Seminarthemen wie „Führungsmethodik, Verhandlungstechniken und Rhetorik" – Fähigkeiten, die auch die Korporationen nach eigener Darstellung vermitteln – unterstrichen gleichzeitig den Anspruch, auch auf höhere Aufgaben vorzubereiten.[378]

Nach der Parteispaltung wurden, Andreas Mölzer zufolge, Korporierte wieder zum „wichtigste(n) Personalreservoir" der FPÖ.[379] Zum einen erfolgte diese Rückbesinnung notgedrungen, da die BZÖ-Gründung die Freiheitlichen auf ihren personellen Kernbestand zurückgeworfen hatte, zum anderen sicherte der bedeutende Beitrag des „waffenstudentische(n) Lagers" zur „Wiedergeburt" der FPÖ dessen innerparteilichen Status zusätzlich ab.[380] Die nach Ende der ÖVP-BZÖ-Regierung Stück für Stück an die Öffentlichkeit gedrungenen Finanzaffären taten mutmaßlich ein Übriges, die neue Parteiführung in der Personalauswahl verstärkt auf Bekanntes und Bewährtes setzen zu lassen. Noch 2010 erklärte Strache, zielgruppenorientiert im Organ des *Österreichischen Pennäler-Rings,* die FPÖ würde auf die „hervorragenden Persönlichkeiten" aus den Korporationen „gar nicht verzichten können und wollen".[381] Diese jedenfalls in puncto des Könnens von anderen Seiten bestätigte Einschätzung[382] deutet darauf hin,

375 Piringer 1993d, 37.

376 Piringer 1996, 19. Der Zeitschrift *trend* (Nr. 4/2000, 62) zufolge sollten hier „Nachwuchskräfte für politische Führungsaufgaben (ge)schult" werden.

377 So stand die ‚Junge Akademie' unter der Patronanz von Mathias Reichhold und wurde 1993 Karl-Heinz Grasser mit dem gesamten Personalentwicklungsbereich betraut – beide Vertreter der ‚Buberlpartie' (vgl. ebd. bzw. *Aula* Nr. 9/1993, 10). Unter den zehn vom *trend* (Nr. 4/2000, 62) 2000 aufgelisteten *Akademie*-FunktionärInnen fanden sich acht Personen ohne Korporationshintergrund, darunter beide Programmverantwortlichen.

378 Fischl, zit. n. *trend* Nr. 4/2000, 62.

379 Zit. n. http://kurier.at/nachrichten/4482732-straches-blaue-burschen.php (Artikel vom 27.1.2012, Dominik Sinnreich).

380 So Heinz-Christian Strache im Interview mit Andreas Mölzer (Mölzer/Strache 2006, 35).

381 *Junges Leben* Nr. 4/2010, 8. Als ob ihrer bloßen Existenz vielsagend kann dabei Straches Klarstellung bezeichnet werden, dass „die Mitgliedschaft in einer Korporation keine Grundvoraussetzung für eine politische Karriere bei uns" sei, wie politische Gegner dies darstellten.

382 Vgl. etwa Lindingers (2009, 71) Einstufung des RFS als „einzige Personalreserve der FPÖ" oder die Prognose des Journalisten Oliver Pink von 2011 zum Szenario eines neuerlichen Regierungseintrittes der Freiheitlichen: „Minister würden sich noch finden, doch bei der Besetzung der Kabinette würde es schwierig. Das einzige Personalreservoir, das die FPÖ für solche anspruchsvollen Jobs hat, sind (…)

dass verlässliche Rekrutierungswege jenseits des völkischen Korporationswesens (und zumal für gehobene Ämter) der Partei bis heute nicht zur Verfügung stehen. Das Unvermögen und der phasenweise auch fehlende Wille, sie auf- bzw. auszubauen, verlängerten nicht nur die Abhängigkeit der Partei von den Korporationen bis ins Heute, sondern trugen – neben traditionellen Rollenbildern – auch das Ihre zur Aufrechterhaltung eines selbst im Vergleich mit den anderen Parteien auffälligen Männerüberhangs in den oberen FPÖ-Rängen bei. Umgekehrt verkleinerte der wesentlich ideologisch bestimmte Verzicht auf Frauen den Pool potenzieller personeller Alternativen zu den Korporierten entscheidend.[383]

Korporationen als Kompetenzzentren

Wie bereits in Abschnitt V.4 ausgeführt, waren Korporierte innerhalb der FPÖ – angesichts ihres Status als akademisches Rückgrat derselben wenig verwunderlich – in Sachen Programmarbeit und Politikformulierung zumeist an vorderster Front engagiert. Wenngleich sie den Kurs der Partei in durchaus unterschiedlicher Weise mitgestalteten, ist der Einfluss des völkischen Korporationswesens als Kollektiv (einschließlich der *Aula* als Sprachrohr des Verbindungs-Mainstreams) als klar konservativ und radikalisierend einzustufen. Was die Bedeutung der Korporierten für die freiheitliche Politikgestaltung betrifft, macht es Sinn, zwischen der Ebene von Grundsatzdebatten und -programmen einerseits und jener der Sachpolitik andererseits zu unterscheiden. In ersterer Hinsicht war die Rolle von Korporierten dominant, unter dem Gesichtspunkt von Breitenwirkung und Wahlerfolgen aber dennoch wenig bedeutsam, da jene Grundsatzfragen stets v.a. die Eliten und die traditionelle Kernklientel der Partei umtrieben (und Korporierte somit darüber überwiegend in Dialog mit sich selbst bzw. ihresgleichen traten).[384]

Weit wichtiger für den politischen Erfolg der FPÖ war die Mitwirkung von Korporierten an der Formulierung, Vertretung und Implementierung konkreter Policies. Hier kam die Sachkompetenz der korporierten Akademiker ebenso zum Tragen wie ihre (im innerparteilichen Vergleich) überdurchschnittliche Fähigkeit, den Experten und Eliten anderer Parteien in Inhalt und Stil auf Augenhöhe zu begegnen. Im Be-

die Burschenschafter.“ (http://diepresse.com/home/meinung/marginalien/664906/HeinzChristian-Strache-und-seine-vielen-Aussenpolitiker, Artikel vom 24.5.2011)

383 Vgl. dazu die in Abschnitt V.1 beschriebene Entwicklung der 1990er-Jahre, als steigende Frauenanteile im Nationalratsklub mit gesunkenen Korporiertenanteilen Hand in Hand gingen.

384 Als ein Ort zur Austragung solcher Debatten ist das 1974 unter der Ägide des FBW aus der Taufe gehobene Periodikum *Freie Argumente* zu nennen, das zum einen die breiter rezipierte *Neue Freie Zeitung*, zum anderen (und im stärker grundsatzorientierten Bereich) die außerparteiliche *Aula* ergänzte. Daneben gab das *Bildungswerk* auch diverse Einzelpublikationen heraus. Peter (1988, 144) weist zudem auf die impulsgebende Funktion auch des FBW-Bildungshauses in Baden (errichtet ebenfalls 1974) hin.

wusstsein dessen forderte Jörg Haider seine Waffenbrüder 1989 im Interview mit der *Aula* auf, für die FPÖ „Sachkonzepte, Lösungsmodelle für einzelne Problembereiche (zu) erarbeiten und (…) die Arbeit für dieses Land von den politischen Wertvorstellungen her, bis hin zur Lösung auch von technischen Detailproblemen (…) in Angriff zu nehmen". Diese „Zusammenarbeit" sei auch „bereits in vielen Bereichen begonnen worden (…), etwa bei der Erarbeitung des Pensionsmodells oder der Alternativen zur Steuerreform".[385] So willkommen derlei Expertise der Partei sein musste, so sehr konnte allerdings die Angewohnheit von *Burschenschafter-Politikern,* traditionelle völkische Anliegen und Perspektiven zu forcieren, mit dem gerade von Haider ausgegebenen Ziel der Stimmenmaximierung in Konflikt treten. Der Plan, die Parteiakademie über Schulung und Publizistik hinaus auch „mit der Erstellung wichtiger Studien sowie der Forschung für die Ministerien" zu betrauen[386], kann auch als Reaktion auf diese Problematik und als Ausdruck des Wunsches nach Ausbau der ‚parteieigenen' Sachkompetenz gedeutet werden.

Die *Akademie* war als Zentrum der FP-internen Aus- und Weiterbildung sowie der inhaltlichen Debatte nicht per se gegen den Einfluss der Korporationen gerichtet, wenngleich eine zumindest latente Konkurrenzstellung diesen gegenüber in ihrem Aufgaben- und Tätigkeitsprofil angelegt war. Zum einen standen ihre Angebote auch korporierten Kadern offen (und wurden von diesen auch genutzt), zum anderen konnte ihr allgemeiner Auftrag von den je handelnden Personen in unterschiedliche Richtungen interpretiert werden. So florierten im FBW der 1970er-Jahre die Ideen der Atterseer, während die Einrichtung unter Mölzers Leitung (1991 bis 1993) gezielt in den Dienst der Verbreitung völkischer Ideologie gestellt wurde.[387] Nach der Entbindung des Corpsiers von seinen Leitungsfunktionen kam die erwähnte Konkurrenzstellung zu den Verbindungen stärker zum Tragen. In der Ära Strache schließlich konnte es vorkommen, dass ein verbindungsstudentisches Symposium (gegen die Frankfurter Schule, vgl. Kapitel IV.2.6) vom nunmehrigen *FPÖ-Bildungsinstitut* übernommen und ohne jeden inhaltlichen oder personellen Bruch zu einer eigenen Symposienreihe ausgebaut wurde.

Sonstige Funktionen

So, wie die Verbindungen die FPÖ als Multiplikatorin völkischer Positionen schätzten und nutzten, griff umgekehrt auch diese fallweise auf die meinungsbildende und

385 *Aula* Nr. 2/1989, 17. Vgl. auch den „Handlungsauftrag für die Korporationen", den Haider bereits 1987 am Kommers des ÖPR-Burschentages erteilt hatte (zit. in *Aula* Nr. 7–8/1987, Akademisches Leben, 1).

386 Harald Fischl, zit. n. *trend* Nr. 4/2000, 62.

387 Vgl. Perner/Schiedel/Zellhofer 1994, 49–53 zum FBW unter Mölzer sowie ebd., 53–56 zum in dieser Zeit initiierten FBW-‚*Jahrbuch für politische Erneuerung*', in dessen AutorInnenschaft die damaligen ‚neurechten' Anwandlungen Mölzers Niederschlag fanden.

mobilisierende Funktion der Korporationen zurück. Erfolg versprach dies im Wesentlichen dort, wo es um die Aktivierung deutschnationaler Milieus für konkrete Anliegen ging. So rief Haider 1987 die Korporationsverbände und Einzelbünde auf, „mehr Aktivitäten in der Öffentlichkeit zu setzen" und nannte als positives Exempel das Engagement der Kärntner Korporationen in Sachen des slowenischen Schulunterrichts. In der öffentlichen Debatte darüber hätten diese „von Anfang an die heimattreue Haltung ganz wesentlich mitgetragen".[388] In Wien waren die *Oberösterreicher Germanen* ihrerseits 1984 u.a. mit einer Hörsaalveranstaltung und einer Plakataktion in wehrpolitischen Belangen nach außen getreten, während ihr Bundesbruder Gugerbauer sich derselben Themen im Rahmen der Partei annahm.[389]

Als letzter Punkt des Leistungsportfolios der Korporationen gegenüber der FPÖ sei schließlich der ihnen von unterschiedlicher Seite zugeschriebene (und zuvor bereits angedeutete) Status als verlässliches Rückgrat der Partei erwähnt, das dieser die Überwindung von Krisenzeiten erleichterte. So würdigt Peter in seiner Bewertung der Rolle „der Nationalen" insgesamt in der Partei neben deren „Sachkenntnis", Wissen und „Können" u.a. ihre „Verläßlichkeit", „Treue", „Standfestigkeit" und „Opferbereitschaft", ihren „Idealismus" und ihr „Pflichtbewusstsein" – und umreißt damit ziemlich exakt jenen Katalog an Sekundärtugenden, die burschenschaftliche Erziehung auszubilden beansprucht. Die Treue der Völkischen, so Peter, habe „die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft durch deren [sic] Wellentäler getragen".[390] Dies bewahrheitete sich auch in der nach Heinz-Christian Straches Befinden „historisch größten Krise" der Partei nach ihrer Spaltung 2005. „(W)ie immer in Krisenzeiten" habe „das waffenstudentische Lager" in der Partei „Verantwortung übernommen und sich nicht wie ein Fähnlein im Wind verhalten".[391] Auch die *National-Zeitung* vermerkte 2010 anerkennend, es seien „schlagende Verbindungsstudenten, in erster Linie Burschenschafter" gewesen, „die die Partei stets dann wieder hoch brachten, wenn diese am Boden lag"[392] – und selbst ein außenstehender Kritiker wie Peham kommt unter Verweis auf die Krise von 2005 zu dem Schluss, dass die FPÖ „(o)hne die Deutschnationalen (…) heute wohl Geschichte (wäre)".[393]

Die Kehrseite der verbindungsstudentischen Treue bestand freilich darin, dass sie – wie gerade Peter erfahren musste – nie bedingungslos zu haben, sondern stets an politisches Wohlverhalten nach völkischen Maßstäben geknüpft war (zu den daraus sich

388 *Aula* Nr. 7–8/1987, Akademisches Leben, 1.
389 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 123 und 125.
390 Peter 1998, 141.
391 Strache in Mölzer/Strache 2006, 35.
392 *National-Zeitung* Nr. 43/2010, 18 (zit. n. Peham 2012, 7).
393 http://www.subtext.at/2012/01/heribert-schiedel-burschenschaften-haben-den-nahrboden-fur-rechtsextremismus-aufbereitet (Interview, publiziert am 12.1.2012, Christoph Thorwartl).

ergebenden Problemen für die Partei vgl. Folgeabschnitt V.8). Konfliktpotenzial ergab sich zudem aus dem widersprüchlichen Nebeneinander von Treuegebot, faktischer Parteienbindung und rhetorischer Leugnung derselben. Wie in Abschnitt V.1.1 berichtet, musste etwa der Landsmannschafter Herbert Haupt sich auf einem Kommers in Wien 2005 als Verräter schmähen lassen, da er es gewagt hatte, die vermeintliche Überparteilichkeit des völkischen Verbindungswesens real zu vollziehen. Im Lichte solcher Ereignisse verwundert es nicht, dass zu jener Zeit die innerparteilich ohnehin verbreitete Wahrnehmung der Korporationen als exklusives Parteivorfeld Auftrieb erhielt – und Heinz-Christian Strache angeblich die Korporation Günther Barnets aufforderte, den ebenfalls zum BZÖ Übergelaufenen aufgrund seines Parteiwechsels kurzerhand auszuschließen.[394]

V.8 Völkische Verbindungen und FPÖ: prekäre Interessengemeinschaft auf Gegenseitigkeit[395]

Wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt wurde, ist das völkische Verbindungswesen in Österreich aus ideologischen Gründen sowie aus Gründen der Tradition in parteipolitischer Hinsicht weitestgehend auf die FPÖ festgelegt, wobei die entsprechende Bekenntnisbereitschaft mit dem Erfolg der Partei und der inhaltlichen Übereinstimmung mit dem jeweiligen Parteikurs steigt, Vereinnahmungsängste aber fortbestehen. Eben ihre Verankerung in der Partei (über Einzelpersonen) und ihr Einfluss auf sie (als im Parteivorfeld angesiedelte Lobby) waren es, die den Korporationen nach 1945 – und verstärkt seit 1986 – politische Relevanz verliehen. Die Anbindung ist dennoch keine einseitige, vielmehr sind die Geschicke der völkischen Verbindungen mit jenen der Partei seit deren Gründung auf vielfältige Weise verwoben. Auf einer individuellen Ebene findet diese Verwobenheit Ausdruck im Doppelcharakter v. a. der burschenschaftlichen Betätigung in der Partei, wie sich etwa anhand des Kommerses des *Freiheitlichen Akademikerverbandes Oberösterreich* vom Wintersemester 1989/90 zeigen lässt: Norbert Gugerbauer, damals stellvertretender Bundesparteiobmann, sprach dort „über die Leistungen der FPÖ für die Altösterreicher".[396] Dabei agierte er offenbar in einer Doppelrolle: Zum einen als hochrangiger FPÖ-Vertreter, der mit zielgruppenspezifischen Politikangeboten die Loyalität einer Kernklientel sicherzustellen sucht (und dabei den durch seine eigene Korporationszugehörigkeit vermittelten Glaubwürdigkeits-

394 So Peham (2012, 7) in Wiedergabe der *Wiener Zeitung* vom 27.8.2008.

395 Vgl. zum „reziproke(n) Verhältnis" von Korporationen und FPÖ auch Lunznig 2009, 51–54 sowie weiterführend Peham 2012, 7–10 und 34 f.

396 Oberösterreicher Germanen 1994, 154.

bonus geltend macht); zum anderen als *Burschenschafter-Politiker,* der in der bzw. über die Partei die weitestmögliche Umsetzung burschenschaftlicher Anliegen durch selbige verbürgt. Während in Fällen wie diesen die burschenschaftliche Wahrnehmung der Partei als Instrument für erwünschte gesellschaftliche Veränderungen und das Parteiinteresse an einer treuen Stammwählerschaft und funktionierenden Kaderschmiede zusammenfinden, ist gleichwohl festzuhalten, dass keineswegs jeder in der FPÖ engagierte Burschenschafter dort primär *als Burschenschafter* handelte.

Auf kollektiver Ebene resultiert die Verwobenheit in einer Angewiesenheit von Partei und völkischen Verbindungen (so diese politisch wirksam werden wollen) aufeinander. Erstere kann ihrer verlässlichen akademischen Personalreservoirs (noch) nicht entbehren, Letztere wären, wie bereits erwähnt, ohne Partei und massenwirksamen populistischen Agitator politisch bedeutungslos: zu überschaubar war (und immer marginaler wurde) nach 1945 jene Bevölkerungsschicht, die sich für völkischen Dogmatismus begeisterungsfähig zeigte.[397] Hat die Partei Erfolg, kommt dies auch den Korporationen zugute. Dies kaum in Form verstärkten Zulaufs, wohl aber im individuell verbesserten Zugang zu Positionen mit gesellschaftlicher Gestaltungsmacht und kollektiv in erhöhter öffentlicher Wahrnehmbarkeit, erhöhter Motivation und wachsendem Selbstbewusstsein, was wiederum auch die eigenständige (nicht parteivermittelte) politische Aktivität anregt.[398] Eine gewisse Paradoxie besteht darin, dass FPÖ-Erfolge somit einerseits verbindungsstudentische Politik und Sichtbarkeit begünstigen, andererseits aber aufgrund der Masseninkompatibilität orthodox-völkischer Programmatik durch selbige auch gefährdet werden. Aus Sicht der Korporierten ergab sich daraus die Herausforderung, von den durch die Partei eröffneten Möglichkeiten in hinreichend zurückhaltender Weise Gebrauch zu machen, um mit dem Erfolg der Partei nicht auch die eigenen Gestaltungsräume zu beschränken. Dies bedeutete nicht zuletzt, entgegen der eigenen Dogmen Arrangements etwa mit der Erklärung Österreichs (und nicht der ‚deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft') zum primären Bezugsraum freiheit-

397 Diese Einschätzung vertritt auch Peham. Wenn dieser unter Verweis auf das Präsidentschaftswahlergebnis Barbara Rosenkranz' von 2010 das deutschnationale Stimmenpotenzial mit 15 Prozent beziffert (*Kurier* vom 9. 6. 2012, 3), so scheint dies allerdings bereits recht hoch gegriffen. Ein Teil jener Stimmen dürfte bedingungslosen AnhängerInnen der Strache-FPÖ und ihres modernen, ‚Österreich-patriotischen' Populismus zuzuordnen und eher der Kandidatin zum Trotz als ihretwegen abgegeben worden sein. So urteilte auch der Journalist Gernot Bauer 2011, dass die von Personen wie Martin Graf mobilisierten „Stimmen aus dem nationalen Lager (…) kaum den Einzug in den Nationalrat sichern (würden)" (http://www.profil.at/Articles/1132/560/304094/strache-ballastrevolution, Artikel vom 18. 8. 2011).

398 Vgl. etwa die Feststellung des Linzer *Arminen* Wolfgang Kitzmüller von Mitte der 1990er-Jahre, dass „unser Lager" sich „verstärkt seine Meinung in der Öffentlichkeit (…) zu vertreten" getraue, was Kitzmüller zumindest indirekt mit dem Aufstieg der FPÖ in Verbindung brachte (*Arminenbrief,* mutmaßlich Sommersemester 1995, 6).

licher Politik oder mit der Reformulierung des freiheitlichen Verhältnisses zur katholischen Kirche zu finden.

Aus Sicht der FPÖ muss eine Bilanz über die enge Liaison mit dem völkischen Verbindungswesen widersprüchlich ausfallen. Bei allen Positiva, die Korporierte in die Partei einbrachten – WählerInnenstimmen, Sachkompetenz, politische Konzepte, Berechenbarkeit und Grundsatzfestigkeit, ökonomische Unabhängigkeit, politische Erfahrung, rhetorische Fähigkeiten – war ihre Einflussnahme für die Freiheitlichen unleugbar auch mit einer Reihe von Nachteilen verbunden. Zum Ersten sorgte der andauernde Konflikt zwischen völkischen und ‚national-liberalen' Parteisektoren für ebenso andauernde innerparteiliche Spannungen. Zum Zweiten schränkten völkischer Dogmatismus und die Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit zu taktischem Vorgehen sowohl die Entwicklungsmöglichkeiten der Partei als auch ihre inhaltliche Flexibilität, ihre taktischen Optionen und ihre Attraktivität als Bündnis- respektive Koalitionspartner ein. „War es (…) im weltanschaulichen Bereich notwendig, die Emotion in die Schranken zu weisen, weil die Ratio gefordert war, taten sich manche Exponenten der Nationalen schwer und verweigerten dies nicht selten, weil sie auf dem Justamentstandpunkt beharrten", urteilt Peter.[399] Diese Beschränkung schlug sich sowohl im Handeln korporierter Parteifunktionäre nieder als auch in jenem nichtkorporierter bzw. selbst nicht völkisch gesinnter, insoweit Letztere auf die Empfindlichkeiten des völkischen Vorfeldes Rücksicht zu nehmen hatten. Besonders in Regierungsverantwortung konnten oder wollten freiheitliche FunktionärInnen der Befriedung völkischer Kreise nicht hinreichend Beachtung schenken, was in bis dato jeder Regierungsperiode mit FPÖ-Beteiligung schwere innerparteiliche Zerwürfnisse (1986, 2002, 2005) nach sich zog. Zugespitzt lässt sich behaupten, dass Korporierte der Partei einerseits durch ihre Treue über schwierige Phasen hinweghelfen, andererseits durch die Bedingtheit dieser Treue aber auch wesentlich zum Eintreten solcher Phasen beitrugen. Die historische Erfahrung legt den Schluss nahe, dass sie eher den Niedergang der Freiheitlichen als deren Wandlung in eine liberale Partei bzw. eine Partei der Mitte hinzunehmen bereit sind. So fordern sie seit dem als Verrat erlebten Weggang Haiders umso mehr „regelmäßig Belege, dass die FPÖ nicht erneut ihre Werte auf dem Populismus-Altar opfert", wie der *Kurier* noch 2012 vermerkte.[400] Dem Massenappeal der Partei dürften derlei Nachweise von Grundsatzfestigkeit in der Regel eher abträglich sein.

Damit ist auch bereits der dritte Punkt angesprochen: der (auch) von den Korporationen der FPÖ vermittelte Anstrich des Anachronistischen. Der Deutschnationalismus etwa hatte noch in der Gründungsphase der Partei zum ideologischen Basisinventar der

399 Peter 1998, 142.

400 Zit. n. *Kurier* vom 9.6.2012, 3.

FunktionärInnen und WählerInnen gezählt. Weniger um ihn angesiedelte Positionierungen charakterisierten damals das innerparteiliche Wirken von Korporierten als eher der Drang, diese Positionen ohne taktische Rücksichtnahmen nach außen zu tragen. Über die Jahrzehnte erodierten jedoch manche der einstmaligen Konsenspositionen und avancierten immer mehr zu verbindungsstudentischen Spezifika. Immer wieder verhielten Korporierte die Partei zur Vertretung von Positionen, die für breite Bevölkerungsschichten kaum Relevanz oder gar Priorität besaßen – und beschnitten damit mutmaßlich auch das freiheitliche Stimmenpotenzial. Anton Pelinka argumentierte 2012 zudem, dass bereits die bloße (sichtbare) Präsenz von Korporierten an der FPÖ-Spitze – noch vor jeder inhaltlichen Äußerung – dem Erfolg der Partei abträglich sein könnte, widerspreche doch die Häufung einer gesellschaftlich marginalen Personengruppe in Führungsfunktionen „etwas dem Anspruch der Freiheitlichen Partei, Volkspartei zu sein".[401]

Eine vierte Problemstellung ergab sich für die FPÖ daraus, dass manche der von Korporierten über sie (oder von ihr mit Rücksicht auf die Korporationen) vertretenen Positionen mit dem – zunächst antinazistischen, bald antitotalitären, stets aber austriazistischen – politischen Grundkonsens der Zweiten Republik nur schwer in Einklang zu bringen waren. Rechtsextremistische „Entgleisungen" korporierter Repräsentanten konnten nach Peters Angaben in der medialen Vermittlung selbst dann auf die Partei zurückfallen, wenn ihr Urheber gar nicht als deren Funktionär aufgetreten war.[402] Die abschreckende Wirkung, die von solchen Äußerungen sowohl auf gemäßigte WählerInnenschichten als auch auf potenzielle KoalitionspartnerInnen ausging, erschwerte die von der FPÖ-Führung seit der Parteigründung angestrebte Erlangung von Salon- und damit auch Regierungsfähigkeit nicht unwesentlich.[403] Vor diesem Hintergrund kam Peter nach eigener Darstellung schließlich zu dem Schluss,

> daß das Prinzip der Unabhängigkeit der Gegenseitigkeit bedarf. So wie diese [die völkischen „Vereine und Verbände", Anm. B.W.] das Recht beanspruchten, Kritik an der FPÖ zu üben, wenn zum Beispiel Stellungnahmen derselben in Richtung des Deutschtums nicht ausgeprägt genug ausfielen, mußte es das Recht der Parteiführung und manchmal sogar die Pflicht derselben sein, sich von aus dem Verbändebereich kommenden extremen Erklärungen zu distanzieren.[404]

---

401 ORF-*Report* vom 19.6.2012.

402 Peter 1998, 141.

403 Vgl. dazu erneut Gernot Bauer: Abgesehen von der engen Begrenztheit des ‚nationalen' Stimmenpotenzials vertreibe „(o)ffenes Werben um Germanentum-affine Kernwähler (…) potenzielle Neusympathisanten aus antisozialistischem konservativem Milieu" (http://www.profil.at/Articles/1132/560/304094/strache-ballastrevolution, Artikel vom 18.8.2011).

404 Peter 1998, 144.

Seit der Ära Peter hat die FPÖ zwei rasche Wachstums- und eine noch raschere Schrumpfungsphase durchgemacht, die ihr Gesicht in vielerlei Hinsicht verändert haben. Der Korporierteneinfluss ist jedoch in quantitativer Hinsicht eher angestiegen als zurückgegangen und auch in qualitativer Hinsicht weitgehend unverändert geblieben – einschließlich seiner dem Parteierfolg zum Teil abträglichen Effekte. Durchaus verändert haben dürfte sich dagegen die Bedeutung der Korporierten für die Partei: Die einstige Unverzichtbarkeit scheint zunehmend infrage gestellt. So scheint es wenig gewagt, zu vermuten, dass das elektorale Gewicht des völkischen Verbindungswesens von der abschreckenden Wirkung des milieutypischen Revanchismus und NS-Relativismus auf moderate WählerInnen zumindest aufgewogen wird. Der Bedarf der FPÖ an Ideologen ist umso geringer, je weniger sie als Weltanschauungspartei und je stärker sie populistisch agiert. Auch an der Parteibasis, nicht zuletzt in ländlichen Gebieten, dürfte die Bedeutung der Verbindungsstudenten über die letzten Jahrzehnte deutlich abgenommen haben. War der Korporiertenanteil in gehobenen Parteifunktionen schon immer missrepräsentativ für die Wahlbevölkerung insgesamt, so ist er es inzwischen auch für die eigenen WählerInnen und vermutlich selbst für die eigenen Mitglieder und die Kader der unteren Ebenen.

Dass den Korporationen trotz all dem nach wie vor zugestandene Gewicht in der Partei kann als Auswuchs von Tradition und Gewohnheit sowie des schon in der Einleitung dieses Kapitels erwähnten Umstandes gedeutet werden, dass die FPÖ insgesamt auf dem Boden (ethno-)nationalistischer und konservativer Weltanschauung steht und etwa burschenschaftliche Ideologie daher keineswegs als ihr Äußerliches anzusehen ist. Über diese grundsätzliche Kompatibilität hinausweisende (und politisch mitunter kontraproduktive) Zugeständnisse personeller, inhaltlicher und sonstiger Art verweisen dagegen auf die Drohkulisse, welche die Verbindungen nach wie vor gegenüber der Partei aufzurichten imstande sind. Diese gründet zum einen in ihrer nach wie vor schwierigen Ersetzbarkeit, wenn es um die Besetzung qualifizierter Positionen geht, sowie zum anderen in dem immer wieder unter Beweis gestellten Störpotenzial der Völkischen als auf allen Parteiebenen verankerte, ideologisch formierte und im Ernstfall entschlossen agierende Gruppe. In Summe scheint die Abhängigkeit der Partei von den Korporationen heute jedoch weniger ausgeprägt als jene der Korporationen von der Partei – und könnte die FPÖ demnach wohl viel eher ohne die Verbindungen politisch überleben als umgekehrt die Verbindungen ohne sie. Eine zumindest stille Aufkündigung der Interessengemeinschaft in ihrer derzeitigen Form durch die Parteiführung ist vor dem Hintergrund der erwähnten Negativeffekte daher durchaus vorstellbar – eine darauf folgende Abwendung großer Teile des Verbindungswesens von der Partei dagegen kaum, solange Letztere zumindest noch im Stillen für die Korporationen wirkt. In diese Richtung deuten jedenfalls die nach außen hin verhaltenen Reaktionen aus Korporiertenkreisen auf die (vorläufige) Abschiebung eines Martin Graf und eines Andreas Möl-

zer ins politische Ausgedinge 2013 f. Für eine generelle Ablösung der Partei von ihrem korporierten Vorfeld gibt es im Herbst 2014 dagegen keinerlei Anzeichen. Korporierte verfügen in der Strache-FPÖ vielmehr über beste Zukunftsaussichten – solange sie im Auftreten nach außen zu gewissen Abstrichen von der völkischen Lehre bereit sind.

VI. ABSCHLIESSENDE ÜBERLEGUNGEN

Über vier Kapitel habe ich mich nun mit der politischen Praxis und Weltanschauung der Burschenschaften in Österreich auseinandergesetzt. Ich habe die aus meiner Sicht wichtigsten Entwicklungslinien in ereignis-, organisations- und ideengeschichtlicher Hinsicht dargestellt und die Problemdefinitionen, die handlungsleitenden Motive und die charakteristischen Denk- und Handlungsweisen der Akteure herauszuarbeiten versucht. Ich habe aufgezeigt, dass die Wiedererrichtung der völkischen Verbindungen nach 1945 sich als weitgehend bruchlose Restauration auf allen maßgeblichen Ebenen – Organisationsform, Brauchtum, Politikverständnis und Ideologie – vollzog. Getragen war sie von der Weigerung, ernsthaft über jene Entwicklungen zu reflektieren, die zu nationalsozialistischer Herrschaft, Krieg und Genozid sowie zur bereitwilligen bis fanatischen Mitwirkung von Burschenschaftern an allen dreien geführt hatten. Der Verzicht auf solche Reflexion begünstigte auch langfristig die politisch-ideologische Erstarrung des Burschenschaftswesens in Österreich und prägt burschenschaftliche Politik hierzulande bis heute in umfassender Weise – ein Umstand, der mir eine gewisse, auch durch relativ gute Quellenlage ermöglichte Konzentration meiner Darstellungen auf die (erweiterte) Restaurationsphase der 1950er- und 1960er-Jahre angeraten erscheinen ließ.

In Kapitel III habe ich den (deutsch-)völkischen Nationalismus als Kern burschenschaftlicher Ideologie bestimmt. Dieser erfuhr vor dem Hintergrund einer von den Burschenschaftern über 1945 hinaus kultivierten Selbstwahrnehmung als ‚Grenzlanddeutsche', die ihr Volkstum unter widrigen Bedingungen zu verteidigen hätten, eine besonders rigide Ausprägung. In weiterer Folge habe ich dargestellt, wie effektiv die Burschenschaften Österreichs im Untersuchungszeitraum Reformimpulse und Ansätze innerer Ausdifferenzierung hintanzuhalten vermochten, und habe zur Erklärung dieser Effektivität, über die Langzeitwirkung der erwähnten Reflexionsabwehr hinaus, auf Faktoren wie die burschenschaftliche Erziehung, autoritäre Strukturen innerhalb der Bünde und das burschenschaftliche Streben nach ‚Geschlossenheit' hingewiesen. Auch das von einem Ideal der ‚Standhaftigkeit' geprägte Männlichkeitsbild der Burschenschaften und ihre fundamental-oppositionelle Haltung gegenüber den Großparteien und dem von diesen repräsentierten, staatstragenden Austro-Nationalismus entfaltete konservierende Wirkung. Jene politisch-ideologische Oppositionshaltung wurde durch den weitgehenden Ausschluss politisch nicht konversionswilliger Burschenschafter von der gesellschaftlichen Funktionselite im schwarz-roten Patronagesystem noch verstärkt. Gleichzeitig forderte dieser Ausschluss das althergebrachte Elitenbewusstsein der Burschenschafter heraus, das jedoch unter Betonung seiner wertelitären Anteile überdauerte. Elitenbewusstsein und oppositionelle Grund-

haltung bildeten meiner Analyse nach denn auch Eckpfeiler des burschenschaftlichen Selbstverständnisses in der Zweiten Republik. Zum Abschluss des Kapitels habe ich das burschenschaftliche Verhältnis zu Demokratie in Form und Inhalt erörtert und dabei auf die Notwendigkeit hingewiesen, jene beiden Ebenen auseinanderzuhalten. Allzu augenfällig ist der Kontrast zwischen formalen Demokratiebekenntnissen einerseits und innerburschenschaftlichen Hierarchien bzw. autoritären Strukturen sowie der burschenschaftlichen Unterordnung des Individuums unter das (bündische wie völkische) Kollektiv andererseits.

Die Auseinandersetzung mit burschenschaftlicher politischer Praxis habe ich in Kapitel IV mit einer Betrachtung des eigenständigen politischen Engagements von Burschenschaften eröffnet. Dieses wies trotz hohen Einsatzes jedenfalls der motivierteren Teile des Burschenschaftswesens nur geringe Breitenwirksamkeit auf – und das über den gesamten Untersuchungszeitraum. Als maßgebliche Ausnahmen habe ich zum einen die Studierendenpolitik benannt, wo völkische Korporierte im Rahmen des *Rings Freiheitlicher Studenten* (RFS) bis in die 1970er-Jahre große Erfolge feierten, zum anderen den Südtirol-‚Aktivismus' (v.a.) der 1960er-Jahre. Burschenschafter drehten unter Einsatz terroristischer Methoden maßgeblich an der Eskalationsspirale des Südtirolkonflikts und fanden dabei unter Verbandsbrüdern ein bemerkenswertes Maß an Duldung, ja sogar Wertschätzung. Die Anwendung völkischer Weltsicht auf die konkrete Konfliktkonstellation in Südtirol/Alto Adige fand Niederschlag in einer höchst selektiven Wahrnehmung der Realitäten vor Ort und einem paternalistisch-instrumentalistischen Zugang zur als schützenswert identifizierten Volksgruppe.

Für die Ebene der Parteipolitik (Kapitel V) habe ich ein nahezu vollständiges Monopol der FPÖ auf burschenschaftliche Unterstützung konstatiert und dies anhand einer statistischen Erhebung zum Aufkommen völkischer Korporierter in gehobenen Parteipositionen untermauert, die gleichzeitig den Stellenwert der Korporierten für die Partei unterstreicht. In der Betrachtung über den Zeitverlauf konnte weiters für den österreichischen Nationalrat gezeigt werden, dass starkes Wachstum der Partei historisch den Anteil von Verbindungsstudenten im freiheitlichen Klub tendenziell absinken ließ – meiner Interpretation nach Effekt der in diesen Phasen von der Parteiführung angestrebten Stimmenmaximierung bei gleichzeitiger personeller Verbreiterung und taktischem Hintanstellen von als nicht massengängig erkannten Dogmen. Wenngleich Korporierte über die Geschichte der FPÖ hinweg durchaus in unterschiedlichen Flügeln derselben zu finden waren, ist doch evident, dass das verbindungsstudentische Parteivorfeld und dessen innerparteiliche Exponenten insgesamt der Liberalisierung der Partei weit stärker entgegen- als zuarbeiteten. Unter den Funktionen, welche Korporationen und Partei im Untersuchungszeitraum füreinander erfüllten, sind die Kaderschmiede-Rolle der Ersteren und die Eigenschaft Letzterer hervorzuheben, burschenschaftlichen Anliegen breite Wahrnehmung zu verschaffen. Im vorliegenden Kapitel VI

schließlich beschreibe ich die politische Bedeutung der Burschenschaften nach 1945 als nahezu exklusiv an deren Verankerung in RFS (auf Hochschulebene, bis in die 1970er-Jahre) und FPÖ (bis heute) gekoppelt. Zum anderen komme ich – unter Verweis auf Merkmale wie den völkischen Nationalismus, Anti-Individualismus, politisch-ideologischen Rigorismus und Elitarismus sowie auf den Männerbund als Organisationsform und Ideologie – zu dem Schluss, dass die im Buch beschriebene burschenschaftliche Weltsicht und Politikauffassung mit liberaler Demokratie nur in prekäre Übereinstimmung zu bringen ist. Für detailliertere Ergebnisdarstellungen sei auf die Zwischenresümees am Ende der einzelnen Kapitel verwiesen.

Über die gesamte Darstellung hinweg war es mein Bestreben, der trotz allem Corpsgeist und Geschlossenheitsstreben vorhandenen inneren Heterogenität des Burschenschaftswesens gerecht zu werden und dessen trotz aller Dogmatik und Beharrung feststellbare Veränderungen über die Zeit zu veranschaulichen. Über den Erfolg dieses Unterfangens werden andere befinden (und dabei vermutlich zu recht unterschiedlichen Urteilen gelangen). Freilich konnten viele relevante Fragestellungen zum Themenkomplex Burschenschaften und Politik in Österreich im vorhandenen Rahmen nicht oder nur beiläufig behandelt werden. Zu den Unterthemen, deren Bearbeitung durch weiterführende Studien ich für besonders lohnend hielte, zählen das Verhältnis von Burschenschaften und Nationalsozialismus, der burschenschaftliche Einfluss auf die Programmentwicklung der FPÖ, der burschenschaftliche Beitrag zum politischen Liberalismus in Österreich nach 1945 und das Verhältnis von Burschenschaften und katholischem Konservatismus in der Zweiten Republik. Darüber hinaus erschiene es mir vielversprechend, in künftigen Arbeiten der rigiden Handhabung von Brauchtum und dem burschenschaftlichen Konventionalismus in Österreich (etwa in puncto Bekleidungsvorschriften) stärkere Beachtung zu schenken, burschenschaftliches Leben außerhalb Wiens umfassender einzubeziehen und stärker auf inhaltliche Positionierungen in konkreten Politikfeldern (etwa in der Hochschulpolitik) einzugehen.

Zur Abrundung meiner Ausführungen möchte ich auf den verleibenden Seiten zwei mir sehr wesentlich erscheinende Fragen systematisch erörtern, die bislang nur en passant berührt wurden. Erstens ziehe ich ein Fazit über die politische Bedeutung der Burschenschaften in Österreich und die Entwicklung dieser Bedeutung über die Zeit. Zweitens diskutiere ich, inwieweit burschenschaftliche Ideologie und burschenschaftliches Politikverständnis mit den Grundprinzipien liberaler repräsentativer Demokratie und den elementaren Anforderungen an in deren Rahmen tätige politische AkteurInnen vereinbar sind. Dabei geht es mir nicht darum, über die Qualität burschenschaftlicher Politik zu urteilen – also etwa darüber, ob ethnisierende Interpretationen sozialer Probleme eher zur Lösung oder zur Verschärfung dieser Probleme beitragen, oder inwieweit auf Basis irrationaler Kategorien aus dem 19. Jahrhundert zukunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert betrieben werden kann. Vielmehr geht es mir um die Frage der grund-

sätzlichen Kompatibilität von Politik im liberal-demokratischen Sinn mit der burschenschaftlichen Idee in ihrer in Österreich hegemonialen Auslegung.[1]

VI.1 Die politische Bedeutung der Burschenschaften in Österreich

Burschenschaften waren *als solche* (nicht aber als Kaderschmieden für und Lobby innerhalb der FPÖ) in der Zweiten Republik politisch weitgehend bedeutungslos, auf Brauchtumspflege und institutionelle Selbsterhaltung zurückgeworfen – so eine in diesem Buch mehrfach getätigte Einschätzung. Sie lässt sich nicht nur mit (inhaltlich fragwürdigen) Umfragedaten[2], sondern, wie nachfolgend gezeigt wird, auch mit zahlreichen entsprechenden Selbsteinschätzungen untermauern. Überlegungen, wie der eigenen Irrelevanz beizukommen sei, ja ob es überhaupt „noch sinnvoll wäre, nur noch systemerhaltend, aber ohne wirkliche Zukunftsperspektive und die Möglichkeit echte burschenschaftliche Arbeit zu verrichten, weiter zu machen“[3], wurden vielerorts und immer wieder gesponnen, abgelöst von Momenten des Optimismus, der meist auf Anzeichen einer (kurzfristigen) Trendumkehr in der über die Jahrzehnte hinweg negativen Personalentwicklung gründete. Klagen über politische Entleerung, fehlenden Aktivismus und teilweise auch über unzureichende Auseinandersetzung mit dem Weltgeschehen und aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ziehen sich quer durch den Untersuchungszeitraum.

Wie in Kapitel II geschildert, erfolgte die Wiedererrichtung der Bünde nach 1945 in von ihnen selbst nicht erwarteter Geschwindigkeit und auch durchaus als überraschend zu wertendem Umfang. Begünstigt wurde sie durch die solidarische Haltung konservativer Bildungseliten und sozialdemokratische Parteiinteressen, durch den Wettstreit der Großparteien um die ‚Ehemaligen' und das Einsetzen des Kalten Krieges sowie nicht zuletzt durch eine gesellschaftlich dominante Haltung, die sich an einer konsequenten Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen nicht interessiert zeigte – und umso weniger noch an einer gründlichen Aufarbeitung der Ursachen des Geschehenen. Die

1 Einmal mehr sei an dieser Stelle daran erinnert, dass diese hegemoniale Auslegung nicht notwendig Mehrheitsmeinungen unter Burschenschaftern widerspiegelt, sondern auf das Spektrum der öffentlich wahrnehmbaren und innerhalb des Burschenschaftswesens sagbaren Positionen verweist.

2 2011 befragte das IMAS-Institut 1.048 repräsentativ aus der österreichischen Bevölkerung ausgewählte Personen, welchen aus einer Reihe vorgegebener Organisationen sie „relativ viel Bedeutung und Einfluss in Österreich“ zusprechen würden. Nur elf der Befragten stuften die Burschenschaften als bedeutend bzw. einflussreich ein. Allerdings kamen Letztere damit noch vor dem *Österreichischen Cartellverband* (7 %) und dem sozialdemokratischen BSA (9 %) zu liegen, aber – angesichts der traditionellen Machtverhältnisse im ÖVP-Vorfeld durchaus paradoxerweise – hinter dem *Akademikerbund* (14 %). (Vgl. IMAS 2011, 1a)

3 Gernot Florian in Gothia 1992, 7.

burschenschaftliche Restauration mündete zunächst in eine Zeit relativ erfolgreicher Rekrutierung, starker Präsenz und breiter Salonfähigkeit v.a. auf universitärem Boden, was Lindinger zur Rede von den „Blütejahre(n)" einer „neuen Burschenherrlichkeit" animierte.[4] Als Begleiterscheinung kam es teilweise zur Überschätzung der eigenen Bedeutung unter den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Zweiten Republik.[5] Anders als die Burschenschaften in Deutschland, so der Innsbrucker *Germane* Werner Riesenhuber, seien die österreichischen nicht nur von „Umerziehung" und „dem westlichen Einfluß (…) weitgehend verschont geblieben", sondern auch „noch nicht ganz zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken".[6] Diese Bestandsaufnahme stammt von 1968 – und damit just aus jener Zeit, die nicht nur nach Stimmers Einschätzung einen entscheidenden Wendepunkt markierte. Stimmer sieht den „drastische(n) Niedergang der deutschnationalen Korporationen", der sich u.a. in Fusionen, Bundauflösungen, zurückgehenden Aktivenzahlen und der studierendenpolitischen Marginalisierung des RFS niedergeschlagen habe, „mit Beginn der 70er Jahre" einsetzen.[7] An anderer Stelle verortet er den Umschwung „nach 1966" und stellt eine Verbindung mit der einsetzenden ‚1968er-Bewegung' her. Mit dem Abstieg zur universitären Randerscheinung (freilich nicht zuletzt Folge der sozialen Öffnung der Hochschulen und stark steigender Frauenanteile unter den Studierenden) hätten die völkischen Korporationen einen „dramatische(n) Schwund (…) ihrer Attraktivität, ihrer Stärke" und somit auch ihrer hochschul- und studierendenpolitischen Bedeutung erlitten, während ihr Einfluss auf gesamtgesellschaftlicher Ebene durch die „veränderten politischen Rahmenbedingungen" der Zweiten Republik zunichtegemacht worden sei.[8]

---

4 Lindinger 2009, 74; vgl. auch ebd., 71.

5 Ein Indiz für den realen damaligen Stellenwert der Burschenschaften liefert die überschaubare Resonanz, die ihren Bemühungen um mediale Repräsentation beschieden war. Die zu ADC- und DBÖ-Tagen abgefassten Berichte burschenschaftlicher Amtsträger sind voll von entsprechenden Misserfolgsmeldungen (vgl. etwa BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2 zur Niederschrift des ADC-Tages 1957, 1; Anlage 2/1 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 1 im selben Bestand; oder BAK, DB 9, E. 4 [A3], Anlage 1/2 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1962, 3). Erfolge ließen sich am ehesten mit Stellungnahmen zur massengängigen und auf einem breiten Elitenkonsens aufruhenden Südtirolfrage erzielen (vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zur Niederschrift des ord. DBÖ-Tages 1961, 2), die bisweilen tatsächlich Reaktionen politischer Amtsträger hervorriefen (vgl. u.a. BAK, DB 9, E. 4 [B2], DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 [Cruxia] vom 15.11.1961, 1 f.). Zu den Eingaben des ADC und der DBÖ an Regierungsstellen vgl. Kapitel IV (v.a. die Abschnitte IV.1.1. sowie IV.3 zu Südtirol/Alto Adige).

6 *Germanenmitteilungen*, 15.12.1968, 6. Für die BRD hatte ein Vorsitzender der *Vereinigung alter Burschenschafter* (VaB) schon 1961 erklärt, „(m)an sollte sich nicht der Illusion hingeben, daß die Deutsche Burschenschaft heute noch irgendwie ein politischer Faktor sei". Vielmehr sei sie „in der Volksmeinung kaum mehr als ein ‚fossiles Relikt'" (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 30/1961 (Vorort Bremen), 22).

7 Stimmer 1997 (Band II), 1001.

8 *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7. Vgl. zum hier beschriebenen Wandel an den Universitäten auch Stoffl/Urbas 1980.

Letztlich beschleunigten bzw. bestätigten Studierendenbewegung und Hochschulöffnung wohl nur einen Prozess, der zu diesem Zeitpunkt in vollem Gange, wenn nicht bereits abgeschlossen war. Ein DBÖ-Protokoll von 1964 vermerkt „große Resignation" hinsichtlich der Aussichten, die Zahl von Burschenschaftern in gehobenen öffentlichen und wirtschaftlichen Funktionen auf ein erwünschtes Maß zu erhöhen. An politischer Aktivität seien, so ein Verbandsfunktionär auf der entsprechenden Sitzung, selbst Leserbriefe kaum zu verzeichnen, und jene, die geschrieben würden, seien teilweise „so schlecht (…), dass sie auf keinen Fall veröffentlicht werden konnten".[9] Einer Schrift der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) von 1976 zufolge habe der hochschulpolitische Einfluss der Burschenschaften „insbesondere seit 1965" – also wohl schon vorher einsetzend – „weitgehend aufgehört".[10] Die *Oberösterreicher Germanen,* die auch in anderen Fällen durch überdurchschnittlichen Realitätssinn hervortraten, analysierten 1967 trocken: „Wir sind heute als Bund in unserer Gesellschaft nicht bedeutend genug, um in staatspolitischen Fragen als kompetent anerkannt zu sein." Daher müssten „(d)ie ganz großen, berauschenden Perspektiven (…) in unserer politischen Konzeption fortfallen, so sehr wir von unserem Deutschtum überzeugt sind".[11] Rainer Pawkowicz, der *Aldane* und spätere Wiener FPÖ-Obmann, äußerte sich 1974 ähnlich: „Es hieße Vogel-Strauß-Politik betreiben, wollten wir erklären, wir seien auch heute noch in der Lage, wie etwa zur Zeit unserer Gründung, in das politische Geschehen derart eingreifen zu können". Dies bringe „allzu oft den Bundesbruder an den Biertisch statt an die hochschulpolitische Front".[12]

Der abnehmende Einfluss der völkischen Verbindungen überhaupt stand mit ihrer personellen Schwächung in wechselseitigem Begünstigungszusammenhang. Klagen über den jedenfalls ab den späten 1960er-Jahren mehr oder weniger permanenten Mitgliedermangel durchziehen hartnäckig das Quellenmaterial.[13] Zum Teil lässt die

9 AAG, DBÖ, Rundschreiben und Protokolle, Protokoll der Salzburger DBÖ-Arbeitstagung vom 30.4.1964, 3. Andererseits war noch 1962 in einem Antrag der Grazer *Allemannen* vermerkt worden, dass es „sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben Österreichs zahlreiche alte Burschenschafter in einflußreichen Stellungen" gäbe, besonders in den freien Berufen (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 5).

10 AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 6.

11 Oberösterreicher Germanen 1967, 168 (vgl. auch Oberösterreicher Germanen 1994, 9). Die optimistischere Einschätzung Gugerbauers von 1974 (wiedergegeben in Oberösterreicher Germanen 1994, 41) und die rückblickende Entgegnung dieses Optimismus durch Gugerbauers Bundesbruder Karlsreiter 1989 (wiedergegeben ebd., 73) illustrieren die Wellenbewegungen burschenschaftlicher Bestandsaufnahmen und Erfolgsprognosen nach 1945.

12 Pawkowicz 1974, 2.

13 Vgl. beispielhaft PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes von Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 3; Aldania 1994, 204; Oberösterreicher Germanen 1994, 80 (wonach im Wintersemester 1976/77 in Wien auch „alle anderen Bünde" personell „sehr schwach" besetzt waren) und 124 (wonach 1983/84 „alle Bünde in Wien an Nachwuchsmangel litten") sowie ebd., 12, 92, 123 und 152. Für Beispiele der geradezu

Personalnot sich als Symptom einer allgemeinen Entwicklung deuten, da im selben Zeitraum der Organisierungsgrad österreichischer Studierender in ständischen (Studierenden- bzw. AkademikerInnen-)Organisationen generell zurückging.[14] Keine der anderen Organisationen wies jedoch einen dermaßen anachronistischen Charakter in Form und Inhalt bei außerdem – zu Zeiten einer FPÖ in Opposition – geringer bis negativer Attraktivität als Karrieresprungbrett auf wie die deutschnationalen Männerbünde. So bestimmt Stimmer neben dem „kontinuierlichen Ausschluß" aus der politischen Elite (jenseits der FPÖ) und der damit in Verbindung stehenden „langfristigen Abdrängung aus dem öffentlichen Dienst in privatwirtschaftliche Berufssektoren" und ins Ausland (v.a. die BRD)[15] die „Innovationsunfähigkeit der deutschnationalen Elite" als eines der „langfristig existenzgefährdenden Probleme" des völkischen Korporationswesens in der Zweiten Republik.[16] Angesichts solcher Existenzgefährdung erschiene naheliegend, dass die Nachwuchsproblematik grundlegende Selbstreflexion in Korporiertenkreisen ausgelöst hätte. Anders als Stimmer vermochte ich eine entsprechende Entwicklung allerdings nicht (oder höchstenfalls in zaghaften Ansätzen) festzustellen.[17] Unzweifelhaft ist, dass die zahlenmäßige Schwächung den burschenschaftlichen Verlust an gesellschaftlicher und politischer Relevanz ebenso abbildete, wie sie ihn beförderte. Auf die Bindung der knappen Ressourcen durch bloße Verwaltungstätigkeiten und die daraus folgende Handlungsunfähigkeit in politischer Hinsicht weisen u.a. die Burschenschafter Gunther Pendl und Sigurd Scheichl hin.[18] Auf Dachverbandsebene entfalteten die Richtungskämpfe innerhalb der *Deutschen Burschenschaft* (DB) einen ähnlichen Lähmungseffekt.

---

verzweifelten Versuche, Nachwuchs anzuziehen, vgl. etwa Wladar 1984, 29 f.; Gothia 1992, 7; DÖW, internes Rundschreiben der *Gothia* Wien vom Wintersemester 1993/94, 2; DÖW, internes Rundschreiben des *Gothen* Helmut Eichberger vom 6.9.1994; DÖW, Keil-Flugblatt der *Gothia* Wien vom Wintersemester 1994. Letztgenannte Quelle wirbt u.a. mit „Rhetoriktraining", „lustige(n) Studenten" und „Informationen, die man sonst kaum bekommt" durch berufstätige Alte Herren.

14 Vgl. *ibf-spektrum* Nr. 507/1986, 1. Vgl. auch die von Stimmer zitierte *Kurier*-Umfrage von 1986 zu in Österreich ‚nützlichen Mitgliedschaften', die den Akademiker(innen)organisationen insgesamt keine hohe Effektivität in der Allokation von (Karriere-)Vorteilen bescheinigt (Stimmer 1997, Band II, 1076).

15 Stimmer 1997 (Band II), 998 f. Zur Berufsstruktur der Korporationseliten nach 1945 vgl. ebd., 1013–1016 und 1019.

16 Ebd., 1000 bzw. 998.

17 Vgl. ebd., 1001 f. Stimmer verweist dabei auf Mölzers Analyse von 1980, wonach die Vorkriegsgeneration der Korporierten endgültig wegsterbe, die Nachkriegsgeneration sich großteils „desillusioniert zurückgezogen" habe und die Jüngsten teilweise einem „politischen Rechtsradikalismus" zuneigten, der „vom Willen vielleicht durchaus honorig und schön gemeint", letztlich aber „einfach provokant und unreflektiert" sei bzw. vorgetragen werde (ebd., 1002 bzw. Mölzer 1980, 251 f.).

18 Vgl. Pendls Brief an den Chronisten seines Bundes, Friedrich Tulzer, vom 22.4.1989, wiedergegeben in Oberösterreicher Germanen 1994, 152 f. bzw. das Interview mit Scheichl vom 8.6.2012.

Das Ausmaß, in dem die Burschenschaften in Österreich seit dem Krieg nicht nur an Bedeutung, sondern auch an Bezug zum Zeitgeschehen verloren hatten, brachte der Wiener *Silese* und Linzer *Armine* Gerhard Wirl in den 1990er-Jahren auf den Punkt: „In der ersten Republik, vielleicht auch noch in den 50er und 60er Jahren wurden die Anliegen der Burschenschaft in Akademikerkreisen verstanden und je nach Standpunkt abgelehnt oder akzeptiert. Heute versteht man uns nicht mehr, allenfalls werden wir interpretiert."[19] Wo burschenschaftliche Politikvorstellungen überhaupt noch wahrgenommen wurden, erschienen sie zunehmend als Kuriosum. Gleichzeitig herrschte just um 1990 in burschenschaftlichen Kreisen Aufbruchsstimmung. Das Ende des real existierenden Sozialismus in Europa, die Eingliederung der DDR in die BRD und der Aufstieg der Haider-FPÖ schienen burschenschaftliche Positionen zu bestätigen und Rückenwind zu verleihen.

> Die Nachkriegszeit ist mit dem Jahr 1990 endgültig vorbei. Damit besteht endlich auch für uns wieder die reelle Möglichkeit, aus dem 45jährigen Delirium aus Schuld und Sühne aufzuwachen und unsere wahren altehrwürdigen Schätze zusammenzutragen, zu ordnen und kundzutun. Die ernsthaften Zuhörer sind uns gewiß.[20]

Auch wenn es alles andere als Versunkenheit in ‚Schuld und Sühne' gewesen war, das die Burschenschafter Österreichs bis dato in ihrer Außenwirkung blockiert hatte, verzeichneten etwa die *Oberösterreicher Germanen* 1993 nach eigenen Angaben die bis dato stärkste Aktivitas seit dem Krieg.[21] Hatzenbichler konstatierte 1994 insgesamt einen erstmals seit dem Einbruch um 1968 wieder verstärkten Zulauf und 1997 (mit Co-Autor René-Lysander Scheibe) abnehmende „Vorurteile gegen die Burschenschafter"[22], während Stimmer an selber Stelle eine „erstaunliche Wiedererstarkung" der Korporationen behauptete.[23]

Inwieweit eine solche Entwicklung tatsächlich stattfand, ist aufgrund der Quellenlage nur bedingt beurteilbar. Sie scheint in jedem Fall wenig nachhaltig gewesen zu sein. Zwar weisen – wie auch über die vorangegangenen Jahrzehnte – immer wieder einzelne Bünde starke Aktivengenerationen auf und wird in burschenschaftlichen

19 *Arminenbrief,* (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 4. Vgl. für Diagnosen der eigenen Bedeutungslosigkeit aus dieser Zeit auch ebd., 2 sowie den *Arminenbrief* vom Sommersemester 1994, 7.

20 Gunther Pendl, zit. n. Oberösterreicher Germanen 1994, 161.

21 Vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 183.

22 Hatzenbichler 1994, 255 f. bzw. *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7.

23 *Junge Freiheit* Nr. 8/1997, 7. Für weitere Wahrnehmungen eines Aufschwungs um 1990 vgl. Jörg Haiders Bericht über steigende Aktiven-Zahlen am Burschentag des *Österreichischen Pennäler-Rings* (ÖPR) 1987 (wiedergegeben in *Aula* Nr. 7–8/1987, Akademisches Leben, 1) oder die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia vom Sommer 1987, 9.

Zustandsbeschreibungen immer wieder Zweckoptimismus geübt.[24] Den großen Linien nach gilt aber die während der Restaurationsphase getätigte Bestandsaufnahme des Wiener *Moldaven* Ferdinand Engel auch heute: „Die B!B! [Burschenschaften, Anm. B.W.] stehen alle im Daseinskampf, es fehlt überall an Nachwuchs, sodaß die Einzelbünde die nötige Durchschlagskraft nicht erreichen können und ihre Tätigkeit somit nur geringen Einfluß auf die akademische Jugend ausübt."[25] Tendenzen einer hochschulpolitischen Rückwärtsentwicklung – Verschulung der Studienpläne, wachsender ökonomischer Druck auf Studierende – verschärften diese Problematik noch, indem sie politische Betätigung während der Studienzeit generell erschwerten. Dass offenkundig breite Bevölkerungsschichten burschenschaftliche Positionen etwa in migrations- und kulturpolitischen Belangen teilten, münzte sich kaum in eine breitere Wahrnehmung der Burschenschaften an sich um. Ebenso wenig ging der parteipolitische Rechtsruck mit der von diesen erhofften Repopularisierung von Ideologiebeständen wie dem Deutschnationalismus einher.

Über geringen Einfluss hinaus ist den Burschenschaften in Österreich – fernab des Hochschulbodens, und mancherorts selbst dort – nachgerade Unsichtbarkeit zu attestieren. Diese konnten sie im Untersuchungszeitraum meist nur überwinden, wenn sie bzw. einzelne ihrer Mitglieder mit rechtsextremen Aktivitäten auffällig wurden; wenn ihre Veranstaltungen die Aufmerksamkeit von AntifaschistInnen fanden; oder wenn ihre Rolle in der und für die FPÖ Thematisierung erfuhr.[26] Mit ebendieser Rolle der Burschenschaften und der Stärkeentwicklung ihres parlamentarischen Arms steht und fällt bis heute ihre politische Bedeutung in der Zweiten Republik. Der gegenüber früheren historischen Phasen erfahrene Verlust an eigenständiger, unvermittelter Relevanz blieb daneben nicht folgenlos. Er kratzte am elitären Selbstverständnis der Burschenschaften (bzw. ließ sie dessen Herleitungen reformulieren) und verstärkte ihre ohnehin vorhandene Oppositionsneigung, die nun eine äußerst reale politische Grundlage erhielt. Nicht zuletzt wurde der Bedeutungsverlust mit (auch) ideologischer Einigelung

24 Vgl. zu erstgenanntem Punkt die Angabe der Wiener *Alben* von 2005 über einen „stete(n) Zulauf" seit ihrer Vertagung Anfang der 1980er-Jahre. Allerdings war man zum Zeitpunkt dieser Aussage nach eigener Darstellung auch der Bund mit den meisten Aktiven Österreichs (Albia 2005, 3). Zum Zweckoptimismus vgl. die Ausführungen der *Stiria* Graz von 2009 über die Aktualität der Burschenschaften in Zeiten der Wirtschaftskrise (http://stiria-graz.at/index.php?option=com_content&view=article&id=15&Itemid=17).

25 BAK, DB 9, E. 4 [A1], Niederschrift des ADC-Tages 1956, 8. Als Indiz sei angeführt, dass die zuvor zitierten *Alben* im Wintersemester 2005/2006 als angeblich stärkster Bund des Landes offenbar über nicht mehr als sechs Burschen und fünf Füchse verfügten (vgl. Albia 2005, 1). 2011 zählten die *Oberösterreicher Germanen* nach eigenen Angaben zwar nicht weniger als 23 Aktive, nahmen damit allerdings (auch) in dieser Hinsicht eine Sonderstellung unter den Burschenschaften Österreichs ein: nur zwei weitere der in der hier zitierten Quelle angeführten elf österreichischen Bünde wiesen zumindest eine zweistellige Aktivenzahl auf (vgl. PBW, DB-*Nachrichtenblatt* Nr. 312/2011, 18).

26 Dies konstatiert auch Scheichl im Interview vom 8.6.2012.

beantwortet. Was in dem viel gesungenen Burschenschafter-Lied ‚*O alte Burschenherrlichkeit*‘ als Jugendnostalgie Alter Herren vorgetragen wird, erfuhr nun Bekräftigung für das Burschenschaftswesen in Österreich insgesamt: „O alte Burschenherrlichkeit, wohin bist du verschwunden?/(…) geblieben ist uns doch der Kern,/und den lasst fest uns halten."[27] Bereits an anderer Stelle hingewiesen wurde auf die vielsagende Realmetaphorik des *Teutonen*-Chronisten über die „wenig berührte( ) Sackgasse", in der sich anzusiedeln seinem Bund in den 1960er-Jahren gefiel, um sich „so gegen die Mode der Zeit (…) behaupten" zu können.[28]

VI.2 Zur burschenschaftlichen Politikfähigkeit

> Sie richten sich gegen die Moderne, damit auch gegen notwendige Reformen und Neuansätze, und sie appellieren wirkungsvoll an Emotionen des Unbehagens, des Bedrohtseins. (…) Durch ideologische Intransigenz, manichäische Weltsicht, Propaganda von Feindbildern bei grundsätzlicher Unfähigkeit zum Interessenausgleich und Kompromiss bilden sie eine Gefahr für die demokratisch verfasste Gesellschaft.[29]

Gegenstand dieser Charakterisierung von Wolfgang Benz sind nicht Korporierte, sondern religiöse Fundamentalisten. Allerdings glaube ich gezeigt zu haben (vgl. insbesondere die Kapitel III.5 bis III.8), dass die Beschreibung mit einiger Berechtigung auch auf Burschenschaften in Österreich angewendet werden könnte und die von mir wiederholt gebrauchte Formulierung vom ‚völkischen Fundamentalismus‘ nicht als Polemik zu verstehen ist. Die in der Beschreibung enthaltene Feststellung der Demokratiegefährdung durch Fundamentalisten mache ich zum Ausgangspunkt, die burschenschaftliche Politikfähigkeit unter demokratischen Bedingungen zu untersuchen – allerdings weniger unter normativen Vorzeichen (wie in Benz' Rede von der fundamentalistischen „Gefahr") als unter dem Gesichtspunkt der Kompatibilität. Den Referenzrahmen bildet dabei der real existierende politische Betrieb (mehr oder weniger) liberaler, repräsentativ-demokratischer Gesellschaften, während das Verhältnis von Burschenschaften und Demokratisierung (als Projekt der faktischen Einlösung der liberalen Versprechen von Freiheit und Gleichheit) bereits in Kapitel III.8.2 behandelt wurde.

Historisch weisen Burschenschaften im Allgemeinen (und jene in Österreich im Besonderen) trotz anfänglicher, teils führender Beteiligung an proto-demokratischen und pro-bürgerrechtlichen Bewegungen eine äußerst problematische Beziehung zur Demo-

27 Zit. n. BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Tagungsfolge zum Kommers im Rahmen des ADC-Tages 1959, 16.
28 Teutonia 1968, 109 f.
29 Benz 2011, 17 f.

kratie (auch) als Form auf, was an dieser Stelle keiner näheren Ausführung mehr bedarf (vgl. dazu Kapitel III.8.1). Vielmehr möchte ich anhand einiger mir zentral erscheinender Punkte aufzeigen, dass diese Problematik mit Ideologie und Politikverständnis der Burschenschaften in ursächlichem Zusammenhang und aufgrund dessen auch nach wie vor besteht. Dass dem so ist, verweist einmal mehr auf die burschenschaftliche Reflexionsabwehr bzw. Art der Vergangenheitsbewältigung nach 1945 zurück. Die Schnittmengen von nationalsozialistischer und burschenschaftlicher Ideologie, das Lebensbundprinzip, die Kränkung über die Niederlage Nazideutschlands (die jedenfalls in Österreich auch eine burschenschaftliche Niederlage war), die Verzweiflung angesichts des neuerlichen ‚Ausschlusses aus Deutschland' sowie die generelle rigoristische Disposition der Burschenschaften in Österreich standen gründlicher (Selbst-)Reflexion ebenso im Weg wie das Bedürfnis nach Aufrechterhaltung des eigenen Selbstbildes und nach Legitimierung des burschenschaftlichen Verhaltens im und auf dem Weg in den Nationalsozialismus. Anstatt sich schmerzhafter Selbstkritik zu unterziehen, optierte der Mainstream der österreichischen Burschenschafter in der Nachkriegszeit für ostentative Beharrung (vgl. die Kapitel II.3.1 und II.5).

VI.2.1 Liberal-demokratische und burschenschaftliche Weltsicht

Grundlage des liberalen Demokratieverständnisses ist das Postulat universeller menschlicher Gleichheit. Während dieses von Burschenschaftern heute in seiner abstrakten Form kaum verneint wird, ergeben sich in materieller Hinsicht häufig Widersprüche. Ihren offensten, wenn auch im historischen Vergleich heute zumeist gemäßigten Ausdruck finden diese in Antisemitismus, Rassismus, Sexismus (als Ideologie von den naturgewollten komplementären Geschlechterrollen und darauf basierende Politik) und völkischem Nationalismus. Gemäß dem Primat des Völkischen bildet das biologistisch verstandene Volk in der in Österreich vorherrschenden burschenschaftlichen Vorstellung das Subjekt von Demokratie bzw. von Politik überhaupt. Dieser Unterschied von völkischem und republikanischem Nationalismus hat sich historisch fraglos als ausgesprochen bedeutsam erwiesen und ist es nach wie vor. Nichtsdestotrotz stehen die beiden Zugänge einander in ihren politischen Konsequenzen nicht diametral entgegen: Ein Wahlrecht für die gesamte volljährige Wohnbevölkerung eines Landes wäre etwa in beiden Konzeptionen unvorstellbar. Ist die Marginalisierung bestimmter Gruppen bzw. die Aufrechterhaltung unterschiedlicher Niveaus an Teilhabemöglichkeiten innerhalb einer Gesellschaft in liberaler Sicht schlichte Notwendigkeit im Sinne der Kapitalakkumulation (d.h. Konsequenz des Interesses an der Vernutzung marginalisierter Arbeitskraft, vgl. Kapitel III.7.3), liegt ihr im völkischen Denken die biologistische Bestimmung des Souveräns zugrunde.

Ungeachtet der Überschneidung von liberalem und völkischem Interesse in diesem Punkt, welche der Bezeichnung ‚national-liberal' ein Mindestmaß an realem Gehalt verleiht, unterscheiden liberale und völkische Demokratiekonzeptionen sich im Stellenwert des Individuums deutlich voneinander. Bezeichnet Demokratie im liberalen Verständnis einen Modus des Interessenausgleichs zwischen Individuen, agiert im völkischen Denken das ‚Volk' als demokratisches Einheitssubjekt. Im Volksgemeinschafts-Denken gibt es keine Interessengegensätze, gilt Konflikt als schädlich und zersetzend. Somit ist Demokratie in der im Burschenschaftswesen Österreichs dominanten völkischen Sichtweise ideal nur in einer dezidiert nicht-pluralistischen Gemeinschaft der sowohl ethnisch Gleichen als auch Gleichgesinnten realisierbar, wie die Rede vom burschenschaftlichen Männerbund als ‚Parlament im Kleinen' unterstreicht. Es handelt sich hierbei klarerweise um eine Vorstellung, die mit der sozialen Realität moderner Gesellschaften unvereinbar ist bzw. nur auf gewaltsamem, d.h. autoritärem Wege durchsetzbar wäre.[30]

Fernab demokratietheoretischer Fragen beschränkt das Primat des Völkischen die Funktionsfähigkeit von Burschenschaftern im Rahmen des österreichischen politischen Systems auch in anderer Weise: Ihre oft gering ausgeprägte Bereitschaft (oder auch das Unvermögen) zur taktischen Zurückstellung des völkischen Credos, auf welche im folgenden Unterabschnitt noch näher eingegangen wird, stellt sie außerhalb des politischen Grundkonsenses der Zweiten Republik. Zwar sei unter den Burschenschaftern Österreichs „heute niemand mehr so dumm, dass er glaubt, die deutsche Nation in Österreich habe noch irgendeinen politischen Wert", und wisse jeder, dass wiederkehrende Deutschtumsbekenntnisse „in der österreichischen Politik nicht mehr funktionieren", meint der Innsbrucker *Germane* Sigurd Scheichl. Nichtsdestotrotz seien viele Burschenschafter nicht bereit, sich selbst auf rein pragmatischer Basis mit dem österreichischen Nationalgedanken zu arrangieren und zögen solcher Kompromissbildung die politische Enthaltsamkeit vor.[31] Die von Burschenschaftern im Rahmen der FPÖ häufig vollzogene Vermittlung von Deutschnationalismus und Österreich-‚Patriotismus' durch die Bestimmung (Groß-)Deutschlands als ‚Vaterland' und Österreichs als ‚Heimat' kann offenbar für den einzelnen *Burschenschafter-Politiker* ein tragfähiges Arrangement darstellen, ist jedoch immer noch geeignet, Irritationen hervorzurufen – sowohl unter potenziellen WählerInnen als auch unter potenziellen politischen PartnerInnen. Die Beibehaltung des Deutschnationalismus in wie auch immer argumentierter Form

30 Erinnert sei an dieser Stelle an die Einsicht des ‚Aussteigers' Jürgen Hatzenbichler, wonach „(w)as an Nation zustande kommen soll, (…) erzwungen werden" müsste, weshalb die Nationsentwürfe der politischen Rechten „entweder haarscharf am Totalitarismus vorbeischramm(en) oder direkt darauf zu(laufen)" würden (*Junge Freiheit* Nr. 44/1998, 16). Vgl. auch Schiedel 2007, 34.

31 Interview vom 8.6.2012.

beschneidet unter den gegebenen Bedingungen somit nicht nur das Wachstumspotenzial der FPÖ, sondern auch deren Optionen für politische Kooperationen.[32]

Ein weiteres Problem für die Vermittelbarkeit von *Burschenschafter-Politikern* gegenüber breiteren Bevölkerungsschichten ergibt sich aus dem burschenschaftlichen Elitarismus. So sehr man beansprucht, ‚dem Volk' seine weise Führung angedeihen zu lassen, so wenig entspricht es dem burschenschaftlichen Selbstverständnis, um die Gunst einer Masse werben zu müssen, die weder die akademische Bildung des Burschenschafters aufweist noch sich wie er einem strengen Ehrenkodex verpflichtet sieht. Diesen Menschen die Berufenheit des Burschenschafters einsichtig machen zu müssen, wie es das demokratische Prozedere erfordert, mochte manchem Burschenschafter ebenso als Zumutung erscheinen wie die Auseinandersetzung mit Vertretern dieser Schichten in den Reihen der ‚eigenen' Partei. Zumindest glaubt Scheichl, die Burschenschafter hätten sich in der „elitären, kleinen FPÖ" vor Haider, der Partei der Honoratioren, „ganz wohl gefühlt", deren Anwachsen zur „Massenpartei" unter Haider und erneut unter Strache aber – trotz freudiger Zurkenntnisnahme des damit verbundenen Relevanzgewinns – reserviert zur Kenntnis genommen.[33] Wenngleich der relative parteiinterne Bedeutungsverlust der Burschenschafter in Wachstumsphasen dabei sicherlich eine wesentliche Rolle spielte (vgl. die Kapitel V.1 und V.3.2), erscheint es naheliegend, die von Scheichl konstatierte Entfremdung zwischen Burschenschaften und FPÖ auch mit der für die entsprechenden Perioden charakteristischen Orientierung der Partei auf den ‚kleinen Mann' und dessen verstärktem Eindringen in die Ränge der Partei in Verbindung zu bringen.

Wie schon der völkische Nationalismus, so weist auch der Elitarismus neben der Frage seiner Massengängigkeit bzw. Vermittelbarkeit eine demokratietheoretische Problemdimension auf. Sichtbar machen dies die Äußerungen der Geringschätzung der als hedonistisch und materialistisch wahrgenommenen ‚Masse' bzw. der österreichischen Gesellschaft der Zweiten Republik, die burschenschaftliche Quellen durchziehen (vgl. dazu die Kapitel III.6.2 f.). Gekrönt wurden solche im Modus des Missfallens vorgetragenen

---

32 Die Begrenzung der Kooperationsfähigkeit erfolgt(e) dabei historisch nicht nur in Form der Abwendung des Gegenübers, sondern auch in Form burschenschaftlicher Selbstbeschränkung. Illustrieren lässt sich dieser Umstand etwa anhand der Südtirolfrage. Zwar kam es hier bisweilen zur Zusammenarbeit von deutschnationalen und katholisch-konservativen Kräften; nicht selten jedoch scheiterten sie oder wurden von burschenschaftlicher Seite von vornherein verweigert, weil die katholischen Kräfte das Südtirolproblem nicht unter großdeutschen Vorzeichen zu lesen bereit waren. Bezeichnend für diese Haltung ist die Stellungnahme des DBÖ-Volkstumsreferenten Heinz Hauffe *(Brixia)* von 1961, wonach jeder, der den deutschen Charakter Südtirols leugne (und somit etwa auch die damalige österreichische Bundesregierung), „jegliche Berechtigung" verliere, „für Südtirol einzutreten" (BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zur Niederschrift des ord. DBÖ-Tages 1961, 2). Vgl. ferner den Tätigkeitsbericht des Volkstumsreferenten von 1960, Anlage 2/6 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 1 (selber Bestand) sowie Kapitel IV.3.4.

33 Interview vom 8.6.2012.

Zeitdiagnosen von Aufrufen zum „Kampf" gegen die „Vermassung" (und Geringschätzung der alten Eliten), die als Trend gesellschaftlicher Entwicklung nach 1945 wahrgenommen wurde.[34] Vorstellungen wie diese knüpften an alte Ressentiments gegen die ‚Masse' an, die Burschenschafter schon vor dem Krieg gegen die Demokratie zu Felde ziehen ließen. Den ideologischen Kern dieser Tradition bildet das Ideologem der soldatisch-heroischen Männlichkeit. Dieses burschenschaftliche Männlichkeitsbild erhebt Durchsetzungskraft und Stärke zu Idealen um ihrer selbst willen, forciert Durchgreifen und Entscheiden statt Dialog und Verhandlung und stellt dem demokratischen Interessenausgleich ein Prinzip des Alles-oder-nichts gegenüber. An die Stelle des Kompromisses der Vielen tritt die Entscheidung der Wenigen: der männlichen Eliten.[35] Demokratie wird in dieser Sichtweise mit Schwäche und diese mit Weiblichkeit assoziiert. Im Männlichkeitsideal liegt damit der Schlüssel zum Verständnis der historischen burschenschaftlichen Tendenz zum Autoritarismus, der Frontstellung der Burschenschaften gegen Demokratisierung und ihrer Skepsis noch gegenüber Demokratie als Form (vgl. Kapitel III.8.4).

VI.2.2 Oppositionell aus Prinzip?

„Wem es nicht ein Genuß ist, einer kämpfenden Minderheit anzugehören, der verdient nicht, zu siegen", erklärte *Teutonia* Wien am 9.8.2012 auf ihrer *facebook*-Seite – und umschrieb damit treffend das Selbstbild der Burschenschaften in Österreich nach 1945. Wie in Kapitel III.6.2 ausgeführt, war dieses wesentlich geprägt von einer Haltung der Opposition nicht nur regierenden Parteien, sondern auch dem von ihnen errichteten ‚System' gegenüber, wenn nicht gar gegenüber dem österreichischen Staat an sich. Wenngleich nicht wenige Burschenschafter sich auf individueller Ebene nach 1945 schnell und trefflich in die österreichische Nachkriegsgesellschaft integrieren konnten bzw. von dieser integriert wurden, wollte man in burschenschaftlichen Kreisen kollektiv doch keinen Frieden mit einem Österreich machen, zu dessen Staatsraison es zählte, sich nicht als ‚deutsch' zu bekennen und seine vermeintlich fähigsten Köpfe (die Burschenschafter selbst) von politischen Machtpositionen fernzuhalten. Der Proporz als institutionalisierte Reduzierung von Karrierechancen für nicht zur Anbiederung an die Großparteien bereite Deutschnationale begünstigte aufseiten dieser zusätzlich die Kultivierung eines prononciert oppositionellen Selbstverständnisses.

Die Einrichtung in der Rolle der grundsatzfesten Außenseiter[36] ging auch mit einer strategischen Neuausrichtung einher, die in der Diktion Joachim Raschkes als Über-

---

34 Alemannia 1962, 25.

35 Vgl. Schiedel 2007, 33 f.

36 Zu besonders deutlichem Ausdruck kommt diese Haltung in jener Schrift Günther Berkas von 1964, die dieser nur an deutschnationale Funktionäre und *opinion leaders* adressiert hatte (bezeichnender Titel: *‚Sind wir die Letzten?'*). Berka notiert darin selbst, dass eine einschlägige Selbstwahrnehmung im österreichi-

gang von der Macht- zur Kulturorientierung beschrieben werden kann.[37] Es handelte sich dabei um einen Versuch, dem eigenen Bedeutungsverlust als eigenständige politische Akteure Rechnung zu tragen und ihn gewissermaßen affirmativ zu wenden: Wenn man schon von der Sphäre unmittelbarer politischer Macht ausgeschlossen bzw. nicht bereit war, den ideologischen Eintrittspreis zu erlegen, so definierte man eben eine neue Aufgabenstellung jenseits dieser Sphäre – jene zu metapolitischer Tätigkeit, die neben dem fortgesetzten machtorientierten Engagement von Einzelpersonen in politischen Parteien einen Schwerpunkt burschenschaftlicher politischer Aktivität nach 1945 bilden sollte (vgl. Kapitel IV.2). Die Unterscheidung Raschkes wurde sinngemäß mitunter auch von Burschenschaftern selbst getroffen. So ortete ein Alter Herr 1964 in einer internen Diskussion der Innsbrucker *Germanen* über die politische Ausrichtung des Bundes „2 Möglichkeiten der politischen Betätigung", nämlich „Tagespolitik oder Zielpolitik". Die DBÖ erstrebe dabei seinem Eindruck nach „ein völkisches Denken und eine völkische Erneuerung unter Zurückstellung des Parteipolitischen".[38]

Während angesichts knapper personeller Ressourcen eine entsprechende Prioritätenbildung unabdingbar war, wurde der Übergang zur Kulturorientierung weder im Sinne einer vollständigen Ablösung noch im Sinne einer unumkehrbaren Richtungsentscheidung vollzogen. Ebenso wie Burschenschaften schon im 19. Jahrhundert umfangreiche kulturelle Aktivitäten in Österreich entfalteten[39], haben sie auch die Macht-

schen Deutschnationalismus über eine gewisse Tradition verfüge und verweist auf historische Organisationen wie den *Bund der letzten Germanen* in den 1870er-Jahren oder den *Verein der letzten Schönerianer* nach Ende des Ersten Weltkriegs. Auch wenn Berka den Deutschnationalismus freilich nicht für überholt, sondern für (im Sinne des Verzichts auf staatliche ‚Einheit') aktualisierungsbedürftig hält, schätzt er die eigene Position als dauerhaft minoritäre ein: Selbst bei „noch so kühnen Hoffnungen in die künftige politische Entwicklung in Österreich" bleibe es unveränderliches Faktum, „daß im Lager der sogenannten nationalfreiheitlichen Gruppe höchstens 10 bis 20 % der österreichischen Bevölkerung stehen werden" (PBW, Berka 1964, 7 f.).

37 Raschke (1986, 110) unterscheidet politische Bewegungen (u. a.) nach dem „zentral(n) Medium ihrer Zielverfolgung". Während machtorientierte Bewegungen ihr Streben v. a. auf die „Erringung staatlich-politischer Macht" oder von „Konzessionen seitens politischer Machthaber" richteten (ebd., 111) – also auf die von mir in Kapitel I.2 als *politische* gefasste Sphäre –, zielten kultur- bzw. wertorientierte Bewegungen auf den „soziokulturellen Bereich" als Bereich der „wert- und normorientierte(n) Lebensgestaltung und Sinngebung auf einer bestimmten materiellen Reproduktionsgrundlage". Erstrebt wird in letztgenanntem Fall eine „Änderung des Individuums und der sozialen Beziehungen, von denen häufig angenommen wird, daß sie auf Staat und Wirtschaft ausstrahlen könnten" (ebd., 112 f.). Erfolg bestehe für kulturorientierte Bewegungen in der Herbeiführung eines „Wertewandel(s) und darauf gründende(r) veränderte(r) Lebenspraxis" (ebd., 112). Dies entspricht dem metapolitischen Ansatz, wie er in Kapitel I.2 konzeptuell beschrieben wurde.

38 Paraphrasiert in den *Germanenmitteilungen* vom Februar 1964, 5.

39 Dies insbesondere im Rahmen ihrer auf Erhalt und Förderung ‚deutscher Kultur' und Sprache abzielenden ‚Grenzlandarbeit' (vgl. Kapitel IV.1.2). Zur Analyse burschenschaftlicher Frühgeschichte in Deutschland unter dem Paradigma der ‚(Gegen-)Kultur' vgl. Oergel (2003), welche die Burschenschaften als „if

orientierung nach 1945 nicht gänzlich abgelegt, wie etwa die zahlreichen Resolutionen burschenschaftlicher Dachverbände an Regierungsstellen zeigen. Vielmehr gewann Politik im engeren und engsten Sinn mit dem innenpolitischen Bedeutungsgewinn der FPÖ, der noch in den 1980er-Jahren in diesem Ausmaß kaum vorstellbar erschienen war, wieder deutlich an Attraktivität. Angesichts der plötzlich sehr realistisch erscheinenden Perspektive von Burschenschaftern in Regierungsämtern erschienen die ‚neurechten' Projekte von Metapolitik und Wertewandel nunmehr als unnötiger Umweg zur Macht.

Grundsätzlich entspricht die Machtorientierung dem auf elitärer Selbstwahrnehmung fußenden burschenschaftlichen Anspruch, zu führen. Insofern erscheint es paradox, dass Burschenschafter auch als Parteifunktionäre nach 1945 oft ihre grundsätzliche Oppositionsneigung beibehielten, zustande gekommene Regierungsbeteiligungen der FPÖ torpedierten bzw. Tendenzen der Partei zum Gang in die bzw. zum Verbleib in der Opposition nicht unmaßgeblich mit verantworteten (vgl. die Kapitel V.3 und V.5). Die Gründe dafür waren durchaus unterschiedlich. Zunächst war es, wie im nachfolgend beschriebenen Fall des Fritz Stüber (erst *Vandalia,* später *Gothia* Wien) aus den 1950er-Jahren, v.a. die zuvor beschriebene Sichtweise, dass jegliches Arrangement mit dem nach Kriegsende errichteten politischen System (d.h. jedes Arrangement, dass über die Akzeptanz von Demokratie als Form hinausging) einem Verrat an der ‚freiheitlichen' Sache gleichkomme. So kritisierte Stüber nach seinem Ausschluss aus dem FPÖ-Vorläufer VdU selbigen dafür, seiner Aufgabe – „dem kompromisslosen Kampf( ) gegen das Proporzsystem der Koalitionsparteien" – nicht gerecht geworden zu sein, sondern sich seit 1953 „allzu eifrig bemüht" zu haben, „Frieden mit dieser Koalition und insbesonders mit der Ö.V.P. zu machen". Entgegen dem von ihm konstatierten Drang der VdU-Führung zur Regierungsverantwortung wollte Stüber das ‚Dritte Lager' grundsätzlich auf eine Oppositionsrolle festgelegt sehen. Die „Kompromißlosen" unter den ‚nationalen' Wählern, als deren Fürsprecher Stüber sich verstand, lehnten es ab, „auf dem Umwege über eine sogenannte ‚dritte Kraft' doch wieder vor den Karren des Koalitionssystems gespannt zu werden".[40] Bemerkenswert ist allerdings, dass Stüber mit seinem kompromisslosen Kurs sowohl im VdU als auch mit seinen eigenen Nachfolgeprojekten FSÖ und DNAP Schiffbruch erlitt. Gleiches gilt für spätere An-

only initially, a progressive counter-cultural force" einstuft – nicht ohne auf schon in dieser Frühphase feststellbare Ambivalenzen hinzuweisen (ebd., 61).

40 *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1954, 104 f. Diesen Kurs hatte Stüber bereits als VdU-Funktionär vertreten – jedenfalls gegenüber der ÖVP. Als Julius Raab nach den Nationalratswahlen 1953 den VdU zu Gesprächen lud, habe Stüber sich geweigert, an diesen teilzunehmen. Sein Widerstand gegen die Annäherung an die ÖVP habe letztlich auch seinen Parteiausschluss bewirkt, so die FPÖ-Parteizeitung in einer späten Würdigung, der sie ein Zitat aus einer Stüber-Rede beischloss: „Niemals werden wir Unabhängigen uns dazu hergeben, um einen [sic] bankrotten System aus der Patsche zu helfen" (*Neue Freie Zeitung* vom 24.6.1998, 16).

läufe, eine entsprechende parteiförmige Alternative zur FPÖ zu etablieren. Offenbar fand ein derart ausgeprägter Rigorismus nur in einem kleineren Teil der ‚freiheitlichen' Gesinnungsgemeinschaft Anklang.[41]

Für deren harten völkischen Kern ist festzuhalten, dass es Unternehmungen wie der NDP Norbert Burgers oder der NFA Otto Scrinzis zwar nicht gelang, etwa die Regierungsbeteiligung ab 1983 zu verhindern bzw. unmittelbar zu beenden. Wohl aber waren sie effektiv, wenn es darum ging, den von den Parteiführungen Peter und Steger gewählten Kurs der konstruktiven Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften zu hintertreiben bzw. für die handelnden Personen möglichst schwer gangbar zu gestalten. Durchaus über den völkischen Kern hinaus verbreitet war im ‚Dritten Lager' die grundsätzliche Präferenz für ein Oppositionsdasein, was den eine Regierungsbeteiligung anstrebenden Friedrich Peter zu umfangreichen Bemühungen veranlasste, die „Paktfähigkeit" und Kooperationsbereitschaft seiner Partei nach außen hin zu demonstrieren.[42] Frischenschlager attestiert der FPÖ ein chronisches „Regierungs-Oppositionsproblem". Als er und andere die Partei 1983 erstmals in die Bundesregierung führten, hätten sie erkennen müssen, „dass sehr viele Anhänger des Dritten Lagers oder der FPÖ doch noch nicht so weit waren". Der Widerstand, der sich gegen den Regierungseintritt gerichtet habe, habe sich 2000 beim nächsten Anlauf wiederholt.[43]

In Rückschau auf die erste Regierung der Zweiten Republik mit blauer Beteiligung musste deren Vizekanzler Norbert Steger konstatieren, dass vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Oppositionsrolle der FPÖ „(d)as Wesen des Regierungskompromisses (…) den Funktionären fremd" sei[44] – und benannte damit die vermutlich größte Hürde für freiheitliche Regierungseintritte in jüngerer Zeit. Die in der Partei schon unter den äußerst regierungswilligen Obmännern Peter und Steger weitverbreitete Reserviertheit gegenüber der Übernahme von Regierungsverantwortung wurde unter Haider noch weiter gefördert. Der seine Selbstinszenierung charakterisierende rebellische Gestus, seine Agitation gegen die ‚Alt'- oder ‚Systemparteien', der von ihm eingeschlagene Kurs der ‚Anti-Politik'- und ‚Anti-Establishment'-Partei[45], die Erfahrung der Beeinflussbarkeit von Regierungshandeln auch aus der Opposition heraus und die im Zuge

41 Vgl. dazu auch die Reaktion Günther Berkas auf Stübers oben zitierten Leserbrief, in dem der Repräsentant des burschenschaftlichen Mainstreams in Österreich den VdU gegen Stübers Kritik (und insbesondere gegen den Vorwurf des um jeden Preis Regieren-Wollens) in Schutz nimmt und betont, dass sehr wohl viele konsequente ‚Nationale' zum VdU stünden, „darunter Burschenschafter und andere Waffenstudenten, die die Gründung einer von vornherein zu politischer Bedeutungslosigkeit verurteilten Splittergruppe für ein nationales Unglück halten." (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5/1954, 154)

42 Peter 1998, 148; vgl. auch 152.

43 Interview vom 11.12.2009.

44 Steger 1991, 69.

45 Vgl. hierzu und zur daraus sich ergebenden Inkompatibilität mit Regierungsanforderungen Heinisch 2003 und 2004 (hier: 257–259), Geden 2006 sowie Luther 2001, 2003 und 2009.

der Parteikrise von 2002 von vielen gezogene Schlussfolgerung, dass es für die FPÖ „keinen Regierungsbonus, sondern bloß einen Oppositionsbonus" gäbe[46], sind dabei als wichtige Faktoren zu veranschlagen. Ebenso fanden aber seit jeher auch der Rigorismus der Burschenschafter und die von ihnen gepflegte Außenseiteridentität (bei paradoxerweise gleichzeitig hochgehaltenem Anspruch auf Machtpositionen) in der freiheitlichen Regierungsunlust ihren Niederschlag. Wenn Andreas Mölzer den nach der Parteispaltung 2005 im BZÖ vereinigten „sogenannten ‚konstruktiven Kräfte(n)'" das „herkömmliche dritte Lager und die Eliten der historisch gewachsenen FPÖ, insbesondere die (…) Burschenschafter, Corpsstudenten et cetera" gegenüberstellt, so spricht daraus eine Prioritätensetzung, die unbedingte Grundsatztreue höher wertet als unmittelbare Gestaltungsmacht.[47]

VI.2.3 Fähig und bereit zum Kompromiss?

Die angesprochene Haltung steht mit einer demokratischen Grundanforderung, der Fähigkeit und Bereitschaft zum Suchen und Schließen von Kompromissen, in offenkundigem Konflikt. Ihre Wurzel findet sie, wie bereits ausgeführt, im völkisch-verbindungsstudentischen Idealbild ‚mannhaften' Verhaltens. Die Beschwörung von Standhaftigkeit als Wert an sich findet in der Mensur und der unbedingten Satisfaktion mit Waffe (vgl. dazu Kapitel III.5.4) ihren unmittelbarsten Ausdruck. So bejaht Mölzer das Prinzip der unbedingten Satisfaktion mit dem Argument, dass die ‚Ehre' des völkischen Korporierten eines besseren Schutzes bedürfe, als ihn das bürgerliche Recht gewährleiste – eines Schutzes, der

> letztlich in härtester Konsequenz (…) das Einstehen des ganzen Mannes, ohne Möglichkeit auszuweichen, erfordert. Jene Ehrenordnungen nun, die keine unbedingte Satisfaktion mehr kennen, nehmen dem Gedanken der Ehrenhaftigkeit eigentlich das Absolute, relativieren ein Prinzip, welchem [sic] man nur völlig oder gar nicht leben kann.[48]

Diese Philosophie des Entweder-oder prägt unverkennbar auch das Verhalten von *Burschenschafter-Politikern.* Standhaftigkeit als Ideal des Nicht-Abweichens von der eigenen Position wiederum wird im wortwörtlichsten Sinn in der Mensur eingeübt. Die grundlegendste Anforderung an den Burschenschafter auf Mensur hat Hans Giebisch (*Alania* Wien) poetisch auf den Punkt und damit das Mensurerlebnis, nach Beurteilung des *Teutonen*-Chronisten, „zu schönstem Ausdruck gebracht": „Den Schläger, den

46 Interview mit Frischenschlager vom 11.12.2009.
47 Mölzer in der Tageszeitung *Die Presse* vom 3.8.2010.
48 Mölzer 1980, 84 (wortgleich in Mölzer 1994b, 148).

blanken/nun schwinge ihn gut!/Da gilt dir kein Wanken,/und strömt auch das Blut./ Beim fröhlichen Schlagen/und da komme, was will:/Kopf hoch mußt du tragen,/Herzbruder – halt still!“[49] Ergänzt werden diese Verse in der *Teutonen*-Chronik durch den Hinweis auf den fundamentalen Sinn der Übung: „So macht man Männer!“[50]

Auf den Zusammenhang von Rigorismus und Reflexionsabwehr wurde bereits in der Einleitung zu Abschnitt VI.2 hingewiesen. Insbesondere der zentrale Stellenwert des Deutschtums in der burschenschaftlichen Identitätsbildung und die vielfältigen Bedrohungen, denen diese deutsche Identität des Burschenschafters in Österreich und seiner Umgebung nach 1945 ausgesetzt schienen, riefen ein Verhalten hervor, das schwerlich anders denn als zwanghaft bezeichnet werden kann. Angesichts der staatsrechtlichen Abtrennung vom deutschen ‚Kernland‘ und der bröckelnden Wahrnehmung Österreichs als ‚deutsches‘ Land selbst durch bundesdeutsche Burschenschafter meinten deren österreichische Verbands- und Waffenbrüder – wie schon 1866/1871 –, ihr Deutschtum fortwährend unter Beweis stellen zu müssen. Der Kampf für die ‚Deutscherhaltung‘ Österreichs und anderer für den großdeutschen Gedanken verlorener Territorien wurde neben der Konstruktion einer jugendlichen Nachfrage zur Grundlage der Behauptung einer Existenznotwendigkeit der völkischen Korporationen nach 1945. Eine wesentliche Rolle beim Aufbau des dafür notwendigen Bedrohungsszenarios kam der Beschwörung einer vermeintlich von Süden und Osten her drohenden ‚Slavisierung‘ zu. In ihr – wie in jüngerer Vergangenheit durch verstärkte Migrationsbewegungen – aktualisierte sich die unter österreichischen Völkischen seit der Zeit des Habsburg’schen ‚Vielvölkerstaates‘ lodernde Urangst vor Majorisierung. Heute wie vor hundert Jahren fürchtet der Völkische den Abstieg zur ‚Minderheit im eigenen Land‘, angetrieben von der Sehnsucht nach ‚Reinheit‘ (Homogenität) und wohl wissend, wie er selbst mit Minderheiten zu verfahren pflegte.

Das Beharren auf der Zugehörigkeit Österreichs zu einem Deutschland nach burschenschaftlicher Vorstellung bildet neben dem verbindungsstudentischen Brauchtum nur den auffälligsten Ausdruck des burschenschaftlichen Konservatismus nach 1945, der sich sowohl auf die Wert- als auch auf die Strukturebene erstreckte. Wo Veränderung stattfand, betraf dies weniger Positionen als ihre Begründung (wie im Fall des gesellschaftlichen Führungsanspruches der Burschenschaften); scheinbare programmatische Innovationen erweisen sich bei näherer Betrachtung als politisch opportune Fassungen althergebrachter Anliegen (wie im Fall des Europagedankens). Dem Ideal der Standhaftigkeit wie auch einem tief sitzenden Kulturpessimismus entsprechend, zeigte man sich geradezu stolz, gesellschaftliche Entwicklungen zu ignorieren und der Umwelt immer stärker als Anachronismus zu erscheinen. Über 100 Jahre hätten die *Li-*

49 So Giebischs *‚Mensurlied‘*, wiedergegeben in Teutonia 1968, 112.

50 Teutonia 1968, 112.

berten, so ihr Festredner Peitler zum 100. Stiftungsfest 1960, „den Charakterlosigkeiten eines alle 10 Jahre wechselnden Zeitgeistes stets den Trotz ihrer burschenschaftlichen Gesinnung entgegengesetzt"; sie würden es „auch in Zukunft so halten".[51] Etwa zeitgleich formulierte Mühlwerth für die *Teutonen* ein Lob der „vom Zeitgeist nicht angekränkelten Gesinnung der österreichischen Burschenschaften".[52] Noch 1994 wiesen die *Olympen* zu Werbezwecken darauf hin, dass „Umerziehung, Trauerarbeit und Betroffenheit, doch auch Konsum, soziale Dünkel und Moderne" an ihnen „fast völlig spurenlos vorbeigezogen" seien.[53]

Dabei handelte es sich keineswegs um bloße Koketterie. Gleichzeitig mit ihrer Öffnung für österreichische Bünde verankerte die *Deutsche Burschenschaft* in ihrer Verfassung jenen Grundsatz, wonach eine Mitgliedsburschenschaft im Fall der „Aufgabe eines Grundsatzes" ihren Selbstausschluss vollzöge.[54] Auch in den eigenen Reihen wollte man demnach keine Abweichung vom einmal – im 19. Jahrhundert – als richtig erkannten Weg dulden, wie eine bundesdeutsche Burschenschaft am Burschentag der DB 1978 konstatierte. Offenbar seien in der Wahrnehmung jener Verbandsfraktion, der alle österreichischen DB-Bünde angehörten, in Fragen der Verbandsverfassung „Kompromisse ohne Selbstaufgabe nicht möglich".[55] Selbst noch im engsten Kreis des eigenen Bundes glaubte man Grundsätze in Stein meißeln zu müssen: Wie in Kapitel III.5 erwähnt, sieht die Satzung *Olympias* für Grundsatzänderungen dieselbe Vier-Fünftel-Mehrheit vor, die zur Selbstauflösung des Bundes erforderlich ist.[56]

Das Bestreben, sich vom vermeintlichen ‚Zeitgeist' unbeeindruckt zu zeigen, äußerte sich bisweilen in blanker Realitätsverweigerung, wie auch in burschenschaftlichen Kreisen selbst notiert wurde. So sah *Alemannia* Stuttgart sich 1975 zu dem in Kapitel II.5.4 (Exkurs) erwähnten Antrag veranlasst, wonach die DB sich fortan „an den politischen Gegebenheiten" orientieren, d.h. staatliche Gebilde und Orte künftig in öffentlichen Stellungnahmen auch mit den offiziellen Bezeichnungen benennen möge, anstatt durch die demonstrative Rede vom ‚Deutschen Reich' oder der ‚Reichshauptstadt Berlin' (wohlgemerkt im zeitgenössischen Kontext) eine Vergangenheit zu beschwören, der manche offenbar noch nachtrauerten.[57] Widerspruch kam, wenig über-

---

51 Zit. in Libertas 1967, 254.

52 Teutonia 1968, 139.

53 DÖW, *Olympia*-Flugblatt vom Oktober 1994.

54 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1971, 12.

55 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1978, 15. Vgl. zur fehlenden Kompromissbereitschaft der Österreicher im Verkehr mit bundesdeutschen Bünden (hier: im Rahmen der Fusionsanbahnung zwischen DBÖ und DB) etwa BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961 (Vorort Bremen), 5.

56 DÖW, Olympia 2006, 5.

57 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 38 (durchgehende Kapitalisierung entf.).

raschend, aus Österreich, da – so *Leder* Leoben – die DB mit einem solchen Beschluss auch die Existenz einer österreichischen Nation anerkennen würde. Die österreichischen Delegierten stimmten geschlossen gegen den Antrag.[58]

Freilich gab es durchaus auch in Österreich innerburschenschaftliche Stimmen, die einen pragmatischen Kurs in dem Sinne vertraten, dass zwar Grundwerte beibehalten, aber auf der Höhe der Zeit und nötigenfalls auch unter taktischen Rücksichtnahmen vertreten werden sollten. Dies bezeugt nicht zuletzt das Scheitern von Unbedingten wie Stüber und Burger, auch wenn beide gerade in Burschenschafterkreisen eine ebenso treue wie überschaubare Basis vorfanden. Der im Gegensatz zu diesen beiden (kurzzeitig) höchst erfolgreiche *Burschenschafter-Politiker* Gugerbauer pochte bereits vor Beginn seiner FPÖ-Laufbahn, gewandt an seine Bundesbrüder bei den *Oberösterreicher Germanen,* darauf, dass „auch ein auf seine Prinzipientreue pochendes Gemeinwesen" bisweilen der „Kompromißfähigkeit" bedürfe, um nicht handlungsunfähig zu werden, und warnte vor „besonders forschem und radikalem Auftreten" gegenüber den liberaleren Bünden innerhalb der DB.[59] Ein solches Politikverständnis war auch der demokratischen Parteienauseinandersetzung angemessen, damit aber nicht unbedingt repräsentativ für das Burschenschaftswesen in Österreich insgesamt. Andere Stimmen forderten Kompromissbereitschaft dezidiert nur für den innerburschenschaftlichen Verkehr ein[60], wieder andere – wie zuvor anhand der DB gezeigt – nicht einmal dort. Gerade im Auftreten gegenüber den bundesdeutschen Verbindungen zeigten die Österreicher sich von der Richtigkeit und Alternativlosigkeit ihrer eigenen Auslegung der burschenschaftlichen Idee stets überzeugt.

Unter dem Gesichtspunkt der Politikfähigkeit von Burschenschaftern ist Kompromissunfähigkeit bzw. -unwilligkeit aufgrund der damit einhergehenden Unfähigkeit zu gelingender Kooperation mit anderen (d.h. auch andersdenkenden) politischen Kräften sowie zu taktischem Verhalten von Belang, wie Friedrich Peters Klage über das häufige Beharren „auf dem Justamentstandpunkt" durch „manche Exponenten der Nationalen" verdeutlicht.[61] Gleichzeitig weist Peter darauf hin, dass diese rigoristische Disposition stets auch „Verlässlichkeit" und eine besondere Resistenz gegen Druck von außen verbürgt habe. Der „Idealismus", das „Pflichtbewußtsein" und die „Opferbereitschaft" der ‚Nationalen' habe „die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft durch deren

58 BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1975, 30 f. bzw. 42 f. für die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung.

59 So Gugerbauer in einem internen Bericht von 1975, zit. in Oberösterreicher Germanen 1994, 63.

60 Vgl. etwa Teutonia 1968, 111 – wo die Kompromissbereitschaft von der Absicht getragen ist, äußeren Bedrohungen stark und geeint gegenübertreten zu können – oder generell die Erziehung zur Akzeptanz von Mehrheitsentscheiden im Rahmen des Convents.

61 Peter 1998, 142.

Wellentäler getragen."[62] In mancherlei Hinsicht war der in den völkischen Verbindungen kultivierte Ethos für eine Partei, die sich wesentlich auf Korporierte stützte bzw. stützen musste, somit durchaus funktional – wobei diese Funktionalität im Sinne von Parteiinteressen nicht mit den grundlegenden Anforderungen demokratischer Prozesse verwechselt werden sollte.

Als durchaus dysfunktional erwies sich dagegen der von *Burschenschafter-Politikern* oft an den Tag gelegte Bekenntnisdrang – die Verweigerung des Kompromisses auch im Sinne der Nicht-Artikulation inopportuner Anschauungen, wenn das burschenschaftliche Gewissen (oder die Erwartungshaltung der Gesinnungsfreunde) anderes auftrug. Was von Außenstehenden bisweilen als Ausdruck einer Überordnung der Emotion über die Ratio wahrgenommen wird[63], erscheint dem Burschenschafter selbst als Ausweis von Ehren- und Mannhaftigkeit. So kann er nicht schweigen, auch und gerade dann nicht, wenn die politische Vernunft es nahelegen würde, und gibt der Rolle eines (in eigener Wahrnehmung) Märtyrers der Wahrhaftigkeit im Fall des Falles auch den Vorzug vor parteipolitischem Erfolg und eigenen Karriereinteressen.[64] Entgegen Höbelts an die Burschenschafter adressiertem Ratschlag, „sich nicht selbst ständig so offensiv zu vermarkten"[65], ist allerdings festzuhalten, dass etwa Bekenntnisse zu Österreich als ‚deutschem' Staat vonseiten burschenschaftlicher FPÖ-Funktionäre jedenfalls in jüngerer Vergangenheit meist auf gezielte Nachfrage von JournalistInnen-Seite hin zustande kommen. Der gerade unter parteipolitisch aktiven Burschenschaftern durchaus vorhandene Pragmatismus hält zum Verzicht auf proaktives Bekennen an, stößt jedoch dort

---

62 Ebd., 141 f. (Zitate: 141).

63 So etwa von Peter 1998, 142. Tatsächlich findet in der Gefühlsbetontheit burschenschaftlicher Politik die überschwängliche Tradition der deutschen Aufklärung ebenso Niederschlag wie der generelle konservative Hang zum Irrationalismus (respektive das konservative Ressentiment gegen die Rationalität) – vgl. zu letztgenanntem Aspekt Lenk 1994b, 123 und 143–145 sowie Fritzsche 1998, 273 und 286. In den österreichischen Bünden war der Hang zur Emotionalität besonders ausgeprägt, folgt man der Darstellung Herwig Bücheles (damals *Brixia*). Dieser warb 1960 für die Fusion von DB und DBÖ mit den Synergien, die sich dadurch realisieren ließen: So brächten die bundesdeutschen Burschenschafter „ein gewisses Quantum mehr an ratio, die DBÖ ein gewisses Quantum mehr an emotio als Unterpfand mit" (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 23/1969 [Vorort Bremen], 12). Der *Oberösterreicher Germane* Günter Hauska sprach sich demgegenüber in einem Brief an seine Bundesbrüder vom 26.10.1981 gegen ein „Primat der Emotionen über die Vernunft" aus (wiedergegeben in Oberösterreicher Germanen 1994, 106).

64 Vgl. beispielhaft die erwähnte Schmähung Harald Stefans *(Olympia)* durch die Wiener *Teutonen*, deren Mitglied Jan Ackermeier Stefan 2010 wegen öffentlich gewordener rechtsextremer Verwicklungen als parlamentarischen Mitarbeiter entlassen hatte: Man lehne den „Umgang mit Burschenschaftern" ab, „die aus persönlichem Vorteilsdenken handeln" (zit. n. http://www.stopptdierechten.at/2010/10/23/burschis-im-stellungskampf, Artikel vom 23.10.2010).

65 Im Interview mit *derstandard.at* vom 10.5.2011, abrufbar unter http://derstandard.at/1304551420897/der-Standardat-Interview-Stellenwert-der-Burschenschafter-wird-ueberschaetzt.

an die Grenze burschenschaftlicher Ehrauffassung, wo es gälte, dem zentralen Glaubenssatz der Burschenschaften in Österreich öffentlich abzuschwören.

Offen und jeweils nur für den Einzelfall beantwortbar bleibt dabei, inwieweit es tatsächlich ein innerer Antrieb und inwieweit es sozialer Druck der vereinigten Waffenbrüder ist, der parteipolitisch aktive Burschenschafter zu wahl- und polittaktisch ‚unvernünftigem' Handeln animiert: zur Ableistung eines Deutschtumsbekenntnisses, zur Verweigerung einer klaren Verurteilung des Nationalsozialismus oder zur Aussprache von Duellforderungen (wie 2004 und 2007 durch Heinz-Christian Strache). Darüber hinaus kann solches Verhalten sogar durchaus rationalem politischen Kalkül entspringen, auch wenn das Gegenteil der Fall zu sein scheint – und etwa dazu dienen, sich die Unterstützung wichtiger parteiinterner Einflussgruppen zu sichern bzw. diesen keinen Anlass zu liefern, ihr bekanntes Störpotenzial zu entfalten. Antizipierbar negative Reaktionen in Medien und Teilen der WählerInnenschaft mögen dafür mitunter in Kauf zu nehmen sein. Aus Sicht einer stärker erfolgs- als wertorientierten Parteiführung ist die Grenze für derartige Irritationen dort zu ziehen, wo der allgemeine Imageschaden den Kalmierungseffekt bzw. Glaubwürdigkeitsgewinn in Kernwähler- und Kernfunktionärsschichten zu übersteigen droht. Es sind ebendiese Fälle, in denen pragmatische Burschenschafter sich von unbedingten scheiden. Affären wie die 2011 in einem Parteiausschluss gipfelnde um Werner Königshofer[66] (zumindest vormals *Brixia* Innsbruck) illustrieren die Inkompatibilität jedenfalls des kompromissunbereiten Typus des *Burschenschafter-Politikers* mit einer auf Stimmenmaximierung ausgerichteten Parteilinie. Obmann Strache stand (wie sein Vertrauter Stefan dem *Teutonen* Ackermeier im eben zuvor erwähnten Konfliktfall) Königshofer dabei als Repräsentant des pragmatischeren Korporiertentypus gegenüber, ohne dass zwischen den Kontrahenten nennenswerter inhaltlicher Dissens feststellbar gewesen wäre.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Demokratieverständnis des burschenschaftlichen Mainstreams im Österreich der Zweiten Republik die Existenz eines im völkischen Sinne homogenen demokratischen Subjekts normativ voraussetzt und burschenschaftliche Politik daher wesenhaft auf die Herstellung solcher Homogenität ausgerichtet ist. Mit liberal-demokratischen Abläufen in pluralistischen Gegenwartsgesellschaften ist dieses Verständnis nur notdürftig vermittelbar, erfordern diese doch die Anerkennung menschlicher ‚Gleichheit in der Vielfalt' sowie ein Mindestmaß an Kooperationsbereitschaft, Lernbereitschaft (im Sinne der Infragestellung eigener Dogmen) und Kompromissfähigkeit. Das Fehlen entsprechender Dispositionen erweist sich nicht nur als demokratiepolitisches Problem, sondern auch als realpolitischer Hemmschuh für Burschenschafter in politischen Funktionen und für Parteien, in denen bzw.

66 Vgl. http://orf.at/stories/2071144/2071138 (Artikel vom 28.7.2011, ohne Autor/-in).

auf die Burschenschafter relevanten Einfluss ausüben. Es reduziert deren taktische Manövrierfähigkeit, ihre Bandbreite an Kooperationsoptionen, ihre Responsivität für gesellschaftliche Entwicklungen, mithin ihr eigenes Entwicklungspotenzial und letztlich ihre Regierungsfähigkeit, zumal in Form von Koalitionen.

Freilich waren die erwähnten Eigenschaften stets von Burschenschafter zu Burschenschafter unterschiedlich stark ausgeprägt (und stand ebenso wenig jeder Burschenschafter am rechten Rand der FPÖ wie jeder an deren rechtem Rand Stehende Burschenschafter war). Auch fanden sie im konkreten Handeln der Individuen durchaus situationsbezogenen Niederschlag. Noch der rigoroseste Verfechter von Standhaftigkeit in der Vertretung burschenschaftlicher Grundsätze mochte unorthodoxes Verhalten an den Tag legen, wenn eine spezifische Interessenlage es ihm nahezulegen schien. So stellte etwa auch ein prominenter Ideologe wie Fritz Stüber, der ob seiner Enthaltung bei der Abstimmung über den Staatsvertrag im Nationalrat 1955 in völkischen Kreisen gefeiert und bis heute als Muster an Grundsatztreue verehrt wird[67], in der unmittelbaren Nachkriegssituation bemerkenswerte Flexibilität unter Beweis. Hatte er 1938 leidenschaftlich für den Anschluß geworben und im Krieg als Journalist des *Neuen Wiener Tagblatts* bis zuletzt Durchhalteparolen ausgegeben, sandte er bereits Mitte Mai 1945 [sic] Gedichte an das *Neue Österreich,* die mit dem Opportunismus seiner ZeitgenossInnen gegenüber dem NS-Regime hart ins Gericht gingen. Eine Kostprobe daraus, die Stüber zu jener Zeit verfasst haben wollte, in der er tatsächlich die Wehrkraft der Wiener Bevölkerung publizistisch sicherzustellen suchte, soll am Ende dieses Buches stehen.

Warum kommt dir auf einmal erst jetzt zu Sinn,
Ob der Führer denn unfehlbar sei?
Warum gibst du erst jetzt dem Zweifel dich hin
Über Nutzen und Zweck der Partei? (…)
Weil vielleicht der Verstand, der solang sich verschwieg,
Dir zur Umkehr und Vorsicht nun rät?
Ach, im fünften Jahr Krieg, im fünften Jahr Krieg
Kommt das Denken ein bißchen zu spät.[68]

---

67 Vgl. etwa *Aula* Nr. 2/1978, 19 f. und Nr. 5/1980, 4 f. *Der Wiener Beobachter* Nr. 9/1998 (o. S.) der rechtsextremen *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AfP) würdigte Stüber als Mann, „der vor, während und nach Hitler zu seinem Volk stand und – wie ganz wenige Politiker in dieser Republik – zwei Tugenden besaß: er war aufrecht und standfest“. (Medienfunde entnommen dem Bestand BAK, DB 9, M. Burschenschafterlisten/Personalia, Stüber, Fritz)

68 Abgedruckt im *Neuen Österreich* vom 15.7.1945, o. S. (BAK, DB 9, M. Burschenschafterlisten/Personalia, Stüber, Fritz). Vgl. im Kontrast dazu einen ebendort wiedergegebenen Stüber-Vers von 1938: „Mein Führer, du! In allem was ich denken/Und gläubig schaun und mutig schaffen darf,/Steht ernst dein

ANHANG

Literatur, publizierte Quellen, Chroniken und Festschriften[1]

Achatz, Hans (2007): Rede zur Feier am Burschenschafterturm in Linz am 6.10.2007. Abrufbar unter http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/fileadmin/user_upload_bbl/Addendum/addendum_4_2007_01.pdf.

Adorno, Theodor W. (2003a [1959]): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Kulturkritik und Gesellschaft II (Gesammelte Schriften, Bd. 10.2), Frankfurt/M.: Suhrkamp, 555–572.

Ders. (2003b [1966]): Erziehung nach Auschwitz. In: Kulturkritik und Gesellschaft II (Gesammelte Schriften, Bd. 10.2), Frankfurt/M.: Suhrkamp, 674–690.

Adunka, Evelyn (2002): Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele. In: Heinz Wassermann (Hg.): Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung. Innsbruck: StudienVerlag, 12–65.

Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus (1994): Nachrichten gegen den Kommers. Innsbruck: Eigenverlag. *[DÖW]*

Albia, Wiener akad. B! (2005): Festschrift 135. Stiftungsfest. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Aldania, Akad. B! zu Wien [Verf.: Jörg Mayer] (1984): 90 Jahre Aldania. Vom Werden und Wirken einer deutschen Korporation. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Dies. [Verf. und f.d.I.v.: Jörg Mayer; Hg.: Studentenverein Margareten] (1994): 100 Jahre Akademische Burschenschaft Aldania zu Wien. Vom Werden und Wirken einer deutschen Korporation. Festschrift zum 100. Stiftungsfest. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Alemannia, Akad. B! in Wien [f.d.I.v.: Fritz Gärtner] (1962): Festschrift zum 100. Stiftungsfest der Akademischen Burschenschaft Alemannia in Wien. 1862–1962. Gmunden/Krems: Eigenverlag. *[AVSt]*

Allesch, Christian (1988): Zur aktuellen Situation des politischen Liberalismus aus der Sicht des Atterseekreises. In: Politisch-wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Atterseekreis

---

Bild und weiß mich gut zu lenken / Und hält mein Schwert und meine Sinne scharf. / Mit deinem Willen wundersam verwoben / Ist stets die Treue unser Wappenzier, / Ich will aufs neue deinem Bild geloben: / Mein Führer, du! Befiehl! Ich folge dir." Nach glimpflich überwundener Entnazifizierung besann Stüber sich schließlich seiner Wurzeln und begann eine bis zu seinem Ableben 1978 währende Karriere als Zentralgestalt der österreichischen extremen Rechten.

1 Die Einbeziehung publizierter Quellen sowie der teilweise nur bundintern verbreiteten verbindungsstudentischen Chroniken und Festschriften in die Auflistung von Sekundärliteratur erfolgt im Sinne erleichterter Auffindbarkeit: In vielen Fällen ist eine klare Unterscheidbarkeit von Literatur und Quelle sowie von öffentlichen und nicht- oder halböffentlichen Quellen – zumal aus LeserInnenperspektive – nicht gegeben und könnten entsprechende Zuordnungen nicht ohne Willkür erfolgen. Im Archivverzeichnis aufgeführt werden dagegen verbindungsstudentische Ephemera und unpublizierte Quellen jenseits der Gattungen ‚Chronik' und ‚Festschrift'. Bundzeitungen sind im Zeitschriftenverzeichnis enthalten. Die Herkunft einzelner der nachfolgend aufgelisteten Publikationen aus Archiven wird durch das entsprechende Archivkürzel (in eckiger Klammer) angezeigt. Für Internetlinks gilt auch hier der 1. Juli 2014 als letztes Zugriffsdatum.

(Hg.in): Die Liberalen – auf der Suche nach der verlorenen Identität? 2. Auflage. Wien: Eigenverlag, 9–22.
Amberger, Heinz (Hg. [im Auftrag des Gesamtausschusses für burschenschaftliche Arbeit], 1955): Burschenschafter-Handbuch, 3. Auflage. Bochum: Pöppinghaus.
Anderson, Benedict (2005 [1983]): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M.: Campus.
Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
Bach, Maximilian (1898): Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848. Wien: Erste Wiener Volksbuchhandlung.
Bäck, Hanna/Debus, Marc (2009): The Ideological Cohesion of Political Parties. An Analysis of Parliamentary Speeches in Austria and Germany. Paper prepared for presentation at the ECPR General Conference in Potsdam.
Dies. (2010): The Ideological Cohesion of Political Parties. An Evaluation of the Method of Deriving MPs' Policy Positions from Parliamentary Speeches. Paper prepared for presentation at the 68th Annual MPSA Conference.
Bailer, Brigitte (2004): Partei- statt Metapolitik. „Neue Rechte" und FPÖ in Österreich. In: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: VS, 163–173.
Bailer-Galanda, Brigitte (o.J.): Zum Begriff des Rechtsextremismus. Abrufbar unter http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus.
Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang (1993a): Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/illegale Gruppen. In: DÖW 1993, a.a.O., 102–238.
Dies. (1993b): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: DÖW 1993, a.a.O., 327–428.
Dies. (1997): Haider und die „Freiheitlichen" in Österreich. Berlin: Elefanten-Press.
Balder, Hans-Georg (2005): Die Deutsche*n* Burschenschafte*n*. Ihre Darstellung in Einzelchroniken. Hilden: WJK.
Benoist, Alain de (1984): Aus rechter Sicht. Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen, Bd. 2. Tübingen: Grabert.
Ders. (1985): Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Krefeld: Sinus.
Benz, Wolfgang (2011): Heilserwartung und Aufstand gegen die Moderne. In: Anton Pelinka/Birgitt Haller (Hg.Innen): Fundamentalismus. Aktuelle Phänomene in Religion, Gesellschaft und Politik. Wien: Braumüller, 9–18.
Berka, Günther (1959): 100 Jahre Deutsche Burschenschaft in Österreich 1859–1959. Die geistige Leistung ihrer bedeutenden Männer. Graz: Aula-Verlag.
Bihl, Gustav (2006): Wien 1945–2005. Eine politische Geschichte. In: Ferdinand Opll/Peter Csendes (Hg.): Wien. Geschichte einer Stadt, Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart. Wien: Böhlau, 545–650.
Blumer, Herbert (1986) [1969]: Symbolic Interactionism: Perspective and Method. Berkeley: University of California Press.

Bock, Petra/Wolfrum, Edgar (1999): Einleitung. In: Dies. (Hg.Innen): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 7–13.

Böhler, Ingrid (1995): „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk." Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur: Kulturverlag, 502–531.

Boehler, Werner (1999): Die Volksgemeinschaft: Lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Phantasien. In: Anton Szanya (Hg.): „Durch Reinheit zur Einheit". Psychoanalyse der Rechten. Innsbruck: StudienVerlag, 108–125.

Bosch, Herbert (1980): Ideologische Transformationsarbeit in Hitlers Rede zum 1. Mai 1933. In: Projekt Ideologie-Theorie 1980a, a. a. O., 107–140.

Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.Innen, 2007): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit". Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden: VS.

Breuer, Stefan (2005): Von der antisemitischen zur völkischen Bewegung. In: Aschkenas 15 (2), 499– 534.

Ders. (2008): Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Breuss, Susanne/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas (1993): Österreichische Nation, österreichisches Nationalbewusstsein und österreichische Identität. In: DÖW 1993, a. a. O., 546–570.

Brixia, Innsbrucker akad. B! [f. d. I. v.: Armin u. Erik Öhlinger] (2001): Festschrift zum 125. Stiftungsfest. Innsbruck: Eigenverlag. *[AVSt]*

Broszat, Martin (1988): Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus? In: Historische Zeitschrift 247 (1), 1–14.

Brunck, Helma (2009): Die Burschenschaft in der Weimarer Republik und in der NS-Diktatur (1919–1945) – Eine historiographische Bilanz. In: Klaus Oldenhage (Hg.): 200 Jahre burschenschaftliche Geschichtsforschung – 100 Jahre GfbG – Bilanz und Würdigung. Koblenz: Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung, 71–90.

Burger, Norbert (1959): Südtirol. In: Olympia 1959, a. a. O., 125–138. *[AVSt]*

Ders. (1966): Südtirol – wohin? Ein politisches Problem unserer Zeit und seine Lösung. Berg: Druffel.

Busson, Felix (1997): Ritterlicher Ehrenschutz. Wien: Karolinger.

Cerwinka, Günter (1984) In: Christian Oppermann/Fritz Düppe (Hg.): Die Geschichte des Ostdeutschen Bundes und seiner Mitgliedsburschenschaften. Bochum: Prager Burschenschaft Arminia, 9–22. *[AVSt]*

Ders. (1994): Geschichte der Allemannia. In: Ders./Andreas Kolmayr (Hg.): 125 Jahre Akademische Burschenschaft Allemannia Graz. Kleines Allemannen-Handbuch. Graz: Eigenverlag, 6–28.

Ders. (2009): 150 Jahre Deutsche Burschenschaft in Österreich – Der Beitrag der Forschung in Österreich. In: Klaus Oldenhage (Hg.): 200 Jahre burschenschaftliche Geschichtsforschung – 100 Jahre GfbG – Bilanz und Würdigung. Koblenz: Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung, 91–110.

Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hg.Innen, 2010): „Was ein rechter Mann ist …". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Dietz.

Corbin, Juliet/Strauss, Anselm (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz.

Davy, Ulrike/Vašek, Thomas (1990): Der „Siegfried-Kopf“. Eine Auseinandersetzung um ein Denkmal in der Universität Wien. Wien: WUV.

Dietzsch, Martin/Jäger, Siegfried/Kellershohn, Helmut/Schobert, Alfred (2004): Nation statt Demokratie. Sein und Design der „Jungen Freiheit“. Münster: Unrast.

Döhn, Lothar (1998): Liberalismus – Spannungsverhältnis von Freiheit, Gleichheit und Eigentum. In: Franz Neumann (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 1, 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, 159–234.

DÖW [Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes] (Hg., 1981): Am Beispiel der ANR: Neonazismus in Österreich. Wien: Eigenverlag.

Dass. (2005): Rechtsextreme *Neue Ordnung.* Abrufbar unter http://www.doew.at/cms/download/620an/re_neue_ordnung.pdf.

DÖW [Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes] (Hg.in, 1993): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Auflage. Wien: Deuticke.

Dohle, Oskar/Eigelsberger, Peter (2009): Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager nach 1945. Linz/Salzburg: Oberösterreichisches und Salzburger Landesarchiv.

Drack, Ralf (2008): Rechtsextremismus und Verlage in Österreich mit dem Schwerpunkt auf den 90er Jahren. Wien: Diplomarbeit.

Drimmel, Heinrich (1975): Die Häuser meines Lebens. Wien: Amalthea.

Dvorak, Helge (1996–2014): Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. 1: Politiker (Teilbände 1 bis 8). Heidelberg: Winter.

Ders. (1959): Die Geschichte der Burschenschaft Olympia. Versuch einer übersichtlichen Darstellung in Form einer Zeittafel. In: Olympia 1959, a. a. O., 27–82. *[AVSt]*

Ders. (1996): Olympen-Chronik. In: Olympia 1996, a. a. O., 13–78. *[DÖW]*

Dworczak, Hermann (1979): Neuformierung und Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945. In: DÖW (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien: ÖBV, 118–127.

Ecker-Erler, Andrea (1991): Elitenrekrutierung in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Innsbruck: Diplomarbeit.

Eitz, Thorsen/Stötzel, Georg (2007): Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch. Hildesheim: Olms.

Elste, Alfred/Michael Koschat (1998): Vereine als Vorfeld der Parteien. In: Helmut Rumpler/Ulfried Burz (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 2: Kärnten. Wien: Böhlau, 292–314.

Falkenberg, Susanne (1997): Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich. Duisburg: Dissertation. Abrufbar unter http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate5116/diss9705.pdf.

Falter, Matthias (2011): Critical Thinking Beyond Hufeisen. „Extremismus“ und seine politische Funktionalität. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells. Wiesbaden: VS, 85–101.

Fichter, Jelka (2009): Abgesang. Zum verbindungsstudentischen Liedgut. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a. a. O., 200–208.

Figl, Wilhelm (1974): Burschenschaft und Wehrgedanke. In: Festreden „Die Burschenschaft heute“ zum 115. Stiftungsfest der Wiener akademischen Burschenschaft Olympia am 16. November 1974 (Typoskript), 5–9. *[AVSt]*

Fischer, Gero/Gstettner, Peter/Konrad, Helmut/Larcher, Dietmar/Pelinka, Anton (1990): Die „Lorenzener Erklärung“ – ein Produkt aus der ideologischen Kaderschmiede der FPÖ. In: Gero Fischer/Peter Gstettner (Hg.): „Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen“. An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders „Erneuerungspolitik“. Klagenfurt/Celovec: Drava, 16–34.

Fischer, Heinz (Hg., 1966): Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation. Wien: Europa Verlag.

Fischer, Michael (2009): Fremdenfeindlichkeit und Verschwörungstheorien in der Wochenzeitung „Zur Zeit“. Innsbruck: Diplomarbeit.

Fischer-Kowalski, Marina (1977): Zur Entwicklung von Universität und Gesellschaft in Österreich. In: Fischer, Heinz (Hg.): Das politische System Österreichs, 2. Auflage. Wien: Europa Verlag, 571–624.

Fleck, Christian (1996): Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 (1), 67–92.

Fliszar, Fritz (1991): Österreich in den Vereinigten Staaten von Europa. In: FPÖ 1991, a.a.O., 82–86.

Foltin, Robert (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien: edition grundrisse.

Forster, Christine (1984): Die Geschichte der Österreichischen Hochschülerschaft 1945–1955. Wien: VWGÖ.

Franceschini, Christoph (1993): Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol. In: Anton Pelinka/Andreas Maislinger (Hg.): Handbuch zur Neueren Geschichte Tirols, Bd. 2.1: Politische Geschichte. Innsbruck: Wagner, 467–507.

FPÖ [Freiheitliche Partei Österreichs] (Hg.in, 1991): Meilensteine des Aufstiegs. 35 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs. Wien: Neue Freie Zeitung.

Dies. (1996): 40 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs. Wien: Freiheitliche Akademie.

Dies. (2008): Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs. Wien: Eigenverlag.

Dies. (2011): Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Abrufbar unter http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf.

Frei, Norbert (1996): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München: Beck.

Frey, Klaus-Walter (1983): Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 an den Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck unter dem Einfluss der freiheitlich-burschenschaftlichen Bewegung. Würzburg: Dissertation.

Friedländer, Saul (2007): Nachdenken über den Holocaust. München: Beck.

Fritzl, Hermann/Uitz, Martin (1975): Kritische Anmerkungen zur sogenannten Lagertheorie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (3), 325–332.

Fritzsche, Klaus (1998): Konservatismus: Entwürfe zur Sicherung sozialer Herrschaft. In: Franz Neumann (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 1, 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, 267–318.

Gärtner, Reinhold (1989): Right-Wing Student Politics in Austria after 1945. In: Fred Parkinson (Hg.): Conquering the Past. Austrian Nazism Yesterday and Today. Detroit: Wayne State University Press, 279–293.

Ders. (1993): Die Aula. In: DÖW 1993, a.a.O., 252–270.

Ders. (1996): Die ordentlichen Rechten. Die „Aula", die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus. Wien: Picus.

Garscha, Winfried (2002a): Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: öbv&hpt, 852–883.

Ders. (2002b): Die verhinderte Re-Nazifizierung. Herbert Steiner und das Österreich des *Herrn Karl.* In: Herbert Arlt (Hg.): Erinnern und Vergessen als Denkprinzipien. St. Ingbert: Röhrig, 27–44.

Gassner, Markus/Zellhofer, Klaus (1994): SS und Rosenkranz – Völkischer Katholizismus. In: Purtscheller 1994, a.a.O., 100–123.

Gatterer, Claus (1981): Südtirol und der Rechtsextremismus. In: DÖW (Hg., 1981): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 5. überarb. und erg. Auflage. Wien: ÖBV, 250–269.

Geden, Oliver (2004): Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung. Opladen: Leske + Budrich.

Ders. (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung: Wiesbaden: VS 2006.

Gehler, Michael (1990): Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938. Innsbruck: Haymon.

Ders. (1994): Korporationsstudenten und Nationalsozialismus in Österreich. Eine quantifizierende Untersuchung. In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1), 1–28.

Ders. (1995a): Rechtskonservativismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit. In: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M.: Campus, 236–263.

Ders. (1995b): „… eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes …". Die Waldheim-Affäre 1986–1992. In: Ders./Hubert Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien: Thaur, 614–665.

Ders. (1997a): Korporationsstudenten und Nationalsozialismus in Österreich. Eine quantifizierende Untersuchung am Beispiel der Universität Innsbruck 1918–1938. In: Ders./Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 131–158.

Ders. (1997b): „… erheb' ich, wie üblich, die Rechte zum Gruß …". Rechtskonservativismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis 1995. In: ders./Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 187–222.

Ders. (1998): Studentenverbindungen und Politik an Österreichs Universitäten. Ein historischer Überblick unter besonderer Berücksichtigung des akademischen Rechtsextremismus vom

19. Jahrhundert bis heute. In: Helmut Reinalter/Franko Petri/Rüdiger Kaufmann (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung. Innsbruck: StudienVerlag, 338–428.

Ders. (2002): „1938 Lüge und Wahrheit. Weder Opfer noch Schuld". Quellenkritischer und didaktischer Umgang mit rechtsextremer Publizistik im „Anschluß"-Gedenkjahr 1988. In: Rolf Steininger/Sabine Pitscheider (Hg.Innen): Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit. Innsbruck: StudienVerlag, 425–448.

Ders./Dietrich Heither/Alexandra Kurth/Gerhard Schäfer (1997): Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt/M.: Fischer.

Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte (Hg.in, 2004): Civis Academicus 2005/2006. Handbuch der deutschen, österreichischen und schweizerischen Korporationen und studentischen Vereinigungen an Universitäten und Hochschulen. Köln: SH-Verlag.

Germania Innsbruck, Akad. B! [f.d.I.v.: Alexander Schneider] (1965): Kurzgefaßte Geschichte der Akademischen Burschenschaft Germania zu Innsbruck. Linz: Eigenverlag. *[DÖW]*

Germania Salzburg, Burschenschaft [Verf.: Rolf Rücker] (2004): Das Germanenbuch. Ein Lese- und Nachschlagebuch für junge und alte Angehörige der Burschenschaft. Salzburg: Eigenverlag. *[AVSt]*

Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (2004): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: VS.

Gladen, Paulgerhard (1998): Erfahrungen bei der Materialsuche zum „Historischen Handbuch der studentischen Korporationsverbände". In: Friedhelm Golücke/Wolfgang Gottwald/Peter Krause/Klaus Gerstein (Hg.): GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Bd. 4. Köln: SH, 129–134.

Glitter, Gloria (2009): Ein Burschi kommt selten allein … Deutschnationale Männerbünde als Karriereschmiede. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a.a.O., 91–100.

Golücke, Friedhelm (1987): Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von A–Z. Graz: Styria.

Gothia, Wiener akad. B! (1992): 130. Stiftungsfest der wiener [sic] akademischen Burschenschaft Gothia 19. – 21. Juni 1992. Eine Festschrift. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Gottwaldt, Alfred (2011): Die Reichsbahn und die Juden 1933–1939. Antisemitismus bei der Eisenbahn in der Vorkriegszeit. Wiesbaden: marixverlag.

Graf, Martin (Hg., 2009a): 150 Jahre Burschenschaften in Österreich gestern – heute – morgen. Graz: Ares.

Ders. (2009b): Vorwort des Herausgebers. In: ders., a.a.O., 7 f.

Grandner, Margarete (2005): Das Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1945–1955. In: dies./Heiß/Rathkolb, a.a.O., 290–312.

Dies./Gernot Heiß/Oliver Rathkolb (Hg.Innen, 2005): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. Innsbruck: StudienVerlag.

Grebing, Helga (1971): Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.

Dies. (1973): Konservatismus. In: Axel Görlitz (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bd. 1. Reinbek: Rowohlt, 197–202.

Gredler, Willfried (1991): Der Durchbruch zur Einigung. In: FPÖ 1991, a.a.O., 18–21.

Griesebner, Andrea (1990): Politisches Feld Universität. Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990. Wien: Diplomarbeit.

Grieß, Hardy/Schiedel, Heribert (1998): Dokumentation. In: Wolfgang Purtscheller/Markus Kemmerling/Václav Kopecky: Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von rechts. Berlin: Elefanten Press, 21–150.

Grigat, Stephan (Hg., 2003): Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. Freiburg: ça ira.

Grillmayer, Dieter (2006): National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich. Wien: Edition Genius.

Gruber, Alexander (1998): Totale Vergleichbarkeit. Eine Kritik der bürgerlichen Subjektivität und der Menschenrechte. In: Streifzüge 3 (2). Abrufbar unter http://www.cafecritique.priv.at /vergleichbar.html.

Gruppe AuA! (2009): Braune Burschen. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a.a.O., 58–90.

Haider, Jörg (1991): Freiheit heißt Rückgrat, nicht Unterwerfung. In: FPÖ 1991, a.a.O., 71–73.

Ders. (1997): Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend. Wien: Ibera & Molden.

Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Ueberreuter.

Ders. (2003): Wien, Heldenplatz. In: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. München: C.H. Beck, 105–121.

Hartmann, Gerhard (1985): Der Kulturkampf an der Universität Graz zwischen 1988 und 1914. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.): Die Vorträge der 6. österreichischen Studentenhistorikertagung, Graz 1984. Wien: Öst. Verein für Studentengeschichte, 29–48.

Haslinger, Sabine (1998): Personale Aspekte bei politisch engagierten Studentengruppen. Eine Untersuchung über Einstellungen und Persönlichkeitseigenschaften bei Mitgliedern akademischer Burschenschaften. Innsbruck: Diplomarbeit

Hatzenbichler, Jürgen (1994), Korporation, Tradition und Neue Rechte. In: Mölzer 1994a, a.a.O., 251–284.

Hauch, Gabriella (2000): Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs 1986 bis 2000. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 11 (3), 59–82.

Haug, Wolfgang Fritz (1980): Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen. In: Projekt Ideologie-Theorie 1980a, a.a.O., 44–80.

Hein, Robert (1978): Liberale Corps und Burschenschaften in Wien. Wien: Eigenverlag.

Ders. (1984): Studentischer Antisemitismus in Österreich. Wien: Öst. Verein für Studentengeschichte.

Heine, Heinrich (1861 [1834]): Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, Drittes Buch. In: Adolf Strodtmann (Hg.): Heinrich Heine's sämmtliche Werke, Bd. V. Hamburg: Hoffmann und Campe, 179–294.

Heinemann, Manfred (Hg., 1981): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich. Stuttgart: Klett-Cotta.

Heinisch, Reinhard (2003): Success in Opposition – Failure in Government: Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office. West European Politics 26 (3), 91–130.
Ders. (2004): Die FPÖ – Ein Phänomen im internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (3), 247–261.
Heiß, Gernot (1989): Von Österreichs deutscher Vergangenheit und Aufgabe. Die Wiener Schule der Geschichtswissenschaft und der Nationalsozialismus. In: ders./Siegfried Mattl/Sebastian Meissl/Edith Saurer/Karl Stuhlpfarrer (Hg.Innen, 1989): Willfährige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 39–76.
Ders. (2010): Die „Wiener Schule der Geschichtswissenschaft" im Nationalsozialismus: „Harmonie kämpfender und Rankescher erkennender Wissenschaft"? In: Mitchell Ash/Wolfram Nieß/Ramon Pils (Hg.): Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Universität Wien. Göttingen: V&R unipress, 397–426.
Heither, Dietrich (1997a): Gegner der Weimarer Demokratie. In: Gehler/Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 77–112.
Ders. (1997b): Nicht nur unter Talaren … Von der Restauration zur Studentenbewegung. In: Gehler/Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 159–186.
Ders. (2000): Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum. Köln: Papyrossa.
Ders. (2004): „In irgendeiner Form national oppositionell". Ansichten, Akteure und Aktivitäten in der ‚Deutschen Burschenschaft'. In: Gessenharter/Pfeiffer, a.a.O., 117–134.
Ders./Schäfer, Gerhard (1997): Im rechtsextremen Netzwerk – Burschenschaften seit den siebziger Jahren. In: Gehler/Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 223–270.
Heller, Friedrich/Maegerle, Anton (1998): Thule: vom völkischen Okkultismus bis zur neuen Rechten, 2. erw. und akt. Auflage. Stuttgart: Schmetterling.
Hirnschall, Erwin (1991): „Freiheitlich" kam von den Studenten. In: FPÖ 1991, a.a.O., 24 f.
HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (2009): Völkische Verbindungen. Beiträge zum völkischen Korporationsunwesen in Österreich. Wien: Eigenverlag. Abrufbar unter http://www.oeh.univie.ac.at/fileadmin/FilesALTREF/voelk._verbindungen.pdf.
Höbelt, Lothar (1999): Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz: Stocker.
Ders. (2001): Haiders Wähler oder Die Legende von den Modernisierungsverlierern. In: ders. (Hg.): Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ. München: Universitas, 94–111.
Hofer, Thomas (1998). Gottes rechte Kirche. Katholische Fundamentalisten auf dem Vormarsch. Wien: Ueberreuter.
Holter, Stefan/Suppan, Werner (1988): Politik und Studenten in Österreich. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen. In: Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 633–661.
Holzer, Willibald (1994): Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. Sonderdruck aus dem Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Deuticke.

Horaczek, Nina/Reiterer, Claudia (2009): HC Strache. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde. Wien: Ueberreuter.
Horn, Alfred (1986): Deutsche Reichsbahn: Reichsbahndirektion Wien. Wien: Bohmann.
Huber, Andreas (2009): Studenten im Schatten der NS-Zeit. Entnazifizierung und politische Unruhen an der Universität Wien 1945–1950. Wien: Diplomarbeit.
Hug, Stefan (2004): Kritik der Korporationskritik. Eine ideologiekritische Annäherung. In: Friedhelm Golücke/Wolfgang Gottwald/Peter Krause/Klaus Gerstein (Hg.): GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Bd. 4. Köln: SH, 71–83.
IKG [Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung] (Hg., 2010): Deutsche Zustände. Unruhige Zeiten. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit'. Abrufbar unter http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf.
IMAS [Institut für Markt-Sozialanalysen] (2011): Report Nr. 19: Der Stellenwert von Organisationen. Abrufbar unter http://www.imas.at/images/imas-report/2011/192011.pdf.
Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 4. Auflage. Münster: Unrast.
Jakubowicz, Linda (2005): Männerbünde und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Eine Untersuchung des Weltbilds deutscher und österreichischer Burschenschaften bezüglich seiner männerbündischen Charakteristika. Wien: Diplomarbeit.
Jansen, Christian (1998): Mehr Masse als Klasse – mehr Dokumentation denn Analyse. Neuere Literatur zur Lage der Studierenden in Deutschland und Österreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Neue politische Literatur 43 (3), 398–440.
Jarausch, Konrad (1984): Deutsche Studenten 1800–1970. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
Jess, Hartmut (2011): Specimen Corporationum Cognitarum 2010. Das Lexikon der Verbindungen: Couleurkarten. Ulsnis: Eigenverlag (CD-ROM).
Judson, Pieter (1991): „Whether Race or Conviction Should Be the Standard": National Identity and Liberal Politics in Nineteenth-Century Austria. In: Austrian History Yearbook 22, 76–95.
Ders. (2006): Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria. Cambridge: Harvard University Press.
Jungbauer, Alois (Red., 1979): Neonazi an der Uni. Eine Dokumentation zum gemeinsamen Auftreten von RFS (Ring freiheitlicher Studenten), KHD (Kärntner Heimatdienst), ANR (Aktion Neue Rechte), NBN (Nationalistischer Bund Nordland) bei einer Veranstaltung an der Universität für Bodenkultur in Wien am 7. November 1979 zum Thema Südkärnten – Slowenen. Wien: ÖH BOKU.
Junge Generation [in der SPÖ Wien] (Hg.in, 1981): Von Hitler zu Burger? Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP. Wien: Eigenverlag.
Kaindl-Widhalm, Barbara (1990): Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
Karlhofer, Ferdinand/Lichtenberger, Eva (1987): Franz Olah – Eine anachronistische Karriere. Zum Funktionswandel politischer Eliten in der Zweiten Republik. In: Anton Pelinka (Hg.): Populismus in Österreich. Wien: Junius, 123–137.
Kasemir, Gérard (1994): Die Borodajkewycz-Affäre 1965: spätes Ende für ‚wissenschaftlich' vorgetragenen Rassismus. Wien: Diplomarbeit.

Ders. (2007): Spätes Ende für ‚wissenschaftlich' vorgetragenen Rassismus. Die Affäre Borodajkewycz. In: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, 2. erw. Auflage. Innsbruck: StudienVerlag, 486–501.

Kaupp, Peter (1997): Warnung und Widerstand. Burschenschafter in Opposition zum Nationalsozialismus. In: Peter Krause/Herbert Fritz (Hg.): Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Wien: Öst. Verein für Studentengeschichte, 91–105.

Ders. (2004): Burschenschaft und Antisemitismus. Abrufbar unter http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/kaupp_antisemitismus.pdf.

Keller, Fritz (1983): Wien, Mai 68 – eine heiße Viertelstunde. Wien: Junius.

Kellershohn, Helmut (Hg., 1994): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der *Jungen Freiheit.* Duisburg: DISS.

Ders. (1998): Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffsklärung. In: Siegfried Jäger u.a.: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart. Duisburg: DISS, 22–26.

Knoll, Reinhold (1986): Die Entnazifizierung der Universität Wien. In: Sebastian Meissl/Klaus Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 270–280.

König, Thomas (2009): Irrfahrer und Dulder, Titanen und Halbgötter. Eine empirische Analyse eines Samples von HochschullehrerInnen von 1949 bis 1964. In: zeitgeschichte 36 (2), 108–129.

Kofler, Georg (2007): Festrede zum 130. Stiftungsfest der B! Arminia Czernowitz, gehalten am 6.10.2007 in Linz. Abrufbar unter http://wlstorage.net/file/kofler-arminia-festrede.pdf.

Kogler, Vanessa (2005): Die Wochenzeitung „Zur Zeit": Inhalte, Intentionen, Ziele. Wien: Diplomarbeit.

Kogoj, Traude (2012): Verdrängte Jahre. Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938–1945. Wien: ÖBB Holding AG.

Konrad, Helmut (1998): Arbeiterschaft. In: Günter Cerwinka/Reinhold Reimann (Hg.): „Die Stunde ist des Lichts gekommen". Referate und Diskussion einer Veranstaltung an der Universität Graz im Jahre 1988 zur 140. Wiederkehr der Revolution von 1848. Graz: Steirischer Studentenhistoriker-Verein, 30–34.

Konvička, Michael (1992): Die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). Ein Beitrag zur Zeitgeschichte der 60er- und 70er-Jahre. Wien: Diplomarbeit.

Kopke, Christoph/Rensmann, Lars (2000): Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (12), 1451–1462.

Kraus, Herbert (1988): „Untragbare Objektivität". Politische Erinnerungen 1917 bis 1987. Wien: Amalthea.

Krause, Peter (2007): Studiosus Austriacus 2007. Handbuch des österreichischen Korporationswesens. Wien: Öst. Verein für Studentengeschichte.

Kubitschek, Götz (2009): Provokation als Methode. Vortrag, gehalten in Linz am 7. März 2009. Abrufbar unter http://www.arminen.net/wp/wp-content/uploads/2009/03/kubitschek_2009.pdf.

Kuhn, Sonja (2002): Die Deutsche Burschenschaft – eine Gruppierung im Spannungsfeld zwischen Traditionsformalismus und Traditionsstiftung – eine Analyse für den Zeitraum 1950–1999. Stuttgart: Altherrenverband der Burschenschaft Hilaritas. *[AVSt]*

Kurth, Alexandra (1997): Burschenschaften im Nationalsozialismus. In: Gehler/Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 113–130.

Dies. (2004): Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800. Frankfurt/M.: Campus.

Lackner, Werner (1989): Die Mensur. Der rituelle Zweikampf deutscher Studenten. In: Olympia 1989, a.a.O., 107–116.

Lasek, Willi (1990): Der „Lorenzener Kreis" – „Das Gewissen der FPÖ"? In: DÖW (Hg.): Jahrbuch 1990. Wien: ÖBV, 125–138.

Ders. (1993): Internationale Verbindungen und Zusammenhänge. In: DÖW 1993, a.a.O., 429–443.

Lehmbruch, Gerhard (1967): Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen: Mohr.

Lehnert, Detlef (1995): Politisch-kulturelle Integrationsmilieus und Orientierungslager in einer polarisierten Massengesellschaft. In: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien: Manz, 431–443.

Leitner, Irene (2010): „Bis an die Grenzen des Möglichen": Der Dekan Viktor Christian und seine Handlungsspielräume an der Philosophischen Fakultät 1938–1943. In: Mitchell Ash/Wolfram Nieß/Ramon Pils (Hg.): Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Universität Wien. Göttingen: V&R unipress, 49–77.

Lenk, Kurt (1994a): Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus. Baden-Baden: Nomos.

Ders. (1994b [1972]): Konservatismus. In: ders., a.a.O., 121–146.

Libertas, Wiener akad. B! [Verf.: Hermann Peters u. Fritz Franke] (1967): Libertas. Die Geschichte einer Wiener Burschenschaft, III. Band. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Lichtenberger-Fenz, Brigitte (2002): „Es läuft alles in geordneten Bahnen". Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime. In: Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: öbv&hpt, 549–569.

Lindinger, Bernd (2009): Die österreichischen akademischen Korporationen und ihre Entwicklung nach 1945. In: Graf 2009a, a.a.O., 64–79.

Ders. (2010): Die 9. Todsünde. Textsammlung der Symposien 2004 bis 2008. Wien: FPÖ-Bildungsinstitut.

Lönnecker, Harald (2002): Besondere Archive, besondere Benutzer, besonderes Schrifttum. Archive akademischer Verbände. Abrufbar unter http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/loennecker_archive.pdf.

Ders. (2005): Das geschändete Gefallenen-Ehrenmal am Burschenschaftsdenkmal in Eisenach. Abrufbar unter http://www.burschenschaftsdenkmal.de/fileadmin/user_upload/Denkmal/Dokumente/loennecker_langemarckdenkmal.pdf.

Ders. (2009a): Perspektiven burschenschaftlicher Geschichtsforschung. Erforderliches – Wünschbares – Machbares. In: Klaus Oldenhage (Hg.): 200 Jahre burschenschaftliche Geschichtsforschung – 100 Jahre GfbG – Bilanz und Würdigung. Koblenz: Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung, 111–128.

Ders. (2009b): „Das Thema war und blieb ohne Parallel-Erscheinung in der deutschen Geschichtsforschung". Die Burschenschaftliche Historische Kommission (BHK) und die Ge-

sellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. (GfbG) (1898/1909–2009): Eine Personen-, Institutions- und Wissenschaftsgeschichte (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, 18). Heidelberg: Winter.

Ders. (2010): Das studentische Weltbild im 20. Jahrhundert. Abrufbar unter http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/loennecker_weltbild.pdf.

Lunznig, Matthias (2009): Von Treue und Verrat, Bannflüchen und Vernichtungsstößen. Das Verhältnis von FPÖ und völkischen Verbindungen: Eine Wagneriade. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a. a. O., 34–57.

Luther, Kurt (2001): From Populist Protest to Incumbency: The Strategic Challenges Facing Jörg Haider's Freedom Party of Austria (FPÖ). Abrufbar unter http://www.keele.ac.uk/media /keeleuniversity/group/kepru/KEPRU%20WP%205.pdf.

Ders. (2003): The Self-Destruction of a Right-Wing Populist Party? The Austrian Parliamentary Election of 2002. In: West European Politics 26 (2), 136–152.

Ders. (2005): Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreichs [sic] (BZÖ). Abrufbar unter http://www.keele.ac.uk/media/keeleuniversity/group/kepru/KEPRU%20WP%2022.pdf.

Ders. (2009): Governing with Right-Wing Populists and Managing the Consequences: Schüssel and the FPÖ. Abrufbar unter http://www.keele.ac.uk/media/keeleuniversity/group/kepru /KEPRU%20WP%2030.pdf.

Magenschab, Hans (2011): Die geheimen Drahtzieher. Macht und Einfluss der Studentenverbindungen. Wien: Styria.

Mahnert, Klaus (1991): Die alte Geschichte von ‚liberal' und ‚national'. In: FPÖ 1991, a. a. O., 31 f.

Mann, Heinrich (1974 [1914]): Der Untertan. München: dtv.

Manoschek, Walter (2002): The Freedom Party of Austria (FPÖ) – an Austrian and European Phenomenon? In: Günter Bischof/Anton Pelinka/Michael Gehler (Hg.): Austria in the European Union. New Brunswick: Transaction Publishers, 144–160.

Marauschek, Karl-Heinz (Hg., 1960): Österreichischer Hochschulführer. Graz: Aula-Verlag.

Marsovszky, Magdalena (2006): Neue völkische Bewegung und Antisemitismus in Ungarn. In: Samuel Salzborn (Hg.): Minderheitenkonflikte in Europa. Fallbeispiele und Lösungsansätze. Innsbruck: StudienVerlag, 201–221.

Dies. (2010): Ethnizität, völkisches Denken und Antisemitismus im Ungarn der Gegenwart. In: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hg.): Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa. Hildesheim: Olms, 291–306.

Dies. (2013): Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn. In: dies./Andreas Koob/Holger Marcks: Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. Münster: Unrast, 13–62.

Medinger, Walter (1986): Couleurstudententum und Arbeiterbewegung in Österreich bis 1918. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.): Die Vorträge der 7. Österreichischen Studentenhistorikertagung, Krems 1986. Wien: Öst. Verein für Studentengeschichte, 103–131.

Mesner, Maria (Hg.in, 2005a): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. Wien: Oldenbourg.

Dies. (2005b): Die Unwägbarkeiten der Nachkriegszeit und die Sicherheiten des Kalten Krieges. Die SPÖ-interne Diskussion der Entnazifizierung. In: Dies., a. a. O., 59–76.

Mitscherlich, Margarete (1987): Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern. Frankfurt/M.: S. Fischer.

Mölzer, Andreas (1980): Das Waffenstudententum in Vergangenheit und Gegenwart. Sieben Aufsätze zur Geschichte und zur Ideologie des deutschen Korporationsstudententums unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen und der Grazer Verhältnisse. Graz: Aula-Verlag.

Ders. (1981): Die Auseinandersetzungen zwischen nationalen und katholischen Korporationen im Jahre 1931 in Graz anläßlich der Gründung und Publikation der Katholischen Akademischen Turnverbindung Norica. Graz: Steirischer Studentenhistoriker-Verein.

Ders. (1990): Jörg! Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen – Perspektiven der politischen Erneuerung. Klagenfurt: Suxxes.

Ders. (Hg., 1994a): Pro Patria. Das deutsche Korporationsstudententum – Randgruppe oder Elite? Graz: Aula-Verlag.

Ders. (1994b): Das deutsche Studententum und der Zweikampf. In: ders. 1994a, a. a. O., 105–149.

Ders. (1994c): Die Korporationen und Österreichs Drittes Lager. In: ders. 1994a, a. a. O., 189–233.

Ders. (2001): Entideologisierung und Rechtspopulismus. In: Lothar Höbelt (Hg.): Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ. München: Universitas, 112–144.

Ders./Strache, Heinz-Christian (2006): Neue Männer braucht das Land. Heinz-Christian Strache im Gespräch mit Andreas Mölzer. Wien: W3.

Müller, Albert (1997): Dynamische Adaptierung und „Selbstbehauptung". Die Universität Wien in der NS-Zeit. In: Geschichte & Gesellschaft 23 (4), 592–618.

Müller, Wilfried (2005): Grenzland Kärnten – Das Minderheitenproblem. In: Deutsche Burschenschaft (Hg.in): Handbuch der Deutschen Burschenschaft. Ausgabe 2005 zum 190. Jahrestag der Burschenschaft. Traunstein: BurschenDruck, 302–307. *[PBW]*

Nachtmann, Herwig (1985): Südtirol. In: Andreas Mölzer (Hg.): Österreich und die deutsche Nation. Graz: Aula-Verlag, 313–330.

Ders. (2005): Südtirol, eine vordergründig gelöste Frage. In: Deutsche Burschenschaft (Hg.in): Handbuch der Deutschen Burschenschaft. Ausgabe 2005 zum 190. Jahrestag der Burschenschaft. Traunstein: BurschenDruck, 307–313. *[PBW]*

Nassler, Rolf (1962): Der rote Rufmord. Dargestellt an den jüngsten Beispielen: Südtirol und Burschenschaft Olympia. Wien: Eigenverlag.

Nemeth, Norbert (1996): Olympia wider Gesinnungsjustiz. Die Verteidigung der Grundrechte. In: Olympia 1996, a. a. O., 145–150. *[DÖW]*

Neubauer, Werner (Hg., 2009): Südtirol – eine freiheitliche Herzensangelegenheit. Beiträge zur Südtirolpolitik 1949–2009. Wien: FPÖ-Bildungsinstitut.

Neugebauer, Wolfgang (1981a): Organisationen. In: DÖW (Hg., 1981): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 5. überarb. und erg. Auflage. Wien: ÖBV, 161–249.

Ders. (1981b): Die FPÖ: vom Rechtsextremismus zum Liberalismus? In: DÖW (Hg., 1981): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 5. überarb. und erg. Auflage. Wien: ÖBV, 308–328.

Ders./Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Wien: Czernin.

Novak, Clemens/Haidinger, Martin (1999): Der Anteil der organisierten Studentenschaft an der Märzrevolution 1848 in Wien und die Bedeutung dieses Ereignisses für die Korporationen von heute. Wien: Akademischer Corporations-Club.

Oberösterreicher Germanen, Akad. B! in Wien [f.d.I.v.: Walter Khünl-Brady] (1967): Chronik der akad. Burschenschaft Oberösterreicher Germanen in Wien 1867–1967. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Dies. [Verf.: Friedrich Tulzer] (1994): Die Akademische Burschenschaft Oberösterreicher Germanen in Wien in den Jahren 1967 bis 1992. Wien: Eigenverlag. *[DÖW]*

Oergel, Maike (2003): Revolutionaries, Traditionalists, Terrorists? The *Burschenschaften* and the German Counter-Cultural Tradition. In: dies./Steve Giles (Hg.Innen): Counter-Cultures in Germany and Central Europe. From *Sturm und Drang* to Baader-Meinhof. Oxford: Peter Lang, 61–86.

Öllinger, Karl (2009): Der „Bund Feier Jugend" und seine Nazis. Abrufbar unter http://www.stopptdierechten.at/wp-content/uploads/bfj_dossier_oellinger.pdf.

Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (2006): ÖH – 60 Jahre. Wien: Eigenverlag.

Olympia, Technisch-Akademische Burschenschaft in Wien[2] [f.d.I.v.: Hans-Gustav Hornberg] (1959): Worte und Bilder. Zur Erinnerung der Alten, als Bericht der Jüngeren und als Beispiel für die Jungen zusammengetragen zur Hundertjahrfeier der Burschenschaft Olympia in Wien im Jahre 1959. Wien: Eigenverlag. *[AVSt]*

Olympia, Wiener akad. B! (Hg.in, 1989): Wahr und treu, kühn und frei! 130 Jahre Burschenschaft Olympia. Wien: Eigenverlag.

Dies. [Hg.: Verein für studentische Publikationen] (1996): Wahr und treu, kühn und frei! 2. Auflage. Wien: Verein für studentische Publikationen.

Paschke, Robert (1999): Studentenhistorisches Lexikon (= GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft 9). Köln: SH-Verlag.

Pateman, Carole (1988): The Sexual Contract. Stanford: Stanford University Press.

Pauley, Bruce (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien: Kremayr & Scheriau.

Pawkowicz, Rainer (1974): Burschenschaft und Hochschule. In: Festreden „Die Burschenschaft heute" zum 115. Stiftungsfest der Wiener akademischen Burschenschaft Olympia am 16. November 1974 (Typoskript), 1–4. *[AVSt]*

Peham, Andreas (2010): Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 39 (4), 467–481.

Ders. (2012): „Durch Reinheit zur Einheit". Zum deutschnationalen Korporationswesen in Österreich. Unveröffentlichtes Manuskript.

Ders. (2013): Rechtsextremismus: Begriffs- und Ursachendiskussion. Unveröffentlichtes Manuskript.

Pelinka, Anton (1993): Die Großparteien und der Rechtsextremismus. In: DÖW 1993, a. a. O., 464–473.

2 Die so bezeichnete Korporation ist mit der nach behördlicher Auflösung 1971 neu gegründeten Wiener akademischen Burschenschaft *Olympia* ident.

Ders. (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (3), 281–290.

Ders. (2011): Der Preis der Salonfähigkeit. Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich. Abrufbar unter http://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus1.pdf.

Pendl, Gerhard (2009): Vorwort. 150 Jahre Burschenschaften in Österreich. In: Graf 2009a, a.a.O., 13 f.

Perner, Markus/Schiedel, Heribert/Zellhofer, Klaus (1994): Haiders Denkfabriken: Die Avantgarde der Völkischen. In: Wolfgang Purtscheller (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte" in Österreich. Wien: Picus, 47–71.

Perner, Markus/Zellhofer, Klaus (1994): Österreichische Burschenschaften als akademische Vorfeldorganisationen des Rechtsextremismus. In: Stiftung DÖW (Hg.in): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 3. Auflage. Wien: Deuticke, 270–277.

Peter, Friedrich (1998): Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Die Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Bd. 1. Wien: Böhlau, 137–159.

Peterlini, Hans (1993): Bomben aus zweiter Hand. Zwischen Gladio und Stasi: Südtirols missbrauchter Terrorismus. Bolzano/Bozen: Edition Raetia.

Ders. (2011): Feuernacht. Südtirols Bombenjahre: Hintergründe, Schicksale, Bewertungen 1961–2011. Bolzano/Bozen: Edition Raetia.

Peters, Stephan (2004): Elite sein. Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation? Marburg: Tectum.

Pfefferle, Hans/Pfefferle, Roman (2013): Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren. Göttingen: V&R unipress.

Pfeiffer, Thomas (2004): Avantgarde und Brücke. Die Neue Rechte aus der Sicht des Verfassungsschutzes NRW. In: Gessenharter/Pfeiffer, a.a.O., 51–70.

Picker, Ruth/Salfinger, Brigitte/Zeglovits, Eva (2004): Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1986–2004). In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (3), 263–279.

Piringer, Kurt (1982): Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik. Wien: Orac.

Ders. (1993a): Chronologie: Verband der Unabhängigen (VdU) 1949–1955. Wien: Freiheitliches Bildungswerk.

Ders. (1993b): Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 1: 1956–1979. Wien: Freiheitliches Bildungswerk.

Ders. (1993c): Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 2: 1980–1986. Wien: Freiheitliches Bildungswerk.

Ders. (1993d): Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 3: 1987–1990. Wien: Freiheitliches Bildungswerk.

Ders. (1994): Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 5: 1992. Wien: Freiheitliches Bildungswerk.

Ders. (1996): Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 8: 1995. Wien: Freiheitliche Akademie.

Ders. (1998): Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten, Bd. 10: 1997. Wien: Freiheitliche Akademie.
Projekt Ideologie-Theorie (1979): Theorien über Ideologie (Argument-Sonderband 40). Berlin: Argument-Verlag.
Dass. (1980a): Faschismus und Ideologie 1 (Argument-Sonderband 60). Berlin: Argument-Verlag.
Dass. (1980b): Faschismus und Ideologie 2 (Argument-Sonderband 62). Berlin: Argument-Verlag.
Projekt ‚Konservativismus und Wissenschaft' e.V. (Hg., 2000): Verbindende Verbände. Ein Lesebuch zu den politischen und sozialen Funktionen von Studentenverbindungen. Marburg: Eigenverlag
Purtscheller, Wolfgang (1993): Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk. Wien: Picus
Ders. (Hg., 1994): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte" in Österreich. Wien: Picus
Ders. (Hg., 1995): Die Rechte in Bewegung. Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten". Wien: Picus.
Puschner, Uwe (2001): Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
Radauer, Thomas (1993): Initiationsrituale und schlagende Burschenschaften. Psychoanalytische Theorien und eine Einzelfallstudie. Salzburg: Diplomarbeit.
Raschke, Joachim (1987): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt: Campus.
Rathkolb, Oliver (1998): Der Mythos von der Wirkung der Bozner Feuernacht vom 12. Juni 1961. In: zeitgeschichte 25 (1–2), 36–45.
Ders. (2005a): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien: Zsolnay.
Ders. (2005b): Die Universität Wien und die „Hohe Politik" 1945 bis 1955. In: Grandner/Heiß/Rathkolb, a.a.O., 38–53.
Rauchenberger, Josef (Hg., 1994): Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen. Wien: PR-Verlag.
Reiter, Erich (1982): Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Wien: Braumüller.
Renner, Gerhard (1986): Entnazifizierung der Literatur. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 202–229.
Riedlsperger, Max (1978): The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independent Party Movement since 1945. New York: Columbia University Press.
Ders. (1991): Von der Lagerpartei zur Mittelpartei. In: FPÖ 1991, a.a.O., 87f.
Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
Rosenkranz, Walter (2009) Die Deutschen Burschenschaften Österreichs in der Ersten Republik und im Ständestaat 1918–1938. In: Graf 2009a, a.a.O., 50–63.
Rumpler, Helmut (1997): Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Wien: Ueberreuter.
Ruttner, Florian (2009): Der Siegfriedskopf … oder wie die neue „Aufarbeitung der Vergangenheit" funktioniert. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a.a.O., 192–198.
Sandner, Günther (2001): Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (1), 5–17.

Sarkowicz, Hans (1994): Rechte Geschäfte. Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleissner. Frankfurt/M.: Eichborn.

Schäfer, Gerhard (1996): Die frühe Burschenschaftsbewegung. In: Gehler/Heither/Kurth/Schäfer, a.a.O., 14–53.

Scharsach, Hans-Henning (1995): Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht. Wien: Orac.

Ders. (2012): Strache. Im braunen Sumpf. Wien: Kremayr & Scheriau.

Schender, Horst (1991): Die Chance zu einem neuen Anfang. In: FPÖ 1991, a.a.O., 59 f.

Schiedel, Heribert (1998): „Neue Rechte“ und rechtsextreme Intellektualität – Anmerkungen zu einem gar nicht so neuen Phänomen. In: Helmut Reinalter/Franko Petri/Rüdiger Kaufmann (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung. Innsbruck: StudienVerlag, 225–242.

Ders. (2001): „Österreich neu regieren“. Steuergeld für Vorfeldorgan des Rechtsextremismus. Abrufbar unter http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/Archiv/november2001/pressefoerderung-fuer-zur-zeit.

Ders. (2007): Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien: Edition Steinbauer.

Ders. (2009): Korporierte Legenden. Zur burschenschaftlichen Geschichtsumschreibung. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a.a.O., 20–31.

Ders. (2011): Extreme Rechte in Europa. Wien: Edition Steinbauer.

Ders./Martin Tröger (2002): „Durch Reinheit zur Einheit“: Zum deutschnationalen Korporationswesen in Österreich. In: Context XXI 3–4 (7–8/1), 27–39.

Ders./Sophie Wollner (2009): Phobie und Germanomanie. Funktionen des Männerbundes. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien, a.a.O., 102–125.

Ders./Klaus Zellhofer (1995): Personal für die Dritte Republik. Die Studiosi: Vom RFS zur FSI zum RFS. In: Purtscheller 1995, a.a.O., 46–58.

Schmid, Bernhard (2009): Der Vordenker. In: Antifaschistisches Infoblatt 23 (4), 36 f.

Schmid, Julia (2009): Kampf um das Deutschtum. Radikaler Nationalismus in Österreich und dem Deutschen Reich 18901914. Frankfurt/M.: Campus.

Schmidt, Albert (1991): Die Erklärung vom 16. Jänner 1970 – Ein Fehler? In: FPÖ 1991, a.a.O., 44–46.

Schmidt, Wolf Otto (2000): Die Burschentage 1975–2000 (= Dokumente zur deutschen Studentengeschichte 6). Erfurt: AWOS Publishing. *[AVSt]*

Schrenck-Notzing, Caspar (1967): Umerziehung – heute (= Schriften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft 3), 2. Auflage. Wien: Weiß. *[DÖW]*

Schröder, Ralph (2005): Die Gründung der Neuen DB als arministischer Verband. Abrufbar unter http://www.bubenruthia.de/files/BZ_20053__Schroeder.pdf.

Schuster, Walter/Weber, Wolfgang (2004): Entnazifizierung im regionalen Vergleich: der Versuch einer Bilanz. In: dies. (Hg.): Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Linz: Archiv der Stadt Linz, 15–41.

Schwab, Jürgen (2004): Die Deutsche Burschenschaft – zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Vortrag bei der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn. Abrufbar unter http://www.dt-akademie.de/politische/J%FCrgen%20Schwab/J%FCrgen%20Schwab_Vortr%E4ge/J%FCrgen%20Schwab_DieDeutscheBurschenschaft.htm.

Ders. (2009): Das deutsche Volk, der deutsche Nationalismus und die deutschen Burschenschaften im 21. Jahrhundert. Vortrag bei der Burschenschaft Normannia zu Jena. Abrufbar unter http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2009/05/11/jurgen-schwab-das-deutsche-volk-der-deutsche-nationalismus-und-die-deutschen-burschenschaften-im–21-jahrhundert.

Ders./Scrinzi, Otto (1998): 1848 – Erbe und Auftrag. Graz: Aula-Verlag.

Schwagerl, Hans (1993): Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt/M.: Fischer.

Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum aufrechten Gang. Studie zu „braunen Flecken" im BSA". In: DÖW-Mitteilungen 34 (1), 1–4.

Schweinberger, Günter (2009): Südtirol ist nicht Italien. In: Graf 2009a, a.a.O., 105–121.

Scrinzi, Otto (1991): Wegbereiter grüner Reformen. In: FPÖ 1991, a.a.O., 41–43.

Ders. (2003): Politiker und Arzt in bewegten Zeiten. Graz: Stocker.

Sequenz, Heinrich (Hg., 1966): Der Geist der Technik. Reden und Vorträge bei der 150-Jahr-Feier der Technischen Hochschule in Wien, 8. bis 13. November 1965. Wien: Springer.

Ders. (Hg., 1967): 150 Jahre Technische Hochschule in Wien. Verlauf der Hundertfünfzigjahrfeier. Wien: Springer.

Simpson, Christopher (1988): Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA. Wien: Ueberreuter.

SORA [Institute for Social Research and Consulting] (o.J.): Nationalratswahl 2002. Analyse des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes. Abrufbar unter http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2002_nrw_wahltagsbefragung_wahlanalyse.pdf.

Sottopietra, Doris/Wirth, Maria (2005a): Die Länderebene der SPÖ. In: Mesner 2005a, a.a.O., 77–145.

Dies. (2005b): Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine quantitative und qualitative Untersuchung. In: Mesner 2005a, a.a.O., 266–334.

Spann, Gustav (1997): Der österreichische Nationalfeiertag. In: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien: Böhlau, 145–169.

Speckner, Hubert (2013): „Zwischen Porze und Rosskarspitz …". Der „Vorfall" vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten. Wien: Gra&Wis.

Springer, Alfred (1999): Der Reinheitsmythos im rechten Denken. In: Anton Szanya (Hg.): „Durch Reinheit zur Einheit". Psychoanalyse der Rechten. Innsbruck: StudienVerlag, 126–151.

Stadler, Wolfgang (2007a): „…Juristisch bin ich nicht zu fassen." Die Verfahren des Volksgerichts Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945–1955. Wien: Lit.

Ders. (2007b): „… Juristisch bin ich nicht zu fassen." In: DÖW-Mitteilungen Nr. 184/2007, 1–5.

Stefan, Friedrich (2009): Vorwort. 150 Jahre Burschenschaften in Österreich: gestern – heute – morgen. In: Graf 2009a, a.a.O., 9–11.

Stefan, Harald (1989): Olympen in der Hochschulpolitik. In: Olympia 1989, a.a.O., 99–105.

Ders. (2009): Entwicklungsgeschichte des RFS 1985–1995. In: Graf 2009a, a.a.O., 128– 33.

Steger, Norbert (1991): Die sozial-liberale Regierung. In: FPÖ 1991, a.a.O., 61–70.

Steiner, Waldemar (1974): Burschenschaft und Politik. In: Festreden „Die Burschenschaft heute" zum 115. Stiftungsfest der Wiener akademischen Burschenschaft Olympia am 16. November 1974 (Typoskript), 9–15. *[AVSt]*

Steininger, Gerhard (2007): Das Dritte Lager: Aufstieg nach dem Fall? Wien: Edition Steinbauer.
Steininger, Rolf (2004): Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit. Innsbruck: StudienVerlag.
Stickler, Matthias (2013): „Wir sind doch nicht die SA der Professoren"! Das studentische Verbindungswesen und die Achtundsechzigerbewegung. In: Gerrit Dworok/Christoph Weißmann (Hg.): 1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik. Köln: Böhlau, 69–99.
Stiefel, Dieter (1981): Entnazifizierung in Österreich. Wien: Europa Verlag.
Ders. (2004): Forschungen zur Entnazifizierung in Österreich: Leistungen, Defizite, Perspektiven. In: Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hg.): Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Linz: Archiv der Stadt Linz, 43–57.
Stimmer, Gernot (1975): Die Mythologisierung der Revolution von 1848 als Modell einer Studentenrevolution. In: Otto Neuloh/Walter Rüegg (Hg.): Student und Hochschule im 19. Jahrhundert. Studien und Materialien. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 243–302.
Ders. (1997): Eliten in Österreich 1848–1970. Wien: Böhlau.
Stix, Gerulf (1991): Das Nein der FPÖ zur Atomkraft. In: FPÖ 1991, a. a. O., 49–52.
Stoffl, Kathleen/Urbas, Elfriede (1980): Zwölf Jahre danach. Eine rückblickende Einschätzung der österreichischen Studentenbewegung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 9 (3), 291–306.
Strauss, Anselm (1991): Qualitative Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung. München: Fink.
Stüber, Fritz (1974): Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich. Graz: Stocker.
Sucher, Walter (2009): Ein Wort zuvor. In: Graf 2009a, a. a. O., 15 f.
Suevia, akad. B! zu Innsbruck [f. d. I. v.: Hans Schödl] (1958): Geschichte der akademischen Burschenschaft Suevia zu Innsbruck 1868 bis 1958, 2. umgearbeitete und ergänzte Auflage. Innsbruck: Eigenverlag. *[AVSt]*
Dies. [f. d. I. v.: Hans Schödl] (1968): Geschichte der akademischen Burschenschaft Suevia zu Innsbruck. Nachtrag 1958–1968. Innsbruck: Eigenverlag. *[AVSt]*
Teutonia, Wiener akad. B! [Hg.: Otto Mühlwerth] (1968): Hundert Jahre Burschenschaft Teutonia Wien. Wien: Eigenverlag.
Uhl, Heidemarie (1992): Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß". Wien: Böhlau.
Dies. (2011): Transformationen des österreichischen Gedächtnisses. Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik. Innsbruck: StudienVerlag.
Universität Wien (1965): Die Sechshundertjahrfeier der Universität Wien. Offizieller Festbericht. Wien: Eigenverlag.
Venner, Michael (1994): Nationale Identität. Die Neue Rechte und die Grauzone zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus. Köln: PapyRossa.
Wagner, Richard (1868): Deutsche Kunst und Deutsche Politik. Leipzig: Verlagsbuchhandlung J. J. Weber.
Wagner, Thomas (1989): Freiheit und Menschenwürde. Ausstellung zur Geschichte der Burschenschaft. In: Olympia 1989, a. a. O., 51–79.

Ders. (2009): „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben“! Die Gründung der Burschenschaft in Österreich. In: Graf 2009a, a. a. O., 41–43.

Waiblinger AHV [Altherrenverband e. V.] / [Burschenschaft] Ghibellinia Stuttgart (Hg.Innen, 1965): Burschenschaftliche Geschichtsforschung. „Vergangenheitsbewältigung“ in der Burschenschaft. Ohne Ort und Verlag. *[AVSt]*

Wandruszka, Adam (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. Sonderdruck aus Heinrich Benedikt (Hg., 1954): Geschichte der Republik Österreich, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 292–483.

Weidenholzer, Josef (1979): Rechtsextreme und autoritäre Tendenzen im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung. In: DÖW (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien: ÖBV, 392–404.

Weidinger, Bernhard (2010): 1968 und die Reaktion(en): Neuer akademischer Kulturkampf und rechter Richtungsstreit an österreichischen Universitäten um 1970. In: Max Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Frankfurt/M.: Campus, 147–170.

Ders. (2011): Vom ‚Zusammenbruch‘ zur ‚neuen Burschenherrlichkeit‘. Zur Restauration des völkischen Studentenverbindungswesens in Österreich nach 1945. In: zeitgeschichte 36 (2), 88–107.

Ders. (2012): Deutsche Burschenschaften in Österreich. In: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen. Berlin: De Gruyter, 140–145.

Ders. (2013): „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945. Wien: Dissertation.

Ders. (2014): Zwischen Kritik und konservativer Agenda: eine Verteidigung des Rechtsextremismusbegriffes gegen seine Proponent*innen. In: FIPU (Hg.in): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen, Bd. 1. Wien: Mandelbaum.

Weinert, Willi (1981): Rechtsextremismus an den Hochschulen. In: DÖW (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 5. überarb. und erg. Auflage. Wien: ÖBV, 289–307.

Ders. (1986): Entnazifizierung an den Hochschulen. In: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 254–269.

Widmann, Werner (1985): Kärnten ist anders! Minderheitenfrage und Volkstumskampf. In: Andreas Mölzer (Hg.): Österreich und die deutsche Nation. Graz: Aula-Verlag, 331–343.

Wimmer, Kurt (2002): Die Medien – Das Neue hatte eine Geschichte. In: Alfred Ableitinger/Dieter Binder (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 7: Steiermark. Wien: Böhlau, 665–703.

Winkler, Martin (2011): Der akademische Kulturkampf in Graz. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.): Die Vorträge der 19. Österreichischen Studentenhistorikertagung, Klosterneuburg 2010. Wien: Öst. Verein für Studentengeschichte, 17–24.

Wirth, Maria (2010): Oscar Bronner: „Die Richter sind unter uns“ – Zur NS-Richterdiskussion im FORVM 1965. In: Peter Pirker/Florian Wenninger (Hg.): Wehrmachtsjustiz. Kontext, Praxis, Nachwirkungen. Wien: Braumüller, 299–311.

Witzmann, Erich (1940): Der Anteil der Wiener waffenstudentischen Verbindungen an der völkischen und politischen Entwicklung 1918–1938. Wien: Dissertation.

Wladar, Josef (1984): Wiener akademische Burschenschaft Bruna Sudetia. In: Christian Oppermann/Fritz Düppe (Hg.): Die Geschichte des Ostdeutschen Bundes und seiner Mitgliedsburschenschaften. Bochum: Prager Burschenschaft Arminia, 23–31. *[AVSt]*
Wladika, Michael (2005): Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie. Wien: Böhlau.
Wolfrum, Edgar (1999): Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
Zeillinger, Anton (1991): Weder Neinsager – noch Berufsopposition. In: FPÖ 1991, a.a.O., 29 f.
Zorn, Wolfgang (1965): Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931 (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, 5). Heidelberg: Winter, 223–307.

Archive und Archivalien[3]

AAG | Archiv der Akademischen Burschenschaft *Allemannia* Graz (Graz)

Korrespondenzen

Deutsche Burschenschaft in Österreich (DBÖ)

Rundschreiben und Protokolle

Deutsche Burschenschaft (DB)

Rundschreiben 1950–62

Hofmeister, Werner (1960): Probleme der Deutschen Burschenschaft zugleich [sic] ein Bericht über den Burschen- und Altherrentag in Landau 1960 (Erscheinungskontext unklar)

AUW | Archiv der Universität Wien (Wien)

Rektoratsarchive (14. Jh.–20. Jh.)

Akademischer Senat (1540–2000)

Akten-Sonderreihe des Akademischen Senats (1540–2003)

S 259 Vereine 1947/48–1975/76 (1947–1976)

In Kapitel II.5.3 zitierte Gedenkreden inkl. Kurzzitation und Datum der Gedenkfeier:

Albia 1955 (S 259.63): 19.11.1955, Redner unbekannt, handschriftliches Redemanuskript ohne Datum übermittelt, vom Rektor genehmigt am 17.11.1955

Aldania/VDSt Sudetia 1964 (S 259.144): 30.5.1964, Redner (*Aldane*) unbekannt, Redemanuskript ohne Datum übermittelt

Alemannia/Oö. Germanen 1967 (S 259.70): 18.11.1967, Redner Herbert Faber (*Alemannia*), Redemanuskript übermittelt am 8.11.1967

Bruna Sudetia 1966 (S 259.159): 5.11.1966, Redner unbekannt, Redemanuskript ohne Datum übermittelt

Gothia 1961 (S 259.131): 19.6.1961, Redner Kurt Eich, Redemanuskript übermittelt am 6.6.1961

3 Wie am Beginn des Literaturverzeichnisses ausgeführt, enthält die nachfolgende Auflistung von Archivbeständen Ephemera und unpublizierte Quellen (sowie einzelne Medienfunde). Erfasst werden dabei tatsächlich in der Arbeit verwendete, nicht aber lediglich eingesehene (Teil-)Bestände. Publizierte Quellen sowie burschenschaftliche Chroniken und Festschriften ungeachtet ihres AdressatInnenkreises sind im Literaturverzeichnis enthalten, interne Bundzeitungen im Verzeichnis der Periodika (und dort jeweils als Archivalien kenntlich gemacht, sofern es sich um solche handelt).

Gothia 1966 (S 259.158): 19.12.1966, Redner Peter Gschaider, Redemanuskript übermittelt am 18.11.1966

Gothia 1972 (S 259.158): 3.6.1972, Redner Dieter Groiss, Redemanuskript eingelangt am 23.5.1972

Corps Hellas 1955 (S 259.108): 11.6.1955, Redner unbekannt, Redemanuskript übermittelt am 1.6.1955

K.A.V. Marco-Danubia 1958 (S 259.117): 22.11.1958, Redner unbekannt, Redemanuskript ohne Datum übermittelt

K.Ö.H.V. Nordgau 1955 (S 259.106): 18.6.1955, Redner unbekannt, Redemanuskript ohne Datum übermittelt

Corps Saxonia 1960 (S 259.39): 14.5.1960, Redner unbekannt, Redemanuskript übermittelt am 9.5.1960

VDSt Sudetia 1959 (S 259.99): 16.5.1959, Redner Franz Wunderle, Gliederung der Rede übermittelt am 11.5.1959

WATV (Wr. akad. Turnverein) 1962 (S 259.134): 2.6.1962, Redner unbekannt, Redemanuskript übermittelt am 28.4.1962

WKR 1953 (S 259.68): 28.11.1953 (Vorsitz *Gothia*), Redner unbekannt, Redemanuskript ohne Datum übermittelt, vom Rektor genehmigt per handschriftl. Vermerk vom 25.11.1953

WKR 1957 (S 259.67): 9.11.1957 (Vorsitz *Silesia*), Redner W. (vermutlich: Wilhelm) Pommer, Redemanuskript ohne Datum übermittelt

WKR 1958 (S 259.67): 15.11.1958 (Vorsitz *Libertas*), Redner Wolfgang Peitler, Redemanuskript übermittelt (vermutlich) am 10.11.1958

WKR 1960 (S 259.128): 19.11.1960 (Vorsitz *Saxonia*), Redner unbekannt, Redemanuskript übermittelt am 11.11.1960

WKR 1963 (S 259.143): 16.11.1963 (Vorsitz *Vandalia*), Redner (Major a.D.) Josef Pregartbauer, Redemanuskript ohne Datum übermittelt

AVSt | Archiv des Österreichischen Vereins für Studentengeschichte (Wien)

Bruna Sudetia, Wiener akad. B! (1993): Einladungsschreiben zur Podiumsdiskussion „Das FPÖ-Volksbegehren ‚Österreich zuerst'" mit Herbert Scheibner und Harald Himmer am 25.1.1993.

Dies. (1993): Einladungsschreiben zur Podiumsdiskussion „Der Frust der Liberalen in der FPÖ" mit Heide Schmidt und Lutz Weinzinger am 31.3.1993.

Burschenschaftliche Gemeinschaft [Hg.in: Burschenschaft Cimbria München] (1976): Burschenschaftliche Gemeinschaft in DB und DBÖ: Zielsetzung, Selbstverständnis und Entwicklung. München: Eigenverlag.

Cruxia Leoben (1982): Programmheft zum DB-Burschentag 1982 in Salzburg. Ohne Ort.

DBÖ [Deutsche Burschenschaft in Österreich] (1977): Flugblatt „Die Burschenschaft. Idee und Geschichte einer Freiheitsbewegung". Ohne Ort.

Dies. (1994[4]): Die Deutschen Burschenschaften in Österreich. Tatsachen wider Legenden! Graz: Eigenverlag.

Deutsche Burschenschaft (1961): Warum Burschenschaft? Bad Nauheim: Eigenverlag.

ÖLM [Österreichische Landsmannschaft] (Hg.in, 2011): Einladungsheft zur Sonnwendfeier 2011 (*DER ECKARTbote* Nr. 8/2011). Wien.

Schröder, Rober [sic] (Hg., 1967): Flugblatt „Sie lehnen die uniforme Linke ab"? der Wiener akademischen Burschenschaften. Wien.

Steinfellner, Ernest (1977): Meine Partien auf Schläger und Säbel. Ausschnitte aus dem burschenschaftlichen Leben in Brünn und Wien aus den Jahren 1920–1956. Wien: Eigenverlag.

Südmark, akad. B! zu Wien (1972): Satzungen der akademischen Burschenschaft Südmark zu Wien, gedruckte Fassung. Wien.

BAK, DB 9 | Archiv der *Deutschen Burschenschaft* im Dt. Bundesarchiv (Koblenz)[5]

B.VI. Deutsche Burschenschaft (DB), 1945/49–1980

Burschentage

a. Burschentage (Protokolle und Arbeitsunterlagen)

15. (Ständiger) Geschäftsführender Ausschuß des Verbändetages[6] (GAVT) Deutsche Burschenschaft (DB)/Deutsche Burschenschaft in Österreich (DBÖ), 1950–1961

[A] DBÖ: Einladungen, Aufrufe, VaB, Verschiedenes ab 1950

[B] Verbändetagung, Unterlagen und Protokolle, 1959–1961

GAVT, Vertreter: [C1] Maier, 1959–1960; [C2] Weber, 1960–1961

C.IV. Vereinigung alter Burschenschafter (VAB), 1949–1964

4 Die Jahresangabe beruht auf einem Hinweis Harald Lönneckers und konnte trotz umfangreicher Bemühungen nicht hundertprozentig verifiziert werden.

5 Die im Folgenden verwendeten Buchstaben-Zahlen-Kombinationen in eckigen Klammern entstammen nicht dem Archivplan selbst, sondern wurden im Sinne ökonomischerer Zitation von mir eingeführt. Ansonsten wurde die Archivnomenklatur unverändert übernommen, einschließlich der angegebenen Zeiträume sowie unüblicher und unrichtiger Bezeichnungen.

6 Geläufiger unter ‚Verbändetagung'.

2. Vorort (VO), 1949–1963

VO, Bremen, Allgemein

Mitteilungen des Vororts; [A1] 1960–1962; [A2] 1963

E. Burschenschaftliche Verbände in Österreich, 1889–1965

E.4 Allgemeiner Deputierten-Convent[7] (ADC)/Deutsche Burschenschaft in Österreich (DBÖ), 1954–1965

[A] ADC/DBÖ-Tags-Protokolle und Arbeitsunterlagen, [A1] 1954–1959, [A2] 1960–1961, [A3] 1962 ff.

[B] ADC/DBÖ-Rundschreiben, [B1] 1955–1961, [B2] 1961–1965

I. Örtliche und einzelne Burschenschaften

Wien

Gothia

M. Burschenschafterlisten/Personalia

Führer, Erich

Stüber, Fritz

Bücherei der Deutschen Burschenschaft

[DBs1477] Akademikerverband Steiermark (Hg., 1955): Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der freiheitlichen [sic] Akademikerverbände Österreichs. Graz.

[DBs 1542] *Schlesische Rundschau* Nr. 24 vom 14.6.1968, 9: „Für die Freiheit aller Deutschen. Österreichs Burschenschaften bekennen sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“

[DB 5637] Zimmermann, Robert (1957): Burschenschaft und Geschichtsbild. Ein Gutachten von Robert Zimmermann (Typoskript). Linz.

[DB 5627/2] Ders. (1959): Nochmals: Burschenschaft und Geschichtsbild (Typoskript). Linz.

DÖW | Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Rechtsextremismus-Sammlung (Wien)

ANR [Aktion Neue Rechte] (1974): Flugblatt „Zu den Vorfällen vom 28.XI.74“ vom 2.12.1974. Wien.

ARGE Konrad Lorenz [c/o Wiener Akad. B! Olympia] (2004): Einladung und Festprogramm zum ‚Konrad-Lorenz-Kommers‘ am 20.11.2004. Wien.

7 Tatsächlich: *Allgemeiner Delegierten Convent.*

ARGE WBL [Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften] (1990): Flugblatt „Die Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften fordern", vermutlich aufgelegt zum 17. Juni. Wien.

Deutsche Burschenschaft/Die Freiheitlichen/Ring Volkstreuer Verbände/Wiener Korporationsring [sic] (1996): Einladung und Programmheft zum Kommers „1000 Jahre Ostarrichi. ‚Österreichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart'". Wien.

Gothia, Wiener akad. B! (1993–1995): Diverse Einladungs- und interne Rundschreiben. Wien.

Dies. (1994): Flugblatt „Burschenschaft – Was ist das?" vom Wintersemester 1994. Wien.

Olympia, Wiener Akad. B! (1994): Flugblatt „Ein Abend, aber diesmal völlig unpolitisch". Wien.

Dies. (2006): Satzung des Vereines ‚Akademische Burschenschaft Olympia', geänderte Fassung aufgrund des Schreibens der Bundespolizeidirektion vom 14.7.2006.

WKR [Wiener Korporations-Ring] (1991): Flugblatt/Faltblatt „Vorne dabei sein Couleurstudent werden". Wien.

Sowie diverse, nicht im Einzelnen angeführte Zeitungsausschnitte und Einzelausgaben völkischer/rechtsextremer Periodika.

ÖGZ | Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte (Wien)

OR Organisationen, Parteien, Vereine

OR/ARGE WKR (Mappe 24)

PBW | Privatsammlung Bernhard Weidinger

Berka, Günther (1964): Sind wir die Letzten …? Betrachtungen über den Aufbau der nationalen Arbeit in Österreich. Vöcklabruck: Eigenverlag.

Deutsche Burschenschaft (1990–2007): Diverse Burschentags-Protokolle. Wechselnde Orte.

Germania Innsbruck, Akad. B! (1962–1978): Diverse interne Rundschreiben. Innsbruck.

Dies. (1971): Protokoll des Generalconvents zum 79. Stiftungsfest am 27.6.1971. Innsbruck.

Oberösterreicher Germanen, Akad. B! in Wien (2009): Flugblatt „Die Uni brennt??" Wien.

Olympia, Wiener akad. B! (2006): Einladung zum Vortrag von Pierre Krebs am 24.5.2006. Wien.

Dies. (2008): Flugblatt „Liest du noch – oder denkst du schon?" Wien.

Ring Freiheitlicher Studenten (1977): Flugblatt „25 Jahre RFS". Wien.

Teutonia, Wiener akad. B! (2010): Flugblatt „91 Jahre Schandverträge". Wien.

Vohl, Friedrich (Red., 1991): Burschenschafter-Stammrolle 1991. Ohne Ort: Eigenverlag.

WKR [Wiener Korporations-Ring] (2007): Flugblatt „Wien, Oktober 2007". Wien.

Ders. (2011): Einladung „Wir gedenken unseren toten Helden". Totengedenken 8. Mai 2011". Wien.

Verbindungsstudentische, völkische und freiheitliche Periodika[8]

Acta Studentica. Wien: Österreichischer Verein für Studentengeschichte.

ad-times. Wien: K.Ö.St.V. Austro-Danubia. *[AVSt]*

Arminenbrief. Linz: Akad. B! Arminia Czernowitz. *[AVSt]*

Aula/Die Aula (inkl. Der Jugendausgaben *Aula Jugend, Sonderblatt, Identität).* Graz: Freiheitliche Akademikerverbände.[9]

Burschenschaftliche Blätter. Wechselnde Erscheinungsorte: Deutsche Burschenschaft.[10] *[AVSt]*

Cimbern-Zeitung. Wien: Akad. Grenzlandsmannschaft Cimbria.

Der freiheitliche Akademiker. Graz: Landesgruppe Steiermark und Kärnten des Akademikerverbandes Österreich.

Der Ring. Wien: Ring Freiheitlicher Studenten.

Eckartbote/Der Eckart, Eckartschrift. Wien: Österreichische Landsmannschaft.

Germanenmitteilungen. Innsbruck: Akad. B! Germania. *[PBW]*

Junge Freiheit. Berlin: Junge Freiheit Verlag GmbH & Co.

Junges Leben. Wien: Österreichischer Pennäler-Ring.

Kartellnachrichten – Mitteilungen der Burschenschaften des schwarz-rot-goldenen Kartells. Ohne Ort: Akad. B!B! *Albia* Wien, *Arminia* Graz und Teutonia Prag.

Nachrichtenblatt. Wechselnde Erscheinungsorte: Deutsche Burschenschaft. *[PBW]*

Nachrichten der B! Vandalia. Wien: Akad. B! Vandalia.[11]

Neue freie Zeitung (vormals: *Die Neue Front).* Wien: Freiheitliche Partei Österreichs.

Richtung. Wien: Aktion Neue Rechte. *[DÖW]*

Semesternachrichten. Wien: Akad. B! Silesia. *[AVSt]*

Zur Zeit. Wien: W3 Verlagsges.m.b.H. *[DÖW]*

---

8 Angegeben werden neben dem Titel der jeweiligen Publikation ihr Erscheinungsort, der/die Medieninhaber/-in sowie gegebenenfalls das Kürzel des Herkunftsarchivs.

9 Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Buches teilten die *Freiheitlichen Akademikerverbände* Wien – Niederösterreich – Burgenland, Steiermark, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg die MedieninhaberInnenschaft der *Aula.*

10 Die BBl. erschienen nach 1949 in verschiedenen Verlagen. Während die DB als Herausgeberin im Impressum aufschien, wurde diese Funktion faktisch zunächst von Schriftleiter Hans Amberger ausgefüllt, später auch vom *Verband der Vereinigungen alter Burschenschafter* (E-Mail Harald Lönneckers vom 6.5.2013).

11 *Vandalia* fungierte zwischen 1962 und 1973 als Tarnbund der behördlich aufgelösten *Olympia.*

Tabelle und Diagramme

Zitierte eigene Interviews

Christian Allesch, 13.11.2009
Günter Cerwinka (*Allemannia* Graz), 1.7.2011
Friedhelm Frischenschlager (*Barden* Wien), 11.12.2009, 24.2.2010 und 27.3.2012
Volker Kier (vermutlich *Quercus-Markomannia* Linz [vgl. Fußnote 511 auf S. 254]), 11.11.2009
Reinhold Knoll, 21.4.2010
Jan-Michael Müller (*Brunsviga* Göttingen), 19.6.2010
Sigurd Scheichl (*Germania* Innsbruck), 8.6.2012
Helmut Wintersberger (ehemals *Olympia* Wien), 4.1.2012

Abkürzungsverzeichnis

AAG:	Archiv der akademischen Burschenschaft *Allemannia* Graz
a. a. O.:	am angegebenen Ort
(a)B!:	akademische → *Burschenschaft*
ADC:	→ *Allgemeiner Delegierten Convent*
AfbA:	Ausschuß für burschenschaftliche Arbeit (der → *Deutschen Burschenschaft)*
AH:	→ *Alter Herr* (Plural: AHAH, AH. AH.)
AHV:	→ *Altherrenverband*
APA-OTS:	Originaltext-Service der Austria Presse Agentur
ARGE FAV:	Arbeitsgemeinschaft → *Freiheitlicher Akademikerverbände*
ARGE WBL:	Arbeitsgemeinschaft → *Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften*
ATV:	Akademischer Turnverein
AUW:	Archiv der Universität Wien
AVÖ:	→ *Akademikerverband Österreich*
AVSt:	Archiv des Österreichischen Vereins für Studentengeschichte
BA:	→ *Burschenschaftlicher Abend*
B!B!:	Burschenschaften (Plural)
BAK:	Deutsches Bundesarchiv (am Standort) Koblenz
BBl.:	→ *Burschenschaftliche Blätter*
BBr.:	→ *Bundesbruder*
BdO:	→ *Burschenschaft der Ostmark*
BfJ:	Bund freier Jugend
BG:	→ *Burschenschaftliche Gemeinschaft in DB und DBÖ*
BOKU (Wien):	Universität für Bodenkultur (bis 1975: Hochschule für Bodenkultur)
BPD:	Bundespolizeidirektion
BUS:	Bund unabhängiger Studenten
BZÖ:	Bündnis Zukunft Österreich
DB:	→ *Deutsche Burschenschaft*
DC:	→ *Delegierten-Convent*
DKEG:	Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes
DNAP:	Demokratisch-Nationale Arbeiterpartei
DÖW:	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
FAV:	→ *Freiheitlicher Akademikerverband*
f. d. I. v.:	für den Inhalt verantwortlich
FÖSt:	Freie Österreichische Studentenschaft
FPÖ:	Freiheitliche Partei Österreichs
FSI:	Freiheitliche Studenteninitiative (→ *Ring Freiheitlicher Studenten)*
FSÖ:	Freiheitliche Sammlung Österreichs
GAVT:	Geschäftsführender Ausschuß der → *Verbändetagung* von DB und DBÖ
gesp. (Typographie):	gesperrt
GHA:	→ *Gemeinsamer Hauptausschuß* (von → *ADC-/DBÖ-* und → *Altherrentag)*
Herv. entf.:	Hervorhebung entfernt

HPA (auch: **HpA**): Hochschulpolitischer Ausschuß (von ADC/DBÖ oder DB)

i. O.: im Original

K. A. V.: Katholisch(e) Akademische Verbindung
K. Ö. H. V.: Katholische Österreichische Hochschulverbindung
K.Ö.St.V.: Katholische Österreichische Studentenverbindung

LiF: Liberales Forum
LLSt: Liste Leobner Studenten

NDP (Österreich): → *Nationaldemokratische Partei*
NFA: National-Freiheitliche Aktion
NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands

ÖB: → *Örtliche Burschenschaft*
ÖCV/ÖCVer: (Mitglied des) → *Österreichischen Cartellverbandes*
ÖH: → *Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft*
ÖLM: Österreichische Landsmannschaft
ÖPR: → *Österreichischer Pennäler Ring*
ÖSU: → *Österreichische Studentenunion*
ÖVP: Österreichische Volkspartei

(p)B!: pennale → *Burschenschaft*
PBW: Privatsammlung Bernhard Weidinger

RfbA: Referent für burschenschaftliche Arbeit (des ADC bzw. der DBÖ)
RFS: → *Ring Freiheitlicher Studenten*

SPÖ: Sozialdemokratische (bis 1991: Sozialistische) Partei Österreichs

TH (Graz/Wien): Technische Hochschule (seit 1975: Technische Universität)

VaB: → *Vereinigung alter Burschenschafter*
VDSt: → *Verein Deutscher Studenten*
VdU: Verband der Unabhängigen (politische Partei)
VfGH (Österreich): Verfassungsgerichtshof
VSStÖ: Verband Sozialistischer Student_innen (ursprünglich: Studenten, später: StudentInnen) Österreichs
VVDSt: Verband der → *Vereine Deutscher Studenten*

WDC: Wiener → *Delegierten-Convent*
WdU: Wahlverband der Unabhängigen (Wahlpartei des VdU)
WKÖ: → *Weißer Kreis (in) Österreich*
WKR: → *Wiener Korporations-Ring*

ZVR: Zentrales Vereinsregister

Glossar: Organisationen, Organe, verbindungsstudentische Begriffe[12]

ADC-Tag: 1953 erstmals abgehaltenes, jährliches Treffen der Mitgliedsbünde (der Theorie nach auf →*Aktivenebene*) und gleichzeitig höchstes beschlussfassendes Gremium des →*Allgemeinen Delegierten Convents;* ab dessen Umbenennung 1959 als DBÖ-Tag bezeichnet, zum Teil – in Anlehnung an die →*Deutsche Burschenschaft* – auch als Burschentag.

Akademikerverband Österreich: 1950 gegründeter Vorläufer der →*Freiheitlichen Akademikerverbände,* der vielen deutschnationalen Studentenverbindungen in der Nachkriegszeit eine Wiedergründung in relativ geschütztem Rahmen ermöglichte.

Aktivbetrieb: Korporationen mit einer für die Abwicklung der verbindungsstudentischen Alltagsgeschäfte hinreichenden Zahl (in der Regel: mindestens drei) an →*Aktiven* unterhalten einen ~.

Aktiver: Studierendes (und nicht →*inaktiv* gemeldetes) Mitglied einer Verbindung. Die Gesamtheit der studierenden Mitglieder bildet die Aktivitas.

Allgemeiner Delegierten Convent (ADC): 1953 konstituierter Zusammenschluss der akademischen Burschenschaften Österreichs, 1959 umbenannt in →*Deutsche Burschenschaft in Österreich.*

Alter Herr: Weder studierendes noch →*inaktiv* gemeldetes, ins Berufsleben übergegangenes Mitglied einer Verbindung

Altherrentag: In verschiedenen Korporationsverbänden institutionalisierte, in der Regel jährliche Tagung der →*Altherrenverbände* der jeweiligen Mitgliedsbünde analog zu den Tagungen der Aktivitates (→*ADC-Tag,* →*DBÖ-Tag,* →*Burschentag*).

Altherrenverband: V. a. in Deutschland oft als eigenständiger Verein konstituierte Vereinigung der →*Alten Herren* einer Verbindung.

Arminismus: Bildungsorientierte Fassung des selbst gegebenen politischen Auftrages der Burschenschaften (in Abgrenzung zum auch aktionsorientierten →*Germanismus*).

Atterseekreis: Anfang der 1970er-Jahre aus dem →*Ring Freiheitlicher Studenten* hervorgegangener, ursprünglich informeller Zusammenschluss junger, liberal orientierter Akademikerinnen und (v.a.) Akademiker, der in den 1970er- und 1980er-Jahren die Freiheitliche Partei Österreichs personell und inhaltlich stark prägte, nach Übernahme der Partei durch Jörg Haider aber auf Distanz zu derselben ging und sich als Verein konstituierte.

Aufzugsrecht: Von einer Universität Verbindungen gewährtes Recht, auf ihrem Gelände und/oder auf universitären Veranstaltungen ‚in Farben' (→*Couleur*) aufzutreten.

Aula/Die Aula: Organ der →*Freiheitlichen Akademikerverbände* mit der für das völkische Verbindungsstudententum in Österreich charakteristischen politisch-ideologischen Ausrichtung.

Biercomment (auch: Kneip- oder Saufcomment)**:** Regelwerk für die Durchführung geselliger Veranstaltungen (→*Kneipen,* →*Kommerse*) in verbindungsstudentischem Rahmen und die auf solchen Veranstaltungen praktizierten Trinksitten und -spiele.

12 Als wichtiger Arbeitsbehelf für die Abfassung dieses Glossars ist das ‚*Studentenwörterbuch*' von Friedhelm Golücke (1987) zu nennen. Generell liegt der folgenden Auflistung kein umfassender lexikalischer Anspruch zugrunde. Vielmehr sollen jene Bedeutungsgehalte der behandelten Begriffe erörtert werden, die im Rahmen des vorliegenden Werks von Belang sind. Vgl. ergänzend auch die terminologischen Ausführungen in Kapitel I.5 sowie in den einleitenden ‚Hinweisen zur Lektüre'.

Bund: Verbindung
Bundesbruder: Mitglied derselben Verbindung.
Bursch: Vollberechtigtes Mitglied einer Verbindung; Status zwischen dem → *Fuchsen*- und dem → *Altherren*stand.
Burschenschaft: Spezifischer Typ der deutschnationalen Studentenverbindung auf Mittelschul- oder akademischer Ebene, der sich von manch anderem Verbindungstyp durch eine prononciert politische Ausrichtung und Zielsetzung abhebt.
Burschenschaft der Ostmark (BdO): Historischer Dachverband von akademischen Burschenschaften an Hochschulen der Donaumonarchie (1907–1919) bzw. der Ersten Republik (Österreich, 1933–1938).
Burschenschaftliche Gemeinschaft in DB und DBÖ (BG): Zusammenschluss völkisch-fundamentalistisch orientierter Burschenschaften aus Deutschland und Österreich, gegründet 1961 mit dem Ziel, die Aufnahme österreichischer Bünde in die → *Deutsche Burschenschaft* zu ermöglichen; ab Verwirklichung dieses Ziels 1971 Entwicklung zur dominanten Fraktion innerhalb der DB.
Burschenschaftlicher Abend: Meist um den Vortrag eines Mitglieds oder externen Gastes gruppierte Veranstaltung einer Burschenschaft oder eines burschenschaftlichen Zusammenschlusses, häufig im Monatsrhythmus (während des Semesters).
Burschenschaftlicher Rat (BR): Kurzlebige Initiative der 1990er-Jahre zur (Re-)Etablierung einer öffentlich wahrnehmbaren Repräsentanz der Burschenschaften in Österreich.
Burschentag: Jährliche Delegiertenversammlung aller Mitgliedsbünde und höchstes Verbandsgremium der → *Deutschen Burschenschaft.*
Charge: Amt bzw. Funktion innerhalb eines Bundes (u.a.: Sprecher, Schriftwart, Fechtwart).
Chargierter: 1) Inhaber einer → *Charge;* 2) → *Chargieren*der
Chargieren: Repräsentieren der eigenen Verbindung in → *Wichs* im Rahmen festlicher Anlässe (wie → *Kommersen,* Sponsionen, Begräbnissen u.Ä.).
Comment (auch: Komment)**:** Verbindungsstudentischer Codex, dessen nähere Bezeichnung den durch ihn jeweils geregelten Bereich angibt: → *Paukcomment,* → *Biercomment.*
Conkneipant: Außerordentlicher Mitgliedsstatus eines regelmäßig an Veranstaltungen eines bestimmten Bundes Teilnehmenden, ähnlich dem → *Verkehrsgast.*
Contrahage (auch: Kontrahage)**, persönliche:** Wie auch die → *Hatz* eine Form der Mensur, bei der die Parteien sich selbst verabreden, anstatt einander zugeteilt zu werden; teilweise herangezogen zur ‚Bereinigung' von Meinungsverschiedenheiten oder von Konflikten, die durch als beleidigend empfundene Äußerungen hervorgerufen wurden.
Convent (auch: Konvent): Regelmäßig tagende, beschlussfassende Versammlung der Mitglieder eines Bundes (Allgemeiner oder Generalconvent) oder einer bestimmten Mitgliederkategorie (Fuchsen-, Burschen-, Altherrenconvent).
Corps: Spezifischer Typ der deutschnationalen Studenten- oder Mittelschulverbindung mit politisch-ideologisch (gemessen an den Burschenschaften) im Durchschnitt weniger klar umrissenem politischem Profil und geringer ausgeprägtem politischem Sendungsbewusstsein.
Corpsier (auch: Corpsbruder, Corpsstudent)**:** Mitglied eines → *Corps.*
Couleur: 1) Verbindung, die bestimmte Farben als Distinktionsmerkmal und identitätsstiftendes Element führt; 2) die von einer solchen Verbindung geführten und/oder ‚getragenen' Farben; 3) die in den Verbindungsfarben ausgeführten Gegenstände (v.a. Mütze und Band).

Couleurpolitik: Regelung verbindungsstudentischer Angelegenheiten im engeren Sinn zwischen Verbindungen (Fragen des → *Comments,* der → *Ehrenordnung,* der Durchführung bundübergreifender Veranstaltungen etc.); zwischen Verbindung(en) und Universität (vgl. etwa die Frage des → *Aufzugsrechts*); sowie zwischen Verbänden (in Österreich besonders konfliktbehaftet: zwischen dem deutschnationalen und dem katholischen Verbindungswesen).

DBÖ-Tag: → *ADC-Tag.*

Delegierten-Convent: Bezeichnet Gremien unterschiedlichen Institutionalisierungsgrades, in die mehrere Verbindungen Vertreter entsenden, somit eine Form des → *Convents* auf bundübergreifender Ebene; konkreter auch: lokale Koordinierungsplattform der akademischen Burschenschaften einer österreichischen Universitätsstadt.

Deutsche Burschenschaft (DB): Ältester und (jedenfalls bis 2014) mitgliederstärkster burschenschaftlicher Dachverband, dem zwischen 1919 und 1933 sowie erneut seit 1971 auch Burschenschaften aus Österreich angehör(t)en.

Deutsche Burschenschaft in Österreich (DBÖ): 1959 durch Umbenennung des → *Allgemeinen Delegierten Convents* entstandener Zusammenschluss bzw. Verband akademischer Burschenschaften in Österreich; büßte im Zuge des Übertritts vieler Mitgliedsbünde in die → *Deutsche Burschenschaft* ab 1971 jegliche Bedeutung und Wahrnehmbarkeit ein.

Ehrenbursch: Status, der besonders verdienten Mitgliedern einer Burschenschaft verliehen wird.

Ehrenordnung: Codex, in dem die Abläufe zur ‚Reinhaltung' bzw. ‚Reinigung' der ‚Ehre' der sich ihm unterworfen Habenden geregelt sind, darunter – falls in der jeweiligen ~ vorgesehen – die Austragung von Duellen und die Entscheidung über das Vorliegen von Beleidigungen durch ein Ehrengericht.

Farbenbummel (auch: Couleurbummel)**:** Koordiniertes, gemeinsames öffentliches Auftreten von Mitgliedern einer oder mehrerer Verbindung/-en in → *Couleur,* klassischerweise in Form eines Spazierganges.

Freiheitliche Akademikerverbände (FAV): Entlang von Bundesländergrenzen organisierte Vereinigungen meist korporierter Akademiker (und in geringerem Maße: Akademikerinnen) ‚national-freiheitlicher' bzw. völkischer Ausrichtung; dem Selbstbild nach akademische Standesvertretung des ‚Dritten Lagers'; bundesweite Koordinierung erfolgt im Rahmen einer ARGE FAV.

Fuchs (auch: Fux)**:** Status des studentischen Neumitglieds einer Verbindung bis zum (in der Regel nach einem oder zwei Semestern erfolgenden) Übertritt in den → *Burschenstand;* verbunden mit reduzierten Teilhaberechten an innerbündischen Entscheidungsprozessen.

Fuchsenkränzchen: Periodisches Zusammentreffen der → *Füchse* einer Verbindung, das deren Unterweisung in historischen/ideologischen, rechtlichen und → *comment*mäßigen *Fragen* durch ein erfahreneres Verbindungsmitglied (den Fuchswart oder Fuchsmajor) dient.

Gemeinsamer Hauptausschuß (des ADC-/DBÖ- und des Altherrentages, GHA): Steuerungsorgan der → *Deutschen Burschenschaft in Österreich* bzw. ihres Vorgängers ADC, das u.a. die Handlungsfähigkeit des Verbandes nach außen zwischen dessen jährlichen Tagungen gewährleisten sollte.

Gemeinsame Sitzung (von ADC-/DBÖ- und Altherrentag): Von → *Aktiven-* wie auch → *Altherren*-Vertretern der akademischen Burschenschaften Österreichs besuchte Versammlung im Anschluss an → *ADC-/DBÖ-Tage.*

Germanismus: Bildungs- und aktionsorientierte Auslegung des selbst gegebenen politischen Auftrages der Burschenschaften (in Abgrenzung zum rein bildungsorientierten →*Arminismus*).

Grenzlandarbeit: Gesamtheit der Aktivitäten, die auf die ‚kulturelle Deutscherhaltung' von Grenzregionen (insbesondere in gemischtsprachigen Gebieten) abzielen; damit Teil der → *Volkstumsarbeit.*

Hatz: Form der verabredeten →*Mensur,* bei der mehrere Vertreter zweier Bünde sich in einer Reihe von Einzelpartien (Gliedern) gegenüberstehen; wird (v.a. unter Burschenschaften in Österreich) wie die → *Contrahage* zum Teil zur Austragung von Streitigkeiten genutzt.

Inaktiv: Status zwischen dem Aktiven- und dem Altherrenstand in der Übergangsphase vom Studenten- zum Berufsleben.

Junge Freiheit: Wochenzeitung aus Berlin im Übergangsbereich von Konservatismus und Rechtsextremismus.

Kartell: Von mehreren Verbindungen gleichen Typs (z.B. →*Burschenschaften*) per Abkommen besiegeltes Naheverhältnis, das u.a. in wechselseitigen Besuchen und in der Abstimmung von Positionen vor Dachverbandstagungen Ausdruck finden kann.

Keilen: Anwerben von Neumitgliedern (→*Füchsen*).

Kneipe: Häufig wöchentlich abgehaltene, gesellige Veranstaltung einer Verbindung, im Rahmen derer nach bestimmten Ablaufplänen und Regeln getrunken, gesungen und parliert wird (→*Biercomment*).

Kommers: Festliche, in der Regel von Verbänden oder anderen bundübergreifenden Zusammenschlüssen ausgerichtete Veranstaltung, häufig aus Anlass eines runden Jahrestages (z.B. einer Verbandsgründung oder eines anderweitigen historischen Ereignisses).

Kommilitone/-in: Studienkollege/-in; im weiteren Sinn: zur selben Zeit am selben Ort Studierende/-r.

Korporation: Verbindung.

Korporativ: 1) als Korporation (in Abgrenzung zu individuellem Handeln); 2) auf das Verbindungsstudententum bezogen, zu ihm gehörig (in tendenzieller Abgrenzung von Angelegenheiten von allgemeinem Interesse bzw. allgemein-politischem Charakter).

Landsmannschaft: 1) Spezifischer Typ der (deutschnationalen oder katholischen) Studentenverbindung, der seine Mitglieder historisch nach regionaler Herkunft rekrutierte; 2) nach 1945 auch: Kulturverein und/oder Interessenvertretung sogenannter Heimatvertriebener; 3) Namensbestandteil diverser weiterer völkischer Organisationen (Österreichische Landsmannschaft, Kärntner Landsmannschaft u.a.).

Leibfamilie (auch: Bierfamilie): ~n entstehen im Zuge der innerbündischen Generationenabfolge, indem die →*Füchse* sich je einen →*Leibburschen* (Mentor) aus dem Kreis der Vollmitglieder wählen, damit zu deren Leibfüchsen werden und später ihrerseits als Mentoren für neue Fuchsengenerationen fungieren.

Mensur: 1) Ritualisierter und reglementierter (→*Paukcomment*) Fechtkampf von Mitgliedern verschiedener Verbindungen mit Hiebwaffen in festem Stand; 2) der konstant bleibende Abstand zwischen den beiden Kämpfern (Paukanten); anzutreffen als Bestimmungs~ (die Paukanten werden einander von den Fechtwarten ihrer Bünde zugeteilt) und Verabredungs~ (die Paukanten vereinbaren die Mensur selbst; →*Contrahage,* ferner →*Hatz*).

Meraner Hochschulwochen: Von 1954 bis Ende der 1960er-Jahre vom Südtiroler Kulturinstitut ausgerichtete Veranstaltungsreihe in Meran/Merano, die sich primär an (deutschsprachige) Südtiroler Studierende richtete.

Nationaldemokratische Partei (NDP): 1966/67 gegründete rechtsextreme Partei um den österreichischen Burschenschafter Norbert Burger; 1988 als nationalsozialistisch behördlich aufgelöst.

Örtliche Burschenschaft (ÖB): Vereinigung der Mitgliedsbünde der → *Deutschen Burschenschaft* an einem Hochschulort; in Wien Anfang 1970 (bereits vor dem Eintritt der ersten österreichischen Bünde in die DB) gegründet.

Österreichischer Cartellverband (ÖCV): Größter katholischer Korporationsverband Österreichs; umgangssprachlich meist als ‚CV' bezeichnet, daher leicht mit seinem dieses Kürzel offiziell führenden bundesdeutschen Pendant (dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen) zu verwechseln.

Österreichischer Pennäler-Ring (ÖPR): Dachverband → *schlagender* völkischer Mittelschulverbindungen.

Österreichische Studentenunion (ÖSU): Zentristische Studierendenorganisation und Fraktion im Rahmen der → *Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft* im Vorfeld der Österreichischen Volkspartei; ging 1968 aus dem Wahlblock hervor und 1982 (weitgehend) in der Aktionsgemeinschaft auf.

Ostmarkenkartell: 1920 gegründetes burschenschaftliches → *Kartell* mit wechselnder Zusammensetzung; nach 1945 von Silesia (Wien), Stiria (Graz) und Suevia (Innsbruck) wiederbelebt, heute nur noch aus Suevia und der Halle-Leobener Burschenschaft Germania bestehend.

Paukcomment (auch Fechtcomment): Codex, der das studentische Fechten (insbesondere die Durchführung von → *Mensuren*) regelt.

Pauken: Fechten nach traditioneller studentischer Art, sowohl im Sinne des Erlernens und Übens (einpauken) als auch des ‚scharfen' Fechtens auf → *Mensur.*

Pennal: Nähere Bestimmung von Verbindungen, die selbige als Mittelschulkorporationen von akademischen Verbindungen abgrenzt.

Reaktivierung: Wiederaufnahme des → *Aktivbetriebes* nach einer Periode der → *Sistierung.*

Ring Freiheitlicher Studenten (RFS): Österreichische Studentenorganisation und Fraktion innerhalb der → *Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft* mit seit jeher hohem Anteil verbindungsstudentischer und v.a. burschenschaftlicher Kader; bereits vor der FPÖ gegründet, im Zuge des Aufstiegs derselben unter Haider und Strache jedoch faktisch zur Vorfeldorganisation der Partei mutiert; 1989 Neugründung als *Freiheitliche Studenteninitiative* (FSI), Rückbenennung 1993.

Sängerschaft: Spezifischer Typ der (deutschnationalen oder katholischen) Studenten- oder Mittelschulverbindung, welcher dem Gesang im Allgemeinen und der Pflege des studentischen Liedgutes im Speziellen einen besonderen Stellenwert einräumt.

Schlagende Verbindung: Korporation, die das studentische Fechten praktiziert; unterschieden werden pflichtschlagende (Verpflichtung jedes Mitglieds zu einer bestimmten Zahl an → *Mensuren*), fakultativ schlagende (Verpflichtung zum Erlernen des Fechtens, nicht aber zur Mensur) und freischlagende Verbindungen (→ Ein*pauken* und Mensurfechten sind dem Einzelmitglied freigestellt).

Schutzarbeit: In Motivation und konkreten Maßnahmen ähnlich der → *Grenzlandarbeit*, wobei Aktivitäten der ~ insbesondere in Gebieten mit deutschsprachiger Minderheitsbevölkerung (und daher v.a. außerhalb Deutschlands und Österreichs) gesetzt werden.

Sistierung: Einstellung des → *Aktivbetriebes* eines Bundes aufgrund einer unzureichenden Zahl an → *Aktiven;* vorläufige Fortexistenz als reiner → *Altherrenverband.*

Stiftungsfest: Alljährlich zum Jahrestag der Gründung (Stiftung) begangene ‚Geburtstagsfeier' einer Verbindung.

Tag der freiheitlichen Akademiker: Ab 1958 jährlich abgehaltene Festveranstaltung der → *Freiheitlichen Akademikerverbände.*

Unbedingte Satisfaktion: 1) Prinzip, wonach der sich ihm Unterwerfende bei erlittenen Beleidigungen im Sinne der ‚Ehrenreinigung' Genugtuung vom Beleidiger zu fordern bzw. bei von ihm eingeforderter Genugtuung diese dem Beleidigten zu gewähren hat; je nach den Vorgaben der geltenden → *Ehrenordnung* kann dies die Unterwerfung unter den Spruch eines Ehrengerichts und/oder die Austragung der Ehrenangelegenheit mit Waffe (als Säbel- oder Pistolenduell) bedeuten; 2) im engeren (v.a. historischen) Sinn: Verpflichtung zur Annahme einer Forderung auf Waffen.

Urburschenschaft: 1815 konstituierter Zusammenschluss Jenaischer Studenten, der auf der Grundlage eines deutschnationalen bzw. ‚gesamtdeutschen' politischen Programms die organisatorische Zersplitterung der Studentenschaft in einzelne → *Landsmannschaften* überwinden sollte.

Verband der Unabhängigen (VdU): 1949 gegründete, bürgerliche Partei mit liberalen Elementen (v.a. auf Führungsebene) und hohem Anteil ehemaliger NationalsozialistInnen (v.a. an der Basis); trat zu Wahlen als Wahlverband der Unabhängigen (WdU) an und ging 1955/56 de facto in der Freiheitlichen Partei Österreichs auf.

Verbändetagung (von DB und DBÖ): Zwischen 1959 und 1961 jährlich am Rande des → *Burschentages* tagendes gemeinsames Gremium der deutschen und der österreichischen Burschenschaften, das der Annäherung der → *Deutschen Burschenschaft* und der → *Deutschen Burschenschaft in Österreich* bis hin zu einer eventuellen Fusion dienen sollte.

Verbandsbruder: Mitglied einer im selben Dachverband organisierten Verbindung.

Verein Deutscher Studenten (VDSt): Spezifischer Typ der deutschnationalen Studentenverbindung, der in seiner Entstehungszeit (ab 1881) selbst die Burschenschaften an völkischem Radikalismus zu übertrumpfen suchte, nicht zuletzt im Form eines rabiaten Antisemitismus.

Vereinigung alter Burschenschafter (VaB): Bundübergreifender Zusammenschluss Alter Herren an einem bestimmten Ort; dient primär dazu, auch nicht an ihrem einstigen Hochschulort wohnhafte Burschenschafter organisatorisch zu erfassen bzw. ihnen die Teilnahme an burschenschaftlichen Veranstaltungen und Kontakt mit Gleichgesinnten zu ermöglichen. Bis 1980 zudem Bezeichnung des Dachverbandes der einzelnen VaB.

Vereinsstudent: Mitglied eines → *Vereins Deutscher Studenten.*

Verkehrsgast: Wiederholter Teilnehmer an Veranstaltungen eines Bundes, anders als der → *Conkneipant* aber kein außerordentliches Mitglied desselben.

Verkehrsverhältnis: Beziehung zwischen zwei oder mehreren Bünden, im Rahmen derer die Verbindungsmitglieder im Falle eines Studienortswechsels verpflichtet sind, am neuen Hochschulort bei der lokalen Verkehrsverbindung (so vorhanden) Anschluss zu suchen bzw. zu verkehren.

Völkisches Vereinswesen: Gesamtheit der ‚nationalen' Pennal-, Studenten- und Studentinnenverbindungen, ‚Vertriebenenorganisationen', ‚Schutzvereine', Turnerbünde usw.

Volkstumsarbeit: Gesamtheit der im In- und Ausland gesetzten Aktivitäten, die auf die Bewahrung ‚deutschen Volkstumes' (bzw. entsprechender Identitätsentwürfe und kultureller Praxen) abzielen, wobei die Zielgruppen dieser Bemühungen – der zugrunde liegenden völkischen Motivation entsprechend – letztlich biologistisch bestimmt werden (→ *Grenzlandarbeit,* → *Schutzarbeit*).

Vorort: Vorsitzführender Ortsverband überregionaler Verbändestrukturen, etwa im Fall des Verbands der → *Vereinigungen alter Burschenschafter* oder des → *Österreichischen Cartellverbandes.*

Waffenbruder: Gebräuchliche Anrede unter Angehörigen → *schlagender Verbindungen.*

Weißer Kreis in Österreich (WKÖ): 1955 nach bundesdeutschem Vorbild gegründete Arbeitsgemeinschaft von Burschenschaften aus Österreich mit besonders elitärem Selbstverständnis (gegründet u. a. auf die Strenge ihres bundinternen Erziehungsprogramms).

Wichs: Traditionelle Festbekleidung von Verbindungsstudenten; wird beim → *Chargieren* in einer uniformartigen Ausführung (‚Voll-' oder ‚Chargenwichs'), ansonsten in Form von dunklem Anzug, Mütze und Band (‚Salonwichs') getragen.

Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften (ARGE WBL): In den 1980er-Jahren gegründete Plattform von → *Burschenschaften* und → *Landsmannschaften* in Wien, geeint durch das Bestreben, stärker als der → *Wiener Korporations-Ring* politisch in Aktion zu treten.

Wiener Korporations-Ring: Lokaler Waffenring (Zusammenschluss → *schlagender Verbindungen*) in Wien unter Beteiligung unterschiedlicher Typen der deutschnationalen Hochschulkorporation.

PERSONENREGISTER

AutorInnen von Sekundärliteratur, Interviewpartner und sonstige Auskunftspersonen wurden nur erfasst, wenn (bzw. wo) sie im Buch außerhalb der genannten Funktionen – gleichsam als historische Persönlichkeiten – in Erscheinung treten. Die Urheber von Quellen wurden hingegen auch dort erfasst, wo sie nur zitiert, paraphrasiert oder anderweitig namentlich referenziert werden – vorausgesetzt, sie treten dabei nicht lediglich als Herausgeber einer Publikation in Erscheinung.

Bernhard Weidinger analysiert die weltanschaulichen Grundlagen der Burschenschaften in Österreich, ihren politischen Aktivismus und ihren Stellenwert für die Freiheitliche Partei Österreichs. Der Autor legt damit die erste umfassende, kritische Aufarbeitung burschenschaftlicher Zeitgeschichte und Ideologie in Österreich vor – und liefert eine fundierte Einschätzung des burschenschaftlichen Einflusses auf die österreichische Bundespolitik nach 1945.



ISBN 978-3-205-79600-8 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM